



II. Band

HANDBUCH der sozialdemokratischen Parteitage von 1910-1913

MÜNCHEN bei G. Birk & Co. m. b. H.

Handbuch

der sozialdemokratischen Parteitage
von 1910 bis 1913.



Verlag von G. Birk & Co. m. b. H., München.


LIBRARY
OCT 26 1964
UNIVERSITY OF TORONTO

Der vorliegende zweite Band des Handbuches der sozialdemokratischen Parteitage sollte eigentlich im Herbst 1914 erscheinen. Der Kriegsausbruch und die damit eintretende Verschiebung des Parteitages bewog den Verlag, die Herausgabe zurückzustellen. Inzwischen hat sich die Situation so verändert und ist das Ende des Krieges so wenig abzusehen, daß es rätlich erscheint, dieses Handbuch auf die Jahre 1910—1913 zu beschränken und damit den Abschluß einer Epoche zum Ausdruck zu bringen.

Zur weiteren Klärung mag dieser 2. Band auch deswegen nicht überflüssig sein, weil die Protokolle der Parteitage 1910—1913, wie das die Eile der Herstellung und Herausgabe mit sich brachte, zahlreiche, vielfach sinnstörende Satzfehler enthalten. Besonders bringen die Sachregister sehr viele falsche Seitenangaben, ganz abgesehen von der Unvollständigkeit der Stichworte. Auch die Nachweisungen über das Ergebnis der Abstimmungen enthalten viele Irrtümer.

Außer den Protokollen der vier Parteitage ist auch das der 6. Frauenkonferenz in Jena 1911 eingehend berücksichtigt. Ueberdies wurde für das Jahr 1909 manches nachgetragen, was Schröder in den 1. Band (1863 bis 1909) nicht mehr hatte aufnehmen können. Umfaßt nun der zweite Band nur wenige Jahre, wenn man ihn mit dem ersten vergleicht, so sind diese Jahre doch ganz besonders wichtig, da in ihnen all jene Fragen bereits ausgiebig erörtert wurden, die mittlerweile brennend geworden sind. Das rechtfertigt auch die Ausführlichkeit bei der Wiedergabe der Berichte, Referate und Debatten, eine Ausführlichkeit und damit Vollständigkeit, die erheblich über den Rahmen des ersten Bandes hinausgeht.

Im übrigen sind dieselben Richtlinien maßgebend gewesen, wie sie Schröder in der Einleitung zum ersten Bande dargelegt hat:

„Selbstverständlich ging es hier und da nicht an, unter den einzelnen Stichwörtern alle für den Gegenstand in Betracht kommenden Aeußerungen und Beschlüsse abgeschlossen zu registrieren . . . . Diesen Mangel beseitigt aber ein ausführliches Register. Bei der Behandlung der einzelnen Fragen war maß-

gebend der Grad von Meinungsverschiedenheiten auf den Parteitagen. Angelegenheiten, in denen Uebereinstimmung herrschte, sind zum Teil nur durch Wiedergabe der Beschlüsse in chronologischer Folge dargestellt, während wiederum Materien, in denen die Meinungen voneinander abwichen, die mehr oder minder ausführliche Wiedergabe der auf den Parteitagen gehaltenen Reden wie auch der schriftlichen Aeußerungen der Parteileitung und der Reichstagsfraktion erforderlich machten. Es versteht sich, daß im Text die Verhandlungen und Beschlüsse nach dem Wortlaut des offiziellen Verhandlungsberichtes registriert sind, und daß bei der Wiedergabe so genau als immer angängig auf die Quelle verwiesen wird."

Sämtliche Anträge, außer solchen, die sich auf die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag beziehen, sind im Wortlaut oder dem Sinne nach wiedergegeben. Die angenommenen oder überwiesenen Anträge kennzeichnet ein senkrechter Strich am Rande. Die Seitenzahlen in Klammern beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf die Protokolle. Offenbare Satzfehler der Protokolle sind meist stillschweigend berichtigt. Bei einer Anzahl zweifelhafter Stellen ist die mutmaßlich richtige Lesart in Klammern beigefügt.

Register.*)

*) Am Schluß der meisten Artikel befinden sich Hinweise auf andere Artikel, die den Gegenstand gleichfalls behandeln. Wo im Register ein Name in Klammern steht, kommt der Betreffende nicht als Redner oder Antragsteller, sondern als Objekt vor.

gebend der Grad von Meinungsverschiedenheiten auf den Parteitagen. Angelegenheiten, in denen Uebereinstimmung herrschte, sind zum Teil nur durch Wiedergabe der Beschlüsse in chronologischer Folge dargestellt, während wiederum Materien, in denen die Meinungen voneinander abwichen, die mehr oder minder ausführliche Wiedergabe der auf den Parteitagen gehaltenen Reden wie auch der schriftlichen Aeußerungen der Parteileitung und der Reichstagsfraktion erforderlich machten. Es versteht sich, daß im Text die Verhandlungen und Beschlüsse nach dem Wortlaut des offiziellen Verhandlungsberichtes registriert sind, und daß bei der Wiedergabe so genau als immer angängig auf die Quelle verwiesen wird."

Sämtliche Anträge, außer solchen, die sich auf die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag beziehen, sind im Wortlaut oder dem Sinne nach wiedergegeben. Die angenommenen oder überwiesenen Anträge kennzeichnet ein senkrechter Strich am Rande. Die Seitenzahlen in Klammern beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf die Protokolle. Offenbare Satzfehler der Protokolle sind meist stillschweigend berichtigt. Bei einer Anzahl zweifelhafter Stellen ist die mutmaßlich richtige Lesart in Klammern beigefügt.

Regiſter.*)

*) Am Schluß der meiſten Artikel befinden ſich Hinweiſe auf andere Artikel, die den Gegenſtand gleichfalls behandeln. Wo im Regiſter ein Name in Klammern ſteht, kommt der Betreffende nicht als Redner oder Antragſteller, ſondern als Objekt vor.

Abonnenten-Versicherung.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1911 sagt hierüber:

„Gegen die Abonnentenversicherung wandte sich eine vom Reichstag angenommene Resolution des Zentrums, welche den Nationalliberalen zu radikal war, von der sozialdemokratischen Fraktion aber befürwortet wurde. Genosse Schwartz, der die zweifelhafte Natur einer solchen bei der anständigen Presse verschmähten Reklame betonte, kennzeichnete dabei die Zentrumsmoral mit dem doppelten Boden. So griff z. B. in Freiburg i. B. ein Zentrumsblatt, um sich der Konkurrenz eines jüngeren Zentrumsblattes zu erwehren, zu dem Mittel der Abonnentenversicherung. Auch das Blatt des Herrn Giesberts, die „Essener Volkszeitung", betreibt das Versicherungsgeschäft. Vollständig frei von solchen Manövern hält sich nur die sozialdemokratische Arbeiterpresse."

Im Bericht an den Parteitag zu Chemnitz **1912** wird erwähnt, daß beim Etat des Reichsamts des Innern vom Reichstag der auf gesetzliche Aufhebung der sogenannten Abonnentenversicherung gerichtete Antrag angenommen wurde. Ferner wird **1913** an den Parteitag in Jena berichtet, daß Genosse Taubadel in den Sitzungen vom 5. und 6. Februar 1913 an der Hand einer Denkschrift das Verbot der Abonnentenversicherung gefordert habe. Durch die Rechtsprechung sei den Mißständen schwer beizukommen.

Im Jahre 1914 führte die „Münchener Post" die Abonnenten-Versicherung ein.*)

Abrüstungsfrage.

Dem Parteitag zu Leipzig **1909** erstattete Ledebour den parlamentarischen Bericht. Er äußerte u. a.:

„Selten war eine so günstige Zeit, etwas zu tun, um eine internationale Verständigung zur Abrüstung zur See herbeizuführen. Wir sind vollständig allein geblieben im Reichstag mit unseren Abrüstungsanträgen, mit Ausnahme von Naumann, der diesmal mit uns gestimmt hat; alle anderen Parteien, auch die Liberalen, die sonst bei allen Friedensveranstaltungen herumziehen und große Friedensreden halten auf Kongressen, haben unseren Antrag abgelehnt, weil er nicht zeitgemäß sei. Ja, wenn es damals nicht zeitgemäß war, wann kommt für diese unglückseligen Eintagspolitiker dann überhaupt die Zeit? (Sehr richtig!)" (S. 290 f.)

In Magdeburg **1910** berichtete Richard Fischer vom Internationalen Kongreß in Kopenhagen:

„Auch bei der Frage „Schiedsgerichte und Abrüstungen" kam die alte Stellung zum Militarismus und zum Kriege wieder zum Ausdruck, eine Frage, die ja grundsätzlich bereits in Stuttgart erledigt ist und über die ich daher heute nicht sprechen zu sollen glaube. Auch der alte Gegensatz trat wieder in Erscheinung, daß einzelne Nationen, z. B. England und Frankreich, bestimmte Mittel vom Kon-

*) Ein Urteil über den dadurch erzielten Erfolg der „Münchener Post" läßt sich noch nicht fällen, da drei Monate nach Einführung der Abonnenten-Versicherung der Krieg ausbrach. Doch gewann die „Münchener Post" während dieser Zeit 5000 neue Bezieher.

greß beschlossen wissen wollten, die beim Ausbruch eines Krieges anzuwenden seien, wie Generalstreik oder wie jetzt Streiks in den Industrien, die das Kriegsmaterial liefern und transportieren. Deutschland, Oesterreich, Italien erklärten rund heraus, daß dieser Weg für sie nicht gangbar sei. Es fehlt schon die erste Voraussetzung dafür: die gleichmäßige feste Geschlossenheit der Organisationen in allen den Ländern, die hierbei in Frage kommen können; es fehlt ferner die Gleichartigkeit der Verhältnisse, die die Durchführung eines solchen Beschlusses ermöglicht. Wir haben in England und Frankreich Privatbahnen, Privatkohlenbergwerke, wir haben die Waffen- und Munitionsfabriken in Privathänden, während wir in Deutschland und zum Teil auch in Oesterreich und in Frankreich Staatsbahnen und andere Staatsbetriebe haben, die es heute den Arbeitern nahezu unmöglich machen, sich öffentlich den Gewerkschaften anzuschließen. Wie kann man da an die Verhältnisse in Deutschland denselben Maßstab anlegen wie in Ländern mit Privatbetrieben? Die offene Agitations- und Organisationsmöglichkeit ist aber doch die Voraussetzung, wenn in einem solchen Fall, der die ganze Nation aufrüttelt, die Stimme der Arbeiter überhaupt gehört werden soll. (Sehr richtig!) Von den politischen Voraussetzungen spreche ich hierbei nicht. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wo immer sich Gelegenheit bot, ihre Pflicht erfüllt in Protesten in dem Kampfe gegen den Militarismus und für den Frieden, gegen die Weltmachtspolitik und die dadurch bedingte Völkerverhetzung! Schon die bloße Existenz der zielbewußten, festgeschlossenen deutschen Sozialdemokratie war in einer ganzen Reihe von Fällen vielleicht das einzige Mittel, die Regierung von einem Kriege abzuhalten, weil sie nicht wußte, was nach dem Kriege kommen könnte. (Sehr richtig!) Das trifft nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf andere Länder zu.

Aus diesem Grunde konnte Deutschland die Resolution Keir Hardie nicht annehmen, die allen Nationen die Anwendung eines bestimmten Mittels zur Verpflichtung macht. Um aber die Möglichkeit zu haben, auch in dieser Frage einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen, hat der Kongreß die Resolution dem Internationalen Bureau überwiesen zum Studium, zur Durcharbeitung, zur Beratung und um sich ins Einvernehmen mit den anderen Nationen zu setzen bis zum nächsten Kongreß. Dieser Weg der einheitlichen Beschlußfassung ist ja für die internationalen Kongresse notwendig. Die internationalen Kongresse können nur einheitliche Beschlüsse fassen, Mehrheitsbeschlüsse können nicht gefaßt werden, weil der Internationale Kongreß keine Autorität hat, seine Beschlüsse gegen das Widerstreben einer Minderheit zur Durchführung zu bringen. Daher werden immer in strittigen, noch nicht geklärten Fragen Beschlüsse zustande kommen, die vielleicht dem einen oder dem anderen nicht weit genug gehen, die diesem oder jenem die nötige Klarheit ermangeln lassen, die man von Kongreßbeschlüssen zu verlangen hat. Aber das liegt im Wesen der internationalen Kongresse, bedingt durch die verschiedenartige politische Entwicklung." (S. 230 f.)

In seiner Begrüßungsansprache an den Jenaer Parteitag **1911** sagte Bebel:

„Wir haben auf diesem Parteitag eine Reihe wichtiger Fragen zu beantworten. Es ist nicht richtig, daß die Tagesordnung dieses Parteitages an Bedeutung hinter der des Parteitages von 1905 zurücksteht. (Sehr wahr!) Wir haben Fragen zu erörtern, die jedenfalls noch im Laufe der weiteren Entwicklung dem deutschen Volke eine ganze Reihe harter Nüsse zu knacken geben. (Sehr richtig!) Mit dem Verlauf, den die Marokkokrisis in Europa speziell durch das Eingreifen Englands genommen hat, hat die ganze europäische Situation ein total anderes Gesicht bekommen, ist mit einem Schlage eine ganze Reihe von Gedanken und Bestrebungen, die noch vor wenigen Monaten auch uns als Partei im Reichstag beschäftigten, sozusagen weggeblasen worden. Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Die ist beseitigt. Nicht Abrüstung heißt künftig für das bürgerliche Europa die Losung, sondern Aufrüstung zu Wasser und zu Lande. Wir werden von jetzt ab erst recht einem Zustande entgegengehen, der meiner Ueberzeugung nach nur noch mit einer großen Katastrophe enden kann und enden muß. (Bewegung.)" (S. 170 f.)

Der Bericht des Parteivorstandes an denselben Parteitag verweist auf die im Reichstag erhobene Forderung der Fraktion an die

Regierung, sie „möge im Hinblick darauf, daß die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus die Bereitwilligkeit zu Rüstungsbeschränkungen ausgesprochen haben, sofort Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebeuterechts herbeizuführen". Der Bericht erwähnt dann Scheidemanns Begründung dieses Antrages:

„. . . Der englisch-deutsche Gegensatz wird noch gefördert durch unsere Bagdadbahn-Politik. England behauptet sich als Seemacht an erster Stelle; es hatte 888 Millionen im letzten Flottenetat. Die Zahl seiner Schlachtschiffe richtet sich, wie Hauptmann Schubert sagt, nach der deutschen Flottenliebhaberei; diese ist geradezu eine internationale Gefahr . . .

Vor zwei Jahren wurde ein ähnlich formulierter Antrag hier abgelehnt — nur ein einziger bürgerlicher Abgeordneter erhob sich für ihn mit uns —, er wurde mit der Begründung damals abgelehnt, er sei nicht zeitgemäß. Jetzt fällt dieser Einwand fort; nachdem in England und Frankreich ähnliche Resolutionen beschlossen sind, müssen wir die Hände ergreifen, die sich über den Kanal und über die Vogesen uns entgegenstrecken. Das englische Unterhaus bedauert in seiner Resolution die Notwendigkeit des Fortbestehens der Rüstungen und würde eine internationale Vereinbarung über die Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen. In der französischen Kammer wurde der Antrag unserer Freunde, die Regierung solle mit Deutschland und England in Vorberatungen über die Einschränkung der Rüstungen treten und so lange soll die Spezialberatung über die Forderungen zum Bau neuer Panzerschiffe ausgesetzt werden, zwar abgelehnt, aber ein Drittel der Abgeordneten hat sich doch für den Antrag erhoben und mit überwältigender Mehrheit wurde dann eine Resolution angenommen, die Regierung möge sich bemühen, im Einverständnis mit den befreundeten und verbündeten Mächten die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz zu setzen. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir die ersten waren, die den Gedanken der Friedenspropaganda in die Massen hineingetragen haben, daß der internationale Kongreß in Paris im Jahre 1889 mit der Einsetzung des 1. Mai eine große Kulturtat vollbracht hat. Die friedliche Stimmung in dem jetzt von der proletarischen Klasse sehr beeinflußten Frankreich müssen wir als Hebel für eine internationale Verständigung benutzen."

Weiter sagt der Bericht:

„. . . Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg beantwortete die sozialdemokratische Anfrage mit einem schroffen Nein! Nach seiner Meinung gibt es heute keine dynastischen Kriege mehr, sondern nur solche, die das Empfinden des Volkes verlangt. Erwünscht wäre ihm ein Gegengewicht gegen unverantwortliche Preßtreibereien zur Irreleitung des Volksempfindens. Der Kanzler kennt aber keines, wie er auch „keine brauchbare Formel", keinen Vorschlag für das Friedensproblem kennt. Es müßte eine Art Rangordnung aufgestellt werden, in die jede Nation nummernmäßig mit ihrer zugehörigen Einflußsphäre eingetragen werde. Vielleicht könne es so gemacht werden, wie es bei den industriellen Syndikaten geschieht. Er müsse es aber ablehnen, ein solches Formular zu entwerfen. Er führte weiter aus:

„Bei einer vorbereitenden Enquete würde mir jede Nation antworten, daß sie die Stellung in der Welt beansprucht, welche der Gesamtsumme ihrer nationalen Kräfte entspricht, und daß ihre Streitkräfte diesem Anspruch entsprechend abgemessen werden müssen. Ich würde jedenfalls für Deutschland keine andere Antwort geben . . . Jeder Versuch allgemeiner internationaler Abrüstung müßte meines Dafürhaltens immer wieder an der Frage der Kontrolle scheitern. Ich halte jegliche Kontrolle für absolut undurchführbar, und der Versuch dieser Kontrolle würde zu nichts anderem führen, als zu fortgesetztem gegenseitigen Mißtrauen."

Ebenso unmöglich erscheint dem Kanzler die Einsetzung eines Schiedsgerichtes; man könne aus dem Leben der Nationen die ultima ratio (den Krieg) nicht ganz wegstreichen.

„Zur Friedfertigkeit gehört Stärke. Es gilt noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Beute des Starken werden wird. Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied, dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen. Wir Deutschen in unserer exponierten Lage sind vor allem darauf angewiesen, dieser rauhen Wirklichkeit unerschrocken ins Gesicht zu sehen. Nur dann werden wir uns den Frieden und unsere Existenz erhalten."

So verkündete also der Reichskanzler die unbegrenzte Herrschaft des Absolutismus in der Angelegenheit über Krieg und Frieden, über Glück und Unheil ganzer Völker, so förderte v. Bethmann Hollweg die Idee des wahnsinnigen Rüstens. Und in dem rückgratlosen Reichstage nahmen die bürgerlichen Parteien diese Demütigung des Volkes widerspruchslos, ja mit beipflichtender Geste hin; nur der schwäbische Fortschrittler Haußmann wollte nicht Mitschuldiger an einer auswärtigen Politik des eisernen Faustrechtes sein.

Devot wie ihre Parlamentarier nahm auch die bürgerliche Presse die kanzlerische Absolutismusrede hin; selbst ein Teil der fortschrittlichen Zeitungen bedauerte nicht die Tatsache, sondern nur die Offenheit, mit der der Kanzler seine Ansichten weithin verkündigte.

Genosse Frank antwortete namens der Sozialdemokratie. So kleinlich, ängstlich und kurzsichtig könne eine Weltfriedensfrage in keinem Parlament behandelt werden. Es sei eine Unwahrheit, wenn jemand behaupte, daß die Volksstimmung gegen den Frieden ist. Alle Völker wollen ihn, insbesondere sind die Arbeiter Friedensfreunde; bei einem Mindestmaß demokratischer Staatseinrichtungen vermöge jedes Volk die Abrüstungsvereinbarung zu kontrollieren...

Abgeordneter Haußmann empfahl eine fortschrittliche Resolution, die nicht, wie die sozialdemokratische, vom Reichskanzler die Initiative zu Abrüstungsverhandlungen forderte, sondern nur — recht platonisch! — ein Entgegenkommen wünscht, wenn etwa andere Staaten die Initiative ergreifen sollten...

Bei der Abstimmung über die Abrüstungsresolutionen wurde die sozialdemokratische gegen unsere Stimmen abgelehnt, die der Fortschrittlichen Volkspartei dann gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles des Zentrums angenommen."
(S. 129 ff.)

In der Resolution Haase zur Frage des Imperialismus, die der Parteitag in Chemnitz **1912** gegen 3 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen annahm, heißt es u. a.:

„Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt." (530.)

In seinem Referat führte Haase dazu aus:

„... Es ist eine historische Tatsache — ich wundere mich, daß sie noch in den letzten Tagen hat bestritten werden können —, daß die englische Regierung, die dabei höchstwahrscheinlich im Einverständnis mit den Franzosen handelte, den Versuch gemacht hat, durch Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf eine Einschränkung der Rüstungen hinzuwirken. Ist das richtig, und es ist nicht zu bestreiten, dann werden auch die Kritiker meiner Ansicht zugeben, daß damit der Beweis erbracht worden ist, daß es sich hier nicht um eine Lebensbedingung des Kapitals handeln kann. Denn welche kapitalistische Regierung sollte den Lebensfaden der eigenen Bourgeoisie unterbinden wollen. Als der frühere englische Kriegsminister Haldane von der letzten Reise nach Deutschland zurückgekommen war und sein Kriegsministerportefeuille abgegeben hatte, erklärte er bei einer Rede, die er gelegentlich der Rüstungsvorlage hielt: „Wir haben in der freundlichsten Form zu der einzigen Macht, die unser Rivale ist, gesprochen und unsere Absicht dargelegt, daß, welche Anstrengungen sie auch mache, sie darauf rechnen kann, daß wir Anstren-

gungen machen werden, die größer sein werden als irgendeine Anstrengung, die sie macht. Wir haben auch in Berlin gesagt, daß wir das nicht mit der Absicht tun, Deutschland anzugreifen, sondern uns nur die Vorherrschaft zur See, die uns das Leben bedeutet, zu sichern." Es ist damit also erwiesen, daß wohl Haldane in Berlin Vorschläge gemacht hat, mit dem Wettrüsten aufzuhören. Nun gibt es Genossen unter uns, die fragen, in welcher Form die Rüstungsbeschränkung vor sich gehen soll. Ich glaube, das ist eine recht müßige Frage. Sache der Regierung ist es, durchführbare Vorschläge zu machen, und wenn Haldane zu diesem Zweck nach Berlin geschickt worden ist, so wird er nicht ohne einen praktischen Vorschlag aufgetreten sein.

Daraus ergibt sich, daß der Vorschlag zur Begrenzung der Rüstungen, den unsere Fraktion in wirksamster Weise im Reichstag am 17. März 1910 und am 30. März 1911 gemacht und vertreten hat, richtig war (Sehr richtig!), daß unsere Fraktion das getan hat, was die Situation gebot. Ich erinnere Sie alle daran, welchen Jubel wir im letzten Wahlkampfe stets bei unseren Hörern ausgelöst haben, wenn wir ihnen erzählten, daß die sozialdemokratische Partei die einzige sei, die einen Antrag auf Einschränkung der Rüstungen gestellt habe, und eine Verständigung insbesondere zwischen England und Deutschland wolle. Die Massen haben uns verstanden, und wer auf das Gefühl der Massen so ganz besonderen Wert legt, der sollte auch in diesem Falle an ihm nicht achtlos vorübergehen. (Sehr gut!) Daß die Rüstungen an sich bereits eine schwere Kriegsgefahr in sich bergen, ist uns allen klar, und ich will nicht wiederholen, was wir alle oft genug ausgeführt haben. Der Wettbewerb auf dem Gebiete der Rüstungen muß schließlich entweder zum Weltkrieg oder zum finanziellen Zusammenbruch führen. (Sehr richtig!) Nun sagt man, auch von Ministern, zum Kriege brauche es gar nicht zu kommen, schon die bloße Entfaltung der Marine- und Militärmacht verbürge den Erfolg — eine sehr gefährliche Erklärung. Der englische Minister Churchill hat am 11. März 1912 in einer großen Rede über das Rüsten folgendes gesagt: ‚Die hoffnungsvolle Erklärung, die man für dieses eigentümliche Phänomen geben kann, ist, daß der Wettbewerb zur See und auf dem Lande der moderne Ersatz ist für das, was in früheren Zeitaltern wirklicher Krieg gewesen wäre; und genau so wie der Kredit in unseren Tagen die Barzahlung so stark verdrängt hat, so werden die Eifersucht und die Streitigkeiten der Nationen mehr und mehr nur durch den Besitz von Kriegsmacht entschieden ohne die Notwendigkeit, sie tatsächlich zu gebrauchen. Wenn das wahr wäre, so könnte man vielleicht finden, daß die große Torheit des 20. Jahrhunderts ein weniger unerfreuliches Aeußere trüge. Doch können wir uns nicht der Tatsache verschließen, daß wir in einem Zeitalter beginnender Gewalttat und starker, tief wurzelnder Unruhe leben. Die Nützlichkeit eines Krieges selbst für den Sieger mag in den meisten Fällen eine Illusion sein. Sicher werden alle Kriege, welcher Art sie auch sein mögen, dem britischen Reiche keinen irgendwie gearteten Nutzen bringen, aber wenn der Krieg selber kommt, wird er keine Illusion sein — eine einzige Kugel wird man als sehr reale Tatsache empfinden' ..." (409 f.)

Lensch-Leipzig in der Debatte:

„... Meine Hauptbedenken beziehen sich auf den Passus der Resolution, der von der Rüstungseinschränkung handelt. Und zwar nicht etwa so sehr deshalb, weil er vielleicht die Reichstagsfraktion zu einem mehr oder weniger falschen Schritt oder Antrag verleiten könnte — wegen eines einmal unglücklich formulierten Antrages lohnte es sich wirklich nicht, viel Worte zu verlieren —, sondern vielmehr deshalb, weil gerade bei der Frage der Abrüstung die Differenz unserer Anschauungen über die imperialistische Entwicklung am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, halte ich ein vorübergehendes Abkommen zweier kapitalistischer Staaten über Fragen der Rüstungspolitik keineswegs für ausgeschlossen, im Gegenteil: ich habe diese Möglichkeit stets betont. Aber das ist ganz etwas anderes, als was die Resolution verlangt, und was seinerzeit auch die Reichstagsfraktion beantragt hatte. Da ist die Rede von einer „internationalen Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen". Und das allerdings halte ich nach wie vor für eine Utopie. Parteigenossen! Wie ist es denn zu der internationalen „Aufrüstung" gekommen, deren Zeugen wir seit zirka zehn Jahren sind? Liegt

hier wirklich nur ein internationales Mißverständnis vor, das man durch eine internationale Verständigung beseitigen könnte? Das hieße mit anderen Worten, die Weltgeschichte habe gewissermaßen einen Fehler gemacht; der Kapitalismus sei auch ohne Gewaltanwendung, ohne Kolonien und Flotte ebenfalls durchführbar. Gewiß ist er das. Aber im luftleeren Raum! In der Phantasie, auf dem Papier ist vielleicht ein Kapitalismus ohne Gewaltsamkeit denkbar. Aber wir haben es doch mit dem wirklichen Kapitalismus hier auf Erden zu tun. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, der Weltgeschichte die Hefte zu korrigieren und ihr zu sagen: Liebe Weltgeschichte, hier hast du deine Arbeit wieder! Sie wimmelt voller Fehler. Ich habe sie dir alle rot angestrichen. In Zukunft erwarte ich eine bessere Arbeit von dir! (Heiterkeit.) So geht's doch nicht! Wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, und da müssen wir zugeben, daß das Wettrüsten mit Naturnotwendigkeit aus den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen ist. Der Imperialismus hat, begünstigt durch den Schutzzoll, auf dem inneren Markte die freie Konkurrenz ausgeschaltet und durch das Monopol ersetzt — und damit nebenbei gesagt die wirtschaftliche Grundlage des Liberalismus zertrümmert! Ein Moment von großer politischer Wichtigkeit! — aber nur, um auf dem äußeren Markte die freie Konkurrenz umsomehr zu entfesseln. Der Kampf um den Weltmarkt hat heute das internationale Wettrüsten zu seiner notwendigen Begleiterscheinung. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Der Krieg ist die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, sagt Clausewitz. Ebenso ist das internationale Wettrüsten die Fortführung der internationalen Konkurrenz mit anderen Mitteln. Daß ein Krieg unter allen Umständen und absolut unvermeidbar sei, habe ich niemals behauptet. Das ist bisher auch immer die Auffassung der Sozialdemokratie gewesen. Ich könnte Ihnen dafür aus unserer Literatur Dutzende von Nachweisen bringen. Ich will es mir aus Zeitrücksichten versagen. Nun hat man gesagt: Die imperialistische Entwicklung treibt freilich zum Weltkriege, aber sie zeitigt auch starke Gegentendenzen. Und es ist unsere Aufgabe, diese Gegentendenzen zu unterstützen. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß von diesen Gegentendenzen in der Resolution nichts enthalten ist. Dort steht im Gegenteil der Satz: Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandlos alle Forderungen für Heer und Marine. Diese Stelle gefällt mir am besten in der Resolution. Man kann sogar von einer stark zunehmenden imperialistischen Verseuchung der bürgerlichen Klassen sprechen. In allen Staaten der Welt steigen die Ausgaben für das Wettrüsten, aber der Widerspruch gegen diese steigenden Lasten ist innerhalb der bürgerlichen Parteien immer geringer geworden und ist jetzt ganz verstummt. Lediglich innerhalb des Proletariats ist er stets gestiegen. Und das gibt uns einen Fingerzeig, wie wir die „Gegentendenzen" gegen das Wettrüsten zu bewerten haben. Diese Gegentendenzen gegen den Imperialismus sind nichts anderes wie die Gegentendenzen gegen den gesamten Kapitalismus: nämlich der Sozialismus! Die Sozialdemokratie! Diese Gegentendenzen sind in ihrem Wesen revolutionär, sie führen über die bestehende Gesellschaftsordnung hinaus. In ihren Dienst haben wir uns zu stellen! Doch diese Gegentendenzen wissen von Abrüstung nichts.

Daneben gibt es freilich noch andere, reaktionäre Gegentendenzen, und auf diese beruft man sich jetzt zugunsten der Abrüstung. Wo stecken diese Gegentendenzen? In erster Linie, so sagt man, bei der englischen Regierung. Man hat ein großes Wesen davon gemacht, daß die englische Regierung mit Andeutungen über Abrüstungen hervorgetreten ist, und unter Berufung auf diese Andeutungen ist unsere Fraktion im Jahre 1909 vorgegangen. Selbstredend mußte unsere Fraktion diese englischen Abrüstungswünsche und ihre glatte Ablehnung durch die deutsche Regierung agitatorisch ausnützen. Aber nicht dadurch, daß sie selber sich den englischen Vorschlag zu eigen machte — ergänzt durch einen Antrag über die Abschaffung des Seebeuterechts —, sondern daß sie diesen Antrag Englands als einen Beweis für die totale Ratlosigkeit der kapitalistischen Staaten nachwies, die zwar die Unerträglichkeit des Wettrüstens und die furchtbaren Gefahren klar erkennen, denen sie damit entgegengehen — Lloyd George sprach von der drohenden Rebellion der englischen Arbeiter — und trotzdem keinen anderen Ausweg aus dieser Sackgasse sehen, als eben eine blutleere Utopie. (Sehr gut!) Daß es gerade die englische Regierung ist, die mit solchen Abrüstungsvorschlägen vortrat, erklärt sich aus der geschichtlichen und wirtschaftlichen Situation. Die englische Bourgeoisie sieht sich durch

die imperialistische Konkurrenz in ihrer bisherigen Sicherheit bedroht. Sie befindet sich immer mehr im Uebergang zum Rentnerstaat — siehe Sartorius v. Waltershausen — und hat wie alle Rentiers nur den einen Wunsch: ach, wenn es doch immer so bliebe! Sie muß aber zu ihrem Schmerze bemerken, wie die anderen kapitalistischen Staaten ihr immer mehr an die Seite kommen, selbst ihre bisherige absolute Ueberlegenheit zur See wird erschüttert durch das Wettrüsten. In dieser Situation kommt sie auf den Einfall: wie herrlich wäre es doch, wenn wir die anderen Staaten zur Einstellung der Rüstungen überreden könnten. Dann wäre unsere Ueberlegenheit zur See für alle Ewigkeit gesichert! Daß da die anderen nicht mitmachen, ist klar. Hier sehen Sie deutlich nicht nur den utopistischen, sondern auch den reaktionären Pferdefuß! Die englische Bourgeoisie will die geschichtliche Entwicklung an den Rockschößen packen und sie rückwärts in die Vergangenheit reißen, will die bestehenden Verhältnisse verewigen. Wir dagegen bekämpfen die imperialistische Entwicklung von vorn, indem wir sie über sich selber hinauszutreiben suchen. Die durch das Wettrüsten allmählich herbeigeführte Erschütterung der englischen Seeherrschaft ist nur eine notwendige Konsequenz der bereits unleugbar eingetretenen Erschütterung der englischen Industrieherrschaft. Wie die englische Bourgeoisie seinerzeit durch den Freihandel den vergeblichen Versuch machte, die anderen Staaten für alle Zeiten in dem Zustand der Agrarierwirtschaft festzuhalten und England als den eigentlichen Industriestaat der Welt zu verewigen, so versucht es jetzt ebenso vergeblich, durch die Idee der Abrüstung die anderen kapitalistischen Staaten, und namentlich einen so starken, jungen, kräftigen, kapitalistischen Staat wie das Deutsche Reich, zur dauernden Unterlegenheit zur See zu verurteilen und England für alle Zeiten als Herrin der Meere zu etablieren. Der internationale Sozialismus hat jedoch nicht die geringste Ursache, diese dauernde Oberherrschaft eines kapitalistischen Staates über alle anderen mit verewigen zu helfen...

...Selbstverständlich ist uns der Weg, auf dem innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft diese Seeherrschaft Englands zermürbt wird, eben das furchtbare Wettrüsten, im höchsten Maße zuwider, und es ist unsere selbstverständliche Pflicht, ihm mit aller Macht zu widerstreben. Aber innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft werden ja fast alle Fortschritte auf einem uns unerwünschten Wege durchgesetzt. Die gewaltigste Leistung, die der Kapitalismus überhaupt geschaffen hat, die märchenhafte Hebung der Produktivkraft der Arbeit, ohne die die Organisation einer sozialistischen Gesellschaftsordnung absolut undenkbar sein würde (Sehr richtig!), geht vor sich unter Opferung von Hunderttausenden, unter Elend und Not der Massen, der wir, so gut wir können, entgegenzuwirken suchen, ohne deshalb zu verkennen, daß dieser über Leichen führende Weg des Kapitalismus schließlich doch im Sozialismus einmündet. So hat auch das uns höchst unangenehme Anschwellen der Heere zu den modernen Riesenheeren für uns doch das eine Gute, daß es immer mehr alle Wehrfähigen umfaßt und dadurch alle revolutionären Elemente in dieses Bollwerk des Feindes führt. (Sehr gut!) Der Kapitalismus muß eben, ob er will oder nicht, am letzten Ende doch für uns arbeiten, selbst da, wo er anscheinend nur und ausschließlich die Interessen der Menschheit zu zertreten scheint, selbst beim Wettrüsten. (Sehr richtig!)... Das Wettrüsten schafft dadurch, daß es den letzten waffenfähigen Mann zum Dienst preßt, die materielle Voraussetzung für unsere Programmforderung der Miliz. *Wenn die Abrüstung durchführbar wäre, würde sie zu dem schroffsten Gegensatz der Miliz, zur Prätorianertruppe, führen.* In diesem Punkte haben wir also keinen Anlaß, dem Rad der geschichtlichen Entwicklung in die Speichen zu fallen. Das Reich muß uns doch werden! Auf diese kurzen Andeutungen will ich mich beschränken..." (S. 415 ff.)

Eduard Bernstein:

„...Es war für mich sehr bezeichnend, als ich vor einiger Zeit in der Budgetkommission des Reichstages gegen die Flottenvorlage zu sprechen hatte, daß ein Redner der uns immerhin noch von allen Parteien am nächsten stehenden Partei, und unzweifelhaft einer ihrer besten und uns sympathischsten Vertreter, nach mir sagte (Ledebour: Wer ist das? Gothein?): Was Herr Bernstein gesagt hat, unterschreibe ich von A bis Z, aber wir bewilligen die Flotte und müssen sie bewilligen als ein

Gebot der Notwendigkeit. Und ich glaube, bei diesem Manne, der so viele Zeichen seiner Unabhängigkeit gegeben hat, war es keine Phrase, sondern innere Ueberzeugung. Aber warum soll es eine Notwendigkeit sein, diese Rüstungen endlos fortzusetzen? Liegt nicht in dieser Erklärung eine Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaft, wenn ihre Vertreter sich für machtlos erklären gegenüber den maßlosen Rüstungen, dieser Schraube ohne Ende? Man gibt aber der gleichen Ansicht Ausdruck, wenn man, wie eben geschehen, sagt, auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft sei in der Tat hier eine absolute Notwendigkeit. Warum soll aber eine solche Notwendigkeit vorliegen? Gewiß, wir haben einen heftigen Expansionsdrang kapitalistischer Verbindungen vor uns, wie Haase in großartiger Weise mit eindrucksvollen Ziffern uns vorgeführt hat. Aber diese Entwicklung hat auch ihre Kehrseite, die sich nicht nur bei den arbeitenden Klassen, sondern auch dem Bürgertum durchaus drückend fühlbar macht. Wir stehen heute in der Teuerungsperiode. Man sagt, es sei eine internationale Erscheinung, aber sie ist nicht zum geringsten Teil gerade durch diese kapitalistische Expansion hervorgerufen und gefördert worden. (Sehr richtig!) Diese Expansion stellt eine unendliche Verschleuderung von Produktionsmitteln dar. Nicht nur die Lebensmittel werden verteuert, auch Produkte, welche die Grundlage der modernen kapitalistischen Industrie sind: das Eisen, die Metalle. Wir hören viel von der Prosperität der Montanindustrie, sie ist aber nicht zum geringen Teil Folge davon, daß heute ungeheuer viel Metall verschleudert wird in den maßlosen Rüstungen und in Eisenbahnbauten, die sich eines Tages vielleicht lohnen werden, deren Umfang aber heute maßlos übertrieben wird. Es prosperieren einige Industrien auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung. Ich erinnere hier an den Artikel im letzten Jahrgang des „Nautikus", der vorrechnet, wieviel Industrien der Militarismus und der Marinismus in Bewegung setzen. Scheinbar richtig. Aber die von Despoten veranstaltete Errichtung von Pyramiden im alten Aegypten hatte auch jedesmal Massen von Arbeit in Bewegung gesetzt, das Volk jedoch ist dabei verelendet und nicht zur Entwicklung gekommen. (Sehr richtig!) Es gibt neben den Montanindustrien Industrien, die ganz andere Massen beschäftigen, denken Sie an Chemnitz und Umgegend mit seiner Textilindustrie. Denen nützt es wenig, wenn unentwickelte Länder besetzt werden in Afrika und sonstwo, wo die Bevölkerung noch lange nicht soweit ist, ihre Produkte aufzunehmen. Diesen Industrien schadet es aber, wenn die Lebensmittel verteuert werden und die Steuereinnahmen des Volkes zu allen möglichen Rüstungszwecken verwendet werden. Gewiß gibt es zwischen den großen Nationen allerhand Probleme, spielen Streitigkeiten, Interessenkonflikte heute mehr wie in früherer Zeit. Man soll aber nicht sagen, daß sie nicht auch auf andere Weise geschlichtet werden können, als durch Rüstungen und Krieg. Viele Streitfragen sind schon anders geschlichtet worden. Wir müßten ja sonst alle Tage Krieg haben. Auch die heute betonten Streitfragen sind lösbar, wären leicht lösbar, wenn wir internationale Schiedsgerichte hätten...

Ich möchte nicht gern in diese Debatte Polemik hineinbringen, aber es ist unmöglich, auf die Ausführungen des Genossen Lensch zu schweigen. Es scheint plausibel zu sein, was er sagt, aber es hinkt doch im höchsten Grade, und es wird in manchen Ausführungen gerade von denen willkommen geheißen werden, denen Lensch gewiß nicht dienen wollte, den Leuten von der „Post" und Konsorten. (Sehr richtig!) Ich bedauere, daß er die Abrüstungsvorschläge Englands so ausschließlich auf egoistische Interessen der englischen Bourgeoisie zurückführt. Vergessen Sie doch nicht, daß Campbell Bannermann, der, als er an die Regierung kam, den ersten Schritt tat, um mit Deutschland eine Verständigung zu suchen, derselbe Mann ist, der, als England den Burenkrieg führte, einer der wenigen war, die es wagten, entschieden dagegen zu protestieren, und dessen Regierung es war, die den Buren die Selbstregierung zurückgegeben hat. Ueber die alten Freihandelsleute und ihre Fehler sind wir uns klar, aber es steht mit ihnen doch etwas anders, als Lensch behauptet hat. Ich nenne nur Richard Cobden. Dem hielt man einmal in einer Versammlung entgegen, wenn der Freihandel durchgehe, dann werde England abhängig vom Auslande. Und was erwiderte er darauf: Jawohl, das ist ja gerade das Gute! Er hat viel internationaler gedacht, als man heute weiß, er war ein wirklicher Friedensmann. In der Zeit des Krimkrieges war er mit Bright ein Vorkämpfer gegen den Krieg und hielt auch Protest-

versammlungen gegen ihn ab. In jener Zeit hat Marx, er war ja noch jung damals, sich über ihn lustig gemacht. Aber es vergingen nur wenige Jahre, da erkannte Marx es als ein Interesse, daß Bright und Cobden als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgingen. Sie standen mannhaft auf der Seite derer, die gegen die geplante Verfolgung französischer Flüchtlinge protestierten. Sie waren immer dort, wo es galt, für Volksrechte und internationale Freiheit einzutreten.

Deutschland ist ein Industriestaat geworden, ehe es Kolonien hatte. Seine Industrie hat sich machtvoll entwickelt, ehe es seine große Kriegsflotte gebaut, sein Geld in immer größere Rüstungen hineingesteckt hat. Ich könnte viel antworten auf die Behauptung, daß das, was wir heute verlangen, nämlich die Abrüstung, Utopie und reaktionär sei. Das ist es nicht. Wir schwächen unseren Kampf, wenn wir den bürgerlichen Klassen zugeben, daß Militarismus und Marinismus notwendig seien. Die Weltgeschichte ist oft auf falschem Wege gewesen, die Völker haben oft unter politischen Selbsttäuschungen gelitten, ganze Kulturen sind daran zugrunde gegangen. Wir wollen, daß die organisierte Gesellschaft bewußt eingreift, nicht nur in den Produktionsprozeß, sondern auch in den Prozeß der internationalen Gegensätze. Wir halten hoch die Menschlichkeitsziele, die dem größten Reformer aller Zeiten vorgeschwebt haben. Wir treten ein für die Worte des Begründers des Christentums, die von seinen Nachfolgern im Stiche gelassen werden, wie von einem Mathias Erzberger, der heute einer der schlimmsten Hetzer des Militarismus ist, für die Losungsworte, die das Zentrum verraten hat: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wir dürfen nicht rasten und ruhen und müssen dafür sorgen, daß die Gesellschaft sich ungehemmt fortentwickelt zur Wohlfahrt im Interesse aller, zur Gleichheit des Rechts der Nationen durch internationale Verständigung und Abrüstung. Wenigstens die Arbeiterschaft Deutschlands wie die anderer Kulturländer ist entschlossen, keinen Schritt unversucht zu lassen, um für dieses Ziel zu wirken und zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 419 ff.)

Pannekoek-Bremen:

„... Haase führte die Rüstungsindustrie an, in der bei einer Abrüstung Arbeitslosigkeit entstehen würde, daß das für uns aber nicht maßgebend sein könne. Derartiges ist uns nie eingefallen. Wir haben nicht nur das Rüstungskapital zu bekämpfen. Der Kreis der unmittelbaren Interessenten ist viel größer. Das ganze Großkapital und Finanzkapital hat ein Interesse an der imperialistischen Politik und dadurch an dem Wettrüsten. Der Imperialismus ist also nicht eine einfache Interessenpolitik der Bourgeoisie, er ist vielmehr eine Gedankenrichtung, eine Ideologie. Eine Interessenpolitik ist er nur für das Großkapital. Die Masse der Bourgeoisie läßt sich durch sehr viele Gründe materieller und ideeller Natur ins Schlepptau nehmen. Man redet oft über den Imperialismus als eine Art Geistesverwirrung der Bourgeoisie. Bernstein spricht in der Parteitagsnummer der „Chemnitzer Volksstimme" von einer geistigen Epidemie. Aber wir können doch nicht so unmarxistisch denken, als liege hier ein Zufall vor, in der Literatur werden auch die vielen Fäden bloßgelegt, durch die jede bürgerliche Gruppe mit dieser Politik verbunden ist. Deshalb halten wir es für utopistisch, auf eine Umkehr auf diesem Wege zu rechnen. Man hält uns da den englischen Vorschlag entgegen. England hatte vor dem Wettrüsten gleichsam ein imperialistisches Monopol. Durch das Wettrüsten konnte es nur verlieren. (Bernstein: Ohne Abrüstung noch mehr!) Es war selbstverständlich, daß England einen Abrüstungsvorschlag machte, aber ebenso selbstverständlich war es auch, daß die deutsche Regierung nicht darauf einging. (Hört! hört!) Natürlich vom Standpunkt des Großkapitals. Vom Standpunkt des Proletariats ist es geradezu umgekehrt. Unsere Fraktion vertritt ja durch Ablehnung des Budgets und durch ihr Auftreten bei jeder Militärvorlage diesen Standpunkt. Will sie aber in der Weise vorgehen, daß sie fordert, die deutsche Regierung soll auf den Vorschlag der englischen Regierung eingehen, dann muß man sagen, daß das nicht zu erreichen ist. Die herrschende Klasse kann diesen Weg nicht einschlagen, weil sie eine Ausbeuterklasse ist, weil Beutepolitik und Gewalttätigkeit zu ihrem inneren Wesen gehören. Dabei wollen die verschiedenen Mächte so stark wie möglich dastehen. Bei allen ihren Streitigkeiten entscheidet nur die Macht. Auch wenn es nicht zum Kriege kommt, ist die Rüstung für das Großkapital nicht zwecklos. Denn man kann die Konkurrenzen, die anderen Weltmächte, zu

Zugeständnissen zwingen. Deshalb wird mit Eifer gerüstet. Haase wies darauf hin, wie die Kapitalmagnaten sich schon international organisieren. Aber er fügt hinzu, daß dadurch die Kriege nicht aus der Welt geschafft werden. Wenn das so ist, und die Kapitalisten wissen, daß die Kriege unvermeidlich sind, dann wird auch das Wettrüsten nicht aus der Welt gehen. (Haase: Wettrüsten und Abrüsten ist nicht dasselbe!) . . .“ (421 f.)

Grumbach-Colmar:

„. . . Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch gewisse äußere Gesten der Verwalter des Finanzkapitals, die darauf hindeuten, daß es ein Interesse an dem Wettrüsten hat. Dr. Lensch sagte: ein Kapitalismus ohne Armee stehe in der Luft. Das ist richtig und stimmt besonders für die Anfänge des Kapitalismus; wir sehen aber auch, daß ein Augenblick kommt, wo das Kapital ein Interesse daran hat, daß die militärische Aufwärtsentwicklung zum Stillstehen gebracht wird. Wir sind nicht so utopistisch, zu verlangen, daß der Kapitalismus seine Armee ganz abschaffe, wir fordern ja einstweilen nur eine Rüstungseinschränkung und keine weitere Aufrüstung mehr. Wenn das Wettrüsten eine natürliche Folge der großkapitalistischen Politik ist, so ist es sicher keine unbedingte Notwendigkeit mehr in einer gewissen Epoche. Nach meiner Ansicht ist es eine konservativ-fatalistisch-ideologisch-marxistische Auffassung (Heiterkeit.), wenn man sagt, daß es aussichtslos sei, für die Beschränkung des Wettrüstens einzutreten, weil dieses unvermeidlich wäre. Nein, es ist nicht der Fall, daß das Wettrüsten eine Naturnotwendigkeit ist und daß wir nicht dagegen kämpfen können, ohne Reaktionäre und ideologische Friedensschwärmer zu sein. Wir kämpfen mit anderen Waffen und Argumenten als die bürgerlichen Friedensfreunde und können gar nicht mit ihnen verwechselt werden. Bedenken Sie, Parteigenossen, aber auch vor allem, welche Wirkung im Ausland es haben müßte, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie die Argumente von Pannekoek und Lensch zu eigen machte, wenn die Forderung auf Abrüstung fallen gelassen würde. Draußen in den anderen Ländern stehen überall die Armeen unserer bürgerlichen Gegner, die nur darauf warten, sagen zu können, die deutsche Sozialdemokratie habe theoretische Gründe gesucht, um nicht mehr gegen das „von dem deutschen Volke gewünschte Wettrüsten“ ankämpfen zu müssen. (Sehr wahr!) Heute können in der französischen Kammer Jaurès, im englischen Unterhaus Keir Hardie, in den spanischen Cortes Pablo Iglesias stets anführen, daß in Deutschland eine Millionenarmee von Sozialisten lebt, deren bedeutendste Wortführer immer wieder eintreten für die Einstellung des Wettrüstens. Praktisch müssen wir denken, wenn wir diese praktische Frage erledigen wollen. Es wäre das gefährlichste, was wir tun könnten, wenn wir uns der Taktik von Pannekoek und Lensch anschließen würden. Wir würden der internationalen Friedensbewegung, soweit sie von Sozialisten geleitet wird, einen sehr harten Schlag versetzen, wenn wir die Möglichkeit schaffen wollten, auch nur ernsthaft zu erwägen, ob die Forderung der Abrüstung aus unserem Programm eventuell zu streichen ist. Unsere Stellungnahme hierzu ist nichts anderes als die praktisch angewandte Grundauffassung, die auch die Gewerkschaften haben, daß es eben doch möglich ist, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewisse ihrer Auswüchse einzudämmen, zu verkleinern, zum Stillstand zu bringen. Und in dem Sinne ist wohl die Schlußfolgerung der Pannekoekschen Anschauungen, die darauf hinauslaufen, daß die Forderung der Abrüstung eine Utopie sei, keine Utopie, sondern ein sehr gefährlicher Vorschlag, den man uns macht. Die deutsche Sozialdemokratie, die angesehenste und mächtigste Sektion der sozialistischen Internationale, sollte heute hier laut sagen: wie wir jederzeit für die Abrüstung gekämpft haben, wollen wir auch fernerhin alles tun, um die innerhalb des Kapitalismus und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vorhandenen Tendenzen gegen den Weltkrieg durch die außerordentliche Naturkraft, welche uns die hinter uns stehenden Massen des Volkes geben, jederzeit zu stärken. (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.)“ (424 f.)

Liebknecht-Berlin:

„. . . Es trifft nicht zu, daß im Kapitalismus keine Gegentedenzen gegen die kriegerischen Tendenzen und gegen das Wettrüsten vorhanden seien. Die Resolu-

tionen der internationalen Jugendkonfererenzen haben dies in gründlicher Weise behandelt. Und Bebel ist es gewesen, der im vergangenen Jahre auf dem Parteitag in Jena gerade die internationalen Zusammenhänge, die selbst vom Standpunkt des Kapitalismus aus gegen den Kriegswahnsinn sprechen, in schlagenden und eindrucksvollen Sätzen vor Augen geführt hat. Lensch hat einen wesentlichen Gegensatz zwischen Abrüstung und Miliz konstruiert. Ich bestreite, daß dieser Gegensatz besteht ...

... Die wichtigste der Tendenzen gegen den Imperialismus ist die vom Proletariat getragene der Solidarisierung aller Völker, des Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse innerhalb der einzelnen Länder und in der Internationale führt gegen diejenigen Kreise, deren Geschäft der Imperialismus ist. Hier gilt es weiter zu arbeiten genau in der Richtung, in der die Sozialdemokratie, die internationalen sozialistischen Kongresse bisher gewirkt haben; wir haben nicht einen Buchstaben wegzunehmen von dem, was wir bisher gesagt und getan haben. Und wenn die Sozialdemokratie aller Länder in dieser Richtung unter Aufbietung der rücksichtslosesten Energie weiterarbeitet, so tut sie alles, um das Menschenmögliche an Macht zu entfesseln, den Imperialismus an kriegerischen Abenteuern zu hindern. Die internationale proletarische Solidarität immer weiter auszubilden und zu festigen, den Klassenkampf immer intensiver und leidenschaftlicher zu gestalten, immer mehr bereit zu sein, mit allen Mitteln, koste es, was es wolle, dem Imperialismus entgegenzutreten, das ist meiner Ueberzeugung nach ein sehr guter und sicherer Schutzwall gegen die Völkerverhetzung der herrschenden Klassen, und wir können nichts besseres tun gegen die Kriegsgefahr, als den herrschenden Klassen keinen Zweifel zu lassen, welch gewaltige wirtschaftliche, politische und soziale Gefahren sie durch die Entzündung eines Weltenbrandes über sich heraufbeschwören, vermöge der hohen intellektuellen Entwicklung des Proletariats und vermöge der rücksichtslosen Entschlossenheit des Proletariats zum Klassenkampf. Für uns gilt in der Tat das alte Wort: si vis pacem, para bellum, wenn du Frieden willst, bereite den Krieg. Wir können sagen, wenn wir den Völkerfrieden wollen, müssen wir den Krieg, den Klassenkampf bereiten, ihn mehr und mehr international führen und schüren ..." (426 f.)

Cohen-Leipzig:

„... Ich glaube allerdings, daß Lensch hier weiter sieht als Kautsky, und den Beweis erbracht hat, daß die Idee der internationalen Abrüstung, die zum Weltfrieden führen würde, früher in der Internationale nicht vertreten war. Dafür zwei Beispiele: Zuerst um Liebknecht zu zeigen, wie unpraktisch es ist, wenn man sich auf eine Aeußerung Bebels beruft, ebenfalls ein Hinweis auf den Jenaer Parteitag. Dort schloß Bebel: „Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Also, nicht Abrüstung heißt künftig für das bürgerliche Europa die Losung, sondern Aufrüstung. Meiner Ueberzeugung nach kann diese Aufrüstung nur mit einer großen Katastrophe endigen." Damit hat Bebel nicht gesagt, daß wir Aufrüstung und Katastrophe wünschen, sondern nur ausgedrückt, daß sie kommen muß. Etwas anderes sagen auch Lensch und Pannekoek nicht ... Kautsky hat erst in seinem „Weg zur Macht" darauf hingewiesen, daß, solange die Weltpolitik dauere, auch der Wahnsinn des Wettrüstens bis zur völligen Erschöpfung zunehmen müsse, und so werde sich der Wahnsinn steigern, bis das Proletariat die Kraft gewinne, den Imperialismus zu überwinden und durch den Sozialismus zu ersetzen. Das sagen Pannekoek und Lensch auch, und an keiner Stelle, daß man den Imperialismus nicht bekämpfen solle. Es ist aber falsch, was man als Endhoffnungen an eine Verständigung Deutschlands und Englands oder ganz Westeuropas knüpft. Denn Amerika geht in seinem Interesse nicht mit diesen Staaten, dazu kommt Ostasien usw. Und wenn die Reichstagsfraktion bei dem Abrüstungsvorschlag sich begnügt hätte, zu sagen, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England die augenblickliche Kriegsgefahr vermindern und einen wichtigen Streit aus der Welt schaffen könne, so hätte keiner etwas dagegen gehabt. Aber Hoffnungen daran zu knüpfen, wie es die Resolution tut, daß durch internationale Abmachungen der Weltfriede gesichert werden könnte, das halte ich für eine Utopie ..." (427 f.)

Abstimmungen.

Der Parteitag zu Jena **1911** überwies den Antrag 41 (Hamburg I, 40. Bez.) dem Parteivorstand. Nach diesem Antrag sollen die namentlichen Abstimmungen im Reichstag mit Erläuterungen der Gesetze veröffentlicht werden. Der Parteivorstand bemerkt in seinem Bericht an den Parteitag zu Chemnitz **1912**: „Wichtige namentliche Abstimmungen werden durch die „Partei-Korrespondenz" veröffentlicht und bei wichtigen Gesetzen wird auch künftig durch Handbücher oder Broschüren das zur Agitation erforderliche Material vermittelt werden." (S. 8.)

Agitation.

Nach dem Bericht des Vorstandes an den Magdeburger Parteitag **1910** beträgt die Zahl der im Berichtsjahre verbreiteten Flugblätter 23 162 440, die Zahl der Kalender und Broschüren 2 545 811.

Den Geschäftsbericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Chemnitz **1912** erstattete Ebert. Er führt aus:

„An allgemeiner Agitation ist alles geschehen, was das Interesse der Arbeiterklasse gebot und was geeignet war, das Parteileben zu befruchten. Gegen die imperialistische Raubpolitik, gegen den Wahnwitz der Rüstungssteigerung, gegen die Kriegshetzereien sowie gegen die wucherische Aushungerungspolitik sind von uns Massenaktionen eingeleitet worden, die sich mehrfach zu wuchtigen Demonstrationen gestalteten ...

Zu allen politischen Aktionen ist von uns Agitationsmaterial herausgegeben worden, und zwar Musterflugblätter, Rednermaterial und anderes mehr. Zur Reichstagswahl allein sind 68 verschiedene Flugblätter den Organisationen angeboten worden. Dabei ist auf die verschiedensten Verhältnisse Rücksicht genommen worden. Die Bezirks- und Landesvorstände sind seit dem letzten Parteitag dreimal zusammenberufen worden, auch eine Konferenz der Redakteure hat getagt. Mit der Kontrollkommission haben wir alle Vierteljahre konferiert. Bei diesen Konferenzen sind alle wichtigen Parteifragen und die zu treffenden Maßnahmen erörtert, Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht worden. Wenn früher hin und wider geklagt wurde, daß es an Agitationsmaterial mangele, so ist jetzt wiederholt von einer Fülle, sogar von Ueberfülle an Material gesprochen worden. (Sehr richtig!) Ich habe darauf hingewiesen, weil wieder einzelne Genossen dem Vorstand den Vorwurf der mangelnden Initiative und Aktivität machen. In der Organisationskommission, wo doch Genossen sitzen, die langjährige Erfahrungen haben, ist einmütig erklärt worden, daß dieser Vorwurf durchaus unberechtigt sei.

Welch gewaltige Werbearbeit die Partei im letzten Jahre geleistet hat, zeigt die Statistik. Danach sind Flugblätter und Flugschriften in nicht weniger als 114 Millionen Exemplaren verbreitet worden, wovon 88 Millionen auf die Reichstagswahlen entfallen. 30 000 öffentliche Agitationsversammlungen fanden statt und in mehr als 42 000 Mitgliederversammlungen sind die engeren Parteiangelegenheiten erledigt worden ..." (S. 215 f.)

Die Anträge 4 und 5 zur Agitation, die dem Parteitag zu Magdeburg **1910** vorlagen, wurden dem Parteivorstand überwiesen:

4. Bremen: „Einige tüchtige Sozialpolitiker zu beauftragen, geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenzustellen, worin alle Fragen, die voraussichtlich im Wahlkampf zur Sprache kommen, gemeinverständlich in unserem Sinne zu beantworten sind. Zum Beispiel die Finanz- und Steuerpolitik, der Militarismus, die Trusts, Ringe und die Agrarpolitik, die Arbeiterversicherungsgesetze u. a. m. Dieses Material ist sämtlichen Parteiblättern zum Selbstkostenpreis abzugeben, welche es in ihren Spalten mit dem Hinweis veröffentlichen, daß sich jeder intelligente Genosse diesen Stoff aufbewahre, um eventuell in den Wahlkampf eingreifen zu können."

5. Breslau und Breslau-Land: „Zur Vertiefung und Erweiterung unserer Agitation soll durch Preisausschreiben des Deutschen Parteivorstandes ein durch Massenherstellung sehr billiges Schriftchen geschaffen werden, welches auf Kosten der einzelnen Wahlvereine jedem bisherigen und jedem neueintretenden Mitgliede gratis zu geben ist und an das folgende Bedingungen geknüpft werden:

1. Titel: Warum mußt du Sozialdemokrat sein?
2. Inhalt: Eine knappe einfache Darlegung der sozialdemokratischen Grundgedanken, Aussichten und Erfolge in besonders volkstümlicher, zu Herzen gehender und fremdwortfreier Sprache.
3. Umfang: Höchstens 16 Druckseiten in Oktav.
4. Papier: Stark, ansehnlich und haltbar.
5. Druck: Besonders groß und klar.
6. Einband: Fest und dauerhaft broschiert, mit einer anmutenden bildlichen Darstellung von Arbeit und Freiheit.

Die Schrift ist wenn möglich so zeitig herzustellen, daß sie noch für die kommenden Reichstagswahlen wirken kann."

Der Bericht an den Magdeburger Parteitag **1910** meldet, daß Agitationskalender in 38, besondere Monatsblätter in 16 Agitationsbezirken herausgegeben wurden. (S. 27.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird im wesentlichen das gleiche berichtet. (S. 26.)

Im Vorstandsbericht erwähnt Müller, es sei im letzten Jahre eine besondere Stelle zur Abfassung von Broschüren und Flugblättern eingerichtet worden. „Sie hat schon so viel Material auf den Markt geworfen, daß schon gesagt wurde, man könne das gar nicht alles lesen. Wir sollten mit diesem reichen Segen einhalten." (S. 198.)

Diesem Parteitag lag als Antrag 16 der folgende vor:

„Nürnberg: Der Parteivorstand hat sofort eine Instanz im Anschluß an das Pressebureau zu schaffen, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsflugschriften und Broschüren ermöglicht."

Im Schlußwort führt Müller aus:

„... Der Antrag 16 wünscht, daß die Flugschriften der Partei schneller und billiger in den Verkehr kommen wie jetzt und daß sie besser bearbeitet sind. Mit dem Pressebureau hat eine solche Einrichtung nichts zu tun. Aber im Anschluß an die „Partei-Korrespondenz" haben wir schon einen Genossen berufen, der die Flugschriften bearbeiten soll. Im Keime ist also schon vorhanden, was hier gewünscht wird. Und eine Erweiterung kann nach Bedarf eintreten. In bezug auf die Billigkeit können wir erklären, daß es unmöglich ist, die Flugschriften noch billiger abzugeben, als es jetzt geschieht, soweit es sich wirklich um Flugschriften für die Massen handelt, die auf der Rotationsmaschine hergestellt werden. Süßheim führte an, der katholische Volksverein gebe die Flugschriften für 5 Pfg. ab. Wir geben bei Massenabsatz an die Organisationen für 1 Pfg. das Stück ab. Das ist der billigste Preis, der mir bekannt ist ... Uebrigens haben wir soviel Material hinausgegeben, daß von allen Seiten schon gesagt wird, es ist zu viel. Ich halte diese Klagen nicht für berechtigt, denn es handelt sich nicht darum, ob eine Flugschrift augenblicklich für einen Wahlkreis zu gebrauchen ist, sondern die Flugblätter und Flugschriften müssen da sein, um bei passender Gelegenheit Verwendung finden zu können. Außer unseren Flugschriften kommt auch noch das von den Landes- und Bezirksorganisationen herausgegebene Material in Betracht. Es kommt also tatsächlich eine ungeheure Menge von Material heraus ..." (S. 270.)

Der von Süßheim-Nürnberg begründete Antrag wurde abgelehnt. (S. 223.)

Nicht genügend unterstützt wurde der Antrag 10 (Breslau I, Guhrau):

„Der Parteitag wolle beschließen: In Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Agitation der politisch zurückgebliebenen Wahlkreise finanziell energischer zu unterstützen, und zum Wahlkampf in die schlesischen Wahlkreise auch Reichstagsabgeordnete als Redner senden zu wollen."

In der Debatte über die Reichstagswahlen sagte Hartleib-Hannover:

„Die Verschärfung des Wahlkampfes können wir namentlich an der ungeheuren Masse von Flugblättern konstatieren. Aber je mehr Flugblätter an die Wähler verteilt werden, desto weniger werden sie gelesen. Diese Flugblätter müssen so abgefaßt sein, daß ihr Inhalt den Wählern sofort in die Augen fällt. Am besten dürften sich illustrierte Flugblätter empfehlen, wie sie bereits bei den Wahlen der Jahre 1893 und 1907 und beim preußischen Wahlrechtskampf zahlreich von uns verteilt sind. Niemand wird in Abrede stellen, daß solche Flugblätter ihre Wirkung tun. Man geht wohl nicht fehl, daß der ungünstige Ausfall der Hottentottenwahlen in Sachsen auf die illustrierten Flugblätter des Reichsverbandes zurückzuführen ist. Wenn unsere Gegner mit illustrierten Flugblättern arbeiten können, dann haben die Sozialdemokraten umsomehr Material dafür. Wir brauchen nur einmal bildlich darzustellen, wie ein Arbeitsloser von Ort zu Ort geht und dann im Chausseegraben verhungert, wie eine Familie sich aus Nahrungssorgen das Leben nimmt, wie alljährlich Hunderttausende von Säuglingen aus Mangel an Nahrung im ersten Lebensjahre sterben. Wenn wir das schildern und demgegenüber den Ueberfluß der Reichen darstellen, dann wollen wir doch einmal sehen, ob wir dadurch nicht eine günstige Wirkung erzielen, ob dann nicht die Wähler ihr Augenmerk darauf richten und ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgeben. Gewiß wird es manchen Wahlkreisorganisationen an Kräften dafür fehlen, aber die Gesamtpartei wird doch wohl die nötigen Kräfte besitzen, um solche Flugblätter herstellen zu lassen. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird der Reichsverband noch mit ganz anderen Mitteln gegen uns vorgehen, als bei der letzten Wahl. Wollen wir unser Ziel erreichen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Massen zu Sozialdemokraten erzogen werden. Das wird um so leichter sein, als die bürgerlichen Parteien, abgesehen von ihrem Verhalten beim Wuchertarif, sich noch niemals solche Schandtaten gegen das arbeitende Volk haben zuschulden kommen lassen wie innerhalb der letzten Jahre. Sie haben alle Veranlassung, den Parteien, die so niederträchtig am erwerbstätigen Volke gehandelt haben, die Maske vom Gesicht zu reißen. Tun wir das mit Hilfe von bildlichen Darstellungen, dann werden wir auch Erfolge erzielen. (Bravo!)" (S. 396.)

In Jena **1913** führte Scheidemann am ersten Verhandlungstage im Vorstandsbericht aus:

„In einer sächsischen Versammlung hat ein bekannter Parteigenosse gesagt: „Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation ist dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung zuzuschreiben!" (Hört! hört!) Das wird hinausgeschleudert in die Welt und wirkt dann fort in der Masse, nicht zum Vorteil der Partei, nicht zum Nutzen des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Was soll das heißen: Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation? Wo sind denn diese Mißerfolge überhaupt? Ich habe absichtlich das Bild der Parteiarbeit und der Parteierfolge hier gezeigt, um Sie daran zu erinnern, was an Parteiarbeit erfolgreich geleistet worden ist. Es ist falsch, wenn man mir nichts dir nichts von Mißerfolgen spricht. Davon kann keine Rede sein für denjenigen, der die Dinge objektiv betrachtet. Wer glaubt, imstande zu sein, den Beweis dafür erbringen zu können, daß die Massen das Vertrauen zu ihrer Leitung verloren haben? (Sehr richtig!) Traurig wäre es, wenn das der Fall wäre. Dann brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn die Organisationen, statt Fortschritte zu machen, rückwärts gehen würden. (S. 224.)

Am zweiten Verhandlungstage ergänzte er diese Feststellungen folgendermaßen:

„Es ist über den Nachrichtendienst und über die Berichterstattung geklagt worden. Da will ich feststellen, daß auch ich, gestützt auf einen mangelhaften Zeitungsbericht, mich auf eine Aeußerung eines Genossen in Sachsen bezogen habe, die nach dem „Vorwärts" vom 10. August folgendermaßen lautete: „Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation des letzten Jahres sei dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung geschuldet." Der betreffende Genosse, der nach dem „Vorwärts"bericht diese Aeußerung getan haben soll, hat mir versichert, daß davon keine Rede sei. Er hätte sich so, wie es da steht, nicht ausgesprochen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß keine Rede davon sein kann, daß ein Genosse sich so geäußert hat. Diese Richtigstellung zeigt, wie gut es war, daß ich von der Nennung von Namen gestern ausdrücklich Abstand genommen habe." (S. 276.)

Agrarfrage.

Der Magdeburger Parteitag **1910** überwies dem Parteivorstand zur Berücksichtigung den Antrag 78 (Brandenburg): „Die Agrarfrage auf die Tagesordnung zu setzen". Im Bericht an den Parteitag zu Jena **1911** bemerkt der Parteivorstand (S. 16), die Agrarfrage habe er nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weil dieser Parteitag im Zeichen des Reichstagswahlkampfes stehe. Dieser Parteitag überwies den Antrag 45 (Hannover) dem Parteivorstand zur Erwägung: „Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, entsprechend dem Beschlusse des Breslauer Parteitages, die Herausgabe der „Sammlung agrar-politischer Schriften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" recht bald in die Wege zu leiten."

Der Parteitag zu Chemnitz **1912** überwies dem Parteivorstand den Antrag 150 Köln-Stadt und Köln-Land, eine Studienkommission für die Agrarfrage einzusetzen und von ihr „namentlich die landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und die soziale Lage der Kleinbauern objektiv erforschen und dadurch die Unterlagen für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm schaffen" zu lassen. Gleichfalls dem Vorstand überwiesen wurde der Antrag 140 Mülheim-Wipperfürth und der nachträglich eingegangene Antrag 197 Georg Zorn, die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Ein gleichfalls nachträglich eingegangener Antrag 190 Hannover mit ähnlicher Tendenz wie Antrag 150 wird nicht ausreichend unterstützt.

Dem Jenaer Parteitag **1913** berichtete Scheidemann:

„Parteiausschuß und Vorstand schlagen Ihnen vor, die Wahl der Studienkommission diesen Korporationen zu überlassen. Es empfiehlt sich das, weil man die Zusammensetzung einer solchen Arbeitskommission, die ein ganz bestimmtes Gebiet beackern soll, nicht einer Zufallsmehrheit überlassen soll. Es ist vielmehr notwendig, daß die Genossen, von denen man bestimmt weiß, sie bringen der Agrarfrage Interesse entgegen, sie bringen schon bestimmte Kenntnisse auf diesem Gebiete mit, mit Sicherheit in die Kommission hineinkommen. Es soll diese Kommission auch das Recht der Kooptation haben. Es ist wohl selbstverständlich, daß sie die Möglichkeit haben muß, sachverständige Berater hinzuziehen. Ich hoffe, daß Sie diesen Vorschlägen zustimmen werden. Dadurch würden sich die Anträge 13 und 14 erledigen." (S. 221.)

Diese Anträge, von Hamburg und Königsberg ausgehend, forderten gleichfalls eine Agrarstudienkommission. Ebenso der nachträglich ein-

gegangene Antrag 101 Gottschalk und Genossen. Der Parteivorstand seinerseits formulierte seinen Antrag 96 so:

„Resolution zur Agrarfrage. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiausschuß eine Kommission von 9 Genossen einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Entwicklungstendenzen und die derzeitigen Verhältnisse der Landwirtschaft zu studieren und der Partei das gewonnene Material zu unterbreiten. Gemeinsam mit der Kommission kann der Parteivorstand besoldete Mitarbeiter zu den Arbeiten der Kommission heranziehen."

Hiergegen wandte sich Gottschalk-Königsberg:

„Die Kommission muß von dem Vertrauen der Gesamtpartei und ihrer berufenen Vertretung, d. h. vom Vertrauen des Parteitages, getragen werden, ebenso wie sie auch dem Parteitag Rechenschaft abzulegen hat. Es liegt kein Grund vor, in diesem Falle nicht ebenso zu handeln, wie bisher in zahlreichen ähnlichen Fällen und wie 1894 in Frankfurt bei der Einsetzung der Agrarkommission, die bekanntlich auch vom Parteitag gewählt wurde. Unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet die Wahl durch den Parteitag nicht. Wird sie heute beschlossen, so können wir die Wahl selbst ja auf einen der letzten Tage der Parteitagswoche zurückstellen, und inzwischen haben wir reichlich Zeit zu sorgfältiger Vorbereitung der Wahl. Der Parteitag würde ohne Not ein ihm zustehendes Recht preisgeben, wenn er die Wahl der Kommission dem Parteivorstand und -ausschuß überließe. Bei allem Vertrauen, das beide Körperschaften für sich in Anspruch nehmen mögen, hat doch der Parteitag ein noch größeres Vertrauen zu sich selbst zu hegen. Ich bitte daher, dem Antrag 96 in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen, sondern seine einleitenden Worte zu ändern. Ich bringe das Amendement ein, daß im ersten Satz die ersten Worte lauten sollen: „Der Parteitag beschließt." Gleichzeitig ziehe ich die Anträge 14 und 101 zurück." (S. 268.)

Nachdem Bromme-Lübeck (S. 274) und Otto Braun (S. 280 f.) gegen Gottschalk gesprochen haben, wird der Antrag 96 unverändert angenommen. Dadurch erledigt sich auch Antrag 13.

Alkoholfrage.

Dem Parteitag zu Magdeburg **1910** lag folgender Antrag 38 Berlin, 4. Kreis, Genosse Kulczinsky, vor:

„Da es ein Verbrechen ist, Kindern Schnaps, Wein oder Bier zu geben, beschließt der Parteitag, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, entsprechend dem neuen italienischen Gesetzentwurf, um die Jugend gegen den Alkoholismus zu schützen."

Außerdem wurde nachträglich die Resolution 88 vom 1. pfälzischen Wahlkreis eingebracht:

„Die Konsum- und Parteiorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinzuweisen und sind die derzeitigen Schnaps- und Bierpreiserhöhungen nach Kräften zu diesem Kulturzweck auszunutzen."

Desgleichen Antrag 99 Heinrich Schulz und Genossen:

„Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitags in die Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen."

Ueber die Wirkung des Leipziger Beschlusses berichtet Pfannkuch in Magdeburg **1910**:

„. . . Zu unserer großen Freude ist eine weitgehende Einschränkung des Schnapskonsums, die Folge des Leipziger Beschlusses, festzustellen gewesen. Wir haben uns aber gegenüber den Anträgen jener Parteigenossen, die sich zur völligen Abstinenz aller geistigen Getränke durchgerungen haben, und die von der Parteileitung viel

weitergehende Maßnahmen verlangten, als sie dem Leipziger Entschluß entsprachen, abwehrend verhalten. Wir können uns nicht auf den Weg drängen lassen, die Abstinenzfrage zu einer Parteifrage machen zu lassen, wir können die Abstinenzfrage nur als eine Erziehungsfrage ansehen und behandeln, indem wir durch fortwährende Belehrung und Aufklärung der Arbeitermassen dazu beitragen, daß die Enthaltsamkeit von alkoholischen Getränken immer größere Anerkennung findet, und wenn damit schließlich völlige Abstinenz erreicht wird, so wird die Parteileitung das ebenfalls mit großer Freude begrüßen." (S. 199.)

Zu dem Antrag 38 sprechen Zetkin, Hackelbusch, Engler, Olion, Wurm, Geck, Katzenstein, Henke, Schöne, wobei einige der Redner sich auch gegen die Absinth-Gefahr wenden. (S. 391 ff.)

Wurm-Berlin führte zu diesem Antrage aus:

„Wir wissen zwar noch nicht genau, und können noch nicht zahlenmäßig feststellen, wie der Aufruf der Partei an die Arbeiter, sich des Schnapskonsums unbedingt zu enthalten, sowohl aus gesundheitlichen Gründen, als auch um den Junkern nicht die Tasche zu füllen, Wirkung gehabt hat. Aber wenn auch die Statistik des Branntweinverbrauchs mit Hilfe der Spirituszentrale noch verschleiert wird, so ist doch zweifellos der Schnapskonsum bedeutend zurückgegangen, und daß dieser Rückgang nicht unbeträchtlich sein muß, wird dadurch bewiesen, daß sich die Junker und ihre Regierung vorbereiten, um einen heimtückischen Streich gegen die Schnapsboykottbewegung zu führen. (Hört! hört!) Sie wissen, der Profit der Junker entsteht dadurch, daß die Menge des trinkbaren Branntweins gesetzlich beschränkt, kontingentiert wird. Dieses Kontingent, das mit einem niederen Steuersatze belegt ist, wird stets so festgesetzt, daß es den Verbrauch nicht deckt. Nun wirkt natürlich der über das Kontingent hinausgehende Verbrauch preisbildend auf den gesamten Spiritusabsatz. In dem Augenblick, wo der Konsum herabsinkt auf das gesetzlich festgestellte Kontingent mit dem niederen Steuersatz, verschwindet der Extraprofit der Junker, die Liebesgabe. Durch unseren Aufruf an die Arbeiter ist der Schnapsverbrauch so weit zurückgegangen daß er dieser Grenze sich offenbar nähert, so daß es möglich erscheint, das Volk von der Liebesgabe, von der Sonderabgabe an die Junker zu befreien. In dem Augenblick, wo nun das Volk Anstalten macht, sich diese Befreiung durch die Enthaltung vom Schnaps zu verschaffen, beschäftigt sich der Bundesrat mit dem Plane, das Kontingent herabzusetzen und dadurch die Liebesgabe zu retten (stürmisches Hört! hört!), damit der Rückgang des Konsums nicht den Profit der Schnapsbrenner schädigt und das Volk weiter ausgebeutet werden kann. Das wurde ausgeplaudert von einem jener Brenner, die mit der geplanten Herabsetzung des Kontingents unzufrieden sind.

Die Spirituszentrale, diese Riesenmacht von Junkern und Banken, hat längst großen Einfluß auf die Regierung und den Bundesrat. Voraussichtlich wird schon in der nächsten Reichstagssession ein solches Vorgehen des Bundesrats zu erwarten sein. Dabei ist noch zu betonen, daß jene agrarischen Volksvergifter und Volksausräuber den Konsum im Inlande dadurch künstlich verteuern, daß sie unter dem deutschen Marktpreis Spiritus nach dem Auslande verkaufen —, dieselben Herren, die sich nicht genug tun können in Beteuerungen ihres Patriotismus, sorgen so mit Unterstützung der für die Volksgesundheit verantwortlichen Regierung für ihre Tasche, indem sie den Schnaps, den die Arbeiter nicht mehr trinken, vom deutschen Markt entfernen, um den Preis noch weiter hinauftreiben zu können. In dreifacher Weise plündern sie also die Elendesten und Aermsten und wir protestieren hier auf das energischste dagegen, daß dieser Wucher, diese Ausbeutung mit Zustimmung aller einzelstaatlichen Regierungen in Nord und Süd fortgeführt wird (lebhafter Beifall), und wir ersuchen die Fraktion, diese Angelegenheit im Auge zu behalten. (Allseitiger lebhafter Beifall.) (S. 393 f.)

Katzenstein weist auf die Schnapsinserate der Parteipresse hin und polemisiert gegen die „Bremer Bürger-Zeitung", die einen kritischen Artikel Mehrings über den Schnapsboykott aus der „Neuen Zeit" zustimmend nachgedruckt hatte. Henke-Bremen widerspricht. (S. 395 f.)

Der Antrag 38 wird der Reichstagsfraktion überwiesen. (S. 400.)

Zu den Anträgen 88 und 99 spricht Wurm-Berlin:

„Wenn der Schnapsverbrauch auch zurückgegangen ist, so haben wir immer wieder darauf hinzuweisen, wie dringend notwendig im Interesse der Partei wie der Gesundung der Arbeiterklasse seine strenge Durchführung ist. Ich unterschreibe jene Veröffentlichung des Parteivorstandes, daß nicht eine Schnapsriecherei und -Schnüffelei getrieben werden soll. Wir haben die Massen aufzuklären und werden die soziale Gesundung der Klassen dann auch erreichen, weit mehr als durch etwaige leicht ins Gehässige umschlagende Denunziationen in Versammlungen oder gar in der Presse. (Sehr richtig!) Es ist anderseits selbstverständlich, daß im Vordergrund stehende Personen nicht ein schlechtes Beispiel geben sollen, und daß die Organisationen dafür sorgen müssen, daß bei ihren Festen nicht zum Alkoholkonsum angereizt werde. Der „Abstinente Arbeiter" berichtet, daß auf einem Organisationsfeste eine Schnapsbude aufgestellt war (Hört! hört!), allerdings nicht von der Organisation aus, sondern weil der Wirt diese Bedingung gestellt hatte für die Hergabe des Lokals. (Hört! hört!) Wir sind verpflichtet darauf hinzuweisen, daß solche Vereinbarungen nicht abgeschlossen werden dürfen (Zustimmung) — es ist selbstverständlich, daß wir bei der Durchführung des Schnapsboykotts natürlich damit rechnen, daß die Wirte nicht mehr so viel Absatz bei unseren Genossen finden, wie vorher. Wir müssen eine Entschädigung geben dadurch, daß wir für die Stellung des Lokals, des Lichtes usw. eine Miete zahlen. Ich habe schon in Lübeck vorgeschlagen, daß wir den Wirten statt der indirekten Steuer durch das, was verzehrt wird, lieber eine direkte Steuer für die Benützung zahlen. (Zustimmung.)

Da auch für die Gewerkschaftshäuser der Konsumrückgang in Betracht kommt, hat sich eine Konferenz, die die Generalkommission einberufen hatte, auch mit dieser Frage beschäftigt und es ist darüber im „Korrespondenzblatt" Nr. 29 berichtet. Der Beschluß 3 in der Konferenz lautet: Es ist anzustreben, daß für die Benützung der Säle eine bare Miete gezahlt wird und die indirekte Entschädigung durch die Verzehrung von Getränken fortfallen möge. Wo die Erhebung von Mieten nicht möglich ist, sind direkte Beiträge von Partei und Gewerkschaft für die Erhaltung der Gewerkschaftshäuser zu verlangen. — Durch unseren Antrag wird dieser Vorschlag bestätigt. Wir müssen unsere Häuser auf direkte Unterstützung stellen, ebenso sind wir verpflichtet, den Wirten eine Entschädigung zu geben, wenn der Alkoholverbrauch zurückgeht, eben damit er zurückgeht. (Sehr richtig!) Es wird dann auch dieser Animierzustand aufhören, daß die Kellner sich durch die Versammlungen drängen. In den Jugendheimen haben das die Jugendausschüsse schon durchgeführt. Tun wir es auch! (Bravo!)

Ich empfehle deshalb, den Antrag anzunehmen, damit wir den Leipziger Beschluß bekräftigen und zeigen, daß die Patei gewillt ist, mit allen Mitteln den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. (Bravo!)" (S. 475 f.)

Die Anträge werden angenommen, 99 mit dem Zusatz:

„Den Parteiorganisationen wird empfohlen, den Trinkzwang bei Versammlungen und Sitzungen durch Vereinbarungen mit den Gastwirten abzulösen."

Dem Parteitag zu Jena **1911** lagen folgende Anträge vor:

53. Berlin IV: „Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitags in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen."

54. Stuttgart: „Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, dafür zu sorgen, daß künftig in der Parteipresse Schnapsinserate nicht mehr aufgenommen werden."

Kupferschmidt-Berlin begründet den Antrag 53:

„Unser Antrag will den Leipziger Schnapsboykottbeschluß bekräftigen. Gerade bei den Reichstagswahlen ist es angebracht, den Schnapsboykott erneut durchzuführen, denn Leute, die Schnaps trinken, die folgen nicht uns, sondern den Gegnern, und unsere Gegner verwenden, namentlich im Osten, den Schnaps

nicht selten zur Wahlbestechung. Wir gewinnen gerade durch die Schnapsbekämpfung immer mehr Anhänger, und die Frauen stimmen gerade diesem Kampfe besonders freudig zu. Was für entsetzliche Folgen hat doch der Schnapsgenuß, wie viele Tausende von Familien leiden furchtbar. Der Beschluß des Leipziger Parteitags hat den Schnapsjunkern schweren Abbruch getan, das muß aber noch besser werden. Der Schnapskonsum betrug pro Kopf 1908/1909 4,2 Liter Alkohol, nach dem Leipziger Beschluß aber 1909/1910 nur noch 2,08 Liter. (Bravo!) Wenn das so weiter geht, dann können wir es bald erreichen, daß an die Schnapsbrenner keine Liebesgaben mehr bezahlt werden können. Das ist auch eine indirekte Steuerverweigerung und ein nützliches Beispiel für die Jugend." (S. 400 f.)

Der Antrag wird angenommen.

Zum Antrag 54 führt Molkenbuhr aus:

„Es ist ja schon öfter auf dem Parteitag gewünscht worden, daß die Parteiblätter solche Inserate oder auch bestimmte Gruppen von anderen Inseraten nicht aufnehmen sollen. Aber auf einem Parteitag kann man das nicht beschließen. (Sehr richtig!) Was soll denn als Schnapsinserat gelten? Da sind die großen Warenhausanzeigen, welche eine große Einnahme der Parteipresse bilden und wo neben Wäsche, Teppichen, Gemüse usw. auch mal Rum oder Kognak verzeichnet steht. Was soll man da machen? Oder ein Parteigenosse macht bekannt, daß er eine Wirtschaft übernommen hat. Ist das ein Schnapsinserat, weil er doch in seiner Wirtschaft auch Schnaps verkauft? Wird der Antrag angenommen, dann wird es bald kein Parteiblatt geben, das nicht gelegentlich unabsichtlich gegen ihn verstoßen würde. Die Preßkommissionen in den einzelnen Orten können Bestimmungen treffen, welche Inserate aufgenommen werden sollen und welche nicht, aber mit einem solchen Parteitagsbeschluß ist da nichts zu machen." (Zustimmung.) (S. 401.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Im Vorstandsbericht an den Parteitag zu Chemnitz **1912** bemerkte Ebert:

„Die sogenannte Aufhebung der Schapsliebesgabe, die in Wirklichkeit nur eine Erhöhung der Branntweinsteuer, eine Verteuerung des Branntweinpreises und eine Mehrbelastung der Aermsten der Armen war, beantworteten wir mit der Aufforderung zu energischer Durchführung des Schnapsboykotts. Es liegen Anträge vor, die eine neue Agitation für den Schnapsboykott fordern. Ich glaube, wir führen am besten darüber keine lange Verhandlung, sondern bekräftigen aufs neue den Leipziger Beschluß. Ein einmütiger Appell an die Arbeiterklasse, aus moralischen und politischen Gründen den Schnapsgenuß zu meiden, wird draußen im Lande großen Widerhall finden und die beste Wirkung haben." (S. 215 f.)

Im schriftlichen Bericht heißt es (S. 21):

„Die Aenderung des Branntweinsteuergesetzes, die nur scheinbar einen Bruch mit der Liebesgabe brachte, veranlaßte den Parteivorstand im Juni zur Veröffentlichung eines Aufrufs, der die Arbeiter aufforderte, an dem Branntweinboykott festzuhalten. Zu gleichem Zwecke war schon vorher das Flugblatt: „Arbeiter, verschärft den Schnapsboykott" herausgegeben worden."

Der Bericht der Reichstagsfraktion führt aus:

„Zu einer wirklichen Aufhebung der Liebesgabe wäre auch die Beseitigung des Vergällungszwanges und des Durchschnittsbrandes sowie der hohen Zölle auf Spiritus erforderlich; dadurch würde das Privatmonopol der Spirituszentrale fallen. Sonst wird der Preis des Branntweins erhöht und abermals auf die Konsumenten abgewälzt werden. Das Branntweinsteuergesetz ist ein komplizierter Bau, durch den die Interessen ganz bestimmter Cliquen der Großbrennereibetriebe wahrgenommen werden. Das Branntweinsteuergesetz schafft eine Produktionsbindung, die Erzeugung von Spiritus wird künstlich eingeschränkt und so verhindert, daß durch den freien Wettbewerb der Preis herabgedrückt werden kann. Dieser Zweck wird durch die Kontingentierung, durch die Brennsteuer und durch die Betriebsauflage erreicht. Das Gesetz ist auf die Interessen der Spirituszentrale zugeschnitten. Durch ihr Wirken ist der Spirituspreis erheblich gestiegen. Die Liebesgabe ist für die

Brenner jetzt überflüssig, ja schädlich geworden. Eine Umwandlung in der Behandlung des Bodens und seines Verhältnisses zum Kartoffelbau ist eingetreten. Während früher die schweren Böden mehr Kartoffeln brachten, sind jetzt infolge der Gründüngung und der künstlichen Düngung die leichten Böden weit ertragreicher als früher; die Produktionsbindung ist zum Schaden für den Osten geworden. Deshalb und weil die Spirituszentrale den Großbrennern noch mehr Geld verschaffen kann, sind sie bereit, die Liebesgabe, die dem Osten schädlich werden kann, zu beseitigen. Der Bundesrat steht ja zur Verfügung des Ringes. Die Liebesgabe ist durch die Vorlage nicht beseitigt, sondern hat nur eine andere Gestalt bekommen. Der Durchschnittsbrand ist an die Stelle der Kontingentierung getreten und wirkt in weit schlimmerem Maße. Jetzt wird, was über den Durchschnittsverbrauch hinaus erzeugt wird, mit 27 M. belegt, die auf die Taschen des Branntweintrinkers fallen. Wenn der Verbrauch zurückgeht, dann setzt der Bundesrat die Grenze für den Durchschnittsbrand herab, damit wieder Ueberbrand erzeugt und die ganze Steuer auf den Verbraucher abgewälzt werden kann. Der Bundesrat ist zum Oberaufsichtsrat des tatsächlichen Privatmonopols geworden, dessen Interesse er zugunsten einer kleinen Gruppe wohlhabender und reicher Interessenten fördert. Will man die Liebesgabe abschaffen, so muß die **Spiritussteuer** von 125 auf 105 M. **herabgesetzt** werden, nicht, wie die Vorlage will, der Steuersatz von 125 M. für allen Spiritus festgelegt werden. Es muß ferner die **Betriebsauflage, der Durchschnittsbrand** mit der Straffsteuer des Ueberbrandes und der **Vergällungszwang** beseitigt werden, ebenso die Bestimmung, daß der **Kleinhandel** gewerblichen Spiritus nur in Gefäßen von bestimmtem Rauminhalt abgeben darf. Der Entwurf enthält ferner in § 13 die Vorschrift, daß die norddeutschen Brennereien nach wie vor ihr ehemaliges Kontingent vergällungsfrei behalten dürfen. Dadurch werden die gewerblichen Brennereien, die nach 1887 entstanden sind und kein Kontingent haben, gezwungen, ihre ganze Produktion zu vergällen. Die freie Konkurrenz ist durch einen kolossal hohen **Schutzzoll** von 220 M. pro Hektoliter auf ausländischen Spiritus ausgeschaltet. Diese **Vorschriften müssen aus dem Gesetz heraus, wenn man wirklich die Liebesgabe beseitigen** und die Macht der Zentrale, die Preise zu diktieren, brechen will."

Ueber die Bestrebungen der Fraktion, eine wirkliche Aufhebung der Liebesgabe durchzuführen, unterrichtet weiter der Bericht auf S. 122 ff.

Diesem Parteitag lagen zur Alkoholfrage folgende Anträge vor:

125. **Frankfurt a. M.**: „Der Schnapsboykottbeschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909 wird den Genossinnen und Genossen in eindringliche Erinnerung gebracht."

126. **Berlin IV**, Ortsverein **Harburg, Köln, Magdeburg, Hamburg I, Nieder-Barnim, Nürnberg-Altdorf**: „Der Parteitag erneuert und bekräftigt den von dem Leipziger und dem Magdeburger Parteitag beschlossenen Branntweinboykott. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts an vielen Orten eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauches zur Folge gehabt hat, die im Interesse der körperlichen und geistigen Volksgesundheit, der gesteigerten Kampffähigkeit und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erkennt jedoch an vielen Orten eine viel schärfere Durchführung des Parteibeschlusses als notwendig und verpflichtet insbesondere die Vertrauenspersonen zu deren energischster Unterstützung."

127. **Dordmund-Hörde, Königsberg** i. Pr., **Hagen** i. Westf., **Lübeck, Bonn, Bremen** und Sozialdemokratischer Verein auf **Fehmarn**: „Vorstehender Antrag und folgender Absatz 2: Der Parteitag erklärt, daß der Beschluß sich auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des ostelbischen Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem dient. Diese Protestaktion ist durch die neueste unter dem Namen „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgte weitere Belastung der ärmsten Schichten zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten besonders dringend geworden, zugleich aber bezweckt sie auch die Förderung der durch den Alkohol gefährdeten Volksgesundheit."

128. Berlin V, Rees-Mörs, Kiel, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Ortsverein Marne in Holstein, 7. sächsischer Reichstagswahlkreis, 16. sächsischer Reichstagswahlkreis, Naußlitz in Sachsen VI, 22. sächsischer Reichstagswahlkreis und 86 Genossen in Bremen beantragen, den vorstehenden beiden Absätzen noch folgenden Absatz 3 zuzusetzen:

„Der Parteitag verpflichtet demgemäß die Parteipresse, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen. Er erwartet auch von den Verwaltungen der Volks- und Gewerkschaftshäuser sowie sonstiger Arbeiterunternehmungen, daß sie die segensreiche Bewegung des Branntweinboykotts durch Einstellung des gesamten Spirituosenverkaufs wie auf sonstige geeignete Weise (Verbreitung von Aufklärung usw.) kräftig fördern."

Nachträglich eingegangen ist der Antrag:

194. Gottschalk-Königsberg und Genossen: „In besonderer Berücksichtigung der neuesten, unter dem Trugwort „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgten Mehrbelastung zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Branntweinboykott in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses."

Davidsohn-Berlin empfiehlt dringend den Antrag 128:

„. . . Wir wünschen eine noch radikalere Gestaltung der Dinge. Trotz aller Anregungen und trotz dem Antrag Gottschalks bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. Viele Parteigenossen stoßen sich daran, daß darin davon die Rede ist, man solle auch den Volkshäusern und Verwaltungen nahelegen, sich um diese Dinge zu kümmern. Nehmen Sie unseren Antrag an, obwohl er auch fordert, daß die Presse im Inseratenteil sich ernstlich um den Schnapsboykott kümmert. Natürlich bin ich mir keinen Augenblick im unklaren darüber, daß die Genossen Zietz und Löbe-Breslau, der Vater des Boykotts, unsere Erwartung als etwas außerordentlich Weitgehendes zu interpretieren versuchen werden. 1910 wurde in Magdeburg aber ein Antrag angenommen: „Die Konsum- und Parteiorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses zu achten usw." In dieser kategorischen Form hat der Parteitag gewagt, sogar im Hinblick auf die Konsumorganisationen, auf die er eigentlich überhaupt keinen Einfluß hat, einen Beschluß zu fassen. Das hat er getan, ohne daß jemand seine Herzensskrupel oder Bedenken entdeckt hat. In illoyaler Weise wird es so hingestellt, als ob wir die Einstellung des gesamten Alkoholverkaufs verlangen. Es soll sich aber nur um den Branntwein- und Schnapsboykott handeln . . . Werden denn die Volkshäuser, die Gewerkschaftshäuser in dem Augenblick existenzunfähig, wenn man ihnen nahelegt, nicht mehr Branntwein zu verkaufen? Es möge irgendein Parteigenosse vortreten und das behaupten, dann wollen wir uns unsere Anregung noch einmal überlegen. Aber es gibt nicht nur Abstinenten, sondern auch Nichtabstinenten, die meinen, wenn wir Volkshäuser haben, die nur existieren können, wenn bei ihnen der Branntweinausschank eine erhebliche Rolle spielt, so mögen diese Volkshäuser ruhig den Weg alles Fleisches gehen und aufgelöst werden. (Widerspruch.) Wir können es nicht verantworten, daß Arbeiterinstitutionen nur dann existenzfähig sind, wenn sie das gefährlichste aller Volksgifte in die Massen hineinbringen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es handelt sich hier um eine Hypothese, wenn Sie ihr nicht folgen können, dann ist es nicht meine Schuld. (Unruhe.) Nun die Parteiblätter. Der Arbeiterabstinentenbund hat mit schwachen Mitteln eine Enquete veranstaltet, die der Parteivorstand viel besser hätte machen können. Sie hat ergeben, daß heute bereits 18 deutsche Parteiblätter Schnapsinserate nicht aufnehmen. Sie existieren trotzdem. Wir merken nicht, daß sie in ihrer Lebensfähigkeit irgendwie unterbunden werden. (Sehr richtig!) Nun ist festgestellt worden, daß diejenigen Parteiblätter, die Schnapsinserate aufnehmen, Summa summarum etwa 1 Proz. ihrer Einkünfte aus Inseraten von den Schnapsinseraten haben . . . Eine ganze Anzahl Kategorien von Inseraten finden

in der Parteipresse schon jetzt keinen Unterschlupf: Inserate über Kuppelei, Heiratsvermittlung, Geheimmittel. Sie werden sie in ganz Deutschland in der Parteipresse vergeblich suchen, ohne daß ein Parteitag sich besonders dagegen erklärt hat. Ich behaupte, daß alle Kuppelei in Deutschland, alle Heiratsvermittlung und aller Geheimmittelschwindel in seinen Umwegen nicht an das heranreicht, was die Verzapfung von Branntwein und Schnaps verursacht ... Die Partei hat den Gewerkschaften die Ausführung des Schnapsboykotts überlassen. (Widerspruch.) Hätten die Gewerkschaften nicht die Boykottbeschlüsse hochgehalten, die deutsche Sozialdemokratie wäre mit ihrem Schnapsboykott ganz kläglich hereingefallen. (Sehr richtig! und lebhafter Widerspruch.) Die Gewerkschaftspresse, die Gewerkschaftsführer und ihre Zeitungen haben den Schnapsboykott gemacht, nicht die Parteipresse. (Sehr richtig! und heftiger Widerspruch.) Verfolgen Sie die Dinge nachträglich, wie ich sie fortlaufend verfolgt habe. (Zuruf: Das ist ja alles falsch!) Dann beweisen Sie es doch! In Dresden hat man den wunderbaren Namen „Leipziger Resolutionstroppen" erfunden. (Heiterkeit.) Das ist nichts anderes als jenes Getränk, das unser Parteivorstand als das gefährlichste Volksgift gekennzeichnet hat. Wir haben es den Gewerkschaften zu verdanken, ihrem Nachdruck, ihrem Ansehen, ihrem kraftvollen Elan, mit dem sie den Schnapsboykott unterstützt haben. Sonst wäre nichts Ansehnliches in dieser Richtung erzielt worden. (Sehr richtig! und Widerspruch.) ... Das letzte Flugblatt spricht von einer Verschärfung des Schnapsboykotts auf der ganzen Linie. Wo ist die ganze Linie? Wo ist etwas Ganzes? Wo ist eine gerade Linie? Man kann höchstens von einer mittleren Linie sprechen, die der Parteivorstand akzeptiert hat aus dem Zitatenschatze des Reichskanzlers. Entweder oder! Machen Sie den Schnapsboykott oder nicht! Lassen Sie ihn weiter in Aktion sein, dann muß das aber so ausgelegt werden, wie es dem Ansehen der deutschen Sozialdemokratie gebührt. Meinen Sie aber, daß es nicht möglich ist, ihn voll und ganz offen und ehrlich aufrechtzuerhalten, wie es ursprünglich gedacht war, dann heben Sie ihn auf ... (S. 275 f.)

Gegen den Antrag 128 wenden sich Luise Zietz, Poetzsch-Berlin und Loebe-Breslau, erstere beiden u. a. mit dem Hinweis auf die zu befürchtende Spitzelei unter Parteigenossen. (S. 276 ff.)

Der Antrag 194 wird einstimmig angenommen. Dadurch erledigen sich die Anträge 125, 126 und 127. Antrag 128 sowie ein hierzu gestelltes Amendement Davidsohn, die Worte „des gesamten Spirituosenverkaufs" zu ersetzen durch die Worte „des Schnapsverkaufs", werden abgelehnt.

Kurze Anfragen.

Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Parteitag zu Jena **1913** stellt fest:

„Zu den kleinen Verbesserungen der parlamentarischen Technik, die der gegenwärtige Reichstag durchgesetzt hat, gehört die von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Einrichtung der kurzen Anfragen. Sie haben den Zweck, die Regierung zu Auskünften und Erklärungen zu veranlassen, die für die Oeffentlichkeit größeres Interesse haben, aber auf andere Weise gar nicht oder nur umständlich und mit großen Verzögerungen zu erhalten wären. Zuerst kam die Regierung dem von ihr offenbar unangenehm empfundenen Fragebedürfnis der Abgeordneten nur widerwillig entgegen; sie hat sich aber schnell daran gewöhnt und scheint der Neuerung sogar schon einige Vorteile in ihrem Interesse abgesehen zu haben. Eine Debatte knüpft sich an die Anfragen nicht." (S. 127).

Arbeiterschutz.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lag folgender Antrag 10 (Hanau) vor:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu verständigen, um zu Beginn des nächsten Jahres eine allgemeine Bewegung zum Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung anzuregen."

Der Antrag wurde nicht genügend unterstützt.

Arbeiterversicherung.

Dem Parteitag zu Chemnitz **1912** lag folgender Antrag 99 (München) vor:

„Der Parteivorstand soll sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung setzen, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift in die Wege zu leiten, deren Inhalt sich erstreckt: 1. auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Versicherungsinstitute, 2. auf die Organisation der Wahlen zu diesen Instituten, 3. auf die Rechtsprechung der Spruchinstanzen, 4. auf das Wirken der gesamten Privatversicherung und ihrer Träger."

Dürr-München führte begründend aus:

„Die neue Reichsversicherungsordnung stellt uns vor neue Aufgaben. Dieses Gesetz ist bis zu einem gewissen Grade ein Entrechtungsgesetz geworden. Tausende von Arbeitervertretern werden in den verschiedenen Versicherungsämtern als Schieds- und Spruchrichter über Materien zu urteilen haben, die bis jetzt nur von den Verwaltungsgerichten behandelt wurden. Das gleiche gilt für das große Gebiet der Krankenversicherung. Mit der Witwen- und Waisenversicherung werden neue Rechts- und Streitfragen auftauchen, und da gilt es, dafür zu sorgen, daß wir den Vertretern bei ihrer schwierigen Aufgabe einen Wegweiser und Ratgeber in einem populär geschriebenen Organ an die Hand gehen. Unsere Tagespresse und die Gewerkschaftsblätter sind dazu nicht imstande, und die bürgerlichen Organe behandeln diese Fragen nicht so, wie es für uns notwendig ist. Auch die Beilage des „Correspondenzblattes der Generalkommission" genügt absolut nicht. Wir müssen unbedingt für diese Aufgabe ein zusammenfassendes Organ haben, das nicht nur für die Kassenvertreter und die Ausschußmitglieder in den Versicherungsanstalten in Frage kommt, sondern auch für die in der Partei und den Gewerkschaften Angestellten. Auch sie müssen sich über die soziale Gesetzgebung mehr und besser informieren als bisher. Das Absatzgebiet für eine solche Zeitschrift ist also gegeben, ich ersuche den Parteitag, dem Antrag zuzustimmen, damit dann der Parteivorstand unverzüglich mit der Generalkommission in Verbindung treten kann, denn hier kann Großes geschaffen und eine sozialkulturelle Tat vollführt werden." (S. 255 f.)

Gegen den Antrag wendet sich Luise Zietz:

„Der Antrag 99 ist ein alter Bekannter des Parteivorstandes und der Generalkommission. Schon vor einigen Jahren ist aus München die Anregung gekommen, in seinem Sinne zu verfahren. Der Parteivorstand hat sich mit der Generalkommission in Verbindung gesetzt, diese hat den Plan einer Konferenz der Arbeitersekretäre unterbreitet und die Konferenz hat gemeinsam mit dem Parteivorstand und der Generalkommission diesen Antrag abgelehnt und auf die Rechtsbeilage des „Correspondenzblattes" verwiesen, in der alle Fragen, die der Antrag in einem besonderen Blatte behandelt zu sehen wünscht, im einzelnen behandelt werden. Sicher treten öfter neue Probleme in der Arbeiterversicherung auf, wo ein solches Blatt als ein notwendiges Orientierungsorgan betrachtet wird, aber es genügt, wenn für die Arbeitervertreter in den Versicherungsämtern usw. die Beilage des „Correspondenzblattes" durch Abonnement auf dieses beschafft wird. Ein besonderes Blatt hiefür erscheint uns jedoch überflüssig. Es existieren ja auch noch einige neutrale Zeitschriften für diese Aufgaben, so die „Volkstümliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung", Nebenblatt des Organs der Bureaubeamten, und die „Deutsche Krankenkassenzeitung", sowie eine reiche Literatur, welche diesem Bedürfnis Rechnung trägt. Deshalb bitten wir Sie, den Antrag 99 abzulehnen. Die Vorwärtsbuchhandlung hat in Vorbereitung eine Bibliothek, in der die einzelnen gewerkschaftlichen Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandelt wird. Auch diese neu zu schaffenden Bibliotheken würden zum Teil dem Wunsch des Antrages 99 Rechnung tragen." (S. 259.)

Der Antrag wird abgelehnt. (Seite 289.) (Siehe auch den Artikel „Reichsversicherungsordnung".)

Arbeiterwohnungen.

Auf dem Magdeburger Parteitag **1910** führte Katzenstein-Berlin in der Debatte über die Genossenschaftsfrage aus:

„... Ueberall, wo wir vorbildliche Verhältnisse suchen, muß auf die Hamburger „Produktion" hingewiesen werden. Es ist das unvergängliche Verdienst des Genossen von Elm, daß er mit der Schaffung der „Produktion" der deutschen Arbeiterbewegung ein dauerndes Vorbild gegeben hat. (Beifall.) Ich halte es für richtig, heute diese Anerkennung auszusprechen, weil er deshalb im Anfange schwere Kämpfe mit Genossen hat ausfechten müssen. (Sehr gut.) Die „Produktion" hat bereits mehr als 600 Arbeiterwohnungen hergestellt, die zu großen Kolonien zusammengefaßt sind. In diesen Kolonien ist der Umsatz pro Mitglied mehr als doppelt so groß wie anderswo. Es ist also eine ganz sichere Kapitalanlage, vor allem aber deshalb von Bedeutung, weil damit der Wohnungsnot entgegengewirkt wird ..." (S. 463.)

Arbeitskammergesetz.

Im Bericht der Reichstagsfraktion an den Parteitag zu Magdeburg **1910** heißt es:

„Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes war im Jahre 1909 in der Kommission durchberaten worden. Die Regierungsvorlage hatte nicht unwesentliche Verbesserungen erfahren. Durch den Schluß der Session fiel das Gesetz unter den Tisch. Im Jahre 1910 brachte die Regierung den Entwurf erneut ein. Da ihr der Wille der Mehrheit des Reichstages bekannt war, hätte erwartet werden müssen, daß der neue Entwurf den Wünschen des Reichstages Rechnung trug. Als willfähriger Ausschuß der industriellen Scharfmacher hatte die Regierung in wichtigen Punkten direkte Stellung gegen die Beschlüsse der Kommission genommen. Abgeordneter Legien nagelte am 16. Februar diese Willfährigkeit gegenüber dem Zentralverband deutscher Industrieller fest und meinte: „Es ist eigentlich ein starkes Stück, einen Gesetzentwurf hier einzubringen, der nicht nur die hauptsächlichsten von der Kommission beschlossenen Verbesserungen unberücksichtigt läßt, sondern auch Verschlechterungen gegenüber dem Entwurf vom November 1908 bringt." Die Arbeiterschaft lege keinen Wert auf das Arbeitskammergesetz, wenn es auf die Interessen des Unternehmertums zugeschnitten werde. Nachdem Legien noch einmal dargelegt hatte, wie das Gesetz gestaltet werden müßte, beantragte er erneute Kommissionsberatung. Diese hat stattgefunden. Es ist unter anderem die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten beschlossen worden. Die zweite Lesung im Plenum hat nicht stattgefunden. Der Kommissionsbericht ist erst im Juni den Abgeordneten zugestellt worden. Das Schicksal des Entwurfes ist ganz ungewiß, da die Regierungsvertreter die Vorlage als unannehmbar bezeichnet haben, falls der Reichstag die Wählbarkeit der Sekretäre der Organisationen beschließen sollte." (S. 143.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird dann berichtet:

„Das Arbeitskammergesetz kam am 5.—7. Dezember 1910 zur Fortsetzung seiner 2. Lesung in jene schwüle Atmosphäre, in welcher die Scharfmacherrotte unter Führung des Königs Heydebrand und des Grafen Westarp ihr belästigendes Unwesen trieb. Die Ausbeuterautorität verlangt von der ihr tributpflichtig gemachten Bethmann-Regierung die Zurückweisung einer jeden Förderung des Arbeiterrechtes. Die Gamp und Dirksen hassen jede gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft und finden dafür immer einiges Verständnis bei den ehemaligen Hottentottenblockbrüdern vom nationalliberalen Kapitalismus. Eine Mehrheit, bestehend aus Nationalliberalen, Freisinnigen, Zentrum, Christlichsozialen und Polen, stellte sich auf den Boden des Delbrückschen Regierungsentwurfes ...

Zur grundlegenden Wahrung der Arbeiterinteressen hatte die sozialdemokratische Fraktion eine besondere gesetzliche Ausgestaltung der zu erstrebenden Organisation vorgelegt, wodurch der Regierungsentwurf die unerläßlichen Verbesserungen erhalten sollte. Es handelte sich vor allem um die Forderung eines Reichsarbeitsamtes (daneben territoriale Arbeitsämter) mit weitgehenden Befugnissen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses, wobei die Zulassung der Arbeitersekretäre, dieser berufensten Vertreter der Arbeiterschaft, als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Die bürgerlichen Parteien lehnten aber den sozialdemokratischen An-

trag, der das Reichsarbeitsamt forderte, allgemein ab; es blieb beim § 1 der Kommissionsbeschlüsse, der lautet:

„Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbszweiges oder mehrerer verwandter Gewerbszweige sind auf sachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerklichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig ..."

Auch in der Bekämpfung der Zulassung der Arbeitersekretäre (beim § 13), wobei der Nationalliberale Horn-Reuß als freiwilliger Regierungskommissär amtete, hatte die obengenannte Konstellation kein Glück. Es fand sich eine noch größere Mehrheit für die von unseren Genossen mit großem Eifer verteidigte Auffassung. Die ständig mit der Vertretung der Arbeiterinteressen sich befassenden Sekretäre besitzen neben ihren Kenntnissen und Erfahrungen noch den Vorzug, daß sie wegen ihres Eintretens für den von den Unternehmern gehaßten Arbeiterschutz in der Kammervertretung nicht gemaßregelt werden können. Mit 199 gegen 111 Stimmen erhielt die Regierung ihre Niederlage durch die Fassung des § 13 nach dem Kommissionsbeschluß; leider bleibt darin auch die von uns bekämpfte Ziffer 3, welche lautet:

„Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die in dem der Wahl voraufgegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstattet haben."

Damit werden die von der Krisis betroffenen Arbeiter unverschuldeterweise rechtlos gemacht.

Die übrigen Bestimmungen behielten die Kommissionsfassung. Unsere Forderung, die Kosten der Arbeitskammern auf das Reich zu übernehmen, die Reichsbetriebe der Marine auch unter das Gesetz zu stellen, die Rechte der Arbeitskammerverwaltung zu erweitern u. a., wurden abgelehnt.

Für diese wichtigen Rechte der Arbeiterschaft kämpften von der Tribüne des Reichstages die sozialdemokratischen Abgeordneten Legien, Bömelburg, Molkenbuhr, Severing, Hoch, Hue und Schmidt.

Die Regierung wehrte sich deshalb so gegen die Teilnahme der Staatsbetriebsarbeiter an den Arbeitskammern, weil die Männer des Vertrauens dort Beschwerden vorbringen können zur Informierung der Oeffentlichkeit über die Zustände in den staatlichen „Musterbetrieben" ..." (S. 95 f.)

Weiterhin wird das Versagen der Regierung nochmals rekapituliert:

„Nach Posadowskys Sturz kam Theobald von Bethmann Hollweg als Staatssekretär gegen arbeiterfreundliche Sozialpolitik, der mit dem Zehnstundentag, mit der Ausdehnung der Sonntagsruhe, mit dem Arbeitskammergesetz und der Reichsversicherungsordnung anreizte, aber wenige und höchst arbeiterfeindliche Taten den hohen Versprechungen folgen ließ." (S. 115.)

Arbeitslosenfrage.

Auf dem Magdeburger Parteitag **1910** bemerkte Dr. Frank-Mannheim in seinem Korreferat zur Budgetbewilligung:

„.... mit Recht hat Bebel gesagt, ein großer Teil der nationalliberalen Partei bestehe aus Scharfmachern, namentlich im westlichen Industriegebiet. Ja, wir haben aber durchgesetzt, daß die Nationalliberalen für den Antrag auf Einstellung von Arbeiterkontrolleuren für die Fabrik und die Bauinspektion gestimmt haben (Hört! hört!), wir haben auch durchgesetzt, daß der Antrag, 100 000 Mark als erste Rate einzustellen zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung in badischen Städten, angenommen worden ist mit den Stimmen der Liberalen gegen die Stimmen des Zentrums. (Hört! hört!) Ich erinnere daran, daß auf dem Parteitage in Erfurt Wilhelm Liebknecht in geistreicher Form auseinandergesetzt hat, wie utopistisch es sei, die Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften oder gar im Staat oder im Reiche anzustreben. Er hat verlangt, man dürfe die Forderung nicht in das Programm aufnehmen, wir müßten uns auf den Boden der Tatsachen stellen. Diese Forderung, die vor 19 Jahren noch utopistisch war, schreitet jetzt ihrer Verwirklichung entgegen, wird in den nächsten Jahren Tat-

sache werden. Das sind Dinge, die wir nicht übersehen dürfen, die wir nicht zu überschätzen brauchen, aber die wir auch nicht herabsetzen dürfen im Interesse des Ansehens der Bewegung. (Sehr richtig!)" (S. 268.)

Im parlamentarischen Bericht führt Noske aus:

„Die Arbeitslosigkeit ist infolge der Steuererhöhungen viel größer geworden, als zuerst angenommen worden war. Es war trotz aller Mühe nur zu erreichen, daß mit einem ganz kleinen Betrage über die zu geringe gesetzliche Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark hinausgegangen wurde. Wermuth steht auf dem Standpunkt, daß der arbeitslose Tabakarbeiter, wenn er länger unterstützt wird, die Lust zur Arbeit ganz verlieren würde, und er schlägt deshalb das kürzere Verfahren ein, die außerordentlich billige Radikalkur anzuwenden, daß man die Arbeiter verhungern läßt." (S. 387.)

Der Bericht der Fraktion in Jena **1911** sagt:

„Unter dem vielversprechenden Titel „Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose" verlangte eine konservative Resolution die Unterstützung des „Vereins für innere Kolonisation". Genosse Severing nahm dazu Stellung. Bei einer auch uns sympathischen Sache kämen wir nicht um bestimmte Kautelen für die richtige Verwendung der Reichsmittel herum. Durch Einschränkung der Rüstungsausgaben sind reichliche Mittel zu beschaffen." (S. 118.)

Dem Jenaer Parteitag **1913** berichtet die Reichstagsfraktion:

„Eine Petition verlangt reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge. Genosse Thöne trat für die Ueberweisung zur Berücksichtigung ein. Aber er wies zugleich darauf hin, daß die reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge allein nicht genüge, sondern daß die Arbeitslosenfürsorge überhaupt geregelt werden müsse. Ein Regierungsvertreter habe angedeutet, daß die Regelung der Wanderfürsorge vorbereitet werde. Aber wenn das ohne Einbeziehung der Arbeitslosenfürsorge geschehe, so werde nur Stückwerk zustande kommen. Die heutigen Wanderarbeitsstätten seien ungenügende Hilfsmittel. Zu einer Vorberatung des in Aussicht genommenen Gesetzes müßten auch Arbeitervertreter herangezogen werden. Genosse Bernstein ergänzte diese Ausführungen durch Mitteilungen von Maßnahmen, die andere Staaten zur Organisation der Arbeitsvermittlung durch Arbeitslosenversicherung getroffen hätten. Der Antrag auf Berücksichtigung wurde angenommen. (126. Sitzung vom 5. März 1913.)" (S. 132 f.)

Diesem Parteitag lagen folgende Anträge zur Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung vor:

1. 13., 16. sächsischer Wahlkreis, München I und II, Hamburg II, Weimar, Breslau, Pforzheim: „Die staatliche Arbeitslosenfürsorge auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen."

6. Magdeburg: „Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und infolgedessen unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Zollpolitik geschuldete allgemeine Teuerung noch verschlimmert wird; angesichts ferner der empörenden Untätigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen diese die Arbeiterschaft bedrohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten."

26. Niederbarnim, Nürnberg: Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstage einen Antrag auf Schaffung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung einzubringen.

87. Berlin IV: „Da infolge der großen wirtschaftlichen Krise eine allgemeine große Arbeitslosigkeit besteht und demzufolge die Lebenshaltung des Arbeiters in Verbindung mit der Teuerung eine immer schlechtere wird, beantragen die Genossen des Petersburger Viertels, daß der Parteitag zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung im Reiche Stellung nimmt."

Ferner die folgende Resolution zu Punkt 4 der Tagesordnung: Arbeitslosenfürsorge.

102. Timm: „Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schleunige Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

(Da nun die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, kann eine dauernde Hilfe für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen nur durch entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung erreicht werden.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung kann vollständig nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die auf dem achten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 einstimmig angenommene Resolution vorschlägt gemäß dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Eröffnung des Reichstages 1912 gestellten Antrage).

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschußleistungen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen."

Dazu drei Abänderungsanträge:

105. Hoch und Genossen: Im Antrag 102 (später: 108) den dritten Absatz wie folgt zu fassen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen, um die weitesten Kreise des arbeitenden Volkes für eine wirksame Arbeitslosenfürsorge aufzurufen, sich in Versammlungen, Erklärungen und Petitionen zu vereinigen und dadurch die Anträge unserer Vertreter im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden mehr und mehr zu unterstützen.

106. Molkenbuhr und W. Bock: 1. Im Absatz 4 die Worte: „entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung" durch folgende Worte zu ersetzen: „Einführung der sozialistisch organisierten Produktion". 2. Dem Absatz 5 folgende Fassung zu geben: „Die schlimmen wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit können, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, nur durch eine alle Arbeiter umfassende wirksame Arbeitslosenversicherung gemildert werden."

108. Timm: Die Resolution 102, jedoch statt des 4. und 5. Absatzes (oben eingeklammert) folgendes:

„Die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise; sie wird erst mit der Einführung der sozialistisch organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit tatkräftig zu mildern.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des achten Kongresses der Gewerkschaften

Deutschlands zu Dresden 1911 und des Internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen 1910 fordern."

Die Anträge 1 und 87 werden durch die Festsetzung der Tagesordnung für erledigt erklärt. Die Anträge 6, 26, 102 und 106 werden bei Punkt 4 der Tagesordnung: „Arbeitslosenfürsorge" zurückgezogen. (S. 385.) Das Referat erstattet Timm-München:

„. . . . Die Sozialdemokratie ist sich theoretisch und praktisch völlig klar über das Problem der Arbeitslosigkeit und seine Lösung. Die Sozialdemokratie vertritt die Auffassung, daß die wirtschaftlichen Krisen untrennbar mit der kapitalistischen regellosen Produktionsweise verbunden sind. Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums und der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird auch die Ursache des Elends der Arbeitslosigkeit beseitigen. Die Arbeitslosigkeit als das notwendige Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, wird endgültig erst mit der Umwandlung dieser Gesellschaft in die sozialistische verschwinden."

Nach einem Ueberblick über die wachsende Arbeitslosigkeit besonders im Baugewerbe, in der Textil- und Metallindustrie fährt Timm fort:

„Wir Sozialdemokraten fordern zunächst Arbeit, wir verlangen die Vergebung aller Arbeiten, soweit das bis jetzt noch nicht geschehen ist, und wir verlangen, daß alle dazu berufenen Stellen diejenigen Arbeiten vorbereiten, die sich nur irgendwie vorbereiten lassen, um die Arbeitslosen mit Arbeit zu versehen. Wir verlangen keine Notstandsarbeiten in dem Sinne, daß die öffentlichen Gewalten das Recht haben sollen, billigere Löhne zu zahlen und Lohndrückerei zu treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen nicht den Teufel Arbeitslosigkeit durch den Beelzebub Lohndrückerei ausgetrieben wissen. (Sehr gut!) Wir verlangen, daß bei den zu vergebenden Arbeiten die Arbeiter nicht unter den tariflich festgesetzten Löhnen, in Orten oder Gewerben, wo Tarife nicht bestehen, nicht unter den üblichen Berufslöhnen entlohnt werden. (Sehr richtig!) Es muß das gegenüber jenen bürgerlichen Vertretern hervorgehoben werden, die meinen, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit dazu da ist, die Löhne außerordentlich zu drücken und die Arbeitslosen, wenn ihnen Arbeit gewährt wird, mit geringen Löhnen abzufertigen. Auf diesem Standpunkt stehen wir nicht und wir können ihn deshalb nicht vertreten, weil das ja wiederum zur Vermehrung und zur Herabdrückung der sozialen Lage des deutschen Proletariats führen würde.

Die Beschaffung von Arbeit so weitgehend wie nur möglich ist selbstverständlich nicht imstande, alle Arbeitslosen unterzubringen. Hier muß eine öffentlich-rechtliche, auf breiter Basis aufgebaute Arbeitslosenunterstützung sozial ausgleichend das Uebel einzudämmen versuchen. Bisher hat man die Arbeitslosenversicherung fast ausschließlich der Selbsthilfe der Arbeiter überlassen und bisher waren es besonders die freien Organisationen der deutschen Arbeiter, die Bedeutendes auf diesem Gebiete geleistet haben. Es muß auch von dieser Stelle wieder hervorgehoben werden, daß seit dem Jahre 1891 die deutschen freien Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder 68 Millionen Mark an Unterstützungen aufgewendet haben. (Hört! hört!) Allein im Jahre 1912 erreichte die Arbeitslosenunterstützung der deutschen freien Gewerkschaften die Höhe von 8 920 342 Mark. Aber auch das muß hervorgehoben werden, daß gegenüber einer solchen wirtschaftlichen Krise, wie es die gegenwärtige ist, die Hilfe der deutschen Gewerkschaften allein versagt. Die Gewerkschaften, die so Außerordentliches geleistet haben, können verlangen, daß endlich das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden ihre Pflicht den Arbeitslosen gegenüber tun. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften sind außerstande, die Opfer der heutigen regellosen Wirtschaftsordnung allein zu tragen. Wir verlangen deshalb eine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter.

Hier zeigt sich aber so recht deutlich der Tiefstand unserer deutschen Sozialgesetzgebung. Wir haben zwar eine Fürsorge für Kranke, Unfallverletzte, Invalide, aber die Opfer der Arbeitslosigkeit sind sich bisher selbst überlassen.

Und doch war es kein geringerer als Bismarck, der 1884 im Reichstage ausführte: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist." Das war damals, als die soziale Gesetzgebung zur Eindämmung der Sozialdemokratie dienen sollte. Als Eugen Richter Bismarck mit der Bemerkung gegenübertrat, diese Sozialreform sei eine Einmischung in das freie Spiel der Kräfte, da erwiderte Bismarck: „Dem Staaat kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen können." (Hört! hört!) Wie weit sind wir heute noch von der Durchführung dieser Idee entfernt! Die leitenden Personen ergehen sich darin, fortgesetzt alle möglichen Schwierigkeiten gegenüber unseren Forderungen vorzuschützen.

Der Vertreter der deutschen Regierung auf der kürzlich in Genf abgehaltenen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Dr. Zacher vom Kaiserl. Statistischen Amt, machte dort eingehende Vorschläge zur Arbeitslosenversicherung. Er meinte, das Problem könne nur durch eine nationale Zwangsversicherung nach beruflicher Gliederung gelöst werden. Zu gleicher Zeit aber verkündete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß die bisherigen Versuche, die Arbeitslosen vor der äußersten Not zu schützen, mehr oder weniger versagt haben. Gemeinden und sonstige Verbände bemühten sich schon jahrelang um die Lösung dieser Versicherungsfrage, sie hätten aber vorwiegend nur Mißerfolge erzielt.

Wo immer es gilt, den kapitalistischen Profit zu wahren, da tritt die Raubtiernatur des Kapitalismus kraß in die Erscheinung. Das Scharfmachertum will sich die Arbeitslosen als willige Lohnsklaven sichern. Die kapitalistische Presse schreibt deshalb von einem übertriebenen Arbeitslosengeschrei, von einer Vermehrung der Simulanten, Arbeitslosenfürsorge sei ein heller Wahnwitz. (Hört! hört!) Die Arbeitslosigkeit ist immer die Zuchtrute gewesen, um die Arbeiter willfährig und hörig dem Unternehmertum gegenüber zu machen. Das Unternehmertum will nicht, daß die ungeheueren Gewinne, die es mühelos einheimst, irgendwie geschmälert werden. Das Scharfmachertum der deutschen Industrie hat sich mit den Agrariern verbunden, um den deutschen Arbeitern aufs neue die Lebensmittel unerhört zu verteuern. (Hört! hört!) Das Scharfmachertum weiß ganz genau, daß, um nur einen mäßigen Ausgleich zu finden, die Arbeiter sich rühren müssen, und um die Arbeiter vollständig in die Hand zu bekommen, ertönt der Ruf nach Zuchthausgesetzen. (Hört! hört!) . . .

Wo die industriellen Scharfmacher sich rühren, da dürfen selbstverständlich die Agrarier nicht fehlen, und sie spotten in ihren Zeitungen über des Proletariers Recht auf Arbeit, das mit ihm geboren sei. Sie sprechen von Arbeitsscheue der Großstadt, die „Deutsche Tageszeitung" regt an, den Rücklauf arbeitswilliger Arbeitsloser auf das Land zu organisieren. Wie steht es damit in der Praxis? Gegenwärtig, wo in ganz Bayern die große Arbeitslosigkeit vorhanden ist, mußte die bürgerliche Presse Notizen bringen, daß auch die Landwirtschaft keine Arbeitslosen mehr aufnehmen könne. Man hat darauf hinweisen müssen, daß auch in der Landwirtschaft bereits in diesem Sommer ein Ueberangebot von Arbeitskräften war. Und wie liegt es denn übrigens mit der Arbeitslosigkeit im Winter, soweit die Landwirtschaft in Frage kommt? Die Landwirtschaft kann einen größeren Zustrom von Arbeitskräften nur in den wenigen Sommermonaten aufnehmen. Im Winter ist auch in der Landwirtschaft eine große Arbeitslosigkeit vorhanden. Die Landwirtschaft braucht im Winter keine Kräfte.

Die Berufszählung vom 14. Juni 1895 und die Volkszählung vom 2. Dezember 1895 versuchten zum erstenmal den Umfang der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reiche festzustellen. Die amtliche Statistik scheidet dabei die Arbeitslosigkeit nach den einzelnen Berufsgruppen. Wir finden dabei, daß die Landwirtschaft bereits am 14. Juni einen Arbeitslosenstand von 0,66 Proz. hatte. Am 2. Dezember waren in der Landwirtschaft sogar 3,62 Proz. Arbeitslose vorhanden, ein Arbeitslosenstand, der höher war, als beispielsweise im Verkehrsgewerbe, im Versicherungsgewerbe, in der Papierindustrie, in der Textilindustrie, in der chemischen Industrie, in der Metallverarbeitung und im Bergbau und Hüttenwesen. (Hört! hört!) Das Geschrei der Agrarier von der Landflucht der Arbeiter ist daher mit der nötigen Vorsicht aufzunehmen. Wenn sich die Agrarier gegen die Arbeitslosenversicherung wenden, so aus dem Grunde wie die Industriellen, um sich billige und willige Arbeitskräfte auf dem Lande zu erhalten. Die Großgrundbesitzer und die Großbauern beschränken stets die Zahl der ständig Beschäftigten. Sie brauchen

Saisonarbeiter, die sie im Winter fortschicken können. Durch diese Arbeiter, die vom Lande zuströmen, wird selbstverständlich das Heer der Arbeitslosen in den Städten vermehrt. Die Arbeitslosenversicherung wird sogar eindämmend auf den Zuzug wirken. Sie wird das Gegenteil von dem erreichen, was die Agrarier als Grund gegen die Arbeitslosenversicherung immer hervorheben.

Allein für die Reichsregierung sind bekanntlich die Gründe der industriellen und der agrarischen Scharfmacher ausschlaggebend. Die Regierung drückt sich um die Lösung der Arbeitslosenfürsorge herum. Das geht klar noch aus den Ausführungen hervor, die der Staatssekretär Delbrück am 29. Februar 1912 bei der Etatsberatung im Reichstage machte. Er wies es zurück, daß das Reich die Aufgabe habe, die Arbeitslosenversicherung einzuführen und vorzubereiten, natürlich mit den üblichen Gründen. Es fehle die erforderliche Grundlage; ehe die Kommunen die Dinge nicht weiter gefördert haben, sei das Reich völlig außerstande, der Frage im Wege eines Reichsgesetzes irgendwie näher zu treten. — Das gleiche Gaukelspiel erhebt sich in den Einzellandtagen und in den Gemeinden. Jede Körperschaft will die Lösung der Frage auf die andere schieben. Wir Sozialdemokraten können keinen dieser Einwände gelten lassen. Wir erheben die klare Forderung, daß gleichzeitig und sofort sowohl das Reich, wie die Einzelstaaten und die Gemeinden einen organischen Angriff auf das Massenelend der Arbeitslosigkeit unternehmen müssen. (Beifall.)

Während bei uns in Deutschland von den herrschenden Gewalten über den Instanzenzug gestritten wird, hat uns das Ausland in dieser wichtigen Frage bereits bedeutend überholt. Am vollständigsten ist die Frage zweifellos in dem kleinen Dänemark und in England — um nur diese beiden Länder zu nennen — zu lösen versucht worden. Nach dem Gesetz von 1907 müssen in Dänemark Arbeitslosenkassen, wenn sie gewisse Bedingungen erfüllen, vom Staate, und sie können von den Gemeinden unterstützt werden. Die Gemeindebeiträge dürfen nicht ein Drittel des Betrags der Mitgliederbeiträge übersteigen. Die Staatsunterstützung beträgt die Hälfte des Gesamtbetrages der Mitglieder- und Gemeindebeiträge. Obwohl Dänemark nur halb soviel Einwohner hat wie Bayern, zahlte der Staat 1910/11 766 834 Mark, die Gemeinden 349 948 Mark an Arbeitslosenunterstützung aus. Von den erwachsenen männlichen Industriearbeitern sind gegenwärtig 59 Prozent, von den weiblichen 21 Prozent in Dänemark gegen Arbeitslosigkeit versichert. Der Erfolg war nur möglich durch die starke Entwickelung der Arbeiterorganisationen in Dänemark. Die Mitglieder der Gewerkschaften sind den Arbeitslosenversicherungskassen, die sie beherrschen, beigetreten.

In wahrhaft großzügiger Weise, das sage nicht ich, sondern das sagt ein Mitglied der ersten Kammer des bayerischen Landtags, der Professor Ritter v. Schanz, hat England die Frage der Arbeitslosenversicherung gelöst. In England wurde 1911 eine Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit geschaffen, die im Juli 1912 in Kraft trat. Sie umfaßt 2½ Millionen Personen, hauptsächlich Bau- und Maschinenarbeiter. Der Versicherte und sein Arbeitgeber zahlen wöchentlich je 20 Pf. Beitrag, der Staat 15 Pf., aber auch mehr, wenn die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung hoch sind. Die Unterstützung beträgt 6—7 M. pro Woche auf die Längstdauer von 15 Wochen im Jahre. Die Gewerkschaften verwalten die Versicherung für ihre Mitglieder. In der Zeit vom Januar bis Juni 1913 wurden 559 000 Arbeitslosenansprüche erhoben und dafür 4,7 Millionen Mark Unterstützungen ausgezahlt. Die Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer betrugen 18 Millionen Mark. Das Beispiel Englands zeigt, wie der Gedanke der Zwangsversicherung sich vorzüglich mit dem gewerkschaftlichen Prinzip der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherungs-Körperschaften verträgt.

Deutschland ist bisher nicht bloß im Reiche, sondern auch in den Einzelstaaten unfruchtbar auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge gewesen . . ."

Der Referent weist die Schuld der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums, an diesem Zustande nach, das bis dahin jeden ernsthaften Versuch zu einer Arbeitslosenversicherung zu hintertreiben gewußt habe, obgleich z. B. in Bayern sowohl der Prinzregent wie der Ministerpräsident v. Hertling sich über die Notwendigkeit der

Arbeitslosenversicherung klar zu sein schienen und auch die christlichen Arbeiter nach einer solchen verlangten. Auch in Baden, Württemberg, Sachsen sind die Anträge der Sozialdemokratie entweder abgelehnt oder von der Regierung mißachtet worden. Nur in einzelnen deutschen Gemeinden sind erfolgreiche Anfänge gemacht. Redner führt aus:

„. . . . daß bisher 11 deutsche Städte eine Arbeitslosenunterstützung in Anlehnung hauptsächlich an das sogenannte Genter System eingeführt haben. Den Anfang machte 1906 Straßburg i. E., dann folgten Mülhausen, Erlangen, Nürnberg, Freiburg i. B., Köln, Mannheim, Stuttgart, Kaiserslautern und in den letzten Wochen sind Offenbach a. M. und Fürth hinzugetreten. In einer Reihe von größeren Städten beschäftigt man sich gegenwärtig sehr intensiv mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung, man ist bemüht, veranlaßt durch den Anstoß der Gewerkschaften, überall praktische Unterlagen zu schaffen. In neuerer Zeit ist eine interessante Denkschrift des Magistrats von Neukölln bekannt geworden, die darlegt, daß es Aufgabe der Gemeinden ist, auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung voranzugehen. In der Tat haben die Städte die Pflicht, hier etwas zu tun. (Sehr richtig!) Wir können den Einwand nicht gelten lassen, daß die Städte zu warten haben, bis die anderen Körperschaften vorangegangen sind. Nach der amtlichen Zählung von 1895 kamen auf 100 der Bevölkerung Arbeitslose in den Großstädten am 14. Juni 1,65 und am 2. Dezember 2,43, in den Gemeinden von 10 000 bis 100 000 Einwohnern am 14. Juni 0,32 und am 2. Dezember 1,26. Bloß auf die Zahl der Arbeiter berechnet, betrug in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern die Arbeitslosigkeit Mitte Juni 1895 4,85 Prozent und Anfang Dezember 7,42 Prozent. Wir sehen hieran, daß die Arbeitslosigkeit eine hauptsächlich großstädtische Erscheinung ist und daß deshalb auch die Städte zum Eingreifen verpflichtet sind. . . . Wenn wir diese Forderung aufstellen, dann selbstverständlich mit dem Vorbehalt, daß irgendwelche Hemmungen für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Bewegung nicht eintreten dürfen. Solche Versuche sind mehrfach gemacht worden. So wollte man in Mannheim zuerst eine Sparversicherung einführen, weil diese den Unternehmern am sympathischsten war und weil die stille Absicht bestand, die Gewerkschaften auszuschalten. Unsere Genossen haben sich auf den klaren Standpunkt gestellt, eine solche Arbeitslosenversicherung nehmen wir nicht an, sie haben das ganze System einfach beiseite liegen lassen mit dem Erfolg, daß am 1. Juli d. J. Mannheim eine Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems eingeführt hat. Diese Versicherung trägt auch den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung. Eine besondere Entrüstung ging kürzlich durch die bürgerliche Presse, als es hieß, in Charlottenburg hätten die Sozialdemokraten die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung verhindert. Wie lagen die Verhältnisse? Nach etwa zehnjährigem fortgesetzten Drängen der sozialdemokratischen Fraktion brachte endlich der Magistrat auf Grund der Vorberatungen in einer gemischten Deputation eine Vorlage auf Grund des Genter Systems ein. Die Vorlage sah außerdem die Unterstützung von Inhabern von Sparkassenbüchern vor, und daneben noch die Gesamtversicherung für bestimmte Kreise. Sowohl Gewerkschaften konnten alle ihre Mitglieder gemeinsam versichern, als auch Arbeitgeber konnten für alle ihre Angestellten die Versicherung eingehen. Diese vernünftige Vorlage lehnte die liberale Mehrheit ab. Auf seiten des Magistrats stand im wesentlichen nur die Sozialdemokratie. Einige Monate später brachte der Magistrat eine neue Vorlage ein, aus der aber die Zuschüsse für die Gewerkschaften herausgestrichen waren. Der Magistrat erklärte selbst, daß dies der wichtigste Teil seiner ersten Vorlage war, daß er aber dem Drängen der Mehrheit nachgegeben habe. Auch diese Vorlage wurde abgelehnt und zwar vereinigten sich hier diejenigen, die überhaupt nichts von einer kommunalen Arbeitslosenversicherung wissen wollen, mit den Sozialdemokraten, die um so weniger Grund hatten, der Vorlage zuzustimmen, als sie durch einige andere Bestimmungen direkt zu einer Vorlage gegen die Gewerkschaften gestaltet war und die Gefahr bestand, daß durch die Gesamtversicherung die Gelben gezüchtet werden könnten.

Man wollte dann die Gelben gegen uns ausspielen. (Hört! hört!) Wo solche Bestrebungen vorhanden sind, wo man nicht bemüht ist, das Problem in neutraler

Weise unter Berücksichtigung der Gewerkschaften zu lösen, wo man so vorgeht, wie ursprünglich in Mannheim und jetzt in Charlottenburg, werden wir natürlich dagegen stimmen. (Sehr richtig!) . . .

. . . Wir haben den Wünschen verschiedener Genossen auf Ergänzung und Klarstellung einzelner Punkte meiner früheren Resolution Rechnung getragen, so daß diese Resolution zurückgezogen werden kann. In der neuen Resolution ist alles Erforderliche gesagt. Selbstverständlich ist nicht im einzelnen ausgeführt, wie die Organisationen den Kampf unterstützen sollen, aber wir sind überzeugt, mit Eifer und Energie werden überall die Massen in den Kampf gegen das Elend eintreten. (Bravo!) Wir verlangen eine allgemeine, alle Arbeiter und Angestellten umfassende Arbeitslosenversicherung, wir verlangen aber auch, daß die Gewerkschaften berücksichtigt werden . . . In der Resolution wird weiter gesagt, daß die Arbeitslosenversicherung sich aufbauen soll auf den Beschlüssen des achten Gewerkschaftskongresses in Dresden 1911 und des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen 1910.

Die Resolution des Dresdener Gewerkschaftskongresses lautet:

„Die Arbeitslosenfürsorge ist eine öffentliche Pflicht, die das ungesäumte und tatkräftige Eingreifen von Reich, Staat und Gemeinde im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erfordert.

Eine umfassende Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich auf der Grundlage ständiger Einrichtungen der Arbeitslosenstatistik, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung und im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse.

Die Arbeitslosenstatistik ist dauernd mit Hilfe der Gewerkschaften aufzunehmen.

Die Arbeitsvermittelung ist durch das Verbot der privatgewerblichen Stellenvermittelung und durch Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung zu fördern. Bei Streiks und Aussperrungen ist jede Vermittelung von Arbeitskräften desselben Berufs an bestreikte oder aussperrende Arbeitgeber einzustellen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Arbeitsnachweise als „Facharbeitsnachweise" der öffentlichen Arbeitsvermittelung anzuschließen.

Die Arbeitslosenversicherung ist auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung dergestalt zu organisieren, daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückvergütet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beinträchtigen. Der Kongreß empfiehlt erneut allen Gewerkschaften den Ausbau ihrer Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen.

In staatlichen und gemeindlichen Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge erkennt der Kongreß einen geeigneten Weg zur Verallgemeinerung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer reichsgesetzlichen Regelung."

Die Resolution des Internationalen Kongresses zu Kopenhagen, wo in der Kommission Molkenbuhr und im Plenum Dr. Adolf Braun Bericht erstatteten, lautet:

„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten: Die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben. Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern: 1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit. 2. In ihrem Umfang ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der tarifmäßigen oder sonst von den Gewerkschaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen während der Krise. 4. Leistungen an Arbeitslose dürfen nicht eine Minderung der politischen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterstützung von gewerkschaftlichen und paritätischen Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Wahrung der Freiheiten und Interessen der Arbeiter den Gewerkschaften übertragen werden muß. 6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen. 7. Bis zur Verwirk-

lichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern."

Auf dem Boden dieser Resolution ist unsere neue Resolution aufgebaut..." (S. 385 ff.)

In der Diskussion bemerkt Fritz Zubeil-Berlin:

„Als wir im Januar 1902 im Reichstag eine Interpellation einbrachten, um Mittel zu ergreifen, die damalige Arbeitsnot zu mildern, verlangten wir den 10stündigen Maximalarbeitstag mit der Verkürzung auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung und die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung. Wir wissen, daß diese Einrichtungen bei der heutigen anarchistischen Produktionsweise des Kapitalismus selbstverständlich die Krise nicht aus der Welt schaffen. Aber es liegt auf der Hand, daß das Reich die Not wenigstens dadurch mildern kann. Dazu wollten wir das Reich zwingen. Der Staatssekretär Posadowsky stellte sich aber auf einen vollkommen ablehnenden Standpunkt. Er erklärte, daß eine derartige Einrichtung nicht Sache des Reiches sei, sie gehöre in das Gebiet der Einzelstaaten und Kommunen. Er sagte weiter, daß eine Arbeitslosenzählung in Deutschland das schwierigste Werk sei, das überhaupt durchgeführt werden könnte, und er gab den Arbeitern den Rat: Zurückzukehren aufs platte Land und dort ihren Wohnsitz zu nehmen. Dann würde die Arbeitslosigkeit zu einem großen Teile verschwinden. Auch die bürgerlichen Parteien nahmen fast ausnahmslos einen ablehnenden Standpunkt ein. Daher sind meine Hoffnungen nicht sehr stark, daß wir im Reichstage eine Mehrheit finden werden, wenn wir ein entsprechendes Gesetz in der nächsten Session einbringen. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Sommer in einer Weise ausgedehnt, wie wir das seit 10 Jahren nicht erlebt haben. Die Krise ist im Anmarsch. Der Krieg auf dem Balkan, die dadurch erzeugte Unsicherheit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, die damit verbundene Steigerung des Zinsfußes haben in vielen Industriezweigen eine kolossale Arbeitslosigkeit herbeigeführt...

... Unsere Parteigenossen in Groß-Berlin sind mitten in der Arbeit und haben die Gemeindebehörden gezwungen, auf diesem Gebiet vorzugehen. Der Oberbürgermeister von Berlin hat eine Vertreterkonferenz aller Gemeinden einberufen. Dort mußten auch diese Herren zugeben, daß eine Arbeitslosigkeit existiert und im Winter noch zunehmen wird, der auch sie mit Schrecken entgegensehen. Wenn diese Auffassung, wie in Berlin, so in einer Reihe von anderen Magistraten Platz greift, daß wir dann zu Einrichtungen kommen, die Besserung bringen, und die für die Arbeiterschaft von Segen sind. Deshalb bitte ich alle Parteigenossen, ihr ganzes Augenmerk auf die Kommunen zu richten. (Beifall.)" (S. 400 f.)

Klüß-Magdeburg:

„... Ich halte es für zweckmäßig, wenn Sie zu dem Antrag des Genossen Timm den Antrag Hoch annehmen, weil ich es für wünschenswert halte, daß unseren Genossen im Lande eine Richtschnur für die Art ihrer Agitation gegeben wird, daß wir uns nicht auf Massenversammlungen beschränken, sondern mit unserer Agitation für die Arbeitslosenfürsorge hineingehen in die weitesten Kreise des Volkes, nicht nur in die Kreise, die wir gewöhnlich in unsere Versammlungen bekommen. Ich schlage deshalb vor, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission besonderen Wert darauf legt, daß wir durch Flugschriften mannigfacher Art auch in jene werktätigen Kreise des Volkes hineinkommen, die nicht unmittelbar zur Lohnarbeiterschicht gehören. An den Schäden der Arbeitslosigkeit sind nicht allein die Arbeitslosen, nicht allein die arbeitenden Kollegen beteiligt, es sind daran auch beteiligt alle kleinen Geschäftsleute, alle Handwerker, deren Geschäft nachläßt, wenn der Arbeiter nicht mehr zahlungsfähig ist. Ich möchte dem Parteivorstand ans Herz legen, daß er bei diesen Flugschriften und Flugblättern von unserer gewohnten Schablone ein wenig abweicht. Die Frage der Arbeitslosigkeit und der Not, die durch sie herbeigeführt wird, ist nicht eine solche, die lediglich mit verstandesmäßigen Gründen behandelt werden kann. Da kommt es

darauf an, vor allen Dingen das Gefühl zu wecken, an die Seele der Mitmenschen zu appellieren. Soweit die Worte dazu nicht ausreichen, möchte ich dringend bitten, den Zeichenstift unserer größten und besten Künstler für diese Sache dienstbar zu machen. Eine Künstlerin von den Fähigkeiten und dem Ruf einer Käthe Kollwitz darf für diesen Zweck für uns nicht unerreichbar sein. (Sehr wahr!) Ich bitte dringend, daß wir die Not der Arbeitslosen bildnerisch darstellen lassen, um so einen größeren Eindruck durch unsere Schriften herbeizurufen. Wenn wir, vorübergehend natürlich, alle Kräfte anspannen und auf diese Forderung konzentrieren, dann beweisen wir damit aufs neue und aufs beste, daß wir nicht nur eine Partei der Massenstreikler sind, sondern eine Partei der Arbeitswilligen für des Volkes Wohlfahrt und den Fortschritt der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)" (S. 401 f.)

Vorsitzender Bock teilt mit, daß es in dem Antrag Hoch in der ersten Zeile jetzt „Antrag 108" heißen müsse.

Aus der weiteren Diskussion ist folgendes hervorzuheben:

Barth-Wilkau:

„Ich habe mich gefreut über die umfassenden Ausführungen des Genossen Timm über die Arbeitslosenversicherung, aber ich bedaure zugleich, daß er alle die anderen Dinge, die geeignet sind, nicht nur die Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosigkeit selbst zu mildern, so ganz beiseite gestellt hat. In dieser Beziehung sind die Resolutionen der Kongresse von Kopenhagen und Dresden bedeutend tiefer in die Materie eingedrungen. Ich möchte besonders die Aufmerksamkeit hinlenken auf einen Punkt, der auf der jüngst in Gent abgehaltenen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr ausführlich behandelt und in einer Resolution des neuen holländischen Arbeitsministers Treub dahin zusammengefaßt worden ist: man sollte die öffentlichen Arbeiten dazu verwenden, die Arbeitslosigkeit in den Depressionsperioden einzudämmen. Jetzt geht die Vergebung der öffentlichen Arbeiten in der Hauptsache völlig planlos und ohne Berücksichtigung des Arbeitsmarktes vor sich. Dagegen steht es fest, daß ein sehr großer Teil der öffentlichen Arbeiten genügend Elastizität besitzt, so daß diese Arbeiten von vornherein auf eine längere Reihe von Jahren vorbereitet werden und erst in dem Augenblick in Ausführung gegeben werden können, wo sich auf dem Arbeitsmarkt eine Erschütterung bemerkbar macht . . . Wir haben ja in einzelnen deutschen Städten jetzt bereits diese Praxis, aber die Mehrzahl der Kommunen und auch der Staatsbehörden vergeben ihre Arbeiten ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt. In der Resolution des Herrn Treub wird ausgeführt, man müsse versuchen, in den einzelnen Nationen Aemter zu schaffen, die planmäßig den Arbeitsmarkt verfolgen und registrieren, gewissermaßen Krisenbarometer aufstellen, und die dann in der Lage sind mitzuteilen, wann eine Krise in Erscheinung tritt, und dadurch die Kommunal- und Staatsbehörden auffordern könnten, die vorbereiteten Arbeiten ausführen zu lassen. Mit Notstandsarbeiten allein kommen wir nicht durch. Die kommen meist nur für die ungelernten, nicht aber für die gelernten Arbeiter in Frage. Es gibt eine Menge Arbeiten, die auch im Winter ausgeführt werden und den gelernten Arbeitern des Baugewerbes Beschäftigung verschaffen können. Man wird sagen, das sei kein geeignetes Mittel, die Arbeitslosigkeit zu lindern, denn es würden damit nur Löcher im Sommer aufgemacht. Indessen, wenn wir im Sommer ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt die öffentlichen Arbeiten vergeben, so zeigt sich, daß das in der Hochkonjunktur ohnehin bedenklich gesteigerte Produktionstempo dadurch noch mehr in die Höhe getrieben wird, daß Ueberstunden und Nachtschichten in großem Umfange eingelegt werden und das Hetztempo gesteigert wird. Durch die Zurückhaltung der Arbeitsvergebung könnte man das Hetztempo vermindern und damit zugleich eine Milderung der Arbeitslosigkeit im Winter herbeiführen. Auch die Arbeitsnachweisfrage, die namentlich in Dresden sehr eingehend erörtert wurde und ebenso in Kopenhagen eine große Rolle gespielt hat, ist in der Resolution Timm leider nicht berührt. Aber im Hinblick darauf, daß die Hälfte der deutschen Arbeitsvermittlung in den Händen der Unternehmer liegt und in erster Linie einer Kontrolle der politischen und gewerkschaftlichen Gesinnung der Arbeiter dient, daß die Unternehmernachweise eine frevelhafte Verfälschung des Gedankens des Nachweises darstellen, wäre es notwendig, daß auf die Schaffung öffentlicher, paritätisch geleiteter,

neutraler Arbeitsnachweise hingewirkt wird, daß alle einseitigen Kampfzwecken dienenden Nachweise, freilich fallen darunter auch die der Gewerkschaften, ebenso wie die privaten beseitigt werden . . . Ich bitte Sie, auszusprechen, daß die Arbeitsnachweisfrage und Vergebung der öffentlichen Arbeiten als Mittel zur Minderung der Arbeitslosigkeit aufzufassen sind. (Beifall.)" (S. 404 f.)

Winnig-Hamburg:

„. . . Wir werden den Gegnern nachweisen müssen, daß dieser Kampf für Arbeitslosenfürsorge ein Kampf für das Wohl des ganzen Volkes ist. Die alljährlich wiederkehrende große Arbeitslosigkeit führt zur Entartung des Volkes. Viele Arbeiter können sich nicht so ernähren, wie sie es müßten, um ihrem schweren Berufe gewachsen zu sein. Das kann auch der Wehrkraft des Volkes nicht zum Vorteil sein. So können wir unsere Gegner mit guten Gründen zwingen, dieser Frage ernsthaft näher zu treten. . . .

In Ermangelung einer ausreichenden Statistik fehlt uns eine genaue Uebersicht über den Grad der Arbeitslosigkeit. Es steht aber fest, daß die Kurve der Konjunktur sich gegenwärtig wieder entschieden nach unten senkt. Jede Industrie steht entweder mitten drin in der Krise oder sie ist nahe daran. Besonders trifft das für das Baugewerbe zu, für das die Frage der Arbeitslosenfürsorge eine größere Rolle spielt als für die meisten anderen Gewerbe. . . .

Aus den Konjunkturberichten, die wir im Bauarbeiterverband aus etwa 120 Orten eingefordert haben, schließen wir, daß gegenwärtig in dieser Zeit, die sonst eine Zeit gesteigerter Bautätigkeit ist, wo die Herzbelebung eintritt, 18 bis 20 Prozent der ganzen deutschen Bauarbeiter ohne Beschäftigung sind. (Lebhaftes Hört! hört!) . . . Bei dem Kampfe in den Parlamenten dürfen wir uns nicht dadurch beirren lassen, daß die Gegner die Frage der Arbeitsnachweise in die Diskussion werfen. Diese Frage muß ganz davon getrennt bleiben. Verknüpfen wir erst die Arbeitsnachweisfrage mit dieser Frage, dann können wir die Erfüllung unserer Wünsche auf den Sankt-Nimmerleinstag hinausschieben. Das Genter System ist anzustreben, d. h. die Einrichtung der Arbeitslosenfürsorge in Anlehnung an die Gewerkschaften, die die Gewißheit bieten, daß die Arbeitslosenhilfe in die richtigen Hände kommt. Die Gewerkschaften sind ja gezwungen, eine gute, ausreichende Kontrolle zu führen . . .

Ich sehe eine gewisse Gefahr darin, daß die Gegner, in dem Bestreben, unseren Kampf zu vereiteln, wieder zu dem Mittel greifen werden, unsere Bestrebungen als parteipolitisch zu verdächtigen. Daß sie sagen werden: das ganze ist nur eine Agitationsmache, es fehlt der Sozialdemokratie wieder einmal an einem guten, zündenden Agitationsstoff, deshalb beschäftigt sie sich jetzt mit den Arbeitslosen. Wir dürfen diesen Bestrebungen keinen Vorschub leisten. Wir müssen in der Agitation alles vermeiden, was den Gegnern ein Recht geben könnte, unsere Bestrebungen in dieser Weise zu diskreditieren. Wir müssen vor allen Dingen immer betonen, daß es sich gar nicht um eine Parteisache handelt, daß die Linderung der Not eine Sache des ganzen Volkes ist, die hoch über allem Parteigetriebe steht. Wir appellieren nicht an die politische Ueberzeugung des einzelnen, sondern an das Kulturgewissen und das menschlich-sittliche Empfinden. Dort, wo überhaupt ein Funken von sozialem Verständnis ist, wo man sich durchgerungen hat zu der Erkenntnis, daß der Staat die Pflicht hat, für die Opfer der Wirtschaftsordnung aufzukommen, dort hoffen wir Unterstützung zu finden. . . ." (S. 405 ff.)

Böttger-Mannheim:

„Zu den wenigen Landesregierungen Deutschlands, die in der Arbeitslosenfrage aus dem Stadium theoretischer Erwägungen zur praktischen Betätigung übergegangen sind, gehört neben Bayern bekanntlich auch Baden. Diese Feststellung soll kein Kompliment sein, es handelt sich nur um eine selbstverständliche Tatsache. Die badische Regierung hat vor etlichen Jahren eine Denkschrift herausgegeben, die das Produkt einer Konferenz der verschiedenartigsten Interessengruppen ist. Als charakteristisches Merkmal kann festgestellt werden, daß darin eine Verbeugung der badischen Regierung vor dem sozialdemokratischen Parteiprogramm enthalten ist. Es ist keine Verbeugung etwa in einem Winkel von 45 Grad, aber es ist immer-

hin eine Anerkennung dessen, was wir theoretisch in unserem Parteiprogramm festgelegt haben. Ein wohltuender Gegensatz zur Haltung anderer Landesregierungen in dieser Frage. Es wird, wenn auch nicht mit offener Gradheit, zugegeben, daß die Ursachen der periodisch auftretenden Arbeitslosigkeit zum Teil in der privatkapitalistischen Produktionsweise begründet sind. . . . Man hätte eigentlich annehmen sollen, daß angesichts eines immerhin akzeptablen Standpunkts der Landesregierung eine Reihe von Städten doch dazu übergehen würden, eine Arbeitslosenfürsorge einzuführen. In Wirklichkeit sind es nur Freiburg und Mannheim, die eine Arbeitslosenfürsorge in halbwegs modernem Sinne besitzen. Unsere Vertreter auch der anderen Stadtverwaltungen haben entsprechende Anträge gestellt, das Zentrum hat aber ihre Annahme zu verhindern gesucht. Aber auch unsere Blockbrüder, die Nationalliberalen und Fortschrittler haben sich zum größten Teil gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung erklärt. .. Das Genter System birgt allerdings auch eine Reihe von Nachteilen. Es hört sich schön an, wenn man sagt, daß die Stadtverwaltungen den Berufsvereinen Zuschüsse leisten müssen. Da sind aber gewisse Bedingungen zu erfüllen. Die Stadtverwaltungen verlangen, daß ihren Organen die Kontrolle darüber eingeräumt wird, ob der Arbeitslose bezugsberechtigt ist oder nicht, ebenso sollen diese darüber entscheiden, ob die Arbeitslosigkeit verschuldet oder unverschuldet entstanden ist. Das war ein reaktionärer Pferdefuß, der neben anderen Mängeln aus der jetzigen Mannheimer Arbeitslosenfürsorgeversicherung herausgeguckt hat. Wir haben uns bemüht, alle diese Nachteile zu beseitigen, und es ist uns glücklicherweise auch gelungen, indem die Kontrolle mehr und mehr in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre gelegt werden dürfte. Die Mannheimer Industriellen und ihre Sprecher im Stadtparlament verlangten als Vorbedingung zur Einführung der Arbeitslosenversicherung eine einheitliche Arbeitsvermittelung. Das ist absolut genommen aber gar nicht notwendig, so wünschenswert und vorteilhaft ein zentralisierter paritätisch geleiteter Arbeitsnachweis auch sein mag. Ueber solche Schwierigkeiten kommen wir nur hinweg, wenn wir so stark sind, daß wir den Gegnern unseren Willen aufzwingen können. Ich empfehle Ihnen die Resolution und den Antrag Hoch zur Annahme. . . .“ (S. 407 f.)

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.:

„Die Behandlung der Arbeitslosenunterstützungsfrage durch unsere Partei hat eine außerordentlich große prinzipielle Bedeutung. Es steht fest, daß sich die Arbeitslosenversicherung nicht durchführen läßt ohne Mitverwaltung der freien Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Das zeigt die Mitteilung unseres Mannheimer Freundes über die Vorgänge in Mannheim, das zeigt der große Versuch, der jetzt in England gemacht ist, das beweist Dänemark, das zeigt nebenbei das Fiasko aller Versuche, die ohne die Gewerkschaften unternommen werden sollten. Man kann eben die Entscheidung über so tief in das Arbeiterleben einschneidende Dinge wie die Arbeitslosigkeit nicht treffen ohne Mitverwaltung derer, die selbst davon getroffen werden, und da vollzieht sich nun hoffentlich eine Entwickelung, wie sie sich vollzogen hat auf dem Gebiet der Rechtsprechung. Auf diesem Gebiet haben wir ja glücklicherweise unter reger Mithilfe unserer Partei die Arbeitsgerichte gegen die Justizbureaukratie durchgesetzt. Nun wohl, greifen wir auch hier auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung mit verdoppelter Kraft ein, denn gerade dieses Gebiet verspricht die Möglichkeit, mit der Versicherungsbureaukratie in Deutschland wenigstens zu einem kleinen Anfang aufzuräumen. Mit der Versicherungsbureaukratie, die darin besteht, daß die ganze Organisation unserer Arbeiterversicherung — am krassesten tritt das ja bei der Unfallversicherung hervor — wenn nicht gegen, so doch mindestens neben den freien Organisationen der Arbeiter organisiert ist! Im ursprünglichen Bismarckschen Sinne ist sie direkt gegen die Arbeiter organisiert. Die Arbeitslosenversicherung aber kann nicht gemacht werden ohne die Zuziehung der Arbeiterorganisationen, sie wird also zu einem Element der Umwälzung unserer ganzen Versicherungsorganisation, wenn wir sie richtig anfassen. . . . Sorgen wir dafür, daß die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland aus diesem Druck nicht ohne Erschütterung ihrer bureaukratischen Sozialgesetzgebungen, und nicht ohne wesentliche Zugeständnisse an die Arbeiterschaft herauskommt. (Bravo!)“ (S. 410.)

Molkenbuhr:

„Mit wenigen Worten will ich mich zunächst gegen den Antrag 105 wenden. In der Resolution Timm ist bereits gesagt, daß die Organisationen alles aufwenden sollen, was auf dem Gebiet der Agitation getan werden kann. Einer besonderen Vereinbarung mit der Generalkommission bedarf es darum nicht. Es ist nicht Aufgabe der Generalkommission, bei der Agitation der sozialdemokratischen Partei mitzuwirken. Das ist eine unpolitische Organisation, die wohl die Aufgabe hat, die Gewerkschaften zu beraten, wie sie die Arbeitslosenunterstützung ausbauen sollen, aber zum Sturm auf die Gesetzgebung ist die politische Partei da, und ich darf wohl versichern, daß seitens des Parteivorstandes nichts versäumt wird, die Agitation so nachdrücklich und nachhaltig zu gestalten wie es möglich ist.

Dann zur Frage selber. Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist nicht mehr neu, sie ist schon sehr viel diskutiert worden und wird immer akuter, da die Arbeitslosigkeit Erscheinungen hervorruft, gegen die sich ein moderner Kulturstaat auf die Dauer nicht passiv verhalten kann. An und für sich ist es aber nicht lediglich eine Kuluturfrage, wie Genosse Winnig meinte, sondern eine Frage, die einen Widerstreit der Klassen hervorruft, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig!) Gewiß geht die Arbeitslosigkeit nicht lediglich die Arbeiterschichten an, aber ein besonderes Interesse daran, daß die Arbeitslosenversicherung nicht eingeführt wird, haben die Kapitalisten, die alle Mittel anwenden, die Löhne zu drücken. Für sie ist eine Arbeitslosenarmee das eigentliche Werkzeug, die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung herunterzudrücken. Sie brauchen den Hunger der Arbeitslosen, weil das für sie ein Mitel ist, sich selbst die Taschen zu füllen. Umgekehrt hat die Arbeiterklasse das entgegengesetzte Interesse, das dahin geht, all diejenigen Dinge zu beseitigen, die ein furchtbares Machtmittel in den Händen der Kapitalisten sind. Also hier ist ein eigentlicher Klassengegensatz gegeben. Nebenbei besteht natürlich auch ein allgemeines Kulturinteresse, daß nicht viele Menschen verhungern. Die kapitalistischen Staaten selbst hätten eigentlich ein sehr großes Interesse daran, diesem Elend, diesem Hunger entgegenzuwirken, denn die Arbeitslosigkeit kommt ja den Staaten und Gemeinden usw. gar nicht ganz billig zu stehen. Der Arbeitslose setzt sich doch nicht in irgendeinen Winkel, um zu verhungern, er sucht sich mit irgendwelchen Mitteln über Wasser zu halten. Er zieht entweder als Bettler auf der Landstraße umher — und es ist ungeheuerlich, wie da mit dem Menschenmaterial, das die Gesellschaft benutzen könnte, gewüstet wird, wieviel Menschen im Kot der Landstraße zugrunde gehen. Der Bettler kostet aber der Gesellschaft nicht nur das, was er sich zusammenbettelt, sondern Sie wissen, daß er als Angeklagter vor Gericht geschleppt, in Korrektionshäuser gebracht, vielfach auf die Bahn des Verbrechens getrieben wird. (Sehr wahr!) Wenn man einmal all die Kosten zusammenrechnen könnte, die so die Arbeitslosen der Gesellschaft kosten, das, was erbettelt wird, die Unterhaltung in Gefängnissen, in Korrektionshäusern, so würden sicher Summen herauskommen, die, wenn man sie zur rechten Zeit anwenden würde, so manchen davor bewahren würden, ein überflüssiges Glied der Gesellschaft zu werden. (Lebhafte Zustimmung.) Früher angewandt, würden die Kosten vielleicht gar nicht mal teurer werden. Ich bin fest überzeugt, man würde sich sehr leicht entschließen, diesen Weg zu beschreiten, wenn dem nicht das Interesse der mächtigen Kapitalisten entgegen stände, die Vorteile aus dieser Not haben. (Sehr richtig!) — Falsch ist es auch, wenn man die Arbeitslosenversicherung und -fürsorge als eine reine Krisenfrage behandeln will. Das ist sie ebensowenig, wie die Krankenversicherung eine Epidemienfrage ist. Krisen lassen das Uebel ja allgemeiner in die Erscheinung treten, aber wir haben doch eine chronische Arbeitslosigkeit, die sich überall bemerkbar macht. Viele Ursachen bewirken ständig eine gewisse Arbeitslosigkeit. Bei Landarbeitern, Schiffern, Erd- und Bauarbeitern die Witterungsverhältnisse, in anderen Gewerben kommt wieder die Saisonarbeit in Betracht, wie bei den Schneidern, Kürschnern usw., dann wirkt auch die Mode mit, z. B. wenn es Mode wird, mit einem Male weniger Samt zu verwenden, so stehen die Samtwebereien still usw. Also, an der einen oder anderen Stelle ist immer Arbeitslosigkeit vorhanden und in Zeiten der Krise tritt sie dann akut, namentlich in einzelnen Gewerben auf. Ich will Sie nicht mit langen statistischen Zahlen belästigen und nur auf die Statistik unserer Unfallversicherung hin-

weisen, wo die Zahl der Vollarbeiter ergibt, wie viel Arbeitstage von den Versicherten geleistet werden. Da haben wir im Jahre 1908 einen Rückgang gegen 1907 von hunderttausend Vollarbeitern. Das scheint gering, aber man muß bedenken, daß allein die zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften schon einen Rückgang von etwa 116 000 Vollarbeitern aufweisen. Da kommt wieder in Betracht, daß einzelne Baugewerkberufsgenossenschaften sogar Steigerungen hatten, daß die Krise in einzelnen Gegenden in ganz furchtbarer Schärfe hervortrat.

. . . . Bisher hat Deutschland immer geprahlt mit seiner Arbeiterversicherung, jetzt aber hat das auf diesem Gebiete junge England Deutschland schon so in den Schatten gestellt, wie man es vor wenigen Jahren kaum für möglich hielt. (Sehr richtig!) Während Deutschland, selbst wenn die Hinterbliebenenversicherung voll in Wirksamkeit getreten sein wird, höchstens auf 120 Millionen Mark Zuschuß kommt, zahlt England bereits das Dreifache bei geringerer Bevölkerung. Da ist bewiesen, daß mehr gegeben werden kann aus öffentlichen Mitteln. England ist so als Pionier auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung vorangegangen . . ." (S. 410 ff.)

Boehle-Straßburg:

„Timm hatte angeführt, daß in Straßburg schon 1906 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wurde. Das war nur dadurch möglich, daß wir damals eine starke sozialdemokratische Fraktion auf dem Rathause hatten, und sie war es, die einen Antrag nach dieser Richtung stellte. Wir verlangten damals, daß nach dem Genter System das Schwergewicht auf die Gewerkschaften gelegt werde, daß nur gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Beihilfe der Stadt zugute kommen solle. Dieser Antrag wurde angenommen, und ich kann feststellen, daß bis zum heutigen Tage ernsthafte Differenzen zwischen den Gewerkschaften und der Stadtverwaltung nicht in die Erscheinung getreten sind. (Hört! hört!) Die Kontrolle liegt in den Händen der Gewerkschaften, die Stadtverwaltung nimmt nur eine Ueberprüfung vor und zahlt anstandslos die damals bewilligten Beträge aus. Natürlich stehen wir im Elsaß nicht auf dem Standpunkt, daß nur die Städte Mittel zur Arbeitslosenunterstützung bereitstellen, sondern wir gehen weiter, und ich glaube im Namen der gesamten sozialdemokratischen Landtagsfraktion Elsaß-Lothringens erklären zu können, daß wir in diesem Winter mit aller Energie an diese Frage herantreten werden . . . Ein Wort zum Antrag Hoch. Auch ich halte ihn für überflüssig, weil nach meiner Auffassung, wenn die Resolution des Referenten einstimmig angenommen wird, woran ich nicht zweifle, die Richtlinien gegeben sind. . . ." (S. 412 f.)

Silberschmidt-Berlin:

„. . . Ich möchte noch einige Worte sagen, um zu zeigen, daß die allgemein auftretende Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Staaten ungleichmäßig ist. Nicht auf dem ganzen europäischen Kontinent tritt gegenwärtig die Arbeitslosigkeit in gleichem Maße auf, sondern ihre Stärke wird von der jeweiligen Reichspolitik stark beinflußt. Wir finden in der Nähe des Balkans die ungeheuerlichsten Wirkungen der Arbeitslosigkeit und können beobachten, daß Staaten mit etwas vernünftigerer Reichspolitik von der Arbeitslosigkeit weniger erfaßt werden. Wir können in England zurzeit noch eine mäßige, fast gute Beschäftigung feststellen, und können in Dänemark, in einem Teil Schwedens und anderen Ländern nicht die krassen Wirkungen der Arbeitslosigkeit beobachten, wie sie die Folge der gegenwärtigen Zoll-, Handels- und Auswärtigen Politik usw. im Deutschen Reiche sind und die Situation für das deutsche Volk außerordentlich gefährlich machen. Also, nicht nur der allgemeine Grundsatz, der in der Resolution ausgesprochen ist, ist richtig, sondern unter Umständen kann dies Uebel, das am Marke des Volkes zehrt, auch durch ungeschickte und unzeitgemäße politische Maßnahmen der jeweiligen Regierung erheblich verschärft werden. Als deutsche Reichsbürger haben wir in dieser Hinsicht schwere Anklagen gegen unsere Staats- und Reichsregierung zu erheben. (Sehr wahr!)

. . . . Als Berliner gehören wir ja zu Preußen. Aber im preußischen Landtag werden nicht einmal jene Fragen mit Verständnis erwogen, die unsere Freunde aus Süddeutschland hier vorgetragen haben, obwohl dieser große in der

Wirtschafts- und sonstigen Politik einflußreiche Staat Preußen vorangehen könnte. Wir müssen deshalb die dringende Erwartung aussprechen, daß auch im preußischen Landtag die Frage der Linderung der gegenwärtigen Not mit größerem Verständnis behandelt wird. Unsere kleine Fraktion wird sich das insbesondere angelegen sein lassen. Es gäbe da manches zu tun, um die preußische Regierung vorwärts zu treiben. Die Inangriffnahme umfangreicher Arbeiten im Baugewerbe und anderen Industriekreisen, insbesondere die Beschleunigung der in Aussicht genommenen Arbeit und die Verhinderung von Bevorzugung von ausländischen Arbeitern. (Sehr richtig!) Zunächst haben die eigenen Landeskinder Anspruch auf Beschäftigung. Ferner muß die Förderung des Kleinwohnungsbaus verlangt werden und es muß dafür gesorgt werden, daß in diesen Zeiten der äußersten Not und Bedrängnis des Volkes die Verteuerung der Lebensmittel nicht weiter vor sich geht. Es muß auf Herabsetzung der Zölle, auf Beseitigung der Einfuhrerschwernisse hingedrängt werden. Die Agitation wird nicht der Hauptzweck sein bei dieser ganzen Aktion. Aber es wird doch eine der wesentlichsten Aufgaben sein, auf die Kreise derer einzuwirken, die in der Zeit der Arbeitslosigkeit am ehesten geneigt sind, mutlos in die Zukunft zu blicken, und sie aufzurufen, mitzuarbeiten, und ihnen klar zu machen, wer auch auf diesem Gebiete der getreue und zuverlässige Vertreter ihrer Interessen ist, nämlich die sozialdemokratische Partei und die mit ihr in gleicher Richtung wirkenden Körperschaften und Organisationen. . . ." (S. 413 ff.)

Giebel-Berlin:

„Wenn es schon richtig ist, daß die Frage der Arbeitslosenfürsorge keine Krisenfrage ist, so unterliegt es doch gar keinem Zweifel, daß gerade im Augenblick der Krise, wenn diese unglücklichen Folgen der kapitalistischen Produktion den Massen besonders auf den Fingernägeln brennen, auch das Verständnis, das Interesse und die Anteilnahme an dieser Frage sehr viel größer ist. Der gegenwärtige Augenblick muß deshalb ganz besonders ausgenutzt werden für die Förderung der Arbeitslosenversicherung, die Massen müssen mobilisiert werden, um der bürgerlichen Gesellschaft das Gewissen zu schärfen. Für solchen konzentrierten Kampf muß der Parteitag der Ausgangspunkt sein. Gewiß haben wir schon bislang praktisch in Gemeinden, Staat und Reich gearbeitet. Namentlich auch in Gemeinden sind aber doch erst recht kümmerliche Ansätze erzielt. Und doch müßte sich unser Kampf vornehmlich auf die Gemeinden lenken. Schon um jetzt für die vorhandene Not der Arbeitslosen noch Hilfe zu beschaffen; denn es wird durch einen scharfen, heftigen Kampf, durch eine Konzentration der deutschen Arbeiterbewegung auf diese Frage, den Gemeinden leichter etwas abgerungen werden, als der schwerfälligen Staatsbureaukratie. Dadurch erreichen wir ein zweites: in den Gemeinden bekommen wir einen Bundesbruder für die Forderung nach reichsgesetzlicher Lösung. Unsere Reichsarbeiterversicherung kam erst dann zur Einführung, als in den Gemeinden die Ausgaben für Erkrankte und zu Unfall gekommene Arbeiter im Armenetat ganz gewaltig anschwollen. Da drängten die Stadtverwaltungen auch ihrerseits energisch nach gesetzlichen Maßnahmen. Wenn wir jetzt den Gemeindeverwaltungen zu kosten geben, in welchem Maße sie bei einer ausreichenden Fürsorge für die Arbeitslosen in den Säckel greifen müssen, dann werden sie, genau wie bei der Arbeitslosenversicherung in den 70er Jahren, auf die reichsgesetzliche Regelung der Frage mit uns gemeinsam hindrängen. Aus diesen beiden Gründen möchte ich, daß mit den Mitteln der Resolution Hoch, die ich an sich für überflüssig halte, Sturm gelaufen werde gegen unsere Gemeindeverwaltungen, als erster Schritt zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge. Ich glaube, dann wird es möglich sein, die Sache wesentlich schneller zu fördern.

Wir sollen aber auch bei dieser Angelegenheit die weiten Schichten der Privatangestellten nicht übersehen. Es muß die Aufgabe unserer Funktionäre und unseres Organisationsapparates sein, die Privatangestellten mit heranzuholen für den Kampf um die Lösung der Arbeitslosenfrage, ihnen das Verständnis einzuhämmern, daß auch sie in gleicher Weise wie die Handarbeiter interessiert sind an der Lösung dieser Frage. Die Verhältnisse liegen bereits gegenwärtig nicht minder schlimm für die vielen, über hunderttausend hinausgehenden Arbeitslosen unter den Angestellten. Es ist der Ausdruck des entsetzlichsten Elends, wenn man fast täglich in den Zeitungen

liest, daß Angestellte aus Verzweiflung über die häufig monatelange Stellenlosigkeit zum Selbstmord greifen, weil sie keinen anderen Ausweg mehr sehen aus diesem kapitalistischen Jammertal. Angesichts dieser Notlage und der Tatsache, daß die Klassenlage der Angestellten nicht anders ist als die der Handarbeiter, daß sie nicht imstande sind, von ihren kargen Gehältern für die Zeit der Stellenlosigkeit vorzusorgen, muß es möglich sein, auch die Angestellten für den Kampf um die Arbeitslosenversicherung aktiv zu interessieren. . . .

Ich möchte dann noch die Aufmerksamkeit unserer Gemeindevertreter besonders in Anspruch nehmen für eine Frage, die in Angestelltenkreisen recht übel empfunden wird. Es besteht nämlich ein sogenannter Verband deutscher gemeinnütziger Schreibstuben, der sich angeblich die Versorgung der Angestellten bei Arbeitslosigkeit zur Aufgabe gemacht hat. Er wirkt aber nur lohndrückend für die Angestellten im Interesse der Prinzipale. Vielfach genießt dieser Verband aber Unterstützungen von den Kommunen, und ich bitte die Gemeindevertreter darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Passus der Resolution Timm, daß auf tarifmäßige Bezahlung geachtet werden soll, auch auf diese Einrichtungen anzuwenden ist. Wenn so Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam für die Lösung der Frage kämpfen, dann wird es damit auch vorwärts gehen. (Beifall.)" (S. 415 f.)

Im Schlußwort führt Timm noch aus:

„. . . Wenn ich insbesondere die Haltung einer bürgerlichen Partei, des Zentrums kritisiert habe, so bin ich mir doch auch darüber klar, daß die übrigen bürgerlichen Parteien in gleicher Weise innerlich gegen eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge sind. . . . Der politischen Gerechtigkeit wegen aber möchte ich doch erwähnen, daß die Liberalen des bayerischen Landtages unseren Anträgen ihre Zustimmung gegeben haben, natürlich nicht aus gutem Herzen, sondern weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Der Liberalismus ist unter dem allgemeinen Wahlrecht auf weite Kreise des Volkes angewiesen, so werden die bürgerlichen Parteien durch uns mehr und mehr zur Sozialpolitik gezwungen. Das habe ich gegenüber Winnig betonen wollen.

Er meinte, daß die Frage der Arbeitslosenfürsorge hoch über allem Parteigetriebe stehen soll. Wie macht sich denn die Sache praktisch? Kürzlich tagte bekanntlich eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es ist selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten alle Bestrebungen begrüßen, die darauf hinausgehen, das Elend in der heutigen Gesellschaft zu mildern; aber über die praktische Wirkung wollen wir uns doch auch klar sein. Auf den bürgerlichen Kongressen werden tiefgründig theoretisch alle möglichen Probleme erörtert. Es werden immer neue Schwierigkeiten aufgerichtet. Ich habe noch niemals auf einem solchen Kongreß eine Verdichtung zu einer gemeinschaftlichen Aktion wahrgenommen. (Sehr richtig!) Wenn die Tagungen vorbei sind, hört man nach einigen Monaten schon nichts mehr davon. Ich habe noch kein organisiertes Vorgehen gegen die Widerstände vernommen, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu überwinden sind. Statt dessen werden immer neue Wälle aufgetürmt. Herr Dr. Freund behandelte die Frage der paritätischen Organisation des Arbeitsnachweises. Ich weiß nicht, ob er übersehen hat, daß es gerade die Sozialdemokraten waren, die im Reichstag den paritätischen Arbeitsnachweis gefordert haben. . . .

Barth hat in meinen Ausführungen Vorschläge zur Milderung der Arbeitslosigkeit vermißt, er kritisiert es, daß in meiner Resolution nicht von einer planvollen Organisierung und guten Vorbereitung öffentlicher Arbeiten und auch nichts von der Arbeitsnachweisfrage enthalten ist. Wer aufmerksam zugehört hat, wird wissen, daß ich gerade betont habe, wie wichtig die Arbeitsnachweisfrage ist, aber ich will diese Frage nicht als Hindernis gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung auftürmen, und ich sehe keinen Grund ein, daß wir in dasselbe Fahrwasser geraten wollen, wie die bürgerlichen Parteien, die es immer verkehrt anpacken, indem sie neue Schwierigkeiten aufhäufen. (Sehr richtig!) Daß die planvolle Organisation der Arbeiten überall verlangt werden muß, ist selbstverständlich. Aber das Wichtigste in diesem Augenblick erscheint mir eine großzügige Organisation zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung im Reich, in

den Einzelstaaten und den Gemeinden. (Sehr wahr!) Wenn irgendein praktischer Erfolg vorliegt, dann sind die bürgerlichen Gewalten schon aus sich selbst heraus gezwungen, die Organisierung der Arbeiten planmäßig zu betreiben, sie werden dann Statistiken aufnehmen, um die Arbeitslosigkeit festzustellen. Und sie werden auch die Frage des Arbeitsnachweises zu regeln suchen. Das kommt dann alles von selbst, das ist eine notwendige Mitbedingung. (Sehr richtig!)

Molkenbuhr hat recht, daß die Arbeitslosenfrage keine Krisenfrage ist. Wenn wir sie jetzt in den Vordergrund schieben, so nur deshalb, weil wir das Interesse der gesamten Oeffentlichkeit darauf konzentrieren wollen. Wir wissen aber, daß mit der heutigen bürgerlichen Ordnung die Arbeitslosigkeit untrennbar verbunden ist. Sie ist eine chronische Erscheinung, die wir durch Einführung der Arbeitslosenversicherung nach Möglichkeit gemildert wissen wollen. Darüber sind wir uns vollständig klar. Wir sind uns auch darüber klar, daß alle Instanzen mitzuwirken haben. Das ist genügend betont in meiner Resolution, die im übrigen von dem Gesichtspunkt aus gestellt ist, daß wir uns auf diesem Parteitag möglichst zu einer einheitlichen Aktion vereinigen wollen. Theoretisch und praktisch sind wir uns über diese Frage klar. Wir brauchen nur zu handeln, und ich halte es für selbstverständlich, daß, wenn der Absatz III meiner Resolution angenommen wird, der Parteivorstand die Aktion einleiten wird. Deshalb habe ich gedacht, Hoch würde seinen Antrag zurückziehen. Vielleicht wartet er vorher noch auf eine bestimmte Erklärung des Parteivorstandes, so daß dann nur noch meine Resolution vorliegt, die uns die Bahn zu einer einheitlichen Aktion ebnen wird..." (S. 417 f.)

Vorsitzender Bock:

„Ich kann erklären, daß der Parteivorstand gewillt ist, im Sinne der Resolution zu wirken. (Bravo!)"

Infolge dieser Erklärung wird die Resolution 105 zurückgezogen, es liegt also nur noch die Resolution 108 vor, die einstimmig angenommen wird.

Auch der Antrag Katzenstein, der dem Parteivorstand empfiehlt, das Referat von Timm als Sonderabdruck herauszugeben, wird angenommen. (S. 419.)

Arbeitsnachweise.

Im Bericht des Parteivorstandes an den Magdeburger Parteitag **1910** heißt es:

„An den Rand eines großen Ausstandes trieben die Bergherren des Ruhrreviers die Bergarbeiter durch Einrichtung sogenannter Arbeitsnachweise. Nur der Klugheit, Umsicht und Besonnenheit der dem Unternehmertum sonst so verhaßten Führer ist es zu danken, daß es nicht zu einem großen, das ganze wirtschaftliche Leben der Nation in Mitleidenschaft ziehenden Bergarbeiterausstand gekommen ist." (S. 14.)

Ueber ihre Interpellation wegen dieser Arbeitsnachweise berichtet die Reichstagsfraktion:

„... In große Erregung wurden die Arbeiter des Industriegebiets versetzt, als bekannt wurde, daß vom 1. Januar 1910 ab ein Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer eingerichtet werde, der nach den berüchtigten Mustern von Hamburg, Mannheim und anderen Orten zum Maßregelungsbureau zu werden drohte. Die Fraktion brachte deshalb folgende Interpellation ein:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Bergwerksbesitzer im Ruhrrevier am 1. Januar 1910 einen einseitigen Arbeitsnachweis zwangsweise einzuführen gedenken, und daß die Arbeiter, davon große wirtschaftliche Nachteile befürchtend, sich der Einführung widersetzen, so daß ein ungeheurer wirtschaftlicher Kampf zu erwarten ist?

Ist der Herr Reichskanzler, um diese arbeiterschädliche Maßnahme des Zechenschutzverbandes zu verhindern, bereit, dem Bundesrat und Reichstag baldmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Arbeitsnachweis von Reichs wegen einheitlich und auf paritätischer Grundlage geordnet wird?"

Am 14. und 15. Dezember gelangte diese Interpellation in Verbindung mit einer solchen des Zentrums über denselben Gegenstand zur Verhandlung. In seiner Begründungsrede wies Abgeordneter Bömelburg darauf hin, daß die Vorstände der Arbeiterorganisationen vergeblich eine Verständigung mit dem Zechenverband gesucht haben ... Zu dem Bescheid des Ministers Sydow, er könne sich von dem gesetzlichen Zwang zur Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise keinen Erfolg versprechen, meinte Bömelburg: „Ein Minister, der doch die Aufgabe hat, ernste Gefahren, die weiten Volkskreisen drohen, abzuwenden, lehnt es einfach ab, etwas zur Verhütung der Gefahren zu unternehmen. Der Kenner der bei uns bestehenden Zustände wundert sich über solche Dinge nicht. Das Großkapital beherrscht alles, auch die Minister." An die eindrucksvolle Schilderung der „Niedertracht und Schlechtigkeit", mit der bei bestehenden Arbeitsnachweisen von den Unternehmern verfahren wird, „Strolche und Wegelagerer, die ahnungslose Menschen hinterrücks überfallen, werden hier von deutschen Kapitalisten in den Schatten gestellt", knüpfte unser Redner die Forderung, „daß der Arbeitsnachweis dem wirtschaftlichen Kampfe als Kampfobjekt entzogen wird" ... Der langen Antwort des Staatssekretärs des Innern, Delbrück, kurzer Sinn lautete: daß die Frage der Arbeitsvermittlung für eine Regelung auf paritätischer Grundlage nach seiner Ueberzeugung zum mindesten nicht reif sei. Daß die Regierung im Zustande der völligen Abhängigkeit von den Zechenherren wäre, sei unzutreffend. Ausgleichende Gerechtigkeit werde nur geübt, wenn die Regierung die Wünsche der Arbeiter nicht erfülle, denn „die Zechenherren sind nur zu einem kleinen Teile Eigentümer des Kapitals, das in den Zechen arbeitet, sondern das Kapital ist verteilt durch das ganze deutsche Volk, in der Hand kleiner Rentner, in der Hand armer Witwen, in der Hand von Waisen und Vormündern." Solche Albernheiten kann der sogenannte Staatssekretär für Sozialreform vortragen, ohne sich dadurch sofort für alle Zeiten lächerlich und unmöglich zu machen. Daß Konservative und Nationalliberale die Zechenbarone verteidigten, bedarf kaum der Erwähnung. Scharfe, rückhaltslose Kritik übte von den nachfolgenden Rednern außer dem sozialdemokratischen Abgeordneten Sachse besonders Herr Naumann an dem Verhalten der Großkapitalisten und der Tatenlosigkeit der Regierung. Sachse meinte ... Die Leiter der Organisationen hätten den Unternehmern immer wieder die Hand zum Frieden geboten. „Es geschieht uns vollständig Unrecht, wenn man hier immer so tut, als schürten wir das Feuer. Wenn es gelingt, den Streik zu verhindern, haben Sie das uns zu verdanken — und niemand anders." Aber „der Kampf kommt, wenn der Arbeitsnachweis so durchgeführt wird, wie wir befürchten".

Der Staatssekretär antwortete u. a. auf Sachses Rede: „Ich kann nur sagen, ich bin dem Herrn Abgeordneten Sachse für die Objektivität und den vornehmen Ton, mit dem er mich kritisiert hat, außerordentlich dankbar." In der Form war er etwas entgegenkommender als in der ersten Rede ... Von der Zukunft nur hofft der Staatssekretär, daß man zu einer paritätischen Regelung nicht nur des Arbeitsnachweises, sondern auch vieler anderer Fälle kommen wird. Das ist ein schwacher Trost für die Arbeiter, die der Unternehmerwillkür ausgeliefert sind. Die Regierung hat ihnen in höchster Not auch in der Frage der Zwangsarbeitsnachweise Hilfe versagt." (S. 99 ff.)

Vergleiche auch den Bericht über das Stellenvermittlergesetz. (S. 142 f.)

In Jena **1913** berichtet die Fraktion noch:

„Zum Titel Arbeitsnachweis hatte Graf Posadowski mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien, aber unter Ausschluß der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag eingebracht, den Betrag für die Arbeitsnachweise im nächstjährigen Etat angemessen zu erhöhen. Genosse Thöne sprach die Zustimmung der Fraktion zu diesem Antrage aus, trotzdem man sie ignoriert habe. Keine Partei besitze auf diesem Gebiete so viel Erfahrungen wie die sozialdemokratische. Genosse Thöne ging auch auf das Wanderarbeitsstättengesetz für Preußen ein; er verlangte reichsgesetzliche Regelung dieser Frage." (S. 91.)

Vergleiche hierzu noch den Artikel „Arbeitslosenfrage".

Armenpflege.

Auf dem Jenaer Parteitag **1913** berichtete Timm-München in seinem Referat über die „Arbeitslosenfrage" von der Münchener Armenpflege:

„Das Arbeitslosenelend in München wird auch beleuchtet durch einen Bericht, den der Rechtsrat Grieser vor dem Armenpflegschaftsrat in München erstattete. Danach stieg die Zahl der dauernd unterstützten Erwachsenen in den letzten 10 Jahren halbjährlich um 65, im Jahre 1913 bis 1. Juli aber um mehr als 100. Die Zahl der Empfänger von Erziehungsbeiträgen war früher halbjährlich 39, im Jahre 1913 bis 1. Juli mehr als 300. Schon jetzt erreicht die Zahl der Kinder in fremden Familien beinahe die Höhe des ganzen Jahres 1912. Aus allgemeinen Mitteln wurden im ersten Halbjahr 1912 vorübergehend 3530 Personen, im gleichen Abschnitt dieses Jahres aber 5447 Personen unterstützt. Bis Juli d. J. gab die Armenpflege 260 000, in der gleichen Zeit des vorigen Jahres 198 000 Anweisungen auf die Mittagskost der städtischen Suppenanstalten aus. Gegen das erste Halbjahr 1912 wuchs die dauernde Geldunterstützung für Erwachsene um 35 000 M., für Kinder im Elternhause um 16 000 und für vorübergehende Geldunterstützung um fast 23 000 M. So ungünstig waren noch in keinem Jahre die Abrechnungen. Rechtsrat Grieser, der politisch dem Zentrum angehört, wirft in der Besprechung dieser Zustände in einer bürgerlichen Zeitung die Frage auf: Was bedeuetn diese Zahlen? und er beantwortet diese Frage dahin: „Die Steigerung der Armenziffer ist niedrig im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung und die Mehrung der Armenlasten mäßig im Verhältnis zum Gesamteinkommen der Stadt. Auf der Schattenseite liegen aber die Not, das Elend und die Entartung, die in jenen Zahlen nach Ausdruck ringen. Wieviel Hunger und Entbehrung ging der Armenunterstützung voraus, wieviel Kummer und Verzweiflung starrt der Zukunft entgegen. Das läßt sich nur ahnen, nicht zählen."

Rechtsrat Grieser ist nun einer der wenigen Zentrumsmänner, die nicht bloß schöne Sprüche für die Arbeitslosen haben, sondern ehrlich helfen wollen. Er erklärt: „Wer ohne sein Verschulden arbeitslos ist, verdient eine wirtschaftlich und sozial höherstehende Hilfe, als das karge Brot der Armenpflege darstellt, zumal der Genuß die öffentlich-rechtliche Stellung beeinträchtigt. Die Kosten für die Erhaltung der Arbeitslosen gehören zu den „faux frais" der Wirtschaftsordnung. Ueber die Art der Einführung sind die Anhänger der Arbeitslosenversicherung noch nicht einig, die Lösung der Frage im großen Stil darf aber nicht mehr verschoben werden. Die Armenpflege kann nicht länger bluten wegen der Wunden, die der Arbeitsmangel der Volkswirtschaft schlägt" . . ." (S. 386 f.)

Ausländische Arbeiter.

Timm-München führte in seinem Referat über die Arbeitslosenfürsorge in Jena **1913** aus:

„. . . Die Massenabwanderung der Arbeitslosen aus Oesterreich-Ungarn in die angrenzenden Länder trägt wesentlich auch zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Deutschland bei. Das führende Organ des Zentrums, die „Kölnische Volkszeitung", hebt hervor, daß zurzeit zirka eine Million ausländischer Arbeiter in Deutschland beschäftigt sind. Wir wissen ja, daß der Kapitalismus überall die billigen und in Not befindlichen Arbeiter heranzieht, um die einheimische Arbeit zu drücken . . ." (S. 386.)

Ausnahmegesetze.

Die dem Parteitag zu Magdeburg **1910** vorliegende Resolution 92, betreffend das Genossenschaftswesen (siehe dieses), nimmt Bezug auf die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen gegen die Konsumvereine.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag **1911** wird folgendermaßen eingeleitet:

„Je mehr sich in Deutschland die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung entwickelt, desto eifriger schreien ihre erbitterten Gegner, die Scharfmacher

der Schwerindustrie und die mit diesen verbündeten Junker, nach Ausnahmegesetzen wider die staatsbürgerliche Gleichberechtigung heischende Arbeiterklasse. Solange es nach Auffassung der Industriefeudalen noch Zeit ist, soll der sich in gesetzmäßigen Bahnen rapid vollziehende Vormarsch des klassenbewußten Proletariats mit den Machtmitteln des modernen Staates aufgehalten werden. Fast täglich werden Staatsanwalt und Polizei hier und dort aus dem reaktionären Lager zum Kampf wider die sozialdemokratische Gefahr aufgerufen. Bei besonderen Anlässen pflanzen sich die Rufe zur Rückkehr nach einer Bismarckschen Gewaltpolitik im Lager der Reaktion von Posten zu Posten fort. So betrieb die Preßmeute der Junker und Kapitalisten eine wilde Hetze gegen Partei und Gewerkschaften, als vom 26. September v. J. ab einige Tage die Moabiter Unruhen die Oeffentlichkeit beschäftigten. Die Scharfmacher glaubten, daß jetzt die günstige Gelegenheit zur Propaganda von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie, von Streik- und Zuchthausgesetzen gegen die Gewerkschaften gekommen sei. Die Philister sollten durch Verbreitung schauerlicher Tartarennachrichten in eine Stimmung versetzt werden, wie sie 1878 nach den Attentaten noch mit Erfolg erzeugt werden konnte. Aber der Schlag ging daneben. Nach den wochenlang dauernden Verhandlungen vor der Strafkammer und dem Schwurgericht war die Polizei die eigentliche Verurteilte." (S. 13.)

Der Bericht der Fraktion erwähnt Franks Rede zum Etat des Reichskanzlers:

„... Für die Arbeiterschaft bleibe die Wahlparole, daß an Stelle einer versprochenen Sozialpolitik Ausnahmegesetze treten. Was mit der einen Hand gegeben werde, werde mit der anderen genommen. Kleine Diebstähle sollen nur noch gering bestraft werden, dafür solle die Arbeiterpresse geschurigelt werden; die Berufung werde gegeben, dafür sollten die Rechte der Verteidigung beschränkt werden; die Witwen- und Waisenversicherung solle kommen, dafür sollten die Arbeiter die Selbstverwaltung verlieren; also überall für einen Schritt vorwärts zwei zurück." (S. 132.)

Bei der ersten Lesung des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung ergänzt Hoch diese Ausführungen, indem er auf die Tendenz hinweist, die sozialdemokratischen Kassenbeamten zu maßregeln:

„... Es handelt sich um den Raub wohlerworbener Arbeiterrechte und um Verhängung eines Ausnahmegesetzes. Dabei leistet wieder das Zentrum als Regierungspartei Hilfe und verbreitet längst widerlegte Lügennachrichten über angeblich in böswilliger Absicht gemachte Verträge. Es handelt sich darum, Angestellte ohne Entschädigung entfernen zu können, während man für die Steuerfreiheit der Fürsten sich sogar auf „staatsrechtliche" Gründe beruft. Dabei ist die Leistungsfähigekit der Krankenfürsorge und das Selbstverwaltungsrecht der Kassenmitglieder gefährdet. Es kommen Beamte in Betracht, die zum Teil schon 20 Jahre in ihrer Stellung sich vorzüglich eingearbeitet haben, die sich vor Vergewaltigung schützen wollen. Als im Jahre 1907 ein derartigen Vertrag bekanntgegeben wurde, hatte weder die Regierung noch sonst jemand etwas einzuwenden. Von den schweren „Mißständen" in den Krankenkassen ist trotz krampfhaften Suchens nichts Stichhaltiges vorgetragen worden; die Broschüre des „Reichsverbandes" steht unter jeder Kritik.

Genosse Hoch zeigt die Verlogenheit an einigen Stichproben. Die „Arbeitervertreter" des Zentrums, die Abgeordneten Becker und Giesberts, die noch voriges Jahr so arbeiterfreundlich taten, machten jetzt die ganze Entrechtung der Krankenkassen mit. Schon seit 1900 sammelt man Material für dieses Gesetz; schon Fürst Bülow hat ein solches Ausnahmegesetz in Aussicht gestellt; heute will man behaupten, der Vertrag von 1906 zwischen den Kassen und ihren Angestellten sei die Veranlassung dieses Vorgehens! Man schützt Fehler vor, wie sie überall vorkommen, nicht zum wenigsten bei Berufsgenossenschaften und bei Ministern, um den Kassen ihren Stab von Beamten zu nehmen, den sie sich unter Mühen und Opfern aufgezogen haben. Mitten im Sozialistengesetz hat der Reichstag nicht gewagt, den Arbeitern das Recht auf Verwaltung ihrer Kassen

abzusprechen, und Herr v. Bötticher, der damalige Staatssekretär, erklärte, daß man die Versicherung auf die wertvollen Vorarbeiten aufbauen müsse, die die freien Hilfskassen geleistet haben. Jetzt aber will man an die proletarische Selbstverwaltung der Kassen heran: man will den Arbeitermassen die Beamten nehmen, zu denen sie Vertrauen haben, man will ihnen gerade die Versicherungsform verekeln, die ihnen ans Herz gewachsen ist. Weil sich zu dieser Herabdrückung der Leistungen nicht Beamte hergeben, die Ehre im Leibe haben und die das Vertrauen der Arbeiter besitzen, darum will man den Kassen Militäranwärter aufzwingen, die im Tone des Kasernenhofs zu Arbeitern reden und mit völliger Verständnislosigkeit an soziale Fragen herantreten. Die Arbeiter werden es sich merken, wie leicht die sogenannten staatserhaltenden Parteien und mit ihnen die Regierung über wohlerworbene Rechte hinwegschreitet, wenn es sich um Erfüllung scharfmacherischer Wünsche handelt. Wir aber werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um dieses Attentat auf die Arbeiterklasse zu vereiteln.

Genosse Schmidt bezeichnet die Bestimmung einer Prüfung des Verhältnisses zwischen Gehalt und Befähigung als eine Ausnahmebestimmung, weil nur gegen Sozialdemokraten davon Gebrauch gemacht werden wird ..." (S. 142 f.)

Nach dem Fraktionsbericht an den Chemnitzer Parteitag **1912** legten die Redner der Partei beim Etat des Reichsamts des Innern dar:

„... Gegenüber der ungeheuren Not des Proletariats ist ein kräftigerer Arbeiterschutz erforderlich. Statt dessen wird selbst die gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter durch Ausnahmegesetze und ausnahmerechtliche Anwendung der Gesetze beschränkt. Ein Teil der Scharfmacher verlangt unter dem Motto „Schutz der Arbeitswilligen" neue Ausnahmegesetze gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes. Der andere Teil, zu dem auch der Staatssekretär des Innern zu rechnen ist, weist auf die rücksichtslose Anwendung der bestehenden Gesetze, d. h. auf ungerechte Klassenjustiz gegen Arbeiter hin ...

Statt Sozialpolitik aber wünschen die Konservativen Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. Sie gaben sich mit der leider zutreffenden Bemerkung des Staatssekretärs Delbrück nicht zufrieden, daß ja der § 153 der Gewerbeordnung eine viel weitere Auslegung erfahre und, statt mildere, immer höhere Strafen gegen Arbeiter zur Anwendung gelangen, die in den gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes uns gestellten Schlingen gefangen werden. Die Konservativen verlangten unter dem Vorwande eines Schutzes der Arbeitswilligen ein neues Ausnahmegesetz durch folgende Resolution:

„die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung bezw. des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird."

Dieser Aufruf zu einem neuen Zuchthausgesetz wurde am 22. Mai in der auf unseren Antrag erfolgten namentlichen Abstimmung mit 273 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Von den Nationalliberalen stimmten neben dem fraktionslosen Dr. Becker (Hessen) für die Resolution die 8 Abgeordneten Dr. Bärwinkel, Bartling, Dr. Böttger, Kleye, Meyer-Celle, Strack, Wittum und Zimmermann, vom Zentrum die 3 Abgeordneten Graf v. Galen, Irl und Freiherr von Kerckerinck zur Borg.

Auch bei anderen Gelegenheiten suchte die Rechte gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse scharf zu machen. Die unter dem Etikett „Schutz der Monarchie und der bestehenden Staatsordnung" verhüllten Interessen der Großkapitalisten und Junker habe das Reich in einseitigster Weise wahrzunehmen und die Sozialdemokratie, als die Vertreterin der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit, zu bekämpfen. Der Rechten genügt noch nicht das Vorgehen der Regierung, die selbst unter Verletzung des verfassungsmäßigen Grundsatzes der Gleichberechtigung die Gewaltmittel des Staates gegen die Arbeiter und die Sozialdemokratie anwendet. Der freikonservative Abg. Freiherr v. Gamp führte am 29. Februar aus: Der Reichskanzler hat verlangt, daß die Beamten im Wahlkampf Gewehr bei Fuß stehen. Wer soll dann aber die Sozialdemokratie bekämpfen? und fuhr, als ihm

zugerufen wurde: „Sie!“, fort: Ich habe nicht die Verpflichtung, für die Monarchie und für die bestehende Staatsordnung einzutreten. Das ist Pflicht der Beamten, die dafür bezahlt werden ...“ (S. 134 ff.)

Ausschluß aus der Partei.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Magdeburg **1910** meldet:

„Die im neuen Organisationsstatut vorgesehene Regelung des Ausschlußverfahrens hat sich bewährt. Von den 46 Bezirksvorständen mußten sich 15 mit 71 Ausschlußsachen befassen. Davon wurden 26 durch Ausschluß, 19 durch Tadelserteilung und zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern, 7 durch Austritt, 4 durch Vergleich und 5 durch Ablehnung der Ausschlußanträge erledigt. Gegen diese Entscheidungen ist in drei Fällen Berufung an das Schiedsgericht erhoben worden. In einem Falle hat das Schiedsgericht den Angeschuldigten scharf getadelt, in einem Fall erfolgte Ausschluß und die dritte Sache ist noch in der Schwebe.“ (S. 20.)

Im Bericht an den Jenaer Parteitag **1911** heißt es:

„Mit Ausschlußanträgen nach § 23 des Organisationsstatut hatten sich 22 Bezirksvorstände in 106 Fällen zu beschäftigen. Davon wurden 55 Sachen durch Ausschluß, 23 durch Rüge, 14 durch Vergleich, 6 durch vorherigen Austritt und 2 durch Ablehnung der Anträge erledigt. Nicht erledigt sind 6 Sachen.

Berufungen in Ausschlußsachen sind in 15 Fällen an uns gerichtet worden. Je 3 Fälle wurden durch Ablehnung der Ausschlußanträge und zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern und je 2 durch Ausschluß, Rüge und Vergleich erledigt. In der Schwebe sind noch 3 Fälle.“ (S. 19.)

Der Bericht an den Chemnitzer Parteitag **1912** verzeichnet eine weitere Zunahme des Ausschlußverfahrens:

„Leider haben auch die Anträge auf Ausschluß aus der Partei, über die nach § 23 des Organisationsstatuts die Bezirksvorstände zu entscheiden haben, ganz erheblich zugenommen. Im Vorstand der P. P. S. und in 20 Bezirken gegen 22 im Vorjahre waren 233 Ausschlußanträge gegen 106 im Vorjahre zu erledigen. Es wurde erkannt in 103 Fällen auf Ausschluß, 62 auf Rüge, 26 auf Ablehnung. 28 Anträge wurden im Laufe der Verhandlungen zurückgezogen, 4 Mitglieder traten vor der Verhandlung aus der Organisation aus, in 3 Fällen wurde das Verfahren eingestellt und 2 Fälle fanden durch Vergleich ihre Erledigung. Fünf Sachen schweben noch.

Berufungen kamen 26 an uns, während 3 Sachen aus dem Vorjahre noch zu erledigen waren. Die Schiedsgerichte erkannten auf Ausschluß in 10 Fällen, auf zeitweilige Ausschließung von Vertrauensämtern in 6 Fällen und auf eine Rüge in 4 Fällen. In 3 Fällen wurde der Ausschlußantrag abgelehnt, in einem Falle erfolgte eine Einigung durch Vergleich und in drei Fällen wurde der Antrag zurückgezogen. In der Schwebe sind zwei Sachen.“ (S. 13.)

Ueber eine abermalige Zunahme der Ausschlüsse berichtet der Parteivorstand in Jena **1913**:

„Anträge auf Ausschluß aus der Partei wurden bei den Bezirksvorständen 287 gegen 233 im Vorjahre anhängig gemacht. Das ist eine Steigerung um 54, obwohl die Berichtsperiode nur 9 Monate umfaßt. 140 Anträge bezogen sich auf die Nichtabführung des Tageslohnes am 1. Mai. In 96 Fällen wurde auf Ausschluß erkannt, in 29 Fällen der Ausschluß abgelehnt, in 10 Fällen traten die Angeschuldigten vorher aus der Organisation aus, in 27 Fällen wurde der Antrag zurückgezogen und 72 Fälle wurden durch Vergleich erledigt. Auf Rüge und Verweis wurde in 22 Fällen, auf Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern in 6 Fällen erkannt und in 4 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. 8 Sachen waren bei Abschluß des Berichts noch nicht erledigt.

Berufungen kamen 27 gegen 26 im Vorjahre an uns, während zwei Sachen aus dem Vorjahre noch zu erledigen waren. Die Schiedsgerichte erkannten auf Ausschluß in 13 Fällen, auf zeitweilige Ausschließung von Vertrauensämtern in 3 Fällen und auf Rügen in 2 Fällen. Der Ausschlußantrag wurde in 3 Fällen von dem Schiedsgericht abgelehnt und in 2 Fällen von den Antragstellern zurückgezogen. In 2 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. In der Schwebe sind am Ende des Berichtsjahres 4 Sachen." (S. 12).

Vergl. ferner den Artikel „Organisation", insbesondere das neue Organisationsstatut von 1912.

Ueber die Fälle Hildebrand und Radek siehe unter diesen Namen. Unter dem letzteren siehe auch die 1913 infolge des Falles Radek beschlossenen Bestimmungen zur internationalen Regelung des Ausschlußverfahrens, sowie die hierauf bezüglichen Anträge an das Internationale Bureau.

Auswärtige Politik.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtet die Reichstagsfraktion:

„Was bei der großen Etatsdebatte im Dezember über Deutschlands auswärtige Politik gesagt worden ist, erweckte nur geringes Interesse. Von so festbegründeten Verhältnissen, wie den Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn sei nicht notwendig zu sprechen, betonte der Kanzler. Wegen Marokkos werde man wohl mit Frankreich zu einer befriedigenden Lösung kommen. Die Herstellung guter Beziehungen zwischen England und Deutschland werde von der Regierung als wichtige Aufgabe einer weisen Staatskunst angesehen, der Wert des Dreibundes werde von den italienischen Staatsmännern nicht geringer eingeschätzt, als früher. Ein Teil der russischen Presse führe zwar eine „wenig freundliche Sprache" gegen Deutschland, aber die beiderseitigen Regierungen unterhielten gute Beziehungen. Zum Schluß gab es die übliche Redefloskel, die deutsche auswärtige Politik werde mit größter Ruhe und Stetigkeit und frei von aller Nervosität geführt werden.

Abgeordneter Scheidemann wies gegenüber der Rederei über Stetigkeit der deutschen auswärtigen Politik darauf hin, „daß alle Welt seit nunmehr zwanzig und mehr Jahren sich lustig macht über die deutsche Zickzackpolitik... Wenn ein deutscher Reichskanzler spricht von Stetigkeit in der deutschen Politik, dann soll er sehr vorsichtig sein und soll das nicht in derselben Stunde sagen, wo das Wort „Marokko" fällt." Bezugnehmend auf die nichtssagenden Auslassungen des Kanzlers über die deutsch-englischen Beziehungen glossierte Scheidemann die orakelhaft dunkle Bemerkung des neuen Herrn zur Frage der Verständigung über die Rüstungen: „Wir werden ja sehen, wir werden ja hören, und dann wird es sich zeigen." Dr. Frank spottete ein paar Tage später über die nichtssagenden Redensarten des Kanzlers: „Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik... billigen wir ihm mildernde Umstände zu; wenn er sich da noch als Lehrling fühlt, so wollen wir ihn in dieser Selbsteinschätzung nicht hindern." (S. 131f.)

(Vergleiche auch den Artikel „Imperialismus".)

Auswärtiges Amt.

Dem Parteitag zu Jena **1913** gab die Reichstagsfraktion folgende Uebersicht über die Debatten des Reichstags, die sich vom 14. bis 16. April 1913 mit der immer komplizierter werdenden auswärtigen Lage befaßten:

„Zur Eröffnung der Debatten über die auswärtige Lage gab der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Jagow eine kurze Erklärung ab, aus der zur Beurteilung der politischen Lage nicht allzuviel zu entnehmen war. Im wesentlichen beschäftigte sich die Erklärung mit der Balkanfrage.

Unser erster Redner, Genosse **Bernstein**, knüpfte an diese Darlegung des Staatssekretärs an und gab eine Uebersicht über die **Orientpolitik** vom Standpunkte der Sozialdemokratie. Daß es jetzt zum **Balkankrieg** gekommen sei, hätte **Oesterreich** durch die **Annexion Bosniens** und **Italien** durch die **Eroberung von Tripolis** bewirkt. Dagegen hätten die Sozialdemokraten der Balkanstaaten gegen den Krieg protestiert. Die **Türkei** könne sich jetzt nur regenerieren, wenn nicht die Mächte mit ihrer Interessenpolitik von neuem das Spiel verdürben. Die Türkei müsse dringend angehalten werden, die **armenische Frage** zu regeln. **Rumänien** müsse gezwungen werden, endlich den Artikel 44 des Berliner Vertrages zu respektieren und den jüdischen Landesangehörigen die Gleichberechtigung zu geben. Zur Republik **China** solle Deutschland möglichst schnell in ein gutes Verhältnis zu gelangen versuchen. Daß endlich **gute Beziehungen zwischen England und Deutschland** hergestellt seien, sei erfreulich. Um so unberechtigter seien die **wahnsinnigen Flottenrüstungen**. Auch mit **Frankreich** müßten wir zu einem ehrlichen Frieden gelangen. Die etwaigen Gegensätze zwischen Germanentum und Slaventum würden durch unsere **Ostmarkenpolitik** genährt. Ebenso falsch sei unsere Politik in den **Nordmarken** und in **Elsaß-Lothringen**. Unerhört seien die polizeilichen Eingriffe gegen sozialdemokratische Friedensdemonstranten in Deutschland. Gerade die Arbeiterdemokratien in allen Ländern wollten den ehrlichen Frieden.

In die Beratungen über das Auswärtige Amt fielen die **Vorgänge in Nancy**. Unser zweiter Redner, Genosse **Ledebour**, bemerkte dazu, daß diese bedauerlichen Ausflüsse von Chauvinismus in erster Linie auf die **deutsche Heeresvorlage** zurückzuführen seien. Eine schlimme Sorte von Chauvinismus gäbe es auch in Deutschland. Viel unverantwortlicher als die Roheiten einiger chauvinistischer Schreier in Frankreich seien die Maßnahmen, die sich der preußische Polizeiminister gegen unseren französischen Parteigenossen **Compère-Morel**, der als Redner für die Verständigung beider Nationen nach Deutschland gekommen sei, herausgenommen habe. Unser **auswärtiger Dienst** sei recht mangelhaft. Der **Konsulardienst** müsse ausgebaut werden und allmählich den diplomatischen Dienst ersetzen. In der **Balkanpolitik** müsse Deutschland auf **Reformen in Armenien** drängen. Dagegen könne die Abtretung von Silistria, das zum größten Teil bulgarisch sei, an Rumänien nicht gebilligt werden. Die **russische Auslandspolitik**, besonders ihr Eingreifen in die Balkanwirren, sei nach wie vor eine Gefahr für den Frieden. Deutschland müsse für **Nationalitätentoleranz** in der ganzen Welt eintreten. Wenn nicht früher, so werde dieser Grundsatz mit dem Siege des Sozialismus zum Durchbruch gelangen.

Genosse **Weill** ging gleichfalls noch einmal auf die Vorgänge in Nancy ein. In dieser französischen Grenzstadt sei der Nationalismus allerdings besonders lebendig. Die Ursache sei hauptsächlich die **elsaß-lothringische Politik Deutschlands**, man solle Elsaß-Lothringen volle Selbstverwaltung gewähren." (S. 105 f.)

Im Bericht über die dritte Lesung heißt es dann:

„Beim Titel **Auswärtiges Amt** zwang Genosse **Bernstein** den Staatssekretär, eine bis dahin von ihm unbeantwortet gelassene Anfrage des Genossen **Keil** wegen **Skutari** und **Montenegro** zu beantworten. Der Staatssekretär antwortete, daß nach dem Uebereinkommen der Mächte **Skutari zu Albanien** gehören sollte, eine Antwort, die nicht sonderlich neu und überraschend war." (S. 114.)

Badische Budgetbewilligung.

Im Bericht der Reichstagsfraktion an den **Magdeburger** Parteitag **1910** wird aus der Generaldebatte zum Etat folgendes erwähnt:

„Auf eine Anzapfung eines der bürgerlichen Vorredner erklärte **Frank**, die Entwicklung würde nach unserer Ueberzeugung gefördert „durch jene politische Neubildung, die unter dem Namen „**Großblock**" viel besprochen worden ist. Dieses fabelhafte Geschöpf, das seinerzeit unter dem Namen „von Bassermann bis Bebel" belacht worden ist, ist **in Baden** jetzt Ereignis geworden, allerdings

gegen Bassermann und ohne Bebel, aber nicht gegen Bebel". Von den Wählern sei die geschlossene Front gegen Konservative und Zentrum verlangt worden . . ." (S. 123.)

Der Parteivorstand berichtet dem Parteitag über die badische Budgetbewilligung:

„Am 14. Juli verbreiteten die Depeschenbureaus die gewiß den meisten Parteikreisen überraschend kommende Nachricht, daß bei der Abstimmung über das Finanzgesetz in der badischen Zweiten Kammer die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz gestimmt habe. Vor der Abstimmung hatten die Genossen Geck, Mosch und Stockinger den Saal verlassen. Die Annahme des Finanzgesetzes erfolgte dann von der Kammer einstimmig.

Die Nachricht mußte in den Parteikreisen um so überraschender wirken, da über ihre Haltung aus der Fraktion die Mitteilung verbreitet worden war, sie habe am 4. Juli den Beschluß gefaßt: Es sei mit ihrer politischen Ehre unverträglich, für das Budget zu stimmen, da der Minister von Bodmann die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ablehne und die Regierung auch der Bewilligung von 100 000 M. für die Gemeinden zur Subventionierung der Unterstützung der Arbeitslosen ihre Zustimmung versagte. Daß die aus der Fraktion verbreitete Nachricht zutreffend war, geht aus der einzigen in der Sache dem Parteivorstand zugegangenen offiziellen Mitteilung hervor, die folgendermaßen lautet:

Karlsruhe, 14. Juli 1915.

An den Sozialdemokratischen Parteivorstand
Berlin.

W. Genossen! Es wird Ihnen aus den Zeitungen bereits bekannt sein, daß wir heute für das Finanzgesetz gestimmt haben.

Wir haben uns dazu erst heute entschlossen. Ursprünglich waren wir geneigt, das Budget abzulehnen, bis gestern abend folgende Aenderung der Situation eintrat:

Der Minister des Innern v. Bodmann wurde gestern nachmittag in der Ersten Kammer von konservativen und ultramontanen Junkern auf das heftigste angegegriffen und als Förderer der Revolution hingestellt, weil er der Sozialdemokratie gegenüber eine Politik der Konzessionen betreibe. Der Minister erwiderte, daß er zwar manche Bestrebungen der Sozialdemokratie bekämpfe, andere aber als berechtigt anerkenne. Er sagte wörtlich: Die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes.

Auf Grund dieser Erklärungen lehnte dann die Kammer einen Gesetzentwurf des Ministers ab, der demokratische Reformen der Gemeinde- und Städteordnung gebracht hätte. Heute früh fand dann in der Zweiten Kammer die Beratung des Finanzgesetzes statt. In diesem Augenblick hielten wir es bei den besonderen Verhältnissen für unmöglich, durch Ablehnung des Budgets den Angriff der Junker zu unterstützen und gaben deshalb folgende Erklärung ab:

„Es läge für uns der Gedanke nahe, durch Ablehnung des Budgets dagegen zu protestieren, daß die volle politische Gleichberechtigung der sozialdemokratisch gesinnten mit den anderen Staatsbürgern noch nicht durchgeführt ist. Mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse, wie sie in den letzten Tagen geschaffen worden sind, verzichten wir auf diese Demonstration und stimmen dem Finanzgesetze zu."

Dieses zur kurzen Aufklärung.

Mit Parteigruß

gez.: Geiß.

Aus dem Inhalt des Briefes geht unzweifelhaft hervor, daß die badischen Fraktionsgenossen mit ihrer Abstimmung und deren Begründung bewußt den Beschluß des Nürnberger Parteitages verletzt haben.

Der Parteivorstand gab seiner Meinung über die Handlung der Genossen der badischen Fraktion, deren Tragweite und fernere Behandlung Ausdruck in folgender Veröffentlichung:

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags hat den Parteivorstand von ihrer Absicht, für das Budget zu stimmen, in keiner Weise in Kenntnis gesetzt.

Der Parteivorstand bedauert das die Interessen der Gesamtpartei schädigende Vorgehen der Landtagsfraktion der badischen Sozialdemokratie und sieht darin eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei.

Der Parteitag wird den Genossen Gelegenheit geben, sich zur Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Badens zu äußern.

Der Parteivorstand.

Es wird nun Aufgabe des Parteitages sein, diese grobe Mißachtung eines Parteitagsbeschlusses entschieden zurückzuweisen und die Wiederholung eines solchen Vorganges zu verhüten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei muß unter allen Umständen sichergestellt werden." (S. 15 f.)

Auf der Tagesordnung dieses Parteitages stand dann die badische Budgetbewilligung. Die zu dieser Frage eingebrachten Resolutionen 41--68 nehmen im Protokoll acht Seiten ein. Dazu kommen noch die nachträglich eingegangenen und während der Verhandlung gestellten Anträge 81, 82, 90, 93, 94, 95, 97.

Angenommen wurden die beiden Anträge:

90. Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution zur Budgetfrage: „Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrecht erhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eines der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben."

97. Zubeil und Genossen: „Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort:

„Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist eine Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe,"

beantragen wir den nachstehenden Satz, den der Genosse Bebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben:

„Wir sind der Meinung, daß, wenn der Beschluß des Parteivorstandes angenommen ist und wenn abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind."

Abgelehnt wurde der Antrag 94 Müller-München und Genossen, „eine Kommission zum Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reichs und der Bundesstaaten einzusetzen".

Zurückgezogen wurden die Anträge 7, 47, 57, 60, 63, 67, 93. Die Anträge 47 (Mannheim und Wahlkreiskonferenz des 11. badischen Kreises), 57 (Karlsruhe), 60 (3. württembergischer Kreis) und 67 (Heilbronn) wollten die Stellung zum Budget freigegeben und die entgegenstehenden Parteitagsbeschlüsse aufgehoben wissen, wobei 47 und 67 den badischen Budgetbewilligern ihre Zustimmung aussprachen. Antrag 63 (Osthavelland, Genosse Liebknecht) verlangte von vornherein Ablehnung jeder Erörterung über die taktische Grundfrage der Budgetabstimmung, während Antrag 93 (Zubeil und Genossen) dem zweitletzten Absatz der Resolution 90 die Worte anhängen wollte: „und erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen". Antrag 7 (München I und II) wollte die Regelung der inneren Landespolitik der Bundesstaaten den Landesorganisationen vorbehalten.

Nicht genügend unterstützt wurde bei der Debatte über Presse und Literatur der Antrag 37 (Kirchberg i. S., Genosse Becher), die Beschlußfassung des Parteitages im badischen Falle mit einer Begründung als Broschüre herauszugeben.

Die übrigen Anträge wurden durch Abstimmung oder Erklärung erledigt. Von ihnen hatten 95 (Erklärung der württembergischen Landtagsfraktion) und 64 (6. Berliner Kreis, Genosse Schippel) eine Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gefordert, wobei Schippel das Verhalten der Badener entschuldigte. 59 (Halle) wollte die Nürnberger Resolution bekräftigt wissen. Mehr oder weniger scharfe Mißbilligung sprachen aus, indem sie zumeist Maßnahmen und Kautelen für die Zukunft verlangten: 41 (Berlin VI und Niederbarnim), 45 (4. sächsischer Kreis), 46 (Hagen), 48 (Breslau), 49 (Solingen), 50 (Berlin II, III, IV, V und Teltow-Beeskow), 51 (Westhavelland), 52 (Bremen), 53 (Dortmund-Hörde), 54 (8. Hannoverscher Kreis), 58 (Düsseldorf), 61 (11. sächsischer Kreis), 62 (Osthavelland), 65 (Frankfurt am Main), 66 (Hof-Münchberg-Naila-Selb), 68 (Harburg), 81 (Kassel).

Sofortiges Einschreiten und Ausschluß aus der Partei verlangten die Anträge: 42 (12. und 13. sächsischer Kreis), 43 (Hanau-Gelnhausen), 44 (5. sächsischer Kreis), 50a (Berlin I), 55 (Remscheid), 56 (Sande), 82 (Elberfeld-Barmen).

Bebel erstattete das Referat über die Budgetbewilligung (S. 238 ff.):

„Parteigenossen, als wir vor zwei Jahren in Nürnberg auf dem Parteitag über dieselbe Frage, die uns jetzt beschäftigt, eine Resolution faßten, nahmen wir wohl an, daß nunmehr, wenigstens auf absehbare Zeit hinaus, die Budgetfrage einen Parteitag nicht mehr beschäftigen werde. Die Resolution erklärt positiv und strikt, daß aus grundsätzlichen Anschauungen heraus die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften, im Reichstag und in den Landtagen verpflichtet seien, gegen das Budget zu stimmen ...

In der Resolution von Nürnberg sowohl, wie in der Ihnen heute vorgelegten ist ausdrücklich Bezug genommen worden auf eine Reihe gleicher Beschlüsse, die von früheren Parteitagen in Lübeck und Dresden beschlossen worden sind; insbesondere ist der Dresdner Beschluß in dieser Beziehung der formell schärfste, den je ein Parteitag gefaßt hat. Er verpflichtet nicht nur die Abgeordneten, die Mittel zur Weiterführung des Regimes der herrschenden Klassen ihren Regierungen zu verweigern, sondern er verbietet auch auf das entschiedenste jeden Versuch der Annäherung an bürgerliche Parteien. Unter denjenigen, die damals in Dresden der Resolution zustimmten, befanden sich mit ein bis zwei Ausnahmen fast alle süddeutschen Delegierten, die Delegierten aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, und es befanden sich unter ihnen auch die Genossen Kolb, Frank, v. Vollmar, Segitz, Adolf Müller, Keil, Lindemann usw. usw. (Hört! hört!)

Wir hätten also schon in Nürnberg alles Recht gehabt, mit Hinweis auf den Dresdener Beschluß viel schärfer vorzugehen, als tatsächlich geschehen ist, denn jene süddeutschen Genossen, die vor dem Nürnberger Parteitag das Budget bewilligt hatten, haben damals gegen ihren eigenen Beschluß gehandelt. Das muß festgestellt werden! Es muß weiter festgestellt werden, daß nach dem Nürnberger Parteitag bei der Berichterstattung in Mannheim von dem Genossen Geiß beantragt worden ist, die Mannheimer Genossen möchten dem Beschluß des Nürnberger Parteitages ihre Zustimmung geben, und dies ist auch einstimmig geschehen. (Hört! hört!) Ich konstatiere also, in welchen Widerspruch man sich mit sich selbst gesetzt hat.

Die Genossen Kolb, Frank usw., die jetzt in Baden dem Budget zustimmten, haben also direkt gegen ihre eigenen früheren Beschlüsse gehandelt. Es ist eine durchaus falsche Auffassung, wenn man ganz allgemein immer nur von Disziplinbruch redet. Ein Disziplinbruch liegt allerdings vor, aber es liegt mehr vor, es liegt ein Bruch grundsätzlicher Festlegungen der Partei auf drei Parteitagen vor. (Sehr richtig!) ....

Nun haben die Genossen in Baden eine Reihe von Gründen geltend gemacht, die sie gezwungen hätten, bewußt den Nürnberger Beschluß zu brechen. Selbst wenn zehnmal mehr Gründe vorlägen, die alle so berechtigt wären, wie ich die angeführten als unberechtigt ansehe, auch dann wäre das Vorgehen der badischen Genossen nicht gerechtfertigt. (Sehr richtig!) Glaubten sie, nicht gegen das Budget stimmen zu können, dann konnten sie vor die Partei treten und sagen: Man hat uns verpflichten wollen, gegen das Budget zu stimmen, wir sind aber aus den und den Gründen nicht in der Lage, dagegen zu stimmen, wir sind infolgedessen hinausgegangen und haben uns der Abstimmung enthalten. Das wäre in einem solchen Falle das einzig Korrekte gewesen, dann war die Sache klar, die Genossen hätten dem Nürnberger Beschluß dann nicht entgegengehandelt, und hätten getan, was sie tun konnten. (Zustimmung.)...

...Nun ist in den Parteidebatten auch gesagt worden, das Verhalten der Badenser sei die Folge davon, daß wir in Nürnberg die Erklärung der 66 stillschweigend hingehen ließen. Das ist grundfalsch. Die Erklärung der 66 ist nichts weiter als eine Deklaration ihrer Ansichten, und über Ansichten entscheiden wir nicht, nur über Tatsachen. Solange bloße Anschauungen und Behauptungen aufgestellt werden, können wir mit Achselzucken darüber hinweggehen, wir können auch darüber diskutieren, aber daß einer aus der Abgabe einer Erklärung über einen Beschluß diesen Beschluß bereits übertrete, ist falsch...

Das letzte Jahr hat gezeigt, wie richtig unsere Taktik war. Wodurch ist denn die Partei gewachsen, warum laufen uns jetzt die Wähler in Scharen zu? Weil wir die einzige prinzipienfeste Partei sind, die gegen Volksausbeutung, Volksdruck, Volksknebelung, wie sie im Parlament beschlossen wurde, auf das energischste Front gemacht hat. (Stürmischer Beifall. — Zuruf bei den Süddeutschen: Da waren wir doch auch dabei.) Wenn ein Gegner von Negation der Sozialdemokratie redet, so lasse ich mir das gefallen und denke mir, es ist ein dummer oder böswilliger Kerl, der kann nichts anderes schreiben. Aber wenn ein Parteiführer wie Genosse Kolb von Negation redet, die die Partei treibe, und sagt, daß alles, was wir bisher getan, falsch gewesen sei, auch im Reichstag hätten wir anders auftreten müssen, so haben wir alle Ursache, uns zu fragen, ob derartige Angriffe auch nur die mindeste Berechtigung haben. (Sehr richtig!)...

...Herr v. Bodmann hat in der Kommission bei Beratung der Gemeindeordnung die Erklärung abgegeben, von einer Gleichberechtigung der Sozialdemokratie könne keine Rede sein, sozialdemokratische Bezirksräte würden nicht akzeptiert werden... Darauf große Entrüstung unter unseren Genossen! Das sei eine Beleidigung, das könne sich die Partei nicht gefallen lassen. Der Genosse Frank erklärte in einem Artikel in der „Mainzer Volkszeitung", sie hätten zwar seit Monaten bereits für das Budget stimmen wollen, aber nach dieser ungeheuerlichen Erklärung hätte davon keine Rede mehr sein können, das wäre die größte Beleidigung gewesen, die man der Partei habe antun können. Parteigenossen, wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung — und der heutige Staat hat als politische Institution den Zweck, die Verteidigung und Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegen alle Angriffe von sozialdemokratischer Seite zu übernehmen, nötigenfalls mit Gewalt — wenn also ein solcher Minister sagt, er anerkenne diese Gleichberechtigung nicht, so hat er von seinem Standpunkt aus ganz recht. (Frank: Unerhört!) Ich finde das ganz natürlich. (Frank: Unerhört!)

Eine Beleidigung liegt darin ganz und gar nicht. Ist das nicht und ähnliches tausendmal gesagt worden? Als man uns das Sozialistengesetz um den Hals warf, haben wir uns nicht „beleidigt" gefühlt, wir waren empört, wir waren von Zorn und Haß erfüllt gegen die Urheber und Gutheißer dieses Gesetzes, und hätten wir damals gekonnt, wie wir innerlich wollten, wir hätten losgeschlagen und hätten alles zertrümmert, was uns im Wege lag. (Stürmische Zustimmung.) Wir wären Verräter an unserer Sache gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. (Sehr richtig!) Aber wir konnten es nicht und da ließen wir es bleiben. Also, es ist keine Beleidigung für uns, wenn ein Minister Aeußerungen macht, wie die angeführten. Dergleichen wird uns alle Zeit überall gesagt. Wer im Besitze der Macht ist, sucht eben drin zu bleiben, und unsere Aufgabe ist, unsere Gegner aus der Macht zu vertreiben. (Sehr richtig!)

...Nun haben die badischen Parteigenossen das Glück gehabt, daß sie ungerufene Bundesgenossen bekommen haben; so haben die Karlsruher Konservativen gegen Herrn v. Bodmann gedonnert, die „Kreuzzeitung" wetterte, und die konservativ-christlichen Vereine erklärten sich ebenfalls gegen ihn... Schließlich entschloß man sich, für das Budget zu stimmen. Brachte die erste Erklärung Herrn v. Bodmanns unsere Genossen aus der Fassung, so kam es bald anders. Erst treten sie zusammen und beschließen: jetzt verweigern wir das Budget. Der Beschluß ist ihnen sicher sehr schwer geworden. Er ist auch weiterhin bekannt geworden und zu Ohren des Herrn v. Bodmann gekommen. Und als dieser das hörte, sagte er sich: Die Sozialdemokraten wollen wegen meiner Erklärung gegen das Budget stimmen! Tausendwetter, es ist doch schön für mich, für das Land und die bürgerlichen Parteien, wenn ich die Sozialdemokraten einfangen könnte. Und da geb er eine neue Erklärung ab, die durch einen Junker in der ersten Kammer provoziert wurde und worin es heißt, die sozialdemokratische Bewegung sei eine großartige Bewegung, eine Erscheinung, die man beachten müsse und nicht ignorieren dürfe. Ueber diese nichtssagende Erklärung waren unsere badischen Landtagsgenossen so entzückt, daß sie eilig zusammentraten und jetzt beschlossen, für das Budget zu stimmen. (Heiterkeit.) Alle Gefahren, die damit zusammenhängen, waren in diesem Augenblick vergessen...

Ich vertrage vieles und begreife vieles und wir haben im Laufe der Jahre in der Partei manches zu kosten bekommen, aber ein solcher totaler Umfall auf eine nichtssagende Bemerkung hin ist mir noch nicht vorgekommen...

Als im Jahre 1878 das Sozialistengesetz uns gebracht wurde, hielt zwei Jahre darnach der erste deutsche Kaiser, der diesem Gesetz seine Zustimmung gab, eine Rede, in der er ausdrücklich erklärte, es gelte nicht bloß, Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu ergreifen, man müsse auch mit positiven Maßregeln kommen, dem berechtigten Kern in den Forderungen der Sozialdemokratie müsse man Rechnung tragen. Ist hier nicht viel mehr vom deutschen Kaiser 1880 gesagt worden, als jetzt Herr v. Bodmann sagte? (Zustimmung.) Das wird doch kein Mensch bestreiten wollen.

Am 24. November 1884 gab es eine große Debatte im Reichstag darüber, wer der Haupturheber der Sozialpolitik sei, und unser verstorbener Genosse Auer erklärte, das ist die Sozialdemokratie! Ohne sie wäre die Reform nicht vorhanden. Als das bürgerlicherseits bestritten wurde, trat Bismarck auf und antwortete: Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und nicht eine Menge sich vor ihnen fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform gemacht haben, nicht existieren. (Hört! hört!) Bismarck erklärt also hier positiv und direkt die Sozialdemokratie als die Urheberin der Sozialpolitik. Und da spricht man auf unserer Seite von Negation, wie das Kolb getan hat.

Die Negierer haben in der Welt oft mehr erreicht, als die sogenannten positiven Arbeiter. (Bewegung.) Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt allezeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsere ist gewiß berechtigt. (Sehr richtig!) . . ."

Bebel bringt noch eine Reihe von Beispielen zur Rechtfertigung einer „negierenden" Politik der Sozialdemokratie.

„Wie kann man überhaupt von Negation reden, wo wir eine Menge positiver Forderungen an den heutigen Staat in unserem Programm haben. (Sehr richtig!) Wo wir allmählich dazu übergegangen sind, in die Landtage, in die Gemeindevertretungen, abgesehen vom Reichstag, einzudringen. Es ist dort doch ein ungeheures Stück Arbeit geleistet worden. (Sehr richtig!) Ich sage es ohne zu prahlen, weil es wahr ist: es gibt in der ganzen Welt keine Sozialdemokratie, die so viel Positives geleistet und errungen hat, als die deutsche Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Und da kommen Männer aus den eigenen Reihen, da kommen die Preßorgane der Partei in Baden usw. und sagen: die ganze Taktik muß anders werden. Ihr habt nur negiert, wir müssen jetzt positiv arbeiten. Das heißt also, wir müssen alles, für das wir gekämpft haben, durch das wir groß geworden sind, aufgeben und umsatteln. Wir müssen das aufgeben, das uns zur stärksten Partei in Deutschland gemacht hat, die heute schon über drei Millionen zählt und das nächste Mal vier Millionen Anhänger haben wird. Trotz aller dieser Erfolge sollen wir auf einmal sagen: wir haben geirrt, wir müssen andere Wege wandeln! Wir verbinden uns mit den Nationalliberalen, unseren Todfeinden, und machen praktische Arbeit. (Lachen und Sehr gut!)

Das schlägt ja in das Kapitel des Blocks ein. Wer sind denn die Nationalliberalen? Die nationalliberale Partei ist die Partei der Scharfmacher par excellence. (Sehr richtig!) Sie sind die Kapitalistenpartei, die erste Kapitalistenpartei. Sie haben im Reichstag für alle Ausnahmegesetze gestimmt, für die Ausnahmegesetze gegen die Elsaß-Lothringer, gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten, gegen die Dänen, die Polen usw. Und heute erscheint in der nationalliberalen Presse Süddeutschlands ein Artikel, der nächstens stattfindende nationalliberale Parteitag müsse sich auf die Heidelberger Erklärung zurückziehen, und die fordert ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. (Stürmisches Hört! hört!)

Und das sind die Bundesgenossen unserer Freunde in Baden. (Lebhaftes Hört! hört!) Sie haben gemeint, Sie müßten Thron, Altar und Geldsack retten, indem Sie für das Budget stimmten, Sie dürften diese Arbeit nicht dem Zentrum überlassen. Ach, Ihr konntet ruhig gegen das Budget stimmen . . . Die Nationalliberalen sind die Verteidiger aller Militär-, aller Marine- und aller Flottenvorlagen, ebenso jeder Kolonialpolitik. Sie sind die Freunde der indirekten Steuern. Wenn sie im letzten Jahre bei der Finanzreform dagegen stimmten, so taten sie es, weil sie den schwarz-blauen Block nicht unterstützen wollten. Aber auf dem Programm der Nationalliberalen stand auch die Biersteuer, die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer. Auch heute noch stimmen sie für die Liebesgaben, die Agrarzölle, die Lebensmittelzölle, die Einfuhrverbote, die Sperrmaßregeln. Als die Zuchthausvorlage kam, weil in Frankreich ein Wahnsinniger den Präsidenten der Republik ermordet hatte, war es der verstorbene Großherzog von Baden, der an die Spitze einer Agitation mit den Nationalliberalen trat, die für die Umsturzvorlage eintraten. (Hört! hört!) Dem-

selben Großherzog haben dann die Genossen Frank und Kolb bei seiner Beerdigung das Geleit gegeben. (Lebhaftes Hört! hört!) ... Ich könnte das Sündenregister der Nationalliberalen noch vergrößern. Die Nationalliberalen sind die entschiedensten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. Ihr in Baden, die Ihr Euch mit den Nationalliberalen verbündet habt, Ihr hättet heute noch nicht das allgemeine Wahlrecht, wenn Euch nicht das Zentrum dazu verholfen hätte, natürlich nicht um Eurer schönen Augen willen, sondern einzig und allein in seinem eigenen Interesse. Als das Zentrum das allgemeine Wahlrecht forderte, da mußten natürlich die Liberalen, wollten sie nicht unter den Schlitten kommen, auch diese Forderung aufstellen. Und so kamt Ihr dazu, ohne daß Ihr Euch sonderlich die Hände zu verrenken brauchtet. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Süddeutschen!) ... Freilich die Wandlungen, die die badischen Genossen jetzt bei der Budgetfrage gemacht haben — monatelang für das Budget, dann 24 Stunden dagegen, dann wieder dafür —, wenn diese Wandlungen bei den Nationalliberalen vorgekommen wären, das heißt bei jener Partei, die wir unausgesetzt als Partei der Drehscheibe bezeichnen, dann hätte wohl der „Volksfreund" geschrieben über diese politischen Waschlappen, diese Jammerlappen. (Sehr gut!) Ich wage nicht zu sagen, was die Konsequenz ist. (Heiterkeit.) Einzelne in der Partei fangen überhaupt an, nationalliberal zu werden. Als neulich in Berlin über die badischen Vorgänge debattiert wurde und als ein Redner im zweiten Wahlkreis auf die Artikel von Dr. Bloch in den „Sozialistischen Monatsheften" hinwies, die eine rein nationalliberale Politik verteidigten, antwortete Richard Fischer, den doch wohl niemand für einen Radikalen halten wird... (Heiterkeit. Richard Fischer ruft: Das war auch nie mein Ehrgeiz.) Doch ehemals, aber lang, lang ist's her. (Heiterkeit.) Was geniert uns der Bloch, ist ja nationalliberal. (Große Heiterkeit.) Das hieß den Nagel auf den Kopf treffen. Ich habe mir damals gesagt, nie hat Richard Fischer etwas besseres gesagt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber ich denke, wir sind eine Partei von Sozialdemokraten, und wenn Nationalliberale unter uns sind, dann müssen sie hinaus, sie können in der Partei nicht bleiben. (Sehr gut!) Wir haben mehr solcher Nationalliberalen, die nationalliberale Politik machen, die die Partei ins nationalliberale Lager führen wollen, zum Bruderbund mit derselben Partei, die wir seit zwei Jahrzehnten auf Tod und Leben bekämpfen. Doch ich will darüber heute nicht weiter reden, das wird Gegenstand weiterer Erörterungen zu gegebener Zeit sein.

Nun reden die Genossen in Baden von den großen Errungenschaften, die sie mit der Blockpolitik gemacht haben. Parteigenossen in Baden, ich bin der Meinung, zu keiner der sogenannten Errungenschaften wäre der Block notwendig gewesen. (Sehr richtig!) ... Und dabei begibt man sich ganz in die Abhängigkeit von dem verbündeten Gegner. Das wird selbstverständlich bestritten, es wird gesagt: Das Gegenteil ist wahr, wir sind es, die das Heft in der Hand haben. Nun, der Führer der Nationalliberalen, Herr Rebmann, erklärte: Wir sind um kein Jota von unserem Standpunkt abgewichen, aber die Sozialdemokraten haben große und schwere Opfer gebracht. (Hört! hört!) Das ist wahr, wir haben die Opfer gebracht, die Nationalliberalen dagegen haben nicht das allergeringste von ihrem alten Standpunkt aufgegeben. Das sagen auch die „Kölnische Zeitung", die „Straßburger Post" und andere nationalliberale Blätter rund heraus. Natürlich gibt es auch solche, die das Gegenteil behaupten. (Frank: Hunderte!) Für uns kommt es darauf an, was vorliegt, und da sage ich: das war nicht dazu angetan, daß wir unser Erstgeburtsrecht verkauften. (Sehr richtig!)

Man sagt weiter, wir hätten einen ungeheuren Schaden gehabt, wenn wir anders gehandelt hätten. Ich habe bisher auf den Beweis dafür vergeblich gewartet, ich habe bis jetzt nicht das geringste davon bemerkt, aber wie ist es denn mit dem Block? Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien eintrete, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. (Sehr richtig!) Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt. (Sehr wahr!)

Den besten Beweis dafür habt Ihr ja selbst an dem von Euch so verspotteten Bülow-Block gehabt. Das war dasselbe im großen, was Ihr in Baden im kleinen gemacht habt. (Sehr richtig!) Was ist die notwendige Folge,

wenn ich ein solches Bündnis eingehe mit meinen geschworenen Feinden, die ganz anders denken und handeln müssen wie ein Sozialdemokrat? Wenn ich in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir grundsätzlich gegnerischen Partei trete, dann muß ich notwendigerweise meine Taktik, d. h. meine Kampfesweise darauf einrichten, damit das Bündnis nicht breche. (Sehr richtig!) Ich darf also nicht mehr darauflos kritisieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verletze ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen, zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu decken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen, was nicht vertuscht werden darf usw. Das sind die notwendigen Folgen des Blocks, die sich auch auf anderen Gebieten gezeigt haben. (Sehr richtig!)

Was haben denn die Gewerkschaften bisher von Eurem Block gewonnen? Die Gewerkschaften, deren Führer heute in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkte stehen, daß die Frage der Budgetbewilligung Sache der Einzellandtage ist, Genossen aus den Gewerkschaften, ich sage Euch, der Tag wird kommen, wo auch Ihr ebensogut wie der deutsche Parteitag gezwungen sein werdet, zu fragen: Was haben die sozialdemokratischen Vertreter für die Gewerkschaften in den Landtagen getan? (Sehr gut!)

Die Frage wird bald entstehen. Ihr werdet auf Euren Generalversammlungen, auf Euren allgemeinen Gewerkschaftskongressen, so gut wie wir heute auf dem allgemeinen deutschen Parteitage, diese Frage erörtern müssen...

Man gehe die ganzen Verhandlungen unserer Landtage durch und frage einmal, wie unsere Parteigenossen das Verhältnis ihrer Regierung zu der Militär-, Flotten-, Kolonial- und Steuerpolitik usw. behandeln. Ihr hättet alle Ursache gehabt, da wir im Reichstag nur die Reichsregierung packen können, die einzelstaatlichen Regierungen über ihre Haltung zu interpellieren und ihnen aufs schärfste zu opponieren. (Sehr richtig!) Diese Regierungen haben alle für die schauderhafte Finanzpolitik gestimmt und sie mitgemacht, wenn auch zum Teil nicht ganz freiwillig. Aber mitgegangen, mitgehangen. Es ist unerhört, daß es Sozialdemokraten gibt, die einer Regierung, die eine solche Politik unterstützt, wie sie im Reiche betrieben wird, wodurch in der ungeheuerlichsten Weise die arbeitenden, die notleidenden Klassen belastet werden, ein Vertrauensvotum geben. (Lebhafte Zustimmung.) ...

Ja, unsere Gewerkschaften hätten alle Ursache, ein gehöriges Sündenregister aufzurollen, und das wird auch noch geschehen. Auf die Dauer lassen sich das die Massen nicht gefallen. Videant consules! Die Konsuln sollen darauf sehen, daß das Gemeinwesen keinen Schaden erleidet, lautete ein in Rom geltender Satz. Ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun. (Lebhafter Beifall.) Demokratisches Mißtrauen und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahmen, auch gegen mich. (Sehr gut!) Seht den Führern auf die Finger, seht auch Euren Redakteuren auf die Finger. (Stürmischer Beifall) ..."

Nach einem Rückblick auf frühere Fälle, in denen die Partei angeblich nicht so streng verfahren sei, wie es jetzt gegen die Badenser verlangt werde, fährt Bebel fort:

„Nun ist es selbstverständlich, daß die Parteigenossen es sich nicht gefallen lassen, daß ein Teil der Partei den mit gewaltiger Mehrheit angenommenen Beschluß grundlegender Natur für ihre praktische Betätigung im Landtage mißachtet, daß er so handelt, als ob dieser Beschluß gar nicht vorhanden wäre. Das läßt sich keine Partei gefallen. Dabei kann keine Partei auf die Dauer bestehen. (Lebhafter Beifall.) Das geht nicht, daß ein Kollegium von Abgeordneten eigene Wege wandelt, vielleicht, weil sie sich für Wesen höherer Art halten. (Heiterkeit.) Es gibt nämlich Leute unter uns, die glauben, daß sie höhere Wesen sind, sobald sie ein Mandat haben. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn Sie meinen, Sie könnten mit der Partei umspringen wie Sie wollen, dann hätte auch jeder Parteigenosse das gleiche Recht. Wenn die berühmte persönliche Freiheit entscheiden soll, wo kommen wir da hin, was soll da werden, wenn jeder sagt: ich fühle mich durch einen Beschluß in meinem Gewissen bedrückt und handle dagegen. Unter solchen

Verhältnissen ist kein Parteileben mehr möglich. Wenn ein gewöhnlicher Parteigenosse sich viel geringer gegen einen Parteitagsbeschluß vergangen hat, als die Badenser, dann wird er ausgestoßen aus der Partei, dann weist man ihm den Weg. (Lebhafte Zustimmung.)

Man ist in Norddeutschland selbst soweit gegangen — ich habe dagegen angekämpft und es nicht gebilligt —, daß man Parteigenossen ausgeschlossen hat, weil sie sich an der öffentlichen Klassenwahl nicht beteiligt haben. Ich sage, das ist unrecht. Wie können sich kleine Geschäftsleute selbst denunzieren? Stimmt einer gegen die Partei, dann raus mit ihm! Ihn aber herauszuwerfen, weil er sich enthält, das geht zu weit. Aber wenn so in Norddeutschland verfahren wurde, begreift man doch die ungeheure Erbitterung, die das Verhalten der Badenser hervorgerufen hat, dann begreift man es, daß eine Menge von Anträgen gekommen sind, die erklären: Hinaus mit ihnen! Sie gehören nicht mehr zur Partei, denn sie haben Parteitagsbeschlüsse verletzt und bewußt gegen den Willen der Partei gehandelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun mache ich gar kein Hehl daraus, ich habe mich eine Weile besonnen, ob ich einen solchen ähnlichen Antrag wie den Zubeilschen einbringen soll. (Bewegung.) Ich habe auch eine Fassung dafür gehabt, ich will es Ihnen ruhig sagen, es sind keine Staatsgeheimnisse. Wir haben dann darüber beraten, und man hat mir Gründe dagegen gebracht, so daß ich sagte: Nein, wir lassen das weg. Aber ich habe mir gesagt: Wenn es wieder vorkommt, dann gibt es keine Gnade mehr. (Lebhafter Beifall.) ...

Ich erkläre weiter, ich glaube das auch im Namen meiner Vorstandsgenossen und der Kontrollkommission, deren Gesamtprodukt in der von mir hier vertretenen Resolution vorliegt, daß wir dem Zusatzantrag der 211 Genossen (93) nicht zustimmen können. Wir bitten die Parteigenossen dringend, das betreffende Amendement zurückzuziehen. (Beifall.)

Aber ich erkläre auch wieder, daß es in unserer Resolution klar und deutlich heißt: „Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eines der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.“ Wenn nun, nachdem wiederum eine breite Diskussion stattgefunden hat, nachdem die Partei wochenlang in der furchtbarsten Aufregung gehalten wurde, nachdem bestimmte Parteitagsbeschlüsse vorliegen, wieder anders gehandelt werden sollte, dann hört alles auf! Das lassen wir uns nicht gefallen, dann mag passieren, was will. Dann sage ich: Schluß! Mag dann in Frage kommen, wer will. (Stürmischer Beifall.)

Nun ist die Frage aufgeworfen worden, welche Befugnisse der Partei zukommen und welche nicht. Ich habe schon auf die Erklärung der 66 hingewiesen. Der bayerische Parteivorstand hat ja etwas Aehnliches in Erlangen verkündet. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, diese Erklärung Auers ist präpariert worden im Parteiausschuß in München. Es wird darin gesagt, daß über die speziellen Fragen der Landespolitik die Landesorganisationen selbständig zu bestimmen haben sollen. Es ist inzwischen ein Streit unter den bayerischen Genossen entstanden über die Bedeutung dieser Erklärung. Sie enthält in der Hauptsache dasselbe, was die 66 in Nürnberg sagten. Demgegenüber erkläre ich, und ich bin eventuell entschlossen, diese Erklärung als Resolution dem Parteitag vorzulegen:

„Der Parteitag der Gesamtpartei ist die oberste Instanz der Partei. Als solche hat der Parteitag das unbestreitbare Recht, als letzte Instanz in allen Parteiangelegenheiten, seien sie prinzipieller, taktischer oder sachlicher Art, endgültige Entscheidung zu treffen, sobald er dazu angerufen wird. Es gibt keine Organisation, kein Kollegium, keine Person, die sich dem letztinstanzlichen Entscheide des Parteitags der Gesamtpartei entziehen kann. Diese autoritative Stellung des Parteitages ergibt sich naturgemäß aus der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie eine einheitliche Partei ist mit einer einheitlichen Organisation, mit einem gemeinsamen Programm und mit gemeinsamen Zielen.“ (Lebhafte Zustimmung.) ...

Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht einlassen dürfen. Die Klassengegensätze werden nicht milder, sie werden schärfer. (Lebhafte Zustimmung.) Wir marschieren sehr, sehr ernsten Zeiten entgegen. (Lebhafte Zustimmung.) Was kommt nach den nächsten Wahlen? Das wollen

wir abwarten. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt Ihr sehen, was wir erleben und wo wir zu stehen haben. (Bewegung.) Sicherlich ganz wo anders, als man jetzt in Baden steht. (Auer ruft: Da sind wir ja auch noch da!) Das will ich ja. Glaubt Ihr, ich will Euch ausschließen? Eure Taktik aber erregt Verbitterung, sie hemmt die Entschlossenheit, die Schlagfertigkeit, das Vorwärtsmarschieren in festem Schritt und Tritt ... Sollte jemand so tollkühn sein, zu sagen, ich gehe meinen eigenen Weg, ich kann nicht akzeptieren, was Ihr beschlossen habt — nun, so soll er es tun. (Stürmischer Beifall.)

Es sind Episoden in der Geschichte der Partei, wo ähnliches vorkam. Ich erinnere an Bräuer, der 1875 von der Vereinigung nichts wissen wollte, der aus der Partei ausschied und mit seinem kleinen Häuflein jahrelang unbemerkt wie ein Veilchen am Wege geblüht hat. Kein Hahn hat nach ihm gekräht. Hasselmann versuchte ebenfalls die Partei zu sprengen. Auch Most versuchte es. Sie sind aus der Partei hinausgeschoben worden und die Partei ist weitermarschiert. (Zuruf von den Süddeutschen: Wollen wir denn die Partei sprengen?)

Aber ich bitte Euch, hört doch, was ich sage. Wenn einer da wäre, der es wollte, den erinnere ich an die geschichtlichen Vorgänge, und wenn es mehrere wären, selbst die Angesehensten unter uns, und wenn ich es machen wollte, ich wäre sehr bald ein General ohne Armee. (Sehr richtig!) Wir können unsere Stellung als Führer nur behaupten, wenn wir im Sinne und Geiste der Partei arbeiten und tätig sind. (Bravo!) Nur das allein kann uns die Stellung geben. Wir führen nicht, wir werden weit mehr geschoben, als wir führen, und das ist gut so. Denn wenn es manchmal auf die Führer ankäme, würden wir irre gehen. (Sehr richtig.) ..." (S. 238 ff.)

Korreferent ist Dr. Frank-Mannheim:

„... Wir sind der Auffassung, daß wir die Partei nicht provoziert und nicht überfallen haben, wie behauptet worden ist, sondern wir meinen, daß man gar nicht offener und klarer hätte zu Werke gehen können, als es der Fall war. Bebel hat Ihnen schon erzählt, daß in Nürnberg von allen Seiten die möglichen Folgen eines verfehlten Beschlusses vorausgesagt wurden. Die Warnungen waren umsonst, es kam die Resolution, und es hat dann Segitz jene Erklärung abgegeben, die in der als Materialien vorliegenden Drucksache, glaube ich, nicht enthalten ist. Nun hat man gesagt und auch Bebel sagte das, diese Erklärung sei nur eine Art Rechtsverwahrung gewesen. Ich meine, wer in Nürnberg hören und sehen wollte, der wußte, daß die Erklärung Segitz mehr gewesen ist als eine Stilübung, daß sie den ernsten und festen Entschluß ausdrücken sollte, bei aller Achtung vor der Gesamtpartei und den Beschlüssen des Parteitages die Verhältnisse der einzelnen Länder dabei nicht zu vergessen, die sich nicht alle einheitlich bewerten lassen, und wer noch im Zweifel war, wurde belehrt durch die an den Parteitag anschließenden Proklamationen des bayerischen und badischen Landesvorstandes, die beide jene Erklärung der 66 zur ihrigen gemacht haben ...

Ich bringe diese Dinge nicht etwa deshalb vor, um aus den Vorgängen von Nürnberg, aus der Resolution, aus der Erklärung der 66, Schuldlosigkeit für uns abzuleiten; ich will aus der politischen Frage keine Rechtsfrage machen; ich bringe das nur deshalb vor, um zu sagen, es war kein Zufall, daß gegenüber diesen Dingen, gegenüber der Erklärung Segitz und den Proklamationen der Landesvorstände die Partei und der Leipziger Parteitag vollkommen geschwiegen haben. Sie taten das deshalb, weil ein großer Teil von ihnen nach Nürnberg das Gefühl hatte, wir haben einfach den Bogen überspannt (Zustimmung und lebhafter Widerspruch, Gelächter), jawohl, wir haben auf eine große Minderheit in der Partei nicht jene Rücksicht genommen, ohne die eine demokratische Partei auf die Dauer nicht gedeihen kann und die die notwendige Ergänzung ist für die Aufrechterhaltung der Mehrheitsbeschlüsse. (Zustimmung. Rufe: Schon zu viel Rücksicht!)

... Wir erkennen unbedingt an, daß eine große Partei, eine große Organisation ohne Disziplin nicht bestehen kann und nicht bestehen darf. (Sehr richtig!)

Aber wir sind der Auffassung, daß gegenüber der Pflicht zur Disziplin auch die Pflicht besteht, diese Disziplin vernünftig auszulegen, und daß es Umstände gibt, in denen der Disziplinbruch zur Pflicht wird. (Bewegung.)...

Bebel sagte, das mag alles zutreffen, aber es sei etwas anderes, wenn von der leitenden Stelle, vom Parteivorstand, solche von den Beschlüssen abweichende Stellungnahme ausgeht (Bebel: Das habe ich nicht gesagt!), von denen, die die Ueberzeugung haben, daß sie den Willen der Gesamtpartei hinter sich haben. Bebel hat weiter Bezug genommen auf die vielen Zuschriften, und daß er selbst nachher um Indemnität ersucht hat. Nun, Genosse Bebel, wenn ich wüßte, daß ich die Mehrheit bekomme, würde ich auch um Indemnität bitten (große Heiterkeit — Bebel: Das ist eben der Unterschied!); Bebel hat gesagt, es ist ein Unterschied, ob sich der betreffende Beschluß auf die Taktik oder das Programm bezog, und er hat gemeint, daß der Nürnberger Beschluß ein Prinzip aufgestellt hat. Es ist furchtbar schwer, auf dieses Argument einzugehen und hier herauszufinden, worin der Unterschied zwischen Beschlüssen liegt, die sich auf die Taktik, und denen, die sich auf das Programm beziehen.

Wenn man beschließt, einmal eine Dummheit zu machen, dann ist das ein taktischer Beschluß, wenn man aber beschließt, die Dummheit immer zu machen, dann ist es ein prinzipieller Beschluß. (Große Heiterkeit.) Auf Grund des Wortlautes des Nürnberger Beschlusses kann man einfach nicht sagen, daß dort ein Prinzip aufgestellt ist (Sehr richtig!), denn ein Prinzip läßt keine Durchlöcherung zu. Wenn das Prinzip verlangt, daß wir dem Klassenstaat die Mittel verweigern, dann dürfen keine Ausnahmen zugelassen werden. (Sehr richtig!) Sie haben aber Ausnahmen zugelassen, Sie haben vernünftigerweise gesagt, wenn ein schlechteres Budget die Folge wäre, dann dürften wir zustimmen. Das sind doch taktische Erwägungen. Sie haben zugegeben, wenn wir die Mehrheit haben, dann dürfen wir das Budget bewilligen. Ja, das sind doch auch taktische Erwägungen...

Wie sind wir nun zu unserem Verhalten und zu unserem sogenannten Disziplinbruch gekommen? Ich sage ausdrücklich, daß für den Teil des Parteitages, der sich auf den disziplinarrechtlichen, auf den parteistrafrechtlichen Standpunkt stellt, meine Ausführungen wertlos sind. Wer lediglich sagt, es kommt nur darauf an, daß Ihr gegen einen Parteitagsbeschluß gehandelt habt, alles andere geht uns gar nichts an, für den ist es gleichgültig, ob ich durch die Befolgung oder die Nichtbeachtung eines Beschlusses der Partei Schaden zugefügt hätte oder nicht. (Sehr richtig!) Der sagt einfach, es muß Order pariert werden, gleichviel, was daraus folgt. Aber aus den Ausführungen von Bebel glaube ich entnehmen zu dürfen, daß dieser rein formale Standpunkt niemals der Standpunkt der Partei gewesen ist. Bebel hat schon gesagt, daß wir in Baden nach langen Kämpfen — sie seien nach seiner Meinung leicht gewesen — zum direkten Wahlrecht gekommen sind. Diese Kämpfe hatten wir geführt Seite an Seite mit den bürgerlichen Demokraten und dem Zentrum, zunächst gegen die Liberalen. Später haben die Liberalen mitgemacht. 1905 haben wir zum erstenmal unter dem direkten Wahlrecht gewählt, das Zentrum bekam von den 73 Sitzen im ersten Wahlgang 28, und unsere Parteipresse schrieb sofort: Hannibal ante portas, die Schwarzen wollen unsere Politik machen. Und da sind wir, von den Massen dazu getrieben, dazu gekommen, jenes Gebilde zu schaffen, das unter dem Namen Großblock jetzt so viel beredet wird... Seit Jahrzehnten stimmt unsere Partei im zweiten Wahlgang überall für die Liberalen gegen weiter rechtsstehende Parteien. Es hat bei den letzten Reichstagswahlen ja einzelne Unstimmigkeiten mit Quidde und Blumenthal gegeben, aber das Prinzip wird dadurch nicht durchbrochen. Immer wurde darüber geklagt, es sei ein einseitiges Verhältnis, daß wir die Liberalen wählen und daß sie uns durchfallen lassen. Nun, der Großblock in Baden 1905 bestand darin, daß wir erklärt haben, wir machen das nicht weiter mit. Wir wählen die Liberalen, wenn sie sich schriftlich verpflichten, auch uns zu wählen, diesen Vertrag veröffentlichen und auch halten. (Sehr richtig!) Und der Vertrag ist gehalten worden. Also der Großblock, gegen den anzukämpfen, manchen Leuten als ein Verdienst scheint, ist nichts weiter, als die Herstellung der Gegenseitigkeit im zweiten Wahlgang, eine Forderung, die unsere norddeutsche Presse Tag für Tag erhebt, die wir aber in Norddeutschland durchzusetzen bisher noch keine Gelegenheit hatten. (Sehr richtig!)..."

Frank geht auf die in Baden erreichten Fortschritte ein, insbesondere auf das Schulgesetz und die Einführung der Verhältniswahlen in den Gemeinden, um dann fortzufahren:

„Man hat ja anzuerkennen versucht, daß da und dort vielleicht eine Kleinigkeit durchgesetzt worden ist, aber man hat gemeint, das ist nur möglich gewesen dadurch, daß man Grundsätze preisgegeben hat.

Parteigenossen, wir haben niemals irgendeinen Grundsatz preisgegeben, und ich finde es geradezu komisch, wenn man den Beweis dafür, daß wir irgendwann und irgendwo uns etwas vergeben hätten, herleiten will aus ein paar Artikeln der bürgerlichen Presse, aus dem Artikel der „Kölnischen Zeitung" und dem Artikel des Geheimen Hofrats Rebmann in der „Nationalzeitung". Genosse Bebel, vor vielen Jahren hat ein Genosse auf einem Parteitag erklärt: „Ich würde es überhaupt als eine persönliche Herabsetzung meiner selbst ansehen, wollte ich mir ein Urteil über einen Parteigenossen daraufhin bilden, was die gegnerische Presse über ihn sagt." Dieser Genosse war Genosse August Bebel. (Hört! hört!) Ich bin überzeugt und habe es aus seinem Referat entnommen, daß Genosse Bebel diesen Grundsatz noch nicht aufgegeben hat, daß er auf die Artikel der „Kölnischen Zeitung" und des Geheimen Hofrats Rebmann die Behauptung, daß wir im Banne der Nationalliberalen stünden, ihre Diener seien, nicht gründen will... Genosse Mehring hat über diese Frage einen Artikel geschrieben, und hat das Problem so gestellt: „Wir den Teufel oder der Teufel uns?" Das mag für ein Bündnis mit dem Teufel zutreffen — ich bin da nicht zuständig (Heiterkeit.) —, in der wirklichen Welt gibt es Zwischenstufen vom schwarzen Teufel bis zum roten Engel. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit liegt es doch so, daß zwischen Parteien Bündnisse nicht in Form des Herrschaftsverhältnisses zustande kommen, sondern es handelt sich einfach um stillschweigende oder geschriebene Vertragsverhältnisse, die von beiden Teilen so lange gehalten werden, als es beiden Teilen in ihrem Interesse zu liegen scheint. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten wollen, daß die Liberalen oder wir auch nur eine Minute länger zusammenarbeiten, als beide Teile glauben, daß sie dabei auf ihre Rechnung kommen.

Nun hat Genosse Bebel auch darauf angespielt, daß wir vielleicht diese Politik ausgedehnt wissen wollten auf das Reich. Ich weiß nicht, ob einer unserer badischen Genossen einmal, vielleicht Genosse Kolb, in seinen Reden eine Ausdehnung unserer Taktik auf das Reich gewünscht hat. (Zuruf: In seiner Broschüre und in den „Sozialistischen Monatsheften"!) Dann möchte ich ein paar Worte dazu sagen: Es ist selbstverständlich der badischen Partei niemals eingefallen, eine Uebertragung der für unsere Verhältnisse passenden Politik zu verlangen, auf Verhältnisse, die dafür nicht passen. (Sehr gut!) Ich habe auf dem Offenburger Parteitag wiederholt unterstrichenerweise erklärt, daß wir Badener gar nichts weiter verlangen, als Ellbogenfreiheit... Wenn badische Genossen im Auftrage der Organisation einmal von einem Reichs-Großblock geredet haben — wenn ich das Wort gebrauchen soll —, so geschah es im gleichen Sinne, in dem auch der „Vorwärts" und selbst die „Leipziger Volkszeitung" in lichten Augenblicken (Heiterkeit) den Großblock verlangten. Wir wollen, daß, wenn künftig Liberale oder andere Parteien unsere Stimmen wollen, bei Wahlen im zweiten Wahlgang, sie uns Gegenseitigkeit verbürgen, das haben wir wiederholt verlangt, und diesen Großblock halten wir nicht für utopistisch. Das ist etwas, was die ganze Partei jeden Tag in der Presse und in Versammlungen verlangt hat und verlangen wird. (Sehr richtig!)...

Nun meint Bebel, wir hätten das alles erreicht, auch wenn wir nicht für das Budget gestimmt hätten, wenn wir nicht mit den Liberalen zusammengegangen wären. (Bebel ruft: Wenn Ihr keine Blockpolitik gemacht hättet!) Beim Schulgesetz und bei der Frage der Dissidentenkinder ist durch den Block verhindert worden, daß die Schule klerikalisiert wurde. Wir haben den Dissidentenkindern den gesetzlichen Anspruch verschafft, daß sie aus dem Religionsunterricht fernbleiben dürfen. (Geck ruft: Das war auch früher so!) Früher war es eine strittige Verwaltungspraxis, die sich mit jedem Ministerium ändern kann, es ist ganz etwas anderes, wenn es jetzt im Gesetz festgelegt ist.

Wir waren uns klar, ein monatelanges Zusammenarbeiten mit den Liberalen werde zuletzt die Konsequenz haben, daß wir dieses Budget, das unter unserem

Einfluß zustande kam, *genehmigen* müßten. Der Parteitagsbeschluß von Nürnberg sieht vor, daß, wenn wir die Mehrheit haben, wir dem Budget zustimmen dürfen, obwohl der Klassenstaat ja durch die Mehrheit nicht abgeschafft wird. Die Verhältnisse liegen ähnlich, wenn es uns gelingt, als Teil einer Aktionsmehrheit Einfluß zu gewinnen auf ein Budget. Auch dann müssen wir das Recht der Zustimmung haben ..."

Frank geht dann auf die Aeußerungen des Ministers von Bodmann ein:

„Nun sagt Bebel, wir hätten den Ministern ein *Vertrauensvotum* ausgestellt, derselben Regierung, die die Finanzreform mitgemacht hat. Es ist einer der größten und kaum auszurottenden *Irrtümer*, daß immer wieder behauptet wird, die Zustimmung zum Budget sei *notwendig* ein Vertrauensvotum. Das ist eine mißverstandene bürgerlich-demokratische Tradition. Baden hat ein altes Verfassungsleben. Es gab jahrzehntelang schwere Budgetkämpfe, aber nicht ein einziges Mal hat man das Budget verweigert. Es wurde fast immer einstimmig angenommen. Das wurde aber nicht als Vertrauensvotum aufgefaßt. Ein einziges Mal, 1847, vor der Revolution, waren eine größere Anzahl von Abgeordneten gegen das Budget. Es wurde mit 38 gegen 19 Stimmen angenommen. Aber eine große Zahl derer, die dafür stimmten, erklärten ausdrücklich: selbstverständlich denken wir nicht daran, dem Ministerium durch die Abstimmung ein Vertrauensvotum auszusprechen, wir wollen nur das Ministerium binden, damit es die Steuern so erhebt, wie wir verlangen. Natürlich verkenne ich nicht, daß man umgekehrt durch Ablehnung des Budgets sein *Mißtrauen* ausdrücken kann. Das ist bei jeder Abstimmung im Parlament möglich. Jedes Gesetz kann aus zwei Gründen abgelehnt werden, entweder, weil der Inhalt schlecht ist oder nicht weit genug geht, oder weil man kein Vertrauen zum verantwortlichen Ministerium hat. Der typische Fall ist die Ablehnung der Erbschaftssteuer. Die Konservativen lehnten sie ab, weil sie die Besitzenden zu schonen wünschten, das Zentrum, weil es den Kanzler stürzen wollte. Die hauptsächlichste Aufgabe der Parlamentarier ist es nun, jedesmal abzuwägen, was bei einem Gesetz wichtiger ist, der sachliche Inhalt oder die persönliche Seite, die Ministerfrage. Wenn aber einer sagt: das geht uns nichts an, da kann nichts Gutes herauskommen, alle Gesetze des Klassenstaates sind schlecht, dann erwidere ich: „Wer eine solche Ueberzeugung hat, der muß aus dem Parlament herausbleiben! Man kann nicht hineingehen, *um im Parlament Antiparlamentarismus zu treiben.*" (*Bebel* ruft: Darum dreht sich die Sache ja nicht!) Viele haben aber so argumentiert. Ich weiß, daß unsere Praxis anders ist und daß wir Unterschiede machen zwischen der Zuchthausvorlage und sozialpolitischen Gesetzen, zwischen Posadowsky einerseits und Köller und Rheinbaben anderseits. Die Mehrheit steht auch nicht auf dem Standpunkt, alle Gesetze zu verwerfen. Sie sagt: es ist nicht wahr, daß alle Gesetze gleich schlecht sind, aber das einzige, was man durchsetzen kann, sind „*kleine Konzessionen*".

Ich sage Ihnen, Genossen, wenn Sie meinen, man könnte unter allen Umständen nur kleine Konzessionen erreichen, mit einer solchen Lehre der Hoffnungslosigkeit erobern Sie nicht die Welt, ja nicht einmal den kleinsten Wahlkreis. (Beifall und Widerspruch, lebhafte Unruhe, aus der man die Zurufe heraushört: Bis jetzt war die Taktik aber so!) ... Was wäre auch damit gesagt, daß man nur kleine Konzessionen erreichen kann? Beim Niederreißen eines Baues kann es dramatische Effekte geben, aber der Aufbau setzt sich immer aus kleinen Konzessionen zusammen. Schauen Sie doch die Gewerkschaften an, die heute oft genannt wurden, wie die Gewerkschaften monatelang kämpfen, und wie die Arbeiter monatelang hungern, um Erfolge von wenigen Pfennigen durchzusetzen und heimzubringen. (Sehr richtig! *Bebel* ruft: Sehr falsch!) Sehr oft aber hält man etwas für eine „kleine Konzession", was ein Keim der Zukunft ist und was erst nach zwanzig bis dreißig Jahren als lebenskräftiger Gedanke für die Bildung der kommenden Gesellschaft erkannt wird. Ich will die Frage auch gar nicht untersuchen, ob im Parlament wirklich nur ganz kleine Konzessionen errungen werden. Ist es nicht möglich, im Parlament durch Kampf durchzusetzen, daß die Wucherpolitik und die Lebensmittelzölle den Arbeitern vom Halse genommen werden? Gibt es nicht auch Klassenstaaten, wo keine Lebensmittelzölle sind, wo diese schwere Fuchtel die Gewerkschaften nicht wieder

um den großen Teil dessen bringt, was sie in monatelangen harten Kämpfen den Arbeitern verschafft haben? Ist es nicht durchzusetzen, daß die Polizeiwirtschaft, die Landratspolitik, die entwürdigenden preußischen Zustände abgeschafft werden? Sind diese Dinge vielleicht notwendige Bestandteile des Klassenstaates? Ist es nicht möglich, durchzusetzen, daß aus Preußen und Deutschland ein moderner Staat gemacht wird, und daß unsere Arbeiter, ebenso wie ihre Brüder in Westeuropa, ihren großen Kampf auskämpfen können auf dem Boden der bürgerlichen Gleichberechtigung, der Demokratie? (Sehr wahr!) Wenn Sie das alles als kleine Konzessionen betrachten wollten, mögen Sie es tun, ich betrachte es als eine ungeheure Umwälzung, wenn es gelingt, durch solche Kämpfe der in Preußen lebenden Arbeiterschaft die Freiheit für ihren Kampf zu schaffen. (Sehr richtig!)

...Nun hat man auch gesagt, es habe sich in dieser unserer Politik das Entgegenkommen darin geäußert, daß wir an monarchischen Kundgebungen uns beteiligten. Ich glaube, man tut der wichtigen Frage der Budgetbewilligung Unrecht, wenn man in einem Atemzuge damit diese Monarchengeschichte behandelt...

Es ist doch klar, daß wir uns in den Parlamenten eben an Geschäftsordnung und Verfassung halten müssen. Es kann natürlich Grenzfälle geben, und die gibt es, wo Differenzen darüber entstehen, was die Geschäftsordnung verlangt. Aber da hat man sich eben kameradschaftlich auszusprechen und das sind keine Dinge, über die sich Parteigenossen gegenseitig die Köpfe zu zerschlagen brauchen. Auf Grund der Debatte, die zwischen anderen Genossen stattgefunden hat, glauben wir sagen zu können, daß die Partei ihre Taktik gegenüber der Monarchie nicht ändern will, weder nach rechts, noch nach links. Wir meinen, die Partei, die das große Zukunftsland erobern will, kann sich nicht vor einem kleinen mittelalterlichen Bollwerk festlegen. Nicht darauf können wir unsere Kraft konzentrieren. Aber wir werden nirgends, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, unsere republikanische Ueberzeugung verleugnen. Wir halten es hierin mit den Worten Bebels in Amsterdam, im Vordergrunde unseres Kampfes und unserer Tätigkeit stehen die Klassenforderungen des Proletariats...

Was soll jetzt geschehen? Bebel hat ausdrücklich gesagt, daß vom Hinauswerfen keine Rede sein kann. Er hat anerkannt, daß wir die Partei nicht zu schädigen glaubten, sondern daß wir das Beste wollten — nach seiner Ansicht auf falschen Wegen. Dazu nun paßt die uns vorgeschlagene Resolution sehr schlecht. (Zustimmung.) Wenn anerkannt wird, daß wir gehandelt haben in der irrtümlichen Meinung, der Partei zu nützen, dann muß das auch in der Resolution, die die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen soll, erkennbar sein; jetzt aber steht nur darin, daß wir „bewußt" gegen den Parteibeschluß gehandelt haben. Und Bebel hat hinzugefügt, wenn sich so etwas wiederholt, dann würde mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Aber, Genossen, entweder man meint, daß eine bewußte und absichtliche Verletzung des Parteibeschlusses vorliegt, dann braucht man nicht die Wiederholung abzuwarten. Wenn jemand absichtlich und bewußt die Parteibeschlüsse verletzt, so daß es ihm darauf ankommt, die Beschlüsse zu verletzen, dann muß man ihn hinauswerfen. Wenn die Sache aber anders ist, wenn die Genossen der Meinung sind, wir seien Esel gewesen oder seien aus Irrtum auf falschen Wegen gegangen, aber in guter Absicht, dann kann man nicht in die Resolution hineinschreiben, Ihr habt das „bewußt" gemacht. Wir haben natürlich nicht unbewußt gehandelt, aber es war uns nicht um die Verletzung des Parteibeschlusses zu tun, sondern unsere Absicht war, der Arbeiterbewegung zu nützen, und die Verletzung des Parteibeschlusses war dabei nur eine unangenehme Begleiterscheinung...

...man hat nicht zu fragen, was ist ein Budget, denn darauf erhält man nur eine sehr dürftige Antwort. Die bürgerliche Wissenschaft sagt, ein Budget ist ein Verwaltungsakt in Form eines Gesetzes, das sich bezieht auf den Haushalt des Staates. Die Frage muß vielmehr lauten: Wie sehen die Budgets der deutschen Staaten und des Reiches aus? Ich nehme an, daß Sie sich alle Mühe gegeben haben, die Budgetfrage zu studieren, aber ob allen der Unterschied bekannt ist, der zwischen dem sogenannten bayerischen Typ und dem Reichstyp eines Budgets besteht, das ist wohl nicht sicher. Das bayerische Finanzgesetz ist bloß die Feststellung, welche Steuern in den nächsten zwei Jahren erhoben werden sollen. Es knüpft an die alten Rechte der Landstände aus der Feudalzeit an, die als Geschenke Auflagen zugunsten des Landesherrn machten.

Wenn also der Parteitag den Beschluß aufrecht erhält, das Finanzgesetz sei immer abzulehnen, so heißt das, die Partei ist verpflichtet, überall die direkten Steuern zu verweigern. Das hat Konsequenzen im Reiche. Dort ist ein ganz anderer Budgettyp. Dort wird alljährlich über Einnahmen und Ausgaben abgestimmt, aber nicht über die Steuern. Im Reiche werden die Steuern auf dauernde Zeit bewilligt, nicht auf ein bis zwei Jahre, sie werden dauernd erhoben, ohne Rücksicht auf das Budget. Wenn wir also beschließen, es müssen die Steuern verweigert werden, dann hat das die Konsequenz, daß wir für alle Zeiten auch im Reiche jedes Steuergesetz niederstimmen müssen. Wir haben, so viel ich mich entsinne, im Reichstage für die erste Erbschaftssteuervorlage gestimmt, auch für die Wechselstempelsteuer. Wir haben also selbst im Reichstage gegen den Nürnberger Beschluß gefehlt. (Widerspruch. Ledebour: Das läßt sich ja gar nicht vergleichen!) Es kann so sein, daß ich mich irre; ich will Ihnen ja meine Meinung gar nicht aufdrängen. (Dittmann-Solingen: Das gelingt Ihnen auch gar nicht!) Aber ich will doch nur, daß Sie diese Fragen studieren. Warum stimmen Sie denn nicht für den Antrag, das Material zu sammeln? Sie fürchten, nach außen den Eindruck hervorzurufen, daß Sie uns damit Recht geben. (Bebel: Nein, weil wir uns fürchterlich lächerlich machen würden.) Und wenn Sie Ihrer Sache so sicher sind, brauchen Sie doch das Studium nicht zu fürchten. Sie wollen also lediglich aus Angst vor einer falschen Auslegung nicht einen Beschluß fassen, der die Partei endlich aus einer Sackgasse herausbringen könnte, der endlich uns den Parteifrieden bringen würde, den wir alle wünschen. Ich bin überzeugt, daß wir ja doch diesen Weg gehen müssen und daß die große Mehrheit der Partei, der Genossen, die auf Wunsch Bebels die Vetrauensleute beaufsichtigen sollen, aufatmen würde, wenn endlich ein Mittel gefunden würde, das uns einigte zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)" (S. 259 ff.)

In der Diskussion spricht abwechselnd ein Redner für und einer gegen die Badenser.

Katzenstein-Stralsund:

„Die badischen Genossen haben ihre Haltung mit besonderen Gründen der politischen Lage erklärt, aber diese besonderen Gründe haben früher nicht vorgelegen und sie haben trotzdem für das Budget gestimmt und zwar zu einer Zeit, in der sie in der schärfsten Opposition zur Regierung gestanden haben. Es kann also nicht stimmen, daß es bloß die heutige politische Konstellation war, sondern es ist die gesamte Stellung, die unsere Genossen dort und unter ähnlichen Verhältnissen den Regierungen gegenüber einnehmen. Ich glaube, daß diese Haltung sich ganz wohl erklärt aus gewissen Verhältnissen, die Sie ja alle kennen, aus der nicht ganz so scharfen Zuspitzung der sozialen und politischen Gegensätze und weiter daraus, daß unsere Genossen in Deutschland politisch überaus anspruchslos sind. Die deutschen Arbeiter sind gewöhnt, schlecht behandelt zu werden, und sowie dann etwas mildere Saiten aufgezogen werden, sind sie geneigt, entgegenzukommen... Die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und jeder bürgerlichen Partei und der Regierung sind so unüberbrückbar, daß es nur zu wünschen ist, daß sie im Bewußtsein der Massen jederzeit voll zum Ausdruck kommen. Dies Bewußtsein ist ja leider kein sehr empfindliches, die Gegensätze werden in der Regel erst durch formale Umstände empfunden. Ebenso, wie es im Arbeitsverhältnis weniger die Lohnverhältnisse sind, als die Behandlung durch die Unternehmer, die die Gegensätze in den Vordergrund rückt, ebenso ist es hier. Die süddeutschen Regierungen haben es bisher allgemeinen verstanden, durch ihr etwas humaneres Verhalten, durch etwas weniger Unklugheit und Brutalität, als sie in Norddeutschland üblich ist, den Ausdruck der Klassengegensätze abzuschwächen...

Wir gehen sehr schweren Auseinandersetzungen entgegen. Es wird sich zeigen, daß die großen Kämpfe, die ausgefochten werden müssen zwischen uns und den Gegnern, äußerste Kraftanspannung notwendig machen. Es wird sich dabei zeigen, daß ein grundsätzlicher Gegensatz zischen den verschiedenen Regierungen in keiner Weise vorhanden ist. Ebensogut wie der Großherzog von Baden, der persönlich ja als nicht unsympathisch bezeichnet wird, der freundwillige Vetter und Bruder seines Kollegen von Preußen ist, so ist die

badische Regierung nichts anderes, als ein detachiertes Fort der norddeutschen Befestigungswerke. Das ist ein Satrap einer entfernten Provinz, den läßt man etwas freier schalten, den hält man nicht so streng. Aber in allen Fragen der Reichspolitik darf die badische Regierung keinesfalls eine Sonderstellung einnehmen. Sie hat nicht nur die früheren Ausnahmegesetze, sondern auch die neueren Finanzmaßregeln gebilligt. Alles, was die preußische Regierung tat, hat sie mitgemacht. Daher ist es unbedingt notwendig, daß ein Bestandteil der deutschen Sozialdemokratie einer solchen Regierung mit der allerschärfsten Opposition entgegentritt..." (S. 277 f.)

Hildenbrand-Stuttgart:

„... Auch wenn Sie die Resolution des Parteivorstandes mit großer Mehrheit annehmen, ist die Frage der Budgetabstimmung keineswegs erledigt. (Hört! hört!)...

... Uns haben die gesamten bürgerlichen Parteien ausgelacht, als wir unsere Budgetabstimmung ohne irgendwelche Erklärung zum Ausdruck gebracht haben. Unsere Gegner nehmen unsere Abstimmung eben so lange nicht als Produkt unserer Ueberzeugung an, solange wir durch diesen Beschluß des Parteitages gebunden sind. Wir wollen die Freiheit haben, daß wir auch mit aller Wucht einen Protest in diese Ablehnung des Budgets hineinlegen können, wenn es die Verhältnisse erfordern, und die Wucht wird um so größer sein, wenn die Ablehnung freiwillig aus unserer Ueberzeugung heraus und nicht auf eine gegebene Marschroute hin erfolgen kann..." (S. 279 f.)

Lipinski-Leipzig:

„... Wir haben den Zusatzantrag zur Resolution des Parteivorstandes gestellt. Bebel hat sich dagegen gewendet. Was haben wir aber erreicht, wenn fortgesetzt der Parteitag beschließt: es ist ein Irrtum passiert, die Parteigenossen waren wieder einmal unschuldig, die Angelegenheit ist erledigt..." (S. 282.)

Witti-München:

„... Wenn Sie die Resolution des Parteivorstandes unbedingt annehmen wollen, tun Sie es in Gottes Namen! (Große Heiterkeit.) Aber fassen Sie wenigstens die Resolution so, daß jede Möglichkeit eines Irrtums ausgeschlossen ist; weder die Lübecker Resolution, noch der Nürnberger Beschluß, noch die Ihnen heute vorliegende Resolution des Parteivorstandes bieten auch nur im allergeringsten die Gewähr dafür, daß die Quelle von Streitigkeiten, die diesen Beschlüssen entspringt, in Zukunft versiegt. Die Vorstandsresolution enthält die gleichen Redewendungen wie die Beschlüsse von Lübeck und Nürnberg... Die Stellung der Partei zum Budget der Gemeinde muß unter allen Umständen festgelegt und genau präzisiert werden. In kurzen Auseinandersetzungen hat man einmal versucht, über diese Frage zu sprechen. Kautsky war es, wenn ich nicht irre, der in der „Neuen Zeit" erklärte, ja, die Gemeinde, das ist etwas anderes. Es gibt vielleicht auch Leute, die der Meinung sind, daß die Tätigkeit, die unsere Genossen in der Gemeinde zu leisten haben, nicht der Rede wert ist. Da mache ich Sie noch auf einiges aufmerksam. Das Vermögen, das die deutschen Gemeinden zu verwalten haben, beläuft sich auf Milliarden. Ebenso die Einnahmen und Ausgaben. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie diese Riesensummen verwendet werden. Im Laufe der Jahrzehnte wurde eine ungeheure Fülle von Kulturaufgaben den Gemeinden überwiesen, weil Reich und Land keine Zeit und kein Geld dafür übrig haben. Dazu kommt aber auch, daß in den Etats der Gemeinden Positionen sich befinden für Militär, Polizei, kirchliche Zwecke und vieles andere. Es handelt sich also um die Frage, ob diese Positionen etwas anderes sind als die Positionen der Landesbudgets. Vollständige Klarheit ist unter allen Umständen notwendig, sowohl für die Gemeinden, als auch für die anderen öffentlichen Körperschaften. Wir haben in Bayern bei den Gemeindewahlen den Proporz. Auf Grund dessen werden wir bei den nächstjährigen Landratswahlen Vertretungen in den Landräten bekommen. Da drängt sich nun die Frage auf, welche Haltung hat die Partei zu den Etats in den Landräten einzunehmen. (Sehr richtig!) ..." (S. 284.)

Haase-Königsberg:

„Auch wir denken nicht daran, unsere badischen Freunde auszuschließen. Wir müssen aber Klarheit darüber schaffen, wie in Zukunft die Situation in der Partei ist. Wenn trotz unserer diesmaligen Beschlüsse, die vielleicht mit erdrückender Mehrheit gefaßt werden, die badischen Genossen sich dennoch darüber hinwegsetzen sollten, so können wir das nicht dulden...

Es ist ein geistloses und durchaus unwahres Gerede, daß wir in unserer Partei Dogmen aufstellen, Inquisition treiben und einen Kadavergehorsam erzwingen! Wer auch nur oberflächlich die Geschichte der politischen Parteien Deutschlands kennt, der weiß, daß keine einzige Partei Seitensprünge ihrer Mitglieder so nachsichtig beurteilt wie die unsrige. (Sehr richtig!) Denken Sie doch an die Nationaliberalen! Diese haben den Kommerzienrat Menk zum Austritt gezwungen, weil er sich zu offen gegen das allgemeine, gleiche, geheime Reichstagswahlrecht ausgesprochen hat. Graf Oriola und Frhr. v. Heyl mußten ausscheiden, weil sie bei der letzten Finanzreform mit der Partei nicht übereinstimmten. Dagegen haben wir von Bebel gehört, hat Fischer betont, daß in unseren Reihen Leute tätig sind, die sich Sozialdemokraten nennen, die aber gewiß von der überwiegenden Mehrheit der Genossen nicht mehr als Sozialdemokraten, vielleicht sogar, wie hier gesagt wurde, als Nationalliberale angesehen werden..." (S. 288 f.)

Fleißner-Dresden:

„...Auch in Sachsen sind zurzeit die Verhältnisse im Parlament gegen früher ganz himmelweit verschieden. Jetzt wagt man längst nicht mehr, unserer Partei und unseren Abgeordneten auch nur im entferntesten das zuzumuten, was man ihnen früher zugemutet hat. Aber wir haben das nicht dadurch erreicht, daß wir eine Haltung einnahmen, die sich den bürgerlichen Parteien und der Regierung angepaßt und ihnen nachgab, sondern auf Grund unserer prinzipiellen und den Parteibeschlüssen in jeder Form entsprechenden Politik. Wir haben im Landtag sehr oft mit großer Genugtuung erfahren können, wie unangenehm den Herren die Massen sind, die hinter uns stehen, die uns gewählt haben. Das ist entscheidend, nicht die Fraktion mit ihren 25 Mitgliedern..." (S. 294.)

Kolb-Karlsruhe:

„..Auch die heute vorliegende Resolution ist nach keiner Richtung hin konsequent durchdacht, sondern auch sie ist nur ein falsches Kompromiß, das schon auf dem nächsten Parteitag wieder neue Konflikte hervorrufen kann. Ist denn in den Nürnberger und Lübecker Beschlüssen der Gedanke der grundsätzlichen Budgetablehnung akzeptiert, mit Worten ja, aber de facto nicht, denn sofort hintendran ist wieder ein Absatz, daß Ausnahmen eintreten können, wenn ein Budget, das für die Arbeiter schlechter ist, durch die Ablehnung zustande kommen würde. Damit ist natürlich jeder Landtagsfraktion in die Hand gegeben, ob sie für oder gegen das Budget stimmen will, denn man kann nicht in jedem einzelnen Falle vorher einen Parteitag abhalten, das kann im gegebenen Augenblick nur die Fraktion selbst entscheiden. Freilich, wenn wir uns einmal zur Annahme des Budgets auf solche Gründe, wie sie die Resolution zuläßt, berufen würden, dann würden Sie kommen und sagen, die Gründe erkennen wir nicht an...

...Wenn sich in parlamentarischen Staaten Koalitionen verschiedener Parteien bilden, dann müssen diese Parteien auch die Konsequenzen tragen und die Verantwortung für die politische Arbeit der Koalition übernehmen. Wäre z. B. in Dänemark das Experiment Zahle gelungen, dann hätten unsere Parteigenossen mit den liberalen Radikalen zusammen das Budget bewilligen müssen, wenn sie die Liberalen nicht ohnmächtig machen wollten gegenüber der Reaktion und von dieser abhängig; ja sie hätten noch weiter gehen müssen, sie hätten wahrscheinlich in einer Monarchie in eine Regierung eintreten müssen. Aehnliches werden auch wir in den nächsten Jahren erleben..." (S. 295 f.)

Panzer-Bayreuth:

„Ich habe auf dem Nürnberger Parteitag nach den unerquicklichen Debatten der Erklärung der 66 zugestimmt, um damit den Abgeordneten bei der

Agitation im Lande draußen den Rücken zu decken und in der guten Meinung, daß in Zukunft die Fraktionen sich mit dem Parteivorstand in Verbindung setzen werden, bevor sie dem Budget zustimmen. Mitten in die Vorbereitungen zur Reichstagswahl kam nun die Zustimmung der badischen Genossen zum Budget, und die Genossen in Nordbayern, speziell die kleinen Wahlkreise, die zunächst damit einverstanden waren, daß ihre Delegierten in Nürnberg die Erklärung der 66 unterschrieben haben, haben sich entschieden dagegen gewandt, daß nunmehr die badische Fraktion wiederum gerade in der Zeit der besten Agitation den Parteitag mit der Frage der Budgetbewilligung beschäftige ... Ich sehe mich deshalb außerstande, heute wiederum der badischen Fraktion den Rücken zu decken, sehe mich dagegen gezwungen, für die Resolution des Parteivorstandes und auch den Zusatzantrag zu stimmen. (Hört! hört! bei den Süddeutschen), damit in Zukunft nicht Beschlüsse des Parteitages durchbrochen werden. Es handelt sich nicht darum, ob die Zustimmung zum Budget eine praktische oder prinzipielle Frage ist, sondern darum, daß Beschlüsse des Parteitages als der höchsten Instanz auch von den führenden Geistern und nicht nur von den untergeordneten Genossen im Lande zu halten sind. Fast in allen Kreisgeneralversammlungen in Nordbayern sind geharnischte Resolutionen gegen das Vorgehen der Badenser angenommen worden ..." (S. 300 f.)

Maurer-München:

„... Da gibt es noch ein anderes Parteitagsprotokoll, das von 1894, Frankfurt. Auch ich habe damals eine, wie ja immer, schöne Rede gegen die Budgetbewilligung in Bayern gehalten, aber ich habe mich seither weiter entwickelt, und es wäre kein Fehler, wenn sich recht viele Genossen auch weiter entwickeln würden. (Bravo! bei den Süddeutschen. Gelächter der Mehrheit.) Im Jahre 1894 stand Timm in Ihrem Lager und Geck in unserem, und schauen Sie die Erklärung von Geck an, die er damals unterzeichnete — er war damals ein Budgetbewilliger! Ich nehme es ihm gar nicht übel, nur ist die Frage, wer sich vorwärts entwickelt hat und wer nicht. (Sehr richtig!) ...

Zum Schlusse muß ich an den Parteivorstand zwei wichtige Anfragen richten, die er dem Genossen Bebel überweisen wird. (Bebel ist noch nicht im Saale.) Wir haben im Oberbayerischen Landrat einen Genossen, und werden in Zukunft dort mehrere Genossen haben. Wie muß dieser Genosse und wie müssen diese Genossen stimmen in folgender Angelegenheit: Dieser Landrat gibt aus für Erziehung und Bildung 6 660 000 M., für Industrie und Kultur 284 000 Mark, für Gesundheitspflege, Irrenhäuser und Krankenhäuser 232 000 M., für Wohltätigkeit 1 790 000 M., für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten 1 180 000 Mark, in Summa 9 959 000 M. Die acht bayerischen Landräte geben 32 Millionen Mark für die eben angeführten Zwecke aus, für andere Zwecke keinen Pfennig. Das sind Institutionen des Klassenstaats! (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Die Mittel werden aufgebracht durch direkte Steuern und Zuschüsse des Staates. Wie sollen die Genossen bei diesem Budget stimmen?

Und die andere Frage betrifft den Zusatzantrag der Berliner zur Vorstandsresolution. Ich fordere Bebel und den Vorstand auf, mir zu antworten, ob es nicht ein Verfassungsbruch, ein Ausnahmegesetz ist, wenn solcher Zusatzantrag angenommen wird, obgleich folgende Bestimmungen unseres Organisationsstatuts vorhanden sind:

§ 23, 2: Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der Bezirks- bezw. Landesorganisationen.

§ 24: Gegen die Entscheidung der Vorstände der Bezirks- bezw. Landesorganisationen können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

§ 26: der Ausschluß aus der Partei in den in § 23 vorgesehenen Fällen darf nur im Wege des vorstehenden Verfahrens erfolgen.

(Bewegung. Lebhaftes Hört! hört! bei den Süddeutschen. Pfannkuch: Glauben Sie, das wissen wir nicht?) Wollen Sie, Genosse Pfannkuch, und will der Vorstand die Hand dazu bieten, daß ein derartiges Ausnahmegesetz geschaffen wird? (Lärm.)

Parteigenossen, wenn Sie dazu die Hand bieten, dann bedauere ich es tief, daß Sie uns den Vorwurf der Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen und Parteivorschriften machen..." (S. 303 f.)

Rosa Luxemburg wendet sich gegen die Ueberschätzung der von den Badensern errungenen „Lappalien", insbesondere des Schulgesetzes und des Gemeindewahlgesetzes und fährt fort:

„Selbst wenn wir davon absehen wollen, daß die tatsächlichen Errungenschaften der praktischen Politik in Baden auf lauter krampfhaft aufgebauschte Lappalien hinauslaufen, ja, selbst wenn wir annehmen wollen, es seien epochemachende Werke, so bleibt doch die Frage bestehen: was hat das alles mit der Budgetbewilligung zu tun? (Sehr richtig!) Hing denn das Schicksal irgendeines dieser epochemachenden Gesetze von Eurer Schlußabstimmung im Budget ab? Diese Frage werdet Ihr nicht zu bejahen wagen. (Lachen bei der Minderheit.) Auch die Frage werdet Ihr nicht bejahen können, ob denn auch nur das Zustandekommen des Budgets von Eurer Zustimmung abhing. Nein, durch die Zustimmung unserer Genossen ist nur erreicht worden, daß das Budget einstimmig angenommen ist, es wären also mit oder ohne Zustimmung unserer Genossen dem Klassenstaat in Baden die Mittel bewilligt worden..." (S. 305 f.)

Heilmann-Chemnitz:

„...Man hat als selbstverständlich unterstellt, daß die Budgetverweigerung eine Demonstration gegen den Klassenstaat ist. Ich bestreite das mit aller Entschiedenheit... Ich versichere Ihnen, daß kein Mensch von unserer Schlußabstimmung Notiz nehmen würde, wenn wir nicht jahraus, jahrein darüber zanken würden. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich kann mich da auf einen Größeren berufen, der genau derselben Meinung über die Budgetabstimmung ist. Ferdinand Lassalle hat die Budgetverweigerung nicht für eine Demonstration gegen den Klassenstaat, sondern für einen Ausdruck liberaler Feigheit erklärt. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) In seinen Vorträgen über Verfassungswesen hat er auseinandergesetzt, daß die Budgetverweigerung nur dann einen Sinn habe, wenn die Steuerverweigerung danach erfolge (Zurufe bei der Mehrheit), und daß die Steuerverweigerung nur einen Sinn hat, wenn man entschlossen ist, den Steuerexekutoren mit den Waffen entgegenzutreten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Was Lassalle damals gesagt hat, ist noch heute durchaus richtig, und darum hat es mich aufs tiefste enttäuscht, daß die Genossin Luxemburg den badischen Genossen genau wie Bebel gesagt hat: Ihr konntet ja ruhig dagegen stimmen, es wäre ja doch angenommen worden. (Bebel: Das habe ich nicht gesagt!) Aber die Genossin Luxemburg hat es gesagt, und Genosse Bebel hat lang und breit ausgeführt, es wäre angenommen worden, weil keine bürgerliche Partei den Mut habe, dagegen zu stimmen. Das ist eben die Sache; wir lehnen das Budget ab, gar nicht um Ernst damit zu machen, sondern nur, weil es gleichgültig ist, nur, wenn es nicht schadet. (Zuruf: Unsinn!)..." (S. 309 f.)

Lehmann-Mannheim:

„... Dann haben unsere Leute im Landtag einmal für das Budget gestimmt. Das hat im Lande draußen Widerspruch erregt, der Lübecker Parteitag hat einen Beschluß gefaßt und die badische Landtagsfraktion hat sich diesem Beschluß gefügt. Man hat damals Wert darauf gelegt, daß sie sich fügt. Zu dem badischen Parteitag, der sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, hat der Parteivorstand es für wichtig genug erachtet, Bebel abzuordnen, der dort seinen Standpunkt vertrat. Ich wiederhole, daß damals unter Führung des verstorbenen Genossen Dreesbach die Fraktion sich gefügt hat, ein anderes Fraktionsmitglied hat damals ausdrücklich erklärt, daß sie auf Grund des Lübecker Parteitagbeschlusses gegen das Budget stimmen. Das haben die Gegner sehr wohl verstanden, daß eine kämpfende Partei das Hauptgewicht darauf legen muß, einig und geschlossen im Kampfe zu stehen. 1904 hat man dann es für selbstverständlich erachtet, im Landtage gegen das Budget zu stimmen.

Niemand ist es eingefallen, etwa nur die Frage aufzuwerfen, ob wir jetzt dafür stimmen könnten. Dann kam 1905. Mittlerweile hatten wir das jetzt bestehende Wahlrecht bekommen. Allerdings nicht allein, sondern mit Hilfe des Zentrums. Bei den Stichwahlen 1905 kam der sogenannte Großblock zustande, und eine Anzahl von Genossen, welche jetzt die Führung haben und welche für das Budget gestimmt haben, sind damals in den Landtag eingetreten, unter anderm Frank und Kolb. Diese zwei, die ja für die Zustimmung zum Budget in erster Linie verantwortlich zu machen sind — das werden sie wohl nicht bestreiten —, diese zwei haben im Jahre 1906, als wir zum erstenmale abstimmten, gar nicht daran gedacht, auch nur den Antrag auf Zustimmung in der Fraktion zu stellen. Der Lübecker Beschluß galt, deshalb stimmten wir gegen das Budget. Erst 1908 hat man eine Schwenkung vollzogen. Heute sagt man, es wäre die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen gewesen, die uns dazu gezwungen hätte. Damals haben wir noch keine Arbeitsgemeinschaft gehabt. Damals haben die Nationalliberalen noch unsere Anträge niedergestimmt, wie sie es jetzt allerdings auch noch tun. Aber damals ist man auch nicht so weit gegangen in der Verbrüderung wie jetzt. Trotzdem hat man die Schwenkung vollzogen und für das Budget gestimmt. Sie kennen die Folgen. Der Nürnberger Parteitag hat sich in schärfster Weise gegen die Budgetbewilligung ausgesprochen und die Genossen in Bayern und Württemberg haben sich gefügt. Wir haben ohne weiteres angenommen, daß die badischen Genossen sich auch fügen werden... Kolb und Frank haben die Folgen ihres Umfalles sicherlich nicht vorausgesehen. Wäre das der Fall gewesen, so hätten sie es sich zweimal überlegt, ehe sie dafür stimmten... Es ist grundfalsch zu behaupten, daß wir gezwungen waren, zuzustimmen. Frank hat hervorgehoben, daß es der Tätigkeit der Landtagsfraktion zu verdanken sei, daß eine Erhöhung der direkten Steuern nicht eingetreten sei. (Frank ruft: Das steht sogar im „Schwäbischen Merkur"!) Daß die indirekten Steuern erhöht wurden, hat unsere Landtagsfraktion nicht verhindern können. Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern ist dadurch noch ungünstiger geworden..." (S. 315 f.)

Genossin Zetkin:

„...Die Budgetfrage ist neuerlich vor den Parteitag gekommen, nicht als abstrakte Frage „an und für sich", sondern als der Ausdruck, als die reife Frucht einer konsequent und bewußt verfolgten Richtung, die eine Aenderung unserer bisherigen Taktik erstrebt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Das hat Genosse Keil gestern selbst indirekt zugegeben. Er hat es bedauert, daß das Eingreifen der „Sozialistischen Monatshefte" es so sehr erschwere, „neue Wege" zu wandeln. Er hat nicht bedauert, daß diese Zeitschrift — das ist meine persönliche Ansicht über sie — die Meinung der Genossen im Lande in Verwirrung zu bringen geeignet ist. Er hat lediglich beklagt, daß durch die „Sozialistischen Monatshefte" gewissermaßen der Punkt auf das i gesetzt werde, daß ihr Inhalt den Massen der Parteigenossen zeigt, woher der Wind kommt und wohin er fährt. Es wäre gut, wenn Genosse Keil offen aussprechen wollte, was seinerzeit Genosse Auer in prägnanter Form zum Ausdruck brachte und was ja doch der Sinn von Keils Ausführungen war: so etwas tut man, so etwas sagt man nicht. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ich wollte, er hätte so offen gesprochen, wie sein Parteifreund Hildenbrand, der nach einem Bericht der „Tagwacht" in einer Versammlung am 17. September in Stuttgart gesagt haben soll: „Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir tun, was wir wollen." (Hört! hört!)....

...Was würde die Einsetzung der geforderten Studienkommission bedeuten? Sie würde sachlich auf die Erklärung hinauslaufen: Ihr habt zwar formell gesündigt, indem Ihr in Baden dem Parteitagsbeschluß zuwider gehandelt habt, aber wir haben im letzten Grunde gar nicht das Recht, Euch eine Mißbilligung dafür auszusprechen, denn wir haben Euch voreilig gebunden. Seit fast 16 Jahren haben wir die Frage der Budgetbewilligung behandelt, haben zu ihr Beschlüsse gefaßt, ohne überhaupt sachlich genügend in der Materie unterrichtet gewesen zu sein. Die Partei würde sich damit ein Armutszeichen ohnegleichen ausstellen. (Sehr wahr!) Wir haben einen Berg von Literatur zu dieser

Frage, wir haben ausgiebige Diskussionen auf Parteitagen und in Versammlungen gehabt, und da sollten wir nachträglich erklären: wir wissen noch immer nicht, was ein Budget ist und wie wir die Verhältnisse werten müssen...

...Wie sieht es nun mit der Behauptung aus, daß die Budgetabstimmung notwendig gewesen sei, um die Arbeitsgemeinschaft im badischen Parlament aufrecht zu erhalten? Wenn tatsächlich die Liberalen sich als arme Teufel in einer solchen Notlage befinden, wie es uns gezeigt worden ist — und sie befinden sich in ihr —, dann müssen sie aus politischem Selbsterhaltungstrieb unter dem Zwange der Situation im Lande und im Parlamente die Arbeitsgemeinschaft aufrecht erhalten, ganz gleich, wie die Sozialdemokratie sich in der Budgetfrage stellt. (Sehr gut!)...

...Welches ist der beste Weg, Konzessionen, Reformen zu erlangen? Sollen wir Reformen erschmeicheln durch parlamentarische Kompromisse, durch Bescheidenheit im Fordern, oder sollen wir sie erzwingen durch den Druck der Massen von außen? (Lebhaftes Sehr gut!) Mir scheint es, als ob unsere Parteifreunde in Baden über die Arbeitsgemeinschaft mit dem liberalen Block zu sehr die Kampfgemeinschaft mit der Gesamtheit der Partei und mit den Massen außerhalb des Landtags aus dem Auge verloren haben. (Sehr richtig!) Genosse Frank hat gestern gesagt, daß wir Konzessionen erringen können, weil doch eine ganze Reihe von Uebeln, unter denen das Proletariat leidet, nicht zum Wesen des Klassenstaats gehören; der Klassenstaat könne bestehen ohne Wucherzölle und ohne die Verweigerung der politischen Gleichberechtigung. Ganz recht! Aber wir haben auch diese Dinge nicht zu messen an einem abstrakten Begriff vom Wesen des Klassenstaates. Unser Maßstab ist die historische Situation, in der wir gegenwärtig stehen. Bei der gesamten geschichtlichen Entwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gehören heute in Deutschland Wucherzölle, gehört der hartnäckige Widerstand gegen die Forderungen nach Demokratie, gehört die ganze arbeiterfeindliche Politik untrennbar zu den Bestrebungen der herrschenden Klassen, ist der historisch bedingte Ausdruck ihres Wesens. Die reaktionären Erscheinungen sind zu unvermeidlichen Lebensäußerungen der Jetztzeit geworden. (Sehr richtig!) Die Entwicklung der Parteien bestätigt das. Alle Parteien, die sich liberal und demokratisch nennen — ich begreife auch das Zentrum darunter —, steigern ja ihren Kampf gegen Wucherzölle, gegen indirekte Steuern, gegen die Verweigerung der politischen Rechtsgleichheit nicht, sondern wir sehen umgekehrt, daß auch die bürgerlichen liberalen Parteien immer mehr zu Trägern der gesamten reaktionären Wirtschaftspolitik, der reaktionären Allgemeinpolitik im Reich und in den Einzelstaaten werden. (Sehr richtig!) Die Politik der Einzelstaaten vermag sich dieser Entwicklung nicht zu entziehen. Sie bestimmt nicht in entscheidenden Fragen die Politik des Reichs, sondern wird mit der fortschreitenden Entfaltung des Kapitalismus immer abhängiger von ihr.

Genosse Frank hat zum Schluß gemeint, wir sollten den „monarchischen Kundgebungen" der Genossen keine zu große Wichtigkeit beimessen, denn die Monarchie habe eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats... Wir bekämpfen in erster Linie die Institution der Monarchie... In Deutschland fordern die Verhältnisse zu diesem Kampfe heraus, das aber mehr als je, wo die bürgerlichen Klassen auf die feigenblattlose Proklamation des Gottesgnadentums mit dem Ruf zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie geantwortet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Monarchie in Deutschland hat sich noch immer offen als persönlicher Feind der Arbeiterklasse bekannt. (Sehr richtig!) Wie die Dinge liegen, wird je länger je mehr auch der entschiedenste Kampf gegen diese „mittelalterliche Festung" ein immer wichtigerer Teil des proletarischen Klassenkampfes überhaupt.

Es ist gesagt worden, daß es gilt, die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr!) Es gibt für die Sozialdemokratie in diesen ernsten Zeitläuften nichts wichtigeres, als die Aufrechterhaltung der organisatorischen Einheit und Geschlossenheit. (Bravo!) Aber zur Entscheidung steht die Frage: Um welchen Preis, auf welchem Boden wollen wir die Geschlossenheit? Wollen wir sie durch einen Schritt nach rechts, auf dem Flugsand der Konzessionspolitik, der Konjunkturalpolitik mit Wenn und Aber, oder wollen wir sie auf dem

festen Granit der prinzipiellen Auffassung, auf dem die Sozialdemokratie bis jetzt gestanden hat, auf dem sie noch steht und auf dem sie stehen muß, wenn sie bleiben soll, was sie ist: der politische Ausdruck, die politische Organisation der kämpfenden, revolutionären Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)" (S. 319 ff.)

Quessel-Darmstadt:

„... Wir in Hessen werden nicht leichtfertig das Budget bewilligen. Aber wir werden gezwungen werden dazu durch die Macht der Verhältnisse. Wir werden gezwungen werden, die Resolution 90 zu brechen (Hört! hört!) Wir werden sie brechen und wir müssen sie brechen. (Lebhaftes Hört! hört!) Die hessischen Verhältnisse liegen jetzt so, daß wir uns gegenwärtig in einer schweren Finanzkrise befinden, die nur dadurch beseitigt werden kann, daß man die großen Vermögen und die großen Einkommen mehr wie bisher belastet. Als Ulrich mit dem früheren hessischen Finanzminister Gnauth eine Auseinandersetzung über die Steuerpolitik hatte, da antwortete der Minister: Ich erkenne an, daß Ihre Steuervorschläge ausführbar sind. Ich würde sie ausführen, aber schaffen sie mir erst eine Mehrheit dafür im Landtage! — Diese Mehrheit ist nicht vorhanden, aber diese Erklärung des Finanzministers bewirkte, daß Gnauth von der Ersten Kammer gestürzt wurde. Die Organe des Herrn v. Heyl hetzten wie eine Meute hinter dem sogenannten demokratischen Finanzminister her. Sie erklärten ganz offen: Wir werden den Weg einschlagen, den das englische Oberhaus eingeschlagen hat, wir werden das Budget ablehnen, um den Besitz zu schonen vor den demokratischen Instinkten der durch die Sozialdemokraten aufgehetzten Massen. Gnauth, der im Grunde eine ähnliche Politik verfolgt wie der liberale englische Finanzminister Lloyd George, gab der Ersten Kammer nicht nach und er mußte den Platz räumen. Hätte Gnauth es aber auf einen Kampf ankommen lassen, so wären unsere Abgeordneten unter der Führung Ulrichs nicht mit der Ersten Kammer gegen die Volkskammer gegangen und hätten das Budget abgelehnt, sondern da wären sie mit der Volkskammer gegen die Herrenkammer gegangen und hätten das Budget angenommen, um die Ministerstürzerei der hohen Herren zu verhindern. Derartige Verhältnisse werden wieder kommen ..." (S. 323.)

Ledebour:

„Ich entledige mich zunächst eines Auftrages des Genossen Limbertz, des Vertreters von Essen, der nicht weiß, ob er noch das Wort erhalten wird. Im Auftrage des niederrheinischen Agitationsbezirkes hat er die entschiedene Absage der Arbeiter des niederrheinischen Agitationsbezirkes an die revisionistischen Budgetbewilliger in Baden zu erklären. Es hat das deshalb Wert, weil auch in jenen Gegenden Meinungsverschiedenheiten sind. Aber die Versammlungen haben gezeigt, daß die ganz überwiegende Mehrheit auf dem Standpunkt Limbertz steht ..." (S. 323 f.)

Dr. David:

„... Bebel sagte: wie kann man mit den Nationalliberalen etwas machen? Nun, die Nationalliberalen sind kein einheitlicher Begriff, das weiß Bebel sehr wohl. Diese Partei hat gerade augenblicklich furchtbares Bauchgrimmen. Da ist es wahrhaftig nicht ratsam, die Leute zusammenzutreiben. Es ist taktisch viel richtiger, die Ritzen zu suchen und dort den Keil hineinzutreiben, anstatt die Gegner mit eisernen Klammern aneinander zu fesseln.

In diesem Zusammenhang hat Bebel in seinem sonst in vieler Hinsicht schönen Referat gesprochen von „Parteigenossen, die die Partei ins Lager der Nationalliberalen führen wollen". Ja, Genosse Bebel, glauben Sie denn wirklich, daß in diesem Saal ein Sozialdemokrat ist, der die Absicht hat, die Partei ins Lager der Nationalliberalen zu führen? (Heiterkeit.) Solcher Mensch müßte doch vollkommen blödsinnig sein. Früher sagte man, sie haben die Absicht, die Partei ins Lager der Freisinnigen zu führen. Jetzt tun es die Freisinnigen schon nicht mehr, jetzt müssen es gleich die Nationalliberalen sein. Eine Partei mit 2 bis 4 Millionen Stimmen und einer derartigen historischen Entwicklung! Ich appelliere an diejenigen, die die materialistische Geschichtsauffassung als das A und O betrachten. Können Sie uns denn wirklich zutrauen, daß man eine so kompakte Partei mit

dieser Entwicklung mit einer anderen Partei liieren könnte? (Bebel: Das glaube ich auch nicht, aber das schließt doch den Willen dazu nicht aus!) Genosse Bebel, halten Sie uns denn für so dumm? (Bebel: Nein, aber diese Politik ist dazu angetan!) Wir haben in der nächsten Zeit die wichtige Aufgabe zu lösen, daß wir das Volk befreien von dem ungeheuren Druck der Brotwucher- und Lebensmittelverteuerungspolitik. (Zustimmung. Bebel ruft: Und die Nationalliberalen?) Dabei wird der agrarische Flügel der Nationalliberalen der Parole Heyl folgen, aber diejenigen Nationalliberalen, die im wesentlichen auf städtische Bevölkerung gestützt sind, können da nicht mitgehen. (Katzenstein: Das ganze Ruhrrevier geht mit!) ..." (S. 327 f.)

Dröner-Elberfeld:

„... Ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß der örtliche Vorstand von Elberfeld-Barmen es für möglich hielt, den Badensern Brücken zu bauen, er wollte nicht so schroff vorgehen, er beantragte, daß die 17 badischen Genossen aufgefordert werden sollen, ihre Mandate niederzulegen; aber mit dieser Forderung entfesselten wir in unseren Reihen einen Sturm der Entrüstung, nicht etwa, weil sie zu weitgehend war, sondern weil die Genossen sagten: Disziplinbrecher gehören nicht in unsere Reihen! Heraus mit ihnen! (Bravo!) So werden die Vorstände in den Organisationen, so werden die Delegierten von den Genossen in Lande geschoben, und auch der Parteivorstand muß geschoben werden... Die Disziplin muß aufrecht erhalten werden, es kann kein zweierlei Recht geben, und die Genossen im Lande sind heute schon der Meinung, daß diejenigen, die die Kleinarbeit verrichten, minderen Rechtes sind als diejenigen, die Vertrauensstellungen bekleiden. (Vereinzelte Zustimmung.) Ich empfehle die Annahme des Antrages 82: Ausschluß aus der Partei! (Ironisches Bravo bei den Süddeutschen und Rufe: So ist es recht!) Wir ersparen uns dann Auseinandersetzungen für später. (Ironisches Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Klarheit müssen wir haben, wir müssen die Einheit wahren, aber nicht die Einheit um jeden Preis. (Bravo!)" (S. 329 f.)

Adolf Müller-München:

„... Ich erkläre: es gibt in der ganzen bayerischen Landtagsfraktion kein einziges Mitglied, das irgendwie Lust hätte, der Regierung des Klassenstaates entgegenzukommen oder ihr irgendeinen Beweis ihres Vertrauens zu geben. (Sehr richtig!) Ich erkläre weiter, wenn einzelne Mitglieder der Fraktion, und zu diesen Sündern gehöre auch ich, wiederholt darauf hingewiesen haben, daß wir unter den besonderen budgetrechtlichen Verhältnissen in Bayern unter Umständen genötigt sind, im Sinne des Nürnberger Parteitagsbeschlusses gegen diesen zu verstoßen (Hört! hört!) und Unruhe), so beruht das eben auf den besonderen bayerischen budgetrechtlichen Verhältnissen. Und nun gestatten Sie mir noch ein paar Minuten zur Auseinandersetzung dieser für die Auffassung der ganzen Frage hochwichtigen Verhältnisse. Parteigenossen, das bayerische Budgetrecht kennt keine Budgetabstimmung im gewöhnlichen Sinne. Das sogenannte Finanzgesetz enthält erstens die Angabe des von den Kammern zu bewilligenden Steuersatzes, denn Bayern hat im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten ein vollständiges parlamentarisches Steuerbewilligungsrecht. Kommt kein gemeinsamer Beschluß der beiden Kammern über die Bewilligung der Steuern in Bayern zusammen, so hat die Regierung nicht einmal das Recht, den Steuerzahlern den Exekutor ins Haus zu senden. Die einzelnen Etats sind in ihren Summen staatsrechtlich bewilligt, aber nur in ihren Summen, nicht in ihren Zwecken, nachdem die Abstimmung stattgefunden hat. Das Finanzgesetz enthält nun zweitens weiter gar nichts, als die Bindung der Regierung, die einzelnen Summen genau im Rahmen der Zwecke zu verwenden, für die sie bewilligt worden sind. Wie wenig Eindruck in Hinsicht auf die gewollte Demonstration die Ablehnung des Budgets auf unsere Gegner macht, dafür ein klassisches Beispiel: Als nach den Debatten auf dem Frankfurter Parteitag aus Gründen, die vielleicht mit dem Frankfurter Beschluß nicht zusammenhängen, auch die bayerische Landtagsfraktion das Budget abgelehnt hat, da ist der damalige Finanzminister v. Riedel zu den Bänken der Sozialdemokraten heruntergekommen und hat gesagt: Meine Herren, ich danke Ihnen schön für das Vertrauensvotum,

das Sie mir erteilt haben. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Und es ist in der Tat ein Vertrauensvotum, denn, wenn kein Budget in Bayern zustande kommt, tritt an die Stelle der Verpflichtung der Regierung, die bestimmten Summen für die bewilligten Zwecke zu verwenden, das sogenannte regiminale Ermessen, das heißt der latente österreichische Paragraph 14, wonach die Regierung mit den einzelnen Summen machen kann, was sie will. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Also, um nur ein Beispiel zu nennen, die Summe, die für Erhöhung der Arbeiterlöhne bewilligt ist, kann sie dann etwa zur Erhöhung der Zivilliste verwenden. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Aus diesem einen Beispiel ersehen Sie, wie notwendig es ist, die budgetrechtlichen Verhältnisse überhaupt zu studieren, damit an die Stelle des unfruchtbaren scheinradikalen Symbolismus die praktische revolutionäre Aktion kommt, in der Sie von uns Süddeutschen noch sehr viel lernen können. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)" (S. 332 f.)

Liebknecht:

„... Die sogenannten Radikalen, das sind die eigentlichen Reformisten (Beifall), die echten Reformisten, die realpolitischen Reformisten, diejenigen Reformisten, die nicht den Wald vor den Bäumen übersehen. (Erneuter Beifall.) Das wesentliche des sogenannten Radikalismus ist immer und eben nur, daß er die Quelle unserer Macht nie vergißt. Diese Quelle, das sind die Massen (stürmischer Beifall), und sie entspringt nicht im Parlament, sie mündet nur zum Teil auch da. Diese Quelle soll uns nicht verschüttet werden durch Geheimnistuerei, durch Diplomatisiererei, dadurch, daß man im verborgenen Stübchen parlamentarischer Staatsmännerei die Geschicke der Massen zu regulieren sucht, während die Massen nicht wissen, was da geschieht...

Die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, das ist — leider — gewiß nicht Baden; die Zukunft auch Süddeutschlands ist viel eher Norddeutschland. Trotz aller liberalisierenden Tendenzen von heute, die wir gern hinnehmen und ausnutzen: die künftige Herrschaft des Großkapitals wird die Gemütlichkeit wohl gar bald fortblasen und auch die politische Verpreußung schreitet trotz allem fort — wenigstens ist das viel wahrscheinlicher, als daß wir in dieser behaglichen Weise in den Zukunftsstaat hineingondeln könnten, wie man in Süddeutschland glaubt. (Vielfaches Sehr wahr!)

... Wenn das bayerische Finanzwesen so beschaffen ist, wie Genosse Müller es uns heute geschildert hat, dann mag man allenfalls prüfen, wie der Nürnberger Beschluß angesichts dieser Rechtslage zu interpretieren ist. (Rufe der Badenser: Aha! Na also!) Die rein theoretische Möglichkeit freilich, die Müller uns an die Wand gemalt hat, wird praktische Realität nicht leicht annehmen. Und es wird, wenn es dazu käme, vor allen Dingen die Aufgabe unserer Partei sein, durch einen mächtigen Druck von außen der Regierung in die Arme zu fallen. Im übrigen, wenn wirklich einmal ein solcher Ausnahmefall eintreten würde und anders nicht zu helfen wäre, dann könnte man ja fragen, ob nicht die Ausnahmebestimmungen des Nürnberger Beschlusses Anwendung finden, um die es sich ja heute hier unstreitig gar nicht handelt.

... Aus der Debatte geht deutlich hervor, daß leider viele Genossen den Ernst des Augenblicks verkennen; daß sie sich nicht darüber klar sind, welch eine ungeheure Gefahr es ist, vor der wir stehen, wenn die ganze Sache einfach in der Weise abgeschlossen würde, wie viele wollen. Bedenken Sie, ein derartiger Vorstoß gegen die absolut unumgänglichen Elemente jeder Parteidisziplin, die heilig gehalten werden müssen, wenn die Partei nicht selbst ihr Grab graben will, hat in der Parteigeschichte überhaupt seinesgleichen nicht. Wer wird sich dann überhaupt noch an Parteitagsbeschlüsse binden? Pfeifen wird man auf die Parteitagsbeschlüsse allenthalben à la Baden. Darum können wir uns mit der Mißbilligung nicht begnügen, auf die stets nur gepfiffen wird, und auf die wiederum zu pfeifen, Sie schon in der Presse und auf dem Offenburger Parteitag angekündigt haben.

... Wir wollen keine Guillotine aufrichten, wir wollen nur, daß der Parteitag, der dazu berechtigt ist, dieselbe Instanz, die auch das Organisationsstatut erlassen hat, in einer Art authentischer Deklaration, in einem

Gutachten seine Ansicht ausspricht, wo in einer bestimmten Richtung die Grenze der Parteizugehörigkeit liegt, ausspricht, daß, wer nun, wie es hier geschehen ist, überlegt und in der Tragweite bewußt wieder gegen grundlegende Parteitagsbeschlüsse verstößt, damit die Grenze überschreitet, die für die Parteizugehörigkeit gezogen ist. In welcher Weise dann der Ausschluß formell stattfindet, ist Sache für sich ..." (S. 335 ff.)

Westmeyer-Stuttgart:

„Von den Delegierten des ersten württembergischen Wahlkreises, des zweiten, vierten, des fünften und des zehnten, die die bestorganisierten Wahlkreise sind, und die von den Abgeordneten Hildenbrand, Keil, Heymann, Dr. Lindemann usw. vertreten werden, bin ich beauftragt, zu erklären, daß sie geschlossen für die Vorstandsresolution eintreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit ...) ...

Es herrscht wohl kein Zweifel darüber, daß wir nicht mehr um die Budgetbewilligung streiten, um diese armselige Abstimmung, wie Frank sagte (ich unterschreibe das Wort: armselige Abstimmung), sondern daß es sich hier um die prinzipielle Stellungnahme zum Klassenstaat handelt. Es handelt sich darum: Wollen wir wie bisher, fußend auf unseren alten grundsätzlichen Anschauungen, in schärfster Opposition bleiben oder wollen wir uns dem Klassenstaat anpassen. Hildenbrand sagte, unsere ganze Tätigkeit im Landtage sei der Ausdruck der schärfsten Opposition gegen den Klassenstaat. Ein bürgerlicher Demokrat, der als Demokrat angesprochen werden kann, denn er hat mit seinem Blute seine Ueberzeugung bekräftigt, Robert Blum, hat einmal gesagt: des vormittags beim Minister speisen und nachmittags grundsätzliche Opposition gegen die Regierung machen, das verträgt sich nicht miteinander. (Stürmische Zustimmung.) Unsere Genossen in Württemberg haben nicht nur teilweise an Ministeressen teilgenommen, sie sind auch liebwerte Gäste am Königshof gewesen. (Lebhaftes Hört! hört!) Budgetbewilligung, Hofgang, Ministeressen usw., das entspringt alles einer einzigen Wurzel, man kann es nicht trennen .. Trotz der süddeutschen Landtagsfraktionen wird die Arbeiterschaft einig bleiben. Daran zweifle ich gar nicht. Nur dann könnte die Situation kritisch werden, nur dann könnte die Einigkeit innerhalb der Partei zum Teufel gehen, wenn der Parteitag selber nicht die Kraft und den Entschluß hat, ganz energisch für diese Einheit einzutreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)" (S. 339 ff.)

Außerdem sprechen noch: Zubeil-Berlin, Engler-Freiburg, Riem-Dresden, Süßheim-Nürnberg, Keil-Stuttgart, Quarck-Frankfurt am Main, Ulrich-Offenbach, Meyer-Heidelberg, Dr. Südekum, Richard Fischer, Vogtherr-Wiesbaden. Auch in zahlreichen persönlichen Bemerkungen und ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatten kommen die Gegensätze zum Ausdruck.

Im Schlußwort führte Bebel u. a. aus:

„... Frank hat sich auf die unserer Partei günstige parlamentarische Technik im badischen Landtag bezogen. Ich war darüber im höchsten Grade überrascht, denn was er da erzählt hat, haben wir im Reichstag auch alles durchgeführt. (Widerspruch von Frank.) Gewiß, es sind andere Verhältnisse bei Euch als bei uns, aber im Reichstag haben wir allmählich erobert, daß wir z. B. in einzelnen Kommissionen den Vorsitzenden oder den Vizevorsitzenden stellen. So war Singer 15 Jahre Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission, gegenwärtig ist es Geyer. Wir haben Südekum gegenwärtig als Vorsitzenden der Kommission für das Wertzuwachssteuergesetz usw., wir sind im Seniorenkonvent vertreten, kurz, wir haben in all den Dingen, die im Parlament zur geschäftlichen Behandlung der Vorlagen notwendig sind, volle Gleichberechtigung und Anteilnahme. Aber es ist keinen Augenblick vorgekommen, daß man das als eine besondere Vergünstigung angesehen hat, die uns zu einer anderen Haltung der Regierung gegenüber verpflichtete ..

Ich kann die kleinen Konzessionen genau beurteilen, ich unterschätze sie nicht, aber ich hüte mich auch, sie zu überschätzen. Und das ist es, wo-

gegen ich kämpfe, das ist es, was ich bewundere, daß kleine Konzessionen, von denen man früher kein Aufhebens machte, heute so hingestellt werden, als handle es sich um Wunder was für Errungenschaften. (Sehr richtig!) Das liegt allerdings in der Natur der in der Partei rechtsstehenden Genossen, daß sie das, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft zu erkämpfen vermögen, sehr überschätzen ... Worüber wir uns streiten, worüber wir uns auch in der Fraktion häufig streiten, das ist, ob das Maß von Konzessionen so groß ist, daß wir mancherlei Verschlechterungen durchgehen lassen können. Aber das sind keine ernsten Kämpfe, im großen ganzen entscheidet die Fraktion einmütig auch diese Frage. Die Frage, Radikalismus oder Revisionismus, hat bisher in der Fraktion des Reichstags in der Praxis noch keine ernste Rolle gespielt. (Lebhafte Zustimmung.) Also man darf nicht der anderen Seite, der radikalen, vorwerfen, daß sie von der praktischen Arbeit nichts wissen wolle ...

... Im Anschluß an die Ausführungen seines Freundes Kolb hat Frank gemeint, selbst die Frage der Teilnahme an der Regierung werde eines Tages aktuell werden. Ich will jetzt gar nicht von den Möglichkeiten reden, die ihm zufolge in Baden denkbar sein sollen. Eine Teilnahme an der Regierung ist meines Erachtens selbst im Musterländle Baden ausgeschlossen. (Sehr gut!) Wenn aber der eine oder andere von Euch die kühne Idee haben sollte, daß etwas dabei herausschaut, wenn er für das Budget stimmt, etwa ein Geheimratsposten, täuscht er sich gründlich. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn es auf den Klasseninstinkt und die Wahrung der Klasseninteressen ankommt, sind unsere Gegner immer noch die Gescheiteren. (Sehr richtig!) Dann ist die Sozialdemokratie leider diejenige, die am meisten nachgibt. Weiter hat Kolb gemeint, die Frage der Beteiligung an der Regierung sei namentlich in Dänemark, Schweden und Norwegen nahegerückt, besonders in Dänemark, wo unsere Genossen zusammen mit den Radikalen die Mehrheit bilden, und, da in Dänemark ein parlamentarisches Regiment besteht, unsere Parteigenossen an der Regierung teilnehmen müßten.

Ich wußte es zwar schon vorher, aber ich habe zur Sicherheit heute noch einmal unseren als lieben Gast anwesenden Genossen Stauning aus Kopenhagen gefragt, ob ich recht habe, daß, wonach die dänische Sozialdemokratie anläßlich des badischen Streites in ihrer Parteipresse den Vorgang besprochen hatte, der „Vorwärts" autorisiert wurde, zu erklären, die dänische Sozialdemokratie würde, auch wenn sie mit den Radikalen die Regierungsmehrheit bilden würde, nicht in die Regierung eintreten. Genosse Stauning bestätigte mir das. (Hört! hört!) Sie werden die Radikalen kräftig unterstützen, aber im übrigen sich ihre volle Freiheit im Handeln vorbehalten. Und die Demokratie in Dänemark bedeutet etwas anderes, als der Liberalismus in Deutschland. Mit der dänischen Demokratie kann höchstens die kleine Gruppe verglichen werden, die von Breitscheidt geführt wird. Der deutsche Liberalismus ist mit seinen Prinzipien längst in den Orkus gefallen, er hat keine Grundsätze mehr. Dagegen sagen die dänischen Sozialdemokraten: Wir werden in kein Kabinett eintreten, aber wir werden das Ministerium, solange es mit uns in Uebereinstimmung handelt, unterstützen, wir werden aber stets in der Lage bleiben, gegen das Ministerium zu stimmen, wenn uns sein Regiment nicht gefällt. Kolb hat weiter auf die großen Staaten hingewiesen, die sich nicht, wie die deutsche Sozialdemokratie, dem Budget gegenüber ablehnend verhielten. Das ist ein Irrtum. Mein Freund Jaurès hat ausdrücklich erklären lassen, daß er nicht erst durch die Amsterdamer Beschlüsse bestimmt worden sei, gegen das Budget zu stimmen, sondern daß er das aus eigener freier Ueberzeugung schon vorher getan habe. Bei den Oesterreichern kommt die Budgetbewilligung gar nicht erst in Frage, sie stimmen einfach dagegen. Was die Engländer anlangt, so wird es mir Keir Hardie, unser lieber Gast, nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß die Engländer in vielen Fragen nicht für uns maßgebend sein können. (Sehr richtig!) Schon deshalb nicht, weil wir in England ganz andere Verhältnisse haben, auch von einer großen englischen sozialdemokratischen Partei leider noch nicht reden können. (Sehr richtig!) Diese hat man bis heute in England nicht. Marx konnte vor fünfzig Jahren die englischen Trade Unions als die Preisfechter des europäischen Proletariats bezeichnen, heute würde er anders

sprechen. Nach dem deutsch-französischen Kriege fiel der deutschen Sozialdemokratie die Macht und die Pflicht zu, in Europa voranzugehen. So ist es gewesen und so wird es bleiben, wenn wir vernünftig sind. Die Trade Unions haben Gewaltiges geleistet, aber ich bezweifle stark, ob heute unsere Gewerkschaften die englischen in ihrer Politik und in ihrer Taktik noch als mustergültig ansehen. (Zustimmung.) Aber ich hoffe, daß das nachgeholt wird. Denn wir haben das allergrößte Interesse daran, daß das gewaltige englische Proletariat in allen Fragen, die Lebensfragen des Proletariats sind, Hand in Hand mit uns marschiert. (Lebhafte Zustimmung.)

... Ich muß Euch Süddeutschen und anderen, die ebenfalls so wie Ihr denken, immer wieder in aller Schärfe sagen: Ihr überseht ganz und gar die Rolle, die die einzelstaatlichen Regierungen im Reiche und im Bundesrate spielen. (Sehr richtig!) Die ganze Politik im Reiche, die jetzt so ungeheuere Erbitterung erweckt, ist doch durch die süddeutschen Regierungen mitgeschaffen worden. (Sehr richtig!) Wir können die einzelstaatlichen Regierungen für ihre Unterstützung der Reichspolitik im Reichstage nicht zur Verantwortung ziehen. Das ist Eure Sache in den Landtagen. (Frank: Das ist auch geschehen!) Diese Regierungen haben den Steuervorlagen zugestimmt, den Militär-, Marine-, Flotten-, Kolonialvorlagen und früher den Ausnahmegesetzen. Sie haben die ganze Politik mitgemacht nach innen und außen. Einer solchen Regierung könnt Ihr doch kein Vertrauen aussprechen. Von diesem Standpunkt aus müßt Ihr immer gegen das Budget stimmen. Auch die Zölle sind durchlaufende Posten in den Staatsbudgets der Einzelstaaten. Woher kommt denn die tiefe Erbitterung in den breiten Massen, nicht nur in der Partei, sondern im ganzen Volke? Es ist die heillose Mißwirtschaft im Reiche, in Preußen und überall. Alle Regierungen sind aber an der Reichspolitik mitschuldig. Die kleineren Regierungen, wenn sie zusammenstehen, sind stark genug, sie könnten eine solche Politik im Reich bekämpfen; tun sie es nicht, weil sie dazu den Mut nicht haben, müssen sie auch die Verantwortung tragen. Haltet Ihr diesen Standpunkt inne, könnt Ihr für kein Budget stimmen. Wenn Ihr das richtig motiviert, begreift das jeder Mensch, jeder Arbeiter. (Sehr richtig!) ... Die Massen begreifen es nicht, daß es Parteigenossen gibt, die Regierungen unterstützen, indem sie ihnen ein Vertrauensvotum geben, die sie am liebsten beseitigen möchten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben (stürmische Zustimmung), daß sie der Lage der Massen entfremdet sind. Das kommt unbewußt zur Geltung. Es herrscht ein ungeheures Maß von Erbitterung in ganz Deutschland ...

Man hat verschiedentlich von Spaltung gesprochen, ich bin fest überzeugt, daß kein Mensch im Saale ist, der den Gedanken an eine Spaltung hegt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) ... Ich weiß, die Spaltung kommt nicht. Die Massen machen sie nicht mit. (Stürmischer Beifall.) Und wenn ein kleiner Kreis folgen wollte, es dauert keine paar Monate und wir haben sie wieder in unseren Armen. (Erneute stürmische Zustimmung.) ...

... Wenn von Heilmann und anderen die Frage aufgerollt wurde, wie wir beim Gemeindebudget zu stimmen haben, und wenn aus Bayern speziell an mich die Frage gerichtet wurde, wie wir uns zu den Budgets der Landräte verhalten sollen, so muß ich bemerken, daß ich bei den letzten Ausführungen leider nicht zugegen war, und ich habe auch nicht Einsicht bekommen in das Budget, das mir Genosse Witti-München gestern zur Verfügung stellen wollte. Wenn ich aber die staatsrechtliche Stellung der bayerischen Landräte verstehe, so sind sie was Aehnliches wie die Provinziallandtage in Preußen. (Zustimmung.) Diese haben aber keine selbständige Stellung, sie können keine Gesetze machen, sondern die Gesetze werden ihnen vorgeschrieben; die sind reine parlamentarische Verwaltungskörperschaften. (Zuruf: Und die Gemeinde!) Auch die Gemeinden. In Bayern sind sogar die Gemeinden eingeschränkt in der Regelung ihres Steuerwesens. (Zurufe: Gebührenwesen!) Auch da können sie nur in gewissen Grenzen verfügen. Die Gemeinden sind nicht gesetzgebende Körperschaften, sondern es sind ihnen ihre Funktionen vorgeschrieben, und wenn es heißt, daß der Gemeinde die und die Beträge für Militärangelegenheiten, Einquartierung usw. zur Last fallen, können die Gemeinden nichts dagegen tun, sie müssen sich dem Landesgesetz einfach fügen

Das ist also etwas ganz anderes und kann mit der Frage des Landesbudgets gar nicht in Zusammenhang gebracht werden. (Sehr richtig!)

... Und nun die sehr scharfsinnigen, staatsrechtlichen Ausführungen, die der Genosse Müller nach veralteten bayerischen Gesetzen machte. (Zuruf: Sie bestehen aber doch!) Ihr nehmt sie auf einmal fürchterlich ernst. Und sie sind nicht mehr bloß der Gegenstand Eures Studiums, sondern sie beeinflussen sogar schon Eure Abstimmung, das ist doch geradezu toll; Vollmar und Grillenberger in Frankfurt hatten eine ganz andere Meinung und Ihr (zu den Bayern) habt ja diesesmal auch gegen das Budget gestimmt und damit bewiesen, daß Ihr es könnt trotz der Müllerschen Ausführungen; Müller hat hier erzählt, daß, als Ihr das erstemal gegen das Budget stimmtet, der alte Finanzminister Riedel zu Euch herunterkam und sagte: Ich danke Ihnen bestens, meine Herren, für das Vertrauen. Das war ja ein guter Witz vom alten Riedel, der ein sehr gemütlicher Herr war, aber doch nicht mehr. Genosse Müller, glauben Sie wirklich, daß, nachdem viele Jahrzehnte lang die alten Bestimmungen unter Zustimmung der Regierung und der Kammern nicht mehr angewendet wurden, also durch die Praxis überholt wurden, sie jetzt noch Geltung haben? (Zuruf: Aber eines Tages wäre es doch möglich!) Das ist ein undenkbarer Fall. Bevor Ihr die Mehrheit in der bayerischen Kammer habt, seid Ihr und ich gestorben, also, wozu zerbrecht Ihr Euch den Kopf darüber. (Heiterkeit.) Aber selbst wenn die Regierung trotz der Ablehnung des Etats durch die Kammer das Budget auf dem Verordnungswege in Kraft setzen würde, dann würde ein so gewaltiger Sturm in ganz Bayern, in allen Parteien, im ganzen Volke ausbrechen, daß sich die Regierung wohl hüten würde...

... David hat uns gewarnt, wir müßten als kluge Politiker anders mit den Nationalliberalen verfahren. Was jetzt die Badenser gemacht, könnte man auch anderswo machen. Da dürfte man die Zirkel der nationalliberalen Partei nicht stören. Das sei undiplomatisch. Diese Davidsche Vertrauensseligkeit ist mir einfach unbegreiflich. (Sehr richtig!) Ich habe Ihnen gestern das Sündenregister der nationalliberalen Partei vorgetragen. Gewiß, wir müssen sehen, eine Mehrheit in den Reichstag zu bringen, die gegen die Lebensmittelzölle ist. Aber daß wir das fertig bringen, wenn nicht aus uns selbst heraus, glauben Sie doch ernsthaft nicht. Auf wen stützen wir uns denn? Selbst die Freisinnigen sind heute unzuverlässig, die noch 1902 gegen den Zolltarif waren. Die Nationalliberalen haben ja den ganzen Zolltarif auf dem Gewissen. Ich erinnere an die Gewaltsaktion, die in den November- und Dezembertagen 1902 gegen uns verübt wurde, als man im Reichstag die Geschäftsordnung mit Füßen trat und mit Hurra-Hoch diesen schauderhaften Zolltarif annahm. Herr Bassermann hat die Hauptrolle dabei gespielt, und diese sollen wir jetzt als Bundesgenossen ansehen? Mir bleibt auch unvergeßlich eine Rede des verstorbenen Dr. Siemens, des Direktors der Deutschen Bank. Die Direktoren der Deutschen Bank sind immer sehr gescheite Leute und der verstorbene Siemens war einer der Gescheitesten. Als damals von uns gegen die Junkerraubzüge losgewettert wurde, erklärte Siemens namens der Freisinnigen Vereinigung: „Meine Herren, das preußische Junkertum hat dem Staat und der Gesellschaft die größten Dienste geleistet und der Staat hat die Verpflichtung, für die Erhaltung dieser Gesellschaftsschicht aufzukommen und ihr die Existenzmöglichkeit zu geben." (Hört! hört!) Das war die Auffassung eines der ersten Bourgeois in Deutschland, und diese Auffassung ist unter allen nationalliberalen Kapitalisten vorhanden, die in den Junkern die Männer mit dem Säbel sehen, die kommandierenden Generale, die gegebenenfalls zu kommandieren haben, wenn auf Vater und Mutter geschossen werden soll. (Bewegung.) Diese haben alsdann die Staats- und Gesellschaftsordnung zu verteidigen, für das die Herren Liberalen ihre eigenen werten Körper für zu schade halten, aber die Junker sind die Draufgänger, die richtigen Leute, die jahrhundertelang mit dem Kriegshandwerk vertraut sind und noch heute alle wichtigen Stellen im Staat und in der Armee einnehmen. Das sind die richtigen Leute, um Thron, Altar und Geldsack zu schützen. Und da glauben Sie, diese Liberalen würden heute noch gegen die Agrarpolitik sein? (Sehr richtig!)...

... Ich gebe hier im Namen meiner Kollegen im Parteivorstand folgende Erklärung ab: Der Parteivorstand bittet, die Resolution 93 zurückziehen zu wollen. In der Sache selbst besteht zwischen der Auf-

fassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit. (Hört! hört!) Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind. (Hört! hört!)

§ 23, der von allen Richtungen in der Partei beschlossen worden ist, wobei kein Mensch an Vorgänge, wie die heute hier erörterten, gedacht hat, lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisationen oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt." Alsdann kann ein Ausschlußantrag gestellt werden. Aber nach den weiteren Bestimmungen des Organisationsstatuts nur von einer Parteiorganisation, wobei nicht verlangt wird, daß die Parteiorganisation diejenige sei, der der Betreffende, gegen den der Antrag sich richtet, angehört, sondern jede Parteiorganisation im Reich kann einen solchen Antrag stellen. Die Sache selbst kann aber nur in dem Kreise, in dem der Angeschuldigte wohnt, entschieden werden. Es tritt alsdann ein Schiedsgericht zusammen, bestehend aus sieben Personen, wovon beide Teile je drei wählen und den Vorsitzenden der Parteivorstand ernennt. Alsdann wird das Verfahren, wie üblich in solchen Sachen, eingeleitet, wobei selbstverständlich der Angeklagte in ausgiebiger Weise zu Worte kommt. Es heißt weiter im Statut: „Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen. Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein." Mit anderen Bestimmungen für den Ausschluß darf also nicht gerechnet werden. In der Erklärung des Parteivorstandes heißt es weiter:

„Nach unserer Auffassung ist der Antrag 93 formell bedenklich. Wird derselbe angenommen, so ist damit keineswegs, wie die Antragsteller anzunehmen scheinen, der betreffende Parteigenosse aus der Partei ausgeschlossen. Die Organisation kennt kein Außerhalb-der-Partei-stellen; außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund des § 23 ff. aus der Partei ausgeschlossen wird. Der Antrag erfüllt also nach unserer Meinung nicht den beabsichtigten Zweck. Er führt nur zu fortgesetzten Kontroversen und möglicherweise zur Anrufung der bürgerlichen Gerichte. Aus diesem Grunde bitten wir wiederholt, den Antrag zurückzuziehen. wobei wir noch einmal betonen, daß sachlich zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit besteht."

Es ist nach unserer Auffassung gar kein Zweifel, daß, wenn ein solcher Beschluß gefaßt würde, der Parteitag damit gegen seine eigene Organisation verstieße. (Sehr richtig!) Er beschlösse etwas, was er nicht beschließen kann. Er darf keinen Staatsstreich machen, er würde ja damit den angeklagten Genossen jede Möglichkeit nehmen, sich zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Es ist doch auch in dem Lübecker Beschluß zugegeben, daß in zwei Fällen die Möglichkeit vorliegt, für das Budget zu stimmen. Nach Annahme des Antrages 93 würde das gar nicht in Betracht kommen, die Genossen säßen draußen, könnten kein Wort zu ihrer Verteidigung sagen, könnten ihre Handlung nicht begründen. Alle Juristen, mit denen ich heute über die Sache sprach, sind überzeugt, daß, wenn das geschähe, eine Berufung an ein bürgerliches Gericht möglich wäre, und daß die größte Wahrscheinlichkeit bestünde, daß das bürgerliche Gericht gegen einen derartigen Beschluß entscheiden würde. (Hört! hört!) ..." (S. 343 ff.)

Haase-Königsberg (zur Geschäftsordnung):

„Da durch die Erklärung Bebels die sachliche Uebereinstimmung des Parteivorstandes mit den Antragstellern der Resolution 93 festgestellt ist, da somit diese

Resolution, die bereits von der Mehrheit der Parteitagsdelegierten beantragt ist, die Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitages gefunden hat, da aber in dieser wichtigen Frage nicht um Formalitäten gestritten werden soll, so ziehen wir, nachdem die Erreichung des Zweckes der Resolution 93 sichergestellt ist, hiermit diese Resolution zurück. Das habe ich im Namen Zubeils und sämtlicher Mitantragsteller zu erklären. Ich überreiche diese Erklärung zu Protokoll." (S. 360.)

Dr. Frank (Schlußwort):

„... In Nürnberg wurde unsere Abstimmung motiviert mit dem Inhalt einzelner Budgetposten, namentlich mit der Erhöhung der Arbeiter- und Beamtenlöhne. Diesmal wurde als Grund von uns die politische Situation angegeben. Das sind verschiedene Dinge, das wird auch Bebel zugeben ... Auch wir wissen, daß für eine Partei in ihrer Jugend die Agitation die Hauptsache ist, ebenso wie ein Kind durch das Schreien die Lunge weitet! Es kommt aber dann ein Zeitpunkt, wo sich durch das Wachstum der Partei neue Pflichten ergeben. Dieser Zeitpunkt ist gekommen, wenn wir infolge unserer Größe die Macht haben, die von uns kritisierten Zustände zu ändern und zu bessern. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, wann wir stark genug dazu sind, das sind Fragen, über die wir uns in Ruhe und Kameradschaftlichkeit unterhalten können ...

Nun hat Bebel die Frage angeschnitten — und damit komme ich zum eigentlichen Streitpunkt —, ob die Nürnberger Resolution auch Gültigkeit habe für die Genossen in den Gemeinden. Ich freue mich, daß er den vernünftigen Standpunkt vertritt, es könne keine Rede davon sein, daß in den Gemeinden, wo Tausende unserer Genossen Tag für Tag schaffen, das Budget abgelehnt werden muß. Aber Bebel ist hier in der Lage, wie mancher andere, er hat für eine richtige Taktik eine falsche Begründung gegeben. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Denn wenn die Gemeinden nur Anhängsel des Klassenstaates sind, wenn sie überall so abhängig vom Staat sind, wie Bebel es irrtümlich annimmt, dann wäre das doch ein doppelter und dreifacher Grund, die Etats abzulehnen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Wenn er glaubt, die Gemeinden hätten eine gebundene Marschroute, sie könnten nichts machen — ja, glauben Sie denn, daß, solange die Reichsverfassung besteht, ein Bundesstaat die Matrikularbeiträge abschaffen und auf die Zolleinnahmen verzichten kann? Das wären doch kindische Vorstellungen. Daß Sie aber, Genosse Bebel, mit Ihrer Stellung zu den Gemeindeetats nicht alle Genossen hinter sich haben, das wissen Sie. Es gibt große Blätter, die darüber anders denken. Ich glaube, es war die „Leipziger Volkszeitung", die einmal in einer Polemik geschrieben hat: „Ja, leben die Leute denn auf dem Monde. Selbstverständlich müssen wir die Gemeindebudgets ablehnen" ...

Bebel hat wieder auf das Ausland Bezug genommen. Ich kann nicht alle Staaten aufzählen, in denen immer und immer für das Budget gestimmt wird, wenn die Situation es verlangt. In Dänemark haben zwar unsere Genossen noch nicht beschlossen, zusammen mit den Radikalen in das Ministerium einzutreten, sie haben ja zusammen noch nicht die Mehrheit, aber gegen das Budget haben sie nicht gestimmt, weil man in Dänemark keine Gelegenheit hat, diesen gewaltig feierlichen Akt zu vollziehen, weil es dort keine Gesamtabstimmung über das Budget gibt. In England wurde, wie Bebel bereits ausgeführt hat, das Budget von der Arbeiterpartei angenommen, in Belgien werden unsere Genossen den gleichen Weg gehen müssen, wenn sie mit den Liberalen die Mehrheit bekommen, aber ich lege auf die Verhältnisse aller dieser Staaten keinen Wert, nicht einmal auf Oesterreich. Dort lehnen unsere Genossen zwar das Budget ab, aber sie stimmen für die Dringlichkeit, damit die anderen es annehmen können. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Die Oesterreicher haben die schätzenswerte Eigenschaft, wenn sie so etwas machen, hinterher immer eine sehr schöne marxistische Begründung dafür zu finden. Das müßten wir von ihnen noch lernen. (Große Heiterkeit. Zuruf: Die haben auch den Adler!) Ja, der Adler, der fehlt uns. Der einzige Staat, den man mit Fug und Recht heranziehen könnte, das ist das Land, in dem Bebel nahezu einheimisch geworden ist, die Schweiz. Dort ist auch die Trennung des Budgets zwischen

Staat und Kantonen gegeben und es werden auch keine Militärforderungen in den Kantonen bewilligt. Ich erinnere daran, daß die Berner Genossen, die Wert darauf legen, für möglichst radikal zu gelten, für das Budget stimmen, wenn sie glauben, daß die politische Situation oder der Inhalt des Budgets das rechtfertigt. (Hört! hört!)

...Bebel hat der Meinung Ausdruck gegeben, es können Fälle eintreten, wo trotz der Nürnberger Resolution eine Fraktion gezwungen ist, sich der Stimme zu enthalten, weil sie glaubt, daß sie sonst die Interessen der Partei schädigt. Ich nehme gern Kenntnis davon, daß Bebel zugibt, es könne solche zwingenden Fälle geben, in denen man das Bekenntnis zum Kampf gegen den Klassenstaat, wie es in der Budgetverweigerung liegen soll, nicht zum Ausdruck bringt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Es ist natürlich auf aller Lippen die Frage, was soll geschehen, wie soll die Lösung der Dinge sein? Da will ich vor allem an die Spitze setzen das eine, daß in der ganzen Debatte gestern und heute weder vom Korreferenten noch von einem Diskussionsredner, weder versteckt noch offen eine Drohung ausgesprochen ist (sehr wahr! bei den Süddeutschen), und wenn Westmeyer hierher gekommen ist in der Absicht, gegen Drohungen zu polemisieren, dann hat er sich an die falsche Adresse gewandt. (Zuruf: Quessel hat gedroht!) Wenn Sie aus den sanften Worten von Quessel eine Drohung herausgehört haben (Heiterkeit), dann sind Sie wirklich viel sensibler als wir Süddeutschen alle. Von einem Genossen ist allerdings eine Drohung gefallen; ich nehme an, daß Genosse Westmeyer ein treuer Leser der „Neuen Zeit" ist, und dort hat der Pfeil-Artikler davon geredet, daß man vom Gesamtstamm der Partei einen Zweig loslösen müsse. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Das wird wohl Westmeyer vorgeschwebt haben. Wir dagegen halten es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen Personen in der Partei alles tun werden, um zu vermeiden, daß unsere herrliche Bewegung solche Rückschläge erleidet. (Lebhafter Beifall.)... Wenn Bebel meint, wir können doch nicht jetzt nach 16 Jahren erst an die Untersuchung der Frage herantreten, dann sage ich: Sie haben heute ein Beispiel aus dem Leben gehabt, aus dem hervorgeht, daß die nächstliegenden Dinge am leichtesten übersehen werden. Sie haben gesagt, daß die Verfassungen der deutschen Staaten allen Genossen bekannt seien. Haben wir es nicht erleben müssen, daß 208 Genossen über die Verfassung der eigenen Partei im unklaren sind (sehr gut! bei den Süddeutschen), haben wir nicht gesehen, daß die, die uns über die Pflichten der Disziplin belehren wollen, selbst mit einem Antrag gekommen sind, der mit den Pflichten der Disziplin, wie wir sie verstehen, nicht in Einklang zu bringen ist. (Erneutes Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Bebel hat Ihnen das viel besser und klarer bewiesen, als ich es tun könnte... Stellen Sie sich die Verhältnisse vor, wenn Ihr genialer Zusatzantrag angenommen würde. Wie wäre der Verlauf nach dem Parteistatut gewesen? An einem kleinen Platze müßte sich eine Parteiorganisation schlüssig machen über eine Sache, die der Parteitag bereits entschieden hätte, ebenso ein Schiedsgericht. Sie hätten damit die statutarischen Bestimmungen zur Farce herabgewürdigt. (Beifall bei den Süddeutschen.) Die klugen Genossen, die den Antrag zurückgezogen haben, und die damit die Abgeordneten wieder auf den Boden des allgemeinen Parteirechts gestellt haben, haben sich das Verdienst erworben, daß sie die Partei vor einer Blamage bewahrt haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit, Gelächter bei der Mehrheit.)...

Heute sage ich Ihnen, wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt. (Beifall.) Wir werden in jeder Richtung das unsrige tun, um dafür zu sorgen, daß das geschieht. Aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse. (Unruhe.) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe..." (S. 360 ff.)

Der Vorsitzende erteilt dem Genossen Schramml aus Oesterreich das Wort zu einer Richtigstellung:

„...Im österreichischen Reichsrat wird das Budget, so wie bei Ihnen, in drei Lesungen verhandelt. Die dritte Lesung des Budgets kann aber nur

dann sofort nach Erledigung der zweiten Lesung vorgenommen werden, wenn für die sofortige Vornahme der dritten Lesung eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Es ist also selbstverständlich, daß wir nur für die sofortige Verhandlung gestimmt haben, das ist etwas ganz anderes, als für das Budget zu stimmen. Ich erkläre bei dieser Gelegenheit, daß die Genossen ganz beruhigt sein können über unsere Haltung im österreichischen Parlament (Zurufe: Das sind wir auch!), daß wir auf keinen Fall für ein Budget stimmen würden, ohne die Zustimmung unserer Genossen im Reiche zu haben. Wir werden nicht selbständig handeln, sondern uns immer den Beschlüssen fügen, die für die Angelegenheit gefaßt worden sind. (Beifall.)" (S. 367.)

In einer persönlichen Bemerkung führt Haase-Königsberg zum Antrag 93 aus:

„... Es ist richtig, und ich glaube, das erkennt Frank als Jurist und alter Parteigenossen sehr wohl an, wenn behauptet wird, unser Antrag habe juristisch und technisch gegen das Organisationsstatut verstoßen. In unserem Antrag stand nicht, daß jemand ausgeschlossen werden soll unter Umgehung der Bestimmungen des Statuts, er enthielt kein juristisches Urteil, sondern war der Ausspruch eines moralischen Urteils über einen etwaigen künftigen Disziplinbruch. Wir haben, wie es verschiedene Male auch andere Parteien getan haben, vor der Oeffentlichkeit erklärt: Wenn Ihr Parteitagbeschlüsse nicht achten wollt, dann habt Ihr auch nicht das moralische Recht, Euch mehr als Parteigenossen zu betrachten, nicht wir schließen Euch aus, sondern Ihr selbst löst das Band mit uns. Das ist ja das große Unglück, daß wir eine Anzahl von Leuten haben — ich meine hier nicht unsere badischen Freunde —, die immer noch Parteimitglieder bleiben, obgleich sie Anschauungen zur Freude der Gegner propagieren, die alles eher als sozialdemokratisch sind. (Demonstrativer Beifall, lebhaftes Händeklatschen, Rufe: Das ist nicht persönlich, das ist eine Wiedereröffnung der Debatte.) Genosse Frank hat, gestatten Sie mir den Ausdruck, etwas blauen Dunst machen wollen (Unruhe, Glocke des Vorsitzenden) —, ich habe ja um die Erlaubnis zu diesem Ausdruck gebeten (Heiterkeit) —, als er, um seine schwache Stellung zu verdecken, die Behauptung aufstellte, daß wir mit unserem Antrag einen Rückzug angetreten hätten. Frank hat dabei übersehen, daß Bebel in der von ihm verlesenen Erklärung namens des Parteivorstandes an uns die Bitte gerichtet hat, unseren Antrag nicht aufrecht zu erhalten, aus formellen Gründen, obwohl der gesamte Parteivorstand sachlich mit uns einig und derselben Meinung sei. Frank hat weiter übersehen (Frank: Das habe ich nicht übersehen, das habe ich gesagt!), daß es in derselben Erklärung des Parteivorstandes heißt, daß, wenn die Genossen sich noch einmal über Parteitagsbeschlüsse hinwegsetzen, die Voraussetzungen des § 23 des Statuts gegeben seien. Es ist also hier, wie in dem zurückgenommenen Antrag, als selbstverständlich angesehen, daß zum Ausschluß selbst das statutenmäßige Verfahren stattfinden soll. Wir haben somit weder einen Rückzug angetreten, noch treffen uns die von mir eingangs besprochenen Bemerkungen Franks. (Beifall bei der Mehrheit.)" (S. 370.)

In namentlicher Abstimmung wird der 1. Absatz des Antrages 90 mit 266 gegen 106, der 2., 3. und 4. Absatz mit 301 gegen 71, die Resolution im ganzen mit 289 gegen 80 Stimmen angenommen (S. 373 ff.). Antrag 94 wird mit großer Mehrheit abgelehnt. (S. 376.)

Da der neue Antrag Zubeil (97) noch zur Verhandlung kommen soll, verläßt ein Teil der Süddeutschen den Saal. Begründend führt Haase-Königsberg aus:

„... Weshalb ist denn nun dieser Antrag von neuem notwendig geworden? Genosse Frank hat eben die Stelle, auf die es hier ankommt, zur Verlesung gebracht. Er wurde in den letzten Tagen immer wieder von uns, ich möchte fast sagen, angefleht, er solle doch einmal eine klare Erklärung darüber abgeben, wie er sich in Zukunft zu unserem Beschluß verhalten werde, und darauf

kam in seinem Schlußwort, als man ihm sachlich nicht mehr antworten konnte, der Passus: keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was in der Budgetabstimmung der nächsten Jahre geschehen wird, das ist eine Frage der Verhältnisse. Diese Erklärung war eingekleidet allerdings in Friedensbeteuerungen, das gebe ich zu. Aber als Ganzes, Genossen, mußte diese Erklärung als Faustschlag in das Gesicht der großen Mehrheit des Parteitages empfunden werden und ist er empfunden worden. (Lebhafte Zustimmung.) Daß unsere Parteigenossen erklärten, daß sie von den Verhältnissen ihre Stellung zur Budgetabstimmung abhängig machen würden und nicht vom Willen der Gesamtpartei, der zu wiederholten Malen auf das entschiedenste zum Ausdruck gebracht worden ist, das mußte hier Erregung erzeugen und wird sicherlich draußen im Lande noch viel mehr Erregung hervorrufen.

Wir mußten deswegen Klarheit schaffen, damit nicht der Anschein erweckt werden konnte, als ob der Parteitag die Erklärung des Parteivorstandes lediglich zu den Akten genommen habe, und als ob ein verbindlicher Beschluß in dieser Richtung nicht vorliegt. Der Beschluß war erforderlich, damit jeder ohne Zweifel weiß, daß der Parteitag nicht gewillt ist, sich einen neuen Disziplinbruch gefallen zu lassen, von welcher Seite er auch immer komme. (Beifall.)" (S. 278.)

Hoch-Hanau:

„... Was ist denn die Sache, um die es sich dreht? Einfach die, daß wir von den Genossen die einfache Erklärung verlangen, daß sie die Beschlüsse des Parteitags, die Bestimmungen des Organisationsstatuts auch für sich als maßgebend anerkennen. (Sehr richtig!) Wenn Frank dies ohne Nachsatz erklärt hätte, dann wäre die Sache für uns erledigt, wir hätten das gehabt, was wir wollten. Nun verlangen die Genossen doch im ganzen Lande, daß auf diesem Parteitag festgestellt wird, daß der Beschluß nicht nur sozusagen für die gewöhnlichen Arbeiter gilt, sondern für jeden Genossen. Wir haben die Verpflichtung, nicht eher fortzugehen, bis wir dies geregelt haben. (Zustimmung.)... Aber daß die Badener Bedenken hatten, dies eine Wort auszusprechen: wir fügen uns, das ist das Wichtige. (Leinert: Den Kotau müssen sie machen!) Nein, indem man erklärt, wir sind Parteigenossen, erklärt man auch, daß man sich fügt und die Statutbestimmungen befolgen will. Ist denn das ein Kotau, wenn ich sage: da ich der Partei angehöre, habe ich mich auch zu fügen. Fischer sagt: Wie würden die Genossen vor den Gegnern dastehen, die ihnen sagen würden: Das habt nicht ihr beschlossen, sondern das hat euch der Parteitag vorgeschrieben. Aber gerade das verlangen wir von jedem Parteigenossen, daß er sich an die Parteitagsbeschlüsse hält, und wenn er das nicht kann, dann hat er das Mandat niederzulegen. (Beifall und Händeklatschen.)..." (S. 382.)

Außerdem sprechen noch Richard Fischer und Vogtherr-Wiesbaden. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 64 Stimmen angenommen. (S. 383.)

Der Vorsitzende Dietz konstatierte im Schlußwort des Parteitages, indem er auf Solidaritätserklärungen zum preußischen Wahlrechtskampf hinwies:

„... Nun noch einige Worte zu der badischen Budgetbewilligung, die ihre Schatten in der Literatur und in Versammlungen vorauswarf. Gewiß, die Angelegenheit war auch für uns keine angenehme, aber sie ist erledigt, wie sie unter Parteigenossen erledigt werden muß. (Sehr wahr!) Harte Worte links und rechts, dann aber, als der Streit sein parlamentarisches Ende fand, die erhebenden, von richtigem, parteigenössischem Gefühl getragenen Erklärungen der vier süddeutschen Fraktionen am Freitagmittag. Ich habe in wetterharten Gesichtern manches Auge naß werden sehen — das war keine Sentimentalität, sondern Freude über die wirklich vollzogene Einigung zwischen Nord und Süd unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)..." (S. 484.)

Auf dem Jenaer Parteitag **1911** erklärte Genosse Eichhorn:

„Der Parteitag hat den Antrag 69, gestellt von Trabinger-Karlsruhe, der Beschwerdekommission überwiesen. Der Antrag verlangt, daß die in Baden entstandenen Diskutierklubs, deren einer sich Marxklub nennt, entgegen einem Beschluß des badischen Parteitags vom gegenwärtigen Parteitag für zulässig erklärt werden.

Ich habe hierzu folgende Erklärung abzugeben:

Die Gründung der Diskutierklubs erfolgte in der Absicht, mit Hilfe dieser Organisation auf die Durchführung der Beschlüsse des Parteitags zur Budgetfrage in Baden hinzuwirken. Diese gute Ansicht mußte indessen die Klubs zu Sonderorganisationen stempeln, die eine Einwirkung auf die Zusammensetzung der Verwaltungskörperschaften der Partei, auf die Tätigkeit der Kreisorganisationen usw. anstrebten und sich dadurch mit dem Organisationsstatut in Widerspruch setzen. So unbestritten das Recht der Genossen ist, sich auch außer dem Rahmen der Organisation über theoretische und wissenschaftliche Fragen zu verständigen, so wenig dürfen Neben- und Landesorganisationen bestehen. Mit telegraphischer Ermächtigung der Antragsteller ziehe ich deshalb den Antrag zurück." (S. 374 f.)

Bäder.

Auf dem Magdeburger Parteitag **1910** wurde folgender Antrag 72 (Berlin, 4. Kreis, Genosse Kulczinsky) nicht genügend unterstützt (S. 470):

„Die Genossen in den Stadt- und Gemeindevertretungen zu beauftragen, dahin zu wirken, daß in jedem Dorf und jeder Stadt Luft-, Licht-, Sonnen- und Wasserbäder eingerichtet werden, in den Schulen und Fortbildungsschulen der Unterricht im Schwimmen eingeführt wird."

Balkan.

Zur Eröffnung des Parteitages in Chemnitz **1912** führte Haase als Vorsitzender des Parteivorstandes aus:

„... Ist so die innere Politik wenig erfreulich, so leben wir dauernd jetzt in der Furcht, daß eines Tages die Kriegsfurie durch das Land oder gar durch die ganze zivilisierte Welt rasen könnte. Genossen! Die Rüstungen, die bei uns beschlossen werden, haben zur notwendigen Folge, daß auch die anderen großen Staaten rüsten. Auf die Bewilligung unserer Militär- und Marineforderungen folgte sofort die Marinevorlage in England, folgten Bewilligungen für eine neue Flotte in Rußland, folgte eine Vorlage in Frankreich und eine weitere in Oesterreich. Und dieses Rüsten birgt in sich die Gefahr, daß eines Tages die Kanonen losgehen, die Torpedos gegeneinander ins Feuer geschickt werden. Auf dem Balkan, fern in der Türkei, dort, wo nach einem Worte Bismarcks nicht einmal die Knochen eines pommerschen Grenadiers geopfert werden sollten, da hat Deutschland jetzt große, wirtschaftliche Interessen, und es ist mehr als je interessiert an dem Schicksal dieses Landes. Dort auf dem Balkan, da sieht es jetzt aus, wie in einer einzigen großen Pulverkammer. Ein Funke braucht nur hineinzufliegen, und die Explosion ist da, und ein Weltkrieg kann entstehen. Zwischen uns und England wird hin und her gehetzt. Die Kriegstreiber sind am Werke, um diese Kulturnationen gegeneinander in den Krieg zu treiben. Die ganze wirtschaftliche Situation bringt an sich schon eine Spannung zwischen jenen Ländern hervor ..." (S. 192.)

In seiner Begrüßungsansprache sagte dort Parteisekretär Buchinger-Budapest:

„... Mittels des parlamentarischen Staatsstreichs wurde die Wehrvorlage durchgepeitscht, weil man dadurch um die Notwendigkeit der Wahlreform herumzukommen hoffte. (Hört! hört!) Aber anstatt durch die Umtriebe auf dem Balkan den europäischen Völkerfrieden zu gefährden, sollte die Regierung sich lieber ihres Versprechens erinnern ..." (S. 202.)

Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag 1913 erwähnt:

„... Der Ausbruch des Balkankrieges gestaltete sich sofort zu einer großen europäischen Gefahr, die den Ausbruch des Weltkrieges in greifbare Nähe rückte. Selbstverständlich erhob das klassenbewußte Proletariat alsbald seine Stimme gegen den Krieg. Zahlreiche Flugschriften, in denen die Ursachen des Krieges bloßgelegt und die Reichsregierung aufgefordert wurde, alles zu tun, was zu tun ihr möglich sei, um den Krieg auf seinen Herd zu beschränken, wurden im ganzen Reich in vielen Millionen Exemplaren verbreitet. Bis in die kleinsten Dörfer hinein wurden Versammlungen abgehalten, um die Bevölkerung zum Protest gegen die Kriegshetze und den Militarismus aufzurufen. In den großen Städten kam es zu machtvollen Kundgebungen für den Völkerfrieden. Da Oesterreich, Italien, Frankreich und England in gleicher oder doch nahezu gleicher Weise bedroht waren, wie Deutschland, wurden in den westeuropäischen Hauptstädten große Demonstrationen mit internationalem Redneraustausch veranstaltet ..." (S. 5.)

Der Bericht der Reichstagsfraktion meldet dann:

„Was der Reichskanzler über die Ereignisse am Balkan zu sagen wußte, war dem Umfange und dem Inhalt nach außerordentlich dürftig. Der Ausbruch der Feindseligkeiten sei zu erwarten gewesen, man habe ihn aber hintanzuhalten versucht. Als das nicht mehr möglich war, habe man die Streitigkeiten zu lokalisieren versucht. Deutschland sei ökonomisch am türkischen Problem interessiert. Sollten sich bei der endgültigen Regelung der Kriegsergebnisse für unsere Bundesgenossen Schwierigkeiten ergeben, „dann würden wir, unserer Bündnispflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben".

Unser erster Redner war Genosse Ledebour. Er wies einleitend auf die Dürftigkeit der Rede des Reichskanzlers hin, der nichts über die Dinge selbst, sondern um sie herumgeredet habe. Ledebour gab dann einen umfassenden Ueberblick über die gesamte auswärtige Lage, wobei er die jüngste imperialistische Phase der deutschen Auslandspolitik bis zur Besetzung von Kiautschau zurückverfolgte und ihre zahlreichen Mißgriffe und Fehler aufdeckte. „Ich führe alle diese Tatsachen an, meine Herren, weil sie zeigen, wie gering das Vertrauen ist, das wir zu den Leitern unserer Reichsregierung in bezug auf die Beurteilung der auswärtigen Verhältnisse haben, und wenn wir uns darauf verlassen müßten, daß der Friede Europas bewahrt bliebe wegen der Aktion der europäischen, insbesondere der deutschen Diplomatie, so würden wir von allen guten Geistern verlassen sein. Wenn jetzt, was wir alle mit Freuden begrüßen, in dem Balkankrieg eine Wendung eingetreten ist, die die ziemlich sichere Aussicht auf Herstellung des Friedens eröffnet, so bin ich fest überzeugt, daß darauf sehr viel, wenn nicht in der Hauptsache, eingewirkt hat das internationale Proletariat." Ledebour untersuchte sodann die Berechtigung der Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland Oesterreich die Bündnispflicht zu halten habe. Wir seien darnach Oesterreich und auch Italien geradezu ausgeliefert, ohne aber auf deren Entscheidungen einen Einfluß zu haben. Ein wesentlicher Teil der Schuld an den Wirren liege an der Unfähigkeit der Diplomatie. Darauf behandelte der Redner die albanische und die südslawische Frage, er verlangte Gleichberechtigung aller Sprachen und Nationalitäten. Der asiatischen Türkei könne nur durch Reformen geholfen werden Eine wichtige Bürgschaft für den Weltfrieden sei eine Verständigung Deutschlands mit England. Die eigentliche Hoffnung der Zukunft aber beruhe auf dem an Kraft und Einfluß wachsenden Friedenswillen des Proletariats, wie er sich jüngst wieder auf dem internationalen Kongreß in Basel machtvoll geäußert habe.

Auf die Aeußerungen der bürgerlichen Redner, die alle mehr oder weniger gegen Ledebour und die sozialdemokratische Auffassung Stellung genommen hatten, antwortete am zweiten Tage Genosse David. Er ging davon aus, daß die Rede des Reichskanzlers, wie Preßstimmen bereits beweisen,

geeignet sei, die Kriegsstimmung in Wien zu beleben, denn sie scheine eine Erweiterung unserer Bündnispflichten gegen Oesterreich zu enthalten. Der Dreibundvertrag stelle aber lediglich ein Defensivbündnis gegen russische Drohungen dar. Wenn aber etwa Oesterreich Serbien angreife und Rußland dann Serbien beispringe, so seien wir nach dem Dreibundvertrag nicht verpflichtet, zu den Waffen zu greifen. David rechnete dann mit den Kriegshetzern ab, die in Deutschland und in anderen Großstaaten ihr verbrecherisches Unwesen treiben. Demgegenüber müsse auf eine Entspannung zwischen Deutschland und England und zwischen Deutschland und Frankreich hingearbeitet werden, um dadurch den beherrschenden Einfluß Rußlands zu brechen. Die Zwietracht der europäischen Westmächte habe die Situation herbeigeführt, wo Rußland ungehindert nach allen Richtungen hin neue Ländermassen an sich reißen und auch in der Balkanfrage eine so drohende Stellung einnehmen könne. Es sei das erfreulichste Moment in der gestrigen Debatte, daß der Staatssekretär von Kiderlen-Waechter die Mitteilung machte, daß es zwischen England und Deutschland zu einer „erfreulichen Intimität" gekommen sei. Auf dem Balkan habe Deutschland nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Was in der Türkei jetzt zusammengebrochen sei, sei ein Junkerregiment, ähnlich dem, das wir in Ostelbien haben. Der neue Balkanbund könne ein großer Fortschritt sein, wenn dort ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen werde. Genosse David schloß mit einer eindrucksvollen Rechtfertigung und Würdigung des Baseler Friedenskongresses und des unwiderstehlichen Friedenswillens der erwachenden Massen.

Als dritter Fraktionsredner sprach Genosse Haase, der die Einwände der Gegner gegen Davids Ausführungen kritisch zerpflückte und vor allen Dingen eine „hochnotpeinliche" Frage des Zentrumsfürsten Löwenstein klar und präzis beantwortete: ob die Sozialdemokratie einen etwaigen Krieg durch eine Revolution verhindern wolle. Haase zitierte Lassalles Wort, daß Revolutionen überhaupt nicht willkürlich „gemacht" werden können, und eine Auslassung Kautskys in seiner Schrift „Die soziale Revolution", „daß heute wohl nur noch militärische Fanatiker den traurigen Mut auftreiben können, mit kaltem Blut nach Krieg zu verlangen" . . ." (S. 82 ff.)

(Siehe auch den Artikel „Auswärtiges Amt".)

Baseler Kongreß.

Der Parteivorstand berichtete dem Parteitag zu Jena **1913**:

„Den Höhepunkt der Bekundung proletarischer Solidarität stellte der Internationale Kongreß in Basel dar, der am 24. und 25. November abgehalten wurde. Der Eindruck, den der Kongreß auf die öffentliche Meinung gemacht hat, war ein so großer, daß die bürgerliche Presse geradezu sprachlos war. Sie begnügte sich, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, mit kleinen Notizen, die aber über den Verlauf der Tagung so gut wie nichts berichteten. Dieses Verhalten wird begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen ungewöhnlichen Umständen der Kongreß getagt hat. Die Teilnehmer des Kongresses wurden nach einem Demonstrationszug, der von einem Kasernenhof aus sich in Bewegung gesetzt hatte, durch den schweizerischen Regierungspräsidenten Blocher im Baseler Münster begrüßt! Es ist durchaus verständlich, daß ob dieser „unerhörten Tatsachen" die gutgesinnten Philister aus aller Fassung gerieten. Aber was den meisten unserer Gegner als die Hauptsache an dem Kongreß erschienen ist, war doch für das Proletariat das minder Wichtige. Für die klassenbewußte Arbeiterschaft liegt die Bedeutung des Baseler Kongresses in der erneut dokumentierten unerschütterlich feststehenden Solidarität des Proletariats der gesamten Kulturwelt.

„Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinen-

den Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

So heißt es, wie schon in Stuttgart und Kopenhagen, auch wieder an der Spitze des Baseler Manifests der Internationale. Daß es dem Proletariat und seinen berufenen Vertretern ernst ist mit solchen Beschlüssen, das haben die weiteren Kundgebungen des Volkes und die Verhandlungen in den Parlamenten klar bewiesen." (S. 5 f.)

Baugewerbe.

Dem Magdeburger Kongreß **1910** berichtete der Parteivorstand:

„Im Baugewerbe ist der Kampf vom Unternehmertum in der frivolsten Weise provoziert worden. Durch die Aussperrung sollten die Arbeiterorganisationen vernichtet, die „Macht der Arbeiter" gebrochen werden. Selbst in den Kreisen der Bauunternehmer mangelte es nicht an Personen, die die Utopie eines solchen Beginnens erkannten; sie konnten aber die von langer Hand vorbereitete Aussperrung nicht verhindern. Der Ausgang des Kampfes hat den Unternehmern gezeigt, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen Machtfaktoren geworden sind, mit denen sie wohl oder übel rechnen müssen. Denn die Arbeiter im Baugewerbe haben den Angriff des Unternehmertums auf ihre Organisationen nicht nur völlig abgeschlagen, sondern auch nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Vorteile errungen." (S. 14.)

In seinem Referat über die Arbeitslosenfürsorge auf dem Jenaer Parteitag **1913** bemerkte Timm-München:

„... Dazu kommt, daß einzelne Industrien, so das Baugewerbe, vollständig darniederliegen. Besonders in den deutschen Großstädten ist wohl selten eine solche Wirtschaftskrise im Baugewerbe vorhanden gewesen wie gegenwärtig. Das hängt mit dem Tiefstand des Baukredits, mit den wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen zusammen.

Wenn ich Ihnen ein kurzes Elendsbild über die Arbeitslosigkeit in München gebe, so ist hervorzuheben, daß die Verhältnisse im Baugewerbe dort zurzeit geradezu trostlos sind. Eine Arbeitslosenzählung, die wir vom 1. bis 15. Juli veranstaltet haben, hatte das Ergebnis, daß von den 70 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften 6034, gleich 8,5 Proz., arbeitslos waren, davon 1624 bereits über sechs Wochen. (Hört! hört!) Von den gesamten Arbeitslosen entfällt wiederum die Hälfte, zirka 3000, auf das Baugewerbe, und davon ist eine große Anzahl bereits seit dem 1. Oktober 1912 arbeitslos, ohne daß es ihnen mit der größten Anstrengung gelungen ist, nur irgendwie Arbeit zu erhalten. Die trostlosen Verhältnisse im Münchener Baugewerbe drücken sich übrigens auch aus in dem Mitgliederstand der größten Münchener Kasse, der Münchener Ortskrankenkasse. Verzeichnete das Baugewerbe Anfang Juli 1911 noch einen Mitgliederstand von 25 226, so ging er in der gleichen Zeit 1912 auf 20 352 zurück und erreichte Anfang Juli 1913 einen Tiefstand von 15 065. (Hört! hört!) Also im Baugewerbe ging die Mitgliederzahl der Ortskrankenkasse München in zwei Jahren um 10 161 zurück. (Hört! hört!) Trotzdem der Bauarbeiterverband, der bekanntlich die Arbeitslosenunterstützung noch nicht eingeführt hat, seinen in München arbeitslosen Mitgliedern aus lokalen Mitteln eine Unterstützung von 31 284 M. seit dem 1. Dezember 1912 gewährte, war dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Stadt München gewährte den Arbeitslosen in der Zeit vom 20. Januar bis 15. März 1913 eine Unterstützung im Betrage von zirka 90 000 M. Allein auch diese Summe erwies sich gegenüber dem Massenelend als viel zu gering." (S. 386.)

Winnig-Hamburg führte aus:

„...Jede Industrie steht entweder mitten drin in der Krise oder sie ist nahe daran. Besonders trifft das für das Baugewerbe zu, für das die Frage der Arbeitslosenfürsorge eine größere Rolle spielt, als für die meisten anderen Gewerbe. Die Bauarbeiter waren infolge der Eigenart ihres Berufes bisher zum größten Teil nicht in der Lage, durch Selbsthilfe eine Sicherung gegen die zerstörende Wirkung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Sie sind jetzt aber auf dem besten Wege dazu, allerdings durch Auferlegung sehr großer Opfer.

Aus den Konjunkturberichten, die wir im Bauarbeiterverband aus etwa 120 Orten eingefordert haben, schließen wir, daß gegenwärtig in dieser Zeit, die sonst eine Zeit gesteigerter Bautätigkeit ist, wo die Herzbelebung eintritt, 18 bis 20 Prozent der ganzen deutschen Bauarbeiter ohne Beschäftigung sind. (Lebhaftes Hört! hört!) In Hamburg, wo man in der Bauarbeiterorganisation eine gute Kontrolle über die Arbeitslosen führt, haben sich in den letzten Monaten von 11 000 Arbeitern im Durchschnitt 2700 bis 3000 pro Monat arbeitslos gemeldet. (Lebhaftes Hört! hört!) In Berlin sind die Zustände nicht besser, ebenso sind sie in Kiel, Lübeck, Hannover, Breslau, München, Nürnberg, Regensburg und vielen anderen Städten. Ueberall herrscht eine Arbeitslosigkeit von einer Wucht, wie wir sie seit 1908 nicht gehabt haben, um nicht in spätere Zeiten zurückzugehen. Bei uns an der Zentralstelle im Bauarbeiterverband kommen manchmal Briefäußerungen ergreifender Art, herrührender Verzweiflung an, die uns an das Wort erinnern: „Wenn ihr wüßtet, was ich weiß, dann würdet ihr viel weinen und wenig lachen!" Viele Zehntausende leben in bitterer Not, während die herrschenden Klassen in Jubelfeiern schwelgen. (Sehr richtig!) ..." (S. 406.)

Silberschmidt-Berlin:

„...Wir als Berliner haben besonders schwer unter dieser Arbeitslosigkeit zu leiden. Ist doch in Berlin seit einer Reihe von Jahren eines der wichtigsten Gewerbe, das Baugewerbe, besonders schwer bedrängt. In einer Zeit, wo sonst die Arbeitslosigkeit am niedrigsten ist, zählte der Deutsche Bauarbeiterverband über 23 Prozent seiner Mitglieder als Arbeitslose. (Hört! hört!) ..." (S. 413 f.)

Bergarbeiter.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Magdeburger Parteitag **1910** sagt:

„Einen schweren Kampf hatte der Bergarbeiterverband im Mansfelder Revier zu führen. Sonst patriotische Bergleute hatten, getrieben von der steigenden Not, sich dem Bergarbeiterverband angeschlossen, um ihre Lage zu verbessern. Die Maßregelung von 70 Arbeitern war die Antwort der Bergherren, worauf Tausende von Bergleuten sich solidarisch mit ihren Kameraden erklärten und in den Streik eintraten. Die Antwort der Bergherren war der Appell an die Staatsgewalt. Soldaten, wie für den Krieg ausgerüstet, gingen in das Streikgebiet und nahmen mitten im Frieden eine Stellung ein wie in Feindesland. Wenn vor einem oder zwei Jahren ein Sozialdemokrat in jene Gegend gekommen wäre und das, was jetzt sich zutrug, als möglich dargestellt hätte, so hätte man ihn ausgelacht oder gar mit Gewalt vertrieben. Jetzt aber lernten die Arbeiter die wahre Natur des Klassenstaates kennen und werden ihr künftiges Tun und Lassen darnach einrichten. Gleichzeitig haben sie aber auch begriffen, daß das Solidaritätsgefühl bei den Arbeitern kein leerer Begriff ist.

An den Rand eines großen Ausstandes trieben die Bergherren des Ruhrreviers die Bergarbeiter durch Errichtung sogenannter Arbeitsnachweise. Nur der Klugheit, Umsicht und Besonnenheit der dem Unternehmertum sonst so verhaßten Führer ist es zu danken, daß es nicht zu einem großen, das ganze wirtschaftliche Leben der Nation in Mitleidenschaft ziehenden Bergarbeiterausstand gekommen ist." (S. 14.)

Die Fraktion berichtete über eine Interpellation wegen der Verwendung von Militär gegen die Mansfelder Streikenden. (S. 96 ff.)

Auf der Tagesordnung des Chemnitzer Parteitages **1912** stand als 7. Punkt der Bergarbeiterschutz.

Der Parteivorstand berichtete (S. 57 f.) über die Justiz im Ruhrgebiet, die nach dem Bergarbeiterstreik eine fabelhafte Tätigkeit entwickelte. Die Fraktion berichtete (S. 148 ff.) von ihrer Interpellation über den Bergarbeiterstreik.

Dem Parteitage lagen zwei Anträge zum Bergarbeiterschutz vor, von denen 185 (Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten) erledigt wurde durch Annahme von 199:

Resolution zum Bergarbeiterschutz: „Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massenkatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergwerksarbeiter sei hinreichend gesorgt, eine wider besseres Wissens aufgestellte Behauptung ist. Schon die Tatsache, daß die Unfallziffern in anderen europäischen Ländern erheblich geringer sind, zwingt zu dem Schluß, daß nicht alle Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Deutschland in Anwendung sind. Es ist beschämend, daß Deutschland im Bergarbeiterschutz hinter dem Auslande zurücksteht. Der Parteitag beauftragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklichst zur Beschlußfassung über eine den modernen Betriebs- und Arbeiterverhältnissen entsprechende reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens zwingend festlegen:

1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberarbeitzeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders nassen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;
2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige Vorbildung mangelt;
3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;
4. Anstellung von Grubenkontrolleuren mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;
5. Bereithaltung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallopfer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauten Mannschaften;
6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten (Brausebäder) auf allen Werken.

Der Parteitag erwartet, daß angesichts der furchtbaren Unglücksfälle der letzten Zeit der Reichstag und die verbündeten Regierungen endlich es für ihre Gewissenspflicht erachten werden, die gestellten Forderungen durchzuführen."

Nach einem Referat Hues (S. 359 ff.), das sich besonders mit dem Unglück auf Zeche „Lothringen" befaßt und das Verhalten der Christlichen beim letzten Bergarbeiterstreik als „infamen, verbrecherischen

Massenstreitbruch" kennzeichnet, „wie ihn die Welt noch niemals gesehen hat", wird die Resolution 199 ohne Debatte einstimmig angenommen.

Berner Konferenz.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag **1913** sagt:

„War dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel die besondere Aufgabe zugefallen, zum Balkankrieg Stellung zu nehmen, so sollte eine von schweizerischen Volksvertretern der verschiedensten Parteirichtungen zu Pfingsten 1913 nach Bern einberufene „Verständigungskonferenz", zu der die Parlamentarier aller Parteien aus Deutschland und Frankreich eingeladen waren, der Förderung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland dienen. Direkter Anlaß zur Einberufung dieser Konferenz waren die neuen Militärvorlagen in Frankreich und Deutschland. Es nahmen an der Konferenz 156 französische und deutsche Abgeordnete teil; während aber aus Frankreich auch 83 bürgerliche Parlamentarier, darunter verschiedene ehemalige Minister, erschienen waren, hatten sich aus Deutschland nur 6 bürgerliche Abgeordnete eingefunden. Davon waren 4 Volksparteiler und 2 Elsässer. Die geringfügige Anzahl Bürgerlicher aus Deutschland war kennzeichnend für den Liberalismus, der bis auf einen kleinen Rest dem Imperialismus vollständig verfallen ist. Das Ergebnis der Konferenz darf man nicht überschätzen, man darf es aber auch nicht unterschätzen. Das Bekenntnis einer so großen gemischten Parlamentarierschar zur unbedingten Friedensliebe, sowie die unbedingte Anerkennung des Prinzips der Schiedsgerichte, wie sie in unserem sozialdemokratischen Programm gefordert werden, sind immerhin erfreuliche Tatsachen. Es wurde eine permanente deutsch-französische Verständigungskommission eingesetzt, der neben Jaurès-Paris und Haase-Berlin auch die beiden Vorsitzenden der „Schiedgerichtsgruppen" der französischen Kammern, aus Deutschland außerdem der Volksparteiler Konrad Haußmann und der Elsässer Dr. Ricklin angehören. In der einstimmig angenommenen Resolution hieß es unter anderm:

> „Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier, versammelt zu Bern am 11. Mai 1913, wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die verwerflichen chauvinistischen Hetzereien jeder Art und gegen die sträflichen Treibereien, die auf beiden Seiten der Grenze den gesunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande irrezuführen drohen.
>
> Sie weiß und verkündet, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jeden Fortschrittes...
>
> Sie lädt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Beschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte herbeiführen. Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag. Sie fordert demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten und die auf diplomatischem Wege nicht zu schlichten sein sollten, dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden...
>
> Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtern und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen werde..."

Die deutsche und französische sozialdemokratische Parlamentsfraktion, sowie die Parteivorstände der deutschen und französischen Sozialdemokratie haben vor Eintritt in die Tagesordnung eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die prinzipielle Stellung des klassenbewußten internationalen Proletariats zum Krieg und zum Militarismus präzisiert und zum Schlusse gesagt wurde:

„... Die französische und die deutsche Sozialdemokratie begrüßt deshalb aufs wärmste den Zusammentritt der Konferenz in Bern und spricht den Wunsch aus, daß durch sie, auch über die Kreise der Arbeiter hinaus, die Einsicht in die Zusammengehörigkeit der beiden großen Kulturvölker zum Wohle der Menschheit gefördert werde.'" (S. 7.)

Bei der Begründung des Antrages 34 (Siehe den Artikel „Elsaß-Lothringen") führte Grumbach-Kolmar u. a. aus:

„Aus dem Wunsche heraus, die beiden Völker Deutschlands und Frankreichs, die sich kulturell und wirtschaftlich so wunderbar ergänzen, einander näher zu bringen, entstand die Berner Konferenz, auf der Bebel jubelnden Beifall fand, als er im Namen der gesamten deutschen Delegierten in der Plenarsitzung ausrief: „Diese Konferenz war eine Notwendigkeit, man rief förmlich nach ihr."

Nach der Konferenz hat man die deutschen Delegierten in einem Teil der französischen Presse zu diskreditieren versucht mit der Behauptung, daß die 25 sozialdemokratischen Delegierten nicht die Gesamtfraktion hinter sich hätten. Es war ohne weiteres feststellbar, daß die ganze Fraktion die Delegierten nach Bern entsandt hat. Heute gilt es, zu zeigen, daß auch unsere 4¼ Millionen sozialistischen Wähler, daß die Million Organisierter der Partei hinter den Delegierten stehen, die auf zukünftige Berner Konferenzen gehen werden." (S. 360 f.)

Zu der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion bemerkte Dr. Frank-Mannheim:

„... Es wird die Genossen vielleicht interessieren, zu hören, daß diese Konferenz nicht die letzte gewesen ist. Die Fraktion hat bereits die Erweiterung des ständigen Ausschusses vorgenommen, und es besteht der Plan, aufs neue die Parlamentarier der beiden Länder zusammenzurufen, soweit sie der Ueberzeugung sind, daß das Interesse der beiden Nationen streng und unabweisbar die Verständigung verlangt. Streitfragen, über die eine Verständigung nötig und möglich wäre, wie z. B. die Frage der Fremdenlegion, sind genug vorhanden und ich bin überzeugt, daß das, was in Bern unter Mitwirkung Bebels geschaffen wurde, sich zu einer wertvollen internationalen Neubildung entwickeln wird. (Beifall.)" (S. 370.)

Beschwerdekommission.

Zu Mitgliedern der Beschwerdekommission wurden gewählt in Magdeburg **1910** (auf Vorschlag von Antrick-Braunschweig): Bartels-Wernigerode, Brecour-Kiel, Donalies-Königsberg, Mann-Berlin. Frau Poetsch-Leipzig, Rieder-Köln, Riem-Dresden, Stockinger-Pforzheim, Stolten-Hamburg.

In Jena **1911** (auf Vorschlag von Schmitt-München): Bartels-Altona, Frau Blese-Mannheim, Groger-Teltow-Beeskow, Hoffmann-Elberfeld, Husemann-Bochum, Nimmerfall-München, Rauch-Hildesheim, Ryssel-Leipzig, Schaumburg-Hamburg.

In Chemnitz **1912** (auf Vorschlag von Fritsch-Liegnitz): Ryssel-Leipzig, P. Hoffmann-Hamburg, Thurow-Neukölln, Dr. Süßheim-Nürnberg, Seel-Mainz, Löbe-Breslau, Müller-München, Limbertz-Düsseldorf, Hörsing-Beuthen.

In Jena **1913** (auf Antrag Scholich-Breslau): Frau Agnes-Düsseldorf, Gottschalk-Königsberg, Hutterer-Frankfurt a. M., Krüger-Rostock, Maier-Heidelberg, Paulick-Dessau, Rindfleisch-Kiel, Ryssel-Leipzig und Scholz-Neukölln.

Auf dem Jenaer Parteitag **1913** bemerkt als Berichterstatter der Beschwerdekommission Ryssel:

„Bei Durchsicht der Akten sind wir auf eine Anregung des Parteivorstandes gestoßen, die ich hier im Auftrage der Beschwerdekommission zur prinzipiellen Entscheidung bringen möchte. Alle Mitglieder der Beschwerdekommission haben erklärt, daß es im Sinne des Schiedsgerichtsverfahrens liege und überall so gehandhabt werde, daß Schiedsgerichtssitzungen nicht öffentlich für die Parteigenossen abgehalten werden. In einem Falle hat nun der Angeschuldigte verlangt, daß die Genossen, die sich dafür interessieren, zugelassen werden sollen. Der Parteivorstand hat auf eine Anfrage erklärt, daß die erste Untersuchungskommission des Bezirks nicht öffentlich, dagegen das Schiedsgericht öffentlich für legitimierte Parteigenossen verhandeln sollte. Wenn Sie wissen, welcher niedrige und parteischädigende Stank in diesen Schiedsgerichten oft verhandelt werden muß, so sind Sie wohl mit der Kommission der Meinung, daß es im Interesse der Partei liegt, die Sache nicht in weitere Kreise dringen zu lassen. Der Charakter der Schiedsgerichte liegt darin, daß die Oeffentlichkeit nicht belästigt werden soll. Es kann aber nicht angehen, daß die Sache in einem Bezirk anders gehandhabt wird wie in einem anderen, und aus diesem Grunde schlägt die Kommission vor, und zwar einstimmig: Der Parteitag möge beschließen, die Verhandlungen der Schiedsgerichte sind nicht öffentlich. (Zustimmung und Widerspruch.)"

Scheidemann:

„Ich möchte Sie bitten, in dieser wichtigen Frage augenblicklich keine Entscheidung zu treffen. Die Konsequenzen sind im Augenblick nicht zu übersehen. Ich bitte Sie, diese Frage dem Vorstande und Ausschuß zur gemeinsamen Beratung und Beschlußfassung zu übertragen."

Der Antrag Scheidemann wird angenommen. (S. 536.)

(Vergleiche zur Tätigkeit der Beschwerdekommission u. a. die Artikel „Borchardt", „Göppingen", „Hildebrand", „Lokalorganisierte", „Maifeier", „Radek", „Stuttgart".)

Beschwerdekommissionen.

Auf der Jenaer Frauenkonferenz **1911** führte Ottilie Baader im Geschäftsbericht aus:

„Ueber die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen habe ich nur wenig zu berichten. Sie werden ja zwar schon seit Jahren propagiert, sind aber doch noch nicht so entwickelt, daß schon ein eingehender Bericht über ihre Wirkung gegeben werden könnte. Schon im Jahre 1900 auf der Konferenz in Mainz wurde betont, daß die arbeitenden Frauen von ihrem Recht oft keine Vorstellung haben und deshalb sich vieles gefallen lassen, was sie bei Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen abwehren würden. Vielfach fürchten sie sich auch, ihre Beschwerden bei der richtigen Stelle, beim Gewerbeinspektor, anzubringen. Deshalb sind in Berlin gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission Beschwerdekommissionen eingerichtet. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe auch mehr und mehr in die Hand genommen. Es ist hauptsächlich eine gewerkschaftliche Aufgabe. Ueber den Fortschritt der Beschwerdekommissionen und ihre Wirksamkeit werden daher die Vertreterinnen der Gewerkschaften eine bessere und genauere Auskunft geben können als ich. Jedenfalls müssen sich die Arbeiterinnen auch dieser Einrichtung annehmen; denn auch sie ist geeignet, unsere Bewegung zu stärken und die Zahl unserer Streiterinnen zu vermehren. (Lebhafter Beifall.)" (S. 430 f.)

Genossin Hanna:

„Ohne die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Arbeiterschutzgesetze wirkungslos bleiben; die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht ja nicht aus, auch nur einmal im Jahre sämtliche Betriebe zu besichtigen. Von einer prak-

tischen amtlichen Kontrolle über die Durchführung der Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung kann also gar nicht die Rede sein. Auch die Art der Kontrolle macht es unmöglich, daß die Beamten die Umgehung der Bestimmungen erkennen; die Schäden eines Betriebes zu erkennen, ist eben nur den dort Beschäftigten möglich. Daher lassen viele Gewerbeaufsichtsbeamte es sich angelegen sein, die im Betriebe Beschäftigten zu befragen. Aber namentlich die Arbeiterinnen haben eine Scheu, wenn sie von Personen aus einer anderen Gesellschaftsklasse befragt werden, namentlich, wenn diese Personen amtliche Eigenschaft haben. Auch sind die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht in der Lage, selbst bei erkannten Mißständen genügend auf Abhilfe zu dringen. Der wirksamste Schutz für die Arbeiter ist die Organisation; aber leider ist gerade von den Arbeiterinnen erst ein sehr geringer Prozentsatz organisiert und deshalb sind gerade in den Betrieben, in denen die Arbeiterinnen beschäftigt sind, die Verhältnisse am schlechtesten. Die Gesetzgebung erkennt einen besonderen Schutz für die Arbeiterinnen als notwendig an und hat für sie besondere Schutzbestimmungen erlassen. Um diesen Schutz auch in der Praxis zu gewähren, sind von uns die Beschwerdestellen eingerichtet. Wohl ist die Durchführung der Schutzbestimmungen Aufgabe der Gewerkschaften, aber nach Lage der Dinge sind die Gewerkschaften allein nicht dazu in der Lage. Die Beschwerdestellen sollen die Beschwerden den Gewerbeaufsichtsbeamten übermitteln, ohne jedoch die Namen der Beschwerdeführenden zu nennen, während die in den Beschwerdestellen tätigen Genossinnen natürlich mit ihrem Namen für die Richtigkeit der Beschwerden einstehen müssen. Aus diesem Grunde brauchen wir zur Entgegennahme von Beschwerden wirtschaftlich unabhängige Personen. Diese finden wir allerdings in den Arbeitersekretariaten; wir wollen aber den Arbeiterinnen Gelegenheit geben, alles sagen zu können, selbst Dinge, über die eine Frau nicht gern zu Männern spricht. Deshalb haben wir empfohlen, die Entgegennahme von Beschwerden aus Arbeiterinnenkreisen weiblichen Personen zu übertragen, und dies ist der Grund, warum die Errichtung von Beschwerdestellen eine gemeinsame Angelegenheit der Gewerkschaftskartelle und örtlichen Parteiorganisationen geworden ist. Die Tätigkeit der Genossinnen in den Beschwerdekommissionen ist ganz besonders schwierig, denn sie sind meist nicht in der Lage, die Betriebe persönlich zu kontrollieren, und doch müssen wir unseren Stolz daran setzen, daß die Beamten konstatieren müssen, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ihnen übermittelten Beschwerden den Tatsachen entsprechen. Oft kommt es vor, daß die Arbeiterinnen sich jahrelang Mißstände gefallen lassen. Kommt dann eine Differenz vor, dann sind sie verärgert und übertreiben in ihrer Beschwerde. Muß der Beamte auch nur in wenigen Fällen solche Uebertreibungen konstatieren, so ist sein Vertrauen zu der Mittelsperson geschwunden, und im Wiederholungsfalle können wir ihn nur schwer veranlassen, den Betrieb auf die mitgeteilten Tatsachen hin zu kontrollieren. — In welcher Weise die Beschwerdestellen funktionieren, ist natürlich schwer zu sagen. Bis jetzt haben wir an 50 Orten in Deutschland solche Stellen errichtet, deren Tätigkeit noch nicht weit zurückreicht. Die meisten Beschwerden kamen aus Anlaß der Durchführung des zehnstündigen Normalarbeitstages, und vielfach kamen sogar Fragen von Arbeiterinnen, wie sie seine Durchführung verhindern könnten, weil sie von der Durchführung verminderten Verdienst fürchteten und im Anfang vielleicht auch hatten. Das ist bezeichnend für die ganze Lage der Arbeiterinnen. Mit dem Ausbau der Beschwerdeorganisationen werden wir zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen beitragen; wir werden aber damit auch den Organisationsgedanken unter den Arbeiterinnen verbreiten, und das ist die Hauptsache, denn der wirksamste Arbeiterschutz ist die Organisation der Arbeiterschaft. (Beifall.)" (S. 431 f.)

Genossin Simon-Brandenburg:

„Wir müssen die Beschwerde gegenüber der Gewerbeaufsicht decken, wenn man auch mitunter versuchen mag, von uns die Angabe zu verlangen, wer Beschwerde geführt hat. Vielfach wird den Arbeiterinnen von Meistern und selbst von Unternehmern in schändlichster Weise nachgestellt. Ein solcher Fall, der uns zur Kenntnis kam, führte zur Bestrafung des Unternehmers mit 500 M. Geldstrafe, außerdem hatte er die ganzen Kosten zu tragen. Es ist aber notwendig, daß Beschwerden über solche die Moral schwer schädigenden Vorkommnisse erhoben werden, solange

die Arbeiterin noch in der betreffenden Fabrik beschäftigt ist, nicht erst später." (S. 432.)

Genossin Raube-Braunschweig:

„Selbst die Vertrauenspersonen in großen Fabriken wagen vielfach nicht, mit ihrem Namen in die Oeffentlichkeit zu treten. Die Arbeiterpresse kann durch Veröffentlichung der Beschwerden viel helfen." (S. 432.)

Bibliotheken.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Magdeburger Parteitag **1910** gibt an:

In 200 Orten befinden sich Zentralbibliotheken, an 58 Orten 377 Einzelbibliotheken.

1911 sind es 217 Zentralbibliotheken und 379 Einzelbibliotheken (an 55 Orten).

1912: 239 Zentralbibliotheken, 366 Einzelbibliotheken (an 53 Orten).

1913: 294 Zentralbibliotheken, 240 Einzelbibliotheken (an 73 Orten).

In Magdeburg **1910** begründet Hänisch den Antrag 76 (Dortmund-Hörde):

„Der Parteitag erkennt an, daß die Arbeiterbibliotheken ein wesentliches Mittel zur sozialistischen Erziehung der Massen und eine der Grundlagen aller proletarischen Bildungsarbeit darstellen. Da das Bibliothekwesen aber noch viele Mängel aufweist, so wird der Bildungsausschuß beauftragt, ihm besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Insbesondere soll er erwägen, ob nicht anläßlich des nächstjährigen Parteitages eine Konferenz von Bibliothekfachleuten abgehalten werden kann, die sich mit dem Ausbau und der Vereinheitlichung des Arbeiterbibliothekwesens zu beschäftigen hätte."

Auf Vorschlag von Heinrich Schulz wird der Antrag dem Bildungsausschuß überwiesen. (S. 475.)

In Chemnitz **1912** standen folgende Anträge zur Debatte:

95. Frankfurt a. M.: „Für das gesamte Bildungswesen ist (event. gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften) ein monatlich erscheinendes Organ herauszugeben. Dasselbe soll für alle Zweige unserer Bildungsarbeit Rat und Auskunft geben, den Austausch praktischer Erfahrungen ermöglichen und besonders das Bibliothekwesen in wirksamer Weise unterstützen. Eventuell kann die in Leipzig erscheinende Monatsschrift „Der Bibliothekar" übernommen und in gedachter Weise ausgebaut werden."

98. Köln: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß ein der Reihenfolge nach geordnetes Verzeichnis von Büchern herauszugeben, die eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen."

119. Dortmund-Hörde, Elberfeld-Barmen: „1. Zusammenlegung der am gleichen Orte befindlichen Bibliotheken, die Besitz von Arbeiterorganisationen sind.

2. Vereinheitlichung der Verwaltung, insbesondere des Ausleiheverfahrens, Bibliothekbenützungsordnung und Statistik.

3. Vereinheitlichung der Kataloge mit Unterstützung einer sobald wie möglich ins Leben zu rufenden Zentralstelle für die Arbeiterbibliotheken, nach dem Muster der von der belgischen Bildungszentrale geschaffenen.

4. Die Bibliothekenfrage ist von den angedeuteten Gesichtspunkten aus sobald als möglich von einem Parteitag zu behandeln.

5. Kurse für Arbeiterbibliothekare nach dem Vorgang der österreichischen Genossen.

6. Die wiederholt verlangte Zusammenkunft der Arbeiterbibliothekare ist bald einzuberufen."

Heinrich Schulz:

„... Unser Musterkatalog für Arbeiterbibliotheken ist nur auf die Finanzkraft der Vereine zugeschnitten, wir werden aber einen anderen Katalog herausgeben, für den die verschiedenen wissenschaftlichen Gebiete von Fachleuten bearbeitet werden sollen. Bei diesem Verzeichnis soll der wissenschaftliche und praktische Wert der Bücher für Arbeiterbibliotheken, also nicht die Geldfrage, der leitende Gedanke sein. Das wird zweifellos ein guter Führer werden, aber von heute auf morgen läßt er sich nicht verwirklichen. Ich glaube, daß durch dieses Verzeichnis auch die Wünsche der Antragsteller erfüllt werden. Der Antrag 119 ist das Ergebnis eines Referats, das sich die Genossen des Niederrheins von einem im Bibliothekwesen erfahrenen Fachmann haben halten lassen. Der Antrag enthält eine Anzahl wertvoller Anregungen, denen näher zu treten ist, aber das kann nicht auf einem Parteitag geschehen. (Sehr richtig!) Diese Anregungen sind eher auf einer Bibliothekarkonferenz zu erörtern. Bisher hat sich der Zentralbildungsausschuß zur Einberufung einer solchen Konferenz nicht entschließen können, nicht aus bösen Absichten oder aus mangelndem Interesse, sondern weil wir uns sagen, die Bibliothekfrage ist nur ein Stück der Bildungsfrage, sie muß im Rahmen der ganzen Bildungsfrage erörtert werden. (Sehr richtig!) Wir mußten zunächst das Bildungswesen erst einmal organisieren. Das ist jetzt durch die Einsetzung der örtlichen und der Bezirksbildungsausschüsse in hinreichendem Maße geschehen. Wenn wir, ohne diese Grundlage abzuwarten, eine Bibliothekarkonferenz einberufen hätten, so wäre nichts dabei herausgekommen. Es wird wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit sein, daß wir eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse einberufen, und diese Konferenz wird das gegebene Organ sein, um auch die Bibliothekfrage zu erörtern. Von einer solchen Konferenz können die Anregungen in die Bezirkskonferenzen der Bildungsausschüsse übertragen werden. Innerhalb der Bezirke lassen sich vielleicht auch Kurse für Bibliothekare einrichten. Ich möchte Sie nur bitten, in dieser Sache nichts zu überstürzen ..." (S. 260 f.)

Hoffmann-Elberfeld:

„... Hinsichtlich des Bibliothekwesens bin ich mit Schulz nicht einverstanden. Damit, daß man das Bibliothekwesen als einen Teil der Bildungsarbeit bezeichnet und dann die Hände in den Schoß legt, wird wohl kaum ein Genosse einverstanden sein. Die Angelegenheit, die der Antrag Elberfeld-Barmen bezweckt, der eine durchgreifende Reform des Bibliothekwesens verlangt, hat den Parteitag schon einige Male beschäftigt. Der Antrag ist berechtigt, da der Zentralbildungsausschuß auf diesem Gebiete bisher überhaupt nichts getan hat. Er hat zwar 1909 und 1910 allerlei Versprechungen gemacht, aber nichts ist gehalten worden. Es geht nicht, daß die Bibliotheksregelung überall anders ist. Sie muß einheitlich sein, damit die übersiedelnden Arbeiter die Bibliothek richtig ausnützen können. In Elberfeld-Barmen ist eine andere Bibliothekordnung wie in Köln, in Frankfurt wieder eine andere, ebenso in Hamburg usw. Ueberall regt man Reformen an und führt sie auch in dieser oder jener Form durch. Der eine macht's so, der andere so. Es wird so viel Sisyphusarbeit geleistet, eine Vereinheitlichkeit in die Ferne gerückt. Zurzeit bestehen auch im Bibliothekwesen allerlei ungeeignete Einrichtungen, die die Bibliotheken sehr belasten. Der Bibliothekar muß mehr ein Berater der Leser sein. Eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des ganzen Bibliothekwesens ist darum dringend notwendig. Der Parteitag muß das treibende Element sein, sonst geschieht auf diesem Gebiete überhaupt nichts. Eine Bibliothekarkonferenz muß zur Regelung der Frage stattfinden. Genosse Dr. Hanauer-Brüssel hat in einem Vortrag auf der Konferenz der Bildungsausschüsse für den Niederrhein in Elberfeld eine gute Richtschnur gegeben ...." (S. 266.)

Kremser-Frankfurt a. M.:

„... Es handelt sich zunächst um die Schaffung eines Blattes, das die Bibliothekare und die Leiter von ähnlichen Einrichtungen informieren und mit dem nötigen Material ausrüsten soll. Unser heutiger „Bibliothekar", verzeihen Sie den harten Ausdruck, taugt wenig für den Zweck, weil er so ungeheure Mengen unbrauchbaren Materials enthält, das lediglich Ballast darstellt. Wenn man dagegen das österreichische Blättchen hält, so findet man einen bedeutenden Unterschied. Es schwebt unseren Genossen ein Blatt vor, ähnlich dem der österreichischen Genossen, das regelmäßig erscheint und ungefähr auch das bringt, was in der Literaturbeilage des „Correspondenzblattes" gebracht wird ..." (S. 270.)

Heinrich Schulz:

„... Ob wir dem Plan nähertreten können, eine einheitliche Regelung des Bibliothekwesens durch ganz Deutschland vorzunehmen, möchte ich heute noch nicht versprechen. Es mag ein schönes Ziel sein, aber ich glaube nicht, daß es durch eine einmalige Bibliothekarkonferenz durchzuführen ist ..." (S. 271.)

Die Anträge werden dem Zentralbildungsausschuß überwiesen.

Dem Jenaer Parteitag **1913** berichtet der Parteivorstand:

„Der Chemnitzer Parteitag hat dem Zentralbildungsausschuß zwei Anträge übergeben, die eine Förderung des Bibliothekwesens der Arbeiterschaft verlangen. Der Zentralbildungsausschuß hat dem Wunsche des Parteitages dadurch Folge zu leisten versucht, daß er zunächst einen für die Arbeiterbibliothekare berechneten Wegweiser durch die verschiedenen Literaturgebiete schafft. Das Verzeichnis soll den Bibliothekaren ein sachkundiger Ratgeber sein, wenn sie ihren Bücherbestand ergänzen oder vergrößern wollen.

Der Zentralbildungsausschuß hat eine große Zahl von wissenschaftlich tätigen Männern und Frauen der Partei zur Mitarbeit an diesem Werke vereinigt. Die Mitarbeiter sind nach verschiedenen Wissensgebieten zu Gruppen zusammengezogen. Sie haben die Arbeitsgebiete unter sich aufgeteilt und sind zurzeit dabei, die Bücher nebst einer kurzen Beurteilung festzustellen. Bisher haben vier Gruppen Konferenzen abgehalten, in denen sie die ersten Vorarbeiten für ihr Gebiet geleistet haben. Der Verlauf der Konferenzen läßt einen guten Fortgang des Unternehmens erwarten. Zwar ist das große Werk nicht in wenigen Wochen oder Monaten fertigzustellen, doch soll versucht werden, den Wegweiser in Jahresfrist für die Hand der Bibliothekare bereitzustellen." (S. 43.)

Bildungswesen.

Nach den Berichten des Parteivorstandes an die jeweiligen Parteitage bestanden Bildungsausschüsse:

1910	in	314	Orten
1911	„	410	„
1912	„	575	„
1913	„	791	„

Es fanden statt:

1910	in	151	Orten	285	Kurse	mit	—	Vorträgen	vor	36 644	Teilnehmern
1911	„	177	„	345	„	„	2879	„	„	45 873	„
1912	„	127	„	243	„	„	1857	„	„	34 336	„
1913	„	215	„	420	„	„	2519	„	„	44 146	„

Ferner:

1910 in	132 Orten	562	Einzelvorträge mit	—	Teilnehmern
1911 „	141 „	870	„ „	—	„
1912 „	154 „	342	„ „	92 179	„
1913 „	188 „	599	„ „	177 962	„

Außerdem:

1910 in	118 Orten	727	Theatervorstellungen für	—	Besucher
1911 „	126 „	720	„ „	—	„
1912 „	133 „	781	„ „	598 671	„
1913 „	165 „	848	„ „	559 199	„

Dem Magdeburger Parteitag **1910** wird berichtet:

„Der Bildungsausschuß hat sich von Anbeginn seiner Tätigkeit an nicht als eine bureaukratische Zentralbehörde betrachtet, die nach bestimmten Schablonen und vorgefaßten Meinungen das parteigenössische Bildungswesen einzurichten hat, sondern lediglich als eine anregende, ratende und helfende Körperschaft, die sich in allen Bildungsangelegenheiten den Arbeiterorganisationen zur Verfügung stellt...

Trotzdem hat die Bildungsarbeit erfreulicherweise im Laufe der Jahre bestimmte einheitliche Formen angenommen...

Nachdem nunmehr einige Jahre erfolgreicher Bildungsarbeit vergangen sind und die erfreulichen Wirkungen in solchen Orten, in denen schon längere Zeit hindurch planmäßig gearbeitet worden ist, unverkennbar sind, ist es an der Zeit, eine bessere organisatorische Gliederung der Bildungsarbeit anzubahnen. Die nächste organisatorische Einheit unserer ganzen politischen Tätigkeit ist der Reichstagswahlkreis. Er muß auch das erste Band sein, das die vereinzelten Bildungsausschüsse umschließt, die nächste höhere Einheit ist der Agitationsbezirk, innerhalb dessen sich die Bildungsausschüsse der zugehörigen Wahlkreise in Verbindung mit dem Vorstande des Agitationsbezirks zu verständigen haben.

Erfahrungen, die der Zentralbildungsausschuß mit der Organisation der wissenschaftlichen Wanderkurse gemacht hat, veranlassen ihn, die lokalen Bildungsausschüsse mit Nachdruck auf diese organisatorischen Aufgaben der nächsten Zeit hinzuweisen...

Der Leipziger Parteitag hat dem Bildungsausschuß den Auftrag gegeben, über die Tätigkeit aller Bildungsausschüsse — nicht nur wie bisher über seine eigenen Wanderkurse — eine jährliche statistische Erhebung zu veranstalten. Die Umfrage hat ein reichhaltiges und interessantes Material ergeben, das für die fernere Tätigkeit des Zentralbildungsausschusses manche wertvollen Fingerzeige gibt.

Insgesamt wurden 362 Fragebogen an 341 Orte und außerdem 46 Fragebogen an die Vorstände der Landes- und Provinzialorganisationen verschickt..

Trotzdem an alle säumigen Bildungsausschüsse und sonstigen Korporationen mehrere Male Mahnungen ergangen sind, sind nur insgesamt 249 Fragebogen von 240 Orten zurückgekommen...

In der Regel decken die Einnahmen nicht die Ausgaben; die organisierten Arbeiter sind sich aber erfreulicherweise darüber vollkommen klar, daß die Bildungsveranstaltungen nicht den Zwecken der Plusmacherei zu dienen haben, sondern daß sie, soweit nötig, mit größeren oder kleineren Zuschüssen aus allgemeinen Mitteln zu subventionieren sind. 69 Orte haben darüber Angaben gemacht, wie hoch die Unterstützungen waren, die sie im Berichtsjahre von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bezogen haben; die Gesamtsumme beträgt 64 393.85 M.; bei 83 Bildungsausschüssen richtete sich die jährliche Unterstützung nach dem jeweiligen Bedarf, oder es wurde einfach das entstandene Defizit gedeckt.

Diese einfachen Zahlen reden eine erhebende Sprache über den Bildungseifer und den Opfermut der organisierten Arbeiter. Sie werden nicht aus Millionenstiftungen und von wohltätigen reichen Freunden unterstützt; nachdem sie einmal

die Notwendigkeit systematischer, wenn auch teurer Bildungsarbeit erkannt haben, zögern sie nicht, sofort die notwendigen Mittel groschenweise zusammenzutragen...

Die statistische Erhebung erstreckt sich auch auf die künstlerischen Veranstaltungen, obwohl hierüber nur schwer zuverlässige Zahlen zu erlangen sind. Die Veranstaltungen sind sehr verschiedenartig; bei einer Reihe von Darbietungen muß man ernstliche Zweifel hegen, ob man sie überhaupt als künstlerisch ansprechen kann; so bei den Lichtbildervorträgen, die zumeist lediglich der Unterhaltung dienen...

Die letzte Frage wünschte Auskunft, ob die lokalen Bildungsausschüsse besondere Klagen oder Wünsche wegen der Bildungsarbeit haben, besonders soweit die Tätigkeit des Zentralbildungsausschusses in Betracht kommt. Die Beantworter haben hierbei vorzugsweise den Klagen über die Hemmnisse der lokalen Bildungsarbeit Ausdruck gegeben. Ziemlich häufig kehrt die Klage über mangelhafte Beteiligung der breiten Massen an den Bildungsveranstaltungen wieder; in einer großen Stadt (Magdeburg) will der Bildungsausschuß aus diesem Grunde sogar seine Tätigkeit für ein Jahr einstellen, was uns allerdings das ungeeignetste Mittel zur Besiegung der Indifferenz zu sein scheint; in anderen Orten wird über die Vereinsmeierei geklagt, die der ernsten Bildungsarbeit im Wege steht; wieder andere Orte leiden unter einem Mangel an geeigneten Lokalen.

Auch der Mangel an Mitteln wird oft erwähnt, besonders sei deshalb die Errichtung von Wanderkursen nicht möglich. Diese Klage ist in den meisten Fällen unberechtigt, da der Zentralbildungsausschuß den schwachen Orten das Honorar für die Kurse erläßt, so daß den Orten nur noch ein bescheidener Beitrag zu decken übrig bleibt. Sehr oft fehlt es an geeigneten Personen zur Organisierung der Bildungsarbeit oder zur Abhaltung von Vortragskursen. Mehrmals kehrt der Wunsch auf Herausgabe einer monatlich oder vierteljährlich erscheinenden Bildungszeitschrift wieder, auch eine Schrift über Zwecke und Ziele der Bildungsausschüsse und eine Konferenz der Bildungsausschüsse wird verlangt..." (S. 48 ff.)

Ueber die wissenschaftlichen Wanderkurse heißt es:

„Die Kurse der bisherigen Wanderredner Duncker und Rühle wurden so früh und so oft nachgefragt, daß nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten; eine erwünschte Aushilfe boten die Kurse des Genossen Borchardt. Zu den nationalökonomischen und geschichtlichen Kursen traten im Berichtsjahre die naturwissenschaftlichen Kurse des Genossen Graf neu hinzu; auch sie sind so oft belegt worden, daß der Redner ständig beschäftigt werden konnte...

Im allgemeinen ist durch den Verlauf der Wanderkurse und durch die Urteile der lokalen Bildungsausschüsse nur erneut die Ueberzeugung des Zentralbildungsausschusses befestigt worden, daß diese Kurse ein besonders wertvolles und eindringliches, ja, das wichtigste und wertvollste Stück der Bildungsarbeit überhaupt sind, und zwar sowohl durch die unmittelbare Wirkung der Vorträge auf die Zuhörer, als auch durch mittelbare Wirkungen mannigfacher Art, bestehen diese nun darin, daß die Teilnehmer der Kurse auch nach Beendigung des Kurses noch regelmäßig zu Diskutierübungen zusammenbleiben, oder darin, daß durch die erweckte Lernbegier das Lesebedürfnis und der Erwerb von Schriften außerordentlich angeregt wird, oder darin, daß die Teilnehmer die erworbenen oder ergänzten und befestigten Kenntnisse in der eigenen agitatorischen Tätigkeit verwerten..." (S. 53 ff.)

In Jena **1911** wird u. a. berichtet:

„...Fast in allen Orten Deutschlands, in denen es die moderne Arbeiterbewegung zu leistungsfähigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gebracht hat, sind im Verlaufe der letzten Jahre örtliche Bildungsausschüsse gegründet worden; wo sie noch nicht bestehen, haben die berufenen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Bildungsaufgaben im Sinne des Bildungsausschusses in die Hand genommen. Als nächste Stufe der Entwicklung macht sich jetzt überall das Bedürfnis geltend, die zerstreuten örtlichen Bildungsausschüsse zu größeren und leistungsfähigeren Verbänden zusammenzufassen. Den nächsten natürlichen Zusammenschluß bildet der Reichstagswahlkreis, den nächstgrößeren der Agitationsbezirk oder Landesteil.

Seit ungefähr zwei Jahren bestand bereits eine organisatorische Zusammenfassung von Bildungsausschüssen in Gestalt einer Zentralkommission für Rheinland-Westfalen. Man hatte das Tätigkeitsgebiet aber zu groß bemessen, es erstreckte sich über drei Agitationsbezirke. Die Zentralkommission konnte deshalb die hohen Erwartungen nicht erfüllen, die man auf sie gesetzt hatte. Die Genossen der beteiligten Bezirke entschlossen sich daher, die Zentralkommission wieder aufzulösen und dafür den einzelnen Bezirken zu empfehlen, für sich Bezirksausschüsse einzusetzen, die sich wiederum auf Wahlkreisbildungsausschüsse stützen. Der Agitationsbezirk der oberen Rheinprovinz hat dieser Anregung bereits entsprochen und einen Bezirksbildungsausschuß mit dem Sitz in Köln eingesetzt.

Ein ähnlicher Ausschuß ist im Frühjahr in Magdeburg eingesetzt worden, nachdem zuvor auf einer Konferenz der Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und Anhalt unter Mitwirkung der Parteiorganisationen seine Zweckmäßigkeit geprüft und anerkannt worden war. Für Frankfurt a. M. und die benachbarten Wahlkreise ist ein Bezirksausschuß mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gegründet worden, für die Provinz Brandenburg haben die politischen Vertretungen der Wahlkreise und die in der Provinz vorhandenen Gauverbände der Gewerkschaften einen gemeinsamen Bezirksausschuß mit dem Sitz in Berlin geschaffen. Für Thüringen und für Groß-Berlin sind Bezirksbildungsausschüsse im Entstehen begriffen.

Es liegt im Interesse der gemeinsamen Bildungsarbeit, wenn auch in den anderen Landesteilen und Agitationsbezirken eine Zusammenfassung der örtlichen Bildungsausschüsse vorgenommen wird. Man vermeide aber, diese rein organisatorische Zweckmäßigkeitsfrage mit finanziellen Fragen zu belasten. Die Finanzierung der Bildungsarbeit muß Sache der örtlichen Bildungsausschüsse sein, soweit es sich um ihre örtlichen Veranstaltungen handelt. Sache des Wahlkreises ist die Finanzierung der im Interesse des ganzen Kreises getroffenen Maßnahmen. Der Bezirksbildungsausschuß ist lediglich eine Art Zweckverband, der daher mit bescheidenem Etat arbeiten kann. Ihm brauchen im wesentlichen nur Porto- und ähnliche Ausgaben zur Last zu fallen.

Man vermeide ferner, den Bezirksbildungsausschüssen bevormundende Vollmachten einzuräumen. Das Dekretieren und Schablonisieren ist bei der Bildungsarbeit vom Uebel; zu den Anregungen von außen her muß stets das selbsttätige Interesse der einzelnen Organisationen und des einzelnen Genossen hinzukommen, wenn die Anordnungen Erfolg haben sollen. Die Schaffung von Bezirksbildungsausschüssen muß stets in enger Fühlung und durch Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Faktoren und mit den Wahlkreis- und Bezirksorganisationen der Partei erfolgen.

Eine erfreuliche Unterstützung hat die Tätigkeit des Bildungsausschusses durch den letzten Gewerkschaftskongreß erhalten. In den Thesen, die der Kongreß einstimmig angenommen hat, wird den Gewerkschaften nachdrücklich empfohlen, sich an den örtlichen Bildungsausschüssen zu beteiligen und deren Arbeit zu unterstützen. Zwar hat der Bildungsausschuß auch schon bisher stets großen Wert darauf gelegt, daß die Gewerkschaften in den örtlichen Bildungsausschüssen mitarbeiten, es hat sich daher fast durchgehends die Praxis eingebürgert, daß die Gewerkschaften die Hälfte der Sitze der Bildungsausschüsse besetzen; aber es fehlte bisher noch die formelle Anerkennung dieser Mitarbeit durch die oberste Instanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

In einigen Städten ist es den Bildungsausschüssen auch gelungen, finanzielle Unterstützung aus kommunalen Mitteln zu erhalten. In Frankfurt a. M. erhält der Bildungsausschuß jährlich 1000 M., in Apolda (Sachsen-Weimar) 100 M., in Delmenhorst (Oldenburg) 300 M. ..." (S. 47 ff.)

Weiterhin heißt es dann:

„Die wissenschaftlichen Wanderkurse bilden nach wie vor den wichtigsten Teil der Tätigkeit des Bildungsausschusses. Sie haben sich nach mehrjähriger Probe so bewährt, daß sie sowohl in den alten Orten stets wieder verlangt als auch fortwährend von neuen Orten gewünscht werden. Die Wanderredner des Bildungsausschusses sind in allen Gegenden Deutschlands tätig, im äußersten Osten, in Ost- und Westpreußen, und ebenso im äußersten Südwesten, in Baden und im Elsaß; sie üben ihre Tätigkeit mit Erfolg in Großstädten, wie in Breslau,

Kiel, Düsseldorf, in denen ohnehin ein reiches Bildungsleben flutet, ebenso aber auch in kleinen und entlegenen Ortschaften auf den Höhen der Gebirge aus. Wird ein wissenschaftlicher Kursus in Großstädten zum Rückgrat der ganzen Bildungsarbeit des Winters und trägt er zur Zusammenfassung der mancherlei sonstigen Anregungen bei, so wird ein Wanderkursus in einem kleinen Orte sehr oft zum ersten starken Anstoß, um die Geister überhaupt in Bewegung zu bringen und das Interesse für planmäßige Bildung zu wecken ..." (S. 51.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** wird berichtet:

„Im Berichtsjahre wurde die Bildungsarbeit durch die Reichstagswahlen in erheblichem Maße beeinflußt. Da der Termin der Wahlen im Sommer 1911 noch nicht feststand, so nahmen die Bildungsausschüsse davon Abstand, sich wie sonst schon frühzeitig auf größere Veranstaltungen belehrender und unterhaltender Art festzulegen. Bis zu den Reichstagswahlen haben aus diesem Grunde naturwissenschaftliche Kurse fast gar nicht stattgefunden. In den künstlerischen Veranstaltungen haben sich die Organisationen auf das notwendigste beschränkt.

Die politischen und ökonomischen Kurse konnten dagegen bis in den Dezember hinein abgehalten werden. Allerdings wurden auch sie insoweit durch die Wahlbewegung beeinflußt, als von den Organisationen solche Kurse, deren Wirkung dem Wahlkampfe unmittelbar zugute kommen mußte, bevorzugt wurden.

Der Einfluß, den die planmäßige Bildungsarbeit der letzten Jahre auf das Wahlergebnis gehabt hat, ist zahlenmäßig nicht festzustellen. Man darf aber wohl annehmen, daß der erfreuliche Erfolg der Januarwahlen zum Teil auch mit auf die erheblichen Aufwendungen materieller und ideeller Art zurückzuführen ist, die sich die organisierten Arbeiter in dem verflossenen Jahrfünft im Interesse der planmäßigen Fortbildung freiwillig auferlegt haben.

Daß die Parteigenossen selbst von dem Werte der Bildungsarbeit überzeugt sind, geht auch in deutlicher Weise daraus hervor, daß unmittelbar nach Abschluß der Wahlen alle Wanderredner des Bildungsausschusses in Tätigkeit treten konnten....

In allen Bezirksbildungsausschüssen hat man die Kompetenzen nach den Vorschlägen geregelt, die der Zentralbildungsausschuß schon in früheren Jahren empfohlen hat...." (S. 46 f.)

„Auch auf das verflossene Jahr planmäßiger Bildungsarbeit können wir mit Befriedigung zurückblicken. Ueberall schreitet die Bewegung vorwärts. In kleinen Orten sucht man unter Benutzung der Erfahrungen größerer Orte den Boden zu bereiten und die ersten Anfänge zu entwickeln; in großen Städten bedeutet die Tätigkeit der Bildungsausschüsse schon eine wertvolle Kulturarbeit, und zwar nicht nur in dem engeren Sinne, daß jede Aufklärung der Arbeiter im Dienste des von ihnen geführten Klassenkampfes auch zugleich zu einem Hebel für die Kulturentwickelung wird, sondern auch in dem erweiterten Sinne, daß sie den Arbeitern nach Möglichkeit Anteil an den Kulturerrungenschaften der Gegenwart zu verschaffen sucht. Dienen die wissenschaftlichen Kurse, vornehmlich die politischen und ökonomischen, dem ersteren Zwecke, so sollen die Theatervorstellungen, die künstlerischen Veranstaltungen, die Pflege der Geselligkeit mehr dem zweiten Zwecke dienen ..." (S. 54.)

Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die gesamten Wanderkurse, die der Bildungsausschuß seit seinem Bestehen eingerichtet hat. (S. 53.)

1907/08	44	Kurse	mit	323	Vorträgen	und	5493	Teilnehmern,	darunter	200 Frauen
1908/09	57	„	„	419	„	„	8969	„	„	666 „
1909/10	128	„	„	682	„	„	24360	„	„	1775 „
1910/11	122	„	„	733	„	„	21529	„	„	2759 „
1911/12	128	„	„	654	„	„	19844	„	„	2247 „
Zus.	479	Kurse	mit	2811	Vorträgen	und	80195	Teilnehmern,	darunter	7647 Frauen

Im Bericht an den letzten Parteitag, zu Jena **1913**, heißt es:

„Im verflossenen Jahre wurde die Bildungsarbeit im Gegensatz zu den beiden vorhergegangenen Jahren nicht durch große politische Aktionen beeinflußt. So sehr unter Umständen wichtige politische Vorgänge die Bildungsarbeit schnell und stark in einer besonderen Richtung vorwärts treiben können, so ist es doch andererseits

wiederum notwendig, daß Jahre ruhiger Entwickelung kommen, in denen die Bildungsausschüsse ungehindert von aktuellen politischen Angelegenheiten für die systematische Aufklärung der organisierten Arbeiter wirken können. Die Kurse des Berichtsjahres entnahmen ihre Stoffe deshalb fast allen Gebieten des Wissens. Ihre Hauptaufgabe sahen die Bildungsausschüsse allerdings nach wie vor in der Veranstaltung von Kursen über Nationalökonomie und wissenschaftlichen Sozialismus. Aber daneben haben im vergangenen Jahre viele Kurse über Naturwissenschaft, über Technik, über Literaturgeschichte, über Kunst, über Vortragswesen stattgefunden. Auch künstlerische Veranstaltungen haben die Bildungsausschüsse mehr als im vorhergegangenen Jahre eingerichtet...

Der Ausbau der Bildungsorganisation hat im Berichtsjahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Fast alle Orte, in denen es politische und gewerkschaftliche Organisationen gibt, haben auch einen örtlichen Bildungsausschuß zur Erfüllung der gemeinsamen Bildungspflichten eingesetzt. Ebenso haben fast alle Parteibezirke einen Bezirksbildungsausschuß..." (S. 35.)

„Zur besseren Verständigung des Zentralbildungsausschusses mit den Bezirks-, Kreis- und Ortsbildungsausschüssen hat die Zentrale ein Mitteilungsblatt geschaffen, von dem bisher zwei Nummern erschienen sind. Der Zentralbildungsausschuß hat vorläufig noch davon abgesehen, ein selbständiges Organ für die Arbeiterbildung zu schaffen, wie es ein vom Chemnitzer Parteitag dem Bildungsausschusse überwiesener Antrag (95. Siehe den Artikel „Bibliotheken". D. H.) verlangte. Das neugegründete Mitteilungsblatt soll lediglich dem Zwecke der Verständigung und den technischen Aufgaben der Bildungsorganisation dienen..." (S. 36.)

„Die wissenschaftlichen Wanderkurse haben in der Berichtsperiode eine Zunahme erfahren. Aber auch innerlich ist eine Verschiebung insofern eingetreten, als die Kurse über theoretische Gebiete, gegenüber den mehr praktischen politischen Kursen, wie sie die vorjährige Wahlbewegung verlangte, bevorzugt wurden..." (S. 39.)

„Die Zahl der Kurse ist gegenüber dem Vorjahre ganz außerordentlich gewachsen. Wenn die diesjährige Berichtsperiode so lang sein würde wie die vorjährige, so würden in dem Bericht noch 16 Kurse mit 86 Vorträgen Aufnahme gefunden haben, die gegenwärtig noch im Gange sind, so daß in der gleichen Zeit wie im Vorjahre 94 Kurse mit 373 Vorträgen mehr abgehalten worden sind." (S. 43.)

Es fanden 1912/13 statt: 206 Kurse mit 941 Vorträgen und 29 836 Teilnehmern, darunter 4754 Frauen. (S. 42.)

„Alles in allem kann das verflossene Jahr als eine Periode rüstigen Vorwärtsschreitens der Bildungsarbeit auf allen Gebieten betrachtet werden. ... In erster Linie wünschen die Arbeiter Bildung, die sie in den Stand setzt, ihre Aufgaben als kämpfende Arbeiter noch besser zu erkennen. Aber sie beschränken sich nicht auf diese Arbeiterbildung im engeren Sinne des Wortes, sie scheuen weder Kosten noch Mühen, um sich auch Kulturgenüsse zu verschaffen, wie sie jede ernsthafte Beschäftigung mit wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen bereitet..." (S. 44.)

Der Magdeburger Parteitag **1910** überwies dem Bildungsausschuß den Antrag 85:

Mitglieder des Distrikts X des Sozialdemokratischen Vereins Breslau: „In der Taktik der Partei die Volksbildung in den Vordergrund zu stellen und mit mehr Nachdruck als bisher für die Durchführung unserer Programmpunkte 6 und 7 einzutreten. Desgleichen durch unentgeltliche Flugblätter mehr Aufklärung zum Verständnis dieser Forderungen im Volke zu verbreiten."

In Jena **1911** wurde der Antrag 23 (Stuttgart), womöglich überall die lokalen Bildungsausschüsse in Arbeiterbildungsschulen umzuwandeln, zurückgezogen. Antrag 26 (Bremen), den Zentralbildungsausschuß aus Delegierten der Provinzial-, Distrikts- oder

lokalen Bildungsausschüsse zusammenzusetzen, wurde nicht genügend unterstützt.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

118. Frankfurt a. M.: „Den Zentral-Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu veranlassen, daß er, in Anbetracht der immer größeren Verbreitung der Lichtbildervorführungen, den Bezirks- resp. örtlichen Bildungsausschüssen Material für derartige Vorträge zur Verfügung stellt. Dies kann geschehen durch leihweise Ueberlassung von Lichtbilderserien oder durch gemeinsamen Bezug der interessierten Bildungsausschüsse."

219. Jugendliche Arbeiter: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisationen zu machen."

(Siehe auch den Antrag 95 im Artikel „Bibliotheken".)

In der allgemeinen Diskussion über den Vorstandsbericht sagte Neugebauer-Ludwigsburg:

„Man sollte nicht zuviel Worte darüber machen, daß der Parteivorstand in bezug auf Aufklärung und Bildung zuviel getan hat, es könnte dann leicht möglich sein, daß der Parteivorstand, gestützt auf dieses, im nächsten Jahr zu wenig tut. Auf dem Gebiet des Bildungswesens kann nicht genug getan werden. Wenn wir so große Opfer bei der Wahlbewegung bringen, haben wir auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für die Bildung unserer Parteigenossen und der Arbeiter im allgemeinen mehr zu tun..." (S. 253.)

Zu den Anträgen über die Bildungspflege führte Heinrich Schulz aus:

„Der Bericht des Zentralbildungsausschusses hat in der Parteipresse wenig oder gar keine Anfechtung erfahren. Auch die Anträge, die zur Bildungsfrage vorliegen, enthalten keine eigentliche Kritik, sondern allenfalls Anregungen und Wünsche für die zukünftige Tätigkeit des Bildungsausschusses. Ich möchte aber nicht unterlassen, eine Meinungsäußerung eines angesehenen bürgerlichen Blattes über diese Dinge zur Kenntnis zu bringen. In den „Grenzboten" war ein ausführlicher Artikel über die sozialdemokratische Bildungsarbeit enthalten, der sich auf Grund eigener Rechnungen mit verschiedenen unserer Einrichtungen beschäftigte. Der Artikel unterschied zwischen den Wanderkursen und den künstlerischen Veranstaltungen. Er kam zu der für uns interessanten Auffassung, daß die gefährlichere Art der Bildungsbetätigung die künstlerischen Veranstaltungen seien. „Sie sind für die Sozialdemokratie die billigste, einfachste und wirkungsvollste Werbearbeit," weil sie die „Begehrlichkeit wecken". Es ist interessant, daß ein bürgerlicher Gegner diese zweifellos bestehende, wenn auch natürlich nicht einzige Wirkung künstlerischer Veranstaltungen erkannt hat. Er sagt weiter: „Weit ungefährlicher sind die wissenschaftlichen Bildungsarbeiten der Sozialdemokratie." Das begründet er mit dem Hinweis auf die Zahl der Teilnehmer an den Bildungskursen. Er meint, 34 000 Teilnehmer bedeuten nichts bei 4 Millionen Sozialdemokraten.

Gewiß trifft es zu, daß im letzten Winter nur 34 000 Teilnehmer vorhanden waren; wir wissen aber, daß durch die Reichstagswahlen ein großer Teil der Bildungsarbeit lahmgelegt war. Die Bildungskurse haben ja auch nicht die Aufgabe, die 4 Millionen zu fassen, sondern sie kommen immer nur einer gewissen Oberschicht zugute, und diese Oberschicht soll dafür sorgen, daß die Erkenntnis in weitere Kreise der Arbeiterschaft hineindringt. Im nächsten Jahre werden wir wahrscheinlich eine weit größere Teilnehmerzahl mitzuteilen haben... Ungefähr zehn Wanderredner werden wir im nächsten Winter aussenden, die alle bis zum

Frühjahr, zum Teil schon bis in den Juni hinein besetzt sind. So stark macht sich das Bildungsbedürfnis bemerkbar. Die Kurse des Bildungsausschusses haben sich ziemlich durchgesetzt, und wir können uns nun wieder mehr den anderen wichtigen Bildungsaufgaben widmen...

Auch der Antrag Frankfurt (95), der ein Organ für die Bildungsarbeit wünscht, ist nicht neu. Man beruft sich auf das österreichische Organ, aber eines schickt sich nicht für alle. Wenn der Zeitpunkt da sein wird, ein solches Organ zu schaffen, dann wird sich die deutsche Partei nicht sträuben. Vorläufig scheint uns der Zeitpunkt für ein regelmäßig erscheinendes Organ noch nicht gekommen. Wir wollen aber eine bessere Fühlung der Zentrale mit den örtlichen Bildungsausschüssen dadurch schaffen, daß wir von Zeit zu Zeit Rundschreiben herausgeben, in denen die wichtigsten Fragen der Bildungsarbeit erörtert werden. Ich bitte die Frankfurter, erst einmal dieses Rundschreiben abzuwarten. Ueber den weiteren Wunsch der Frankfurter Genossen wegen der Lichtbildervorträge haben wir noch nicht beraten. Ich bitte, daß auch dieser Antrag dem Bildungsausschuß überwiesen wird, wir werden prüfen, ob und wie wir dem Wunsche Rechnung tragen können..." (S. 260 f.)

Kremser-Frankfurt a. M.:

„...Was die Frage der Zentralisation der Bildungsmittel betrifft, so ist es selbstverständlich, daß eine Zentralisation bedeutende Vorteile hat. Wer weiß, wie schwierig es dem einzelnen Mitglied des Bildungsausschusses ist, das Material für Lichtbildervorträge zu bekommen, und wer das starke Bedürfnis nach solchen Vorträgen kennt, der begreift, daß etwas geschehen muß. Ich möchte also darum bitten, daß der Bildungsausschuß nicht lediglich anstandshalber die Wünsche prüft, sondern sie möglichst bald in vollem Umfange berücksichtigt." (S. 270 f.)

Heinrich Schulz:

„...Ich kann die Genossen nur bitten, unsere Bildungsarbeit als ein Ganzes zu betrachten, und wenn Sie würdigen, was inzwischen auf anderen Gebieten geschehen ist, so werden Sie zugeben, daß fleißig gearbeitet worden ist. Freilich können wir mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht auch gleichmäßig alle Gebiete gleichmäßig bearbeiten. Die Kurse lagen uns zunächst am meisten am Herzen. Sie haben sich durchgesetzt, und wir werden mit unseren Kräften nun frei für andere Aufgaben... Wenn irgendwo, so ist auf dem Gebiete der Bildungsarbeit Schablonisierung unangebracht. Man muß den örtlichen Verhältnissen entgegenkommen und kann nicht vom grünen Tisch aus schablonisieren und dirigieren. Ich hoffe, daß die Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse in absehbarer Zeit zustande gebracht werden kann..." (S. 271.)

Antrag 219 wird einstimmig angenommen. Antrag 118 wird dem Zentralbildungsausschuß überwiesen.

(Siehe auch den Artikel „Lichtbilderzentrale".)

Dem Jenaer Parteitag **1913** lag der Antrag 15 (20. sächsischer Wahlkreis) vor: „mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtskurse einzustellen".

Heinrich Schulz sagt, der Antrag „renne offene Türen ein, denn der Zentralbildungsausschuß stellt Wanderlehrer nach dem Bedürfnis und nach der Möglichkeit an, sie zu bekommen". (S. 260.) Gegen ihn wendet sich Jungnickel-Annaberg:

„...Wir haben einen gewissen Mangel an Lehrern bemerkt. Es ist uns beinahe unmöglich, in entlegenen Orten Kurse abzuhalten. Der Zentralbildungsausschuß kommt uns in der Ermäßigung der Kosten weitgehend entgegen. Der Ausschuß sollte aber versuchen, innerhalb der einzelnen Provinzen Lehrer zu gewinnen, die noch billiger arbeiten. Im Erzgebirge z. B., wo wir mittellos sind,

sollten diese Lehrer etwas reduzierte Kurse von vier bis sechs Abenden ganz umsonst abhalten, dann würden wir besser für die Verbreitung des Sozialismus auch in den entlegensten Dörfern sorgen können." (S. 270.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Bei dem Punkte „Sonstige Anträge" teilt der Vorsitzende Ebert mit, daß ein Antrag eingegangen sei, die Zahl der Mitglieder des Bildungsausschusses von 7 auf 9 zu erhöhen.

Heinrich Schulz:

„Der Antrag will keine grundstürzende Aenderung unseres Organisationsapparates, sondern nur die Erhöhung unseres Ausschusses um zwei Mitglieder. Unsere Aufgaben wachsen und die Leitung des Zentralbildungsausschusses kann auf den zahlreich stattfindenden Bezirkskonferenzen der Bildungsarbeit kaum noch genügend vertreten sein. Wir bitten den Parteitag, unseren Antrag anzunehmen." (S. 553.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Ebert:

„Kontrollkommission und Parteivorstand haben nach einem früheren Beschluß die Mitglieder des Zentralbildungsausschusses gewählt, und zwar gleich unter Berücksichtigung des vorhin gefaßten Beschlusses, wonach die Zahl der Mitglieder von 7 auf 9 erhöht werden soll. Es sind in den Zentralbildungsausschuß gewählt worden: David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Berlin, Laufenberg-Hamburg, Loebe-Breslau, Mehring-Berlin, Müller-München, Schulz-Berlin (als Geschäftsführer) und Genossin Zetkin-Stuttgart." (S. 554.)

Von diesen sind Laufenberg und Loebe neu gewählt.

(Siehe auch die Artikel „Jugend", „Parteischule".)

Borchardt.

Brühne gab dem Jenaer Parteitag **1913** den Bericht der Kontrollkommission:

„... Eine weitere Beschwerde lag vor von dem Genossen Julian Borchardt in Groß-Lichterfelde. Er führte Beschwerde gegen den Parteivorstand, weil dieser in dem gegen Borchardt schwebenden Schiedsgerichtsverfahren den dritten Berliner Wahlkreis mit der Ernennung der drei Beisitzer zum Schiedsgericht beauftragt hat. Borchardt verlangt in seiner Beschwerde, die Kontrollkommission solle den Beschluß des Parteivorstandes aufheben und die Ernennung der Beisitzer durch die beiden beteiligten Kreise, den dritten und vierten Wahlkreis, vornehmen lassen.

Nach unserem Organisationsstatut kann jede Parteiorganisation die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen. Im Falle Borchardt hat der dritte Berliner Wahlkreis am 28. Mai, der vierte am 11. Juni ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Genossen Borchardt beantragt. Der Parteivorstand beauftragte den dritten Wahlkreis als denjenigen, welcher zuerst die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt hatte, die drei Beisitzer zu ernennen. Die Kontrollkommission schloß sich einstimmig diesem Beschluß an und wies die Beschwerde des Genossen Borchardt als unbegründet ab..." (S. 243 f.)

Für die Beschwerdekommission berichtet Ryssel-Leipzig:

„Eine Beschwerde ist während des Parteitags eingegangen von dem Genossen Julian Borchardt über den Beschluß der Kontrollkommission... Borchardt hatte beim Parteivorstand verlangt, daß in den beiden gegen ihn gestellten Ausschlußanträgen des dritten und vierten Berliner Wahlkreises der vierte Wahlkreis, der zuletzt den Ausschlußantrag gestellt hatte, die Beisitzer bestimmen sollte. Der Parteivorstand hat dem ersten Antrage des dritten Kreises den Vorzug gegeben und diesen beauftragt, die Beisitzer zum Schiedsgericht zu er-

nennen. Da auch die Kontrollkommission einstimmig sich dem Vorgehen des Parteivorstandes angeschlossen hat, beschwert sich Borchardt bei der Beschwerdekommission.

Diese ist zu folgendem Beschluß gekommen: Die Beschwerdekommission ersucht den Parteitag, die Beschwerde des Genossen Julian Borchardt abzulehnen, da auch die Beschwerdekommission wie die Kontrollkommission der Ansicht ist, daß der Parteivorstand richtig gehandelt hat, indem er die Organisation, die zuerst den Ausschlußantrag gestellt hat, aufgefordert hat, die Beisitzer für das Schiedsgericht zu ernennen." (S. 530 f.)

Diesem Beschluß stimmt der Parteitag zu.

Buchhandlung Vorwärts.

Geschäftsergebnis in den Jahren 1908 bis 1913:

Im Geschäftsjahr	Umsatz	dem Parteivorstand überwiesen
1908/09	511 727.21	20 000
1909/10	570 665.24	20 000
1910/11	670 367.79	40 000
1911/12	790 709.64	50 000
1912/13 *)	623 245.64	20 000

Der Parteitag zu Jena **1911** überwies dem Parteivorstand folgende Anträge:

32. Lübeck: „Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß der Vorwärts-Verlag seine wohlfeilen Schriften noch mehr verbilligt, um sie den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Vor allem sollten populärer geschriebene Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung veröffentlicht werden. Die als Kulturbilder bezeichneten — in letzter Zeit mit sehr zweifelhaften Illustrationen geschmückten — Sammelwerke sind nicht weiter zu fördern."

33. Hamburg II: „1. Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu ersuchen, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Dietzsche Verlag in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften abgibt.

2. Die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde. Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek" bei Dietz in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder" des Vorwärts-Verlages."

Ebert erklärte für den Parteivorstand:

„... Den Organisationen werden jetzt schon erhebliche Vorzugspreise gewährt, das fordert aber den Widerspruch der örtlichen Buchhandlungen heraus. Wir haben die Frage im Vorstand wiederholt behandelt und sind zu dem Entschluß gekommen, nach dem Parteitage eine eingehende Prüfung aller dieser Wünsche vorzunehmen. Auch die zu berufende Konferenz der Sekretäre und Geschäftsführer der Parteigeschäfte soll gehört werden. Wir wollen dann versuchen, den Vertrieb unserer Literatur einer Neuorganisation zu unterwerfen, und dabei die Wünsche möglichst berücksichtigen. Es darf allerdings nicht verkannt werden, daß die technische Herstellung aus begreiflichen Gründen von Jahr zu Jahr teurer geworden ist, auch die Honorare sind gestiegen ..." (S. 273.)

*) Dieses Geschäftsjahr umfaßt nur neun Monate.

Stengele-Hamburg:

„...Die „Kulturbilder“, die im offiziellen Vorwärtsverlag erscheinen, erfreuen sich — leider, muß man sagen — einer weiten Verbreitung. Sie sind in der sozialistischen Presse schon scharf kritisiert worden, aber der Verlag kümmert sich nicht darum. Vielleicht wird er weniger dickfellig sein, wenn der Parteitag in dieser Frage Stellung nimmt. Ich kritisiere in erster Linie nicht den textlichen Inhalt, sondern weise hier nur auf die Illustrationen hin. Jetzt, wo man überall gegen die Nick-Carter-Literatur auftritt, bringt ein sozialistischer Verlag in den „Kulturbildern“ so merkwürdige, geradezu bluttriefende Illustrationen. Ich habe immer gefürchtet, es würde einmal von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen werden. Die „Geschichte der Revolutionen“ bringt geradezu eine Sammlung von Schinderstücken. Diese Bilder stehen zum größten Teil in gar keinem oder ganz losem Zusammenhang mit dem Inhalt und sind anscheinend nur gewählt worden, um das Auge eines Menschen mit niedrigem Geschmack und niedrigen Instinkten auf sich zu lenken. Es ist traurig, daß man auf dem Parteitage so etwas von einem Werk, das in einem offiziellen Verlag der Partei erscheint, sagen muß. Ich verweise auch auf die „Hohenzollern-Legende“, wo die Bildnisse wohl sämtlicher preußischen Potentaten gebracht sind. Wozu soll das? Sollen sich die preußischen Genossen etwa eine Ahnengalerie der hochseligen Hohenzollern anlegen? Die ganze Sache macht den Eindruck, als ob ein Ramschlager ältester Schwarten an den Mann gebracht werden soll. Das ist unwürdig und muß unterbleiben.“ (S. 275.)

Bürgermeisterwahl.

Am 4. Mai 1911 beschlossen die Stuttgarter Genossen die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl, und zwar des Genossen Dr. Lindemann. Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag **1911** sagt hierzu:

„...Der Parteivorstand wurde von dem Ergebnis der Versammlung telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Der Parteivorstand hat darauf erwidert, daß er gegen die Kandidatur Lindemanns nichts einzuwenden habe, aber erwarte, daß Genosse Lindemann im Falle seiner Wahl die Grundsätze der Partei und die Beschlüsse der Parteitage beachte. Von dieser Entscheidung wurde sofort auch dem Genossen Lindemann Mitteilung gemacht.

In Württemberg werden die Stadtvorstände von der Stadtbürgerschaft in direkter Wahl gewählt. Die Stuttgarter Genossen stellten eine Parteikandidatur für die Oberbürgermeisterwahl auf, weil sie glaubten, daß die Wahl eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters unter den gegebenen Verhältnissen den Interessen des Proletariats förderlich wäre... Aber die Volksparteiler wählten in hellen Haufen den nationalliberalen Kandidaten, der mit 13 154 Stimmen siegte. Die Volkspartei vereinigte nur 3360 Stimmen auf ihren Kandidaten, während Genosse Lindemann 12 278 Stimmen erhielt... Der „Württ. Staatsanzeiger“ stellte mit Genugtuung fest, daß das Bürgertum die Entscheidung selbst getroffen und sich nicht auf das Eingreifen der Staatsregierung und der Krone verlassen habe. Der Minister v. Pischek wurde wegen dieses Artikels des „Staatsanzeigers“ am 23. Mai im Landtag zur Rede gestellt und der Redner unserer Fraktion kennzeichnete die Haltung der Regierung mit den Worten: „Die Regierung hat gezeigt, daß sie ein Organ des Klassenstaates ist...““ (S. 38.)

Weiter sagt der Bericht:

„Mit der Bürgermeisterwahl hatten sich auch unsere Genossen in Höhscheid bei Solingen ernstlich zu befassen, wo wir im Gemeinderat die Mehrheit haben. Eine Konferenz der Gemeindevertreter des Stadt- und Landkreises Solingen lehnte es ab, eine Parteikandidatur für diesen Posten aufzustellen. Unter den preußischen Verhältnissen ist diese Haltung richtig. In Preußen würde die Wahl sozialdemokratischer Bürgermeister nur den Charakter einer Demonstration haben. Ein sozialdemo-

kratischer Bürgermeister würde nicht in sein Amt eingeführt werden, sondern die Stelle würde nach wiederholter zum gleichen Ergebnis führender Wahl von einem der Regierung genehmen Assessor besetzt werden." (S. 38.)

Demokratische Vereinigung.

Auf dem Magdeburger Parteitag **1910** sagte Bebel in seinem Schlußwort zur badischen Budgetbewilligung:

„... Ich habe hier eine Nummer des „Volksblattes für Anhalt" aus den letzten Tagen und darin schließt ein Artikel mit den Worten: „Nur die Sozialdemokratie und die demokratische Vereinigung nehmen die Interessen der Lohnarbeiter wahr." (Hört! hört! Heiterkeit.) Ja, wozu hat denn ein Sozialdemokrat Reklame für die demokratische Vereinigung zu machen. Ich habe im übrigen vor dem Redakteur des Blattes „Das freie Volk", vor Herrn Dr. Breitscheid, großen Respekt. Er hat unter anderem über Budgetabstimmung und Blockpolitik Bemerkungen gemacht, von denen ich gewünscht hätte, daß sie in der Parteipresse gemacht worden wären, so treffend und so radikal waren sie. Ich muß überhaupt zu unserer Schande sagen, zum erstenmal in den 47 Jahren, solange die Partei besteht, ist es vorgekommen, daß uns von einem bürgerlichen Blatte korrekt gesagt wurde, wie ein Demokrat sich zu verhalten habe. Ich entdeckte, daß sie dort die Demokratie besser verstehen, als in einem Teil der Parteipresse. (Bewegung.) Was in unserer Presse vom Budget und Block hier und da gesagt wurde, läßt sich tatsächlich vom bürgerlich-demokratischen Standpunkte nicht rechtfertigen ..." (S. 343.)

Demonstrationen.

In Magdeburg **1910** referierte Borgmann-Berlin über die Wahlrechtsfrage. Ueber die Wahlrechtskämpfe sagte er u. a.:

„... Während die Wahlrechtskämpfe in Süddeutschland verhältnismäßig ruhig verliefen, führten sie in Norddeutschland und selbst in den kleinsten Bundesstaaten zu den heftigsten Zusammenstößen. Ich will nur auf Braunschweig hinweisen, wo bei den Wahlrechtsdemonstrationen die Polizei mit einer rücksichtslosen Brutalität gegen die eigenen Volksgenossen vorgegangen ist, die jeder Vernunft Hohn sprach, und wo bei dieser Gelegenheit Bürgerblut geflossen ist, weil die herrschenden Klassen den veränderten Verhältnissen verständnislos gegenüberstehen, und weil sie mit den Machtmitteln des Staates ihre egoistische Herrschaft aufrecht erhalten. Die bürgerlichen Parteien können sich nicht verteidigen, daß die Dinge plötzlich über sie gekommen wären, denn es sind zahllose Versammlungen und Veröffentlichungen in der Presse vorausgegangen, worin die Wahlrechtsforderung ausführlich begründet war. Ich habe hier einen kurzen Auszug aus einer Wahlrechtsbroschüre unserer braunschweigischen Genossen, da heißt es: „Schon seit vielen Jahren hat die sozialdemokratische Presse mit unwiderleglichen Gründen die himmelschreiende Ungerechtigkeit und die Unhaltbarkeit des Dreiklassenwahlrechts nachgewiesen. Regierung und Landtag blieben taub gegen die zwingendsten Gründe. In vielen, vielen Versammlungen wurde von vielen tausend Staatsbürgern die Wahlreform gefordert. Regierung und Landtag blieben taub. Schriftliche Eingaben an den Landtag blieben unbeantwortet. Hohnlachend lehnten Landtag und Regierung jede Reform ab."

Was sollte das Volk da tun? Es mußte auf die Straße gehen, es mußte öffentlich demonstrieren (Zustimmung), daß es sich ferner nicht als Heloten behandeln lassen will, und wenn dabei die Polizei mit rücksichtsloser Brutalität die Arbeiter in die Enge treiben und von hinten und vorn attackieren ließ, dann wird das dabei vergossene Blut, dann wird die Blutschuld, dann wird dieses verwerfliche Beginnen ewig auf den Machthabern lasten bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) ..." (S. 409.)

Weiterhin führte der Redner über den preußischen Wahlrechtskampf aus:

„... Schon die ersten Demonstrationsversammlungen, die für die Erringung eines modernen Wahlrechts in Szene gesetzt wurden, waren von einem glänzenden Erfolg begleitet. Allerdings waren auch unsere Gegner, vor allem die Regierung und die tapfere Polizei, auf dem Platze. Der Schreck war ihnen in die Glieder gefahren. Die ganze Polizei wurde aufgeboten, um das innere Berlin abzusperren, falls Demonstrationszüge stattfinden sollten. Das Militär war in den Kasernen bereit, die Artillerie mit scharfer Munition versehen. Es ist natürlich keinem Menschen eingefallen, solche Züge zu veranstalten. Merkwürdig war daher, daß die Berliner bürgerlichen Blätter, selbst das „Berliner Tageblatt", höhnend über die Arbeiterschaft hergezogen sind und sie der Feigheit ziehen und sagten, wir hätten die Demonstration unterlassen wegen dieses Aufgebots der staatlichen Gewalt. Niemand hat solche Demonstration beabsichtigt, es kann also auch keine Rede davon sein, daß die Arbeiter Furcht gehabt haben. Als dann wirklich Demonstrationen veranstaltet wurden, war es den bürgerlichen Blättern auch wieder nicht recht. Es wurde gesagt, wir hätten die Politik auf die Straße getragen und damit der Wahlrechtsbewegung geschadet. Das ist durchaus falsch, denn gerade durch die Demonstration auf der Straße wurde der allergrößte Eindruck hervorgerufen. Bis tief in das Bürgertum hinein wurde dadurch die Aufmerksamkeit auf die Wahlrechtsfrage gelenkt. Vor allem wurde den Machthabern in Preußen gezeigt, daß Hunderttausende sich nicht scheuen, auf die Straße zu gehen und für das gleiche Wahlrecht zu demonstrieren. Dabei kam es leider zu den heftigsten Zusammenstößen mit der Polizei in verschiedenen Orten in Preußen, so in Frankfurt a. M., Hannover, Dortmund, Berlin. Es ist auch in bürgerlichen Kreisen anerkannt worden, daß die Demonstrationen zu diesem schroffen, provokatorischen Vorgehen der Polizei nicht den geringsten Anlaß gegeben haben. Die Arbeiter haben nur als Staatsbürger von ihrem Recht, zu demonstrieren, Gebrauch gemacht. Sie haben ja nur dasselbe getan, was auch die sogenannten Patrioten in Berlin nach den Wahlen von 1907 getan haben. Jedenfalls waren die Demonstrationen von der Arbeiterschaft nicht so eingeleitet, daß es mit der Polizei zu irgendwelchem Konflikt kommen sollte. Unsere Abgeordneten Ströbel und Paul Hirsch haben im Landtage festgestellt, daß die preußische Polizei elende Subjekte gedungen hat, die in die Züge sich einschlichen und versuchten, die Menge zu Unvorsichtigkeiten zu verleiten. Die Polizei suchte selbst künstliche Erregung hervorzurufen. Königliche Kriminalbeamte fanden sich da mit in den Demonstrationszügen, die das Volk aufputschen sollten zu ungesetzlichen Taten. (Pfuirufe.) Wenn die preußische Regierung glaubt, mit solchen Mitteln der Provokation, der Bestechung eine Volksbewegung unterdrücken zu können, so beweist sie nur ihre elende Kurzsichtigkeit. (Zustimmung.) Dann weiß sie nicht, was in dieser Bewegung steckt. Der preußische Polizeigeist, der Geist der Unfreiheit, ist vielleicht eine Entschuldigung. (Pfannkuch: Dummheit ist es!) Es hat einen kläglichen Eindruck gemacht, als der preußische Polizeiminister von Moltke die Erklärung abgeben mußte, daß die Polizei ohne solche elende Subjekte nicht fertig werden kann. (Hört! hört!) Die Demonstrationen, die später stattfanden, haben den unwiderleglichen Beweis gebracht, daß es der Arbeiterschaft nie in den Sinn gekommen ist, irgendwelche Ausschreitungen zu begehen, wie die Polizei sie anzetteln wollte. Weder in Berlin, noch in Frankfurt a. M., noch im Ruhrrevier kam es zu Ausschreitungen. Immer ist es ruhig und glatt vonstatten gegangen, wenn nur die Polizei ihre Nase aus dem Spiel ließ. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsdemonstrationen haben unausgesetzt an Schärfe gewonnen..." (S. 411 f.)

Nicht genügend unterstützt wurde auf dem Jenaer Parteitag **1913** der Antrag 90 (Berlin IV):

„Der Parteitag möge beschließen, daß bei Abstimmungen in größeren Körperschaften, die dem Proletariat neue Lasten aufbürden, oder bei besonderen Anlässen, wie z. B. beim Besuch des Zaren in Berlin, der Parteivorstand sofort Anordnung zu treffen habe, am selben Tage Proteststreiks oder Demonstrationen anzuordnen."

(Siehe auch die Artikel „Imperialismus", „Massenstreik".)

Diätengesetz. Die Reichstagsfraktion berichtete dem Jenaer Parteitag **1911**:

„Das Diätengesetz, welches die Tagegelder der Reichstagsabgeordneten (700 M.) für die am 10. Oktober zusammentretende Herbstsession (Oktober-November) festsetzt, gab dem Genossen Bebel Veranlassung, gegen die schäbige, kleinliche Begründung zu protestieren, welche die Regierung dieser Vorlage voransetzte. Bebel meinte, es sei eine der dringendsten Aufgaben des neuen Reichstags, eine gründliche Reform des Gesetzes durchzuführen. Der überhastete Geschäftsgang des Reichstags bringe eine unverantwortliche Zerstörung der Gesundheit der wirklich dauernd im Reichstage tätigen Abgeordneten und der Angestellten des Hauses mit sich. Die Hauptschuld daran trage das Diätengesetz." (S. 146.)

1913 wird über das Etatsnotgesetz berichtet:

„Von unserer Fraktion nahm dazu Genosse Haase das Wort, der in entschiedener Weise dagegen Stellung nahm, daß durch die Schuld der Regierung, infolge der späten Einberufung des Reichstages, die Etatsberatungen nicht rechtzeitig zu Ende geführt werden konnten. Das laufe letzten Endes auf eine Verkürzung der Rechte des Parlaments und des Volkes hinaus. Wenn die Tagung sich zu weit in den Sommer hinein erstrecke, so höre die Arbeitslust im Parlamente auf. Ueber wichtige Petitionen und Initiativanträge, sowie über wichtige Gesetzesvorlagen werde eilig hinweggegangen. Auch das in seinen Grundlagen völlig verfehlte Diätengesetz sei schuld an diesem Zustande. Man müsse erwarten, daß der Reichstag in Zukunft früher einberufen würde." (S. 86.)

In der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion bemerkte Ledebour:

„... Je stärker wir werden, desto mehr arbeiten die bürgerlichen Parteien auf die Verkümmerung des Parlamentarismus hin. Und diese Verkümmerung, die gegen unseren Willen geschieht, das ist es, was Sie peinlich empfunden haben. Eines der wesentlichen Verschärfungsmittel aber für diese Verkümmerung des Parlamentarismus ist das infame Diätengesetz, das einen Korruptionsfonds liefert, der darauf berechnet ist, den Abgeordneten eine Prämie dafür zu zahlen, daß sie sobald wie möglich die Verhandlungen abbrechen. (Sehr richtig!) Das ist der Zweck des Diätengesetzes, wir sind dumm genug gewesen, damals diesem infamen Gesetze unsere Zustimmung zu geben, weil wir die raffinierten Wirkungen des Gesetzes nicht durchschaut haben. Da sehen Sie, was wir manchmal für naive Menschen sind. (Heiterkeit!) Ich habe mich gefreut, daß aus dem Parteitag heraus an diese schwärende Wunde gerührt wurde. Ich werde eine Reform des Diätengesetzes in der nächsten Session anregen. (Bravo!) Denn die 1000 M., die letzte Rate, können vom 1. Mai an gezahlt werden, ob die Abgeordneten nun noch einen Tag, noch eine Stunde oder hundert Tage sitzen. Und da sagt sich jeder von den anderen Abgeordneten (Heiterkeit) oder wenigstens eine große Anzahl von ihnen, die plumpe, schwere Masse der bürgerlichen Abgeordneten, die den Ausschlag geben: wenn wir die anderen noch einen Tag länger sitzen lassen, dann müssen wir es mit unserem Gelde büßen, weil wir die Aufenthaltskosten haben und uns obendrein unsere schöne Zeit verloren geht. Deshalb wird systematisch darauf hingearbeitet, wenn der 1. Mai gekommen ist, möglichst bald Schluß zu machen. Das ist die Maifeier der bürgerlichen Abgeordneten, daß sie möglichst rasch die parlamentarische Arbeit einzustellen versuchen. (Beifall.)" (S. 358.)

Heinrich Schulz in seinem Schlußwort:

„Eine Meinung herrscht in den Reihen der Fraktion über das ganz unwürdige Diätengesetz. Wir müssen alles tun, um es zu beseitigen und es zu reformieren. Die sozialdemokratischen Abgeordneten lassen sich natürlich durch dieses korrumpierende Gesetz in keiner Weise beeinflussen. Uebrigens hat Ledebour sich geirrt, es handelt sich dabei nicht um eine „Maifeier" der bürgerlichen Parteien, sondern um eine „Aprilfeier", da die vorletzte Rate am 1. April gezahlt wird." (S. 376.)

Direkte Gesetzgebung.

Der Jenaer Parteitag **1913** überwies folgenden Antrag 35 (Hamburg III) der Reichstagsfraktion zur Erwägung:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag einen Antrag auf Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts einzubringen. Gleichzeitig ist im ganzen Reiche eine lebhafte und intensive Propaganda für diese Programmforderung einzuleiten."

Doppelmandate.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen zwei Anträge vor:

104. Frankfurt a. M.: „Bei der Aufstellung von Kandidaten für den Reichstag und die Landtage sollen Doppelkandidaturen vermieden werden."

147. Breslau: „In Rücksicht auf unsere beständige Fortentwicklung und in Rücksicht darauf, daß die Bearbeitung der einzelnen Wahlkreise immer größere Anforderungen an ihre Kandidaten stellt, ist es unzulässig, daß ein Genosse in zwei oder mehreren Wahlkreisen kandidiert. Die bisher geübte Praxis, daß einzelne Genossen in verschiedenen Wahlkreisen kandidierten, ist unter allen Umständen zu vermeiden."

Diese Anträge wurden abgelehnt, nachdem Bebel sich folgendermaßen dagegen gewendet hatte:

„Der Antrag 104 verlangt, daß Doppelmandate vermieden werden. Im Prinzip stimmen wir alle dieser Auffassung zu. Ich glaube, gegen früher ist eine ganz bedeutende Besserung in diesem Verhältnis eingetreten. Aber einen Beschluß zu fassen, daß überhaupt Doppelkandidaturen für den Reichstag und den Landtag nicht aufgestellt werden dürfen, davor müssen wir Sie auf das nachdrücklichste warnen. (Sehr gut!) Die Sachsen haben allerdings einen solchen Beschluß gefaßt und durchgeführt. Aber ich bedaure das. Der Tag wird kommen, wo wir erkennen, daß das ein großer Fehler war. (Sehr richtig!) Reichsgesetzgebung und Landesgesetzgebung greifen fortgesetzt ineinander. Die Landesgesetzgebung wirkt auf das Reich und umgekehrt. Da ist es für eine Fraktion wie die unsrige eine absolute Notwendigkeit, daß wir in unserer Mitte Männer haben, die mit den einzelnen Landesangelegenheiten vertraut sind, die uns genau unterrichten können, Ratschläge geben können usw. Wir würden es als einen Schlag für unsere Sache ansehen müssen, wenn aus Bayern, Württemberg, Baden auf einmal alle die Männer verschwinden sollen, die zugleich Landtagsabgeordnete sind. Das geht nicht. Sie können die Zahl der Doppelmandate beschränken. Das ist auch bereits geschehen, denn groß ist die Zahl nicht. Aber wie jetzt die Dinge liegen und wie das Verhältnis sich im Reiche gestaltet hat, sind sie eine Notwendigkeit. Deswegen rate ich Ihnen dringend, im Interesse der Gesamtpartei den Antrag abzulehnen, wenn die Antragsteller nicht vorziehen sollten, ihn zurückzuziehen. (Beifall.)" (S. 391.)

Eisenbahner.

In Magdeburg **1910** erwähnte Bebel bei dem Referat über die badische Budgetbewilligung ein Flugblatt des süddeutschen Eisenbahnerverbandes, in dem es heißt:

„. . . Der Landtag ist geschlossen, die Petitionen, die von den Organisationen in den letzten Tagen eingereicht worden sind, sind erledigt. Erledigt in kaum 2 Stunden. Die Eisenbahner sind um eine Hoffnung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschungen. (Hört! hört!) Unter der Signatur der Finanzklemme wurden alle Anträge auf Erhöhung der Löhne, auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, auf Beseitigung der Akkordarbeit, auf Erhöhung der Zusatzrente für Invaliden, Witwen und Waisen usw., von der Regierung kurzerhand abgelehnt." (S. 252.)

Frank verteidigte die parlamentarische Tätigkeit der badischen Landtagsfraktion:

„... Bei den Verhandlungen über die Frage des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosigkeit, der Prostitution, immer und überall haben wir unsere Forderungen vertreten.

Nun hat Bebel einen Artikel aus der „Schmiedezeitung" (?) gebracht von einem Eisenbahner, der das Gegenteil behauptet. Man habe die Petitionen der Eisenbahner kurzerhand abgetan. Parteigenossen! Wenn man nach diesem Schema Anklagen konstruieren wollte, wie würde es da unserer Reichstagsfraktion ergehen! Die Sache war so: Es waren 70 Arbeiterpetitionen vorgelegt, die in langer Arbeit in den Kommissionen in Dutzenden von langen Sitzungen verhandelt wurden. Es wurde darüber ein gedruckter Bericht herausgegeben von etwa 170 Seiten, wo jede Petition eingehend behandelt war. Es wurden die meisten Forderungen der Eisenbahner der Regierung empfehlend überwiesen — übrigens einstimmig in der Kommission — und dann wurde ausgemacht, wie das im Reichstag täglich geschieht, daß bei den Verhandlungen im Plenum die Parteien sich Beschränkungen auferlegen mußten, weil man sonst die 70 Petitionen in Wochen nicht erledigen könnte. Denn jeder Abgeordnete hätte natürlich auf die Eisenbahner in seinem Bezirk Rücksicht nehmen müssen, und jeder würde genau dieselbe Rede für alle Kategorien der Eisenbahner im Landtage gehalten haben. Man hat daher ausgemacht, daß jede Partei einen Redner bekomme und wir Sozialdemokraten — das böse Kind hat man anders behandelt (Heiterkeit) — zwei Redner, weil wir zufällig keinen Referenten gehabt hatten. Die Interessen der Eisenbahner wurden also energisch vertreten, und die Tatsache, daß im Plenum die Verhandlungen kontingentiert wurden, ist etwas, das jeder im parlamentarischen Leben stehende Mensch begreifen und billigen muß, weil jeder schon dasselbe getan hat.

Ich darf vielleicht noch erwähnen, daß der Eisenbahnerverband als Organisation von der Bahnverwaltung anerkannt ist, daß mit den Beamten des Eisenbahnerverbandes verhandelt wird ..." (S. 269.)

Bebel kam in seinem Schlußwort darauf zurück, wobei er einige Wendungen Franks zitierte, die das Protokoll von dessen Rede nicht enthält:

„... Frank hat weiter die von mir zitierten Sätze aus einem Flugblatt der Eisenbahner zurückgewiesen, die sich bitter beschwerten über die Behandlung, die ihre Petitionen im Landtag gehabt haben. Er hat ausgeführt, man soll sich nicht aufs Eis locken lassen, da sei viel geschrieben worden, was nicht zu verantworten sei. Ich mußte danach annehmen, daß das Flugblatt vielleicht von Gegnern verbreitet worden sei. In der Tat aber ist es ein Flugblatt des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes (Hört! hört!), gedruckt im Verlage Geck & Co. in Karlsruhe, und wenn derartige Produkte ins Land gehen unter solcher Firma, so habe ich als Parteigenosse ein Recht, mich darauf zu stützen. (Sehr richtig!) ..." (S. 346.)

Elsaß-Lothringen.

Der Magdeburger Parteitag **1910** nahm folgende Resolution 86 (Straßburg-Stadt) einstimmig an:

„Der verfassungsrechtliche Zustand Elsaß-Lothringens als Reichsland ist in der barbarischen Anschauung begründet, daß die ohne Rücksicht auf ihren eigenen Willen der französischen Republik im Jahre 1871 abgenommenen Provinzen die Kriegsbeute der deutschen Bundesstaaten waren und geblieben sind. Wenn jetzt die Reform des Wahlrechts und der Verfassung sich einer Wendung nähert, so lehnt der Parteitag, getreu der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie, jeden Vorschlag ab, der irgendwie an dem gegenwärtigen Wesen der Verfassung und des Wahlrechts festhalten oder gar bezwecken wollte, Elsaß-Lothringen einer vollständigen Verpreußung zuzuführen oder im Land eine unberechtigte Vorherrschaft der bisher im Landesausschuß maßgebenden Reaktion zu begründen.

Der Parteitag spricht sich demzufolge mit aller Wucht gegen die Einrichtung oder die Vorbereitung einer Dynastie aus, die er beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Statthalterschaft erblicken würde. Mit derselben Energie wendet er sich gegen die Absicht, durch ein Zweikammersystem die Volksvertretung der Kontrolle eines Oberhauses zu unterwerfen und die Volksvertretung selbst durch ein Pluralwahlsystem oder ähnliche reaktionäre Maßnahmen zu fälschen.

Der Parteitag folgt den demokratischen Grundsätzen der Sozialdemokratie, wenn er die volle Gleichberechtigung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten und innerhalb der Landesverfassung die volle Gleichberechtigung aller Staaatsbürger verlangt.

Der Parteitag fordert: Die Autonomie Elsaß-Lothringens, also die Umwandlung des Reichslandes in einen Bundesstaat, und für diesen neuen Bundesstaat die republikanische Form. Er fordert ferner die Durchführung eines rein parlamentarischen Regimes, also die Verantwortlichkeit der Staatsregierung vor dem Parlament. Nur darin sieht er die Gewähr, daß die Vertreter des neuen Bundesstaates im Bundesrat die Interessen des elsaß-lothringischen Volkes vertreten können. Er fordert endlich für das Parlament eine einzige Volkskammer, hervorgegangen aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens."

Borgmann-Berlin führte in seinem Rferat über die Wahlrechtsfrage aus:

„... In der Tatsache, daß Elsaß-Lothringen heute noch ohne Verfassung existiert, kommt die Rückständigkeit unserer ganzen preußisch-deutschen Regierungsmethode zum Ausdruck. Als Gegenstück verweise ich darauf, daß z. B. in Südafrika, das erst vor kurzem mit England Krieg geführt hat, eine Verfassung zustandegekommen ist, wo die Besiegten von damals an die Regierung gekommen sind und als freie Staatsbürger Gleichberechtigung haben. Es ist noch sehr zweifelhaft, ob im Hinblick auf die reaktionären Verhältnisse in Deutschland die elsaß-lothringische Bevölkerung auch nur einen schwachen Abglanz von den freiheitlichen Einrichtungen bekommen wird, wie sie in Südafrika das Burenvolk durch die englische Regierung erhalten hat. (Sehr gut!)" (S. 410.)

Den Antrag 86 begründete Dr. Weill-Straßburg:

„... Wir haben nicht das geringste Vertrauen weder zur Regierung, die sich manchmal den Anschein geben will, als ob sie demokratisch sei, auch nicht zu den bürgerlichen Parteien. Auch die Klerikalen geben sich eine demokratische Färbung; sie treten für eine Art Union nécessaire aller einheimischen Parteien ein; sie verdecken so ihre Politik hinter nationalistischen Bestrebungen. Das läuft aber lediglich darauf hinaus, nach der Verfassungsänderung eine sichere klerikale Mehrheit im Landtag zu haben. Der Nationalismus ist lediglich ein Vorwand; in der Nummer vom 9. Juni des „Nouvelliste", dem Organ des Abbé Wetterlé in Colmar, versucht dieser sogar die Finanzreform mit nationalistischen Gründen zu erklären, um dem Zorn des Volkes auszuweichen.

Es besteht tatsächlich eine Anhänglichkeit in Elsaß-Lothringen an Frankreich und die französische Erinnerung. Sie besteht, und mit dieser Anhänglichkeit suchen die Klerikalen Mißbrauch zu treiben. Es ist aber durchaus begreiflich und selbstverständlich, daß diese Empfindung vorhanden ist, und wenn der Statthalter von Elsaß-Lothringen gestern in seiner Rede in Lörchingen das bedauert hat, so wäre vielleicht vorzuziehen, daß er den Gründen dieser Empfindung nachgehe. Sie besteht, weil das elsaß-lothringische Volk aus seiner politischen und revolutionären Ueberlieferung heraus ein Bedürfnis nach Demokratie hat, das innerhalb des Deutschen Reiches keine Befriedigung finden kann. Der Vergleich zwischen der deutschen Reichspolitik und der demokratischen französischen Politik drängt sich in Elsaß-Lothringen geradezu auf, und wenn wir sehen, wie jenseits der Vogesen Kulturreformen durchgeführt werden, wie die Trennung von Staat und Kirche,

wie aber bei uns die preußische Reaktion sich Geltung verschafft und Wirkung ausübt in allen Gebieten, so wird man diese Anhänglichkeit verstehen. (Sehr wahr!) Nichts wirkt im Elsaß antinationaler und protestlerischer als gerade die Politik, die gegenwärtig in Deutschland von den Junkern getrieben wird. Wir behaupten, daß gerade die soziale Demokratie den nationalen Traditionen des Elsasses dient, indem sie für die Demokratisierung kämpft. (Sehr richtig!)" (S. 431 f.)

Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Jenaer Parteitag **1911** sagt über die elsaß-lothringische Verfassungsreform:

„Die Verfassung Elsaß-Lothringens als selbständiger Bundesstaat ist in dem Gesetz, das 40 Jahre auf sich warten ließ, auf die Basis eines demokratischen Wahlrechts gestellt. Was Preußens Volk begehrt: nicht länger Deutsche zweiter Klasse zu sein, das gewährte der preußische Ministerpräsident v. Bethmann als Kanzler den Elsaß-Lothringern . . ." (S. 146.)

Weiter heißt es dann:

„In der dritten Beratung verlas Genosse Frank namens der Fraktion eine Erklärung, welche Gründe dafür enthält, weswegen die Sozialdemokraten trotz aller Bedenken für die Verfassung und für das Wahlgesetz stimmen.

„Die sozialdemokratische Fraktion bedauert lebhaft, daß es ihr nicht gelungen ist, für Elsaß-Lothringen eine ihren Forderungen entsprechende demokratische Verfassung zu erringen. Die Uebertragung der Staatsgewalt auf den Kaiser und die Errichtung einer Ersten Kammer stehen im Widerspruch mit den Wünschen der Mehrheit der Elsaß-Lothringer, deren Interessen wir hier vertreten haben. Auch die Aufenthalts- und Wohnsitzbedingungen, an welche die Ausübung des an sich demokratischen Wahlrechts geknüpft wurde, sind Rückständigkeiten, deren energische Bekämpfung und deren Beseitigung unser Ziel bleiben wird, wir haben aber das Vertrauen, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, das die verbündeten Regierungen nicht mehr versagen konnten, die Kraft haben wird, den Willen des elsaß-lothringischen Volkes auch gegen Erste Kammer und Kaisergewalt durchzusetzen, und wir sind überzeugt, daß die Rückwirkung der Einführung dieses Wahlrechts auch auf die anderen in dieser Beziehung zurückgebliebenen Bundesstaaten nicht wird aufgehalten werden können."

. . . Von der sozialdemokratischen Fraktion verließen sechs Genossen vor der Abstimmung den Saal, weil sie eine Zustimmung nicht mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren konnten." (S. 148.)

Im Parlamentarischen Bericht führte Geck aus:

„. . . Es sind in der Fraktion wesentliche Differenzen nicht hervorgetreten. Die einzige Differenz ist, wie Sie wissen, bei der Lösung der elsaß-lothringischen Verfassungs- und Wahlrechtsfrage eingetreten, und sie war eigentlich taktischer Art. Der Fraktionsbericht sagt, was der Mehrheitsbeschluß der Reichstagsfraktion in dieser Sache war. Dieser Beschluß ist, wie bekannt, mit einer nicht gerade großen Mehrheit zustande gekommen. Die Minderheit war der Meinung, daß man wegen der feudalen und reaktionären Bestimmungen, die in der Verfassung stehen geblieben sind, gegen sie stimmen müßte. Wenn die Fraktion einstimmig darin war, daß es begrüßenswert und dem demokratischen Gedanken Rechnung tragend ist, das direkte und gleiche, wenn auch beschränkte Wahlrecht in das Gesetz hineinzubringen und ihm dadurch nach Preußen Bahn zu brechen, so war man doch auch der Auffassung, daß der Verfassung nicht zugestimmt werden könnte. Das Präsidium des Reichstages vereinigte aber beide Gesetze zu einem einzigen Abstimmungsakt. So war es möglich, daß die Fraktionsminderheit, wenn sie ihren Widerspruch gegen die Verfassung geltend machen wollte, nach ihrem Grundsatze abstimmen konnte. Eine Anzahl Parteigenossen trug deshalb der Fraktion die Ab-

sicht vor, sich der Abstimmung zu enthalten. Um nicht gegen die Fraktion zu stimmen und auch nicht durch Abgabe eines Enthaltungszettels zu demonstrieren, blieben sechs Fraktionsmitglieder der Abstimmung fern. Ich füge hinzu, daß das geschah, nachdem die Betreffenden es vorher in der Fraktion mitgeteilt und diese nichts dagegen einzuwenden gehabt hatte." (S. 289.)

Der Bericht der Fraktion an den Chemnitzer Parteitag **1912** zitiert ausführlich die Szenen, die sich bei der Erörterung der kaiserlichen Drohung abspielten, die Verfassung Elsaß-Lothringens in Scherben zu schlagen und aus Elsaß-Lothringen eine preußische Provinz zu machen. Scheidemann führte danach aus:

„. . . Wir begrüßen es als ein schwerwiegendes Geständnis, daß von kompetenten Stellen aus die Einverleibung in Preußen angedroht wird als die schwerste Strafe (Großes Gelächter bei den Sozialdemokraten und im Zentrum), die ein Volk wegen seiner Widerspenstigkeit treffen kann, als eine Strafe, die gewissermaßen gleich neben dem Zuchthaus steht (Sehr wahr! sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und die ja auch insofern mit der Zuchthausstrafe im Einklang steht, als durch die Verhängung dieser Strafe, d. h. durch die Einverleibung in Preußen, der Verlust bürgerlicher Ehrenrechte für die meisten Elsaß-Lothringer eintreten würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Pfuirufe und stürmischer Widerspruch rechts. — Wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Herr Graf Westarp, Sie dürfen froh sein, daß Sie nicht im preußischen Landtag sitzen und kein Sozialdemokrat sind, sonst würden Sie wegen Ihrer Zwischenrufe herausgeschmissen werden. (Zurufe rechts.) Wir meinen aber doch, daß man mit solchen Drohungen, wie mit der Versetzung sozusagen in die zweite Klasse des Soldatenstandes (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) oder Versetzung in die unterste Klasse der deutschen Reichsangehörigkeit, nämlich in die preußische Klasse (Rufe rechts: Pfui! Unerhört! — Große Unruhe), doch etwas vorsichtiger sein sollte. (Große Unruhe und Pfuirufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Scheidemann, ich bitte Sie, sich zu mäßigen mit Ausdrücken, die dahin führen würden, daß ich Sie zur Ordnung rufen müßte. (Zuruf rechts: Allerhöchste Zeit. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann: Meine Herren, es handelt sich hier — — ja, wenn die Herren sich nicht beruhigen können, kann ich ja noch ein bißchen warten. (Zuruf rechts: Sie beschimpfen Preußen! — Der Reichskanzler und andere Bundesratsbevollmächtigte verlassen den Saal. — Stürmisches anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten. — Andauernde Unruhe. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Endlich allein!) Meine Herren, nach dem Auszuge der hohen Herren der Regierung werden Sie sich vielleicht wieder beruhigen, so daß ich fortfahren kann. Wir müssen den schärfsten Protest erheben — — (Weitere Regierungsvertreter und mehrere konservative Abgeordnete verlassen ihre Plätze. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Bravo! Auszug! — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) . . . .

Der nationalliberale Abgeordnete van Calker, der hierauf das Wort erhielt, protestierte in seiner Rede gegen die Aeußerung Scheidemanns. Während seiner Rede betreten die Bundesmitglieder wieder den Saal. Der Reichskanzler führte dann aus, ein Mann, der von seinem Lande so spreche, wie es Scheidemann getan, verurteile sich selbst. . . . Die Entrüstungskomödie und die falsche Auslegung der Worte Scheidemanns, als ob er das preußische Volk beleidigt habe, stellte dann unser Redner in das rechte Licht. Selbstverständlich hat Scheidemann, wie stets ein Sozialdemokrat, wenn er in agressivem Sinn von „Preußen" redet, nicht das preußische Volk gemeint, als dessen Vorkämpfer gerade die Sozialdemokraten dastehen, sondern „das Preußen der Bevormundung und Niederknüttelung des freien Geistes, jenes Preußen, das bisher bei allen Deutschen, gerade bei den edelsten und besten Geistern

aller Jahrzehnte die schärfste Opposition gefunden hat, jenes Preußen, für das genügend scharfe Worte zu finden, die deutsche Sprache kaum ausreichte." ..." (S. 131 f.)

Der Jenaer Parteitag **1913** nahm folgenden Antrag 34 (Kolmar i. Els.) an:

„Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer sympathischen und direkten Verständigungsaktion der europäischen Parlamente erblickt.

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen der Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elsaß-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern."

Grumbach-Kolmar führte zur Begründung des Antrages u. a. aus:

„... Wenn diese Konferenzen aber wirklich, wie es notwendig und möglich ist, praktische Arbeit leisten sollen, so muß ein inneres deutsches Problem gelöst werden: die elsaß-lothringische Frage. In der letzten Zeit wird in Elsaß-Lothringen wieder eine ganz unbegreifliche Politik getrieben, die den Anschein erweckt, als ob die Regierung systematisch darauf hinarbeite, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht erfolgt. Und gerade weil wir Gründe zur Annahme haben, daß die deutsche Regierung sich mit der französischen ernsthaft verständigen möchte, steht einem der politische Verstand still, wenn man sieht, wie jetzt jeder Hund, der französisch zu bellen scheint, verhaftet wird (Heiterkeit!), wie in einem Park von Metz es den Frauen deutscher Offiziere plötzlich verboten wird, französisch zu sprechen, wie elsaß-lothringische Soldaten ohne weiteres in die zweite Klasse versetzt werden. Wir verlangen nichts Hochverräterisches, wenn wir die vollste Gleichberechtigung mit allen deutschen Bundesstaaten fordern. Wir elsaß-lothringischen Sozialisten bekämpfen den Nationalismus bei uns mit aller Schärfe, aber die deutsche Regierung irrt sich, wenn sie glaubt, daraus schließen zu dürfen, daß wir nur eine Sekunde unsere Forderungen auf republikanische Autonomie, auf volle Gleichberechtigung im Deutschen Reich, zurückstellen.

Deshalb bittet Sie der elsaß-lothringische Wahlkreis Kolmar, der Resolution zuzustimmen, die einerseits eine Demonstration nach Frankreich hinüber ist und die sagt: „Alles, was an Hetzworten zu Tisch (?) kommt, ist verbrecherische Entstellung. Alles was in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und ähnlichen Organen zu lesen ist, ist von Leuten geschrieben, die eigentlich wegen systematischer Anreizung zum Massenmord ins Zuchthaus gehörten. (Sehr gut!) Alles was Ihr hört vom Haß der Massen in Deutschland, ist beispiellose Lüge und Verdrehung. Auch ein großer Teil des Bürgertums denkt so, aber er hat nicht die Möglichkeit, diesem Massengefühl einen solchen Ausdruck zu geben, wie wir es auf unserem Parteitag können." Die Resolution ist ferner ein Protest gegen die Schandpolitik, wie sie in den letzten Monaten wieder getrieben wird, und gegen die Ankündigung gewisser Regierungsblätter, daß man trotz der scharfen und in Elsaß-Lothringen mit Freuden begrüßten Ablehnung der Ausnahmegesetze solche Gesetze vielleicht in veränderter Form wieder über den Bundesrat an den Reichstag bringen will. Wir bitten den Parteitag, uns zu unterstützen in unserem Kampf für unsere Rechte gegen die elsaß-lothringische und gegen die preußisch-deutsche Regierung! (Lebhafter Beifall.)" (S. 361.)

England. Auf dem Jenaer Parteitag **1911** begründet beim Punkte „Reichstagswahlen" Bernstein seinen Antrag 81:

„Der Parteivorstand möge, wenn möglich noch vor den Reichstagswahlen, die Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche gegenüber den Bestrebungen, England und Deutschland zu verhetzen, die großen gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klassen beider Länder an der Erhaltung und Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen ihnen darlegt und das Falschspiel der Hetzer aufdeckt."

Bernstein führt aus:

„Die ausländischen Beziehungen des Deutschen Reiches werden im kommenden Wahlkampf von größter Bedeutung sein; sie haben ja auch schon bei den letzten Wahlen eine entscheidende Rolle gespielt. Die herrschenden Parteien werden das Aeußerste aufbieten, um die Empörung der Wählermassen durch Aufrollung auswärtiger Fragen abzulenken, namentlich durch den Hinweis auf das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und England. Die Englandfrage ist zu einer Hauptfrage der deutschen Politik geworden. Tatsächlich hat in der letzten Zeit die nationalistische Presse in Deutschland weit schärfer gegen England agitiert und gehetzt als selbst gegen Frankreich. England wird dem deutschen Volke als das Truggespenst vorgehalten, das Deutschland bedroht und zu den äußersten Rüstungen nötigt. Immer mehr verbreitet sich die Idee in den Köpfen, daß der Zusammenstoß mit England kommen müsse. Die verkehrtesten und zugleich auch die verderblichsten Ideen finden in bezug auf diese Frage immer weitere Verbreitung, obgleich sie im Widerspruch stehen mit allen Tatsachen des modernen Wirtschafts- und Verkehrslebens der Völker. Es wird den Leuten einzureden versucht, der Zusammenstoß mit England sei unvermeidlich. Diese Idee findet nicht nur bei den Nationalisten, sondern bis weit in die bürgerliche Linke hinein immer willigere Aufnahme, ja sogar darüber hinaus.

In allen möglichen Formen wird die Vorstellung propagiert, daß England das Fortschreiten der deutschen Industrie nicht ertragen könne, daß diese für England immer gefahrvoller werde, und daß England daher mit Notwendigkeit danach streben müßte, den deutschen Handel, der die Produkte der deutschen Industrie über die Erde verbreitet, zu zerstören oder wenigstens zu untergraben.. Diese wahnsinnige Idee findet Glauben, weil es heute mit dem ökonomischen Wissen leider noch sehr schlecht bestellt ist. Die Zerstörung des deutschen Handels durch England ist eine Unmöglichkeit. Was würde denn ein Krieg in dieser Hinsicht nützen? England kann die deutschen Arbeiter nicht aus der Welt schaffen, nicht die deutschen Kohlengruben, die Eisenhütten und Textilfabriken, und ebensowenig die der anderen Staaten, die doch auch der englischen Industrie Konkurrenz machen. Sie ist ferner unnötig, denn die deutsche Wirtschaftspolitik sorgt selbst dafür durch Verteuerung des Lebens in Deutschland, dieses als Konkurrenten ungefährlich zu machen. Man denkt auch nicht an den deutsch-englischen Handel, der von Jahr zu Jahr steigt und der heute schon fast 2000 Millionen Mark jährlich ausmacht. Er besteht nicht nur in der Ausfuhr Deutschlands nach England, sondern auch in der Ausfuhr Englands nach Deutschland. Aber mit je abenteuerlicheren Behauptungen jene Propaganda arbeitet, umsomehr Glauben findet sie, und so wird der Boden für die Hetzpolitiker geebnet. Diese allein wären ja nicht imstande, das deutsche Volk aufzuregen, denn wer liest die „Post", die „Tägliche Rundschau" und ähnliche Blätter? Sie wären ohnmächtig, wenn nicht dank der Halbheit der großen bürgerlichen Presse jene falsche und verderbliche Auffassung in weiten Kreisen Widerhall fände. Wir müssen das auf das energischste bekämpfen. Dazu hat das so sehr angegriffene Flugblatt des Parteivorstandes schon ein Stück beigetragen. Das erkenne ich gern an. Aber ich glaube, Rosa Luxemburg beruhigen zu können: Es gibt auch in dem Flugblatt Sätze, die ich nicht unterschreibe. Kautsky steht noch nicht neben Bernstein. (Heiterkeit.)

Das Flugblatt hat das große Verdienst, statt allgemeiner Schlagworte Tatsachen zu setzen. Dagegen hat die bürgerliche Presse, auch die liberal-demokratische, in der letzten Krise mit sehr wenigen Ausnahmen vollständig versagt, teils aus Feigheit

und Schwäche, teils aus Nachgiebigkeit gegen offiziöse Mitteilungen, ein Teil aber auch infolge Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Der ausländische Pressedienst läßt außerordentlich zu wünschen übrig. Unsere Presse hat ja versucht, besser zu arbeiten, aber es ist noch nicht genug geschehen. Als die Hetze hier von neuem losging und als die Hetzpatrioten alle möglichen angeblichen englischen Preßstimmen verbreiteten, als die bürgerlichen Blätter aber außerordentlich wenig davon brachten, was die Gegenstimmen in England sagten, da hätte unsere Presse in die Lage versetzt werden müssen, neben dem, was unsere englischen Parteigenossen, was die englischen organisierten Arbeiter sagten, schrieben und beschlossen, die großen englischen Blätter zu zitieren, von denen viele sich vernünftiger äußerten als die Masse unserer deutschen bürgerlichen Organe. Richtig wäre es gewesen, die Presse der großen englischen Industriezentren sprechen zu lassen, wie den „Manchester Guardian", den „Bradford Observer" und ähnliche Zeitungen, Blätter, die viel wichtiger sind als ein Teil der Londoner Lokalpresse. Daraus hätte man ersehen, daß auch in England ein starker Widerstand gegen die Verhetzung der Nationen mit all ihren Wirkungen, den Rüstungen, der Teuerungsgefahr usw. vorhanden ist. Wir müssen diese Elemente stärken. Wir müssen zur Unterstützung unserer Agitation im deutschen Volke auch den Auslandsdienst organisieren, wir müssen die Existenzbedingungen der Nation aufzeigen, — zeigen, wie in beiden Nationen diese Bedingungen die Notwendigkeit ergeben, daß die Arbeitermassen im weitesten Sinne des Wortes, nicht nur allein die Lohnarbeiterklasse, sondern auch ein großer Teil der Gewerbetreibenden und der Industriellen, am Frieden und nur am Frieden interessiert sind. In überzeugender Weise kann diese wichtige Tatsache nur in einer Broschüre zum Bewußtsein gebracht werden, die uns im Wahlkampf, darüber hinaus aber auch bei den später nicht ausbleibenden Verwicklungen außerordentlich große Dienste leisten wird. (Beifall.)" (S. 392 f.)

Bebel bemerkt in seinem Schlußwort:

„Gegen den Antrag Bernstein habe ich nichts einzuwenden. Nach der Begründung halte ich es für sehr nützlich, wenn eine derartige Broschüre zur Aufklärung der Beziehungen Deutschlands und Englands geschrieben wird. Es wird ja möglich sein, eine solche herstellen zu lassen." (S. 399.)

Der Antrag 81 wird angenommen. Dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtete der Parteivorstand:

„Eine Broschüre, wie sie der Antrag 81 wünscht, ist unter dem Titel: „Die englische Gefahr und das deutsche Volk" im Dezember v. J. erschienen." (S. 8.)

In seiner Begrüßungsansprache an den Chemnitzer Parteitag sagte Quelch-London:

„... Auch bei uns in Großbritannien sind im letzte Jahre wichtige Entwicklungen eingetreten. Bald nach Eurem Parteitag hat die damals von mir vertretene britische sozialdemokratische Partei entsprechend der ihr von mehreren internationalen Kongressen auferlegten Pflicht, die Einigkeit der sozialistischen Kräfte der Nation zu erstreben, zu diesem Zweck eine Konferenz einberufen. Auf diesem Ende September zu Manchester abgehaltenen Kongreß wurde das gewünschte Resultat erreicht, und zwar mittels der Verschmelzung in die British Socialist Party, die sozialdemokratische Partei. Selbst manche Gruppen der unabhängigen Arbeiterpartei, denen das Bündnis mit der Arbeiterpartei verleidet war, schlossen sich der neuen geeinigten sozialistischen Partei an. (Bravo!) Im Namen dieser Partei begrüße ich Euch. Wir zählen etwa 40 000 Mitglieder, die den unverfälschten revolutionären Sozialismus in Großbritannien vertreten. (Bravo!) Im Gegensatz dazu ist unsere Arbeiterpartei immer mehr zum Anhängsel der liberalen Partei geworden, sie unterstützt selbst die trügerischsten und schädlichen Sozialreformen, womit die liberale Regierung die Arbeiter beschwindelt und irregeführt hat. Das gegenwärtige Gezänk zwischen der Arbeiterpartei

und den Liberalen ist nichts weiter als ein Streit um Mandate unter den Verbündeten.

Während des letzten Jahres drohte mehr als einmal der Ausbruch eines Riesenkrieges zwischen Deutschland und England. Glücklicherweise ist das Entsetzliche bis jetzt verhütet worden, aber man kann nicht sagen, daß jede Gefahr eines Konfliktes vorüber sei. Im Gegenteil, in gewisser Beziehung ist die Gefahr drohender als je. Auch das ist einer der Gründe, weshalb ich mich freue, hier anwesend zu sein, um Euch zu versichern, daß die britischen Sozialisten fest entschlossen sind, alles, was in ihrer Macht steht, für die Erhaltung des Friedens zu tun (Lebhafter Beifall), und daß sie sich über die Aussicht freuen, mit Vertretern der großen deutschen sozialdemokratischen Partei über die in beiden Ländern gemeinschaftlich zu ergreifenden Mittel zur Verhütung eines Krieges beraten zu können. (Erneuter Beifall.) Als auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Sozialdemokraten bekämpfen wir den Imperialismus in jeder Gestalt und drücken unsere Solidarität mit der ganzen internationalen Arbeiterbewegung bei ihrem Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus aus. (Bravo!) Wir Mitglieder der britischen sozialistischen Partei stehen mit Euch auf dem Standpunkt, daß es zwischen dem deutschen und dem englischen Volk keine Ursache zu einem Streit gibt, daß im Gegenteil die Arbeiterklasse das höchste Interesse an der Erhaltung des Friedens hat. Dies ist auch im allgemeinen das Gefühl des britischen Volkes mit Ausnahme derjenigen, die von einem Kriege Profit haben würden. Die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes aber ist gegen den Krieg, und wenn sich der Friede nicht erhalten läßt, so wird das auf die Schuld und die Narrheit der regierenden Klassen in beiden Ländern zurückzuführen sein. (Sehr richtig!) An uns liegt es, alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um einen Krieg zu verhindern, und wir haben die feste Zuversicht, daß unsere deutschen Genossen von dem gleichen Gefühl beseelt sind. (Lebhafte Zustimmung.) Indem ich unserer Solidarität mit Euch Ausdruck gebe, indem ich den Wunsch ausspreche, daß wir in diesem großen Kampfe gegen die Klassenherrschaft mit der ganzen Welt in Reih und Glied marschieren werden, danke ich Euch für Eure freundliche Aufnahme, beglückwünsche Euch zu Eurem Parteitage und zu Euren bereits erkämpften Erfolgen. Möge die Sozialdemokratie in Deutschland bald den vollständigen Sieg erringen! Es lebe die deutsche sozialdemokratische Partei! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)" (S. 196 f.)

Erfurter Urteil.

Der Bericht der Reichstagsfraktion in Jena **1913** sagt:

„Obwohl es in der Regel nicht üblich ist, in der dritten Lesung einer Vorlage noch Anträge einzubringen, entschloß sich unsere Fraktion noch in aller Eile, auf Grund des Erfurter Schreckensurteiles von unseren Anträgen zur Reform der Militärrechtspflege denjenigen erneut einzubringen, der die Zulassung mildernder Umstände für eine Reihe von Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches verlangt...

Die erschütternden Tatsachen des Erfurter Falles und die leidenschaftliche Empörung der sozialdemokratischen Fraktion bei dem Bekanntwerden dieses Falles im Reichstag wirkten so stark auf die bürgerlichen Parteien, daß sie der sozialdemokratischen Anregung, wenn auch mit einigem Wenn und Aber, zustimmten...

So war in letzter Minute dank der sozialdemokratischen Initiative und Tatbereitschaft eine erhebliche Besserung des Militärstrafgesetzbuches erreicht worden..." (S. 172 f.)

Im mündlichen Bericht führte Heinrich Schulz aus:

„... Zum Schluß möchte ich noch kurz auf das Erfurter Urteil zurückkommen, welches mir ein Schulbeispiel zu sein scheint für die Bedeutung des Parlaments für die Massen und umgekehrt der Massen für das Parlament. Jene Vorgänge in den letzten Tagen der Session haben aufgedeckt,

daß selbst der deutsche Parlamentarismus mehr durchzusetzen vermöchte, wenn er nur den entscheidenden Willen zeigte, wenn die bürgerlichen Parteien das nötige Maß von Mut aufbringen würden. Vor dem einmütigen Willen des Reichstags beugte sich die Regierung, weil sie sich in einer Zwangslage befand. Die Konsequenzen aus diesem Vorgang lägen für ein willensstarkes Bürgertum auf der Hand. Ich fürchte allerdings, wir werden in der Beziehung nicht viel Freude erleben. Wichtig ist ferner für uns, daß die Fraktion bei dieser Frage das ganze Bürgertum mit verschwindenden Ausnahmen zur Gefolgschaft gezwungen hat. Unsere wochenlangen Reden vorher fanden taube Ohren. In diesem Einzelfalle rissen wir die ganzen bürgerlichen Parteien ohne weiteres mit uns. Aber ich behaupte, daß das nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht durch wochenlange Debatten vorher, durch unseren jahrelangen Kampf gegen den Militarismus der Boden vorbereitet gewesen wäre. Das eine ist nicht ohne das andere denkbar. Der grundsätzliche Kampf muß innerhalb und außerhalb des Parlaments geführt werden, aber daneben hat die Reichstagsfraktion die Pflicht, jede parlamentarische Situation und Konstellation zur Erringung von Vorteilen auszunutzen. Diese Vorteile wirken dann wieder aufrüttelnd und belebend auf die Massen. In diesem Falle war es ja leider nur ein kleiner Erfolg. Den besten Beweis liefert das neue Urteil. Der Parteitag wird sich, ohne daß wir eine besondere Resolution zu fassen brauchen, doch einig sein in der schärfsten Verurteilung dieses neuen Erfurter Urteils. (Sehr richtig!) Absolut genommen ist es zwar milder, denn zwei Jahre Gefängnis sind weniger als fünf Jahre Zuchthaus. Aber relativ genommen ist es schärfer, denn während bei dem ersten Urteil die Mindeststrafen zugrunde gelegt waren, ist man bei dem zweiten Urteil um das Doppelte über die Mindeststrafe hinausgegangen. Es ist geradezu unerhört, daß wegen eines erbärmlichen Wirtshauskrakeels so namenloses Unglück über zahlreiche brave Menschen gebracht worden ist, nur weil wir in Deutschland ein rückständiges Gesetz und rückständige Bestimmungen über die Kontrollversammlung mit uns schleppen müssen, und weil in einigen Bundesstaaten zufällig die Gendarmen als militärische Vorgesetzte gelten.

Also die Gegenleistung für das Volk für die ungeheuren Opfer, die ihm bei der Militärvorlage auferlegt sind, ist sehr gering, wenn wir auch stolz darauf sein dürfen, daß dieser Erfolg durch unsere Fraktion erzielt worden ist.

Aber auch er wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Massen hinter der Fraktion gestanden hätten. Freilich war das Urteil, als es im Reichstag zur Sprache kam, den Arbeitermassen noch nicht bekannt. Aber trotzdem standen die Massen hinter der Fraktion. Die Fraktion lehnte sich an jenem Sonntagabend mit geradezu elementarer Leidenschaftlichkeit gegen dies Urteil auf, verschwunden war die Müdigkeit, die sonst bei dritten Lesungen im Reichstag Platz greift. Verschwunden waren all die Aeußerlichkeiten eines letzten Verhandlungstages im Reichstag. Unmittelbar drang an jenem Tage die Stimme des Volkes in den Reichstag hinein. Das wußten auch die bürgerlichen Parteien. Sie wußten genau, wie dies Urteil, wenn es in den nächsten Stunden durch Deutschland eilte und den Massen bekannt wurde, auf die aufgeklärten Massen des klassenbewußten Proletariats wirken mußte. Die ganze gewaltige organisierte Kraft und Wucht des deutschen klassenbewußten Proletariats, die die Gegner so oft krampfhaft hinwegzuleugnen suchen, und die ihnen doch ständig wie ein Alp auf der Brust liegt, drang an jenem Sonntagabend gleichsam wie eine körperliche Macht in den Reichstag ein und diktierte diese Gesetzesreform. Daraus dürfen wir den Schluß ziehen, daß ein Parlament, dem die Massen gleichgültig gegenüberstehen, ein müßiger Zeitvertreib ist, daß aber ein Parlament, hinter dem der geschlossene Wille des Proletariats antreibend und aufpeitschend steht, ein wertvolles Hilfsmittel im Klassenkampf sein kann. So darf die Fraktion von den Parteigenossen verlangen, daß die Massen Anteil nehmen an dem Kampf der Fraktion. Dann müssen aber auch die Massen über das Wollen der Sozialdemokratie unermüdlich von den Parteiorganisationen aufgeklärt werden. Umgekehrt können aber die Genossen von der Fraktion verlangen, daß die Fraktion sich lediglich als ein dienendes Glied des großen Ganzen ansieht und ständig die innigste Fühlung mit den Wünschen der Masse aufrecht erhält. Ich spreche den Wunsch aus, daß die Debatte dieses Parteitages über den parlamentarischen Bericht diese wertvolle und notwendige Gegenseitigkeit stärken und festigen wird. (Lebhafter Beifall.)" (S. 345 f.)

Familienblatt.

Im Vorstandsbericht an den Jenaer Parteitag **1913** führte Scheidemann aus:

In der Vorlage finden Sie auch in diesem Jahre wieder einige Anträge, ich will nur den Antrag Teltow-Beeskow 49 erwähnen, in denen verlangt wird, daß eine Modenzeitung herausgegeben wird. Wir haben uns im Parteivorstand mit diesem Vorschlag, der gewiß nichts Revolutionäres an sich hat (Heiterkeit), lebhaft beschäftigt. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, es empfiehlt sich nicht, die Angelegenheit weiter auf einem Parteitag zu erörtern. (Sehr richtig!) Wir haben wiederholt in langen Sitzungen mit sachverständigen Leuten darüber beraten und sind nach Einholung von Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, daß es für einen Privatkapitalisten, der in ein solches Unternehmen mindestens eine Million hineinstecken kann, eine sehr riskante Sache ist, bei der Konkurrenz und gewissen monopolartigen Unternehmungen auf diesem Gebiete einen solchen Versuch zu wagen. Für eine politische Partei erscheint die Ausführung eines solchen Unternehmens absolut unmöglich. (Sehr richtig!) Wir treten aber nicht mit leeren Händen vor Sie hin. Wir haben während der Beratungen einen Beschluß gefaßt, zu dem wir die Zustimmung des Parteiausschusses erhalten haben und zu dem wir auch Ihre Zustimmung erhoffen. Wir haben nämlich beschlossen, ein Illustriertes Familienblatt für die Partei herausgegeben, das alle 14 Tage erscheinen soll. Es soll in Großquartformat auf gutem Papier gedruckt werden, bis zu 40 Seiten stark sein und 25 Pf. pro Nummer kosten. Es soll beste Unterhaltungsliteratur geboten werden; es soll Wichtiges aus den Gebieten der Kunst, Wissenschaft und Technik gebracht werden; weiter soll den Wünschen, die wir in den Anträgen von Teltow-Beeskow und anderen Organisationen finden, Rechnung getragen werden, indem auch Hauswirtschaftliches gebracht werden soll, Rezepte für Küche und Keller, Muster einfacher Kleider, namentlich Kinderkleider und dergleichen mehr. Ich hoffe, daß Sie das Unternehmen mit Freude begrüßen werden. Es wird leider nicht möglich sein, die erste Nummer vor dem nächsten Parteitag herauszubringen. Es sind doch erhebliche Schwierigkeiten damit verknüpft. Wir haben schon viele Versuche gemacht, eine Redaktion zusammenzubringen, die der großen Aufgabe gewachsen ist. Wir sind mit der Zusammensetzung dieser Redaktion noch nicht zu Ende gekommen. Es kommen auch Schwierigkeiten hinzu bei der Beschaffung der Maschinen, denn wir wollen auch hier das denkbar Beste liefern, so soll das Tiefdruckverfahren von vornherein eingeführt werden, um die denkbar besten Illustrationen bringen zu können. Ich hoffe, Sie werden einverstanden sein mit der Schaffung eines solchen Unternehmens und Sie werden alles tun, um der Einführung des neuen Blattes die Wege zu ebnen, damit wir die Schundliteratur, die sich vielfach noch in Arbeiterwohnungen findet, durch ein wirklich gutes sozialdemokratisches Blatt verdrängen. (Beifall.)" (S. 222.)

Heilmann-Chemnitz:

„... Scheidemann hat die Familienzeitschrift angekündigt. Wie wäre es, wenn der Parteivorstand daran dächte, die große Anschaffung neuer Maschinen gleichzeitig dazu auszunutzen, um eine Zehnpfennigzeitschrift nicht nach dem Muster der „Berliner Illustrierten Zeitung", aber in diesem Stile als eine aktuelle Illustrationszeitung herauszugeben, und wenn er mit diesem Unternehmen eine Illustrationszentrale für die Parteipresse verbinden würde ..." (S. 248 f.)

Den Preis von 25 Pf. beanstanden Gehrmann-Zeitz (S. 250), Davidsohn-Berlin (S. 261), Bromme-Lübeck (S. 74) als zu hoch.

Dürr-München:

„In bezug auf das Wochenblatt für die Frauen soll eine Neueinrichtung geschaffen werden. Nachdem wir die Modenzeitung, wie sie zum Teil gewünscht wurde, aus den angeführten Gründen nicht erhalten können, möchte ich dazu etwas sagen. Es ist betont worden, daß dies Blatt mit den neuesten technischen Hilfsmitteln durchgeführt werden soll. Man hat vom Tiefdruckverfahren gesprochen. Ich bin der Auffassung, daß, wenn wir die Illustrationen haben wollen, man

dabei fachkundige Männer zu Rate ziehen sollte. Gerade in letzter Zeit ist ein Blatt erschienen, von dem ich fast sagen möchte, daß es beleidigend für den wirkte, zu dessen Gedenken es erschienen ist, ich meine die Bebel-Extranummer, die im Verlage des „Vorwärts" erschienen ist, die in einer Weise ausgestattet war, daß man sie mit Beschämung zurücklegen mußte. (Sehr richtig!) So jämmerliche Illustrationen, wie die von dem Leichenbegängnis in Zürich, finden wir in dem kleinsten Winkelpresse-Verlag Deutschlands nicht. (Sehr richtig!) Ich möchte also die Parteiinstanzen ersuchen, sich in solchen Fällen mit sachkundigen Leuten in Verbindung zu setzen. Ueber die neuesten graphischen Verfahren ist man sich auch in graphischen Kreisen noch nicht klar. Auf dem letzten Verbandstag der Lithographen ist z. B. die Frage verhandelt worden, ob das Tiefdruckverfahren oder das Offsetverfahren den Vorzug verdient..." (S. 251.)

Westkamp-Düsseldorf:

„... Ich bin der Ansicht, daß der Gedanke, ein besonderes Familienblatt, das in unserem Geiste redigiert wird, herauszugeben, schon früher hätte kommen müssen, um den bürgerlichen Familienblättern den Boden abzugraben. Ist doch ein großer Teil von Parteiverlagen dazu übergegangen, Literatur unter den Genossen zu verbreiten, deren Inhalt dem Geist des Sozialismus nicht entspricht. Daß der genannte Preis für unsere Genossen unerschwinglich sei, kann ich nicht zugeben..." (S. 265.)

Bromme-Lübeck:

„... Schaffen müssen wir etwas, denn mit den „Freien Stunden" können wir wahrlich keinen Staat mehr machen. Nun ist gesagt worden, wir wollen keine zweite „Berliner Illustrierte Zeitung" haben. Um eine ähnliche Aufmachung wird man aber nicht gut herumkommen, denn es wird wohl niemand bestreiten, daß in den breiten Volksschichten — namentlich bei den Arbeiterfrauen — ein gewisses Sensationsbedürfnis vorhanden ist. Es wird natürlich von der Geschicklichkeit der Redaktion abhängen, wie das Blatt aufgemacht wird. Im übrigen kommen wir mit dem Unternehmen reichlich spät. Ullstein hätte nicht so hohe Abonenntenzahlen und so hohe Gewinne aus der Arbeiterschaft herausgeholt, wenn wir damit früher auf dem Plane erschienen wären." (S. 274 f.)

Scheidemann im Schlußwort:

„... Es liegt ein Antrag vor, wonach das geplante Blatt zum Preise von höchstens 15 Pf. herausgebracht werden soll. Das geplante Familienblatt ist natürlich zu einem so niedrigen Preise nicht herauszubringen. Nach den aufgestellten genauen Berechnungen ist es ganz unmöglich, ein wirklich gutes Blatt mit Illustrationen auf anständigem Papier zum Preise von 15 oder gar 10 Pf. zu liefern... Man sagt, warum können es denn andere und weist auf die „Berliner Illustrierte" hin. Aber andererseits hat man gestern ausdrücklich gesagt, wir wollen keine Inseratenplantage machen (Sehr richtig!), wie das jene Zeitungen sind. Wir wollen ein gut geleitetes illustriertes Familienblatt, das das Unterhaltungsbedürfnis befriedigt, und die Wünsche der Proletarier, die unterrichtet sein wollen über neue Errungenschaften der Wissenschaft usw., erfüllen. Diese Zeitung hat ganz andere Aufgaben, als die heute noch vielfach in den Massen verbreiteten Blätter..." (S. 277.)

Der Antrag 103 (Davidsohn und 29 Genossen):

„Das geplante Familienblatt ist so vorzubereiten, daß die Nummer zum Preise von 15 Pf. herausgebracht werden kann."

wird abgelehnt.

(Siehe auch die Artikel „Illustrationen", „Modezeitung", „Neue Welt".)

Finanzen der Partei. Im Leipziger Protokoll **1909** (im „Handbuche der sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909" fehlen die Angaben für 1909) wird über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 berichtet:

Kassenbestand am 30. Juni 1908	M.	18 364.83
Einnahmen	„	1 105 249.77
	M.	1 123 614.60
Ausgaben:		
für Agitation usw.	M.	621 202.45
für Kapitalanlage	„	433 063.70
Kassenbestand am 30. Juni 1909	„	69 348.45
	M.	1 123 614.60

Der Kassenbericht sagt weiter dazu:

„Der Kassenabschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr kann als ein sehr guter bezeichnet werden, da die Einnahmen gegen das Vorjahr um rund 252 000 M. gestiegen sind. Eigentlich sogar um 312 000 M., weil unter den Einnahmen des Vorjahres sich auch ein aufgenommenes Darlehen in Höhe von 60 000 M. befand. Dabei ist jedoch zu beachten, daß das vorige Rechnungsjahr sich nur über einen Zeitraum von elf Monaten erstreckte, während das Berichtsjahr wieder zwölf Monate umfaßt. Aber auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes bietet der Abschluß in seiner Gesamtheit immer noch ein erfreuliches Bild. Ganz besonders gilt das von den die eigentlichen Parteibeiträge enthaltenden allgemeinen Einnahmen, die trotz der andauernden wirtschaftlichen Krise wiederum eine starke Steigerung aufweisen. Weiter hat nach einer längeren, durch bestimmte Ursachen bedingten Pause auch die „Nordische Wasserkante" im Berichtsjahre wieder hohe Beiträge abgeliefert und dadurch mit zu dem günstigen Abschluß beigetragen.

Der erhöhten Einnahme steht eine gegen das Vorjahr um 162 755.68 M. niedrigere Ausgabe gegenüber . . ." (S. 63.)

Ferner führte Gerisch aus:

„. . . So erfreulich nun der Abschluß auch ist, so dürfen wir doch keineswegs vergessen, daß es nur eine Reihe rein zufälliger äußerer Umstände gewesen sind, die zu seiner günstigen Gestaltung geführt haben. Mit unseren eigentlichen regulären Einnahmen vermögen wir auch heute noch nicht unseren Etat zu bilanzieren, sondern sind nach wie vor auf die Ueberschüsse aus unseren Parteigeschäften angewiesen. Bleiben diese einmal infolge irgendwelcher Umstände aus, so ist auch sofort bei uns Unterbilanz da. Dieser Zustand ist dringend der Besserung bedürftig. Gewiß, wir haben gewaltige Fortschritte gemacht. Die Zeit liegt gar nicht weit hinter uns, wo die gesamten Einnahmen der Parteikasse, einschließlich der Ueberschüsse aus den Geschäften, nicht entfernt die Summe ergaben, die wir dieses Jahr nach Bestreitung aller Ausgaben zurücklegen konnten, und es ist auch noch nicht lange her, daß die Parteibeiträge aller Organisationen im ganzen Reiche nicht soviel betrugen, wie gegenwärtig schon die Beiträge der beiden größten Organisationen Hamburg und Berlin. Nicht nur die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kreise ist sehr gestiegen, sondern auch die Zahl der Wahlkreise, die jetzt regelmäßig ihre Beiträge an die Parteikasse abführen, ist beträchtlich gewachsen. Das ist gewiß sehr erfreulich, aber ebenso richtig ist, daß unsere ganze Finanzgebarung noch an schweren Mängeln leidet. Ich könnte Ihnen auch dieses Jahr wieder lange Ausführungen darüber machen, wie viele Organisationen sich Verstöße gegen den Wortlaut und den Sinn unseres Organisationsstatutes haben zuschulden kommen lassen. Ich könnte Ihnen nachweisen, wie beträchtlich und zahlreich die, wenn ich mich so ausdrücken darf, Hinterziehungen sind, die zuungunsten der Zentralkasse vorgekommen sind. Ich verzichte diesmal darauf aus

zwei Gründen, erstens fürchte ich, daß die betreffenden Sünder, wenn ich sie wie sonst zur Rechenschaft ziehen würde, mir höchstwahrscheinlich entgegnen würden: was lamentierst du noch immer, du weißt ja nicht mehr, was du mit dem vielen Gelde anfangen sollst! (Heiterkeit.) Und dann aus dem weiteren und durchschlagenden Grunde, weil alle diese moralischen Rippenstöße recht wenig gefruchtet haben. Die Sache muß anders angefaßt werden. Was wir unter der alten Organisationsform mit allen Appellen an die Genossen niemals zu erreichen vermochten, haben wir mit der in Jena beschlossenen Organisationsform spielend erreicht, und soweit auch diese gegenwärtig noch in Kraft befindliche Organisationsform Mängel aufzuweisen hat, müssen sie durch zweckentsprechende Aenderungen beseitigt werden. Wenn das Parteistatut, wie es in dem Entwurfe der Organisationskommission dem Parteitag vorliegt, zur Annahme gelangt, dann werden wir sicher wieder einen guten Schritt vorwärts tun in der Richtung, unsere Parteifinanzen auszubauen und zu stabilisieren ..." (S. 250.)

Im Magdeburger Protokoll **1910** wird über die Finanzen berichtet:

Kassenbestand am 30. Juni 1909	M.	69 348.45
Einnahmen	„	935 409.86
	M.	1 004 758.31
Ausgaben:		
für Agitation usw.	M.	815 557.97
für Kapitalanlage	„	119 138.–
Kassenbestand am 30. Juni 1910	„	70 062.34
	M.	1 004 758.31

Der Kassenbericht führt dazu aus:

„Der Kassenbericht kann als guter betrachtet werden. Der Ueberschuß beziffert sich auf 119 138 M., nach Ausscheidung des übernommenen und weitergeführten Kassenbestandes auf 119 851.89 M. Im Vergleich mit dem Ergebnis der Kassenführung vom vorigen Jahre erscheint der diesjährige Abschluß freilich ungünstig. Die Einnahmen sind zurückgegangen, die Ausgaben gestiegen. Der vorjährige Kassenabschluß war indes ein so ungewöhnlich guter, wie er eben nur ausnahmsweise vorkommt. Der Rückgang der Einnahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr hält sich in den Grenzen der gewöhnlichen und unvermeidlichen Schwankungen, denen unsere Zuschüsse unterworfen sind. So haben von den Einnahmequellen, die für die Gestaltung unseres Abschlusses von besonderer Bedeutung sind, die Nordische Wasserkante, L. V. Z., „Wahrer Jakob", „Neue Zeit" und „Gleichheit" gegen das Vorjahr rund 93 000 M. weniger abgeliefert. Im nächsten Jahresabschluß wird sich das voraussichtlich wieder ausgleichen.

Unerfreulicher ist der Rückgang der allgemeinen Einnahmen. Er erklärt sich aus mehreren Ursachen. Einmal waren zahlreiche Parteiorganisationen durch die politischen Kämpfe im Berichtsjahre so in Anspruch genommen, daß sie nur geringe Beiträge an die Zentralkasse abliefern konnten. Weiter ist der organisatorische Apparat in vielen Wahlkreisen bereits so groß geworden, daß es nicht möglich ist, die Pflichtbeiträge bis zum Schluß des Geschäftsjahres zur Ablieferung zu bringen. So sind im Juli d. J. eine große Zahl von Beiträgen eingegangen, die noch in das abgelaufene Rechnungsjahr gehören, und die erst in der tabellarischen Uebersicht für das Rechnungsjahr 1910/11 zum Vorschein kommen werden.

Die Steigerung der Ausgaben ergibt sich aus der erhöhten Tätigkeit, welche die Partei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entfaltet ..." (S. 63.)

Diesem Parteitag lag folgender Antrag 15 (Höchst) vor:

„In Erwägung, daß der Parteivorstand den § 5 Satz 3 des Organisationsstatuts derart streng auslegt, daß nach demselben von allen regelmäßig erhobenen Beiträgen, also auch von den einzelnen Zweigvereinen für bestimmte lokale Zwecke erhobenen Lokalzuschlägen 20 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden sollen, und mit Rücksicht darauf, daß bei strikter Durchführung dieser Bestimmung das

Kassenwesen der Kreiskassen, insbesondere der Kreise mit zahlreichen, der Struktur der Bevölkerung nach verschiedenartigen Filialen, wesentlich erschwert wird und gewisse lokale Aufgaben darunter leiden, spricht sich der Parteitag dahin aus:

daß von Lokalzuschlägen, sofern sie nicht von allen Mitgliedern des Kreises einheitlich erhoben und durch die Kreiskasse verrechnet werden, die 20 Prozent nicht an die Zentralkasse abzuführen sind."

Ebert gab für den erkrankten Gerisch den mündlichen Bericht:

„... Die Spannung in unserem Darlehenskonto, die vergangenes Jahr 35 000 M. betrug, beziffert sich in diesem Jahre auf 100 000 M. An das Darlehnskonto knüpfen ja unsere Gegner immer an und versuchen daraus Vorwürfe gegen die Partei abzuleiten. Ich will deshalb auch hier noch einmal ausdrücklich erklären, daß unter dem Darlehnskonto nur Posten laufen, die Parteiorganisationen zu besonders wichtigen Aktionen, oder aber unseren Parteiunternehmungen bei Erweiterung der Betriebe gegeben werden. Da unsere Parteipresse erfreulicherweise gerade in dem letzten Jahre einen außerordentlichen Fortschritt gemacht hat und daher vielfach zu Betriebserweiterungen geschritten werden mußte, sind natürlich auch die Ausgaben des Darlehnskonto erheblich gestiegen. Im ganzen aber handelt es sich hier um Erscheinungen, die höchstwahrscheinlich bei dem nächstjährigen Kassenabschluß schon wieder ausgeglichen werden können. Mit der Steigerung unserer Ausgaben werden wir allerdings fortdauernd rechnen müssen. Der Kampf muß heute auf allen Gebieten mit großer Intensität geführt werden; er stellt uns fortgesetzt vor neue Aufgaben und das bedingt natürlich erhöhte Anforderungen an die Zentralkasse. Es muß daher unseren Parteiorganisationen im Lande immer und immer wieder zur Pflicht gemacht werden, ihre Beiträge an die Zentralkasse pünktlich und gewissenhaft abzuführen. Es ist ja nach der Richtung hin schon eine wesentliche Besserung eingetreten, insbesondere seit Schaffung unserer Neuorganisation in Jena. Während im Jahre 1906 170 Wahlkreisorganisationen Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben, waren es im letzten Jahre 335 (Bravo!), und eine größere Anzahl von Kreisen hat sich noch nachträglich auf seine Pflicht besonnen. Bei all dieser erfreulichen Entwicklung darf aber nicht verkannt werden, daß es sich bei der Abführung der Beiträge in der Regel nur um Pflichtbeiträge, d. h. um die Mindestbeiträge handelt. Leider stehen die Dinge heute noch so, daß die Beiträge der Parteiorganisationen an die Zentralkasse auch nicht annähernd die Gesamtausgaben decken. Die Einnahmen aus Beiträgen der Organisationen betragen nur die Hälfte unserer gesamten Einnahmen, die Zentralkasse ist also nach wie vor immer noch in hohem Maße auf besondere Zuwendungen angewiesen. Deshalb müssen die Parteiorganisationen und, wie ich besonders hervorheben möchte, auch unsere Parteiunternehmungen dringend gebeten werden, nach dem Beispiel unserer Hamburger und Berliner Genossen, soweit wie möglich der Zentralkasse über die Pflichtbeiträge hinaus finanzielle Zuwendungen zu machen.

Unter diesen Umständen müssen wir dringend bitten, eine Aenderung an der erst im vorigen Jahre vorgenommenen Regelung der Beitragsabführung an die Zentralkasse nicht vorzunehmen. Wir wissen wohl, daß in einigen mittleren Wahlkreisen, die mit ganz besonders gelagerten Verhältnissen zu rechnen haben, es bei der Beitragsabführung an die Zentralkasse zu geringen Schwierigkeiten gekommen ist. Der Parteivorstand war aber sofort bereit, diese Schwierigkeiten auszugleichen, und ich glaube sicher sagen zu dürfen, daß auch der künftige Parteivorstand so verfahren wird. Es liegt deshalb um so weniger Anlaß zur Aenderung der erst im vergangenen Jahre beschlossenen Regelung vor. Hier muß noch weitere Erfahrung abgewartet werden, und sollten sich wirklich größere Schwierigkeiten ergeben, dann, glaube ich, wird der Parteivorstand selbst keinen Augenblick zögern, eine Aenderung dieser Bestimmung zu veranlassen.

Es ist mehrfach der Wunsch geäußert worden, daß wir neben den zahlenmäßigen Angaben über den Mitgliederstand unserer Parteiorganisation auch ein Bild über die Finanzgebarung der Organisationen geben sollten. Die Bericht-

erstattung der Wahlkreisleitungen an die Zentrale hat sich nur langsam eingelebt, insbesondere unsere Kassierer, die ja in der Regel sehr zugeknöpfte Leute sind, haben sich nach der Richtung hin ziemlich zurückhaltend gezeigt. Aber es muß gesagt werden, daß nicht allein die Berichte über die Organisationsverhältnisse heute befriedigen, sondern auch bei der Berichterstattung über das Kassenwesen der einzelnen Organisationen eine wesentliche Besserung eingetreten ist ..." (S. 204 ff.)

Der Antrag 15 wird nicht genügend unterstützt.

Der Bericht für Jena **1911** besagt:

Kassenbestand am 30. Juni 1910	M.	70 062.34
Einnahmen	„	1 357 761.62
	M.	1 427 823.96
Ausgaben:		
für Agitation usw.	M.	897 180.48
für Kapitalanlage	„	491 017.26
Kassenbestand am 30. Juni 1911	„	39 626.22
	M.	1 427 823.96

Der Bericht sagt:

„Der Kassenabschluß ist sehr günstig. Die allgemeinen Einnahmen sind allein um 390 430 M. höher als im Vorjahre. Darunter befinden sich allerdings mehrere hohe außerordentliche Zuwendungen. Aber auch die in dieser Rubrik verbuchten Beiträge der Organisationen sind infolge der Mitgliedersteigerung und der besseren Pflichterfüllung gegen die Zentralkasse erheblich höher. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß große Restbeiträge aus dem Vorjahre abgeführt sind. Wesentlich höher sind auch die Einnahmen aus dem Darlehens- und Zinskonto ...

Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um 81 622 M. gestiegen, trotzdem die Ausgaben für Unterstützungen, die im vorigen Jahre infolge der Beihilfe für den Koalitionsrechtskampf der schwedischen Arbeiter besonders hoch waren, um 65 545 M. niedriger sind ..." (S. 65.)

Den mündlichen Bericht gibt Ebert:

„... Die Zahl der Wahlkreisorganisationen, die ihre Pflicht gegen die Parteikasse erfüllt haben, ist im letzten Jahre wiederum erheblich gestiegen. Im vergangenen Jahre hatten 335 Wahlkreise Beiträge an die Zentralkasse abgeführt, in diesem Jahre waren es 362 ... Bei gutem Willen wäre jeder Wahlkreis in der Lage, die ihm auferlegte Beitragspflicht zu erfüllen. Aus der Tabelle geht hervor, daß selbst die ärmsten und kleinsten Wahlkreise ihrer Pflicht genügt haben. Es muß deshalb dringend verlangt werden, daß künftig alle Wahlkreisorganisationen ihrer Beitragspflicht nachkommen. (Sehr richtig!) Insbesondere die Bezirksvorstände möchte ich bitten, darauf ein wachsames Auge zu haben. In einigen Bezirks- und Landesorganisationen verfährt man so, daß die Wahlkreisorganisationen ihre Beiträge an den Bezirksvorstand abführen und daß diese dann die Beiträge an die Zentralkasse übermitteln. Wir haben mit dieser Einrichtung die allerbesten Erfahrungen gemacht. Dadurch werden unsere Geschäfte nicht unerheblich vereinfacht; die Beitragsabführung wird aber auch eine geordnetere. Zu klagen bleibt allerdings immer noch über die Höhe der abgeführten Beiträge. Die alte Unsitte, daß sich so mancher Wahlkreiskassierer bei Berechnung der Beiträge zuungunsten der Zentralkasse verrechnet, herrscht leider immer noch. (Heiterkeit!) Manchem Kassierer haben wir da nachhelfen müssen. Es muß Sorge getragen werden, daß endlich eine völlige Ordnung in unser Beitragswesen kommt, die einzelnen Kreise müssen voll ihrer Pflicht genügen. (Sehr richtig!) Nach § 5 des Statuts hat der Parteivorstand das Recht, gemeinsam mit den Bezirks- oder Landesvorständen Wahlkreisbeiträge zu ermäßigen. Wir haben von dieser Befugnis nur in ganz außer-

ordentlichen und besonders gelagerten Fällen Gebrauch gemacht. Die Zahl der Wahlkreise, die sich auf diese Bestimmung beriefen und eine Kürzung oder einen Erlaß der Beiträge verlangten, war aber nicht sehr gering. Es sind das vielfach Wahlkreise, die an sich nicht zu den kleinen und armen zu rechnen sind (Sehr richtig!), wenn sie auch durch besonders ungünstige Verhältnisse einen schweren Stand haben. Hätten wir diesen Anträgen stattgegeben, dann hätten wir Konsequenzen geschaffen, die eine geordnete Beitragsabführung geradezu gefährdet hätten. Wir haben daher diese Anträge fast alle abgelehnt. Der Parteivorstand ist aber in allen solchen Fällen, besonders wo die Notwendigkeit nachgewiesen war, bereit gewesen, durch Erhöhung des Agitationszuschusses an den Bezirk oder Wahlkreis einen Ausgleich zu schaffen.

Der im Statut festgesetzte Mindestbeitrag hat sich erfreulicherweise fast überall durchgesetzt...

Trotz der guten Entwickelung der Beitragsleistung der Organisationen machen die Beiträge doch nur 50 Prozent unserer gesamten Einnahmen aus. Die Partei ist also nach wie vor in hohem Maße auf besondere Zuwendungen angewiesen. Darin beruht die große Schwankung unserer Finanzgebarung. Die sonstigen Einnahmen sind zu einem erheblichen Teil freiwillige, zum Teil beruhen sie auf Ueberschüssen unserer Parteigeschäfte. Beide Quellen fließen aber sehr verschieden, und dies beeinflußt unsere Finanzen ungemein. Will man den Stand und die Gebarung unserer Finanzen beurteilen, so darf man die Einnahmen aus sonstigen Beiträgen daher nur in bedingtem Maße in Rechnung stellen. Im letzten Jahre waren diese Einnahmen sehr hoch. Sie sind von 365 076 auf 528 669 M. gestiegen. Es ist das zurückzuführen auf eine ganze Reihe besonderer Zuwendungen, unter anderem befindet sich darunter auch das Vermächtnis unseres unvergeßlichen Singer. Bei dieser Gelegenheit ein Wort über eine Schenkung, die zur Zeit des Köllerkurses von einem Parteigenossen der Zentralkasse in Höhe von nominell 50 000 M. mit der Bedingung gegeben ist, daß diese Zuwendung als besonderer Fonds unter der Bezeichnung „Juliusturm" verwaltet werden soll und daß daraus Opfer polizeilicher und gerichtlicher Verfolgungen zu unterstützen seien. Bei Neuregelung unserer Finanzverwaltung ist nun im Einvernehmen mit dem Stifter beschlossen worden, daß der in diesem Fonds vorhandene Betrag dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt werden soll. Da es sich dabei nicht um eine neue Einnahme der Partei handelt, geht das aus unserem schriftlichen Bericht nicht hervor...

Ueber die Finanzgebarung der Wahlkreisorganisationen sind uns 374 Berichte zugegangen. Dies Material haben wir statistisch verarbeitet... In bezug auf die einheitliche Gestaltung unseres Verwaltungsmaterials macht sich eine Entwickelung zum Besseren bemerkbar. Noch vor wenigen Jahren hatte fast jede Wahlkreisorganisation eine andere Art der Verwaltung. Heute hat bereits die größte Zahl unserer Bezirksorganisationen einheitliches Verwaltungsmaterial...

Die Gesamteinnahmen der erwähnten 374 Wahlkreisorganisationen betrugen im letzten Jahre 3 732 757 M.... Die gesamten Ausgaben dieser Wahlkreisorganisationen beliefen sich auf 2 978 781 M.... Berechnet man an der Hand der Berichte der Wahlkreise und der Zentralkasse die Einnahmen und Ausgaben der gesamten Parteiorganisation, so ergibt sich im letzten Jahre eine Einnahme von 4 468 605 M. und eine Ausgabe von 3 895 960 M." (S. 198 ff.)

Nicht genügend unterstützt wird Antrag 17 (Köslin-Kolberg): „Der Parteitag wolle dahin wirken, die Parteibeiträge vorläufig nicht zu erhöhen."

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** wird im Kassenbericht mitgeteilt:

Kassenbestand am 30. Juni 1911	M.	39 626.22
Einnahmen	„	1 697 630.85
Dem Vermögen entnommen	„	233 957.45
		M. 1 971 214.52

Ausgaben:

für Agitation usw.	M.	1 753 656.26
für Kapitalanlage	„	—
Kassenbestand am 30. Juni 1912	„	217 558.26
	M.	1 971 214.52

Weiter heißt es:

„Weist auch der diesjährige Kassenabschluß nicht einen Ueberschuß auf, so kann er gleichwohl als besonders ungünstig nicht bezeichnet werden. Jedenfalls hat im Jahre der Reichstagswahlen wohl niemand ein günstigeres finanzielles Ergebnis erwartet. Der Ausgabeposten „Wahlagitation", der im vorjährigen Abschluß nur mit 59 091.25 M. verzeichnet steht, weist in diesem Jahre eine Steigerung auf 910 977.82 M. auf. Das ist fast doppelt so viel als im Jahre 1907 für die Reichstagswahlen aus der Hauptkasse verausgabt wurde. Damals kostete die Wahl der Hauptkasse 459 501.60 M. und 1903 gar nur 282 058.05 M. ... Insbesondere haben die Geschäfte erheblich höhere Ueberschüsse der Parteikasse zugeführt, auch sind etwa 130 000 M. mehr Darlehen zurückgezahlt als im Vorjahre. Die Heranziehung der beliehenen Parteigeschäfte zur regelmäßigen Zinszahlung hat auch die Einnahmen an Zinsen nicht unerheblich gesteigert ..." (S. 62.)

Braun als Referent führte noch aus:

„... Die Abführung der Beiträge an die Hauptkasse hat sich in den letzten Jahren sichtlich gebessert. Befriedigend ist sie noch immer nicht. Es ist kaum glaublich, wie schwer sich Neuerungen bei uns durchsetzen, insbesondere, wenn es sich ums Geldzahlen handelt. Bereits auf dem Parteitag in Jena im Jahre 1905 wurde in das Organisationsstatut der Partei die Bestimmung aufgenommen, wonach alle Wahlkreisorganisationen mindestens 20 Proz. ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Hauptkasse abzuführen hatten. Diese Bestimmung erwies sich als unzulänglich, da sie den Wahlkreiskassierern die merkwürdigsten Berechnungsmethoden gestattete. Deshalb wurde der § 5 des Statuts auf dem Parteitag in Leipzig präziser gefaßt und den Organisationen zur Pflicht gemacht, von den erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträgen 20 Prozent an die Hauptkasse abzuführen. Man sollte glauben, daß diese Vorschrift an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt, und dennoch herrscht bei den Kassierern einiger Wahlkreise noch immer eine erhebliche Unklarheit darüber, wie die 20 Prozent Beiträge für die Hauptkasse zu berechnen sind. Eine Unklarheit, die die merkwürdige Wirkung hat, daß der Zentralkasse niemals mehr, sondern immer weniger zugeführt wird, als ihr nach dem klaren Wortlaut des Statuts zusteht. (Heiterkeit.) ...

... Der § 5 ist einer der wichtigsten Paragraphen des Organisationsstatuts der Partei, und es geht daher nicht an, daß er für einzelne Kreisorganisationen, die übrigens nicht immer zu den minder leistungsfähigen gehören, zum Teil nur auf dem Papier steht. Nur durch ordnungsmäßige, richtige Beitragsabführung ist eine Stabilität der Parteifinanzen zu erzielen.

Zurzeit ist die Hauptkasse zu einem erheblichen Teile auf die Geschäftsüberschüsse angewiesen, die naturgemäß sehr schwankend sind. Das ist sehr mißlich. Denn durch die Schaffung einer Reihe zentraler Parteiinstitutionen und sonstiger von der Zentrale finanzierter Einrichtungen in den Bezirken sind die dauernden Ausgaben, die die Hauptkasse jährlich zu decken hat, ganz erheblich gestiegen. Der Parteivorstand muß daher auf einen bestimmten Einnahmebetrag mit Sicherheit rechnen können. Das kann er aber am ehesten, wenn alle Wahlkreise ihre Beitragspflicht ordnungsmäßig erfüllen. Ebenso wie in den Kreis- und Bezirksorganisationen müssen auch in der Parteizentrale die Mitgliederbeiträge das Rückgrat der Parteifinanzen bilden. (Sehr wahr!) ...

In diesem Jahre macht sich auch das offiziöse Organ der Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", an die Aufgabe heran, die Geheimnisse unseres Kassenberichts zu ergründen ...

... Nach einigen ebenso blöden wie unrichtigen Berechnungen kommt der Regierungsoffiziosus zu folgendem Ergebnis: „So bleibt nur die schon von anderer Seite gezogene Schlußfolgerung übrig, daß Millionenfonds gehalten werden, über deren Bestand keinerlei Rechnung abgelegt wird." Wäre diese Behauptung, wie auch die, daß für die Zinszahlungen Belege fehlen, nicht so saudumm, dann müßte sie als perfide Verdächtigung entschieden zurückgewiesen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Alle Einnahmen und Ausgaben der sozialdemokratischen Parteikasse werden ordnungsmäßig belegt, und auch über die Fonds, über deren Höhe die weisen Mathematiker der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nur weiter rechnen und spintisieren mögen, wird den dazu von der Partei eingesetzten Instanzen ordnungsmäßig Rechnung gelegt... Die Gesamteinnahmen der Wahlkreise ließen sich nicht einwandfreier feststellen, weil die Fragebogen einzelner Kreise mangelhaft ausgefüllt einliefen. Nach den vorliegenden Angaben wurden in allen Wahlkreisorganisationen im verflossenen Jahre ohne Zuschüsse insgesamt 4 691 492.81 M. vereinnahmt und 4 417 303.61 M. ausgegeben..." (S. 219 ff.)

Der Bericht an den Jenaer Parteitag **1913** stellt folgende Bilanz auf:

Kassenbestand am 30. Juni 1912	M. 217 558.26
Einnahmen	„ 1 469 718.63
	M. 1 687 276.89
Ausgaben:	
für Agitation usw.	M. 1 075 551.88
für Kapitalanlage	„ 315 048.45
Kassenbestand am 31. März 1913	„ 296 676.56
	M. 1 687 276 89

Weiter sagt der Bericht:

„Die Zahl der Wahlkreise, die einen Beitrag von 40 Pf. pro Monat oder 10 Pf. pro Woche und darüber von den männlichen Mitgliedern erheben, ist von 177 mit 603 495 Mitgliedern im Jahre 1912 auf 191 mit 645 316 Mitgliedern gestiegen. Von 77.66 Prozent der männlichen Mitglieder wird dieser Beitrag bereits gezahlt." (S. 12.)

„Die Einnahme an Beiträgen aus den Organisationen ist nicht befriedigend. Sie ist unter Berücksichtigung der kürzeren Berichtsperiode gegen das Vorjahr nur um 0,9 Prozent gestiegen, während die Mitgliederzahl eine Steigerung um 1,3 Prozent erfuhr und obgleich eine Anzahl Kreisorganisationen ihren Mitgliederbeitrag erhöht haben. Der günstige Abschluß ist vorwiegend auf den Ueberschuß der Parteigeschäfte zurückzuführen, der insgesamt 579 787.34 M. ergab ..." (S. 51.)

Braun als Referent führt u. a. aus:

„... Das Ergebnis des Kassenberichts haben wir als nicht ungünstig bezeichnet, wir haben abgeschlossen mit einem Ueberschuß von 394 166.45 M. und haben 315 048.45 M. zum Vermögen legen können. Es gibt sicherlich in der Partei weite Kreise, die der Ueberzeugung sind, daß das ein sehr hoher Ueberschuß ist. Dem möchte ich doch entgegentreten. Den Ueberschuß kann man nicht als zu hoch bezeichnen, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Anforderungen in Wahljahren und in Zeiten großer politischer Aktionen an die Hauptkasse gestellt werden ... Es wird jetzt so viel von revolutionären Aktionen geredet, bei denen die Massen in Bewegung gesetzt werden sollen. Es wird auf das Ausland hingewiesen, wir sollten uns die dortigen Genossen zum Beispiel nehmen. Aber gerade die Erfahrungen im Ausland haben gezeigt, daß man nicht nur mit Begeisterung und Elan die Kämpfe führen kann, sondern daß auch ein voller Geldbeutel dazu gehört. (Sehr richtig!) Die Abführung an die Hauptkasse, über die früher vielfach geklagt wurde, ist im letzten Jahre etwas besser geworden, aber es gibt doch immer noch einige Wahlkreise, die es noch nicht fertig

bekommen können, die im Statut vorgeschriebenen 20 Prozent abzuführen ... Den 63 Kreisen, die weniger abgeführt haben, stehen nur 15 gegenüber, die mehr als 10 M. über den Pflichtbeitrag abgeführt haben. Darunter stehen, wie alljährlich, an der Spitze die acht Berliner Kreise mit insgesamt 66 000 M. mehr. Dann folgt Hamburg, das für seine drei Kreise allein 48 000 M. über den Pflichtbeitrag abgeführt hat. Auch Leipzig und Chemnitz haben erheblich über den Pflichtbeitrag abgeführt. Aber ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß sich in diesen Wahlkreisen, besonders in Berlin und Hamburg, unter den Genossen Strömungen bemerkbar machen, die dahin gehen, in Zukunft der Hauptkasse auch nur die 20 Prozent zu zahlen. Wenn Sie die letzten Beitragsquittungen im „Vorwärts" durchgelesen haben, werden Sie konstatieren können, daß die Beiträge, die von Berlin in den letzten Monaten abgeführt sind, schon beinahe unter 20 Prozent der Beiträge bleiben, und in Hamburg wurde auch vor kurzem in einer Generalversammlung in der Debatte über eine vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung darauf hingewiesen, daß es ratsam sei, die Beiträge an die Hauptkasse bis auf die Pflichtbeiträge einzuschränken. Ich bemerke, daß dem energisch widersprochen ist und daß die Versammlung sich in der Tat nicht auf diesen Standpunkt gestellt hat. Aber wir werden in Zukunft doch bis zu einem gewissen Grade, wenn das auch nicht erwünscht ist, damit rechnen müssen, daß die Zahl der Kreise, die mehr als 20 Prozent abführen, geringer wird, und wir müssen deshalb das Hauptgewicht darauf legen, daß alle Kreise ihren vollen Pflichtbeitrag abführen. (Sehr richtig!)

Die gesamten Kreisorganisationen haben im Geschäftsjahr 1911/12 an Mitgliederbeiträgen eingenommenen 3 080 365.86 M., im Berichtsjahr 1912/13 2 754 072.85 M. Da das Berichtsjahr sich nur auf neun Monate erstreckt, müßten wir ein Drittel zu dieser Summe hinzufügen, so daß sich eine Gesamteinnahme von 3 672 097.13 M. ergibt, d. h. eine Steigerung um 591 731.27 M. oder um 19,2 Proz. ...

Aber alles das darf uns gleichwohl nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die Mitgliederzunahme tatsächlich viel zu gering ist. (Sehr richtig!) Die Hauptursache ist zweifellos in der wirtschaftlichen Krise zu erblicken, die jetzt im Anzug ist und die in den Industriezentren und in den Großstädten heute schon mit großer Wucht eingesetzt hat ...

Wir haben noch weiter untersucht, ob das Verwaltungssystem, das in unseren Organisationen zur Anwendung kommt, vielleicht hier und da die geringe Zunahme an Mitgliedern erklärt. Wir haben durch einen Fragebogen zu ermitteln versucht, in welcher Form in den einzelnen Wahlkreisorganisationen die Beiträge eingezogen werden, wo Hauskassierung besteht, und gleichzeitig, wie in den einzelnen Kreisen die Mitgliederfluktuation im letzten Berichtsjahre gewesen ist ... Die Mitgliederfluktuation in der ersten Gruppe mit Hauskassierung war folgende: Sie gewannen 113 941 = 15,4 Prozent der alten Mitgliederzahl und verloren 93 343 = 12,5 Prozent der alten Mitgliederzahl, so daß sich in diesen Kreisen ein absoluter Gewinn von 20 600 = 2,7 Prozent ergibt. In den Kreisen mit Zahlabenden und teilweiser Hauskassierung der Restanten ergibt sich ein Gewinn von 16 Prozent und ein Verlust von 18 Prozent, ein absoluter Verlust von 3 Prozent. Wir können aus den Zahlen also ersehen, daß bis zu gewissem Grade auch im Verwaltungssystem Maßnahmen getroffen werden können, um eine größere Stabilität in der Mitgliederzahl herbeizuführen, die Fluktuation zu verringern und dadurch die Mitgliederzahl zu erhöhen. Aber das alles darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptursache der geringen Mitgliederzunahme zweifellos in der wirtschaftlichen Krise zu suchen ist. Ich kann dem nur zustimmen, was Kollege Scheidemann schon sagte, daß es ganz abwegig und irreführend wäre, wenn man die Dämpfungspolitik und wie sonst die Ausdrücke in den Versammlungen und in der Presse gelautet haben, als Grund des geringen Zuwachses annehmen wollte. Daß die wirtschaftliche Krise die Hauptursache ist, erhellt auch daraus, daß sich bei dem Abonnentenstand der Presse eine ähnliche Erscheinung wie bei der Mitgliederzahl gezeigt hat ... Wollten wir alle Wünsche, die von Parteischriftstellern, von Redakteuren, von Jugendbildnern und Bildungsförderern erhoben werden, deren Durchführung vielleicht erwünscht wäre im Interesse der Partei, erfüllen, dann würden nicht nur unsere ganzen Einnahmen, sondern auch die ganzen Reserven draufgehen, und Sie müßten sich dann zum Kassierer ein wahres Pump-

genie wählen. Die „Bureaukraten" im Parteivorstand haben eben die undankbare Aufgabe, all diese hochfliegenden Wünsche auf das vernünftige oder sagen wir höflicher auf das realisierbare Maß zurückzuführen. (Sehr gut!) Wenn wir überhaupt auf diesem Gebiete von Aengstlichkeit reden wollen, dann können wir es mit mehr Recht tun. Zum Beispiel besteht bei verschiedenen Geschäftsführern von Parteigeschäften, die erhebliche Darlehen von uns haben oder früher durch erhebliche Darlehen des Parteivorstandes erst hochgekommen sind, eine übergroße Aengstlichkeit in bezug auf die Verzinsung und die Rückzahlung dieser Darlehen. (Heiterkeit.) . . Es wäre ihre moralische Pflicht, darüber hinaus etwas der Parteikasse zuzuführen. Solange der Gebärstreit noch nicht auf die Gründung von Geschäften übergegriffen hat (Heiterkeit), werden wir damit rechnen müssen, daß die Genossen noch immer weiter selbständige Parteigeschäfte in die Welt setzen und es dann schließlich der Hauptkasse überlassen, sie zu ernähren. Es ist zu natürlich, daß, wo die genügenden Voraussetzungen für die Existenz eines Blattes nicht gegeben sind, diese Geschäfte mangels genügender Nahrung sofort wieder gierig zu den Brüsten der altbewährten Amme, der Hauptkasse, greifen und da die Nahrung suchen, die ihnen mangelt. Da ist es selbstverständlich, daß die Hauptkasse entsprechende Auffüllung verlangen muß, wenn sie diesen Anforderungen gerecht werden soll. Wir werden über kurz oder lang einmal ganz ernstlich zu erwägen haben, ob nicht gut prosperierende Parteigeschäfte, die oft erst durch die tatkräftige Hilfe der Gesamtpartei auf den jetzigen Stand gebracht worden sind, ob man denen nicht wenigstens die moralische Pflicht auferlegen sollte, einen Teil ihrer Ueberschüsse der Hauptkasse zuzuführen. . ." (S. 235 ff.)

Ueber die Finanzen der Partei (insbesondere über die Beiträge) siehe noch die Artikel „Invalide Parteimitglieder", „Organisation".

Finnland.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lag folgender Antrag 75 (Osthavelland) vor:

„1. Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Finnlands durch den Zarismus protestieren, dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie aussprechen und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das klassenbewußte deutsche Proletariat zusichern.

2. Der Parteitag protestiert aufs schärfste dagegen, daß der russische Zar, der Mitschuldige an allen Greueln und Infamien der Gegenrevolution, der Auftraggeber und Schirmherr der Azew, Harting und sonstigen Lockspitzelschurken, der Mitverantwortliche auch der neuen niederträchtigen Judenverfolgungen, das Haupt jener verbrecherischen Verschwörung gegen die finnische Freiheit und Selbständigkeit als gefeierter Gast den deutschen Boden hat betreten dürfen, und daß deutsche Beamte und Soldaten zum Schutze des gekrönten Verbrechers kommandiert, die Steuergroschen deutscher Steuerzahler für ihn verschleudert werden konnten und damit die Ehre des deutschen Volkes, das in seiner übergroßen Mehrheit diesen „Gast" verabscheut, tief herabgewürdigt worden ist.

*) Der Parteitag brandmarkt die preußische und die hessische Regierung, die den Repräsentanten einer barbarischen, gesetzlosen und hochverräterischen Willkürherrschaft gegen die Empörung des deutschen Volkes durch Maßnahmen zu schützen versuchen, durch die die deutschen Gesetze rücksichtslos mit Füßen getreten werden und so auch in Deutschland eine barbarische und gesetzlose Willkürherrschaft etabliert wird."

Liebknecht begründet den Antrag:

„. . . Schon im vergangenen Jahre hatten wir uns damit zu beschäftigen, daß der Zar deutschen Boden zu betreten gewagt hatte. Im vorigen Jahre ist er durch Deutschland hindurchgeflüchtet, er hat sich vor der

*) Dieser Absatz ist auf Antrag Liebknechts auf dem Parteitage eingefügt.

Bevölkerung nirgends sehen lassen, er hat sich damals — ein Ausdruck des bösen Gewissens, von dem er gepeitscht ist, er, der Repräsentant des fluchbeladenen russischen Systems — vor dem deutschen Volke verborgen gehalten. In diesem Jahre steht es anders, da müssen wir es erleben, daß der Zar von einem deutschen Fürsten als Gast aufgenommen wird auf Monate hinaus, in einer Weise, wie sie ehrenvoller einem auswärtigen Fürsten kaum je zuteil geworden, daß man zu seinem Schutze deutsches Militär und deutsche Polizei kommandiert, daß zu Ehren des Repräsentanten jenes Systems, auf dessen Konto die Schändung der Spiridowna verzeichnet ist, Ehrenjungfrauen aufgestellt werden. Allerdings haben sie ihm die Ehrerbietung mit der Hinterfront erweisen müssen, weil man es offensichtlich doch für etwas gefährlich ansah, den Zaren selbst diesen spalierbildenden Personen von Angesicht zu Angesicht zu präsentieren. Es sind deutsche Steuergroschen ausgegeben worden für diesen Empfang und Aufenthalt des Zaren. Der Zar hat es wagen dürfen, sich offen wie ein freier Bürger Deutschlands vor dem Publikum in verschiedenen Ortschaften, wie Nauheim, Homburg usw., sehen zu lassen. Er bewegt sich unter dem Schutze der deutschen Polizei noch gegenwärtig so frei in Deutschland, wie er es niemals in Rußland selbst tun dürfte. Es ist ein unerträglicher Gedanke, während es weder in Frankreich noch in Italien noch sonstwo möglich wäre, daß gerade Deutschland dazu ausersehen ist, diesem Manne, der in seinem eigenen Lande unstet und flüchtig hin und her gehetzt wird, der sich allenthalben verstecken muß wie ein verfolgter Räuber, die Möglichkeit zu geben, frei und offen aufzutreten, wie ein Mensch, der ein Anrecht auf die Achtung seiner Mitmenschen hat. Ich meine, das ist eine Schmach für Deutschland. (Sehr wahr!) ...

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zar ein Schwarzhunderter ist, daß er für all die Vorgänge, die uns mit Empörung erfüllen, höchstpersönlich mit verantwortlich ist. Es ist eine törichte Sentimentalität, zu sagen: ach, der arme Zar ist ja unschuldig an all dem, er ist nur das zufällige Etikett auf Handlungen, die andere Personen begehen. Er ist vielmehr ganz selbstverständlich mit verantwortlich für das System, welches er durch seinen Namen und die von ihm repräsentierte Regierungsform deckt. Er hat sich bekanntlich ganz offen für die Schwarzhunderter ausgesprochen, hat aus seiner Privatschatulle für sie Beiträge gegeben, hat das Abzeichen der Schwarzhunderter bis vor kurzem auf seiner Brust getragen. (Pfuirufe.) Auch der deutsche Kaiser ist ja von dem Verband echtrussischer Leute als Schwarzhunderter in Anspruch genommen worden, genau wie nach den Wahlen von 1907 Fürst Bülow gleich dem Lügenverbandsgeneral von dieser Gesellschaft ein Gratulationstelegramm bekam; und um das deutsche Trifolium voll zu machen: kein Geringerer als Oldenburg-Januschau wurde von dem berüchtigten Purischkewitsch, dem Führer der Schwarzhunderter, als sein lieber Freund und Gesinnungsgenosse bezeichnet. Sympathiebezeugungen, die in aller Deutlichkeit dokumentieren, daß russische Reaktion noch immer deutsche Reaktion ist, daß die zaristische Reaktion mit der borussischen Reaktion noch immer auf Gedeih und Verderb verbunden ist...

...Eines veranlaßt uns heute ganz besonders, unseren Protest mit all der Leidenschaftlichkeit zu erheben, die uns die Pflicht der internationalen Solidarität des Proletariats auferlegt. Ich meine die finnische Frage.

...Am 7. Oktober 1909 wurde jenes berüchtigte Manifest erlassen, nach dem das finnische Volk künftig als Entgelt dafür, daß es „vorläufig" von der russischen „Militärpflicht" „entbunden" bleibt, eine jährliche Abstandssumme von 10, steigend bis 20 Millionen zahlen soll. Schließlich ist im Juli 1910 von der russischen Duma mit den Stimmen der Oktobristen und der Rechten jener infame Gesetzentwurf angenommen worden, der den gesetzgebenden Instanzen Rußlands unter Ausschaltung der finnischen Legislative auch für Finnland auf fast allen Gebieten die gesetzgebende Gewalt überträgt.

So wurde Verfassungsbruch auf Verfassungsbruch gehäuft, Staatsstreich auf Staatsstreich, Meineid auf Meineid, um dem finnischen Volke die bisherige Suzeränität zu entziehen. Schon im Mai 1910 wurde der Landtag mit dem Entwurf zu dem Gesetz vom Juli 1910 befaßt; er lehnte es ab, das von ihm erforderte Gutachten zu erstatten, weil der Entwurf durchaus ungesetzlich und verfassungswidrig sei. Gerade in diesen Tagen soll der Landtag in Ausführung des staatsstreichlerischen „Gesetzes" über die Entsendung von vier finni-

schen Mitgliedern in die Duma beschließen. Er hat bereits sein Votum dahin abgegeben, daß das ganze Gesetz verfassungswidrig ist und daß er es ablehnt, ihm Folge zu leisten. Damit ist die finnische Frage in ein akutes Stadium eingetreten, und besonders unsere finnischen Genossen gehen einer schweren Zeit entgegen. Das sichert ihnen ein Recht darauf, daß wir in diesem Momente unseren Protest vor allem erheben gegen die verfassungsbrecherische Vergewaltigung des finnischen Volkes, die der Zarismus auf sein Gewissen zu laden im Begriffe ist, daß wir ihnen unsere herzlichste Sympathie zu diesem ernsten Kampfe aussprechen und ihnen opferbereite Solidarität geloben.

... Sie wissen, wie die Proteste deutscher und auswärtiger Parlamentarier, Völkerrechtslehrer usw. gegen die brutalen Staatsstreiche von der russischen Regierung und Duma en canaille behandelt worden sind. Aber darum dürfen wir nicht verzagen und meinen, es habe keinen Sinn, zu protestieren; im Gegenteil, die öffentliche Meinung Europas muß immer von neuem gegen den Zarismus und seine Schleppenträger aufgerufen werden. Und wenn in Frankfurt und in Langen die deutschen Gesetze mit Füßen getreten wurden, um den Zaren zu schützen vor der Empörung des deutschen Volkes, und wenn versucht wird, die russische Willkürherrschaft dem Zaren zum Wohlgefallen auch in Deutschland zu etablieren, so haben wir gleichzeitig mit ihr auch die preußische und hessische Reaktion an den Pranger zu stellen.

Es ist in der Tat, wie mir scheint, unmöglich, daß der Zarenbesuch in Deutschland noch länger in derselben Indolenz wie bisher hingenommen wird. Es wäre unbegreiflich, wenn der Zar nicht schließlich durch die allgemeine Empörung des deutschen Volkes gezwungen würde, aus Deutschland Reißaus zu nehmen. Wenn sich das deutsche Volk im vollen Umfange bewußt wäre, daß es den Vertreter des verbrecherischsten Regierungssystems, das jemals auf der Erde herrschte, auf deutschem Boden dulden soll, wenn sich das deutsche Volk bewußt wäre, was das russische Volk unter der Knute und dem Galgen und den Staatsstreichen dieses Regiments zu leiden hat, dann würde eine solche Aufregung, ein solcher Zorn aufflammen müssen, daß der Zar, dieser gekrönte Verbrecher, nicht in der Lage wäre, den deutschen Boden durch seine Anwesenheit länger zu schänden. (Bewegung.) Indem wir die Resolution annehmen, sprechen wir die Aufforderung an das gesamte deutsche Volk aus, daß seine Empörung so wachsen möge, daß dieser fluchbeladene Mann hinausgetrieben, hinausgepeitscht werde aus unserem Lande, so daß ihm für alle Zeit die Lust vergeht, den deutschen Boden ferner zu besudeln. (Stürmischer Beifall.)" (S. 401 ff.)

Nachdem Wijk als Vertreter der finnischen Partei gesprochen (S. 404 f.), schließt Ulrich-Frankfurt a. M.:

„... Ich begnüge mich mit den Worten: Hinaus mit diesem Mordinstrument aus dem deutschen Vaterlande. (Bravo!) Das wird jedenfalls der schärfste Protest sein. (Erneuter Beifall.)" (S. 405.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

In Jena **1911** begründet Liebknecht seine Resolution 80:

„Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Attacken des eidbrüchigen Zarismus gegen das finnische Volk. Es brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Zerstückelung Finnlands als einen Akt unverhüllter Vergewaltigung, durch den die russische Regierung ihre bisherigen Infamien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem gepeinigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichen Sympathien aus und das Gelöbnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk, geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Zarismus durchzukämpfen hat."

Liebknecht führt u. a. aus:

„... Unmittelbar nach jenen Angriffen auf die finnische Freiheit und Selbständigkeit, nach dem hoch- und landesverräterischen Staatsstreich der russi-

schen Regierung gegen die vom Zaren beschworene Verfassung Finnlands, ist die bisherige Brutalität noch übertrumpft. In den letzten Monaten hat Rußland begonnen, Finnland zu zerfleischen. Bisher sind zwei Kirchspiele des Gouvernements Wyborg einverleibt und es ist bereits angekündigt, daß weitere folgen werden. Natürlich ist das nur der Anfang der Einverleibung ganz Finnlands. (Sehr richtig!)

... Wenn wir all dies vor unserem Auge Revue passieren lassen, so wird niemand verkennen, daß das finnische Proletariat gerade auch im jetzigen Moment seiner Leidensgeschichte Anspruch darauf besitzt, daß die deutsche Sozialdemokratie, daß das ganze internationale Proletariat seine Solidarität mit dem gepeinigten finnischen Volk erklärt. (Bravo!)

Die Einverleibung der beiden Kirchspiele ist schon heute nicht das einzige. Unter Mißachtung der Abgeordnetenimmunität ist der Redakteur Genosse Airola verhaftet worden. Wir wären ja naive Kinder, wenn wir nicht wüßten, daß in Zeiten, wo es hart auf hart geht, die Abgeordnetenimmunität nichts ist, als ein Spinnwebefaden vor der Mündung einer geladenen Kanone; der Bissingsche Korpsbefehl hat uns gezeigt, daß in Deutschland ganz das gleiche in Aussicht genommen ist und bleibt, trotz der „Rücknahme“ dieses Teiles des Korpsbefehls, von der es in der Oeffentlichkeit verlautet.

... Sie wissen, daß deutsche Behörden sich nicht gescheut haben, unseren vorjährigen Parteitagsprotest zum Gegenstand einer staatsanwaltlichen Verfolgung in Deutschland zu machen. Man kann in der Tat für die deutsche Reaktion nichts Blamableres ausdenken, als daß sie unsere Protestaktion gegen den vorjährigen Zarenbesuch und gegen die Brutalisierung Finnlands zu einem solchen Angriff zu benutzen versucht. Wir wünschen ihr viel Glück zu diesem Streich. Ich habe keine Veranlassung, hier näher auf die Einzelheiten dieser glorreichen deutschen Hilfsaktion für „Väterchen“ einzugehen, aber das ist sicher, daß wir nicht wert wären, von der Sonne beschienen zu werden, wenn wir uns durch derartige staatsanwaltschaftliche Feldzüge abhalten ließen, das zu tun und zu sagen, was wir für richtig halten. (Bravo!)

... Es ist eine Pflicht der internationalen Solidarität und eine Konsequenz des Versprechens, das wir im vorigen Jahre in Magdeburg gegeben haben, auch jetzt wieder an die Seite unserer finnischen Genossen zu treten und mit ihnen zu rufen: Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Freiheit des finnischen Volkes! (Lebhafter Beifall!)“ (S. 406 ff.)

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Fleischteuerung.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lagen folgende Anträge vor:

96. Parteivorstand und Kontrollkommission. (Resolution betreffend Fleischteuerung.) „Der Parteitag erblickt in der herrschenden Fleischteurung einen unerträglichen Notstand, der durch die Zoll- und Agrarpolitik des Reiches hervorgerufen ist.

Die künstliche Verteurung des Getreides durch die Zölle, die in Zeiten hoher Auslandspreise noch gesteigert wird durch die Einfuhrscheine, bedingt neben der Brotteurung die Verteurung der Futterstoffe und damit die Preissteigerung des Viehes und des Fleisches. Diese Preissteigerung wird weiter verschärft durch die Vieh- und Fleischzölle und die schikanösen Einfuhrbestimmungen.

Die hohen Fleisch- und Brotpreise verschlechtern die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen, schädigen ihre Gesundheit auf das schlimmste und führen zu ihrer Degeneration.

Der Parteitag verlangt daher von der Regierung, daß unverzüglich alle Zölle und zollpolitischen Maßregeln, die eine künstliche Verteurung des Fleisches herbeiführen, beseitigt werden; er fordert weiter die Parteiorganisationen auf, den Kampf gegen die Lebensmittelteurung mit aller Schärfe weiterzuführen.“

98. Linchen Baumann und Genossinnen: „Von der durch die Steuer- und Zollpolitik hervorgerufenen künstlichen Teurung sämtlicher Lebensmittel, besonders durch den durch die skrupellose Raubpolitik der agrarischen Clique entstandenen Fleischwucher werden in erster Linie die Frauen der Arbeiterklasse getroffen. Der Parteitag beschließt deshalb, noch in diesem Herbst die proletarischen Frauen im ganzen Lande zu energischem Protest gegen diese verbrecherische Politik aufzufordern.

Zu diesem Zwecke sind öffentliche Frauenversammlungen zu veranstalten, für die eine umfassende Agitation entfaltet werden muß. Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, das sich besonders an die proletarischen Frauen richtet. Dieses Flugblatt wird den einzelnen Organisationen unentgeltlich geliefert."

Die Anträge, von den Genossinnen Zietz (S. 396 ff.) und Baumann (S. 398 f.) begründet, werden angenommen; 98 mit dem Zusatzantrag Zietz, wonach die Flugblätter nur den finanzschwachen Kreisen unentgeltlich geliefert werden sollen.

Bei den vorhergegangenen Debatten über die badische Budgetbewilligung führte Lehmann-Mannheim aus:

„... Die gemeinsame Tätigkeit mit den Nationalliberalen hemmt uns nur. So haben wir zum Beispiel noch zwei Bundesstaaten mit einer staatlichen Fleischsteuer, Sachsen und Baden. Wir haben früher immer Anträge auf Beseitigung dieser Steuer eingebracht, aber unsere nationalliberalen Freunde und das Zentrum haben sie abgelehnt, weil sie nicht die direkten Steuern erhöhen wollten. Warum ist nicht jetzt, wo die städtischen Steuern auf Lebensmittel beseitigt sind, ein solcher Antrag wiederholt worden? Was glauben Sie wohl, was für eine vorzügliche Agitationswaffe wir hätten, wenn wir jetzt sagen könnten: Nationalliberale und Zentrum haben angesichts der teuren Fleischpreise unseren Antrag niedergestimmt. Weshalb ist man von dem früheren Verfahren abgewichen? Weshalb hat man den Antrag nicht eingebracht? Etwa um die Nationalliberalen nicht in Verlegenheit zu bringen? Man wird doch nicht etwa sagen wollen, daß man das vergessen hat, denn die Sachsen haben doch einen solchen Antrag gestellt und das ist bekannt geworden. Er ist freilich niedergestimmt, aber sie haben doch eine ganz vorzügliche Agitationswaffe bekommen ..." (S. 316.)

Siehe auch den Artikel „Teuerung".

Flottenvorlage.

In seiner Begrüßungsansprache an den Jenaer Parteitag **1911** streifte Bebel die Marokkokrisis und führte dabei aus:

„... Die Konsequenzen waren mir von vornherein klar, nachdem die bekannten Vorgänge in England sich ereigneten. Die wenn auch nur indirekte Antwort darauf war die Kaiserrede in Hamburg, in der er davon sprach, er glaube, die Hamburger seien darin einig, daß die deutsche Seerüstung weiter gestärkt werden muß. Die Hamburger Bourgeoisie war in Deutschland die letzte, die für die großen Flottenvorlagen sich begeisterte. (Sehr richtig!) Wer die Stimmung in den 90er Jahren des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts in Hamburg studiert hat, der hat nichts von Begeisterung gemerkt, weil sich das Bürgertum Hamburgs, die Exporteure und Bankiers sagten: wenn es zum Treffen kommt, wir haben zuerst die Kosten zu tragen. (Sehr wahr!) Die Hamburger Kaufleute verstehen zu rechnen und haben politische Einsicht genug, als daß sie sich auch nur im mindesten darüber täuschen könnten. Für mich steht unzweifelhaft fest, daß wir eine neue Flottenvorlage bekommen, mag man es noch so sehr abzustreiten versuchen. Ich rate euch, Parteigenossen, bleibt dabei und erinnert Euch: als im Frühjahr 1899, nachdem im Herbst des Vorjahres die erste große Flottenvorlage angenommen war, ich im Reichstage den Staats-

sekretär v. Tirpitz aufforderte, zu antworten, ob es wahr sei, daß eine neue große Flottenvorlage in Aussicht stehe, schwieg Tirpitz, auch auf erneute Interpellation. Endlich wurde er in der Budgetkommission vom Zentrum zur Rede gestellt und er erklärte, daß niemand daran denke — und sieben Monate später war sie da! (Bewegung und Zustimmung.) ... Man wird auch jetzt ableugnen, trotz aller Agitation des Flottenvereins! Ich erinnere ferner daran, daß, als es sich 1908/09 um die damals neueste Flottenvorlage handelte, die Nationalliberalen in der Kommission verlangten, daß drei Gattungen älterer Kriegsschiffe ausgemerzt würden, weil sie nicht mehr genügend kriegstüchtig seien und sie durch moderne Dreadnoughts ersetzt werden müßten. Da wagte Herr von Tirpitz nicht, den Nationalliberalen entgegenzutreten, aber auch nicht, ihr Verlangen zu unterstützen. Er sagte nur, woher die Mehrheit und das Geld nehmen? ..." (S. 171.)

In seinem Referat über die Reichstagswahlen kam Bebel darauf zurück:

„... Als ich mir die Entwicklung der Dinge in der Marokkofrage ansah, als sich insbesondere herausstellte, wie England in der Frage dachte, sagte ich mir sofort, nun ist die neue Flottenvorlage fertig, nun haben unsere Wasserchauvinisten Oberhand, jetzt werden sie losgehen und behaupten, die deutsche Flotte sei der neuen Situation nicht gewachsen. Die Flottengesetzgebung des letzten Jahrzehnts hat sich allmählich als viel teurer herausgestellt, als man annahm. Im Jahre 1898 bei der ersten Flottenvorlage kostete ein großes Linienschiff noch 25 Millionen Mark, heute kostet ein Dreadnought 50 bis 60 Millionen Mark, genau das Doppelte (Hört, hört!); damals kostete ein erster Kreuzer 20 Millionen Mark, heute kostet ein Panzerkreuzer fast soviel wie ein Dreadnought, 45 bis 50 Millionen Mark ...

Dazu kommt, daß in den letzten Wochen der französische Marineminister Herr Delcassé, bekanntlich ein „guter Freund" Deutschlands, bereits erklärte, er gehe mit einem großen Plane der Reformierung der französischen Flotte um. Frankreich hat in den letzten Jahren, gestützt auf das englische Bündnis, geglaubt, es könne seine eigene Flottenentwickelung zurückhalten. Die Lasten, die das französische Volk für den Militarismus zu tragen hat, sind ja auch kolossal, sogar noch höher als in Deutschland, aber es wird den Franzosen leichter, weil sie ein reicheres Volk sind. Die Franzosen haben nicht die großartige industrielle Entwickelung durchgemacht wie wir, die französische Bevölkerung ist seit nahezu 40 Jahren stabil geblieben, aber Frankreich hat einen ungemein fruchtbaren Boden und die Franzosen sind ein sogenanntes Sparvolk. Das Zweikindersystem ist bei ihnen in allen Schichten durchgeführt, und bei dem Ueberfluß an Geld haben die französischen Staatsschulden einen so niedrigen Zinsfuß, mit dem der deutsche keinen Vergleich aushält. Das Geld ist im Ueberfluß vorhanden, und weil es im eigenen Lande mangels einer großen industriellen Entwickelung keine Verwendung findet, müssen die Kapitalisten ihre Millionen im Auslande unterbringen. Nun kündigte Herr Delcassé an, es werde der Kammer eine Flottenvorlage zugehen, es sei ihm geglückt, die Einrichtung für die Herstellung der Kriegsschiffe so zu vervollkommnen, daß er imstande sei, binnen zwei Jahren 12 Dreadnoughts fertigzustellen, und hoffe, innerhalb weniger Jahre die französische Flotte auf die Höhe der deutschen zu bringen. Was an dieser Renommage wahr ist, weiß ich nicht, es genügt, daß er eine Vorlage angekündigt hat, denn das ist ja alles Wasser auf die Mühlen unserer Marinepatrioten, und es wird nunmehr von dieser Seite alles getan werden, um neue Rüstungen herbeizuführen. Auch die Engländer werden weiter rüsten, das allgemeine Wettrüsten wird also weiter gehen. Ich habe gestern schon hervorgehoben, was das Ende vom Liede sein wird. Jeder denkende Mensch muß sich sagen: Wo soll das hinaus, wie kann das anders enden, ja wie soll das anders enden, als mit einer Katastrophe? (Sehr richtig! Sehr wahr!) Nun mögen diejenigen, die an der Spitze der heutigen Gesellschaft stehen, mit den hinter ihnen stehenden Klassen in ihr Verderben rennen, wir haben keine Ursache, das zu bedauern. Es wird sich wieder einmal das alte Wort bewahrheiten: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie

mit Blindheit." (Sehr gut!) Man kann mit Engelszungen reden, nichts wirkt auf sie, sie bedenken nichts, wie mit eisernen Peitschen gezüchtigt treibt es sie in den Untergang hinein ..." (S. 384 f.)

Die Reichstagsfraktion berichtete dem Chemnitzer Parteitag **1912** über die neue Flottenvorlage:

„Die Flotte soll durch Bildung eines dritten aktiven Geschwaders um 3 Linienschiffe und 2 kleine Kreuzer vergrößert werden. Ferner soll eine Vermehrung der Unterseeboote und der Luftschiffe erfolgen. Der hierdurch erforderliche Mehrbedarf an Personal beläuft sich auf 15 277 Personen; 11 153 Gemeine, 2850 Maate, 16 Wachtmeister und Feldwebel, 291 Deckoffiziere, 175 Mann Sanitätsunterpersonal, 67 Zahlmeister und 119 dem Zahlmeister-Unterpersonal Angehörigen." (S. 118.)

Die Vorlage wurde durchgepeitscht:

„In noch schnellerem Tempo vollzog sich die zweite Beratung der Flottenvorlage. Zwei Fraktionsgenossen bekämpften energisch die zu neuen Rüstungen im Ausland treibende, der Ausbreitung der Kultur im Inlande entgegenstehende und keinen berechtigten Interessen Deutschlands dienende Vorlage. Kein einziger Vertreter der bürgerlichen Parteien nahm das Wort. Sie beschränkten sich auf die Zustimmung zur Vorlage.

Bei der dritten Lesung über beide Vorlagen verzichteten wiederum die bürgerlichen Parteien auf das Wort. Wir konnten nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß wir noch nicht stark genug sind, um solche volksfeindlichen Vorlagen zu Fall zu bringen, und daß wir für desto notwendiger die Agitation in den breiten Massen des Volkes gegen das wahnwitzige Wettrüsten halten. Die Heeresvorlage wurde gegen unsere und die Stimmen der Polen, der Dänen und der Elsässer angenommen. Gegen die Flottenvorlage stimmten auch die Welfen." (S. 122.)

Frauenagitation.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lagen folgende Anträge vor:

67. Düsseldorf: „Um die Frauen zur intensiven Mitarbeit zu befähigen, wolle der Parteitag beschließen, daß seitens des Parteivorstandes Unterrichtskurse zu diesem Zwecke eingerichtet werden."

72. Frauenkonferenz: „Aus Anlaß der außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreise sind zur Zeit der Eröffnung des Reichstages öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch Steuern und Zölle wie durch die Preistreibereien der Großkapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Oeffnung der Grenzen zu fordern. Diese Massenagitation gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der jetzigen Notlage weiter Kreise des arbeitenden Volkes darzulegen und sie zum organisierten Kampf dagegen aufzurufen.

Die Aktion ist wirksam durch die Presse und durch ein populär gehaltenes Flugblatt vorzubereiten."

Antrag 67 wird nicht genügend unterstützt. Antrag 72, für den Marie Juchacz-Rixdorf spricht (S. 294 f.) wird angenommen.

In Chemnitz **1912** führte Lipinski-Leipzig in der Debatte über den Vorstandsbericht aus:

„... Die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie leidet darunter, daß für das gesamte Interessengebiet der Frau nicht die geeigneten Lehrkräfte und anleitenden Kräfte vorhanden sind. Wenn man die Jugendlichen über 18 Jahre und die Frauen zusammennimmt und noch diejenigen, die

für die Weiterbildung Interesse haben, wenn man sie zu gemeinsamen Kursen zusammennimmt, dann wird für alle Teile etwas Ersprießliches herauskommen. Wir haben in Leipzig den ersten Versuch damit gemacht. Wir haben eine eigene Parteischule mit eigenen Lehrern für etwa 80 Schüler. Wir haben 12 verschiedene Kurse, systematisch auf die einzelnen Stadtteile verteilt, in denen die Jugendlichen über 18 Jahre, die Frauen und alle, die sich beteiligen wollen, in das Wesen des Sozialismus eingeführt werden ..." (S. 273 f.)

In Jena 1913 bemerkte Adolf Hoffmann-Berlin in der Debatte über den Frauentag:

„... Ich will nur auf einen Mißstand aufmerksam machen, der uns schwer schädigt, weil er viele Frauen, die wir sonst gewinnen könnten, zurückhält. Sie werden es vielleicht als kleinlich empfinden, wenn ich hier darauf hinweise. Aber wenn der Anteil der Frauen an dem Wachstum der Partei den Löwenanteil bildet, so wäre dieser Anteil doch weit bedeutender, wenn die Männer etwas mehr Rücksicht auf die Frauen nehmen würden. Bei den Zahlabenden und sonstigen Zusammenkünften wären sie in viel größerer Zahl anwesend, wenn sie nicht mittels des Rauchens geradezu herausgeräuchert würden. (Lachen.) Regen Sie sich doch nicht auf, Genossen, Sie bringen es ja nicht einmal fertig, trotz der vielen Aufforderungen, hier auf dem Parteitage das Rauchen zu lassen. (Sehr richtig!) Hier hat man noch die Ausrede, daß man den ganzen Tag im Saale sitzt, aber die Zahlabende und die Zusammenkünfte dauern doch nur einige Stunden. Da könnte man das Rauchen wirklich lassen. Ich würde es auch für einen großen Vorteil halten, wenn auch in den öffentlichen Versammlungen das Rauchen nicht erst dann verboten würde, wenn der Saal voll Dampf ist, sondern wenn überhaupt von vornherein nicht geraucht würde. (Sehr richtig!) Wir hätten unsere Redner länger. Den Frauen bleibt der Tabakduft tagelang in den Haaren und Kleidern sitzern. (Zustimmung und Lachen.) Fragen Sie doch Ihre eigenen Frauen. Ein ganz Teil von Indifferenten kommt deshalb in unsere Zahlabende einmal und nicht wieder. In Berlin habe ich es erlebt, daß in städtischen Deputationen, in die es uns gelungen ist Frauen hineinzubringen, die Gegner aus Bosheit rauchten, um mittels starken Rauchens die Frauen hinauszuräuchern. Das ist ja nicht gelungen, weil wir da überzeugte Genossinnen hineinschicken, aber bei den Indifferenten, die das erstemal in unsere Zahlabende oder Versammlungen kommen, ist das durch das gedankenlose Rauchen leichter. Im Interesse der Sache sollte man wirklich darauf Rücksicht nehmen. Wir würden viel mehr Frauen in unsere Versammlungen bekommen, wenn die Männer sich nach dieser Anregung richten würden. (Sehr wahr!) ..." (S. 383 f.)

Frauenkonferenz.

Auf der sechsten sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Jena am 8. und 9. September 1911 wurden folgende Referate gehalten: Ueber die Agitation, den Frauentag (siehe diesen Artikel), und die Kinderschutzkommission von Luise Zietz. Ueber die Leseabende und die Beschwerdekommissionen von Ottilie Baader. Ueber die Frauen und die Reichstagswahlen von Klara Zetkin. Ueber die Frauen und die Gemeindepolitik von Klara Weyl.

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge wurde folgende Resolution von Groß-Berlin angenommen, der sich die Genossinnen Stuttgarts angeschlossen hatten:

„Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenkassen unterstehen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen, als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums.

Sie führt häufig zu Unterleibserkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen."

Zur Kinderarbeit nahm die Konferenz folgende Resolution der Stuttgarter Genossinnen an:

„Die sechste Frauenkonferenz fordert aufs neue: 1. Das gesetzliche Verbot jeder Erwerstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Heimarbeit, im Boten- und Gesindedienst.

2. Sie fordert die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Beseitigung der Kindererwerbsarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernhalten und beim Austragen der Parteipresse jeder Verwendung von Kindern unter 14 Jahren unnachsichtlich entgegentreten.

3. In der Erkenntnis, daß, so schädlich auch die Erwerbsarbeit durch ihre Einseitigkeit, ihre Tendenz zur Ueberanstrengung, ihre sittlichen Gefahren für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder ist, doch der Handarbeit als solcher ein hoher erzieherischer Wert innewohnt, fordert die Frauenkonferenz unsere Vertreter in Landtagen und Komunen auf, überall mit aller Energie auf Einführung des obligatorischen Handfertigkeitsunterrichtes in den Schulen hinzuwirken."

In der Diskussion hatte sich die Genossin Duncker gegen einen Antrag Scheibe zu dieser Resolution gewandt:

„Mit dem Streichen der Worte „in Parteibetrieben" bin ich einverstanden, nicht aber damit, daß wir auch streichen sollen, daß beim Austragen der Parteipresse Kinder unter 14 Jahren nicht beschäftigt werden sollen. Die Stuttgarter Genossinnen, welche im Kampf gegen diese Beschäftigung der Kinder stehen, haben mich ausdrücklich damit beauftragt. Aus der Tatsache dieser Verwendung der Kinder kann man ja auch den Zeitungen keinen Vorwurf machen; diese geben die Blätter nicht direkt an die Kinder, sondern an die Frauen, und diese lassen ihre Kinder an der nächsten Straßenecke warten und übergeben ihnen dann die Zeitungen. Im Einzelfall mag es ja kein großes Unglück sein, wenn ein Kind mal in drei oder vier Häuser Zeitungen trägt; wir müssen uns aber hier auf den prinzipiellen Standpunkt stellen. (Sehr richtig!) Auch mache ich darauf aufmerksam, daß schon das Kinderschutzgesetz diese Verwendung von Kindern wenigstens unter 12 Jahren verbietet; aber selbst noch nicht schulpflichtige Kinder kann man Zeitungen austragen sehen. Sollen wir vielleicht warten, daß die Polizei dagegen einschreitet?" (S. 437.)

Gleichfalls angenommen wurde die folgende Groß-Berliner Resolution zum Thema Kinderschutz und Fortbildungsschule:

„Die sechste Frauenkonferenz bestätigt die auf der dritten Frauenkonferenz zu Bremen angenommene Kinderschutzresolution, da das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Die sechste Frauenkonferenz fordert deshalb aufs neue im Interesse der Zukunft des Proletariats und des gesamten Volkes:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklichst die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gegenüber den Versuchen der Junker und Pfaffen im preußischen Landtage, die ohnehin ungenügende Fortbildungsschule noch durch Einführung des Religionsunterrichts zu verschlechtern, ruft die sechste Frauenkonferenz alle Genossinnen und Genossen zur energischen Abwehr dieser Bestrebungen auf, die nur dazu dienen sollen, das erwachende Klassenbewußtsein der arbeitenden Jugend zu ersticken und sie zu willfährigen Werkzeugen der herrschenden Klassen gegen ihre eigenen Väter und Mütter zu erziehen."

Dazu kamen noch der Antrag Klara Zetkin und Genossen:

„In Würdigung der vorzüglichen Resultate, die der erste sozialdemokratische Frauentag gezeigt hat, beschließt die Frauenkonferenz in Jena, im Jahre 1912 die Veranstaltung zu wiederholen. Die Festsetzung des Termins und der Bedingungen für die Durchführung erfolgen durch den Parteivorstand."

und der Antrag 72 des Jenaer Parteitages **1911** (siehe Frauenagitation). Ferner wurden angenommen die Resolution von Groß-Berlin zu den Krankenkassenwahlen:

„Die sechste ordentliche Frauenkonferenz verpflichtet die Genossinnen, den Vertreterwahlen der Krankenkassen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Soweit sie selbst Mitglied einer Krankenkasse sind, die noch ein Stück Selbstverwaltungsrecht besitzt, haben sie sich an den Wahlen zu beteiligen und dafür einzutreten,

daß auch weibliche Vertreter in entsprechender Anzahl aufgestellt werden. Im übrigen gilt es, rechtzeitig und in umfassender Weise unter den weiblichen Kassenmitgliedern für eine vollzählige Beteiligung zu agitieren."

und die Resolution von Groß-Berlin betreffend das Strafgesetzbuch:

„Der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch enthält eine Fülle von Bestimmungen, die den schärfsten Protest der sozialdemokratischen Frauen herausfordern.

Die Konferenz verpflichtet deshalb die Genossinnen, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen und zu gegebener Zeit überall die Agitation anzuregen.

Die Konferenz ersucht das Frauenbureau, den Referentinnen das nötige Material zur Agitation zu übermitteln.

Die Konferenz ersucht die Redaktion der „Gleichheit", die fraglichen Bestimmungen einer Besprechung zu unterziehen und damit den Genossinnen ihr Studium zu erleichtern und die Agitation zu unterstützen."

Endlich fanden Annahme die folgenden beiden Resolutionen zu dem Thema „Frauen und Gemeindepolitik":

Genossinnen Stuttgarts: „In allen Orten, in denen Genossinnen in den Schulkommissionen, beim Mutter- und Säuglingsschutz, in der Armen- und Waisenpflege und sonstigen kommunalen Einrichtungen mitarbeiten, sollen sie das Material über ihre Tätigkeit sammeln und alljährlich in der „Gleichheit" veröffentlichen."

Genossin Klara Wehl, Berlin: „Durch die große Ausdehnung der sozialen Tätigkeit der Gemeinden müssen alle verfügbaren Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden. Die in Frage kommenden Gebiete sind für die Frauen von gleicher Wichtigkeit wie für die Männer. Da den Frauen die Verwaltung ihres eigenen Haushalts anvertraut ist, müssen sie auch an den inneren Gemeindeverwaltungen und Gemeindehaushaltungen teilhaben können. Auf dem Gebiete der Armen- und Waisenfürsorge ist sogar die Frau mit größerem Erfolge tätig wie der Mann. Eine städtische Verwaltung kann heute nicht mehr ohne die Mitarbeit der Frau auskommen. Bisher sind die Frauen, abgesehen von einigen Ausnahmen, nur als Gehilfinnen der Männer tätig.

Die sechste sozialdemokratische Frauenkonferenz fordert von den Gemeindeverwaltungen größere Heranziehung der Frauen zur Selbstverwaltung; insbesondere Zuziehung der Frauen zu den obersten Behörden der Armen- und Waisenverwaltung.

Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen haben die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für diese Forderungen einzutreten.

Ferner fordert die Konferenz von der Landesgesetzgebung Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen. Von diesem Grundsatze ausgehend, fordern wir die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindewahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Frauen haben dafür zu sorgen, daß die Teilnahme an der Gemeindeverwaltung nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Frau ist.

Die Konferenz fordert die Genossinnen und Genossen auf, mit aller Energie für Durchführung dieser Forderungen zu wirken."

Abgelehnt wurde der Antrag der Stuttgarter Genossinnen:

„Da die proletarische Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt und ihre Aufgaben dementsprechend fortwährend wachsen, da folglich die Tagesordnungen der Frauenkonferenzen bisher immer so reichhaltig waren, daß sie kaum erledigt werden konnten, ist es wünschenswert, daß von nun an die Frauenkonferenz alljährlich stattfindet."

nachdem Genossin Zietz dazu bemerkt hatte:

„. . . Jetzt nach dem Zusammenschluß ist es unnötig, daß wir jedes Jahr tagen. (Sehr richtig!) Sie würden mit dem Antrag versuchen, die Beschlüsse

des Nürnberger Parteitages umzustoßen, wonach der Parteivorstand die Frauenkonferenzen nach Bedarf einzuberufen hat. Im vergangenen Jahre hatten wir die Internationale Frauenkonferenz, da wäre eine deutsche Konferenz nicht so stark besucht gewesen wie diese hier. Der Parteivorstand will durchaus nicht immer drei Jahre verstreichen lassen, sondern er hat das aus Zweckmäßigkeitsgründen einmal getan. Es muß auch mit den Finanzen der einzelnen Kreise gerechnet werden. Durch zu häufige Abhaltung von Konferenzen könnte unsere sonstige Tätigkeit leiden. Hätten wir den üblichen Turnus von zwei Jahren eingehalten, dann hätten wir in dem Jahre der Reichstagswahl keine Frauenkonferenz gehabt. Ich bin sicher, daß der Parteitag einen solchen Beschluß, wie ihn der Antrag Stuttgart fordert, nicht genehmigen würde. Halten wir lieber neben den Reichs-Frauenkonferenzen auch möglichst viele Bezirks-Frauenkonferenzen ab, z. B. im Anschluß an Bezirksparteitage oder für mehrere verwandte Bezirke zusammen." (S. 438.)

Ueber die Verhandlungen dieser Konferenz siehe insbesondere noch die Artikel „Frauenorganisation", „Frauentag", „Gleichheit".

Frauenorganisation.

Nach den Berichten des Parteivorstandes an die Parteitage stieg die Zahl der weiblichen Parteimitglieder

auf	62 259	im Jahre	1909
„	82 642	„ „	1910
„	107 693	„ „	1911
„	130 371	„ „	1912
„	141 115	„ „	1913

Weibliche Vorstands-Mitglieder in den Organisationen gab es:

in	257	Orten im Jahre	1909
„	557	„ „ „	1910
„	570	„ „ „	1911
„	646	„ „ „	1912
„	228	Kreisen im Jahre	1913

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lag der Antrag 8 (Barmen) vor:

„Zur Herbeiführung einer größeren Einheitlichkeit in der Aktion und zur Vermeidung von Divergenzen ist das Zentralfrauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen."

Genossin Gewehr-Elberfeld begründet den Antrag:

„. . . Die Genossen in Elberfeld-Barmen sind der Meinung, daß das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Verhältnisse so geändert hat, daß das Frauenbureau nicht mehr der Situation entspricht. Wir sind nicht etwa der Meinung, daß es überflüssig ist, im Gegenteil. Die Tätigkeit des Vorstandes und unserer Beauftragten wird immer umfangreicher und komplizierter. Um den neuen Anforderungen zu genügen und unerquickliche Diskussionen zu vermeiden, wie sie in der „Gleichheit" darüber geführt wurden, ob eine Frauenkonferenz stattfinden soll oder nicht, soll das Tätigkeitsgebiet unserer Beauftragten genau abgegrenzt werden, damit alle Genossinnen Bescheid wissen, wozu die Frauen befugt sind oder nicht. Es wäre dies eigentlich die Aufgabe der Frauenkonferenz gewesen, die in diesem Jahre leider nicht stattfindet. Um eine Reorganisation des Frauenbureaus herbeizuführen, wenden wir uns nun an den Parteitag, gerade weil uns in nächster Zeit neue Aufgaben bevorstehen. Wir wollen, daß der Parteivorstand und das Frauenbureau planmäßig

vorgehen, damit die Agitation noch erfolgreicher gestaltet wird. Selbst wenn der Parteitag dem Antrag nicht zustimmen sollte, so sind wir doch schon zufrieden damit, daß durch die Besprechung dieses Antrages die Frage in Fluß gebracht wird. Die nächste Frauenkonferenz wird sich dann eingehend mit dieser Frage zu befassen haben." (S. 211 f.)

Ryssel-Leipzig:

„... Das Frauenbureau ist ein Ueberbleibsel aus der früheren Organisationsform. Ich habe wiederholt mit Genossinnen gesprochen, die doch auch etwas verstehen, und da findet man oft einen Zwiespalt zwischen den von den Parteiorganisationen und den vom Frauenbureau arrangierten Veranstaltungen. Das würde vermieden werden, wenn wir eine einheitliche Leitung besäßen ..." (S. 214.)

Nachdem noch Westkamp-Düsseldorf den Antrag befürwortet hat, wendet sich Pfannkuch im Schlußwort zum Vorstandsbericht dagegen:

„Als ich den Antrag 8 las, fragte ich mich, was denn eigentlich für Divergenzen zwischen dem Frauenbureau und dem Parteivorstand bestehen. Die einzige Divergenz ist die, daß das Frauenbureau nicht in den Räumen des Parteivorstandes untergebracht worden ist. Es befindet sich aber auch in der Lindenstraße; eine andere Divergenz hat nie zwischen dem Frauenbureau und dem Parteivorstand bestanden, kann ja auch gar nicht bestehen. Ein Mitglied des Frauenbureaus, Frau Zietz, ist auch Mitglied des Parteivorstandes, nimmt an allen Sitzungen des Parteivorstandes teil, und wenn sie auch mal mit ihren Ansichten in der Minderheit bleibt, so würde sich das auch nicht ändern, wenn das Frauenbureau, statt Lindenstraße 3, Lindenstraße 69 wäre. (Heiterkeit.) Und außerdem besteht auch telephonische Verbindung, so daß Mißverständnisse in der einen oder anderen Sache leicht behoben werden können. Ich ersuche Sie aber, im Interesse der Agitation unter den Frauen, doch das Frauenbureau bestehen zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn man von einer Divergenz reden könnte, so wäre es die, daß neben der Gleichberechtigung, die die weiblichen Mitglieder der Partei mit den Parteigenossen heute vollständig haben, in bezug auf die Agitation die Ansprüche der weiblichen Parteigenossen über das Maß der Gleichberechtigung hinausgegangen sind. Ansprüche, die auch von seiten des Vorstandes, weil man die Eigenart der Agitation unter den Frauen berücksichtigte, in den meisten Fällen als berechtigt anerkannt worden sind ..." (S. 221.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen, der in seinem Bericht an den Jenaer Parteitag **1911** meldet:

„Durch die im April erfolgte Verlegung des Parteibureaus nach dem Hause Lindenstraße 3 wurde den Wünschen des Antrages 8 (Vereinigung des Vorstandsbureaus mit dem Zentral-Frauenbureau) entsprochen." (S. 16.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** lagen folgende Anträge vor:

14. (8. und 10. schleswig-holsteinischer Kreis): „Im § 7 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird unter 1. der letzte Satz, welcher lautet: „Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein", gestrichen."

78. Klara Zetkin und 26 Genossen: „Der Parteitag anerkennt die Notwendigkeit, dem Ausbau der Parteisekretäre erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, entsprechend dem gesteigerten Leben der Partei und seinen vermehrten Anforderungen an diese Institute. Als Mittel zum Zweck erachtet er neben der materiellen Besserstellung der leitenden Sekretäre die gute technische Ausgestaltung der Sekretariate und die Anstellung weiterer Kräfte. In Bezirken, wo es von Bedeutung ist, daß breite proletarische Frauenmassen agitatorisch erfaßt und den Organisationen ihrer Klasse zugeführt werden, sollte außer dem leitenden Sekretär eine Sekretärin nötig sein."

Bischoff-Altona begründet den Antrag 14:

„Der Antrag 14 zielt darauf ab, in unserem Organisationsstatut den Absatz des § 7 zu streichen, wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll möglichst eine Genossin darunter sein. Wir haben nicht die Absicht, den Genossinnen die Erlangung eines Mandats zu erschweren, aber es ist undemokratisch, für einen Teil der Mitglieder besondere Bestimmungen zu schaffen. Die Genossinnen, die sich rege an der Entwicklung der Partei beteiligen, kommen ohnedies in den Vordergrund und haben dadurch die Gelegenheit, ein Mandat zu erlangen. Wir haben den besten Beweis dafür in unserem Kreise. Wir haben jetzt schon zwei Genossinnen gewählt und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß einmal noch mehr Genossinnen gewählt werden. Schließlich könnte es auch einmal dahin kommen, daß man die gerechte Bitte stellen müßte, daß auch ein Genosse berücksichtigt werden soll. (Heiterkeit.) Andererseits gibt es jetzt schon Wahlkreise, die sich nicht an diese Bestimmung halten, aber weder der Parteitag, noch der Parteivorstand haben dazu Stellung genommen. Es herrschen aber verschiedene Auffassungen darüber und daher ist es besser, sie ganz wegzulassen. Eine solche Bestimmung mag notwendig gewesen sein, als die Frauen noch nicht der allgemeinen Parteiorganisation als gleichberechtigte Mitglieder angehört haben. Das sind sie aber seitdem geworden, und deshalb bitte ich, unserem Antrage zuzustimmen." (S. 240.)

Gegen den Antrag wendet sich Luise Zietz:

„. . . Kaum zwei Jahre sind ins Land gegangen, seit das neue Organisationsstatut in Anwendung ist, und die Kommission, die es ausgearbeitet hat, hat sich in eingehender Weise mit der Frage beschäftigt, wie die Delegation der Frauen zu regeln ist. Sie wissen, früher hatten die Frauen das Recht, wenn in einem Kreise eine weibliche Delegierte nicht mitgewählt war, noch gesondert die Wahl vorzunehmen. Dies Recht, das aus den Verhältnissen herausgewachsen war, wünschten wir nicht in die neuen Verhältnisse übernommen. In der einheitlichen Organisation wünschten wir auch eine einheitliche Wahl der Delegierten. Wir waren uns aber sehr wohl bewußt, daß die Möglichkeit bestand, es würden viel weniger Frauen gewählt werden, und dieser Hinweis im Statut sollte eine Ermahnung der Genossen sein, bei der Delegiertenwahl die Frauen nicht zu vergessen, aber auch eine Mahnung an die Genossinnen, in stärkerem Maße von ihrem Recht der Delegation Gebrauch zu machen. Bischoff meinte, dieser Hinweis im Statut wäre nicht überall beachtet worden. Das wußten wir vorher. Es heißt ja, „möglichst" soll eine Genossin gewählt werden, wo mehrere Delegierten zu wählen sind. Eine zwingende Bestimmung ist das nicht. Ich wüßte aber nicht, wie diese Bestimmung zu einem Wirrwarr geführt haben sollte, und ich habe den Verdacht, daß unsere lieben Altonaer und Wandsbeker Genossen den Passus nur deshalb aus dem Statut heraushaben wollen, weil sie zum Ausdruck bringen wollen, daß nicht nur eine, sondern mehrere weibliche Delegierte gewählt werden könnten (Heiterkeit), denn sie haben die Liebenswürdigkeit besessen, in diesem Jahre zwei weibliche Delegierte aus einem Kreise zur Frauenkonferenz und zum Parteitag zu wählen. Wollten Sie mit dem Antrag zum Ausdruck bringen, daß das überall geschehen soll, so danke ich Ihnen für Ihre Liebenswürdigkeit. Den Parteitag aber bitte ich, den Antrag abzulehnen. (Großer Beifall und Heiterkeit.)" (S. 254 f.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 78 begründet Klara Zetkin. Nach längeren Ausführungen über die Parteisekretäre (Siehe den Artikel „Organisation") fährt sie fort:

„. . . Wir müssen aber auch verlangen, daß Frauen als Parteisekretäre angestellt werden. Wie erfolgreich Genossinnen in solchen Aemtern wirken, das zeigt die Tätigkeit des Frauenbureaus und die Tätigkeit des gewerkschaftlichen Arbeiterinnensekretariats.

Zwischen dem Sekretär und der Sekretärin würde sich eine Arbeitsteilung vollziehen, die der Bewegung im allgemeinen, der Entwickelung unserer Frauenbewegung

im besonderen förderlich wäre. Die Agitations- und Organisationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat erhielte neue, stärkere Impulse und praktische Gelegenheiten, und arbeitend, wirkend könnte sich die Begabung und Tatkraft mancher Genossin kräftig und frei entfalten, die heute durch die Erwerbsfron im Dienste des Kapitals gehemmt wird, sich ganz für den Befreiungskampf des Proletariats einzusetzen. An Genossinnen, die den Aufgaben des Amtes gewachsen sind, fehlt es durchaus nicht. Wie notwendig die durch den Antrag gewünschte Förderung unserer Frauenbewegung ist, beweisen die Zahlen über die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit. Es kann sich nicht um eine schematische Ausführung der hier gegebenen Anregungen handeln, da verschiedenartige Verhältnisse in Rücksicht gezogen werden müssen. Die Ausführung ist auch nicht nur Sache des Parteivorstandes, sondern auch der Organisationen draußen im Lande, die manchmal den angeregten Neuerungen weit unzugänglicher sind, als der Parteivorstand, der von höherer Warte aus einen allgemeineren und weiteren Ueberblick besitzt. Gut wäre es, wenn — soviel es möglich ist — noch vor den Reichstagswahlen mit der Umsetzung der Anregung in die Praxis begonnen werden könnte. Auch das wäre ein Mittel, unsere Aktionsfähigkeit für den Kampf zu steigern. (Lebhafter Beifall.)" (S. 404 f.)

Ryssel-Leipzig:

„Dieser Antrag, der eigentlich nur ein Wunsch ist, kann nicht von hier aus, sondern nur in den einzelnen Kreisen erledigt werden. Eine größere Aussprache muß vorhergehen. Nicht nur um die technische Ausgestaltung handelt es sich, sondern auch um bessere Besorgung des Materials. Wenn gewünscht wird, daß auch Genossinnen angestellt werden, so ist das die heikelste Frage, die es gibt, es kann nur auf die Eignung, und nicht darauf ankommen, ob Mann oder Weib. Ich beantrage, da der Parteivorstand bereits wohlwollende Prüfung zugesagt hat, den Antrag der neueingesetzten Kommission zur Reorganisation zu überweisen." (S. 405.)

Nachdem Dittmann-Solingen auf das Wort verzichtet hatte, wird der Ueberweisungsantrag angenommen.

Auf der Jenaer Frauenkonferenz, die dem dortigen Parteitag **1911** voraufging, referierte Luise Zietz über die Tätigkeit des Frauenbureaus:

„. . . Nachdem in Nürnberg die Grundlage der gemeinsamen Organisation vereinbart war, hat das Frauenbureau einen anderen Charakter bekommen. Früher war es die selbständig arbeitende Zentrale der proletarischen Frauenbewegung, nunmehr wurde es eine Unterabteilung des Parteivorstandes. Wir unterbreiteten dem Parteivorstand einen Arbeitsplan, der seine Billigung fand. Die Berichte über unsere Tätigkeit lagen in den einzelnen Jahren gedruckt den Parteitagen vor, ich brauche daher nur noch einmal kurz die großen Gesichtspunkte hervorzuheben. Nach dem Zusammenschluß richteten wir zunächst einen Aufruf an die Frauen, entsprechend dem Nürnberger Beschluß zu handeln und überall den Eintritt in die Parteiorganisation zu vollziehen. Wir versandten Fragebogen, um zu erfahren, wie weit das überall geschehen ist, und die Antworten gaben uns ein klares Bild von dem Stand der Frauenbewegung. Es zeigte sich, daß gerade in solchen Ländern, in welchen vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Frauen politisch nicht organisiert sein durften, in Braunschweig, in Mecklenburg, die Frauen sehr zahlreich den Organisationen beigetreten waren, also unser Arbeiten dort auch unter den früheren erschwerten Verhältnissen war nicht erfolglos gewesen. Leider müssen wir sagen, daß in Süddeutschland, wo der Bewegung schon früher nicht dieselben Hemmnisse entgegenstanden, die Bewegung nachhinkte. Die industrielle Entwickelung ist in Süddeutschland nicht so weit fortgeschritten, wie in Mittel- und Norddeutschland, und hat das Denken und Fühlen der Frauen daher nicht in dem gleichen Grade beinflußt . . ." (S. 417.)

„Durch den Anschluß der Frauen an die gemeinsame Organisation haben wir an Bewegungsfreiheit eingebüßt, und manche Genossin, die in einer gut

entwickelten Frauenbewegung tätig war, mag sich dadurch beengt fühlen. Aber wir haben dafür die Unterstützung der Gesamtorganisation und der gesamten Partei erhalten. Manche von uns angeregte Aktion konnten wir früher nicht ausführen, weil es an Mitteln und Kräften fehlte. (Sehr wahr!) Das ist anders geworden. Ich freue mich, daß wir gemeinsam mit den Genossen die Proletarierinnen heranholen und schulen wollen. Dadurch, daß die Autorität der Partei hinter uns steht, hat unsere Werbekraft zugenommen. Das zeigt sich in den Fortschritten der Frauenorganisation. Die Frauen haben es verstanden, sich innerhalb der gemeinsamen Organisation durchzusetzen, und wenn hie und da auch noch Reibungen und Konflikte entstehen, so ist es doch nur eine Frage der Zeit, daß sie verschwinden. Ich bitte Sie daher, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten, damit wir auf der nächsten Frauenkonferenz sagen können, wir haben viel glänzendere Fortschritte gemacht, als in den ersten drei Jahren unseres Zusammenschlusses. (Beifall und Händeklatschen.)" (S. 420.)

In der Debatte sprachen u. a.: Genossin Grünberg-Nürnberg:

„Durch die Anstellung weiblicher Sekretäre würde die Frauenbewegung gewaltig vorwärts gehen. (Sehr richtig!) In Nürnberg hätte sich die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in fünf Jahren nicht von 2000 auf 11 000 vermehrt und wir hätten nicht 1300 politisch organisierte Frauen, wenn nicht eine Sekretärin angestellt wäre ..." (S. 422.)

Genossin Duncker-Stuttgart:

„Wenn wir in Süddeutschland in bezug auf die Frauenorganisation noch zurückgeblieben sind, so liegt das an den rückständigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Immerhin sind wir in Stuttgart seit 1908 von 77 auf 500 Mitglieder gekommen und in Göppingen haben wir bei 500 männlichen 300 weibliche Mitglieder. Die kleinbürgerliche Rückständigkeit spielt hier auch noch eine große Rolle. Viele Frauen scheuen sich, in eine öffentliche Wirtschaft zu gehen, und es ist vorgekommen, daß Ehemänner ihren Frauen die Teilnahme an den Diskussionsabenden untersagten, wenn sie länger als bis 10 Uhr abends ausblieben. (Große Heiterkeit.) ...." (S. 422 f.)

Genossin Ott-Hanau:

„Ueber den Zuwachs an Mitgliedern in ganz Deutschland werden wir uns wohl alle freuen. Ich habe aber doch wahrgenommen, daß er in erster Linie in den großen Städten erzielt ist. In den noch rückständigen ländlichen Wahlkreisen fehlt es an Sekretären. Wo die Anstellung eines zweiten Sekretärs notwendig wird, sollte man einen weiblichen anstellen. (Zustimmung.) ..." (S. 424.)

Genosse Scheibe-Bochum:

„Ich warne vor der Ueberschätzung von Parteisekretärinnen. Wichtiger erscheint mir die Anstellung von weiblichen Personen in den Arbeitersekretariaten ..." (S. 424.)

Genosse Dittmann-Solingen:

„... Die Entwickelung wird dahin führen, daß wir in einigen Jahren einen ganzen Stab weiblicher Sekretäre haben. Sie müssen nur immer ihre Anstellung fordern. Es muß auch im Parteivorstand ein weiblicher Sekretär sitzen. Heute ist eine der beiden Sekretärinnen des Frauenbureaus ehrenamtliches Parteivorstandsmitglied. Wäre diese Genossin einfach Sekretärin im Parteivorstand, dann hätten wir die nötige organisatorische Verbindung mit den Frauen im Lande. (Sehr richtig!)" (S. 425.)

Genossin Zetkin:

„... Zur Frage der Parteisekretariate befürworte auch ich, daß immer lauter der Ruf erhoben wird, durch Anstellung von Genossinnen die Parteisekretariate zu verbessern. Gegenwärtig wird ein Raubbau mit der Arbeitskraft der Parteisekretäre getrieben, dem die einzelnen sich aus Idealismus

hingeben, den aber die Partei nicht dulden sollte. Die bessere Ausgestaltung der Sekretariate durch Anstellung von Genossinnen dürfen wir nicht unter dem Gesichtspunkt der Frage betrachten, was kostet es, sondern was bringt es ein. Deshalb, Genossinnen, sage auch ich: schreien wir, nicht um unserer Interessen willen, sondern im Interesse der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)" (S. 426.)

Genossin Brandenburg-Hamburg:

„... Wohl mit als Wirkung unserer vermehrten Frauenbildungsabende seit Januar d. J. setzt sich immer mehr die Einsicht von der Notwendigkeit, die Frauen zu organisieren, durch. Ein besseres, planmäßigeres Hand-in-Handarbeiten von Partei und Gewerkschaft wäre überall durchaus geboten. Oeffentliche Versammlungen, die für die Frauen arrangiert werden, muß man auch Frauenversammlungen nennen, nicht Volksversammlungen, denn sonst kommen in erster Linie die Männer. Durch ein noch besseres Mitarbeiten der Gewerkschaften könnten wir weitere Fortschritte an Mitgliedergewinn erzielen ... Die Frage der weiblichen Sekretäre muß lokal geregelt werden, da läßt sich kein Schema aufstellen. Z. B. in industriell stark entwickelten Gegenden würde anstatt einer Parteisekretärin eine Arbeitersekretärin mehr am Platze sein, die gleichzeitig die politische Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu leiten hätte." (S. 427.)

Genossin Grünberg-Nürnberg:

„... Zur Frage der Arbeitersekretärinnen bemerke ich, daß überall weibliche Kräfte angestellt werden müssen, gleichgültig, ob es sich um Parteisekretariat, Arbeitersekretariat, Gewerkschaft oder Gauleitung handelt. Die Hauptsache ist, daß auch eine weibliche Kraft vorhanden ist." (S. 429.)

Genossin Zietz führt zum Schluß aus:

„... Das Mittel zur Mitgliedergewinnung ist die Einsetzung eigener nur damit betrauter Kommissionen. Eine Bemerkung der Genossin Brandenburg könnte leicht falsch verstanden und von der bürgerlichen Presse gegen uns ausgenutzt werden. Sie hat gesagt, die Genossinnen werden mehr Zwangsmitglieder sein. Auch die Männer sind zunächst Zwangsmitglieder. Ich kenne Genossin Brandenburg viel zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß sie sagen wollte, daß die Frauen und Männer, die uns zuströmen, zunächst nur mit dem Gefühl bei uns sind und erst durch die Schulung überzeugte Sozialisten werden. Nicht wahr, Genossin Brandenburg, so war es wohl gemeint? (Zustimmung der Genossin Brandenburg.) Ich stelle fest, daß ich mich in Uebereinstimmung mit ihrer Aeußerung befinde ...

Zur Frage der Anstellung weiblicher Sekretäre hat sich der Parteivorstand prinzipiell zustimmend geäußert ..." (S. 429.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet der Parteivorstand:

„Bereits im vergangenen Geschäftsjahr hatte der Vorstand einem Antrag der Breslauer Genossen auf Anstellung einer Sekretärin grundsätzlich zugestimmt, die praktische Ausführung des Beschlusses jedoch bis nach den Wahlen verschoben. Inzwischen hat der Bezirk Niederrhein als erster die Anstellung eines weiblichen Sekretärs vorgenommen." (S. 18.)

Der Antrag 164 (Berlin IV): „Das Frauenbureau ist aufzuheben, die Genossin im Parteivorstand soll als besoldete Sekretärin gewählt werden", wird erledigt durch Annahme des neuen Organisationsstatuts.

In Jena **1913** berichtete der Parteivorstand:

„... In Schlesien ist die Anstellung der ersten Sekretärin durch den Vorstand erfolgt. Am Niederrhein erfolgte die Anstellung durch die Bezirksleitung. Am Oberrhein ist eine agitatorisch befähigte Genossin als Hilfskraft im Bezirksbureau tätig und in Harburg wirkt eine Genossin im Kreissekretariat. .." (S. 17.)

Siehe auch den Artikel „Organisation".

Frauentag. (Frauenwahlrecht.) Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag **1911** sagt:

„... Einem Wunsche der internationalen Frauenkonferenz zu Kopenhagen folgend, arrangierte die Partei am 19. März den ersten sozialdemokratischen Frauentag: eine wuchtige sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht, die eine wirksame Förderung durch die Generalkommission erhielt.

Da auch Oesterreich, Dänemark und die Schweiz am gleichen Tage eine Kundgebung veranstalteten, ward sie zum Ausdruck internationaler Solidarität... Der durchweg glänzende Verlauf der Veranstaltungen in allen Teilen des Reiches lohnte vollauf die aufgewandte Mühe. Die sozialdemokratische Programmforderung: „Volles Bürgerrecht der Frau", die zwar bei allen Wahl- und Wahlrechtskämpfen, im Parlament und unter den Massen des Volkes propagiert wurde, war mit dieser Kundgebung in den Mittelpunkt der Agitation gerückt und die proletarischen Frauenmassen traten als bewußte Träger dieser Forderung in den Vordergrund. Der Frauentag legte Zeugnis ab von der hohen politischen Reife weiter Kreise proletarischer Frauen und er ward zu einem wirksamen Mittel zur politischen Erweckung und Schulung indifferenter Frauenmassen.

Die sozialdemokratische Partei, die durch die Veranstaltung des Frauentages erneut bewies, wie ernst es ihr ist mit dem Kampf um Frauenrechte, hat durch diese Demonstration nicht unwesentlich an Stärke und Werbekraft zugenommen. Die Zahl der neuen Mitglieder, die der Tag brachte, war nicht klein, und das Vertrauen proletarischer Frauenkreise, das erworben, gestärkt und neu belebt ward, ist noch mehr wert ..." (S. 20.)

Im Geschäftsbericht des Frauenbureaus an die Jenaer Frauenkonferenz **1911** führte Luise Zietz aus:

„... Auch die Wahlbewegung für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist zur Propagierung des Frauenwahlrechts auszunutzen. An dem preußischen Wahlrechtskampf haben wir uns äußerst lebhaft beteiligt. Kein Aufruf, kein Flugblatt, keine Resolution, in der nicht auch das Frauenwahlrecht gefordert wurde. In allen Referaten ist seine Notwendigkeit scharf und erschöpfend begründet worden. Ein eigenes Wahlrechtsflugblatt ist aber leider nicht in der nötigen Anzahl angefordet worden, vielleicht, weil weniger besondere Frauenversammlungen als allgemeine Volksversammlungen stattgefunden haben...

Ihren Höhepunkt erreichte unsere Agitation in dem glänzend gelungenen ersten Sozialdemokratischen Frauentag am 19. März dieses Jahres. Das war nicht nur eine mächtige Kundgebung zugunsten des vollen Bürgerrechts der Frau, sondern vor allem wurde die alte sozialdemokratische Programmforderung mitten in den Vordergrund des Interesses gerückt, und die Frauen selbst sind die Träger dieser Forderung gewesen. Ein eigenes Flugblatt wurde in 2½ Millionen Exemplaren verbreitet und die „Gleichheit" hat ein eigenes Wahlrechtsflugblatt mit Beiträgen bekannter Genossinnen des In- und Auslandes herausgegeben. In manchen Orten wurden Hunderte neuer Mitglieder am Frauentag gewonnen. Für die Zukunft muß die Mitgliederaufnahme noch besser organisiert werden. Der Frauentag hat gezeigt, daß die Frauen politisch reif geworden sind, er hat auch das Vertrauen der Frauenwelt in die Sozialdemokratie gestärkt..." (S. 417 f.)

In der Debatte sprachen u. a.: Genossin Fahrenwald-Berlin:

„... Der Erfolg des Frauentages war ein guter; aber auch da ist in der Leitung verschiedentlich nicht richtig gearbeit worden, und auch das beweist die Notwendigkeit der Parteisekretärinnen ..." (S. 420.)

Genossin Evers-Hannover:

„Mit der allgemeinen Beteiligung an dem Frauentage konnten wir zufrieden sein. Aber gerade dieser Frauentag beweist, daß an dem schlechten Besuch der Versammlungen durch die Frauen lediglich die Genossen selbst

schuld sind. Die Frauen, die ich nach dem Frauentage aufsuchte, um sie für die Organisation zu gewinnen, erklärten mir oft, dies sei die erste Versammlung gewesen, die sie besucht hätten ..." (S. 420 f.)

Genossin Zetkin:

„Von den vielen Resultaten des Frauentages, die hier besprochen worden sind, ist noch eins von besonderer Bedeutung hinzuzufügen. Der Frauentag hat durch seine Konsequenzen erwiesen, wie außerordentlich wichtig es im Interesse der proletarischen Frauenbewegung und der gesamten Sozialdemokratie ist, daß man den Genossinnen ein gewisses Recht der Initiative und eine gewisse Bewegungsfreiheit läßt, selbstverständlich im Rahmen der Organisation. Als es sich darum handelte, den Antrag auf Abhaltung des Frauentages in Kopenhagen einzubringen, standen so viele Genossen und Genossinnen diesem Antrag ablehnend gegenüber, daß er nicht namens der ganzen deutschen Delegation eingebracht werden konnte, sondern als von Einzelpersonen eingebracht gelten mußte. Die Befürchtungen, daß diese Aktion nicht zum Nutzen der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung durchgeführt werden könnte, sind glänzend widerlegt worden. Unser Auftreten hat nicht den schwächsten frauenrechtlerischen, eigenbrödlerischen Beigeschmack gehabt. Unsere Aktion war eine solche des aufgeklärten und organisierten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts. Der sozialdemokratische Frauentag ist ohne Zweifel die ernsteste und gewaltigste Kundgebung, die in den letzten Jahren für das Frauenwahlrecht überhaupt stattgefunden hat. (Sehr richtig!)

Die mit so viel Tamtam und Reklame veranstalteten Kundgebungen der Suffragettes in London machen nach außen hin gewaltigen Eindruck, aber sie haben niemals die innere Kraft und die politische Wirkung wie unser Frauentag, der gezeigt hat, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht in Deutschland nicht nur und nicht in der Hauptsache von der Elite der bürgerlichen Frauenbewung getragen wird, sondern daß er eine Massenerscheinung ist, die in der breiten Schicht der erwerbstätigen proletarischen Frauen ihre Kraft und Stärke besitzt. Je schwächer sich die bürgerliche Frauenbewegung erweist, eben als Reflexbewegung des schwächlichen bürgerlichen Liberalismus, die Forderung des gleichen Wahlrechts zum Siege tragen zu können, um so wichtiger ist es, daß wir dem ganzen weiblichen Geschlecht vor Augen führen, daß es in Deutschland nur eine Partei gibt und sogar eine das allgemeine Leben beherrschende Partei, die Sozialdemokratie, die konsequent und mit der höchsten Treue wieder und wieder für die Forderung eintritt, die eigentlich nur die Konsequenz des zu Ende durchgedachten Liberalismus ist. Wir lenken die Blicke aller mit zwingender Gewalt darauf, daß heute auch im Kampfe für die volle Gleichberechtigung der Geschlechter die Sozialdemokratie allein die Testamentsvollstreckerin des Liberalismus und Idealismus ist, der in der voraufgegangenen Periode vom Bürgertum vertreten wurde, und diese Lehre wird an der Oeffentlichkeit nicht spurlos vorübergehen. Weite Kreise des weiblichen Proletariats werden dadurch veranlaßt, sich um das Banner der Sozialdemokratie zu scharen. So segensreich aber auch die Wiederholung des Frauentages wirken wird, so möchte ich doch nicht, daß man sich von vornherein an ein bestimmtes Datum binden sollte. (Sehr richtig!)

Wir wissen nicht, wie die politische Situation bei den Reichstagswahlen sich gestalten wird und wann und unter welchen Formen eine Erneuerung des preußischen Wahlrechtskampfes eintreten kann, die auch alle Bundesstaaten, wo das allgemeine Wahlrecht noch nicht eingeführt ist, in Mitleidenschaft ziehen muß. Ueberlassen wir darum die Festsetzung des Tages jener Instanz, die bisher mit väterlicher Weisheit und väterlichem Wohlwollen unsere Bewegung unterstützt hat, nämlich dem Parteivorstand. (Große Heiterkeit und Beifall.)" (S. 421 f.)

Genossin Seelinger-Meiningen:

„... Was mich bewogen hat, das Wort zu nehmen, ist, daß meiner Ansicht nach die Frauenwahlrechtszeitung ihren Zweck, der Agitation unter den indifferenten Frauen zu dienen, nur sehr unvollkommen ausführen konnte, weil

sie zu viele und zu schwer verständliche Artikel enthielt. Darum möchte ich bitten, künftig bei Herausgabe einer solchen Zeitung eine andere Art der Aufmachung dafür zu wählen." (S. 422.)

Genossin Zetkin:

„Wäre die Frauenwahlrechtszeitung zur Agitation unter den Indifferenten bestimmt gewesen, dann würde Genossin Seelinger den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Diesem Zweck sollten aber die einzelnen Flugblätter dienen. Die Frauenwahlrechtszeitung aber war für die Genossinnen und Genossen bestimmt, die auch der grundsätzlichen Aufklärung vielfach dringend bedürfen. Sie sollte außerdem ein historisches Dokument der Reife der führenden Genossinnen unserer Bewegung sein und damit der Elite des weiblichen Proletariats. Denn mit verschwindenden Ausnahmen waren alle Beiträge von Proletarierinnen geschrieben..." (S. 425.)

Genossin Andratschke-Kiel:

„...Zu dem glänzenden Verlauf des Frauentages hat beigetragen, daß in allen 7 Versammlungen, die am 19. März stattfanden, Frauen aus unserem Wahlkreise redeten. Sie sind durch die Kreisleitung mit Material ausgerüstet worden. Ich möchte dieses System allerorts zur Nachahmung empfehlen..." (S. 427.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet der Vorstand u. a.:

„...Während der eigentlichen Wahlbewegung stellten die Frauen überall ein hohes Kontingent der Versammlungsbesucher, selbst bei den vielen Versammlungen unter freiem Himmel. Außerdem haben aber auch Hunderte von Frauenversammlungen stattgefunden, in denen das Interesse der Frauen an den Reichstagswahlen nachgewiesen wurde und die Aufforderung an sie erging, sich aktiv am Wahlkampfe zu beteiligen. Wie in keinem Wahlkampf zuvor ist denn auch die Anteilnahme der Frauen bei der letzten Wahlbewegung zu konstatieren. Dadurch wurde der Reichstagswahlkampf in vielfacher Beziehung gleichzeitig zu einer wirksamen Demonstration für das Frauenwahlrecht. Einmal, weil durch ihre tätige Anteilnahme am politischen Kampf weite Frauenkreise den politischen Befähigungsnachweis erbrachten; ferner, weil in all den hundert und aber hundert Versammlungen, in denen die Frauen zur Mitarbeit aufgerufen und ihr Interesse an der Gestaltung des politischen Geschehens nachgewiesen wurde, auch die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau eine starke Betonung erfuhr; außerdem sind durch den Wahlkampf große Schichten indifferenter Frauen aufgerüttelt, zum politischen Leben erweckt und damit in die Reihen der Wahlrechtskämpferinnen aufgerückt. Und schließlich bedeutet die durch den Wahlkampf erfolgte Stärkung der Partei einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Eroberung des demokratischen Frauenwahlrechts.

Die Fraktion hat denn auch sofort nach Eröffnung des Reichstages neben den übrigen Anträgen für Demokratisierung unseres Staatslebens einen Antrag für Einführung des Frauenwahlrechts eingebracht....

Den Höhepunkt der Agitation unter dem weiblichen Proletariat bildete auch in diesem Jahr „der sozialdemokratische Frauentag". In einer weit größeren Anzahl von Orten als im vergangenen Jahr haben heuer Versammlungen stattgefunden, die der Propaganda für die politische Mündigkeitserklärung des Weibes dienten. Wenngleich an manchen Orten der Versammlungsbesuch auch vielleicht etwas gelitten hat unter der hohen Temperatur des 12. Mai, so war doch im allgemeinen der zweite sozialdemokratische Frauentag eine noch weit wuchtigere Kundgebung für das volle Bürgerrecht der Frau als sein Vorgänger. Der Frauentag ward auch in diesem Jahr zu einer internationalen sozialdemokratischen Demonstration für das Frauenwahlrecht, da auch Oesterreich und Holland am gleichen Tage und die Schweiz einige Wochen zuvor eine gleiche umfassende Propaganda entfalteten wie wir. Eine sorgfältige Vorbereitung erfuhr unser Frauentag dadurch, daß in einer Konferenz der Sekretäre die geplante Aktion besprochen wurde, daß durch ein Zirkular des Parteivorstandes und der Ge-

neralkommission die örtlichen Parteileitungen und die Gewerkschaftskartelle zur intensiven Agitation aufgefordert und daß die Parteipresse und die „Gleichheit" durch das Frauenbureau, die Gewerkschaftspresse durch das Arbeiterinnensekretariat mit einer Reihe von Artikeln über den Frauentag versorgt wurden...

Natürlich diente der Frauentag nicht nur der Propaganda für das Frauenwahlrecht, sondern er diente gleichzeitig der politischen Organisierung der Wahlrechtskämpferinnen und er brachte uns deshalb eine ansehnliche Verstärkung der Zahl unserer weiblichen Parteimitglieder...

In Oldenburg ist im letzten Jahre das passive kommunale Frauenwahlrecht errungen. Dieser Fortschritt ist dem energischen und grundsätzlichen Kampfe unserer sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zu danken. Leider reichte ihr Einfluß noch nicht aus, auch das aktive Wahlrecht zu erreichen, das sie mit aller grundsätzlichen Schärfe und unter Betonung seiner praktischen Bedeutung gefordert hatten..." (S. 14 ff.)

Diesem Parteitag lag ein Antrag 8 (Sondershausen) vor, den Frauentag künftig im März (statt im Mai) abzuhalten. Dr. Rosenfeld-Berlin begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Beeinträchtigung durch die Maifeier (S. 246). Rink-Offenbach bemerkt: „Auch bei uns in Hessen hat der diesjährige Frauentag im Mai Fiasko gemacht." (S. 248.) Luise Zietz führt aus:

„...Wir im Parteivorstand stimmen denjenigen zu, die der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß der Termin für den Frauentag im letzten Jahre nicht glücklich gewählt war. Wir waren gezwungen, mit Rücksicht auf die politischen Vorkommnisse in diesem Jahre den Termin so spät zu wählen. Der Parteivorstand und die Bezirksleiterkonferenz haben sich mit der Frage des Termins und der Ausgestaltung des Frauentages bereits beschäftigt. Ich bitte Sie, so zu verfahren, wie von Rosenfeld vorgeschlagen wurde, und den Antrag, der auf den Frauentag Bezug nimmt, dem Parteivorstand zu überweisen. Er wird nächstens mit der Bezirksleiterkonferenz über diese Frage verhandeln. Lassen Sie uns da freie Hand bei der Entscheidung über die Festlegung des Termins und die sonstige Ausgestaltung des Frauentages. Wir sind alle einig, daß diese Demonstration, die der Erringung des vollen Bürgerrechts des Weibes gilt, so gut und wuchtig wie nur möglich ausgestaltet werden muß. (Lebhafter Beifall.)" (S. 254.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

1913 berichtet der Parteivorstand dazu:

„Der Antrag 8 ist als erledigt anzusehen, nachdem der Parteiausschuß die Frage, ob alljährlich ein Frauentag abgehalten werden soll, verneint hat." (S. 9.)

Weiter berichtet der Vorstand dem Jenaer Parteitag **1913**:

„...In die Zeit des preußischen Wahlkampfes, gleichsam als Auftakt seines Ringens, fielen auch die Frauenversammlungen, die anläßlich des internationalen sozialdemokratischen Frauentages in Deutschland stattfanden. Auch sie haben dem Wahlkampf neue Impulse gegeben. Da mehrere Tage für diese Versammlungen vorgesehen waren, konnte man diesmal eigentlich von einer Frauenwahlrechtswoche reden. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Frauen größer geworden...

Nachdem Parteivorstand und -Ausschuß sich über die Abhaltung der Versammlungen zum Frauentag geeinigt, erfolgte wie seither die Propaganda durch Zirkular an die Bezirksleitungen, durch Artikel in der Partei- und Gewerkschaftspresse und durch die Verbreitung eines besonderen Flugblattes. Eine reich illustrierte 16 seitige Wahlrechtszeitung brachte neben einem Artikel, der die Bedeutung des Tages würdigte, vorwiegend Arbeiten, in denen Leben und Wirken einer Anzahl deutscher und ausländischer Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht beleuchtet wurde. Daß den Versammlungen des internationalen Frauentages vor allem auch eine starke Werbekraft für unsere Parteiorganisation innewohnt, wird nur zum

kleinen Teil erwiesen durch die Zahlen neugewonnener Mitglieder. Der reiche Samen sozialistischer Anschauungen, der überall auf fruchtbaren Boden fiel, kann eben nicht statistisch erfaßt werden.... War auch die Zahl der Versammlungen kleiner als in den Vorjahren, weil beschlossen worden, daß nur in den größeren Städten und Industrieorten solche stattfinden sollten, so waren doch die Wucht der Demonstrationen und die Zahl der Teilnehmer nicht geringer als seither..." (S. 14.)

Diesem Parteitag lag folgender Antrag 104 (Johanne Reitze und Genossen) vor:

„Der Parteitag beschließt für das Jahr 1914 die Abhaltung eines Frauentages. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß bei guter Vorbereitung die agitatorischen und organisatorischen Erfolge die aufgewendete Mühe belohnen werden. Außerdem darf nicht das gute Beispiel vergessen werden, daß der Frauentag der deutschen Sozialdemokratie ein ermutigendes Vorbild für andere Länder ist, wo die proletarische Frauenbewegung noch der Stärkung bedarf."

Im Laufe der Debatte geht folgender Antrag Helene Grünberg ein. (S. 382.):

„Unterzeichnete beantragt, daß der Parteitag im Prinzip der Abhaltung des Frauentages im Jahre 1914 zustimmt, die praktische Durchführung aber dem Parteivorstand und Parteiausschuß überläßt."

Schließlich wird Antrag 104 zurückgezogen, Antrag Grünberg angenommen, wodurch sich ein Antrag Auer, die Angelegenheit dem Parteivorstand und Parteiausschuß zu überweisen (S. 381), erledigt.

Reitze-Vegesack:

„Die internationale Frauenkonferenz in Kopenhagen hat den Wunsch geäußert, alljährlich in den Ländern, wo von einer proletarischen Frauenbewegung gesprochen werden kann, einen Frauentag abzuhalten. Die Delegierten waren von dem Wunsche durchdrungen, dadurch die Aufmerksamkeit aller Länder auf die proletarische Frauenbewegung zu lenken. Deutschland hat diesem Wunsche Rechnung getragen, und wir können wohl ohne Ausnahme zugeben, daß der proletarische Frauentag in Deutschland nicht nur das gehalten hat, was wir uns von ihm versprochen haben, sondern daß Deutschland auch vorbildlich auf andere Länder gewirkt hat... Auch die Genossinnen in Deutschland halten an der alljährlichen Wiederholung des Frauentages nicht unbedingt fest, aber die 27 weiblichen Delegierten sind der Ueberzeugung, daß wir 1914 den Frauentag abhalten müssen, damit wir unseren Genossinnen im Lande die Ueberzeugung beibringen können, daß auf der internationalen Frauenkonferenz in Wien auch eine internationale Verständigung des Frauentags stattfinden muß. Wir halten nicht unbedingt daran fest, daß an allen Orten der proletarische Frauentag abgehalten wird, wir verlangen auch nicht, daß er an ein und demselben Tage abgehalten wird, wir sind vielmehr der Meinung, daß uns eine ganze Woche dazu zur Verfügung stehen muß, denn wir wissen, welche Schwierigkeiten uns die Referentenfrage, die Lokalfrage und sonstige örtliche Verhältnisse bereiten..." (S. 377 f.)

Helene Brandenburg-Hamburg:

„Es wird Ihnen befremdlich erscheinen, daß wir jetzt erneut mit einem Antrage hervortreten, nachdem der Parteiausschuß beschlossen hat, den Frauentag nicht stattfinden zu lassen. Wir haben uns gefragt, welche Gründe ihn bewogen haben, uns den Frauentag, der so gute Früchte gezeitigt hat, nicht zu gewähren. Wir sagen uns, daß die Jugendbewegung von den Frauen unterstützt werden muß, daß sie ohne unsere Unterstützung nicht die Fortschritte machen kann, die sie notwendig hat. Wir wissen ja nicht, vor welche Notwendigkeiten wir vielleicht schon

in baldiger Zukunft gestellt werden, wie nötig wir die Jugend für die Verwirklichung unserer Ziele brauchen müssen. Jedenfalls müssen wir die Frauen über ihre speziellen Aufgaben aufklären und deshalb müssen wir sie zunächst einmal für den Hauptgedanken, für den Gedanken der Organisation, begeistern. Wir ersuchen Sie, uns für das kommende Jahr den Frauentag zu gewähren, schon deshalb, weil Deutschland doch als der große Bruder im internationalen Bunde vorangeht ... Konzentrieren wir zunächst die Werbearbeit für unsere Forderung auf die Großstädte und auf die Industriezentren. Wir bekommen dadurch weibliche agitatorische Kräfte frei für die kleineren Orte und für das Landgebiet ..." (S. 378.)

Auer-München:

„... Ich halte es für verkehrt, wenn wir uns heute schon durch einen Beschluß festlegen und binden sollen auf einen Frauentag, also auf etwas, das wir auszuführen schließlich nicht in der Lage sind ..." (S. 378.)

Minna Reichert-Berlin:

„Ich bitte, daß Sie dem Antrag, diese Frage dem Parteiausschuß zu überweisen, nicht stattgeben. Mit solchen Ueberweisungen haben wir nicht allzu gute Erfahrungen gemacht. Woran hat der Mißerfolg des Frauentags im vorigen Jahre gelegen? (Zuruf: Wo war denn ein Mißerfolg?) Ich meine den Mißerfolg, von dem immer gesprochen wird. Wir Funktionärinnen sind alle der Meinung, daß es kein Mißerfolg war. Aber er lag hauptsächlich daran, daß der Frauentag zu spät bekannt wurde und daß die Genossinnen ihn nicht genügend vorbereiten konnten. Man sagt, wir Frauen brauchen keine Extrawurst gebraten. Ich aber sage, solange die Frauen noch unter einem Ausnahmerecht in der bürgerlichen Gesellschaft leben, brauchen sie allerdings Extrawürste. Es ist unbedingt notwendig, daß den Frauen immer und immer wieder vorgehalten wird, wie notwendig es ist, daß sie ihre Menschenrechte fordern. Wir brauchen einen Tag im Jahre, um diese Forderung zu erheben ... Glauben Sie, daß wir Frauen über diese Fortschritte in einem Jahre der Stagnation in den Organisationen berichten könnten, wenn wir nicht den einen Tag gehabt hätten zur Vertretung unserer Forderungen? ..." (S. 379.)

Ludwig-Hagen:

„... Ich bin fest überzeugt, daß mindestens zwei Drittel der Delegierten gar nicht wissen, was die Frauen hier auf der Tribüne gesprochen haben. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Genossen sich ein klein wenig die Philisterhaftigkeit der Bürgerlichen abgewöhnen und die Frauenbewegung etwas anders beachten würden. (Sehr gut!) ... Ferner ist auch die Förderung der Jugendbewegung viel leichter, wenn die Frauen für uns gewonnen sind. Davon ist jeder überzeugt, es spricht jeder davon, aber keiner denkt daran, zuerst die Frauenbewegung zu unterstützen ..." (S. 379 f.)

Luise Zietz:

„... Es wurde gesagt, an vielen Orten und von vielen Genossen würde die Frauenbewegung nicht genügend unterstützt. Ich glaube, zu einem Urteil darüber ist diejenige am kompetentesten, in deren Hand alle Fäden der Bewegung zusammenlaufen, und da muß ich hier sagen, daß ich bei meiner Tätigkeit, wenn ich Anregungen gegeben habe, in den verschiedensten Bezirken bis heute noch nirgends auf Widerstand gestoßen bin. (Hört! hört!) Ich muß erklären, daß im Gegenteil überall die Genossen in der bereitwilligsten Weise den Anregungen Folge gegeben und unsere Bewegung unterstützt haben ... Wenn nun darauf Bezug genommen wird, daß der Ausschuß sich gegen die Abhaltung des Frauentages im nächsten Jahre ausgesprochen hat, so möchte ich darauf verweisen, daß dort folgender Grund dafür angeführt wurde, den ich allerdings nicht für stichhaltig erachte. Der Ausschuß befürchtet, wenn alljährlich der Frauentag wiederholt wird, daß er dann schließlich an Zugkraft und Elan einbüßen könnte und das Interesse an dieser Demonstration schwinden müßte, weil man dieselbe Tagesordnung immer wieder auf jedem Frauentag behandle. Dieser Grund hat gewiß so

obenhin betrachtet etwas für sich. Aber die Genossen mögen doch nicht vergessen, daß wir auf unseren Frauentagen bisher schon — und bei künftigen Frauentagen wird dies noch mehr der Fall sein — nicht nur die Forderung des Frauenwahlrechts erörtert haben, sondern in Verbindung damit immer die politische Situation mit berücksichtigt und gerade an der Hand der politischen Situation gezeigt haben, wie wertvoll es wäre, wenn neben den Männern die proletarischen Frauen stehen würden, ausgerüstet mit der Waffe des Wahlrechts, um an dem Kampf des Proletariats weit wirksamer teilnehmen zu können als bisher... Darum möchte ich Sie bitten, beschließen wir heute im Prinzip, daß der Frauentag im nächsten Jahre wieder abgehalten wird, daß dem Ausschuß und dem Parteivorstand aber die praktische Durchführung überlassen wird. Er wird prüfen müssen, ob wir den Frauentag wieder im Frühling abhalten wollen oder zu einer anderen Jahreszeit. Im Ausschuß ist nämlich der Einwand gemacht worden, daß für manche Gegenden die Veranstaltung im Frühling nicht geeignet sei. Ferner wird zu prüfen sein, ob wir überall einen Tag wählen wollen oder ob wir an den Orten, wo am Sonntag schwer große Lokale zu bekommen sind, auch den Sonnabend oder Montag nehmen wollen. Ueberhaupt wird die praktische Ausgestaltung dem Parteivorstand überlassen bleiben müssen..." (S. 380 f.)

Klara Zetkin:

„...Wir Genossinnen in Deutschland stehen der sozialdemokratischen Partei anders gegenüber als die Genossinen anderer Länder. Wir sind hier vollständig in den Rahmen der allgemeinen Partei eingegliedert, wir nehmen teil mit unserer ganzen Kraft an allen Arbeiten und Kämpfen der Sozialdemokratie. Wir wissen sehr genau, daß in den nächsten Monaten und Jahren wirtschaftliche und politische Situationen eintreten können, die es vielleicht unmöglich machen, daß jetzt schon beschlossen wird, einen bestimmten Tag für unsere Frauendemonstration festzusetzen und zu erklären, daß diese alljährlich sich erneuern muß. Deshalb wollen wir nur im Prinzip den Frauentag für 1914 beschließen, aber dem Vorstand und Ausschuß es überlassen, die Situation dahin zu prüfen, in welchem Umfange, unter welchen Bedingungen und in welcher Art die Durchführung möglich ist. Wenn die Dinge sich so ernst gestalten sollten, daß die Abhaltung eines Frauentages überhaupt unmöglich wäre, weil die ganze Kraft der Partei auf die Ausnützung einer bestimmten Situation konzentriert werden müßte, so sind wir Genossinnen in Deutschland wahrhaftig politisch reif genug, um die Lage vollauf würdigen zu können. Wir sind aber anderseits der Ueberzeugung, daß eine ganze Reihe von Ereignissen und Aufgaben, die an die Sozialdemokratie herantreten können, gerade in Verbindung mit einer Demonstration und Agitation der Frauen erst im vollsten Umfange der Partei nutzbar gemacht werden können. Es kann z. B. sehr wohl der Fall sein, daß im nächsten Jahre das deutsche Proletariat Stellung nehmen muß zu der bevorstehenden Reform des Strafgesetzes. Dann treten zahlreiche und wichtige Forderungen und Interessen in den Vordergrund des politischen Lebens, die die proletarischen Frauen in erster Linie angehen, und die sehr wohl auch in den Vordergrund des Frauentages gerückt werden können. Uns liegt auch deshalb sehr viel daran, daß der Parteitag im Prinzip sich für den Frauentag im nächsten Jahre ausspricht, weil wir 1914 die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Wien zu erwarten haben. Vor diese Konferenz wollen wir mit dem Erfolg in den Händen treten, daß wir seit Kopenhagen jedes Jahr einen Frauentag abgehalten haben. Das, was die Genossinnen in Deutschland organisatorisch und agitatorisch erreicht haben, ist unzweifelhaft von großem dauernden Einfluß auf die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung in anderen Ländern... Wir sind ferner der Ansicht, daß der Frauentag so ausgestaltet werden muß, daß auch die kleineren Orte von unserer Agitation erfaßt werden können. Das kann dadurch geschehen, daß wir nur in den großen Städten und Industriezentren den Frauentag einheitlich, womöglich an einem Sonntage durchführen, daß aber in kleineren Orten je nach dem Bedürfnis eine ganze Woche für die Demonstration zur Verfügung gestellt wird. Dann wird die Veranstaltung dazu beitragen, nicht nur

die Forderung des Frauenwahlrechts, sondern vielmehr die ganze Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt aus in Orten und vor Arbeiterschichten zu behandeln, die bis dahin von unserer Bewegung noch nicht erfaßt wurden. Ich verweise auf die Tatsache, daß gerade in diesem Jahre, wo man so oft Klagen gehört hat über die geringe Zunahme der männlichen Mitglieder, der Löwenanteil des Zuwachses an Parteimitgliedern auf die neu gewonnenen Genossinnen entfällt. Wer aber die Frauenbewegung verfolgt, der weiß auch, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der neugewonnenen Mitglieder gerade durch unseren Frauentag geworben worden sind ..." (S. 381 f.)

Roßmann-Ulm:

„Ich bin nicht dafür, daß für irgendwelche Gruppen in unserer Partei Extrawürste gebraten werden, am wenigsten für das weibliche Geschlecht, das ja sehr leicht geneigt ist, gleich die ganze Hand zu nehmen, wenn man den kleinen Finger bietet. (Heiterkeit und Widerspruch.) Ich verurteile alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, innerhalb unserer Organisation eine Sonderorganisation der Genossinnen zu schaffen. Ich kann mich trotzdem des Eindrucks nicht erwehren, daß der Beschluß des Parteiausschusses von einer ziemlich weitgehenden Engherzigkeit Zeugnis ablegt. Die Abhaltung eines Frauentages weckt keinerlei Befürchtungen in der von mir erwähnten Richtung. Vergessen Sie nicht, daß der Beschluß, einen Frauentag abzuhalten, die Organisation bis zu einem gewissen Grade verpflichtet, der Frauenbewegung unausgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man soll sich auch nicht nur auf große Orte beschränken. Ich kenne eine ganze Reihe von kleinen Orten, in denen man mit der Abhaltung von Frauenversammlungen die größten Erfolge erzielt hat ... Dann möchte ich warnen, daß bei der Abhaltung des Frauentages schablonisiert wird, daß eine gleichlautende Tagesordnung aufgestellt wird. Jede Schablone ist der Tod einer wirksamen Agitation. Den Antrag 104 halte ich in der vorliegenden Fassung nicht für übermäßig glücklich. Wenn wir einen Frauentag im Prinzip beschließen wollen, dann genügt es vollständig, wenn wir den ersten Satz oder aber den Antrag Grünberg annehmen. Die übrigen Sätze sind überflüssig und erwecken nur den Eindruck, als wollten wir die ausländischen Genossen in einer uns nicht zukommenden Weise beeinflußen. Einen solchen Eindruck müssen wir aber unter allen Umständen vermeiden ..." (S. 383.)

Fremdenlegion.

In der Debatte über den Fraktionsbericht auf dem Jenaer Parteitag **1913** wandte sich Grumbach-Kolmar

„... gegen die Hetze, die von einem Teil der deutschen Presse neuerdings gegen die Fremdenlegion betrieben wird. Wir haben gewiß keinen Grund, die Fremdenlegion zu verteidigen. Im Gegenteil. Auch wir sollen rufen: Geht nicht zur Fremdenlegion! Aber was in der deutschen pangermanistischen Presse gegen die Fremdenlegion zusammengelogen wird, hat seinen Grund nicht nur in einem ehrlichen Interesse für diejenigen, die sich verleiten lassen, dorthin zu gehen, sondern in dem Wunsch, auf den Scheiterhaufen der Hetze gegen Frankreich neues Brennmaterial zu tragen. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir uns gegen diese Hetzer in der schärfsten Weise wenden ..." (S. 360.)

Fremdwörter.

Dem Jenaer Parteitag **1913** lag der Antrag 47 (Frankfurt a. M.) vor:

„Der Parteitag möge durch Annahme einer Resolution dahin wirken, daß in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern die Fremdwörter auf das Mindestmaß beschränkt werden."

Davidsohn-Berlin führte aus: Der Antrag

„... will nicht die Ausmerzung der Fremdwörter überhaupt aus der Parteipresse, er will die Beschränkung der Fremdwörter auf das Mindestmaß. Das ist ein ungeheurer Unterschied. Vielleicht kommt einmal eine Zeit, in der man von einer Feier wie von der gestrigen, einer Feier, in deren Vordergrund die Erinnerung an unseren Bebel stand, nicht mehr als von einem „Kommers" redet. Ich hoffe, daß Sie den Antrag annehmen werden. Es kommt in der Parteipresse nicht auf die Popularität an, wie die Genossin Zetkin in den Vordergrund gestellt hat, sondern auf die Verständlichkeit. Was in den Parteiblättern steht, kann, ja muß unter Umständen sehr wenig „populär", aber es muß verständlich, begreiflich sein. Wenn nur eine von unseren 90 Redaktionen den Antrag berücksichtigen würde, dann hätte es sich gelohnt, ihn anzunehmen." (S. 261.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Friedensfrage.

Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Molkenbuhr den Magdeburger Parteitag **1910** u. a. mit folgenden Ausführungen

„... Werden wir einmal so weit sein, daß wir in der Gesetzgebung die Macht haben und die Besitzenden mitheranziehen können zum Zahlen, dann werden im selben Augenblick die Besitzenden nicht die Ausgaben für militärische Zwecke mehr zahlen wollen, dann wird der Kanonen- und Panzerpatriotismus ganz erheblich abkühlen. Nur solange sie nichts zu zahlen brauchen, sind jene Leute große Patrioten. Wenn aber der Kanonen- und Panzerpatriotismus abkühlt, so ist das im allgemeinen menschlichen Interesse zu begrüßen. Dieser Panzerpatriotismus ist eine ewige Gefahr für den Frieden. Die Aufrechterhaltung des Friedens haben von jeher die edelsten Menschen für die höchste Aufgabe gehalten. Wenn es nach den Thronreden der Monarchen ginge, so weiß man ja, daß fast keine Gesetzgebungsperiode in einem Lande eröffnet wird, ohne daß in der Thronrede gesagt wird, daß die Leiter der Regierung bemüht gewesen seien, den Frieden aufrecht zu erhalten. Es gewinnt danach fast den Anschein, als müßten die Völker mit Gewalt von den Regierungen zurückgehalten werden, damit sie sich nicht gegenseitig die Hälse abschneiden und die Schädel einschlagen. (Sehr gut!) Nun, das Volk ist nicht kriegerisch, es ist friedliebend, die edelsten Menschen haben, wie gesagt, es als größtes Ideal der Menschheit betrachtet, einmal den Frieden herbeizuführen. Man könnte an die Gründer des Christentums denken, die aus den ganzen Menschen einen Hirten und eine Herde machen wollten. Freilich wissen wir, daß gerade im Namen derselben Christenheit die blutigsten Kämpfe geführt worden sind. In neuerer Zeit hat der französische Dichter Béranger ausgerufen: Völker Europas, reicht Euch zum großen Völkerbunde, reicht Euch die Bruderhand. Ich erinnere auch an den flammenden Protest, den J. Paul gegen den Krieg schrieb, an jene Schilderung des Friedens, die Schiller im Wallenstein gibt. Gegen diese schönen Ideale ist aber noch immer gesündigt worden. Es fehlen eben die Grundbedingungen dafür. Diese sind erst dann genügend, wenn die Völker zusammenwirken im vereinten Streben nach einem gemeinsamen Ziele. Dies Zusammenbringen der Völker zum gemeinsamen Streben ist es, was der Sozialdemokratie gelungen ist. Die Arbeiter aller Länder haben sich zusammengefunden in der einen sozialdemokratischen Bewegung, die nur ein Ziel kennt. So müssen wir sagen, daß die Entwicklung des Sozialismus auch die Aussichten des Friedens steigert..." (S. 190 f.)

Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag **1911** bezieht sich auf den Internationalen Kongreß in Kopenhagen und fährt fort:

„Nach dem Kongreß fanden in Hamburg und Frankfurt a. M. riesig besuchte Versammlungen statt, in denen die Führer der ausländischen Bruderparteien zu den deutschen Arbeitern über die Einheit und Geschlossenheit

der klassenbewußten Arbeiter aller Länder redeten. In Frankfurt a. M. wurde den Genossen Jaurès und Vandervelde das Reden in ihrer Muttersprache verboten. Unsere Genossen sprachen dann unter dem stürmischen Beifall der versammelten Massen deutsch. Ein ungeheures Polizeiaufgebot stand gegen diese Friedensdemonstration bereit und in den Kasernen waren außerdem die Truppen zusammengezogen. Dieses Aufgebot staatlicher Macht wirkte auf die 30 000 Teilnehmer so eindringlich, wie keine Rede wirken kann.

Am 10. Dezember fand in der Alberts Hall in London eine große Friedensdemonstration statt, an der über 20 000 Personen teilnahmen. Im Auftrag des Parteivorstandes sprach neben den Genossen Keir Hardie, Macdonald, Jaurès, Vandervelde und Vaillant Genosse Molkenbuhr. Dieses Riesenmeeting für den Völkerfrieden machte in England einen starken Eindruck." (S. 59.)

Siehe auch die Artikel „Berner Konferenz", „Internationale", „Marokkofrage", „Parteivorstand".

Gebundene Mandate.

Auf dem Magdeburger Parteitag **1910** bemerkte Dr. Südekum in der Debatte über die Badische Budgetbewilligung:

„... Wissen Sie denn, ob ein zukünftiger Parteitag wieder dieselbe Mehrheit zeigt wie dieser? (Lachen bei der Mehrheit.) Ach, dieser Parteitag ist ja auch schon sozusagen unter einem Ausnahmegesetz gewählt worden. (Lebhafter Widerspruch.) Wann war es denn bei uns Mode, Delegierte mit gebundenem Mandat auf den Parteitag zu schicken? Damit Sie sich nicht etwa umstimmen lassen sollten! (Zuruf: Beweise!) ..." (S. 338.)

Westmeyer-Stuttgart:

„... Es ist hier von gebundenen Mandaten gesprochen worden. Wir haben kein solches, aber ich weiß, daß Anhänger der Budgetbewilliger gebundene Mandate haben. (Stürmisches Hört! hört! und Rufe: Namen nennen!) Ich nenne: Knapper-Württemberg und Wasner. (Lebhaftes Hört! hört!) ..." (S. 339 f.)

Wasner-Stuttgart:

„Genosse Westmeyer hat behauptet, daß diejenigen, die nicht für die Vorstandsresolution seien, gebundene Mandate hätten, und hat dabei auch meinen Namen genannt. Ich bemerke darauf, daß ich als württembergischer Landtagsabgeordneter auf der Kreisversammlung, von der ich gewählt wurde, anwesend war, und daß ich meinem Standpunkt dort offen und ehrlich Ausdruck gegeben habe. Die Sünden, die der württembergischen Landtagsfraktion vorgehalten werden, habe ich nicht mitgemacht, nicht die Etatsabstimmung, nicht die Friedrichshafener Fahrt und den Königsbesuch, weil ich mit diesen Sachen nicht einverstanden bin. (Bravo!) Ich habe als alter Parteigenosse, der jahrelang agitatorisch tätig ist, auch darauf hingewiesen, daß Beschlüsse des Parteitages für die einzelnen Parteigenossen maßgebend sein müssen. Ich habe aus diesem Grunde betont, daß ich die Stellungnahme der badischen Parteigenossen direkt bedauere, um so mehr, da ich aus innerer Ueberzeugung es als einen Fehler ansehe, daß wir in unserer Bewegungsfreiheit und Agitationstätigkeit durch einen bindenden Beschluß gehemmt sind. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich bin dann einstimmig als Delegierter für den Parteitag gewählt worden und nachträglich hat ein Vertreter auf der Versammlung erklärt, wir möchten Wasner dann nur ersuchen, seiner Anschauung entsprechend auf dem Parteitag zu wirken, daß dieser Beschluß womöglich aufgehoben wird. Denn das ist keine Waffe, wenn der Beschluß, gegen den Etat stimmen zu müssen, fortgesetzt über uns schwebt. Das ist doch kein gebundenes Mandat, wenn ich offen und ehrlich meiner Meinung Ausdruck gegeben habe ..." (S. 342.)

Knapper-Heilbronn (zur persönlichen Bemerkung):

„Genosse Westmeyer hat auch meine Person in die Debatte gezogen und behauptet, daß ich ein gebundenes Mandat hätte. Er hat damit objektiv voll-

kommen die Unwahrheit gesprochen, und das bleibt unwahr, solange er seine Behauptung nicht beweist. In unserer Kreisgeneralversammlung ist überhaupt davon gar keine Rede gewesen, aber als vor zwei Jahren es sich um die Delegierung nach Nürnberg handelte, waren es die Freunde Westmeyers, die dem Delegierten ein gebundenes Mandat mitgeben wollten! Ich war es, der gegen ein gebundenes Mandat protestierte. Außerdem kann ich mich für meine Darstellung auf Genossen Wasner berufen, welcher auf der letzten Kreisgeneralversammlung anwesend war." (S. 342.)

Geheimdiplomatie.

Der Jenaer Parteitag **1911** nahm folgenden Antrag 79 (Bernstein und Genossen) einstimmig an:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstag einen Antrag einzubringen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verwicklungen den Reichstag einzuberufen und die gewählte Volksvertretung über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten."

Den Antrag begründete Eduard Bernstein:

„Unser Antrag fordert etwas, was unsere Partei schon längst und bei verschiedenen Gelegenheiten in der Presse und in Schriften vertreten hat und entschieden verlangen muß. Er will einen Bruch mit dem heutigen System der Geheimdiplomatie. Wir haben es seit Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten erlebt, daß die internationalen Verwicklungen ihre Zuspitzung gerade in den Zeiten erfahren, wo der Reichstag nicht versammelt ist, so daß die Diplomaten des Auswärtigen Amtes in jeder Hinsicht freies Spiel haben. Dieser Zustand steht aber in offenbarem Widerspruch mit den ganzen Verhältnissen des modernen Lebens und den Bedürfnissen der Völker. Er entspricht den alten Zuständen der geheimen Kabinettspolitik, wir aber wollen einen Bruch mit dieser Politik. Die Gefahren, die der bestehende Zustand mit sich bringt, haben wir ja jetzt im Augenblick erlebt und erleben wir noch (Sehr richtig!) ... Es ist heute gar kein Mittel gegeben, in solchen kritischen Momenten die Regierung zu zwingen, vor das Volk zu treten. Ich will dem Referat von Bebel über die Marokkofrage nicht vorgreifen, aber eines ist nicht so bekannt, wie es sein sollte. Wir haben gehört von der verhängnisvollen Rede des englischen Ministers Lloyd George, aber wir wissen nicht, was ihr vorhergegangen ist im diplomatischen Verkehr. Das deutsche Volk, das englische Volk, das französische Volk, die Welt ist offiziell von nichts, was hierher gehört, unterrichtet. Keine Regierung hat es für nötig gehalten, die Aktenstücke zu veröffentlichen, auf die die Erklärung sich stützte, wir stehen vollkommen im Dunkeln, und diese Situation wird in Deutschland und anderen Ländern von den Hetzpatrioten ausgenutzt, um eine Stimmung zu schaffen, die für die Beziehungen der Völker im höchsten Grade gefährlich und verwerflich ist. (Sehr richtig!)

Was können wir demgegenüber tun? Es liegt ein Antrag vor, die Bestimmungen des Erfurter Programms: Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung und Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte in die Reichsverfassung zu übernehmen. Das ist ein guter Gedanke, aber dem Satz „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung" steht nicht im Wege, daß die Volksvertretung erst einberufen wird, wenn der Krieg faktisch schon da ist. Dem will unser Antrag vorbeugen. Wir wollen, daß bei Komplikationen die Regierung angehalten werden kann, den Reichstag rechtzeitig einzuberufen, um dadurch eine Situation, wie sie heute besteht, unmöglich zu machen. Es muß früher gehandelt werden. Ich täusche mich darüber nicht, daß der Antrag wenig oder gar keine Aussicht auf Annahme durch den Reichstag hat. Aber das kann kein Grund sein, ihn nicht einzubringen, das kann kein Grund sein, unsere Forderungen nicht zu erheben. Im Gegenteil, wir müssen sie mit der größten Entschiedenheit vertreten. (Sehr richtig!) Diese

ganze Situation hat uns deutlich vor Augen geführt, daß wir mit aller Agitation und Organisation, mit allen Reformen, die wir durchsetzen, noch nicht dahin gekommen sind, endlich einmal eine leidliche, mit den modernen Anforderungen und Bedürfnissen der Völker, namentlich der Arbeiterbevölkerung zu vereinbarende auswärtige Politik zur Regelung internationaler Konflikte zu haben. (Sehr wahr!) Die können wir nur haben, wenn mit dem ganzen überlebten System der Kabinettspolitik gebrochen wird. Es gibt keine Frage zwischen den Nationen, die nicht ehrlich und offen diskutiert werden kann. Wir müssen durch unseren Antrag kundgeben, daß wir einen Bruch mit der alten Politik, daß wir eine Regelung internationaler Beziehungen haben wollen, die aufgebaut ist auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung, der wirklichen Selbstregierung der Nationen und der vollen Oeffentlichkeit im Sinne der demokratischen Forderungen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 295 f.)

Geheime Sitzungen.

In Jena **1913** führte Stengele-Hamburg in der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion aus:

„... Mir hat es weiter auch nicht gefallen, daß unsere Parteigenossen sich an den geheimen Sitzungen der Budgetkommission beteiligt haben. Weshalb haben Sie da mitgemacht? Wollten Sie etwa von Bethmann Hollweg und seinen Gesellen Aufschluß haben über die weltpolitische Situation, von Leuten, deren Unkenntnis in diesen Dingen sich doch glänzend gezeigt hat in den letzten Jahren? Ich glaube kaum, daß die Sozialdemokraten in dieser Hinsicht der Belehrung von diesen Leuten bedurft hätten. Oder dachte man, da große Geheimnisse zu erfahren über die militärischen Vorbereitungen anderer Länder? Ach, was die Spionenberichte über dergleichen Dinge wert sind, das wissen wir. Sie werden zurecht gemacht je nach dem Bedürfnis. Dann kam als Folge der Beteiligung an den geheimen Sitzungen die Tatsache, daß einzelnen unserer Genossen von dem Allerwelts-Müller-Meiningen vorgeworfen wurde, sie hätten in der Oeffentlichkeit anders gesprochen als vorher im Dunkel der Geheimsitzung. (Zuruf: Das war Schwindel!) Gewiß, aber man mußte darauf gefaßt sein, daß mit solchem Schwindel gekrebst werden würde. Daher liegt die Teilnahme von Sozialdemokraten an geheimen Beratungen nicht in unserem Interesse, und ich möchte anregen, daß das in Zukunft unterbleibt..." (S. 350.)

Noske-Chemnitz:

„... Stengele bemängelte, daß wir an den vertraulichen Kommissionssitzungen teilgenommen haben. Wir hätten keine größere Eselei machen können, als da nicht mitzumachen. (Sehr richtig!) Es wäre verkehrt gewesen, wenn wir beiseite gestanden und die bürgerlichen Abgeordneten erfahren hätten, was angeblich los war. Gerade auf Grund der Kenntnisse der vertraulichen Mitteilungen in der Kommission haben wir im Plenum dargelegt, daß besondere Gründe für die Heeresverstärkung gar nicht vorlagen..." (S. 356.)

Ledebour:

„... Den geheimen Sitzungen können wir nicht fern bleiben, wenn wir uns auch einig sind, daß sie an sich eine unangenehme Sache sind, weil wir das, was wir dort erfahren haben, nicht wiedergeben können. Wenn wir aber nicht daran teilnehmen würden, dann würden wir nicht erfahren, wie die Regierungsvertreter die bürgerlichen Abgeordneten eingeseift haben. Da haben dann die bürgerlichen Abgeordneten renommiert: wir haben da Dinge erfahren, wenn die Oeffentlichkeit das wüßte, dann würde man noch mehr Kavallerieregimenter bewilligen! Das war alles blühender Unsinn. Ebenso war es Schwindel, wenn Müller-Meiningen behauptet, daß wir in den geheimen Sitzungen uns anders ausgedrückt haben, als im Plenum. Es war übrigens an sich eine Illoyalität, sich auf die geheimen Sitzungen zu beziehen. Als Müller-Meiningen jene ungeheuerliche Behauptung mir gegenüber aufstellte, da habe ich in öffentlicher Reichstagssitzung in einer meine gewohnheitsmäßige Höflichkeit (große

Heiterkeit) weit übersteigenden Schärfe, wie ich sie gar nicht gewöhnt bin (Heiterkeit), ihn mir vorgenommen. (Sehr gut!) Und da hat der Mann, dem sonst die Rede wie Wasser aus dem Munoe läuft, nicht zu antworten gewagt. Trotzdem ist dann in der freisinnigen Presse dieselbe Behauptung wiederholt worden. Wir haben uns natürlich im Plenum genau so ausgesprochen wie in der Kommission ..." (S. 357 f.)

Adolf Hoffmann-Berlin:

„... Darin stimme ich Ledebour bei: Es wäre eine Torheit, an geheimen Sitzungen nicht teilzunehmen, weil wir sonst nicht wissen, wie die Regierung die bürgerlichen Vertreter eingeseift hat, und dann können wir sie nachher auch nicht formgerecht rasieren. (Heiterkeit.)" ... (S. 358.)

Gemeindepolitik.

Nach den Berichten des Parteivorstandes hatte die Partei:

1910	in 2405	Gemeinden	7 533	Gemeindevertreter
1911	„ 2650	„	8 661	„
1912	„ 3150	„	10 124	„
1913	„ 3482	„	11 681	„

Außerdem:

1910	in 92	Gemeinden	196	Magistratsmitglieder
1911	„ 114	„	249	„
1912	„ 207	„	308	„
1913	„ 185	„	320	„

Der Leipziger Parteitag **1909** hatte folgenden Antrag 284 (Pollender) angenommen:

„Dem Parteivorstand zur Erwägung zu geben, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die Budgetbewilligung in den Gemeinden."

Auf dem Magdeburger Parteitag **1910** wandte sich Bebel in dem Referat über die badische Budgetbewilligung gegen die Ueberschätzung der Erfolge mit der badischen Blockpolitik:

„... Ich bin sehr im Zweifel, ob ich als Sozialdemokrat z. B. für ein Gemeindewahlrecht gestimmt hätte, das statt der Zwölftelung die Sechstelung einführt, aber doch immer ein Klassenwahlrecht ist. Würden unsere Genossen im preußischen Landtag für eine derartige „Verbesserung" des Dreiklassenwahlrechtes stimmen, dann könnten sie darauf gefaßt sein, daß ihnen die Berliner den Stuhl vor die Türe setzten. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat leider wegen viel geringerer Dinge Parteigenossen schon den Stuhl vor die Türe gesetzt. Aber wo sind denn die so viel gerühmten badischen Errungenschaften? Ich überlasse es Frank, sie aufzuzählen, er wird es ja tun und sie in bengalischer Beleuchtung erscheinen lassen. (Heiterkeit.) ..." (S. 251.)

Frank erwiderte in seinem Korreferat:

„... Wir haben durchgesetzt, daß in den wichtigen Kommissionen für das Armenwesen und das Schulwesen, in denen seit einigen Jahren Frauen tätig sein konnten, künftig Frauen Mitglieder sein müssen. (Hört! hört!) Das ist doch immer ein Schritt vorwärts, der nicht zu verachten ist. Denken Sie nur daran, wie oft in Preußen hervorragende verdienstvolle Kommunalpolitiker der Partei — ich erinnere an Singer — als Mitglieder von Schuldeputationen nicht bestätigt worden sind. (Sehr richtig!) Denken Sie daran, wie großes Interesse wir an den Schuldeputationen haben. In Preußen

ist es den Sozialdemokraten infolge der rückständigen Gemeindeverfassungsgesetze bisher nicht gelungen, auch nur einen Genossen in die Schuldeputation zu bekommen. Wenn uns Rosa Luxemburg das Interesse bewahrt, das sie in letzter Zeit für Baden bewiesen hat (Sehr gut! und Heiterkeit), so braucht sie sich nur die Stadt auszusuchen, wo sie bei uns in die Schulkommission gewählt werden will. (Heiterkeit.)

Wir haben weiter durchgesetzt die direkte Wahl der Gemeinderäte für Orte bis zu 4000 Einwohnern. Das wäre vielleicht für ein Land wie Preußen, mit besonders vielen Großstädten, nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Aber für ein Land wie Baden mit kleinen und mittleren Städten kommt das erheblich in Betracht. Gerade die Genossen, die mit der Landagitation zu tun haben, werden mir bestätigen, daß unser Einfluß und das Wachsen unseres Ansehens bei der Bevölkerung viel weniger abhängt von den Reden im Reichstag und Landtag, die an den Leuten oft spurlos vorübergehen, soweit sie unsere Presse nicht lesen, sondern daß unser Ansehen wächst, sobald wir eine Stellung auf den Rathäusern erringen. (Sehr richtig!) Und dazu gibt uns das neue Gemeindewahlrecht in Baden die Möglichkeit. Sie haben, glaube ich, in ganz Preußen nicht ein einziges Magistratsmitglied. Wir werden infolge der Einführung der Verhältniswahlen im ganzen Lande fast auf jedem Rathaus in die Magistrate kommen. (Hört! hört!) Zwar ist es uns nicht gelungen, die direkte Wahl für die Großstädte durchzusetzen, aber die Sechstelung statt der Zwölftelung ist doch auch nicht zu verachten. Soweit ich mich erinnere, hat schon vor zehn Jahren Dreesbach zusammen mit Adolf Geck einen Initiativantrag auf Einführung der Sechstelung eingebracht. (Hört! hört!) Aber die Forderung war damals aussichtslos und utopistisch, die heute erfüllt ist. Es ist uns zwar nicht gelungen, das Wahlrechtsalter auf 21 Jahre festzusetzen, wohl aber haben wir das Alter von 26 auf 25 Jahre herabgesetzt. Und wir haben vor allem erreicht, daß durch den Wegzug nicht ohne weiteres das Wahlrecht verloren geht, sondern, wenn jemand, der das Wahlrecht gehabt hat, innerhalb zweier Jahre an seinen Wohnort zurückkehrt, so hat er das Wahlrecht wieder. Das kommt für die Arbeiter erheblich in Betracht, die bei jeder Krise den Ort verlassen müssen, um anderswo Arbeit zu finden..." (S. 266 f.)

In der Debatte, aus der auch der Artikel „Badische Budgetbewilligung" einiges hierher Gehörige enthält, sprachen u. a. die Folgenden:

Witti-München:

„...Wenn die Budgetabstimmung eine prinzipielle Sache ist, dann muß sie es aber auch sein in unserer gesamten Parteitätigkeit. Was soll in den Gemeinden geschehen? Pollender-Leipzig hat im vorigen Jahre diese Frage durch einen Antrag angeschnitten. Der Antrag wurde dem Parteivorstand überwiesen, er steht aber zu meinem großen Bedauern nicht auf der diesjährigen Tagesordnung. Der Antrag wurde gestellt, weil man selbst im unentwegten Sachsen einmal entgleisen kann, und weil die Sachsen es für notwendig hielten, sich vom Parteitag jene Richtlinie vorschreiben zu lassen, wie sie zu gehen haben. Der Parteitag hat dafür zu sorgen, daß seine Beschlüsse völlig klar und einwandfrei sind..." (S. 284.)

Rosa Luxemburg:

„...Die zweite große Errungenschaft, auf die hier hauptsächlich gepocht wurde, ist das neue Gemeindewahlgesetz. Zu dieser Errungenschaft ist mir auch ein interessanter Kommentar wiederum von einem Landtagsabgeordneten der Mehrheit gegeben worden. In einer meiner Versammlungen in Wiesenthal trat der Genosse Adolf Müller, einer von den Budgetbewilligern, in einer anderthalbstündigen Rede gegen mich auf und sagte unter anderem: „Ja, Ihr wollt spotten, daß wir es als eine große Errungenschaft betrachten, daß wir jetzt die Sechstelung statt der Zwölftelung bekommen haben, Ihr kennt eben unsere badischen Verhältnisse nicht, wir sind schon jetzt nicht in der Lage, dieses neue Wahlgesetz wirklich auszunutzen, und zwar sind wir deshalb dazu nicht in der Lage, weil wir nicht die nötige Zahl von wirtschaftlich unabhängigen Leuten als Kandidaten aufstellen können.

(Hört! hört!) Denn — so sagte Müller — es genügt, daß wir einen Proletarier als Kandidaten zum Gemeinderat aufstellen, damit er sofort aus seiner Brotstelle fliegt.“ (Hört! hört!) Das sind die besonderen politischen Verhältnisse Badens. Und wer läßt denn die Proletarier aus der Brotstelle fliegen? Stellen Sie mal die Frage in Wiesenthal vor den ausgemergelten Textilarbeitern! Die werden Ihnen antworten, das sind unsere Blockbrüder: die Nationalliberalen. (Stürmisches Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ja, so sehen die besonderen Verhältnisse aus, wenn man sie näher betrachtet...“ (S. 305.)

Heilmann-Chemnitz:

„...Zubeil hat gestern mit großem Stolz gesagt: In Berlin stimmt man gegen das Budget der Gemeinde. Nun, in Leipzig, Dresden, Chemnitz stimmen wir dafür, und darum streiten wir uns doch auch nicht. Ich sage also: Warum der Streit?...“ (S. 310.)

Quarck-Frankfurt a. M.:

„...Ihr habt in der Wahlfrage Verbindung mit der Arbeiterschaft draußen noch nicht einmal gesucht. (Bebel: Sehr richtig!) Ihr bekamt die Gemeindewahlreform um Ostern herum. Ich hatte Euch in der „Volksstimme“ schon damals auf die Notwendigkeit umfassenderer Agitation im Lande aufmerksam gemacht und Euch auch in einem früheren Vortrage in Karlsruhe schon gesagt, daß gerade Ihr die besondere Ehrenpflicht habt, gegen das Klassenwahlrecht vorzugehen; denn dieses ist zuerst in den dreißiger Jahren von den badischen Altliberalen ausgeheckt worden und dann erst nach dem Rheinland und der Mark gebracht worden. Ihr hattet also die Ehrenpflicht, im Kampfe dagegen an der Spitze zu stehen. Ihr habt aber den Entwurf nicht nur ohne jede Agitation im Lande hingenommen, sondern Kolb hat auch, schon befangen in dem Gedanken der Gemeinschaft der Liberalen, sofort in einem Artikel in der „Kommunalen Praxis“ sehr lahm geschrieben: Daran, daß wir statt des Neun- bis Zwölfklassenwahlrechts das Sechsklassenwahlrecht bekommen, wird nicht viel zu ändern sein. Genossen, das ist kein Standpunkt, die Fraktion mußte hinausgehen, die Massen aufrufen und den Liberalen sagen, das verlangen die Massen, wir können nicht zurückgehen. Dann hättet Ihr eine ganz andere Stellung gehabt und wir wären nicht in die Dinge hineingekommen, in die wir hineingekommen sind...“ (S. 312.)

Bebels Schlußwort siehe bei der badischen Budgetbewilligung. Franks Schlußwort ist dort gleichfalls zu einem Teil zitiert. Er sagte weiter:

„...Erst heute wurde mir aus der nächsten Nähe von Berlin, wo man doch nicht mehr nötig hat, Studien zu machen (Heiterkeit), ein charaktristischer Fall vorgetragen. In einer kleinen Gemeinde bei Werder hat sich die Notwendigkeit erwiesen, für ein Organ des Klassenstaates, für den Polizeidiener, eine neue Hose anzuschaffen (Heiterkeit), es war dafür ein Budgetposten von sechs Mark gefordert (erneute Heiterkeit), und die braven Genossen, die auf diesem Rathaus tätig sind — (Ledebour: Das ist ja ein Hohn auf diese Debatten!) — Lassen Sie mich doch aussprechen, die braven Genossen haben die sechs Mark, natürlich mit schwerem Herzen (Heiterkeit), bewilligt, und der Polizeidiener hat die neue Hose bekommen. Und nun kam das prinzipielle Nachspiel, Genosse Ledebour. In dem Wahlverein traten dann andere Genossen auf und sagten: Wir verlangen von Euch Rechenschaft, Ihr habt gegen die Nürnberger Resolution verstoßen. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich weiß mich eins mit der erdrückenden Mehrheit des Parteitages darin, daß wir diesen armen Genossen Indemnität erteilen wollen. (Heiterkeit.) Aber Sie sehen doch, zu welchen Konsequenzen wir kommen, wenn wir uns an den Wortlaut einer Resolution halten, und es zeigt sich, daß die Aufklärung über diese Frage doch nicht so ganz gegenstandlos ist. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.)...“ (S. 362.)

In der Debatte über den Jenaer Vorstandsbericht (**1911**) sagte Dittmann-Solingen:

„... Wer sich die Zusammenstellung der Kommunalprogramme in der uns hier überreichten Nummer der „Kommunalen Praxis“ ansieht, der wird einsehen, daß hier ein ungeheures Arbeitsgebiet für einen Sekretär für Kommunalpolitik liegt. (Zustimmung.) Und ich meine, man hat wohl das Recht, in der Partei solche Ansichten aussprechen zu dürfen, ohne von vornherein verdächtigt zu werden (Lebhafte Zustimmung), daß man irgendwelche persönliche Interessen vertrete oder persönliche Streberei betreibe. (Erneute Zustimmung.) ...“ (S. 241.)

Auf der Jenaer Frauenkonferenz **1911** referierte Klara Weyl-Berlin über „Die Frauen und die Gemeindepolitik“. **Nach längeren Ausführungen über Kranken- und Kinderfürsorge fuhr die Referentin fort:**

„... Auch als Konsumentinnen sind die Proletarierinnen stark an den städtischen Einrichtungen interessiert, namentlich in dieser Zeit des unerhörten Lebensmittelwuchers. Die Gemeinden haben die Pflicht, die Lebensmittelversorgung in die Hände zu nehmen. Bisher ist nur Unzureichendes geleistet worden. Billige Arbeiterwohnungen müssen geschaffen werden. Bisher haben wir nicht einmal eine richtige Wohnungsinspektion. Die Rednerin gibt ein Bild des groß- und kleinstädtischen Wohnungselends.

Wie steht es nun angesichts dieser großen Aufgaben mit der Mitarbeit der Frau in den Gemeinden? 1909 waren 11 900 Frauen in der Kommunalwohlfahrtspflege beschäftigt, dagegen aber 33 800 Männer ehrenamtlich in der Armen- und Waisenpflege, und von den 11 900 Frauen waren nur in 53 Gemeinden Frauen in den oberen Verwaltungsbehörden. In der Waisenpflege sind die Frauen aber nur die Mithelferinnen der Männer. Sie sind gleichsam nur ein besserer Laufbursche, der die Recherchen zu machen hat. Nach einer Ministerialverordnung vom 10. Mai 1871 steht der Hinzuziehung der Frauen zu den Armendeputationen nichts im Wege. Sie haben hier gleiche Rechte wie die Männer. Auch in die Waisendeputation können sie gewählt werden, und zwar hier nur mit beratender Stimme. Unsere Waisenfürsorge erstickt geradezu im Bureaukratismus. Ein viertel bis ein halbes Jahr vergeht zuweilen, ehe die erste Recherche gemacht wird, und dann ist das Kind manchmal schon gestorben. Die Waisenfürsorge hat sich auch mit der Ueberweisung der Kinder in die Fürsorgeerziehung zu befassen. Hier wären Frauen erst recht am Platz, weil die Männer meist nicht das richtige Taktgefühl haben. Hätten Frauen zu bestimmen, so wären die Kinder nicht so lange in Mieltschin geblieben, nachdem die Vorgänge dort bereits bekannt waren.

In der Armenverwaltung hat die Frau zwar gleiche Rechte mit dem Mann, hier haben wir aber neben 5300 Männern nur 72 Frauen und eine Vorsteherin einer Armenkommission. Das war für die bürgerlichen Kreise etwas so Auffallendes, daß sie von den bürgerlichen Journalisten überlaufen wurde und die bürgerliche Presse ihr Bild brachte. Gerade in der Armenverwaltung zeigt die Frau viel mehr Weitsichtigkeit und Weitherzigkeit als der Mann. Frauen gehören auch in die Krankenhausdeputationen, überhaupt in alle wirtschaftlichen Verwaltungskörper.

In einzelnen preußischen Provinzen und in einzelnen Staaten hat die Frau ein aktives Wahlrecht; sie darf es aber nur durch einen Vertreter ausüben. Ein direktes Wahlrecht hat sie in der Stadt Travemünde seit 1861. Travemünde aber ist eine Fremdenstadt, wo das proletarische Bewußtsein nicht so stark entwickelt ist; daher hört man nicht, daß die Frau dort von ihrem Recht Gebrauch macht. Auch in den Landgemeinden Lübecks hat die Frau das aktive Wahlrecht, und wir müssen dafür sorgen, daß sie davon Gebrauch macht. In verschiedenen auswärtigen Staaten sind mit dem aktiven Frauenwahlrecht sehr gute Erfahrungen gemacht, und ein ausländischer Minister nannte vor kurzem Sidney in Australien die bestverwaltete Stadt der Welt und führte diese gute Verwaltung auf die starke Beteiligung der Frau an der Verwaltung zurück. Wenn die Reichsversicherungsordnung uns den Mutterschutz und den Säuglingsschutz schuldig geblieben

ist, so haben wir allen Anlaß, für den Ausbau der kommunalen Einrichtungen zu sorgen. Auch in der öffentlichen Arbeit kommen wir mit diesen kleinlicheren Fragen der Kommunalpolitik einen Schritt vorwärts und stärken die Proletarierin zu dem großen Kampfe der Reichspolitik, bis wir hineinkommen in unsere Zukunftsideale. (Lebhafter Beifall.)" (S. 456 f.)

Nach einer Debatte, die das Protokoll nur kurz widergibt, wurden die beiden zu dem Thema vorliegenden Anträge einstimmig angenommen. (Siehe den Artikel „Frauenkonferenz".)

In seinem Jenaer Referat über die Steuerfrage **(1913)** führte Wurm u. a. aus:

„... Wir haben Freunde unter uns, die da meinen, daß der Gemeindesozialismus das wichtigste Tätigkeitsgebiet sei, daß man von der Gemeinde aus den Staat erobern könne und in der Gemeinde außerordentlich große Vorteile für die Arbeiterklasse erringen könne. Das muß man auf das richtige Maß zurückführen. Die Gemeinde ist ein abhängiges Glied des Staatsorganismus. Die Steuergesetze werden vorgeschrieben durch den Staat, also können wir politisch in den Gemeinden nicht über diese Grenze hinaus, und wirtschaftlich nicht, weil die Gemeindeverwaltungen, in denen zunächst wir die Mehrheit erobern können, meist wenig wohlhabende Gemeinden sind — sonst würden eben nicht die Proletarier die Mehrheit bilden. Trotzdem wir also wissen, daß wir jetzt innerhalb der Gemeinden unsere grundsätzlichen Forderungen in vollem Umfange fast nirgends zur Annahme bringen können, beteiligen wir uns — und mit Fug und Recht — eifrigst an den Gemeindewahlen, so daß wir jetzt in 509 Städten und 2973 Landgemeinden 11 681 sozialistische Gemeindevertreter haben und in 65 Städten und in 120 Landgemeinden auch 320 Sozialisten im Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand. Ueberall suchen wir für die Arbeiter zu wirken — und wir können es meist nur durch Eintreten für das kleinere Uebel ..." (S. 440.)

Genossenschaftsfrage.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete Richard Fischer vom Internationalen Kongreß in Kopenhagen:

„... So konnten wir auch in der Frage des Genossenschaftswesens trotz aller Verschiedenheiten der historischen Entwicklung in den verschiedenen Ländern, man vergleiche nur Dänemark und Deutschland, es nicht nur zu einer Verständigung bringen, sondern der Beschluß dokumentiert zugleich einen wesentlichen Fortschritt in der Auffassung, daß die Genossenschaften zwar nicht das Mittel sind, um die Arbeiterklasse ökonomisch zu befreien, wohl aber, daß sie eine wirksame Waffe sind im Kampfe der Arbeiterklasse um ihre politische und wirtschaftliche Befreiung und es daher die Pflicht der klassenbewußten Arbeiter aller Länder ist, durch ihren Beitritt zu den Genossenschaften diese zu solchen Waffen umzuwandeln und so das Ziel zu erreichen, das in Stuttgart aufgestellt wurde für die politische und gewerkschaftliche Bewegung und das in Kopenhagen neu aufgestellt wurde, auch für die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung, nämlich, ihre immer innigere und einheitlichere Verbindung ..." (S. 228 f.)

Diesem Parteitag lagen folgende Anträge vor:

89. 1. pfälzischer Wahlkreis (Resolution): „Die Konsum- und Produktivgenossenschaften bieten der Arbeiterschaft durch Ausschaltung des Gewinnes des Zwischenhandels und des Produktionsgewinnes eminente Vorteile. Sie sind ein wirksames Mittel zur Hebung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung. Gegenüber den Bestrebungen der Kartelle, die Waren und Gebrauchsartikel fortwährend zu verteuern, haben sie sich als wirksames Gegenmittel bewiesen.

Außerdem ist die Genossenschaftsbewegung mehr als eine andere Bewegung dazu angetan, der Umwandlung der kapitalistischen Produktions- und Güteraustauschweise in eine sozialistische die Wege zu ebnen und dadurch unsere wichtigste Programmforderung in der intensivsten Weise zu unterstützen. Es ist deshalb selbstverständlichste Pflicht eines jeden Sozialisten, die Genossenschaftsbewegung zu fördern."

92. „Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution betreffend das Genossenschaftswesen. Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumentengenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründung von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen."

Das Referat über die Genossenschaftsfrage, die gemäß dem Antrag 254 des Leipziger Parteitages 1909 auf die Tagesordnung gesetzt war, hielt Fleißner-Dresden:

„... Die Kopenhagener Resolution stellt fest, erstens die Nützlichkeit der Konsumvereine in materieller, sozialer und politischer Beziehung für die allgemeine Arbeiterbewegung, und zweitens, daß die Konsumvereine nur dann einen wesentlichen Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung haben, wenn sie mit sozialem und sozialistischem Geist erfüllt werden. Das ist die wichtigste Feststellung der Resolution. Sie sagt weiter, daß wir infolgedessen innigere Beziehungen zwischen Partei, Genossenschaft und Gewerkschaft

herbeiführen müssen. Die Genossenschaften sollen in diesem Sinne eine wirksame Waffe im Klassenkampfe des Proletariats sein, ohne daß man die Anschauung aufkommen lassen darf, daß sie allein etwa jemals imstande wären, die Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zu befreien. Andere Punkte, namentlich den, ob die Genossenschaften politisch sein, ob sie Teile der politischen Partei oder ob sie politisch unabhängig sein sollen, überläßt die Resolution der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern.

Es kämen ja für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Partei und Wirtschaftsgenossenschaften auch noch andere Arten von Genossenschaften in Betracht: Produktivgenossenschaften, Baugenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften. Aber nach den Genossenschaftstendenzen der neueren Zeit sind alle diese Genossenschaftsarten besser nicht mehr als selbständige Genossenschaften zu behandeln, sondern sie haben aufzugehen in die Konsumvereine, wo sie schließlich als Abteilungen oder Zweige in der gewünschten Weise zu wirken geeignet sind. — Ich möchte trotzdem mit einigen Worten auf die Bedeutung der Produktivgenossenschaften hinweisen, soweit die Partei oder einzelne Führer oder Theoretiker sie in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen haben. Es ist durchaus falsch, wenn behauptet wird, daß die sozialdemokratische Partei sich niemals um die Genossenschaften gekümmert, daß sie niemals auch nur den Versuch gemacht habe, die Wirtschaftsgenossenschaften für die Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Marx und Lassalle haben speziell den Produktivgenossenschaften eine nicht unwesentliche Rolle in der Entwickelung der modernen Arbeiterbewegung zugedacht; sie haben ihr Hauptaugenmerk allerdings auf die Produktivgenossenschaften gerichtet; die Konsumvereine schieden fast völlig aus dem Kreis ihrer Betrachtungen aus, und soweit sie erwähnt und behandelt wurden, stellte man sich ihnen ablehnend gegenüber, weil Marx und Lassalle der Meinung waren, daß auch die Wirtschaftsgenossenschaften Mittel zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sein könnten. Daraus ergab sich ganz von selbst, daß in diesem Sinne Konsumgenossenschaften nicht in Frage kommen können. . . .

. . . Die Praxis hat ergeben, daß die Produktivgenossenschaften nicht die Rolle spielen können, die ihnen damals zugedacht wurde, ganz abgesehen davon, daß inzwischen ja auch in theoretischer Beziehung ein nicht unwesentlicher Umschwung der Anschauung eingetreten ist.

Die Genossenschaftsfrage ist bisher selbständig auf einem deutschen Parteitage überhaupt noch nicht behandelt worden. Das erstemal nahm der Berliner Parteitag im Jahre 1892 dazu Stellung, aber damals kamen lediglich die Produktivgenossenschaften in Frage. . . .

. . . Auch der Parteitag in Hannover 1899 hat sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt, und zwar im Rahmen der großen taktischen Debatten, die wir damals hatten. Auch damals noch gab es recht eigenartige Anschauungen über die Bedeutung der Genossenschaft. Von bekannten einflußreichen Parteigenossen wurde gesagt, daß die Genossenschaften kein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse und zur selbständigen Vertretung ihrer Angelegenheiten seien. Es wurde behauptet, man könne die Genossenschaften zum Klassenkampf nicht gebrauchen, daß die Arbeiter Selbstmord begehen würden, wenn sie diese Waffe benutzen würden. Es liegt mir fern, jetzt Vorwürfe zu erheben. Diese Anschauungen lagen eben in den Verhältnissen von damals. Die neuere Zeit hat die erfreuliche Tatsache gezeigt, daß die Arbeiter den Genossenschaftsgründungen jetzt reges Interesse entgegenbringen. 1909 gab es etwa 1,450,000 Konsumvereinsmitglieder. Davon gehörten zum Zentralverband rund 1 Million. Man kann den Zentralverband heute mit Recht als die Organisation ansehen, auf die es uns ankommen muß, die sich Aufgaben stellt, die auch wir den Konsumvereinen stellen. . . .

Es ist häufig die Frage aufgeworfen worden, ob die moderne Arbeiterbewegung sich viel früher um die Konsumvereine hätte eingehend kümmern müssen. Ich kann in den Vorwurf, der in dieser Frage liegt, nicht einstimmen, obwohl schließlich auch daran etwas berechtigt sein mag. Ich halte es geradezu für ein Glück für die moderne Arbeiterbewegung Deutschlands, daß sie zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die politische und gewerkschaftliche Organisation gerichtet hat. Das hat uns vor all den Fehlern und Uebertreibungen geschützt, die wir in anderen Ländern in bezug auf die Konsumvereine und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse wahrnehmen können.

Es hat dazu geführt, daß man nicht falsche Hoffnungen in den Arbeitern erweckt hat und zu keiner gefährlichen Ueberschätzung der Konsumvereine gekommen ist. Mag diese auch heute hier und da in leitenden Konsumvereinskreisen vorhanden sein. Wie aus der Literatur nachgewiesen werden kann, spricht man nicht selten davon, daß die Konsumvereine, die Wirtschaftsgenossenschaften einen wesentlichen Faktor zur Lösung der sozialen Frage bilden könnten. Man braucht nur auf England hinzuweisen, um zu beweisen, daß das völlig ausgeschlossen ist. Wir haben in England die größte und leistungsfähigste Konsumvereinsbewegung der Welt, was allgemein anerkannt ist. Wenn diejenigen, die die Konsumvereine so überschätzen, recht hätten, dann müßte sich doch in England bereits etwas von dem wesentlichen Einfluß auf die kapitalistischen Verhältnisse spüren lassen. Diese sind aber in England genau so, wie in anderen Kapitalistenstaaten, und die Arbeiter haben dort als Produzenten ebenso zu leiden wie bei uns. . . .

. . . Es hat sich deutlich gezeigt, daß erst, nachdem die Konsumvereine sich ihre selbständige Organisation geschaffen haben, sie recht lebensfähig geworden sind. Lebensfähige Konsumvereinsbewegung haben wir erst von dem Zeitpunkt an, wo sich die Arbeiterbewegung oder die Arbeiter in größeren Massen mit der Sache positiv beschäftigt haben. Natürlich darf ich auch die Gefahren und Nachteile der Konsumvereine nicht verschweigen, die entstehen könnten, wenn man sie vom falschen Standpunkt aus beurteilt. Zweifellos ist die Triebfeder für die Mitgliedschaft im Konsumverein eine egoistische; der einzelne verlangt materielle Vorteile, und wenn man ihm nicht begreiflich zu machen versteht, daß außerdem der Konsumverein auch noch höhere, allgemeine Aufgaben zu erfüllen hat, liegt allerdings die Gefahr nahe, daß aus den Konsumvereinen nicht das wird, was wir aus ihnen machen wollen.

Die Kopenhagener Resolution stellt mit aller Deutlichkeit fest, daß die Konsumvereine soziale Aufgaben haben, die in ihrer Wirkung weit über die Grenzen des Konsumvereins hinausgehen können. Wir sollen die Konsumvereine, wie die Resolution sagt, mit sozialistischem Geist erfüllen. Das wird nur möglich sein, wenn die Konsumvereinsmitglieder aufgeklärte Genossen sind, wenn sie beeinflußt sind von den Ideen der modernen Arbeiterbewegung. Aus dem Grunde ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, gerade die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die Notwendigkeit der Propagierung des Genossenschaftsgedankens hinzweisen. Wir wollen die Konsumvereinsbewegung in dem gekennzeichneten Sinne fördern. Tun wir das, so wächst allerdings auch unsere Verantwortung für die Konsumvereinsbewegung; eines ergibt sich aus dem anderen. . .

Eine große Rolle spielt auf den Kongressen wie in der Literatur die Frage, ob die Konsumvereine Klassenorganisationen sind oder nicht. Das „gleiche Interesse aller Konsumenten" ist geradezu Schlagwort geworden. . .

. . . Das erste und wichtigste und dringendste Interesse an der Wirtschaftsgenossenschaft haben die besitzlosen Klassen, diesen Begriff im weitesten Sinne genommen. . .

Aus so irrigen, schiefen Auffassungen entsteht der Streit um die sogenannte Neutralität, der schon sehr lange geht, insbesondere seitdem sich die Genossenschaften im Zentralverband eine Organisation gegeben haben. Ich will darüber nicht weiter sprechen, weil ich erwarte, daß sowohl die Resolution des Kopenhagener Kongresses als auch die Erörterungen des Parteitages erzieherisch wirken, zum Teil auch schon so gewirkt haben. Hat ja doch auch der Internationale Genossenschaftsbund auf seinem letzten Kongreß eine Sympathieresolution beschlossen, die den Beschluß des internationalen Kongresses begrüßt. Die Entwicklung wird gewiß dahin führen, daß es nicht bei bloßer Sympathiekundgebung bleiben wird.

. . . Die Kopenhagener Resolution läßt die Frage offen, ob die Konsumvereine politische Vereine, Teile der Partei oder gar, wie in Belgien, die Partei selbst sein sollen. Das soll in den einzelnen Ländern geregelt werden. Wir kommen nun dazu, festzustellen, inwieweit in Deutschland ein Anlaß vorliegen könnte, in dieser Beziehung andere Wege als bisher einzuschlagen. Dies zu tun, haben wir nicht nötig, es wäre für uns nicht gut, etwa dem belgischen Beispiel zu folgen. Ganz abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, die in Deutschland politische Genossenschaften nicht dulden, wäre es verkehrt, die Konsum=

vereine in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Partei zu bringen oder umgekehrt. Alles spricht dafür, daß sie, wie bisher, ihre vollständige Selbständigkeit wahren. Ganz unabhängig davon, wie die Konsumvereine zur politischen Bewegung stehen, kommt es lediglich darauf an, in welchem Geiste die in den Konsumvereinen tätigen Parteigenossen wirken. Ich muß dabei allerdings aussprechen, daß bisher sehr viele Parteigenossen ihre Pflicht nach der Richtung hin nicht in wünschenswerter Weise taten. Es ist oft genug vorgekommen, daß Parteigenossen aus der Befürchtung, daß der Konsumverein von Gegnern zu einem sozialdemokratischen gestempelt werden könnte, ihm fern blieben oder, wenn sie beitraten, ihre Zugehörigkeit zur Partei verleugnet haben. Eine andere Frage ist die: ist der Konsumverein geeignet, in den Klassenkampf der Arbeiter selbst positiv einzugreifen, oder ist er wenigstens geeignet, seinen Mitgliedern im Klassenkampfe beizuspringen? Die ideelle Verwandtschaft zwischen Konsumverein und der Partei ist groß. Es ist nicht wahr, daß die Konsumvereine kein Gewicht auf irgendeine Partei zu legen hätten. Die Konsumvereine sind große Arbeitervereinigungen geworden. Sie werden von allen Seiten auf das schärfste bekämpft. Die Mittelständler, die politischen Parteien, die Behörden, alles schlägt auf sie los. Sie sind also eine Organisation, die alle Veranlassung hat, sich umzusehen, wer sie in diesem Kampfe schützt. Die materiellen und politischen Interessen der Konsumvereine decken sich durchaus mit denen der sozialdemokratischen Partei.

Die Konsumvereine haben also auf allen Seiten scharfe Gegner, die Sozialdemokratie allein schützt sie, nicht bloß deshalb, weil sie für die Arbeiter Gutes bringen, sondern weil sie im allgemeinen als ein Fortschrittselement angesehen werden müssen. Die Sozialdemokratie beschränkt ihre Freundschaft nicht nur auf die Konsumvereine, sondern auch auf die Genossenschaften anderer Art, wenn sie in irgendeiner Form soziale wertvolle Arbeit leisten. Man hat also keinen Grund, sich allzusehr darüber aufzuregen, wenn aus dieser Tatsache der Schluß gezogen wird, die Konsumvereine seien „sozialdemokratische" Organisationen. Das wird immer behauptet, wenn man eine Gefährdung bürgerlicher Interessen befürchtet. Das Odium, daß sie „sozialdemokratisch" sind, werden die Konsumvereine in Deutschland nicht los werden. Wenn der Parteitag vorüber sein und man sehen wird, daß er sich den Konsumvereinen freundlich gegenübergestellt hat, dann wird es erst recht heißen, die Konsumvereine sind eben doch sozialdemokratisch. Man sollte auch in leitenden Konsumvereinskreisen dieser Tatsache gegenüber nicht mehr so nervös sein.

. . . Wir werden also nach allem unsere Reserve den Konsumvereinen gegenüber aufzugeben haben. (Beifall.) Wir haben unsere Ansicht über sie zu revidieren und zu ändern. (Zustimmung.) Wir haben zu sagen, was ist, daß die Partei alle Ursache hat, die Vereine zu fördern, und daß die Konsumvereine anzuerkennen haben, daß die Sozialdemokratie ihre größte Freundin ist. (Lebhafter Beifall.) Dann werden wir in sehr ersprießliche Verhältnisse hineinkommen. Es nützt nichts, über die Mängel und über Rückständigkeit der Konsumvereine zu räsonnieren und Lärm zu schlagen. (Sehr richtig!) Wir müssen bessern und eingreifen und helfen, daß die Konsumvereine wirtschaftliche Organisationen in unserem Sinne werden. (Lebhafte Zustimmung.) . . .

. . . auf eines möchte ich doch hinweisen, obwohl es eigentlich eine innere Angelegenheit der Konsumvereine ist. Es kommt darauf an, wie der Gewinn der Konsumvereine verwendet wird, und da steht die moderne Konsumvereinsbewegung prinzipiell auf dem Standpunkt, daß wir gegen die hier und da noch herrschenden Dividendenseuchen mit aller Energie ankämpfen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) . . . Ich möchte zum Schluß sagen, es kommt ganz darauf an, was wir als Parteigenossen aus den Konsumvereinen machen. . ." (S. 450 ff.)

In der Debatte sprachen u. a.:

Peus-Dessau:

„. . . Die Aufmerksamkeit des Parteitages war gestern abend beim Referat recht gering. Vielleicht war die Ermüdung daran schuld, vielleicht auch die Meinung, daß wir über die Frage einig sind. Wir sind auch in der Tat im wesentlichen einig. Es hat sich seit Berlin über Hannover nach Kopenhagen eine große Wandlung in den Anschauungen vollzogen. Diese Wandlung kann für uns

eine Mahnung sein, daß wir an den Wandel der Auffassungen in der Partei mehr glauben sollen, als manche jetzt dazu Neigung haben. (Zustimmung.)" ... (S. 458.)

Wurm-Berlin:

„Wenn die genossenschaftliche Entwicklung, speziell die der Konsumgenossenschaften, in Deutschland auf Widerstand in der Partei gestoßen ist, so lag das in der Vergangenheit an gewissen geschichtlichen Bedingungen, in jüngster Zeit aber zum Teil an den übereifrigen Freunden à la Peus, die mit ihren Aushöhlungstheorien gar manchen Parteigenossen vom Anschlusse an die Konsumvereine abhalten. (Zustimmung.) ... Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" in Hamburg und das Internationale Genossenschaftssekretariat in Zürich, die beide im Dienste der modernen Genossenschaftsbewegung stehen, vertreten nationalökonomische Anschauungen, die in scharfem Gegensatz zu unseren Parteigrundsätzen stehen, jene Aushöhlungstheorie, daß mit allen möglichen Mitteln und Mittelchen der Klassenstaat beseitigt werden könne ohne Klassenkampf. Und es ist der große Fortschritt in der Stellung der Arbeiterschaft zu den Konsumvereinen, wenn in der Kopenhagener Resolution hervorgehoben wird, daß die Genossenschaften in erster Linie die Aufgabe haben, die Arbeiter zum Klassenkampf zu stärken. Wir können nicht scharf genug hervorheben, daß die Genossenschaften nicht etwas absolut Selbständiges sind; es ist nicht richtig, daß die Genossenschaften gewissermaßen die Schwester des Sozialismus und der Gewerkschaften sind, nein, sie sind ihre Tochter, denn die Vorbedingung für starke Genossenschaften ist eine starke Gewerkschaftsbewegung, eine starke sozialistische Bewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade der zielbewußten proletarischen Genossenschaftsbewegung werden fortgesetzt Hemmnisse bereitet, durch Leute wie Dr. Hans Müller-Zürich und Dr. August Müller-Hamburg, die es sich zur Aufgabe machen, eine Neutralität der Konsumvereine zu proklamieren, die gar nicht existieren kann. Es gibt in der Welt keine Neutralität, so wenig wie es eine Tendenzlosigkeit gibt. Die Leute, die sagen, wir wollen neutrale Konsumvereine, sind immer nur neutral gegen uns Sozialdemokraten, aber sie buddeln weiter im Fahrwasser der bürgerlichen Anschauungen. (Sehr richtig!) Daß die Konsumvereine das Gesetz zwingt, neutral zu sein, ist eine Sache für sich. ... Wenn in manchen Konsumvereinen die Hyperneutralität gegen links so sehr in den Vordergrund geschoben wird, so rührt das eben nur daher, daß die Masse der Mitglieder so wenig Einfluß auf die Verwaltung hat; sonst wäre es nicht möglich, daß in Gegenden, wo eine starke Sozialdemokratie ist, Anschauungen von den Verwaltungen der Konsumvereine vertreten werden, die sich keineswegs mit denen unserer Partei decken. (Sehr richtig!) Also wir müssen die Genossenschaften im Sinne der Kopenhagener Resolution als Mittel zum Klassenkampf benutzen, das „Müllern" in Zürich und Hamburg ist den Genossenschaften schädlich ..." (S. 460 f.)

Döhnel-Leipzig:

„Ich bin völlig einverstanden mit den Worten Fleißners, daß die wichtigste Bestimmung der Kopenhagener Resolution die ist, daß die Konsumvereine mit sozialistischem Geiste zu erfüllen sind. Gerade deshalb kann ich mich aber nicht einverstanden erklären mit dem letzten Satz der Resolution: „Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen." Der Geist einer solchen Körperschaft ist ja nicht faßbar, er wird uns erst bewußt durch ihr Tun und Lassen, oder ihr Sprachorgan. Wenn wir daraufhin die heutigen Konsumvereine prüfen, so werden wir sehr wenige finden, die heute schon im sozialistischen Sinne geleitet werden, und auch aus dem Sprachorgan der sogenannten modernen deutschen Konsumgenossenschaften weht uns auch nicht ein Hauch sozialistischen Geistes entgegen. (Sehr richtig!) Diesen Zustand werden wir auch nicht beseitigen durch noch so klug abgefaßte Resolutionen. Von innen heraus, von unten herauf muß Wandel geschaffen werden. Aber deshalb ist es notwendig, daß wir nicht nur die heute schon sozialistisch geleiteten Konsumvereine unterstützen, sondern wir müssen auch die übrigen, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörigen Genossenschaften mit sozialistischem Geiste erfüllen. Ich sehe davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffe und wünsche aber, daß

Fleißner in seinem Schlußwort den angeführten Satz in dieser Weise interpretiert. Das ist notwendig, damit nicht etwa verschiedene Parteigenossen, die heute schon den Konsumgenossenschaften etwas antipathisch gegenüberstehen, sagen können: wir treten dem hiesigen Verein nicht bei, denn er ist ja nicht in sozialistischem Geiste geleitet. Diese Ausrede müssen wir den Parteigenossen versperren. Wir müssen dafür sorgen, daß die Genossenschaften ein wirksames Glied im Befreiungskampfe der Arbeiter werden. (Bravo!)" (S. 461 f.)

Katzenstein-Berlin:

„... Die Arbeiter müssen ihre Spargelder in den Konsumvereinen anlegen. (Zuruf: Das geht nicht!) Nun, in der Hamburger „Produktion" sind fast fünf Millionen Mark angelegt. Es ist geradezu unfaßbar, wie die Millionen sozialdemokratisch denkender Arbeiter das bißchen Kapitalkraft, das der einzelne hat, und das zusammengefaßt doch eine erhebliche Macht ist, in der Weise verzetteln, wie es heute geschieht. Die Gelder werden jetzt bei den Sparkassen angelegt, die sie unseren schlimmsten Feinden zur Verfügung stellen, sie für Bauhypotheken, Bodenspekulationen und Staatspapiere verwenden. Es gibt sogar Gewerkschaften, die Gelder in Kirchenpapieren angelegt haben. (Heiterkeit.) In den Sparkassen des Deutschen Reiches liegen etwa 12 000 Millionen Mark. Wenn davon nur der zwölfte Teil auf Lohnarbeiter entfällt und diese nur die Hälfte in genossenschaftlichen Organisationen anlegen würden, was würden sie mit dieser halben Milliarde für eine Macht haben! Diese Organisation der proletarischen Kapitalkraft zusammen mit der Organisation der Kaufkraft ist eine unbedingte Notwendigkeit... Wir müssen uns ferner gegen die Dividendenseuche wenden. Es ist zwar ein Unfug der Gegner, diese Dividende, die in der Hauptsache nichts ist als eine Rückvergütung zu viel gezahlter Warenpreise, als eine Art kapitalistischen Gewinns hinzustellen. Aber sie gefährdet vielfach die Entwicklung der Vereine und verhindert, daß die Kapitalkraft, die gewonnen ist, zusammengefaßt wird. Wir haben noch keine fünfzig Mark Kapitalsansammlung auf den Kopf des Mitgliedes. In England sind es über 300. Damit kann ganz anderes geleistet werden. Die ganze wirtschaftliche Machtstellung wird eine andere, wenn diese Erübrigungen nicht in Millionen Tröpfchen verzettelt werden, wenn sie zusammengefaßt werden zu einem gewaltigen Strom, der Fahrzeuge trägt und Hindernisse hinwegschwemmen kann. Vor allem aber muß Ernst gemacht werden mit der Unterstützung, die wir den Konsumvereinen gewähren müssen. Es genügt nicht, daß man die Hand erhebt und einer Resolution zustimmt. Die Resolution muß auch zur Tat werden. (Beifall.) Ich bin überzeugt, es werden große Eingriffe politischer Art notwendig werden, um unsere Ziele zu verwirklichen, aber auch die Genossenschaftsbewegung ist eine Macht, und sie wird es noch mehr werden, wenn wir ihre Bedeutung voll würdigen. Ueber eine Million Mitglieder haben wir heute in den Konsumvereinen, es liegt an uns, daß es bald drei und fünf Millionen werden, daß wir einen Milliardenumsatz erzielen. Damit können wir Vorbildliches schaffen und die wirtschaftliche und organisatorische Stellung des Proletariats in gewaltigem Maße erweitern. Wir arbeiten im wahren Sinne revolutionär, wenn wir die Organisationskraft der Arbeiterklasse stärken..." (S. 463 f.)

Ein Antrag 103 (Katzenstein und Genossen), der einige unwesentliche Zusätze zur Resolution 92 vorschlug, wurde abgelehnt, Antrag 89 zurückgezogen, 92 angenommen.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lag folgende Resolution 56 (Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin) vor:

„Die Verhandlungen über die Genossenschaftsfrage und die einstimmige Annahme des Antrages über das Genossenschaftswesen auf dem Magdeburger Parteitag haben endlich die langersehnte Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Konsumgenossenschaften gebracht. Klar und scharf wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter die Hauptträger der Konsumgenossenschaftsbewegung sind, und daß diese bemüht sein müssen, diese Bewegung mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, damit auch die Konsumvereine als Waffen im proletarischen Emanzipationskampfe Anwendung finden können.

Das setzt aber auch voraus, daß die leitenden Männer der Konsumgenossenschaftsbewegung dieser energischen Willenskundgebung der imposanten Masse politisch organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entgegenarbeiten und diesen Willen durch so widerliche Zerrbilder von Neutralität, wie sie der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kauffmann gezeichnet hat, geradezu verhöhnen. Die Tatsache, daß die Aeußerungen Kauffmanns bisher in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" unwidersprochen blieben, spricht dafür, daß der Generalsekretär in führenden Kreisen nicht isoliert dasteht.

Der Parteitag wendet sich mit aller Schärfe gegen diesen Neutralitätsfanatismus und erhebt energischen Widerspruch. Er spricht aber auch gleichzeitig aus, daß eine Wiederholung solcher Aeußerungen nur dann ausbleiben kann, wenn durch massenhaften Eintritt der Genossen und Genossinnen in die Konsumvereine und rege Anteilnahme an der Bewegung derselben die Möglichkeit geschaffen wird für die Ausbreitung sozialistischen Geistes in den Konsumvereinen.

Nur dann können die tiefen Gegensätze zwischen Masse und Führer verschwinden und die auf dem Magdeburger Parteitag und dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen ausgesprochenen Erwartungen in Erfüllung gehen."

Die Resolution begründet Göhre:

„... Wohl keiner in diesem Saale fordert, daß die schon geschichtlich gewordene Neutralität der Genossenschaften durchbrochen werden soll. Diese ist nicht nur durch die Gesetzgebung, sondern auch durch das eigene Interesse der Konsumgenossenschaften geboten. Keiner von uns wird also das Ansinnen stellen, daß die Genossenschaftsbewegung Parteipolitik treiben soll, am allerwenigsten in dem Sinne, daß der Sozialdemokratie wirtschaftliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, wie in Belgien. Das ist bei uns auch nicht nötig, denn die Partei bringt genug aus eigener Kraft auf. Wir verstehen vielmehr unter Neutralität ein gutes nachbarliches Verhältnis zwischen den Genossenschaften und der übrigen Arbeiterbewegung, ein Verhältnis brüderlicher Fühlungnahme in allen Fragen, die im gemeinsamen Interesse beider Teile erörtert werden müssen. Dafür haben wir ja bereits ganz exakte Vorbilder in dem Verhalten von Partei und Gewerkschaften, die ja mit Recht den Anspruch auf Neutralität ebenfalls erheben, und dann im Verhältnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung und Konsumgenossenschaften in Oesterreich, wo ein solches nachbarliches, freundschaftliches, ja brüderliches Verhältnis schon besteht, obgleich Oesterreich unter der gleichen genossenschaftlichen Gesetzgebung steht, wie Deutschland. Dieser Grundsatz wird seitens der Leitung der Genossenschaftsbewegung, vor allem von dem Generalsekretariat in Hamburg, nicht eingehalten. Es sind eine Reihe von Anklagen gegen das Generalsekretariat aus unseren Reihen erhoben worden, die man in dem Ausdruck „Ueberneutralität" zusammenfaßt. Die Leitung der Genossenschaften meint freilich, Ueberneutralität gäbe es nicht, sondern nur Neutralität oder Nichtneutralität. Gut, das mag richtig sein. Aber so wie in Hamburg die Neutralität uns gegenüber aufgefaßt wird, bedeutet sie ein deutliches Abrücken von der sozialdemokratischen Bewegung (lebhafte Zustimmung und teilweiser Widerspruch) und ein ebenso ostentatives Hinneigen zu bürgerlichen Richtungen. (Erneuter Widerspruch.) Das ist meine Ansicht und die derjenigen, die den Antrag mit mir gestellt haben. Wir müssen Mittel und Wege finden, um das zu ändern, was am besten durch Befolgung der Resolution geschehen würde. Unsere Genossen in den Konsumvereinen müssen nicht nur als Mitglieder bei den Genossenschaften kaufen, sondern sie müssen auch zur Stelle sein und dahin wirken, daß die Konsumgenossenschaften im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet werden. Die Konsumgenossenschaften sind, das ist vielleicht das beste Erbteil aus der freisinnigen Zeit, in ihrer Organisation durch und durch demokratisch aufgebaut, dadurch ist das Mittel gegeben, daß jeder Genosse seiner Meinung Ausdruck geben kann. Im Augenblick ist durch Einbringung der Resolution genug geschehen, um die Oeffentlichkeit der Partei auf den hier be-

stehenden Konflikt aufmerksam zu machen, die Parteigenossen sind aufgerufen, sich damit zu beschäftigen. Das genügt uns zunächst. Ich bin deshalb beauftragt, die Resolution zurückzuziehen." (S. 401 f.)

Engler-Freiburg (zur Geschäftsordnung):

„Ich will hier nur feststellen, daß ich es als illoyal betrachte (lebhaftes Sehr richtig!), eine derartige Rede zur Begründung einer Resolution zu halten und diese dann zurückzuziehen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Die Bedeutung der Artikel Kauffmanns wird überschätzt, und ich hätte es darum begrüßt, wenn man dem, was Göhre hier gesagt hat, in einer Debatte hätte entgegentreten können. (Zustimmung.)" (S. 402.)

Vorsitzender Dietz:

„Da die Resolution zurückgezogen und nicht wieder aufgenommen worden ist, ist die Diskussion geschlossen." (S. 402.)

In seinem Referat über die Reichstagswahlen führte Bebel in Jena **1911** aus:

„... Die Arbeiter müssen den Konsumvereinen in Massen zuströmen, nicht nur weil sie hier etwas billiger kaufen, sondern vor allem, weil sie unverfälschte Lebensmittel erhalten. (Sehr wahr!) Die Verfälschung der Lebensmittel hat eine ungeahnte Höhe erreicht; würde hier einmal gründlich nachgeforscht, so würden erschreckende Dinge zum Vorschein kommen. (Sehr richtig!) Genau so wie die Arbeiterorganisationen Unternehmerorganisationen hervorgerufen haben, genau so hat das Unternehmertum sich bereits des Genossenschaftswesens bemächtigt, und insbesondere die Bauernschaft. Heute hat die Bauernschaft ein so entwickeltes Genossenschaftswesen, wie kaum ein anderer Beruf, und diese Organisationen werden nachdrücklich benutzt zur Lebensmittelverteuerung. (Sehr richtig!) Der Verkauf von Eiern, Butter, Käse, Milch und anderen Produkten geht in rapider Weise auf bäuerliche Genossenschaften über, immer mit der Absicht, die Preise zu steigern, ja man will sogar die Viehzucht kontingentieren. (Hört! hört!) Wenn auf irgendeinem Gebiet eines Tages die Frage der Sozialisierung auftaucht, dann am ehesten bei der Landwirtschaft. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, sie ist auch dort am leichtesten durchzuführen. Dann die Bäcker- und Fleischerorganisationen, die Unternehmerringe. Die Fleisch-, die Brotpreise, die macht heute nicht mehr der einzelne Fleischer und Bäcker, die macht ausschließlich die Innung, die Organisation (Sehr richtig!), und hier wird dafür gesorgt, daß entsprechende Profite herauskommen. Jede Konjunktur, die eine Preissteigerung ermöglicht, wird gründlich ausgenutzt. Wo 5 oder 10 Prozent genügten, erhebt man 15 und 20 Prozent. (Sehr wahr!) Das ist ein sehr wesentliches Moment, das bei der Preissteigerung mitwirkt. Wir können natürlich nicht hindern und wollen nicht hindern, daß auch die Unternehmer Genossenschaften gründen, ebensowenig wie wir daran gehindert werden wollen. Aber dann ist es doppelt infam, daß dieselben Kreise die Arbeitergenossenschaften aufs heftigste bekämpfen und selbst in den Städten und auf dem Lande für ihre Unternehmerzwecke Genossenschaften organisieren. (Sehr wahr!) Die große Ungerechtigkeit dieses Verhaltens liegt auf der Hand. Auch hier werden wir mit aller Energie künftig vorgehen müssen ..." (S. 386.)

Vgl. auch beim Artikel „Teuerung" die Resolution 77.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

81. Kassel: „Bei Anlage von Parteigeldern möge der Parteivorstand in Zukunft möglichst die genossenschaftliche Zentralbank berücksichtigen."

170, 2. Genosse Erwin Neumann-Adlershof:

„Der Parteitag macht es den Genossen zur Pflicht, sich mehr als bisher in den Verwaltungskörpern der Genossenschaften zu betätigen, damit diese wirklich mit genossenschaftlichem Geist erfüllt werden."

Antrag 81 wird vor der Debatte zurückgezogen, Antrag 170, 2 dem Parteivorstand überwiesen, der **1913** im Geschäftsbericht bemerkt:

„Der Antrag 170,2 will den Genossen eine Pflicht auferlegen (Betätigung in den Genossenschaften), die vom Magdeburger Parteitag schon klar ausgesprochen worden ist. Danach dürfte der Antrag erledigt sein.“ (S. 9.)

Siehe auch die Artikel „Alkoholfrage“, „Maifeier“.

Geschäftsführerkonferenzen.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lag folgender Antrag 71 (Bremen) vor:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß zu den stattfindenden Geschäftsführerkonferenzen eine Vertretung der in Parteidruckereien beschäftigten Personale zugelassen wird, da es nicht mehr wie recht und billig ist, daß, wenn auf diesen Konferenzen Beschlüsse gefaßt werden, die für die Personale von weittragender Bedeutung sind, denselben auch eine Vertretung zugestanden wird, die durch Teilnahme an den Beratungen imstande ist, den berechtigten Wünschen ihrer Auftraggeber Ausdruck zu geben.

Ferner ist in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise sich eine Regelung der sozialpolitischen Einrichtungen in Parteidruckereien sowie die Schlichtung von in denselben aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Differenzen herbeiführen läßt, da hierzu die örtlichen Kommissionen nicht für alle Fälle die geeigneten Instanzen sein dürften.“

Für den Antrag sprechen Henke-Bremen, Westmeyer-Stuttgart, Schmidt-Hannover, Fischer-Hannover.

Dagegen sprechen Richard Fischer-Berlin und Hildenbrand-Stuttgart, während Bérard-Hamburg für Ueberweisung an den Parteivorstand eintritt. Bérard bemerkt u. a.:

„... weitgehende Zugeständnisse sind vorhanden. Trotzdem ist das Personal nicht zufrieden. Es huldigt dem Grundsatze, daß Unzufriedenheit eine Tugend ist. (Heiterkeit.) Das ist richtig, weil sie eine Förderung der Kultur ist. Aber es gibt auch eine andere Tugend, das ist die Bescheidenheit. Es könnte nichts schaden, wenn einmal die erste Tugend durch die Bescheidenheit gezügelt würde. Die Wünsche des Personals sind oft unerfüllbar. Natürlich glaubt jeder, daß seine Wünsche speziell berechtigt seien. Es ist nur fraglich, ob der andere Teil imstande ist, sie zu erfüllen. Das ist oft nicht der Fall. Das Personal glaubt, wir könnten alles machen, was es wünscht. Wir müssen doch aber mit den bürgerlichen Geschäften konkurrieren ...“ (S. 472.)

Richard Fischer führt aus:

„... Wenn es sich darum handelte, daß zu allgemeinen Konferenzen, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Personals geregelt werden, auch Vertreter der Arbeiter zugezogen werden, so wäre es ja selbstverständlich, daß wir das tun müßten, wenn wir nicht unseren ganzen Anschauungen widersprechen wollten. Aber wie liegen die Dinge? Auf solchen Konferenzen werden nicht die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erörtert, dazu sind die Organisationen da, die Tarife ausarbeiten, und diese müssen selbstverständlich ohne jede Einschränkung von jedem Parteigeschäft anerkannt werden. Es handelt sich vielmehr um Dinge, die über den Tarif hinausgehen, und ich frage, was können wir über den Tarif hinaus an Löhnen, Krankenunterstützung, Ferien hier beschließen? Das ist eine Frage der Leistungsfähigkeit der einzelnen Geschäfte. Wir können auf dem Parteitag nicht Bestimmungen treffen für Geschäfte, die gar keine Parteigeschäfte sind. Es gibt nur zwei Parteigeschäfte, eines in Hamburg und eines in Stuttgart, über die der Parteitag zu bestimmen hat. Im übrigen ist das, was der Antrag wünscht, auch bereits erfüllt.

Der Parteivorstand hat an einzelne Geschäfte wiederholt den Wunsch gerichtet, daß, wenn Konferenzen stattfinden, in denen auch über die Angelegenheiten des Personals gesprochen wird, vorher dem Personal Gelegenheit gegeben ist, seine Wünsche nicht nur an die Geschäftsleitung, sondern auch durch diese an die Konferenz selbst zu stellen ... Der Streit mit dem Personal rührt bloß daher, daß das große Hamburger und das große Berliner Geschäft natürlich ganz andere Möglichkeit haben, in der Lohnfrage liberaler zu sein, als irgendein Drucker eines kleinen Blättchens in Buxtehude. Nun sagt das Personal, was ich ihm auch gar nicht weiter übel nehme: was in Hamburg bewilligt werden kann, muß auch bei uns bewilligt werden, hier werden auch sozialdemokratische Blätter hergestellt. Um die Frage der Rentabilität, ob ebensoviele Druckaufträge da sind, kümmert man sich dabei nicht. (Sehr richtig!) Ich bitte aber auch noch aus einem anderen Grunde den Antrag rundweg abzulehnen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß der Buchdruckervorstand zum Beispiel für die ihm hier zugewiesene Rolle, soweit ich unterrichtet bin, höflichst dankt. Er sagt sich: Ich habe mich nur zu kümmern um die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den deutschen Buchdruckereien und habe ein Interesse, möglichst viel für unsere Mitglieder bei der Tarifbewegung herauszuschlagen, aber ich werde mich hüten, mit sozialdemokratischen Geschäften Sondertarife abzuschließen. (Sehr richtig!) Das würde natürlich auf die gesamte Tarifgemeinschaft einwirken. Die Buchdrucker würden sagen, was der Vorwärtsbetrieb zahlt, können Mosse, Scherl, Ullstein, können die Zentrumsgeschäfte usw. auch zahlen, und das könnte für den Buchdruckerverband Kämpfe heraufbeschwören, bei denen er unter Umständen der Schwächere wäre. Andere Organisationen sind nicht so weitsichtig, um diesen Ausdruck zu gebrauchen. Die sagen sich: wir nehmen, was wir kriegen, ein Parteigeschäft steht unter moralischem Drucke, da können wir etwas für die Arbeiter herausholen. Es handelt sich hier aber gar nicht um Parteigeschäfte — wenn das der Fall wäre, würde ich das noch verstehen —, sondern um Geschäfte, wo auch Parteisachen gedruckt werden, und es kommen dabei zum Teil gar nicht Parteigenossen in Betracht. Wir können doch nur Beschlüsse fassen für Genossen, die sich der Parteidisziplin unterwerfen. Wir stehen auf dem Standpunkt: so wenig ein bürgerliches Geschäft das Recht hat, seine Arbeiter nach ihrer politischen Gesinnung zu fragen, so wenig kann ein sogenanntes sozialdemokratisches Geschäft vom Personal verlangen, daß die Arbeiter Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig!) Wir können nur die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit von den Arbeitern verlangen, und weiter, daß sie die Verpflichtungen, die aus dem Arbeitsvertrag resultieren, den Geschäften gegenüber erfüllen. Ob der Arbeiter ein Liberaler, ein Anarchist oder ein Zentrumsmann ist, geht die Druckerei gar nichts an. (Sehr richtig!) Auf diesen Standpunkt hat sich auch das Arbeitspersonal mit vollem Recht gestellt. Deshalb können wir einen solchen Beschluß nicht fassen ..." (S. 472 f.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen, der dem Jenaer Parteitag **1911** berichtet:

„Eine Geschäftsführerkonferenz fand im Berichtsjahre nicht statt, so daß die im Antrag 71 angeregte Frage keine aktuelle Bedeutung bekam. Wenn wieder eine Geschäftsführerkonferenz stattfinden wird, soll Vertretern der Organisation Gelegenheit gegeben werden, die Wünsche der Geschäftspersonale vorzutragen." (S. 16.)

Gewerkschaftsbewegung.

Auf dem Jenaer Parteitag **1911** spielte das Thema „Gewerkschaften und Parteipresse" eine Rolle. Zugrunde lag das sogenannte „Geheimzirkular" des Parteivorstandes, das von einem bürgerlichen Blatte Sachsens veröffentlicht wurde. Im Vorstandsbericht führte Müller aus:

„... Nun bleibt freilich der Streit darüber, ob es zweckmäßig gewesen ist, ein solches Zirkular herauszugeben. Als wir über dieses Zirkular beraten haben, nachdem die Generalkommission der Gewerkschaften sich an uns gewandt hatte, haben wir diese Zweckmäßig-

keitsfrage selbstverständlich eingehend geprüft, und es ist ein allgemeiner und ein spezieller Grund gewesen, der uns veranlaßt hat, auf dem Wege des Zirkulars vorzugehen. Der allgemeine Grund war der, daß wir glaubten, in der jetzigen politischen Situation sei wirklich kein Bedürfnis vorhanden, eine große Debatte über das Thema „Gewerkschaften und Parteipresse" hervorzurufen, und der spezielle Grund war der, daß bereits seit langem beabsichtigt war, alles damit Zusammenhängende in einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure zu besprechen. Schon am 22. März haben wir ein Zirkular an die Redaktionen herausgegeben, worin über eine Reihe die Gewerkschaftsinteressen berührender Fragen Mitteilung gemacht war, namentlich auch über die Behandlung schwebender Lohnkämpfe in der Presse, und worin es hieß: daß das Recht auf Kritik der Parteipresse in keiner Weise genommen werden soll, sondern daß nur für beide Teile unangenehmen Polemiken nach Möglichkeit vorgebeugt werden soll. Im übrigen würden diese Fragen auf die Tagesordnung der diesjährigen Redakteurkonferenz gesetzt werden ...

... Nun ist in der Debatte über dieses Zirkular gesagt worden, daß unsere Anschauungen in bezug auf die Resolutionen von Mannheim und Jena den Gewerkschaften gegenüber in diesem Falle nicht zutreffend seien. Das ist besonders in der Protesterklärung der rheinisch-westfälischen Blätter behauptet worden. Diese dort niedergelegte Anschauung ist durchaus irrig. In der Mannheimer Resolution heißt es ausdrücklich, daß beide Organisationen in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und gegenseitiges Zusammenwirken angewiesen sind. Und wenn dieses Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft nach Auffassung der Generalkommission durch Polemiken beeinträchtigt wird, wie sie sich gegen die Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes richteten, so hat die Generalkommission wohl das Recht, an uns heranzutreten. Wir mußten der Sache nähertreten und sehen, was zu tun war, um Gehässigkeiten in solchen Polemiken zu vermeiden. Die Jenaer Resolution besagt, daß gegen gehässige, die persönliche und Parteiehre verletzende Arten der Diskussion der Parteitag Einspruch erhebt und der Parteivorstand beauftragt wird, dagegen zu wirken. Nun hat man gesagt, daß diese Resolution nur auf die Parteidiskussionen zutrifft, nicht aber auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Ich glaube, daß niemand bei der Beschlußfassung über diese Jenaer Resolution an diese Auslegung gedacht hat (Sehr richtig!), sondern daß es als selbstverständlich erachtet wurde, daß diese Grundsätze auch für Polemiken gegenüber den Gewerkschaften gelten. Aber selbst, wenn das unzutreffend wäre, auch dann wäre die Art der Polemik, wie sie von den beiden zitierten Parteiblättern geführt worden ist, ganz entschieden zu verurteilen. Denn wir haben bisher in dem Kampfe der Meinungen innerhalb der Partei und gegen andere Parteien die Grundsätze aufrecht erhalten, die schon in dem Statut der Internationale von 1864 niedergelegt wurden und die 1891 in Erfurt ganz ausdrücklich bestätigt wurden, wonach Wahrheit, Recht und Sitte die Grundlagen sein sollen für das Betragen allen Mitmenschen gegenüber ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis und Nationalität. Diese Grundsätze der alten Internationale sind niemals verleugnet worden. Deshalb hätte man auch nicht kommen und in persönlicher, gehässiger Weise eine Funktionärversammlung so angreifen dürfen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand diesen Ton der Angriffe rechtfertigen wird.

Nun wurde allerdings erklärt, daß auch in der Gewerkschaftspresse Aeußerungen laut geworden sind, die mindestens ebenso stark gegen diese Resolution verstoßen, und die ebenso scharf verurteilt werden müssen. Das gebe ich ohne weiteres zu. Wir haben in jener gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission auch diese Dinge besprochen und mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß in der Gewerkschaftspresse Aeußerungen geschehen sind, die die allerschärfste Rüge verdienen. Ich will nur darauf hinweisen, daß es zum Beispiel in einem Berichte aus Essen in Nr. 87 des „Korrespondent" heißt: „Pfui Teufel über solches Demagogengeschmeiß! Diese Drachentöter mit dem Strohhalm aus beiden Lagern scheinen anstatt des Kopfes mit Verstand eine Konservenbüchse mit Dörrgemüse auf den Schultern zu tragen, die beim Klange des Wortes Buchdruckerverband wild zu rasseln beginnt." Das stellt alles in den Schatten, was in der Parteipresse gesagt worden ist. Ich bedauere es außerordentlich, daß solche Aeußerungen gefallen sind. Angesichts eines solchen Tones kann man sich nicht wundern, wenn auch von der Gegenseite über die Schnur gehauen wird.

Nun wurde weiter behauptet, daß wir mit unserem Zirkular die Absicht gehabt hätten, der Parteipresse in Gewerkschaftsfragen einen Maulkorb

umzuhängen, und daß wir damit die Unabhängigkeit der Parteipresse antasten wollten. Wer unseren Verhandlungen beigewohnt hat, der kann feststellen, daß davon ganz und gar nicht die Rede sein kann. Wir haben mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß die Freiheit der Kritik der Parteipresse gewährleistet werden muß, soweit sie sich in anständigen Formen hält. Wo würden wir auch hinkommen, wenn wir anders verfahren würden. Wir würden dann zu dem Zustande kommen, daß die Parteipresse schlechter gestellt wäre, als die Gewerkschaftspresse, weil diese sich das Recht nicht hat nehmen lassen, auch in solchen Situationen ihre Meinung zu äußern. Ich erinnere an die bekannten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung" beim Scherl-Konflikt. Wir können aber der Parteipresse nach dieser Richtung hin gar keine Vorschriften machen, weil ja die einzelnen Parteiorgane die Publikationsorgane der örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen sind. Es ist gemutmaßt worden, daß eventuell auf der kommenden Redakteurkonferenz Beschlüsse gefaßt werden sollen, die die Rechte der Parteipresse beschneiden. Das kann schon deshalb nicht der Fall sein, weil wir immer daran festgehalten haben, daß alle diese Konferenzen keine Beschlüsse zu fassen haben, sondern nur der Aussprache und Verständigung dienen sollen. Es besteht keine Veranlassung, von diesem Grundsatz abzugehen. Genosse Kautsky hat in der „Neuen Zeit" ausgeführt, daß wir auf eine schiefe Ebene kämen, wenn wir anfingen, die Parteipresse zu zensurieren. Ja, so liegen doch die Verhältnisse nicht. Wir haben in den letzten Jahren schon mehr wie einmal, wenn uns ein Parteigenosse um ein Urteil über Angriffe ersuchte, die von Parteiblättern gegen ihn gerichtet worden waren, die betreffenden Blätter zensurieren müssen. Etwas Bequemeres gäbe es für die Parteileitung natürlich nicht, als in solchen Fällen sagen zu dürfen, wir sind nicht in der Lage, ein derartiges Urteil abzugeben. Wir haben das bisher nicht getan und glaubten damit im Sinne der Parteigenossen zu handeln. Das sogenannte Geheimzirkular war durchaus nicht ein Zirkular, das aus dem Handgelenk heraus erlassen wurde, sondern der Parteivorstand hat genau erwogen, was in dem vorliegenden Falle zu tun war. Er hat nur die Jenaer Resolution zur Grundlage der Rügen genommen. Wir haben auch erst veranlaßt, daß in der Erklärung der Generalkommission die beiden Parteiblätter, die sich durch diesen gehässigen Ton ausgezeichnet haben, mit Namen genannt wurden, damit nicht andere in falschen Verdacht kamen. Das Ganze war wohl überlegt. . ." (S. 190 ff.)

Dittmann-Solingen:

„. . . In der Frage des Geheimzirkulars liegen die Dinge so, daß der Parteivorstand sich direkt von der Generalkommission hat schieben lassen. Der Ausdruck ist nicht zu kraß, ich werde den dokumentarischen Nachweis führen. Es kann mir nicht einfallen, auf den Scherl-Konflikt selbst einzugehen und auf die sonstigen dabei in Frage kommenden Details. Unser Blatt, die „Bergische Arbeiterstimme", hat bis zur Veröffentlichung der Resolution der Gauvorsteherkonferenz überhaupt keine besondere Stellung eingenommen, und wir wurden zur Stellungnahme erst durch folgenden Passus dieser Resolution veranlaßt: „Die Konferenz erblickt in der ungehörigen Art, in der einige sozialdemokratische Parteiorgane das Urteil des Tarifamts, sowie die Stellungnahme des Verbandsvorstandes glossierten, einen neuen Beweis für die abfällige Beurteilung, deren sich die Buchdrucker seit Jahren von dieser Seite zu erfreuen haben. Sie bringt zum Ausdruck, daß eine solche Einmischung in interne Organisationsfragen nicht im Interesse der Arbeiterschaft liege und deshalb zurückgewiesen werden muß." In diesem Satze liegt nicht mehr und nicht weniger als das Verlangen, daß die Parteipresse sich überhaupt jeder Kritik an den Handlungen der leitenden Gewerkschaftsinstanzen zu enthalten habe. Und gegen ein derartiges Verlangen mußte die Parteipresse im Interesse ihrer Würde und im Interesse der Arbeiterklasse selbst Stellung nehmen. (Sehr richtig!) . . . Was war der Kern der Sache? Die „Holzarbeiterzeitung", eines der angesehensten Gewerkschaftsorgane, hat in einer ihrer letzten Nummern geschrieben: „Wir wollen doch die Standpunkte nicht verwischen. Es ist uns nicht eingefallen, das Tarifamt deshalb zu tadeln, weil es bemüht war, dem Tarif Anerkennung zu verschaffen. Hätte das Tarifamt nach gewissenhafter Prüfung entschieden, daß die Arbeiter tarifbrüchig geworden seien, dann hätten sie eben die Folgen ihrer Schuld zu tragen gehabt und es wäre schwerlich einem außerhalb des Verbandes Stehenden eingefallen, das Urteil zu kritisieren. Es ist ausschließlich jener Passus des Urteils, durch welchen der Unternehmer ermächtigt wurde, die Vertrauensmänner der Arbeiter zu maßregeln,

der unsere Kritik herausfordert, und es bleibt uns noch heute unbegreiflich, wie geschulte Gewerkschaftler ein solches Vorgehen billigen können." . . . Nach dem Geheimerlaß und dem Zirkular der Generalkommission mußte es scheinen, als ob die „Bergische Arbeiterstimme" den Deutschen Buchdruckerverband „eine gelbe Streikbrecherorganisation" genannt hätte. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" hat wochenlang Nummer für Nummer diese Behauptung aufgestellt und den Verbandsmitgliedern in sämtlichen Filialen dies suggeriert. Seit langem bringt er Artikel gegen die „Bergische Arbeiterstimme", gegen die „Freie Presse" in Elberfeld, gegen die „Essener Arbeiterzeitung" usw. Wollte man alle diese Spalten ausschneiden und zusammenkleben, es gäbe einen papiernen Lindwurm von der Länge dieses Saales — lauter Schimpfartikel gegen die Partei, vollgepfropft mit den saftigsten und knotigsten Ausdrücken, formale Beleidigungen, wie sie kein einziges Parteiblatt gegen eine Gewerkschaft überhaupt jemals gebraucht hat. (Zustimmung.) Die „Bergische Arbeiterstimme" hat vier Punkte festgestellt, von denen ihre Kritik ausgeht: 1. Die tarifwidrige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, 2. die Maßregelung der Verbandsvertrauensmänner, 3. die Verfemung der gewerkschaftlichen Solidarität und 4. die Aufforderung der Verbandsleiter zum Streikbruch. Von diesem Standpunkt sind, dem Sinne nach, auch die „Holzarbeiterzeitung" und eine Reihe anderer Gewerkschaftsblätter ebenfalls ausgegangen. Die „Bergische Arbeiterstimme" hat gesagt: „Wenn solche Handlungen, wie sie sich die leitenden Instanzen des Buchdruckerverbandes haben zuschulden kommen lassen, bisher von Hirsch-Dunckerschen, Christen, Gelben vorgekommen sind, so war die ganze Partei- und Gewerkschaftspresse einig in der Verurteilung dieser Vorgänge." Und in der Kritik, auf die es ankommt, da ist von uns gesagt: „Der Beschluß der Gauleiter-Konferenz wird in der ganzen freiorganisierten Arbeiterschaft jedenfalls lebhaftes Befremden und schärfste Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmet den Geist eines unerträglichen Bureaukratenabsolutismus, der jede solidarische Handlung der Mitglieder als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Fetischkultus treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmertums fühlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Mitglieder des Buchdruckerverbandes diesen Beschluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit der neuen Tarifrevision eine schwere innere Krisis durchzumachen haben wird, dank dem Unverstand seiner führenden Elemente." (Die Redezeit ist abgelaufen, sie wird aber durch Zuruf verlängert. Bebel ruft: Für alle!) Die Sprache der Gauvorsteher-Resolution also, die Art, wie in ihr mit den Mitgliedern geredet wird, das hat die „Arbeiterstimme" gekennzeichnet. Aus der Gauvorsteher-Resolution klingt zweierlei heraus. Erstens eine Unterwürfigkeit nach der Unternehmerseite: „Zu Befehl, alleruntertänigster Diener, Herr Kommerzienrat Büxenstein"; und andererseits ein barsches und herrisches: „Duck dich, kusch!" den eigenen Verbandsmitgliedern gegenüber. Diese Sprache ist empörend und hat auch die Kritik der „Bergischen Arbeiterstimme" herausgefordert. Man kann sagen, sie sei scharf, schroff, kraß, aber sie war trotzdem eine durchaus sachliche Stellungnahme. (Glocke des Vorsitzenden.) Die Zeit gestattet es mir nicht mehr, darauf einzugehen. Ich muß deshalb abbrecken, aber ich bitte Sie, das eine im Auge zu behalten: es kommt darauf an, daß nicht durch die leitenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung ein Druck ausgeübt wird auf die Parteipresse, die notwendige Kritik an der Arbeiterbewegung, auch die notwendige Kritik an der Gewerkschaftsbewegung zu unterbinden. (Lebhafter Beifall.)" (S. 209 ff.)

Oskar Hoffmann-Elberfeld:

„ . . . Es ist bezeichnend, daß man mit Rücksicht auf die politische Situation sachliche Kritik nicht mehr dulden will. Wundern muß man sich, daß der Parteivorstand jetzt erst zu einer solchen Maßnahme, wie es das Geheimzirkular darstellt, greift, wo doch der „Korrespondent" seit wer weiß wie vielen Jahren in der schärfsten Weise gegen die Arbeiterpresse polemisiert, in einer Weise, die manchmal unter jeder Kritik ist. Gerade in diesem Fall kann man die Rolle des Parteivorstandes nicht schön nennen. Die Generalkommission fühlt sich da in einer weit besseren Rolle, sie sucht die Interessen ihrer Beamten in jeder Form zu vertreten, aber der Parteivorstand desavouiert seine Parteipresse. Man kann doch nicht sagen, daß die Kritik nicht sachlich war. Selbst der „Korrespondent" sagt, daß die andere

Parteipresse, die sich nicht so ausgedrückt habe, wie die „Bergische Arbeiterstimme", die „Freie Presse" usw., noch weit gefährlicher für den Buchdruckerverband sei. Da muß der Parteivorstand eine andere Sprache reden und von der Generalkommission verlangen, daß die Gewerkschaftsblätter das auch beachten. . . ." (S. 211 f.)

Ledebour-Berlin:

„Ueber die letzten Fragen, die meine beiden Vorredner erörtert haben, will ich nur einige Worte sagen. Der Kern der berechtigten Beschwerden der Parteipresse — nicht des Parteivorstandes —, sondern der Parteipresse gegen den Vorstand, ist, daß er dieser Rüge seine Zustimmung gegeben hat, durch die nicht bloß der schlechte Ton der Parteipresse gerügt, sondern überhaupt die Kritik an der Gewerkschaftsbewegung unterbunden werden soll. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist darin ausdrücklich gesagt, daß die „Essener Volkszeitung" allerdings vorsichtig genug gewesen sei, im Ton nicht zu verstoßen, daß sie aber dem Sinne nach verletzende Kritik geübt habe, und das sei nicht zulässig. Es ist nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht der Parteipresse, an allen Dingen öffentlich Kritik zu üben, die die Arbeiterbewegung berühren, und auch an Vorgängen, wo so gegen den Geist der Solidarität des Proletariats gesündigt ist, wie in der Angelegenheit der Buchdrucker. . . ." (S. 212.)

Legien:

„. . . Dittmann sagte, der Parteivorstand befinde sich in Abhängigkeit von der Generalkommission. Sehr schmeichelhaft für die Generalkommission. Wenn aber jemals zwei Körperschaften loyal miteinander verhandelt haben, so gilt das von diesen beiden Organisationen. Wenn aber der Vorstand gewissermaßen in einzelnen Fragen unsicher wird, so liegt das an der Behandlung, die ihm von einem Teil der Parteipresse und von gewissen Delegierten auf dem Parteitage hier zuteil wird. (Sehr richtig!) Sehen Sie sich die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses an. Dort werden die Generalkommissionsmitglieder, denen man das Vertrauen geschenkt hat, nicht so behandelt, wie das hier dem Parteivorstand geschieht. (Hört! Hört! und Zustimmung.) Wenn Sie das Gefühl haben, als fehle beim Parteivorstand etwas, dann schieben Sie es auf die Art der Polemik in der Presse und auf die Angriffe hier auf dem Parteitage. Was das Geheimzirkular anlangt, so wiederhole auch ich: Es hat völlig ferngelegen, der Parteipresse irgendwelche Vorschriften zu machen oder sie zu zensurieren. Ein Teil der Presse hat sich gegen den Beschluß der Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes gewendet. (Dittmann: Nur gegen die Sprache dieses Beschlusses!) Der Beschluß liegt vor und nicht die Sprache. Der Beschluß ist von der Gauvorsteherkonferenz gefaßt worden. Alles, was Sie dagegen gesagt haben, richtet sich gegen die Organisationsleitung. (Dittmann: Das ist ja Unsinn!) Wenn Sie solchen Unsinn schreiben, dann ist das nicht meine Schuld. (Große Heiterkeit. — Dittmann: Ich meinte Ihre Ausführungen.) Selbst der Gewerkschaftskogreß lehnte es ab, irgendeine Entscheidung in dieser Sache zu treffen. Er erklärte, dritte Stellen haben sich in dieser kritischen und so heiklen Angelegenheit des Urteils zu enthalten, bis die Organisationsinstanzen gesprochen haben. Es handelt sich tatsächlich um eine Angelegenheit, die für unsere gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit und die Einheitlichkeit der Handlungen der einzelnen Organisationen, besonders des Buchdruckerverbandes, von einschneidender Bedeutung sein wird. Glauben Sie, daß diese Gauvorsteherkonferenz in der Luft schwebt? Hinter ihr stehen die Mitglieder des Buchdruckerverbandes. Wenn man die Schwierigkeiten, in denen die Organisation sich infolge dieses Konfliktes befindet, nicht kennt, dann soll man die Finger von solchen Schreibereien lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Generalkommission hatte beschlossen, im Interesse der Gewerkschaften mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Preßangriffe vorzugehen. Ein großer Preßkonflikt wäre entstanden. War das praktisch angesichts der Reichstagswahlen? Darum hielt sich die Generalkommission für verpflichtet, entsprechend der Mannheimer Vereinbarung dem Parteivorstand von dieser Absicht Kenntnis zu geben. Sie übermittelte ihm das, was sie veröffentlichen wollte. Der Vorstand erklärte aber: „Tut es nicht!! Wir bekommen sonst einen Riesenskandal. Wir glauben, wenn wir ein Zirkular an die Presse richten, dann wird die ganze Angelegenheit erledigt sein!" Nun kommen einzelne Delegierte und machen dem Vorstand Vorwürfe, obgleich er in der besten Absicht gehandelt hat. Auch die Gewerkschaftspresse

hat sich in der Frage des Buchdruckerstreiks große Zurückhaltung auferlegt. Auch die „Holzarbeiter-Zeitung" hatte nicht das Recht zu ihrem Urteil, weil auch ihr die Unterlagen fehlten. Wir wenden uns entschieden gegen die Art, mit der man gegen die Gauvorsteherkonferenz vorging, wie man den Verband angriff. (Dittmann: Nicht den Verband!) Die Gauvorsteherkonferenz ist die Instanz, die in der strittigen Frage zuerst zu entscheiden hatte. (Dittmann: Das ist aber nicht der Verband!) — Dann ist es ja kein Wunder, wenn solche Differenzen zustande kommen, wenn derartige Redakteure in unseren Parteizeitungen sitzen, die nicht einmal mit den einfachsten Organisationsfragen vertraut sind. — Ich habe Ihnen in aller Kürze dargestellt, wie sich die Vorgänge vollzogen haben, aber Sie müssen gerade hienach zu der Erkenntnis kommen, daß der Parteivorstand in diesem Falle entsprechend der Mannheimer Vereinbarung gehandelt und zweifellos den besten Willen gehabt hat, im Interesse der Partei zu handeln. Soweit ich die Tätigkeit des Parteivorstandes beurteilen kann, müssen wir ihm auf allen Gebieten dieses Zeugnis ausstellen, und es ist sehr unangebracht, in dieser Weise gegen den Parteivorstand zu operieren. (Lebhafter Beifall.)" (S. 226 f.)

Wels-Berlin:

„Die Ausführungen Legiens, die auf das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft hinausgehen, finden wohl den ungeteilten Beifall der ganzen Partei. Ich betone, es ist eine zwingende Notwendigkeit, daß in allen Bezirken des Reiches das Zusammenarbeiten, wie es uns hier als zwischen Parteivorstand und Generalkommission bestehend geschildert wird, eintreten möchte. So werden eine ganze Reihe schiefer, falscher Auffassungen und Zwistigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Nur dadurch kann man aber auch in gewerkschaftlichen Kreisen zur objektiven Kritik der Parteipresse kommen. (Sehr richtig!) Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" hat uns ja längst so sehr an seine Angriffe gewöhnt, daß sie kaum noch wirken. Der „Vorwärts" hat sich beim Scherl-Konflikt zurückhaltend benommen, und er fand den ungeteilten Beifall des größten Teiles der Berliner Gewerkschaftler. Er prüfte erst objektiv, mußte aber als Berliner Organ im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung Stellung nehmen, und er tat dies gerecht und unter Berücksichtigung all der großen Schwierigkeiten, die in dieser Frage namentlich der Buchdruckerorganisation erwachsen sind. Trotzdem ist auch der „Vorwärts" mit anderen Blättern in einen Topf geworfen worden. Organisationsschädigende Kritik hat man gewiß nicht im „Vorwärts" gefunden. (Beifall.) . . ." (S. 228.)

Dißmann-Hanau:

„. . . Müller hat heute morgen das Geheimzirkular erwähnt und treffend auch der Gegenseite gedacht, indem er einige Sätze aus dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" verlesen hat. Wenn Parität beim Geheimzirkular gehalten worden, dann wäre sicherlich die Aufregung in keiner Weise vorhanden gewesen. (Sehr richtig!) Wäre das, was Müller heute morgen mündlich hinzufügte, bereits im Zirkular enthalten gewesen, dann wäre nach meiner Meinung ein großer Teil der Aufregung nicht entstanden. (Sehr wahr!) Es wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß wir besonders nach dem Beschluß von Mannheim alles daran setzen müssen, das einträchtigliche Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft zu fördern. Es wird hüben und drüben einmal über die Hutschnur gehauen, und der Stimmen sind bekanntlich nicht wenige, daß das auch im „Korrespondenzblatt" der Generalkommission mal vorgekommen ist. Wenn man also glaubte, eine Mahnung an die Parteiredaktionen zu richten, dann hätte man in der Mahnung auch der anderen Seite gedenken müssen. . . ." (S. 234.)

Dr. Laufenberg-Hamburg:

„. . . Man versteht wohl, wenn in den Kreisen der Angestellten der Gewerkschaften Empfindlichkeit herrscht, wenn sie in dieser oder jener Frage, die ihnen vielleicht in den eigenen Reihen Schwierigkeiten macht, angegriffen werden. Aber es darf nicht verkannt werden, daß wir uns in einer Zeit großer wirtschaftlicher und damit auch organisatorischer Umwälzungen befinden. Da ist es unbedingt notwendig, daß die Parteipresse sich über die obschwebenden Fragen äußert und ebenso die Gewerkschaftspresse. Dieses Recht dürfen wir unter keinen Umständen verkümmern lassen. Speziell Legien gegenüber möchte ich bemerken, daß

unter allen Umständen das Recht der Presse aufrecht erhalten werden muß, sich zur Sache, den Personen und ihren Beschlüssen zu äußern. Wenn nun die Ausführungen des Solinger Blattes angegriffen worden sind, so hätte auch ich gewünscht, daß dessen Redaktion eine andere Form des Ausdrucks gefunden hätte. Aber es darf doch auch nicht verkannt werden, daß die Stellung zur Tariffrage, wie sie die Gauvorsteherkonferenz der Buchdrucker eingenommen, im Westen seit langen Jahren seitens der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zur Begründung der eigenen Daseinsberechtigung dient. Wenn nun der Parteivorstand glaubte, in diesem Falle eine väterliche Ermahnung an die Presse richten zu sollen, so glaube ich kaum, daß sie in Anbetracht der Umstände viel gefruchtet hat. Vor allem muß bei derartigen Ermahnungen die volle Parität gewahrt werden. . . ." (S. 235.)

Dittmann-Solingen:

„. . . Ich verzichte darauf, auf Einzelheiten der Angelegenheit des Geheimzirkulars noch weiter einzugehen. Es ist um so dringender notwendig, daß die Parteipresse Kritik an den Maßnahmen der Gewerkschaften übt, als leider bei diesen im Laufe der letzten Jahre die Kritik in der Verbandspresse außerordentlich eingestellt worden ist. (Hört! hört!) In früheren Jahren hat man auch in den Gewerkschaften den Standpunkt vertreten, daß auch das Verbandsorgan unabhängig der Zentralleitung gegenüberstehen müsse; heute aber haben sich die Dinge vielfach so entwickelt, daß Verbandsvorstand und Verbandsorgan eine gemeinsame Politik verfolgen und diese Politik unter allen Umständen durchzusetzen suchen. Gerade dadurch entsteht vielfach die Rebellion unter den Mitgliedern der Gewerkschaften. Sie haben das Empfinden, nicht zum Wort kommen zu können, und gerade beim Buchdruckerkonflikt ist das wieder zutage getreten. Wochenlang hat der Buchdrucker-„Korrespondent" stets nur Artikel veröffentlicht, die dem Standpunkt der Zentralinstanzen entsprachen. Die Buchdrucker haben in ihrer Masse Beschwerde erhoben, daß die Stimme der Opposition nicht zu Worte gekommen ist, und es wäre daher um so schlimmer, wenn auch in der Parteipresse solche Meinungsäußerungen unterdrückt würden. Es ist im Gegenteil die Pflicht der Parteipresse, sich auch mit den internen Angelegenheiten der Gewerkschaften zu befassen und rücksichtslos auszusprechen das, was ist. Nur dadurch kann verhindert werden, daß sich Explosionsstoff in den Gewerkschaften ansammelt, der dann einmal unliebsame Katastrophen im Gefolge haben kann. Es war außerordentlich kurzsichtig vom Parteivorstand, glauben zu wollen, daß es möglich sein würde, die ganze Angelegenheit geheim behandeln zu können. Der „Grundstein", das Verbandsorgan der Bauarbeiter, hatte bereits öffentlich den Parteivorstand aufgefordert, einzugreifen, der „Korrespondent" hatte sich angeschlossen und ebenso der Verbandsvorstand der Buchdrucker, der ja einen förmlichen Antrag an die Generalkommission gestellt hatte. Da konnte doch von Geheimbleiben keine Rede mehr sein. Das Eingreifen des Parteivorstandes wäre sehr bald öffentliches Geheimnis, mindestens im Buchdruckerverbande, geworden, der Parteivorstand hätte sich sagen müssen, es ist nicht möglich, die Geheimhaltung durchzusetzen, und er hätte seine Finger davon lassen sollen. — Aber ich will nicht weiter darauf eingehen und mich auch nicht aufregen über die Rede Legiens. Ich will nur das eine betonen, daß mich auch Legien in keiner Weise bekehrt hat und ich nach wie vor den Standpunkt vertrete, daß die leitenden Instanzen einer Gewerkschaft nicht mit dem Verbande identisch sind, nicht mit der Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder, und wenn man die leitenden Instanzen kritisiert, so kritisiert man damit noch lange nicht alle Verbandsmitglieder und die Gesamtorganisation. Ein anderer Standpunkt führt zu dem absolutistischen Bekenntnis Ludwigs XIV: „Der Staat bin ich." (Sehr gut!) Das ist die Konsequenz des Standpunktes von Legien. Dahin sollen wir es in Gewerkschaft und Partei nicht kommen lassen. Auch die leitenden Instanzen müssen der Kritik unterstehen und es gibt Situationen, in denen die Kritik an den Führern notwendiger ist als die an den Massen. (Beifall.)" (S. 241 f.)

Adolf Hoffmann:

„Legien erklärte gestern, eine Kritik des Parteivorstandes bezüglich des Geheimerlasses wäre hier nicht notwendig gewesen. Diese Kritik war aber nicht nur

unser gutes Recht, sondern unsere Pflicht. Wenn der Parteivorstand in diesem Zirkular Licht und Schatten in der gehörigen Weise verteilt hätte, dann wäre viel Aufregung erspart worden und viele Worte wären hier überflüssig gewesen. Auch die Gewerkschaftspresse muß das halten, was man von der Parteipresse verlangt. Wir sind hier ohne Ausnahme alle der Meinung, daß Partei und Gewerkschaft zusammenarbeiten müssen. Aber auch jede Kritik ist berechtigt und notwendig, wenn sie sich in den Formen hält, daß ein Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft nicht unmöglich gemacht wird. Aber diese Formen müssen auch auf beiden Seiten gewahrt werden. Und wenn ein Rüffel notwendig wird, dann muß er auch nach der anderen Seite erteilt werden, weil man ja nachher nicht mehr weiß, welches Karnickel eigentlich angefangen hat ..." (S. 242.)

Göllner-Frankfurt a. M.:

„... Einige Worte zur Buchdruckerfrage. Hier wäre unseren Redaktionen dringend Reserve zu empfehlen. Hätten sie in den neunziger Jahren in der Tariffrage schon auf dem Standpunkt gestanden, wie wir heute alle stehen, so wäre uns mancher Kampf mit den Buchdruckern erspart geblieben. Aehnlich liegen die Dinge auch gegenwärtig. Innere gewerkschaftliche Angelegenheiten soll man den betreffenden Instanzen selbst zur Entscheidung überlassen ..." (S. 246.)

Knauer-Sonneberg:

„... Ebert hat gestern den Dank an die Genossen ausgesprochen, die in der Parteipresse sitzen, und dazu gehören doch auch die in so unerhörter Weise Angegriffenen. Die Freiheit der Presse muß unbedingt auch gegenüber den Angriffen aus Gewerkschaftskreisen gewahrt bleiben. War Anlaß zum Tadel, so mußte er nach beiden Seiten gerichtet werden. Man tut immer so, als ob die Genossen auf der rechten Seite allein Gewerkschaftler sind und die gewerkschaftliche Taktik in Erbpacht genommen haben. Man soll doch nicht vergessen, daß die scharfen Angriffe aus gewerkschaftlichen Kreisen von Leuten ausgehen, die gar nicht Parteigenossen sind. (Sehr richtig!)" (S. 246 f.)

Luise Zietz:

„... Es ist vor allen Dingen bemängelt worden, daß der Vorstand bei dem Rat an die politische Presse: in parteigenössischer Weise Differenzpunkte zum Austrag zu bringen, nicht die Parität gewahrt hat, indem er den Rat nicht auch an die Gewerkschaftspresse richtete. In unserer Sitzung wurde aber auch in der allerschärfsten Weise an den Auslassungen der Gewerkschaftspresse Kritik geübt, die wir nach Ton und Inhalt zu verurteilen hatten. In schärfster Weise wurde die Haltung des Buchdruckerorgans, des „Korrespondenten", kritisiert. Silberschmidt, der anwesend war, wird das bestätigen. In nachdrücklichster Weise wurde hervorgehoben, daß nicht nur in der jüngsten Zeit, sondern auch früher jahrelang vom „Korrespondenten" nicht Kritik geübt, sondern unsere Partei heruntergerissen worden ist. (Sehr richtig!) Das hat die allerschärfste Zurückweisung erfahren. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Angriffe uns bei unserer Aktion außerordentlich geschadet haben. Ich stelle fest, daß daraufhin ausdrücklich von dem Vertreter der Buchdrucker erklärt worden ist, daß, nachdem dieser Rat an die Presse gegeben worden war, es ganz selbstverständlich sei, daß der „Korrespondent" seine Angriffe gegen die Partei unterlasse und einstelle. Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn diese Vorkommnisse erwähnt worden wären. (Sehr richtig!) Man mag das als eine Unterlassungssünde bezeichnen. (Sehr richtig!) Ich will das gar nicht verteidigen, aber Sie dürfen nicht den Eindruck haben, als ob der Vorstand nicht für das Interesse und das Recht der politischen Redaktionen eingetreten sei. Das ist in ausgiebigster Weise geschehen. Ich bin aber allerdings im Gegensatz zu Laufenberg der Meinung, daß Ratschläge des Parteivorstandes, die sich noch dazu auf Parteitagsbeschlüsse stützen, beachtet werden sollen. Es wäre ja sehr schlimm, wenn solche Hinweise, die etwas Gutes wollen, nicht beachtet würden. Ich bedauere, daß das Zirkular veröffentlicht und diskutiert worden ist, aber ich hoffe, daß man hüben und drüben nun etwas mehr in genössischem Sinne arbeiten wird. (Beifall.) ..." (S. 254.)

Weber-Griesheim:

„... Ich habe es immer freudig empfunden, wenn seitens der Parteipresse unseren Gewerkschaftsführern gezeigt wurde, wie das proletarische Klassenempfinden geweckt wird, anstatt es einzulullen ..." (S. 260.)

Klara Bien-Berlin:

„... Dittmann entrüstet sich über den Geheimerlaß. Es wäre besser gewesen, wenn man abgewartet hätte, bis die Organisationen zur Buchdruckerfrage Stellung genommen hätten. Ich bin Buchdruckereihilfsarbeiterin, und wir waren bei diesem Streik außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre besser gewesen, wenn die Parteipresse sich mehr Reserve auferlegt hätte. Auch die Buchdruckereihilfsarbeiter und -hilfsarbeiterinnen haben eine Gauvorsteherkonferenz gehabt. Dort wurde dasselbe Resultat gezeitigt, wie in der Buchdruckerkonferenz. Die Parteipresse hatte die Pflicht, sich zu fragen, ob sie mit ihren Angriffen die Gewerkschaften nicht schädigte. Es war aber durchaus schädlich, weil wir im Buchdruckergewerbe vor einer Revision unserer Tarife stehen. Man schimpft auf den Verband der Buchdrucker, hat aber keine Veranlassung dazu. Ueberall, wo es galt, haben die Buchdrucker ihre Solidarität bewiesen. (Bebel: Sehr richtig!) Man hat die Buchdrucker außerordentlich befehdet, als sie den Tarifvertrag eingingen. Heute sehen wir das Schauspiel, daß alle Gewerkschaften die Tarifgemeinschaft anstreben. Sie ist nicht das Schlechteste, sie ist aber nur den Verbänden möglich, die gut organisiert sind und einen Machtfaktor bilden. In der Sache Scherl hätten sich die Parteiblätter zurückhalten müssen und warten sollen, bis die Gewerkschaften gesprochen hatten. Sie haben gesprochen. Die Vorstände sind zusammengetreten und haben ihre Meinung geäußert. Also ist die Sache für die Partei erledigt. (Beifall.)" (S. 261.)

Müller (Schlußwort):

„... Man fragte, warum der Vorstand nicht bloß die Parteiblätter in Solingen und Elberfeld, sondern auch das in Essen gerügt hat. Das ist nicht richtig. Aber allerdings war in der nichtveröffentlichen Erklärung der Generalkommission das Essener Blatt auch genannt worden, aber nicht wegen seiner gehässigen Schreibweise, sondern weil der Geschäftsführer am 13. Juni dem Tarifamt mitgeteilt hatte, daß in Essen ähnliche Differenzen im Betriebe gewesen seien wie in Berlin. Als dann die Redaktion am 10. August bei uns anfragte, ob auch sie getroffen werden solle, schrieb ich ihr postwendend zurück, sie falle nicht unter die Blätter mit gehässiger Schreibweise. Das ganze Zirkular hatte überhaupt weniger den Zweck, die beiden Parteiblätter zu rügen, als vielmehr im Sinne der Jenaer Resolution zu verhindern, daß solche Schreibweise noch weiter einreißt. Der Zweck war ein prophylaktischer, und es kann nicht die Rede davon sein, daß die Parteiblätter im Stich gelassen sind. Im Gegenteil sollten sie Gelegenheit haben, auf der Redakteurkonferenz ihren Standpunkt gegenüber der Generalkommission eingehend zu wahren ..." (S. 268.)

In Chemnitz **1912** kam Dr. Laufenberg-Hamburg auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen:

„... Der langjährige Kampf zwischen der Berliner und Kölner Richtung im Zentrum ist Ihnen ja allen bekannt. Auf die dogmatische Grundlage dieses Kampfes will ich hier nicht eingehen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß die Entwicklung des dogmatischen Lehrgebäudes des Klerikalismus abgeschlossen ist, abgeschlossen in durchaus kapitalistischem Sinne durch die Lehrtätigkeit, die vor allem der verstorbene Papst Leo XIII. entwickelt hat. Dieser Abschluß richtet sich nicht nur gegen die sozialistische Weltanschauung als solche, sondern in hervorragendem Maße auch gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung, gegen die Streiks. Die christlichen Organisationen sind entstanden zu einer Zeit, wo jener dogmatische Abschluß des Lehrgebäudes bereits geschehen war. Sie gerieten dadurch, daß sie für sich das Streikrecht vindizierten, von Anbeginn in eine Zwitterstellung. Durch den letzten Bergarbeiterstreik ist

nun in der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ein offenbarer Wendepunkt eingetreten. Nach der letzten Stellungnahme Pius X. haben die christlichen Gewerkschaften keine andere Wahl, als sich in allen entscheidenden politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen als Gegner der sozialdemokratischen Organisationen zu betätigen. Darum halte ich es für notwendig, von unserer Seite über die dogmatische Entwicklung im Zentrum mehr Aufklärung zu verbreiten. Ich glaube, es ist notwendig, daß der Parteivorstand sich mit der Frage befaßt, in welcher Weise diese Aufklärung vom historischen und speziell vom theoretischen Gesichtspunkte aus in die Wege zu leiten ist..." (S. 245.)

Nicht genügend unterstützt wurde in Jena **1913** der Antrag 19 (Duisburg):

„Sämtliche in Parteibetrieben anzustellenden sowie für die Partei sonstwie tätigen Personen, wie auch die Abgeordneten usw. haben sich den für sie zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen."

Bei der Debatte über den Vorstandsbericht führte Dittmann-Solingen u. a. aus:

„...Dann zu einer Sache, bei der ich besonders die vornehmlich in unseren Gewerkschaften an führender Stelle stehenden Parteigenossen einen Augenblick um ihr geneigtes Ohr bitten möchte. Es ist viel geredet worden von dem Rückgang unserer Parteipresse. Man hat nach Gründen dafür gesucht. Nun scheint es mir angebracht, auf einen Grund dafür hinzuweisen, der als eine Rückwirkung gewerkschaftlicher Taktik anzusehen ist. Wie lagen die Dinge vor zehn und mehr Jahren? Da waren wir Redakteure der Parteiblätter die Berater und Helfer der gewerkschaftlichen Filialleitungen in den einzelnen Orten in den gewerkschaftlichen Nöten, bei Lohnbewegungen usw. Das alles hat sich gewandelt im Laufe der Zeit. Die Gewerkschaften haben sich konsolidiert, haben einen großen Beamtenapparat geschaffen, die Art der Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen hat sich geändert. Es geht — darüber ist sich jeder, der die Dinge kennt, einig — nicht mehr an, daß etwa die Gewerkschaftsleitungen ihre Taktik auf offenem Markte auskramen können. Aber das hat leider dahin geführt, daß heute weit über das Ziel hineingeschossen wird. Heute gehen die großen Gewerkschaften bei großen Lohnbewegungen so weit, daß sie so gut wie keine einzige Zeile in die Parteipresse hineingeben. Das hat zur Folge, daß die Generalanzeigerpresse sich der Dinge bemächtigt, überall versucht, herumzuhorchen, und in den meisten Fällen sowohl auf Unternehmer- wie auf Arbeiterseite von dem Stand der Dinge etwas erfährt und daß dann unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus der parteilosen Generalanzeigerpresse ihre Informationen über den Stand der Bewegung schöpfen müssen. Das ist in vielen Fällen eingetreten und die weitere Folge ist, daß sich eine Mißstimmung gegen die Parteipresse in den Kreisen der gewerkschaftlichen Mitglieder festgesetzt hat und daß gerade diejenigen, die für die Ausbreitung unserer Parteipresse in den Gewerkschaften arbeiten sollten, die aufgeklärten gewerkschaftlichen Arbeiter, auf unsere Parteipresse schimpfen, anstatt daß sie die Kollegen, die unser Blatt noch nicht lesen, ermuntern, es zu abonnieren. Dadurch wird unserer Parteipresse zu einem guten Teil der Boden abgegraben, und es ist nicht möglich, dann in den Kreisen der Gewerkschaften Abonnenten zu werben. Es liegt mir fern, hier zu verallgemeinern oder gegen irgend jemand einen persönlichen Vorwurf erheben zu wollen. Aber die Dinge liegen tatsächlich so, daß es dringend notwendig ist, zwischen den leitenden Kreisen unserer Partei und den großen Gewerkschaften über diese Frage einmal eine Rücksprache vorzunehmen, ob diesem Uebermaße von Zurückhaltung nicht ein Ende gemacht und dafür gesorgt werden kann, daß unsere Parteipresse auch bei großen Bewegungen die Mitglieder auf dem laufenden hält über die Dinge, die sich vielleicht im geheimen Zirkel abspielen. Ich möchte deshalb bitten, daß man in der Parteiausschußsitzung, in der man, wie vorhin mitgeteilt wurde, über die Parteipresse reden will, auch dieser Frage die ernsteste Beachtung entgegenbringt. Das ist dringend notwendig, sowohl für das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, wie auch für die Ausbreitung der Parteipresse und das Gedeihen unserer Gesamtbewegung. (Bravo!)" (S. 263.)

„Gleichheit". Nach den Parteitagsprotokollen hatte die „Gleichheit":

Ende 1908	M. 15 389.60	Gewinn	77 000	Abonnenten
„ 1909	„ 7 564.98	„	82 000	„
„ 1910	„ 13 239.51	„	85 000	„
1. Juli 1911	„ ?	„	94 500	„
1. „ 1912	„ 11 818.01	„	107 000	„
31. März 1913	„ 12 022.31	„	112 000	„

Der Jenaer Parteitag **1911** überwies den Antrag 37 (11. und 14. sächsischer Wahlkreis): „Den Kreisvereinen oder sonstigen Organisationen, die an ihre weiblichen Mitglieder die „Gleichheit" gratis liefern, den Bezugspreis von 6 auf 4 Pf. pro Exemplar zu ermäßigen", dem Parteivorstand zur Erwägung (S. 277), der im nächsten Jahre berichtete, der Antrag sei berücksichtigt worden.

Auf der 6. Sozialdemokratischen Frauenkonferenz zu Jena **1911** führte Genossin Grünberg-Nürnberg aus:

„... Die „Gleichheit" ist für die Referentinnen geschrieben, aber nicht für das Volk. Nicht der eigentliche Inhalt, sondern die Kinderbeilage hat die „Gleichheit" so außerordentlich beliebt gemacht. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wenn irgend möglich, sollte Genossin Zetkin noch einmal umsatteln (große Heiterkeit) und die „Gleichheit" populärer schreiben. Der hohe Abonnentenstand ist durch die Abonnements der Gewerkschaften hervorgerufen. Es kommt aber nicht auf die Abonnentenzahl, sondern darauf an, daß die Zeitung gelesen wird. (Zustimmung.) ..." (S. 422.)

Genosse Trinks-Karlsruhe:

„... Ich bin nicht für eine Aenderung des Inhalts der „Gleichheit", sondern dafür, daß von den Provinzial- oder Bezirksparteitagen Frauenbeilagen für die Tageszeitungen geschaffen werden. Die ausgezeichnete Kinderbeilage der „Gleichheit" könnte doch der Parteipresse beigelegt werden ..." (S. 424.)

Genossin Bollmann-Halberstadt:

„... Die Klagen über die „Gleichheit", daß sie für einen Teil der Genossinnen zu schwer verständlich geschrieben sei, werden nie verstummen. Es kann nicht Aufgabe der „Gleichheit" sein, neugewonnene Genossinnen in die Ideen des Sozialismus einzuführen. Dies muß in den gesonderten Zusammenkünften geschehen. Die „Gleichheit" muß daher in ihrer jetzigen Art belassen werden. Es bleibt den dazu talentierten Genossinnen unbenommen, populäre Artikel an die „Gleichheit" einzusenden; Genossin Zetkin fordert ja immer zur Mitarbeit auf." (S. 424.)

Genosse Scheibe-Bochum:

„... Die „Gleichheit", die wir unseren 1500 politisch organisierten Frauen gratis lieferten, ist dem Bedürfnis der arbeitenden Frauen nicht angepaßt. Das geht daraus hervor, daß unsere Frauen selbst in einer stark besuchten Versammlung beschlossen haben, das Obligatorium aufzuheben..." (S. 424 f.)

Vorsitzende Zietz:

„Ich muß richtigstellen, daß die Bochumer Genossinnen das Obligatorium der „Gleichheit" nur abgeschafft haben, weil ihnen vorgerechnet wurde, daß die Partei aus den Beiträgen der Frauen keinen Ueberschuß hat und deshalb das lebendige Interesse der Genossen an der Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder er-

löschen müsse. Die Frauen sollten dafür eine Frauenbeilage des „Bochumer Volksblatts" erhalten und die „Gleichheit" zu einem Vorzugspreise beziehen können ..." (S. 425.)

Genossin Simon-Bremen:

„... Durch die Gratisgabe der „Gleichheit" haben wir ein tüchtiges Agitationsmittel in die Hände bekommen ..." (S. 425.)

Genossin Zetkin:

„... Nun zu dem Lied gegen die „Gleichheit". Die „Gleichheit" ist mit ihren Beilagen organisch verbunden und sie können von ihr nicht losgelöst werden. Die Kinderbeilage ist nicht nur für die Kinder bestimmt, sondern soll auch für die noch Indifferenten zur Erweckung und zur Freude dienen. Auch die „Gleichheit" soll der Erweckung dienen, in der Hauptsache aber der Klärung der grundsätzlichen Auffassung und der Vertiefung der Kenntnisse bereits geschulter Genossinnen. Wollten wir uns nach den Einwendungen von eben erst gewonnenen Genossinnen betreffs der „Schwerverständlichkeit" des Blattes richten, so müßten wir immer von vorn anfangen. (Sehr richtig!) Die Schulung der eben erst in unsere Bewegung Hineingezogenen ist Sache der lokalen Organisation und der lokalen Presse. Gestalten Sie die Lese- und Diskutierabende zu einem Organ der Schulung und Vertiefung aus! Warum schreibt Genossin Grünberg nicht die von ihr vermißten populären Artikel? (Heiterkeit.) Ich würde sie von ihr wie von jeder anderen Genossin mit Kußhand entgegennehmen. Kaum in einem anderen Blatt der Partei treten die Berufsschriftsteller neben den gelegentlich schreibenden Proletarierinnen und Proletariern so zurück, wie in der „Gleichheit". Aber auch die schreibenden Genossinnen schreiten in ihrer Entwicklung fort und schreiben dann nicht mehr so „populär" wie früher. Soll ich sie da von der Mitarbeit ausschließen? (Heiterkeit.) Ich habe nicht ein Amt, sondern eine Meinung, und danach gestalte ich die „Gleichheit". Paßt es Ihnen nicht — ich klebe nicht am Amt. (Bewegung.) ..." (S. 425 f.)

Genossin Agnes-Düsseldorf:

„... Bei der „Gleichheit" habe auch ich oft das Empfinden, daß die neugewonnenen Frauen sie nicht verstehen können; darauf kann aber die „Gleichheit" nicht Rücksicht nehmen, sondern wir müssen die Neugewonnenen schulen und aufklären, damit sie die „Gleichheit" mit Interesse lesen und verstehen lernen." (S. 426.)

Genossin Schlomer-Lübeck:

„... Von der „Gleichheit" sollten wir noch eine kleinere Ausgabe veranstalten, in der die schwierigeren Artikel fortbleiben und für die Anfängerinnen kleine Einsendungen aus dem Leben der Arbeiterinnen gebracht werden. Es fehlt uns ein Frauenblatt im Sinne der „Wiener Arbeiterinnenzeitung" ..." (S. 426.)

Genossin Brandenburg-Hamburg:

„... Die „Gleichheit" wünschen wir so weitergeführt wie bisher. Die Frauen- und Kinderbeilage genügt durchaus zur ersten Erziehung der neugewonnenen Genossinnen ..." (S. 427.)

Genosse Jäckel-Berlin:

„Wir Textilarbeiter haben wegen unserer zahlreichen weiblichen Mitglieder ein ganz besonderes Interesse an der Ausgestaltung der „Gleichheit". Das Lied, das die Genossin Grünberg hier gegen die „Gleichheit" gesungen hat, ist so alt, wie die sozialdemokratische Presse überhaupt. Dieselben Vorwürfe hat man einstmals gegen Lassalle, Bebel und Liebknecht erhoben. Die „Gleichheit" muß bleiben, wie sie ist. Ich sage vielleicht nicht zu viel, wenn ich behaupte, Sie würden heute nicht hier sitzen und in dieser Weise debattieren können, wenn nicht die „Gleichheit" jahrzehntelang durch

prinzipielle Arbeit gewirkt hätte. Im Grunde wird nicht gegen die „Gleichheit“ im allgemeinen protestiert, sondern ihre Tendenz ist es, die vielen nicht paßt. (Sehr richtig!) Man hat auch die Gründung eines gewerkschaftlichen Frauenblattes angeregt. Ich bitte Sie, allen solchen Plänen Widerstand entgegenzusetzen, und konstatiere ausdrücklich, daß der Vorstand des Verbandes der Textilarbeiter mit der Schreibweise und der Tendenz der „Gleichheit“ einverstanden ist. Die Redakteurin Zetkin soll nicht umsatteln, sondern recht fest im alten Sattel sitzen und weiterreiten auf dem alten Weg, und diejenigen, die uns im Wege stehen, werden wir überreiten. (Lebhafter Beifall.)“ (S. 427 f.)

Genossin Grünberg-Nürnberg:

„Ich verwahre mich dagegen, daß meine Ausführungen so ausgelegt werden, als ob darin der Gegensatz radikal und revisionistisch zur Geltung kommen soll. Ich will, daß für die Frauen ein Blatt geschaffen werde, das sie verstehen und auch lesen. Da sollte man nicht von einer bestimmten Richtung reden. Ich bin Sozialistin. Solange ich lebe, werde ich für die Arbeiterinnen arbeiten und werde mir dieses Lebensziel von niemandem verekeln lassen. Die Empfindlichkeit der Genossin Zetkin, wenn man ein Wort gegen die „Gleichheit“ sagt, ist unangebracht. Kritik müssen wir uns alle gefallen lassen und sollen daraus lernen. Vielleicht fragt man einmal die Textilarbeiterinnen, ob sie die „Gleichheit“ gelesen haben. Ich komme täglich mit den Arbeiterinnen zusammen und weiß, daß sie die „Gleichheit“ nicht lesen, selbst die populären Artikel, die zuweilen in der „Gleichheit“ stehen, werden nicht gelesen, sogar nicht von Genossinnen, die bei uns mitarbeiten, weil sie schon gewohnt sind, in der „Gleichheit“ nur Dinge zu finden, die für sie keinen Wert haben, so daß sie das Blatt ohne weiteres beiseite legen. Machen wir uns doch kein X für ein U vor. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ in Wien ist viel populärer geschrieben, und bei uns müßte es auch möglich sein, die weiblichen Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn Genossin Zetkin von mir verlangt, ich soll die populären Artikel schreiben — nun einer kann nicht alles machen. Und wenn man sagt, überhaupt sollte man nicht in so beleidigender persönlicher Weise diskutieren, ja wenn wir unserer Meinung nicht freien Ausdruck geben könnten, dann wäre die Konferenz überflüssig, auf der wir uns doch nach allen Richtungen aussprechen wollen ...“ (S. 428 f.)

Genossin Zetkin:

„Es liegt mir durchaus fern, unserer Freundin Grünberg den Vorwurf ungenügender Tätigkeit für die „Gleichheit“ zu machen. Ich weiß, daß ihre Mitarbeit ein Opfer bedeutet.“ (S. 429.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

91. Bremerhaven und 19. hannoverscher Wahlkreis: „Die Redaktion der „Gleichheit“ wird ersucht, den Inhalt unseres Frauenblattes mehr dem Verständnis der Leserinnen entsprechend zu halten, die Kinderbeilage soll die jetzige Gestaltung und Tendenz beibehalten.“

192. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: „Die Kinderbeilage der „Gleichheit“ ist den Organisationen zu einem billigen Preise abzugeben.“

Scheibe-Bochum:

„... Der Antrag 192 wünscht, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit“ an die Organisationen zu billigerem Preise abgegeben wird. Man hat früher einmal gesagt, wer die Kinderbeilage will, der soll die „Gleichheit“ selbst halten. Aber es kommt uns nicht darauf an, die ausgezeichnet redigierte Kinderbeilage lediglich denjenigen Genossinnen und ihren Kindern zugänglich zu machen, die sich schon zum Abonnement auf die „Gleichheit“ durchgerungen haben, sondern auch denen, die noch nicht so weit sind. Bei dem ungeheuren Wulst von religiösem und bürgerlichem Lesestoff für die Kinder müssen wir etwas bieten, und ob man nun

ein besonderes Kinderblatt schafft oder nur den Titel der Kinderbeilage ändert, das ist eine taktische Frage. Genosse Rühle gibt vom 1. Oktober ab ja eine Korrespondenz heraus, Anweisungen an die Eltern, die Erziehungsfragen betreffend. Dann wird es notwendig sein, um den Anregungen von Rühle in weitgehendstem Maße Folge leisten zu können, Stoff für unsere Kinder zu bieten. Wir müssen den Eltern, denen wir Anweisung für die Erziehung unserer Kinder geben, auch mit Stoff an die Hand gehen. (Zustimmung.)" (S. 256.)

Luise Zietz-Berlin:

„Im Namen des Parteivorstandes möchte ich Sie bitten, den Antrag 91, der sich auf den Inhalt der „Gleichheit" bezieht, abzulehnen. Der Parteivorstand und die Redaktion der „Gleichheit" gehen darin einig, daß das Niveau der „Gleichheit" nicht herabgedrückt werden darf. Wir müssen bei der Beurteilung des Charakters der „Gleichheit" in Betracht ziehen, daß sie eine doppelte Aufgabe zu erfüllen hat. Sie soll die erst neugewonnenen Genossinnen in unsere Weltanschauung einführen, sie mit sozialistischer Erkenntnis erfüllen. Diesem Zweck wird vor allem gedient durch eine Reihe von Artikeln sozialpolitischen Inhalts und durch die Beilage für die Hausfrauen und Mädchen. Die „Gleichheit" soll aber auch das führende Organ der fortgeschrittenen Genossinnen sein, und dazu muß sie bei neu auftauchenden Fragen orientierend wirken und muß diese Fragen im Lichte des Sozialismus zeigen. Wir wollen, daß dieser Zweck erreicht und das Niveau der „Gleichheit" nicht herabgedrückt wird. Wenn wir in Deutschland die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen haben, daß die proletarische Frauenbewegung vollkommen frei ist von allen frauenrechtlerischen Tendenzen, daß gerade unsere Frauenbewegung ihrem innersten Wesen und Kern nach ein Teil der großen allgemeinen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, so haben wir das nicht in letzter Linie dem schulenden Einfluß der „Gleichheit" zu danken. (Bravo!) Und aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Ich möchte auch noch darauf verweisen, daß es vollständig falsch ist, wenn auf verschiedenen Bezirkskonferenzen und auch hier auf dem Parteitag hervorgehoben worden ist, daß das Studium der „Gleichheit" für einen Teil gerade der fortgeschrittenen Genossinnen nicht mehr notwendig wäre, weil sie sich in der Parteipresse orientieren könnten. Unsere Parteizeitungen sollen im allgemeinen orientieren, aber gerade die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus zu zeigen und im gesamten Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung, das soll die Aufgabe der „Gleichheit" sein.

Ich bitte Sie, auch den von Bochum begründeten Antrag 192 abzulehnen, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit" den Organisationen billiger zugänglich gemacht werden soll. Alles das, was Scheibe zur Begründung gesagt hat, das reklamiere ich für die Wirkung und Wirksamkeit der Kinderbeilage als richtig, aber weil es richtig ist, sollen wir nicht die Kinderbeilage abtrennen von der „Gleichheit" und sie zu einem billigeren Preis geben, sondern mit aller Kraft darauf hinwirken, daß die gesamte „Gleichheit" abonniert und gelesen wird..." (S. 257 f.)

Beide Anträge werden abgelehnt.

In Jena **1913** lagen folgende Anträge vor:

51. Teltow-Beeskow: „In der „Gleichheit" sind mehr Artikel aufzunehmen, die dem Verständnis der Neueintretenden angepaßt sind. Der Raum dafür ist durch Kürzung der Agitationsberichte zu schaffen."

57. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: „Der Parteitag möge beschließen, daß, wie früher, die Kinderbeilage der „Gleichheit" eingebunden und zu einem mäßigen Preise in den Handel gebracht werde."

Klara Zetkin:

„... Nicht nur in diesen Anträgen, sondern auch sonst ist der Wunsch laut geworden nach einer populäreren Ausgestaltung dieser Zeitschrift. In diesem Rufe vereinigen sich verschiedene Strömungen, von denen mir die eine volle Beachtung zu

verdienen scheint. Niemand weiß besser als ich, daß der Ruf nach Popularität bei einigen auf ganz falscher Einschätzung des Populären, des Volkstümlichen beruht. Als volkstümlich stellt man sich verworrene, seichte Gedankengänge vor, die in einem mangelhaften Deutsch vorgetragen werden. (Lebhafter Widerspruch.) Warten Sie doch erst ab. Ich sage, es gibt einige, die sich Populärsein so vorstellen. Als Redaktrice habe ich die Beweise dafür und bekomme sie oft genug zugeschickt. Jeder Redakteur wird mir bestätigen, daß die gekennzeichnete schiefe Auffassung vorhanden ist. Aber es liegt auch heutigentags bei dem Ruf nach Popularität ein sehr tief begründetes und wichtiges Bedürfnis vor. Die Verhältnisse haben sich gegen früher geändert. Früher war die „Gleichheit“ ausschließlich das Organ der Genossinnen, die von vornherein eine Elite des weiblichen Proletariats darstellten, die zum Teil schon in der allgemeinen Bewegung eine größere Schulung erhalten hatte. Diese geschulte Elite zusammenzuhalten und noch weiter zu erziehen, war die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“. Aber gerade das opferfreudige und verständnisvolle Wirken dieser Hunderte, die zu Tausenden von Genossinnen geworden sind, hat dazu geführt, daß unsere proletarische Frauenbewegung verhältnismäßig rasch einen sehr großen Umfang erreicht hat. Wir erhalten heute in unseren Organisationen einen Zustrom von proletarischen Frauen, die zwar mit ihrem ganzen Herzen instinktiv mit uns fühlen, die aber infolge ihrer ganzen Lebensumstände, infolge des Erbteils, das sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts für ihre geistige Physiognomie mit sich bringen, und das durch soziale und politische Minderberechtigung erhalten wird, noch nicht das ABC unserer Auffassungen kennen und nun das ganz berechtigte Bedürfnis danach haben, daß ihnen dies ABC beigebracht wird. (Sehr richtig!) Man hätte vielleicht denken können, daß die Tagespresse der geeignetste Platz wäre, um diesem täglichen Bedürfnis zu genügen. Es ist aber nicht so, und vielleicht kann es gar nicht so sein. In dem Maße, als das Gebiet der Betätigungen der Partei nach den verschiedensten Richtungen hin sich verbreitert und bereichert, wird unsere Tagespresse von den Tagesaufgaben in wachsendem Umfang in Anspruch genommen. Dazu kommt, daß unsere Tagespresse in erster Linie, wie Scheidemann ganz richtig betonte, vielleicht zu viel das Organ der bereits geschulten Genossen ist und zu wenig werbendes Organ für die Ideen der Sozialdemokratie außerhalb dieses Kreises. Hier liegt meiner Ansicht nach eine Aufgabe vor, die die „Gleichheit“ künftig erfüllen muß. Sie muß sich in einem Teile wenden an die Genossinnen, die ganz ungeschult zu uns kommen, die zuerst die Elemente unserer Auffassungen, unserer Ueberzeugungen lernen müssen. Ich meine, die Genossinnen müssen zugunsten dieser Nachrückenden, die morgen oder übermorgen an unserem eigenen Platz stehen werden, auf einen Teil des Raumes der „Gleichheit“ verzichten, damit für entsprechende Artikel Raum geschaffen wird. An dem Gehalt und dem Charakter des übrigen Teiles wird nichts geändert. Uebrigens will ich dieses bemerken: Was Sie an der „Gleichheit“ meinen tadeln zu müssen, die angeblich unpopuläre Schreibweise, unterscheidet sich im allgemeinen in nichts von der Schreibweise unserer übrigen Parteipresse. Es sind die nämlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die auch dort das Wort führen, und ich kann hinzufügen, daß wir vielleicht kein Organ in unserer Partei haben, das daneben in so großer Zahl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den erwachenden Schichten des Proletariats zählt, wie gerade die „Gleichheit“. Meinen Sie, ich würde in ausgesuchter Bosheit und Dummheit gute, populäre Artikel über unsere sozialistischen Ideen nicht annehmen, wenn ich sie bekäme? Nicht mit einer, nein mit zwei Kußhänden würde ich sie veröffentlichen. (Große Heiterkeit.) Aber das Pech ist eben, ich warte und warte, jedoch solche Artikel gehen mir äußerst selten einmal zu. Wenn wir den Genossinnen, die erst anfangen, sich für unsere Theorien zu begeistern und zu interessieren, unsere Ideen nahebringen wollen, so darf das meines Erachtens zunächst gar nicht in Artikeln über die sozialistischen Theorien selbst geschehen. Nach langer Ueberlegung scheint es mir weit zweckmäßiger, mit einer Artikelserie über die Sozialdemokratie zu beginnen. Ich habe mich nämlich überzeugt — und gerade das 40jährige Jubiläum der Partei vor einigen Monaten hat es mir bestätigt —, daß breitesten Schichten der jüngeren Genossen unsere Parteigeschichte noch ziemlich fremd ist und den Genossinnen erst recht. Ich habe mir gesagt, wenn ich in einzelnen Artikeln die Parteigeschichte behandele — selbstverständlich in einfacher Weise —, so gibt das Gelegenheit, in konkreter, leicht faßlicher Art gerade die lernbedürftigen Anhänger auch in wichtige Grundfragen unserer Ideenwelt einzuführen. Ich meine, durch eine Einführung in die Geschichte der Sozialdemokratie wird auch das Interesse an dem geistigen Leben, an dem Handeln unserer

Partei gerade in den Kreisen von neuen Bekennerinnen erweckt werden. Das, was letzten Endes jenen einfachen proletarischen Frauen fremd ist, ist viel weniger die Schreibweise unserer Presse, als die Dinge, um die es geht. Und ich glaube, daß sie durch eine geschichtliche Darstellung in konkreter Form ihnen zuerst nahe gebracht werden können. Wenn ich aber diesen Plan durchführen will, so werden sich die Genossinnen damit bescheiden müssen, daß der Raum, der ihnen jetzt für Agitationsberichte usw. zur Verfügung steht, ein wenig geschmälert wird. Ich meine die landläufigen Agitationsberichte, wie sie jetzt überall in unserer Tagespresse erscheinen. Ich begreife darunter nicht eine Einschränkung der Berichte, die von der Tätigkeit unserer Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen, von ihrer Mitarbeit in Gemeindeinstitutionen usw. handeln, mit einem Worte, Berichte, die ein Bild geben von der ganzen großen praktischen Betätigung unserer Genossinnen auf so vielen Gebieten und Anregungen dafür. Es kann auch notwendig werden, daß ich gelegentlich den einen oder anderen Artikel ausfallen lasse, wie sie in der „Gleichheit" jetzt erscheinen. Zumal Artikel sozialpolitischer Materie, da ja dieses Gebiet in umfangreicher Weise in unserer Tagespresse bearbeitet wird, und das in einer Weise, die für die vorgeschrittenen Genossinnen durchaus verständlich ist, die als Lehrerinnen, Agitatorinnen unter die breiten Massen hinausgehen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Art und Weise, dem Bedürfnis entgegenzukommen, wohl einverstanden sein werden. Ich habe für später auch andere Artikelserien in Aussicht genommen. . .

Nun zu dem Wunsch, die Kinderbeilage der „Gleichheit" möge als Buch erscheinen. Soweit es auf die Redaktion ankommt, die würde ihn sofort erfüllen. Die Redaktion der „Gleichheit" kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie noch nie mit ihrer Arbeit gespart hat, wenn es das Interesse der Partei erforderte. Aber hinter mir steht der Verlag, und Genosse Dietz erklärt, er hätte mit der Herausgabe des früheren Kinderbuchs der „Gleichheit" gar keine guten Erfahrungen gemacht. Es hätte so lange gedauert, bis er die Auflage abgesetzt hatte, daß ihm die Lust nach einer neuen Auflage vergangen sei, auf die ich — ich bin ja nun einmal ein unruhiger Drängler — seit Jahren hingedrängt habe. Genosse Dietz meint, der Wunsch sei dadurch erfüllt, daß Einbanddecken für die Kinderbeilage — wie für das Hauptblatt — zu einem ganz mäßigen Preise vom Verlag herausgegeben werden. Jede Mutter kann sich die Blätter sammeln, in den Einband legen und hat auf diese Weise ein hübsches Buch für ihre Kinder. . ." (S. 254 ff.)

Ryneck-Berlin:

„Genossin Zetkin hat den Wünschen, die ich im Namen meiner Genossinnen vorbringen sollte, schon Rechnung getragen. Sie sagte, das populäre Schreiben sei nicht so einfach. Ich hatte Gelegenheit, einige Nummern der österreichischen Arbeiterinnenzeitung durchzublättern, und ich hatte das Gefühl, als wenn eine liebevolle Freundin unsere Frauen an die Hand nimmt, um sie so in die sozialistische Zukunftsgesellschaft einzuführen. Wir vermissen in unserer Zeitung auch die Angabe und Besprechung der populären Broschüren für die Frauen. Seit einigen Jahren wird vom Vorstande die Sozialdemokratische Frauenbibliothek herausgegeben, die in einzelnen Broschüren wertvolles Material enthält. Die „Gleichheit" hat nicht eine einzige dieser Broschüren empfohlen und besprochen. (Hört, hört!) Die Worte der Genossin Zetkin haben bestätigt, daß unsere Wünsche berechtigt waren und hoffentlich auch berücksichtigt werden. (Sehr richtig!)" (S. 261 f.)

Westkamp-Düsseldorf:

„. . . Ueber den Antrag 51 brauche ich nichts weiter zu sagen, nachdem wir gehört haben, daß die Genossin Zetkin sich eines besseren hat belehren lassen und daß sie von ihrem früheren Standpunkt, nur die wissenschaftliche Seite in der „Gleichheit" zu behandeln und immer zu betonen, daß wir nicht zu den Massen heruntersteigen können, sondern daß wir die Massen durch den Inhalt der „Gleichheit" heraufziehen müssen, abgekommen ist. (Genossin Zetkin: Absolut nicht!) Das soll kein Vorwurf sein, Genossin Zetkin, aber Sie haben bisher immer gesagt, es sei nicht möglich, die „Gleichheit" populärer zu gestalten, heute haben Sie zugestanden, daß Sie eines besseren belehrt werden. Ich hoffe also, daß in Zukunft eine Besserung in dieser Hinsicht in die Erscheinung tritt. . . ." (S. 264.)

Im Schlußwort zum Geschäftsbericht des Parteivorstandes sagte Scheidemann:

„... Wir haben alle die Ausführungen der Genossin Zetkin mit Freuden begrüßt, die darin gipfelten, daß sie in Aussicht gestellt hat, in populärer Darstellung in der „Gleichheit" eine Geschichte der Parteibewegung zu geben, wobei sie allerdings gleich darauf aufmerksam machte, daß dann die Agitationsberichte wesentlich gekürzt werden müssen. Ich glaube, die Partei wird es vertragen, wenn diese Berichte gekürzt werden. Ich habe den Eindruck, daß vielleicht nur die betreffenden Berichterstatter das schmerzlich empfinden werden. (Sehr gut!) ..." (S. 277.)

Beide Anträge werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

(Vergleiche noch den Artikel „Modenzeitung".)

Göppingen.

Auf dem Chemnitzer Parteitag **1912** führte der Berichterstatter des Parteivorstandes, Ebert, aus:

„... Wohin leichtfertige Gründungen führen, das hat uns Göppingen gezeigt. Die Parteigenossen sind dort zur Gründung eines Unternehmens geschritten, trotzdem von allen sachkundigen Seiten dringend abgeraten wurde. Dringendes Abraten des Parteivorstandes wurde gleichgültig in den Wind geschlagen. Nach kaum einem halben Jahre war die Katastrophe da. Man hatte glücklich 4000 Abonnenten, aber auch über hunderttausend Mark Schulden, von denen der größte Teil sofort fällig war. Eine sachkundige Prüfung ergab, daß die Weiterführung des Unternehmens einen jährlichen Zuschuß von ungefähr 12,000 Mark erfordern würde. Das Göppinger Beispiel sollte für jeden einsichtigen Parteigenossen geradezu abschreckend wirken und von neuem zu größter Vorsicht mahnen. Jedenfalls ist der Parteivorstand entschlossen, ernstlich die Münchener Resolution zu beachten und die Parteigenossen, die diesen Beschluß außer acht lassen, können nicht darauf rechnen, daß sie bei Pressegründungen vom Parteivorstand finanzielle Hilfe bekommen.

... Das erste, was nach genauer Prüfung des Unternehmens von uns geschah, war die Befreiung der Göppinger von den schlimmsten finanziellen Schwierigkeiten. Am 23. Mai — die Daten sind wichtig — erhielten sie die zweite und am 29. Mai bereits die dritte Rate. Diese Beträge sind dem Geschäftsführer des Göppinger Unternehmens ohne weiteres ausgehändigt worden. Alle gegenteiligen Behauptungen sind unwahr. (Hört! Hört!) In der Zwischenzeit verhandelten die Göppinger mit Ulm wegen Herstellung der „Donauwacht" in ihrer Druckerei. Diese Verhandlungen sind nicht, wie hartnäckig behauptet wurde, vom Parteivorstand angeregt worden, sie sind vielmehr der eigenen Initiative der Göppinger entsprungen und schon geführt worden, ehe überhaupt an den Parteivorstand herangetreten worden ist. (Sehr richtig!) Wie wir das erstemal davon hörten, bezeichneten wir diese Verhandlungen als aussichtslos. Als aber dann auf der vorhin erwähnten Konferenz die Göppinger und selbst Thalheimer lebhaft für die Fortführung dieser Verhandlungen eintraten (Hört! hört!), da erklärten wir sofort mit aller Deutlichkeit und mit großem Nachdruck, daß die freie Entschließung der Göppinger über die Haltung ihres Blattes dabei unter keinen Umständen beeinträchtigt werden dürfe. (Hört! hört!) Das geschah in einer Konferenz, an der der Landesvorstand, Landesausschuß, Ulmer und Göppinger Vertreter und Thalheimer teilnahmen. ...

So standen die Dinge, als am 1. Juni — es war Sonnabend — das Göppinger Parteiblatt die Mitteilung brachte, daß in einer Göppinger Parteiversammlung bereits am 30. Mai die Verschmelzung der Blätter von Ulm und Göppingen beschlossen sei. Das Blatt kam Montag in unsere Hände. Aber ehe wir eine offizielle Mitteilung bekamen, ehe wir überhaupt zu dem Beschluß Stellung nehmen konnten, begannen bereits die Treibereien in der Parteipresse gegen uns. Das Bremer Parteiblatt brachte am 1. Juni, also ausgerechnet an demselben Tage, an dem das Göppinger Blatt den Beschluß veröffentlichte, eine Notiz unter dem ansprechenden Titel: „Ein Parteiskandal". (Hört! hört!) Der Verfasser war der Genosse

Westmeyer. In dieser Notiz wurde dreist behauptet, Parteivorstand und Landesvorstand hätten erklärt, den Göppingern nur zu helfen, wenn Thalheimer beseitigt und an seine Stelle Roßmann von Ulm gesetzt würde. (Lebhafte Bewegung.) Sofort haben wir dieser unerhörten Behauptung widersprochen und noch an demselben Tage der gesamten Parteipresse eine Klarstellung über unsere Stellung zur Sache gegeben. ... Die „Leipziger Volkszeitung" brachte am 4. Juni, nachdem sie also bereits im Besitze unserer Erklärung war, unter dem Titel „Ein Gewaltstreich" einen Artikel von Radek, worin die in dem Bremer Parteiblatt erhobenen Beschuldigungen mit großem Wortschwall wiederholt wurden. Es wurde behauptet, wir hätten die Verschmelzung der beiden Blätter angeregt, wir hätten sogar unsere Mithilfe von dieser Verschmelzung abhängig gemacht und dem Landesvorstand keine Bedingungen gestellt. Auf Grund dieser falschen Behauptungen kam man zu dem Fazit, der Parteivorstand vermöge die politischen Folgen seines Vorschlages nicht zu übersehen (Lachen), der Parteivorstand fühle sich nur als Verwalter der Parteigelder, er habe keinen Sinn für Parteiehre und für die Lebensinteressen der Partei. (Hört! Hört! und Gelächter.) So glaubte man denn nun glücklich einmal zu dem mageren Thema von den „Parteibureaukraten" einen Beitrag konstruiert zu haben.. Ich glaube im weiteren Verlauf noch zu zeigen, wie mit dem Schlagwort „Bureaukratie", das ja jetzt in der Partei üblich geworden ist, bei dieser Gelegenheit beim besten Willen keine Geschäfte zu machen sind. ...

Radek, Westmeyer und Thalheimer setzten trotz aller unserer Erklärungen ihre Treibereien gemeinsam fort. Jede Erklärung von uns beantworteten sie mit neuen haltlosen Verdächtigungen. In vertraulichen Zirkularen und Depeschen suchten sie mit zum Teil wahrheitswidrigen Angaben einen Teil der Presse zu beeinflussen. (Hört! hört!) Dabei spielten sie sich als Retter der Parteiehre und der reinen Gesinnung auf. Unsere Bemühungen zur Regelung der Angelegenheit wurden als Vertuschungsaktion bezeichnet und einigen Redaktionen Vorsicht gegen unsere Erklärungen empfohlen. (Hört! hört! und Unruhe.) Radek trat sogar mit einer förmlichen Drohnote an den Parteivorstand heran. (Lebhaftes Hört! hört!)... Als wir dann das Dreimännerkollegium in die Enge getrieben hatten, da wagte man nur noch, den Parteivorstand der Passivität zu beschuldigen. Trotzdem wir also von vornherein die Erhaltung der Unabhängigkeit der Göppinger Redaktion zur Bedingung machten und in jedem Stadium der Verhandlungen daran festhielten, obgleich wir sofort finanzielle Hilfe gewährten, den Göppingern den finanziellen Druck abnahmen und verlangten, von dem Gang der Verhandlungen unterrichtet zu werden, glaubte man uns Untätigkeit vorwerfen zu können...

...Radek hatte am 28. Mai, ohne von Thalheimer ermächtigt zu sein, dessen Rücktritt von der Redaktion erklärt, und Thalheimer hatte am 30. Mai zu Beginn einer Parteiversammlung in Göppingen erklärt, daß er von der Redaktion freiwillig zurücktrete... Einige Tage später behauptete er, diese seine Erklärung sei unwahr, sein Rücktritt sei erpreßt, und die Verantwortung für diese Erpressung trage der Parteivorstand. (Hört! hört!) ...Dieser Sachverhalt ist in einer Sitzung am 6. Juni in Göppingen, an der alle Parteiinstanzen des Göppinger Wahlkreises mit Radek und Thalheimer teilnahmen, festgestellt worden. Radek und Thalheimer haben auch in dieser Verhandlung eine recht merkwürdige Rolle gespielt. Nachdem wir längere Zeit verhandelt hatten, nachdem sich Radeck eingehend zur Sache erklärt hatte, nahm Thalheimer einen Teil seiner erwähnten zweiten Erklärung zurück, und nach weiterer Verhandlung nahm er die ganze Erklärung zurück. (Heiterkeit.) Und zwar, wie er erklärte, weil er sie nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht mehr aufrechterhalten könne. Radek, dem es in der Hauptsache darum zu tun war, seinen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" zu rechtfertigen und weiteren Spektakel zu machen, war diese Erklärung Thalheimers recht unangenehm, und er bat um Unterbrechung der Sitzung. Das geschah. Radek führte eine sogenannte Verhandlung mit Thalheimer, und dann kam Thalheimer zurück und gab folgende dritte Erklärung ab: „Ich muß erklären, daß ich nach weiterer Ueberlegung die Vorwürfe gegen den Parteivorstand in allen Punkten aufrechterhalte!" (Heiterkeit und Hört! hört!) Darauf meinten selbst die Göppinger Parteigenossen, es sei Zeit, zur Abstimmung zu kommen. (Pfannkuch ruft: Kalte Umschläge machen!) Dann ist in Anwesenheit von Radek und Thalheimer und gegen ihre Stimmen von allen Göppinger Parteiinstanzen folgende Erklärung beschlossen worden:

„Der Parteivorstand hat für seine Mithilfe bei der Sanierung der Göppinger „Freien Volkszeitung“ weder deren Verschmelzung mit dem Ulmer Parteiblatt, noch dessen Druck in der Göppinger Druckerei zur Bedingung gemacht. Er hat vielmehr nur gewünscht, daß versucht werden solle, den Druck des Ulmer Blattes der Göppinger Druckerei zu übertragen, um diese lebensfähiger zu gestalten. Ueber den Verlauf der Verhandlungen sollte ihm berichtet werden, dann wollte er über seine Beteiligung entscheiden. Vor der Beschlußfassung des sozialdemokratischen Vereins in Göppingen ist dem Parteivorstand über den Verlauf der Verhandlungen nicht berichtet worden, obwohl er schriftlich darum ersucht hatte. Es kann daher auch dem Parteivorstand nicht der Vorwurf der Passivität gemacht werden.“

Radek geriet darüber in begreifliche Erregung, er provozierte nach allen Seiten hin, wollte allerlei Feststellungen machen, focht Abstimmungen an, versuchte auf recht merkwürdige Weise schriftliche Zeugnisse von den Anwesenden zu erhalten, drohte mit der Parteipresse usw. Nach achtstündiger Sitzung mußten wir uns schließlich sagen: weitere Verhandlungen können zu nichts führen; wir brachen ab. Die Göppinger beantragten, die Verhandlungen am nächsten Tage weiterzuführen. Wir machten zur Bedingung, daß wir nur weiter verhandeln, wenn alle Göppinger Instanzen teilnehmen und alle Teilnehmer ausdrücklich dazu bevollmächtigt seien. Dem wurde entsprochen, das ist protokollarisch festgestellt. Dann ist der zweite Teil der bekannten Erklärung beschlossen worden, ebenfalls einstimmig. Außerdem ist dort über ein neues Arrangement der Sanierung verhandelt worden. Man kam auch in dieser Frage zu einem einmütigen Entschluß. Um weiteren Treibereien vorzubeugen, haben wir jedoch verlangt, daß diese Beschlüsse allen in Betracht kommenden Parteiinstanzen zur Beschlußfassung einzeln vorgelegt werden sollen. Die Sitzung fand ohne uns in Göppingen statt. Dort ist der Erklärung und unserem Vorschlage einmütig zugestimmt worden. Später stimmte auch die Kreisgeneralversammlung zu. Nach der vorgenommenen Regelung wird das Blatt in Göppingen gedruckt. Beide Blätter beziehen für den allgemeinen politischen Teil die Matern von der „Tagwacht“ in Stuttgart. Die neue Besetzung der „Tagwacht“-Redaktion war damals schon durchgeführt. Landespolitik und den übrigen Text soll jedes Blatt selbst herstellen, abgesehen von der Unterhaltungsbeilage. Jedes Blatt hat seine eigene Redaktion und Pressekommission; die Pressekommission ist nur von Genossen des Verbreitungsgebietes zusammengesetzt. Das war der einzige Ausweg zu einer vernünftigen Regelung. Die Regelung hat sich bewährt. Die Göppinger Pressekommission hat uns noch in den letzten Tagen mitgeteilt, daß diese Regelung allgemein befriedigt... Radek und Thalheimer behaupteten am 20. Juni in einem Schlußartikel im Bremer Parteiblatt, wir hätten mit unserer Regelung das Blatt dem Landesvorstand ausgeliefert. Und der dritte württembergische Mitarbeiter der „Bremer Bürgerzeitung“ schrieb am 21. Juni: „Jetzt ist die sogenannte „Sanierung“ in der Weise durchgeführt worden, daß das Göppinger Blatt in der Tat kaput saniert ist“... Daß es sich selbst bei dieser Regelung um große Opfer handelt, geht daraus hervor, daß diese Sanierung der Parteikasse bis jetzt nicht weniger als 82 000 Mark gekostet hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Weitere Forderungen stehen noch aus. (Erneutes Hört! hört!)

...Es gibt keine Dokumente von Belang, keine wesentlichen Tatsachen zur Beurteilung der Göppinger Angelegenheit, die von uns der Oeffentlichkeit vorenthalten worden wären. (Hört! hört!) Ich weise alle in der Göppinger Angelegenheit gegen uns erhobenen Verdächtigungen und Vorwürfe als durchaus leichtfertig und haltlos (Bebel: Verlogen! — Sehr richtig!) auf das entschiedenste zurück...“ (S. 209 ff.)

Auf Antrag von Rauch-Zittau erhält Schepperle-Göppingen, nachdem unbeschränkte Redezeit für ihn abgelehnt ist, eine halbe Stunde Redezeit.

Schepperle-Göppingen:

„Der Genosse Ebert bemerkte bei der Besprechung der Göppinger Sanierungsangelegenheit, daß das Göppinger Parteiunternehmen in leichtsinniger Weise ge-

gründet worden wäre. Diesen Vorwurf muß ich als hart bezeichnen; ich muß aber zugeben, daß das Unternehmen von uns gegründet wurde, ohne daß genügende Unterlagen dafür vorhanden gewesen sind. (Zurufe: Na also!)... Bezüglich der Gewinnung neuer Genossenschaftsmitglieder ging es nicht so vorwärts, wie wir gewünscht hätten. Was nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen ist, daß uns von einer bestimmten Gruppe Parteigenossen von Anfang an Schwierigkeiten bereitet wurden, von Genossen, die mit der taktischen Haltung der Zeitung nicht einverstanden waren, die fortgesetzt gegen uns arbeiteten, und von denen einer so weit gegangen ist, in einem öffentlichen Lokal zu erklären: wir werden nicht ruhen, bis die „Freie Volkszeitung" bankerott gemacht hat. (Hört! hört! und Rufe: Wer war das?) Das war Genosse Huttelmeyer, gegen den übrigens augenblicklich ein Ausschlußverfahren schwebt. Diese gegen uns betriebene Hetze hatte mit zur Folge, daß die Geschäftsleute, die bei Erstellung unseres Unternehmens beteiligt waren, ihre Forderungen bei uns viel früher einreichten, als das sonst der Fall gewesen wäre unter normalen Verhältnissen. Daher sind wir auch viel früher in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil uns der Kredit genommen wurde. Ich will natürlich nicht behaupten, daß, wenn das nicht vorgekommen wäre, wir mit den vorhandenen Mitteln ausgekommen wären. Nachdem wir uns vergeblich bemüht hatten, Geld zu erhalten, waren wir schließlich genötigt, uns an den Parteivorstand zu wenden, so ungern wir es auch taten, weil wir tatsächlich bei der Gründung des Unternehmens sowohl vom Landesvorstand als auch vom Parteivorstand gewarnt worden sind... Der Parteivorstand hat sich zunächst ablehnend gegen unser Gesuch verhalten. Er hat schließlich erklärt, daß er nach Rücksprache mit dem Landesvorstande, wenn dieser seine Zustimmung zur Sanierung gäbe, bereit wäre, mit uns zu verhandeln...

Am 14. April fand in Stuttgart eine Sitzung statt, an welcher Ebert und Braun vom Parteivorstand, die Göppinger Vertreter, die Ulmer Instanzen und der Landesvorstand teilnahmen. Ebert berichtete, daß ihm vorgeschlagen worden sei, daß bei der Vornahme der Sanierung auch die Frage erörtert werden solle, ob nicht zum Zweck der Herbeiführung einer besseren Rentabilität des Göppinger Unternehmens der Druck der Ulmer „Donauwacht" in unserer Druckerei bewerkstelligt werden soll. Zwischen der „Freien Volkszeitung" in Göppingen und der „Donauwacht" in Ulm bestand ein großer Gegensatz; die erstere war radikal, die zweite revisionistisch. (Heiterkeit.) Genosse Göhring hat sofort erklärt, daß die Herstellung der „Donauwacht" in der Druckerei der „Freien Volkszeitung" nicht so schnell zu beschließen sein werde, da hierbei weitgehende politische und taktische Fragen zu lösen sind. Die Ulmer seien bisher mit der Haltung der „Donauwacht" einverstanden gewesen, und es sei ganz klar, daß sie nicht jetzt ohne weiteres den politischen Teil der „Freien Volkszeitung" übernehmen können, sondern entschieden verlangen müssen, daß die Haltung der „Freien Volkszeitung" geändert würde, wenn die „Donauwacht" bei uns hergestellt werden soll. Demgegenüber erklärte ich, daß die Göppinger Genossen und der zehnte Wahlkreis mit der Haltung der „Freien Volkszeitung" bisher einverstanden gewesen seien und es noch seien, und daß natürlich die Göppinger ihre Interessen zu wahren wissen werden... Wir sind dann dahin einig geworden, daß der Landesvorstand mit den Ulmer und Göppinger Instanzen in der Frage der Herstellung der „Donauwacht" weiter verhandeln und dem Parteivorstand berichten solle. Kinkel unterhandelte dann mit den Vertretern des Landesvorstandes und den Ulmer Vertretern mehrmals. Er machte dabei Vorschläge namens der Göppinger Genossen, daß die Redaktion gemeinschaftlich von Thalheimer (für den politischen Teil) und Roßmann (für den württembergischen Teil) besetzt werden soll. Diesen Vorschlag haben aber die Ulmer und Roßmann abgelehnt... Am 26. Mai wurde von dem Landesvorstand betont, daß es sich bei der Frage der Sanierung und Herstellung der „Donauwacht" in Göppingen nur um eine Verschmelzung mit der Ulmer „Donauwacht" handeln könne. Es wurde auch betont, daß der Parteivorstand dieselbe Auffassung vertrete. Bei der Debatte über die Besetzung der Redaktion erklärte Wasner vom Landesvorstand, daß, wenn beide Zeitungen miteinander verschmolzen werden, aus finanziellen Gründen nur ein Redakteur in Betracht kommen könne. Göhring-Ulm erklärte wörtlich:

„Die Haltung der „Freien Volkszeitung“ muß geändert und so gestaltet werden, wie bisher diejenige der „Donauwacht“ gewesen ist. Wir werden an Roßmann, mit dessen Tätigkeit wir zufrieden sind, festhalten. Das ist ein Beschluß des Vorstandes und Aufsichtsrates unserer Genossenschaft.“ Darauf erklärte Radek: „Der Landesvorstand erklärt, daß es sich nur um eine Verschmelzung mit dem Ulmer Blatt handeln könne; Wasner erklärt, daß nur ein Redakteur in Frage komme, und Göhring erklärt, daß an Roßmann festgehalten wird. Sie haben uns damit ein Ultimatum gestellt und die Pistole auf die Brust gesetzt, daß wir entweder Thalheimer entlassen müssen oder sonst nicht saniert wird.“ Damit waren sämtliche Göppinger und Gmünder Genossen einverstanden. Es wurde allgemein betont, daß uns in der Tat ein Ultimatum gestellt und die Pistole auf die Brust gesetzt sei. Wir wandten zunächst ein, daß doch bei einer Zeitung von diesem Umfang und Verbreitungsgebiet nicht nur ein Redakteur in Frage kommen könne, sondern mindestens zwei Redakteure vorhanden sein müßten. Wir unternahmen nun wiederholte Versuche, den Landesvorstand zu bewegen, auf die Ulmer dahin einzuwirken, einer Redaktion Thalheimer-Roßmann zuzustimmen. Für den Landesvorstand erklärte aber Hildenbrand, daß er es ablehne, auf die Ulmer einzuwirken. Auch als Keil in längeren Ausführungen gegen Thalheimer sachlich und persönlich polemisierte und schließlich den Rücktritt Thalheimers forderte, griff der Landesvorstand nicht ein. Wir erzielten in dieser Sitzung schließlich kein Resultat, konnten uns auf nichts einigen, wenn die Ulmer auf ihrem Standpunkt verharrten, und also erklärten wir, daß wir unter keinen Umständen auf unseren bisherigen Redakteur Thalheimer verzichten. Da sich die Ulmer anschickten, die Sitzung zu verlassen, weil weitere Verhandlungen nach der Sachlage keinen Wert hätten, erklärte Radek in seinem und, wie er überzeugt sei, auch in Thalheimers Namen, daß derselbe von der Redaktion zurücktreten würde, weil eine Sanierung eintreten müsse, denn es könne nicht verantwortet werden, wenn 1100 Arbeiter und kleine Handwerker um ihr Geld kommen. Es wurde dann vom Landesvorstand verlangt, daß Göppingen eine Parteiversammlung in den nächsten Tagen einberufe, in welcher die Frage nochmals zur Debatte gestellt und darüber abgestimmt werden soll, ob die Göppinger Genossen mit dem Vorschlag, wie er uns unterbreitet worden war, also Verschmelzung mit Ulm, einverstanden wären. Diese Versammlung fand am 30. Mai statt, und Hildenbrand erklärte für den Landesvorstand wiederum, daß ohne Verschmelzung mit Ulm unter den Ulmer Bedingungen eine Sanierung des Unternehmens nicht vorgenommen werde, und bekräftigte dies damit, daß auch der Parteivorstand auf diesem Standpunkt stehe. Weiter verlangte der Landesvorstand und die Ulmer Genossen, daß eine Preßkommission von neun Mitgliedern eingesetzt werde, wovon drei Vertreter des Landesvorstandes, drei der Ulmer und drei der Göppinger Genossen sein sollten. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dieser Forderung der Landesvorstand jedenfalls einen gewissen Zweck verfolgte, nämlich, daß die Göppinger Parteigenossen nicht imstande sein sollten, ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen. Aber was blieb schließlich den Göppingern übrig, als dem Vorschlag zuzustimmen. Sie konnten den Bankrott nicht verantworten, auch Thalheimer wollte die Verantwortung für eine Schädigung von 1100 Arbeitern und Kleinhandwerkern nicht übernehmen und erklärte sich bereit, folgende Erklärung abzugeben: „Angesichts dessen, daß infolge Aufgabe der finanziellen Selbständigkeit der „Freien Volkszeitung“ und ihrer Verschmelzung mit der „Donauwacht“ auch eine Aenderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der „Freien Volkszeitung“ zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zu verbleiben.“ Ich brachte darauf folgende Resolution ein: „Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göppingen nimmt mit größtem Bedauern den Rücktritt des Genossen Dr. Thalheimer zur Kenntnis und spricht ihm den wärmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden ist. Was die Redaktion der „Freien Volkszeitung in Zukunft anbelangt, so wird der bestimmten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Organ im Sinne des Parteiprogramms und der proletarisch-revolutionären Taktik, deren Grundsätze in der Dresdener Resolution niedergelegt sind, geleitet wird.“ Kinkel verlas darauf die Dres-

dener Resolution. Hildenbrand erklärte, wenn der zweite Teil der Resolution nicht zurückgezogen werde, dann werde der Landesvorstand die Sanierung ablehnen. (Hört! hört!) Wir wandten ein, daß es sich hier nur um einen Wunsch der Göppinger Genossen handle; es nützte nichts; Hildenbrand verlangte die Zurückziehung des zweiten Teiles der Resolution. Ich ließ mich schließlich dazu bewegen ...

Am 6. Juni fand nun eine Sitzung im Beisein des Parteivorstandes statt. Ebert erklärte einleitend, daß es sich zunächst um die Feststellung von Tatsachen handle, nämlich um den Verlauf der Sitzung vom 28. Mai. Radek erklärte Ebert und Braun, daß in der Sitzung vom 28. Mai von Vertretern des Landesvorstandes ausgeführt worden wäre, daß die Sanierung die Verschmelzung mit Ulm zur Vorbedingung habe und daß der Parteivorstand hinter dem Landesvorstand stehe. Daraufhin erklärte Hildenbrand: Ich hielt mich berechtigt, anzunehmen, daß der Parteivorstand als Vorbedingung der Sanierung die Verschmelzung ansehe. Ebert antwortete, der Parteivorstand habe den Landesvorstand zu solchen Behauptungen nicht ermächtigt. Im weiteren Verlauf der Sitzung forderte Radek die Protokollierung der Tatsache, daß in der Sitzung vom 28. Mai betont worden ist, daß auch der Parteivorstand eine Sanierung nur in der Form der Verschmelzung übernehme. Darauf erklärte der Parteivorstand, es scheine Radek nicht darauf anzukommen, die Sanierung durchzuführen und eine Einigung zu erzielen, sondern nur darauf, Krach zu machen. (Zustimmung.) Braun wurde unterstützt von Ebert, der darauf hinwies, daß sich Radek fortwährend Notizen machte. Wenn Ebert behauptet, die Sitzung vom 6. Juni habe Radeks wegen abgebrochen werden müssen, so entspricht das nicht ganz den Tatsachen. Die Sitzung wurde aufgehoben, nachdem die Göppinger Genossen mit 5 Stimmen gegen zwei und eine Enthaltung erklärt hatten: es ist wahr, der Rücktritt Thalheimers wurde erzwungen. Darauf antwortete Hildenbrand, da unter den fünf Göppingern sich auch der Kreisvorsitzende befindet, glaube ich, wird der Landesvorstand eine Sanierung ablehnen, bis nach dieser Richtung hin eine Aenderung eingetreten sein wird. Hierauf erklärte Ebert die Sitzung für geschlossen. Am nächsten Tag fand in Stuttgart die Rumpfsitzung statt, an der Radek und Thalheimer nicht teilnahmen, auch ich nicht (wegen geschäftlicher Verhinderung), ich war auch nicht eingeladen und wurde lediglich von dem Stattfinden der Sitzung unterrichtet. Bei dieser Sitzung in Stuttgart wurde eine Erklärung geschmiedet, in der der Parteivorstand als der keusche Jüngling und der württembergische Landesvorstand als die unschuldige Jungfrau hingestellt wurden. Die Erklärung wurde der Sitzung vorgelegt und von den Teilnehmern verlangt, daß sie sie unterschreiben, da sonst eine Sanierung nicht vorgenommen werde. (Ebert: Wer hat das verlangt?) Das hat mir Kopp berichtet. Am nächsten Tage wurde von Kinkel eine Sitzung des Kreisvorstandes, des Ausschusses der Göppinger Parteiorganisation und des Vorstandes und Aufsichtsrates der Göppinger Vereinsdruckerei einberufen. In der Sitzung teilte Kinkel mit, daß, wenn die Erklärung nicht unterschrieben würde, die Sanierung vom Parteivorstand und Landesvorstand abgelehnt wird. Ich erklärte daraufhin, daß ich einer derartigen Erklärung meine Unterschrift nicht geben könne, da sie Unwahrheiten enthalte und Tatsachen auf den Kopf stelle. Die Genossen griffen mich nun heftig an. Sie sagten, ich wisse doch, daß es von der Unterschrift abhänge, ob der Bankerott erfolgt oder ob er vermieden werden könne. Wenn es zum Bankerott komme, dann dürften wir uns in Göppingen nicht mehr sehen lassen, weil wir sonst von den Mitgliedern der Genossenschaft geradezu gesteinigt würden. Die Sitzung war sehr erregt, Kinkel kam vom Telephon mit der Mitteilung, daß nach Kenntnisnahme des Materials zur Erklärung des Rücktritts des Genossen Thalheimer die Ulmer ihre Zustimmung zu den Beschlüssen zurückziehen und an den jetzt getroffenen Vereinbarungen kein Interesse mehr hätten. Kinkel verhielt sich in der Sitzung geradezu wie wahnsinnig. Es entstand eine furchtbare Erregung und ich wurde von den Genossen gedrängt, die Erklärung zu unterschreiben, weil ich sonst einzig und allein die Verantwortung für den Bankerott hätte. Kopp erklärte noch, daß diese Erklärung nicht zur Veröffentlichung bestimmt sei, sondern lediglich dem Parteivorstand zur späteren Verwendung überlassen werden solle. Ich erklärte mich nun schließlich bereit, die Er-

klärung zu unterschreiben, betonte aber ausdrücklich, in Anwesenheit aller Genossen, daß ich mit dem Inhalt der Erklärung nach wie vor nicht einverstanden sei, und nach wie vor der Auffassung sei, daß der Rücktritt Thalheimers erzwungen sei. Mehrere andere Genossen gaben dieselbe Erklärung ab. Am nächsten Tage habe ich dann die bekannte Erklärung an den Parteivorstand gesandt, weil ich mir die heftigsten Vorwürfe machte, daß ich mich doch zur Unterschrift der Erklärung hatte bestimmen lassen. Am andern Tage vormittags telephonierte mir die Genossin Thalheimer, die als Volontärin in der Redaktion arbeitete, daß meine Erklärung doch veröffentlicht werden sollte, obwohl mir gesagt worden war, daß sie nicht zur Veröffentlichung käme. Ich verlangte nun als Vorsitzender der Preßkommission die Entfernung dieser Erklärung aus der „Freien Volkszeitung". Kinkel verweigerte das. Darauf verlangte ich, daß meine Erläuterung zu dieser Erklärung daruntergesetzt werden sollte. Auch das hat Kinkel abgelehnt. Darauf verließ Genossin Thalheimer die Redaktion. Radek kam zurück und Kinkel erklärte, er bestimme allein darüber, was in der nächsten Zeit in der „Freien Volkszeitung" zu erscheinen habe und was nicht. Daraufhin hat denn auch Radek die Redaktion verlassen. („Es war auch die höchste Zeit!") Genosse Kinkel hat dann die Redaktion weitergeführt bis zu ihrer provisorischen Besetzung. Was ich Ihnen hier vorgetragen habe, sind feststehende Tatsachen. Es ist feststehende Tatsache, daß von den Ulmern und von dem württembergischen Landesvorstand der ernsthafte Versuch unternommen wurde, unsere finanzielle Verlegenheit dazu auszunutzen, uns ein revisionistisches Organ aufzuzwingen. Es ist Tatsache, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer erzwungen wurde. (Unruhe.) Diese feststehenden Tatsachen aus der Welt zu schaffen, wird Ihnen nicht gelingen." (S. 225 ff.)

In der Debatte sprachen u. a.:

Mattutat-Stuttgart:

„... Die Haltung des Parteivorstandes in der Göppinger Frage hat durch unsere Landesversammlung ihre vollste Billigung gefunden. Die große Mehrheit der Landesversammlung hat sich für das Vorgehen des Parteivorstandes ausgesprochen, und die gleiche Stellung hat die Landesversammlung auch gegenüber dem Landesvorstand eingenommen. Nachdem die Beteiligten sich in dieser Weise geäußert haben und mit überwiegender Majorität das Vorgehen der in Frage kommenden Faktoren billigten, kann doch wohl eigentlich die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden ... Um derartige Experimente zu machen, wie sie in Göppingen unternommen wurden, sind die Mittel der Partei doch zu kostbar. (Sehr richtig!) Auf diesen Standpunkt haben sich Landes- und Parteivorstand mit Recht gestellt, und von diesem Standpunkt aus sind auch die Maßnahmen zu verstehen, die zur Sanierung eingeleitet wurden ... Nicht die Hetze gegen die „Freie Volkszeitung" war es, die das Blatt derartig herunterbrachte. Dafür kann ich mich darauf berufen, daß die Hetze, von der Genosse Schepperle spricht, in Wirklichkeit nichts anderes war, als der naturnotwendige Widerstand derjenigen Parteigenossen gegen das Vorgehen der „Göppinger Volkszeitung" und ihres Redakteurs, die in führender Stellung befindlichen Parteigenossen in systematischer Weise herunterzureißen ... Leider ist das, was wir in dem Göppinger Streit vor uns haben, nur ein Teil der Erscheinungen, die aus Württemberg in so unliebsamer Weise in der Partei bekannt geworden sind. Es ist nur eine Einzelerscheinung in der großen Masse von Skandalen aller Art, von Verhetzungen usw., die leider der Partei in Württemberg außerordentlich geschadet haben. Man spricht da immer von sachlichen Gegensätzen, man spricht davon, daß auf der einen Seite der Revisionismus, auf der anderen Seite der Radikalismus steht und der sich daraus ergebende Meinungsstreit diesen Zank und Zwist verschuldet. Ich bin darin anderer Meinung. Radikalismus und Revisionismus haben mit den württembergischen Streitigkeiten nichts zu tun, aus dem einfachen Grunde, weil dieser ganze Streit aus persönlichen Zänkereien und Stänkereien hervorgegangen ist, weil er einen durchaus persönlichen Charakter trägt und leider eine Zuspitzung erfahren hat, wie sie schlimmer nicht sein kann.

Derjenige, der bei dem Göppinger Fall mit eine Rolle gespielt und dazu beigetragen hat, die Partei zu schädigen, derjenige, der neben Radek und Thalheimer mit dafür gesorgt hat, daß unsere Gegner reichliches Material gegen die Sozialdemokratie erhielten, das ist der Genosse Westmeyer, der vor allem durch sein Vorgehen das persönliche Moment in diesen Streit hineingetragen hat ..." (S. 230 ff.)

Westmeyer-Stuttgart:

„Die Angriffe, soweit sie mich persönlich treffen, sind nicht neu. Nachdem hier behauptet worden ist, daß die Hetze erst bestehe, seitdem meine Wenigkeit in Stuttgart sei, ist es wohl meine Pflicht, jetzt folgendes mitzuteilen: daß nämlich gerade jene Seite, die diese Vorwürfe erhoben hat, ihr Meisterstück bei der letzten Gemeinderatswahl in Stuttgart abgelegt hat. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Weiter ist festzustellen, daß jene Seite genau so, als wenn eine bürgerliche Partei zu bekämpfen wäre, mit Flugblättern in Fabriken, Werkstätten und Häusern gegen die radikalen Parteigenossen arbeitet. (Hört! hört!) Zur Generalversammlung in Kannstatt sind gedruckte Flugblätter, gedruckt bei dem Genossen Dußler, der vom Parteischiedsgericht zum Ehrverlust verurteilt worden ist, verteilt worden, um die radikale Parteileitung dort zu stürzen und eine revisionistische an ihre Stelle zu setzen. Weiter ist festzustellen, daß gerade diese Seite innerhalb der offiziellen Parteiorganisation eine besondere Geheimorganisation sich verschafft hat, mit besonderen Mitgliederlisten (Huhu!), und daß zu besonders wichtigen Angelegenheiten an die hasenreinen Genossen besondere Einladungen verschickt werden, bisweilen sogar mit der Ueberschrift „Sozialdemokratischer Verein Stuttgart". (Hört! hört! und Unruhe.) Wenn Sie sich diese Tatsachen vor Augen halten, so ist es wohl klar, daß dabei allerdings der Kampf vergiftet wird. In den letzten Tagen hat man sich in Stuttgart und im Land an Parteigenossen und Nichtparteigenossen mit anonymen Briefen gewandt, die gegen mich gerichtet sind und in denen sogar meine Familienverhältnisse in niederträchtigster Weise hineingezerrt werden. (Hört! hört!) ...

... Es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Landesvorstand erklärt hat, es wird nur dann saniert, wenn die Blätter in Ulm und Göppingen verschmolzen werden. Es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß gerade Hildenbrand die Behauptung aufgestellt hat, daß auch der Parteivorstand als Grundlage die Verschmelzung der beiden Blätter ansieht. Weiter steht fest, daß die Ulmer Genossen verlangt haben, daß dann nur ein Redakteur angestellt wird, und daß nicht Thalheimer, sondern Roßmann das sein solle. (Zuruf: Das ist doch selbstverständlich!) Weiter steht fest, daß der Landesvorstand nicht etwa vermittelt, sondern im Gegenteil erklärt hat, er wirke auf die Ulmer nicht ein. Und nun standen die Göppinger Genossen vor der Frage: Entweder Zusammenbruch oder Entlassung von Thalheimer. Thalheimer hat die Verantwortung nicht tragen wollen, er ist gegangen. (Zuruf: Sollte denn Roßmann entlassen werden?) Nein, beide Redakteure sollten behalten werden, es sollte keine Maßregelung stattfinden. (Lachen.) Warum Thalheimer gehen mußte, das zeigt die Forderung von Hildenbrand auf Zurückziehung des zweiten Teiles der Resolution Schepperle, daß das Organ auch später im Sinne des Parteiprogramms und der proletarischen revolutionären Taktik gemäß der Dresdener Resolution redigiert werden solle. (Hört! hört!) Diesen Teil mußte Schepperle zurückziehen, denn sonst wäre nicht saniert worden. (Erneutes Hört! hört!) ..." (S. 232 f.)

Hildenbrand-Stuttgart:

„... Schepperle und Westmeyer haben mit großem Nachdruck den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob der Landesvorstand der Württemberger die Göppinger um ihr Selbstbestimmungsrecht bringen wollte, und zwar durch eine Verschmelzung der beiden Blätter. Es handelte sich aber nicht darum, eine Verschmelzung herbeizuführen, sondern der Landesvorstand machte seine Mitwirkung abhängig von dem Gelingen einer Vereinbarung zwischen Göppingen und Ulm. Das ist ganz etwas anderes als der absichtlich gewählte Ausdruck „Verschmelzung" ...

...Die „Göppinger Volkszeitung" war eine tägliche Quelle aufgebauschter Sensationsnachrichten von internen Parteiangelegenheiten. (Hört! hört! und Sehr richtig!) Sie waren die beste Quelle der bürgerlichen Presse. Nur die Genossen wurden angegriffen..." (S. 235 f.)

Henke-Bremen:

„...Am 2. Juni stand in der „Donauwacht" eine Erklärung des Genossen Göhring, die unter anderm so lautete: „Da die Prosperität der „Donauwacht" die Entnahme des allgemeinen reichs- und landespolitischen Teils aus dem Satz der „Tagwacht" zur Voraussetzung hat, so war, falls die „Tagwacht"-Gesellschaft und die Landesinstanzen der Partei zur geschäftlichen Uebernahme des Göppinger Unternehmens bereit waren, für die Ulmer Parteigenossen der Druck der „Donauwacht" in Göppingen nicht nur eine Frage der technischen Herstellung, sondern auch der politischen Ausgestaltung. Die letztere Frage wollten die Göppinger Genossen durch die Redaktionsführung Thalheimer-Roßmann lösen. Dieser Lösung hielten die Ulmer Instanzen in Uebereinstimmung mit ihrem Redakteur und dem Landesvorstand geschäftliche und andere ins Gewicht fallende Schwierigkeiten entgegen, worauf die Einigung zwischen Ulm und Göppingen schließlich auf Grund der in der Göppinger Parteiversammlung gegen sechs Stimmen angenommenen Resolution erfolgt ist." Diese erwähnten „anderen" Schwierigkeiten waren nach unserer Auffassung dieselben Schwierigkeiten, wie wir sie in den prinzipiellen Differenzen der Württemberger Genossen vor uns haben. Wir fanden hier einwandfrei bestätigt, daß allerdings ein Druck auf die Genossen in Göppingen hinsichtlich der prinzipiellen Haltung ihres Organs ausgeübt wurde..." (S. 237 f.)

Während der Debatte ging der Antrag 193 (Auer-München) ein:

„Der Parteitag mißbilligt die von einigen Genossen gegen die bei der Sanierung des Göppinger Parteigeschäfts beteiligten Instanzen erhobenen haltlosen Vorwürfe. Der Parteitag spricht seine volle Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen aus und erwartet, daß die Parteigenossen den bei Neugründungen in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitags sorgfältiger beachten werden."

Ein gleichzeitig einlaufender Antrag Höllein-Jena, Knauf-Gera:

„Wir beantragen, die ganze Göppinger Preßangelegenheit einer besonderen Kommission von 9 am Streit nicht beteiligten Delegierten zur Prüfung und nachherigen Berichterstattung an den Parteitag zu überweisen."

wird nicht genügend unterstützt. (S. 237.)

Nach Schluß der Debatte läuft der Antrag 200 (Ledebour und Genossen) ein:

„Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göppinger Angelegenheit die völlige Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrebt sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur endlichen Beseitigung des unerträglichen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen. Er erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältig beachten werden."

Ueber die Zulassung dieses verspäteten Antrags zur Abstimmung entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte (S. 250 ff.) in der Gottschalk-Königsberg, Auer-München und Ledebour für Wiedereröffnung der Debatte über diesen Antrag eintreten.

Ebert:

„Ich möchte bitten, die Wiedereröffnung der Debatte über die Göppinger Angelegenheit nur der Resolution wegen abzulehnen. (Sehr richtig!) Und zwar deshalb,

weil ich bereits vom Parteivorstand beauftragt bin, im Schlußwort zu erklären, daß in dieser Angelegenheit eine besondere Vertrauensresolution für uns nicht erforderlich ist. (Bravo!) Der Parteitag hat bei der Dechargeerteilung sich über unsere ganze Tätigkeit zu äußern. (Sehr gut!) Die Göppinger Affäre ist nur ein Teil dieser unserer Tätigkeit, und wer in dieser Angelegenheit mit unserem Vorgehen nicht übereinstimmt, kann gegen die Dechargeerteilung stimmen. (Sehr richtig!) Damit kommt die Meinung des Parteitages klar zur Ausdruck und alles weitere ist überflüssig. (Lebhafte Zustimmung.)“ (S. 251.)

Dr. Liebknecht-Berlin:

„Der Weg, den Ebert uns soeben vorgeschlagen hat, ist nach meiner Ansicht der allerrichtigste. Wir waren überzeugt, daß der Parteivorstand, nachdem ihm von allen Seiten hier volles Vertrauen und volle Billigung in dieser Angelegenheit ausgesprochen worden ist, eines besonderen Votums nicht mehr bedürfe. Ueberhaupt ist nur dadurch, daß eine Resolution vorliegt, mit der sich nicht alle einverstanden erklären konnten, obgleich wir alle einmütig den Frieden wünschen, nach der Auffassung einer Anzahl Parteigenossen es notwendig geworden, neuerdings mit einer anderen Resolution hervorzutreten. In dem Augenblick, wo die Antragsteller der ersten Resolution sich auf den Boden des Ebertschen Vorschlages stellen, wird natürlich auch unsere Resolution ganz überflüssig. Wir sind also selbstverständlich bereit, unsere Resolution zurückzuziehen, sofern durch die Zurückziehung der anderen Resolution die Sache im Sinne des Wunsches des Genossen Ebert endgültig erledigt ist. Ich bitte, sich darüber entscheiden zu wollen. Für den Fall, daß die Antragsteller die Resolution nicht zurückziehen, würde es für uns, so sehr wir es bedauern würden, doch notwendig sein, in der Erörterung fortzufahren. (Lebhafte Zustimmung.)“ (S. 251.)

Dr. Frank-Mannheim:

„. . . Ich schließe mich in diesem Punkte der Meinung Eberts durchaus an. Aber es handelt sich noch um die Frage, ob der Parteitag nicht Anlaß hat, einen Angriff gegen die Ehre der ganzen Partei zurückzuweisen. (Sehr richtig!) Es handelt sich darum, ob der Partei der Vorwurf gemacht werden darf, daß Parteiinstanzen durch wucherische Mittel auf die Gesinnung der Genossen einzuwirken versucht hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine Sache der Partei, und deshalb meine ich, daß wir uns noch etwas darüber unterhalten können, was notwendig ist. Wenn der Parteitag der Meinung ist, und sie vielleicht auch durch den Vorstand zum Ausdruck bringen lassen will, daß dieser Vorwurf, der gegen alle Instanzen — gegen den Landesvorstand von Württemberg (Aharufe, Gegenrufe: Sehr wahr!) noch gestern — erhoben wurde, eine schwere Ehrlosigkeit behauptet, und ihn entsprechend zurückweist, dann haben auch wir kein weiteres Interesse an einer Beschlußfassung. (Zustimmung.)“ (S. 251 f.)

Dr. Liebknecht-Berlin:

„Das einmütige Friedensvotum, das Frank als den Wunsch der Unterzeichner des Antrages hingestellt hat, wird meiner Ansicht nach nicht wohl erzielt werden können, wenn in einer Angelegenheit vom Parteitag positiv Stellung genommen werden soll, über die der Parteitag in allen Einzelheiten kaum genügend unterrichtet sein kann. (Sehr richtig!) . . . Der Parteitag hat die Ueberweisung der Angelegenheit an eine Kommission abgelehnt und damit zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht für zuständig halte (Lebhafter Widerspruch) oder keine Neigung habe, in dieser Angelegenheit weiter hineinzusteigen und zwischen den Streitenden unmittelbar Stellung zu nehmen. Ich meine, wir tun gut daran, diese Frage außer acht zu lassen und statt dessen eine positive Stellung zur Erledigung des Göppinger Konflikts in dem Sinne zu nehmen, daß wir, wie das in der von uns eingebrachten Resolution geschieht, die Erwartung und das Verlangen des Parteitags zum Ausdruck bringen, daß alle an diesen Dingen beteiligten Parteigenossen mit aller Kraft dahin wirken, das nützliche Vorgehen des Parteivorstandes nach Kräften zu unterstützen. Meiner Ansicht nach kommen wir

damit am besten zu einem positiven Resultat, nicht aber, indem wir einen Beschluß fassen, der einen wahnwitzigen Vorwurf, der gegen die Partei von irgendeinem unverantwortlichen Menschen erhoben wurde, in demonstrativer Weise zurückweist. (Lebhaftes Hört! hört! und Zurufe: Leipziger Volkszeitung!) Hat unsere Partei denn wirklich nötig, sich und ihre Instanzen zu verteidigen gegen den Vorwurf des Gebrauchs wucherischer Mittel zur Beeinflussung der Gesinnung der Parteigenossen? Stehen wir nicht viel zu hoch da, um uns mit solchen Dingen zu befassen?! (Lebhafte Zustimmung und erneute Zurufe: Leipzig!) Das entspricht gar nicht der Würde des Parteitags ..." (S. 252.)

Schließlich ergreift Bebel das Wort:

„Es wird Zeit, daß wir über diese geradezu ekelhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Es ist schon zu viel darüber debattiert worden. (Beifall.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, der württembergische Landesvorstand habe sich eine wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, über deren moralische Qualitäten nach dem, was wir hier gehört haben, wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Lebhafter Beifall.) Ich will nicht einmal der Persönlichkeit die Ehre antun, ihren Namen zu nennen. Ich schlage vor, die Resolution Auer wird zurückgezogen. Wir vom Parteivorstand sind vollkommen zufrieden, wenn Sie durch Ihre Dechargeerteilung Ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Parteivorstandes geben. (Lebhafter Beifall.)" (S. 253.)

Daraufhin zieht Frank den Antrag 193 und Ledebour den Antrag 200 zurück.

Ein Nachspiel zu den Göppinger Streitigkeiten brachte noch der Bericht der Beschwerdekommission. Hoffmann-Hamburg berichtete:

„... Auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins Göppingen hat am 10. Juli gegen Waidmann und Genossen ein Schiedsgericht getagt. Die Genossen Waidmann, Reichmann und Engelsmann wurden von der gegen sie erhobenen Anschuldigung, an der Verbreitung gefälschter Stimmzettel beteiligt zu sein, freigesprochen. Dagegen sind die Genossen Huttelmayer und Weber für schuldig befunden, es ist ihnen für die Dauer von zwei Jahren die Bekleidung von Vertrauensämtern in der Partei abgesprochen. Das Schiedsgericht erblickte in dem Verhalten dieser Genossen ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen den Beschluß einer Parteiorganisation. Hiergegen hatte der sozialdemokratische Verein Berufung eingelegt, er hat sie aber jetzt zurückgezogen. Ich hoffe, daß das ein erfreuliches Zeichen der Wirkung ist, die die Diskussion über Göppingen gehabt hat ..." (S. 507.)

In Jena **1913** hatte die Beschwerdekommission über einen Ausschluß in Göppingen zu befinden. Paulick-Dessau berichtete dem Parteitag:

„... Genosse Julius Brückner in Göppingen ist durch Schiedsgerichtsurteil vom 8. März d. J. gemäß § 23 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen worden. Gegen dieses Urteil hat Brückner rechtzeitig Berufung an den Parteitag eingelegt. Das Schiedsgericht hatte sein Urteil auf Grund folgenden Sachverhalts getroffen: Am 19. Mai 1912 hat eine Bezirkskonferenz in Göppingen beschlossen, an Stelle des bisherigen Abgeordneten Lindemann den Genossen Kinkel als Kandidaten für die Landtagswahl aufzustellen. Gegen diesen Beschluß der Bezirkskonferenz wollte Brückner am 21. Mai 1912 ein Inserat in der „Freien Volkszeitung" in Göppingen veröffentlichen, in dem er sagte, daß die Aufstellung Kinkels gleichbedeutend mit dem Verlust des Mandats sei. Er beantrage deshalb beim Kreisausschuß eine Urabstimmung, ob Kinkel oder Lindemann der Kandidat sein solle.

Und da er als einzelner nicht in der Lage sei, eine Urabstimmung zu verlangen, so bitte er alle Genossen, die ebenfalls für eine Urabstimmung seien, ihm ihre Adressen mitzuteilen. Die Expedition der „Freien Volkszeitung" lehnte die Aufnahme dieses Inserates ab. Es wurde ihm gesagt, er könne seine Forderung auf Urabstimmung in der am Donnerstag stattfindenden Parteiversammlung oder in der am 16. Juni stattfindenden Kreisgeneralversammlung geltend machen. Brückner ließ darauf den Text als Plakat drucken, und zwei Stunden später klebte es zur Freude unserer Gegner an den Plakattafeln ... Am 22. Mai fand in Göppingen eine von 200 Genossen besuchte Parteiversammlung statt, in der das Vorgehen Brückners entschieden verurteilt, als Disziplinbruch bezeichnet und ein Antrag auf Ausschluß Brückners aus der Partei gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Darauf antwortete Brückner durch ein neues Plakat an den Plakatsäulen. Er sagt darin: „Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, so greift er nicht nach dem Schwert, sondern nach der Plakatsäule. (Heiterkeit.) Soll man sich vergewaltigen lassen, soll man sich alles bieten lassen, ohne sich zu wehren, und vor lauter Prinzip, Dogma und Disziplin sich des Rechts der freien Meinungsäußerung begeben?" (Hört! hört!) Die Gegner nutzten die Erklärungen Brückners in ihrer Presse selbstverständlich weidlich gegen unsere Partei aus. Sie konnten die denkbar wirksamsten Flugblätter mit dem Material, das sie durch die Proteste Brückners erhalten hatten, schreiben — und die Folge war, daß der Wahlkreis an die Gegner verloren ging, obwohl im Wahlkampf an Stelle Kinkels noch ein anderer Kandidat gesetzt worden war. Am 30. Dezember 1912 teilte der württembergische Landesvorstand der Parteileitung in Göppingen mit, daß er dem Antrage, Brückner auszuschließen, nicht beitreten könne. Er spreche aber dem Genossen Brückner für sein Verhalten seine entschiedene Mißbilligung aus. Auch in die Gemeinderatssitzungen hat Brückner den Parteistreit hineingetragen ...

Das Schiedsgericht, das auf Betreiben der Göppinger Organisation eingesetzt worden ist, kam zu der Auffassung, daß Brückner, wenn er mit der Kandidatenaufstellung nicht einverstanden war, sich doch nicht durch Anschlag an die Plakatsäulen an die breite Oeffentlichkeit wenden dürfte. Wenn er eine Urabstimmung wollte und glaubte, sie im Göppinger Verein selber nicht zu erreichen, so mußte er sich an den Landesvorstand wenden. Da er nach dem ersten Anschlag durch den Kreisausschuß gewarnt war, und dennoch die scharfe Erklärung gegen den Beschluß der Kreiskonferenz anschlagen ließ, so liegt nach der Auffassung des Schiedsgericht ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse der Parteiorganisation vor. Auch die nach § 26 des Statuts verlangte Schädigung des Parteiinteresses, die zur Durchführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens weiter erforderlich ist, sei gegeben. Wer an den öffentlichen Anschlagsäulen gegen die Partei, der er angehört, polemische Erklärungen losläßt, liefere den Gegnern der Partei Waffen und schädige dadurch das Interesse der Partei. Brückner habe mit den Angriffen seines zweiten Plakats auf die Partei die Grenzen dessen überschritten, was sich eine Partei bieten lassen könne. Es sei deshalb auf Ausschluß zu erkennen.

Die Beschwerdekommission hat die Auffassung gewonnen, daß die Schlußfolgerung des Schiedsgerichts richtig ist und beantragt deshalb, den Antrag Brückners, das Ausschlußurteil aufzuheben, zurückzuweisen. (Beifall.)" (S. 525 f.)

Maier-Heidelberg nimmt unter schweren Beschuldigungen gegen Kinkel den Brückner in Schutz und beantragt lediglich die schärfste Rüge. (S. 526 f.) Hildenbrand schließt sich dem an. (S. 527 f.) Hermann Müller vom Parteivorstand tritt dem entgegen und weist die Angriffe gegen Kinkel zurück. Er schließt:

„... Ich ersuche Sie, gerade im Hinblick auf die schweren Differenzen, die wir seit Jahren in Württemberg haben, es bei dem Beschluß der Beschwerdekommission zu belassen. Wenn das noch System werden soll, daß jeder Genosse, der nicht Recht bekommt, an den Plakatsäulen protestieren kann, dann können wir noch schöne Dinge in Württemberg erleben. Das Urteil

des Schiedsgerichts war das einzig mögliche und richtige und liegt im Interesse der Partei. (Lebhafter Beifall.)" (S. 528.)

Der Antrag Maier:

„Der Parteitag gibt der Berufung statt, spricht Brückner jedoch für sein Verhalten den schärfsten Tadel aus"

wird abgelehnt und dem Antrage der Beschwerdekommission zugestimmt. (S. 529.)

Großblock

Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Magdeburger Parteitag **1910** führt aus der Generaldebatte zum Etat u. a. folgendes an:

„... Auf eine Anzapfung eines der bürgerlichen Vorredner erklärte Frank, die Entwicklung würde nach unserer Ueberzeugung gefördert „durch jene politische Neubildung, die unter dem Namen „Großblock" viel besprochen worden ist. Dieses fabelhafte Geschöpf, das seinerzeit unter dem Namen „von Bassermann bis Bebel" belacht worden ist, ist in Baden jetzt Ereignis geworden, allerdings gegen Bassermann und ohne Bebel, aber nicht gegen Bebel". Von den Wählern sei die geschlossene Front gegen Konservative und Zentrum verlangt worden. Der Zentrumsredner hatte den Liberalen zugeredet, doch nur ja nicht auf der abschüssigen Großblockbahn zu bleiben. Frank wies demgegenüber auf die enge Verbindung zwischen Zentrum und Konservativen hin, nachdem die Freisinnigen durch Fußtritte aus dem Block vertrieben worden. Mehr Mannhaftigkeit forderte er vom Liberalismus. Nur liberale Politik sollten sie endlich machen. „Wenn Sie mehr Willen zur Macht hätte, dann wären Sie schon lange über die sozialdemokratischen Schultern wegvoltigiert dort auf die Ministersessel" ..." (S. 123 f.)

Bebel führte im Referat zur badischen Budgetbewilligung aus:

„... Nun hat Frank in einem Artikel der Nr. 49 der „Neuen Zeit" unter der Ueberschrift: „Die Wahrheit über den badischen Aufstand" versucht, die Sache auf ein anderes Gleis zu schieben. Er führt dort aus:

„Der Nürnberger Parteitag hat dagegen keine Anweisung gegeben für den Fall, daß eine sozialdemokratische Fraktion zwar nicht die Mehrheit, aber einen Teil einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit bilde. Es war auch nicht nötig, für diese Möglichkeit Vorsorge zu treffen, weil sich bis dahin noch keine bürgerliche Partei gefunden hatte, die bereit und groß genug war, mit uns ein solches Bündnis zu schließen. Zum ersten Male in Deutschland bot sich nun für die badischen Genossen die Gelegenheit zum „Großblock", und wir hielten uns für berechtigt und verpflichtet, im Interesse unserer Bewegung darauf einzugehen. War aber dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mußte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein, auf dessen Inhalt wir in monatelanger Arbeit Einfluß geübt hatten."

Das ist eine durchaus falsche Auffassung! Wir haben uns mit der Großblockfrage gar nicht beschäftigt. Das war vielleicht ein Fehler, aber wenn wir es getan hätten, dann wäre wieder das Geschrei entstanden, man wolle die Genossen in den Einzelstaaten bevormunden, man wolle ihnen alle möglichen Verpflichtungen auferlegen usw. Den Block zu bilden ist den Parteigenossen in Baden nicht erlaubt worden, es ist ihnen aber auch nicht verweigert worden, sie haben gehandelt, ohne daß der deutsche Parteitag dazu Stellung genommen hat, und wenn sie glaubten, daraus eine Uebertretung des Nürnberger Beschlusses herleiten zu dürfen, dann befinden sie sich auf dem Holzwege. (Sehr richtig!) ..." (S. 240.)

In Jena **1911** bemerkte bei der Debatte über den Vorstandsbericht Knauer-Sonneberg:

„... Ueber die eigentliche Agitation ist hier noch gar nicht gesprochen, und die Genossen draußen können verlangen, auch in dieser Richtung hier Direktiven zu be-

kommen, und deshalb wende ich mich dagegen, daß man von gewisser Seite erklärt, wie erst kürzlich ein süddeutscher Abgeordneter, daß wir mit Fortschrittlern und Nationalliberalen zusammengehen müssen. Dadurch wird uns der Kampf außerordentlich erschwert. Wir haben jetzt gegen die gesamten bürgerlichen Parteien in schärfster Weise vorzugehen und nicht etwa einem Großblock, wie er vielleicht in Württemberg und Baden gewünscht wird, das Wort zu reden. Die Liberalen und Fortschrittler in Thüringen sind besonders reaktionär und daher erst recht zu bekämpfen." (S. 247.)

(Siehe auch den Artikel „Badische Budgetbewilligung".)

Heilmittel.

Dem Jenaer Parteitag **1913** lagen folgende Anträge vor:

27. Breslau: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unverzüglich die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen gegen die kapitalistischen Manipulationen zu ergreifen, die Heilmittel (wie neuerdings Mesothorium) für Volkskrankheiten erheblich verteuern."

75. Hamm i. W.: „Der Parteitag soll zum neuen Aerztetarif Stellung nehmen, weil durch denselben die Krankenkassen und die Arbeiterschaft stark belastet werden. Es soll in Zukunft mehr wie bisher darauf hingearbeitet werden, daß die Aerzte und die Medikamente, welche immer teurer werden, von Reich, Staat und Kommune bezahlt werden."

Antrag 75 wird nicht genügend unterstützt, Antrag 27 der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Hildebrand.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** erstattete Süßheim-Nürnberg den Bericht der Beschwerdekommission im Falle Hildebrand:

„. . . Am 22. August fand in Ohligs eine Versammlung statt, die über einen Antrag des Gesamtvorstandes zu entscheiden hatte: „die Generalversammlung möge den Vorstand beauftragen, das Ausschlußverfahren gegen den Genossen Hildebrand-Solingen-Ost einzuleiten." In dem Bericht heißt es:

Zur Begründung des Vorstandsantrages erhält Genosse Kurth-Ohligs das Wort, welcher ausführt, daß in der letzten Distriktsleitersitzung durch den Parteisekretär von der Resolution zur Marokkofrage, welche durch Genossen Hildebrand in Gemeinschaft mit seinem Freunde Max Maurenbrecher beim diesjährigen Parteitage eingereicht sei, Mitteilung gemacht wurde. Außerdem sei in dieser Sitzung bekannt gemacht worden, daß Genosse Hildebrand im Distrikt Solingen-Ost als Kandidat zum diesjährigen Parteitag aufgestellt wurde. Bei der Diskussion über diese Angelegenheit wurden vereinzelte Stimmen laut, welche glaubten, es sei gut, Hildebrand nicht auf die Kandidatenliste zu setzen, da er als Parteigenosse in Wirklichkeit nicht mehr gelte, man möge sich jedoch nicht näher mit der Sache beschäftigen. Die Versammlung war jedoch der Ansicht, daß wir nur Mitglieder mit gleichen Rechten und Pflichten haben. Solange Hildebrand Mitglied der Partei ist, dürfe er auch als Kandidat aufgestellt werden, und man möge ihm das Recht, sich aufstellen zu lassen, nicht streitig machen. Die Frage, ob Hildebrand weiter Parteimitglied sein könne, ist schon Jahre alt. Redner streift nunmehr kurz die Stellungnahme Hildebrands zur Kolonialpolitik im Anschluß an den Stuttgarter internationalen Kongreß, ebenso seine Artikel in der „Arbeiterstimme" nach dem Essener Parteitage, erinnert an die Polemik zwischen Hildebrand und Dr. Laufenberg auf dem Niederrheinischen Parteitag und meint dazu, daß die von der Meinung der Gesamtpartei stark abweichende Stellungnahme Hildebrands in der Kolonial- und Agrarpolitik schon älteren Datums sei. Vor Jahresfrist habe Hildebrand eine Broschüre herausgegeben, betitelt: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industrie-

sozialismus", in der er sich in scharfen Gegensatz zu den Grundforderungen der Partei gestellt habe. Diese Broschüre sei von allen Parteizeitungen verurteilt worden. Es ist notwendig, daß sich die Parteiinstanzen mit Hildebrand beschäftigen, denn die bürgerliche Presse werfe uns täglich mit Auszügen aus Reden und Schriften von Schippel, Calwer und Hildebrand Knüppel zwischen die Beine, indem die Ausführungen dieser sozialistischen Schriftsteller gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet würden. Gegen Hildebrand als Mensch habe niemand etwas, wir handeln nur im Interesse der Partei, wenn wir Stellung gegen Hildebrand nehmen. Mit der Bitte, ruhig über den eventuellen Ausschluß zu diskutieren, schließt Redner seine Ausführungen. (Beifall.)

Danach nahm Genosse Wendemuth das Wort: „Was Genosse Kurth hier ausführte, ist eigentlich nicht das, was die Grundlage des vorliegenden Antrages auf Eröffnung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand abgab; das ist etwas ganz anderes, etwas, das viel krasser zeigt, wie weit sich Hildebrand von uns entfernt hat: es ist der Vortrag, den Hildebrand letzthin im Gewerkschaftskartell zu Solingen gehalten hat. Hildebrand sprach dort über die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt... Er trat ein für Kolonien, für Schutzzölle, für den Marokkorummel, ja sogar für den Militarismus. Dabei ließ er Aeußerungen fallen, wie die, daß wir in Deutschland noch am besten regiert würden, und daß er sich wohl bewußt sei, Forderungen zu vertreten, die teilweise auch die Nationalliberalen stellen. Nachdem Hildebrand nun das gesagt hatte, da war es mir als Zuhörer unmöglich, auf die sachlichen Ausführungen Hildebrands einzugehen. Für mich handelte es sich in dieser Situation nur darum, die Konsequenzen aus Hildebrands Vortrag zu ziehen... Wir verlangen im Parteiprogramm die Beseitigung der Schutzzölle, haben uns auf einem Parteitag dahin geeinigt, jede Kolonialpolitik zu bekämpfen, führen den schärfsten Kampf gegen den Militarismus und kämpfen gegenwärtig wieder aufs heftigste gegen den Marokkorummel. Wenn da ein Genosse kommt und uns hierin entgegentritt, dann ist er eben kein Genosse mehr, dann hat er uns so weit verlassen, daß er nicht mehr zu uns gehört. So habe ich Hildebrand geantwortet; die übrigen Diskussionsredner wandten sich zwar auch gegen Hildebrands Ausführungen, traten mir aber in bezug auf die Konsequenz, die ich zog, entgegen. Natürlich hielt ich es für meine Pflicht, dem Parteisekretär Bellert sowie dem Kreisvorsitzenden Schaal Mitteilung von dem Gehörten zu machen, damit sie wenigstens davon unterrichtet waren. Doch waren sie der Ansicht, daß man auch danach Hildebrand laufen lassen sollte, so wie es bisher schon getan worden war, vielleicht, daß Hildebrand selbst gehen würde. Damit hatte die Sache vorläufig ihre Erledigung gefunden; sie wurde aber wieder akut, als Hildebrand die Taktlosigkeit besaß, eine Parteitagskandidatur anzunehmen. Unter diesen Umständen hielt ich es für angebracht, nun auch noch dem erweiterten Vorstand mitzuteilen, was Hildebrand im Kartell gesagt hatte, um von diesem zu hören, was er darüber dächte. Da ist denn auch ganz richtig gesagt worden, daß es Genossen mit zweierlei Rechten nicht geben könne; gehöre jemand zu uns, so habe er auch alle Rechte. Hildebrand gehöre noch der Partei an, deshalb könnte man ihm auch nicht das Recht antasten, ebensowenig dem Distrikt, der ihn aufstellte, zum Parteitag zu kandidieren. Eine andere Frage sei aber die, ob Hildebrand überhaupt noch zu uns gehöre. Und diese Frage wurde nach längerer Debatte verneint, worauf dann einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, der Generalversammlung die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand vorzuschlagen. An Ihnen liegt es nun, diesem Antrage zuzustimmen, und ich zweifle nicht daran, daß Sie ihn annehmen..."

Der Vorsitzende Genosse Schaal verliest hierauf ein Schreiben des Genossen Scheidemann, der der Kreisversammlung guten Verlauf wünscht und zum beantragten Ausschluß Hildebrands u. a. sagt, daß viel schlimmer als seine Kolonialmarotten das sei, was Hildebrand in seinem Buch über Industriesozialismus geschrieben habe. Da verhöhne er ja geradezu den Klassenkampf. Er (Scheidemann) habe erwartet, daß Hildebrand nach dem Erscheinen seines Buches selbst aus der Partei austreten würde. Leid tue es ihm, daß Hildebrand nicht so viel Takt besessen hatte und sich lieber aus der Partei ausschließen lassen wolle. (Lebhafter Beifall.)

... Die Versammlung in Ohligs, in der niemand für die sachlichen Ausführungen Hildebrands eintrat, beschloß schließlich mit 118 gegen 58 Stimmen die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand.

Am 6. September fand dann in der Ausschlußsache gegen Hildebrand zur Verhandlung und Entscheidung eine Sitzung statt, an der teilgenommen haben: Wilhelm Gewehr als Vorsitzender, Wilhelm Ullenbaum, Karl Haberland, Hermann Bollens, Emil Backhaus als Beisitzer, Wilhelm Dittmann und Bellert als Vertreter des sozialdemokratischen Vereins Solingen und der beschuldigte Gerhard Hildebrand. Der Beschluß lautet: Gerhard Hildebrand wird aus der Parteiorganisation ausgeschlossen. Es folgen nun die

Gründe: Nach § 1 der Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört zur Partei jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist. Und nach § 23 Abs. 1 kann zur Partei nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig macht.

Die Grundsätze des Parteiprogramms ergeben sich aus dem ersten Teil des Programms ...

Die Vertretung der den Ausschlußantrag stellenden Organisation führte aus: Hildebrand habe schon als Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme" im Jahre 1909 in dem genannten Blatte zwei Artikel veröffentlicht, die keinen Zweifel darüber ließen, daß er sich in seinen ökonomischen Auffassungen von ganz anderen Tendenzen leiten lasse, als denen, die die Basis für das sozialdemokratische Programm bilden. Er habe damals schon die Meinung vertreten, daß es nicht auf die Formulierung eines Gesetzes über die wirtschaftliche Entwicklung, sondern ganz allein auf den Willen der Arbeiterklasse ankomme, ob sie zum Sozialismus gelangen wolle. Dementsprechend habe er den grundsätzlichen Teil des Programms für völlig überflüssig erklärt. Nun habe Hildebrand ein Buch herausgegeben mit dem Titel: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus", in dem er nachweisen wolle, daß unser ganzes Programm in seinem grundsätzlichen Teile falsch sei, und er zu einer Verhöhnung des Klassenkampfes und des Kommunismus komme, anderseits er aber dem Schutzzoll, der Kolonialpolitik und sogar dem Militarismus das Wort rede. Auch durch einen Vortrag, den er in einer Parteibezirksversammlung sowie im Gewerkschaftskartell in Solingen gehalten habe, habe Hildebrand Propaganda für seine Anschauungen gemacht. Dadurch sowie durch die Tatsache, daß die Gegner die Kundgebungen Hildebrands in ausgiebiger Weise gegen die Partei ausschlachten, sei diese geschädigt worden. Zahlreiche Stellen aus dem Buche werden zur Unterstützung des Ausschlußantrages zur Verlesung gebracht.

Hildebrand gibt zu, daß seine Anschauungen von dem grundsätzlichen Teile des Parteiprogramms abweichen, er könne heute sogar manches nicht mehr für richtig anerkennen, wofür er in der Zeit, als er Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme" war, noch eintreten konnte. Aber er glaube der sozialdemokratischen Partei am nächsten zu stehen und in dieser am besten für seine Anschauungen wirken zu können. Es müsse in der Partei auch für die Vertreter solcher Ansichten Raum vorhanden sein. Er habe sich überzeugt, daß für die Landwirtschaft nicht die Entwicklungstendenzen gelten, die in der Industrie herrschen, daß in der Landwirtschaft vielmehr der mittlere Betrieb die Richtung angebe, ihm die Zukunft gehöre und infolgedessen an dem Privatbesitz festgehalten werden müsse. Da die Industriestaaten hinsichtlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen in immer stärkerem Maße von den überseeischen Agrarländern abhängig würden, so ergebe sich für sie die Notwendigkeit, unter Zurückdrängung des Industrialismus agrarische Politik zur Erzielung einer mittleren Familienbauernwirtschaft zu treiben, damit die Industriestaaten unabhängiger von den Agrarländern würden. Bei dieser Auffassung der Dinge komme er allerdings zur Schutzzollpolitik unter Errichtung einer westeuropäischen Zollunion, ferner zur Kolonialpolitik mit Gesetzen zum Schutze der Eingebornen und der Arbeiter, und schließlich zur Aufrechterhal-

tung einer Wehrmacht zum Schutze der Kolonien. Den erwähnten Vortrag habe er zunächst in einer Bezirksversammlung gehalten, er sei aber dort mit Rücksicht auf die Zusammensetzeng der Versammlung etwas zurückhaltend gewesen. Im Gewerkschaftskartell dagegen, wo er die Vertreter der gesamten organisierten Solinger Arbeiterschaft vor sich gehabt, habe er geglaubt, sich deutlicher über seine Ziele aussprechen zu sollen. Von der Richtigkeit des in seinem Buche Niedergelegten sei er fest überzeugt und halte daran fest. Aber er werde in Bälde ein zweites Buch erscheinen lassen, in dem seine Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei näher dargelegt würden."

Ueber die ökonomischen Grundanschauungen Hildebrands wird aus seinem Buche eine Reihe von Zitaten angeführt.

„Hildebrand erklärt, die zur Verlesung gekommenen Zitate müßten zwar richtiger im Zusammenhang mit dem ganzen Buch gelesen werden, aber er gibt zu, daß die Zitate die Quintessenz des im Buche Voraufgegangenen enthalten.

Auf die bestimmte Frage, ob er es also ablehne, daß die Arbeiterklasse um die politische Macht und um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kämpfen müsse, erklärt er, auf dieses engbegrenzte Ziel könne er sich nicht einlassen. Als Grundsätzliches für die Arbeiterklasse halte er für genügend den Willen zum Zusammenschluß der Arbeiter. Ein bestimmtes festes Ziel sich zu geben, sei unmöglich, es müsse der neuen Entwicklung bei der Untersuchung Rechnung getragen werden können. Für die Umbildung des Heeres in ein Volksheer sei er, aber vorläufig seien wir noch nicht so weit und könnten auf die „Selbstverteidigungsmaschine" nicht verzichten. —

Aus dem Gesamtinhalt seines Buches und aus Hildebrands mündlichen Darlegungen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, sowie über die Stellung der Arbeiter im Klassenkampfe und über das zu erstrebende Ziel kam das Agitationskomitee zu der Ueberzeugung, daß Hildebrand nicht auf dem Boden des grundsätzlichen Teiles des Parteiprogramms steht. Hildebrand hat sich auch nicht auf theoretische Studien beschränkt, sondern in unverkennbarer Weise versucht, seinen Anschauungen praktische Bedeutung zu geben. In der Herausgabe des Buches und in den Vorträgen erblickt das Agitationskomitee umsomehr einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm, als die Grundanschauungen Hildebrands im schroffsten Widerspruch zu dem grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms stehen.

Weil Hildebrand in allen praktischen Fragen zu anderen Schlußfolgerungen kommt als die Partei und nach seinen ökonomischen Grundgedanken kommen muß, schafft er Verwirrung und schadet der Partei.

Nach alledem kam das Agitationskomitee zu dem Beschluß, daß Hildebrand aus der Parteiorganisation auszuschließen sei.

Das ist das Urteil des Agitationskomitees. Gegen diese Entscheidung hat Hildebrand sich an den Parteivorstand gewandt und die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt. In den Akten befindet sich folgendes Protokoll über die Schiedsgerichtsverhandlung:

Zuerst wurde das schriftlich vorliegende Urteil des Agitationskomitees in Elberfeld verlesen. Desgleichen eine kurze Darstellung eines Vortrages des Genossen Hildebrand, den derselbe im Solinger Gewerkschaftskartell gehalten hat. Des weiteren wurde die ausführliche Berufungsschrift des Genossen Hildebrand vorgelesen.

Auf die Anfrage des Beisitzers Genossen Löwenthal, ob auch alle Beisitzer das in Frage kommende Buch des Genossen Hildebrand gelesen hätten, antwortet der Vorsitzende, daß ihm nur ein Exemplar des Buches zugegangen sei.

Genosse Dittmann fragt, ob es richtig sei, daß Genosse Löwenthal ständiger Mitarbeiter des „Solinger Generalanzeiger" sei.

Die Frage bejaht Genosse Löwenthal, bestreitet aber, daß der „Generalanzeiger" die Sozialdemokratie gehässig bekämpfe, wie das Dittmann sagte; des weiteren bestätigt Genosse Hildebrand die Mitteilung L.s, er habe selbst das eigenartige Zusammentreffen der Dinge bedauert. Er habe L. zu seinem Beisitzer er-

nannt, als er noch nicht im „Generalanzeiger" beschäftigt war. Wäre das vorher der Fall gewesen, hätte er ihn nicht zu seinem Vertrauensmann bestimmt, heute aber sei daran nichts mehr zu ändern.

Dittmann erklärt, daß er, um die Verhandlungen nicht weiter zu verzögern, keinen Einspruch gegen die Teilnahme L.'s erheben wolle, er verlange aber, daß diese Tatsache im Protokoll festgehalten werde.

Genosse Hofrichter nimmt dem Genossen Löwenthal ein strenges Schweigegebot ab. Löwenthal erklärt, daß dies seinem Wunsche durchaus entspreche.

Der Vorsitzende gibt nun eine zusammenhängende Darstellung der ganzen Angelegenheit.

Genosse Hildebrand gibt eine ausführliche Darstellung zu den ihm gemachten Vorwürfen im schriftlichen Urteil des Agitationskomitees. Er sagt etwa:

Er sei Sozialdemokrat, weil er die Arbeiter als allein zuverlässige Kerntruppe halte, die imstande sei, die heutigen Zustände zu bessern. Er unterstütze alle Bestrebungen auch schon deshalb gerne, weil die Arbeiter losgelöst seien von allen Sonderinteressen, die andere Stände haben. Um diese Besserungen zu erreichen, könne er sich aber keineswegs auf die enge Form des Erfurter Programms festlegen, es müsse von Fall zu Fall entschieden werden, ob es notwendig sei, alle Produktionsmittel zu verstaatlichen, zudem sehe er nicht, daß sich das Verlangte auch werde durchsetzen lassen. Freie Hand müsse er aber behalten. Unterbindet die Partei die Diskussion über solche Dinge, müsse sie verknöchern.

Dittmann: Gerade die Ausführungen des Genossen Hildebrand beweisen, daß er kein Sozialdemokrat mehr ist; aus dem Grunde ist der Ausschlußantrag berechtigt, auch das Elberfelder Urteil vom Agitationskomitee.

Hildebrand gibt eine ausführliche Darstellung über den Inhalt seines Buches und hebt besonders die kritischen Fragen hervor. Er scheue eben nicht, die Konsequenzen bezüglich seiner Ansicht zu ziehen, was andere nicht immer machen, er schildert seine Ansicht zur Schutzzollfrage und zur Wehrfrage. Zwischen ihm und Dittmann gibt es nun eine längere Aussprache über einzelne Stellen des Buches: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus."

Dittmann verliest folgende zwei Stellen aus dem Buche, die Genosse Hildebrand erklären möchte:

1. Solange breite Schichten der Industriearbeiter in kommunistischen Utopien befangen sind, können sie nicht die Mehrheit gewinnen und die Demokratie herstellen. Mit der Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus muß sich ihre industrielle Befangenheit, ihre kommunistische Verbohrtheit, ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Bauerninteressen verlieren. (S. 238.)

2. ... Die Arbeiterbewegung ist also die Kerntruppe gegen die industrielle Ueberfütterung. Versagt sie, so nimmt der Prozeß bis zur Katastrophe seinen Fortgang, aber bis zu einer Katastrophe, die durch keinen industriesozialistischen Zukunftsstaat abgelöst werden kann. Tun die Arbeiter, was ihr Interesse gebietet, so werden sie die Bauern, große Teile der Intelligenz, des gewerblichen Mittelstandes, ja selbst des Unternehmertums auf ihre Seite bekommen können ... (S. 243.)

Hildebrand erklärt, daß er den Klassenkampf wohl anerkenne, daß derselbe aber zurücktreten müsse und werde. Er sei von den Nationalsozialen zu den Sozialdemokraten gekommen, seine Anschauungen seien heute aber ganz anders, als wie er sie gehabt habe als Nationalsozialer. Seine heutigen Anschauungen suche er in der Sozialdemokratie heimisch zu machen, weil er keine andere Partei kenne, zu der er sich zählen könnte. Wenn auch ab und zu einer aus der Partei herausgekehrt werde, das hindere nicht, daß die Reformisten und Revisionisten weiterhin ihre Ideen verbreiten und propagieren. Wer z. B. zu den Arbeitern hält, die im Streik stehen, auch wenn derselbe unberechtigt sein sollte, wo sollte ein solcher Mensch anders hin, als wie zur Sozialdemokratie? Es müßten dann eben eventuell andere Aufnahmebedingungen geschaffen werden. Legt die deutsche Sozialdemokratie sich auf bestimmte Formen des Marxismus — wiedergegeben im Erfurter Programm — fest, so unterscheidet

sie sich eben von der Sozialdemokratie in anderen Ländern. Dort ist Raum auch für solche, die abweichende Ansichten haben...

...Es stimmten für den Ausschluß aus der Partei die Beisitzer: Drescher, Westkamp, Ludwig und der Vorsitzende Hofrichter; gegen den Ausschluß: Werner, Rübenack, Löwenthal...

Das Urteil lautet:

Es wurde folgendes verkündet:

Der Genosse Gerhard Hildebrand, Solingen, wird aus der Sozialdemokratischen Partei mit 4 gegen 3 Stimmen ausgeschlossen.

Gründe: Die Verhandlungen, ganz besonders die Darlegungen des Genossen Hildebrand vor dem Schiedsgericht selbst haben ergeben, daß Hildebrand die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Frage betrachtet wissen will und lediglich den demokratischen Teil des Parteiprogramms als verbindlich für sich anerkennt.

Das tritt auch an verschiedenen Stellen seines Buches — Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus — klar zutage.

Genosse Hildebrand hat damit nicht nur gegen die Grundsätze des Parteiprogramms verstoßen, er hat den Boden des Parteiprogramms überhaupt verlassen.

Deshalb mußte auf seinen Ausschluß erkannt werden.

Unter den drei Minderheitsstimmen war auch die Stimme des Genossen Löwenthal, der acht Tage später freiwillig aus der Partei ausgetreten ist. (Hört! hört!) Gegen dieses Schiedsgerichtsurteil, das den Ausschluß Hildebrands bestätigt hat, hat Hildebrand Beschwerde an den deutschen Parteitag eingelegt. In der Beschwerdekommission wurde über die Sache eingehend verhandelt und insbesondere Wert darauf gelegt, daß Hildebrand Gelegenheit bekomme, seine Anschauungen frei und rückhaltlos vor den Mitgliedern der Kommission zu entwickeln. Es wurden ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt und Stellen aus dem Buch verlesen, um einen Gesamteindruck und Gesamteinblick in die Anschauungen Hildebrands zu bekommen; ich kann wohl feststellen, nicht bloß, daß die Auseinandersetzungen in der Kommission durchaus sachlich geführt wurden, sondern auch, daß die Feststellung getroffen wurde, daß das Verfahren gegen Hildebrand von Anfang an frei war von jeder persönlichen Gehässigkeit. Hildebrand selbst mußte bestätigen, daß er persönlich als Mensch und auch als Redakteur mit den Genossen, die in Frage kommen, niemals irgendwelche persönliche Differenzen gehabt hat, er mußte zugeben, daß er kollegial von ihnen unterstützt wurde und daß die Behauptung, das Verfahren gegen Hildebrand sei auf persönliche Gehässigkeit zurückzuführen, als glatte Unwahrheit erwiesen sei.

In aller Kürze will ich auf die Kommissionsverhandlungen eingehen. Hildebrand bekam das Wort, um uns einen Ueberblick über seine Auffassungen und Anschauungen zu geben. Er sagte folgendes: „Ich bin der Meinung, daß ich im Rahmen der Sozialdemokratie Platz finden kann. Es ist mir klar, daß ich in sehr wichtigen Fragen anderer Meinung wie die Partei bin, ich wüßte nicht, wo ich anderweitig politisch Unterkunft finden sollte. (Heiterkeit.) Der Unterschied zwischen mir und der Partei liegt in der Art der Formulierung des Programms. Diese Formulierung des Programms ist für mich zu nichtssagend, so daß ich mich gedrungen fühle, sie nicht zu akzeptieren. (Hört! hört!) Der Unterschied zwischen der offiziellen Formulierung und mir besteht darin, daß die Partei die Frage gelöst sehen will durch die Formel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Ich sehe nicht ein, wie das in der Praxis durchgeführt werden soll. (Heiterkeit.) In bezug auf die augenblickliche Taktik in der Zoll- und Kolonialpolitik treten die Unterschiede zurück. Ich kann mir unter der Aufhebung der Klassengegensätze nichts Bestimmtes vorstellen. Es handelt sich um Veränderungen von Fall zu Fall. Man braucht die Formulierung des Programms nicht als die allein mögliche gelten zu lassen. Der Unterschied zwischen liberaler und sozialistischer Politik scheint mir mehr ein Unterschied in der Tendenz zu sein. (Hört! hört!) Inwieweit sie sich durchsetzen kann, muß ich nach meiner wissenschaftlichen Auffassung offenlassen; ich würde mich vergewaltigt fühlen, wenn ich sagen würde, diese Tendenz müsse

unter allen Umständen bis zur Vergesellschaftung der Produktion durchgeführt werden." Sie werden sich aus dem späteren Inhalt des Vortrags Hildebrands überzeugen, daß dies der wesentliche Inhalt seiner Auffassung ist. Ich kann sie ergänzen durch seine weiteren Darlegungen in der Kommission. Auf die Fragen von Kommissionsmitgliedern erklärte Hildebrand wiederholt, die Formulierung des Programms der Partei sei ihm zu eng. Die Durchführung des Gemeineigentums an dem Produktionsmittel in den Industriestaaten müßte geschützt werden vor dem Verschwinden der bäuerlichen Grundlagen... Im Interesse der Arbeiterschaft Westeuropas kommt er zu der Forderung der vereinigten Staaten von Westeuropa.

Nach Hildebrand bekam Dittmann als Vertreter der Organisation das Wort, um eine geschichtliche Darstellung des ganzen Falles zu geben. Ich überschlage diese Ausführungen Dittmanns, weil er später Gelegenheit haben wird, sich dazu zu äußern. Hildebrand führte im weiteren Verlauf der Verhandlungen aus, daß zwischen ihm und den Solinger Genossen mehrfach Differenzen, insbesondere auf dem Gebiete der Kolonialpolitik, bestanden. Es sei ihm nicht möglich gewesen, in Parteiversammlungen seine Anschauungen zu entwickeln, und so sei es denn gekommen, daß er in öffentlichen Versammlungen seine abweichenden Anschauungen zur Sprache brachte. Genossen, das bezieht sich darauf, daß in einer öffentlichen Versammlung, die Scheidemann abgehalten hat, Hildebrand aufgetreten ist und versucht hat, seine abweichenden Anschauungen darzulegen. Er wurde von Scheidemann darauf verwiesen, daß die Diskussion über solche Fragen in geschlossene Parteiversammlungen gehöre. (Sehr wahr!) Ein zweiter Fall war, daß in einer öffentlichen Versammlung, nachdem Genosse Busold gesprochen hatte, Hildebrand das Wort ergriff und versuchte, seine abweichenden Anschauungen vorzutragen. Auch diesmal mußte er sich von Busold sagen lassen, daß die Erörterung dieser Fragen nicht in öffentliche Versammlungen gehöre. Er nimmt das Recht in Anspruch, seine Meinung auch öffentlich vorzutragen, und beruft sich darauf, daß er in den Versammlungen erst aufgetreten ist, nachdem sich kein Gegner zum Wort gemeldet hat... Hildebrand hat dann weiter ausgeführt, er halte eine Kooperation der Arbeiterklasse mit anderen Klassen für möglich, dabei sei allerdings die Arbeiterschaft die Kerntruppe. Er wolle die Parteiauffassung ergänzen, der Klassenkampf sei im Gange, er brauche nicht besonders mehr geschürt zu werden. Davon brauche vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht mehr geredet zu werden. (Lachen.) Hier handle es sich darum, daß die Kooperation der Klassen möglich und notwendig sei, allerdings mit der Einschränkung, soweit sich die anderen Klassen dazu bereit finden. (Ein Zuruf: Schmählich!) Wenn man eintrete für die Staaten von Westeuropa, müsse man für eine Kooperation eintreten; die Klassengegensätze brauchen nicht auf alle Fragen übertragen zu werden, die Arbeiterschaft könne ja die Führung übernehmen, wenn es sich um die Staaten von Westeuropa handle. Um zu diesem Ziel zu kommen, sei es notwendig, daß sich die Arbeiterklasse mit anderen Klassen verbinde, die Verständnis haben für die Staaten von Westeuropa. In der Kommission wurde Hildebrand darauf aufmerksam gemacht, daß sein mündlicher Vortrag in einzelnen Punkten und Ausführungen mit dem Buche im Widerspruch stehe. Hildebrand wurde Gelegenheit gegeben, sich auch hierüber zu äußern. Er erklärt weiter, das Ideal der Vergesellschaftung hindere vielfach die praktische Agrarpolitik. Es wurde ihm die Frage vorgelegt, ob ihm verweigert worden sei, theoretische Vorträge in Parteiversammlungen zu halten. Hildebrand war nicht in der Lage, diese Frage zu bejahen. (Hört! hört!) Im weiteren Verlauf hat Hildebrand noch einmal Gelegenheit bekommen, seine Anschauungen darzulegen. Am Schlusse wurde ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt, die sich auf das Gebiet der praktischen Politik beziehen. Es wurden ihm insbesondere Fragen vorgelegt über seine Stellung zu den Kolonien, zur Steuer- und Zollfrage. Hildebrand hat am Schlusse unserer Verhandlungen folgendes erklärt: „Ich gebe zu, daß die Partei ihre Stellung revidieren muß in den Fragen der kolonialen, Agrar-, Zoll- und Militärpolitik." Ich habe ihn gefragt, ob er grundsätzlich alle indirekten Steuern ablehnt, Hildebrand hat diese Frage nicht bejaht. (Hört! hört!)

Auch nach dem Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten werde es ohne Schutzzoll nicht abgehen. Er gebe zu, daß durch den Zollschutz eine Verteuerung der Lebenshaltung eintrete. Er gebe zu, daß durch den Getreidezoll auch eine Verteuerung der Lebensmittelpreise eintrete. Er hat nun weiter ausgeführt: „Wenn wir niemals Zollschutz gehabt hätten, dann wäre die landwirtschaftliche Bevölkerung von 18 auf 12 Millionen heruntergesunken." Die Mehrheit der Kommission hat darin eine Billigung dieser Schutzzollpolitik erblickt, unter der wir schwer zu leiden haben. Hildebrand und Dittmann wurden sodann von der Kommission entlassen und die Kommissionsmitglieder traten nun in eine Diskussion, Beratung und Beschlußfassung der Angelegenheit ein. Von einem Vertreter der Minderheit wurde vorgebracht, daß Hildebrand nach seiner Auffassung nicht in grober Weise gegen die Grundsätze der Partei verstoßen habe; eine Schädigung der Partei liege nur vor, wenn es sich um eine die Partei schädigende Handlung handle. Wenn wir anders handeln würden, so würde aus uns eine sozialistisch-katholische Partei werden. So lange jemand erkläre, er stehe auf dem Boden des Programms und der Partei, so habe das zu gelten. (Widerspruch.) Die Ideen Hildebrands enthielten nur die Beschäftigung mit einem Teilproblem. Er halte lediglich eine teilweise Kooperation der Arbeiterklasse mit anderen Klassen für nötig. Hätte Hildebrand sich angestrengt, Anhänger zu gewinnen, so wäre es ihm vielleicht gelungen, seine Ideen in der Arbeiterschaft heimisch zu machen. So aber hätte das völlig versagt. Das wurde aus dem Kündigungsbrief Hildebrands entnommen. Er hat seine Stellung als Redakteur an der „Bergischen Arbeiterstimme" gekündigt. In dem Kündigungsbriefe erklärt er, es sei ihm nicht gelungen, die Solinger Arbeiterschaft für seine Ideen zu gewinnen, und er würde nun einen weiteren Wirkungskreis suchen. (Hört! hört!) In diesem Kündigungsbriefe hat Hildebrand ausdrücklich zugegeben, daß die anderen Genossen mit ihm in durchaus kollegialer, freundschaftlicher Weise verkehrt und gearbeitet haben. Es wurde von der Minderheit eingewendet, der Ausschluß Hildebrands aus der Partei bedeute eine Schwäche der Partei. Die Kommission ist mit 5 gegen 4 Stimmen dazu gekommen, die Berufung Hildebrands zurückzuweisen und seinen Ausschluß zu bestätigen.

Ich muß Ihnen nun kurz als Vertreter der Kommission die Gründe angeben, die für diesen Ausschluß maßgebend waren, um ihn zu rechtfertigen.

Wenn man den Gedankengang von Hildebrand, wie er sich aus einzelnen Stellen des Buches und aus seinem mündlichen Vortrage ergibt, prüft, dann kann man nicht im Zweifel darüber sein, daß er von ganz anderen grundsätzlichen Voraussetzungen ausgeht, als wie die Gesamtpartei. Es handelt sich dabei nicht etwa um die Lösung und Erörterung eines Teilprogramms auf dem Boden unserer grundsätzlichen Forderungen, sondern Hildebrand vertritt die Meinung, unser sozialdemokratisches Endziel würde gar nicht dazu verhelfen können, die Arbeiterschaft aus den Banden des Kapitalismus zu befreien. Für Hildebrand ist nicht das Entscheidende der Klassenkampf und die Ueberzeugung von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, sondern die Schaffung der Bauerngrundlage und die Errichtung eines größeren Zollgebiets durch die vereinigten Staaten von Westeuropa. Während wir der Meinung sind, daß auf der einen Seite die Arbeiterschaft steht, ausgebeutet und geknechtet, auf der anderen Seite der Kapitalismus in allen seinen Erscheinungsformen, nimmt Hildebrand eine geographische Scheidung vor, er will Westeuropa zu einer Zollunion vereinigen. Es ist ohne weiteres klar, daß das nur eine Vergrößerung des jetzigen Zollgebietes darstellt. Ehrlich, wie Hildebrand ist, gibt er zu, daß auch für diese vereinigten Staaten von Westeuropa die Notwendigkeit eines Zollschutzes nicht entbehrt werden kann... Auf der Grundlage seiner utopistischen Ideen kommt er zu Konsequenzen auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, des Imperialismus, der Zoll- und Steuerpolitik, die zu unseren Anschauungen in direktem Widerspruch stehen. Er spricht für Deutschland die Notwendigkeit von Kolonien aus; er ist sogar der Meinung, daß unser jetziges Kolonialreich nicht ausreicht, daß es unter allen Umständen vergrößert werden muß. Daß das nur möglich ist durch einen Ausbau der Rüstungen und durch Pflege des Imperialismus, den wir in der schärfsten Weise bekämpfen, das muß jedem klar sein. Hildebrand kann auch auf eine ausreichende Armee nicht verzichten, weil er sie benötigt zur Sicherung der

Staaten von Westeuropa. Er ist der Meinung, daß die Arbeiterschaft klassenbefangen sei; er spricht von ihrer marxistischen Verbohrtheit. Aber gerade Klassenkampf und Klassenbewußtsein ist das Entscheidende, was die Arbeiterschaft von ihren Gegnern trennt. (Sehr richtig!) Die Mehrheit der Kommission und, wie ich hoffe, auch des Parteitages, ist der Meinung, daß unsere Partei als eine Kampfespartei nicht ein wissenschaftlicher Diskutierklub sein kann (Lebhafte Zustimmung), daß wir zu dem schweren Kampf mit unseren Gegnern eine gemeinschaftliche Grundlage haben müssen, eine gemeinschaftliche Grundauffassung, von der ausgehend wir unsere politischen Forderungen vertreten können. Nur so ist es möglich, unser Ziel zu erreichen.

Nach § 1 unseres Statuts gehört zur Partei jede Person, die sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und Mitglied einer Parteiorganisation ist. Im Zusammenhang damit sagt § 23: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht."

Nun bin ich der Meinung, daß § 1 keinen Zweifel darüber läßt, daß zur Partei nur gehören kann, wer sich zu ihren Grundsätzen bekennt, nicht aber, wer den Boden dieser Grundsätze verlassen hat. (Sehr richtig!) Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist nicht nötig, unser Statut dahin zu ergänzen, daß der Ausschluß auch gegen den verfügt werden kann, der sich nicht mehr zu unseren Grundsätzen bekennt. Es ist mir mitgeteilt worden, daß in der Organisationskommission darüber beraten ist, ob es nicht zweckmäßig sei, eine solche Bestimmung aufzunehmen. Aber man ist sich wohl einig darüber, daß eine solche Selbstverständlichkeit nicht ins Statut aufgenommen zu werden braucht. (Sehr wahr!) Der § 1 erfordert als unerläßliche Voraussetzung das Bekenntnis zu den Grundsätzen des Programms. Wir würden sonst nicht in der Lage sein, z. B. einen Nationalliberalen oder Konservativen auszuschließen, solange er keine bestimmten Handlungen begangen hat. Die Partei muß für sich in Anspruch nehmen, den Ausschluß über jemand zu verhängen, der den Boden unserer Grundsätze verlassen hat. Das muß möglich sein gegen jedermann, mag er nun nationalliberale Anschauungen vertreten oder in Wirklichkeit noch der alte Nationalsoziale geblieben sein. Wenn jemand nicht auf seine Mitgliedschaft verzichtet, und es sind die Voraussetzungen seines Ausscheidens gegeben, so ist die Partei verpflichtet, ihn ausschließen . . .

Selbst wenn es sich, wie Hildebrand behauptet, nur um ein Teilproblem handelt, muß man daran festhalten, daß auch Teilprobleme nur gelöst werden können von dem grundsätzlichen Boden unserer Partei aus. (Sehr richtig!) Er hält wesentliche Teile des Programms für offene Fragen, er glaubt, es genügt, wenn er die meisten Sätze des zweiten Teiles anerkennt. Ich sage, das genügt nicht. Für uns ist der erste Teil des Programms keine offene Frage, sondern er bildet die Voraussetzung für die Zugehörigkeit der Partei. Hier handelt es sich um eine Prinzipienerklärung, nicht um theoretische Meinungsverschiedenheiten, sondern um die Grundsätze unserer Partei. Der erste Teil ist nicht losgelöst vom zweiten, er ist die Unterlage und bildet die Voraussetzung, von der aus wir zum zweiten Teil kommen. Er steht mit dem zweiten Teil in einem organischen Zusammenhang; es ist unmöglich, zu sagen, man sei schon deshalb Sozialdemokrat, weil man den politischen Forderungen des zweiten Teiles zustimmt. Eine derartige Auswahl gibt es nicht. Wer nur den zweiten Teil anerkennt, den ersten aber ablehnt, der ist kein Sozialdemokrat. Hier handelt es sich nicht etwa um Meinungsverschiedenheiten über Agrarfragen, nicht um Meinungsverschiedenheiten über das Kolonialproblem, sondern um die Grundauffassung der Partei . . . Hildebrand ist ein durchaus ehrlicher Mensch, ich achte seine wissenschaftliche Forschungsarbeit und sein Bemühen, der Arbeiterschaft neue Wege zu zeigen. Es kann nicht die Rede davon sein, daß er irgendwie die Absicht hat, die Partei oder die Arbeiter zu schädigen oder irre zu führen. (Lebhafte Zustimmung.) Er ist ehrlich, aber hier hat nicht Gefühl und Mitleid zu entscheiden. (Sehr richtig!) Hildebrand fordert, daß wir die Kolonien halten und neue Kolonien erwerben. Es ist klar, daß das zu Reibungen mit anderen Staaten führen muß. In seiner neuen Broschüre kommt er ja noch zu einem weit stärkeren

Widerspruch mit unseren Anschauungen. Die Agrarier können Hildebrand als einen Verfechter der Schutzzollpolitik ansehen, denn nichts anderes ist es, wenn er die Notwendigkeit der Schutzzollpolitik betont, obwohl er sich bewußt ist, daß dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter verteuert wird und daß die Lebensmittelpreise gerade dadurch in die Höhe getrieben werden. Hildebrand ist kein prinzipieller Gegner indirekter Steuern. Ich brauche darüber kein Wort zu verlieren, nachdem wir erst vor wenigen Tagen aus dem Munde von Scheidemann gehört haben, wie verbrecherisch die Schutzzollpolitik und die Steuerpolitik auf dem Volke lasten. Hildebrand sagt, er wüßte nicht, wo er sonst eine politische Unterkunft finden könnte. Die Sozialdemokratie ist keine Zufluchtsstätte für politisch Obdachlose. (Sehr gut!) Wir würden uns ein Armutszeugnis ausstellen, wenn wir uns aus purem Mitleid entschließen würden, einem Mann Obdach zu geben, weil er nicht weiß, wohin er sonst gehört. (Zustimmung.) Mag sein, daß Hildebrand zu keiner Partei gehört, daß er zwischen allen möglichen Parteien herumgondelt, aber die Unmöglichkeit, sich einer anderen Partei anzuschließen, ist noch keine Notwendigkeit für die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Gerade in dieser Erklärung, er wisse nicht, welcher anderen Partei er sich zuzählen solle, liegt unbewußt das Zugeständnis, daß er eigentlich gar nicht zu uns gehört. Er sagt, er trete ein für die sozialen Forderungen der Arbeiter, er unterstütze sie in ihrem Emanzipationskampf. Aber das Eintreten für soziale Forderungen macht noch nicht den Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Es gibt eine ganze Reihe Männer, außerhalb unserer Partei, die die sozialen Bestrebungen der Arbeiterschaft unterstützen aus sozialem Verständnis und sozialem Mitgefühl, aber Sozialdemokraten sind sie noch lange nicht. Es gibt eine Menge von allen möglichen Schattierungen und Spielarten von Sozialisten. Es ist ein Unfug, daß so viele sich daran gewöhnt haben, Sozialisten und Sozialdemokraten als gleichbedeutend anzusehen. (Sehr richtig!) Es kann jemand Sozialist sein, braucht aber nicht Sozialdemokrat zu sein; wir würden auf eine schiefe Ebene kommen, wenn wir jemandem die Aufnahme gewährten, bloß weil er sagt, ich bin Sozialist. Daraus ergibt sich der Beweis, daß Hildebrand keiner der unsrigen und daß er kein Sozialdemokrat ist; das muß offen ausgesprochen werden, obwohl in den letzten Wochen systematisch gegen einen Ausschluß Stimmung gemacht wurde. Wir dürfen uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Jedem von uns wäre es lieber, wenn Hildebrand durch seinen freiwilligen Austritt ebenso wie sein Schiedsrichter Löwenthal die Konsequenzen gezogen hätte. (Sehr richtig!) Aber nachdem er das nicht getan hat, sondern eine Entscheidung des Parteitages wünscht, müssen wir die Entscheidung fällen. Man hat von einem Ketzergericht, von einem Autodafé gesprochen. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück. (Bravo!) Es ist bedauerlich, wenn solche Behauptungen ausgesprochen werden, nicht bloß von unseren Gegnern, die allerdings ein Interesse haben, uns herunterzureißen und zu verdächtigen, sondern wenn aus der Mitte der Partei solche Bemerkungen fallen. In der Sozialdemokratie besteht volle Meinungsfreiheit; auch die Mehrheit, die sich für den Ausschluß entschieden hat, nimmt das Recht der Meinungs- und Forschungsfreiheit in Anspruch. Ich kenne keine Partei, die so viel Meinungsfreiheit zuläßt, wie die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Muß ich an Maurenbrecher und andere erinnern, zum Beweise dafür, wie weit die Meinungsfreiheit in der Partei geht? Aber wir verlangen das Bekenntnis zur gemeinschaftlichen Grundlage des Programms. Man wird sagen, die Meinungsfreiheit erfordere, von dem notwendigen Ausschluß abzusehen. Nein, der Respekt vor der Meinungsfreiheit darf nicht zur Zerstörung unserer Grundlagen führen, und die Meinungs- und Forschungsfreiheit findet ihre Grenzen an den Grundanschauungen und Grundlagen unserer Partei. Man hat von einer Schwäche der Partei gesprochen. Im Gegenteil, eine Schwäche der Partei wäre es, wenn sie vor der notwendigen Entscheidung zurückschrecken würde. (Sehr richtig!) Es handelt sich um eine klare, unzweideutige Entscheidung, auf die der Mann, der sie angerufen hat, Anspruch hat. Er hat ein Anrecht darauf, daß die Entscheidung der Ueberzeugung des Parteitages entspricht und daß wir uns nicht durch ein Gefühl des Mitleids abhalten lassen. Nach unserer Ueberzeugung ist Hildebrand kein Sozialdemokrat, er gehört nicht zu uns, und sein Ausschluß ist eine bedauerliche, aber zwingende Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall.)" (S. 450 ff.)

Müller-München als Korreferent und Vertreter der Minderheit der Beschwerdekommission führt u. a. aus:

„... Die Kommission hat in zwei halben Tagen über eine Materie entscheiden müssen, die im wesentlichen rein wissenschaftlich war. Sie sollte ihr Urteil über die Auszüge aus dem umfangreichen Buche Hildebrands: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus" abgeben und darüber, ob diese Auszüge im Zusammenhang mit der Gesamtansicht des Verfassers stehen oder ob sie aus einer gewissen Tendenz heraus zusammengestellt worden sind. Um ein solches Urteil zu fällen, ist vor allem die genaue Lektüre notwendig. (Sehr richtig!) Ich stelle fest, daß in sämtlichen Verfahren im Falle Hildebrand mit Einschluß des Verfahrens der Beschwerdekommission nur eine geringe Minderheit das Buch gelesen und studiert hat. (Hört! hört!) ... Dittmann, als Vertreter der Anklage, ist im wesentlichen durchaus sachlich gewesen, aber es ging doch aus seinen Ausführungen hervor, daß die Solinger sich durch die Darlegungen Hildebrands bedrängt sahen. Die Mißstimmung über das Verhalten Hildebrands war mehr das anstoßende Motiv der ganzen Bewegung als der Unwille über die geäußerten Grundsätze und Meinungen ... Trotz der Unmöglichkeit, die wissenschaftliche Arbeit Hildebrands exakt beurteilen, hat das Schiedsgericht den Ausschluß beschlossen. Dittmann hat nun Hildebrand im Ausschuß entgegengehalten, daß er den Klassenkampfstandpunkt der Partei völlig verlassen habe. Hildebrand hat aber seinen Standpunkt dahin formuliert, daß sein Buch nur ein bestimmtes Teilproblem behandle. Er halte bei der Erörterung dieses Teilproblems eine zeitweilige Kooperation der Arbeiterklasse mit Teilen anderer Klassen für möglich. Dabei sei die Arbeiterklasse weiterhin die Kerntruppe des Klassenkampfes. Deshalb vertrete er nicht im geringsten eine individualistische oder manchesterliche Anschauung. Daß der Klassenkampf weitergehe, sei ihm ganz selbstverständlich. Der Klassenkampf sei im Gange, die Arbeiterschaft sei ihres Weges sicher. Alles, was sie zum Wohle der Allgemeinheit unternehme, führe sie naturgemäß in Differenzen mit anderen Klassen, was die weitere Sicherstellung des Klassenkampfes darstelle. Er erörtere in seinem Buche für ein bestimmtes Gebiet und eine bestimmte künftige Zeit ein Anstreben der Kooperation der Arbeiterschaft mit Teilen anderer Klassen, nicht etwa, weil er darin das Endziel sähe, sondern um schneller zum endlichen Ziele zu kommen. (Hört! hört!) Was er in seinem Buche behandelt, das ist also sozusagen die Dämpfung des Klassenkampfes in gewissen Situationen. (Hört! hört!) Ich halte die ökonomischen und sozialen Betrachtungen Hildebrands durchaus nicht für schlüssig, aber man hat die Pflicht, sie anzuhören. Im übrigen gelten seine Betrachtungen nicht für die Gegenwart, sondern für die Zeit des ihm als möglich erscheinenden westeuropäischen Staatenbundes, der nur existieren kann, wenn vorher die Macht der Arbeiterklasse sich soweit entwickelt hat, daß dieses demokratische, internationale Gebilde möglich ist. Seine volkswirtschaftlichen Probleme haben unter diesen Umständen mit der praktischen Arbeit unserer Partei nicht das geringste zu tun. (Hört! hört!) Das scheint mir eben die verhängnisvolle Verwechslung zu sein. Bei Hildebrand handelte es sich um Betrachtungen wissenschaftlicher Natur, über eine spätere Epoche. Und die verdienten Solinger Genossen urteilten, als seien diese Betrachtungen für die jetzige Parteizeit gemacht. (Hört! hört!) ...

... Wenn vorhin der Referent Hildebrands Aeußerungen über die indirekten Steuern angeführt hat, so muß ich betonen, daß auch der zweite Teil unseres Programms die indirekten Steuern nicht ohne weiteres verwirft. Ich verweise auf den Absatz 10. Der Referent, der ein ausgezeichneter Jurist ist, hat darauf verwiesen, daß bei dem Ausschlußverfahren gegen Hildebrand der § 1 in Betracht kommen müsse. Hildebrand hat sich aber bei den Verhandlungen zu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei bekannt und nur Einwendungen gegen die Formulierung einzelner Absätze gemacht. Wenn wir alle Parteigenossen, die Einwendungen gegen die Formulierung des grundsätzlichen Teiles unseres Parteiprogramms laut oder im stillen machen, ausschließen wollten, dann kämen wir in der Partei in eine sehr unangenehme Lage. (Sehr richtig!) Dann hätten wir in der Vergangenheit und in der Gegenwart

sehr viel nachzuholen. Das Bekennen im Sinne des § 1 kann doch nicht mit dem Standpunkt des Glaubens verwechselt werden. Denn immer wieder haben die Personen, die die theoretischen Erörterungen in der Partei geführt haben, uns erklärt: auch der erste grundsätzliche Teil unseres Parteiprogramms ist kein Dogma. Er enthält keine feststehenden Glaubenssätze, sondern enthält die auf dem Stande der derzeitigen Wissenschaft vom sozialistischen Boden aus gewonnene Ueberzeugung. In jedem Standpunkt der Parteientwicklung muß es jedem erlaubt sein, eine andere Formulierung eines Parteigrundsatzes zu beantragen, sonst kommen wir zu dem Standpunkt, den wir, ohne damit das konfessionelle Moment zu berühren, als den „katholischen" bezeichnen. Etwas anderes hat nach der Meinung der Minderheit der Kommission auch Hildebrand nicht getan, wenn auch seine Ansichten von keinem von uns geteilt wurden ..." (S. 469 ff.)

Gerhard Hildebrand-Solingen:

„... Meine Ansichten, die in dem Buch „Die Erschütterung usw." niedergelegt worden sind, sind mir selber vollständig unerwartet aus dem Gang meiner Studien hervorgetreten, die ich nach der Niederlegung meiner Stellung als Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme" betrieben habe. (Lebhaftes Hört! hört!) Nach der Niederlegung meiner Redakteurstelle habe ich diese Studien betrieben, die für mich selber die Veranlassung zu einer Katastrophe in gewisser Beziehung geworden sind. Und daß ich diese Anschauung nicht zur Geltung habe bringen können, soll nach der Behauptung Süßheims der Anlaß für mich gewesen sein, meine Stellung niederzulegen. Das ist ein Beispiel dafür, wie leicht sich der Genosse Süßheim die Argumentation gemacht hat!

Nachdem ich zu diesen meinen Anschauungen gekommen war, habe ich nur in drei Fällen überhaupt die Möglichkeit gehabt, die Solinger Genossen damit vertraut zu machen. In dem ersten Fall in einer kleinen Distriktsversammlung, in einem neu aus einem Bezirk in einen Distrikt umgewandelten Parteikörper, wo ich mit den Genossen seit Jahren persönlich bekannt bin, wo ich mir aber trotzdem sagte, der Kreis ist hier so klein, daß ich mich sehr vorsehen muß und nicht in der Lage bin, so frei von der Leber wegzureden, wie ich möchte, denn unter den Genossen ist vielleicht doch gerade zufällig derjenige nicht vorhanden, der auch die andere Seite der Sache mir gegenüber zur Geltung bringen kann. Das zweite Mal vertrat ich meine Ansichten in einer Versammlung des Gewerkschaftskartells Solingen, in der ich in zwei bis zweieinhalb Stunden den Inhalt meines Buches in seinen wesentlichen Hauptzügen rekapituliert habe, unter dem Titel: „Die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt". Da habe ich allerdings frei von der Leber weg gesprochen, aber glauben Sie denn, daß durch einen derartigen Vortrag im Gewerkschaftskartell ich mir einbilden konnte, die Solinger Parteigenossen in ihrer Gesamtheit irgendwie zu beeinflussen? Das ist weder meine eigene Meinung gewesen, noch ist es überhaupt möglich. Das dritte Mal sprach ich in jener Versammlung in Ohligs, als der Ausschlußantrag gegen mich zur Erörterung kam, so daß ich mich also gegen die Anklage zur Wehr setzte und meine Auffassungen, soweit es sich machen ließ in dieser Zeit, zum Ausdruck brachte. Ueber diese Versammlung in Ohligs ist ein derartig verstümmelter Bericht in der „Bergischen Arbeiterstimme" erschienen, daß manche meiner Auffassungen geradezu auf den Kopf gestellt erscheinen. (Hört! hört!) Also auch der Bericht der „Bergischen Arbeiterstimme" hat es nicht möglich machen können, die Parteigenossen zu beeinflussen. Und nun stellt sich Dr. Süßheim hier hin und erklärt es als großartiges Kennzeichen für die Solidität der Bildung der Solinger Arbeiterschaft, daß sie sich durch alle meine Anstrengungen nicht habe beeinflussen lassen. In dieser Weise also ist das ganze Referat von Süßheim gehalten ...

Ich habe seinerzeit, als das Elberfelder Agitationskomitee mich ausgeschlossen hatte, in meinem Berufungsschreiben an den Parteivorstand u. a. erklärt: „Ich übergehe an dieser Stelle die tatsächlichen Unrichtigkeiten der Ausschlußbegründung, soweit sie teils in dem Bericht als solchem, teils in den richtig wiedergegebenen Behauptungen meiner Prozeßgegner zu finden sind, und behalte mir vor, darauf in der mündlichen Verhandlung zurückzukommen." Ich habe dann unter anderem manche dieser Unrichtigkeiten in einem Artikel, der in den „Sozialistischen Monats-

heften" erschienen ist, zurückgewiesen. Hier gebe ich nur ein einziges Beispiel dafür, in welcher Weise dieser Ausschlußwortlaut festgestellt worden ist. Es heißt in dem Ausschlußurteil: „Für die Umbildung des Heeres in ein Volksheer sei er (also Hildebrand), aber vorläufig seien wir noch nicht so weit und könnten auf die Selbstverteidigungsmaschine nicht verzichten." Das ist genau das Gegenteil von dem, was ich gesagt habe. (Hört! hört!) Ich habe in Wirklichkeit gesagt: Weil wir vorläufig auf die Selbstverteidigungsmaschine noch nicht verzichten könnten, sei ich nicht für Abrüstung, sondern für die Umbildung des Heeres in ein Volksheer. (Stürmisches Hört! hört! und Rufe: Das ist doch unser Programm! Das fordert auch Lensch!) Ich könnte aus dem heutigen Referat Süßheims allein zwei bis drei Dutzend einzelne Sätze herauspicken, die in dem Zusammenhang, in dem er sie gesprochen, ungefähr das genaue Gegenteil von dem darstellen würden, was ich gemeint und gesagt habe... Es ist nicht wahr, daß ich in dem Buch „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus" mich gegen die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie ausgesprochen habe. Wahr ist vielmehr, daß ich nachzuweisen versucht habe, daß die Sozialisierung der vorhandenen Produktionsmittel unter gewissen von mir in dem Buch dargestellten Voraussetzungen nicht genüge, nicht ausreiche, um Westeuropas Industrievölker vor schweren Erschütterungen ihrer Wirtschaft und Kultur zu sichern; und daß, weil diese Sozialisierung der Produktionsmittel unter den wissenschaftlich von mir begründeten Voraussetzungen nicht genügen würde, ich noch eine Ergänzung des Programms der Partei vorzuschlagen für nötig halte. (Sehr richtig!)...

In der mündlichen Verhandlung habe ich zum Ausdruck gebracht, daß ich mich in dem großen allgemeinen, weltgeschichtlichen Streit der Auffassungen zwischen Individualismus und Sozialismus ganz selbstverständlich auf die Seite des Sozialismus stelle. Parteigenossen, ich bin der Meinung, es kann jemand zur sozialdemokratischen Partei gehören als ein sehr radikaler und als radikal sehr angesehener Genosse, und er kann im Grunde ein Individualist vom reinsten Wasser sein, weil er nur seine eigene Karriere, seine eigene Position, seinen individuellen Aufstieg betreibt, und zwar mit den Mitteln eines zur Schau getragenen radikalen Sozialismus. (Lebhaftes Sehr wahr! Starke Unruhe. Zuruf: Es kann auch umgekehrt vorkommen!) Gewiß kann es auch das, und deshalb, glaube ich, hätten Sie besonderen Anlaß, mit jemandem vorsichtig zu verfahren, dem es niemals auf die eigene Karriere angekommen und immer nur um die Sache zu tun gewesen ist. (Sehr wahr!)... Ich bin Sozialist in den Fragen des Wirtschaftslebens, weil ich eine planmäßige Organisierung und Entfaltung der Produktivkräfte, wo immer sich die Möglichkeit bietet und die Notwendigkeit herausstellt, als selbstverständlich zu betreibende Arbeit ansehe. Es ist mir das eine Selbstverständlichkeit, da von dem Standpunkt aus, auf dem ich stehe, nicht die Wohlfahrt des einzelnen Menschen für uns in erster Linie steht, sondern die Wohlfahrt und Entwicklung der Gattung, der ganzen menschlichen Gesellschaft. Es ist mir von diesem Standpunkt aus eine Selbstverständlichkeit, daß wir mit den heutigen Mitteln der Wissenschaft und Technik in zahllosen Fällen die Möglichkeit haben, das wirtschaftliche Leben, das sonstige soziale Leben planmäßig einheitlich zu organisieren. (Hört! hört!) Nur, wie weit dieser Sozialisierungsprozeß schließlich führen wird, ob er wirklich dazu führen wird, daß sämtliche Produktionsmittel ohne Ausnahme vergesellschaftet sind und daß die Gesamtproduktion ohne Ausnahme für und durch die Gesellschaft betrieben wird, ob es dahin kommen wird, das weiß ich nicht. Und weil ich sehr großen Wert darauf lege, nichts zu behaupten, was ich nicht beweisen kann, weil es zu meinen ethischen Grundsätzen gehört, einfach zu meiner moralischen Selbstbehauptung, daß ich mich nach Möglichkeit von jeder Phrase freizumachen suche und die Sachlichkeit für notwendig halte, auch in der demokratischen Politik, und weil ich die ungeheuren Schwierigkeiten erkenne, die sich der Durchsetzung der unbedingten Sachlichkeit in einer demokratischen Politik wie in jeder anderen entgegensetzen, habe ich mir zur Aufgabe gemacht, nach bestem Wissen und Gewissen niemals einen Satz auszusprechen, den ich nicht ohne jeden Vorbehalt seinem ganzen Wortlaut, seinem klaren Wortsinn nach unterschreiben kann. Aus diesem ethischen Grundsatz heraus, das muß ich zugeben, bin ich kein Taktiker. Aber ich halte eine solche Aufgabe für notwendig. (Sehr gut!) Ich glaube, daß es Menschen geben müsse, die sich ein derartiges Ziel stellen, ganz

gleichviel, ob sie es erreichen oder nicht. Soviel über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Weiterhin, daß man für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens eintreten kann, macht einen immer noch nicht zum Sozialdemokraten. Hinzu kommen muß, daß man das auf der Basis des Volkswillens, auf demokratischer Basis tun und sagen muß: Ihr mögt die besten Absichten haben in den höheren Klassen, so gut, wie ihr es versteht, bereit sein, etwas für das Wohl der Allgemeinheit zu tun usw. Das nützt uns nichts, wir können der Sache kein Vertrauen entgegenbringen, wenn nicht die Volksmasse in ihrer Gesamtheit ihr eigenes Schicksal in die Hand nimmt. (Sehr gut!) Ich bin also nicht nur wirtschaftlich Sozialist, in dem Sinne, daß ich für die denkbar weitgehendste Organisierung der Produktion eintrete, sondern ich bin auch demokratischer Sozialist, das heißt, ich kann mir eine solche Sozialisierung der Produktionsmittel nicht vorstellen, als dadurch, daß die Volksmasse in ihrer Gesamtheit organisiert. (Sehr gut!)

Ferner stehe ich auch auf dem Boden des Klassenkampfes. (Hört! hört!) Einmal aus geschichtlicher Erkenntnis heraus, weil ich sehe, daß in der Weltgeschichte die Klassenkämpfe tatsächlich eine außerordentlich große Rolle spielen, und weil ich überhaupt gar nicht die Möglichkeit sehe, die Klassengegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der Unternehmerklasse durch irgendeine Verständigung im ganzen aufzuheben, durch irgendeine gemeinsame Verständigung auf Grund beiderseitigen guten Willens. Ich sehe nicht die Möglichkeit zu dieser Aufhebung des Klassenkampfes. Ich halte den Klassenkampf für eine solche Selbstverständlichkeit (Hört! hört!), daß mir davon zu reden gar nicht lohnt, sondern daß ich aus diesem Grundgedanken heraus frage: was müssen wir denn weiter tun? Und daß ich antwortete, was mir allerdings aus meinen ethischen Grundsätzen heraus notwendig ist: sollte etwas ohne Klassenkampf zu erreichen sein — ob sich häufig oder weniger häufig eine solche Möglichkeit zeigt oder sehr selten, spielt dabei gar keine Rolle —, aber grundsätzlich dürfen wir vom ethischen Standpunkt aus nichts versäumen, wenn sich mal die Gelegenheit bietet, den Klassenkampf zugunsten einer Verständigung in einem bestimmten Fall zurückzustellen, weil eben das der nähere, kürzere, weniger Energie verbrauchende Weg dann wäre. Aber, daß die Arbeiterklasse um ihr Recht kämpft und um ihren Kulturfortschritt, das ist mir das Selbstverständlichste von der Welt, wovon ich in einem solchen Spezialwerk, wie in meinem Buch, gar nicht erst zu reden für notwendig halte, weil dieser mein Standpunkt dort ja als allgemein bekannt von mir vorausgesetzt werden kann. Ferner erkenne ich in der Arbeiterklasse in besonderem Maße die Fähigkeit an, für die sozialistischen Ideen einzutreten, praktisch sie in Geltung zu setzen, aus dem Grunde, weil die Arbeiterklasse die einzige — ich möchte vorsichtshalber speziell sagen, die Industriearbeiterklasse, da bei der Landarbeiterklasse unter Umständen wieder ein Interesse am gewünschten Privatbesitz an den Produktionsmitteln eintreten kann, was bei der Industriearbeiterklasse nach meiner Auffassung der Dinge vollständig ausgeschlossen ist —, weil also die Industriearbeiterklasse die einzige Klasse ist, bei der niemals ein Interesse am Privatbesitz an den Produktionsmitteln irgendwie ein Hindernis sein kann, Maßnahmen durchzuführen, welche im Interesse der Gesamtheit sich notwendig erweisen (Sehr gut!), während das bei allen anderen Bevölkerungsklassen der Fall sein kann; und da alle anderen politischen Parteien sich zum großen Teile in wesentlicher Weise gerade auf andere Bevölkerungsklassen stützen und weil nur die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die sich in erster Linie auf die am Privateigentum nicht interessierte, davon unabhängige Arbeiterklasse stützt: darum sehe ich, um es nochmals hier in diesem klaren Zusammenhang auszudrücken, für mich keine andere politische Unterkunft, als in der Sozialdemokratie. (Sehr gut!)

Nun ist die Durchführung sozialistischer Grundsätze nach der Auffassung all derer, die irgendetwas von wirtschaftlichen Dingen verstehen, all derer, die geschichtsmethodisch und unter Umständen sogar geschichtsphilosophisch auf dem Boden des historischen Materialismus stehen, in einem sehr weitgehenden Grade gebunden an objektive Verwirklichungsbedingungen. (Sehr wahr!) Das

heißt, man kann nicht zu jeder Zeit ein beliebiges sozialistisches Programm zur Durchführung bringen (Sehr gut!), sondern das, was man von sozialistischen Voraussetzungen aus, von sozialistischen Grundsätzen aus fordert und in der praktischen Politik vorschlägt, die einzelnen Maßnahmen also, müssen sich anpassen an den gesamten Stand der wirtschaftlichen Entwicklung. Da kann man nicht einfach sagen, wir beschließen jetzt, die Produktion zu vergesellschaften, sondern man muß sich nach den objektiven Verwirklichungsbedingungen richten, die im gegenwärtigen Moment vorhanden sind. (Vielfach: Ist sehr richtig! und Zuruf: Nur Orthodoxie kann anders denken!)

Von dieser Grundlage aus hat die wissenschaftliche Forschung für die sozialdemokratische Partei eine ganz außerordentlich große Bedeutung. (Sehr richtig!) Denn von dieser Grundlage aus beruht eigentlich die ganze sozialdemokratische praktische Politik auf den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, und jeder, der in irgendeinem Falle es für richtig hält, die wissenschaftliche Untersuchung eines wirtschaftlichen Problems zu unterdrücken, der versündigt sich an den Grundsätzen der sozialistischen und speziell der sozialdemokratischen Partei, meiner Auffassung nach. (Sehr richtig!) Diese wissenschaftliche Erörterung eines bestimmten Teilproblems habe ich mir in meinem Buche zur Aufgabe gemacht. Mein Buch behandelt ein Teilproblem der internationalen Wirtschaftsentwicklung, indem es die Lage der westeuropäischen Industriestaaten innerhalb der Weltwirtschaft und innerhalb der weltwirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte untersucht. In den sämtlichen Verfahren, wie sie bisher von der Partei gegen mich durchgeführt worden sind, ist es immer ausdrücklich abgelehnt worden, sich irgendwie auf wissenschaftliche Erörterungen über den Inhalt meines Buches einzulassen. (Hört! hört!) Man hat immer gesagt: Nein, für uns kommen diese wissenschaftlichen Erörterungen nicht in Frage, sondern in Frage kommt nur, ob Hildebrand noch auf dem Boden des Parteiprogramms steht. (Sehr richtig!) Wie soll man aber wissen und feststellen, ob meine praktischen Konsequenzen vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus die richtigen sind, wenn man die wissenschaftlichen Voraussetzungen nicht nachgeprüft hat, auf die sich diese Konsequenzen gründen, aus denen heraus diese Konsequenzen von mir gezogen werden? (Sehr richtig!) Wie soll man das denn in aller Welt feststellen, ob irgendetwas, was ich praktisch zu tun für nötig halte, vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus wirklich notwendig ist, wenn man das, was ich als den Hauptbeweis dafür hinstelle, nämlich die wissenschaftlichen Voraussetzungen, auf die ich diese praktischen Konsequenzen aufbaue, zu prüfen ablehnt, wenn man über die sich zu unterhalten überhaupt gar nicht der Mühe für wert hält? (Sehr richtig!) ... Ferner, was ich an Konsequenzen in dem Buche für die Haltung der praktischen Politik gezogen habe, das ist, ausdrücklich möchte ich das hervorheben, sozusagen als ein Provisorium von mir betrachtet und hingestellt worden. Ich habe diese praktischen Konsequenzen dargestellt in der Form eines Phantasiebildes der Vereinigten Staaten von Westeuropa, in demselben Sinne etwa, wie man vor hundert Jahren ein Phantasiebild eines deutschen Zollvereins oder eines Deutschen Reiches sich ausmalen konnte, um an diesem Phantasiebild nun eine Vorstellung zu erwecken, was im einzelnen etwa nötig sein könnte, um den behaupteten Effekt zu erzielen. Ich habe im Eingang meines Buches auf Seite 7 ausdrücklich erklärt: „Die nachfolgenden Untersuchungen und Schlüsse erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, noch weniger auf Unfehlbarkeit. Sie wollen anregen, warnen, zum Nachdenken und zur Erörterung treiben. Gelingt ihnen das, kommt der Stein ins Rollen, so ist erst der Anfang der Arbeit getan." Aus diesen Sätzen geht meines Erachtens mit zwingender Kraft hervor, daß ich dieses Buch als den Anfang einer Diskussion eines sehr wichtigen Problems betrachtet habe und nicht im entferntesten daran dachte, mich auf all das im einzelnen festzulegen, was ich provisorisch als vorläufige Konsequenz, um der Sache einen praktischen Ausklang zu geben, aus diesen wissenschaftlichen Studien gezogen habe. (Hört! hört!) Eine solche Debatte ist nun allerdings nicht eingetreten. Es mag sein, daß das Buch so schlecht ist, daß sich eine derartige Debatte nicht lohnt. Ich als Verfasser bin natürlich nicht berufen, darüber ein Urteil abzugeben. Dann habe ich mich eben in der Qualifikation meiner Arbeit geirrt. Aber daß ich lediglich die Absicht ge-

habt habe, eine wissenschaftliche Erörterung hervorzurufen, an die sich unter Umständen gewisse schwerwiegende praktische Konsequenzen aus den sozialistischen Grundsätzen heraus für die sozialdemokratische Parteipolitik ergeben würden, daß ich diese Absicht gehabt habe, kann man mir doch nicht zum Vorwurf machen. (Sehr richtig!) Das ist doch meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, wenn ich diese Auffassung habe, daß die Völker Westeuropas unter gewissen Umständen — auf die ich hier nicht eingehen will, weil ich es für zwecklos halte, hier und in letzter Stunde, nachdem alle Vorinstanzen versagt haben, in eine wissenschaftliche Erörterung der Probleme einzutreten, wozu mir nun hier wirklich nicht mehr der Platz zu sein scheint — in eine Entwicklung hineintreiben, die für die Arbeiterschaft und die ganze westeuropäische Kultur von den weitesttragenden Folgen sein kann...

Wenn man in einer derartigen Situation steht, daß einem die friedliche evolutionistische Entwicklung, die ich bis dahin vertreten hatte, unterbunden zu werden droht durch eine eventuell furchtbare langjährige wirtschaftliche Katastrophe der Völker Westeuropas, wenn man derart in seinem Innern, in seinen bisherigen Auffassungen erschüttert wird, dann läßt man sich leicht dazu hinreißen, bei der Darstellung dieser Konsequenzen auch gewisse scharfe Ausdrücke anzuwenden, die man vielleicht zwei oder drei Jahre später nicht mehr in dieser Form gebrauchen würde. (Sehr richtig!) Wenn ich durchaus die Möglichkeit zugebe, daß gewisse Ausdrücke, die ich da gebraucht habe, vielleicht jetzt von mir nicht in derselben Form gemacht werden würden, so habe ich es doch vermieden, vor irgendeiner der Vorinstanzen eine derartige Erklärung abzugeben, weil ich die Empfindung hatte, daß die Kommissionsmehrheit oder die Spruchkollegiumsmehrheit, oder welche Instanz es gewesen sei, in einem derartigen Zurücknehmen oder Mildern einzelner bestimmter Ausdrücke ein Zurückweichen in der Sache selber erkennen würde, und dieses Zurückweichen in der Sache, das kann ich allerdings nicht antreten. Und von diesem Standpunkt aus muß ich nun abermals die ganze vorinstanzliche Behandlung der Dinge als eine vollständig verfehlte ansehen, indem ich einfach rund erklären muß: Alle diese Genossen, die da schließlich den Ton angegeben haben, in der Inquisition, in den Formulierungen usw., denen ist es auf diese bestimmten Ausdrücke angekommen und auf das Festnageln auf diese bestimmten Ausdrücke. Es ist ihnen aber nicht darauf angekommen, die ganze Sache in ihrem wirklichen sachlichen Zusammenhang zu verstehen und dann etwa die Frage daran zu knüpfen: Wie können Sie mit diesem oder jenem Ausdruck den ganzen klaren Zusammenhang Ihrer Ausführungen vereinbaren? Sind Sie nicht selber der Meinung, daß Sie in diesem Satz oder Wort zu scharf gewesen, zu weit gegangen sind, daß da vielleicht etwas drinsteckt, was verletzen kann alle diejenigen, die den sachlichen Inhalt Ihres Buches nicht verstehen, die sich dann aber an die einzelnen Ausdrücke klammern? Hätte ich auch nur die Spur einer Bereitwilligkeit in den Vorinstanzen gefunden, meine sachlichen Ausführungen in dem Buch in Zusammenhang mit meinem sonstigen sozialistischen Standpunkt zu bringen und von dieser Gesamtauffassung aus mich davon zu überzeugen, daß ich in einzelnen Ausdrücken zu weit gegangen sei, dann hätte ich nicht den geringsten Anstand genommen, zu erklären, daß es mir auf derartige Einzelausdrücke gar nicht ankommt, sondern lediglich auf den großen Zusammenhang der Sache selber... es handelt sich darum, ob die wissenschaftliche Meinungs- und Forschungsfreiheit innerhalb der Partei noch weiter möglich sein soll oder nicht. Darum handelt es sich und darüber erwarte ich Ihr Urteil. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Delegierten.)" (S. 472 ff.)

Dittmann-Solingen führt u. a. aus:

„... Im strikten Gegensatz zu mir, der ich jeder Generalabrechnung mit ihm ausgewichen bin, hat Hildebrand mit allen Mitteln versucht, eine solche Generalauseinandersetzung herbeizuführen. Er beantragte beim Parteisekretär, eine Versammlung aller Solinger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu veranlassen, um seine abweichende Meinung dort vortragen zu können. Aber es bestand keine Neigung dazu, weil die Genossen ja seine Anschauungen aus seiner dreijährigen redaktionellen Tätigkeit zur Genüge kannten und weil ihm niemand persönlich nahetreten

wollte. Hildebrand aber fühlte sich dadurch totgeschwiegen, umsomehr, als ich es in der „Arbeiterstimme" vermieden habe, die Artikel, die von ihm in den „Sozialistischen Monatsheften" veröffentlicht wurden, zum Gegenstand einer Erörterung zu machen. Ja, wir haben selbst dann keine Notiz davon genommen, wenn die bürgerliche Lokalpresse entweder durch Abdruck der ganzen Artikel oder durch spaltenlange Auszüge, ergänzt durch hämische Bemerkungen gegen die Partei und meine Person, dafür sorgte, daß sie bekannt wurden. Weiter fühlte Hildebrand sich dadurch totgeschwiegen, weil wir, wenn in liberalen Versammlungen Aussprüche von ihm gegen uns ausgenutzt wurden, aus Taktgefühl nicht darauf eingegangen sind. Wir wollten ihn schonen, er aber wollte die Partei und ihre Vertreter zwingen, zu seinen Anschauungen Stellung zu nehmen. Im Jahre 1910 erschien dann sein Buch: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus". Als ich das Buch gelesen hatte, war mir auch der leiseste Zweifel geschwunden, daß Hildebrand auf völlig anderem Boden steht wie die Partei. Auch Scheidemann gab dieser Ansicht unzweideutig Ausdruck, und der „Vorwärts" und die „Leipziger Volkszeitung" haben ebenfalls in ihren Besprechungen des Buches klipp und klar gesagt, ein Mann mit solchen Anschauungen gehöre nicht zur Sozialdemokratie. Wir haben dann wiederholt in den leitenden Parteikreisen in Solingen und am ganzen Niederrhein geäußert, es sei doch befremdlich, daß Hildebrand kein Empfinden dafür besitze, daß er nicht zur Partei gehöre und freiwillig ausscheiden müsse. Solchen Aeußerungen gegenüber verhielt er sich aber stets ablehnend, er erklärte, auch mit seinen Anschauungen müsse für ihn Platz in der Partei sein. Aber verschiedene Vorkommnisse mit ihm reiften trotz aller Sympathien, die er als Person genoß, schließlich bei der Solinger Parteigenossenschaft den Entschluß, ihrerseits die Konsequenzen zu ziehen und das Ausschlußverfahren einzuleiten. Da Hildebrand stets betont hatte, wir müßten die Bauern gewinnen, war ihm bald nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion vom Parteisekretariat der Auftrag geworden, mit der Bauerngewinnung den Anfang zu machen und ein Flugblatt für die ländliche Bevölkerung unseres Kreises zu schreiben. Nach einigen Wochen brachte er dem Sekretär das Material zurück mit dem Eingeständnis, es sei ihm bei seinen Anschauungen unmöglich, vom Boden der Partei aus ein solches Flugblatt zu schreiben. (Hört! hört!) Das war gewiß ehrlich und loyal gehandelt, aber es war doch auch ein Beweis dafür, daß seine abweichenden agrarpolitischen Anschauungen ihn hindern, auf einem der wichtigsten innerpolitischen Kampfgebiete mit uns in Reih und Glied zu stehen. (Sehr richtig!) Ein anderer Fall: Der Solinger Außenbezirk, in dem Hildebrand wohnt, war 1910 von dem großen Parteidistrikt Solingen-Stadt abgetrennt und zu einem selbständigen Distrikt gemacht worden. Er zählte nur 60—70 Mitglieder, die, wie ich im Gegensatz zu Müller feststellen möchte, zum Teil erst kurz vorher zum Anschluß an die Partei gekommen waren. Hildebrand wurde zum Distriktsleiter gewählt, und gleich in der ersten Distriktsversammlung hielt er einen Vortrag über: „Zweck und Ziel unserer Arbeit". Jeder glaubte, er würde ein Arbeitsprogramm für den neugegründeten Distrikt entwickeln. Aber ihm kam es nur auf die Propagierung seiner Grundauffassungen an, er verlas das Parteiprogramm und unterzog es einer Kritik, die ganz im Sinne seiner Programmrevisionsartikel gehalten war, wie er sie kurz vor seinem Ausscheiden aus der Redaktion veröffentlicht hatte. Diese Artikel hatten damals der Frankfurter „Volksstimme" Anlaß gegeben zu einem Artikel: „Zurück von der Wissenschaft zur Utopie". Hildebrand hat selbst einen Bericht über diese Versammlung geschrieben, worin er sagt, daß sein Referat im Sinne dieser Artikel gehalten war. Ich habe folgende redaktionelle Bemerkung daran geknüpft:

„Der Distriktsleiter des neugegründeten Distrikts Solingen-Ost, Genosse Hildebrand, scheint die Aufgabe der Distrikte und der Distriktsleitungen in der Parteiorganisation denn doch sehr zu verkennen, wenn er „Zweck und Ziel unserer Arbeit" in den Distrikten darin sieht und seine Tätigkeit als Distriktsleiter damit beginnt, das Programm zu revidieren und Zweifel und Verwirrung in die Reihen der zum Teil erst neugeworbenen Mitglieder zu tragen. Aufgabe der Distrikte ist es, die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Gesamtorganisation in

jeder Weise zu fördern, Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für die in unserem Parteiprogramm niedergelegten Ziele und Forderungen zu erwecken und sie durch intensive und systematische Kleinarbeit in die Tat umzusetzen. Wer sich dazu außerstande fühlt, weil er von Zweifeln und Skrupeln über die Richtigkeit des Programms geplagt ist, der sollte die Konsequenz ziehen, die Uebernahme solcher Organisationsämter abzulehnen, deren pflichtmäßige Ausübung ihn in einen Gewissenskonflikt bringt."

Was ich hier gesagt habe, ist etwas ganz Selbstverständliches. (Sehr richtig!) Aber Hildebrand hatte eine ganz andere Auffassung darüber, er ließ in der nächsten Versammlung seines kleinen Außenbezirks, die vielleicht von 20 Personen besucht war, eine Protestresolution gegen diesen „Versuch der Beschränkung der Meinungsfreiheit" fassen, und als die bürgerliche Presse diese Resolution hinausposaunte in die Oeffentlichkeit als einen großen Sieg des Revisionisten Hildebrand über den Radikalen Dittmann, da fand sich selbst in der Redaktion unseres Frankfurter Parteiblattes ein „guter Freund", der das Recht der Programmkritik für Hildebrand unbedingt gewahrt wissen wollte. Welches Gezeter über Beschränkung der Meinungsfreiheit wäre da wohl entstanden, wenn ich ständig auf Hildebrands Artikel reagiert haben würde...

...Der Korreferent der Beschwerdekommission, Genosse Müller, hat dadurch, daß er sagte, die Verstimmung der Solinger Genossen über das wiederholte taktlose Auftreten Hildebrands sei der Anlaß zum Ausschluß gewesen, selber sein Hauptargument entkräftet, daß Hildebrand nur wegen abweichender Anschauungen ausgeschlossen werden solle. Er hat Hildebrand damit wider Willen einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn durch die Feststellung, daß die Genossen ein derartiges „Knüppel-zwischen-die-Beine-werfen" nicht länger dulden wollten, ist der Beweis erbracht, daß die praktische Betätigung Hildebrands den Anlaß zu dem Antrag auf Ausschluß gegeben hat. (Sehr richtig!) Bald nach der Busoldversammlung hielt Hildebrand im Gewerkschaftskartell einen Vortrag über „Deutschlands Abhängigkeit vom Weltmarkt". Der Vortrag war ein Extrakt seines Buches. Wir in Solingen haben zunächst keine Notiz davon genommen, weil wir nicht wollten, daß der Becher zum Ueberlaufen gebracht würde. Aber es kam hinzu, daß bekannt wurde, daß Hildebrand fast gleichzeitig gemeinsam mit dem Ehepaar Maurenbrecher zum Jenaer Parteitag eine Resolution zur Marokkofrage einbringen wollte, die in stärkstem Gegensatz stand zu dem Standpunkt, den die Gesamtpartei damals bei ihrer Protestaktion gegen Marokkorummel und Imperialismus einnahm. Um allem die Krone aufzusetzen, war Hildebrand auch noch von seinem Hauswirt in seinem kleinen Außendistrikt zum Parteitagsdelegierten vorgeschlagen worden. Nun war das Maß zum Ueberlaufen voll. Die Genossen sagten sich, noch länger zuzusehen, wäre Pflichtvergessenheit gegen die Partei gewesen. Bei den Sympathien, die Hildebrand als Person genoß, und mit Rücksicht darauf, daß wir von seinen Aeußerungen der letzten Jahre keine Notiz genommen hatten, bestand durchaus die Möglichkeit, daß er zunächst in die Stichwahl kommen und schließlich gewählt werden könnte. Dann aber hätte die Partei das Schauspiel erlebt, daß Hildebrand als Vertreter des Kreises Solingen die chauvinistische, unsere damalige Protestbewegung störende Resolution auf dem Parteitag vertreten hätte, ohne daß auch nur drei Mann in Solingen hinter ihm gestanden hätten. Und um die Ironie auf die Spitze zu treiben, hätte Hildebrand dann gerade als Vertreter desjenigen Kreises diesen Durchkreuzungsversuch gemacht, dessen Abgeordneter, Genosse Scheidemann, aufs schärfste im Reichstag gegen den Marokkorummel aufgetreten war. Erinneren Sie sich, Parteigenossen, jene Resolution Hildebrands forderte vom Jenaer Parteitag, zu erklären, „daß die Partei, soweit das Vorgehen der deutschen Reichsregierung in Marokko nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftslebens diene, keinen Grund habe, ihre Oppositionsstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Reichsregierung zu übertragen".

In dieser Situation glaubten wir die Ehre und das Ansehen unseres Wahlkreises und das Ansehen der Partei höher stellen zu müssen, als die menschlichen Rücksichten auf die Person Hildebrands... Der Ausschluß wurde mit zwei Drittel Mehrheit in geheimer Abstimmung beschlossen. Hildebrand erklärte noch ausdrück-

lich, daß in jeder Hinsicht sachlich gegen ihn diskutiert worden sei und die Wirkungen eines eventuellen Ausschlusses auf seine ökonomischen Verhältnisse nur gute sein könnten. Er sagte: „Oekonomisch stehe ich mich besser, wenn Sie mich ausschließen." (Hört! hört!) Das kann auch diejenigen hier beruhigen, die schlimme materielle Folgen für ihn durch den Ausschluß fürchten, so daß dies Argument aus der Debatte ausscheiden kann.

Nun zu Hildebrands Anschauungen, die erst sein praktisches Handeln erklären... Es ist unwahr, daß das Buch an sich als wissenschaftliche Leistung die Grundlage des Verfahrens gewesen ist. Es wurde nur als das Gefäß angesehen, in das seine Anschauungen hineingegossen sind. Aber es kam nur auf seine Grundanschauungen an, soweit sie im Widerspruch zu den Anschauungen der Partei stehen, und nur soweit kam sein Buch in Frage. Wissenschaftliche Einzelheiten waren überhaupt nicht der Gegenstand der Erörterung, das muß gegenüber dem Vorwurf betont werden, daß die Schiedsrichter das Buch nicht gelesen haben. Es handelt sich nicht um die Einzelprobleme dieses Buches, sondern um die Grundanschauungen Hildebrands. Es ist trotzdem Hildebrand freigestellt worden, das ganze Buch zur Verlesung zu bringen. Es war vernünftig genug, das nicht zu beantragen. Ich habe vom Standpunkt der Organisation aus in der betreffenden Sitzung den Gedankengang des Buches eingehend dargelegt, Hildebrand hat seinen Standpunkt vertreten. Das genügte für die Beisitzer vollkommen, um zu einem Urteil darüber zu kommen, ob die Grundanschauungen Hildebrands mit den Grundsätzen unseres Parteiprogramms vereinbar sind. In allen Instanzen ging Hildebrand immer auf die einzelnen Probleme ein, um die es sich hier gar nicht dreht. Er versuchte gar nicht, festzustellen, wie sein Verhältnis zu den Grundanschauungen der Partei war. Erst hier hat er zum erstenmal bekannt, daß vielleicht einzelne Wendungen in der Formulierung und Stilisierung zu scharf ausgefallen wären. Das hat er im ganzen Vorverfahren nicht mit einem einzigen Worte betont. Es ist ihm gar nicht eingefallen, früher zu sagen: der Sinn dieser oder jener Wendung ist zu scharf gedeutet worden. Hildebrand ist von seiner abweichenden Grundanschauung aus zu ganz abweichender Stellungnahme in den aktuellen politischen Fragen gekommen. Das ist der Kernpunkt der ganzen Sache. Wir stellen voran die Eroberung der politischen Macht durch den Klassenkampf, um die Sozialisierung der Gesellschaft nach der Erringung der politischen Macht durchführen zu können. Hildebrand leugnet zwar den Klassenkampf nicht, auch nicht das Streben nach Erringung der politischen Macht. Er sagt aber, das alles kommt erst in zweiter Linie, sei sekundär. Er stellt voran, daß die Klassen innerhalb der westeuropäischen Staaten sich brüderlich die Hände reichen müssen, daß auch die Völker sich zusammenschließen müssen, und daß ein neues großes Gemeinschaftsgefühl für dieses westeuropäische Staatenkonglomerat geschaffen werden müsse, ein Gemeinschaftsgefühl, das sich auch eines großen Gegensatzes bewußt sein müsse gegenüber den anderen aufkommenden großen Wirtschaftsgebieten — Amerika, Rußland, Ostasien und Indien. Er sagt, die Klassen und Völker dieses westeuropäischen Kulturkreises müssen sich bewußt sein, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit, in zehn bis zwanzig Jahren, vielleicht schon genötigt sein werden, in ausgesprochenen scharfen Gegensatz zu den anderen Weltwirtschaftsgebieten zu treten. Er stellt dabei die Arbeiterklasse der westeuropäischen Staaten in einen ausgesprochenen scharfen Gegensatz zu den Arbeitern in Amerika, Rußland, in Ostasien und in Indien. Eine solche Auffassung steht im vollständigen Widerspruch mit dem Prinzip der internationalen Solidarität unseres Parteiprogramms. (Sehr richtig! Zuruf: Uebergangsstufe!) Es ist ein Ding der Unmöglichkeit für die Sozialdemokratie, sich einem solchen Standpunkt anzuschließen. Hildebrand sagt weiter, England und Frankreich hätten im Laufe der weltwirtschaftlichen Entwicklung einen zu großen Anteil an den Kolonien erhalten, während Deutschland zu kurz gekommen sei. Er fordert daher für Deutschland koloniale Bauernländer, in denen Nahrungsmittel und die Rohstoffe für die deutsche Industrie erzeugt werden können, und er erklärt, Deutschland müßte England und Frankreich nötigenfalls durch maritime und militärische Machtentfaltung zwingen können, ihm von

ihrem Kolonialüberschuß das Erforderliche abzutreten. So hat er nicht nur den vorjährigen Panthersprung nach Agadir gebilligt, sondern schon vorher verlangt, Deutschland müsse durchsetzen, bei der Aufteilung Persiens neben England und Rußland als der Dritte beim Raube zugelassen zu werden. (Zuruf: Wo steht das?) In den „Sozialistischen Monatsheften"! So kommt er von seiner Forderung nach ausländischen Bauernländern zur Befürwortung der Kolonialpolitik und, da er die Kolonien anderen Ländern zum Teil abgepreßt wissen will, zur Billigung der Flottenpolitik und der Verstärkung der Wehrmacht zu Lande, kurzum zum Militarismus und Imperialismus. (Hört! hört!) Da er ferner die Bauerngrundlage im Innern sichern und vermehren will, kommt er auch für die innere Politik zur Billigung der heutigen agrarischen Volksausplünderungspolitik.

Vor der Beschwerdekommission hat er auf die konkrete Frage, ob er für Agrarschutzzölle eintrete, erklärt, er sei nicht nur rein theoretisch für Schutzzölle, er sei auch der Ansicht, daß das Agrarschutzzollsystem, das wir seit 1878 in Deutschland haben, wenn auch nicht in der vorhandenen Art und Form seiner Ausgestaltung, so doch dem Wesen nach unbedingt notwendig für Deutschland ist. Er sagt damit also, daß er für die Politik der Lebensmittelverteuerung letzten Endes eintritt, die ja wesentlich mit eine Folge dieser Schutzzollpolitik ist. Es handelt sich bei ihm nicht darum — wie seine Verteidiger glauben machen wollen —, daß er irgendwelches Prognostikum für die Zukunft stellt, er will die Partei jetzt, in der Gegenwart, zwingen, den Boden ihres Programms zu verlassen und sich auf seinen Standpunkt zu stellen...

...Während wir die Eroberung der politischen Macht durch den Klassenkampf voranstellen, stellt er sein westeuropäisches Gemeinschaftsgefühl in den Vordergrund, und er verlangt, daß die Partei sich ihm anschließe, und zwar jetzt, gegenwärtig. Da kann man doch nicht reden von einem Bestreben für die Zukunft. Er sagt das auch offen, daß seine Forderung für die Gegenwart gilt, und zwar auf Seite 207, wo es heißt:

„Der Gedanke der sozialistischen Produktionsweise oder der einheitlich planmäßigen wirtschaftlichen Gemeinschaftsregelung hatte seinen guten Sinn usw."

Also ausdrücklich „hatte". Er ist also der Meinung, daß der bisherige Standpunkt der Partei überholt sei, jetzt komme es eben darauf an, die Arbeiterklasse zu überzeugen, daß sie sich auf einen neuen grundsätzlichen Boden stellen müsse. Von diesem neuen grundsätzlichen Boden aus kommt er zu seinen abweichenden Anschauungen in all den Fragen der aktuellen Politik, wie ich das geschildert habe. Er gibt den grundsätzlichen Standpunkt unserer Partei vollständig preis. Er gehört eben nicht mehr zu uns..."

Redner zitiert zum Schluß aus einem Artikel Wetzkers im Bochumer „Volksblatt" vom 26. Juli 1912:

„‚Ich bin weit davon entfernt, dem Verfasser seine Ansichten rauben oder verdenken zu wollen. Gleichviel, ob sie wissenschaftlich begründete Ueberzeugungen oder im Gefühl ruhende Neigungen sind. Für uns handelt es sich lediglich darum, daß Hildebrand den Sozialismus ablehnt und gegen ihn agitiert. Unter den „liebgewordenen Vorstellungen", die im Schlußsatz des Buches als gefährliche Befangenheiten bezeichnet werden, versteht Hildebrand den Sozialismus. Ein solcher Mann hat in unserer Partei nichts zu suchen, solange sie die sozialdemokratische Partei ist, mag er auch sonst der beste Demokrat sein und mit ernstestem Willen das Volkswohl fördern wollen. Im Namen der Freiheit der Wissenschaft zu verlangen, daß man einen Mann in den Reihen unserer Partei duldet, der das Aufgeben der „kommunistischen Utopien", der „gefährlichen sozialistischen Befangenheit" als einziges Mittel der Rettung bezeichnet und für diese Forderung Propaganda macht, das ist ein Verlangen, das einem sozialdemokratischen Arbeiter stets unverständlich bleiben wird.' (Sehr richtig! Große Unruhe rechts und Schlußrufe.)...

‚Herr Gerhard Hildebrand ist mir stets eine sympathische Persönlichkeit gewesen. Ich habe seinen Werdegang als Sozialdemokrat vom ersten Tage seines Eintritts in die Partei zu beobachten Gelegenheit gehabt, und hatte Gelegenheit, ihm auch im Anfang erbetene Ratschläge für sein Verhalten in der Partei zu geben. Daß er,

der vor wenigen Jahren von der bürgerlichen Demokratie zur sozialdemokratischen Partei gekommen ist, nach dem erneuten Wechsel vom Sozialdemokraten zum Demokraten ohne Sozialismus trotzdem hartnäckig darauf beharrt, der sozialdemokratischen Partei weiter angehören zu dürfen, ist nicht geeignet, die Sympathie für ihn zu stärken. Die politische Ehrlichkeit müßte ihm sagen, daß er in der sozialdemokratischen Partei nichts mehr zu suchen hat. Ich habe die Ueberzeugung, der Parteitag in Chemnitz wird bei der sehr klaren Sachlage kurzen Prozeß machen und sich nicht dazu hergeben, die soziademokratische Partei zum Tummelplatz antisozialdemotratischer Propaganda werden zu lassen.'

Ich bitte Sie, Parteigenossen, sich diesem Urteil eines durchaus rechtsstehenden Parteigenossen anzuschließen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)" (S. 485 ff.)

Es läuft folgender Geschäftsordnungsantrag ein:

„Der Parteitag setzt die Entscheidung über das Urteil des Schiedsgerichts über den Ausschluß des Genossen Hildebrand aus. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, den Delegierten des nächsten Parteitages das zur Beurteilung dieser Angelegenheit nötige Material rechtzeitig zuzustellen."

Dr. Gradnauer spricht für den Antrag:

„. . . Es ist uns eine Fülle von Material mitgeteilt worden, aus dem wir sehen, daß Hildebrand in der Tat Anschauungen huldigt, die in weitem Umfange von dem abweichen, was unsere Partei sonst vertritt. Anderseits ist aber Hildebrand selbst hier aufgetreten und hat ein Bekenntnis für den Sozialismus und für den Kampf der Arbeiterklasse abgelegt. Jeder von uns mußte den Eindruck empfangen, daß er aus vollem, ehrlichem Herzen spricht. Bei einer solchen Lage der Dinge ist es ohne Zweifel nichts leichtes für uns, die vollständige Klärung der Angelegenheit herbeizuführen und unser Urteil zu fällen. Dazu kommt, daß der größte Teil der Parteipresse bisher nicht in der Lage war, sich ausreichend mit dem Buche Hildebrands zu beschäftigen. Sehr viele Delegierte sind hierher gekommen, ohne überhaupt von den Anschauungen Hildebrands eine Ahnung zu haben. Auch unser wissenschaftliches Zentralorgan, die „Neue Zeit", hat meines Wissens nicht einen einzigen Artikel über diese Frage gebracht. Auch nicht einmal schriftliche Urteilsgründe der vorigen Instanzen liegen vor. Bei viel unbedeutenderen Angelegenheiten ist wiederholt den Parteitagen eine Druckvorlage gemacht worden, aus der sich die Delegierten rechtzeitig informieren konnten. Auch sind soeben durch den letzten Redner wieder neue Momente in die Debatte geworfen, neue Behauptungen aufgestellt worden. (Widerspruch.) . . ." (S. 492 f.)

Klara Zetkin spricht dagegen:

„. . . Wir sind nicht hier, um zu entscheiden über die wissenschaftliche Bedeutung, über die wissenschaftliche Richtigkeit oder über die wissenschaftliche Irrtümlichkeit der Theorien, die Hildebrand entwickelt hat. (Sehr richtig!) Wir haben uns hier lediglich mit der politischen Seite dieser Angelegenheit zu befassen . . . Wir sind hier als ganz simple politische Kämpfer, um bestimmte praktische Konsequenzen dieser Theorien zurückzuweisen. (Heilmann: Wir sind eine wissenschaftliche Partei!) Es handelt sich nicht um die wissenschaftliche Ueberzeugung Hildebrands, die lassen wir unangetastet. Seine praktische Betätigung aber ist es, die den Anstoß zu der ganzen Frage gegeben hat. (Weill: Dann muß Pannekoek auch ausgeschlossen werden!) Vertagen wir, dann wird die Angelegenheit im Laufe eines Jahres nach der wissenschaftlichen Seite hin nicht mehr geklärt sein als heute, sondern nur noch verwirrter, dunkler werden. (Sehr richtig!) Es ist betont worden, daß ja die praktische Betätigung Hildebrands bis jetzt noch keinen großen Schaden angerichtet hätte, weil die praktischen Schlußfolgerungen seiner Ansichten von den Genossen energisch abgelehnt worden seien. Ja, seit wann müssen wir denn erst den Schaden abwarten? (Sehr richtig!) Es wäre gerade für uns als Realpolitiker ein Gebot der Notwendigkeit, hier mit einem bloßen Achselzucken einen Schaden abzuwehren, der später zu heißen inneren Kämpfen

in der Partei führen könnte ... Lassen Sie sich nicht dadurch beirren, daß, wenn Sie heute entscheiden, vielleicht ein großes Wehklagen angeht, die Freiheit der Wissenschaft sei beeinträchtigt worden. Der Wissenschaft mag Hildebrand weiter leben, das ist sein gutes Recht. Aber der Freiheit der Meinung des einzelnen steht gegenüber das lebendige Interesse der Partei, innerhalb deren wir es zu keinen Abirrungen kommen lassen dürfen, die die Einheitlichkeit der Aktion stören. (Zuruf: Pannekoek!) Die Partei ist nicht der Saal, in dem liebenswürdige und interessante Schwarmgeister tanzen können. Das Gebäude ist eine Festung, in der wir alle einig und gerüstet stehen und kämpfen müssen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 493 f.)

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Heine:

„... Süßheim sagt, es müsse doch möglich sein, Gesinnungen, die nicht in die Partei passen, auszuschließen. (Sehr richtig!) Nein, Genossen, das muß nicht möglich sein. (Stürmische Unterbrechungen, die der Vorsitzende Haase zu unterlassen bittet.) Warum darf das nicht möglich sein? Deshalb, weil es dann gar keine Grenzen, keine sicheren Entscheidungsmerkmale gibt. Wer kann über Meinungen und Gesinnungen als solche richten? Sogleich wird der Streit entstehen, was gemeint gewesen sei. Der eine faßt eine Meinung so auf, der andere so. Das hat sich gerade im Hildebrandschen Falle gezeigt, wo der Angeklagte erklärt, er wolle den Sozialismus, und der Ankläger behauptet, er wolle ihn nicht. Damit sind wir bei den Glaubensgerichten der Kirche angekommen! (Sehr wahr!) Nein, nur Handlungen gegen die Grundsätze des Parteiprogramms können in Frage kommen, aber nicht Meinungen. Darum beschränkt sich das Organisationsstatut mit gutem Grunde auf die in § 23 angeführten Ausschlußgründe. Süßheim müßte als Jurist wissen, daß Strafgesetze nicht ausdehnend interpretiert werden dürfen. (Dr. Süßheim: Das ist kein Strafgesetz!) Jawohl, das ist es, denn gibt es für einen Genossen etwas Schlimmeres, eine härtere Strafe, als den Ausschluß aus der Partei? (Lebhafte Zustimmung. — Neuer Zuruf von Dr. Süßheim: Das Parteistatut ist kein Strafgesetz! Unruhe.) Doch, dieser § 23 ist eines und er ist eine Ausnahmebestimmung. Hoffentlich wird der Parteitag sie nicht ausdehnen.

Nun zur sachlichen Bedeutung des Falles. Von einer Seite ist versucht worden, ihn so hinzustellen, als handle es sich um einen Streit zwischen Radikalen und Revisionisten. Damit hat die Sache aber nicht das geringste zu tun. (Oho!) Hildebrand ist ein Eingänger, der seine eigenen Wege geht, und ich speziell denke nicht daran, mich mit ihm zu identifizieren. Ich tue das schon deswegen nicht, weil ich ja die wissenschaftlichen Fragen dieses Streites nicht nachprüfen kann. Meine wissenschaftliche Bildung reicht nämlich gerade so weit, daß ich weiß, man dürfe in wissenschaftlichen Fragen nicht aburteilen, wenn man nicht selbst Fachstudien darüber gemacht hat. (Sehr gut! und Unruhe.) Die habe ich nicht gemacht. Als Revisionist und gerade als Revisionist lehne ich es ferner entschieden ab, mich auf die Zukunftsspekulationen Hildebrands einzulassen. Ich bin als Revisionist Gegenwartspolitiker und will es bleiben. Hildebrands „Vereinigte Staaten von Westeuropa" liegen mir in viel zu weitem Felde, als daß es mir lohnen würde, mich auch nur mit einem Gedanken mit dieser Spekulation abzugeben. Aber es gibt doch auch manche andere Zukunftsmusik in der Partei (Sehr gut!) und es ist doch wohl erlaubt, sich damit zu beschäftigen. Was Hildebrand speziell über die Agrarfrage schreibt, bewegt sich durchaus in den Bahnen einer Untersuchung über die zukünftige Entwicklung ...

Die Aeußerungen Dittmanns und der Frau Zetkin beweisen mir, daß wenigstens diese beiden aus diesem Prozeß einen politischen Tendenzprozeß machen wollen. Ich bitte Sie, folgen Sie ihnen nicht. Nicht aus Mitleid, das hat Hildebrand nicht nötig, sondern im Interesse der Ehre der Partei. (Sehr wahr!) Beschreiten Sie nicht den Weg, die wissenschaftliche Forschung zu unterbinden. Laden Sie nicht der Partei den Vorwurf der Intoleranz auf. (Erneute lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Es wäre auch zwecklos. Kein Genosse von Ehre und Wissen wird jemals seine wissenschaftliche Ueberzeugung zum

Schweigen verurteilen lassen. Auf ein Ketzergericht würde das andere folgen, wie Traub auf Jatho! (Beifall und Lärm.) Und diese Ketzerurteile würden gerade immer die Genossen treffen, die am meisten den Mut ihrer Ueberzeugung haben. Eine Partei von vier Millionen muß stark genug sein, auch Eingänger und Kritiker zu ertragen, selbst wenn sie einzelnen oder der Partei unbequem werden. Eine so große Partei muß auch groß und frei handeln..." (S. 495 ff.)

Dr. Laufenberg-Hamburg bringt folgenden Antrag ein:

„Der Parteitag erklärt, daß die Anschauungen Hildebrands in keiner Weise die unsrigen sind, daß Hildebrand im Rahmen seiner heutigen Anschauungen ungeeignet ist, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten. Jede Verantwortung für die Ideen Hildebrands, für sein politisches Auftreten, lehnt der Parteitag ab. Der Parteitag erwartet, daß damit die Angelegenheit erledigt wird."

Darauf wird mit großer Mehrheit die Debatte geschlossen. In seinem Schlußwort führt Dr. Süßheim aus:

„...es ist meine Verpflichtung, der ich den Beschluß der Kommission zu vertreten habe, mich auch in aller Kürze mit dem Antrag Laufenberg auseinanderzusetzen. Was mir das Wesentlichste an ihm zu sein scheint, ist die Tatsache, daß er Genossen zweierlei Rechts schaffen würde. (Sehr richtig!) Nach diesem Antrag könnte es Genossen geben, die wir dulden müssen, die wir aus Mitleid oder anderen Gründen nicht aus der Partei entfernen, denen wir aber, um es kurz zu sagen, die politischen Ehrenrechte in der Partei absprechen. Das gibt es nicht. (Widerspruch.) Wir kennen nur Genossen, die vollständig zu uns gehören; auch die betreffende Bestimmung des § 23 über die Unwürdigkeit zu Vertrauensämtern trifft auf den vorliegenden Fall unmöglich zu. Ich glaube, daß es sich um eine klipp und klare Entscheidung handeln muß, die aus gut gemeinten Gründen, vielleicht auch aus taktischen Rücksichten gebotene Brücke kann im vorliegenden Falle, ich bedauere, das Laufenberg sagen zu müssen, nicht betreten werden. (Sehr wahr!)..." (S. 500 f.)

Hildebrand:

„...Dittmann hat sich auch heute wieder die erdenklichste Mühe gegeben, zu beweisen, daß eine kontinuierliche Entwicklung stattgefunden hat in meiner ganzen Tätigkeit innerhalb der Partei und daß ich tatsächlich schon lange vor dem Erscheinen meines Buches, daß ich schon bei Kündigung meiner Stellung als Redakteur unter dem Eindruck gestanden hätte, mit meinen Ideen bei den Genossen keinen Anklang zu finden. Ich stelle demgegenüber noch einmal fest, daß es nicht richtig ist, daß die Solinger Genossen überhaupt von vornherein mich immer wieder abgelehnt und immer wieder erklärt hätten, daß sie von meinen Auffassungen nichts wissen wollen. Solche Ablehnungen sind erfolgt in bestimmten Fragen, in der Frage der Budgetbewilligung usw. Aber die Genossen sind nicht etwa aufgetreten gegen meine Tätigkeit im allgemeinen... Weiter hat Dittmann gesagt, irgendwo hätte ich geschrieben, Deutschland müsse unter Umständen Frankreich und England zwingen, ihm einen Teil seiner Kolonien abzutreten. Bitte, Genosse Dittmann, weisen Sie mir nach, wo ich so etwas erklärt habe? Nirgends habe ich das erklärt. (Hört! hört!) Worauf ich immer hinausgegangen bin mit meinen Arbeiten und Auffassungen, das ist, daß wir auf unserer Gleichberechtigung innerhalb der Weltwirtschaft bestehen müssen, also dasselbe, was im Kern Bebel auch auf dem Jenaer Parteitag erklärt hat. (Sehr richtig!) Die Anerkennung der Gleichberechtigung für den deutschen Kaufmann, für den deutschen Exporteur in den anderen Ländern, das ist der Kern aller meiner Aeußerungen über diese Dinge. Dann hat Dittmann in der seltsamsten Weise verzerrt meine Ausführungen wiedergegeben. Ich soll erklärt haben, das Schutzzollsystem, wie wir es seit 1878 in Deutschland haben, sei eine bedingte Notwendigkeit für Deutschland. Tatsächlich habe ich gesagt, nach meiner Auffassung hätte Deutschland, wenn es seit 1878 überhaupt gar keine Agrarzöll egehabt hätte, heute nicht mehr eine landwirtschaftliche Bevölkerung von 18 Millionen, sondern nur noch von 10 bis 12 Millionen. Es

kommt hier natürlich nicht darauf an, ob dies Verhältnis gerade stimmt, sondern nur darauf, daß, wenn Deutschland keine landwirtschaftlichen Zölle gehabt hätte, unsere landwirtschaftliche Bevölkerung und damit auch Deutschlands landwirtschaftliche Produktion in dieser Zeitperiode zurückgegangen wäre. Heißt das, daß ich mich mit den jetzigen Zollsätzen identifiziere, oder ist das nicht lediglich die Feststellung meiner Ueberzeugung, daß ohne jeden Zollschutz, wenn die Entwicklung sich also absolut auf der Basis des Freihandels vollzogen hätte, meiner Ueberzeugung nach die landwirtschaftliche Bevölkerung Deutschlands reduziert worden wäre? Das mag richtig, das mag falsch sein, aber es ist unter keinen Umständen eine Festlegung auf die Höhe der jetzigen Zölle. (Sehr richtig! — Widerspruch. Zuruf: Aber doch auf Zölle!) Das ist unter keinen Umständen eine Festlegung auf das Zollsystem, wie es von den Mehrheitsparteien im einzelnen ausgestaltet ist. Hält man Zölle für notwendig, dann gibt es tausend verschiedene Möglichkeiten, ein Zollsystem auszugestalten, und wie das System ausgestaltet sein könnte, darüber habe ich mir weder in dem Buch, noch sonst irgendwo den Kopf zerbrochen, weil ich mir sage, es kommt in dieser Frage nicht darauf an, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, sondern lediglich darauf, zu betonen, daß durch den Konkurrenzdruck von seiten Amerikas und zum Teil auch von Rußland die landwirtschaftliche Produktion gefährdet werden kann. (Limbertz: Sie forderten für die heutige Zeit ausdrücklich Getreidezölle in der Kommission!) Nein, ich habe gesagt, wenn Deutschland überhaupt keine Zölle gehabt hätte, dann wäre die landwirtschaftliche Bevölkerung zurückgegangen. (Limbertz: Er schwächt jetzt alles ab!) Ich bin durch die Debatte nicht davon überzeugt worden, daß meine Auffassung widerlegt ist. Ich halte es nach wie vor für die Pflicht der Instanzen, zunächst einmal klarzustellen, daß es sich um die Behandlung eines wissenschaftlichen Problems handelt und daß hier unter allen Umständen vollständige Freiheit herrschen muß, daß man sich also erst einmal klar werden muß, welches denn die wissenschaftliche Haltbarkeit der aufgestellten Sätze sei, ehe man sich ein Urteil darüber bilden kann, ob vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus die daraus gezogenen Konsequenzen haltbar sind oder nicht. Diese Vorprüfung der wissenschaftlichen Grundlage hat durchweg gefehlt, sie hat selbstverständlich auch hier fehlen müssen, weil es einfach nicht möglich ist, eine derartige Frage wissenschaftlich in ein paar Stunden auf dem Parteitag zu diskutieren. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Partei die wissenschaftliche Ueberzeugungsfreiheit durch meinen Ausschluß antasten würde, weil die politischen Konsequenzen, die ich ganz provisorisch in dem Buch, um meinen Untersuchungen einen Abschluß zu geben, gezogen habe, überhaupt nur beurteilt werden können aus der Frage heraus, ob die wissenschaftlichen Voraussetzungen zutreffen oder nicht ..." (S. 503 ff.)

Der Kommissionsantrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen, der Ausschluß also bestätigt. Damit ist der Antrag Laufenberg erledigt. (S. 507.)

Illustrationen.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lag folgender Antrag 44 (Harburg) vor:

„Der Parteitag wolle beschließen: Das Pressebureau ist dahin auszubauen, daß eine Institution geschaffen wird, die die Aufgabe hat, der Parteipresse über wichtige Tagesereignisse, die von agitatorischer Bedeutung sind, passende Illustrationen durch Lieferung von Platten oder Matern zu übermitteln. Die Platten und Matern müssen für Rotationsdruck geeignet sein. Die entstehenden Kosten werden wie bisher durch das Pressebureau prozentual verrechnet."

Den Antrag begründete Möller-Harburg:

„Wir wünschen eine Ausgestaltung des Pressebureaus dahingehend, daß allen Parteizeitungen auch Illustrationen zugänglich gemacht werden. In der größeren Parteipresse ist das bereits eingeführt, auch bei der Reichstagswahl wird so verfahren, und auch die bürgerliche Presse bringt Illustrationen, für die sich besonders die Landbevölkerung interessiert. Bei der Agitation sind wiederholt solche Wünsche geäußert. Die Möglichkeit, das aus-

zuführen, ist gegeben, denn was bei der großen Presse möglich ist, muß auch bei der kleineren Presse möglich sein, man möge nur die Stelle schaffen, die die gebrauchten Matern sammelt und an die Parteipresse versendet; diese Stelle ist das Pressebureau. Wir haben in unserem Kreise dadurch, daß wir einige Nummern unserer Presse mit Illustrationen ausgeführt haben, die größten Erfolge erzielt. Die Kosten sind nicht so groß. Ich bitte den Parteitag, den Antrag einstimmig anzunehmen." (S. 272.)

Ebert:

„... Vom parlamentarischen Bericht werden heute schon Matern an die Parteipresse geschickt und von ihr verwendet. Von der letzten großen Demonstration sind auch die Aetzungen der Illustrationen den Parteiblättern zur Verfügung gestellt worden. Wir tun, was möglich ist. Wir bitten aber, den Antrag abzulehnen, weil er zu weit geht..." (S. 273.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Siehe auch die Artikel „Arbeitslosenfrage" (Klüß S. 33 f.), „Buchhandlung Vorwärts", „Familienblatt", „Neue Welt".

Illustrierte Zeitung.

Bei der Jenaer Debatte **1911** über Presse und Literatur führte Adolf Hoffmann aus:

„... Es kann nicht bestritten werden, daß in Parteikreisen ein starkes Verlangen nach einem illustrierten Blatt vorhanden ist, deshalb sollen wir uns auch Mühe geben, ein solches Blatt unseren Genossen zu bieten. Gradnauer sagte sehr treffend, daß wir die breiten Massen unserer Anhänger nicht mit gegnerischer Literatur versorgen lassen sollten. Wohl auf keinem anderen Gebiete wird wohl so viel gegnerische Literatur gekauft wie gerade auf dem der illustrierten Zeitungen. Die „Berliner Illustrierte Zeitung" und die entsprechenden Blätter in anderen Städten existieren zum großen Teil dank ihrem Absatz unter den Arbeitern. Es wäre wohl möglich, vielleicht aber nicht als Unterhaltungsbeilage zur Tagespresse, eine selbständige illustrierte Zeitung zu schaffen. Da dies aber nicht durch Ueberweisung an den Vorstand gemacht oder ohne weiteres beschlossen werden kann, beantrage ich die Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die uns geeignete Vorschläge machen soll. Die Einwendung, daß die Masse nicht mal die fünf Pfennige für besseres Papier der „Neuen Welt" aufbringen könnte, halte ich für vollständig hinfällig. Die Genossen, die jetzt 10 Pfg. für die gegnerischen illustrierten Zeitungen ausgeben, werden viel lieber diese 10 Pfg. für ein illustriertes Parteiblatt geben." (S. 276.)

Bérard-Hamburg:

„... Hoffmann meint, es müßte doch sonderbar sein, wenn nicht ein Blatt herzustellen wäre, das auch einwandfrei in bezug auf Illustrationen ist und auf besserem Papier gedruckt für 10 Pfg. abgegeben wird. Das wäre ja sehr erfreulich. Wenn das durchgehen würde, würden wir zeigen, daß wir auch etwas leisten können, und zwar Besseres, als die bürgerliche Presse. Aber Hoffmann irrt, wenn er meint, ein solches Blatt würde seine Abnehmer finden... Hoffmann hat ganz recht, wenn er sagt, die bürgerliche Presse wird vom Proletariat unterstützt. Aber die besseren illustrierten Blätter der bürgerlichen Presse haben es natürlich sehr viel leichter, weil sie Inserate aufnehmen, und das wollen Sie nicht, und auch der Parteivorstand nicht. Als die „Neue Welt" Inserate hatte und dadurch Ueberschuß erzielte, wurde ja gegen die Inserate so gewütet, daß beschlossen wurde, sie wieder fallen zu lassen, und damit trat wieder das große Defizit ein. Ich würde mich freuen, wenn der Antrag Hoffmann angenommen würde auf Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die dem nächsten Parteitag Vorschläge zu machen hat..." (S. 276 f.)

Es läuft folgender Antrag ein:

„Der Parteitag beschließt, eine Kommission von neun Genossen einzusetzen, welche die Frage der Begründung eines selbständigen illustrierten Blattes vorzubereiten und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu machen hat."

Adolf Hoffmann-Berlin:

„Solange wir in unserer politischen Parteipresse Inserate aufnehmen und durch die Gestaltung der ganzen Verhältnisse dazu gezwungen sind, brauchen wir uns auch nicht zu scheuen, in ein solches Blatt Inserate aufzunehmen. Nur gegen eine Verpachtung der Inserate an eine Inseratenfirma würde ich mich wenden, und das ist wohl bei der „Neuen Welt" der Fall gewesen. Nehmen Sie den Antrag auf Wahl der Kommission an, das verpflichtet ja noch zu nichts. Die Kommission kann dann aber etwas Gutes schaffen, wodurch die bürgerlichen Blätter aus den Händen der Parteigenossen entfernt werden." (S. 277.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen. (S. 277.)

(Siehe auch die Artikel „Familienblatt", „Neue Welt", „Wahrer Jakob".)

Imperialismus.

Auf der 6. Frauenkonferenz zu Jena **1911** führte Klara Zetkin in ihrem Referat über „Die Frauen und die Reichstagswahlen" u. a. aus:

„. . . Die beleuchtete Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung gibt uns Aufschluß über die Richtung der Politik. Sie läßt den Imperialismus, die eroberungstolle Weltmachtspolitik, zu einer Erscheinung werden, die je länger je mehr das politische Leben des Deutschen Reiches wie aller kapitalistischen Staaten überhaupt beherrscht. Die angeführten Ziffern bekunden das Emporblühen des Kapitalismus. Emporblühen des Kapitalismus aber bedeutet Vervollkommnung und Entfaltung der Produktivkräfte, bedeutet steigende Produktivität der Arbeit, ein Anschwellen der erzeugten Güter und damit des Bedürfnisses nach einer Ausdehnung des Marktes, auf dem die kapitalistischen Unternehmer durch den Verkauf der Waren ihren Anteil von dem Mehrwert einfädeln können, den die Proletarier schaffen. Allein diese Entwicklung vollzieht sich auf der Grundlage des Klassengegensatzes zwischen den Ausbeutenden und Ausgebeuteten, und er verhindert es, daß die Erweiterung des Absatzgebietes im Deutschen Reiche selbst gleichen Schritt hält mit dem Steigen der Produktion. Je mehr der Klassengegensatz sich verschärft — wie oben gezeigt wurde —, umsomehr werden die besitzenden und ausbeutenden Klassen durch die Entfaltung der Produktion gezwungen, Absatz im Auslande zu suchen. Nicht etwa, weil die Massen des Volkes in der Heimat alles haben, was sie bedürfen, von dem zu schweigen, was ihnen nach dem Grad der Kulturentwicklung gebührt, sondern weil sie dank der kapitalistischen Ausbeutung nicht zahlen können, nicht kaufkräftig sind. Die gleiche Entwicklung geht jedoch nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern vor sich, sondern auch in den neuen, die der Kapitalismus selbst schafft. Es sind ja nicht nur Waren, die ausgeführt werden, vielmehr auch Arbeitsmittel, Arbeitskräfte, Kapitalien. So nistet sich die kapitalistische Produktion auf den entferntesten Punkten der Erde ein und vermehrt die Zahl der konkurrierenden Länder auf dem Weltmarkt. Es wächst der Gegensatz zwischen den ausbeutenden Klassen und Cliquen der einzelnen Staaten. Ihr Verlangen nach festen, gesicherten, abgeschlossenen ausländischen Absatzgebieten setzt sich in der Politik durch als das Streben nach Kolonialbesitz, der durch Zollmauern dem Wettbewerb anderer kapitalistischer Nationen entzogen wird. Die Weltpolitik steht nicht mehr im Zeichen der offenen Türen, des Freihandels, des Friedens, sie wird Welteroberungs-, Weltmachtspolitik. Der Imperialismus ist da.

Ihn stärkt der Umstand, daß die Ausbeutenden und Regierenden ihre nationalen Gegensätze brauchen und mißbrauchen, um die Ausgebeuteten über den

Klassengegensatz in der Heimat hinwegzutäuschen. Die Hetze gegen den „äußeren Feind", im Namen des Vaterlandes, soll diese blind für die Tatsache machen, daß ihr Feind im eigenen Lande steht, daß sie von den eigenen „Volksgenossen" ebenso rücksichtslos ausgeplündert werden, wie von etwa einfallenden Franzosen und Russen. Und noch ein weiterer Zusammenhang der Dinge fördert den Imperialismus. In dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft haben die Produktionskräfte eine Entfaltung erreicht, daß sie fortdauernd gegen ihre Fesseln rebellieren: gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen die bürgerliche Eigentumsform. Die ausbeutenden und herrschenden Klassen werden unfähig, ohnmächtig, das schöpferische Spiel dieser Kräfte dem kapitalistischen Mehrwert nutzbar zu machen. Es entfesselt alle wirtschaftlichen, alle sozialen Gegensätze der bürgerlichen Ordnung und droht diese selbst als ein Hemmnis zu sprengen. Indem der Imperialismus die Rüstungen zu Wasser und zu Lande fordert und wahnwitzig steigert — bis zum Weißbluten der Völker — erblicken die herrschenden Klassen in ihm ein Mittel, menschliche und sachliche Produktivkräfte lahmzulegen, zu vernichten. Nach dem österreichischen Professor Kobatsch verschwenden die europäischen Staaten jährlich sieben Milliarden für Rüstungen, weitere sechs Milliarden für die Verzinsung der Schulden, die zu Rüstungszwecken aufgenommen wurden, fünf Milliarden an Arbeitsausfall der aktiven Soldaten, die im leistungsfähigsten Alter aus Mehrern des gesellschaftlichen Reichtums zu bloßen Verzehrern werden müssen. So vervollständigt der Imperialismus das periodische Werk der Krisen. Auch in diesem Zusammenhange ist er die Rettungsplanke, an die sich die besitzenden Klassen klammern, um ihre Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht zu erhalten. Der Reichskanzler sprach als Vertreter der ausbeutenden Klassen aller Nationen, als er den Anregungen auf Abrüstung ein starres Nein entgegensetzte.

So ist der Imperialismus eine geschichtliche Erscheinung, die gerade die proletarischen Frauen zu energischstem Widerstand herausfordert. Von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die soziale Klassen- und Geschlechtsknechtschaft erst mit der Aufhebung des Privateigentums endet, daß nur jenseits der Kerkermauern dieser bürgerlichen Gesellschaft freies, harmonisches Menschentum für alle blüht: müssen sie gegen die Welteroberungspolitik kämpfen, die die Lebensdauer der kapitalistischen Ordnung zu verlängern bezweckt. Nicht weniger fordern die Gegenwartsfolgen solcher Politik die schärfste Abwehr heraus. Der Imperialismus bedeutet nicht nur Ausbeutung und Knechtung barbarischer und halbbarbarischer Völker. Der reaktionären Auslandspolitik entspricht eine gleich reaktionäre Heimatspolitik. Vergessen wir nicht die Wurzel, den Zweck des Imperialismus: Aufrechterhaltung und Festigung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt! Seinem ganzen Wesen nach schlägt er die gepanzerte Faust auch dem heimischen Proletariat ins Gesicht. Und die Frauen der werktätigen Massen empfinden das schmerzhaft genug. Wenn die eroberungstolle Weltmachtspolitik einen Weltkrieg entzündet, dann sind es nicht nur die Söhne der Panzerplattenkönige, der Kanonenlieferanten, der großen Reeder, der Börsenjobber, der Edelsten und Besten, die ihre Knochen zu Markte tragen. Nein, eure Söhne, eure Gatten, eure Väter und Brüder werden es sein, deren Blut in Bächen den Boden rötet, deren Leichen sich bergehoch auftürmen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn der Imperialismus Militarismus und Marinismus noch üppiger ins Kraut schießen läßt, wenn der Rüstungswahnsinn die Zoll- und Steuerlast bis zur Unerträglichkeit steigert, Teuerungspreise schafft, die nicht wieder zurückgehen: müssen dann nicht die Proletarierinnen die volle Bürde der Sorgen und Entbehrungen tragen? Des sollten namentlich die Mütter, die Hausfrauen eingedenk sein!

Der Imperialismus stärkt die Macht der Unternehmerorganisationen. Wozu das führt, wissen wir. Zu Preistreibereien, welche schon heute ihre Schuld an der Teuerung und Not haben. Jedoch besagt wachsende Macht der organisierten Ausbeuter auch noch ein anderes. Die Möglichkeit für die Herren, ihren Einfluß auf das politische Leben zu erhöhen und das so dringend notwendige Werk großzügiger sozialer Reformen zu verhindern. Das beweist die Geschichte der Sozialreform in Deutschland all diese Jahre, das zeigt besonders eindringlich in jüngster Zeit das Geschick

der Reichsversicherungsordnung. Das Fazit der imperialistischen Entwicklung ist also in der aufgezeigten Beziehung vermehrte wirtschaftliche Not und zähe Verweigerung des Reformrechts der werktätigen Massen. Diese können, diese dürfen sich mit diesem Stand der Dinge nicht widerstandslos abfinden. Je teurer die Lebenshaltung, je karger die Reformen, um so ausgedehnter, schärfer werden die gewerkschaftlichen Kämpfe. Die Arbeiterverbände stehen dann dem geschlossenen, zähesten Widerstand der machtvollen Unternehmerorganisationen gegenüber, die Scharfmacherorganisationen sind. Das Ringen wird nicht bloß um die Forderungen der Habenichtse gehen, fast mehr noch um die Existenz ihrer Gewerkschaften selbst. Die Hungerpeitsche und die dienstbaren staatlichen Gewalten sollen die Lohnsklaven ihres Koalitionsrechtes berauben. Zu der Auslegung und Beugung der Gesetzestexte tritt das Verlangen nach Ausnahmegesetzen gegen das organisierte, kämpfende Proletariat, tritt die Tendenz, das gemeine Recht zum gemeinsten Recht zu „reformieren". Denken wir an die drohende Gefahr, daß die bevorstehende Strafprozeßreform mißbraucht werden soll, um ein schändliches Ausnahmerecht gegen die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter, gegen ihre Organisationen zu schaffen.

So greifen die Folgen der imperialistischen Politik fesselnd, verkümmernd auf das Gebiet der politischen Rechte über. Am stärksten muß das in dem zähen, tückischen Widerstand der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen gegen die Verwirklichung der Demokratie, gegen die Forderung vollen, gleichen politischen Rechts zum Ausdruck kommen, wie sie in Deutschland mit dem preußischen Wahlrechtskampf das Proletariat immer mehr in den Vordergrund rückt. Imperialismus und Demokratie sind Gegensätze, die einander ausschließen. Die imperialistische Entwicklung schlägt so brutal den wichtigsten Lebensinteressen des Proletariats ins Antlitz, daß sie sich nur durchzusetzen vermag, wenn die breitesten Volksmassen entweder völlig stumpf, ohne eigenes, bewußtes, geschichtliches Klassenleben sind, oder aber politisch geknebelt. In allen Ländern hat der Imperialismus als Begleiterscheinung den Stillstand der demokratischen Entwicklung, das hartnäckige Widerstreben gegen sie gezeitigt. In allen Ländern geht er Hand in Hand mit der Stärkung der Regierungsgewalt, beziehungsweise mit der Stärkung des Monarchismus. Selbst in England, dem Mutter- und Musterland der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus, hat der Imperialismus eine Renaissance des monarchischen Gedankens gezeitigt, wie sie noch vor zwanzig Jahren niemand zu träumen gewagt hätte. In Deutschland, wo wir es dank des schwächlichen Liberalismus nicht zur vollen bürgerlichen Freiheit, nicht zu einem machtvollen Parlamentarismus gebracht haben, bedeutet der Imperialismus die nackte Stärkung der persönlichen Regiererei. Ich erinnere an den Hunnenfeldzug nach China, an den Panthersprung nach Agadir. Beide Male verstrickte die Regierung Deutschland in die Händel ver Weltpolitik ohne die Zustimmung des Reichstags, sie schob die gewählten Vertreter des deutschen Volkes, die Reichstagsabgeordneten, wie Schuljungen beiseite, die in den Ferien waren.

So begreift der Imperialismus alle Uebel, alle Infamien der kapitalistischen Klassenherrschaft in sich: Steigerung der wirtschaftlichen Ausplünderung der Massen durch schamlose Steuer- und Liebesgabenwirtschaft, durch Preistreiber- und Scharfmacherorganisationen; brutales Zurückdrängen der sozialen Reformarbeit und Verzicht auf die Lösung der Kulturaufgaben; Knebelung des politischen Rechts der Massen. Damit tritt diese Entwicklung der Dinge in unversöhnlichen Widerstreit zu den Interessen der proletarischen Frauen. Je gedrückter ihre Lage ist, um so bedeutsamer ist für sie alles, was dem wirtschaftlichen und politischen, dem kulturellen Aufstieg ihrer Klasse dient. Als doppelt, ja dreifach Bebürdete haben sie ein zwingendes Bedürfnis nach durchgreifenden sozialen Reformen, als politisch Unmündige nach wirklich demokratischen Bürgerrechten. Und was sie heischen müssen, soll kein Almosen sein, das sie bestimmen könnte, ihren Frieden mit der bürgerlichen Ordnung zu machen, nein, eine Wegzehrung, die die Kraft des Proletariats für seinen Kampf um das sozialistische Endziel stärkt. (Lebhafte Zustimmung.) Daher die Notwendigkeit für sie, auch bei den Reichstagswahlen der Situation in Preußen eingedenk zu bleiben, die von

dem Kampf um das Wahlrecht beherrscht wird, der in seinen Flanken die weitere Entwicklung zur Demokratie für ganz Deutschland trägt: das Ringen für das gleiche Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts, für die Durchführung einer parlamentarischen, konstitutionellen Regierung, für die Republik. Mit den Erfolgen dieses Ringens können die Proletarierinnen hoffen, zu freien, gleichberechtigten Staatsbürgerinnen emporzusteigen, die gleich gerüstet wie ihre Klassengenossen die Schlachten des Proletariats mitschlagen. Als Todfeind müssen sie mithin den Imperialismus betrachten, dessen Politik sich dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats und seiner Befreiung entgegenstemmt. Die stockreaktionäre Politik des Imperialismus aber wird rasch in steigendem Maße zur einigenden Losung aller bürgerlichen Parteien. Wohl sind es einzelne Cliquen, die die Drähte der imperialistisch tanzenden Staatsmännlein ziehen, Cliquen, die den fettesten Rahm von der Schüssel der Kolonialabenteuer und Kriegshetzen schöpfen. Aber hinter ihnen stehen so gut wie einmütig die besitzenden Klassen, um den Imperialismus zu fördern, statt ihm zu wehren. Das spiegelt die bürgerliche Presse wider, das wird durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu Heer- und Flottenforderungen bekräftigt. Die Zentrümler wie die „entschiedenen Linksliberalen" — ihre Schalmeienbläser auf bürgerlichen Friedenskongressen davon nicht ausgenommen — lassen sich heute an Bewilligungseifer für Kanonen, Panzerschiffe und Kolonialzwecke kaum noch von den Konservativen überbieten ..." (S. 447 ff.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** lagen folgende Anträge vor:

1. Breslau: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die auswärtige Politik Deutschlands".

4. Teltow-Beeskow: Auf die Tagesordnung des Parteitages in Jena die „Auswärtige Politik" zu setzen und den Parteivorstand zu ersuchen, einen Referenten hierführ zu bestellen.

6. Stuttgart: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Marokkopolitik".

7. Bremen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Sozialdemokratie und Imperialismus".

62. Magdeburg und Wolmirstedt-Neuhaldensleben: Auf die Tagesordnung des Parteitags die auswärtige Politik zu setzen.

Zu diesen Anträgen bemerkt Bebel bei der Festsetzung der Tagesordnung:

„... Ein Referat über die gesamte auswärtige Politik Deutschlands hier zu beschließen und zu verlangen, daß der Referent im Laufe des Parteitags darüber einen Bericht gibt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Zustimmung.) Diese Frage muß sehr gründlich behandelt werden, und wer ein solches Referat bekommt, der hat ein schweres Stück Arbeit zu erledigen. Das kann man nicht ohne weiteres durch einen Beschluß hier verlangen. Die wichtigste Frage, die uns hier in bezug auf die auswärtige Politik Deutschlands beschäftigt, ist zweifellos die Marokkofrage, mit der ja auch eine Reihe von anderen Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung steht. Der Parteivorstand hat schon vor Wochen darüber verhandelt, er hat bei Personen angefragt, ob sie bereit wären, das Referat zu halten. Es war niemand dazu bereit. Da habe ich erklärt: Gut, wenn es nicht anders geht, dann will ich bei meinem Referat über die Reichstagswahlen auch die Frage der Marokkopolitik mit behandeln, die ja mit anderen Fragen in naher Beziehung steht. Damit war der Parteivorstand einverstanden. Wenn aber hier jemand ist, der ein Referat über die Marokkofrage übernehmen will, dann verzichte ich mit Vergnügen darauf, selbst darüber zu sprechen. Sollte das nicht der Fall sein, dann muß ich wohl oder übel in meinem Referat die Frage behandeln. (Beifall.)" (S. 174.)

Die Anträge werden zurückgezogen.

In der Debatte über den Vorstandsbericht entspann sich folgende Auseinandersetzung:

Robert Schmidt-Berlin:

„... Mit welchem Recht, frage ich, konnte aber Genosse Lensch sagen, der Parteitag möge seine imperialistische Politik begründen. (Hört! hört!) Es ist das der schwerste Vorwurf, der den Parteivorstand treffen kann. Darin hat Bebel recht: In der Partei und natürlich erst recht in ihrer Leitung kann von Imperialismus keine Rede sein, und es ist ein höchst bedauerlicher Zustand, daß es in unserer Organisation Männer gibt, die den Vorwurf hier erheben können, daß in unseren Kreisen imperialistische Neigungen vorhanden sind. Man mag über die Stellungnahme des Parteivorstandes urteilen wie man will, aber in der Auffassung bin ich sicher, daß der Parteivorstand mit uns allen imperialistische Bestrebungen der bürgerlichen Parteien entschieden abweist, und ich möchte doch bitten, in die Diskussion nicht diese Uebertreibung hineinzutragen. (Lebhaftes Sehr richtig!) ..." (S. 222.)

David:

„... Wenn Zweifel hätten bestehen können, daß die Partei in der Marokkofrage, in der Abwehr der Kriegshetze, in der Hochhaltung der internationalen Solidarität nicht einheitlich und nicht geschlossen sei, so mag es ein immerhin begrüßenswerter Erfolg des Verlaufes der Debatte sein, daß jeder solche Verdacht als hinfällig erwiesen ist. Es galt als eine Selbstverständlichkeit, daß man sich auf die internationale Solidarität der deutschen Partei verlassen kann, daß man in der deutschen Partei stets mit allen Kräften die Geschäfte der chauvinistischen Kriegshetzer und Kriegsspekulanten, die Elemente, die aus Unverstand oder Profitsucht die Völker gegeneinanderhetzen, bekämpft hat. Das Mißliche dieser Debatte war es, daß künstlich Zweifel an dieser Selbständigkeit erregt wurden, daß man sogar von imperialistischen Tendenzen sprechen konnte, die in der Parteileitung vorhanden seien. (Ledebour: Wer hat das getan?) Lensch hat das gestern von dieser Tribüne herab ausgesprochen. (Lensch: Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!) Nun weiß ich ja, daß Lensch nicht ernst zu nehmen ist. Aber in dieser ernsten politischen Situation, die noch ernster werden kann, müssen wir betonen und aussprechen: In dieser Frage gibt es keine Richtungsunterschiede und keine Unterschiede zwischen Nord und Süd und West und Ost. Die Kriegsspekulanten und Kriegshetzer mögen es sich gesagt sein lassen, daß die Sozialdemokratie in dieser Beziehung einig ist, einig bis zum letzten Mann, alle Versuche abzuwehren, die Völker gegeneinanderzuhetzen und ihre Kulturarbeit zu vernichten. Im Interesse der Arbeiter, im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Humanität und der Kultur werden wir geschlossen alle Versuche abwehren, die Völker in den Krieg zu treiben, sei es um Marokkos willen oder aus sonstigen kapitalistischen Interessen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)" (S. 256 f.)

Lensch:

„David hat behauptet, ich hätte gestern erklärt, der deutsche Parteivorstand sei imperialistisch durchsetzt und durchseucht, mit anderen Worten, er betreibe eine kapitalistische, imperialistische Politik. Nach dem Protokoll habe ich gesagt: „Hier handelt es sich nicht darum, ob die Genossin Luxemburg taktlos gewesen ist, ob sie unterschlagen hat oder sonst was, hier handelt es sich überhaupt nicht um die Genossin Luxemburg, sondern nur um die Frage: Hat der Parteivorstand in der Marokkofrage seine Pflicht erfüllt oder nicht? Das ist die Frage, die wir uns nicht verdunkeln lassen wollen. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Anschauungen in der Frage der Weltpolitik im Parteivorstande herrschen, sie hat ein Recht darauf zu wissen, aus welchen Gründen diese Marokkoaktion nicht vorgenommen worden ist. Und da sage ich ganz offen, daß diese Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes, die man der Genossin Luxemburg oder der „Leipziger Volkszeitung" als Verbrechen auslegt, ein Verdienst gewesen ist. Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstande betrieben wird." (Zurufe: Na also!) Aus den Zwischenrufen ersehe ich, daß David mir das Wort „betrieben" zum Vorwurf macht. Man muß doch einen

Redner nach dem Sinn seiner Worte beurteilen. Wenn er mir unterstellt, ich hätte dem Parteivorstand eine kapitalistische, imperialistische Verseuchung unterschoben, so weise ich das als eine Unterschiebung zurück; es ist mir nicht im Traum eingefallen, dem Parteivorstand einen solchen Vorwurf zu machen." (S. 264.)

David:

„Lensch macht mir den Vorwurf, ihm etwas unterschoben zu haben. Ich habe ausgeführt, daß in eine Sache, über die man gar keinen Zweifel erwartet habe, nämlich hinsichtlich der internationalen Solidarität und der Kriegsfeindschaft der Sozialdemokratie, Zweifel getragen worden seien. Als ich von dieser Seite (links) aufgefordert wurde, das zu beweisen, da erklärte ich, daß Lensch gestern dem Parteivorstand imperialistische Tendenzen vorgeworfen habe. Von Verseuchung sprach ich nicht. Das nennt Lensch eine Unterschiebung. In seinen Ausführungen, die er eben verlesen hat, fragt er, welche Stellung der Parteivorstand in der Marokkopolitik einnimmt. Ich hatte geglaubt, diese Frage sei höchst überflüssig, das wisse jeder Mensch innerhalb und außerhalb der Partei. Er fährt dann fort: „Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im Parteivorstand getrieben wird." (Hört! hört!) Nun frage ich: Habe ich unterschoben, oder macht Lensch jetzt den Versuch, etwas wegzukratzen, was er gestern gesagt hat? (Sehr gut!)" (S. 265.)

Lensch:

„Ich behaupte, daß gestern kein Mitglied des Parteitages den Eindruck hatte, daß ich dem Parteivorstand imperialistische Tendenzen oder die Durchführung einer kapitalistischen Politik vorgeworfen habe. (Zustimmung und Widerspruch.) Als heute vormittag der Bericht da war, da war man glücklich in der Lage, ein Sätzchen herauszufinden, das man nach einigem Bemühen eventuell so drehen konnte, als ob dem Parteivorstand vorgeworfen wird, er betreibe imperialistische Politik. Ich habe schon gesagt, wenn man einen Redner loyal interpretieren will, dann muß man ihn im Zusammenhang seiner Ausführungen nehmen, und wenn David sich nicht an das Wort „betreibt" klammern würde, sondern dafür das Wort „behandelt" setzt, dann lautet der Satz: „Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstand behandelt wird." Niemand kann im Zweifel sein, daß das der richtige Sinn meiner Ausführungen ist." (S. 265.)

Im Bericht des Parteivorstandes an den Chemnitzer Parteitag **1912** heißt es:

„... Mit nationalem Geschrei war früher schon manches zur Betörung der Wähler erreicht worden. Warum sollte Herrn von Bethmann Hollweg 1912 nicht glücken, was dem Fürsten Bülow noch 1907 gelungen war?

Das Kriegsgespenst wurde also wieder an die Wand gemalt. Man versuchte neue Auflagen des Marokko- und Mannesmann-Rummels zustande zu bringen. Man verwies auf Frankreich, den angeblich revanchelustigen Erbfeind, und auf England, das dem friedliebenden Deutschen Reiche die erstrebten Plätze an der Sonne nicht gönne. Unsere Partei zerstörte auch diese „nationalen" Machenschaften gründlich. Der Ausgang der Wahlen... hat mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt, daß immer neue Hunderttausende erkennen, wie der „Patriotismus" derer zu bewerten ist, die dem klassenbewußten Proletariat mit geräuschvoller Entrüstung vaterlandslose Gesinnung vorwerfen. Dieser Patriotismus ist das Aushängeschild jener profithungrigen Volksfeinde, die dem Arbeiter — nicht nur in Preußen! — das gleiche Wahlrecht vorenthalten, die ihm auch das Koalitionsrecht beschneiden wollen. War es denn nur ein Zufall, daß nahezu gleichzeitig in den Parlamenten von Sachsen, Hamburg und Preußen, schließlich auch des Reiches, Anträge und Resolutionen eingebracht wurden, welche die Regierung aufforderten, Vorlagen zum „Schutze der Arbeitswilligen" zu machen? Hier handelte es sich nicht um ein Spiel des Zufalls, vielmehr um ein Glied in der Kette der imperialistischen Politik, die immer deutlicher in die Erscheinung tritt.

Der kapitalistische Profithunger ist nicht zu stillen, daher der Drang zur Weltmachtspolitik. Diese ist nicht zu betreiben ohne große Flotte. Daher die Flottenbegeisterung. Kriegsschiffe bauen bedeutet aber eine immer weitere Belastung des werktätigen Volkes. Neue Steuern wiederum haben eine Verteuerung und Erschwerung der Lebenshaltung im Gefolge, also Vergrößerung der Not. Die Not lehrt aber weniger beten, als denken. Und ernsthaftes politisches Nachdenken muß der Sozialdemokratie immer neue Anhänger zuführen. Die Imperialisten wollen ihre Machtsphäre immer weiter in fremden Erdteilen ausdehnen. Im Innern des Reichs aber sehen sie ihre politische Macht durch das immer schneller anwachsende Heer des klassenbewußten Proletariats bedroht! Deshalb ihr Bestreben, die Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu fesseln...

„Soll deutsches Recht minder wertvoll sein, weil zu seinem Schutze vier Millionen Bajonette bereitstehen?" So hatte zur Zeit der wildesten Marokkohetze ein kapitalistisches Blatt in Hannover geschrieben. Mit wilden Bestien, die uns zähnefletschend umlauern, wurden in einem alldeutschen Blatte die Nachbarländer verglichen. Und als trotz aller Hetzerei der Krieg mit Frankreich glücklicherweise vermieden worden war, da begann die freikonservative „Post", eines der von führenden Reichsverbändlern „patriotisch" befruchteten Organe der Schlotjunker, ihre wüste Schimpfkanonade gegen den Kaiser. Man warf ihm vor, daß er nicht den Mut habe, seinen vielen tapferen Worten über die Weltmachtspolitik des Reiches auch die Tat folgen zu lassen. Wilhelm II. ist in der zweiten Hälfte des Juni d. J. bei Gelegenheit einer Regatta in Hamburg in einem Trinkspruch ziemlich deutlich auf die Marokkokrise zurückgekommen:

> „...Die Flagge muß in Ehren wehen, und es darf nicht leichtsinnig ihr Tuch in den Winden entfaltet werden und nicht leichtsinnig darf sie aufgepflanzt werden, wenn man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können. Sie werden es verstehen, warum ich Zurückhaltung geübt habe in der Ausbreitung der deutschen Flagge, wo sie vielleicht von manchem gewünscht und ersehnt war..."

Demnach — so schlußfolgern alle „Weltmachtspolitiker" — demnach sind wir noch nicht gerüstet, demnach brauchen wir noch mehr Schiffe, noch mehr Kanonen, noch mehr Soldaten! Und ins Maßlose steigt infolge dieser nimmerruhenden Rüstungstreiberei nicht nur die Kriegsgefahr, fabelhaft steigen auch die — Profite des kleinen Kreises der eigentlichen Kriegsinteressenten. Zwar notierten die Aktien der zum sogenannten Waffenkonzern gehörigen Firmen „Dürener Metall" 1906 schon 173.25 M., Ende Juni 1912 aber standen sie 208 M., „Köln-Rottweiler" stand 1906 267 M., im Juni 1912 345 M., „Ludwig Löwe" notierte zu den gleichen Terminen 284 und 330 M., „Deutsche Waffen" 313 und 562.50 M.! Die Firma Krupp warf 1911 10 Proz. Dividende ab, die „Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffabriken" 14 Proz., die „Nitrit-Fabrik" 16 Proz., die oben schon genannten Firmen „Ludwig Löwe" und „Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik" konnten 18 Proz. und 25 Proz. Dividende verteilen. Der weltmachtspolitische Patriotismus hat also einen sehr metallischen Beigeschmack. Das tritt in besonderer Klarheit zutage, wenn man vernimmt, daß die Prozentpatrioten mit ihren Kapitalien auch an ausländischen Unternehmungen gleicher Art in ganz hervorragender Weise beteiligt sind.

Angesichts aller dieser Tatsachen ist die Behandlung der Arbeitermassen um so schändlicher. Auf Kommando sollen sie zu jeder Stunde bereit sein, Gesundheit und Leben zu opfern für das — bedrohte Vaterland? Nein, nicht für das Vaterland, sondern für die Profitinterinteressen eines habgierigen Kapitalismus, der ebenso brutal, wie gewissenlos mit dem Leben von Hunderttausenden spielt. Und wenn diese Massen mitreden wollen, wenn sie politische Gleichberechtignug verlangen, dann verhöhnt man sie und erklärt ihnen, daß sie dazu noch nicht reif seien. Und sobald sie sich regen, um wenigstens bessere Arbeitsbedingungen, mehr Lohn und Brot für sich und ihre Familie zu erlangen, dann schreit man über ihre unverschämten Forderungen und ihren Terrorismus und bedroht sie mit Polizei, Militär und Ausnahmegesetzen...

So werden die Aufgaben des klassenbewußten Proletariats immer größer, aber immer größer werden auch die Entschlossenheit und der unbeugsame Wille, diese Aufgaben zu erfüllen...

Die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien des Auslandes sind die besten. Wir begrüßen die mächtigen Demonstrationsversammlungen in London, Paris, Brüssel und Berlin, bei denen auch im verflossenen Berichtsjahre die klassenbewußten Proletarier der europäischen Westmächte ihre Stimmen für den Weltfrieden und gegen die völkerverwüstende Kriegshetzerei erhoben haben. Diesseits und jenseits der Vogesen, diesseits und jenseits des Kanals haben die Arbeiter gelobt, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Kriegshetzern das gemeingefährliche Handwerk zu legen..." (S. 5ff.)

Als Punkt 8 stand auf der Tagesordnung dieses Parteitages der „Imperialismus". In seinem Referat führte Haase aus:

„...Auf die Frage, was unter Imperialismus zu verstehen ist, erhalten wir die verschiedensten Antworten. Manche verstehen darunter die Schaffung eines Reiches, das sich wirtschaftlich selbst genügt, das so ausgedehnt ist, daß innerhalb seines Gebietes sämtliche Rohprodukte gewonnen, sämtliche Industrieprodukte hergestellt und auf eigenem Markt abgesetzt werden können. Ich glaube nicht viele Worte darüber verlieren zu sollen, daß es sich bei diesen Gebieten wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit, sogenannter Autarkie, um phantastische Spekulationen handelt, daß solche sich selbst genügende politische und wirtschaftliche Staatsgebiete Chimäre sind. Als sich in Amerika und in den europäischen Ländern des Kontinents die Schutzzollmauern immer höher erhoben, wurde auch in England eine Agitation für Schutzzölle entfacht und die imperialistische Strömung gefördert, die dahin ging, die zum englischen Reich gehörigen Teile zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen, die sämtlichen Glieder des Reichs mit Einschluß der Kolonien zu einem großen Imperium, einem Reichszollverein auszubauen. Diese namentlich von Chamberlain betriebene schutzzöllnerische Agitation erlitt Schiffbruch, weil die verschiedenen Teile des englischen Weltreichs ihre gesonderten Interessen haben und die großen Selbstverwaltungskolonien in ihren Finanzen von den Zolleinnahmen abhängig sind. Aber allgemein herrschend geworden ist das Bestreben nach Gewinnung von neuen Macht- und Einflußsphären in anderen Ländern, die Angliederung namentlich überseeischer Länder an den eigenen Staat. Die imperialistische Idee hat gegenwärtig die ganze Welt ergriffen. Amerika und Japan ebenso wie die europäischen Staaten. (Sehr richtig!) Sie quillt aus der wirtschaftlichen Entwicklung der großkapitalistischen Staaten hervor. Die Produktion hat geradezu fabelhaft zugenommen... überall sind Ansätze zu einem weiteren gewaltigen Aufschwung des Weltverkehrs vorhanden. Die Bagdadbahn nähert sich ihrer Vollendung. Von der Deutschen Bank unter dem Segen der deutschen Regierung gebaut, wird sie dann in der Entfernung von Konia bis Koweit etwa ebenso lang sein, als die Strecke Berlin—Konstantinopel. Was diese Bahn, wenn sie bis zum Persischen Golf weitergeführt ist, für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, darüber gibt es nur eine Meinung... Während unsere herrschenden Klassen für die Politik überseeischer Ausdehnung schwärmen, während sie von dem Worte, das Cecil Rhodes geprägt hat, „Ausdehnung ist alles", wie hypnotisiert sind, befällt einen Teil von ihnen, der mit den Vertretern der Schwerindustrie und des Finanzkapitals diese Politik mit Hurra befürwortet hat, unsere Agrarier, ein Schreck bei dem Gedanken, daß der Imperialismus dahin führen könnte, daß aus fremden Ländern nach Deutschland Getreide, Nahrungsmittel eingeführt werden und damit der Notstand gemildert werden könnte. (Lebhafte Zustimmung.)...

...Nicht nur Waren zum persönlichen Gebrauch werden von der hochentwickelten Industrie ausgeführt, sondern es vollzieht sich in immer steigendem Maße eine Ausfuhr von Produktionsmitteln, eine Kapitalausfuhr. Wenn die Kolonien sich auch für Ackerbau und Viehzucht nicht eignen, wenn sie auch geringe Rohstoffe liefern, so sind sie für das Kapital doch wertvoll,

weil in in ihnen Straßen und Eisenbahnen gebaut, Brücken errichtet, Häfen angelegt, Städte gegründet und zu diesem Zweck Produktions- und Transportmittel dorthin ausgeführt werden. Wenn die Kosten für die Kolonien zum größten Teil durch indirekte Steuern aufgebracht werden, so macht die Bourgeoisie, die an der profitbringenden Ausfuhr der Produktionsmittel beteiligt ist, ein ausgezeichnetes Geschäft. So gewaltig akkumuliert sich das Kapital, daß es nach neuen Verwertungsmöglichkeiten drängt. Das Geldkapital wird geradezu fremden Staaten aufgenötigt, nicht nur um Provisionen und Zinsen aus dem Schuldnerstaat herauszuholen, sondern um ihn auch zu verpflichten, daß er für große Teile der gewährten Summe aus dem Gläubigerstaat Waren und Produktionsmittel beziehe. So kommen nicht nur die Großbanken, sondern seitdem sie aufs engste verflochten sind mit der schweren Industrie, auch diese bei der Auswanderung des Leihkapitals auf ihre Rechnung . . .

. . . Bei der Jagd der hochentwickelten Industriestaaten nach neuen Märkten, Rohstoffländern und Kapitalanlagegebieten müssen Verwicklungen sowohl entstehen mit den Ländern, die als Beute ausersehen sind, als auch zwischen den rivalisierenden Staaten, die auf dieselbe Beute ausgehen. Das Großkapital, das die Staatsgewalt unter seinem Einfluß hat, schreckt nicht vor Gewalt zurück, wenn sie nötig erscheint, um das Ziel zu erreichen. Unter der Herrschaft des Imperialismus ist die Gewalt in hervorragendem Maße eine „ökonomische Potenz". Der Imperialismus vermehrt die Reibungsflächen zwischen den Staaten und erzeugt immer neue Konflikte. Er drückt der auswärtigen Politik der modernen Staaten den Stempel auf. Der Kampf der Vereinigten Staaten von Amerika mit Spanien, ihre Festsetzung auf Kuba, Portoriko, den Philippinen, Hawai, ihr Vordringen in Mittel- und Südamerika, der Kampf der Engländer mit den Buren, der Chinafeldzug, der russisch-japanische Krieg, die Annexion Koreas durch Japan, die Aufteilung Persiens zwischen Rußland und England, die Durchdringung Marokkos durch Frankreich, die Einmischung Deutschlands in die Marokkofrage, die wirtschaftliche Festsetzung Deutschlands in der Türkei, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich, Rußlands und Englands Vordringen in Asien, der Raubzug Italiens in Tripolis stellen einige Etappen der imperialistischen Politik dar. Bismarck trieb europäische Politik; nur schüchtern unternahm er 1884 die ersten Versuche einer Kolonialpolitik. Bismarck freute sich, wenn Frankreich sich in Afrika engagierte, weil es dadurch abgehalten wurde, seinen Blick nach Osten, nach Deutschland, zu lenken. Caprivi war es, der offen aussprach, daß die Regierung es sich noch ein Jahr überlegen werde, ob sie Südwestafrika behalten wolle. (Hört! hört!) Der Gedanke der Aufgabe der Kolonien ging damals durch die Köpfe der regierenden Kreise. Wie ganz anders nach dem Jahre 1896! Es war am 18. Januar 1896, als der Kaiser bei der Feier des 25 jährigen Reichsjubiläums eine Rede hielt, die zum erstenmal von dieser Stelle aus den Gedanken des Imperialismus propagierte. Es hieß darin:

„Unser Deutsches Reich ist ein Weltreich geworden, Tausende von deutschen Landsleuten wohnen in allen Teilen der Erde, deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. An Sie alle ergeht die ernste Pflicht, dieses größere Deutsche Reich auch fest an das heimische anzugliedern."

Hier wurde das größere Deutschland, die Angliederung anderer Landesteile an das Deutsche Reich, als Ziel hingestellt. Ein Jahr später war die Dreizackrede im Gürzenich in Köln auf einen ähnlichen Ton gestimmt:

„Der Meergott mit dem Dreizack in der Hand ist ein Zeichen dafür, daß, seitdem unser großer Kaiser das Reich von neuem zusammengeschmiedet, wir auch andere Aufgaben auf der Welt haben; Deutsche an allen Orten, für die wir zu sorgen, deutsche Ehre, die wir auch im Ausland aufrecht zu erhalten haben. Der Dreizack gehört in unsere Faust."

(Hört! hört!)

Als am 16. Dezember 1897 der Kaiser seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, der nach China ging, in Kiel verabschiedete, sprach er:

„Sollte je irgendwer unternehmen, uns in unserem guten Recht zu kränken oder uns schädigen zu wollen, dann fahre drein mit gepanzerter Faust!"

Die gepanzerte Faust wurde das Symbol der neuen imperialistischen Politik. Noch deutlicher trat diese Erscheinung zutage bei der Verabschiedung der Truppen, die 1900 zum Racheseldzug gegen China gesandt wurden. Damals hieß es:

„Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe, aber das beweist auch, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen soll."

Es war damit aller Welt verkündet worden, daß Deutschland beachtet sein wolle bei der Teilung der Welt, daß es Weltpolitik machen und an den Früchten dieser Weltpolitik beteiligt sein wolle. Der Reichskanzler selbst, Fürst Bülow, sagte am 11. Dezember 1899 im Reichstage:

„Wenn die Engländer von einem Greater Britain, wenn die Franzosen von einem Nouvelle France sprechen, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland."

So wurde von der verantwortlichen Stelle im Reiche der Gedanke eines größeren Deutschlands in das Volk hineingeworfen. Es ist oft so dargestellt worden, als ob jene Aeußerungen des deutschen Kaisers lediglich der Ausfluß einer absolutistischen Gesinnung seien. Aeußerlich scheint es so und richtig ist, daß das äußere Gepräge von dem absolutistischen Geiste herrührt, aber tiefer verbirgt sich dahinter doch eine veränderte politische Anschauung, die herausgewachsen ist aus einer völlig veränderten ökonomischen Lage. (Sehr richtig!) Als der sozialdemokratische Parteitag im Jahre 1900 in Mainz nach dem Referat unseres verstorbenen Genossen Singer über die Weltpolitik debattierte, wurde vom Genossen Schoenlank in einer sehr wirksamen Rede die ganze Situation so geschildert, als ob es sich nur darum handele, den Absolutismus zurückzudrängen. Aber schon die nächsten Redner, Ledebour, Fähndrich, Luxemburg, wiesen darauf hin, daß es sich hier um mehr handle, nämlich um den Eintritt einer neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung.

Wenn die Staaten Eroberungs- und Raubpolitik betreiben, dann versteht es sich von selbst, daß sie ihre militärische Macht zu verstärken suchen, um den anderen überlegen zu sein. So ergibt sich das Rüsten, das Wettrüsten in immer größerem Umfange . . .

. . . Wenn auch das Wettrüsten nicht eine unbedingte Notwendigkeit des Kapitalismus ist, ist nicht der Weltkrieg ein unvermeidliches Verhängnis der imperialistischen Staaten? Kein Zweifel: der Imperialismus ist nicht friedlich, er hat die Tendenz zu kriegerischen Konflikten. Aber diejenigen, die den Standpunkt vertreten, daß ein Krieg zwischen den rivalisierenden Industriestaaten ein unabwendbares Schicksal sei, verlassen den Boden, den wir als marxistisch geschulte Genossen einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Marx und Engels haben mit Recht immer wieder davor gewarnt, daß wir einer fatalistischen Geschichtsauffassung huldigen. Gewiß dürfen wir nicht verkennen, daß der Imperialismus einen gewaltigen (lies: gewalttätigen) Charakter hat, aber die Tendenz, die beutegierigen Staaten in den Krieg miteinander hineinzuhetzen, wird durchkreuzt von anderen Tendenzen. Solche Erscheinungen sind nichts Neues, eine solche Auffassung wirtschaftlicher und politischer Prozesse ist uns geläufig. Der Kapitalismus hat sicherlich die Tendenz, das Proletariat zu verelenden, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu kürzen. Das Proletariat hat aber dieses nie als ein Fatum angesehen, mit dem es sich abfinden müsse, sondern hat durch die gewerkschaftliche und politische Bewegung jener verhängnisvollen Tendenz entgegengewirkt, und mit Erfolg. Marx nannte die Erringung des Zehnstundentages den Sieg eines Prinzips. Auch die kriegerischen Verwicklungen, die der Imperialismus aus sich erzeugt, finden ihre Hemmungen. Die kapitalistischen Gruppen der verschiedensten Länder werden vielfach international miteinander verknüpft und verflochten. Sie halten es für vorteilhafter, die Absatzgebiete der Welt unter sich zu verteilen, als aufreibende, in ihrem Ausgang unsichere und den Profit bedrohende Kämpfe zu führen. Es ist bereits auf das Beispiel des internationalen Schienensyndikats hingewiesen worden, dem die deutschen, englischen, amerikanischen, belgischen, französischen,

österreichischen, ungarischen, spanischen, russischen Werke angehören. Dieses Syndikat hat unter sich den Weltmarkt aufgeteilt und den Werken eines jeden Staates ein bestimmtes Territorium zur Ausbeute überlassen. Ich erwähne in dieser Hinsicht noch, daß im vorigen Jahre in Brüssel der internationale Stahlverband aus der Taufe gehoben wurde, und Taufpaten waren Krupp, Thyssen, Schellenbrandt. Wenn die großen Magnaten der Montanindustrie hier zu einem internationalen Uebereinkommen gelangen, so vollzieht sich auf dem großen Theater der Welt dasjenige, was wir innerhalb des einzelnen Staates erlebt haben, daß die Konkurrenz, auf der die kapitalistische Produktionsweise beruht, zum Teil ausgeschaltet wird durch Kartelle, Trusts und Unternehmerverbände. Es läßt sich nicht mit einer Handbewegung die Tatsache beiseite schieben, daß im vorigen Jahre, als wir wegen des elenden Marokkos hart vor dem Kriege standen, unter denjenigen, welche für den Frieden gewirkt haben, in beiden Staaten zwei Unternehmer ersten Ranges waren, Schneider-Creuzot und Krupp, die zur Ausbeutung der Kohlenschätze in Marokko sich vereinigt hatten. Auf ein solches Zusammenarbeiten des englischen und deutschen Kapitals auf dem Weltmarkte als bestes Mittel zur Entspannung des englisch-deutschen Gegensatzes haben vor kurzem zwei bekannte Großindustrielle in Deutschland, Stinnes und Thyssen, in der Monatsschrift „Nord und Süd" hingewiesen. Stinnes meint: „Wenn die beiden Länder es als ihre Hauptaufgabe ansehen, die übrige Welt ihrem Gewerbefleiß zahlungspflichtig zu machen, dann wird sich hoffentlich ein Zusammenstoß vermeiden lassen, der auch den Sieger über die Maßen schwächen und Mächten zum Weltübergewicht verhelfen würde, die dieses Uebergewicht sicherlich in gleichem Maße zum Nachteil Englands und Deutschlands gebrauchen würden." Und Thyssen hebt hervor, daß auf wirtschaftlichem Gebiet ein „Zusammengehen beider Völker jedem von Vorteil sein" und „jedes seine Eigenart und seine Kraft neben dem andern entwickeln kann". Eine Aeußerung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten vom Rath verdient in diesem Zusammenhang Beachtung. Er wendet sich in scharfen Worten gegen die Flottentreiber und erklärt: „Die Handels- und Industriekonkurrenz als Ursache eines kriegerischen Konflikts zwischen Deutschland und England ist und bleibt eine böswillige und tendenziöse Erfindung der Flottenagitation." Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England sind in der Tat so eng und verzweigt, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen diesen Staaten eine geradezu vernichtende Krisis mit sich bringen müßte... So bildet die wirtschaftliche Abhängigkeit ein hemmendes Moment gegenüber den Kriegshetzern.

Aber stärker als der Zusammenhalt des internationalen Kapitals ist die innerlich fest gefügte, aus dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit geborene Solidarität des international verbrüderten Proletariats. (Sehr richtig!) Die deutsche Sozialdemokratie hat grundsätzlich stets gestimmt gegen das Rüsten, und die englische Labour Party hat durch den Mund ihres Führers Macdonald im Juli d. J. im englischen Parlament verkündet, daß in dieser Frage die englischen Arbeiter mit den deutschen Schulter an Schulter stünden, daß sie ihren Platz an der Seite der Männer in Deutschland nehmen, die Opposition machen gegen die Flottenvermehrung. Sollte wirklich die Macht des internationalen Proletariats so gering sein, daß sie in der Wagschale für Krieg und Frieden nichts wiegt? Würden unsere Friedensdemonstrationen nichts bedeuten, dann müßten wir zu dem Resultat kommen, überhaupt keine Friedensdemonstrationen mehr zu veranstalten. (Sehr richtig!) Müßten wir erklären, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland unabwendbar ist, daß es eine Lebensbedingung des Kapitalismus ist, daß er die Völker unerbittlich in den Krieg treibt, was sollen dann die Demonstrationen für den Frieden? Vergessen wir nicht, daß die Regierungen und namentlich derjenigen Staaten, in denen die Sozialdemokratie stark ist, sich große Sorgen darüber machen, wie ein künftiger Krieg ausgehen wird. Den Einsatz kennt jede Regierung, was als Gewinn oder Verlust herausspringen wird, das weiß sie nicht. (Zustimmung.) Alle Militärschriftsteller sind darin einig, daß gerade der moderne Krieg ein hohes Maß von Hingebung und Begeisterung von den Soldaten erfordert. Man kann zwar die Proletarier dazu zwingen, in den Krieg zu ziehen, aber nicht dazu, mit Begeisterung und Hingabe das Kriegshandwerk auszuüben. Die Regie-

rungen müssen sich auch Gedanken darüber machen, was aus ihnen wird, wenn der Krieg mit einem Verlust endigt. Die Sozialdemokratie hat die Bevölkerung dauernd vor dem Imperialismus und seinen furchtbaren Begleiterscheinungen gewarnt. Sollte jetzt nicht die überwältigende Mehrheit in ihr den Retter aus der Not erblicken? Sollte nicht die Stunde für die Sozialdemokratie gekommen sein, die politische Herrschaft zu gewinnen, sich an die Stelle der herrschenden Klasse zu setzen? Sollten solche Bedenken nicht auch die Staatsmänner ankränkeln und in ihren Entschließungen vorsichtig machen? Freilich, es wäre eine verderbliche Illusion, wenn wir uns auch nur einen Augenblick der Einsicht in die mit dem Imperialismus verbundenen Gefahren verschließen würden.

Alle bürgerlichen Parteien sind in den Bann des Imperialismus geraten, von dem sie für die gesamte Bourgeoisie und das Junkertum reiche Früchte erwarten. Gar bald wird ein Teil ihrer Anhänger erkennen, wie er genarrt ist. Noch hat der Imperialismus auf die Gedanken- und Gemütswelt weiter Kreise des Bürgertums Macht, die bar jedes großen Ideals sich aus ihm ein Idol zimmern, das sie anbeten, bis es zusammenbrechen wird.

Um so mehr ist es unsere Pflicht, über das Wesen des Imperialismus Klarheit zu schaffen, aber auch für die Verständigung der Völker, für wuchtige Demonstrationen zugunsten des Friedens einzutreten, soweit es in unserer Kraft liegt. Können wir auch nicht jeden Krieg verhindern, wohl aber können wir in einzelnen Fällen das Verderben aufhalten. Der Weltfriede ist und bleibt das Ideal der Proletarier aller Länder. (Bravo!)

Wir müssen die verschlungenen Pfade unserer auswärtigen Politik verfolgen, um rechtzeitig eingreifen zu können im Interesse des Proletariats. Nur kurz streifen kann ich diesen Gegenstand. Als der Krieg von 1866 geschlagen war, wollte der damalige Kaiser Wilhelm I. durchaus, daß man den Oesterreichern Teile ihres Landes, Stücke von Schlesien und Böhmen, wegnehme. Bismarck widersetzte sich entschieden, in der Erwägung, es würde stets ein Stachel in Oesterreich zurückbleiben, wenn man ihm Teile seines Landes nähme. Er drang schließlich mit Unterstützung des Kronprinzen mit seiner Ansicht durch. Diese kluge Politik ist 1870 jedoch nicht befolgt worden. Man hat nicht nur das Verbrechen, sondern auch den Fehler begangen, Elsaß-Lothringen Frankreich wegzunehmen, es zu annektieren. Dadurch ist Frankreich an die Seite von Rußland gedrängt worden, und seitdem sich der Gegensatz zwischen uns und England verschärft hat, ist aus dem Zweibund die Triple entente geworden, indem Rußland sich den beiden Ländern angeschlossen hat. Das russische System, an dem das Blut klebt, das russische Regime, das mit Galgen und Henker arbeitet, das innerlich durch und durch morsch ist, ist trotz der Niederlage im Kampfe mit dem kleinen Japan in der Weltpolitik von der größten Bedeutung geworden. Rußland ist zum Zentrum der europäischen und asiatischen Politik geworden. Kaiser Wilhelm fährt nach Baltisch-Port, der Ministerpräsident Japans, Katsura, folgt ihm, Poincaré, der Ministerpräsident Frankreichs, eilt dorthin, und alle machen vor dem Zaren ihre Verbeugung. So umworben, erhält dieses Regime eine Bedeutung, die in umgekehrtem Verhältnis zu seinem Wert steht. Offiziell ist nicht bekannt geworden, was in Baltisch-Port vereinbart worden ist. Offiziöse Zeitungen haben berichtet, daß die deutsche und russische Regierung sich über die Stellung zur Türkei und Italien einig geworden sind. Petersburger Zeitungen sprachen von einer Einigung über einen gemeinsamen Eingriff Deutschlands und Rußlands in die türkische Frage. Sicher ist das Uebereinkommen bekräftigt worden, das im November 1911 bei der Zusammenkunft der beiden Kaiser in Potsdam fortgesetzt wurde: Deutschland läßt Rußland freie Hand in Persien, wogegen Rußland sich verpflichtet, sich in keine Kombination einzulassen, die eine aggressive Spitze gegen Deutschland hat. Gleichzeitig aber bereiteten der Chef der russischen Admiralität, General Lieven, und der Generalstabschef Shilinski in Paris den Abschluß einer Marinekonvention mit Frankreich vor und versicherten die Treue Rußlands für Frankreich. Der russische Ministerpräsident Ssasanow hat seinen Besuch in London angekündigt, wo er wahrscheinlich nicht nur über die chinesische und persische Frage, sondern auch über die Aufteilung der Türkei Besprechungen mit der englischen Regierung haben wird. In der Türkei kann es jeden Augenblick lichterloh brennen. Die Serben, Bulgaren, Griechen

haben sich zum gemeinsamen Vorgehen verbunden, Rußland, das die freie Durchfahrt durch die Dardanellen erzwingen will, wartet nur auf den günstigen Augenblick. Oesterreich hat durch den Minister Grafen Berchtold angemeldet, daß es auch Interessen auf dem Balkan habe: es möchte Saloniki. Italien hat seine Blicke auf Albanien gerichtet und Deutschland hat große wirtschaftliche Interessen in der Türkei. So ist die Lage eine höchst gespannte...

...Wie verhängnisvoll die Wirkung des Imperialismus im Innern ist, fühlen wir alle. Ist doch die Teuerung seine Begleiterscheinung, und ist doch die Teuerung bei uns noch verschärft durch die Schutzzollpolitik, die mächtige Förderin des Imperialismus. (Sehr richtig!) Durch den Imperialismus wächst die Macht der industriellen Scharfmacher, unserer bösartigsten Feinde, und diese industriellen Scharfmacher, die profit- und machtlüstern darauf ausgehen, immer mehr Kapital zu konzentrieren, scheuen sich nicht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu kürzen, um ihren Aufstieg zu hindern und jeden Fortschritt in der Sozialpolitik zu hemmen. (Sehr wahr!) Das Schutzzollsystem, das in vollster Blüte bei uns steht, hat dazu geführt, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken, den inneren Markt zu verengern, und es hat das Verlangen gesteigert, überschüssige Waren auf den Weltmarkt zu werfen. Das Proletariat bekämpft dies Schutzzollsystem, das der Bereicherung der Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer dient, es wird nicht ruhen, bis es gefallen und die Freiheit des Weltverkehrs gesichert ist. (Bravo!) Das Proletariat erneuert den entschlossenen Willen, alles daran zu setzen, daß der Weltkrieg vermieden wird. Das Proletariat wird zu diesem Zweck die internationalen Beziehungen von Arbeitern zu Arbeitern pflegen und die Macht des internationalen Proletariats verstärken. Unser Ziel ist nur zu erreichen, wenn wir unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen noch machtvoller ausbauen, wenn wir niemals ermüden, neue Scharen für unsere große Sache zu gewinnen. Wird Kriegsgefahr, wird Ausbeutung der Massen auch erst aus der Welt geschafft mit dem Kapitalismus selbst, so erkennen wir es doch als unsere Aufgabe, schon jetzt seine verheerenden Wirkungen herabzumindern. Der Imperialismus treibt das kapitalistische System zur höchsten Stufenleiter, es wird reif, einem anderen Platz zu machen, dem sozialistischen. Das Proletariat ist als sein Erbe berufen, und es wird die Erbschaft antreten in dem sicheren Gefühl, daß unter dem Banner des herangereiften, aufwärts gerichteten Proletariats gedeihen werden Friede, Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlfahrt aller Völker! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)" (S. 403 ff.)

Dr. Lensch-Leipzig gibt seinem

„lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß zwei so hervorragende Parteimitglieder wie die Genossen Kautsky und Rosa Luxemburg diesmal wegen Krankheit nicht unter uns sind. Sie sind die Berufensten, in dieser Frage mitzureden, und wir alle hätten gern gewünscht, wenn sie in der Lage gewesen wären, durch Teilnahme an der Debatte unseren Gedankenaustausch zu befruchten und anzuregen zum Wohle der Partei. (Bravo!)...

Trotzdem ich mannigfache Bedenken gegen die vorgeschlagene Resolution habe, so muß ich doch darauf verzichten, eine eigene Resolution einzubringen, da die mir zur Verfügung stehende Redezeit es unmöglich macht, meine Bedenken mit genügender Ausführlichkeit zu entwickeln, weil ich zweitens die Parteipresse für den geeigneten Ort zur Diskussion derartiger Themen halte und weil ich drittens fest davon überzeugt bin, daß es sich hier nur um den Anfang der imperialistischen Debatte handeln kann, daß die kommenden Jahre uns noch häufig genug zwingen werden, dieses Problem zu erörtern...

...In unserem Kampfe gegen den Imperialismus, bei dem wir das Wettrüsten nicht als isolierte Erscheinung aufzufassen haben, haben wir keine besonderen Mittel, sondern nur die große, aber einfache Parole: Agitieren und Organisieren! Sagen wir den Massen, daß der Imperialismus das letzte Wort der bestehenden Gesellschaft ist, daß er alle Springquellen der sozialen Revolution erschließt! Dadurch, daß er den ganzen Erdkreis seiner Herrschaft unterwirft, greift er die letzten Reservoire an, aus denen ihm Lebenskräfte quellen, und verschüttet er die Kanäle,

in die er seine gewaltig gesteigerten Produktivkräfte ergießen kann. Im Inlande selber aber treibt er alle Gegensätze auf die Spitze, während die Tische der Kapitalmagnaten unterm Golde sich biegen, geht durch die Gassen des arbeitenden Volkes das Gespenst der Hungersnot. Der Klassenkampf verschärft sich zusehends, und in den modernen Riesenkämpfen der Gewerkschaften stehen die organisierten Klassen einander so nahe gegenüber, daß man das Weiße im Auge des Klassengegners sieht. Wir gehen einer Zeit großer Massenkämpfe und schwerster Konflikte entgegen, die die höchsten Anforderungen an die Einsicht und die Tatkraft der proletarischen Organisationen stellen. Auf diese Kämpfe gilt es sich zu rüsten. Bauen wir, da bin ich mit Haases Schlußfolgerungen völlig einverstanden, unsere Organisation aus, unsere politische Aufklärung, rüsten wir uns, denn — bereit sein ist alles! (Lebhafter Beifall.)" (S. 415 ff.)

Eduard Bernstein:

„... Wenn ich eins vermisse in der Resolution des Genossen Haase, so ist es der Hinweis auf die internationalen Schiedsgerichte. Aber Resolutionen können ja nicht erschöpfend sein. Das Referat wird uns hoffentlich als Broschüre übergeben werden. Was heute notwendig ist, ist ein scharfer Protest gegen die Rüstungen und eine Bekräftigung der Internationalität der Arbeiterinteressen. Und nicht nur der Interessen der Arbeiter, sondern der großen Massen der Angehörigen aller Kulturnationen, ein Protest gegen die Schutzzöllnerei, eine Manifestation für Frieden und Freiheit und freien Austausch zwischen den Nationen. Dabei werden wir die Entwicklung auf unserer Seite haben. Parteien, die nicht dafür eintreten, sind entweder reaktionär, verblendet oder durch Halbheit schwach ..." (S. 420.)

Pannekoek-Bremen:

„... Wir betrachten den Imperialismus als eine notwendige, oder besser noch unvermeidliche Entwicklungsform des Kapitalismus, nicht etwa in dem Sinne, daß nicht etwas anderes denkbar oder zu konstruieren wäre, sondern in dem Sinne, daß dieser Weg tatsächlich eingeschlagen wird. Man kann nachweisen, daß die Interessen weiter Kreise, auch der Bourgeoisie, durch den Imperialismus geschädigt werden. Aber es ist eine Tatsache, daß die ganze Bourgeoisie für diese Politik eintritt. Wir behaupten nicht, daß die imperialistische Politik in dem Sinne notwendig ist, daß sonst ein Zusammenbruch, Krise und Arbeitslosigkeit eintreten würden ... Unser Standpunkt hat also nichts mit einer Rechtfertigung dieser Politik zu tun. Wir betonen nur ihre Unvermeidlichkeit, um danach unseren Kampf gegen den Imperialismus einzurichten. Wir wollen diese gemeingefährliche gewalttätige Form des Kapitalismus auf das allerschärfste bekämpfen. Aber nicht dadurch, daß wir versuchen, den Kapitalismus zur früheren Form zurückzuführen. Das ist unmöglich. Nur einen Weg gibt es: über den Imperialismus hinaus zum Sozialismus. Nun wird gesagt: müssen wir denn die Volksmassen, die infolge des Rüstens durch Steuern schwer bedrückt werden, einfach auf den Zukunftsstaat vertrösten? Das geht doch nicht! Nehmen wir zur Vergleichung den Fall, daß plötzlich Hafenarbeiter bedroht werden durch die Einführung von Maschinen, von Getreideelevatoren, wodurch Tausende aufs Pflaster geworfen werden. Da kommt der Gedanke: Können wir nicht mit unserer gewerkschaftlichen Macht dagegen ankämpfen? Aber der Sozialdemokrat wird zu ihnen sagen: es geht nicht, gegen diese Entwicklung können wir nicht ankämpfen; sorgt, daß die Maschinen in eure Hände kommen. (Hört! hört! und Widerspruch.) Das wäre eine ähnliche Vertröstung auf die Zukunft. Aber es ist gar nicht wahr, daß unser Standpunkt bedeutet, daß wir jetzt gegen den Imperialismus nicht ankämpfen können und wir auf den Zukunftsstaat vertrösten. Die Arbeiterklasse kann praktisch gegen den Imperialismus kämpfen, sie muß es tun, und dieser Kampf ist zugleich ein Kampf für den Sozialismus. Ein Beispiel bietet der Kampf gegen die Teuerung. Sie ist eine imperialistische Erscheinung; die Goldproduktion der Kartelle, die Zölle, die Grenzsperre, die Reaktion im Innern und die Unternehmerverbände, sie alle bewirken, daß die Teuerung so schwer drückt. Sie treibt die Massen zur Empörung und revolutioniert die Köpfe. Sie treibt aber auch die Massen auf die

Straße, wie am letzten Sonntag in Stuttgart. Unter der Losung: Zusammentritt des Reichstages, Oeffnung der Grenzen! werden die Massen unvermeidlich zu immer gewaltigeren Demonstrationen schreiten, bis das Ziel erreicht ist. Diese Massenaktion ist zugleich ein Kampf für ein augenblickliches Ziel, die Linderung der Not, und ein Kampf für den Sozialismus, weil die Macht, die Zuversicht, die Geschlossenheit der Massen durch diese Aktion vermehrt wird. Aehnlich steht es mit dem Kampf gegen die innere Reaktion; in dem Kampf um das preußische Wahlrecht bilden die Massenaktionen eine Hauptwaffe. Auch die Kriegsgefahr wird unvermeidlich mit sich bringen, daß die Arbeiterschaft auftreten muß, um den Krieg zu verhindern, und Massenaktionen werden darin eine große Rolle spielen. Unser Standpunkt gegenüber dem Imperialismus bedeutet also einen sehr entschiedenen Kampf, der unablässig geführt wird, fortwährend im Parlament, aber zu bestimmten Zeiten auch durch Aktionen der Massen selbst. Wir betonen also, daß im Kampfe gegen den Imperialismus die Arbeiter nicht in erster Linie mit etwaigen dem Imperialismus entgegenstrebenden Tendenzen der bürgerlichen Welt, sondern nur auf sich selbst zu rechnen haben. Und in sich selbst werden sie die Kraft finden, ihn zu besiegen. (Beifall.)" (S. 421 ff.)

Grumbach-Colmar:

„... Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus aller Länder, oder bildlich ausgedrückt, es ist ein Spinngewebe von kapitalistischen Fäden vorhanden, das durch einen kriegerischen Schwertstreich so zerrissen werden könnte, daß jeder nationale Kapitalismus schwer betroffen würde. Es gibt nichts in den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland oder Deutschlands zu England, was diese Länder zwingt, einen Krieg zu unternehmen. Es ist eine falsche Darstellung, wenn man jahrelang gesagt hat, daß der industrielle Aufschwung Deutschlands dem industriellen Aufschwung Englands schwer geschadet hat. Der englische Export hat absolut stärker zugenommen als der deutsche, wenn auch nicht relativ. Jedenfalls ist der englische Handel zugleich mit dem deutschen um viele Milliarden gewachsen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß Deutschland und Frankreich im Grunde genommen durch keine imperialistischen Fragen getrennt werden. Es ist kein ökonomisches Problem, das den Gegensatz der beiden Länder, die so viele gemeinsame ökonomische Interessen haben, immer aufs neue nährt, sondern es ist die elsaß-lothringische Frage, die in das Gebiet der „nationalen Ehre" und des internationalen Völkerrechts gehört. (Sehr richtig!) Dieser Ansicht hat kürzlich der französische nationalistische Abgeordnete Delafosse im „Echo de Paris" klar Ausdruck verliehen. Wenn wir nun wissen, daß diese zwei Länder keine imperialistische Frage trennt, daß zwischen England und Deutschland der wirtschaftliche Gegensatz nicht so groß ist, daß er unbedingt entweder den Krieg oder den Zusammenbruch eines der beiden Länder zur Folge haben muß, so dürfen wir sagen: daß hier einer jener Punkte ist, wo wir den Hebel zugunsten der Friedensbewegung ansetzen können ..." (S. 423 f.)

Dr. Liebknecht-Berlin:

„... Unzweifelhaft besteht ein Gegensatz zwischen den Auffassungen der Genossen Lensch-Pannekoek und Kautsky und anderen. Aber mir scheint das doch kein so tragischer Konflikt, daß man nötig hätte, sich die Haare auszuraufen. (Heiterkeit.) Ich meine, daß Pannekoek und Lensch bloß den Gedankengang nicht zu Ende denken, den sie der Marxismus weist. Sie bleiben auf halbem Wege stehen und sind befangen in einer etwas mechanistischen Auffassung der Gesellschaft und ihrer Entwicklung. (Lebhaftes Sehr wahr!) Es ist ganz eigentümlich, daß Lensch, der sonst ein so eifriger Bekenner des antagonistischen Charakters unserer Gesellschaftsordnung ist, hier so vollkommen versagt, und es ist erstaunlich, daß er verkennt, wie es zwar in der kapitalistischen Gesellschaft wohl notwendige Tendenzen gibt, aber keinerlei absolute Notwendigkeiten nach keiner Richtung hin, und wie den notwendigen Tendenzen allenthalben ebenso notwendige Gegentendenzen entgegentreten. Und wenn Lensch erklärt, wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, so müssen wir sagen, indem wir ein

Wort von Lensch aufnehmen, wir dürfen auch den Kapitalismus nicht isoliert nehmen, nicht als unter einer Glasglocke befindlich betrachten, losgelöst von den gleichzeitigen antikapitalistischen Kräften und Trieben. . . Der Imperialismus, kann man wohl kurz und bündig sagen, ist ein kapitalistisches Geschäft, und weil er das ist, empfiehlt es sich, das Wesen des Kampfes gegen den Imperialismus auf eine kaufmännische Formel zu bringen. (Sehr gut!) Die historische Mission des Proletariats gegenüber dem Imperialismus ist, geschäftlich betrachtet, das soziale, politische und auch wirtschaftliche Risiko der kriegerischen Form des internationalen Konkurrenzkampfes durch seine Klassenkampfpolitik für die herrschenden Klassen der beteiligten Länder dermaßen zu erhöhen, daß ihnen selbst die friedliche Verständigung in der internationalen Konkurrenz, z. B. im Sinne der Vertrustung, als das geschäftlich Zweckmäßigere erscheint. In dieser Weise das Problem aufgefaßt, haben wir nicht die Spur preisgegeben von irgendeinem marxistischen Grundgedanken. . . Es ist nicht möglich, heute abzuirren von der Richtlinie, die wir auf unseren bisherigen Kongressen gezogen haben, und nur das eine ist nötig, daß wir uns heute noch einmal zu einer einmütigen und enthusiastischen Kundgebung vereinigen gegen den Imperialismus, für die internationale Solidarität, und für die Anerkennung der wichtigen und bedeutungsvollen Rolle der proletarischen Macht gegenüber den Mächten des imperialistischen Kapitalismus. In einer Zeit, die dermaßen angefüllt ist mit Zündstoff wie die heutige, ist es unmöglich, auf einem sozialistischen Kongreß über dieses Thema hinwegzugehen. Und ebenso unmöglich ist es, daß sich irgendwelche ernsthafte Meinungsverschiedenheit darüber geltend machen könnte, daß wir über alle Welt hinaus dem Proletariat zurufen: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!" (Großer Beifall.)" (S. 425 ff.)

Cohen-Leipzig:

„. . . Grumbach verfiel in den Riesenfehler, den Imperialismus nur auf das Verhältnis zwischen Deutschland, England und Frankreich zu beschränken. Nennen Sie mir eine Stelle von Lensch, Pannekoek, Luxemburg und anderen, die der Auffassung widerspricht, als ob sie es nicht für nötig hielten, daß zwischen Deutschland und Frankreich durch eine Verständigung die augenblickliche Kriegsgefahr beseitigt werde. Das ist aber doch etwas ganz anderes, und in Wirklichkeit entsteht hier eine neue, schwere Gefahr, die die Folge einer Verständigung Deutschlands und Englands aller Voraussicht nach für eine nicht zu ferne Zukunft sein würde. Denn deren Verständigung hat den Zweck, jetzt gemeinsam und erst recht anderen gegenüber imperialistisch auftreten zu können, namentlich, um anderen Ländern die Brocken wegzunehmen, über die sich die beiden Großstaaten etwa einigen. Dann richtet sich eben die Gefahr des Wettrüstens gegen andere Länder. Denn daß ein Sozialdemokrat auf die Idee kommen könnte, man könnte alle Länder unter einen Hut bringen, halte ich für unmöglich. Wenn aber Bernstein die Möglichkeit eines großen Krieges als Bankerotterklärung der Welt bezeichnet, dann wundere ich mich sehr darüber. Diese Bankerotterklärung kann doch nur eine Bankerotterklärung sein vom ethischen Standpunkt und Bernstein hätte vorher zu beweisen, daß die Entwicklung ethisch-moralisch sein möge. Eine Bankerotterklärung vom Standpunkt der Entwicklung schlechthin gibt es doch nicht, denn die Entwicklung kann ebensogut blutig und kriegerisch verlaufen. Bernstein hat von den Schiedsgerichten gesprochen. Keiner von uns hat den Glauben, daß die Schiedsgerichte nicht gut sein könnten in einzelnen Fragen, aber alle Sozialdemokraten weisen es zurück, daß Schiedsgerichte in Lebensfragen der Völker endgültig entscheiden könnten, und wenn Bernstein weiter behauptet, wir nützten mit einer solchen Ablehnung der Reaktion, so ist das eine Methode, die von den Freisinnigen immer gegen uns angewandt wird, wenn sie wünschen, daß wir von unserer Haltung abgehen. Wir haben uns aber noch nie dadurch bestimmen lassen, etwas nicht zu tun, was wir für richtig hielten. (Sehr richtig!) . . . Haase behauptet, daß die Tendenz des Kapitals beim Imperialismus durch unsere Gegentendenz erschüttert werde, wie in der Tendenz, die Arbeiter zu verelenden. Das muß er doch aber beweisen, es zu behaupten, genügt nicht. Er hat bei dieser Uebertragung einen logischen Salto mortale gemacht. Er hat sich an die Argumentation Kautskys angeschlossen, der meint, es gäbe auch eine andere Methode statt des Wettrüstens, nämlich die friedliche Durchdringung durch das Kapital. Diese friedliche Durchdringung Ostasiens mit westeuropäischem

Kapital ist aber erst recht der Keim schwerer Katastrophen. Wenn China oder ein anderes Land glaubt, nicht mehr so auf das westeuropäische Kapital angewiesen zu sein, und sich freimachen will, dann müssen die westeuropäischen Mächte erst recht rüsten, um die Interessen ihrer Kapitalisten in Ostasien zu vertreten. Wenn Sie abrüsten in dem Sinne verstehen, daß durch eine Verständigung mit anderen Ländern eine vorübergehende Milderung herbeigeführt werden soll, so haben wir nichts dagegen. Aber denken Sie an die Tarifverträge, die man als A und O eines Friedensinstrumentes ansah. Man hat damit aber die Entscheidungen nur hinausgeschoben. Aus allen diesen Gründen ist es unmöglich, die Teile der Resolution anzunehmen, die in internationalen Verständigungen die Möglichkeit des Weltfriedens sehen. Wir können uns dem nicht anschließen. Durch die Verständigung einiger Nationen wird keine Katastrophe verhindert, sie bedeutet im Gegenteil die Ausschaltung anderer Länder, gegen die zu rüsten dann doppelt nötig wird. Der internationale Friede kann nur garantiert werden durch den Sozialismus, nicht aber durch Verständigungsaktionen einiger oder auch mehrerer Mächte, die einer augenblicklichen Situation entsprechen mögen, bei dem dauernden Wechsel der Dinge aber nur vorübergehende Erscheinungen sein können. (Zustimmung.)" (S. 428 f.)

Quessel-Darmstadt:

„Ich habe das gewiß seltene Vergnügen, hier meine Uebereinstimmung mit den Anschauungen der Genossen Lensch und Pannekoek insoweit zum Ausdruck zu bringen, als ich auch der Meinung bin, daß das, was heute über das Problem des Imperialismus gesagt worden ist, nur als der Anfang einer Stellungnahme angesehen werden kann. Vor allem vermisse ich in der Resolution die Erörterung der handels- und industriepolitischen Seite des Imperialismus. Im Wahlkampfe ist mir von imperialistisch gesinnten Gegnern wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß unsere Partei in der Marokko-Frage die Industrie und damit die Lebensinteressen des deutschen Volkes schamlos preisgegeben habe. Ich habe auf die Erklärung Bebels hingewiesen, daß wir unter allen Umständen für unsere Industrie die Gleichberechtigung auf dem Weltmarkt fordern müssen. Nun vermisse ich außerordentlich, daß diese Erklärung Bebels in Jena, die damals von uns allen ausnahmslos mit stürmischer Begeisterung begrüßt wurde, und die uns außerordentlich wertvolle Dienste im Wahlkampf geleistet hat, in der Resolution keinen Ausdruck findet. Wir fordern zwar die Freiheit des Weltverkehrs. Was sollen wir aber antworten, wenn unsere Gegner fragen, wie wir die aufrecht erhalten wollen. Nach unseren alten bisherigen Anschauungen müßte ich erklären: wir wollen eben die offene Tür haben. Aber nähere Nachforschungen in der Handelspolitik haben mich überzeugt, daß die offene Tür nicht mehr das leistet, was wir Sozialisten bisher glaubten. Unsere Kolonien behandeln wir als Ausland, es wird dort keine Industrie durch Zölle begünstigt, auch die deutsche nicht. Nach der amtlichen Denkschrift ergibt sich, daß die deutsche Metallindustrie in den deutschen Kolonien 34mal so viel Absatz hat wie die englische, daß aber die Ausfuhr an Produkten der Metallindustrie nach Britisch-Indien im Jahre 1909/10 von England 152 Millionen betrug, von Deutschland nur 5,8, also gerade das umgekehrte Verhältnis wie in unseren Kolonien. Für die Lösung eines Problems ist es nun außerordentlich wichtig, daß man sich der Schwierigkeiten erst einmal bewußt wird. Für das für uns in der letzten Zeit besonders aktuell gewordene Thema können wir natürlich nicht sofort eine fix und fertige Lösung haben. Es muß aber betont werden, daß es sich um ein Lebensproblem für die deutsche Arbeiterschaft handelt. Eine teilweise Lösung liegt allerdings darin, daß wir an dem Grundsatz festhalten, überall unsere Macht dafür einzusetzen, daß die Freiheit und staatliche Unabhängigkeit der Völker möglichst erhalten bleibt. Das gilt für Persien, das gilt auch für das chinesische Volk und das türkische. Auch in der Marokko-Affäre, die ja jetzt der Vergangenheit angehört, hätten wir mit größerer Energie, als es geschehen ist, eine selbständige Stellung des Landes gegenüber dem raubgierigen französischen Imperialismus vertreten müssen. Es ergibt sich daraus aber auch die Notwendigkeit, daß überall da, wo die deutsche Regierung dafür eintritt, die Gleichberechtigung unserer Industrie wirksam durchzuführen, wir hinter ihr stehen müssen. Das liegt im Interesse des Proletariats, genau so, wie wir hinter der Regierung stehen, wenn sie wirklich die Absicht hat, gute Handelsverträge zustande zu bringen. Die Resolution ist keine

Lösung, wir werden uns noch später mit dieser Frage beschäftigen müssen. Es wird notwendig sein, daß von ultraradikaler, revisionistischer und marxistischer Seite zu dieser Frage der offenen Tür Stellung genommen wird. (Ledebour lacht.) Wenn Sie lachen, so tut das nichts zur Sache. Es sind oft Tatsachen verlacht worden, weil die betreffenden Personen sich mit der Frage nicht eingehend beschäftigt hatten. Von Bebel weiß ich, daß er diese Frage für äußerst bedeutungsvoll hält. Vor einem Jahre in Jena war ich noch der Ansicht, daß die offene Tür genügt, um die Gleichberechtigung der deutschen Industrie aufrecht zu erhalten. Von dieser Meinung bin ich abgekommen, und jeder, der vorurteilslos die Zahlen der Handelsstatistik prüft, wird ebenfalls davon abkommen müssen. . ." (S. 429 f.)

Ledebour:

„Die statistischen Bedenken Quessels gegen die Politik der offenen Tür sind ja vor einigen Monaten zunächst in den „Sozialistischen Monatsheften" zutage gekommen. Sie haben damals bei mir dieselbe Heiterkeit erweckt wie heute. Er glaubt, besonders tief in die Sache eingedrungen zu sein. Er hat sich aber bei weitem noch nicht tief genug damit beschäftigt. Er hat aus der Tatsache, daß die englischen Ausfuhrzahlen nach den englischen Kolonien größer sind als die deutschen, den Nachweis führen wollen, daß allein die englische Oberherrschaft das bewirkt habe. Das ist nicht richtig, denn in diesen Ausfuhrwerten von England aus stecken zweifellos auch deutsche Produkte. Einem solchen tiefgründigen Forscher müßte doch die Tatsache bekannt sein, daß nach allen englischen Kolonien die Waren meist über England gehen, auch wenn sie aus anderen Ländern kommen. Das sind eben die Wege des Handelsverkehrs. Der Umstand, daß umgekehrt die Ausfuhr von Metallwaren aus Deutschland nach den deutschen Kolonien verhältnismäßig überaus groß ist, erklärt sich daraus, daß die deutschen Kolonien vorläufig noch auf lange Zeit hinaus nicht gerade kulturell entwickelte Gebiete sind. Was da an Metallwaren aus Deutschland eingeführt wird, das sind vorzugsweise Eisenbahnschienen und allerhand sonstiges Material, das zu den Eisenbahnbauten gebraucht wird, die mit deutscher Subvention von deutschen Unternehmern direkt ausgeführt werden. Das sind ganz künstliche Verhältnisse, die für die allgemeine Schlußfolgerung gar nicht in Betracht kommen. . ." (S. 430.)

Persönlich bemerkt noch Bernstein:

„Cohen hat in bezug auf meine Ausführungen gesagt (lies: Cohen hat meine Ausführungen), daß die Bemerkung von liberaler Seite, man folge dem Gebot der Notwendigkeit, wenn man für Rüstungen eintrete, eine Bankerotterklärung der heutigen Gesellschaft bedeute, für eine ethische Beurteilung der Dinge erklärt und hinzugesetzt, Lebensinteressen der Nationen lassen sich nicht durch Berufung auf Ethik regulieren. Nur hat er leider nicht hinzugesetzt, was denn diese Lebensinteressen der Nationen sind. Nach meiner Ansicht gibt es heute für die Kulturvölker kein größeres Lebensinteresse als den Frieden. Wenn er glaubt, damit eine Verurteilung auszusprechen, daß er ein Urteil ethisch nennt, so vergißt er, daß die Ethik die Ausbildung der Normen des Verhaltens der Menschen und Völker zueinander ist, daß es eine ethische Angelegenheit ist, daß die Konflikte zwischen den Nationen gemäß den Interessen aller reguliert werden und nicht bestimmt werden von Spezialinteressen im kapitalistischen Sinne. Ich bedauere die heutigen Reden." (S. 432.)

Haase führt im Schlußwort aus:

„. . . Cohen hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er so vorging, wie hin und wieder die Advokaten, wenn ihnen eine Situation unbequem ist. Er war verpflichtet, für die Behauptung, die er und seine Freunde Lensch und Pannekoek aufgestellt haben, den Beweis zu erbringen. Er versuchte aber, mir die Beweislast zuzuschieben, er verlangte, ich sollte ihm nachweisen, daß seine Behauptungen unrichtig sind. Es kann sich ja nur um Wahrscheinlichkeitsgründe handeln. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber mehr für den Gang der Entwicklung, den ich gezeichnet habe. Mathematische Beweise kann niemand führen. Bernstein muß ich einen kleinen Schmerz bereiten. Er hätte gewünscht, daß die Resolution etwas über Schiedsgerichte enthalte. Die Schiedsgerichte wollen wir alle, wir fordern sie im Erfurter Programm, aber die übertriebene Bedeutung, die Bernstein den Schiedsgerichten beizulegen scheint, kann ich ihnen nicht zuerkennen. Ich möchte auf ein Beispiel aus letzter Zeit verweisen. 1850 ist der Clayton-Bulwer-Vertrag zwischen

England und Amerika geschlossen worden, wonach Amerika ohne Zustimmung Englands nicht berechtigt war, einen Panama-Kanal zu bauen. Unter dem Druck des Burenkrieges hat sich England 1901 in dem Hay-Pauncefote-Vertrag dazu verstanden, Amerika das Recht einzuräumen, den Kanal allein zu bauen, aber es hat daran die Bedingung geknüpft, daß kein Unterschied in der Behandlung der Schiffe der verschiedenen Nationen, die den Kanal befahren, gemacht werden darf. Es ist Ihnen nun bekannt, daß in einer geradezu rücksichtslosen Weise Amerika sich über diesen Vertrag hinwegsetzt und einen unerhörten Vertragsbruch verübt hat. Als die englische Regierung verlangte, daß diese Frage im Schiedsgerichtsverfahren geregelt werde, da hat sich der amerikanische Präsident Taft ablehnend verhalten, derselbe Präsident, der vor zwei Jahren mit vollen Trompetenstößen den ewigen Völkerfrieden feierte und verkündete, er wolle einen Vertrag abschließen, der die Parteien verpflichtet, den Spruch eines internationalen Gerichtshofes in jeder Frage anzuerkennen, die nicht durch Verhandlungen geregelt werden kann, ganz gleich, was die Frage ist, ob sie die Ehre, Gebiet oder Geld betrifft. Der Mann, der so feierlich und für alle Fälle sich dem Schiedsgerichtsverfahren unterwerfen wollte, hat bei der ersten Gelegenheit, wo es darauf ankam, zu beweisen, daß er zu seinem Worte steht, unter dem Einfluß der imperialistischen Bewegung in Nordamerika seinen Standpunkt preisgegeben. (Bernstein: Das spricht aber nicht gegen die Schiedsgerichte!) Aber gegen Ihre übertriebene Einschätzung dieser Idee. Einig sind wir wohl alle darin, daß wir alles aufbieten müssen, um gegen Kriegsgefahr und gegen Kriegshetze einzutreten, daß wir dafür die ganze Kraft einsetzen müssen, die das Proletariat entfalten kann. Ich glaube, auch darin einig mit den übrigen Parteigenossen zu sein, wenn ich als unsere gemeinsame Erkenntnis feststelle, daß im Imperialismus sich eine größere Reife des Kapitalismus offenbart. Der Imperialismus wird zum Totengräber der kapitalistischen Produktionsweise; der Kapitalismus schlägt auf der Höhe seiner Entwicklung in den Sozialismus um. Wir haben dafür zu sorgen, daß, wenn die Stunde für uns schlägt, wir bereit und gerüstet sind, die Aufgabe zu erfüllen, die uns die Geschichte zuweist. (Lebhafter Beifall.)" (S. 433 f.)

Die von Haase vorgeschlagene Resolution wird mit allen gegen 3 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, angenommen. Sie lautet:

„Die unter Verkümmerung der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutalste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Mordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommnet.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwicklungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für bis zum Wahnwitz vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hetze der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparates und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwickelung der Sozialpolitik. Die Rüstungsaus-

gaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle beutegieriger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdlich für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergerungen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern."

Dem Parteitag lag noch der Antrag 211 (Molkenbuhr) vor, der im zweiten Absatz fordert: „Sollte ... der nächste Internationale Kongreß schon für 1913 einberufen werden, dann beantragen wir, auf die Tagesordnung des Kongresses als Gegenstand zu setzen ‚Der Imperialismus'." Der Antrag wird angenommen.

Dem Jenaer Parteitag **1913** berichtete der Parteivorstand:

„... Im Oktober lag Gefahr vor, daß der Balkankrieg auf die Länder der benachbarten Großmächte und damit auf ganz Europa übergriff. Das deutsche Proletariat nahm deshalb in imposanten Massenkundgebungen für die Erhaltung des Friedens und gegen den Imperialismus Stellung. Ueber das Thema: „Krieg dem Kriege" gab der Parteivorstand ein Flugblatt und zwei Broschüren zur Massenverbreitung heraus. Ferner beauftragte er den Genossen Otto Bauer in Wien mit der Abfassung einer aufklärenden Broschüre über: „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik". Vor und nach dem außerordentlichen internationalen Sozialistenkongreß in Basel fanden dann erneut Massenmeetings für die Erhaltung des Friedens statt. Die Zahl der Teilnehmer an der Riesendemonstration, die am 20. Oktober in Treptow stattfand, wurde auf eine Viertelmillion geschätzt ..." (S. 19 f.)

Scheidemann führte aus:

„... Wir waren noch in der Protestbewegung gegen die Agrarpolitik begriffen, als der Balkankrieg ausbrach. Die Kriegsgefahr rückte näher. Wir haben gegen den Krieg, der eine Gefahr wurde für die ganze westeuropäische Kultur, in der lebhaftesten Weise gekämpft. Das deutsche Proletariat hat damals im Kampfe gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr seine volle Schuldigkeit getan. Das gleiche gilt von den Genossen in Oesterreich und Frankreich, die vor allem mitbedroht waren. Bis ins kleinste Dorf hinein ist von den Sozialdemokraten gegen den Imperialismus gesprochen worden, ist den Leuten, die das Wort noch nie gehört hatten, plausibel gemacht worden, was der Imperialismus bedeutet für das Proletariat. Wir haben damals gemeinsam mit den Franzosen

ein Manifest gegen den Krieg herausgegeben, das in Millionen von Exemplaren in Frankreich und Deutschland verbreitet wurde, und zwar in beiden Ländern in beiden Sprachen. Wir hatten besondere Demonstrationsversammlungen in allen westeuropäischen Hauptstädten, wir hatten eine Bewegung, wie wir sie selten zuvor im Reiche bis dahin erlebten, wir haben — das darf ich wohl sagen, ohne zu übertreiben — in Deutschland den Vogel abgeschossen, sowohl in bezug auf die Zahl, als auch auf die Wucht unserer Demonstrationsversammlungen. Wir können stolz bekennen, daß wir alles getan haben, was in unseren Kräften stand. Aber nicht nur das deutsche Proletariat, sondern auch die deutsche Polizei schoß damals den Vogel ab. (Heiterkeit.) So stolz wir auf das sind, was wir geleistet haben, so groß war die Blamage der Polizei, die unserem französischen Genossen Compère-Morel verboten hat, in Magdeburg gegen den Krieg in seiner Muttersprache zu reden.

Es kam die Krönung der ganzen Protestarbeit durch den Internationalen Kongreß in Basel ..." (S. 225.)

(Vergleiche noch die Artikel „Abrüstung", „Kolonialpolitik", „Marokko".)

Impffrage.

In Magdeburg **1910** wird der Antrag 1 (Essen): „die Impffrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen", dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Da **1911** der Reichstagswahlkampf den Parteitag in Jena in Anspruch nimmt, kann die Frage nicht berücksichtigt werden. (S. 16.) Es liegen aber wieder zwei Anträge vor, Antrag 9 (Essen), gleich dem vorjährigen, und Antrag 46 (Paul Wildgans, Berlin VI):

„Der Parteitag möge die Forderungen der Impfgegner anerkennen und die Fraktion im Reichstage beauftragen, durch Stellung von Anträgen die Forderungen der Impfgegner zu unterstützen.

Die Forderungen der Impfgegner lauten: 1. Gründliche Neuuntersuchung der Impffrage, mit Zuziehung der gleichen Anzahl von Impffreunden und Impfgegnern, entsprechend dem schon 1896 gefaßten Beschlusse des Reichstags; 2. Achtung der Wissens- und Gewissensbedenken der Eltern und der Impflinge selbst (zweite Impfung der Schüler, dritte der Rekruten). 3. Im Falle der Ablehnung von 1 und 2 Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten. 4. Neue Fassung des Impfgesetzes vom Jahre 1874 zur Vermeidung des Wirrwarrs der Rechtsprechung und zur Feststellung, daß damals ein Impfzwanggesetz nicht beabsichtigt worden ist."

Diesem Parteitage berichtete außerdem die Reichstagsfraktion:

„ ... Da die Regierung das Bedürfnis hatte, zu der lebhaften Agitation der Impfgegner wieder einmal sich im Parlament auszusprechen, wurde den Anträgen zur Abänderung des Impfgesetzes die Ehre einer Diskussion erwiesen. Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion sind die Meinungen in der Frage geteilt, da sie keine politische Parteifrage ist. Während die Impfgegner eine Beseitigung des Impfzwanges erstreben, gehen andere Anträge zunächst nur auf eine gründliche Nachprüfung der Impffrage hinaus. Die Kommission war über eine Petition der erstgenannten Forderung zur Tagesordnung übergegangen; deshalb entstand eine lebhafte Gegenbewegung durch petitionierende Impfgegner. Die meisten Abgeordneten unterstützen die Forderung, daß durch Aufnahme einer Gewissensklausel in das Gesetz eine Befreiung vom Impfzwang vorgesehen werden soll, falls — wie z. B. in England — Eltern, Vormünder oder der Impfling die Vornahme der Impfung mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können.

Genosse Sachse vertrat gegenüber dem liberalen Abgeordneten Dr. Arning den Standpunkt der Impfzwang-Befreiung; er stimmt den Aerzten zu, welche die beste Bekämpfung der Pocken in einer richtigen Ernährung des Volkes und in hygienischen und sozialen Verbesserungen erblicken (gute Wohnungsverhältnisse, Bäder usw.); wie bei der Pest hätten auch hier die Gesetze der Reinlichkeit die besten Erfolge gegen die Epidemie

gehabt. Genosse Sachse will kein Verbot der Impfung, sondern nur die Beseitigung des Gewissenszwangs; auch die Petitionen sollen zur Berücksichtigung überwiesen werden, welche eine staatliche Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten verlangten.

Der Regierungsvertreter, Obermedizinalrat Dr. Kirchner, machte längere Ausführungen für die obligatorische Impfung und wünschte, daß der Reichstag über alle Forderungen der Impfgegner zur Tagesordnung übergeht.

Bei der wiederholten Beratung im Monat Mai wurden alle Anträge zur Abänderung des Impfgesetzes durch Annahme des Kommissionsantrages (Uebergang zur Tagesordnung) hinfällig." (S. 137.)

Bei der Konstituierung des Parteitages wird Antrag 9 vorläufig zurückgezogen „mit dem Bemerken, daß die Impffrage auf dem nächsten Parteitage eingehender behandelt werden soll". (S. 175.)

Im Parlamentarischen Bericht bemerkt Geck:

„. . . Innerhalb der Sozialdemokratie herrschen bezüglich des Impfgesetzes und des Impfzwanges verschiedene Auffassungen. Wir sind uns darüber einig geworden, daß wir alle die Gewissensfrage respektieren, d. h. gestatten wollen, vom Zwange Abstand zu nehmen, wenn jemand es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, seine Kinder impfen zu lassen. Der Antrag ist also unnötig. . . ." (S. 289.)

Antrag 46 wird nicht genügend unterstützt. (S. 290.) Gleichwohl gehen mehrere Redner ausführlich auf die Frage ein.

Sachse:

„Wir haben in der Petitionskommission des Reichstages mit dahin gewirkt, daß die Petition der Impfgegner der Reichsregierung teils zur Berücksichtigung, teils zur Erwägung überwiesen werden sollte. Damals schon hat im Plenum Bebel erklärt, daß die Antragsteller aus unserer Fraktion die Anträge nicht im Namen der Fraktion stellten. Ich habe auch heute den Antrag 46 in der Vorlage nicht mit unterstützt, weil ich mit den meisten Genossen auch der Meinung bin, daß man die Impffrage nicht zur Parteisache machen kann. (Sehr richtig!) Denn sonst würden morgen die Abstinenzler, übermorgen die Nichtraucher kommen und verlangen, daß ihre Bestrebungen zur Parteifrage gemacht werden. Das geht nicht. (Sehr richtig!) Aber ich konstatiere, daß wir mit der Nichtunterstützung des Antrages 46 durchaus nicht aussprechen wollen, daß wir samt und sonders Impffreunde sind. In der Hauptsache wird bekanntlich von den Impfgegnern selbst nicht die Abschaffung der ganzen Impfung verlangt, sondern nur die Freiheit für diejenigen, die die Impfung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können oder schon üble Erfahrungen gemacht haben, daß solche Leute ihre Kinder nicht impfen lassen müssen. Es herrschen tatsächlich grauenhafte Zustände infolge des Zwanges zur Impfung. In Frankfurt hat ein Polizeibeamter Eltern, die sich weigerten, ihre Kinder impfen zu lassen, damit gedroht, daß er sie in Ketten legen lassen werde. (Hört! hört!) Auch die Rechtsprechung ist dabei schrecklich widerspruchsvoll, so daß es nötig wäre, ein klares Gesetz zu schaffen. Uebrigens erkennen selbst die Autoritäten der Impffreunde an, daß die Impfung nicht lange genug anhält, um einen wirklichen dauernden Schutz gegen die Pockenansteckung zu bieten. Sämtlichen Delegierten ist eine kleine Broschüre von Walter Rose eingehändigt worden, die Aussprüche von Autoritäten enthält. Manche dieser Autoritäten glauben, daß der Schutz 10 Jahre dauert, so auch der bekannte Professor Dr. Koch. Prof. Dr. Strümpell-Erlangen gibt wieder fünf bis sechs Schutzjahre an, und ein Dr. Glogowski nimmt nur fünf Jahre an. Hätten diese Leute recht, dann wären wir also alle nicht gegen Ansteckung geschützt. Wir werden vor wie nach in der Reichstagsfraktion eine große Anzahl Genossen finden, die mit den Impfgegnern verlangen, daß nach englischem Muster auch bei uns die Gewissensklausel in das Gesetz aufgenommen werde. Obgleich die Impfklausel in England schon seit acht Jahren besteht, hat man bis heute nicht nachweisen können, daß die Pocken überhand genommen hätten. Im Gegenteil, es gibt auch jetzt noch Jahre, wo weniger Pockenerkrankungen zu verzeichnen sind, als selbst vor der Einführung der Gewissensklausel. Ebenso ist eine klare Aenderung des Impfgesetzes nötig. In diesem Sinne sollte der Parteitag die Sache behandeln. Ich will zum Schlusse konstatieren, daß in der Partei nach wie vor eine große Zahl Impfgegner

sind, die im Sinne des Antrages 46 weiterwirken werden, bis das Ziel erreicht ist." (S. 296.)

Wolf-Döhlen:

„... Wir haben tatsächlich nicht nur eine im Interesse der herrschenden Klassen tätige Staatskirche, sondern auch eine ebensolche Staatsmedizin. Ich berufe mich auf das, was Marx im Kommunistischen Manifest über den Mißbrauch der Wissenschaft durch die Bourgeoisie sagt. Wir haben nicht nur eine Staatsmedizin, sondern leider auch eine Klassenmedizin. Die Produktion und der Handel mit den Mitteln zur Bazillentötung dient nicht nur der Volksbeschwindelung, sondern die Bourgeoisie macht damit auch noch ein gutes Geschäft. So schlägt sie zwei Fliegen mit einer Klappe. Die großen Verdienste der Bazillentheorie verkenne ich aber nicht. Die Impfung ist jedoch ein Ausfluß all dieser Bestrebungen der Bourgeoisie, selbst die Medizin in ihren Dienst zu stellen. Krankheiten kann man nur heilen, indem man die Ursachen heilt. Die Sozialdemokratie als die geborene Bekämpferin dieser Gesellschaftsordnung, hat die Pflicht, gegen dieses Vorgehen der Bourgeoisie anzukämpfen. Gerade so, wie wir die Alkoholfrage zur Parteifrage gemacht haben (Zurufe vom Parteivorstand: Das ist sie heute noch nicht!), so wird die Partei wenigstens ihre Aufmerksamkeit der Impffrage schenken müssen. Die Sozialdemokratie ist die Trägerin der gegenwärtigen und zukünftigen Kultur. Sie muß also alle Kulturfragen in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen und daher auch die Impffrage. Das Reichsimpfgesetz beruht auf vollständig falschen Voraussetzungen, die Statistik gibt den wirklichen Tatbestand so wieder, wie es eigentlich nicht sein soll. So gibt z. B. Geheimer Obermedizinalrat Kirchner in seiner Schrift an, daß in Japan, wo der Impfzwang besteht, von 1905 bis 1907 niemand an Pocken gestorben sei, aber er verschweigt, daß 1908 18,000 Pockenerkrankungen vorgekommen sind und die Sterblichkeit 32 Prozent betrug. Denken Sie an die Konsequenzen der Impfungen: wenn die Pockenimpfung die Pockenseuche verhindert, dann müssen wir konsequenterweise auch gegen die anderen Krankheiten impfen. Würden wir aber die Kinder gegen die verschiedenen Krankheiten impfen, dann würden sie bald aussehen, wie die gespickten Hasen und die Erwachsenen durch die Narben wie die tätowierten Indianer. Die Impfung steht im Widerspruch mit der harmonischen Entwickelung der Menschheit, die wir anstreben. Ich danke für eine Gesellschaft, wo die Menschen aussehen wie gespickte Hasen und tätowierte Indianer." (S. 297.)

Stadthagen:

„Ich hoffe, daß auch diesmal, genau so wie auf früheren Parteitagen, abgelehnt wird, die Impffrage zu einer Parteifrage zu machen. (Sehr richtig!) Die Konsequenz des Bildes von den gespickten Hasen und tätowierten Indianern würde sein, daß wir gegen alle Verhütungsmaßregeln von Krankheiten auftreten oder von Partei wegen beschließen würden, wie den Krankheiten entgegenzutreten ist. Der Herr Vorredner will doch, genau so wenig wie irgendein anderer, bei uns einen Zustand herbeiführen, wie er beispielsweise gegenüber der Cholera im Innern Rußlands und in einigen Bezirken Italiens besteht. Genau so wie die Alkoholfrage nicht Parteifrage ist, ebenso wie die Frage des Wassertrinkens eine höchst private Sache ist (Sehr richtig!), ebenso ist es auch die Impffrage. (Zustimmung.)" (S. 297.)

In Chemnitz **1912** wird wieder ein Antrag 141 (Genosse Schmidt in Essen), die Impffrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, dem Parteivorstand zur Prüfung überwiesen. (S. 519.)

Dem Jenaer Parteitag **1913** lag der Antrag 32 (Essen) vor:

„Der Parteitag möge beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Antrag auf Aufhebung der Zwangsimpfung im Reichstage einzubringen."

In der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion führte Hammer-Essen aus:

„Die zunehmende Mißstimmung der Bevölkerung gegen das Impfgesetz resultiert von dem durch die Verwaltungsbehörden in Auslegung des Impfgesetzes eingeführten

Impfzwang. Das Impfgesetz hat einen großen Rechtswirrwarr zur Folge gehabt. Während z. B. das Oberlandesgericht Hamm sich auf den Standpunkt stellt, daß der Betreffende, der sein Kind nicht impfen läßt, nur einmal bestraft werden kann, ist das Düsseldorfer Oberlandesgericht, das früher auf demselben Standpunkt stand, jetzt dazu übergegangen, jedes Jahr zu bestrafen. Außerdem werden im rheinisch-westfälischen Industriebezirk bei den Eltern, die ihre Säuglinge nicht impfen lassen, die Kinder vom Schutzmann abgeholt, während die Eltern so lange festgehalten werden. (Zuruf: Freiheitsberaubung!) Tatsache ist, daß die Impfung jahrelang sehr wenig sorgsam betrieben worden ist und daß die verschiedensten Krankheitsübertragungen dabei stattgefunden haben. Als noch die Impfung von Arm zu Arm stattfand, sind Uebertragungen von Syphilis und Tuberkulose gerichtlich festgestellt worden. Auch seitdem wir Kälberlymphe haben, ist die Gefahr der Krankheitsübertragung noch nicht behoben. Das gibt z. B. auch Professor Fürbringer in einem wissenschaftlichen Werk zu. Wenn der Staat ein derartiges Gesetz im Interesse der Hygiene durchführt, so ist er selbstverständlich auch verpflichtet, für dadurch entstehende Schäden aufzukommen. Hat uns denn die Impfung tatsächlich gegen die Blattern geschützt? Bei der letzten Epidemie in den 70er Jahren sind 1 Million Menschen erkrankt. 96 Prozent davon waren geimpft und wiedergeimpft. Da fragte es sich doch, ob nicht die Verbesserung der Hygiene im allgemeinen es gewesen ist, die die Blatternepidemien hat verschwinden lassen. Andere Kulturstaaten, wie England, Oesterreich und die Schweiz haben auch den Impfzwang abgeschafft. Daher sollte die Reichstagsfraktion im Sinne der Wünsche der Impfgegner wirken, vor allem dahin, daß die Gewissensklausel eingeführt wird." (S. 354.)

Antrag 32 wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Inserate.

Den Gedanken einer Inseratenzentrale für die Parteipresse empfahl Heilmann-Chemnitz dem Jenaer Parteitag **1913.** (S. 249.)

(Siehe auch die Artikel „Alkoholfrage", „Familienblatt", „Illustrierte Zeitung", „Neue Welt", „Wahrer Jakob".)

Die Einnahme der Parteipresse aus Inseraten betrug nach den Berichten des Vorstandes an die Parteitage:

im Jahre	1910	M. 4 980 254
„ „	1911	„ 5 853 302
„ „	1912	„ 6 830 496

Für 1913 wird keine Zahl angegeben, vermutlich weil das Geschäftsjahr sich nur auf 9 Monate erstreckte.

Internationale.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete der Parteivorstand:

„Das englische Organ unserer amerikanischen Genossen „The New York Call" hat einen schweren Kampf unter ungünstigen Umständen zu führen. Es wurde uns berichtet, daß trotz der erheblichen Opfer, die die amerikanischen Genossen brachten, das Blatt in finanziellen Nöten sei. Der Parteivorstand bewilligte 10,000 Mark, damit die amerikanischen Genossen ihren Kampf gegen den rücksichtslosesten Kapitalismus der Welt fortsetzen können.

Unsere spanischen Genossen führten unter dem Kriegszustand gegen das reaktionäre Regime einen heldenhaften Kampf, der große Opfer an Mut und Gut heischte. Auf Ersuchen bewilligte der Parteivorstand für die Opfer des spanischen Schandregiments 5000 Francs und weiter 5000 Francs, die den spanischen Genossen helfen sollen, ihr Wochenblatt „El Socialiste" in ein Tageblatt umzuwandeln. . . .

An den Sammlungen für die schwedischen Arbeiter, die die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften anläßlich des schwedischen Massenstreiks ausschrieb, beteiligten sich die Parteiorganisationen sehr rege. . . .

An das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die deutsche sozialdemokratische Partei jährlich 2500 Francs." (S. 60.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„. . . Aus Belgien besuchten zwei Deputationen von Gewerkschafts- und Parteifunktionären im März und im Mai Berlin und einige andere Industriestädte. Die Deputationen hielten sich eine Woche in Berlin auf und studierten eingehend das Leben der modernen Arbeiterbewegung. Beim Besuche der einzelnen Institutionen wurden ihnen Vorträge über die Entwickelung und den Stand der Parteieinrichtungen gehalten. Die beiden Besuche unserer belgischen Kampfgenossen boten reichliche Gelegenheit zur Anknüpfung neuer herzlicher Beziehungen zu der Bruderpartei unseres Nachbarlandes.

Durch die Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses waren die Genossen in Oesterreich plötzlich zu einem äußerst scharfen Wahlkampfe gezwungen. Wir haben ihnen 30,000 Mark Beihilfe zu den Wahlkosten geleistet. . . . .

Den Parteigenossen Rumäniens haben wir für ihren Wahlkampf 2000 Franken zur Verfügung gestellt. In Rumänien muß die Sozialdemokratie ihre Kämpfe unter ausnahmegesetzlichen Zuständen führen. Die Kandidaten wurden verfolgt und zum Teil ausgewiesen. Leider gelang es unseren Genossen nicht, ein Mandat zu erobern.

Die Organe der russischen, polnischen und lettischen Sozialdemokratie haben wir im Berichtsjahre mit 2000, 2000 bezw. 3000 Mark unterstützt. Für diese Blätter war die Hergabe einer solchen Unterstützung eine dringende Hilfe neben den großen Opfern, die im Lande selbst gebracht werden müssen. . . ." (S. 60.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet der Parteivorstand:

„Nachdem die Spannung etwas nachgelassen hatte, die im Anschluß an die Marokkoaffäre im vorigen Sommer einen Weltkrieg zu entfesseln drohte, brachte der italienisch-türkische Krieg neue Gefahren für den europäischen Frieden. In den europäischen Hauptstädten protestierte das sozialistische Proletariat gegen das tripolitanische Abenteuer Italiens, in welches andere Nationen leicht verwickelt werden konnten, wenn die Völker ihren Diplomaten nicht auf die Finger sahen. In den großen Meetings in Paris und Brüssel sprach im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie Genosse Scheidemann. In den Berliner Massenversammlungen am 12. November 1911 sprachen u. a. die Genossen Thomas-Paris, Vandervelde und Huysmans-Brüssel, Wienarski und Renner-Wien.

Den Wahlkampf unserer belgischen Genossen begleiteten wir mit tatkräftiger Sympathie. . . .

Mehreren ausländischen Bruderparteien, die einen schweren Kampf gegen die herrschenden Gewalten zu führen haben, gewährten wir für ihre Presse eine Unterstützung. . . ." (S. 58 f.)

Dem Jenaer Parteitag **1913** wird berichtet:

„Da die internationale Situation im Berichtsjahre dauernd außerordentlich gespannt blieb, waren die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den ausländischen Bruderparteien sehr lebhaft. Im September wurde ein gemeinsamer deutsch-englischer Aufruf veröffentlicht, der die Unterschriften der Mitglieder der sozialistischen Fraktionen des englischen Unterhauses und des deutschen Reichstages trug. Der Aufruf richtete sich gegen die Kriegshetzer und Rüstungstreiber diesseits und jenseits des Kanals und betonte den unerschütterlichen Friedenswillen der Arbeiterklasse der beiden Kulturnationen. Die deutsch-englische Spannung trat stark in den Hintergrund, als sich die Ereignisse auf dem Balkan im Herbst schnell zuspitzten. Als sicher schien, daß die Orientwirren zu einer kriegerischen Lösung führten, beantragte der Parteivorstand, daß das Internationale Sozialistische Bureau früher, als beabsichtigt war, zusammentreten sollte. Das Bureau tagte vom 28. bis 30. Oktober in Brüssel und erließ am 30. Oktober an die Arbeiter aller Länder ein Manifest gegen den Krieg. Das Internationale Sozialistische Bureau beschloß angesichts

der internationalen Lage, möglichst bald einen außerordentlichen Sozialistenkongreß einzuberufen. Der für 1913 in Wien geplante Internationale Sozialistenkongreß sollte dann erst 1914 abgehalten werden. Noch vor dem Kongreß fanden in den europäischen Hauptstädten am 17. November Massen-Meetings gegen die Kriegshetzer statt. In Berlin sprachen die Genossen Dr. Renner-Wien, O'Grady-London und Jaurès-Paris, dem Jagow verbot, in seiner Muttersprache zu reden, während die Genossen Scheidemann und Pernerstorfer-Wien am gleichen Tage und zum gleichen Zwecke in Paris deutsch reden konnten. Von deutschen Genossen sprachen noch am 17. November Dr. Frank in London, Silberschmidt in Leeds und Molkenbuhr in Amsterdam.

Der Außerordentliche internationale Sozialistenkongreß fand am 24. und 25. November in der „Burghalle" zu Basel statt. . . . Vor dem Kongreß war vereinbart worden, daß Partei und Gewerkschaften je 40 Delegierte nach Basel entsenden sollten. Am Kongresse nahmen insgesamt 74 Delegierte aus dem Deutschen Reiche teil.

Als gegen Ende des Balkankrieges die deutsche und die französische Regierung mit Rüstungsplänen, die im gleichen Umfange noch nicht dagewesen sind, hervortraten, verständigten sich die sozialistischen Parteileitungen und Parlamentsfraktionen Frankreichs und Deutschlands auf ein gemeinsames Manifest gegen den Rüstungswahnsinn, das am 1. März in Paris und Berlin gleichzeitig veröffentlicht wurde. . . .

Als am 13. und 14. April unser französischer Genosse Compère-Morel in Magdeburg und Braunschweig auf Einladung unserer dortigen Genossen über den Kampf unserer französischen Bruderpartei gegen die französischen Chauvinisten reden wollte, wurde er in brutaler Weise daran gehindert. Das Vorgehen der Berliner Polizei gegen Jaurès am 17. November vorigen Jahres wurde damit noch weit übertrumpft.

Mehreren ausländischen Bruderparteien haben wir, weil sie besonders schwere Wahlkämpfe zu führen hatten, oder weil ihre Preßorgane unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hatten, im Berichtsjahre unsere tatkräftige Sympathie zuteil werden lassen. . . ." (S. 46 f.)

(Siehe auch die Artikel „Berner Konferenz", „Friedensfrage", „Marokko".)

Aus den Begrüßungsreden, die von den Vertretern der ausländischen Parteien auf den Parteitagen gehalten wurden, sei folgendes wiedergegeben. In Magdeburg **1910** sprachen u. a.:

Schmeral (Tschechische Partei):

„. . . Große Schwierigkeiten und Sorgen erwachsen einer Partei in einem Staate wie Oesterreich, besonders in einer Zeit, wo in diesem merkwürdigen Staate mit seinen vielen Nationen nach der Wahlreform alles in Fluß ist. Große Sorgen und Schwierigkeiten sind für die sozialdemokratische Partei in einer Nation, die durch Jahrhunderte hart unterdrückt, noch jetzt für manche ihrer Lebensbedürfnisse einen gerechten Kampf führen muß, denn gerade hier entsteht für die Partei die Gefahr des nationalen Chauvinismus. Die tschechische Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie aufhören würde, eine sozialdemokratische Partei zu sein, wenn sie vergessen würde, daß eine ihrer wichtigsten Pflichten ist, den nationalen Chauvinismus, den „kleinbürgerlichen" nationalen Chauvinismus innerhalb der eigenen Nation aufs leidenschaftlichste zu bekämpfen. Die tschechische Sozialdemokratie ist eine proletarische Partei, sie ist eine Klassenpartei, eine internationale Arbeiterpartei, und eine internationale Klassenpartei der Arbeiter will sie auch immer bleiben. Das verspreche ich hier, das ist unsere selbstverständliche Pflicht. Es ist aber zugleich der höchste Stolz unseres Lebens, und wir können keinen größeren Schmerz uns denken, als wenn über unsere guten Absichten und über unsere prinzipielle sozialdemokratische Verläßlichkeit Zweifel entstehen könnten. Auch in unserem inneren Parteileben sind verschiedene Bestrebungen vorhanden, mit denen sich auch die Parteien des Auslandes befaßt haben, auch der letzte Kongreß in Kopenhagen. Jeder hat das Recht, seinen Standpunkt in einer Sache, die ein historisches Faktum gewesen ist, festzuhalten. Aber ich will bei dieser Gelegenheit versichern, daß diese verschiedenen Rich-

tungen nur aus einer verschiedenen Beurteilung der praktischen Bedürfnisse des Organisationslebens entstanden sind, daß sie nicht aus dem Geiste des nationalen Chauvinismus, des überspannten Nationalismus entstanden sind, einem Geiste, der das Gegenteil des sozialistischen Geistes sein würde. . . ." (S. 194.)

Stauning (Dänemark):

„. . . Wir sind stolz darauf, daß wir vor 27 Jahren eurem Parteitage Obdach in Kopenhagen geben konnten. (Bravo!) Das war die Zeit, als die Machthaber in eurem Lande wähnten, den Sozialismus aus eurem Lande verdrängen zu können. Aber weder in eurem Lande, noch in irgendeinem anderen ist es möglich, den Sozialismus auszuschließen, und hiefür liefert uns der große Internationale Kongreß, der vor kurzem in Dänemark abgehalten wurde, ein unwiderlegliches Zeugnis. Dieser Kongreß hat den internationalen Siegesgedanken der sozialistischen Gesellschaftsauffassung gezeigt und hat uns in dem Glauben an die Möglichkeit bestärkt, die Arbeiter überall zu sammeln, um gemeinschaftlich ihre Interessen zu vertreten und ihre Feinde zu bekämpfen. . . ." (S. 195.)

Keir Hardie (Labour Party) spricht englisch. Ledebour übersetzt:

„. . . Ich komme hieher, um dahin zu wirken, daß noch engere brüderliche Beziehungen zwischen den englischen und den deutschen Sozialisten sich entwickeln. (Bravo!) Um so mehr halten wir das für notwendig in dieser Zeit, da auf beiden Seiten des Ozeans Vertreter der Kriegsinteressen bemüht sind, die beiden Völker gegeneinander zu hetzen. Wir beabsichtigen demnächst eine Delegation nach Deutschland zu schicken, um den Friedenswunsch der englischen Arbeiter in Deutschland zu verkünden, und wir hoffen, daß bald auch von der deutschen Sozialdemokratie eine Vertretung mit gleicher Absicht England besuchen wird.

Lassen Sie mich noch einige Worte hinzufügen über unsere Stellung zu den Seerüstungen. Die Labour Party hat sich immer jeder Vermehrung der Seerüstungen widersetzt, sie hat sich auch dafür ins Zeug gelegt, daß das Seebeuterecht, diese legalisierte Seeräuberei, abgeschafft wird, in der Ueberzeugung, daß dann die enormen Geldaufwendungen für die Marine in allen Ländern ganz gewaltig herabgemindert werden. Wir arbeiten für die Verminderung der Rüstungen im Hinblick auf ihre endgültige Beseitigung überhaupt. Die englischen und die deutschen Arbeiterorganisationen bilden an sich schon eine Macht, die vereint imstande ist, alle Dreadnoughts in der Welt lahmzulegen. (Bravo!) . . ." (S. 196.)

Vahlteich:

„. . . Wir Deutschen haben die sozialistische Bewegung in Amerika aufgebaut mit dem bewußten Streben, sie zu einer nationalen zu machen, und das ist uns gelungen. Die Bewegung ist jetzt in Amerika eine nationale, derart, daß das deutsche Element auf die Seite gedrängt worden ist, um so mehr, als sich ein Streben geltend machte innerhalb der Partei, die Organisation zu zentralisieren und zu einer englisch redenden zu machen. Von diesen Irrtümern ist man endlich auf dem letzten Kongreß in Chicago abgekommen. Man hat den sprachlichen Gruppen eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt, und dies wird dazu führen, daß auch das deutsche Element mehr zur Geltung kommt als in den letzten Jahrzehnten. Früher, vor dreißig Jahren, hat man vom Sozialismus in Amerika als von einer fremden Pflanze gesprochen, in diesem herrlichen, angeblich freien Lande, wo jeder Arbeiter, wie die napoleonischen Soldaten den Marschallstab im Tornister trugen, die Anwartschaft hatte, Millionär zu werden, und selbst unser berühmter Landsmann Karl Schurz hat sich so gedankenlos geäußert. Aber diese Zeiten sind vorüber. Jetzt wird auch in der bürgerlichen Welt der Sozialismus nicht mehr eine fremde Pflanze genannt, jetzt sind die Zeitungen und Revuen erfüllt von Besprechungen sozialistischer Ideen und Probleme. Dazu kommt die ökonomische Entwickelung, und es kann nicht fehlen, daß einst der Tag kommt, wo auch Nordamerika eine entsprechende, seiner ganzen Art nach bedeutende Rolle in der internationalen sozialistischen Bewegung spielen wird. Vorläufig aber schauen wir wie alle Völker auf Deutschland. Vorläufig bedürfen wir des Anschauungsunterrichtes, den Ihr uns gegeben habt und den zu geben Ihr in Zukunft berufen seid, Genossen. . ." (S. 197.)

In Jena **1911** hielten Begrüßungsansprachen u. a.:

Dr. Soukop (Tschecho-slavische Sozialdemokratie):

„. . . Entschuldigen Sie, wenn ich das Bedürfnis fühle, auf diesem Platze auch ein Wort über Dinge zu sagen, die das bisherige Zusammenarbeiten der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich schwer beeinträchtigen. Ich spreche hier im Namen der Partei, die meiner Ansicht nach weit über die Grenzen Oesterreichs diffamiert ist. Wer die Parteigeschichte kennt, der muß meiner bescheidenen Ansicht nach den Worten Adlers im letzten Kampfe zustimmen, daß die tschechische Sozialdemokratie eine durch und durch proletarische, in hundert schweren Kämpfen erprobte Partei ist, die sich mit Recht rühmt, eines der stolzesten Bataillone der internationalen Armee zu sein. In den letzten Jahren sehen wir leider die Degradation dieser Partei in der Internationale als eine nationalistische, als eine separatistische und als eine im Internationalismus minderwertige Partei. Ich wage zu behaupten, daß uns hier ein schweres Unrecht geschieht, das wir nicht verdienen. Es ist selbstverständlich hier nicht der Ort dazu, wo wir über rein österreichische, interne Parteiprobleme Vorträge halten können. Aber Ihnen gegenüber, deren Arbeit wir hoch schätzen und deren Urteil uns nicht gleichgültig ist, muß ich erklären: Wir sind keine Nationalisten, wir sind auch keine Separatisten, sondern wir sind internationale Sozialdemokraten, so, wie wir es seit vier Dezennien immer waren. Die Sache ist nicht so primitiv, wie man sie sich vorstellen könnte. Es ist gewiß nicht denkbar, daß die Tausende und Hunderttausende des tschechischen Proletariats, die die Sache der internationalen Sozialdemokratie 40 Jahre ununterbrochen und ehrlich hochgehalten haben, und die ihr in den Reihen des tschechischen Volkes zum großen Siege verholfen haben, nun mit einem Schlage aufgehört haben, sozialdemokratisch zu denken und zu handeln. Wir fordern, daß überall in Oesterreich, wo das Bedürfnis besteht, das Kind in der Schule die Muttersprache sprechen kann, die es versteht, und in der es sich am leichtesten die elementaren Kenntnisse aneignen kann, um für das Leben gut gewaffnet zu sein. Das ist nicht nur ein Gebot der modernen Pädagogik, sondern ein rein proletarisches Interesse. Wir wünschen auch, daß im Verkehrsleben ein Arbeiter überall, wo seine Sprache landesüblich ist, sich auch in dieser Sprache überall orientieren kann. Auch das ist ein rein proletarisches Interesse. Wenn wir wünschen, daß das Recht dem Proletarier in seiner Sprache gesprochen wird, so ist das nicht nur die höchste Maxime der modernen Straf- und Zivilprozeßordnung, die Maxime der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit, daß der Mensch, der gerichtet werden soll, seinen Richter versteht, es ist ein rein proletarisches Interesse, daß der Mensch da, wo über seine materiellen und ideellen Güter verhandelt wird, sich auch vollständig verteidigen kann. Das ist unser Nationalismus; darauf bestehen wir und können nicht anders und identifizieren uns hier mit August Bebel, der in einem Artikel zum Stuttgarter Parteitag ausgesprochen hat: „Die Aufgabe der Arbeiterklasse aller Kulturländer ist eine nationale und internationale. Indem sie innerhalb der eigenen Nation, des engeren Heimatlandes für die Durchführung von Maßregeln und Einrichtungen kämpft, die ihre Lebenslage verbessern, höhere Kulturbedürfnisse zu befriedigen ermöglichen und schließlich die Gleichberechtigung und soziale Gleichstellung aller ermöglichen, muß sie auf internationalem Gebiete die gleichen Bestrebungen durchzuführen suchen, weil sie sich dadurch allein die Dauer der Verbesserungen im eigenen Heimatlande erst garantiert und sichert. National und international sind also keine Begriffe und Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen, sondern sie ergänzen sich gegenseitig." . . . .

Wir sind, Parteigenossen, aber auch keine Separatisten. Wir wollen uns separieren nur von dem Unverstand, mit dem unabänderliche Tatsachen bei uns begriffen werden. Aber die Absicht einer Separation von der Internationale oder von unseren deutschen Brüdern in Oesterreich uns zuzuschieben, ist ein Unding. Wir werden, Parteigenossen, in der deutschen Presse, speziell in Deutschland, diffamiert, wir werden als diejenigen hingestellt, die die Wirren in die österreichische Sozialdemokratie hineingetragen und die die Lebenskraft des österreichischen Proletariats gelähmt haben. Tatsache ist, daß in Oesterreich fast alle gewerkschaftlichen Organisationen auseinandergegangen sind in dem Sinne, daß sich selbständige Gewerkschaften gebildet haben und daß der Kopenhagener Kongreß nicht imstande war, diesen Prozeß aufzuhalten oder eine Revindikation herbeizuführen. Das alles aber sind Symptome einer schweren Krisis, die in

Oesterreich der Internationale beschieden ist und die überwunden werden muß. Wir sind zu stark und zu schnell gewachsen. Die Partei hat das allgemeine Wahlrecht erobert und ist mit einem Schlage zu einer parlamentarischen Macht mit etwa 80 Mandaten geworden. Eine große Reihe von Fragen, an denen die Partei früher vorübergehen konnte, sind lebendig geworden und rufen nach Lösung. In Oesterreich sind zwei Parteien vorhanden, die tschechische und die deutsche. In der Art ihrer Ausdehnung liegt die Zukunft in Oesterreich. Wir haben, Parteigenossen, schwer beklagt, daß einer der hervorragendsten Männer der deutschen Sozialdemokratie und ein Träger der Wissenschaft in diesen Kampf eingetreten ist, wobei er das erste Gebot der Objektivität und Kritik fallen gelassen hat. Ich glaube, mit Brandfackeln und Kriegsproklamationen wird man nichts ausrichten können da, wo nur Ruhe und Objektivität Heilung bringen können. Und kann die österreichische Internationale nicht als eine mathematische Einheit existieren, so kann sie doch weiter bestehen als eine Konföderation, in der große Einheiten zusammengefaßt werden. Und wenn die ruhig denkenden Männer der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich die Ueberzeugung gewinnen werden, daß die stramme Zentralisation in Oesterreich, speziell was die tschechische Sozialdemokratie anlangt, ein Ding der Unmöglichkeit ist, so bleibt nur ein technisches Problem, das zu lösen nicht unmöglich ist. Auch in der Gewerkschaft wünscht das tschechische Proletariat nur so viel Bewegungsfreiheit, als unbedingt nötig, und so viel Vertrauen verdient es schon, daß es im Moment der Gefahr alles aufbieten wird, um der gemeinsamen Sache des Proletariats zum Siege zu verhelfen. . . .“ (S. 176 ff.)

Stein-Wien (Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs):

„Sehr verehrte Parteigenossen und Genossinnen, als eine Art Verkörperung des österreichischen Jammers komme ich hieher als Vertreter der von der Not der Verhältnisse geschaffenen politischen Organisationen der zentralistischen internationalen tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Ich bin nicht hieher gekommen, um Klagen zu erheben, denn zum Klagen fühlen wir uns zu stark, da wir auf den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses und den bewährten sozialistischen Prinzipien fußen. Wir sind auch nicht hieher gekommen, um irgendwelchen Sentimentalitäten nachzugehen, sondern Ihnen zu sagen, daß wir aus Ihren Verhandlungen, aus der Geschichte Ihrer Partei neue Kraft schöpfen und mit Leidenschaftlichkeit und Ausdauer den schweren, leidvollen Kampf für die Erhaltung der einheitlichen internationalen gewerkschaftlichen Organisationen in Oesterreich führen wollen, und uns bemühen, soviel an uns liegt, eine einheitliche Partei in Oesterreich zu erreichen. . . .“ (S. 178.)

Dr. Viktor Adler-Wien:

„. . . Wir haben eine herrliche Kultur! In diesem Moment ist unser großes herrliches Deutschland, sind unsere großen herrlichen Reiche in ganz Europa bedroht von Krieg, Hungersnot und Pestilenz, als ob noch alles so wäre, wie vor vielen hundert Jahren. Wir haben alle die Empfindung, daß mit der Abnahme der Fähigkeit der herrschenden Klassen, die Welt zu beherrschen, das Proletariat die Fähigkeit gewinnen muß, entscheidend einzugreifen. Wir haben alle das Bewußtsein, daß der eigentlich wichtige geschichtliche Prozeß dort vorgeht, wo das Proletariat in allen Ländern langsam, langsam, aber mit wachsender Stärke und Intensität Kraft gesammelt, um die Geschicke der Welt in die Hand zu nehmen. Die heute herrschen, stehen, obwohl sie alle Macht in Händen haben, der Hungersnot wehrlos gegenüber und ebenso dem Kriege, wir wissen nicht in diesem Moment, ob sie ihn werden hindern können. . . . Ich komme aus Oesterreich, aus dem Lande der tragischen nationalen Konflikte, und wenn Sie hier einen kleinen Ausschnitt davon zu hören bekommen haben, so bitte ich Sie, nicht allzu weitgehende Schlüsse aus diesen Konflikten zu ziehen. Parteigenossen, wir deutsche Sozialdemokraten in Oesterreich, die von Euch getrennt sind nur durch die Grenze, durch sonst aber gar nichts, die mit Euch geboren wurden, die mit Euch gewachsen sind, haben wohl das schwerste und komplizierteste Geschäft, das je einer Sozialdemokratie zugedacht war. Ich bin darin mit meinem Vorredner einverstanden, daß hier nicht der Ort ist, um unsere Schmerzen vor Sie zu bringen, um Fragen zur

Entscheidung, auch nur zur Beurteilung zu bringen, an denen wir uns jahraus, jahrein abplagen müssen. Das eine Wort möchte ich Ihnen aber doch sagen: Wenn es sich in dem Kampfe, der sich leider innerhalb und zwischen den einzelnen nationalen Organisationen in Oesterreich nunmehr entsponnen hat, nur um die nationalen Forderungen handeln würde, die Ihnen Genosse Soukop entwickelt hat, das Recht des tschechischen Proletariats auf tschechische Schulen, auf tschechisches Amt, dann würde dieser Konflikt nicht existieren. (Vielfaches Sehr richtig!) Mehr will ich darüber nicht sagen. (Bravo!) . . .“ (S. 1179.)

Bracke (Frankreich):

„. . . . Im Jahre 1905 zeigten Sie dem internationalen Proletariat, wie der Begriff des Massenstreiks aus dem Reiche anarchistischer Träume auf den Boden der Tatsachen zu übertragen ist, so daß daraus eine zweckmäßige Waffe im Kampfe um die politische Macht wird. Der heutige Parteitag findet vor den Wahlen statt, in einer Zeit auswärtiger Verwickelungen. Da muß das Proletariat der verschiedenen Völker gegen den Imperialismus im Interesse des Weltfriedens protestieren. Gegenüber den Kapitalisten und ihren Interessen, die sich in der Marokkofrage um den Profit streiten, bin ich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß das französische Proletariat mit dem deutschen Proletariat durch die intimsten Solidaritätsgefühle verbunden ist. (Lebhafter Beifall.) Es weiß sich eins mit dem deutschen Proletariat und mit der ganzen Internationale, mit der ganzen Arbeiterpartei. (Erneuter Beifall.) Wir werden mit Ihnen allen zusammen arbeiten, um die kapitalistische Festung zu sprengen und damit für immer die Gefahr der Konflikte und der Kriege zu beseitigen. Glück auf denn! Hoch der Parteitag! Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch die internationale Arbeiterpartei! (Stürmischer Beifall.)“ (S. 182 f.)

Quelch (London):

„Ich komme hieher, um Euch die brüderlichen Grüße der sozialdemokratischen Partei Großbritanniens zu überbringen, um Euch deren Mitgefühl und Teilnahme bei der gewaltigen Aufgabe, die Ihr zu leisten habt, auszusprechen, sowie die tiefe Bewunderung für die Arbeit, die Ihr schon geleistet habt. . . .

Ihr versammelt Euch hier zu einem Zeitpunkt, der für die internationale Sozialdemokratie äußerst wichtig ist. Es hat Krisen gegeben, Gerüchte und Vorahnungen von Konflikten zwischen den Großmächten Europas. Die geheime Diplomatie und die kapitalistischen Interessen haben die Beziehungen der Großmächte zueinander getrübt. Ich erkläre hier möglichst nachdrücklich im Namen der sozialdemokratischen Partei Englands, daß wir mit Euch vollkommen einig sind in der Verurteilung dieser geheimen Diplomatie und dieser kapitalistischen Interessen. Wir erklären, daß keiner der Streitpunkte einen Gegenstand des Zankes im internationalen Proletariat bilden kann, daß nichts auf dem Spiele steht, was des Blutes eines einzigen deutschen, französischen oder englischen Proletariers wert ist. (Lebhafter Beifall.)

Eine solche Zusicherung unsererseits sollte angesichts unserer bisherigen Tätigkeit kaum nötig sein; angesichts der Hartnäckigkeit, mit der wir den Chauvinismus und Imperialismus in England von jeher bekämpfen, angesichts unserer Agitation gegen den Burenkrieg und der Unterstützung, die wir der nationalistischen Bewegung in Indien und Aegypten immer zuteil werden lassen. Diese Zusicherung scheint aber geboten infolge von Mißverständnissen und Mißdeutungen einer auf unserer Jahreskonferenz angenommenen Resolution. Jene Resolution wurde von unseren Feinden und auch von einigen Freunden so aufgefaßt, als stellten wir uns damit im Falle irgendwelcher Streitfragen zwischen den europäischen Mächten an die Seite der Chauvinisten und Imperialisten. Das Gegenteil ist richtig. Die Resolution sprach sich ausdrücklich gegen den Imperialismus und Militarismus sowie gegen die Ausdehnung der Rüstungen aus. Sie tat dies, während sie die Notwendigkeit anerkannte, unter den obwaltenden Umständen eine für die nationale Verteidigung ausreichende Flotte zu erhalten.

Dadurch ist unsere Erklärung gegen den Imperialismus und die Rüstungen nach unserer Ansicht nicht abgeschwächt, sondern vielmehr gestärkt worden. Wir als Sozialdemokraten sind weder Antinationalisten noch Imperialisten, sondern Internationalisten.

Wir glauben an die nationale Autonomiie und an die internationale Föderation. Während wir daher bereit waren, selbst bei beträchtlicher persönlicher Gefahr das Recht der Buren geltend zu machen, für die Verteidigung ihrer Autonomie zu rüsten und zu kämpfen, konnten wir vernünftigerweise dasselbe Recht England nicht verweigern noch irgendeiner anderen Nation. Wir wollten aber nicht etwa der herrschenden Klasse Großbritanniens unsere Unterstützung bei irgendeinem Streitpunkt zusagen, den sie mit der herrschenden Klasse eines anderen Landes haben mag. Wir betrachten Britannien als eine Seeräubermacht, die mit Beute übersättigt ist und die ängstlich bemüht ist, irgendeinen Teil ihrer mit Unrecht erworbenen Güter zu verlieren, und die durch diese Angst in die schädlichsten Bündnisse mit dem reaktionären Despotismus hineingetrieben wird. Das britische Proletariat hat kein Interesse daran, der herrschenden Klasse Britanniens das Eigentum an dieser Beute zu bewahren und diese schädlichen Bündnisse zu verteidigen. Es gibt keinen Sozialdemokraten in England, der einen Finger erheben oder einen Groschen bewilligen würde, um die Integrität des mit Blut und Verrat gefestigten britischen Reiches aufrecht zu erhalten. Wenn das ganze Proletariat Großbritanniens von diesen Gefühlen beseelt wäre, so wäre ein Krieg infolge dieser Konflikte absolut unmöglich. Wie die Sache nun aber liegt, sind wir eine Minorität. Wir können nur alles tun, was in unserer Macht steht, um dem Volke die Wahrheit einzuschärfen, daß kein wahrer Grund für irgendwelchen Hader zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder vorhanden ist. Ihre Interessen sind die gleichen. Der Feind ist nicht in irgendeiner anderen Rasse oder Nation zu erblicken, sondern im internationalen Kapitalismus. In dieser Propaganda haben wir die allgemeine Zustimmung unserer Arbeiterklasse gewonnen, in der Theorie, wenn nicht in der Praxis, und wenigstens mit dem Resultat, daß die vor kurzem gehaltene kriegerische Rede unseres „pazifistischen" Schatzkanzlers Lloyd George fast allgemeine Verurteilung fand außerhalb der chauvinistischen und imperialistischen Kreise.

Jedenfalls dürfen sich die deutschen Genossen auf die britischen Sozialdemokraten verlassen. Bei irgendwelchen internationalen Komplikationen werden sie ihre Pflicht erfüllen und alles tun, was in ihrer Macht steht, um den Frieden zu sichern. Ich persönlich bedauere, daß wir während dieser Krise keine Gelegenheit hatten, mit Euren Vertretern die Lage zu besprechen und gemeinsame Maßnahmen zu beschließen. Ein europäischer Krieg wäre das größte Unglück für die Arbeiterklasse und die internationale Sozialdemokratie. Keine Anstrengung unsererseits sollte gespart werden, um ein solches Unheil abzuwenden. In der Zuversicht, daß Ihr von denselben Gefühlen durchdrungen seid und von derselben Hoffnung für die Zukunft beseelt seid, danke ich Euch für die freundliche Aufnahme hier und beglückwünsche Euch zu Eurem Parteitag. Ich wünsche der großen deutschen Sozialdemokratie den besten Erfolg für ihre Arbeiten für das deutsche Volk und für die internationale Sozialdemokratie. Es lebe die Internationale! (Lebhafter Beifall.)" (S. 183 f.)

Vandersmissen (Vertreter der belgischen Partei, spricht französisch, seine Ausführungen werden von der Genossin Zetkin übersetzt):

„Genossinnen und Genossen! Als Delegierter der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens überbringe ich die Grüße des belgischen Proletariats. In der Armee der internationalen Sozialdemokratie repräsentiert Belgien nur ein verhältnismäßig kleines Land, aber innerhalb dieses Landes ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei bemüht, immer mehr an Kraft und Stärke zu gewinnen, und bei diesem Bemühen zur äußeren und inneren Entwickelung hat die belgische Sozialdemokratie, haben die belgischen Gewerkschaften, Anlehnung, Anfeuerung und Nachahmung suchend, immer nach Deutschland hinübergeblickt. Sie sind vor allem erfüllt von Bewunderung für die festgefügte einheitliche Organisation, welche die Bewegung der deutschen kämpfenden Arbeiterklasse kennzeichnet. Sie sind auch erfüllt von Bewunderung für die freigewollte und angenommene Disziplin, mit welcher die von den Organisationen gegebenen Richtlinien befolgt werden. Und sie sind weiter von Bewunderung erfüllt für die unwiderstehliche Energie, mit welcher das deutsche Proletariat seine Ueberzeugungen aus der Theorie in die Praxis umgesetzt hat. . . ." (S. 185.)

Topalowic (Vertreter für Serbien und Bosnien):

„Ich komme weit von hier, aus den Balkanländer. Es ist zum erstenmal der Fall, daß ein Orientale auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erscheint.... Es ist Ihnen bekannt, daß die Balkanhalbinsel politisch zerspalten ist. So hat die europäische Diplomatie die Dinge eingerichtet, um jeden Teil unfähig zum selbständigen Leben zu machen, aber fähig, um Pandurendienste den verschiedenen Großmächten zu leisten. Selbst auf die Gefahr, der hohen Diplomatie verhaßt zu werden, beachten wir Sozialdemokraten diesen Status quo gar nicht. Wir haben auf Grundlage derselben ökonomischen Entwickelung, derselben politischen und ökonomischen Bedürfnisse eine sozialistische Einheit im Balkan geschaffen, und es ist unseren gemeinsamen Bemühungen überall gelungen, die größten Fortschritte zu machen. In dem durch den Klerikalismus verseuchten Kroatien zählen wir heute bis zehntausend gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter. (Bravo!) In dem Kolonialgebiet Bosnien und der Herzegowina scharen sich um die Fahne der Sozialdemokratie über zehntausend Arbeiter und Arbeiterinnen. (Bravo!) Derselbe Fall ist in Griechenland. In Serbien zählen unsere Organisationen über 20,000 Mitglieder. In Bulgarien haben die sozialdemokratischen Kandidaten bei den letzten Parlamentswahlen 40,000 Stimmen auf sich vereinigt. (Bravo!) Eine rege Bewegung besteht auch in Rumänien, wo das wilde junkerliche Regiment von dem russischen Zaren gelernt hat, wie man die proletarische Bewegung behandeln soll. Auch in der Türkei gibt es zurzeit etwa 50,000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und in allen Städten sind lokale sozialistische Gruppen gegründet. Das jungtürkische Militärregiment unterdrückt mit eiserner Faust jede politische Betätigung im Lande überhaupt. Aber trotzdem ist es uns durch die mühsame Geheimarbeit, die Anfertigung von Zeitungen und Flugschriften auf dem Boden von Serbien und Bulgarien gelungen, auch in der Türkei überall vorwärts zu dringen. Wie Sie aus diesen Angaben sehen, sind die ersten 150,000 Sozialdemokraten im Balkan schon da. Und gelingt es unseren Bemühungen, auch in der Türkei, wo zurzeit über eine Million Arbeiter unter dem Joche des Kapitalismus fronden, eine einheitliche Partei zu gründen, so seien Sie sicher, die Lösung der Orientfrage wird nicht im Sinne des russischen Absolutismus, nicht im Sinne des europäischen Großkapitalismus erfolgen, sondern im Sinne des revolutionären Sozialismus. (Bravo!) Unsere Zukunft liegt in der wirtschaftlichen Entwickelung unserer Gegenden. Wir leiden nicht nur unter dem Druck des einheimischen Kapitalismus, sondern auch unter den kolonialpolitischen Maßnahmen der europäischen kapitalistischen Großmächte. (Hört! hört!) Nicht nur, daß dadurch die schnelle wirtschaftliche Entwickelung unserer Gegenden gewaltig gehemmt wird, sondern unsere Länder stehen immer in Gefahr, von dem großen kapitalistischen Ungeheuer verschlungen zu werden. In Zukunftsausblicken haben wir nur einen Beschützer in der Welt: das ist der prinzipielle Gegner jeder Kolonialpolitik und jeder Unterdrückung, das ist das sozialistisch geschulte internationale Proletariat. (Bravo!) Wir sind Ihnen dankbar als unserem Lehrer in der Gegenwart, denn unsere ganze politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung, unsere Presse, unsere Literatur ist nur ein Abbild von dem, das wir bei Ihnen gefunden haben. Wir sind Ihnen aber auch dankbar als unserem Beschützer in der Zukunft. Wir werden Ihnen dadurch danken, daß wir auch den letzten Mann in die Reihen der Klassenkämpfer einführen werden. Wir werden Ihnen dadurch danken, daß wir alles tun, was die sozialistische Internationale, was der Generalstab der nächsten sozialen Revolution von uns fordert. Wenn unsere Patrioten, unsere Nationalisten kriegslustig sind, so sind wir Sozialdemokraten revolutionslustig. . ." (S. 185 ff.)

In Chemnitz **1912** sprachen u. a.:

Branting-Stockholm:

„. . . Wir sind gewohnt, auf den deutschen Parteitag mit der sicheren Ueberzeugung zu sehen, daß daraus immer etwas für die ganze Internationale Wertvolles herauskommen wird, und wir sind auch diesmal überzeugt, daß dieser Parteitag sich würdig der langen Reihe seiner Vorgänger anschließen wird, so daß die deutsche Bruderpartei nach ihrem gewaltigen Wahlsieg zu Anfang dieses Jahres immer

mehr die Macht bekommen wird, so daß uns von Deutschland das Signal gegeben werden kann, daß endlich die Arbeiterschaft eines großen Landes die politische Macht inne hat, um das Banner der Freiheit der arbeitenden Bevölkerung über die ganze Welt flattern zu lassen. . . ." (S. 196.)

Genosse de Brouckère-Brüssel hielt eine französische Ansprache, die von Grumbach-Paris übersetzt wurde. Der Redner führte aus:

„. . . Ehe ich Ihnen die brüderlichen Grüße und die besten Wünsche der belgischen Partei überbringe, fühle ich mich verpflichtet, Ihnen in aller Kürze die Situation in Belgien zu kennzeichnen. In unserer internationalen Familie sind ja die Sorgen der einen die Sorgen der anderen."

Nach Schilderung der belgischen Generalstreiksvorbereitungen zur Erringung des Wahlrechts fährt de Broukère fort:

„. . . Wir werden um so mutiger kämpfen, wenn wir wissen, daß wir von der Sympathie der Sozialdemokratie der ganzen Welt umgeben sind. Unsere Sache ist ja schließlich die Sache aller. Wir können den Engländern sagen, daß auch sie daran interessiert sind. Den Franzosen ebenfalls! Denn heute ist es möglich, daß die von ihnen verjagten schwarzen Truppen sich in Belgien niederlassen und von dort aus den Kampf gegen die weltliche Schule in Frankreich führen. Auch die Deutschen haben Vorteil davon, wenn wir siegen. Ich muß mir hier einige Reserve auferlegen, wenn ich von Deutschland spreche. Aber an das preußische Wahlrecht denken Sie wohl alle, an den Kampf, den es erfordert. Ich erinnere an das Wort Bismarcks vom Jahre 1875: „Es ist notwendig, Belgien, diesen Hort der Reaktion, einem anderen Wege zuzuführen." Der Sozialismus vor allem hat ein Interesse daran, daß Belgien, das heute der ärgste Hort der schwärzesten Reaktion ist, von einem neuen Geist erfüllt wird. (Stürmischer Beifall.)" (S. 197 ff.)

Cachin-Paris hält in französischer Sprache eine Anrede, die von Genossin Klara Zetkin übersetzt wird:

„Genossinnen und Genossen! Genosse Cachin, Gemeinderat von Paris, hat den Auftrag erhalten, der deutschen Sozialdemokratie zu ihrer gegenwärtigen Tagung die herzlichsten Brudergrüße der französischen sozialistischen Partei zu überbringen. Er hat hier seinen Dank zunächst dafür auszusprechen, daß die deutsche Partei zum letzten Jahreskongreß der französischen Bruderpartei den Genossen Müller vom Parteivorstand entsendet hatte, ferner dafür, daß gelegentlich der internationalen Manifestationen für den Frieden die Genossen Scheidemann und Weill als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie ihre Worte mit denen ihrer französischen Brüder vereinigt haben. Mit Genugtuung kann Genosse Cachin konstatieren, daß die französische sozialistische Bewegung gute Fortschritte gemacht hat. Und welches ist der Ausgangspunkt gewesen? Die Einigung, welche sich auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Amsterdam auf das Drängen der gesamten Internationale hin vollzogen hat. Gegenwärtig sind nicht mehr die Wolken der Zwietracht, der Uneinigkeit am Himmel der sozialistischen Bewegung in Frankreich und die Einigkeit gelangt zum Ausdruck in einer größeren Aktionsfähigkeit der Partei. Sie tritt auf allen Gebieten der Betätigung zutage und sie hat auch ihren finanziellen Ausdruck gefunden darin, daß in wenigen Wochen 200,000 Franks von Parteimitgliedern aufgebracht wurden, die notwendig waren, um das Organ der Partei, die „Humanité", weiter auszugestalten. Die geeinigte französische Partei verfolgt unablässig mit leidenschaftlicher Spannung die Fortschritte der deutschen Sozialdemokratie. Sie ist voller Bewunderung für die ruhige, selbstsichere Kraft, mit welcher die deutsche Bruderpartei ihren Weg geht. Eine ruhige, selbstsichere Kraft, dank deren sie sich mit der Unwiderstehlichkeit einer Naturmacht selbst durchsetzt. Diese kraftvolle Betätigung ist um so notwendiger, als heute die Sozialisten aller Länder die Aufgabe zugewiesen bekommen haben durch die geschichtliche Entwicklung, die Hüter des Friedens zu sein. Die französische Partei läßt es daran nicht fehlen. Sie protestiert gegen den verbrecherischen, mordspatriotischen Widersinn, gegen die wachsende Profit- und Machtlüsternheit der herrschenden Klassen. Sie protestiert nicht bloß, sie handelt auch. Das

hat sie bewiesen im vorigen Sommer, als wegen der Marokkoaffäre die Gefahr eines Weltkrieges wie ein Alpdruck auf allen Kulturnationen gelastet hat. Da hat es die französische Partei sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments nicht an Aktionen fehlen lassen und sie ist bereit, allen kriegerischen und profitlüsternen Abenteuern ähnlicher Art entgegenzutreten, entsprechend der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart durch Anwendung aller Mittel, welche die Stärke der Partei in ihre Hand gibt. Nun stellt man heute den Genossen Frankreichs die deutschen Sozialdemokraten als nationale Musterknaben dar, genau wie in Deutschland ja die deutsche bürgerliche Presse das gleiche törichte Spiel treiben wird.

Angesichts dieser Versuche ist es um so nötiger, daß der internationale Zusammenhang zwischen den Bruderparteien immer enger wird. In diesem Zusammenhang kann er gar nicht genug hervorheben, von welcher Wirkung die Rede Scheidemanns bei der internationalen Kundgebung im Saal Wagram zu Paris gewesen ist und in der er das bekräftigte, was unsere Genossen Jaurès und Vaillant bei derartigen Gelegenheiten stets erklärt haben. Er bittet, immer wieder in diesem Sinne tätig zu sein, und hofft, daß die Pariser bei einer späteren Gelegenheit wieder einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Deutschen Reichstags begrüßen werden können. (Heiterkeit.) Indessen, sie werden sich auch mit weniger begnügen. (Erneute lebhafte Heiterkeit.) In diesem Augenblick nehmen die Generale, Kaiser und Könige Revuen über die Truppen ab, die bereit sein sollen, den Brudermord zu vollziehen. In demselben Augenblick hat aber auch die deutsche Sozialdemokratie ihre Truppen zu einer großen Revue zusammenberufen, geht sie daran, ihre Mittel im Kampf zu revidieren und zu vervollkommnen. Er grüßt diese Armee, die die Zukunftsgesellschaft vorbereitet, die Gesellschaft der von den Schrecken des Kapitalismus befreiten friedlichen Menschheit. Er grüßt uns im Namen des Paris der Kommune, im Namen der französischen Sektion der Internationale mit dem Ruf: Ehre und Ruhm der deutschen Sozialdemokratie, die unaufhörlich an Macht und Reife gewinnt. Es lebe die soziale, die internationale Revolution! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)" (S. 199 f.)

Reichsratsabgeordneter Karl Seitz-Wien:

„. . . Sie haben Ihre Tagesordnung erweitert um einen Gegenstand, der auch für uns Oesterreicher von weittragender Bedeutung ist: Sie werden auch eintreten in eine Diskussion über die Frage der Teuerung. Ich maße mir nicht an, Ihren Beratungen vorzugreifen, und kenne auch zu wenig Ihre Verhältnisse, um etwa abschätzen zu können, ob die Aktion, die Sie einleiten, unmittelbar Erfolg haben wird. Aber das eine hoffen auch wir Oesterreicher, daß eine mächtige Antiteuerungsbewegung in Deutschland einsetzen und bestimmend wirken wird für die Vorarbeiten, die die Regierungen jetzt schon beginnen für die nächsten Handelsverträge. Wir hoffen, daß diese Aktion bestimmend sein wird für den Inhalt des autonomen Zolltarifs in Deutschland und damit für die künftigen Handelsverträge. Wir hoffen das, weil wir wissen, daß auch in dieser Frage Deutschland tonangebend ist und seine Verträge und sein Tarif bestimmend sein werden für die Tarife und Verträge für andere Länder, insbesondere aber für die Ausgestaltung der Handelspolitik in Oesterreich. Deshalb ist das österreichische Proletariat an Ihrem Erfolg in dieser Frage unmittelbar interessiert. Wenn Ihr Vorsitzender und mehrere meiner Vorredner verwiesen haben auf die Bande der Solidarität, die uns mit Ihnen verknüpfen, so denken wir, daß gerade diese Frage zeigt, wie es sich bei unserer Solidarität nicht bloß um nebulose Gefühle handelt, sondern daß sie die Konsequenz wirtschaftlicher Bedingungen ist, daß die Solidarität der Arbeiterklasse nicht nur Sache der Empfindung, sondern ganz nüchterne, trockene Klassenpolitik ist, deshalb wünschen wir Ihnen den besten Erfolg. Wir wissen, daß Ihre Erfolge auch die unseren sind, wir wünschen Ihnen deshalb weiteres mächtiges Wachstum der deutschen Sozialdemokratie, und wir versprechen Ihnen, daß auch wir unser Möglichstes beitragen werden, um Ihnen nachzustreben. Die Solidarität der Arbeiterklasse ist etwas wesentlich anderes, als die heuchlerischen Sympathien der Offiziellen der einzelnen Staaten, und während sich unsere Klassengegner ergehen in heuchlerischen Friedensversicherungen, die aber begleitet sind von einem wahnsinnigen Vorwärtsrüsten und von der wahnsinnigen Ausgestaltung des Militarismus, erwächst in der Klasse der Arbeiter die wahre, wirkliche Internationalität. Sie ist die Grundlage des künftigen Friedens, und je mehr wir in den ein-

zelnen Staaten arbeiten an unserer Organisation, desto mehr können wir hoffen, daß einst der Tag kommen wird, an dem wir den Feinden unserer Masse in allen Ländern zurufen können: Hütet euch vor einem Weltkrieg, denn der Weltkrieg wird das Weltgericht Eurer Klasse sein! (Lebhafter Beifall.)" (S. 201.)

Viktor Stein-Wien:

„. . . Als ich im vorigen Jahre zum erstenmal unter Ihnen weilte, wußte ich Ihnen allerlei von dem österreichischen Parteijammer zu erzählen. Wir sind diesmal als lebendiger Beweis der Unbesiegtheit des Internationalismus und der sozialdemokratischen Prinzipientreue auch in den Reihen des tschechischen Proletariats zu Ihnen gekommen. (Beifall.) Wir haben ein Jahr furchtbarer Kämpfe hinter uns, aber wir haben auch große Erfolge erzielt. . . Die tschechische Arbeiterpartei beginnt sich mit neuem Vertrauen um die Fahnen des Internationalismus zu scharen. (Lebhafter Beifall.) Und das größte und schönste Errungene ist, daß man anfängt, von der einheitlichen österreichischen Sozialdemokrate zu sprechen. (Lebhafter Beifall.) Wenn auf diesem Parteitage die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Proletariats machtvoll dokumentiert wird, dann muß der Wunsch laut werden, daß dem Proletariat der ganzen Welt überhaupt eine Spaltung irgendwo erspart wird. (Lebhafter Beifall.) Und dort, wo eine Spaltung herrscht, da möge sie bald Platz machen der größten und wichtigsten Voraussetzung unserer Erfolge: der Einheitlichkeit unseres Proletariats. (Erneuter lebhafter Beifall.)" (S. 203.)

Axelrod-Zürich (Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Rußlands):

„. . . Es ist ja kein Geheimnis, daß die Parteiverhältnisse in Rußland sehr traurig waren. Die Ereignisse dieses Jahres zeigen, daß wir in Rußland wieder vor einer Wendung der Dinge stehen. Da ist es vor allem notwendig, daß die Sozialdemokraten sich sammeln. Da muß eine Einigung der sozialdemokratischen Richtungen in Rußland erfolgen. Neuerdings hat eine Konferenz stattgefunden, auf der fast sämtliche Richtungen in Rußland vertreten waren. Auf dieser Konferenz wurde zum erstenmal erklärt, daß die verschiedenen Richtungen, die sich bisher bekämpft haben, endlich zusammengehen müssen, daß sie sich einigen müssen und daß sie sich nicht mehr befehden dürfen. (Lebhafter Beifall.) Ich war zuerst skeptisch, bin aber über dieses Resultat sehr erfreut. Der erste Schritt ist getan. Eine Gesundung der Parteiverhältnisse in Rußland steht bevor. Die Organisationen sind erstarkt. Die Stimmung der Massen steht zu unseren Gunsten. Ich erinnere an die großen Maifeier-Demonstrationen, z. B. in Petersburg. Bei unserem Kampfe brauchen wir aber auch die moralische Mithilfe der Genossen der anderen Länder, besonders der deutschen. Wir wünschen Ihnen weiter glänzende Erfolge. (Lebhafter Beifall.)" (S. 203.)

In Jena **1913** sprachen:

Pernerstorfer-Wien:

„. . . Wir werden zwar manchmal verdächtigt, daß wir Opportunisten sind, aber glauben Sie das nicht. (Nein, nein! — Heiterkeit.) Wir sind sehr ernsthafte Sozialdemokraten. Diese Verdächtigungen haben ja vielleicht ihren Grund darin, daß man Oesterreich so schwer verstehen kann. Verstehen die Oesterreicher doch selber oft ihr Land nicht, wie soll der Ausländer es verstehen. (Heiterkeit.) Aber schon der Umstand allein, daß ein Mann von der Bedeutung Viktor Adlers an unserer Spitze steht und die Politik leitet, kann Ihnen die Zuversicht geben, daß wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich unsere internationalen Pflichten streng im Auge haben, daß wir Sozialisten sind im Sinne Bebels. Das heißt Sozialisten, die nicht allein, was selbstverständlich notwendig ist, die Pflichten des Tages immer im Auge haben und die die Arbeit des Tages nicht eine Stunde versäumen, sondern Sozialisten im Sinne Bebels, der in die Zukunft geschaut hat. Wenn irgendwelche Vorteile in der Arbeit des Tages erreicht werden können — wir bestreben uns und bemühen uns, als ob das das einzige Ziel unseres Daseins wäre. Aber unser Auge ist fest gerichtet auf die Zukunft, unser Auge läßt nicht ab von dem Flammenzeichen des sozialistischen Zukunftsstaates, und wir wissen und sind uns bis in die tiefsten Fasern hinein dessen bewußt, daß nur dann, wenn wir unser Endziel erreicht haben, das in die Wirklichkeit treten wird, was wir wollen: die wahre Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen. . ." (S. 209.)

Keir Hardy (Genosse Dr. Frank gibt die Uebersetzung):

„Ich bringe den deutschen Genossen die brüderlichen Grüße der englischen Arbeiterpartei, also die Grüße von zwei Millionen Gewerkschaftlern und von 60,000 organisierten Sozialisten. Wir empfinden mit Euch tief den schweren Verlust, den Ihr durch den Tod von August Bebel erlitten habt. August Bebel gehörte zu Euch durch die Geburt, er gehörte uns wie der ganzen Welt durch sein Werk, durch sein Wirken für den Sozialismus. Dieses Werk trägt auch bei uns in England Früchte. Die Arbeiterbewegung ist seit einiger Zeit in kräftigem Wachstum bei uns begriffen, die Gewerkschaften haben im Laufe der letzten zwei Jahre eine Million Mitglieder gewonnen und gleichzeitig mit der Zahl der Mitglieder wächst auch der Geist der Arbeitersolidarität. Das zeigt sich nicht bloß auf den Gebieten der gewerkschaftlichen Arbeit, sondern vor allem auch in der politischen Bewegung. Wir sind eben im Begriff, unter Führung und Mithilfe des Internationalen Sozialistischen Bureaus alle sozialistischen Gruppen Englands zusammenzuschmieden zu einer großen sozialistischen Partei. (Lebhafter Beifall.) Wir folgen dabei dem schönen Beispiel der Einigkeit, das uns von der deutschen Sozialdemokratie gegeben worden ist. Diese Einigkeit ist auch dringend notwendig, denn auf der anderen Seite sehen wir, daß die Kapitalisten ihre Reihen schließen, ihre Organisationen stärken, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. Polizisten, Soldaten und Gerichte wirken in diesem Sinne zusammen. Das weckt aber wieder neue Kräfte in der Arbeiterklasse. Vor allem sehen wir, daß der Kampf gegen den Militarismus erstarkt ist. Den Völkern werden durch die Rüstungen zu Land und zu Wassser so gewaltige, unerträgliche Lasten auferlegt, daß der schärfste revolutionäre Kampf dagegen unvermeidlich ist. Sache der Sozialisten ist es, in diesem Kampfe die Leitung zu haben. Es ist eigentlich seltsam, daß die herrschenden Gewalten dieser Gefahr sich aussetzen, denn die Entwicklung geht offenbar in anderer Richtung. Wir sehen, daß der Handel, die Industrie, die Kunst, die Wissenschaft internationale Erscheinungen sind, und wir sehen gleichzeitig, wie die Solidarität der Arbeiterklasse täglich wächst. Da müßte es die höchste Aufgabe der europäischen Staatsmänner sein, nicht die Verhetzung der Völker durch die ständigen Rüstungen zu steigern, sondern den Frieden und die Versöhnung der Völker zu fördern und schließlich die Vereinigten Staaten von Europa herbeizuführen. (Beifall.) Wir sehen aber, daß die verantwortlichen Staatsmänner ihre Pflicht nicht tun, sondern auf entgegengesetzte Ziele hinarbeiten. Vor allem sehen wir, daß sie die für den Frieden fechtende Demokratie bekämpfen. Es wäre den Staatsmännern möglich, innerhalb des Lebens einer Generation auf die Rüstungen zu verzichten und den internationalen europäischen Frieden zu verankern. Wenn die Staatsmänner ihre Pflicht nicht tun, so tut eine andere Macht ihre Pflicht, das ist die internationale Sozialdemokratie. In jedem Staat, in jedem Lande wächst ein Staat im Staate heran, das ist die sozialistische Partei. Dieser neue Staat, den wir keimen sehen, wird nicht gegründet sein auf die Gewalt, sondern gegründet auf Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit. (Beifall.) Ich bringe Euch wiederholt die Grüße der englischen Arbeiter und ich wünsche Euren Kämpfen und den Arbeiten Eures Parteitages den besten Erfolg. Ich schließe mit dem Rufe: Hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch die Sozialdemokratie, in deren Reihen die deutsche Sozialdemokratie immer als Vorkämpferin sich bewährt hat! (Lebhafter Beifall.)" (S. 210.)

Troelstra-Holland:

„. . . Die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie erregen immer unser höchstes Interesse, nicht nur, weil wir uns auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete als ein Zweig der Bewegung fühlen, sondern auch, weil wir die hohe und immer wachsende Bedeutung der Weiterentwicklung Ihrer Partei für die ganze Internationale anerkennen. Nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiete, sondern auch auf dem der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, der Bildungsarbeit, der Tagespresse hat die deutsche Sozialdemokratie unbestritten die Führung der Internationale. . . Namentlich in Ländern, wo die Sozialdemokratie viel weniger Bedeutung im Volke hat, über so viel weniger Macht von Organisationen und Propagandamitteln verfügt, sehen wir, daß dennoch das Volk oft weit mehr Freiheiten hat als in Deutschland. Es gibt Länder, wo die Sozialdemokratie an Bedeutung der Ihrigen viel nachsteht, aber wo ein konsequent durchgeführtes parlamentarisches System die Errungenschaften unserer Wahlkämpfe zur Geltung kommen läßt in unserer Machi-

stellung der zentralen Regierung gegenüber. Bei Ihnen, wo eine parlamentarische Regierung fehlt, wird besonders dieser Zustand als ein Widersinn, als etwas Unerträgliches, als eine unerhörte Hemmung der sozialen Kräfte empfunden. (Sehr richtig!) Fügt man hinzu, daß von diesen und anderen Umständen, die ich hier nicht zu erörtern brauche, eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern Vorteil hat und Mißbrauch damit in ihrem eigenen Interesse treibt, und daß wohl in Deutschland der Gegensatz zwischen dem Friedenswillen der mächtigsten Partei und dem militärischen Streben der herrschenden Klassen so scharf zutage tritt wie nirgends, dann versteht man es, wie ein Suchen nach neuen Kampfesmitteln neben den parlamentarischen, begründet auf die soziale Stellung der Arbeiterklasse, sich mehr und mehr der Geister in Ihrer Partei bemächtigt. Eine Partei, so groß, geistig und wirtschaftlich so bedeutend wie die Ihrige, muß entweder zur vollen Geltung kommen können in der zentralen Regierung und Gesetzgebung und die so gewonnene politische Macht auch wirklich ausbeuten wollen, oder sie muß durch außerparlamentarische Aktionen das Bedürfnis, die wirklich gewonnene Macht zur Erreichung neuer Positionen zu betätigen, zu befriedigen suchen. (Sehr gut!) In diesem Geist begrüßen wir die Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks auf diesem Parteitag als ein Ereignis von großer Bedeutung, nicht nur für die deutsche Partei, sondern für die ganze Internationale. (Bravo!) Dies gilt auch für die Länder, wo, wie in Holland, das parlamentarische System zwar besteht, aber in seinen Folgen von uns nicht so ausgenutzt werden kann, wie eine bürgerliche Partei es zu tun vermag. . .

Es ist jetzt 20 Jahre her, daß ich zum erstenmal einem deutschen Parteitage beiwohnte. Das war zu Köln 1893. . . Wie groß und stark an Kopf und Gliedern ist das kämpfende Proletariat Deutschlands in den 20 Jahren geworden, wie stolz schreitet überall unsere Bewegung daher. Die Trägerin der geistigen und kulturellen Entwicklung der Millionen, das große anschwellende Heer, das für die höchsten Ideale unserer Zeit kämpft und dessen dröhnender Tritt wie ein schallender Siegeschor die letzten Stadien des sich überlebenden Kapitalismus durchschreitet, der neuen Zeit, dem Siege des Sozialismus, der Befreiung der Massen vor Ausbeutung, Druck und Elend entgegen!

In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag als eine neue Etappe des Kampfes, als eine erneute Bürgschaft des Sozialismus und rufe es dem Vorredner nach: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie lebe hoch! (Lebhafter Beifall.)" (S. 211 ff.)

Vandersmissen-Belgien (mit lebhaftem Beifall begrüßt) spricht in französischer Sprache. Klara Zetkin (ebenfalls lebhaft begrüßt) übersetzt:

„. . . Die belgische Sozialdemokratie hat in Bebel nicht nur den bewunderungswürdigen Führer der deutschen kämpfenden Arbeiterklasse geschätzt und verehrt, sondern auch als hervorragende große führende Gestalt in den Reihen des internationalen Proletariats. Die Kunde von seinem Tode hat in den Herzen aller klassenbewußten belgischen Arbeiter tiefe Trauer ausgelöst. Vandersmissen versichert, daß die belgische Partei mit dem lebhaftesten Interesse das ganze Wirken der deutschen Sozialdemokratie und auch die bevorstehenden Beratungen verfolgt. . . Als im vorigen Jahre Vandersmissen als Vertreter seiner Partei den Beratungen des Parteitages zu Chemnitz beiwohnte, stand die belgische Partei vor den Vorbereitungen zu einem neuerlichen, große Kräfte erheischenden Vorstoße zur Eroberung dieses Wahlrechts. Und es ist als eine moralische Ermutigung, als eine Herzstärkung empfunden worden, daß die belgischen Delegierten die Versicherung nach Hause nehmen konnten, daß die deutsche Arbeiterklasse mit herzlicher Sympathie und bereit zu tatkräftiger Hilfe neben dem belgischen Proletariat stand. . ." (S. 213 f.)

Buchinger-Budapest:

„. . . Wenn das Proletariat der meisten Länder allen Grund hat, auf die Geschehnisse der letzten Zeit mit einer gewissen Traurigkeit zurückzublicken, so hat doch das Proletariat nicht jeden Landes das doppelte Unglück zu erleiden, das wir verzeichnen müssen. Wir mußten erstens hart an der Grenze jener schrecklichen, blutigen Ereignisse des Balkans leben und jeden Moment davor zittern, die Folgen der frevlerischen Dummheit der österreichisch-ungarischen Diplomatie auf uns nehmen zu müssen. Zweitens mußten wir eben zu jener Zeit es erleben, daß auf den Regierungsbänken notorische Diebe sitzen. Sie finden es vielleicht zu drastisch, wenn ich das hier sage, aber Sie müssen sich selbst dessen erinnern, daß kaum vor einigen Wochen der gewesene Ministerpräsident Ungarns von einem königlichen Gericht als der

größte Panamist Europas gebrandmarkt wurde. Und nun haben wir einen am Halse (Heiterkeit), den berüchtigten Tisza, der aus jenen gestohlenen Geldern nahezu eine Million für die Zwecke der Wahl seiner eigenen Person verwendete. . . Dies alles ist natürlich in Ungarn möglich in erster Linie deshalb, weil die Diplomatie Oesterreich-Ungarns auf imperialistische Eroberungen und Siege ausging, dabei natürlich nichts anderes besiegte, als das Volk des eigenen Reiches, und nichts anderes tat, als unsägliches Elend und Not über das Volk zu bringen. In Budapest haben noch im September Riesenversammlungen von Arbeitslosen stattgefunden, und trotz des erhöhten Rekrutenkontingents stehen die Dinge bei uns heute so, daß bei Militärausshebungen nicht einmal der alte Stand aufgebracht werden kann, weil die Flucht nach Amerika wieder so groß ist. . ." (S. 215.)

Platten-Schweiz bespricht die Frage des Generalstreiks:

„. . . Sie betrachten sie unter dem Gesichtspunkt als aktive Kampfeswaffe, um positiv mit dem Generalstreik etwas zu erreichen. Wir sind so weit, daß wir ihn erörtern müssen unter dem Gesichtspunkt, die heute bestehenden Rechte eventuell erhalten, bewahren zu können gegen die Reaktion. Wenn wir in der Schweiz an die Beratung dieses Problems herantreten, werden wir selbstverständlich all das, was wir aus Ihren Beratungen an Gesichtspunkten entnehmen können, uns zunutze machen. Uns wird auch maßgebend sein, was hier von den ausgesprochenen Parteiführern der Internationale gesagt wird. Wir haben also das größte Interesse an Ihrer Tagung und wir wünschen, daß die Partei gestärkt und mit einheitlichem Willen aus den Beratungen hervorgeht, und daß auch fernerhin das deutsche Proletariat bahnbrechend für die Internationale vorangeht. (Stürmischer Beifall.)" (S. 216.)

Peluso-Portugal:

„. . . Die republikanische Regierung hat nicht die Erwartungen erfüllt, die das portugiesische Volk in sie gesetzt hat. . . Trotz alledem hat die portugiesische Partei und alle Gewerkschaften, die ihr folgen, d. h. die aus dem nationalen Verband der Zentralorganisationen bestehenden sechs lokalen Föderationen und 97 Gewerkschaften mit ungefähr 12,000 Mitgliedern, alles, was in ihrer Macht steht, getan, um alle Bewegungen zu vermeiden, die die Festigkeit des neuen Regiments gefährden könnten. Schon deshalb, weil die politische Lage einen sehr komplizierten Anblick darbietet. Es stoßen aufeinander die Leidenschaften der verschiedenen politischen Parteien, jeden Moment tauchen die tückischen Manöver der monarchistischen Konterrevolutionäre auf, oder die verzweifelten Versuche der von den Anarchisten geführten Arbeiter, die von der reaktionären Regierung mit gewalttätigen Verfolgungen bestraft werden. Trotz dieser Krise, unter der ganz Portugal leidet, trotz der hohen Zahl der Analphabeten, die in Portugal 75 Prozent des gesamten Volkes ausmachen, und trotz des Verleumdungsfeldzuges aller Republikaner gegen die organisierten Sozialisten hat sich unsere Organisation mächtig entwickelt. . . Wir haben bei dem Internationalen Bureau in Brüssel die Angliederung der portugiesischen Partei an die Internationale vorgeschlagen und erwarten dessen Entscheidung. Wie Sie sehen, schreitet unsere Partei vorwärts. Die Fehler der republikanischen Regierung, ihre reaktionäre Politik, ihr Verrat an ihrem Programm und ihren Versprechungen in der Zeit der Propaganda gegen die Monarchie haben das portugiesische Volk aufgeklärt, daß es von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten hat und daß sein Platz in den Reihen der Sozialdemokratie ist. . . Wir wollen, daß die Welt, die Internationale der Arbeiter wisse, daß gegen unsere republikanische Regierung, die eine Maskerade der Demokratie ist, im äußersten westlichen Teile Europas es ein organisiertes Proletariat und eine Partei gibt, die für die Befreiung der Arbeiter und für den Sozialismus arbeitet. Wir wiederholen, was wir in der Zeit des monarchistischen Putsches dem Internationalen Bureau mitteilten: Wir sind und bleiben Sozialisten, wir wollen keine Rückkehr zur Vergangenheit, die Republik bedeutet für uns einen Schritt vorwärts, aber wir lassen uns von der Republik nicht alles gefallen. — Zum Schluß wünschen wir Ihren Beratungen besten Erfolg. Es lebe die Internationale, deren Bannerträger die deutsche Sozialdemokratie ist. (Stürmischer Beifall.)" (S. 217 f.)

Camille Huysmans, Sekretär des Internationalen Bureaus in Brüssel (lebhaft begrüßt):

„Der Ausschuß des Internationalen Bureaus hat mich hiehergeschickt, um Sie herzlich zu begrüßen. Aber Vandersmissen und ich sind noch zu anderen Zwecken hierher gekommen.

Wir wollten auf Einladung der Berliner Genossen Ihnen erzählen, wie wir es bei dem belgischen Massenstreik gemacht haben. Nur objektiv wollten wir Ihnen sagen, wie wir eine Bewegung organisiert haben. Das wurde uns nicht gestattet, aber wir trösten uns leicht. Was wir oratorisch nicht machen dürfen, können wir literarisch tun. Wir haben aber noch einen anderen Trost. Wenn es Länder gibt, wo man Sozialdemokraten die Tür weist und sie als unerwünschte Gäste behandelt, so gibt es andere, wie wir von Troelstra gehört haben, wo sie eingeladen werden, selbst in Paläste, wo sie königliche Ratgeber werden. Das ist ein Symbol der wachsenden Kraft wie auch der Varietät unserer Politik.

Im nächsten Jahre werden wir einander in Wien begrüßen. Hoffentlich sehen wir dort die Verwirklichung der sozialistischen Einheit Großbritanniens. Das wird auch noch einen weiteren Erfolg haben, nämlich die Verwirklichung der Einheit in Kanada, in Südafrika und selbst in Australien. Wir hoffen dann auch, daß wir bei einer geeinigten Sozialdemokratie in Oesterreich und Böhmen tagen können.

Seit zwei Jahren wurde unsere Bewegung gekennzeichnet durch eine Vermehrung unseres moralischen Einflusses, weil wir allein vor gewissen Ereignissen unseren Prinzipien treu geblieben sind. Als der Krieg in Italien losbrach, war die Sozialdemokratie allein gegen das ganze Bürgertum. Dasselbe geschah in Bulgarien, Serbien, in den ganzen Balkanstaaten. Wir sind also diesen Genossen unseren Dank schuldig. Heute sieht man, wie klug die Politik der internationalen Sozialdemokratie gewesen ist. (Sehr richtig!) Die Ereignisse haben das bewiesen. Neue wichtige Probleme werden vielleicht in Wien vor uns stehen. Was wir festgelegt haben für Europa, müssen wir vielleicht auch festlegen für andere Erdteile, für Asien, für Persien und für China, wo die junge demokratische Bewegung von den europäischen Geldleuten erwürgt wird.

Der Geist der Melancholie umwehte uns, als wir in den Saal traten. Wir gedenken aber des Wortes des Meisters, des Wortes der Hoffnung, wir bleiben nicht in Trauer stehen, wir gedenken des Wortes, das in allen Sprachen als Symbol erscheint: Forward! sagt der Engländer, en avant! sagt der Franzose, Vorwärts, Genossen! (Lebhafter Beifall.)" (S. 218.)

Ebert erwidert:

„Ich danke namens des Parteitages den Vertretern unserer Bruderparteien für die freundlichen Worte, die sie an uns gerichtet haben, ich kann wohl versichern, daß das deutsche Proletariat beseelt ist von den gleichen brüderlichen Gefühlen, und daß wir stets mit größtem Interesse den Kämpfen unserer Bruderparteien folgen werden. In tatkräftiger Erfüllung ihrer internationalen Pflichten und in guter Pflege der kameradschaftlichen Beziehungen zu allen Bruderstaaten hat die deutsche Partei immer ihren Stolz gesetzt. (Beifall.)" S. 219.)

(Siehe auch die Artikel „Friedensfrage", „Marokko".)

Internationale Kongresse.

Ueber den Internationalen Kongreß in Kopenhagen berichtete Richard Fischer an Stelle des erkrankten Singer dem Magdeburger Parteitag 1910:

„. . . . Bei der ausführlichen Berichterstattung unserer deutschen Parteipresse über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Kopenhagen bin ich hier einer eingehenden Berichterstattung überhoben. Vielleicht auch deswegen, weil auf diesem Kongresse in der Auffassung der Genossen der verschiedenen Länder weniger als je auf früheren internationalen Kongressen Meinungsverschiedenheiten in Erscheinung getreten sind... wenn auf dem Kopenhagener Kongreß Zank und Streit und Krakeel gewesen wäre, statt Einmütigkeit und zielbewußter Einigkeit in allen wesentlichen Punkten, dann hätte es zweifellos im deutschen Blätterwalde von diesen Vorgängen widerhallt, so aber hat — in völliger Uebereinstimmung mit dem Ruhebedürfnis des philosophischen Prügeljungen in der Wilhelmstraße — das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau seine Korrespondenten in Kopenhagen angewiesen, über die Ver-

handlungen möglichst wenig und auf alle Fälle nicht eingehend zu berichten. (Hört! hört!) Wenn etwas geeignet wäre, die Bedeutung des Kongresses zu erhöhen, so ist es dieser Versuch des Sich-blind-und-taub-stellens der bürgerlichen Presse. Schließlich liegt aber die Bedeutung des Kongresses nicht in der Beurteilung von seiten der bürgerlichen Presse, sondern in den Verhandlungen des Kongresses und in der Tatsache, daß er die höchste Zahl aller Delegierten der bisherigen Kongresse aufgewiesen hat, nämlich 887. Diese Zahl spricht allerdings vielleicht auch dafür, daß damit des Guten vielleicht schon zu viel getan ist. Alle erstatteten Berichte stellten fest, daß in fast allen Ländern ein erfolgreiches Vordringen der sozialistischen Bewegung zu konstatieren ist. Nur in drei Ländern nicht: Finnland, Rußland und Argentinien. Aber dort ist diese Erscheinung durch die brutale Verfolgung zu erklären, welche die Reaktion in diesen Ländern über unsere Genossen zu verhängen vermochte! Acht Millionen klassenbewußter Arbeiter hatten in Kopenhagen aus 33 Nationen ihre Vertreter, in einem Lande, das nicht etwa wie Belgien gleichsam ein Musterland der modernen Industrieentwicklung ist. Nein, Dänemark ist ein kleinbürgerliches und kleinbäuerliches Land. Dennoch dürfen wir seine Arbeiterbevölkerung als geradezu vorbildlich hinstellen für die Internationale. 100 000 sozialdemokratische Wähler, 28 sozialdemokratische Abgeordnete, 120 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, 120 000 Leser der 33 verschiedenen Parteiblätter, also genau so viel Leser der sozialdemokratischen Presse wie organisierte Arbeiter. (Beifall.) Parteigenossen, das müssen wir unseren dänischen Genossen nachmachen! Das zu erreichen muß unser Stolz sein, weil das zugleich auch unsere Pflicht ist. (Beifall.) So wie in ganz Danemark sind die Verhältnisse auch in Kopenhagen mit seinen zwei sozialdemokratischen Bürgermeistern, mit der Hälfte der Stadtverwaltung in sozialdemokratischen Händen. Nicht etwa auf Grund eines augenblicklichen Wahlsieges, der einer besonderen politischen Konstellation zu verdanken war, sind diese Erfolge erreicht, nein, sie sind das Resultat jahrelanger, zäher, mühevoller, unablässiger Organisationsarbeit. Die gemeinsame Arbeit der gewerkschaftlichen Bewegung war die Ursache des außerordentlichen Erfolges der dänischen Sozialdemokratie.

Tiefere Meinungsverschiedenheiten sind, wie bereits gesagt, auf dem Kongreß nicht zutage getreten. Freilich sind nicht alle Punkte der Tagesordnung so erledigt worden, wie einzelne von uns es wohl wünschten. Das gilt aber auch für alle anderen Nationen, und das ist gerade das Wesen der internationalen Kongreßbeschlüsse, sobald sie heraustreten aus dem Rahmen allgemeiner Wünsche, grundlegender Forderungen. Wir werden immer mehr gezwungen, auf den internationalen Tagungen der geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der einzelnen Länder Rechnung zu tragen, je mehr wir durch die Stärke unserer Parteibewegung in den verschiedenen Ländern, durch unsere Teilnahme an der Verwaltung von Staat und Gemeinde gezwungen werden, an die Durchführung unserer sogenannten Gegenwartsforderungen heranzutreten und dabei zugleich die aus der Tagespolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung sich ergebenden Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Nur so werden wir es ermöglichen, daß bei all diesen Verschiedenheiten der einheitliche Geist des in seinem Wesen revolutonären Sozialismus in den einheitlichen Beschlüssen der Internationale zum Ausdruck kommt.

So konnten wir in Kopenhagen in der schwierigen Frage des Arbeiterschutzes und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu einheitlichen Beschlüssen kommen ...

Einen wesentlichen Fortschritt hat der Kopenhagener Kongreß auch gemacht durch seinen Beschluß über die Gewerkschaftsfrage, die dem Kongreß unterbreitet worden war von der österreichischen Delegation. Sie wissen, in Oesterreich sind über die Organisationsform der Gewerkschaften Differenzen entstanden zwischen den Tschechen einerseits und den Deutschen und übrigen Nationen anderseits. Die Tschechen verlangen, daß für die tschechischen Arbeiter die Gewerkschaften auf nationaler Grundlage organisiert werden, und sie stützen sich darauf, daß, so wie die politische Organisation in Oesterreich auf nationaler Grundlage aufgebaut sei, so auch die gewerkschaftlichen Organisationen nach Nationen getrennt werden müssen, um

die Einheitlichkeit und das Zusammenleben zwischen Gewerkschaft und Partei zu ermöglichen. Sowohl die Tschechen wie die Reichskommission der Gewerkschaften in Wien berufen sich auf den Internationalen Kongreß in Stuttgart, der bekanntlich beschlossen hat, daß zwischen Partei und Gewerkschaft ein immer innigeres Verhältnis hergestellt werden soll, und daß die Voraussetzung hiefür die einheitliche Gewerkschaftsorganisation sei. Nun sagen die Tschechen, auf allen früheren internationalen Kongressen sei den einzelnen Nationen diese Aufgabe gestellt worden, während kein Zweifel ist und kein Zweifel war, daß hier unter den Nationen immer nur die Staaten als Zusammenfassungen der unter gleichen wirtschaftlichen und politischen Grundbedingungen lebenden Völker zu verstehen sind.

...Die Tschechen haben sich ja auch nicht damit begnügt, in Böhmen, in geschlossenem Sprachgebiet der Tschechen, tschechische Gewerkschaften zu organisieren, sondern sie verlangten es auch für Wien und für das ganze Reich, wohin eben die tschechischen Arbeiter wandern. Nun, glaube ich, tut man den Tschechen unrecht, wenn man nicht auch die Gegengründe ins Auge faßt, die zu der Separation geführt haben. Die Tschechen brauchen die gewerkschaftlichen Organisationen einmal aus finanziellen Gesichtspunkten für ihre politische Bewegung, sie brauchen sie vielleicht auch, weil sie damit glauben, bei künftigen Wahlkämpfen die tschechisch-national mißleitete Arbeiterschaft bei den Stichwahlen für ihre Gefolgschaft gewinnen zu können. Aber mögen diese Gründe auch für die Tschechen vorhanden sein, für die Internationale konnten sie nicht vorhanden sein, die Internationale mußte sie als schädlich abweisen und die Abweisung ist auch erfolgt. Daneben ist auf Antrag der Belgier das Internationale Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften beauftragt worden, das Möglichste zu tun, um den Zwiespalt in der österreichischen Arbeiterbewegung zu beseitigen.

Auch die Frage der internationalen Solidarität hat in Kopenhagen zu gewissen Differenzen geführt. Wir können offen aussprechen, Franzosen und Engländer sind sehr leicht zu haben, wenn es gilt, weittragenden Resolutionen zuzustimmen, aber wenn es sich darum handelt, sie in die Tat umzusetzen, die praktische Verwirklichung und Durchführung zu garantieren, dann ist es anders. Als vor zwei Jahren die große Aussperrung in Dänemark war, blieb die internationale Hilfe mit Ausnahme einzelner Nationen auf dem Papier. (Hört! hört.) Als voriges Jahr der große Generalstreik in Schweden die Arbeiter der ganzen Welt aufrüttelte und aufregte, da haben die skandinavischen Länder beispiellose Opfer gebracht. Auch wir Deutschen können sagen, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben, und ebenso haben die Oesterreicher und die Schweizer nach Kräften geholfen. Woher die Hilfe ausblieb, das war aus Frankreich und England. Das große reiche England, dessen Gewerkschaftsbewegung als mustergültig für die ganze Welt hingestellt wurde, versagte in dem Augenblick, wo diese großen Gewerkschaften für den gewerkschaftlichen Gedanken auch materielle Opfer bringen wollten. (Sehr richtig!) Bei Frankreich genau dasselbe. Da sieht sich die Internationale natürlich vor die Frage gestellt, was können wir dagegen machen, da die Internationale kein Organ hat, das die Durchführung ihrer Beschlüsse ermöglichte? Es bleibt da eben nur die Aussprache, und so ist auch in Kopenhagen den Engländern rund heraus gesagt worden, daß es so nicht weitergehe. Sie hatten freilich Entschuldigungsgründe: die Gewerkschaften seien so organisiert, daß der Generalrat keine Verfügung über die Kasse hat, und zwar sei das erklärlich, weil früher Mißbrauch damit getrieben worden sei. Die Engländer haben früher gesagt, man müsse damit rechnen, daß ihre Gewerkschaften sich in einem Durchgangsstadium befinden, jetzt seien sie auf dem Wege, vom sozialistischen Geist erfüllt zu werden, und dieser sozialistische Geist werde auch eine Aenderung des bisherigen Zustandes herbeiführen. Ich möchte das hoffen, aber dieselbe Rede hören wir schon seit 20—25 Jahren, zum Teil von den Gewerkschaftlern, zum Teil von den Leuten, die glaubten, über das Wesen der englischen Gewerkschaften ganz genau unterrichtet zu sein. Die Engländer haben noch einen weiteren Grund angeführt, den ich von vornherein anerkenne; sie sagen: Ihr deutschen Sozialisten habt eine

Tagespresse wie kein anderes Land, Ihr könnt die Arbeiter aufrütteln. aber die englischen Arbeiter haben von dem schwedischen Generalstreik nahezu nichts erfahren, soweit sie nicht im Vordergrund der Bewegung standen, die englische Tagespresse hat darüber fast nichts berichtet. Mag sein! Aber dann soll das erst recht ein Ansporn für die Engländer sein, sich genau so wie die deutschen Arbeiter eine sozialistische Tagespresse zur Durchführung ihrer Forderungen anzuschaffen. (Sehr richtig!) Dazu kommt noch eins. Genau so wie der schwedische Delegierte in Deutschland und anderen Ländern über die Folgen und die Bedeutung des Generalstreiks Aufschluß gegeben hat, genau so war er auch in England, er war sogar auf dem englischen Gewerkschaftskongreß, aber die Satzungen des englischen Gewerkschaftskongresses machten es angeblich unmöglich, daß er zu seinen englischen Brüdern sprechen konnte. (Hört! hört.) Wir werden uns einig sein, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß es angebracht war, den Engländern die Wahrheit zu sagen. Wir müssen uns damit begnügen und wollen hoffen, daß die Versprechungen der Engländer jetzt zur Wirklichkeit werden.

...Mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Kopenhagen können wir zufrieden sein, aber eine Frage drängt sich allgemein auf, das ist die Frage, ob der Apparat, wie er sich jetzt entwickelt hat, weiter funktionsfähig sein kann. 900 bis 1000 Delegierte in vielsprachiger Zusammensetzung — ja ich spreche das offen aus —, da kann von einem Verhandeln, von einer Klärung der Meinungsverschiedenheiten keine Rede mehr sein, das ist viel zu viel, die Hälfte ist mehr als ausreichend. (Sehr richtig!) Ferner ergibt sich die Frage: Kann es so weitergehen, daß die Gegenstände der Tagesordnung nicht besser vorbereitet werden? Wir müssen dafür sorgen, daß die Tagesordnung besser vorbereitet wird. (Sehr richtig!) Ich glaube nicht, daß es meine Aufgabe ist, hier Vorschläge zu machen, und ich glaube auch nicht, daß hier der Ort ist, heute schon Vorschläge zu diskutieren. Aber der Parteitag wird mit mir einig sein in dem Gedanken, daß der Parteivorstand sich mit dem Internationalen Bureau und den Parteileitungen der anderen Länder in Verbindung setzen sollte, um Mittel und Wege zu schaffen, damit der Kongreß von der ersten Stunde seines Zusammentritts an aktionsfähig, verhandlungsfähig, debattefähig ist. (Zustimmung.) Ob das dadurch erreicht wird, daß man die Kommissionen acht Tage früher zusammenberuft, oder auf einem anderen Wege, das kann uns heute gleichgültig sein. Wir müssen uns damit begnügen, daß wir dem Parteivorstand diesen Auftrag erteilen. Dadurch machen wir die internationalen Kongresse verhandlungsfähiger, und dadurch erhöhen wir auch ihre Bedeutung und das ist unser aller Wunsch. (Lebhafter Beifall.)" (S. 227 ff.)

Peus-Dessau:

„Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn Fischer nicht Klage darüber geführt hätte, daß der Kongreß nicht recht verhandlungsfähig war, weil die Zahl der Delegierten zu groß gewesen sei, insbesondere aber auch wegen der Vielsprachigkeit. (Aha und Lachen.) Ja, obwohl ich erwarten durfte, daß Sie diese Worte mit Gelächter aufnehmen würden, ergreife ich die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit des Parteitages darauf zu lenken, daß es schon heute ein Mittel gibt, internationale Kongresse verhandlungsfähiger zu gestalten. Sie lachen nur, weil Sie von der Sache nicht das Erforderliche wissen. Es besteht die Möglichkeit, daß jeder Teilnehmer eines solchen Kongresses bei geringer Zeitaufwendung in einem Jahre die Fähigkeit erwirbt, seine Gedanken mit derselben Präzision, ja, ich behaupte, mit viel größerer Präzision, in der internationalen, von der Wissenschaft getragenen Sprache auszudrücken. Ich bitte Sie deshalb, schenken Sie dieser speziell für die Sozialdemokratie höchst wichtigen Angelegenheit etwas ernstere Aufmerksamkeit. (Lachen.) Wenn Sie darüber spotten, dann beweist das nur, daß Sie nicht genügend unterrichtet sind. Zuerst ignoriert man eine Sache, dann spottet man über sie, und schließlich sagt man, das habe ich ja schon längst selbst gesagt. So kommt es auch mit der Weltsprache. Wenn Sie sich nächsten Mittwoch darüber unterrichten wollen, ich biete Ihnen dazu Gelegenheit. (Zuruf: Ido!) Ja, Ido. (Heiterkeit.)" (S. 233.)

(Siehe auch die Artikel „Abrüstung", „Genossenschaftswesen", „Todesstrafe".)

Die Anträge 27 (Jena **1911**), 87, 88, 89, 90 (Chemnitz **1912**) und 3 (Jena **1913**) wollten auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses die Regelung der Maifeier (siehe diesen Artikel) gesetzt wissen.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lag Antrag 211 (Molkenbuhr) vor:

„Die deutschen Mitglieder des Internationalen Bureaus werden beauftragt, der nächsten Sitzung des Bureaus für den Antrag der Niederländer zu stimmen, wonach der nächste Internationale Kongreß im Jahre 1914 in ien stattfinden soll.

Sollte dieser Antrag im Internationalen Bureau keine Mehrheit finden und r nächste Internationale Kongreß schon für 1913 einberufen werden, dann antragen wir, auf die Tagesordnung des Kongresses als Gegenstand zu setzen: Der Imperialismus."

Ferner beschließt der Parteitag: Die deutsche Delegation darf die ahl von 150 Delegierten nicht übersteigen. Von diesen Delegierten sind 75 von r Partei und 75 von den Gewerkschaften zu wählen."

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, „Der Internationale Konreß in Wien", spricht als Berichterstatter Molkenbuhr:

„... Wir feiern in diesem Jahre eine Art Jubiläum, weil es 25 Jahre her nd, seitdem ein deutscher Parteitag, der damals im Jahre 1887 in St. Gallen gte, die Anregung gegeben hat, einen internationalen Arbeiterschutzkongreß einberufen. Aus jener Anregung heraus ist dann der Kongreß einberufen worden, r im Jahre 1889, also zur Jahrhundertfeier des Bastillensturms, in Paris zummentrat. Seit der Zeit sind ungefähr 24 Jahre verflossen, wenn der nächste ternationale Kongreß entsprechend dem Beschluß von Kopenhagen im Jahre 1913 ch Wien einberufen werden sollte. Nun beantragen aber die niederländischen Geossen, daß der nächste internationale Kongreß nicht 1913, sonrn erst 1914 stattfindet, damit er eine Art Jubiläum der Internationale feiern kann. Ich habe beantragt, daß wir diesen Antrag der niederländischen nossen unterstützen. Dabei kommt noch ein anderes Moment in Betracht, als die biläumsfeier. Im nächsten Jahre sind in Preußen die Landtagswahlen, und es nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Kongreß im nächsten Jahre tagen sollte, kollidiert mit den Landtagswahlen, und einige Genossen, die stark bei n Landtagswahlen engagiert sind, dann nicht in der Lage wären, n Mandat zum Internationalen Kongreß anzunehmen. Unterzen wir den Antrag, dann würde also 1914 erst der nächste Kongreß stattzuden haben. Daß im übrigen die Internationale auch ein gewisses Recht hat, einl zu einem bestimmten Zeitabschnitt eine Jubelfeier zu begehen, wird wohl mand bestreiten wollen. Als der erste Kongreß tagte, war der Zweck lediglich, heitliche Forderungen für die Arbeiterschutzgesetzgebung aufzustellen. Wir wissen, ß seitdem die neue Internationale weit über den Rahmen dieses ursprünglichen ecks hinausgewachsen ist und ein mächtiges Glied in der Bewegung des Proleiats zur Befreiung der Proletarier aller Länder geworden ist. Wir haben das mentlich beobachten können, als in diesem Jahre die deutschen Wahlsiege bekannt rden. Ich halte es für meine Pflicht, uns hier von dieser Stelle für alle ückwünsche zu bedanken, die uns damals aus allen Gegenden der Welt zugeströmt d. (Bravo!) Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur hervorheben, ß unter den Ländern, die sich mit Glückwunschtelegrammen am meisten auszeichnen, gland die erste Rolle spielt. Das beweist, wie die Masse des englschen Proletariats zu dem in England propagierten Deutenhaß steht.

Weiter beantrage ich dann, daß der Punkt Imperialismus, falls der ngreß schon für 1913 einberufen wird, auf die Tagesordnung des Kongresses etzt wird. Es ist dies zweifellos eine eminent internationale Frage, mit der sich r Internationale Kongreß zu beschäftigen alle Ursache hat ...

Dann handelt es sich um die Delegiertenziffer. Mit dem mächtigen Anschwellen der sozialdemokratischen Bewegung in allen Ländern ist auch di Delegiertenzahl aus den einzelnen Ländern immer größer geworden. Wir habe deshalb schon in Stuttgart die Kontingentierung der Zahl der deutschen Delegierte auf 300 beschlossen, wir haben sie für Kopenhagen auf 200 herabgesetzt und glauben daß es berechtigt ist, sie gegenwärtig auf 150 herabzusetzen. Das ist immerhin ein sehr stattliche Delegation. Im übrigen kommt es bei den Abstimmungen weniger au die Zahl der Delegierten an, da in fast allen wichtigen Fragen auf internationale Kongressen nach Nationen abgestimmt wird und wir dabei immer 20 Stimmen haben ganz ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten ..." (S. 516 f.)

Der Antrag wird angenommen.

(Siehe noch den Artikel „Baseler Kongreß".)

Invalide Parteimitglieder.

In Magdeburg **1910** be gründet Walter-Höchst de Antrag 6 (Höchst):

„Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, statutarische Bestimmungen dahi zu treffen, daß Parteimitgliedern, welche im Sinne der Bestimmungen d Invalidenversicherungsgesetzes als dauernd invalid anerkannt sind, für d Dauer der Invalidität die Möglichkeit gegeben wird, durch einen gering Beitrag, von welchem Prozente nicht an die Zentralkasse abzuführen sind, ih Parteimitgliedschaft zu erhalten."

Gegen den Antrag sprechen Treu-Nürnberg, Westkamp-Düsseldo und in ihrem Sinne Pfannkuch:

„Gegen den Antrag 6 müssen wir uns erklären, obgleich er von philanthropisch Absicht getragen ist, weil die Redner recht haben, die betont haben, daß das, w der Antrag wünscht, Sache der Kreisorganisationen sei." (S. 221.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen, der i Bericht an den folgenden Parteitag (Jena **1911**) sagt: „Die Erledigung .. muß den Kreisorganisationen zugewiesen werden, die schon in viel Orten hierüber Beschlüsse gefaßt haben." (S. 16.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen zwei Anträge vor:

18. Braunschweig: „Die Monatsbeiträge für arbeitslose Invalide a 15 Pfg. zu ermäßigen."

196. Sozialdemokratischer Verein Fürth: „Der § 5 des Orga sationsstatuts erhält folgenden Zusatz: Invalid gewordene Parteimitglieder sind f die Dauer der Invalidität beitragsfrei und sollen aus den Mitgliederlisten ni gestrichen werden."

Im Schlußwort zum Bericht der Reorganisationskommi sion sagte Müller u. a.:

„Die Frage eines besonderen Beitrages für Invaliden wurde schon früher e örtert. Es ist bisher stets abgelehnt worden, hier eine organisatoris Bindung zu schaffen. Man sagte sich, daß darüber von Fall zu Fall in d Organisationen entschieden werden kann. (Sehr wahr!)" (S. 323.)

Antrag 196 wird angenommen. Damit ist Antrag 18 erledig

Italien.

Nicht genügend unterstützt wurde in Chemnitz 19 der Antrag 96 (Steglitz):

„Der Parteivorstand wird ersucht, eine Uebersetzung des Protokolls des letzt italienischen Parteitages vorzubereiten und mit einer kleinen einleitend Darstellung der jüngsten italienischen Parteiwirren und des tripolit nischen Abenteuers zu versehen. Diese Schrift ist den Genossen möglichst bil zu überlassen."

ugendbewegung. Nach den Vorstandsberichten an die Parteitage bestanden Jugendausschüsse:

1909	an	311	Orten
1910	„	360	„
1911	„	454	„
1912	„	574	„
1913	„	655	„

Jugendbibliotheken gab es:

1910	in	122	Orten
1911	„	—	„
1912	„	212	„
1913	„	274	„

Jugendheime bestanden:

1910	in	105	Orten
1911	„	130	„
1912	„	195	„
1913	„	291	„

Die Ausgaben der Zentralstelle für die arbeitende Ju-nd betrugen:

1910 (seit 1. Januar 1909)	M. 17 868.15
1911	„ 14 507.28
1912	„ 8 612.20
1913	„ 13 929.34

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete der Parteivorstand: „. . . Mitte April dieses Jahres tagte eine Konferenz der Jugend-sschüsse, die von 125 Vertretern besucht war. Erfreulicherweise war unter Delegierten das jugendliche Element zahlreich vertreten. Es rde verhandelt über: Bericht der Zentralstelle, Bildungsbestrebungen für die gend, Jugendschutz, Stand und Einrichtung der bürgerlichen Jugendbewegung, beutung der Jugendheime und Sport und Spiel. Die Verhandlungen, die sich Rahmen des Beschlusses der Nürnberger Resolution zur Jugendbewegung hielten, deten mit der einstimmigen Annahme von Leitsätzen, die von der Zentralstelle den einzelnen Tagesordnungspunkten vorbereitet waren. Die Einheitlichkeit d der Erfolg der Jugendbewegung ist durch diese Konferenz wesentlich gefördert rden. Die dort angenommenen Leitsätze sollen den Jugendausschüssen als Richt-ien für ihre Tätigkeit dienen.“ (S. 24.)

„Zur besseren Durchführung ihrer Aufgaben werden sich die Jugendaus-üsse nach Art der Agitationsbezirke der Partei zu gemeinsamer Arbeit sammenschließen. Eine Anleitung für die Schaffung solcher Agitationsbezirke von der Zentralstelle herausgegeben worden. Es ist wünschenswert, daß die zirksabgrenzung möglichst bald überall durchgeführt wird.“ (S. 25.)

„Die Prüfung von Jugendschriften hat im Berichtsjahre ihren rtgang genommen. Das Verzeichnis, das im Herbst 1909 — leider etwas it — herausgekommen ist, umfaßt 355 Nummern (gegen 184 und 83 in den iden Vorjahren). Diese ständige Ausdehnung unseres Jugendschriftenverzeichnisses, der Bildungsausschuß anfangs vermeiden wollte, um das Verzeichnis nicht zu oß und unhandlich werden zu lassen, läßt sich leider nicht umgehen . . .“ (S. 56.)

Folgenden Antrag 18 (Köln, Stadt und Land) überwies der arteitag dem Vorstand:

„Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Generalkommission der Ge-erkschaften zu dem Zwecke in Verbindung zu setzen, um zu erörtern, ob es nicht an-

gebracht ist, in Zukunft die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen."

Zur Begründung hatte Rieger-Köln ausgeführt:

„... Den Genossen, die an der Jugendkonferenz teilgenommen haben, ist der Antrag nicht neu. In Nürnberg wurde beschlossen, daß die Jugendausschüsse zu einem Drittel von der Partei, zu einem Drittel von den Gewerkschaften und zu einem Drittel von der freien Jugend bestimmt werden sollen. Die Jugendlichen stürmen nun aber darauf los. Sie glauben, daß sie zurückgesetzt sind und in einem zwölfgliedrigen Ausschuß, in dem sie vier Stimmen haben, immer majorisiert werden. Gewiß, die Jugend soll geführt werden, aber sie soll nicht wissen, daß sie geführt wird, denn wenn den vier Stimmen der Jugendlichen aber acht andere gegenüberstehen, so glauben sie nicht mehr, daß sie geführt werden. Sie wollen sich ihre Rechte nicht verringern lassen. Wir wissen, daß in dieser Frage erst die Meinung der Gewerkschaften eingeholt werden muß. Wir verlangen also auch nur, daß der Parteivorstand im Interesse der jugendlichen Bewegung das Nötige tut, damit den geäußerten Wünschen Rechnung getragen wird. Es gibt schon einzelne Orte, wo die Wünsche der Jugendlichen erfüllt sind. Also kann man das auch anderswo tun. Man sollte den Jugendlichen die Hälfte der Stimmen geben. Wenn die Jugendlichen einen Fehler machen sollten, so ist immer noch die Möglichkeit da, das wieder gutzumachen." (S. 212.)

Ferner nahm der Parteitag nach Ausführungen von Schulz, Litfin und Katzenstein (S. 477 ff.) die Resolution 105 (Heinrich Schulz und Genossen) an:

„Der Parteitag erhebt den entschiedensten Einspruch gegen das ungesetzliche Vorgehen der Lichtenberger Polizeibehörde, die das Bildungsbedürfnis der proletarischen Jugend nicht nur durch unrechtmäßige Anwendung überlebter Kabinettsverfügungen, sondern sogar durch flagranten Bruch der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes zu ersticken versucht.

Der Parteitag erhofft von dem Bildungseifer der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, daß er sich allen polizeilichen Maßregeln zum Trotz siegreich durchsetzen wird."

Dem Jenaer Parteitag **1911** berichtet der Parteivorstand über den Magdeburger Antrag 18:

„... daß sich die Zusammensetzung der Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen bewährt hat und deshalb für eine allgemeine Aenderung kein Bedürfnis besteht. Wenn an einem Orte eine Verständigung aller Beteiligten über eine anderweitige Zusammensetzung des Ausschusses erfolgt, so steht diesem nichts im Wege." (S. 16.)

Diesem Parteitag lagen folgende Anträge vor:

24. Resolution. Berlin II, IV und Teltow-Beeskow: „Der Parteitag begrüßt die Fortschritte, die die proleatrische Jugendbewegung trotz der Bekämpfung durch Staat und Kirche gemacht hat. Er bestätigt aufs neue die Wichtigkeit dieses jungen Zweiges der Arbeiterbewegung und macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, ihre Söhne und Töchter für die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu interessieren, sie zum Lesen der „Arbeiter-Jugend" zu veranlassen und auf den Arbeitsstätten für die freie Jugendbewegung zu agitieren.

Angesichts der Tatsache, daß die neue, von staatlicher Seite ausgehende Jugendbewegung durch Veranstaltungen und Gründungen von Vereinen im Anschluß an die Fortbildungsschule fortwährend größeren Einfluß auf die schulentlassene Arbeiterjugend gewinnen will, beschließt der Parteitag:

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat eine planmäßige Agitation durch Veranstaltung von Versammlungen, Herausgabe von Flugschriften und Broschüren in die Wege zu leiten. Die Zentralstelle hat den in der

ugendbewegung stehenden Funktionären durch stete Versorgung mit Agitations-aterial und durch besondere Hinweise auf wichtige Geschehnisse innerhalb der egnerischen Jugendbewegung, sowie durch Erörterung organisatorischer, itatorischer und pädagogischer Fragen Anweisung und Anleitung für die Erledi-ng ihrer Arbeiten zu geben. Die Parteipresse hat mehr als bisher die Be-mpfung der Jugendbewegung zu schildern und über die Arbeit der Jugendaus-üsse zu berichten."

25. Stuttgart: „Der Parteitag möge beschließen: Um eine gründliche ufklärungsarbeit unter der proletarischen Jugend Deutsch-nds durchzuführen, hat die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands anderredner bereitzustellen und entsprechende Agitationstouren anzuregen d eventuell auszuführen."

68. Düsseldorf: „Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, nach den ahlen eine große Propaganda für unsere Forderung, das Erziehungs-esen betreffend, zu arrangieren."

69a. Sozialdemokratischer Verein in Kiel: „Der Parteitag er-ht die Zentralstelle für die arbeitende Jugend, die Errichtung eines Ratgebers d Korrespondenzblattes für die Jugendausschüsse in Er-gung zu ziehen, in dem den in der Jugendarbeit tätigen Genossen Anregungen d Aufklärung über die Jugendarbeit gegeben werden."

75. Resolution zur Jugendagitation: „Der Parteitag prote-rt auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen ugendbewegung durch Polizei, Schulaufsichtsbehörde und Justiz.

Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen beiter und Arbeiterinnen vor der Berührung mit politischen Angelegenheiten be-hren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung treiben sollen und damit eine offenbare politische Beeinflussung der rbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen.

Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchle-chen Bestrebungen der bürgerlichen konfessionellen und interkonfessionellen Jugend-unde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen staatlich preußischen „Jugendpflege". In mannigfaltigen und äußerlich rmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem unsche der preußischen Regierung „Lehrer, Aerzte, Geistliche, Richter und Anwälte, ndwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure und Offiziere", und zwar „ohne nach ßen irgendwelches Aufsehen davon zu machen", die Erziehung der Jugend im aterländischen Geiste" fördern.

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeite-nnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerliche Jugendvereine und vor der ilnahme an irgendwelchen bürgerlichen Jugendbestrebungen zu warnen. Er for-t zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische gendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen."

76. Jena: „Der Parteitag möge beschließen, die Zentralstelle für e Arbeiterjugend zu beauftragen, in der Zentrale einen besonderen ugendsekretär zur Erledigung der Arbeiten für die Jugend aufzustellen."

Ein Antrag 8 (Bremen), die Jugendbewegung auf die Tages-dnung des Parteitages zu setzen, wurde nicht genügend unter-ützt.

Im Vorstandsbericht führte H. Müller aus:

„... Neben der Frauenbewegung hat insbesondere die Jugendbewegung einen oßartigen Aufschwung genommen. Das Nähere ersehen Sie aus dem richt der Zentralstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands, der eine Reihe htiger Einzelheiten enthält und neue Ziffern über den Stand der Bewegung ngt. Die Jugendbewegung der deutschen Sozialdemokratie ist noch verhältnismäßig gen Datums. Erst der Nürnberger Parteitag hat sich damit befaßt, und wir en in diesen drei Jahren Erfolge erreicht, wie sie selbst viele Optimisten damals

nicht erwartet hatten. (Sehr richtig!) Allerdings haben wir durch unsere Tätigkeit auch die Gegner der proletarischen Jugendbewegung mobil gemacht. Alle jene Faktoren, die, bevor wir uns um die Jugend kümmerten, für die Arbeiterjugend nichts übrig hatten, werden jetzt aufgeboten gegen die Arbeiterjugend und geben Mittel her für die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Ja selbst das preußische Dreiklassenhaus hat eine Million Mark zur Verfügung gestellt, damit die staatlich organisierte Jugendpflege unserer Jugendbewegung entgegenarbeiten kann. Selbstverständlich werden wir uns dadurch nur anspornen lassen, noch mehr zu tun für die Aufklärung und Ausbildung der Arbeiterjugend. (Bravo!) Wir haben die Aufgabe, nicht nur die Lücken auszufüllen, die die Schulbildung der Arbeiterjugend, die die Armenschule durchlaufen hat, enthält, sondern wir haben auch die Aufgabe, jene Schulweisheit zu korrigieren, die auf geschichtlichem und auf naturwissenschaftlichem Boden der Jugend in der heutigen Schule eingepflanzt wird. Wir haben selbstverständlich unsere Tätigkeit genau den Gesetzen angepaßt, die der Klassenstaat geschaffen hat, um unsere Tätigkeit zu hindern, und auch hier sehen die Gegner bereits, daß unter der Gesetzmäßigkeit unsere Bewegung Fortschritte macht, und daß die Gesetzmäßigkeit es ist, die tötet. (Sehr gut!) Ich will über die Judikatur gegen die Jugendbewegung nicht reden, weil sie noch im Fluß ist, und weil man noch nicht weiß, bis zu welchen Konsequenzen diese Justiz gehen wird. Sie wissen, daß der Reichskanzler an die verbündeten Regierungen ein Zirkular erlassen hat, um sich zu unterrichten über die Tätigkeit der Arbeiterjugend in den einzelnen Bundesstaaten, und um zu erwägen, was demgegenüber geschehen kann. Aber man beschränkt sich nicht darauf, zu verhindern, was von uns beabsichtigt ist, sondern man sucht mehr und mehr mit allerhand Lockmitteln die Arbeiterjugend einzufangen für die Zwecke der herrschenden Klassen. Ja in einigen Städten hat man sogar eine militärische Organisation der Jugend mit Hilfe der Militärbehörden ins Leben gerufen. Man glaubt, daß die Jugend dadurch untauglich gemacht wird für die Ziele der Sozialdemokratie, und daß man damit jenen Kadavergehorsam hervorrufen kann, der nach Ansicht militärischer Fachleute das beste Soldatenmaterial schafft. Man hat sogar Jugendliche schon zu Gefreiten ernannt, ihnen goldene Litzen gegeben, um das militärische Bewußtsein der Jugend zu wecken und sie abzuhalten von der Berührung mit der klassenbewußten Arbeiterschaft. Wir zweifeln nicht, daß es nicht gelingen wird, mit solchen Mitteln die Jugend einzufangen. Weder mit der Peitsche noch mit dem Zuckerbrot wird den Bestrebungen der klassenbewußten Arbeiterjugend Einhalt geschehen können. (Sehr richtig!) Im Gegenteil, die Folge davon wird sein, daß Partei und Gewerkschaften noch mehr als bisher die Jugend der klassenbewußten Arbeiter deren Veranstaltungen zuführen werden. (Sehr wahr!) In dieser Beziehung wird noch viel gesündigt und der einzelne kann hier viel tun, damit wir noch ganz andere Erfolge erzielen. Die besten Erfolge wird diese Kleinarbeit zeitigen." (S. 187 f.)

Beim Punkte „Jugendagitation" sprach zunächst Heinrich Schulz:

„Im Namen der Zentralstelle für die arbeitende Jugend möchte ich Sie bitten, die Anträge 24, 25 und 70 und auch den soeben eingebrachten Antrag (76?) uns zu überweisen. Der Antrag 25 ist eigentlich überflüssig, da die Zentralstelle schon jetzt derartige Agitationstouren veranstaltet. Wir werden auf diesem Wege weiterschreiten und erwägen, ob wir auch Wanderredner, ähnlich wie der Bildungsausschuß, entsenden können. Was der Antrag Kiel will, ist schon öfters Gegenstand der Besprechungen der Zentralstelle gewesen. Wir haben uns bisher noch nicht entschließen können, ein Korrespondenzblatt herauszugeben, wir haben geglaubt, auf anderem Wege zu demselben Ziele zu gelangen. Ueberweisen Sie uns den Antrag, wir werden dann erneut die Anregung prüfen. Der Antrag 24 ist uns in seiner Tendenz durchaus sympathisch. Der erste Absatz deckt sich ja auch mit unserer Resolution, der zweite Absatz dagegen enthält einige bestimmt formulierte Anträge, die wir schon aus einem formalen Grunde nicht ohne weiteres entgegennehmen können, denn die Zentralstelle der arbeitenden Jugend ist nicht ein Organ der deutschen Partei, sondern ein von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam eingesetztes Organ, dem außerdem auch Jugendliche über 18 Jahre angehören. Wir können also die uns

hier gewordenen Aufträge nur der Zentralstelle vortragen und dort gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Jugendlichen beraten. Außerdem geschieht das, was der Antrag wünscht, zum Teil schon heute. Daß wir stets neue Anregungen prüfen, und auch aus eigener Initiative weitergehen, ist selbstverständlich. Auch den Antrag auf Anstellung eines Sekretärs werden wir erneut prüfen, wie wir uns ja schon früher mit dieser Anregung beschäftigt haben. Es lassen sich derartige Wünsche nicht sofort erfüllen, es muß vor allem überlegt werden, ob die geeigneten Personen da sind.

Nun zu dem Antrag 75, worin wir Sie auffordern, gegen die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch Polizei und Justiz zu protestieren. Dieser Protest muß immer aufs neue von der deutschen Arbeiterklasse ausgesprochen werden, denn seitdem wir eine proletarische Jugendbewegung haben, hören die Schikanierungen im großen und kleinen nicht auf. Früher haben sich weder Staat noch Kirche noch sonstige hochmögende Herren und Damen um die Jugend gekümmert; für die Arbeiterkinder hat man eine recht kümmerliche Volksschule geschaffen, und im übrigen überließ man die Jugend der Arbeiterklasse der Ausbeutung durch den Kapitalismus. Höchstens blühten im Schatten der Kirche einige Jünglings- und Jungfrauenvereine wie Veilchen im Verborgenen. Jetzt aber hat die bürgerliche Gesellschaft den Kampf um die Arbeiterjugend aufgenommen, und zwar nicht im Interesse der Arbeiterjugend, sondern im Kampf gegen die Arbeiterklasse. Ueber alle konfessionellen, über alle politischen Gegensätze hinweg hat sich die bürgerliche Gesellschaft geeinigt, will sie alles mögliche tun, um die Arbeiterjugend von dem eigentlichen Wege, den sie beschreiten muß, zurückzuhalten, und sie wendet ganz raffinierte Mittel an, um die Jugend zu ködern. Während man in der Schule die Jugend durch Zwang, durch rücksichtslosen Drill im Sinne der herrschenden Klassen bearbeitet, wendet man gegenüber der schulentlassenen Jugend besondere Mittel an. Man sagt sich, man kann diesen jungen, zum Freiheitsbewußtsein erwachten Leuten nicht mit Zwang kommen, und so begegnet man ihnen äußerlich mit augenverdrehender Heuchelei, man gebraucht honigsüße Worte, während man etwas anderes im Schilde führt. In unehrlicher Weise redet man den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen etwas anderes vor, als man eigentlich meint. Derartigen Bestrebungen entgegenzutreten, ist unsere Pflicht. (Sehr richtig!)

Man hat für diese Bestrebungen der herrschenden Klassen ein Wort gefunden, hinter dem man seine eigentlichen reaktionären Absichten versteckt. Das ist das Wort „staatsbürgerliche Erziehung". Diese ganze staatsbürgerliche Erziehung, so verschiedenartig sie auch deklariert wird, ist in ihrem innersten Kern nichts anderes als reaktionärer Jugendfang. (Sehr wahr!) Das ganze Wesen der staatsbürgerlichen Erziehung erhellt ein Wort des bekannten Münchener Stadtschulrates Kerschensteiner, des theoretischen und praktischen Vorkämpfers dieser neuen Bewegung. In seiner bekannten grundlegenden Broschüre schwingt er sich zu dem interessanten Wort auf: „Die oberen Stände sind und bleiben die Erzieher des Volkes". Ich denke, auch diejenigen Genossen, die Kerschensteiner aus anderen Gründen, vielleicht wegen seiner zweifellosen pädagogischen Verdienste sympathisch gegenüberstehen, sollten nicht vergessen, daß er mit seiner staatsbürgerlichen Erziehung letzten Endes die Geschäfte der herrschenden Klassen besorgt. Die Arbeiterklasse muß sich für die Erziehung durch die „oberen Stände" bestens bedanken. (Lebhafte Zustimmung.) Wie die Reaktion diese Bestrebungen zum Fange der Jugend einschätzt, kann man daraus ersehen, daß sogar der preußische Staat, der, wenn er für die Volksschule einmal tausend Mark mehr bewilligen soll, in unerhörter Weise knausert, neuerdings eine Million bewilligt hat, um die Jugendbewegung zu befruchten. Kultusminister, Handelsminister und andere Organe der Regierung haben außerdem durch Erlasse den Eifer der sogenannten „Jugendpflege" anzuregen gesucht. Man will die bürgerliche Jugendbewegung durch die Schule fördern. Vielleicht ist hier und da auch schon bei Ihren Kindern von Volksschullehrern versucht worden, die Schüler der oberen Klassen zu Jugendklubs zusammenzufassen. Man sucht ferner durch die Fortbildungsschule an die Jugendlichen heranzukommen, die Kirche wirft nach wie vor ihren Köder aus, und auch die Kasernen unterstützen neuerdings den preußischen Jugendfang. (Hört! hört!) Nicht nur, daß Offiziere und Unteroffiziere sich in seinen Dienst stellen, man stellt sogar die Kasernen bei Ausflügen der bürgerlichen Jugend den jungen

Leuten nachts zur Verfügung. (Hört! hört!) Die Kriegsspielerei ist ein besonders beliebtes Mittel, mit dem man die Jugend einzufangen sucht. Auch der preußische Fortbildungsschulgesetzentwurf sollte bis zu einem gewissen Grade diesen Bestrebungen dienen.

Ich empfehle allen Genossen, die sich mit der Jugendbewegung beschäftigen — und ich wünschte, es wären möglichst viele —, daß sie sich den Erlaß des preußischen Kultusministers „betreffend Jugendpflege“ anschaffen, sie können daraus manches für ihre Tätigkeit lernen. Der Erlaß ist eine Kollektivarbeit der preußischen Regierungsbureaukraten und einer Reihe zweifellos gewandter Pädagogen. Die Schulmänner geben den Ton, die Mittel und die Methoden an, durch die man die Arbeiterjugend fangen will, sie wissen es in geschickter Weise darzustellen, wie man an die Jugend herangehen, wie man sie behandeln muß, wenn man sie gewinnen will. Es steht aber ausdrücklich in dem Erlaß, daß Lehrer, Aerzte, Geistliche, Ingenieure, Offiziere sich an die Jugend heranmachen sollen, „ohne viel Aufhebens davon zu machen“....

Die konzentrierteste Heuchelei dieses Erlasses ist der einleitende Satz: „Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung der Erwerbsverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft hat einen großen Teil unserer heranwachsenden Jugend in eine Lage gebracht, die ihr leibliches und noch mehr ihr sittliches Gedeihen auf das schwerste gefährdet.“ In diesem Satz ist in denkbar knappster Form die denkbar schärfste Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung ausgesprochen...

...Derselbe preußische Staat, der den Schwangerenschutz, den Wöchnerinnenschutz, die Säuglingspflege, die unentgeltliche Ernährung von Kindern und alle anderen wirksamen Mittel zur Linderung der Notlage verweigert, der die Kinder vom Mutterleibe an schädigt und sie um ihre natürlichen Rechte bringt, sucht auch noch durch die Vergewaltigung des kindlichen Geistes in der Kleinkinderschule, in der Volksschule, in der Fortbildungsschule, sie um ihre gesellschaftlichen Rechte zu bringen. Jetzt sollen sie auch noch außerhalb der Schul-, der Lehr- und Arbeitszeit unter Kontrolle genommen werden. Sie sollen zu geistigen Krüppeln erzogen werden, wie sie die heutige herrschende Klasse wünscht...“ (S. 277 ff.)

Ratz-Kiel begründet den Antrag 69a:

„Trotz der erfreulichen Fortschritte, die wir in der Jugendbewegung zu verzeichnen haben, fehlt es an recht vielen Orten an für diese Bewegung geeigneten Kräften. Die Zentralstelle hat sich bisher nicht entschließen können, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, wir wären sonst schon weiter. Deshalb beantragen wir, ein Korrespondenzblatt für die Jugendausschüsse herauszugeben, in dem den in der Jugenbarbeit tätigen Genossen Anregung und Aufklärung über die Jugendarbeit gegeben wird. Genosse Schulz hat Ueberweisung zur Erwägung beantragt; ich will hoffen, daß die Zentralstelle dieses Organ einführt.“ (S. 281.)

Höllein-Jena tritt für den Antrag 76 ein:

„Die trefflichen Ausführungen, die Schulz soeben gemacht hat, stimmen nicht überein mit den von ihm a priori abgegebenen Gutachten über die vorliegenden Anträge. Er hätte doch entsprechend dem Sinne seiner Rede sagen müssen, daß von seiten der Zentralstelle alles geschehen muß, um die proletarische Jugend möglichst schnell vorwärts zu bringen und zu uns zu führen. Der von uns geforderte Jugendsekretär der Zentralstelle hätte den Verkehr mit den einzelnen Jugendausschüssen im Reiche zu besorgen, alle Arbeiten zu verrichten, die glatt erledigt werden sollen, kurz alle Angelegenheiten der Jugendbewegung zu leiten. Auch von den Bezirken Oberrhein und Niederrhein ist ein solcher Antrag gestellt worden. Sie haben heute gehört, wie unbedingt notwendig es ist, daß die jetzigen Sekretäre des Parteivorstandes entlastet werden, weil die Vielgestaltigkeit der ihnen übertragenen Geschäfte dazu drängt. Wir in Thüringen haben eine Reihe von Beschwerden zu erheben, daß die Korrespondenz mit dem, wenn man so sagen will, Geschäftsführer der „Arbeiter-Jugend“ sich nicht so glatt abwickelt, wie es notwendig ist. Es ist ein Konflikt ausgebrochen zwischen dem Genossen Ebert und dem Vorsitzenden des Thüringischen Bezirksjugendausschusses. Der Vorsitzende hat am 19. Juli nach Berlin geschrieben, um anzufragen, wie man sich dazu stelle, daß gelegentlich des Parteitages von den Jugendlichen hier eine Dar-

stellung unserer und der gegnerischen Jugendbewegung den Delegierten vorgeführt werde. Darauf erfolgte keine Antwort. Am 29. Juli wurde abermals geschrieben, und erst am 3. August kam eine Antwort, die aber nicht klar war. Es wurde nur gesagt, daß eine Verbindung dieser Veranstaltung der Jugendbewegung mit dem Parteitag aus vereinsgesetzlichen Gründen nicht möglich sei. Es handelt sich aber nicht um eine Veranstaltung der Jugendbewegung, sondern die Ausstellung war berechnet auf die hier anwesenden Parteitagsdelegierten. Das hat mit dem Vereinsgesetz gar nichts zu schaffen. Am 10. August sind von hier aus Fragebogen an die Jugendausschüsse versandt worden. Da fand man rasch eine Antwort. Bereits am 12. August hat die Zentrale in Berlin einen Aufruf an die verschiedensten Jugendausschüsse im Reiche versendet, wonach das erbetene Material nicht eingeschickt werden sollte. Gleichzeitig traf auch ein Brief ein, worin der Jugendzentrale für Thüringen das Recht bestritten wurde, solche Erhebungen zu veranstalten. — Die Zentralstelle ist tatsächlich überlastet. Es gehören ihr an die Genossen Ebert und Müller vom Parteivorstand, Schulz vom Bildungsausschuß, Genossin Zietz vom Frauenbureau und von der Generalkommission die Genossen Schmidt, Legien und Sassenbach, sowie vier Jugendliche, wovon drei im Berufe tätig sind und einer in der Vorwärtsbuchhandlung angestellt ist. Alle diese Genossen sind mit Arbeit so überhäuft, daß sie selbst beim besten Willen nicht in der Lage sind, alle Geschäfte in dem Umfange zu erledigen, wie es notwendig wäre, wenn das eintreten soll, was Genosse Schulz als erforderlich bezeichnet hat. Wie arbeiten unsere Gegner? Die katholische Jugendbewegung hat über 100 Sekretäre; die evangelische hatte schon 1910 147 Sekretäre, die neutralen Jugendvereine haben eine ganze Reihe Beamte, Lehrer usw. freigestellt, damit sie sich nur der Jugendbewegung widmen können. Sie ersehen daraus, daß unser Antrag nicht etwa aus Uebermut gestellt ist, sondern um dem Bestreben der Jugendbewegung vorwärts zu helfen. Das Korrespondenzblatt haben wir so nötig wie das liebe Brot. Da sollte die Zentralstelle nicht erst lange Erwägungen anstellen. Diese Einrichtung muß unbedingt geschaffen werden, wenn wir auf der Höhe bleiben wollen. Das Korrespondenzblatt kann unmöglich mit der „Arbeiter-Jugend" verquickt werden, einmal aus pädagogischen Rücksichten, denn die Jugendlichen sollen nicht in der Zeitung lesen, was ihnen ihre Funktionäre vorzutragen haben, sondern was auf sie selbst berechnet ist und was ihnen direkt zugute kommen soll. Es ist auch nötig, daß endlich im ganzen Deutschen Reich Jugendbezirksausschüsse geschaffen werden. In Süddeutschland besteht überhaupt noch kein solcher Ausschuß; sie sind aber sehr notwendig, um die Führung mit ihren Bezirken einerseits und anderseits mit der Zentrale in Berlin aufrechtzuerhalten. Heute sind überhaupt erst 10 bis 12 Bezirksjugendausschüsse vorhanden, das ist für das ganze Reich entschieden zu wenig, um ersprießliche Arbeit zu leisten. Die Anstellung eines besoldeten Sekretärs für die Jugendbewegung ist unaufschiebbar. Eine Ueberweisung dieses Antrages würde nur ein Begräbnis erster Klasse bedeuten; ich bitte deshalb, durch Annahme des Antrages zu bezeugen, daß Sie gewillt sind, die Jugendbewegung sofort und ausgiebig zu fördern. (Beifall.)" (S. 281 ff.)

Dr. Liebknecht:

„... Wichtig ist, daß in dem Antrag 75 hinter dem Wort Polizei noch das Wort „Schulaufsichtsbehörden" eingeschoben wird. Diese Schulaufsichtsbehörden tragen in ganz infamer Weise zur Bekämpfung der Jugendlichen bei. Auf alte, verstaubte Regierungsverordnungen, Kabinettsorders wird zurückgegriffen, Unterrichtserlaubnisscheine werden gefordert, auch wenn gar kein Unterricht erteilt wird, auch bei Unentgeltlichkeit und bis zum Alter von 21 Jahren. Was in dieser Beziehung vom preußischen Unterrichtsminister und den ihm untergeordneten Instanzen an Schikanen und Gesetzesverhöhnung geleistet wird, gehört zum Niederträchtigsten, was von der preußischen Regierung in ihrer langen Sündengeschichte geleistet ist ..." (S. 283.)

Agnes Fahrenwald-Berlin:

„... Im Namen von Berlin IV habe ich dann noch zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß der Antrag 24 der Zentrale für Jugendbewegung überwiesen wird." (S. 284.)

Ebert:

„Ich bedauere lebhaft, daß Hölle in hier eine Differenz zur Sprache gebracht hat, die sich zwischen der Zentralstelle und der Bezirksleitung von Thüringen ergeben hat. Ich bedaure das aus taktischen Gründen. Es ist uns nicht, wie er es dargestellt hat, von der Bezirksleitung mitgeteilt worden, daß sie in Verbindung mit diesem Parteitag eine Ausstellung für die Propaganda der Jugendbewegung beabsichtige, sondern es ist in dürren Worten angefragt worden, was die Bezirksleitung in Verbindung mit dem Parteitag zur Propaganda der Jugendbewegung tun solle. Wir haben darüber gesprochen und aus taktischen Gründen empfohlen, eine derartige Veranstaltung nicht zu treffen. Auf diese Antwort, die sofort nach der Beschlußfassung erfolgte, ist eine Erklärung der Bezirksleitung zunächst nicht erfolgt. Erst am 10. oder 12. August erhielten wir eine Mitteilung, daß die Bezirksleitung doch eine derartige Veranstaltung treffen wolle. Zugleich wurde uns ein Zirkular und Fragebogen beigelegt, der an die gesamten Jugendausschüsse Deutschlands ging und die Einsendung von Material forderte. Das Material, das gefordert wurde, deckte sich zum großen Teil mit dem, das die Zentralstelle kurz vorher mit Hilfe eines umfangreichen Fragebogens von den Jugendausschüssen eingefordert hatte. Es war also die große Wahrscheinlichkeit gegeben, daß dasselbe Material, das von der Zentralstelle verarbeitet und dem Parteitag in Form eines eingehenden Berichtes vorgelegt werden sollte, auch noch von der Bezirksleitung in Jena eingeholt und verarbeitet werden würde, also zwei vielleicht sich widersprechende Berichte über eine und dieselbe Sache dem Parteitag vorgelegt worden wären. Das mußte verhindert werden. Dazu kamen organisatorische Gründe. Zirkulare und Umfragen, Einforderung von Material, das für die allgemeine Jugendbewegung von Bedeutung ist, hat durch die Zentralstelle zu erfolgen, und die Bezirksleitung hatte kein Recht, die Zentralstelle hier einfach beiseite zu schieben. Wir haben über diese Angelegenheit gesprochen und daraufhin den Jugendausschüssen mitgeteilt, daß sie auf das Zirkular der hiesigen Bezirksleitung nicht reagieren sollen. So wird jede Zentralleitung verfahren müssen. Denken Sie sich, irgendeine Wahlkreisorganisation oder Bezirksleitung würde plötzlich durch Zirkular bei den Organisationen im Reich Material einfordern, um es auf dem Parteitag zur Kenntnis der Delegierten zu bringen! Das geht nicht, das ist Sache der Zentralleitung. (Sehr richtig!)

... Von uns geschieht alles, was die Propaganda fördern kann. Nun ist es ganz klar, daß in einer so jungen Bewegung, in der das junge Element ausschlaggebend ist, es nicht an Wünschen, Anregungen und Forderungen fehlt, Forderungen, die sehr oft das überschäumende jugendliche Temperament erkennen lassen. Aber alle Anregungen sind von uns sachlich geprüft und alle wesentlichen Beschlüsse sind einmütig gefaßt worden. (Bravo!) Mit der Frage des Korrespondenzblattes hat sich die Zentralstelle wiederholt beschäftigt. Wir beabsichtigen, die „Arbeiter-Jugend" nach der Richtung hin auszubauen, daß sie künftighin mehr Material bringt zur Schulung in der praktischen Jugendarbeit. Das sollte man zunächst abwarten. Ob es dann noch notwendig ist, ein besonderes Mitteilungsblatt für die Jugendfunktionäre zu schaffen, wird die Erfahrung lehren. Die Zentrale wird diese Frage gern noch einmal prüfen. Mit der Sekretärfrage hat sich die Zentrale schon in der letzten Sitzung beschäftigt und beschlossen, sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Die Dinge müssen sich erst entwickeln. Es muß erst fester Grund vorhanden sein, ehe man weiterbauen kann. Die Arbeiten haben sich gehäuft, sie sind ganz erheblich angewachsen, und wir wären Toren, wollten wir uns weigern, wenn die Notwendigkeit gegeben ist, einen Sekretär anzustellen. Also auch dieser Antrag wird gründlich geprüft werden ..." (S. 285 f.)

Höllein-Jena (persönlich):

„Zu meinem größten Bedauern muß ich Ebert widersprechen; seine Daten stimmen nicht. Am 19. Juli schrieb der Jugendbezirksausschuß Thüringen nach Berlin. Wir bekamen keine Nachricht, darauf erfolgte das zweite Schreiben am 23. Juli, und erst am 3. August ist die Antwort eingetroffen, die mit keinem Wort eine Ablehnung dessen enthält, was man am 12. August inhibiert hat, und zwar in einer Form, die unbedingt verletzen mußte. Es mag sein, daß hier von

seiten der Jugend ein Fehler gemacht worden ist; aber man brauchte deshalb nicht gleich so grobes Geschütz aufzufahren, wie es durch den Genossen Ebert geschehen ist." (S. 286.)

Hierauf werden die Anträge 24, 25, 69a und 76 der Zentralstelle überwiesen.

Die Resolution 75 wird mit dem Amendement Liebknecht angenommen.

Zu dem Antrag 68 führte Müller-Düsseldorf aus:

„Wir halten es für notwendig, daß unsere Programmforderung, Trennung der Kirche von der Schule und Trennung der Kirche vom Staat, stärker propagiert wird, und zwar deshalb, weil die bürgerlichen Parteien — nicht nur das Zentrum — mehr und mehr die Kirche in den Dienst ihrer Interessen stellen. Der Mainzer Katholikentag hat sich ja erst erneut dafür eingelegt, daß die Schule und das ganze Staatswesen unter den Einfluß der Kirche kommen soll. Auf dem Mainzer Katholikentag ist zum Ausdruck gekommen, daß das Zentrum es am liebsten sähe, wenn die Schule total verpfafft würde. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, unsere Forderung kräftiger zu propagieren. Wir können dabei auch gleichzeitig unsere allgemeinen Schulforderungen energischer betonen, um zu verhindern, daß die Jugend unter die Botmäßigkeit der Geistlichen fallen könnte. Wenn wir beantragt haben, erst nach den Wahlen in eine kräftige Agitation einzutreten, so glauben wir doch, daß auch bis zur Wahl auf diesem Gebiet noch mehr als bisher getan werden kann. Wir halten es für außerordentlich notwendig, daß unser Antrag gerade im Hinblick auf den Kampf gegen das Zentrum, im Hinblick auf den Mißbrauch, den das Zentrum mit der Kirche treibt, angenommen wird. (Bravo!)" (S. 402 f.)

Heinrich Schulz-Berlin:

„Ich bitte Sie, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Seine Tendenz ist mir persönlich ja außerordentlich sympathisch, aber ohne weiteres können wir ihn nicht annehmen. (Sehr richtig!) Seine Ueberweisung an den Parteivorstand würde erneut eine Angelegenheit in Fluß bringen, die eigentlich von der Partei noch nicht erledigt ist. Die von der Genossin Zetkin und mir dem Mannheimer Parteitag vorgelegten Leitsätze über das Erziehungs- und Bildungswesen sind bisher immer noch nicht offiziell von der Partei beraten und angenommen worden. Es wäre deshalb sehr zweckmäßig, wenn diese Frage erneut auf die Tagesordnung eines Parteitages gesetzt würde. Dann könnte auch die von den Düsseldorfer Genossen gewünschte Aktion eingeleitet werden. (Sehr richtig!)" (S. 403.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen, der im Bericht an den Chemnitzer Parteitag **1912** bemerkt:

„Dem Antrag 68, der eine große Propaganda für unsere Forderungen auf dem Gebiete des Erziehungswesens verlangt, konnte aus den auf dem Parteitag dargelegten Gründen nicht entsprochen werden." (S. 8.)

Diesem Parteitag wird weiterhin berichtet:

„In der Jugendbewegung beteiligten sich die Genossinnen gleichfalls in steigendem Maße. Diese Beteiligung ist um so erfreulicher, weil es unbedingt notwendig ist, neben der männlichen Jugend in weit größerem Umfange als seither auch die weibliche Jugend für die Jugendbewegung zu gewinnen. Wer wäre aber wohl mehr imstande, die weibliche Jugend für die Bewegung zu gewinnen, als die Frau, die durch ihre Betätigung in der Arbeiterbewegung sich sozialen Weitblick erworben hat und in der Jugendbewegung ein Feld findet, auf dem sie all das Warme, Mütterliche und Sittliche, das in der Frau lebt, auslösen und betätigen kann?" (S. 18.)

„Um die Arbeiten der einzelnen Jugendausschüsse zu unterstützen, hat die Zentralstelle die Bildung von Bezirksleitungen angeregt und ge-

fördert. Gegenwärtig bestehen 27 solcher Bezirksleitungen. (Vor einem Jahre waren es 13.) Sie haben zur Aufgabe, die Agitation für die Jugendbewegung zu betreiben und in den Kreisen der Erwachsenen das Verständnis für die Jugendbewegung zu fördern, insbesondere Vortragstouren vorzubereiten und Redner für die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu vermitteln und diesen überhaupt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen..." (S. 20.)

„Das Jugendschriftenverzeichnis ist im vorigen Jahre in einer neuen Auflage erschienen. Es ist im Laufe der Jahre zu einem recht umfangreichen Buche angewachsen. Während das Verzeichnis im ersten Jahrgange 1907 auf 11 Seiten nur 83 Nummern umfaßte, enthält es jetzt auf 67 Seiten 705 Nummern..." (S. 53.)

Folgende Anträge lagen dem Parteitage vor:

12. Hamburg I: „Der Organisation und geistigen, sittlichen und körperlichen Ausbildung der proletarischen Jugend alle nur denkbare Förderung angedeihen zu lassen."

13. Berlin IV, VI, Nieder-Barnim: „Mit Rücksicht darauf, daß die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch die Polizeiorgane bei Zusammenkünften, Spaziergängen und Ausflügen immer mehr um sich greifen und die Jugendlichen unserer politischen Organisation bis zum 18. Jahre gesetzlich entzogen sind, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, besondere Maßnahmen zu treffen, daß die Jugendlichen in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre um so gründlicher aufgeklärt und für unsere Bestrebungen gewonnen werden."

148. Spandau: „Der Parteivorstand wird beauftragt, ohne Verzug energische Maßregeln zur speziellen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren zu ergreifen."

173. Berlin III: „Die vom Staat ins Leben gerufene und von ihm unterstützte bürgerliche Jugendfürsorge betrachtet es als ihre Aufgabe, die Jugend zwischen 14 und 20 Jahren, also von der Volksschulentlassung bis zur eventuellen Einziehung zum Heeresdienst, für ihre Zwecke einzufangen, um sie der modernen Arbeiterbewegung zu entfremden.

Angesichts dieser Tatsache ist sich der Parteitag darüber einig, daß für die proletarische Jugendbewegung mehr als bisher von den in Frage kommenden Instanzen getan werden muß.

Besonderer Wert ist darauf zu legen, die schon organisationsfähige Jugend im Alter zwischen 18 und 20 Jahren für die Partei zu gewinnen; und ist unter dieser vom Parteivorstand eine regelmäßige, großzügige Agitation einzuleiten."

202. Resolution zur Jugendbewegung: „Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das ernste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und versteckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer versucht wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat um die geistige und körperliche Hebung der schulentlassenen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerspruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierbarer bewußt sozialistenfeindlicher, also politi-

scher Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemein kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebaren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der öden Nachäfferei militärischer Aeußerlichkeiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkels und der Hetze gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkennenswerte Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freiheitlicher und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen."

219. Jugendliche Arbeiter. „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisation zu machen."

Nicht genügend unterstützt wurde außer dem Antrag 1 (Steglitz), die bürgerliche Jugendpflege in Deutschland als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, auch Antrag 156 (Genosse Heinzelmann in Lichtenberg):

„In Anbetracht, daß die Jugendausschüsse verschiedenartig zusammengesetzt sind, welches vielfach zu Verwaltungskämpfen der Jugendlichen geführt hat, beschließt der Parteitag, baldmöglichst eine Reorganisation vorzunehmen, um eine Einheitlichkeit und eine gesunde Fortentwicklung der proletarischen Jugendbewegung zu erzielen; die Jugendausschüsse in Zukunft zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Jugendlichen zusammenzusetzen."

In der Debatte über den Vorstandsbericht bemerkte Dr. Laufenberg-Hamburg:

„... Die Ausgaben unserer Zentralstelle betragen 8612 M. gegen 14 507 M. im Vorjahre. Es ist ja richtig, daß sich der Zuschuß für die „Arbeiter-Jugend" von 9988 M. im Vorjahre auf 487 M. im Berichtsjahre vermindert hat. Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Hamburger Organisation im letzten Jahre für die Jugendbewegung rund 7000 M. ausgegeben hat, und daß wir beschlossen haben, im kommenden Jahre weitere 12 000 M. aufzuwenden, die ganz wesentlich der Jugendorganisation zugute kommen werden. Sie werden zugeben, daß hier zwischen den Ausgaben einer einzelnen Organisation und den Ausgaben der Zentralstelle ein nicht geringes Mißverhältnis besteht. Es ist doch nicht wohl angängig, daß ein einzelner Parteiort für sein engeres Agitationsgebiet das Doppelte dessen aufwendet, was die Zentralstelle für das gesamte Reich. Auf dem Gebiet der Jugendbewegung kann und darf es keine Ruhe mehr geben. Wollen wir zu einer wirklich gedeihlichen Entwicklung unserer Jugendorganisationen kommen, dann bedarf es vor allem der Mittel ..." (S. 245 f.)

Ueber die Anträge zur Jugendbewegung äußert sich zunächst Heinrich Schulz:

„... Für unsere eigentliche Jugendbewegung gelten die gesetzlichen Bestimmungen, die uns Beschränkungen auferlegen. Für die Arbeiter vom vollendeten 18. Jahre ab gelten diese Beschränkungen nicht mehr, die Tätigkeit für diese

Arbeiter kann man nicht unter die Jugendbewegung im engeren Sinne rechnen. In diesem Sinne bitte ich die Ihnen vorliegenden Anträge zu bewerten. Die Anträge Niederbarnim, Spandau und Berlin III, soweit sie sich auf die Jugendlichen zwischen dem 18. und 20. Lebensjahre beziehen, gehören zur Bildungsarbeit, und als solchen bitte ich Sie, ihnen Gehör und Beachtung in der Form unserer Resolution zu schenken. Gerade die jungen Leute vom 18. Lebensjahre an sind die besten Jahrgänge für unsere planmäßige Bildungsarbeit; sie sind nicht mehr so sehr interesselos gegenüber der abstrakten Denkarbeit, wie die jüngeren. Unsere Bildungsausschüsse müssen Wert auf die Heranziehung der jungen Leute zwischen 18 und 20 Jahren legen und versuchen, sie durch planmäßige Aufklärung dauernd für uns zu gewinnen. (Sehr wahr!)

Zum Schluß noch ein Wort zur eigentlichen Jugendfrage, zu der die Resolution vorliegt, die Ihnen von den auf dem Parteitag anwesenden Mitgliedern der Zentrale unterbreitet wird, und durch die sich die anderen Anträge zur Jugendbewegung erledigen. Ich habe hier kein Referat über die Jugendbewegung zu halten, obwohl die ganze Entwicklung der proletarischen und noch mehr der bürgerlichen Jugendbewegung es ratsam erscheinen ließe, daß wir uns damit eingehend beschäftigten. Aber vielleicht kommen wir auch durch die einheitliche Kundgebung, die ich mir verspreche, zum Ziel...

Auf bürgerlicher Seite besteht keineswegs volle Einmütigkeit in der Jugendpflege, die konfessionellen Jugendvereine fühlen sich zurückgesetzt, sie sind verstimmt. Früher war die konfessionelle Jugendbewegung die einzige auf bürgerlicher Seite, sie tat sich etwas darauf zugute, wenn sie auch wie ein Veilchen im Verborgenen blühte. Sobald wir uns der Jugendbewegung annahmen, ging der konfessionellen Bewegung der Atem aus, es trat die interkonfessionelle Jugendbewegung unter der Oberhoheit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt hinzu. Natürlich ist es auch dadurch nicht gelungen, uns ein Paroli zu bieten. Dann kam als neuestes Ergebnis der bürgerlichen Jugendagitation der Jungdeutschlandbund, der alle möglichen bürgerlichen Vereine, nicht nur die Jugendvereine, sondern auch die Gewerkschaften, unter einen Hut, oder richtiger gesagt, unter einen großen Helm zu bringen sucht.

Eine Klarstellung: wir können natürlich nichts dagegen haben, daß auf bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung besteht. Das ist das gute Recht unserer Gegner. Wir müssen es uns auch gefallen lassen, daß die bürgerliche Jugendbewegung unter den jungen Arbeitern zu agitieren sucht. Mögen dann Argumente gegen Argumente stehen. Unser Widerspruch beginnt erst da, wo die Jugendsache der bürgerlichen Parteien, als eine Gegenorganisation gegen die proletarische Jugendbewegung, zur Staatssache gemacht wird, genau so wie man die Staatskirche zu einem Organ der Herrschenden gegen die Arbeiter gemacht hat. (Sehr richtig!) Unser Widerspruch richtet sich dagegen, daß aus allgemeinen Mitteln, aus den Steuern bezahlte Einrichtungen benutzt werden, um Steuerzahler aus politischen Gründen unter dem Deckmantel der Jugendbewegung zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Und eine zweite Klarstellung: wir haben natürlich auch nichts dagegen, wenn Mittel des Staates und der Gemeinden verwendet werden, um bessere Einrichtungen für die Erziehung der Jugend zu schaffen. Man redet von der berühmten „Lücke" zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre, und die Bürgerlichen tun sich darauf etwas zugute, als wenn sie diese Lücke plötzlich entdeckt hätten. Die selbstgefälligen Entdecker dieser Lückentheorie sollten sich einmal mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen. Sie werden dann finden, daß die Arbeiter schon mit allen Kräften bestrebt gewesen sind, die Lücken auszufüllen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die zuerst die menschenunwürdige Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft bekämpft hat, die von jeher für die einzig richtige Ausfüllung der Lücke eingetreten ist durch staatliche und gemeindliche Schulreform, durch obligatorischen Fortbildungsunterricht für Knaben und Mädchen, durch Verlängerung der Schulpflicht. (Sehr richtig!) Wir empfinden es bitter, daß die herrschenden Kreise ihre Kinder bis zum 18. und 20. Jahre — und wenn sie ein bißchen dumm sind (Heiterkeit), noch darüber hinaus — auf der Schule lassen können. Wir wünschen, daß auch unsere proletarischen Kinder einen längeren Schulbesuch erhalten. Wir verlangen weiter Lehrlingswerkstätten, Lehrlingsschutz, ge-

meindliche Bildungseinrichtungen aller Art, um diese Lücke zu schließen. Würden Staat und Gemeinde solche Einrichtungen schaffen unter Kontrolle durch die ordnungsmäßigen Instanzen der Selbstverwaltung, objektiv und unparteiisch, ohne politische Nebenabsichten, die Regierungen und die Verwaltungen hätten keinen wärmeren Befürworter und keine größeren Freunde ihrer Pläne, als die sozialdemokratischen Abgeordneten und Stadtverordneten. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist eine geradezu widerwärtige Heuchelei, wenn über die bedauernswerte Lage der Arbeiterjugend gejammert und doch nichts dagegen getan wird. Oder wenn etwas getan wird, so ist dieses Etwas beinahe schlimmer als das Nichts. Die Regierung hilft mit einigen Millionen bei der Jugendpflege aus. Die Regierung weist die „nachgeordneten" Behörden an, die Jugendbewegung zu unterstützen. Die private Jugendpflege soll gefördert werden. Man geht den geschickten Weg, sich vor der Verantwortung zu drücken, die legt man unverantwortlichen Privaten auf. Im stillen freut man sich über das, was von diesen unverantwortlichen Stellen, von privaten Sozialistenfeinden, getan wird. Mit Unterstützung der Regierung wird also eine ganz gewöhnliche politische Agitation mit staatlichen Mitteln gegen die Sozialdemokratie getrieben. Neulich hat es ein spaßiges Aufsehen in der Oeffentlichkeit erregt, als der interessante Bureaukrat Kraetke vom Reichspostamt einem Rechtsanwalt das Telephon entzogen hat. Ist es etwas anderes, wenn Herr Breitenbach, die bureaukratische Spitze des Eisenbahnwesens, seine Fahrtermäßigung nur den Vereinen einräumt, die dem Jungdeutschlandbund angehören? Wenn er der proletarischen Jugendbewegung die Ermäßigungen verweigert? Das ist dasselbe, als wenn Kraetke sagen würde, weil du liebes Kind bist, bekommst du das Telephon zum halben Preis, und du, weil du nicht gut angeschrieben bist, mußt es teurer bezahlen oder bekommst gar keins. Gegen diese unerhörte Günstlingswirtschaft müssen wir uns wenden. Wir dürfen nicht dulden, daß öffentliche Gelder privaten Organisationen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt werden; daß öffentliche Einrichtungen, Eisenbahnen, Kasernen, amtliche Personen, Offiziere, Unteroffiziere, Aerzte und Richter zur Verfügung gestellt werden, nicht um die neutrale Jugendbewegung zu fördern, sondern um unter diesem Deckmantel die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Und diese ganze Förderung der bürgerlichen Jugendpflege, nachdem man zuvor die Arbeiterjugend durch rücksichtslose Maßnahmen geknebelt hat. Die Teilnahme von Jugendlichen unter 18 Jahren an politischen Veranstaltungen ist verboten. Dieser Paragraph wird nur gegen die Arbeiterjugend angewendet. Erinnern Sie sich an den Entscheid des preußischen Oberverwaltungsgerichts, wonach Arbeiterjugendvereine und freie Jugendorganisationen für politische Vereine erklärt werden, „weil diese, obgleich von der Partei nicht ins Leben gerufen und mit ihr als solcher nicht organisch verbunden, dennoch ein Glied der Einrichtungen sind, welche der sozialdemokratischen Partei dienstbar sind". Nach diesem Urteilsspruch gibt es überhaupt nichts, das nicht als politischer Verein aufgefaßt werden könnte, denn alles wird in irgendeiner Weise auch der Sozialdemokratie dienstbar sein. Wenn nur der zehnte Teil des juristischen Scharfsinns, der gegen die Arbeiterjugendbewegung angewandt wird, gegen die bürgerliche Jugendbewegung gerichtet würde, sie würde schon mit Stumpf und Stiel vernichtet sein. Freilich, man sagt es nicht offen, daß die bürgerlichen Jugendvereine politische Veranstaltungen sind. Dazu sind die Herren zu vorsichtig. Aber gelegentlich geht einem Unvorsichtigen einmal der Mund über. Hören wir die „Kreuzzeitung", das Organ der Ritter und Heiligen, vom 21. März: „Es versteht sich von selbst, daß alle diese Versuche darauf hinausgehen, der von Jahr zu Jahr zunehmenden Minierarbeit der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. ... Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie und den Atheismus ist heute notwendig auch auf dem Gebiete der Jugendfürsorge." — Das ist deutlich genug...

... Zwei Dinge spielen in der bürgerlichen Jugendbewegung beim Kampfe gegen die Sozialdemokratie eine wichtige Rolle. Königstreue und Vaterlandsliebe. Gewiß haben wir in diesen Fragen andere Auffassungen, als sie in der bürgerlichen Gesellschaft gehegt und gepflegt werden. Aber suchen wir unsere Auffassung durch Schimpfen durchzusetzen? Haben sich die Anschauungen über Königstreue und Patriotismus im Laufe der Jahrhunderte nicht gewandelt? Hat man heute etwa noch die vaterländischen und monarchischen Anschauungen, wie sie vor hundert oder dreihundert oder sechshundert Jahren selbstverständlich waren?...

. . . Sind wir etwa vaterlandslos im Sinne der bürgerlichen Gegner? Waren Goethe, Schiller, Fichte vaterlandslos? Wenn sie es nicht waren, sind wir es noch weniger. Denn wir arbeiten mit aller Kraft an der Besserung der Verhältnisse in Deutschland. Die Arbeiter sind nicht in Frankreich, England, Rußland tätig, sie arbeiten in den deutschen Staaten und Gemeinden. Sie haben auch kein Kapital in Rußland, China, Amerika. Gerade der Arbeiter kommt sein ganzes Leben lang nicht aus Deutschland heraus, und seine ganze Tätigkeit gilt der Hebung der gesellschaftlichen und politischen Zustände Deutschlands. Wenn die Regierungen und die herrschenden Parteien sich entschließen würden, die Forderungen unseres Erfurter Programms in die Tat umzusetzen, dann wäre das die nationalste Tat, die Deutschland je gesehen hat. (Beifall.) Dadurch würde Deutschland eine innere und äußere Kraft gewinnen, daß es mit einem Schlage wirklich an der Spitze der Kulturnationen stehen würde.

Zu solcher Vaterlandsliebe, zu solcher tatkräftigen Mitarbeit an der Besserung des Gebäudes, in dem wir leben, erziehen wir die proletarische Jugend. Sehen Sie sich dagegen die bürgerlichen Methoden an, die Jugendwehr, die militärischen Exerzitien, die Kriegsspielerei. Dabei ist dies alles sachlich ganz wertlos. Wir können uns dabei auf das Zeugnis des preußischen Kriegsministers v. Heeringen stützen, der 1910 erklärt hat, daß er sich von der Jugendwehr nichts verspreche, daß sie für die militärischen Aufgaben gar nicht von Bedeutung sei, daß sie für den Soldatendienst eher von schädlicher Wirkung sei. Aber gerade durch diese Kriegsspielerei, durch diese Einstellung der ganzen Ideologie der Jugendlichen auf das Kriegsspiel, auf das Kämpfen und Schlagen, Rauben und Morden, dadurch züchtet man bei den Jugendlichen die Neigung zu Roheiten, Gewalttätigkeiten, zum Chauvinismus. (Sehr richtig!) Einsichtige bürgerliche Männer müßten das erkennen, wenn die Sozialistenfurcht sie in diesem Punkte nicht völlig verblödet hätte. (Sehr richtig!) Sie müßten Protest erheben, daß so mit dem geistigen Erbe unserer Klassiker und Philosophen gewirtschaftet wird. Leider ist nicht anzunehmen, daß die Herren zur Besinnung kommen. Wir stehen allein. . . .

. . . Wir dürfen aber nicht in den Fehler verfallen, die Jugend zwischen 14 und 18 Jahren etwa zu Politikern machen zu wollen. Dabei würden wir dasselbe Fiasko machen, wie die Bürgerlichen mit dem Religionsunterricht in der Schule, durch den sie die Abneigung gegen die Religion methodisch gezüchtet haben. Wir können die Jugend aber zu aufrechten, freien Menschen erziehen, die mit offenen Augen ins Leben schauen, die ein begründetes Urteil über die Dinge der Umwelt abzugeben verstehen, die ständig an ihrer eigenen Fortbildung arbeiten, die ein Gefühl haben dafür, daß jeder denkfähige und charaktervolle Mensch an der Kulturentwickelung, an der geistigen Hebung des Menschengeschlechts mitzuarbeiten verpflichtet ist, die sich für die besten Kulturideale mit aller Kraft einsetzen. . . ." (S. 261 ff.)

Birkholz-Hamburg:

„Wenn die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend" auf gut 80,000 gestiegen ist, so ist das gewiß ein Fortschritt, aber ich glaube nicht, daß diese Abonnentenzahl ein Gradmesser für die Stärke der Jugendorganisation ist, weil eine große Zahl Abonnenten darunter sind, die bereits erwachsen sind, und ferner weil es für die Beurteilung der Jugendbewegung wesentlich mehr auf die Anzahl und den Charakter der getroffenen Veranstaltungen ankommt, als auf die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend". In dieser Beziehung müssen wir die bisher geleistete Arbeit etwas kritischer betrachten. Ich warne vor der Unterschätzung, die Schulz gegenüber der bürgerlichen Jugendpflege an den Tag gelegt hat. Die religiösen Jugendvereine sind nicht so gering einzuschätzen; in west- und norddeutschen Großstädten haben sie sich Methoden der Erziehung angeeignet, die wir sehr genau beobachten müssen. Man hat die religiöse Propaganda in den Jugendvereinen früher ungenierter betrieben. Jetzt gibt man sich als neutrale Vereine, und zwar aus dem Grunde, weil die Arbeiter und vor allem auch die jugendlichen Arbeiter von den Missionspredigten nichts mehr wissen wollen. Deshalb wird jetzt vor allem dem Unterhaltungsbedürfnis entgegengekommen und die religiöse Betätigung etwas vorsichtiger und klüger betrieben. Die positive Arbeit im gegnerischen Lager darf ebenfalls nicht unterschätzt werden. Die Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin hat es meisterhaft verstanden, trotz der Gegensätze in der bürgerlichen Jugendbewegung die verschiedenen Richtungen,

wenigstens in agitatorischer Beziehung, unter einen Hut zu bringen. Der neueste Beweis dafür ist das Handbuch für Jugendfürsorge, das von dieser Zentrale ausgegeben wird. Ein glänzender Stab von Mitarbeitern, Schulmännern, Geistlichen, Organisationsbeamten der bürgerlichen Jugendbewegung, Kriminaltheoretiker, eine ganze Anzahl Leute sind dabei, die praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Jugendpflege haben. Ja, es ist sogar gelungen, den Leiter des Arbeiterheims II mit unter die Verfasser zu bekommen, ich weiß allerdings nicht, ob der Genosse dort viel zu Wort kommen wird. Immerhin ist das ein Beweis dafür, daß wir nicht verstanden haben, die Leute im eigenen Lager für diese Arbeit zu organisieren. Unsere Jugendzentrale gibt ein vierseitiges Blatt heraus, das im Vergleich zu den pädagogischen Schriften im bürgerlichen Lager sehr, sehr wenig bedeutet. Gewiß sollen wir nicht der Quantität nach ebenso produktiv sein als die Gegner, aber in bezug auf die Qualität und Anzahl der Veröffentlichungen könnte viel mehr geschehen, als bis jetzt geschehen ist. Selbst wenn die Ausgaben unserer Jugendzentrale den dreifachen Betrag erreichen würden, wäre das noch zu wenig. Das Geld, das im vergangenen Jahre an der „Arbeiter-Jugend" gespart wurde, hätte dazu dienen können, manche Lücke in der Tätigkeit der Jugendausschüsse auszugleichen. Vor allem zeigt der Bericht der Zentrale, daß die Jugendarbeit sich im wesentlichen konzentriert auf wenige Großstädte und daß in den mittleren und kleineren Städten herzlich wenig geschieht. Damit soll allerdings der Zentrale kein Vorwurf gemacht werden. Ich meine, daß sie unter der bisherigen Form der Organisation das Menschenmöglichste leistet. Es ist zu bedenken, daß Genosse Ebert die Tätigkeit in der Jugendzentrale im Nebenamt ausübt und daß der Genosse Peters erst seit kurzer Zeit angestellt ist; demgegenüber finden wir auf der gegnerischen Seite, bei der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge", ein großes Bureau mit einem Stab von Beamten, dessen Tätigkeit sich dadurch auszeichnet, daß sie wirklich Fühlung hat mit den größeren Jugendorganisationen überall im bürgerlichen Lager. Hier in diesem Saal sind eine ganze Anzahl Genossen, die im Nebenamt die Jugendorganisation leiten, aber selbst eingestehen, daß ihnen am Orte die Mittel und die Kräfte zu wirksamer Betreibung der notwendigen Arbeit fehlen. Da sollte die Zentrale wenigstens so ausgebaut sein, daß sie öfter mal Genossen ins Reich hinausschicken kann, die in den wichtigsten Industriezentren sich aufhalten, um dort eine Zeitlang die Jugendarbeit zu leiten. Die Jugendzentrale hat den Anfang gemacht durch den achttägigen Kursus für die Ausbildung von Leitern. Gewiß ist das erfreulich und als Fortschritt zu werten, aber wir können noch lange nicht zufrieden sein. In mehreren Anträgen wird hingewiesen auf die Bildungsarbeit, die an den über 18 Jahre alten Jugendlichen geleistet werden soll, an den Genossen, die aus ihrer Organisation herausgekommen sind und sich noch vor ihrer Militärzeit befinden. Ich glaube, daß eine wirksame Bildungsarbeit in dieser Arbeiterschicht uns sehr viel nützen wird, so daß wir vor allen Dingen der Tätigkeit der örtlichen Bildungsausschüsse ein sehr reichhaltiges Arbeitsgebiet eröffnen können, das müßte deshalb der Fall sein, weil die Jugendarbeit und die Arbeit der Bildungsausschüsse, die allerdings nicht miteinander verquickt werden kann, sich wenigstens in den beiden Zentralinstanzen ergänzen und ausgleichen würde. Der Bildungsausschuß und die Jugendzentrale haben eine große Anzahl sehr bildungsfähiger Kräfte und diese jungen Kräfte müssen vor allen Dingen durch die Tätigkeit der Bildungsausschüsse erfaßt werden. Dann kann auch der Zentralbildungsausschuß für die Beschickung der Parteischule in Berlin eine bessere Basis finden, es würden dann Reservoire von vorgebildeten Menschen vorhanden sein, die später reif sein werden für die Parteischule. Es ist das Schmerzenskind des Zentralbildungsausschusses, daß nicht immer für die Parteischule das genügend vorgebildete Menschenmaterial vorhanden ist. Die Klagen darüber haben aber keinen Zweck, solange nicht die örtlichen Bildungsausschüsse genügend ausgebaut sind. (Zustimmung.)" (S. 287 f.)

Karsten-Peine:

„Die Entwickelung, die unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen im verflossenen Jahre genommen haben, kann uns durchaus befriedigen, nicht in demselben Maße aber die der Jugendorganisation. Es ist nicht groß rühmenswert, wenn unser Abonnentenstand der „Arbeiter-Jugend" nur um 15,000 gestiegen ist. Es müssen hier Gründe vorhanden sein, die es ermöglichen, daß unsere Arbeiterjugendbewegung besser fortschreitet als im verflossenen Jahre. Wir sind nun aus dem Anfangsstadium der Entwickelung der Arbeiterjugend heraus, sie

tritt ein in das Stadium weiterer Fortentwickelung. Da muß es möglich sein, daß die Entwickelung einen schnelleren Verlauf nimmt, als es bisher der Fall war, namentlich weil Millionen von Jugendlichen noch zu gewinnen unser Bestreben sein muß und weil namentlich von gegnerischer Seite alles aufgeboten wird, um die jungen Leute der Sache der Arbeiterklasse zu entfremden. Daß es bisher nicht schneller vorwärts gegangen ist, ist nicht die Schuld der Zentralstelle, auch nicht die des Parteivorstandes, hier müßte die Arbeit der Bezirks- und Landesorganisationen eingreifen. Es ist bedauerlich, daß über 50 Städte in Deutschland mit über 20,000 Einwohnern, ja sogar einige Städte von mehr als 100,000 Einwohnern noch keine Arbeiterjugendorganisation haben. Es gibt eine ganze Anzahl großer Orte, die nur 10 bis 15 Abonnenten auf die „Arbeiter-Jugend" nach der uns vorliegenden Aufstellung der Zentralstelle der Jugendausschüsse haben. Hier muß von den Bezirks- und Landesorganisationen besser gearbeitet werden. Es liegt an verschiedenen Stellen so, daß die Jugendorganisation von den Bezirksleitungen geregelt wird und diese nicht die genügende Fühlung haben mit den örtlichen Stellen. Die Durchbildung der Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren ist durchaus eine große Notwendigkeit. Man muß bedenken, daß junge Leute von über 18 Jahren sich nicht immer wohl fühlen unter den jüngeren Arbeitern, sie sind etwas reifer und vernünftiger, gehen aber nicht mehr immer auch mit dem nötigen Eifer innerhalb der Jugendbewegung zu Werke. . . ." (S. 268.)

Dönnecke-Mühlhausen i. Th. schließt sich dem Vorredner an:

„Jedenfalls muß im allgemeinen von seiten der Partei der Jugendbewegung größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, als bisher der Fall ist. . . . Es mag wohl zutreffend sein, daß in den Großstädten genügend Parteigenossen vorhanden sind, die die Bildungsarbeit der Arbeiterklasse erfolgreich in die Hand nehmen. Aber wesentlich anders liegt es in den kleinen Städten; wenn sich dort ein Parteigenosse findet, der die Sache in die Hand nimmt, verliert er bald seine Arbeitsstelle und muß abwandern. . . ." (S. 269.)

Dr. Liebknecht-Berlin:

„Soweit die bürgerlichen Jugendpflegebestrebungen Erfolg haben werden, wird es ein Erfolg für uns sein, so wie die Erfolge der Volksschule und selbst der militaristischen Erziehung im Schlußresultat auf unserer Seite sind. Das wird umsomehr der Fall sein, je mehr wir den Boden bestellen und die Saat der proletarischen Weltanschauung säen und pflegen. Also ist selbst bei dieser optimistischen Auffassung der gegnerischen Bestrebungen die Weiterentwickelung der proletarischen Jugendbewegung für uns eine conditio sine qua non. Es ist hier und da die Auffassung aufgetaucht, daß die Bestrebungen, die von der preußischen Regierung und im Gefolge davon von anderen Bundesstaaten unternommen sind, geeignet wären, unserer Jugendbewegung Abbruch zu tun. Aber alle noch so niederträchtigen und ungesetzlichen Machenschaften werden unserer Bewegung keinen ernstlichen Schaden zufügen, ja im Gegenteil sie vorantreiben und fördern, solange wir selbst eifrig an unserer eigenen Jugendbewegung arbeiten. Es ist in dieser Beziehung noch vieles zu tun. Ich habe wiederholt erlebt, daß gute Jugendbewegungen in verhältnismäßig kurzer Zeit zusammengebrochen sind. Dies ist ein Beweis dafür, daß unsere Parteigenossen vielfach nicht die richtige Auffassung von der Bedeutung der Jugendbewegung haben. Es ist allerdings auch ein Beweis dafür, welche praktischen Schwierigkeiten der Jugendbewegung entgegenstehen, speziell in der Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten, die natürlich besondere Fähigkeiten besitzen müssen. Mit Rücksicht auf die „Jugendpflege" der Polizei und der Schulaufsichtsorgane ist nun der Gedanke aufgetaucht, in besonders erhöhtem Maße der Jugend vom 18. bis 20. Jahre unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Dieser Gedanke verdient sicherlich Berücksichtigung. Es soll damit natürlich nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die Jugendlichen unter 18 Jahren zurückgestellt werden sollen. Das wäre außerordentlich bedauerlich und würde jedenfalls nicht im Sinne der Antragsteller liegen. Selbstverständlich soll auch die übrige Jugend in der intensivsten Weise weiter bearbeitet werden. In welcher Weise im einzelnen die Bewegung unter den Jugendlichen vom 18. bis 20. Jahre zu fördern ist, das wird der Zukunft zu überlassen sein, ich bin überzeugt, der richtige Weg wird sich finden. Der Antrag 148 von Spandau ist durch die Ausführungen von Schulz und

die Resolution gegenstandslos geworden. Wir ziehen ihn zurück in der Erwartung, daß der darin enthaltene Gedanke eine so einmütige Billigung auf dem Parteitag finden wird, daß eine alsbaldige energische Inangriffnahme der darin empfohlenen Arbeit erfolgen wird, auf daß nicht unsere Gegner, sondern wir die Triumphierenden in dem Kampf um die Seele der Arbeiterjugend sein werden. (Bravo!)" (S. 269 f.)

Heinrich Schulz:

„An sich können wir mit dieser Diskussion sehr zufrieden sein. Es ist außerordentlich erfreulich, daß sich in den weitesten Kreisen der Partei ein derartiges Interesse für die Aufgaben der Bildungs- und Jugendpflege erkennbar macht. . . . Dem Genossen Birkholz erwidere ich, daß ich keineswegs die konfessionelle Jugendbewegung unterschätzt habe. Ich habe nur mehr historisch-chronologisch gezeigt, daß erst die konfessionelle, dann die interkonfessionelle und schließlich jene Jugendbewegung gekommen ist, die mit dem abscheulichen Wort der körperlichen „Ertüchtigung" arbeitet. Ich weiß, daß die konfessionelle Jugendbewegung vor der interkonfessionellen das voraus hat, daß sich die Pfarrer schon längere Zeit damit beschäftigt haben, und daß sich darunter manche gute Pädagogen befinden. Mir ist auch ihre Literatur nicht unbekannt. Ich habe gerade gegenwärtig ungefähr 25 neu erschienene Bücher von Lehrern, Pastoren, Aerzten und anderen bürgerlichen Schriftstellern auf dem Schreibtisch liegen, die alle glauben, neue Beiträge zur Jugendfrage liefern zu können. . . .

Natürlich haben wir mit dem Kursus für die Jugendlichen nur einen Anfang gemacht. Man fängt bescheiden an, und bewährt sich der Kursus, so werden wir auf dem Gebiete weiterschreiten. Der Zentralbildungsausschuß und die Jugendzentrale arbeiten in allen gemeinsamen Fragen Hand in Hand, und das wird auch so bleiben, zumal der Bildungsausschuß auch in der Jugendzentrale vertreten ist. . . .

Es gibt noch mancherlei Mittel, um unsere Jugendbewegung zu fördern. Die Eltern haben eine wichtige Pflicht, für die Aufklärung und Charakterstärke der Jugend zu sorgen. Aber auch die sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften können eine dankbare Aufgabe darin sehen, für die schulpflichtigen Kinder etwas zu tun, z. B. durch Veranstaltung von Schülerwanderungen, wie sie hier und da schon mit ausgezeichnetem Erfolg veranstaltet worden sind. Im übrigen unterstreiche ich das Wort, daß für eine gute Jugendpflege in erster Linie tüchtige Persönlichkeiten nötig sind. (Sehr richtig!) Wenn die Bewegung noch nicht so vorwärts schreitet, wie Sie es wünschen, so muß ich antworten, daß das zum großen Teil auf den Mangel an geeigneten Persönlichkeiten zurückzuführen ist; wir können diese Persönlichkeiten nicht aus der Erde stampfen. Auch uns wächst kein Kornfeld auf der flachen Hand. Dann bitte ich aber auch die Genossen, darauf zu achten, daß auch die Jugendlichen Persönlichkeiten sind und daß man sie nicht behandeln soll wie dumme Jungen. (Sehr richtig!) . . ." (S. 271 ff.)

Lipinski-Leipzig:

„Ich möchte die Ausführungen des Genossen Schulz ganz entschieden unterstreichen, die er über die bürgerliche Jugendbewegung gemacht hat. Daß die bürgerliche Jugendbewegung eine politische Bewegung ist, brauche ich hier nicht weiter auseinanderzusetzen. . . . Wir haben in einer Reihe von Orten mit Widerständen zu rechnen, die sich erklären aus dem Mangel an geeigneten Kräften und aus der geringen Entwickelung der Arbeiterbewegung an sich. Gerade das Neuland der Jugendbewegung hat uns auch gezeigt, daß mehrere Kreise sich um denselben Personenkreis bewerben, auf der einen Seite die Gewerkschaften, auf der anderen Seite die Partei, und dieses gemeinsame Werben führt oft zu Schwierigkeiten für die Entwickelung der Jugendorganisationen, wofür Chemnitz ein typisches Beispiel ist. Aus der Jugendbewegung hat sich ein neues Problem für uns ergeben. Was wird mit den Personen über 18 Jahre, die von der Jugendbewegung abgesondert werden sollen. Da besteht eine große Gefahr, daß uns diese Personen verloren gehen. Ich unterschreibe das, was einzelne Redner hierüber ausgeführt haben. Es liegt eine Gefahr darin, wenn das Interesse der Jugendlichen an der Organisation zu wenig geweckt wird. Wir müssen nicht eine besondere Organisation für diese Personen von 18 bis 21 Jahren schaffen, sondern wir müssen das Recht, das ihnen das Vereinsgesetz gibt, gebrauchen und sie in die sozialdemokratischen Organisationen hineinbringen. Wir

müssen die Agitation ihrem Verständnis anpassen, sie häufiger zusammenführen und Unterrichtskurse veranstalten. Die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie leidet darunter, daß für das gesamte Interessengebiet der Frau nicht die geeigneten Lehrkräfte und anleitenden Kräfte vorhanden sind. Wenn man die Jugendlichen über 18 Jahre und die Frauen zusammennimmt und noch diejenigen, die für die Weiterbildung Interesse haben, wenn man sie zu gemeinsamen Kursen zusammennimmt, dann wird für alle Teile etwas Ersprießliches herauskommen. Wir haben in Leipzig den ersten Versuch damit gemacht. Wir haben eine eigene Parteischule mit eigenen Lehrern für etwa 80 Schüler. Wir haben 12 verschiedene Kurse, systematisch auf die einzelnen Stadtteile verteilt, in denen die Jugendlichen über 18 Jahre, die Frauen und alle, die sich beteiligen wollen, in das Wesen des Sozialismus eingeführt werden. . . ." (S. 273 f.)

Die Anträge 202 und 219 werden einstimmig angenommen. Dadurch erledigen sich die übrigen Anträge. Der Parteivorstand berichtete dem Jenaer Parteitag **1913**:

„Ueber den Antrag 219, der geeignete Veranstaltungen zur Bildung der Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren verlangt, hat der Parteivorstand mit dem Bildungsausschuß und dem Parteiausschuß verhandelt. Die beteiligten Körperschaften waren mit der Tendenz des Antrages grundsätzlich einverstanden. Ein Plan der im einzelnen den Organisationen zu unterbreitenden Vorschläge soll der nächsten Sitzung des Parteiausschusses vorgelegt werden." (S. 9.)

Weiterhin wird berichtet:

„Mit einer Schärfe und Skrupellosigkeit wie nie zuvor wurde in der Berichtszeit der Kampf der bürgerlichen Parteien um die heranwachsende Generation der Arbeiterklasse geführt. Er wurde geschürt von den Organen des Staates und der Gemeinde, die in unerhört ungerechter und maßloser Weise die bürgerlichen Jugendvereine mit Mitteln aus dem Allgemeinbesitz unterstützten und förderten. Wurden so die bürgerlichen Vereine auf Kosten der Steuerzahler gekräftigt und ausgerüstet, um den Jugendlichen größere materielle Vorteile bieten zu können, als die proletarische Jugendbewegung es vermöchte, die von allen behördlichen Vergünstigungen ausgeschlossen ward, so bemühten sich überdies die Behörden, die mühsam getroffenen Veranstaltungen der freien Jugendbewegung mit brutalen Mitteln zu zerstören. Versammlungen wurden für politisch erklärt und verhindert, ehe sie begonnen hatten. Gesellige Veranstaltungen und Feste wurden zu politischen Versammlungen umgedichtet, um in Auslegung des „liberalen" Reichsvereinsgesetzes den Jugendlichen die Beteiligung verbieten zu können. Selbst an den Pforten der Jugendheime, die von bürgerlichen Kritikern als mustergültig bezeichnet wurden, machte die Zerstörungswut der „Ordnungs"organe nicht Halt. In dem Kriege zur Vernichtung der von der Arbeiterschaft errichteten Einrichtungen für die Jugend haben sich den Polizeiorganen auch die Schulbehörden freundschaftlichst an die Seite gestellt. Mit Hilfe der Schulordnungen wurde Fortbildungsschülern die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen, auch unpolitischen, sowie an Festen verboten.

So war die Situation, in der die Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung zu arbeiten hatten. Trotzdem können wir freudig konstatieren: die proletarische Jugendbewegung hat sich in dem Kampfe gegen ihre zahlreichen und mächtigen Widersacher glänzend behauptet!" (S. 17.)

„Zur Pflege des wirtschaftlichen Jugendschutzes, die überall in Gemeinschaft mit den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaften betrieben wurde, sind in 49 (30) Orten besondere Jugendschutzkommissionen eingesetzt worden.

Die Bezirksleitungen, deren Aufgabe es war, die Jugendausschüsse in ihrer Agitations- und Bildungsarbeit zu unterstützen, haben sich von 26 auf 30 vermehrt. . . ." (S. 18.)

„Eine besondere Aufmerksamkeit ist der Ausbildung von Funktionären geschenkt worden. Außer der schriftlichen Belehrung durch das nach Bedarf herausgegebene Rundschreiben und die selbständigen Schriften hat die Zentralstelle einen Ausbildungskursus für Jugendliche eingerichtet. Er fand zum erstenmale im Oktober in Berlin statt. 32 Funktionäre aus verschie-

denen Bezirken Deutschlands wurden in einer Woche in allen Fragen der Jugendbewegung theoretisch und praktisch unterwiesen. Dem einmütigen Wunsche der Teilnehmer folgend, hat die Zentralstelle den Kursus zu einer ständigen Einrichtung gemacht. Die erste Wiederholung fand im Mai dieses Jahres statt." (S. 19.)

Folgende Anträge lagen diesem Parteitage vor:

16. Spandau: „In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten."

53. 13. sächsischer Wahlkreis: „Um den Jugendausschüssen, Jugendbeiräten und Jugendhelfern eine ständige Belehrung über ihre Aufgaben zuteil werden zu lassen, und um Erfahrungen zu sammeln und einen Meinungsaustausch zu schaffen, ist es nötig, eine besondere Zeitung zu gründen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend wird mit der baldigen Lösung dieser Aufgabe betraut."

54. 12. sächsischer Wahlkreis: „Um den in der proletarischen Jugendbewegung tätigen Parteigenossen und -genossinnen ihre bildende und erzieherische Tätigkeit zu erleichtern, ist ein pädagogisches Zentralblatt für Jugendbeiräte und Jugendhelfer zu schaffen."

77. Weimar: „Der Parteitag betont aufs neue die Notwendigkeit, der Organisierung und geistigen, sittlichen und körperlichen Ausbildung der proletarischen Jugend alle nur denkbare Förderung angedeihen zu lassen."

Im Vorstandsbericht führt Scheidemann aus:

„... Zentralbildungsausschuß, Parteivorstand und Parteiausschuß sind sich vollkommen darin einig, daß alles geschehen muß, was irgend geschehen kann, um die Jugendbewegung zu fördern. Parteigenossen, es ist um so selbstverständlicher, daß wir alles tun, um die Jugend zu gewinnen und mit unseren Ideen zu erfüllen, weil wir genau wissen, wie außerordentlich schwer die Jugendbewegung von oben herunter bedrückt wird; weil wir wissen, wie durch einseitige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen die unpolitische proletarische Jugendbewegung genau so gehemmt wird, wie man anderseits die offenkundig politische „patriotische" Jugendbewegung, namentlich den Jungdeutschlandbund, unter allen Umständen zu fördern sucht. Doch das ist ein besonderes Kapitel, auf das ich hier nicht näher eingehen kann. Aber das möchte ich doch feststellen: es ist unerhört, wenn man sehen muß, wie Veranstaltungen rein wissenschaftlicher und künstlerischer Art unserer Jugendbewegung unterdrückt werden, wie man gewaltsam politische Veranstaltungen konstruiert hat aus Ausflügen, aus Vorträgen über Schubert und Beethoven. (Hört! hört!) Es ist also ganz selbstverständlich, daß wir die Jugendbewegung nach Möglichkeit fördern, daß ihr all unsere Sympathien gehören müssen. (Bravo!) Nun war beschlossen worden, besondere Veranstaltungen zu treffen für die jungen Leute im Alter von 18 bis 21 Jahren. Das ist die Altersklasse, die berechtigt ist, in politische Organisationen einzutreten, denn das ist ja „nur" denen unter 18 Jahren verboten. Wenn diese jungen Leute vollkommen unvorbereitet, politisch nicht geschult, in unsere Organisationen hineinkommen, haben wir mit ihnen und sie mit uns insofern Schwierigkeiten, als ihnen das Verständnis für die vielen rein geschäftlichen Dinge der politischen Organisation fehlt, so daß sie in diesen Versammlungen nicht finden, was sie erwartet haben, daß sie sich vielleicht langweilen usw. Um dem zu begegnen, waren eben besondere Veranstaltungen für die jungen Leute verlangt worden. Was geschehen soll, darüber herrschte vollkommene Einigkeit in den drei Korporationen. Es ist ein Zirkular ergangen an die Parteiorganisationen und alle Bildungsausschüsse, in dem bestimmte Vorschläge gemacht werden, wie man am besten die jungen Leute vorbereitet und einführt. Es wird

darin gesagt, daß man für die jungen Leute besondere Veranstaltungen treffen muß, um sie zu informieren über das, was ihnen am nächsten liegt, was für sie wichtig und fesselnd ist. Es heißt da u. a.: es interessiert die jungen Arbeiter in jenen Jahren, die allgemeinen Fragen der Weltanschauung mit ihren Altersgenossen zu diskutieren. Die Organisation muß dieser Jungmannschaft deshalb Gelegenheit zu geistiger Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen geben. Es werden dann bestimmte Vorschläge gemacht, wie die großen und wie die kleineren Organisationen arbeiten sollen, um die jungen Leute einzuführen in bestimmte Wissensgebiete. Die Einzelheiten hier zu schildern, würde zu weit führen. Jedenfalls steht fest, daß wir wie bisher schon auch künftig alles Mögliche tun werden, um die Jugendbewegung zu fördern. Ich glaube deshalb, daß Sie die auf die Jugendbewegung Bezug nehmenden Anträge, in denen gefordert wird, was in Wirklichkeit bereits geschieht, z. B. im Antrag 77 von Weimar, als erledigt ansehen können..." (S. 220 f.)

Die Anträge werden genügend unterstützt. Sollmann-Köln führt aus:

„... Der Bericht des Parteivorstandes behauptet, daß unsere Jugendbewegung sich den Angriffen der Gegner gegenüber glänzend behauptet hat und daß wir gute Fortschritte gemacht hätten. Ich halte es für meine Pflicht, gegen diese Schönfärberei ganz entschieden zu protestieren. (Rufe: Oho!) Es ist nicht wahr, daß unsere Jugendbewegung im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht hat; gerade in hervorragenden Parteiorten ist sie zurückgegangen; z. B. in Braunschweig, Bremen, Breslau, Burg bei Magdeburg, Köln, Dresden, Elberfeld, Frankfurt, Hannover, Leipzig und in zahlreichen anderen Orten. Das sind Dinge, die wir nicht mit der Krisis erklären können, sondern wir müssen uns selber an die Brust klopfen und fragen, ob wir wirklich unsere Pflicht getan haben. Ich habe den Eindruck, daß in weiten Parteikreisen die bedeutende Gefahr der bürgerlichen Jugendbewegung unterschätzt wird. Sie dürfen nicht vergessen, daß die bürgerliche Jugendbewegung in den letzten Jahren ganz andere Formen angenommen hat und zu einer gewissen Gefahr für unsere Bewegung geworden ist. Die Agitation, das Werbematerial, das uns geboten wird, entspricht in bedauerlicher Weise nicht dem Empfinden der Jugend. Wir schicken eine Unmenge von Schriften ins Land, die die Jugend gar nicht fesseln können, weil die Jugend nicht versteht, was darin steht. Bis auf den heutigen Tag haben wir noch keine Agitationsbroschüre, die wir innerhalb der weiblichen Jugend verbreiten können. Es ist eine Schrift herausgegeben worden, aber so glänzend sie geschrieben ist, damit kann man nicht die heranwachsende weibliche Arbeiterjugend gewinnen. Wie redet man da zu 14 jährigen Arbeiterinnen. Auf der ersten Seite heißt es da z. B.: „Weder die gewaltigen Errungenschaften der modernen Naturforschung, wie sie von Charles Darwin eingeleitet wurden, die dich befähigen würden, in dem großen, prächtigen Buche der Natur zu lesen, noch jene grandiosen Ergebnisse der Chemie, der Physik, ja nicht einmal die der Technik, wie sie im modernen Arbeitsprozeß Anwendung finden, sind im einzelnen wie in ihrem Zusammenwirken in einem großen, übersichtlichen Bilde dir vermittelt worden. Noch weniger aber wurde dir die Entwicklung der Menschheit, ihrer Kultur geschildert oder gar die Kämpfe um Freiheit, um wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg, wie sie von den Unterdrückten immer und immer wieder in heldenhafter Weise geführt wurden. Nichts hast du erfahren von den großen, herrlichen Idealen, die, dem Polarstern gleich, der Menschheit bei ihrem Aufwärtsstreben voranleuchteten und glühende Sehnsucht nach Freude und Freiheit in ihre Herzen gossen."

Das sind wunderbare Worte, aber wenn sie jungen, unaufgeklärten Arbeiterinnen in die Hand gegeben werden, dann laufen diese davon wie vor einer aufgescheuchten Maus. Keine Werbebroschüre hat auch nur entfernt bei der arbeitenden Jugend die Beliebtheit gefunden wie die, die ein junger Arbeiter, Peters, herausgegeben hat. Unsere „Arbeiter-Jugend", so glänzend sie als Bildungsorgan geschrieben ist, vermodert in den Schränken. Sie wird von der Jugend nicht gelesen, weil sie zu schwer ist für junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Müssen

wir nicht unsere Jugendagitation teilen? Wollen wir vielleicht eine besondere Zeitung schaffen für die Jugend von 17 bis 21 Jahren und für die jungen Leute, für die Kinder von 14 Jahren, die zu uns kommen? Wir müssen dazu kommen, daß wir, wenn nicht eine besondere Organisation, so doch eine besondere Beilage für die weibliche Jugend schaffen. Ich warne Sie vor der Anregung der „Neuen Zeit", eine besondere sozialdemokratische Organisation für die jugendlichen Arbeiter von 18 bis 22 Jahren zu schaffen, weil wir ja bei der Jugend von 14 bis 18 Jahren noch nicht aus dem Experimentieren herausgekommen sind. Solange wir nicht auf sicherem Boden stehen, warne ich davor, neue Dinge zu schaffen, die neue Kräfte erfordern, die wir zunächst bei der Jugend von 14 bis 18 Jahren anzuwenden haben. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, die jungen Leute von 14 bis 18 Jahren zusammenzubringen. Sie sind in höchster Gefahr, von der mächtig anschwellenden Jugendbewegung des Bürgertums ergriffen zu werden. Hier muß unsere Arbeit einsetzen. (Beifall.) (S. 245 f.)

Kirschbaum-Bonn:

„... Es häufen sich immer mehr die Klagen, daß zu wenig getan wird zur pädagogischen Schulung der Funktionäre. Ich will die Anträge unterstützen, in denen gefordert wird, das Rundschreiben der Zentralstelle sollte sich die Aufgabe stellen, die Funktionäre fortgesetzt über ihre Aufgaben als Erzieher zu unterrichten. Die Jugend bilden und schulen kann nur derjenige, der zu erziehen versteht. Unsere Mitarbeiter sind aber fast ausschließlich Laien, die von der Zentralstelle sich selber überlassen werden. Wir werden als Jugendhelfer wohl belehrt, wie wir agitieren sollen; durch die Agitation jedoch können wir Jugendliche zwar gewinnen, aber nicht festhalten. Das vermögen wir nur, wenn wir sie richtig zu behandeln verstehen. Dazu gehört, daß wir die Mittel der Erziehung beherrschen und die Erkenntnisse und Erfahrungen der modernen Pädagogik zu verwerten verstehen. Es ist notwendig, daß das Rundschreiben der Zentralstelle für die Funktionäre redigiert wird von einem pädagogisch geschulten Redakteur oder daß wenigstens solche Mitarbeiter dafür gewonnen werden... Die paar pädagogischen Vorträge auf den Jugendleiterkursen genügen nicht. Das Rundschreiben muß ausgebaut werden zum Ratgeber auf erzieherischem Gebiete. Ich hoffe, daß der nächste Geschäftsbericht des Vorstandes sich einmal über diesen wunden Punkt aussprechen und daß er feststellen wird, daß etwas auf diesem wichtigen Gebiete geschehen ist." (S. 247 f.)

Clajus-Berlin:

„... Was die Jugendbewegung betrifft, so braucht uns nicht bange zu sein um die jungen Leute von 14 bis 18 Jahren. Sie sind schon in anderer Form organisiert durch den Fortbildungsschulzwang usw. Aber wenn die Leute von 18 Jahren in das öffentliche Leben treten, dann kommen sie in das gefährliche Alter, wo ihnen jede Organisation fehlt. Da müssen wir mit unserer Organisationsarbeit ganz energisch eingreifen und darum sind die Anträge, die die Jugend von 18 bis 20 Jahren organisieren wollen, durchaus berechtigt. Das ist unsere heiligste Pflicht, gerade die Militärpflichtigen aufzuklären, und ich verlange vom Parteivorstand, daß er mehr Propaganda treibt unter den Militärpflichtigen vor der Einziehung zum Militär und nach der Entlassung vom Militär. Gerade diese Leute müssen wir gewinnen, wenn wir einmal einen Kampf durchführen wollen, bei dem es aufs Ganze geht. Nehmt euch der Frauen, nehmt euch der Jugend an und folgt nicht den Spuren des Kassierers, der meint, man könne nicht allen Wünschen Rechnung tragen. Für diese Zwecke wird der Parteivorstand seinen gutgespickten Geldbeutel schon offen halten können." (S. 250 f.)

Dürr-München:

„... In der Frage der Jugendbewegung darf keine Schönfärberei getrieben werden. Wir sollten uns nicht selbst täuschen. Der Grund des Auf- und Abgehens der Jugendbewegung liegt in erster Linie darin, daß wir nicht genug Parteigenossen und -genossinnen haben, die das nötige pädagogische

Geschick haben, mit der Jugend umzugehen. (Sehr richtig!) In Berlin werden jetzt zwar zentrale Jugendleiterkurse abgehalten. Aber das genügt nicht. In Großstädten, wie Berlin, Hamburg, München usw. müssen wir einen Stab von über hundert Jugendleitern haben, wenn wir praktisch wirklich etwas erreichen wollen. Es muß also dafür gesorgt werden, daß in den einzelnen Orten sowie Bezirken Jugendleiterkurse abgehalten werden, damit den Parteigenossen, die der Jugendbewegung Interesse entgegenbringen, die dazu nötigen pädagogischen Kenntnisse beigebracht und das dazu gehörige Material zur Verfügung gestellt wird. Dazu ist im weiteren Sinne die Jugendfrage eine Geldfrage. Wenn wir diesen Unterbau haben, werden wir mehr und mehr die Jugend für uns gewinnen und sie bei uns halten können. (Bravo!)" (S. 251.)

Braun-Nürnberg:

„... Der erste Redner in dieser Diskussion hat gesagt, daß wir den Ton nicht treffen, wie wir uns an die Jugend zu wenden haben; er hat ein glänzendes Beispiel angeführt, indem er aus einer Broschüre eine für junge Mädchen völlig unverständliche Stelle zitiert hat. Wir treffen aber häufig den Ton der Jugend auch dann nicht, wenn wir zu der Jugend sprechen. Wir begreifen die Jugend nicht, wir sind eben leider alle alte Knaben geworden. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir reden uns ein, daß die Jugend ebenso verständig, klug und nüchtern sein soll, wie wir nun leider schon geworden sind. (Große Heiterkeit.) Ich habe unlängst einmal Gelegenheit gehabt, einen alten Berliner Freund zu sprechen über die Berliner Jugendbewegung, und der sagte, Liebknecht ist an allem schuld. Ich sagte: Was fällt Ihnen ein, in Nürnberg ist Helene Grünberg an allem schuld. (Heiterkeit.) Der Liebknecht und die Helene Grünberg sind zwei ganz verschiedene Leute (Große Heiterkeit), es ist nicht die Helene Grünberg und es ist nicht der Liebknecht schuld, daß unsere Jugendbewegung nicht vorwärts geht. Wir wollen uns doch nicht täuschen lassen durch den offiziellen Bericht: es geht nicht vorwärts, die bürgerliche Jugendbewegung dagegen geht vorwärts. Die Jungen in der bürgerlichen Jugendbewegung haben das Gefühl viel größerer Freiheit und Selbständigkeit, viel geringerer Bevormundung als bei uns. Sie werden vielleicht dort mehr bevormundet und gegängelt als bei uns, aber sie merken es nicht so. Bei uns aber merken sie, daß sie so abgeklärt und diszipliniert gemacht werden sollen; nicht so gescheit, wie der Frank war, sondern so gescheit, wie er jetzt ist, will man bei uns die Jungen machen. (Heiterkeit.) Wir verstehen nicht, die Jugend zu behandeln, weil wir sie ebenso machen wollen, wie wir sind, weil wir vergessen haben, wie wir im Alter von 18 Jahren waren. Mancher von uns wäre wohl dankbar, wenn er heute ein Viertel so gescheit wäre, wie er sich mit 18 Jahren eingebildet hat, es zu sein. Wir müssen uns in das Denken und Fühlen der Jugend hineinversetzen können, wenn wir die Jugend erziehen und mit ihr Erfolge erzielen wollen, die nicht nur gedruckt zu lesen sind. (Beifall.)" (S. 257 f.)

Heinrich Schulz:

„Es gehört erfreulicherweise zu den regelmäßigen Erscheinungen unserer Parteitage, daß wir beim Vorstandsbericht eine Bildungs- und Jugenddebatte haben. Wir begrüßen diese Entwicklung der Dinge, wir halten eine solche Debatte nicht nur für notwendig, sondern auch für selbstverständlich. Selbst solche Kapuzinerpredigt, wie wir sie eben gehört haben (Rufe: „Rabbinerpredigt"! — Heiterkeit) ist durchaus erfrischend und erfüllt zu ihrem Teile auch ihren Zweck. Braun hat durchaus recht, wenn er einem großen Teile der Genossen Vorwürfe gemacht hat, aber glücklicherweise treffen sie allgemein nicht mehr zu, denn das, was Braun bei der Behandlung der Jugend wünscht, das haben wir auch schon früher als Wunsch des Parteitages einmütig festgestellt, und in diesem Sinne werden auch die Jugendleiterkurse gehalten. Wir wünschen, daß die Jugendleiter sich in die Stimmung der jungen Leute hineinfinden. Ich unterstütze deshalb auch durchaus die ernste Mahnung, die Genosse Sollmann gegenüber der bürgerlichen Jugendbewegung ausgesprochen hat. Sie ist groß und stark und wächst überall und fortgesetzt... Gerade, weil der bürgerlichen Jugend alle Mittel zur Verfügung stehen, auch alle persönlichen Mittel, gerade weil die Autoritäten der bürgerlichen

Gesellschaft sich nicht scheuen, in dem Kampf um die Jugend praktisch mitzuarbeiten, darum haben wir umsomehr Ursache, unsererseits alles zu tun, was nur für die Jugend zu tun möglich ist. Und da geschieht leider noch nicht alles, was geschehen könnte.

Allerdings sind auch wir an Grenzen gebunden. Schon früher ist die Klage erhoben worden, daß es an Kräften fehlt. Wir können die geeigneten Kräfte nicht an den Haaren von irgendwoher heranziehen, sie müssen erst allmählich heranwachsen. Diejenigen jungen Leute, die durch unsere Jugendbewegung hindurchgegangen sind, werden später auch die geeigneten Pfleger für unsere Jugend sein. So kann erst langsam bei uns die Führerschaft heranwachsen, die in der bürgerlichen Jugendbewegung schon da ist in den Lehrern und anderen Persönlichkeiten, die sich ihr zur Verfügung stellen. Wenn wir sagen: Nehmt euch der Jugend an!, so heißt das nicht, daß wir die Jugend umschmeicheln und sie durch weichliche pädagogische Mittel aufpäppeln wollen. Es wäre ganz falsch, wenn wir den jungen Leuten die Meinung beibringen wollten, sie seien die Blüte der ganzen Gesellschaft, um sie müsse sich alles drehen. Das geschieht aber auch bei uns nicht. Andererseits besteht aber die Notwendigkeit, daß wir für die Jugendpflege alles aufwenden müssen, was möglich ist. Es ist durchaus falsch, wenn manchmal noch die Ausrede gebraucht wird, wir haben es ja auch nicht so gut gehabt, wie die Jungen von heute, und wir sind trotzdem auch etwas geworden! Die Zeiten haben sich geändert. Wir sind jetzt verpflichtet, Aufgaben zu erfüllen, die früher von uns nicht geleistet worden sind. Unsere Bewegung ist gewachsen an moralischer Kraft, an materiellen Mitteln, und die müssen wir in den Dienst unserer Jugendbewegung stellen.

Die Kritik an der Jugendbewegung begrüßt die Zentralstelle durchaus, wir wünschen, daß Mängel der Zentralstelle kritisiert werden. Wir haben das ehrliche Bestreben, zu verhindern, daß unsere Jugendarbeit zur Schablone erstarrt. Aber es ist natürlich auch nicht alles richtig, was zur Kritik der Jugendbewegung gesagt wird. Wenn Sollmann einige unserer Schriften herausgegriffen und sie vor dem Parteitag kritisiert hat, so kann ich ihm auf diesem Wege nicht folgen. Aus einer Schrift von 32 Seiten einige Sätzlein herauszugreifen, die vielleicht zufällig nicht so populär gehalten sind wie die übrigen, das ist keine richtige Methode. Wenn Sollmann ernste Bedenken gegen diese oder jene Schrift der Zentralstelle hat, dann soll er das der Zentralstelle mitteilen, und es wird für Abhilfe gesorgt werden, wenn seine Beschwerden berechtigt sind...

Es ist auf M.-Gladbach verwiesen worden. Ich unterschätze die Jugendarbeit der Gegner, besonders der Katholiken, gar nicht. Ich weiß, daß es unter den katholischen Jugendpflegern eine Reihe vorzüglicher Pädagogen gibt. Wir können auch manche pädagogische Erfahrungen dieser Leute für uns nutzbar machen. Es ist jedoch keineswegs alles richtig, was die München-Gladbacher machen. Ihre Methode können wir nicht einfach übernehmen, sondern wir können sie nur prüfen, um das daraus für uns zu verwenden, was geeignet ist.

...Antrag 16 verlangt mehr Tätigkeit für die weibliche Jugend. Ich empfehle, ihn der Zentralstelle zu überweisen, obwohl diese auch bisher in der Aufklärung für die weibliche Jugend nichts unterlassen hat. Es kommt dabei auch noch der Wunsch zum Ausdruck, die weiblichen Jugendlichen für ihre spätere Wirksamkeit als Hausfrauen und Mütter vorzubereiten. Ich unterstütze diese Anregung und möchte die Gelegenheit benutzen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen auf die wachsende Verpflichtung hinzuweisen, für die schulpflichtigen Kinder durch Ferienspiele und auf andere geeignete Weise etwas zu tun. Wir müssen uns dieser jüngsten Generation annehmen. Diese Forderung erhebe ich hier auf einem sozialdemokratischen Parteitag. Aber nicht um sie zu Sozialdemokraten zu machen, sondern um unsere erzieherischen Pflichten in gemeinsamer Arbeit gegenüber den Kindern noch besser und wirkungsvoller zu erfüllen als bisher. Die Anträge 53 und 54 verlangen ein pädagogisches Zentralblatt für die Jugendpfleger. Ueberweisen Sie auch diese Anträge der Zentralstelle, wir sind Anregungen zugänglich und greifen zur richtigen Zeit ein, besonders, wenn erst die richtigen Personen da sind. Es ist angeregt worden, den Jugendleiterkursus nicht nur in Berlin abzuhalten, sondern auch in der Provinz. Die Zentralstelle wird das ernstlich erwägen.

Die Pflicht den Achtzehn- und Einundzwanzigjährigen gegenüber lege ich Ihnen dringend ans Herz. Wir haben ein Zirkular entworfen, das inzwischen wohl schon in die Hände der Bildungsausschüsse und Parteibeamten gelangt ist. Aber entgegen einem Diskussionsredner bin ich nicht der Meinung, daß diese Maßnahmen für die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen in erster Linie zu einer antimilitaristischen Propaganda benutzt werden sollen, sondern um aus ihnen klare, bewußte Sozialdemokraten zu machen. Dann ergibt sich ihre Stellung zum Militarismus und als spätere Soldaten von selbst. (Sehr richtig!) Wie wichtig diese Frage ist, beweist ein Artikel Erzbergers „Jungzentrum". Er will für das Zentrum das schaffen, womit wir uns schon seit längerer Zeit beschäftigt haben, er will eine junge Generation der Zentrumsanhänger für die politischen Zwecke des Zentrums ins Leben rufen. Wir sollen vom Gegner lernen, auch vom Zentrum. Schönfärberei wollen wir nicht treiben, aber wir haben auch keinen Grund zum Pessimismus. Die Jugendbewegung wächst mit unserer Bewegung. Je mehr die jungen Leute aus der Jugendbewegung in die maßgebenden Körperschaften der Partei hineinkommen, desto mehr wird die Partei für die Jugendbewegung tun. (Beifall.)" (S. 258 ff.)

Dr. Rosenfeld-Berlin:

„In bezug auf die Jugendbewegung möchte ich gegenüber den pessimistischen Ausführungen einiger Vorredner meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß gar kein Grund vorliegt, die Ansicht der Zentralstelle zu bekämpfen, daß wir mit den Erfolgen unserer Jugendbewegung recht zufrieden sein können. Zahlen beweisen, und man kann doch nicht von Schönfärberei sprechen, wenn die Tatsache vorliegt, daß die Zahl der Leser der „Arbeiter-Jugend" gestiegen ist, noch dazu in einer Zeit, wo die Parteiorganisation einen Stillstand erlebt hat, und wo die Arbeiterjungendbewegung verfolgt wird, fast wie die Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes. An der Erstarkung der proletarischen Jugendbewegung zweifeln nicht einmal unsere Gegner. Sie sind von Befürchtungen erfüllt über das Wachstum unserer Jugendbewegung. Herr Oertel schrieb in der „Deutschen Tageszeitung" gerade im Anschluß an den diesjährigen Bericht der Zentralstelle: „Auch im letzten Berichtsjahre hat die sozialdemokratische Jugendbewegung sehr erhebliche und sehr bedenkliche Fortschritte gemacht", und er sagte weiter: „Das äußere und innere Anwachsen der sozialdemokratischen Jugendbewegung birgt große und bedenkliche Gefahren." Ich glaube, wir können uns in dieser Beziehung auf Herrn Oertel schon verlassen. Seine Aeußerung beweist uns doch, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und daß der Weg bergan führt. Nun verkenne ich nicht, daß durch die Zentralstelle die Arbeiterjugendbewegung eine reiche Förderung erfahren hat, insbesondere durch das ausgezeichnete Organ „Arbeiter-Jugend". Aber ich glaube, daß die Zentralstelle noch viel mehr tun kann, besonders, um mehr Verständnis für die Notwendigkeit der Jugendbewegung unter der Parteigenossenschaft zu verbreiten. Da bedaure ich sehr, daß der Bericht der Zentralstelle nur in der Weise den Parteigenossen gegeben wird, daß er gedruckt den Delegierten der Partei vorgelegt wird. Ich würde wünschen, daß unsere Parteitage in der Lage sind, durch einen ausführlichen, auf dem Parteitag vorgetragenen Bericht eingehender als bisher sich über die Jugendbewegung zu informieren. Ich möchte weiter wünschen, daß die Zentralstelle mehr als bisher auch durch materielle Beihilfe die Jugendbewegung insbesondere in kleineren Städten unterstützt. Darüber ist schon in Chemnitz geklagt worden, und auch heute müssen wir sehen, daß die Ausgaben der Zentralstelle doch nur verhältnismäßig gering sind im Vergleich zu den in die Zehntausende gehenden Summen, die einzelne Städte schon jetzt für die Jugendbewegung aufbringen. Was will es besagen, daß die Zentralstelle in diesem Jahre noch nicht einmal 14 000 M. für die Jugendbewegung ausgegeben hat. Auf einer Konferenz der Jugendausschüsse in Thüringen z. B. ist darüber geklagt worden, daß die Zentralstelle kein Geld dafür hat, in Thüringen einen Jugendsekretär anzustellen. Hoffentlich ermöglicht die Zentralstelle bald, daß dies Jugendsekretariat eingerichtet werden kann. Auch das Rundschreiben, das die Zentralstelle herausgibt, müßte mehr ausgestaltet werden. Dann würde mancher Fehler in der Jugendbewegung vermieden werden . . .
. . . Darüber, daß unsere Jugendbewegung unpolitisch sein muß, besteht heute

keine Meinungsverschiedenheit mehr. Ich möchte es aber doch auf unserem Parteitag besonders betonen, weil die Behörden immer der Ansicht sind, wir meinen es gar nicht ernst mit dem Fernhalten der Tagespolitik von der Jugendbewegung. Aber anders als die Jugendlichen unter 18 Jahren sind diejenigen über 18 Jahre zu behandeln. Gegen ihre politische Erziehung bestehen keine pädagogischen und keine juristischen Bedenken. Schon der letzte Parteitag hat besondere Maßnahmen zur Aufklärung der Jugend über 18 Jahre gefordert. Auch Genosse Scheidemann hat heute die Notwendigkeit solcher Maßnahmen anerkannt, und Genosse Schulz von der Zentralstelle hat eine ähnliche Erklärung abgegeben. Aber ich muß sagen, es hat reichlich lange gedauert, bis unsere leitenden Genossen sich auf diesen Standpunkt gestellt haben. Seit dem vorigen Parteitag ist fast ein Jahr verflossen, und erst jetzt hören wir, daß besondere Maßnahmen für die Jugendlichen getroffen werden sollen. Sie reichen auch nicht aus und sind dem Parteitag ausführlich gar nicht mitgeteilt worden. Ich halte das eigentlich für keine Erledigung des Parteitagsbeschlusses vom vorigen Jahre, daß lediglich ein Zirkular herausgegeben wird mit gewissen Anregungen. Dadurch ist dem Parteitag die Möglichkeit genommen, die Pläne zu verändern, die der Parteivorstand ausgearbeitet hat. Nach dem Zirkular soll den über 18 Jahre Alten lediglich Gelegenheit gegeben werden zur geistigen Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen. Das reicht nicht aus. Mindestens muß die Möglichkeit gegeben werden, daß Jugendsektionen der Wahlvereine für die über 18 Jahre Alten gegründet werden. Es ist ein Bedürfnis für diese jungen Leute, gesondert zusammenzukommen und Diskussionen zu pflegen, und ich bedauere, daß diesem Bedürfnis in den Anregungen des Parteivorstandes nicht hinreichend Rechnung getragen worden ist. Freilich wünscht niemand, daß den Parteiorganisationen irgendwelche Schwierigkeiten damit bereitet werden. Der politischen Organisation, was der politischen Organisation gebührt. Aber deren Gebiet kann respektiert werden, und doch bleibt den Jugendsektionen noch Spielraum genug. Sie müssen geschaffen werden, wenn wir nicht unsere ganze bisherige Jugendarbeit geradezu herabdrücken wollen bis zu einem gewissen Grade zu einer Sisyphusarbeit. Erst lockern wir mit großen Schwierigkeiten das Terrain, auf dem wir die Jugendbewegung unpolitisch treiben können, und wenn die Jugend herangewachsen ist, dann versagen die Einrichtungen der Partei. Darum sollte, schon um unsere unpolitische Jugendbewegung zu fördern, die Möglichkeit geschaffen werden, in Form von Jugendsektionen die Aelteren nun auch politisch aufzuklären und an uns heranzuziehen. Ich möchte deshalb wünschen, daß der Parteivorstand im folgenden Jahre mehr noch sein Augenmerk auf die Agitationsarbeit unter den über 18 Jahre Alten richtet ..." (S. 265 ff.)

Birkholz-Hamburg:

„... Ich freue mich, daß der Bildungsausschuß in Verbindung mit dem Parteivorstand eine Resolution vorschlägt, die die Organisationen verpflichtet, für die Achtzehnjährigen etwas zu schaffen, aber Forderungen, die darüber hinausgehen, die z. B. bezwecken, innerhalb der politischen Organisationen besondere Jugendsektionen zu gründen, sind entschieden verfehlt. Jedenfalls muß diese Frage noch gründlich erörtert werden. Dringend notwendig aber ist es, daß den Achtzehnjährigen die Möglichkeit gegeben wird, in einer ihrem Verständnis angepaßten Weise sich wissenschftalich zu betätigen und wissenschaftlich zu schulen. Braun meinte, es fehle den jungen Leuten in der Jugendorganisation das Gefühl, daß sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht beschränkt seien. In der bürgerlichen Jugendbewegung dagegen habe die Jugend in viel höherem Grade das Gefühl, daß ihren persönlichen Wünschen Rechnung getragen werde. Tatsächlich sind unsere Leute auch in kleinen Städten so weit, den Jugendlichen das Selbstbetätigungsrecht zu gewährleisten. Darin liegt ja die Technik der proletarischen Jugendorganisation, daß sie die jungen Leute in die Lage versetzt, klar zu überlegen und nachzudenken, und ihr Organisationsinteresse zu vertreten. Aber der Fehler liegt auf einem anderen Gebiet. Fast so alt wie die Zentralstelle für die arbeitende Jugend ist, so alt sind schon die Forderungen, ein Blatt herauszugeben, das den Jugendhelfern die Möglichkeit einer besseren Schulung bietet. Es fehlt namentlich in den kleinen Städten an pädagogisch vorgebildeten Jugenderziehern und es

freut mich, daß Genosse Schulz auch in der Provinz eventuell solche Kurse veranstalten will. Aber vor allem möchte ich die Herausgabe einer Zeitung empfehlen. Deshalb bitte ich dringend um die Annahme der Anträge 53 und 54, die sich darauf beziehen. Das Allerwichtigste aber, was die Jugendzentrale tun könnte, ist die Anstellung von Kräften für die Jugendbewegung. Wir können nicht lange darauf warten, daß sich Kräfte finden, die ehrenamtlich die Bewegung in den größeren Städten leiten können. Dazu gehört viel Zeit und auch die Möglichkeit, sich für die pädagogische Praxis zu schulen. In der bürgerlichen Jugendbewegung versteht man es ja gar nicht, daß so große Vereine von mehreren tausend Mitgliedern ohne angestellte Beamte geleitet werden können. Jedenfalls ist es ein unhaltbarer Zustand, daß in Großstädten wie Leipzig, Hannover, Dresden, Köln u. a. noch nicht Kräfte angestellt sind, die dasselbe leisten können, wie die bestorganisierten bürgerlichen Jugendvereine." (S. 267.)

Wittig-Leipzig:

„Nach dem Verlauf der bisherigen Diskussion wird es mir leicht, die Anträge 53 und 54 von Leipzig zu begründen. Es besteht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, wie notwendig es ist, daß die Partei die notwendigen Mittel ausgibt für einen Zweck, der sich schon in wenigen Jahren hundert- und tausendfach bezahlt machen dürfte. Bisher konnte gegen einen solchen Antrag eingewendet werden, es seien die geeigneten Persönlichkeiten dafür nicht vorhanden. Die Personenfrage dürfte aber jetzt wohl als gelöst zu betrachten sein, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß, wenn ein derartiges Blatt erscheint, es auch aus den Reihen solcher Lehrer bereitwillige Unterstützung findet, die jetzt öffentlich ihre Meinung nicht sagen dürfen, obwohl sie mit unserer Bewegung sympathisieren. Darüber sind wir uns klar, daß es notwendig ist, größere Mittel bereitzustellen, wenn unsere Jugendbewegung sich weiter entwickeln soll. Wir müssen eine größere Zahl von Jugendheimen schaffen und für die Entschädigung derjenigen sorgen, die als Jugendhelfer und Beiräte in Frage kommen. Viele sind in dieser Frage berufen, aber wenige sind auserwählt. In vielen ist Lust und Liebe für die Sache vorhanden, aber es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich auszubilden und vertraut zu machen mit den Fragen, die auf dem Gebiete der allgemeinen Erziehung liegen. Wenn so schnell wie möglich an die Einführung der Zeitung gegangen wird, dann wird auch manche Klage der Jugendbeiräte verschwinden ..." (S. 267 f.)

Panzer-Bayreuth:

„Wenn unsere Jugendbewegung nicht die gewünschten Fortschritte macht, so muß man auch beachten, daß die Maßnahmen, die gegen die Arbeiterjugend getroffen werden, geradezu ins Ungeheuerliche steigen. In unserem Wahlkreis bestehen rein russische Verhältnisse in bezug auf die Arbeiterjugendbewegung. Man hat auf Grund einer Schulordnung den Jugendlichen überhaupt verboten, das Arbeiterjugendheim zu besuchen und an den Veranstaltungen sich zu beteiligen. Man hat ihnen auch verboten unter Androhung von Strafen, an dem Stenographieunterricht teilzunehmen, den unser Jugendausschuß veranstaltet hat. Die Jugendlichen, die dennoch so mutig waren, den Unterricht zu benutzen, erhielten Karzerstrafen und wurden von Schutzleuten aus den Betrieben in den Karzer weggeführt, wenn sie sich nicht freiwillig einfanden. Diese Treibereien sind ausschließlich zurückzuführen auf die geradezu infame Agitationsweise und Hetze unserer Liberalen in Oberfranken, mit denen wir noch dazu in wilder Ehe zu leben gezwungen sind ..." (S. 268.)

Helene Grünberg-Nürnberg:

„Die Jugend wird heute von vielen Vereinigungen umgarnt, nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von sehr vielen Vereinen aus unseren eigenen Reihen. Da sind die Arbeiterturnvereine, die Arbeiterschwimmvereine, die Arbeitergesangvereine, die Arbeiterstenographenklubs, kurz, alles bemüht sich um die Jugendlichen, und dadurch kommt die freie Jugendbewegung, der doch vor allem die Jugend zugeführt werden soll, in eine schwierige Lage. Auch die Geldfrage spielt eine Rolle, die Arbeiterbewegung braucht viel Geld, und da bleibt für die Jugend

nicht allzuviel übrig. Mit dem wenigen Geld, was den einzelnen Orten heute zur Verfügung steht, wird gearbeitet, wie es nur möglich ist. Der Bericht über die Jugendbewegung hat uns doch gezeigt, daß es nicht nur in größeren, sondern auch in kleineren Orten vorwärts geht. Wenn es nicht so geht, wie es gewünscht wird, so liegt das an den geschilderten Umständen. Es kommt nicht darauf an, daß man recht radikal vorgeht und immer Tamtam schlägt, sondern es spielen hier andere Fragen mit. In Nürnberg haben wir im verflossenen Jahre einen Zuwachs von 800 Jugendlichen gehabt, und so wird es auch in anderen Städten sein. Man darf aber nicht vergessen, daß die Jugendbewegung nur eine Durchgangsstation ist... Allen Anträgen betreffend Unterstützung der Jugendbewegung in finanzieller Hinsicht kann man zustimmen. In einer Stadt wie Nürnberg stehen uns für die Jugendbewegung gerade 2000 M. zur Verfügung. Davon muß das Jugendheim bezahlt und die ganze Agitation bestritten werden. Kleine Orte haben sogar nur ein paar Pfennige übrig. Wie soll man davon auch noch die „Arbeiter-Jugend" bezahlen?..." (S. 271 f.)

Im Schlußwort bemerkt Scheidemann:

„...Es ist dann über die Jugendbewegung Klage geführt worden, man hat von Schönfärberei gesprochen; es ginge nicht so voran, wie es dargestellt würde. Auf mein Referat trifft dieser Vorwurf jedenfalls in keiner Weise zu. Ich habe lediglich gesagt, eine wie große Bedeutung wir der Jugendbewegung zumessen und daß wir es für ganz selbstverständlich halten, alles zu tun, was die Jugendbewegung vorwärts bringen kann. Aber die Schönfärberei, von der man sprach, ist auch gar nicht vorhanden. Wir haben aus den Ausführungen Sachverständiger, die einen großen Teil ihrer Arbeitskraft der Jugendbewegung widmen, der Genossen Schulz und Rosenfeld, gehört, daß es vorangeht." (S. 277.)

Die Anträge werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Die „Arbeiter-Jugend" zählte

im Jahre	1910	45 000	Abonnenten	an 344	Orten
„ „	1911	65 500	„	„ 474	„
„ „	1912	80 100	„	„ 474	„
„ „	1913	89 409	„	„ 560	„

Sie erforderte Zuschuß von der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend":

im Jahre	1910	M. 12 801.20
„ „	1911	„ 9 988.57
„ „	1912	„ 488.59
„ „	1913	„ —

In der Debatte über den Vorstandsbericht auf dem Jenaer Parteitag **1913** wandte sich Heinrich Schulz gegen Sollmann-Köln, der die Schriften der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend" kritisiert hatte, und fuhr dann fort:

„...Ebenso falsch ist es, wenn er mit einer Handbewegung zu verstehen gab, die „Arbeiter-Jugend" sei nicht das, was sie sein sollte. Dagegen möchte ich mich mit größter Entschiedenheit wenden. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß sie ein Blatt ist, auf das die Arbeiterbewegung stolz sein kann (lebhafte Zustimmung), daß sie das bisher noch nicht vorhandene Familienblatt in denkbar bester Weise ersetzt hat. Es ist ein Blatt, in das ruhig auch die erwachsenen Arbeiter ihre Nasen stecken können. Ein solches Blatt, das für die 14- bis 20jährigen jungen Leute redigiert wird, kann natürlich nicht in jeder Zeile dem geistigen Niveau des 14jährigen angepaßt sein. Ich glaube aber, daß bisher die „Arbeiter-Jugend"

die richtige Mischung gefunden hat. Daß sie ein vortreffliches Blatt ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß sie es bisher schon auf beinahe 100 000 Abonnenten gebracht hat." (S. 259.)

Helene Grünberg-Nürnberg führte aus:

„... Nun soll die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" maßgebend sein. Wenn das der Fall sein soll, dann müßten wir auch darauf schauen, daß die „Arbeiter-Jugend" so ist, daß die jungen Leute sie auch lesen. Die 80 000 Exemplare werden heute zum großen Teil nicht gelesen. Wir haben die Jugend von 14 bis 18 Jahren, aber die „Arbeiter-Jugend" ist geschrieben für junge Leute von 18 bis 21 Jahren. Wenn wir uns bemühen, durch leicht verständliche Vorträge die Jugend zu gewinnen, und wenn wir uns freuen, daß die Jugend dazu so zahlreich erscheint, so können wir doch aber dadurch allein die Führung nicht übernehmen. Wir wollen doch die jungen Leute zu selbständig denkenden Menschen erziehen. Das ist unsere Hauptaufgabe mit, und wenn uns da die „Arbeiter-Jugend" etwas mehr zur Seite steht, wäre das nur zu begrüßen. Aber die Artikel in der „Arbeiter-Jugend" sind sehr schwer verständlich, und dazu kommt, daß der kleine Druck auch nicht zur Lektüre anfeuert. Lieber halb so viel Stoff und das, was im Blatt steht, mit größerer Schrift und mehr dem Verständnis der Jugend angepaßt! Dann wird die „Arbeiter-Jugend" das bewerkstelligen, was sie bewerkstelligen soll, d. h. mit zur Bildung der Jugendlichen beitragen ... Die Jugendzentrale kann die Jugendausschüsse am besten unterstützen durch Verbilligung der „Arbeiter-Jugend". Könnten wir die Nummer für 3 Pfg. statt für 5 Pfg. erhalten, dann könnten wir besser arbeiten ..." (S. 272.)

Scheidemann sagte im Schlußwort zum allgemeinen Geschäftsbericht:

„... Es sind gestern harte Worte gefallen über verschiedene unserer Parteiunternehmungen und verschiedene Erzeugnisse unserer Literatur. Es ist u. a. hingewiesen worden auf die „Arbeiter-Jugend", die nicht so redigiert sein soll, wie es gewünscht wird. Ich glaube, daß ich es dem hier nicht anwesenden Genossen, der sie redigiert, wirklich schuldig bin, festzustellen, daß die „Arbeiter-Jugend" tatsächlich eine der besten unserer Zeitungen ist. (Sehr richtig!) Wenn hier und da Artikel abgedruckt worden sein sollten, die nicht allen Wünschen entsprechen, so ist das ganz begreiflich. Eine Zeitung, die es allen recht macht, gibt es nicht. Auch von der „Arbeiter-Jugend" kann man Unmögliches nicht verlangen. Im allgemeinen darf ich wohl mit Ihrer Zustimmung feststellen, daß sie sich allgemeiner Sympathie erfreut und ein sehr gut redigiertes Blatt ist. (Sehr richtig!) ..." (S. 276.)

Bei der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion bemerkte Sollmann-Köln:

„... Ich habe keineswegs die „Arbeiter-Jugend" herabgesetzt, wie behauptet wurde. Sie ist glänzend redigiert, aber nicht geeignet für die Kinder von 14 bis 16 Jahren. Wir sollten bei der Rekruteneinstellung massenhaft besondere Nummern der „Arbeiter-Jugend" verteilen ..." (S. 363.)

Justiz.

Ueber das „Strafkonto der Arbeiterbewegung" sagen die Berichte des Vorstandes an die Parteitage:

1910: „Gegen Genossen, die für die Partei und die Gewerkschaften tätig waren, wurde von deutschen Gerichten im Berichtsjahre an Strafen erkannt:

36 Jahre, 10 Monate, 1 Woche, 1 Tag Gefängnis- und 30 524 M. Geldstrafen.

Das sind gegen das Vorjahr 2000 M. Geldstrafe und 9 Jahre Gefängnis mehr. Dieses Mehr an Strafen ist zum größten Teil verursacht durch die Massenprozesse, die die Wahlrechtsbewegung in Preußen und Braunschweig zur Folge hatte ..." (S. 58.)

1911: „Ueber Genossen, die für die Partei und Gewerkschaften tätig waren, wurden von deutschen Gerichten im Berichtsjahre insgesamt 26 Jahre, 1 Monat, 2 Wochen, 4 Tage Gefängnis und 32 609 M. Geldstrafe verhängt." (S. 59.)

1912: „In der Parteipresse wurde im April 1912 folgende Notiz veröffentlicht:

„Die Zahl der Preßprozesse gegen die sozialdemokratische Presse ist ständig im Wachsen. Während vom 1. April bis 30. September 1911 die Zahl der Prozesse und Urteile 108 betrug, ist die Zahl vom 1. Oktober 1911 bis zum 1. April 1912 auf 115 gestiegen. Das ergibt also innerhalb Jahresfrist das nette Sümmchen von zweihundertunddreiundzwanzig Prozessen! Im letzten Halbjahre wurden an Strafen verhängt gegen unsere verantwortlichen Redakteure 28 Monate, 9 Wochen, 3 Tage Gefängnis und 16 960 M. Geldstrafe! Zusammengerechnet ergibt unsere Opferliste für das letzte Jahr (1. April 1911 bis 31. März 1912) an Strafen: 7½ Jahre, 1 Monat, 4 Wochen Gefängnis und 40 883 M. in Geld!"

Auf Vollständigkeit kann diese Zusammenstellung keinen Anspruch machen. Es liegt begründeter Anlaß zu der Vermutung vor, daß das Strafkonto in Wirklichkeit erheblich größer ist." (S. 58.)

Ferner heißt es da: „Mit einer geradezu erstaunlichen Schnelligkeit haben die Gerichte im Ruhrgebiet ihres Amtes gewaltet gegenüber den wegen Beleidigung von Arbeitswilligen angeklagten Bergarbeitern und Arbeiterfrauen. Am 10. Juni waren sie in den Prozessen seit etwa 3 Monaten tätig. In diesem kurzen Zeitraum wurden verurteilt: 510 Männer und 166 Frauen zu insgesamt 11 669 M. Geldstrafen und zu 85½ Jahren Gefängnis- und Zuchthausstrafen." (S. 57.)

1913: „Hin und wieder hat die Parteipresse den Versuch gemacht, für bestimmte Zeitabschnitte festzustellen, wie oft die sozialdemokratische Presse vor den Kadi geschleppt und bestraft worden ist. So hat ein Parteiblatt für das erste Halbjahr 1913 104 Urteile gegen parteigenössische Redakteure ermitteln können, die zu insgesamt 39 Monaten 8 Wochen Gefängnis und 10 745 Mark Geldstrafe verurteilt worden sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Zusammenstellung auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann..." (S. 45.)

Folgende Anträge lagen dem Magdeburger Parteitag **1910** vor:

33. Krefeld: „Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, alljährlich eine Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, in welcher die krassen Klassenjustiz-Urteile in Spalten nebeneinander zum Vergleich gezogen werden."

40. Solingen: „Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der Beratung des Justizetats die Wahlrechtsjustiz und die Streikjustiz einer eingehenden und gründlichen Kritik zu unterziehen."

Den Antrag 40 begründet Dittmann-Solingen:

„Der Antrag spricht ja eigentlich etwas Selbstverständliches aus, und jeder von uns wird wohl annehmen, daß die Fraktion eine eingehende und gründliche Kritik an der Wahlrechtsjustiz und der Streikjustiz üben wird, auch ohne daß sie dazu aufgefordert wird. Wenn trotzdem der Antrag gestellt ist, so vor allem, damit hier vor dem Parteitag aufgefordert werden kann, daß alle Parteiorte, in denen während des letzten Jahres in bezug auf Streik- und Wahlrechtsprozesse besonders Hahnebüchenes geleistet ist, daran erinnert werden, daß sie das nötige Material an die Fraktion einsenden, um sie in den Stand zu setzen, auch wirklich gründliche Abrechnung mit der Klassenjustiz zu halten... Sie kennen ja die Urteile gegen Wahlrechtsdemonstranten, gegen Versammlungs- oder Organisationsleiter und gegen Redakteure. Sie werden jedenfalls auch gelesen haben, in welch flagrantem Widerspruch in diesen Prozessen meist die eidlichen Aussagen der Polizeibeamten zu den eidlichen Aussagen der Zivilzeugen gestanden haben, und wie andererseits von den Gerichten in fast allen Fällen direkt oder indirekt die eidlichen Aussagen der Zivilzeugen für unglaubwürdig und die der Polizeizeugen ohne weiteres für absolut glaubwürdig erklärt sind. Den Richtern dabei immer den guten Glauben zuzuerkennen, ist mir nicht möglich gewesen, und Ihnen wird es geradeso gegangen

sein. (Zustimmung.) Ich habe oft den Eindruck gehabt, daß nach dem Grundsatz verfahren ist: legt ihr nicht aus, so legt was unter. Die Justiz scheint geradezu an manchen Orten in manchen Fällen unter Polizeikommando zu stehen, und die Polizei über Recht und Gesetz. Kein Wunder, daß da die Polizisten gegen die Wahlrechtsdemonstranten vielfach gehaust haben wie die Kosaken ..." (S. 391 f.)

Der Antrag wird angenommen. Antrag 33 wird dem Parteivorstand zur Prüfung überwiesen, der im Bericht an den Jenaer Parteitag **1911** bemerkt:

„Eine im Antrag 33 angeregte Broschüre, die eine Zusammenstellung von Urteilen über die Klassenjustiz enthalten sollte, haben wir nicht herausgegeben. Die „Partei-Correspondenz" enthält auf diesem Gebiete ein reichhaltiges, sich ständig vermehrendes Material, das nur gesammelt zu werden braucht." (S. 16.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

161: Berlin I: „Der Parteitag möge die Herausgabe eines monatlich erscheinenden Blattes beschließen, welches besonders krasse Gerichtsurteile des verflossenen Monats wiedergibt. Das Blatt soll in zwei Rubriken geteilt sein, in denen die verschiedenen Klassenurteile bei denselben Vergehen in bezug auf die besitzenden und besitzlosen Klassen gegenübergestellt werden. Ebenso soll auch darin die Klassenjustiz der Polizei und der Verwaltungsbehörden gekennzeichnet werden. Das Blatt soll überall unentgeltlich als Flugblatt verteilt werden, da es vor allen Dingen den Zweck haben soll, die breiten Massen des Volkes, die noch an den Rechtsstaat Preußen-Deutschland glauben, die dringend erforderlichen Aufklärungen darüber zu geben."

205. Baron und Genossen: „Reichstagsfraktion und Parteivorstand werden beauftragt, angesichts der bevorstehenden Strafrechtsreform eine populär-wissenschaftlich gehaltene Broschüre über die moderne (soziologische) Strafrechtstheorie im Gegensatz zur sogenannten klassischen zu veröffentlichen und darin unseren eigenen Standpunkt zu präzisieren. In dieser Abhandlung ist gleichzeitig unser prinzipieller Kampf gegen die Todesstrafe zu propagieren.
Der Parteivorstand wird gleichzeitig beauftragt, gemeinsam mit der Reichstagsfraktion mindestens halbjährlich eine Zusammenstellung der krassesten gerichtlichen und militärgerichtlichen Urteile zur Brandmarkung der Klassenjustiz zu veröffentlichen und als Flugschrift herauszugeben."

Antrag 161 wird nicht genügend unterstützt. In der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion führt Baron-Brandenburg aus:

„... Ich habe einen Antrag eingebracht, Nr. 205, der zwar nicht die völlige Unterstützung Stadthagens gefunden hat, der aber von Parteijuristen, sogar aus der Fraktion, unterstützt worden ist. Er zeigt zwar ein etwas theoretisches Gesicht, aber er hat eine eminent praktische Bedeutung. Die Forderungen, die darin niedergelegt sind, müssen endlich erfüllt werden. Es muß zu diesen brennenden theoretischen Fragen endlich Stellung genommen werden, ehe man zur Praxis schreitet. Es steht mehr auf dem Spiel, als in den Paragraphen des Strafgesetzbuches zu lesen ist. Es hängt bei der bevorstehenden Strafrechtsreform viel davon ab, ob die Liberalen und auch wir wirklich moderne Grundanschauungen vertreten wollen, über die jetzt aber noch nicht genügende Klarheit besteht. Wir haben in der Partei recht sonderbare Einzelanschauungen über diese Fragen, die ungeheuer gefährlich werden könnten. Es ist auch keine Einigkeit darüber vorhanden, wie ein Strafgesetzbuch auszusehen hat. Genosse Dr. David ist ja in letzter Zeit als Eugeniker hervorgetreten. Er könnte vom Standpunkte der Eugenik aus zu sonderbaren strafrechtlichen Konsequenzen gezwungen werden. Manche Parteigenossen sind sich nicht klar, ob wir überhaupt ein Strafgesetzbuch brauchen. Es sind unbewußt vielleicht anarchistisch gefärbte Anschauungen da vorhanden. Andere sind strikte Anhänger der soziologischen Strafrechtstheorie, die zwar modern ist,

aber teilweise auch ins Blaue hineinführt, z. B. in der Ueberspannung des Einschließungsprinzips. (Sehr richtig!) Es gibt wieder andere, die gar zu viel auf Professor von Liszt eingeschworen sind und die daher zu schauerlichen Konsequenzen kommen können. Diese schwierigen Probleme sind selbst unter Fachleuten noch ungeklärt. Wir müssen nun Stellung dazu nehmen, was wir uns von diesen soziologischen Theorien zu eigen machen können und wollen. Liszt hat mitunter geradezu eine reaktionäre Stellung eingenommen. Seiner Autorität folgen aber die Liberalen. Man weiß nicht einmal, ob er nicht noch für die Prügelstrafe eintreten wird, wie er bedingt schon für die Todesstrafe eingetreten ist. Er wagt sich besonders in der Provinzpresse mit seiner Halbherzigkeit heraus, wie ja die Halbheit überhaupt ihm eigen ist... Die Oeffentlichkeit lechzt danach, schwerz auf weiß regelmäßig zu lesen, wie die Klassenjustiz wütet, und wenn Sie hineinblicken in die Häuser, wo die Opfer fallen, dann werden Sie begreifen, wie notwendig der Kampf gegen die Klassenjustiz ist, auch in dieser detaillierten Weise. Wenn wir uns die notwendige Mühe machen, regelmäßig Marktberichte in den Zeitungen zu geben, die Preise von Schweinefleisch, Kalbfleisch usw., dann sollte man auch offiziell von einer oberen Stelle aus, von wo man es übersehen kann, diese Sachen in laufender Folge gegenüberstellen. Wenn das „Hamburger Echo" oder ein anderes Blatt jetzt einen solchen Fall hat, dann fügt es wohl aus der Erinnerung bisweilen einen zweiten an. Das genügt aber nicht, diese aufpeitschenden Fälle müssen systematisch zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden, um uns auch auf diese Weise Anhänger und der Klassenjustiz Verächter zu bringen. Alle diese strafrechtlichen Angelegenheiten sind von brennender Notwendigkeit, sie bedürfen auch in unseren Reihen grundsätzlicher Erörterung. Wir haben nicht bloß Krieg dem Kriege zu sagen, sondern auch Tod der Todesstrafe und Tod der ganzen Klassenjustiz! (Beifall.)" (S. 387 f.)

Stadthagen (Schlußwort):

„Nr. 205 verlangt eine populär-wissenschaftliche Broschüre über die modernen Strafrechtstheorien und eine Betonung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die Todesstrafe. Ich verstehe es nicht ganz, wie die Fraktion als solche, oder der Parteivorstand als solcher, oder gar Vorstand und Fraktion zusammen eine Broschüre über Dinge herausgeben sollen, worin unser eigener Standpunkt präzisiert wird. Unser eigener Standpunkt steht im Programm und in den Resolutionen der Parteitage. (Sehr richtig!) Auf dem Parteitag in Mannheim hat Haase einen Vortrag über Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug gehalten und die Thesen knapp aneinandergereiht, die prinzipiell von uns zu fordern sind. Selbstverständlich treten wir für die Abschaffung der Todesstrafe ein. Sollen wir das nun noch einmal sagen? Ueber die Gestaltung dieses oder jenes Paragraphen eines Strafgesetzbuches werden Differenzen vorhanden sein, aber ich gebe keinem einzigen Genossen noch der Gesamtheit der Fraktion das Recht, daß sie etwa durch eine Broschüre die vorhandenen Differenzen beseitigt. Das geht nicht an. Meinungsfreiheit muß auch auf diesem Gebiete sein. Die Beseitigung der Todesstrafe ist so selbstverständlich für uns, daß kein Wort darüber zu verlieren ist. Das Verbrechertum wurzelt in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Daher sind diese zu ändern. Der Verbrecher ist nur ein Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Unterzeichner dieses Antrages bitte ich, sich gefälligst auf die Hosen zu setzen (Heiterkeit) und selbst diese Broschüre zu schreiben. Wir würden das dankbar annehmen. Als Parteitag können wir aber nicht beschließen, daß die Fraktion oder die Partei diese Broschüre herausgibt. Betreten wir den Weg, so kommen wir noch dazu, daß nächstens beantragt wird, einen sozialistischen Trichter einzurichten, durch den alle Gegner der Sozialdemokraten zu Sozialdemokraten gemacht werden. (Heiterkeit.)... Dann ist in dem Antrag verlangt, eine Zusammenstellung der Klassenjustiz-Urteile in einer Broschüre oder einem Flugblatt herbeizuführen. Das ist auch wieder ein Ding, dessen Ausführung so gut wie unmöglich ist. Wie soll denn die Reichstagsfraktion dazu kommen, einen solchen Vorschlag auszuführen? Man könnte den Antrag allenfalls dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen, ich möchte aber die Genossen dringend bitten, sich nicht auf den Standpunkt zu stellen, als ob durch Resolutionen alles mögliche geschaffen werden kann. Die Pflicht, selbst zu arbeiten, wird dadurch nicht beseitigt. Ich kann mich also für die Resolution 205 nicht erklären..." (S. 394 f.)

„Ueber Antrag 205 wird getrennt abgestimmt. Satz 1(?) des ersten Absatzes des Antrages, bei dem es sich um die Propaganda gegen die Todesstrafe handelt, wird einstimmig angenommen. Die übrigen Teile des Antrages werden ebenfalls einstimmig dem Vorstand zur Erwägung überwiesen." (S. 403.)

Dem Jenaer Parteitag **1913** berichtet der Vorstand:

„Dem Antrag 205 ist Rechnung getragen worden durch eine besondere Schrift. Außerdem werden nunmehr in der „Partei-Correspondenz" regelmäßig charakteristische Urteile zusammengestellt." (S. 9.)

(Siehe auch die Artikel „Strafgesetzbuch", „Todesstrafe".)

Kinderschutz.

Kinderschutzkommissionen gab es nach den Berichten des Parteivorstandes an die Parteitage:

im	Jahre	1910	an	109	Orten
„	„	1911	„	136	„
„	„	1912	„	125(?)	„
„	„	1913	„	202	„

Die Jenaer Frauenkonferenz **1911** nahm zwei Anträge (über „Kinderschutz und Fortbildungsschule" und über „Kinderarbeit") an, die bei dem Artikel „Frauenkonferenz" wiedergegeben sind. In ihrem Referat führte Genossin Zietz aus:

„Durch Beschluß der Bremer Frauenkonferenz sind die Kinderschutzkommissionen eingerichtet worden, die die Erwerbsarbeit von Kindern zu kontrollieren, gegen sie einzuschreiten und Material hierüber zu sammeln haben. Durch ein Zirkular des Vorstandes und der Generalkommission ist diesen Kommissionen empfohlen worden, zunächst durch gütliche Vereinbarung zu versuchen, Wandel bei Uebertretungen zu schaffen; wo das nicht hilft, dort solle man übergehen zu Anzeigen an die Gewerbeinspektion oder die Gewerbepolizei. Das Ziel muß sein, an die Stelle der Erwerbsarbeit der Kinder die Arbeitsschule zu setzen. (Sehr richtig!) Die Ergebnisse der Arbeit der Kinderschutzkommissionen sind auf Beschluß des Parteivorstandes von dem Frauenbureau bearbeitet worden. In dem Schlußkapitel dieser Broschüre, die wir Ihnen leider heute noch nicht vorlegen können, ist auch ein Ausblick auf die weitere Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen gegeben. Sie sollen in Zukunft nicht nur die Einhaltung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes überwachen und der Kinderverwahrlosung entgegenarbeiten, sondern wo sie feststellen, daß die bittere Not der Eltern sie treibt, die Kinder in die Erwerbsarbeit zu schicken, sollen sie helfend eingreifen. Nicht nur Stiftungen soll man dazu in Anspruch nehmen, sondern unbedenklich auch die Armenverwaltung, denn es handelt sich in solchen Fällen nicht um ein demütiges Bitten, sondern um einen Rechtsanspruch. (Zustimmung.) Deshalb müssen die Kinderschutzkommissionen in engste Fühlung treten mit den Genossinnen und Genossen, die in der Armenverwaltung, in den Waisenkommissionen und als Stadtververordnete tätig sind. Weiter muß das gesamte Material, das die Kommissionen zutage fördern, auch agitatorisch nutzbar gemacht werden, damit an der Hand desselben auch unsere Forderungen an die Gemeinde, wie die Einführung von Schulspeisungen, von Kindergärten und Kinderhorten mit Nachdruck geltend gemacht werden. Diese Agitation wird auch die Entwicklung des Kinderschutzes in der Richtung zum Verbot jeglicher Erwerbsarbeit von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahr weitertreiben. Wo entsprechende kommunale Einrichtungen noch nicht bestehen, sollen Mitglieder der Kinderschutzkommissionen die Kinder der Genossen und Genossinnen um sich sammeln und an bestimmten Tagen in den Ferien mit ihnen ins Freie wandern und sie dort unter ihrer Aufsicht sich vergnügen und spielen lassen. Durch solche Tätigkeit werden die Genossinnen auch einen außerordentlichen Einfluß auf die Kinder und ihre Eltern gewinnen. Bei einer weiteren Ausgestaltung der Kinderschutzkommissionen werden diese

Wesentliches leisten können bei dem Bemühen, den Kindern die Freude und die Freiheit der Jugend wiederzugeben und ihre Entwicklungsmöglichkeit zu fördern. Die Kommissionen werden ein gutes Stück Volkserziehung leisten können." (S. 419 f.)

In der Diskussion sprachen u. a:

Genossin Roth-Hamburg:

„... Der Kinderschutzkommission hat sich eine große Anzahl Genossinnen zur Verfügung gestellt, obgleich es schwer ist, die Genossinnen zu diesem sehr unangenehmen Posten heranzuziehen ..." (S. 422.)

Genossin Grünberg-Nürnberg:

„... Zur Tätigkeit der Kinderschutzkommission möchte ich auf die Armenpflege hinweisen. Uns gelang es durchzusetzen, daß für 100 Kinder, die im Nürnberger Armenhaus untergebracht sind und dort verwahrlosten, ein Kindergarten errichtet und eine Kindergärtnerin angestellt wurde. Die Aermsten der Armen werden wir für die Arbeiterbewegung nicht gewinnen können. Die Kinder aber können wir nach und nach erziehen, und später können sie der Arbeiterbewegung zugeführt werden. (Lebhafter Beifall.)" (S. 422.)

Genossin Duncker-Stuttgart:

„... Zu dem Punkt Kinderarbeit beantrage ich namens der Stuttgarter Genossinnen die von uns eingebrachte Resolution. Bei uns in Stuttgart wird leider die „Tagwacht" noch vielfach durch Kinder ausgetragen. Wenn man an die Eltern herangeht, wird man auch noch grob abgewiesen. Wir müssen also zunächst intensive Aufklärungsarbeit leisten. (Bravo!)" (S. 423.)

Genossin Simon-Bremen:

„... Die Erfolge der Kinderschutzkommissionen in Dresden und Frankfurt erfüllen mich gewissermaßen mit Neid, denn bei uns in Bremen verbündet sich mit der Dummheit der Eltern die Polizei, die unserer Kommission alle möglichen Hindernisse in den Weg legt. Wir sind jetzt zur Reorganisation der Kommission geschritten und hoffen dadurch größere Erfolge zu erzielen." (S. 425.)

Genossin Zietz (Schlußwort):

„... Die Frage, wie die Genossinnen in die Kinderschutzkommission gewählt werden, ist eine Frage der örtlichen Organisationen und gehört nicht hieher. Sie erhalten demnächst eine Broschüre mit Anweisungen über die Aufgaben der Kinderschutzkommissionen, und es wird dann Ihre Sache sein, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gemeinsam mit der örtlichen Parteileitung und dem Gewerkschaftskartell das Tätigkeitsgebiet der Kommission festzulegen. ..." (S. 429.)

Gleich den übrigen Anträgen wird auch

„die Groß-Berliner Resolution über Kinderschutz und Fortbildungsschule nach kurzer Begründung durch Genossin Matschke-Berlin, die darauf hinweist, daß nach den Ermittelungen des Lehrers Agahd 325,000 Kinder in Deutschland trotz des Kinderschutzgesetzes beschäftigt sind, einstimmig angenommen." (S. 436.)

Hierauf begründet Genossin Duncker-Stuttgart die hierzu gestellte Resolution der Stuttgarter Genossinnen:

„Wir Sozialdemokraten halten die Arbeit für die Ehre und Aufgabe der Menschen. Deshalb sollen auch unsere Kinder zur Arbeit erzogen werden, aber nicht durch einseitige, geisttötende Erwerbsarbeit, sondern durch einen Handfertigkeitsunterricht, der sie möglichst zeitig mit den Grundlagen der verschiedenen Techniken bekannt macht. Ich bin auch der Anschauung, die Genosse Schulz in seinem Buche: „Die Schulreform der Sozialdemokratie" vertritt, nämlich, daß dieser Arbeitsunterricht eigentlich im Mittelpunkt des gesamten Lehrplanes stehen sollte. Da das aber in der nächsten Zukunft noch unerreichbar ist, begnügen wir uns vorläufig

damit, die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts als eines obligatorischen Lehrfaches neben den übrigen zu fordern. Die Frauen mögen darauf hinwirken, daß diese Forderung, die bisher nur in wenigen unserer Landes- und Gemeindeprogramme enthalten ist, überall von unseren Vertretern in Landtagen und Kommunen aufs nachdrücklichste verfochten wird." (S. 436 f.)

Genossin Baumann-Altona:

„Die Broschüre des Genossen Seidel aus Zürich: „Die Handfertigkeit als Grund- und Eckstein der harmonischen Erziehung" haben wir schon vor 15 Jahren in den Leseabenden durchgesprochen. Von der Notwendigkeit der Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen sind wir wohl alle überzeugt. Man bemüht sich jetzt ja auch schon vielfach darum, aber obligatorisch ist er wohl noch nirgends eingeführt. Bei uns in Hamburg hat ein Privatmann, Pralle, sich ganz besonders um die Einführung dieses Unterrichts verdient gemacht; seine Resultate zeigen, wie viele künstlerische Fähigkeiten in den Kindern vorhanden sind und geweckt werden können. Man fördert den Körper hierdurch nicht einseitig, sondern erreicht, wie Seidel mit Recht sagt, eine harmonische Durchbildung des Körpers und des Geistes." (S. 437.)

Genosse Scheibe-Bochum:

„Der letzte Teil des zweiten Absatzes der Stuttgarter Resolution, welcher fordert, daß der Erwerbsarbeit von Kindern auch „in Parteibetrieben, vor allem aber beim Austragen der Parteipresse, unnachsichtlich entgegengetreten wird", ist überflüssig; denn Kinder unter 14 Jahren werden in Parteibetrieben nicht beschäftigt, und auch beim Austragen von Parteizeitungen dürfen sie nicht verwendet werden; es wäre ja traurig, wenn das an den einzelnen Orten nicht erreicht würde." (S. 437.)

Vorsitzende Genossin Zietz:

„Die Genossin Duncker und das Bureau waren sich bereits einig, Ihnen die Streichung dieses Satzes zu empfehlen." (S. 437.)

Genossin Hennig-Leipzig:

„Dem Stuttgarter Antrag kann man nur zustimmen. In Leipzig haben wir solchen Handfertigkeitsunterricht im Winterhalbjahr für Knaben in einigen Schulen, und die Jungens beteiligen sich mit großer Vorliebe und großem Erfolge daran. In erhöhtem Maße kann das aber nur geschehen, wenn die Kinder von der Erwerbsarbeit befreit werden. Die obligatorische Einführung dieses Unterrichts, und zwar für beide Geschlechter, würde auch dazu beitragen, die Erwerbsarbeit der Kinder einzuschränken, da ja für diesen Unterricht Zeit gewonnen werden müßte." (S. 437.)

Genossin Duncker-Stuttgart:

„Mit dem Streichen der Worte „in Parteibetrieben" bin ich einverstanden, nicht aber damit, daß wir auch streichen sollen, daß beim Austragen der Parteipresse Kinder unter 14 Jahren nicht beschäftigt werden sollen. Die Stuttgarter Genossinnen, welche im Kampf gegen diese Beschäftigung der Kinder stehen, haben mich ausdrücklich damit beauftragt. Aus der Tatsache der Verwendung der Kinder kann man ja auch den Zeitungen keinen Vorwurf machen; diese geben die Blätter nicht direkt an die Kinder, sondern an die Frauen, und diese lassen ihre Kinder an der nächsten Straßenecke warten und übergeben ihnen dann die Zeitungen. Im Einzelfall mag es ja kein großes Unglück sein, wenn ein Kind mal in drei oder vier Häuser Zeitungen trägt; wir müssen uns aber hier auf den prinzipiellen Standpunkt stellen. (Sehr richtig!) Auch mache ich darauf aufmerksam, daß schon das Kinderschutzgesetz diese Verwendung von Kindern wenigstens unter 12 Jahren verbietet; aber selbst noch nicht schulpflichtige Kinder kann man Zeitungen austragen sehen. Sollen wir vielleicht warten, daß die Polizei dagegen einschreitet?" (S. 437.)

Der Antrag Scheibe auf Streichung des erwähnten Teiles der Resolution wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Stuttgarter Reso-

lution mit der erwähnten Aenderung wird gegen 2 Stimmen angenommen. (S. 437.)

In ihrem Referat über „Die Frauen und die Gemeindepolitik“ führte Klara Weyl-Berlin aus:

„. . . Wie sehen doch die Kinderhorte aus, die in manchen Orten errichtet sind! Nur zu häufig sind sie errichtet von der Kirchengemeinde, die zuerst natürlich die Kinder ihrer frommen Schäfchen aufnehmen. Auf der 8. Konferenz der Zentrale für Jugendfürsorge ist festgestellt worden, daß allein in Berlin 75,000 Kinder der zeitweisen Unterbringung in Kindergärten bedürftig sind. Alle Berliner Kindergärten aber haben nur Raum für 7000 Kinder. (Hört! hört!) Und eine schlecht bezahlte Wärterin muß sich manchmal mit bis zu 130 Kindern plagen. (Hört! hört!) Alle die Summen, die für Säuglingsfürsorge ausgegeben sind, fallen ins Wasser, wenn die Fürsorge mit dem ersten Lebensjahr aufhört. Was die Gemeinden an Kinderfürsorge sparen, müssen sie später dreifach ausgeben an Kranken- und Siechenkosten. In manchen Kinderheimen werden die Kleinen auch noch erheblich ausgebeutet, und es kommt für sie an Schul-, Haus- und Erwerbsarbeit eine Arbeitszeit von 11 bis 13 Stunden täglich zusammen. (Hört! hört!) Die Straffstatistik zeigt, daß der weitaus größte Teil der jugendlichen Verbrecher sich zusammensetzt aus Jugendlichen, die schon als Kinder erwerbstätig waren, und zum anderen Teil aus Kindern, die ohne Aufsicht aufgewachsen sind. Die Schuleinrichtungen und die Schularztfrage sind jedenfalls für die Frauen sehr viel wichtiger als für die Männer. (Sehr richtig!) Wir fordern die Freiheit der Lernmittel, um die man heute Bettelgänge unternehmen muß. Straßburg und Mülhausen im Elsaß haben die Lernmittelfreiheit fast ganz, die Schweiz sogar völlig durchgeführt. Auf einen Berliner Schularzt kommen heute 4 bis 5000 Kinder. (Bewegung.) Und da soll er den Gesundheitszustand während der ganzen Schulzeit überwachen. Der Schularzt sollte eigentlich auch der Berater bei der Berufswahl sein. Gerade die so unendlich wichtige sexuelle Aufklärung unserer Jugend könnte doch von niemandem besser besorgt werden, als von der Frau oder dem Manne, die sich durch Jahre das Vertrauen der Kinder erworben haben. (Beifall.) Waldschulen für schwächliche Kinder gibt es heute erst in Charlottenburg, Dortmund und Elberfeld. Die Schulspeisung ist von Stadt wegen bisher nur in Mannheim eingeführt, und doch sind nur 80 Proz. der Schulkinder gut ernährt, 14,8 leidlich und über 5,2 Proz. schlecht ernährt. In Berlin haben 14,000 Schulkinder und 5000 vorschulpflichtige Kinder kein warmes Essen und werden von den Volksküchen verpflegt. Ich habe eine Zeitlang in einer Schulspeisehalle mitgearbeitet. Viele kommen mit ihren vorschulpflichtigen Geschwistern auf dem Arm, und wenn ihnen dies untersagt wird, antworten sie: „Mutter ist nicht zu Hause, wir müssen die Kleinen mitversorgen.“ Und dann bitten sie um einen möglichst großen Napf Essen. Man hat festgestellt, daß in 126 Schulen mit 195,000 Kindern 36,000 ohne Frühstück zur Schule kommen. Zuerst muß man die Kinder satt machen und dann erst können sie dem Unterricht folgen. In Berlin mußten 5000 Kinder wegen Unterernährung am Schulanfang zurückgestellt werden. (Hört! hört!) Durch Kochunterricht in den oberen Klassen sollte den Mädchen Gelegenheit gegeben werden, sich Kenntnisse anzueignen, die ihnen im späteren Leben nützlich sind. Mit dem Kochunterricht ließe sich leicht die Schulspeisung vereinen. Ueber die Notwendigkeit der Schulbäder sind wir einig. Die Kinder der Proletarier, denen zu Hause Badegelegenheit fehlt, müssen im Interesse der Reinlichkeit und Gesundheitspflege in der Schule Gelegenheit zum Baden haben. An obligatorischen Fächern der Fortbildungsschule muß Gesundheits- und Haushaltungslehre angegliedert werden. Viele Männer meinen, daß für die Proletarierinnen es nicht wichtig sei, die Haushaltung kennen zu lernen; sie hätten später doch zu wenig Geld, um eine Haushaltung zu führen. Aber gerade deshalb müssen sie das Wirtschaftswesen kennen lernen, um die Gesundheit ihrer Familie zu erhalten. . . .“ (S. 455 f.)

Auf dem Chemnitzer Parteitag **1912** führte in der Debatte über den Vorstandsbericht Genossin Demmning aus:

„Da in engster Fühlung mit dem Jugendschutz auch der Kinderschutz steht, so erlaube ich mir, ein paar Worte dazu zu sagen: Kinderschutz und Jugendschutz müssen

Hand in Hand gehen. Der Kapitalismus spannt Vater und Mutter in die Tretmühle und unsere Kinder des Proletariats gleichfalls. Es ist notwendig, daß für den Kinderschutz noch mehr getan wird wie bisher. Wir haben in 182 (?) Kreisen Kinderschutzkommissionen bereits gegründet, und durch die selbstlose Tätigkeit unserer Frauen und Organisationen haben sie auch bereits Großes geleistet. Sie werden aus unseren Tätigkeitsberichten ersehen, was für eine segensreiche Tätigkeit wir entfaltet haben. Wir haben ein Stück Arbeit geleistet von höchster sozialer Bedeutung. Es ist Pionierarbeit für die Partei und für die Gewerkschaften, und ich hätte nur den einen Wunsch, daß in den Kreisen, wo noch keine Kinderschutzkommission besteht, auch eine gegründet wird. Den Weg zur Anleitung finden wir in der Broschüre, welche uns Genossin Zietz herausgegeben hat: „Kinderschutz, Kinderarbeit und Kinderschutzkommission." Es ist darin so vorzügliches Material enthalten, daß ich Ihnen nur die Anschaffung der Broschüre empfehlen kann. Außerdem befindet sich noch eine Broschüre, welche sich mit den Lebensschicksalen der proletarischen Jugend beschäftigt, im Druck, worauf ich noch hinweisen möchte. Die sozialdemokratische Partei wird nicht eher ruhen und rasten, bis die Kinderarbeit vollständig beseitigt ist, denn wir brauchen eine gesunde, freie Generation, und eine Partei, die ihre Jugend, ihre Kinder schützt, schützt sich selbst. (Bravo!)" (S. 271.)

Lipinski-Leipzig bemerkte:

„. . . Vergegenwärtigen Sie sich einmal, was man von bürgerlicher Seite für die Jugend getan hat. Wir haben seit rund 70 Jahren die ersten Anfänge der sozialen Gesetzgebung. Wenn Sie auf diesem Gebiete nachschlagen, dann finden Sie, daß der Kampf um eine Stunde Verkürzung der Ausbeutung der Kinder 50 Jahre Zeit gebraucht hat, daß erst im Jahre 1878 die Gesetzgebung dazu gekommen ist, die Ausbeutungsmöglichkeit der Kinder vom 12. auf das 13. Jahr heraufzusetzen. Ich erinnere an das Kinderschutzgesetz, das zwar gesetzliche Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern enthält, aber über die Ausführung nichts Greifbares bestimmt, so daß die Arbeiterbewegung erst einsetzen mußte, um diesem Gesetz in der Praxis Nachachtung zu verschaffen. Ich erinnere weiter daran, daß die Kinderschutzbestrebungen auf den größten Widerstand im bürgerlichen Lager gestoßen sind. Wenn man das der Agitation von jener Seite entgegenhält, dann werden auch die Eltern begreifen, daß die Interessen der Jugendlichen besser bei der Sozialdemokratie als bei den bürgerlichen Parteien aufgehoben sind. . . ." (S. 273.)

Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Jenaer Parteitag **1913** verzeichnet folgende „kurze Anfrage":

„Genosse Rühle fragte an, warum die Ergebnisse der 1904 vorgenommenen Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern im Haushalte und in der Landwirtschaft noch nicht veröffentlicht worden seien. Es erfolgte die geradezu erstaunliche Antwort, daß noch nicht einmal alle Bundesstaaten das Material eingeschickt hätten und daß daher nicht abzusehen sei, wann dem Reichstag weitere Mitteilungen gemacht werden können. (94. Sitzung vom 21. Januar 1913.)" (S. 129.)

Diesem Parteitage lag folgender Antrag vor:

33. München I und II: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Laufe der nächsten Reichstagssession einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes einzubringen.

Es wolle beantragt werden, daß jede Erwerbstätigkeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob diese eigene oder fremde Kinder sind, verboten ist. Es soll unberücksichtigt bleiben, ob die Beschäftigung der Kinder im Gewerbe, in der Heimindustrie oder im Botendienst erfolgt.

Das verbesserte, eventuell das bestehende Gesetz wird auf die in der Land- und Forstwirtschaft, sowie die im Boten- und Gesindedienst beschäftigten Kinder ausgedehnt."

Lüth-Hamburg begründet den Antrag in der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion:

„. . . Wir haben jetzt zehn Jahre lang das Kinderschutzgesetz, es hat uns aber nicht das gebracht, was die Gesetzgeber sich davon versprochen haben. Die Kinder-

arbeit steht heute noch in schönster Blüte; das liegt zum Teil am Gesetz, zum Teil an seiner Durchführung. An dem Gesetz insoweit, weil es nicht wie das Gesetz in England und in einem Teil der Vereinigten Staaten die Kinderarbeit völlig verbietet. In dieser Richtung ist ja Deutschland nicht in der Welt voran. Das Kinderschutzgesetz in Deutschland kennt nur ein völliges Verbot für einzelne Betriebe: Bauten, Werkstätten, Bergbau usw. In verschiedenen Berufen ist nur die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren verboten und die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahren nur beschränkt. Ganz unantastbar läßt aber das Gesetz die schamlose Ausbeutung in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft und die häuslichen Dienstleistungen. Das ist um so mehr zu bedauern, als hier gerade Hunderttausende von Kindern in Frage kommen. Das Statistische Jahrbuch für 1910 besagt, daß im Jahre 1907 700,000 Kinder unter 14 Jahren ermittelt wurden. Davon kamen auf die Landwirtschaft, Gärtnerei und Viehzucht 217,592, auf häusliche Dienste 3229. Bei 406,430 Kindern fehlten die Berufsangaben. Sie sehen daraus, daß den Agrariern billigere Arbeitskräfte geliefert werden. Eine der allerschlimmsten Bestimmungen im Gesetz ist die Unterscheidung zwischen fremden und eigenen Kindern. So dürfen in einzelnen Gewerben fremde Kinder erst vom 12. Jahre an, eigene Kinder aber bereits vom 10. Jahre an beschäftigt werden. Zum Austragen von Waren und zu Botengängen dürfen Geschäftsinhaber ihre eigenen Kinder ohne Rücksicht auf das Alter, bei Tag und Nacht beschäftigen. Wir sind in Hamburg auf die regelmäßige Beschäftigung eines vierjährigen Kindes bei der Kolportage gestoßen. Das heißt doch, daß man die Frucht bereits auf den Halmen vernichtet. Eine der schlimmsten Bestimmungen ist es, daß die Durchführung des Gesetzes der Polizeibehörde und der Gewerbeinspektion übertragen ist. Das beste Gesetz kann nichts nutzen, wenn seine Durchführung nicht gesichert ist. (Sehr richtig!) Es ist doch ganz unmöglich, daß die Gewerbeinspektion das Gesetz durchführen kann, und was die Polizeibehörden betrifft, so herrscht bei den unteren Organen der Polizei eine ungeheure Unkenntnis über das Gesetz. So gleicht dies Gesetz in der Tat einem durchlöcherten Mantel. . . ." (S. 350 f.)

Frau Zietz-Berlin:

„Im Namen der Genossinnen möchte ich hier erklären, daß wir mit Freuden den Antrag 33 begrüßen und Sie auf das Herzlichste bitten, ihn anzunehmen. Unsere Genossinnen, die draußen in den Kinderschutzkommissionen tätig sind — wir haben gegenwärtig 162 (?) solcher Kommissionen —, haben es schmerzlich empfunden, wie vollkommen unzulänglich das Kinderschutzgesetz ist. Das Bestreben der Genossinnen geht darauf hinaus, nicht nur den geringen Schutz, der heute möglich ist, nutzbar zu machen zum Segen der Kinder, sondern auch unseren Vertretern in den Stadtparlamenten und im Reichsparlament Material an die Hand zu geben, um für die Erweiterung des Kinderschutzes einzutreten. Dies Material hat schon einen recht großen Umfang angenommen. Das Gesetz ist unzulänglich einmal insofern, als es nicht ausgedehnt ist auf die in der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft beschäftigten Kinder, und zweitens insofern, als für die Kinder, für die es gilt, die Altersgrenze auf 10 bezw. 12 Jahre festgesetzt ist. Unsere Genossinnen wünschen dringend, daß diese Altersgrenze ganz allgemein auf 14 Jahre erhöht wird, und vor allem, daß die Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Kindern fortfällt. Alle Genossen und Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen wissen, wie ungeheuer ihre Tätigkeit durch diese Unterscheidung erschwert wird, und da möchte ich auf die Tatsache hinweisen, daß durch Polizeiverordnungen bestimmt werden kann, daß diese Unterscheidung fortfällt, wenn Material beigebracht ist, das beweist, daß durch die starke Verwendung eigener Kinder zur Erwerbsarbeit sich offenbare Mißstände ergeben haben. Ich möchte unsere Vertreter in den Stadtparlamenten bitten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß, solange das Gesetz nicht geändert ist, wenigstens auf dem Verwaltungswege ein klein wenig mehr Schutz für die Kinder herbeigeführt wird. (Bravo!) Die Polizeibehörden haben weiter das Recht, wo sich Mißstände bei der gesetzlich zulässigen Beschäftigung von Kindern ergeben haben, auf dem Verwaltungswege eine Erweiterung des Kinderschutzgesetzes herbeizuführen. Ich bitte also die in Frage kommenden Genossen, sowohl im Reichstag wie in den Stadtparlamenten in diesem Sinne tätig zu sein. (Bravo!) Sie unterstützen damit die Tätigkeit unserer Genossinen in den Kinderschutzkommissionen, die außerordentlich segensreich gewirkt haben. Sie hat sehr viel dazu beigetragen, den

bestehenden gesetzlichen Schutz auch wirksam werden zu lassen, und hat weiter dahin gewirkt, daß die Kenntnis über die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes in weitere Kreise gedrungen (Sehr richtig!) und die Einsicht der Arbeiterklasse über die Schädlichkeit der Kinderarbeit gewachsen ist (Sehr richtig!), weil den Arbeitern klargemacht wurde: nicht nur Euren Kindern schadet Ihr, indem Ihr es zulaßt, daß sie erwerbstätig sind, sondern Ihr schadet auch der gesamten Arbeiterschaft dadurch, indem Ihr in den schulpflichtigen Kindern, wenn sie zur Erwerbsarbeit herangeholt werden, Euch selber Schmutzkonkurrenz großzieht. . . .“ (S. 353 f.)

Kniериem-München:

„Es hat mich gefreut, daß der Antrag 33 von München so warm von verschiedenen Seiten befürwortet worden ist. Das ist ein Beweis der großen Liebe und Sympathie, die die proletarische Jugend bei den Vertretern des Proletariats genießt. Die Reichsstatistik versagt auf diesem Gebiete vollständig. Es werden schon seit 20 Jahren Erhebungen über die Ueberanstrengung der Jugend von 8 bis 12 Jahren gepflogen, ohne daß sie bis heute ein greifbares Resultat gebracht hätten. Dabei steht fest, daß mehr als eine halbe Million von Kindern im Alter von 8 bis 12 Jahren und 146,000 Kinder unter 8 Jahren in Deutschland gewerblich beschäftigt sind. Es berührt jeden Kinderfreund schmerzlich, wenn er auf der einen Seite liest, daß die deutsche Reichsregierung in Asien und Afrika einen Kampf gegen die Sklaverei führt und daß wir in Deutschland selbst große Kindersklavenmärkte haben. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie ersuchen, einmal an unseren schönen Bodensee zu gehen: in Friedrichshafen, in Wangen werden jährlich Tausende von Arbeiterkindern von der Geistlichkeit auf den Sklavenmarkt geführt und im schlimmsten Sinne des Wortes verschachert. (Hört! hört!) Und dann erklärt man noch, es sei eine große Wohltat, daß es den Kindern möglich sei, zum Unterhalt der Familie etwas zu verdienen. Daß die Kinder, die auf 6 bis 7 Monate an die Bauern verschachert werden, an Leib und Seele ungeheuren Schaden erleiden, wenn sie von früh 5 Uhr bis abends 8, 9 Uhr auf dem Felde arbeiten müssen, ist klar. Und das nennt man eine Wohltat! Als wir den vorliegenden Antrag auf unserer Generalversammlung in München angenommen hatten, haben sich die Christlichen, die frommen schwarzen Blätter, darüber hergemacht und haben, da gerade in zwei ländlichen Kreisen Wahlen stattfanden, diesen Antrag benutzt, um die Bauern scharf zu machen gegen die Sozialdemokraten, weil, wie man es fälschlicherweise hinstellte, die Sozialdemokraten nicht mehr wollten, daß die eigenen Kinder durch die eigene Familie in der Landwirtschaft beschäftigt werden dürften. Ich muß diese Behauptung als Verleumdung und Irreführung zurückweisen. Wir Sozialdemokraten haben nichts dagegen, wenn die eigenen Kinder im eigenen Haushalt eine kurze Zeit in den kleinen Gärten der kleinen Landleute beschäftigt werden. Aber wir müssen uns dagegen wenden, daß die Kinder an gefährliche Maschinen bei zu langer Arbeitszeit gestellt werden. Hunderte von armen kleinen Geschöpfen werden jährlich an den landwirtschaftlichen Maschinen zu Krüppeln gemacht. (Sehr wahr!) Gegen diese Ausbeutung der Kinder im allgemeinen Erwerbsleben wehren wir uns. In der Industrie liegt es genau so. Es ist erst vor kurzem von unseren Genossen in Salzburg festgestellt, daß in 25 Branchen Tausende von Kindern unter 8 Jahren in der Industrie beschäftigt werden. (Hört! hört!) Für 8 bis 10 M. vierteljährlich müssen diese armen Kinder sich von früh bis spät ausbeuten lassen. Es ist das eine Schmach für das 20. Jahrhundert. (Sehr wahr!) Unsere herrschende Gesellschaft schreit Zeter und Mordio über den Gebärstreik der Arbeiterfrauen, aber sie rührt keinen Finger, wenn die Geborenen verstümmelt und verkrüppelt werden. (Sehr wahr!) Wenn unsere herrschende Gesellschaft einen gesunden Volkskörper will, dann soll sie sich um die Geborenen und die Erziehung der Jugend kümmern. Ich freue mich, daß Sie erkannt haben, daß der papierne Kinderschutz, den wir jetzt haben, nicht genügt. Es ist ein verwerflicher Zustand, wenn in Ostpreußen die Kinder von früh 6 bis abends 7, 8 Uhr zum Rübenzupfen benutzt werden, daß die Schulen deshalb geschlossen werden. Rückenverkrümmungen sind die Folge davon, und durch den Umgang mit den Knechten und Mägden werden die Kinder auch moralisch geschädigt. Ist es doch vielfach vorgekommen, daß Mädchen von 15 Jahren aus Vorarlberg und Tirol geschwängert aus Deutschland in die Heimat zurückgekommen sind. Solche Vorkommnisse schreien zum

Himmel. Die Kreise, die die christliche Liebe in Erbpacht genommen zu haben behaupten, sollten, anstatt hier den Leithammel der armen Kindersklaven zu machen, in ihren Gemeinden, wo sie Einfluß haben, dafür sorgen, daß die Kinder geschützt und nicht ausgebeutet werden. Tragen Sie durch Annahme unseres Antrages dazu bei, daß der Staat gezwungen wird, unsere Kinder zu schützen, dann werden wir ein geistig und körperlich kräftiges Volk bekommen. (Bravo!) (S. 367 f.)

Heinrich Schulz (Schlußwort):

„... Die reiche Unterstützung, die der Antrag 33 gefunden hat, wird den Eifer der Fraktion in dieser Richtung beflügeln. Vielleicht läßt sich der Wunsch am besten in Form einer Resolution beim Reichsamt des Innern zur Erledigung bringen ...“ (S. 374 f.)

Der Antrag wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Kolonialpolitik.

Aus dem Bericht der Reichstagsfraktion an den Magdeburger Parteitag **1910** sei folgendes wiedergegeben:

„... Tagelange Debatten fanden in der Budgetkommission statt über die Dernburgsche Diamantenpolitik. Die getroffenen Maßnahmen, die bezweckten, dem Fiskus einen größeren Teil von dem unverhofften Gewinn zu sichern, fanden allseitige Billigung. Scharfe Angriffe waren gegen den Staatssekretär des Kolonialamtes von den Diamanteninteressenten im Schutzgebiet gerichtet worden. Dernburg wehrte sich energisch seiner Haut und führte dabei schwerstes Geschütz gegen seine Angreifer auf, deren Verhalten er schonungslos kritisierte. Als darauf ein von schweren Beleidigungen des Staatssekretärs strotzendes Telegramm des Bürgermeisters Kreplin von Lüderitzbucht bei der Kommission einlief, war diese einmütig in der Zurückweisung der Ungehörigkeiten und nahm einstimmig einen Antrag Singer an: „Die von dem Bürgermeister Kreplin aus Lüderitzbucht an das Reichstagspräsidium gerichtete Depesche ist durch die Beschlüsse des Reichstags erledigt.“

Ueber die Bedeutung dieser Abstimmung sagte Abgeordneter Ledebour bei der zweiten Lesung im Plenum am 25. Januar, von einer allgemeinen Anerkennung der Kolonialpolitik des Staatssekretärs Dernburg könne keine Rede sein. „Wir Sozialdemokraten kommen ja, trotzdem wir grundsätzliche Gegner der kapitalistischen Kolonialpolitik sind, deren berufener und gewandter Vertreter der Herr Staatssekretär ist, doch häufig in die Lage, in einzelnen Fragen sowohl mit der Regierung wie mit der Mehrheit des Hauses zusammenzustimmen. Das ändert aber gar nichts an unserer prinzipiellen Haltung.“ Im vorliegenden Falle seien der Staatssekretär und die Verwaltung korrekt verfahren, und der Staatssekretär habe auch, „soweit wir es beurteilen können, innerhalb des Rahmens, den er sich gesteckt hatte, den Gesellschaften große Zugeständnisse wieder abgeknöpft“. Ledebour sprach sich scharf gegen die „habgierige Bande“ in Südwest aus, von der Dernburg gesagt hatte, der Neger, der die Diamanten fand, werde als Belohnung wohl Wichse gekriegt haben, die „einerseits die Neger ausbeutet und andererseits alles mögliche aufwendet, um auch das Deutsche Reich und die deutschen Steuerzahler auszuplündern“. . . .“ (S. 134 f.)

„. . . Abgeordneter Noske betonte bei der zweiten Lesung (des Kolonialetats) im Plenum am 31. Januar, das deutsche Volk habe ganz und gar keinen Anlaß, der Kolonialpolitik mit freundlicheren Gefühlen zuzuschauen als bisher. Gegen 1000 Millionen Mark seien insgesamt für kolonialpolitische Zwecke angewandt worden, für die nur sehr spärliche Resultate erzielt wurden. Allein 788,247,953 M. Schulden seien wegen der Kolonialpolitik gemacht worden. Innerhalb zweier Jahre solle rund ¼ Milliarde Mark geborgt werden für Kolonialbahnen. Rentierten die Bahnen nicht, habe das Reich die Zinsen für die Anleihen zu zahlen. Der Reichszuschuß sei erheblich höher als aus dem Etat hervorgehe. Verzinsung der Schuld und Reichszuschuß brächten im Jahre 1910 dem Volke eine Belastung von rund 60 Millionen für Kolonialzwecke. Schwere moralische Schädigungen haben die Diamantenfunde zur Folge. Der Kolonialhandel sei noch immer lächerlich gering. Der Redner zeigte, daß den Vorteilen der geordneten Verwaltung für die Neger außer-

ordentlich schwere Schädigungen gegenüberstehen, und brandmarkte besonders das häufige Verhängen der Prügelstrafe, von der 1908 über 6000 Neger betroffen wurden. Für arme Leute käme die Ansiedelung in den Kolonien nicht in Frage. . . . Jetzt werde Kolonialpolitik nicht um humanitärer Zwecke willen betrieben, sondern um des Profits willen. Noske trat für gehörigen Schutz der Negerarbeiter ein. Der Selbstverwaltung, über die in der Kommission viel geredet worden war, stimme die Sozialdemokratie im Prinzip zu. Aber die zweifelhaften Elemente, die in Südwest zahlreich vorhanden seien, dürften nicht über die Mittel des Reiches Verfügung treffen wollen. Nachdem der Redner hervorgehoben, daß der Rassenfrage und der Rassenbewegung in Afrika viel zu geringe Bedeutung beigelegt werde, und auf die Anfänge einer großen äthiopischen Bewegung hingewiesen hatte, schloß er mit der Erklärung: „Wahren Kulturbestrebungen bringen wir natürlich das weitgehendste Interesse entgegen und werden sie zu fördern suchen; aber wir werden auch so wie bisher alle Kraft daran setzen, den Auswüchsen Ihrer kapitalistischen Unkultur entgegenzutreten.“ Dernburg antwortete auf die erhobenen Anklagen so gut wie gar nicht und suchte über unangenehme Tatsachen mit einem billigen Witz hinwegzukommen. Noske griff ihn deswegen am 3. Februar scharf an, nachdem er, veranlaßt durch Bemerkungen bürgerlicher Redner, betont hatte, daß solche Reichstagsabgeordnete, die „an kolonialen Unternehmungen beteiligt sind, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, hier sich der allergrößten Zurückhaltung zu befleißigen“. — Abgeordneter Ledebour betonte, auf Darlegungen des Staatssekretärs antwortend, daß keine Rede davon sein könne, die Sozialdemokratie habe ihre Stellung zur Kolonialpolitik geändert, und kritisierte dann scharf die in Südwestafrika betriebene Eingeborenenpolitik.“ (S. 135 f.)

Ueber Kiautschou wird gesagt:

„Der famose Platz an der Sonne untersteht der Marineverwaltung, und infolgedessen wird dort tüchtig aus dem Vollen gewirtschaftet. Ein Reichszuschuß in Höhe von 8 466 594 Mk. wurde im Etat gefordert. In der Budgetkommission wurden zwar ein paar hunderttausend Mark abgestrichen, aber da der Anregung von sozialdemokratischer Seite, die 2200 Köpfe starke militärische Besatzung wesentlich zu verringern oder noch besser ganz zurückzuziehen, nicht entsprochen wurde, beläuft sich der Zuschuß, der aus den Taschen des Volkes gezahlt wird, noch immer auf über 8 Millionen Mark. Dem stehen erhebliche wirtschaftliche Vorteile nicht gegenüber, wie Abgeordneter Noske bei der zweiten Lesung am 9. März nachwies. Alle früher gehegten überschwenglichen Hoffnungen hätten sich als trügerisch erwiesen. Würde man die zahlreichen Beamten und die Besatzung zurückziehen, müßte, so weit die europäischen Geschäftsleute in Frage kommen, ein vollständiger wirtschaftlicher Zusammenbruch eintreten. Rückwärts sollte Deutschland sich konzentrieren und nicht warten, bis es von den Chinesen hinausgeworfen werde, bei denen Nationalgefühl und militärische Macht rasch im Wachsen begriffen seien.“ (S. 136 f.)

„. . . Für die Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika sind insgesamt rund 405 Millionen Mark verausgabt worden. Ueber die verbrauchten und zum Teil verschleuderten Gelder kann eine vollständige ordnungsmäßige Abrechnung nicht vorgelegt werden, weil für Millionen verausgabten Geldes Quittungen nicht vorhanden sind. Die Regierung hat dem Reichstage deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Abrechnung teils wesentlich vereinfacht, teils auf Stichproben beschränkt werden soll. Gleichzeitig wurde Nachbewilligung eines Betrages in Höhe von 23,7 Millionen Mark gefordert für Ausgaben, die wegen des Aufstandes gemacht, aber bisher noch nicht bewilligt worden waren. Der Betrag wird auf Anleihe genommen. In der Budgetkommission stellte der Abgeordnete Erzberger den vielbesprochenen Antrag, 20 Proz. der Kriegskosten im Schutzgebiet selbst aufzubringen, indem eine außerordentliche Vermögenssteuer innerhalb mehrerer Jahre im Gesamtbetrage von 81 Millionen Mark zur Erhebung gelange. Die Angelegenheit kann hier kurz behandelt werden, weil der Antrag nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Erzberger und dem Staatssekretär Dernburg fiel. In der Budgetkommission wurde fast eine Woche lang über die außerordentlich verwickelten südwestafrikanischen Fragen verhandelt. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder konnten den Antrag Erzberger nicht unterstützen, weil er rechtlich undurchführbar war. Sie vertraten durchaus den Stand-

punkt, daß dem südwestafrikanischen Schutzgebiet die Aufstandsausgaben auferlegt würden, und beantragten deshalb:

1. die Kosten der Niederwerfung des Aufstandes, soweit sie aus Anleihemitteln gedeckt worden sind, werden als Schuld des südwestafrikanischen Schutzgebiets gegenüber dem Reiche festgestellt;

2. zur Verzinsung und Amortisierung dieser Schuld dienen in erster Reihe die Erträge aus einer Wertzuwachssteuer für das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Der Antrag fand weder in der Kommission, noch später im Plenum, wo er wieder eingebracht wurde, eine Mehrheit. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes hielt Abgeordneter Ledebour der Mehrheit vergeblich vor, daß unser Antrag die einzige und letzte Möglichkeit biete, die Kriegskosten auf die südwestafrikanischen Interessenten zu überwälzen. Zurückzuweisen sei die Ansicht des Staatssekretärs Dernburg, es sei nicht zulässig, der Kolonie einen Teil der Kriegskosten aufzubürden. Worin solle der Grund liegen, die Profitinteressenten nicht heranzuziehen? Der Redner warnte davor, Resolutionen anzunehmen, von denen man nicht wisse, ob sie Dernburg durchführen werde. Wie recht Ledebour damit hatte, beweist das Ausscheiden Dernburgs aus dem Kolonialamte, bald nachdem der Reichstag in die Ferien ging. Selbstverständlich verweigerte die Fraktion ihre Zustimmung zu der summarischen Abrechnung, wie sie auch die Restausgabe in Höhe von 23,7 Millionen Mark nicht bewilligte." (S. 137 f.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„... Der deutsche Arbeiter, der deutsche Handwerker und der deutsche Bauer haben an der Erwerbung eines Teiles von Marokko oder gar an in den Tropen liegenden Kompensationen kein Interesse. Das deutsche Volk hat für Deutschost- und Südwestafrika soviel Opfer an Gut und Blut gebracht, daß es ihm nicht nach Opfern für Marokko gelüstet. Für die Sozialdemokratie bleibt es bei der alten Parole: Keinen Mann und keinen Groschen für Kolonialabenteuer irgendeiner Art. Das klassenbewußte Proletariat der beteiligten Länder wird seine Augen offen halten, denn die wegen Marokko hervorgerufene Krise ist nur eine Episode in den Interessenkämpfen der Kapitalistenklassen der verschiedenen Nationen. Die imperialistische Politik des nach neuen Absatzmärkten gierigen modernen Kapitalismus kann jeden Tag in Asien oder Afrika neue Sitationen schaffen, die zum Weltkriege führen." (S. 15.)

Die Reichstagsfraktion berichtet:

„Kiautschou, der berühmte „Platz an der Sonne", gab bei der Beratung des Marineetats wieder Veranlassung zu Märchenerzählungen für große Kinder. Der nationalliberale Görcke bereitete seine Rede eines Abends durch Lichtbilder-Zauberkünste im Reichstagssaale vor. Namens unserer Fraktion zeigte Noske, was für Potemkinsche Dörfer man dem Reichstag vorstelle. Ueber 100 Millionen kostet uns Kiautschou seit einem Dutzend Jahren; jetzt fordert die Regierung wieder einen Zuschuß von 8 Millionen für rein militärische Zwecke; also über 5000 M. pro Kopf der dort angesiedelten Deutschen, wovon jeder hier als Rentner leben könnte. Dabei stellt der Ertrag unseres dortigen Handels noch nicht einmal eine Verzinsung des Aufwandes dar!

Den kostspieligen 50-Millionenhafen Tsingtau kennzeichnet Genosse Ledebour als einen bei ernsthaften Komplikationen mit den immer ungemütlicher werdenden Chinesen unhaltbaren Platz; seine handelspolitische Bedeutung ergibt sich aus der Tatsache, daß ganze 116 000 M. in einem Jahre nach Deutschland ausgeführt wurden. Ein Abkommen mit China unter Verzicht auf Kiautschou wäre eine wahrhaft patriotische Tat, welche uns die Chinesen — ein Volk von 400 Millionen — zu wirtschaftlichen Freunden machen würde. Die bei der Besitzergreifung unterstellten Voraussetzungen seien nicht eingetroffen. Eine von den Gegnern zitierte abweichende Meinung unseres Genossen Ed. Bernstein stehe in der sozialdemokratischen Partei vereinzelt da, die von Anfang an die Erwerbung bekämpfte. Die Entwicklung unseres Handels hänge von der Tüchtigkeit des deutschen Handelsstandes, nicht von kostspieligen Hafenbauten an fremden Gestaden ab. Die Politik der Unterdrückung und Beraubung anderer Völker widerspricht einem echten Nationalgefühl." (S. 104 f.)

„Beim Kolonialetat lehrte der Verlauf der Beratung, daß die bürgerliche Opposition auch auf diesem Gebiete lendenlahm und zahm geworden ist. In der Ruhmseligkeit ging der Zentrumsredner Erzberger voran. Dieser Herr regte bekanntlich im vorigen Jahr edie Besteuerung der südwestafrikanischen Gesellschaften zur Deckung der Kriegskosten an, die ein Drittel des ganzen Landes vom Reiche als Geschenk erhielten. Die Dernburg, Lindequist und Genossen protestierten kolonialpatriotisch gegen diese Anregung zu einer direkten Besteuerung der Kolonialausbeuter. Doch mußte auf Verlangen des Reichstags eine Denkschrift ausgearbeitet werden. Diese hat nun unfreiwillig ein interessantes Material gegen die Kolonialschererei geliefert. Sie zeigt nämlich an der Geschichte der Kolonialmächte, welche schauderhaften Opfer die Kolonialpolitik überall und von jeher forderte, wie in allen Fällen das Mutterland die Lasten der Kolonisation nicht von sich abwälzen konnte und wie von einer Deckung der Kriegskosten durch die Kolonisten gar keine Rede sein kann.

Somit lehrt die Denkschrift demjenigen, der die in ihr enthaltenen Ziffern vernünftig deuten kann, wie moralisch begründet der Kampf der Sozialdemokratie gegen die kolonialpolitische Volksausplünderung ist. Die dem Arbeiterstande durch indirekte Steuern abgepreßten Milliarden werden in den ewig lüsternen Rachen des Marinismus, der kolonialen Eroberungspolitik geopfert und geraten dann in die Taschen der dem Moloch dienenden Geldaristokratie, ob sie als Finanzkapitalisten die Zinsen einsacken oder als Koloniallieferanten den Rahm abschöpfen, während der Staat sich von einem Kolonialkrieg in den anderen stürzt.

Genosse Ledebour betonte unsere grundsätzliche Ablehnung der deutschen Kolonialpolitik. Wir verlangen für die bestehenden Kolonien eine möglichst gute Verwaltung. Eine menschenwürdige Behandlung der Eingeborenen und Arbeiter verlangen wir in erster Reihe. Unser Redner besprach den Streik der schwarzen Arbeiter in Südwestafrika bei der Firma Orenstein & Koppel (Bahnbau), die einen Vertrag mit ihnen abschloß, der gegen die guten Sitten verstieß. Das Ende der Sache war, daß eine Reihe Schwarze teils getötet, teils verwundet wurden. Der Staatssekretär behauptet nun, die Untersuchung habe weder die Firma noch die Offiziere belastet. Das ist eine nicht zutreffende Auffassung. Und wie kommt man dazu, sich mit militärischer Macht in die Lohnstreitigkeiten zu mischen? Ein Mitglied der Kommission hat das Gemetzel gerechtfertigt mit der angeblichen Bedrohung und Beschimpfung der deutschen Uniform. Das ist ein charakteristischer Beitrag zu der militärischen Verseuchung unserer herrschenden Klassen und paßt vortrefflich zu dem neuerdings aufgebrachten Begriff der Putativ-Notwehr, das heißt Notwehr gegen einen nur vermeintlichen Angriff. Der Reichstag hat schon mehrmals eine Resolution angenommen, die die Ausstattung der Eingeborenen mit so viel Land fordert, als nötig ist, damit sie ihre gewohnte Wirtschaftsweise, d. h. die Viehzucht, fortsetzen können. Der Bundesrat hat dieser Resolution nicht zugestimmt, unter der Vorgabe, daß die Eingeborenen kein Vieh mehr haben, also auch kein Land nötig haben. Also zuerst nimmt man den Eingeborenen das Land und verbietet ihnen, Vieh zu halten, und dann erklärt man, daß sie ohne Vieh kein Land mehr brauchen. Staatssekretär Dernburg scheint diese Beraubung der Eingeborenen für so selbstverständlich gehalten zu haben, daß er gar keine weitere Erklärung dieses eigentümlichen Verfahrens für nötig hielt. Der jetzige Staatssekretär versucht wenigstens so etwas wie eine Rechtfertigung. Er sagt, nur den Eingeborenen sei die Viehhaltung verboten, denen sie nicht vom Gouverneur gestattet ist. Ein wunderbarer Schluß: Es ist nur verboten, was nicht gestattet ist. Die gleichgültige Haltung des Freisinns gegenüber der wichtigen Frage des Eingeborenenschutzes finde ich sehr sonderbar. Es ist wahrlich nicht angebracht, über die unterjochten, mißhandelten Eingeborenen frivole Bemerkungen zu machen. (Vizepräsident Dr. Schultz: Sie dürfen Abgeordneten nicht vorwerfen, daß sie frivole Bemerkungen machen!) Wir protestieren dagegen, daß man die Eingeborenen Südwestafrikas zu willenlosen, wehrlosen Objekten rücksichtsloser Ausbeutung macht. Wir verlangen, daß die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit auch gegenüber den Eingeborenen der deutschen Kolonien befolgt werden!

Sodann ergänzte Genosse Noske die speziell über Südwestafrika gemachten Ausführungen Ledebours durch einen Ueberblick über die anderen Kolonien, wobei auch er sein Hauptaugenmerk auf den Schutz der Eingeborenen gegen Ausbeutung und Vergewaltigung richtete. Besonders scharf rügte er das barbarische Strafsystem, das sich durch die ständige Zunahme der Prügelstrafe auszeichnet und das die ganz an mittelalterliche Rechtsauffassung gemahnende Todesstrafe für Diebstahl im Rückfall vorsieht. 10 000 M. geben wir pro Kopf der Eingewanderten aus; der Handel ist minimal gegenüber dem deutschen Gesamthandel; ein großer Teil der Einfuhr stammt zudem aus England. Möge das Volk vor Schwindelunternehmungen behütet werden, die sich an die Sportnamen Burggraf zu Dohna usw. knüpfen. Unsere Agrarier bleiben nur solange Kolonialpatrioten, als sie keine Konkurrenz zu befürchten haben. In Togo haben die Eingeborenen den Anspruch auf Gleichberechtigung mit den Weißen erhoben. Die Rechtlosigkeit der Neger steht in scharfem Gegensatz zu der englischen Methode der Eingeborenenbehandlung. Höchst bedauerlich ist es, daß selbst ein Freisinniger wie Herr Goller der reaktionären Auffassung huldigt, daß die Neger nur dazu gut sind, auf den Farmen und Plantagen für die Weißen zu rackern. Zur Sühne für den Tod eines Offiziers wurden drei Rädelsführer hingerichtet, außerdem noch 200 Eingeborene zusammengeschossen. Den Eingeborenen sollte das Bestreben nach einer besseren Bildung durch Schulbauten gefördert werden. Ein Pater teilt mit, daß die gesamte Kindergeneration gefährdet ist infolge der Ueberarbeit, der die Regierung tatenlos zusieht. Die Schnapseinfuhr ist in den Kolonien zwar zurückgegangen, dafür hat zugenommen die Einfuhr schlechten Kunstweins, der für teures Geld an die Eingeborenen verkauft wird. Um Arbeitskräfte für die Pflanzer zu beschaffen, wendet die Regierung Zwangsmaßnahmen gegen die Neger an. Immer können noch wegen Verlassens der Arbeit drei Monate Ketten verhängt werden. Man ist so weit gegangen, Buschleute regelrecht für die Arbeit einzufangen. Die Neger sind direkt Sklaven, die gezwungen sind, für die Weißen zu arbeiten. Zu dieser Versklavungspolitik gehört auch, daß in den Kolonien noch nach Noten geprügelt wird. Der Staatssekretär will dieses Prügelrecht sogar jedem Weißen übertragen. Die Hängekultur in unseren Kolonien ist direkt eine Schande. Es bedeutet direkt einen Rückfall in die Barbarei vergangener Jahrhunderte, wenn Neger wegen Diebstahls, noch dazu am Tage vor Weihnachten, gehängt worden sind. Wir Sozialdemokraten protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß der Galgen als eine Art Wahrzeichen für die deutsche Kultur hingestellt wird. In 5799 Fällen ist im letzten Jahre noch geprügelt worden. Diese Prügelkultur lehnen wir Sozialdemokraten ab und wollen ihr gegenüber den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gesittung zum Siege verhelfen.

In der Spezialberatung fanden die beiden sozialdemokratischen Redner wiederholte Veranlassung, gegen die gesamte bürgerliche Vertretung ins Zeug zu gehen wegen der schändlichen Ausbeutung und Verfolgung des eingeborenen Elements in den Kolonien; der Gouverneur von Ostafrika, v. Rechenberg, verfiel bei den Pflanzern in Ungnade, weil er ihre Ausbeuterinteressen in die Schranken wies. Zum Schluß wurden an die Kolonialverwaltung folgende Fragen gerichtet, welche Herr v. Lindequist unbeantwortet ließ:

Gedenkt die Kolonialverwaltung die Verordnungen aufzuheben, durch die die am Aufstand beteiligten Eingeborenen, also die Hereros und einige Hottentottenstämme, in völlige Abhängigkeit von den Farmern gebracht werden? Wird das Verbot der Haltung von Großvieh aufrechterhalten bleiben?" (S. 125 ff.)

„Wie unverantwortlich mit den Steuergroschen des Volkes in dem Kolonialbudget gewirtschaftet worden ist, erfuhren wir aus den Enthüllungen bei früheren Plenardebatten über die unkontrollierbaren Kolonialrechnungen. Als auch jetzt wieder unser Genosse Noske auf die unverantwortliche Geldverschleuderung im afrikanischen Kolonialparadiese hingewiesen hatte, bekam die Regierung, welche eine Abhilfe der bekannt gewordenen Uebelstände zusicherte, vom Zentrum und den Liberalen teilweise Schutz; sie mußten sich von unseren Genossen sagen lassen, daß die sogenannten Informationsreisen, zu welchen die Regierung nach bloßem Gutdünken auf Reichskosten Abgeordnete heranzieht, mit dem parlamentarischen System unvereinbar sind.

Dahin sind auch die Ostmarkenreisen zu rechnen, die auf Reichskosten von einzelnen Mitgliedern hakatistischer Parteien unternommen wurden. Die Regierung schwieg zu dieser kitzlichen Sache." (S. 136.)

Sein Referat über die Marokkofrage leitete Bebel mit folgenden Ausführungen ein:

„... Die Kolonialfragen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Umfang in der öffentlichen Erörterung angenommen. Alle Großstaaten sind bestrebt gewesen, entweder die bereits besessenen Kolonialgebiete erheblich zu erweitern oder neue Kolonialgebiete sich anzueignen. Deutschland war bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein kolonialfreies Land, bis es endlich dem Drängen unserer Kolonialenthusiasten gelang, selbst einen Bismarck, der von der Kolonialpolitik nichts weniger als entzückt war, für sie einzunehmen, so daß er seine Zustimmung zu der Erwerbung der Gebiete in Afrika, zunächst Südwest-, dann Ostafrika und Kamerun gab. Es liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie derartige Expansionsbestrebungen in den verschiedenen Erdteilen der Welt sich bemerkbar machen, die rivalisierenden Nationen der Gefahr ausgesetzt werden, in allerlei Konflikte zu geraten. Denn wie auf dem ökonomischen Gebiete, auf dem Weltmarkt, die Konkurrenz überall die treibende Kraft ist und einer dem anderen mit allen möglichen Mitteln zuvorzukommen sucht, so ist nunmehr auch der Wettbewerb auf dem Gebiete neuer Kolonien in die Erscheinung getreten. Es liegen hierfür verschiedene Gründe vor. Zunächst will man neue Absatzgebiete für die eigenen Waren gewinnen, dann will man die Rohprodukte für den eigenen Markt erhalten. Drittens — und das spielt in Deutschland eine gewisse Rolle — will man für die Bevölkerung, da wir angeblich an Uebervölkerung in Deutschland leiden, einen Abzugskanal schaffen, wo sie ihrem Erwerbe nachgehen kann in weiterer Verbindung mit dem alten Vaterlande. Den Trieb der Bourgeoisie nach Kolonisation schildert das Kommunistische Manifest also: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Markt für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Ueberall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen ... Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation." Die Zivilisation und das Christentum sind angeblich die Haupttriebfedern, die diesen Kolonialbestrebungen, diesem Suchen nach neuen Absatzmärkten unter Ausraubung fremder Völker zugrunde liegen. Nun, die Kolonialgeschichte, die wir in Europa vom Anfang des 16. Jahrhunderts ab datieren können, ist eine Geschichte, die mit Blut geschrieben und von Anfang bis zum Ende mit Verbrechen besudelt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat in dem Zeitraum dieser Jahrhunderte ganze Völker ausgerottet und alte blühende Kulturen vollständig vernichtet. (Zustimmung.) Man ist mit allen Mitteln, die die höhere Kultur und die Zivilisation an die Hand geben, gegen die eingeborenen Völker der fremden Länder vorgegangen, hat sie ausgeraubt, geknechtet, unterdrückt, vernichtet. (Sehr richtig!) Und wenn auch im Laufe der Jahrhunderte die Formen dieser Unterdrückung mit der Steigerung der Kultur milder geworden sind, so steht doch fest, daß noch bis heute Kolonialverbrechen aller Art eine große Rolle spielen. (Zustimmung.) Ob das katholische Frankreich, Spanien, Portugal, Italien oder das protestantische England, Holland und neuerdings Deutschland sich der Kolonialpolitik widmeten, ihrer aller Geschichte ist mit Blut und Verbrechen besudelt, und selbstverständlich haben die christlichen Geistlichen hüben und drüben alle diese Dinge im Namen des Christentums gutgeheißen. Wir selbst haben wiederholt Gelegenheit gehabt, im Reichstag in schärfster Weise Barbareien aller Art zur Sprache zu bringen. Das stärkste, was man sich an Barbareien erlaubt hat, ist bekanntlich im südafrikanischen Aufstand vorgekommen. Daß das unterdrückte, ausgebeutete, geknechtete Volk zur Empörung griff, war sein gutes Recht. (Sehr richtig!) Es war ihr Heimatland, ihr Vaterland, das die Hereros gegen die fremden Eroberer zu verteidigen suchten, und was man uns als die höchste Ehre anpreist, die Verteidigung des Vaterlandes, das wurde jenen als Verbrechen angerechnet. (Sehr wahr!) Wie man strafte, zeigt die Kriegführung durch den General von Trotha, der die Hereros nach dem sogenannten Sandfelde treiben ließ, wo sie an Zehntausende, Männer, Frauen und Kinder, im Sonnenbrande verhungerten und verdursteten

(Lebhaftes Pfui!) — ein Vorgang, der ein Schandfleck für Deutschland bleiben wird, solange es eine Geschichte geben wird. (Sehr richtig!) . . .“ (S. 333 f.)

Weiterhin führte Bebel aus:

„. . . Als China gegen Japan unterlag, und Japan diese Niederlage Chinas ausnutzen wollte, um die Mandschurei mit Port Arthur einzusacken, wurde es daran durch die Intervention Deutschlands, Frankreichs und Rußlands verhindert. Dieses Dazwischentreten zwang Japan, bedeutende Konzessionen an China zu machen und auf die Mandschurei und Port Arthur zu verzichten. Es verstand sich von selbst, daß von diesem Augenblick an Deutschland in gewaltigem Ansehen in China stand und daß damals China, wie später die Marokkaner, in dem deutschen Kaiser eine Art Schutzheiligen sahen. (Heiterkeit.) Drei Jahre später hat Deutschland die Rechnung präsentiert in der berühmten Pachtung von Kiautschou. Und im Boxeraufstand war es gerade der Feldmarschall von Waldersee, unter dessen Anführung die Deutschen in der Unterdrückung nicht nur des Boxeraufstandes, sondern auch noch bei manchem anderen in China in einer Weise gewütet haben, daß den armen Chinesen Hören und Sehen vergangen ist. (Sehr richtig!) Auch diese chinesische Illusion von deutscher Hilfe und deutscher Freundschaft ist gründlich zerstört worden . . .“ (S. 337.)

Die Reichstagsfraktion berichtete dem Parteitage in Chemnitz **1912**:

„Beim Kolonialetat legten unsere Redner dar, daß die Kolonisation den Interessen der deutschen Kapitalisten und des von ihnen protegierten Imperialismus dient. Eine Folge der imperialistischen Politik, in deren Rahmen Wehrvorlage, Wettrüsten und Kolonialpolitik liegen, ist der Gegensatz zwischen England und Deutschland. Dem Imperialismus entgegenzutreten, liegt im Interesse der deutschen Arbeiter. Sie, die selbst in Deutschland unterdrückt und ausgebeutet werden, können nicht die Hand dazu bieten, andere Menschen zu unterdrücken und auszubeuten. Vorteil von der Kolonialpolitik haben lediglich einige Kapitalisten, nicht die Arbeiter. Die Kolonialpolitik belastet das Deutsche Reich mit weit über 30 Millionen Mark Jahreszuschuß. Nach 25jähriger Tätigkeit ist erreicht, daß 21 667 Weiße, Männer, Frauen und Kinder, insgesamt in allen deutschen Kolonien wohnen. Davon waren Männer über 15 Jahre 10 417, darunter 927 Missionare und 4118 Beamte; auf etwa 2½ Deutsche kommt also ein deutscher Beamter. Unser grundsätzlich die Kolonialpolitik bekämpfender Standpunkt wird uns nach wie vor nicht davon abhalten, dahin zu arbeiten, daß in den Kolonien mehr als bisher Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Kultur zur Geltung kommt und das Los der unterdrückten und unterjochten Völker möglichst gebessert werde. Von diesem Standpunkt aus kritisierten unsere Redner die Fülle von Mißständen in den Kolonien. Von dem Abgeordneten Mumm war eine Resolution dahin beantragt, es solle darauf hingewirkt werden, daß der Alkoholimport für den Konsum der einheimischen Bevölkerung in den deutschen Schutzgebieten stetig mehr eingeschränkt werde. Von unserer Seite wurde beantragt, das Wort „einheimische“ zu streichen, da, wie unser Redner ausführte, eine Differenzierung zwischen heimischer und deutscher Bevölkerung umsoweniger angebracht ist, als unsere Kolonialbeamten und Kolonialoffiziere doch zugleich vorbildlich wirken sollen, das Verhalten der Weißen aber tatsächlich Weiße zum Tropenkoller und Einheimische zu dem Ausspruch geführt hat: „Der ist betrunken wie ein Weißer“. Unser Antrag fand Annahme.

Bei dem Etat für Südwestafrika kam besonders die Diamantenfrage und die Verordnung zur Sprache, die das Halten von Großvieh seitens der Eingeborenen von der Genehmigung des Gouverneurs abhängig machte. Aufhebung dieser Verordnung, die die wirtschaftliche Selbständigmachung der Eingeborenen hindert, verlangten wir. Unser Antrag wurde angenommen.

Bei dem Etat für Samoa wurde das durch Verordnung eingeführte Mischehenverbot von unserm Redner angegriffen. Eine von uns angeregte Resolution der Budgetkommission verlangt die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, welcher die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen in allen Schutzgebieten sicherstellt und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das

Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet. Die Resolution fand mit 202 gegen 132 Stimmen Annahme.

In dem Etat für Kiautschou ist eine Forderung von 650 000 M. für die Erhöhung des Personalbestandes der Besetzungstruppen ausgeworfen. Fünfhundert Mann sind von der planmäßig Ende Februar zur Auflösung gelangenden Gruppe zurückgehalten worden. Das sei zum Schutz des Lebens und Eigentums der Deutschen in China anläßlich der chinesischen Revolution erforderlich gewesen, wurde behauptet. Wir wendeten uns gegen die Forderung. Während der Revolution ist kein einziger Deutscher geschädigt worden. 1500 Deutsche befinden sich in Kiautschou und acht im übrigen China. Der hier eingeschlagene Weg sei ein anderer als der während der russischen Revolution eingeschlagene. Wäre etwas gegen Deutsche vorgekommen, so wäre der ordentliche diplomatische Weg zu beschreiten gewesen. Man kann nicht dem Deutschen im Ausland das gewähren, was ihm im Inland versagt wird, nämlich daß er die Verantwortlichkeit für seine eigenen Handlungen von sich ablehnt und der Gesamtheit überbürdet, wenn Folgen eineintreten, die ihm nicht gefallen. Als in Moabit die Polizei Unruhen stiftete und bei dieser Gelegenheit englische Journalisten, die friedfertig ihrem Beruf nachgingen, von Polizeisäbeln blutig geschlagen wurden, hat England auch keine Truppen hierhergeschickt. In Wahrheit seien die Truppen nach Kiautschou geschickt, um unsere imperialistische Politik zu fördern. Unter dem Titel „Schutz der Deutschen im Ausland" habe man die Interessen der großkapitalistischen Banken und der Hochfinanz geschützt." (S. 139 f.)

An die Debatte über den „Imperialismus" auf diesem Parteitage knüpfte sich eine persönliche Auseinandersetzung zwischen Ledebour und Quessel:

Ledebour:

„... Was ich gesagt habe, ist das, daß die Gedankengänge in seinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" auf ungenügendem Verständnis handelsstatistischer Zahlen beruhen und in ihren logischen Konsequenzen notwendigerweise zur Befürwortung der heutigentags von der deutschen Regierung betriebenen Kolonialpolitik führen müssen und daß sie deshalb in dem Munde eines Nationalliberalen verständlich wären. Ich wiederhole nochmals, daß es mir durchaus fern liegt, dem Genossen Quessel bewußte Befürwortung nationalliberaler Tendenzen nachzusagen. Ich nehme als mildernden Umstand eben an, daß er selber die Tendenz, die in seinen Gedankengängen zutage tritt, nicht erkannt hat." (S. 432 f.)

Quessel (mit großer Unruhe empfangen):

„Ich will das Spiel nicht ins Endlose weiter treiben. Es ist nicht wahr, daß ich in irgendeinem Artikel die kapitalistische Kolonialpolitik der heutigen Regierung befürwortet habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir eine zivilisatorische Kolonialpolitik brauchen, so wie sie Genosse Bebel im Reichstag seinerzeit unter dem Jubel der Fraktion formuliert hat und wie sie uns im Wahlkampf gute Dienste geleistet hat." (S. 433.)

Ledebour:

„Ich muß nochmals konstatieren, daß ich nur darauf hingewiesen habe, die logische Folgerung aus den Gedankengängen des Quesselschen Artikels führe notwendig zur Befürwortung dieser Kolonialpolitik. Ich habe nicht gesagt, daß Quessel wissentlich diese Kolonialpolitik befürwortet hat. Ich denke (zu Quessel), Sie werden doch einen Unterschied machen können zwischen bewußter Befürwortung und dem Hervortreten einer Tendenz, deren logische Fortsetzung zu einer solchen Befürwortung führen muß. Können Sie den Unterschied machen? (Heiterkeit.)" (S. 433.)

Dem Jenaer Parteitag **1913** wird über die Beratung des Kolonialetats berichtet:

„Genosse Henke nahm als unser erster Redner das Wort. Er ging von der Ansiedelungsfrage aus. Die Hoffnungen, die auf die Ansiedelung gesetzt

worden seien, hätten sich nicht erfüllt. Es liege im Wesen der kapitalistischen Kolonialpolitik, die Eingeborenenkulturen zu zertrümmern und die Ackerbauer zu enteignen. Die sozialdemokratische Fraktion sei im Gegenteil für die Förderung der Eingeborenenkultur. Auch die ungesunden Verhältnisse in Ostafrika sprechen gegen die Besiedelungsmöglichkeit durch Europäer. Daß richtig geförderte Eingeborenenkulturen gut gedeihen, berichte auch die neueste Denkschrift des Kolonialamts. Gegen die angebliche Arbeitsscheu der Eingeborenen könne man eine Reihe von Urteilen sachverständiger Leute anführen. Das schlimmste sei die Ausrottung der Eingeborenen durch die ewigen Kämpfe. In der Budgetkommission sei mitgeteilt worden, daß in den letzten zwanzig Jahren nicht weniger als 150 000 Menschen in den Kolonien erschossen oder infolge von Krankheiten zugrunde gegangen seien. Demgegenüber sei durch Einführung von chinesischen oder indischen Kulis die Arbeiterfrage in den Kolonien nicht zu lösen, sondern in erster Linie durch eine vernünftige Eingeborenenkultur. In der Mischehenfrage müsse sich der Reichstag die Kritik verbitten, die der Staatssekretär gelegentlich seiner Reisen in den Kolonien an der Stellung des Reichstages geübt habe. Die kapitalistische Kolonialpolitik wurde von der Sozialdemokratie nach wie vor auf das schärfste bekämpft werden.

Unser zweiter Redner war Genosse Noske. Er wies zunächst dem bekannten Reichsverbändler und Generalleutnant v. Liebert nach, daß er sich an faulen Kolonialgründungen beteiligt habe. Die Periode der Kolonialphantasterei des Bürgertums habe anscheinend ihr Ende erreicht. Die Hoffnungen auf eine glänzende Entwicklung der Kolonien seien zuschanden geworden. Wenn die Einnahmen einzelner Schutzgebiete sich erhöht hätten, sei das auf die steigende Leistungsfähigkeit der Eingeborenen zurückzuführen. Für die Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien sei die Sozialdemokratie von jeher eingetreten. Die Not an Arbeitskräften in den Kolonien könne man nur durch wohlwollende Erziehungsmethoden, nicht durch eine Art Halbsklaverei beseitigen. In Südwestafrika habe sich das Verbrechen, das durch die Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung verübt worden ist, empfindlich gerächt. Aus diesen und ähnlichen Gründen sei es begreiflich, daß sich die Rassengegensätze in Südwestafrika zugespitzt hätten. Die Justizpflege in den Kolonien lasse noch viel zu wünschen übrig. Ebenso der Strafvollzug. Für Kulturaufgaben, Eisenbahnbau, Selbstverwaltung, Schulzwecke und ähnliche Aufgaben müsse noch viel mehr getan werden als bisher.

Genosse Weill ging auf die Frage der Konzessionsgesellschaften ein. Er konnte interessante Materialien über die Beziehungen der Gesellschaften Deutschlands und Frankreichs zueinander mitteilen und aufdecken, wie das große Finanzkapital mit den politischen Agenten und den Beamten der Regierungen zusammenarbeitet. Die deutsche Regierung hätte diese Bestrebungen, die im Gegensatz zu der Haltung der Parteien des Reichstages und zu den Erklärungen der Regierung stehen, nicht unterstützen dürfen. Besonders interessant sei es, daß ein eifriger Fürsprecher dieser Bestrebungen in Deutschland und Paris der deutsche Reichstagsabgeordnete Semler gewesen sei. Dabei habe sich Herr Semler noch besonders auf seine Eigenschaft als Berichterstatter des Etats des Reichskolonialamts berufen." (S. 103 f.)

„Beim Etat für Kamerun kam Genosse Weill noch einmal auf die Konzessionsgesellschaften zurück. Der Staatssekretär habe zwar in der Theorie seine Antipathie gegen die Konzessionsgesellschaften zum Ausdruck gebracht, aber er solle sich zum entschiedenen Kampf gegen diese Gesellschaften aufraffen. Wenn der Abgeordnete Semler sich von dem Referat über den Etat des Reichskolonialamts freiwillig nicht trennen könne, so habe der Reichstag die Pflicht, ihm dabei zu Hilfe zu kommen. Genosse Ledebour unterstützte diese Ansicht. Herr Semler habe seine Stellung hier im Hause und in der Budgetkommission dazu benutzt, um Maßregeln zu befürworten, deren Durchführung seiner Gesellschaft Südkamerun zugute kommen mußten. Wir Sozialdemokraten würden Herrn Semler als Referenten des Kolonialamts in Zukunft aufs schärfste bekämpfen.

Beim Etat für Südwestafrika ging Genosse Quessel auf die Redner ein, die einen von ihm in den „Sozialistischen Monatsheften" veröffentlichten Aufsatz gegen die Partei ausgenutzt hätten. Gewiß gingen bei uns die Meinungen darüber auseinander, ob die Möglichkeit zivilisafatorischer Kolonialpolitik schon jetzt vorliege. Sein Freund Henke

beurteile diese Möglichkeit pessimistisch, während er selbst zum Optimismus geneigt sei. Aber in der Frage: Eingeborenenkultur oder Plantagenbetriebe? gäbe es keine Differenzen bei uns...

In einem Nachtragsetat wurden zehn Millionen Mark für die Begründung einer Landwirtschaftsbank in Deutsch-Südwestafrika verlangt. Genosse Noske erklärte dazu, daß es bei der Finanzlage des Reiches scharf zu mißbilligen sei, wenn über die Tatsache im Reichstag glatt hinweggegangen werde, daß schon wieder Millionen von Mark für einen unsicheren Zweck hinausgeworfen werden sollten. Die Sozialdemokratie mache eine solche unverantwortliche Finanzgebarung nicht mit." (S. 104 f.)

Nicht genügend unterstützt wurde folgender Antrag 91 (Berlin IV):

„In Anbetracht des Umstandes, daß von seiten der Deutschen Kolonialgesellschaft versucht wird, in der deutschen Arbeiterschaft durch Wanderredner sowie Lichtbilder Anhänger für die Bestrebungen der Kolonialgesellschaft zu werben, stellen wir den Antrag, daß beschlossen wird, diesen Bestrebungen durch geeignete Maßnahmen, als da sind Abhaltung von aufklärenden Versammlungen über das Wesen der heutigen Kolonialpolitik, sowie Lichtbildervorträge, entgegenzutreten."

(Siehe auch die Artikel „Imperialismus", „Marokko", „Reichstagsfraktion".)

Kolporteure.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lag folgender Antrag 69 (6. sächsischer Kreis) vor:

„Der Parteivorstand hat dahin zu wirken, daß für die im Dienste der sozialdemokratischen Presse stehenden Kolporteure und deren Angehörige eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen wird, ähnlich der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten."

John-Dresden begründet den Antrag:

„Er ist der praktischen Kleinarbeit entsprungen. Wir wollen die Existenz der Kolporteure sicherstellen. Wir gewinnen so auch neue Kräfte für die Kleinarbeit in der Partei. Es handelt sich dabei meist um alte Verdienste der Parteigenossen, die auch von ihren Frauen bei der Kolportage unterstützt werden. Vielfach haben wir, wenn die Kolporteure gestorben waren, die Frauen mit der Arbeit betraut. Das bewährte sich aber nicht, weil die Tätigkeit physisch zu schwer war. Für die Redakteure ist eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen, wir sollten sie daher auch für die Kolporteure in die Wege leiten." (S. 471.)

Pfannkuch-Berlin:

„Wenn klar zum Ausdruck gebracht worden wäre, daß der Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen werden soll, so hätte ich kein Wort verloren. Es heißt aber in dem Antrage, daß der Parteivorstand dahin wirken soll usw. Ob das möglich ist, steht dahin. Die Tendenz des Antrages — das erkennen wir an — ist durchaus berechtigt. Soweit es möglich ist, wird die Sache gefördert werden. Es wird versucht werden, den Wünschen der Antragsteller gerecht zu werden. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen." (S. 471.)

Der Antrag 69 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen, der dem Jenaer Parteitag **1911** berichtet:

„Zur Gründung einer Versicherung der Kolporteure der Parteipresse (Antrag 69) hat der Parteivorstand keine Schritte unternommen. Die in dem Antrag als Beispiel herangezogene „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten" ist bekanntlich keine Gründung der Gesamtpartei, sondern wurde seinerzeit auf Initiative der Angestellten ins Leben gerufen." (S. 16.)

Kommunale Praxis.

Das Geschäftsergebnis war folgendes:

am	Abonnentenstand	Zuschuß der Buchhandl. Vorwärts
30. Juni 1909	2651	M. 6250.01
„ „ 1910	2836	„ 3470.46
„ „ 1911	2907	„ 1709.62
„ „ 1912	2907	„ 1149.06
31. März 1913	3530	„ 1058.66

Dem Jenaer Parteitag **1911** lag folgender Antrag vor:

36. Der Gautag Nordbayerns: „Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die „Kommunale Praxis" zu einem billigeren Preise abzugeben, damit die Gemeindevertreter mehr als bisher in der Lage sind, die „Kommunale Praxis" zu abonnieren."

Dr. Süßheim-Nürnberg begründet den Antrag:

„Die große Mehrheit der Delegierten kann mit dem Sinn und Zweck dieses Antrages ohne weiteres einverstanden sein. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nimmt von Jahr zu Jahr wesentlich zu. Aufgaben von großer Bedeutung, schwierige Fragen harren unserer Genossen in den Gemeindevertretungen. Da ist der Besitz des nötigen Aufklärungsmaterials noch viel nötiger als in der politischen Agitation. Es ist dem einzelnen sonst schwer möglich, richtig vorzugehen. Erfreulicherweise haben wir im „Kommunalen Jahrbuch" und in der „Kommunalen Praxis" wertvolle Hilfsmittel, die aber noch zu wenig benutzt werden. Der Gautag Nordbayerns stellt seinen Antrag, damit die „Kommunale Praxis" noch weitere Verbreitung erfahre als bisher. Der Preis muß herabgesetzt werden. Wir würden damit einem Bedürfnis, namentlich der Gemeindevertreter auf dem Lande, entgegenkommen, denen der jetzige Preis zu hoch ist. Die Partei sollte keine Mittel scheuen, um der „Kommunalen Praxis" weitere Verbreitung zu sichern. Allzu leicht besteht für unsere weniger erfahrenen Gemeindevertreter die Gefahr, sich von momentanen Vorteilen verlocken zu lassen, auf Anschauungen der Gegner einzugehen. Die Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinden muß geleitet sein von den Grundsätzen der Partei, die für Staat und Gemeinde gelten. Wiederholte Fehler und Mißgriffe mahnen zur genauen Befolgung unserer Grundsätze im Interesse fruchtbarer Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter." (S. 270 f.)

Ebert:

„... Sie wissen alle, daß die „Kommunale Praxis" bisher ganz erhebliche Zuschüsse erfordert hat und auch heute noch jährlich eines ganz erheblichen Zuschusses bedarf. Dazu kommt, daß die Anforderungen an das Blatt fortgesetzt steigen, so daß der Umfang erweitert werden muß, was natürlich mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. So wird jetzt beabsichtigt, die Korrespondenz wesentlich auszubauen und nach Landsmannschaften geordnet zu bringen. Es soll auch darauf geachtet werden, daß die Verhältnisse und die Bedürfnisse der kleinen Gemeinden mehr als bisher zur Geltung kommen. (Bravo!) Wir stehen dem Antrage wohlwollend gegenüber, aber große Versprechungen hinsichtlich der Verbilligung kann ich Ihnen nicht machen. Ich bitte Sie, ihn trotzdem zu überweisen ..." (S. 272 f.)

Ryssel-Leipzig:

„... Im ganzen Leipziger Agitationsbezirk wird auch die „Kommunale Praxis" gratis abgegeben. Im Interesse der Versorgung unserer Gemeindevertreter mit dem nötigen Material muß der Preis der „Kommunalen Praxis" ermäßigt werden, um dieselbe auch allgemein durch die Organisation unentgeltlich liefern zu können ..." (S. 276.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, der dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet:

„Eine Verbilligung des Bezugspreises der „Kommunalen Praxis", wie sie der Antrag 36 wünscht, ließ sich in Rücksicht auf deren stetige bessere Ausgestaltung und die dadurch entstehenden Mehrkosten nicht durchführen, zumal noch immer Zuschüsse erforderlich sind." (S. 8.)

In der Debatte über den Vorstandsbericht führte Rink-Offenbach aus:

„. . . Leider hat der vorige Parteitag einen Antrag auf Herabsetzung des Abonnementspreises der „Kommunalen Praxis" abgelehnt, zum Nachteil unserer kommunalpolitischen Bewegung und der „Kommunalen Praxis" selbst. Die „Kommunale Praxis" hat einen ausgezeichneten Inhalt, und man kann es nur bedauern, daß der größte Teil unserer Gemeindevertreter wegen des hohen Preises nicht abonnieren kann. Es ist ein unbilliges Verlangen, den Gemeindevertretern, die schon hohe Ausgaben haben, noch zuzumuten, daß sie auf ihre Kosten die „Kommunale Praxis" abonnieren. Wir haben jetzt rund 10 000 sozialdemokratische Gemeindevertreter in Deutschland, aber nur 2900 Abonnenten auf die „Kommunale Praxis". Obwohl der Zuschuß der Partei im letzten Jahre 1100 M. betrug, möchte ich den Parteivorstand doch bitten, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, den Abonnementspreis herabzusetzen . . ." (S. 247 f.)

Luise Zietz:

„Es ist hier der Wunsch geäußert worden, daß die Buchhandlung Vorwärts die „Kommunale Praxis" zu einem billigeren Preise abgeben möge. Ich kann mitteilen, daß beim Einzelbezug der „Kommunalen Praxis" der Preis drei Mark pro Quartal beträgt. Wenn aber für die einzelnen Orte der gemeinsame Bezug für alle Kommunalvertreter eingeführt wird, dann geht der Preis ganz unabhängig von der Zahl der entnommenen Exemplare auf 2.25 M. herunter. Damit ist der geäußerte Wunsch schon erfüllt, ehe er ausgesprochen ist . . ." (S. 254.)

Kontrollkommission.

In Magdeburg **1910** wurden bei der Wahl der Kontrollkommission 352 Zettel abgegeben. Gewählt wurden die bisherigen Mitglieder, nämlich: Bock-Gotha mit 280, Braun-Königsberg mit 326, Brühne-Frankfurt a. M. mit 278, Ernst-Berlin mit 332, Geck-Offenburg mit 264, Kaden-Dresden mit 279, Koenen-Hamburg mit 276, Timm-München mit 295, Zetkin-Stuttgart mit 265 Stimmen. Ferner erhielten Stimmen: Gaiß 63, Süßheim 3, Borgmann 2, Westmeyer 2, Kolb 2, Frank 1, Wasner 1, Fischer 1, Dittmann 1, Zubeil 1, Rohleder 1, Müller-München 1, Beims 1, Lehmann-Leipzig 1, David 1, Hildenbrand 1. (S. 482.)

In Jena **1911** werden gewählt: Kaden mit 368 Stimmen, Bock mit 363 Stimmen, Ernst mit 361 Stimmen, Brühne mit 354 Stimmen, Timm mit 298 Stimmen, Geck mit 274 Stimmen, Klara Zetkin mit 264 Stimmen, Stubbe mit 261 Stimmen, Hengsbach mit 247 Stimmen. Außerdem haben erhalten: Linchen Baumann 15 Stimmen, Brey 150 Stimmen, Dr. Gottschalk 50 Stimmen, Hildenbrand 138 Stimmen, Löbe 149 Stimmen. Zum Vorsitzenden der Kontrollkommission ist Kaden gewählt. (S. 410.)

In Chemnitz **1912** teilte Haase folgendes Resultat mit:

„Bei der Wahl der Kontrollkommission sind abgegeben 464 Stimmen, davon 7 ungültige, 457 gültige, die absolute Mehrheit beträgt 229.

Es haben Stimmen erhalten: Kaden 446, Bock 383, Hengsbach 343, Ernst 432, Stubbe 391, Brühne 327, Timm 376, Geck 348, Zetkin 309, Löbe 159, Brey 128, Grünberg 127, Severing 134. Einzelne Stimmen sind gefallen auf Ledebour, Hoch, Geyer, Ulrich, Pieck und Simon.

Also auch die Kontrollkommission ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung wiedergewählt worden. (Bravo!)" (S. 516.)

In Jena **1913** wurden gewählt: Bock (373), Brühne (436), Ernst (427), Geck (309), Geyer (247), Hengsbach (347), Stubbe (315), Timm (368), Zetkin (288). Außerdem erhielten Brey 193, Helene Grünberg 158, Löbe 191, Sindermann 247 Stimmen. Bock wird zum 1., Brühne zum 2. Vorsitzenden gewählt. (S. 549 f.)

In Jena **1911** erstattete Kaden den Bericht der Kontrollkommission:

„... Die Kontrollkommission hat, einem seit Jahren geübten Gebrauche gemäß, der in den früheren Organisationsverhältnissen begründet war, in den letzten Jahren noch mit dem Parteivorstand zusammen eine mitleitende Tätigkeit ausgeübt und über alle wichtigen politischen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinsam mit dem Parteivorstand beraten und Beschluß gefaßt. Sie bildete gewissermaßen mit dem Parteivorstand die Parteileitung. Diese Tätigkeit der Kontrollkommission ging über die ihr durch das Organisationsstatut zugewiesenen Befugnisse hinaus. Einige Vorkommnisse gaben der Kontrollkommission daher die Veranlassung, mit dem Parteivorstand über die Grenzen der gegenseitigen Rechte und Pflichten zu beraten, um für die Zukunft darüber Klarheit zu schaffen. In dieser gemeinsamen Beratung wurde Einverständnis darüber herbeigeführt, daß es bei dem derzeitigen Umfange der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes für das gegenseitige Verhältnis förderlicher wäre, wenn die Kontrollkommisson von jeder mitleitenden Tätigkeit absehe und sich darauf beschränkte, lediglich ihre in den §§ 14, 15 und 20 des Organisationsstatuts niedergelegten Rechte und Pflichten auszuüben. Danach hat die Kontrollkommission lediglich die Tätigkeit des Parteivorstandes zu kontrollieren und als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand zu fungieren, sowie die in §§ 14 und 15 des Organisationsstatuts übertragenen Wahlen zu vollziehen. Innerhalb dieser Grenzen hat die Kontrollkommission im Berichtsjahre ihre Tätigkeit ausgeübt.

Eine für das Zusammenwirken der Kontrollkommission und des Parteivorstandes förderliche Einrichtung wurde damit geschaffen, daß bei dem vierteljährlichen Zusammentreten der Kontrollkommission in einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstand, zur Orientierung der Mitglieder der Kontrollkommission und um deren Tätigkeit zu vereinfachen, über alle wichtigeren Vorgänge im verflossenen Vierteljahr Bericht erstattet.

Weiter hielt es die Kontrollkommission für notwendig, zur zweckmäßigeren Erfüllung ihrer Aufgaben auf allen wichtigeren vom Parteivorstande veranstalteten Konferenzen sich durch eines ihrer Mitglieder vertreten zu lassen ...

Die Revisionstätigkeit der Kontrollkommission nimmt einen immer größeren Umfang an. Durch das stetige sehr erfreuliche Wachsen der Partei und der dadurch notwendig werdenden Einrichtungen, die Parteischule, Partei-Korrespondenz, Pressebureau, Bildungsausschuß und ähnliches mehr, haben die Kassengeschäfte eine große Ausdehnung erfahren. Außer diesen mit der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes enger zusammenhängenden Kassengeschäften hatte die Kontrollkommission auch noch die Bücher der naturgemäß sich auch immer weiter ausdehnenden Parteibetriebe, wie Buchhandlung Vorwärts, „Kommunale Praxis" usw. zu revidieren. In Ausübung dieser umfangreichen Revisionstätigkeit wurde im Laufe des Jahres mit dem Parteivorstand auch eine Vereinbarung getroffen, die eine größere Vereinheitlichung und Vereinfachung der Kassenführung herbeiführen soll ..." (S. 202 f.)

In Chemnitz 1912 berichtete Kaden:

„Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist auch im letzten Jahre gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei erfolgt. Sie hat daher den Grundsätzen entsprochen, welche in der Erklärung enthalten sind, die ich im Namen der Kommission auf dem vorigen Parteitag in Jena abgegeben habe. Daraus geht hervor, daß unsere Kommission nicht mitleitend tätig sein konnte, wie dies auch ihrer Natur als kontrollierende Körperschaft entspricht. Dagegen erstreckte sich die Kontrolle selbstverständlich auf die gesamte Tätigkeit des Parteivorstandes. Der sachlichen Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgabe gemäß gab der Parteivorstand bei jeder vierteljährlichen Tagung der Kontrollkommission einen Ueberblick über die wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen seiner letzten Tätigkeitsperiode. Daran schloß sich stets eine gemeinsame Aussprache, in welcher die Mitglieder der Kontrollkommission ihre Wünsche und Anregungen äußerten und begründeten... Die Kontrolle der Verwaltungsgeschäfte der Partei ist immer umfangreicher geworden; es folgt dies aus dem Wachstum der Sozialdemokratie und der Vermehrung der Einrichtungen, die sich unsere Partei schaffen muß. Diesen beiden Umständen entsprechend hat auch Parteivorstand und Kontrollkommission einen weiteren Ausbau der Kassengeschäfte in die Wege geleitet. Außer den Kassengeschäften des Parteivorstandes unterstehen der Kontrolle unserer Körperschaft: der „Vorwärts" (Zeitungsverlag und Buchhandlung), Pressebureau, „Sozialdemokratische Korrespondenz", Archiv, Bildungsausschuß, Parteischule und Frauenbureau; ferner: Verlag und Druckerei (J. H. W. Dietz Nachfolger) in Stuttgart, das Rheinisch-Westfälische Bureau..." (S. 223.)

(Siehe auch die Artikel „Mehring", „Organisationsstatut", „Parteivorstand".)

Krankenkassen.

Dem Magdeburger Parteitag 1910 berichtete der Parteivorstand:

„... Ein weiteres Flugblatt, das zur Beteiligung an den Krankenkassenwahlen auffordert, ist in 160 000 Exemplaren zur Verbreitung gekommen. Auf diesem Gebiete werden unsere Genossinnen in Zukunft eine intensivere Agitation entfalten müssen..." (S. 21 f.)

Auf diese Notwendigkeit wies auch auf der Frauenkonferenz in Jena 1911 die Genossin Zietz in ihrem Referat über die Tätigkeit des Frauenbureaus hin. Die dort angenommene Resolution, die zur Beteiligung der Frauen an den Krankenkassenwahlen auffordert, siehe bei dem Artikel „Frauenkonferenz".

Dem Chemnitzer Parteitag 1912 wird berichtet:

„In steigendem Maße beteiligen sich erfreulicherweise die Genossinnen an den Krankenkassenwahlen. An den Orten, wo dies im letzten Jahre geschah, ist durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung von Versammlungen das soziale Verständnis der Arbeiterinnen erweitert und ihr Interesse für die Mitarbeit an der Verwaltung der Krankenkassen, für die statutarische Erweiterung der Leistungen der Kasse: Familienversicherung, Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz u. a. m. geweckt und verstärkt worden." (S. 16.)

(Siehe auch die Artikel „Ausnahmegesetze", „Reichsversicherungsordnung".)

Kriegervereine.

Dem Jenaer Parteitag 1913 berichtete der Parteivorstand:

„Gegen die angeblich unpolitischen Kriegervereine, die die Sozialistenhetze immer mehr als Spezialität betreiben, gab der Parteivorstand ein Flugblatt: „Meidet die Kriegervereine!" heraus." (S. 19.)

Kriegshetze. Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Jenaer Parteitag **1911** erwähnt Franks Rede zum Etat des Reichskanzlers:

„. . . Genosse Frank kam weiter auf die elsaß-lothringische Verfassungsfrage, auf die preußische Wahlrechtsfrage und auf die Sicherung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen zu sprechen; dann verweist er den Reichskanzler auf einen Artikel des Wochenblattes „Aktion", worin (lies: wonach) in einer Besprechung mit konservativen Politikern, der auch der Kanzler beigewohnt haben soll, der Regierung die Verpflichtung auferlegt worden wäre,

„bei irgendeiner Gelegenheit eine Verwicklung mit auswärtigen Staaten herbeizuführen, um eine günstige Wahlparole zu schaffen".

Ein solches Spiel wäre das schwerste Verbrechen am Volke; sei die Finanzreform so vortrefflich, wie ihre Anhänger behaupten, wozu bedürfe es dann noch einer verbrecherischen Wahlhilfe durch internationale Verwicklungen? Sei das Moabiter Gerichtsurteil nicht geeignet als Wahlflugblatt? . . ." (S. 132.)

In seinem Referat über die Marokkofrage sagte Bebel u. a.:

„. . . In England erregte bekanntlich der Vorgang mit dem „Panther" ungeheures Aufsehen. Die „Deutsche Tageszeitung", die ganzen alldeutschen Blätter waren voll Zorn und Wut und ergingen sich in Artikeln, die förmliche Majestätsbeleidigungen enthielten. Genau so wie 1893 angesichts des russischen Handelsvertrages, wo aus den Kreisen der Männer von Besitz und Bildung und den Stützen der Nation Hunderte, ja Tausende von Beleidigungen gegen Caprivi und den Kaiser geschleudert wurden. Jetzt ging es in derselben Weise los. Man braucht nur den Artikel von Harden in der „Zukunft" zu lesen, der direkt dem Kaiser droht, wenn er nicht den Mut zu einem Kriege habe, dann werde die Nation zugreifen und ihre Politik durchsetzen. Das heißt, Märchen Harden droht mit der Revolution (Heiterkeit), wobei er, wie ich hoffe, den Führer abgeben wird. (Große Heiterkeit.) Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß aus diesen Kriegshetzern eine Brigade gebildet wird mit dem Titel „Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes" (Heiterkeit), und an der Stirn der Kopfbedeckung müßten die Worte stehen: „Retter des Vaterlandes". (Erneute Heiterkeit.) Diese müßten zunächst in die Schlacht: die hetzenden Redakteure und Abgeordneten, die hetzenden Großindustriellen, kurz, alle jene, die an der Kriegshetze beteiligt sind. Diese müßten in der Schlacht vorausgeschickt werden, um mit ihren doch meist ziemlich korpulenten Leibern (Große Heiterkeit) zur Ehre des Vaterlandes das Feld zu decken. (Erneute große Heiterkeit.) Das würde uns imponieren. Aber ich bin überzeugt, daß diese Leute nicht nur nicht in den Krieg gehen, sondern es sich sogar sehr überlegen werden, ob sie im Kriegsfall die nötigen Millionen aus ihrer Tasche geben. (Lebhaftes Sehr richtig!) . . ." (S. 343.)

Und in dem Referat über die Reichstagswahlen führte Bebel aus:

„. . . Würde Deutschland in einen Krieg verwickelt, würde Deutschland eine Niederlage erleiden, dann wären es die großen Massen, die leider abermals die ungeheuren Opfer zu bringen hätten. Was tragen denn die Herren zu den Lasten des Landes bei? Was zahlen sie an Kaffeesteuer — von der Branntweinsteuer gar nicht zu reden —, was zahlen sie an Zuckersteuer, Getreidezöllen usw. im Vergleich zu ihrem enormen Einkommen? Wo sitzen denn die Millionäre und Milliardäre anders als gerade in den Kreisen, denen gar nicht genug gerüstet werden kann. Was aus dem Budget dieser Kreise in die Reichskasse fließt, ist gar nicht in Vergleich zu stellen mit dem, was der arme Arbeiter zu leisten hat, ja selbst der ärmste Arbeiter. (Sehr richtig!) Ihn treffen diese Lasten am schwersten. Je mehr Kinder er besitzt, je mehr Gottes Segen bei ihm eingekehrt ist, wie die Frommen sagen, um so mehr wird er bedrückt. (Heiterkeit und Beifall.) Hier zeigt sich die ganze Heuchelei der christlichen Parteien mitsamt der Kirche. Da hetzt z. B. ein Pfaffe in der „Evangelischen Kirchenzeitung" zum Kriege. Das betrachtet er offenbar als ein echt christliches Werk, so gehört

es sich wohl für einen Diener der Kirche. Und kommt es dann zum Kriege, dann steigen die Geistlichen auf 50,000 Kanzeln in Deutschland und beten zu ihrem Gott, er möge den Deutschen den Sieg verleihen. Unglücklicherweise machen das die Franzosen, die Engländer, die Spanier ebenso (Heiterkeit), und da wir heute nicht mehr, wie zu den Zeiten der Griechen, der Römer, der Gallier oder Germanen, nationale Götter haben, sondern einen einzigen internationalen Gott, da wir einen allgemeinen Christengott haben, so kommt dieser in die scheußlichste Verlegenheit, wem er denn eigentlich helfen soll. (Große Heiterkeit.) Denn wenn er dem einen hilft, sind die anderen wütend, daß er sie im Stich gelassen hat. (Heiterkeit.) Das ist ein Beweis dafür, wieviel wir in Wahrheit mit christlicher Heuchelei zu tun haben.

Wenn man alle diese Vorgänge bedenkt und beobachtet, wie in allen Ländern geheuchelt wird, muß man sagen: Solange die Menschheit besteht, hat es kein Zeitalter gegeben, in dem die Heuchelei und die Lüge zu einer solchen Herrschaft gelangt ist, wie in der heutigen Zeit. (Lebhafte Zustimmung.) . . ." (S. 382.)

In Jena **1913** sagte Grumbach-Kolmar zur Begründung des Antrages 34 (Artikel „Elsaß-Lothringen") u. a.:

„. . . Die Ereignisse des letzten Jahres und die inneren Veränderungen in der Konstellation der Mächte in Europa, die dadurch hervorgerufen wurden, haben eine Frage wieder sehr aktuell werden lassen, die von jeher von größter Wichtigkeit war: die der deutsch-französischen Beziehungen. Angesichts der Art, wie von beiden Seiten mit unerhörter Skrupellosigkeit gehetzt wird, um das Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern immer schlimmer zu gestalten, müssen wir jedes Mittel ergreifen, um dagegen zu kämpfen. Wie die Stimmung gefälscht wird, dafür ein kurzes Zitat aus einer Schrift, die scheinbar als Satire in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, die aber heute schon auf allen Boulevards in Paris und ganz Frankreich in französischer Sprache zu haben ist, so daß die französische Bevölkerung glauben muß, daß darin die Meinung des deutschen Volkes zum Ausdruck komme. In dieser Schrift „Frankreichs Ende im Jahre 19??" finden sich folgende ganz unfaßbare Sätze, die unerklärlicherweise von französischen Blättern ernst genommen worden sind: Es werden da die Zustände geschildert, nachdem der Krieg zu Ende, Frankreich vernichtet ist, Deutschland gesiegt hat, und dann heißt es: „Selbst Frauen und Kinder beteiligen sich an dem Verzweiflungskampfe zur Abschüttlung des fremden Jochs, und da man die weiblichen und unmündigen Verteidiger heimatlicher Erde nicht erschießen konnte, deportierte man sie zu Tausenden nach Cayenne und anderen Verbrecherkolonien. Endlich war Frankreich verblutet, das Land entvölkert, die Saaten vernichtet, Hungersnot und Elend überall die entsetzlichen Folgen eines mörderischen langen Krieges, und kein Franzose vermochte mehr sein Haupt zu erheben. Die Stätten der Kunst und Wissenschaft wurden wieder geöffnet, die leeren Kasernen mit deutschen Truppen belegt, und die Franzosen selbst von jeglichem Kriegsdienst befreit. Französische Soldaten und Matrosen gab es nicht mehr . . ."

Solche Dinge werden ins Französische übersetzt und von französischen Blättern besprochen.

Wie weit die Angst in französischen Kreisen verbreitet ist, infolge dieser Hetze und der ganzen deutschen Militärpolitik, geht auch daraus hervor, daß eine so außerordentlich bedeutende Persönlichkeit in Frankreich, wie George Clemenceau, der Ministerpräsident war und es jeden Tag wieder werden kann, in seinem Blatt „L'Homme Libre" vom 27. Juli 1913 folgendes Bild davon gibt, wie er annimmt, daß die Massen der deutschen Bevölkerung Frankreich gegenüberstehen: „Die Deutschen vermehren sich fortwährend und sie hassen uns zynisch und im geheimen, sie hassen uns so, daß sie es an allen Ecken ihrer Presse hinausschreien, daß man sich zum Vernichtungskrieg gegen uns vorbereiten muß, daß wir ausgerottet werden müßten, und wir haben mit einem plötzlichen Angriff stets zu rechnen." Das steht in dem Blatt eines früheren Politikers, der zur äußersten bürgerlichen radikalen Linken gehört. Da kann man sich vorstellen, wie die wahre Situation auf beiden Seiten entstellt wird. Angesichts dessen ist es absolut notwendig, daß wir gegen eine solche Hetze Stellung nehmen . . ." (S. 359 f.)

(Siehe auch die Artikel „Abrüstungsfrage“, „Balkan“, „Elsaß-Lothringen“, „England“, „Geheimdiplomatie“, „Imperialismus“, „Internationale“, „Marokko“, „Militarismus“.)

Krieg und Sozialdemokratie.

Im Referat über die „Marokkofrage“ in Jena **1911** führte Bebel u. a. aus:

„. . . Von dem Gang der Dinge in einem großen Kriege macht man sich kaum eine rechte Vorstellung. Wie werden denn im Falle eines Krieges ungefähr die Dinge sich gestalten? Das ist sehr wichtig für die Beurteilung der wahrscheinlichen Situation. Im Jahre 1893, als die große Militärvorlage auf der Tagesordnung des Reichstages stand, und wir Opposition machten, und namentlich auf die furchtbaren Wirkungen eines großen Krieges hinwiesen, nahm der damalige Reichskanzler Caprivi das Wort. Caprivi war damals einer der ersten deutschen Generale. Er erklärte: Sobald Krieg wird, treten Heere in die Erscheinung, wie sie die Welt noch nicht gesehen, wie sie noch kein General kommandiert hat; wie der Ausgang ist, weiß kein Mensch; was Deutschland betrifft, so wird es am ersten Tage der Mobilmachung die gesamte kriegsfähige Mannschaft bis auf den letzten Mann einberufen. (Hört! hört!)

Das waren damals schon vier Millionen Männer, heute würden es viereinhalb bis fünf Millionen sein, und wenn man den Landsturm zweiten Aufgebots mit einberuft — und das wird geschehen —, dann sind es fünfeinhalb bis sechseinhalb Millionen Männer. (Hört! hört!) Das ist ein ganz kolossales Aufgebot. Dieses Aufgebot ruft eine förmliche Revolution in unseren gesamten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen hervor. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu beißen und zu leben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott ansagen, weil ihnen alle Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kurse aller Wertpapiere erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Probe gehabt haben und durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Bettelleuten gemacht werden. (Sehr richtig!) Der Ausfuhrhandel stockt, unser gewaltiger Welthandel wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen, soweit sie nicht für Kriegsbedarf arbeiten, kommen zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken! Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe, obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind. (Hört! hört!) Das wird tatsächlich die allgemeine Hungersnot bedeuten. Was glaubt man denn, was aus einer derartigen Situation entsteht? Da schreien die Massen nicht nach Massenstreik (lebhafter Beifall), da schreien sie nach Arbeit und Brot (stürmische Zustimmung) — so liegen alsdann die Dinge. (Sehr wahr! Sehr richtig!)

Sie verlangen Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industrien und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann. Wer wird die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Dazu ist kein Geld da. Die Kassen der Gewerkschaften stehen vor dem Bankrott (Sehr richtig!), sie können die verlangten Unterstützungen nicht leisten, auch die Gemeinden, auch der Staat und das Reich nicht, der Staat und das Reich, dem seine Armee und Flotte jeden Tag der Mobilmachung 45 Mill. Mark kostet (Bewegung. Hört! hört!), 1350 Mill. Mark in einem Monat. (Hört! hört!) Und nun stellen Sie sich den Krieg selbst vor, mit der ungeheuren technischen Entwicklung seit 1870, den Millionenheeren hüben und drüben, den Repetiergewehren, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit den modernen Sprengstoffen usw. (Sehr richtig! Zuruf: Luftschiffe!). Als vor einigen Jahren in Elsaß-Lothringen ein größeres Kaisermanöver unter dem Feldmarschall Grafen Haeseler stattfand, erklärte er am Ende: „Das Manöver war sehr schön, aber gefragt habe ich mich doch, wenn es ernst wird, wo bringen wir die Leichen unter, und vor allem, wo bringen wir die Verwundeten unter?“ (Lebhaftes Hört! hört!) Parteigenossen: Alle diese Vorgänge werden eine Stimmung erzeugen, von der wir uns gar keinen Begriff machen können. Schon 1904 habe ich

dem Reichskanzler Fürst Bülow gesagt, wenn ein großer Krieg kommt, steht die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele. (Stürmische Zustimmung.) Und nicht wir sind es, die das herbeigeführt haben, sondern die Vertreter dieser bürgerlichen Gesellschaft (lebhaftes Sehr richtig!), die glauben, die bürgerliche Gesellschaft stützen zu müssen, sie allein tragen die Verantwortung für all das ungeheure Elend und die schrecklichen Folgen eines solchen Krieges. (Stürmische Zustimmung.)

Auch über die Aufbringung der Mittel habe ich mit Fachleuten gesprochen. Als 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach, forderte Bismarck vom Reichstag 120 Millionen Taler. Ich hatte damals mit Liebknecht die Ehre, im Reichstag zu sein. Wir enthielten uns der Abstimmung, warum ist bekannt. Diese 120 Millionen Taler wurden ausgeboten zu einem Kurse von 88 für das Hundert, so daß also, wer 100 Taler zeichnete, nur 88 zu zahlen hatte, und zugleich wurden 5 Prozent zugesichert. Und das Resultat? Statt der 120 Millionen Taler wurden nur 68 Millionen Taler gezeichnet. (Hört! hört!) Nun bin ich weit entfernt, die Zustände von damals mit den heutigen auf gleiche Stufe stellen zu wollen. Aber wie in Frankreich schon damals die Geldverhältnisse lagen, beweist, daß, als am 17. Juni von der französischen Kammer 700 Millionen Franken für den gleichen Zweck gefordert wurden, diese Summe von der französischen Börse und dem französischen Volk bis auf den letzten Heller aufgebracht wurde. (Hört! hört!) Jetzt würde es sich fürs erste um einen Betrag von mindestens 1500 Millionen handeln. Nun haben wir ja das Goldhäuflein im Juliusturm (Heiterkeit), 120 Millionen Mark. Das würde gerade für drei Tage reichen. Nun kann man die Notenpresse in Bewegung setzen, und das wird auch geschehen. Man gewöhnt Euch ja schon jetzt an das Papiergeld. (Heiterkeit.) Aber die Deutschen sind in bezug auf Papiergeld etwas eigentümliche Leute (Heiterkeit), sie nehmen das Papiergeld nur, weil sie wissen, wenn sie es zur Kasse tragen, bekommen sie Gold dafür. Wenn aber im Kriegsfalle die Papiermühle und die Notenpresse in Bewegung gesetzt werden, dann geht das Auswechseln in Gold nicht mehr. Es tritt der Zwangskurs ein, weil die Diskrepanz zwischen Papier und Gold zutage tritt. Ich habe das 1859 in Oesterreich erlebt. Als ich damals in meinem Patriotismus gegen Napoleon an den Rhein marschieren wollte (Große Heiterkeit) und kein Geld hatte, um von Salzburg bis zum Rhein zu kommen, und mein Vormund mir zur Reise sechs Taler schickte, inzwischen glücklicherweise der Friede gekommen war (Heiterkeit), habe ich mich in meiner Kurzsichtigkeit sehr gefreut, als ich für diese sechs Taler ungefähr zehn Taler in Papier erhalten konnte. (Große Heiterkeit.)

Wie es in Deutschland in einem ähnlichen Falle gehen wird, weiß man nicht. Ich habe es aber mit Genugtuung begrüßt — ich gestehe das —, als ich die Angst sah, die auf die Kriegsgerüchte hin entstand, und wie die Leute nach den Sparkassen stürmten. Da sagte ich mir, das ist euch da oben recht gesund (Heiterkeit), ihr habt dergleichen noch nicht durchgemacht. Wie viele von den heute Lebenden haben denn den Krieg von 1870 als urteilsfähige Männer erlebt? Wie sehr hat Bismarck sich vor einem zweiten Zusammenstoß mit Frankreich gehütet. Manche sprechen so leichthin von solchem Kriege, mit Frankreich, sagen sie, werden wir sehr schnell fertig. Urteilsfähige Militärs aber sagen, so leicht wie 1870 würden wir auf keinen Fall mit Frankreich fertig werden. Und wie schwer war es doch. Ueber all das, was damals das Heer und das Volk ertragen mußten, wird in den Büchern nicht berichtet. (Sehr richtig!) Wer die Not, das Elend, die Arbeitslosigkeit jenes furchtbaren Winters von 1870/71 durchgemacht hat, der verlangt niemals nach einer zweiten Auflage. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und was kommt, wird unendlich schlimmer, gewaltiger sein und in keiner Richtung mit dem, was 1870 war, zu vergleichen sein. (Sehr wahr! Sehr richtig!) . . ." (S. 346 ff.)

Siehe auch die Artikel „Kriegshetze", „Massenstreik", „Militarismus", „Mobilmachung", „Reichsverfassung".

Landagitation.

Im Bericht an den Jenaer Parteitag **1911** heißt es:

„Die Agitation unter den Landarbeitern hat gute Fortschritte gemacht. Der Landarbeiterverband hat in allen Gauen Deutschlands festen Fuß gefaßt und zählt zurzeit in 382 Gruppen über 12,000 Mitglieder." (S. 25.)

Im mündlichen Bericht sagte Müller:

„... Aus dem Bericht ersehen Sie, daß auch die Landarbeiterorganisation gute Fortschritte gemacht hat. Nicht weniger als 382 Ortsgruppen dieser Gewerkschaft sind in Deutschland vorhanden. Diese Gruppe von Arbeitern hat in Preußen das Streikrecht nicht, und das weist sie besonders darauf hin, sich politisch zu betätigen und sich bekannt zu machen mit den Aktionen, die die politische Vertretung der Arbeiter, die Sozialdemokratie, im Reichstag und in den Landtagen im Interesse der Landarbeiter unternommen hat. Die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft für den Landarbeiterverband war in vielen Bezirken eine gute, wie überhaupt im allgemeinen das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren ein gutes gewesen ist." (S. 189.)

Diesem Parteitag lag folgender Antrag 12 (Berlin IV) vor:

„In jedem Bezirk der einzelnen Wahlvereine Deutschlands ist eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage einzurichten, und zwar dergestalt, daß die Parteigenossen angehalten werden, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen.

Die so gewonnenen Adressen sind dann im Auftrage der Verwandten zu bearbeiten und später den zuständigen Landagitationskommissionen zu überweisen, um denselben als Stützpunkt für ihre weitere örtliche Agitation zu dienen."

Walther-Nürnberg führte in der Debatte über den Vorstandsbericht aus:

„... Der Antrag von Berlin IV ist sicherlich ganz gut gemeint, und ich gebe ohne weiteres zu, daß er einen guten Kern erhält. Es ist aber nicht notwendig, jeden guten Gedanken, so wie er auftaucht, sofort zu einem Parteibeschluß zu stempeln. Der Antrag selbst wird von uns längst praktisch durchgeführt. Es gibt aber bestimmte Formen der Agitation, die von diesem Antrag nicht betroffen werden, deshalb ist es nicht gut, ihn zum Beschluß zu erheben. ..." (S. 227.)

Wels-Berlin:

„... Dem Antrag 12 von Berlin bitte ich Ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen. Er zielt auf eine Landagitation, die sich die verwandtschaftlichen Beziehungen zunutze macht. Ich bin überzeugt, daß dieser Antrag sehr wohl der Beratung wert ist und in die Tat umgesetzt werden kann. Da er aber zur Verhandlung auf dem Parteitag selbst kaum geeignet ist, möchte ich Sie bitten, ihn dem Vorstand zur Prüfung und Beratung mit den Bezirkssekretären zu empfehlen. ..." (S. 228.)

Sassen-Berlin:

„... Der Antrag ist von der Erkenntnis getragen, daß in der Agitation auf dem Lande uns ganz andere Aufgaben erwachsen, wie in den Großstädten, und daher wollen die Antragsteller diese Agitation auf eine andere Grundlage stellen. Sie glauben mit dem Antrage das Richtige getroffen zu haben. Der Kostenpunkt dieser Agitation dürfte so gering sein, daß wir darüber nicht zu reden brauchen. Bei den Nachwahlen zum Reichstag ist bereits nach dieser Idee gearbeitet und sind die besten Erfolge damit erzielt worden. Ein Redner aus Nürnberg hat ja auch angeführt, daß in Süddeutschland diese Art der Agitation bereits in Gebrauch ist. Die Landarbeiter sind ja nur auf die Landratspresse angewiesen, in der sie nur Lügen und Verleumdungen über die Sozialdemokratie finden. Deshalb wollen wir versuchen, sie auf diese Weise aufzuklären und Bresche zu legen in den festesten Wall der Reaktion." (S. 245.)

Müller (Schlußwort):

„... Was der Antrag 12 bezweckt, eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage, haben wir in Preußen mit unserm Flugblatt zu den Landtagswahlen „Liebe Verwandte" erfüllt. Aehnlich könnte man bei den Reichstagswahlen vorgehen. ..." (S. 269.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen, der dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet:

„Der Antrag 12, der eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage verlangt, ist mit anderen überwiesenen Anträgen auf der im Oktober stattgefundenen Konferenz der Bezirks- und Landesvorstände besprochen worden. Man kam zum Entschluß, daß alle Bezirksleitungen im Sinne des Antrages verfahren sollen. Das bald darauf in Briefform erschienene Schriftchen „Liebe Verwandte" sollte diesem Zwecke dienen." (S. 8.)

Ferner lag dem Jenaer Parteitag **1911** der Antrag 38 (Breslau-Stadt) vor:

„Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, vom Parteitag in Jena die Herausgabe einer populär gehaltenen Agitationsschrift zu fordern, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargelegt wird. Eine solche kurzgefaßte Schrift ist deshalb nötig, weil wir noch zahlreiche ländliche Agitationsdistrikte haben, in denen neben den Landarbeitern auch die kleinen Bauern und Stellenbesitzer gewonnen werden müssen. Gerade diese beiden letzten Gruppen, die aus wirtschaftlichen Gründen viel mehr zu uns, den Besitzlosen, gehören, werden in Wahlzeiten aber von den konservativen und liberalen Wortführern des kapitalistischen Großgrundbesitzes als dessen natürliche Bundesgenossen reklamiert und dementsprechend gegen die Sozialdemokratie aufgehetzt. Eine solche Schrift müßte neben einer überzeugenden Darstellung der schädlichen Wirkungen unserer Agrarzollpolitik auch für den ländlichen Kleinbetrieb eine kurze, klare Erläuterung unserer Programmforderung der Bodenverstaatlichung enthalten."

Bei der Debatte über Presse und Literatur begründet Müller-Breslau den Antrag:

„Es ist unsere Aufgabe, in die kleinbäuerlichen Kreise einzudringen, deshalb beantragen wir die Herausgabe einer populären Schrift, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargelegt wird, und zwar noch vor den Reichstagswahlen. Hier besteht in unserm Agitationsmaterial eine fühlbare Lücke. Da uns weiter die ländliche Agitation von den Junkern und Behörden erheblich erschwert wird, ist die Herausgabe dieser Schrift um so nötiger." (S. 271.)

Ebert:

„. . . Was der Redner zur Begründung des Antrages 38 gesagt hat, dem kann ich ohne weiteres zustimmen. Seine Ausführungen wären noch besser gewesen, wenn er uns zugleich auch den Verfasser einer solchen Broschüre genannt hätte. Es ist ungemein schwierig, für die gewünschten Broschüren einen geeigneten Verfasser zu finden. Ich bitte, den Antrag zur Erwägung zu überweisen. . ." (S. 273.)

Busold-Friedberg:

„Von Jahr zu Jahr häufen sich die Anträge, der Landagitation mehr Beachtung zu schenken. In dem Maße, wie sich die Abwanderung der Arbeiter aus den Großstädten nach dem Lande vollzieht, wird es notwendig sein, die Landagitation eifriger zu betreiben. Gerade in meinem Wahlkreise hat es sich gezeigt, daß es möglich ist, unter den Kleinbauern Erfolge zu erringen. Den Antrag Breslau unterstütze ich, soweit er die Lieferung von weiterem Agitationsmaterial verlangt. Die Gelegenheit zur Agitation auf dem Lande ist jetzt so günstig wie noch nie. Die Kleinbauern merken jetzt, wie schädlich die Zollpolitik ist, und wie auch bei der Finanzreform ihre Interessen mit Füßen getreten worden sind. Ganz besonders bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung sind die Kleinbauern zugunsten des Großgrundbesitzes schmählich benachteiligt worden. Es gibt keinen Paragraphen dieses umfangreichen Gesetzes, der bäuerliche Fragen berührt, an dem sich dieses nicht nachweisen ließe. Ich erinnere an die Zulassung der kleinsten Betriebskassen mit 50 Mitgliedern auch nur an zwei Monaten im Jahre, an die Zulassung der Befreiung der Groß- und Mittelbauern mit ihren Ar-

beitern von den Landkrankenkassen. Dadurch hat man die Kleinbauern ausschließlich zu Trägern der Landkrankenkassen gemacht und ihnen die Lasten derselben auferlegt. Umgekehrt hat man das Wahlrecht zu diesen Kassen denen gegeben, die keine Beiträge zahlen, den Großbesitzern in den Kreistagen. Das alles muß den Kleinbauern noch vor den Wahlen zum Bewußtsein gebracht werden. Eine Aufklärungsschrift ist also dringend notwendig. Ein Verfasser muß gefunden werden. Wenn es heute nicht möglich ist, wird es nie möglich sein. Ich möchte Sie bitten, den Antrag Breslau dem Vorstande nicht zur Erwägung, sondern in dem von mir erwähnten Teile zur Berücksichtigung zu überweisen." (S. 274 f.)

Auch dieser Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, der dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet:

„Dem Antrag 38, der sich ebenfalls mit der Landagitation befaßt, ist insofern Rechnung getragen, als noch vor den Reichstagswahlen die Broschüre: „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie" als Heft 11 der sozialdemokratischen Flugschriften herausgegeben wurde." (S. 8.)

Antrag 32, der u. a. „populärer geschriebene Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung" verlangte, wurde gleichfalls überwiesen. (Siehe den Artikel „Buchhandlung Vorwärts".)

Landesangelegenheiten.

In der Debatte über den Vorstandsbericht in Jena **1911** sagte Dittmann-Solingen:

„. . . Ich will Ihnen an einer kleinen Einzelheit zeigen, wie ich mir die Reorganisation des Parteivorstandes denke. Ich habe gestern gerade über diese Dinge in eingehender Weise mit Auer-München gesprochen und er hat mir in sehr vielen Punkten Recht gegeben, was er jetzt durch Kopfnicken bestätigt. Für unsere süddeutschen Freunde ist es von größter Bedeutung, daß ein Sekretär des Vorstandes für Landesangelegenheiten eingesetzt werde, der in ständigem Konnex mit den Landtagsfraktionen und Landesorganisationen der einzelnen Länder stehen und wissen muß, was für wichtige Gesetzesvorlagen in den Einzelparlamenten eingebracht werden. Er muß eine Zentralsammlungs- und Auskunftsstelle bilden für die einzelnen Landtagsfraktionen. Wo irgendwelche wichtigen Gesetze in den Landtagen zu erledigen sind, die neue Wege für die Partei erschließen könnten, da wäre es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit des Sekretärs für Landesangelegenheiten im Parteivorstande, sich rechtzeitig mit den Fraktionen ins Benehmen zu setzen und kameradschaftlich über alle Möglichkeiten Rücksprache zu nehmen. Dadurch könnte verhindert werden, daß, wie es in den letzten Jahren öfters geschehen ist, plötzlich ein recht unangenehmer Eklat entsteht. Hätten wir einen solchen Sekretär für Landesangelegenheiten in den letzten Jahren im Parteivorstand gehabt, dann wären vielleicht manche der Differenzen, die die letzten Parteitage beschäftigt haben, überhaupt nicht oder doch nicht in so unangenehmer Form zutage getreten, wie dies leider der Fall gewesen ist. (Zustimmung.) . . ." (S. 241.)

Landtagswahlen.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete der Parteivorstand (S. 39):

„. . . Es gibt keinen Bezirk in Deutschland, in welchem wir bei den Wahlen nicht erhebliche Fortschritte zu verzeichnen haben. Die politische Macht des Proletariats wächst auf allen Gebieten. Drei Mandate sind zwar verloren gegangen. Es ist das ein Mandat in Hamburg, als Folge des Wahlrechtsraubes, ein Mandat in Braunschweig, das für ungültig erklärt wurde, und das Mandat im 12. Berliner Wahlkreis, welches wir nur durch besondere Glücksumstände gewonnen hatten. Im vorjährigen Bericht konnten wir mitteilen, daß in 19 Staaten 140 sozialdemokratische Abgeordnete in den Parlamenten der Einzel-

staaten sitzen. Jetzt sind in 19 Bundesstaaten 186 sozialdemokratische Abgeordnete. Ohne sozialistische Abgeordnete sind nur noch die sogenannten Landtage der beiden Mecklenburg, Braunschweig, Waldeck, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß ä. L. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen sich die Abgeordneten wie folgt:

Sachsen	25	Sachsen-Altenburg	7
Bayern	21	Preußen	6
Hamburg	20	Hessen	5
Baden	20	Oldenburg	4
Bremen	16	Sachsen-Weimar	4
Württemberg	16	Reuß j. L.	3
Lübeck	12	Schaumburg-Lippe	1
Sachsen-Meiningen	9	Lippe	1
Koburg-Gotha	8	Anhalt	1
Schwarzburg-Rudolstadt	7		

In Jena **1911** wird berichtet (S. 35):

„In der Mandatsziffer ist seit dem Vorjahre insofern eine Aenderung eingetreten, als Reuß j. L. zwei und Sachsen ein Mandat gewonnen haben. Für den verstorbenen Genossen Borgmann hat eine Nachwahl noch nicht stattgefunden. Wir besitzen demnach in den Landtagen von 19 Bundesstaaten 188 Abgeordnete. . ."

Chemnitz **1912** (S. 37):

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 36 (lies: 35) auf 224 (lies: 223) gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Reuß ä. L. Die 224 (223) Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Bayern	30	Sachsen-Meiningen	9
Sachsen	26	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Baden	20	Hessen	8
Hamburg	20	Sachsen-Altenburg	7
Bremen	16	Preußen	6
Württemberg	16	Reuß j. L.	5
Lübeck	12	Sachsen-Weimar	4
Oldenburg	12	Anhalt	1
Elsaß-Lothringen	11	Schaumburg-Lippe	1
Gotha	9	Lippe	1

In Jena **1913** wird zunächst über die preußischen Wahlen berichtet:

„. . . Während die Beteiligung an den Landtagswahlen in Preußen von der Sozialdemokratie früher direkt abgelehnt worden ist, war sie seitens der bürgerlichen und bäuerlichen Kreise lächerlich gering. Die Wahlmänner wurden geradezu ernannt. Ihre „Wahl" war eine Farce. Die Wahl der Abgeordneten, der „Volksvertreter", durch die Wahlmänner war dann nur noch Formsache. Erst seitdem die Sozialdemokratie an den Wahlen teilnimmt, kann von einer Wahlbewegung in Preußen gesprochen werden. . . .

Die Sozialdemokratie gewann infolge der Stimmenthaltung der fortschrittlichen Wahlmänner die drei Mandate in Ober- und Niederbarnim. Da sie neben der Behauptung ihres alten Besitzstandes von 6 Mandaten das Mandat in Neukölln-Schöneberg aus eigener Kraft gewann, verfügt sie jetzt über 10 Mandate. . . .

Der Parteivorstand und der Geschäftsführende Ausschuß der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens haben in allen Phasen des Wahlkampfes gemeinsam gehandelt, und zwar unter der ausdrücklichen Billigung der Landeskommission, die vor den Stichwahlen nach Berlin berufen worden war.

Der preußische Parteitag hatte im Januar ds. Js. in einer Resolution die Richtlinien abgesteckt, nach denen der Wahlkampf geführt werden sollte:

„Wo es gelingt — und sei es auch nur in einem Orte eines Landtagswahlkreises —, sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, müssen sich

die Genossen an den Urwahlen in allen drei Wählerklassen beteiligen; sie dürfen in diesem Falle nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen."

So lautet der erste Satz der Resolution. Mit einer Disziplin, die den berechtigten Neid unserer Gegner immer wieder geweckt hat, haben die preußischen Genossen den Wahlkampf, besser gesagt: den Wahlrechtskampf, geführt. . . ." (S. 22 ff.)

Weiter heißt es dann (S. 26):

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres auf 231 gestiegen. In den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, sowie in Waldeck, Braunschweig und Koburg haben wir keine Vertreter. Die 231 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Bayern	30	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Sachsen	26	Gotha	8
Baden	20	Hessen	8
Hamburg	20	Sachsen-Altenburg	7
Württemberg	17	Reuß j. L.	5
Bremen	16	Reuß ä. L.	3
Lübeck	12	Sachsen-Weimar	4
Oldenburg	12	Anhalt	1
Elsaß-Lothringen	11	Schaumburg-Lippe	1
Preußen	10	Lippe	1
Sachsen-Meiningen	9	Schwarzburg-Sondershausen	1

Siehe auch den Artikel „Wahlrechtsfrage".

Landwirtschaft.

Im Bericht der Reichstagsfraktion an den Magdeburger Parteitag **1910** heißt es:

„. . . Die Macher vom Bund der Landwirte und vom neugegründeten Bauernbund fühlten das Bedürfnis, sich im Reichstage auseinanderzusetzen. So knapp auch die Zeit war, um die Etatsberatung bis zu den Osterferien zu beendigen, in aller Breite wurde der Streit von denselben Leuten ausgetragen, die sich häufig darüber entrüsten, daß für sozialpolitische Forderungen zu lange geredet wird. Von den Sozialdemokraten nahm Abgeordneter Dr. David zu den landwirtschaftlichen Fragen ausführlich Stellung. Die agrarische Wirtschaftspolitik, führte er aus, habe außer der Erhöhung der Preise für alle Lebensmittel als zweite Wirkung die ungeheuerliche Steigerung der Landgüterpreise zur Folge. Als Leidtragende bei dieser Wirtschaftspolitik gesellten sich zu den Arbeitern die Angestellten und Beamten. Die „elenden, erbärmlichen Lohn- und Lebensverhältnisse, die den Landarbeitern im Eldorado der preußischen Großgrundbesitzer geboten werden, seien nicht gebessert" worden. Der Riß zwischen den kleinen und mittleren Besitzern und den Großgrundbesitzern war vorauszusehen und sei ein Fortschritt. David zeigte, daß die Kleinbauern gar keinen Vorteil haben von der Agrarpolitik der Großgrundbesitzer. Er wies nach, wie eng die Verbindung zwischen Regierung und den Schnapsjunkern ist, und führte den Nachweis, daß die Sozialdemokratie sich von jeher bemüht hat, die Lage der Kleinbauern zu verbessern, um sie „in eine wirtschaftliche und politische Situation zu bringen, daß sie als freie Kulturmenschen existieren können", und erklärte schließlich: Das bäuerliche Interesse ist identisch mit den Interessen der Arbeiterschaft, und ich hoffe und bin überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo auch die Masse der Landbebauer diese Einsicht haben wird und mit uns gemeinsam diesem System ein Ende bereitet." (S. 140.)

In seiner Begrüßungsansprache an denselben Parteitag wies Molkenbuhr darauf hin:

„. . . daß der Industriestaat Deutschland, daß der Industriestaat Preußen, daß diese beiden Industriestaaten unter der Herrschaft einer Junkerclique stehen und daß die Junker sich immer mehr Geltung verschaffen und dadurch gleichzeitig einen Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Ver-

hältnissen des Landes und den eigentlichen politischen Einrichtungen schaffen. Wir haben gesehen, daß den mächtigen Junkern gegenüber die Macht der Monarchen versagt. Denn was war es anders, als im Anfang der neunziger Jahre Caprivi die Handelsverträge abschloß und als der Monarch erklärte: Ich kann keinen Brotwucher treiben, ja, hat man ihn nicht dazu gezwungen, den Brotwuchertarif zu erlassen? Caprivi verschwand von der Bildfläche und der Brotwucher kam. Und in dem Kampfe um die Kanalvorlage erklärte der Monarch: Der Kanal wird gebaut! Die Junker aber sagten: Er wird nicht gebaut! Wer hat Recht behalten? Die Regierung wurde agrarisch. Aber mit dem Agrarischwerden der Regierung wurden Zustände heraufbeschworen, die selbst weit über agrarische Kreise hinaus als unerträglich angesehen werden und angesehen werden müssen. Da sehen wir die Junker, die sich die Taschen füllen. Vom Steuerzahlen aber wollen sie nichts wissen, das hat sich im vorigen Jahre beim Steuerkonflikt im Deutschen Reichstage gezeigt. Aber gerade diese rücksichtslose Vertretung der Junkerinteressen in der Gesetzgebung öffnet weiten Kreisen die Augen und treibt uns Hunderttausende von neuen Anhängern zu.

Wenn wir aber auf diesen mächtigen Bundesgenossen blicken können, so erwächst doch dem Proletariat in einer solchen Situation eine ganz gewaltige Aufgabe. Da muß es auch die Interessen der Arbeiterklasse wirksam vertreten. Die allgemeine Teuerung trifft schwer alle Kreise. Das wissen wir. Wir haben es ja auch erlebt, daß in Preußen die Erhöhung der Zivilliste damit begründet wurde, daß die Preise für Lebensmittel erheblich gestiegen sind. Aber das, was in der Hofhaltung schwer empfunden, aber leicht beseitigt wird, ist bei den Arbeitern nicht leicht zu beseitigen. Die Arbeiter haben auch in dieser Beziehung schwere Kämpfe zu führen. Wir müssen bedenken, daß gerade die Verteuerung durch den Wuchertarif, die hohen Getreidepreise, die Fleischteuerung einsetzten, als eine Krise die Lage der Arbeiter nach unten drückte. Die Bergarbeiter haben in den Jahren 1907 bis 1909 am Jahresarbeitsverdienst 83 M. eingebüßt. Und als wir im Frühjahr in der Kommission für die Beratung der Reichsversicherungsordnung saßen, da erklärte der Herr v. Gamp, daß die Löhne der Landarbeiter erträglich geworden seien, seitdem sie erheblich zurückgegangen sind. (Hört! hört!) Also rückgehender Lohn und steigende Preise der Lebensmittel zwingen uns zu ernsthaftem Kampfe gegen die Klassenpolitik der Junker.

Welche Mittel kann man da anwenden?

Im wirtschaftlichen Leben sind es die Streiks und die sonstigen Machtmittel der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Im politischen Leben fällt die Entscheidung bei den Wahlen. Für die nächsten Wahlen hat der Herr von Bethmann Hollweg vor einigen Tagen seine Wahlparole ausgegeben. Er glaubte natürlich, damit alle Hebel in Bewegung setzen zu können, wenn er die Parole ausgab: der Schutz der nationalen Arbeit ist in Gefahr. Das ist nichts als eine verlogene Phrase. Es handelt sich dabei vielmehr um den Schutz der Grundrente der Agrarier und der übrigen Besitzenden. (Sehr richtig!) Die nationale Arbeit kommt dabei weniger in Betracht. Gerade die Landwirtschaft ist in letzter Zeit revolutioniert worden durch die größere Anwendung von Maschinen und die Ausbildung der Agrarwissenschaft. Die vermehrte Anwendung der Maschinen hat dazu beigetragen, die Arbeit zu einer immer kürzeren Saisonarbeit zu machen, und hat dazu geführt, daß an Stelle des seßhaften Landarbeiters der billigere Wanderarbeiter getreten ist. Das kommt namentlich in den Ergebnissen der Berufszählung deutlich zum Ausdruck. Während 1882 8 600 000 Erwerbstätige in der Landwirtschaft 10½ Millionen Angehörige hatten, hatten nach der letzten Berufszählung 10 Millionen Erwerbstätiger und Dienender nur 7½ Millionen Angehörige. Damals fielen auf 100 Erwerbstätige und Dienende in der Landwirtschaft 122 Angehörige, im Jahre 1907 nur noch 76. Dabei behaupten gerade die Agrarier, daß aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung unser gesunder Nachwuchs hervorgehen solle. Ja, wenn man an Stelle der seßhaften Landarbeiter Wanderarbeiter setzt, ist davon keine Rede mehr, und die Lüge fällt in sich zusammen, als ob jene Maßregeln nötig seien, uns einen gesunden Nachwuchs zu erhalten. Wir sehen gerade, je mehr die Agrarier prämiiert werden, um so schlimmer wüten sie mit der Kraft des Volkes ..." (S. 189 f.)

In seinem Referat über die „Reichstagswahlen" führte Bebel in Jena **1911** aus:

„... Der Kaiser hat neulich in Altona eine Rede gehalten, in der er besonders die Notlage der Landwirtschaft erwähnte, die durch die Ereignisse dieses Sommers herbeigeführt worden sei. Der Staat werde alles tun, um diese Notlage nach Möglichkeit zu beseitigen, erklärte er. Ich begreife den Standpunkt des Kaisers. Der Kaiser ist der größte Agrarier im Deutschen Reich, er steht der Landwirtschaft nahe, er kümmert sich um die Landwirtschaft, er kennt die Landwirtschaft. Also was ist natürlicher, als daß er meint, diesem Stande müsse in besonderem Maße geholfen werden? Wie es aber den armen Schluckern, den Konsumenten der landwirtschaftlichen Produkte geht, darüber hat er kein Wort gesagt. (Hört! hört!) Deren Lage kennt er eben nicht, der Kaiser kann auch nicht alles wissen, das kann kein Mensch verlangen. (Heiterkeit.) Denn was hat der Kaiser für eine Ansicht von der Lage der Arbeiter? Für den deutschen Arbeiter ist gesorgt bis an sein Lebensende, äußerte er, er kann nicht in Not geraten, der hat die ständig gefüllte Kompottschüssel vor sich. (Heiterkeit.) Das wird dem Kaiser so gesagt, er glaubt es und spricht es aus, aber wahr ist es deshalb nicht. (Sehr richtig!) Gerade das Gegenteil ist wahr. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand mehr als die Arbeiter — und hier trete ich auch zugleich für die kleinen Beamten und für die kleinen Gewerbetreibenden ein — leiden unter der herrschenden Teuerung. Und wenn irgend jemand Schutzmaßregeln braucht, dann sind es die Arbeiter, die kleinen Gewerbetreibenden und die unteren Beamten. (Lebhafte Zustimmung.) Deren Lage wird immer schlimmer. Ich sehe schon heute, selbst auf die Gefahr hin, wieder einmal bespöttelt zu werden, daß ich prophezeie: ich sehe schon heute die Zeit kommen, wo die Frage der Lebensmittelpreise die Hauptfrage für die ungeheure Mehrheit des Volkes wird. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und dann wird es einen Sturm im deutschen Volke geben, daß die Lebensmittelzölle fliegen, ob die Herren wollen oder nicht. (Bravo! Sehr gut!)

So droht man jetzt schon wieder mit dem Verbot der Einfuhr von Geflügel. Die deutsche Landwirtschaft erzeugt eben nicht Geflügel genug. Ich habe auf Grund meiner Studien über landwirtschaftliche Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, wenn alle Errungenschaften der modernen Agronomie auf das Land, den Landbau, die Landausnutzung angewendet werden, dann ist Deutschland imstande, auf eigenem Grund und Boden 100 Millionen Menschen zu ernähren. (Sehr richtig!) Dann braucht man kein Korn vom Auslande. Aber dazu gehört eine vollständige Revolutionierung der ganzen Landwirtschaft in bezug auf den Grund und Boden. (Erneute Zustimmung.) Es ist ein Unsinn, zu sagen, wir leiden an Uebervölkerung. Gar kein Gedanke! Solange noch Jahr für Jahr Hunderttausende von ausländischen Arbeitern nach Deutschland geschleppt werden, kann man davon nicht reden. (Lebhafte Zustimmung.) Auch die Statistik beweist, daß in den letzten 20 Jahren, trotz des Anwachsens der Bevölkerung, die Auswanderung ganz erheblich zurückgegangen ist. (Hört! hört!) Man will der Masse, die die Dinge nicht beurteilen kann, Sand in die Augen streuen, als brauchten wir fremde Länder, um den Ueberschuß unserer Bevölkerung unterzubringen. Nein, wir können alle in Deutschland ernähren, bei richtiger Wirtschaft, und da sollen wir sogar nach Marokko zur Ansiedelung gehen, wo täglich die Sonne noch ganz anders auf unseren Schädel brennt, als in diesem Sommer bei uns. (Heiterkeit.) Ich glaube, wir haben diesen Sommer an der deutschen Sonne gerade genug gehabt, und da sollen Deutsche millionenweise in Marokko sich wohlfühlen und unterkommen können. (Hört! hört!)

Was bedeutet das Verbot der Einfuhr von Geflügel? Man wird sagen, der Arbeiter hat keine Möglichkeit, sich dieses zu verschaffen. Stimmt leider, aber ich glaube, die Berliner in erster Linie werden mir bestätigen, daß die Gänse in Berlin für den Winter von kolossaler Bedeutung sind. Die Gänse sind in Berlin und den ostdeutschen Städten ein wesentliches Volksnahrungsmittel geworden; sie werden zu Preisen eingeführt, daß die Fleischer darüber schreien, denn Gänsefleisch kann billiger verkauft werden als Rindfleisch und anderes Fleisch. (Sehr richtig!) Die Gänseausschlachtung in Berlin hat sich derart entwickelt, daß jede Hausfrau ihr Pfund oder selbst ein halbes Pfund Gänse-

fleisch haben kann, wie ihr Pfund oder ihr halb Pfund Ochsenfleisch, und wenn jetzt die Zufuhr von 1½ bis 2 Millionen Gänsen im Winter von Rußland her abgeschnitten wird, so bedeutet das für die Berliner und norddeutsche Bevölkerung eine abermalige gewaltige Verteuerung ihrer Lebenshaltung. (Sehr richtig!) Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Dinge betrachten. Aber wie mit Blindheit geschlagen rennt man in derselben Richtung immer weiter und sieht nicht, was die Folgen solcher Maßregeln für die Masse der Bevölkerung bedeuten. (Sehr richtig!) ..." (S. 386 ff.)

Siehe auch den Artikel „Neue Welt" (Landwirtschaftliche Beilage).

Lebenshaltung.

Auf dem Chemnitzer Parteitag **1912** wurde folgender Antrag 122 (Genosse Repp in Friedberg) nicht genügend unterstützt:

„Der Parteitag wird beauftragt, einen oder mehrere Genossen zu bestimmen, welche statistische Erhebungen anzustellen haben, ob und inwieweit eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse seit Mitte der siebziger Jahre stattgefunden hat."

Dasselbe Schicksal hatte **1913** der ähnlich lautende Antrag 78 (Friedberg-Büdingen).

Leseabende.

Nach den Vorstandsberichten gab es Diskutier- und Leseabende:

im	Jahre	1910	in	92	Reichstagswahlkreisen
„	„	1911	„	105	„
„	„	1912	„	140	„
„	„	1913	„	162	„

Auf der 6. Sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Jena **1911** referierte Ottilie Baader über die Leseabende:

„Als nach dem Parteitag in Gotha im Jahre 1896 weibliche Vertrauenspersonen zur Betreibung der sozialdemokratischen Propaganda gewählt werden sollten, fehlte es an durchgebildeten Sozialistinnen. Wir predigten, was wir auch heute noch predigen: lest und lernt. So entstanden die Lese- und Diskussionsabende, in denen die Frauen die erste politische Ausbildung erhielten, politische Zeitungen und Broschüren lesen lernten. Und da, wo es an Kräften mangelt, muß dieser Weg auch heute beschritten werden. Die Werke unserer großen Vorkämpfer Engels, Marx, Lassalle, Bebel u. a. waren unser Lehrstoff. Unser Streben ging dahin, die Frauen mit den sozialistischen Lehren, dem sozialistischen Programm vertraut zu machen. Aus den Leseabenden mit ihren Diskussionen ist ein großer Teil unserer Rednerinnen hervorgegangen. (Sehr richtig!) Viele der Anwesenden haben auf den Leseabenden ihre ersten praktischen und politischen Kenntnisse erworben. Unter dem alten Vereinsgesetz war die einzige Möglichkeit für das Zusammenhalten der Genossinnen der Leseabend. So mühselig diese Agitation war, so notwendig war sie. Und deshalb wurden auch nach dem Zusammenschluß mit der Gesamtpartei die Leseabende als eine notwendige Einrichtung zur Schulung der Genossinnen anerkannt. Durch Mithilfe der Genossen erfolgte daher ihre weitere Ausbildung.

In Groß-Berlin finden gegenwärtig an dem einen dazu bestimmten Montag im Monat, der den Frauen vorbehalten ist, 108 Leseabende statt. Die Leiterinnen müssen es allerdings verstehen und sich dazu vorbereiten, die Teilnehmerinnen zur Diskussion anzuregen. Seit dem Zusammenschluß mit der Parteiorganisation werden diese Leseabende statt wie früher meist zweiwöchentlich jetzt vierwöchentlich abgehalten, doch sind sie jetzt besser ausgestaltet mit Hilfe der Genossen. Zu den Leseabenden muß eingeladen werden und es muß eine Liste der Anwesenden geführt werden. So gewinnen wir auch die zur Durchführung von

Aktionen erforderlichen Kräfte, und deshalb müssen die Leseabende eine dauernde Erscheinung, nicht nur eine vorübergehende bleiben.

Wir haben den Genossinnen auf ihre Anfrage an manchen Orten schriftliche Auskunft gegeben, wie solche Leseabende einzurichten sind. Auch der Parteivorstand hat einen Leitfaden darüber herausgegeben, der Ihnen ja hier zugänglich gemacht wird. In Groß-Berlin sind die Leseabende naturgemäß besonders gut ausgestaltet worden, und der Erfolg war ein überraschender . ." (S. 430.)

In der Diskussion sprachen u. a:

Genossin Grünberg-Nürnberg:

„Wir dürfen in den Leseabenden nicht mit dem „Kapital" von Marx und dem „Erfurter Programm" anfangen; damit würden wir die Frauen vergraulen, statt sie zu fesseln. Ein solches Thema paßt nur für geschultere Genossinnen. Die Leseabende dürfen nicht mit anderen Veranstaltungen kollidieren." (S. 433.)

Genossin Zetkin:

„Im Gegensatz zur Genossin Grünberg meine ich, es gibt gar keine hochstehenden oder niedrigstehenden Themata. Nicht der Inhalt macht eine Sache schwer oder leicht verständlich, sondern nur die Art der Behandlung. Es gibt keine schwerfällige und langweilige Theorie, wohl aber kann die Theorie schwerfällig und langweilig behandelt werden. Unsere Leseabende müssen den grundsätzlichen Teil unseres Programms zum Inhalt des Lehrstoffes machen, nur dadurch können wir revolutionäre Kämpferinnen für den Klassenkampf schulen. Aber darin stimme ich mit Genossin Grünberg überein: wir dürfen unsere Grundsätze nicht als blutleere, abstrakte Theorie bringen. Wir müssen sie gegenständlich, greifbar in der kapitalistischen Wirklichkeit zeigen. Damit machen wir sie begreifbar. Um so zu verfahren, müssen wir meines Erachtens „die Deichsel unseres Schulwagens" umdrehen. Wir sollten nicht mit der Vergangenheit beginnen, die weitab von der Gedankenwelt der meisten Proletarierinnen liegt und auch oft von den Lehrenden nur recht unvollkommen beherrscht wird; wir müßten zunächst auf dem Boden der Gegenwart bleiben. Damit werden wir aber auch die ungeschulten Proletarierinnen fesseln, denn natürlich dürfen wir unsere Darlegungen nicht schematisch an den Wortlaut des Programms anknüpfen. Wir müssen vielmehr seinen wesentlichen Inhalt den Genossinnen nahebringen an einem Material, das auch die einfachste Proletarierin beherrscht, weil es aus ihren eigenen Lebensbedingungen geschöpft ist. In jeder Stunde ihres Lebens erfährt sie ja die kapitalistische Wirklichkeit am eigenen Leibe. An diese Erfahrungen müssen wir anknüpfen, nicht aber mit abstrakten Erörterungen anfangen. Durch solchen Unterricht schaffen wir eine feste grundsätzliche Basis für die spätere Arbeit der Genossinnen auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete. Ueber das Wie des Unterrichts bemerke ich, daß wir mit dem System der Vorträge brechen und nach der Methode von Frage und Antwort unterrichten müssen. Wenn man durch einen Vortrag die Weisheit kübelweise den Genossinnen über den Kopf schüttet, fühlen sie sich entmutigt und fragen nicht. Wenn aber durch richtiges Fragen, Anknüpfen an das tägliche Leben der proletarischen Frauen, die Grundsätze an konkreten Erscheinungen entwickelt werden, wird jeder grundsätzliche Satz für sie ein Erleben, ein Finden und Entdecken. In dieser Weise erwecken wir nicht nur das höchste Maß der Aufnahmefähigkeit, sondern auch der dauernden und freudigen geistigen Mitarbeit mit den Unterrichtenden. Was am besten die Genossinnen im Sozialismus schult, wird so gleichzeitig zum wirksamsten Mittel, sie zu selbstdenkenden, geistig mitarbeitenden Persönlichkeiten zu bilden, die die sozialistischen Lehren nicht nachsagen, sondern vielmehr durchdringen. (Lebhafter Beifall.) In der Richtung auf dieses Ziel müssen wir auch unser Lehr- und Leitungspersonal schulen, und diese Schulung will ich nach Kräften durch die „Gleichheit" zu unterstützen suchen. (Beifall.)" (S. 433 f.)

Genossin Duncker-Stuttgart:

„Nicht über die Notwendigkeit, sondern über Gegenstand und Methode der Leseabende haben wir heute zu reden. Auch ich bin der Anschau-

ung, daß der grundsätzliche Teil unseres Programms im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen zu stehen hat. Wenn in einem Artikel ausgeführt worden ist, daß man auch von der Behandlung der Kochkiste oder der Reformkleidung zum Sozialismus gelangen könnte, so müssen wir eine derartige Verkrümelung entschieden ablehnen. Die sozialistische Weltanschauung soll nicht Nebenprodukt, sondern Hauptprodukt unserer Aufklärungsarbeit sein. Ob man gleich bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen anfängt oder den chronologischen Gang einschlägt, das richtet sich nach der Vorbildung der Teilnehmerinnen des Diskussionskursus. Von anderen Dingen können meiner Auffassung nach nur zwei Fragen in den Kreis der Erörterung gezogen werden, die Erziehungsfragen und unsere Stellung zur Religion. Unsere Genossinnen sollen imstande sein, die Religion als etwas Gewordenes, Historisches aufzufassen und den durch den Schulunterricht angeregten Zweifelsfragen ihrer Kinder zu begegnen. Was nun die Methode der Leseabende angeht, so bin ich ein Gegner der einleitenden Referate. Je mehr dieses Referat die Zuhörer mit Gedanken überschüttet, desto schwerer kommt dann eine Diskussion in Fluß. Unsere grundsätzlichen Anschauungen sollen von Leiterin und Teilnehmerinnen in Frage und Antwort selbsttätig verarbeitet werden ..." (S. 434.)

Genossin Reitze-Vegesack:

„Die Durchführung der Leseabende wird, namentlich in den ländlichen Wahlkreisen, dadurch gehemmt, daß es an geeigneten Leitern und Leiterinnen fehlt. Denn vielfach sitzen in den verschiedensten Korporationen der Partei und Gewerkschaften ein und dieselben Personen, die alle Arbeiten der Organisation und Agitation zu erledigen haben. Meines Erachtens muß der Leiter oder die Leiterin der Diskussionsabende ein umfassendes Wissen besitzen, zum mindesten aber die Gelegenheit haben, sich für den zu behandelnden Gegenstand genügend vorzubereiten ... Orte nun, die durch Heranziehung geschulter Personen aus Nachbarkreisen den Mangel an Lehrpersonen beheben könnten, werden durch finanzielle Schwierigkeiten daran gehindert. Hier könnte vielleicht durch Wanderredner speziell für die Frauenfrage Wandel geschaffen werden. Ist doch auch die Teilnahme der Frauen an den Wanderkursen des Bildungsausschusses außerordentlich gestiegen ..." (S. 434 f.)

Genossin Buchmann-Niederbarmin:

„... Wir haben in unserem Landkreise im letzten Jahre 900 Mitglieder gewonnen, davon die Hälfte durch die Leseabende; die in ihnen planmäßig vorbereitete Agitation hat weit besser gewirkt als die Glanz- und Paradeversammlungen." (S. 435.)

Genossin Juchacz-Rixdorf:

„Da naturgemäß die örtliche Parteileitung bei uns für die praktische Regelung dieser Arbeit nicht genügend Zeit hat, haben wir eine Kommission für die Leseabende eingesetzt, und das hat sich glänzend bewährt. Auf Anregung der Genossinnen Baader und Zietz ist in Berlin ein Kursus für die Leiterinnen der Leseabende von Groß-Berlin eingerichtet, und zwar mit sehr gutem Erfolg. Da wir nur vier Delegierte dorthin senden konnten, was für die Bedürfnisse Rixdorfs nicht ausreicht, hat unser Wahlvereinsvorstand einen ähnlichen Kursus eingerichtet. Nach Beendigung desselben haben wir mit seinen Teilnehmerinnen einen Musterleseabend eingerichtet, aus dem eine Reihe tüchtiger Kräfte hervorgegangen sind." (S 435.)

Genossin Zietz:

„... Im Gegensatz zur Genossin Zetkin bin ich jedoch der Meinung, daß der Entwicklungsgedanke den Genossinnen nicht nur en passant vermittelt werde, sondern es ist außerordentlich wichtig, sie historisch denken zu lehren, damit sie alles, was ist, als geworden begreifen und auffassen. Ob man da immer gleich mit dem System von Frage und Antwort beginnen kann, weiß ich nicht; nicht immer kann man bei dem Menschenmaterial, das wir haben, die dazu doch unbedingt notwendigen Vorkenntnisse voraussetzen. Aber was uns Genossin Zetkin in kurzen

Strichen gezeigt hat, ist ja auch nur ein Ideal, das wir morgen jedenfalls noch nicht verwirklichen können. Die Genossin Grünberg erklärte es für unmöglich, Marx' „Kapital" zu behandeln. Ich glaube, das wird auch niemand vorschlagen. Im Leitfaden haben wir es als Literatur angegeben für diejenigen, die weiter studieren. Da übrigens Marx' „Kapital" hier als Schreckgespenst hingestellt wird, so will ich doch doppelt unterstreichen, was schon Genossin Duncker gesagt hat, daß der Teil des „Kapitals", welcher die historische Entwicklung behandelt, so außerordentlich lebendig geschrieben ist, daß er für die einfachste Genossin verständlich ist... Die Einrichtung von Wanderrednerinnen, die Genossin Reitze befürwortet hat, kann ich nicht empfehlen. Ueberhaupt ist die Einrichtung eine Frage der Praxis, deren Regelung von den örtlichen Verhältnissen abhängt..." (S. 435 f.)

Lichtbilderzentrale.

Der Chemnitzer Parteitag **1912** überwies dem Bildungsausschuß den Antrag 118 (Frankfurt a. M.), der in dem Artikel „Bildungswesen" abgedruckt ist.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag **1913** sagt darüber:

„...Der Zentralbildungsausschuß hat diesem Antrage zugestimmt und die Vorbereitung für die Schaffung einer solchen Lichtbilderzentrale sofort eingeleitet. Es soll danach gestrebt werden, für die meisten Wissensgebiete über die wichtigsten Fragen Lichtbilderreihen zu schaffen, soweit das betreffende Wissensgebiet sich überhaupt für die Unterstützung durch Lichtbilder eignet.

Es sollen aber nicht nur die zu einem Vortrage notwendigen Lichtbilder geliefert werden, sondern zu jeder Serie soll auch der Grundriß eines Vortrages gehören, der durch die Lichtbilder anschaulicher gemacht werden soll. Es sind eine Reihe von wissenschaftlich tätigen Genossen zurzeit dabei beschäftigt, solche Vortragsgrundrisse auszuarbeiten und die dazugehörigen Lichtbilder auszusuchen und zusammenzustellen. Der Zentralbildungsausschuß hofft, daß die Lichtbilderzentrale schon zum nächsten Herbst in Benutzung genommen werden kann.

Der Zentralbildungsausschuß ist im Berichtsjahre auch dem Plane nähergetereten, zur Förderung guter belehrender kinematographischer Aufführungen geeignete Schritte zu tun. Er wird versuchen, die Arbeiter von der heute grassierenden Kinoseuche zu heilen, zugleich aber doch auch den Kinematographen als ein außerordentlich anschauliches Lehrmittel für die Bildungsarbeit nutzbar zu machen." (S. 43 f.)

Lokalorganisierte.

Der Jenaer Parteitag **1913** hatte sich mit einer Reihe von Beschwerden ausgeschlossener Lokalorganisierter in Plauen, Breslau, Stettin und Frankfurt a. M. gegen ihren Ausschluß zu befassen.

„Die Beschwerdekommission beantragt, die sämtlichen Berufungen zu verwerfen und es bei dem Ausschluß zu belassen, da wir es nicht dulden können, daß solche Außenseiter der Partei an die Rockschöße gehängt werden, und da ein grober Verstoß gegen das Parteistatut und den Parteitagsbeschluß vorliegt.

Der Parteitag entscheidet im Sinne der Kommission." (S. 535.)

Lotteriespiel.

In Chemnitz **1912** wurde der Antrag 121 (Genosse Haller in Mylau) nicht genügend unterstützt:

„Das Lotteriespiel widerspricht den Anschauungen der Sozialdemokratie und ersucht der Parteitag die Genossen um Unterlassung desselben."

Maifeier.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete der Parteivorstand:

„Unter außerordentlicher Beteiligung fand in diesem Jahre die Maifeier statt. Da der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, war die Beteiligung auch jenen Schichten der Arbeiterklasse möglich, die in anderen Jahren der Festfeier fernbleiben mußten, weil sie sich die Arbeitsruhe noch nicht erkämpft haben...

In einer großen Anzahl von Bezirken ist auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Parteitags mit den Gewerkschaften bereits eine Einigung über die nach Wirtschaftsgebieten zu bildenden Bezirksfonds erfolgt. Wo das noch nicht der Fall ist, muß bald eine Vereinbarung erfolgen, damit für 1911 eine würdige Maifeier vorbereitet werden kann." (S. 42 f.)

Folgende Anträge lagen diesem Parteitage vor:

19. Nürnberg: „Der 1. Mai darf nur durch Arbeitsruhe gefeiert werden."

20. Recklinghausen: „Der Parteivorstand wird beauftragt, aufs neue mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Unterhandlung einzutreten bezüglich der Bildung der Maifeierfonds; diese soll bezwecken:

1. daß die Beiträge an den Fonds in ganz Deutschland einheitlich sind;
2. daß die Organisationen der Gewerkschaften und der Partei die Garantie der Zahlung übernehmen;
3. daß die Ueberschüsse der Feier voll und ganz an den Fonds abgeführt werden."

21. Brandenburg, Genosse A. Bähr: „Alle Parteigenossen, die den 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, ebenso alle Genossen, die am 1. Mai arbeiten, sind verpflichtet, einen Beitrag in Höhe von mindestens 25 Proz. des Lohnes oder Gehaltes für den Tag — bei Monatsgehalt auch dann, wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt — an den örtlichen Parteikassierer gegen Quittungsmarken zu zahlen. Die eingehenden Maifeierbeiträge sind, um örtliche Beschlüsse zu verhindern, deren Folgen für die Gesamtarbeiterschaft sich nicht übersehen lassen, ungekürzt an den Kassierer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzusenden. Die Quittungsmarken werden im Einheitsbetrage von 50 Pfg. vom Parteikassierer bezogen und von diesem bis spätestens Ende Mai gesondert verrechnet; bei der Abrechnung sind die übrigen Marken wieder mit zurückzusenden. Die Rechnungslegung über den Maifonds erfolgt im Jahresbericht des Zentralvorstandes der Partei."

22. Johanngeorgenstadt: Resolution. „Die am 13. August tagende Versammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins zu Johanngeorgenstadt erklärt, daß eine würdige Feier des 1. Mai nur durch Arbeitsruhe zu begehen ist.

Die Versammlung erwartet daher von dem Parteitag, daß er den Meinungen, die eine Verlegung der Maifeier auf einen Sonntag fordern, mit Entschiedenheit entgegentreten wird."

87. 1. pfälzischer Wahlkreis: „Der Parteivorstand ist zu beauftragen, mehr als bisher für die Propagierung der Maifeier zu tun. So möge der Parteivorstand veranlassen, daß während des Monats April ein Flugblatt herausgegeben wird, eventuell dasselbe selbst herausgeben, welches die Bedeutung der Maifeier für das Proletariat darlegt und zur Agitation für dieselbe auffordert."

Ueber die Maifeier referiert Parteisekretär Müller:

„Seitdem im Jahre 1889 der Internationale Sozialistenkongreß in Paris die Maifeier beschlossen hat, haben wir uns alljährlich auf unseren deutschen Parteikongressen mit dieser Frage beschäftigt. So sehr auch im einzelnen oft die Anschauungen über die Form der Maifeier auseinandergingen, so sehr waren wir doch jedes Jahr in dem Wunsche einig, daß die Maifeier an Ausdehnung gewinnen möchte, und daß vor allem mit dem Erstarken der politischen und gewerk-

schaftlichen Organisationen auch die Maifeier und besonders ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, eine wachsende Beteiligung finden möchte. Wir haben in unserem Bericht bereits festgestellt, daß die Maifeier in diesem Jahre eine ganz außerordentliche Beteiligung gefunden hat... Diese besonders starke Beteiligung an der Sonntagsmaifeier hat dazu geführt, daß wieder einige Stimmen laut wurden, die beantragten, daß in Zukunft die Maifeier nicht mehr am 1. Mai, falls dieser auf einen Wochentag fällt, sondern am ersten Sonntag im Mai gefeiert werden möchte. Aber diese Wünsche haben, soweit man die Presse und die Aeußerungen der Organisationen verfolgen konnte, sehr wenig Anklang gefunden. Das ist kein Wunder. In einer Zeit, in der man dazu übergegangen ist, andere Demonstrationen bei aktueller Gelegenheit einzuführen, besteht in den weitesten Kreisen der Partei keine Neigung, an den Arbeitsruhebeschlüssen etwas zu ändern. Der Wunsch einzelner Blätter und Organisationen, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen eine Aenderung in der Maifeier herbeiführen möchte, hat kein Echo gefunden. Ich habe bereits im vorigen Jahre, als ich die Ehre hatte, über die Maifeier zu referieren, gesagt, daß dies kaum eintreten würde. Es ist auf einem internationalen Kongreß keine Aussicht vorhanden, daß die Arbeitsruhe abgeschafft wird...

Wir haben uns im vorigen Jahre eingehend mit der Frage der Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten beschäftigt und dafür gesorgt, daß auch diese Frage, die so lange eine Rolle in den Debatten über die Maifeier gespielt hat, gelöst wurde. Wir sind zu einer Einigung gekommen. Ich muß darauf kurz eingehen. Sie wissen, daß in den Bestimmungen vor allem der Satz steht, daß die Maifeier nur am 1. Mai selbst gefeiert werden darf, und daß für eine würdige Feier Sorge zu tragen ist. Der Streit über die Unterstützungsfrage ist insofern geschlichtet werden, als zusammenhängende Wirtschaftsgebiete gebildet werden sollten, die über Maifeierfonds Vereinbarungen treffen sollten... Die wirtschaftliche Konjunktur wird, wenn der Schein nicht trügt, das nächste Mal eine bessere sein. Das ist mit ein Moment, das die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen veranlassen muß, diesmal in erhöhtem Maße der Maifeierfrage Beachtung zu schenken. Weiter kommt das sozialpolitische Moment in Betracht. Sie wissen, daß ursprünglich die Maifeier zur Propaganda für unsere sozialpolitischen Ziele gedacht worden ist, und wir können feststellen, daß gerade auf diesem Gebiete im letzten Dezennium so wenig wie noch in keinem Dezennium geleistet worden ist, daß gerade die Bülowsche Periode auf diesem Gebiete ganz unfruchtbar gewesen ist. Die Aera desselben Bülow, der nach den letzten Reichstagswahlen der Sozialdemokratie gesagt hat, daß jetzt erst recht Sozialpolitik getrieben werden solle. Wenn wir diese agitatorischen Momente in den Vordergrund stellen, dürfte kein Zweifel darüber sein, daß wir im nächsten Jahre eine kraftvolle Maifeier feiern können. (Bravo!)" (S. 225 ff.)

Antrag 20 wird nicht genügend unterstützt. Eine Diskussion findet nicht statt. Müller bemerkt noch:

„Da die Anträge unterstützt sind, möchte ich doch noch sagen, daß nach meiner Auffassung alle abgelehnt werden müssen. Wir haben im nächsten Jahre zum ersten Male die Probe auf die vorjährige Vereinbarung zu machen und es hat absolut keinen Zweck, jetzt daran etwas zu ändern." (S. 227.)

Der Ablehnung en bloc widerspricht Liebknecht. Antrag 19 wird mit 154 gegen 60 Stimmen abgelehnt, Antrag 21 und 22 werden gleichfalls abgelehnt, Antrag 87 wird angenommen.

Bei der Debatte über den Antrag 71 (Bremen) wegen der Geschäftsführerkonferenzen (siehe diese) führte Richard Fischer aus:

„...Ich erinnere an den Beschluß des Nürnberger Parteitages, wonach die in Parteigeschäften angestellten Arbeiter ihren Verdienst am 1. Mai abzuliefern haben. Ich habe diesen Beschluß, offen gestanden, nicht zur Ausführung gebracht, weil es unmöglich war, und kein Parteigeschäft

hat ihn zur Ausführung gebracht, weil die Schriftsetzer mit vollem Recht sagten, es geht euch im Geschäft gar nichts an, was ich mit meinem Lohn am 1. Mai mache, ich bin hier nicht als Parteigenosse, sondern als Arbeiter. Die in Parteigeschäften beschäftigten Schriftsetzer haben damals durch ihre Spezialorganisation ein ausführliches Zirkular herausgehen lassen, worin sie mit einem wahren Vergnügen konstatierten, daß von der Durchführung dieses Beschlusses nicht die Rede sei, und wo die Arbeiter mehr Parteigenossen als Arbeiter waren, wurden sie sogar noch gerüffelt, und es wurde dann mit einem gewissen Vergnügen konstatiert, daß der Rüffel Erfolg hatte und sie sich der Durchführung unseres Beschlusses widersetzten ..." (S. 473 f.)

In seinen Schlußworten zum Parteitag sagte der Vorsitzende Dietz:

„Ueber den Verlauf der Debatte über die Maifeier ist zu sagen, daß die Partei, wie auch in früheren Jahren, den ersten Mai am würdigsten durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern gedenkt, um den Protest gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus am wuchtigsten zu erheben und zugleich dem Kriegsmoloch ein Halt in seinem völkerverwüstenden Treiben zuzurufen. Wir wissen recht wohl, daß die Arbeiter einer Nation allein nicht stark genug sind, um mit Erfolg jenem kulturmörderischen Unheil ein Ende zu bereiten. Aber die Zeit naht immer mehr heran, wo das gesamte Proletariat aller Länder stark genug sein wird, Kriege zwischen Kulturländern unmöglich zu machen. Dazu soll und wird die Maifeier dienen.

Das hat uns auch ganz besonders das Referat über den Internationalen Kongreß in Kopenhagen gezeigt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und der Wille der Proletarier aller Länder wird das vollbringen, was Ideologen im bürgerlichen Lager bislang als schönen Traum angesehen haben. (Lebhafte Zustimmung.)" (S. 483.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„Der Antrag 87 verlangte vom Parteivorstand die Herausgabe eines Maifeier-Flugblattes. Anfang April wurde in Ausführung dieses Antrages das Flugblatt: „Auf zur Maifeier!" versandt ..." (S. 15.)

Weiter heißt es:

„Wenn die Beteiligung an der Maifeier auch nicht so groß wie im Vorjahre war, wo die Maifeier auf einen Sonntag fiel, so war doch eine so starke Beteiligung zu verzeichnen, wie noch nie an einem Wochentage. Das meldeten übereinstimmend die Berichte aus Nord- und Süddeutschland. Die Gegner, die da glaubten, daß die Maifeier tot sei, erlebten das Gegenteil.

Die diesjährige Maifeier hat bewiesen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai in viel stärkerem Maße durchgeführt werden kann, als manche Pessimisten glaubten. Das deutsche Proletariat wird am 1. Mai 1912 den Beweis liefern, daß der Maifeiergedanke marschiert ...

Auf Grund der Leipziger Maifeierbeschlüsse ist in den meisten Bezirken zwischen Partei und Gewerkschaften eine Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Bezirksfonds zustande gekommen. In diese Fonds fließen die Tagesverdienste, die die feiernden Arbeiter und Angestellten für den 1. Mai abliefern, und die Ueberschüsse der Maifeierveranstaltungen. Ferner werden in den meisten Agitationsbezirken Maimarken ausgegeben, von denen die Genossen, die am 1. Mai arbeiten, eine bestimmte Anzahl entnehmen. Daß Partei und Gewerkschaft die Maifeier gemeinsam vorbereiten, hat sich als durchaus zweckmäßig bewiesen.

In einer Reihe kleinerer Orte fanden in diesem Jahre wieder Maifeiern am Sonntag vor dem 1. Mai statt. Das ist nach den Leipziger Beschlüssen unzulässig und muß für die Zukunft vermieden werden. Die Maifeier muß am 1. Mai stattfinden." (S. 40 f.)

Folgende Anträge lagen vor:

27. Lübeck: „Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird."

28. Dessau, Hagen, 73 Genossen in Kottbus, Forst, der Gautag von Nordbayern und des 18. sächs. Wahlkreises: „Der Beschluß des Nürnberger Parteitags über den Antrag 90, betreffend die Ablieferung des Tagesarbeitsverdienstes am 1. Mai, ist aufzuheben."

29. 11., 12., 13., 14. und 16. sächsischer Wahlkreis: „Der Beschluß 90 des Parteitags in Nürnberg ist aufzuheben.

Sollte der Parteitag diesem Antrage nicht zustimmen, dann ist der Beschluß 90 so zu fassen:

Die Angestellten der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeiterorganisationen, die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften und der privaten Betriebe, sowie die selbständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohneinbuße ruhen lassen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem Bezirksmaifonds zugunsten der Maiausgesperrten eine Mark pro tausend Mark Jahresarbeitsverdienst an den Bezirksmaifonds abzuführen. Fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Ruhetag, dann ist kein Anteil vom Jahreseinkommen abzuführen."

30. Hamburg III, Distrikt Hamm: „Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, dem Beschluß des Nürnberger Parteitages, Antrag 90, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten."

Ueber die Maifeier referiert Pfannkuch:

„. . . Seit dem Nürnberger Parteitag ist in der Frage nach Aenderung der Maifeier Ruhe eingetreten. Es machen sich nicht mehr die Bestrebungen geltend, sie auf den Abend oder auf den Sonntag zu verlegen. Wir haben gesucht, das Unterstützungswesen für die infolge der Maifeier Ausgesperrten auf dem Nürnberger Parteitag zu regeln. . . . Diejenigen, die bisher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai opponierten, sind seit der Verständigung auf dem Mannheimer Parteitag zwischen den Gewerkschaften und dem Parteivorstand von der Opposition zurückgekommen, und die Maifeier hat immer größeren Umfang und immer schönere Formen angenommen. Die Gewerkschaften haben die Unterstützung der Ausgesperrten anstandslos übernommen, und Schwierigkeiten sind durch die Unterstützung der Ausgesperrten nicht entstanden . . . Wenn in den Unternehmerorganisationen nicht Verbandsbeschlüsse existierten, die die einzelnen Orts- und Bezirksverbände zum Aussperren der am 1. Mai Feiernden nötigten, so würden zahlreiche Unternehmer die an der Maifeier Beteiligten nicht mehr aussperren, sondern in ruhiger Verhandlung sich mit ihren Arbeitern verständigen, so daß ein Hindernis für die Maifeier in den betreffenden Betrieben nicht vorhanden wäre. Wir können also aussprechen, daß die Maifeier an Umfang und Zahl der Beteiligung Fortschritte gemacht hat, und wir können weiter konstatieren, daß in den Branchen, in denen man früher die größten Befürchtungen für umfassende Aussperrungen der an der Feier Beteiligten hatte, heute ein System eingeführt ist, welches den Parteitagsbeschlüssen Rechnung trägt, d. h. daß festgestellt wird, wie weit die Feier ohne wirtschaftliche Schädigung der Feiernden ausgeführt werden kann, und wir können weiter konstatieren, daß die Verbandsleiter der Gewerkschaften durch Halten von Reden über die Arbeitsruhe am 1. Mai die Maifeier außerordentlich gefördert haben. Wir können also feststellen, daß heute über die Maifeier vollkommene Harmonie zwischen Partei und Gewerkschaften besteht, und daß beide Körperschaften alles daransetzen, die Maifeier zu fördern. Ich sehe, ein Genosse schüttelt den Kopf zu dieser Behauptung. Er hat vielleicht in seinem engeren Distrikt andere Erfahrungen gemacht (Sehr richtig!), aber im großen und ganzen und soweit die Leitung der Partei und Gewerkschaften in Frage kommt, besteht eine Meinungsverschiedenheit über die Maifeier nicht, und mit Freuden ist festzustellen, daß der Maifeiergedanke sich immer tiefer in die arbeitende Klasse Deutschlands einlebt und daß die Beschlüsse über die Maifeier immer mehr zur Geltung gebracht werden.

. . . wir können auch hier nur wieder erklären, daß die in unseren Betrieben tätigen Parteigenossen die Verpflichtung haben, den Nürnberger Beschluß im vollen Umfange zu erfüllen, solange er besteht. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ob

es richtig oder zweckmäßig ist, ihn aufzuheben, wie verschiedene Anträge verlangen, darüber enthalte ich mich im Einverständnis mit meinen sämtlichen Kollegen im Vorstand jeder Bemerkung. Sie könnte ja unter Umständen dahin gedeutet werden, ich wollte pro domo für den Parteivorstand reden, der doch mit unter die Kategorie der Angestellten fällt und froh wäre, wenn der Beschluß aus der Welt geschafft würde, damit er seiner Zahlungspflicht los und ledig würde.

Der Antrag 30 zielt darauf ab, der Parteitag soll aussprechen, daß gegen alle diejenigen, die sich weigern, dem Beschluß des Nürnberger Parteitages nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten ist. (Sehr richtig!) Das ist heute schon Usus; man ist bloß innerhalb der Bezirksorganisationen wankelmütig geworden und hat geglaubt, nicht mit voller Schärfe gegen die, die gegen den Beschluß verstoßen, vorgehen zu sollen. Die Anfragen, die an uns über diesen Gegenstand gerichtet sind, wurden stets dahin beantwortet, daß selbstverständlich das Verfahren einzuleiten und durchzuführen ist. Eine andere Stellung konnte und kann der Parteivorstand ja gar nicht einnehmen.

Der erste Antrag von Lübeck verlangt, daß unsere Delegierten im Internationalen Bureau dahin wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird. Ich möchte Sie ersuchen, diesen Antrag abzulehnen. Bei der verschiedenartigen Stellung der verschiedenen Nationen zur Maifeier und ihrer Durchführung wird es außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein, eine einheitliche Auffassung herbeizuführen. Aus Bebels Referat (über die Marokkofrage. D. H.) haben Sie gehört, wie schwierig es war, eine einmütige Auffassung über das Verhalten der Parteigenossen bei Kriegsgefahr in allen Kulturländern herbeizuführen. Genau so liegt es auf dem Gebiete der Maifeier. Aber es muß hier ausgesprochen werden: die deutsche Arbeiterklasse, organisiert in der deutschen Sozialdemokratie und in der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, nimmt es mit gefaßten Beschlüssen internationaler Kongresse sehr ernst (Sehr richtig!) und sucht sie bei jeder Gelegenheit nicht nur dem Sinne nach, sondern ich möchte sagen dem Wortlaut nach zur Durchführung zu bringen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß das bei anderen Nationen nicht der Fall ist. (Sehr richtig!) Man bekommt Sympathieerklärungen zu hören, aber in der Befolgung der Beschlüsse internationaler Kongresse besteht ein starker Unterschied zwischen anderen Nationen und der deutschen Arbeiterklasse. Da dies bis zur Stunde nicht anders geworden ist, und da wir alles zu vermeiden haben, was neue Reibungsflächen in die internationalen Beziehungen hineinträgt, so ist es besser, wo eine einheitliche Auffassung über einen Gegenstand noch nicht vorhanden ist, diesen Gegenstand ruhen zu lassen. Mit dem Fortschreiten des Gedankens der Maifeier werden die Verhältnisse inbezug auf die Befolgung der internationalen Beschlüsse sich auch bei anderen Nationen bessern, und sie werden in größerem Umfange und mit besserem Verständnis ebenso wie von der deutschen Arbeiterklasse zur Durchführung gebracht werden.

... Ich bitte deshalb unter Ablehnung des Antrages 27 dem Antrage 30 insoweit zuzustimmen, als der seitherige Zustand betreffend die Schaffung des Maifeierfonds durch den Antrag 90 des Nürnberger Parteitages aufrecht bleibt. Werden dahingegen andere Beschlüsse in Anlehnung an die Anträge 28 und 29 vom Parteitag gefaßt, entwickelt sich die Praxis der Rechtsauffassung der Parteigenossen im Sinne des Antrages 30, oder beschließt der Parteitag direkt die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses, dann erübrigt sich der Antrag 30 von selbst ..." (S. 351 ff.)

In der Debatte sprachen u. a:

Lipinski-Leipzig:

„Als auf dem Parteitag in Nürnberg die Maifeier behandelt und über die Notwendigkeit einer Fürsorge für die Maiausgesperrten gesprochen wurde, erhob man den damaligen Antrag 90 zum Beschluß. Die Vereinbarungen selbst, die die Voraussetzungen für den Antrag 90 waren, sind erst später auf dem Leipziger Parteitag angenommen worden. Es geht auch aus der ganzen Formulierung des Antrages 90 hervor, daß er beschlossen wurde, während seine Vor-

aussetzungen noch nicht bestanden. Dieser Beschluß hat zu lebhaften Auseinandersetzungen in den einzelnen Orten geführt. Wenn ein großer Teil der Parteiorte von dieser Frage nicht berührt wird, so nur deshalb, weil in den betreffenden Bezirken sehr wenige Personen vorhanden sind, auf die sich der Beschluß von Nürnberg beziehen würde. Der ganze Beschluß ist ein *Gelegenheitsgesetz* (Sehr richtig!), das zugleich ein *Ausnahmegesetz* der Partei darstellt. (Oho!) Dieser Beschluß weicht ab von der Grundauffassung der Partei. (Sehr richtig!) Die Partei ist bisher immer davon ausgegangen, daß Verpflichtungen, die geschaffen werden, sich auf die *gesamte Mitgliedschaft* erstrecken müssen, dann dürfen aber nicht kleine Teile der Parteimitgliedschaft herausgegriffen werden, sondern es müssen die Parteigenossen in ihrer Gesamtheit erfaßt werden. Bei dem Beschluß ist man von der Erwägung ausgegangen, daß dem Einwand begegnet werden sollte, die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften könnten sehr leicht für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten, weil sie gar nicht in ihrer Existenz gefährdet oder überhaupt benachteiligt würden. Deshalb hat man sie verpflichtet, einen Tagesverdienst abzuführen, damit zu dokumentieren, daß sie bereit seien, persönliche Opfer zu bringen. (Sehr richtig!) Man hat dabei übersehen, daß unter den Beschluß nicht nur die Partei- und Gewerkschaftsangestellten fallen, sondern eine ganze Reihe anderer in der Partei angestellter Personen, namentlich auch die *Arbeiter der Parteibetriebe* und die Arbeiter, die ebenfalls die Arbeitsruhe ohne Nachteil durchführen können. Der Beschluß ist lebhaftem Widerstand begegnet. Wenn man von der Auffassung abgehen will, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft für die Aufbringung der Mittel verantwortlich ist, und will man Extrabeiträge von kleineren Gruppen erheben, dann muß man diese in ihrer Totalität erfassen. (Zustimmung.) Nach dem Nürnberger Beschluß sind die Tagesverdienste an die Partei- *und* Gewerkschaftskassen abzuführen. Einzelne Angestellte führen darum ihren Anteil an die Gewerkschaftskassen ab. Das wollte aber der Beschluß nicht, daß Partei und Gewerkschaft auf diese Weise an Gehalt sparen, sondern es sollte ein *Fonds für die Opfer der Maiausgesperrten* geschaffen werden, dem die Gelder zufließen. (Sehr richtig!) Schon wegen dieser unglücklichen Fassung kann der Nürnberger Beschluß nicht aufrecht erhalten werden. Soweit nun die eigentlichen Partei- und Gewerkschaftsangestellten in Frage kommen, haben wir wesentliche Differenzen nicht gehabt, aber in den *Parteibetrieben* und in den *genossenschaftlichen Unternehmungen* ist die Parteimitgliedschaft der Arbeiter nicht so ohne weiteres festzustellen, und da haben wir die größten Schwierigkeiten und Differenzen. Hätten wir z. B. nicht einen Kassierer einge-eingestellt, der wochenlang die Beiträge eingehoben hat, so hätten wir den größten Teil der Summe überhaupt nicht erhalten. (Sehr richtig!) Was sollen wir nun mit den reninenten Genossen anfangen? Pfannkuch sagt, man könne dem Antrag 30 zustimmen, denn er decke sich mit der Praxis. Das bestreite ich. Nach § 23 des Organisationsstatuts kann die *Ausschließung* erfolgen, wenn durch *beharrliche* Zuwiderhandlung gegen Parteitagsbeschlüsse die Parteiinteressen geschädigt werden. Durch Annahme des Antrages 30 würden Sie genau so ein Gelegenheitsgesetz schaffen, wie mit dem Nürnberger Beschluß, denn Sie würden damit *das Organisationsstatut aufheben* bezw. *erweitern*. Unter „beharrlich" kann man nur *wiederholte* Verletzung der Parteipflichten verstehen. Vor drei Jahren haben wir den Genossen, die nicht zahlten, erklärt: Ihr dürft keine Ehrenämter mehr bekleiden. Darauf hat ein Teil gezahlt, ein Teil nicht. Aber ausschließen konnten wir die Nichtzahler nicht, sie hatten sich zwar geweigert, aber nicht beharrlich geweigert. In diesem Jahre nun haben einige von denen bezahlt, die vor zwei Jahren nicht bezahlt haben, aber einige von denen, die damals bezahlt haben, bezahlten diesmal nicht. (Heiterkeit.) Wir müssen den Genossen erst Gelegenheit geben, zu zeigen, ob sie sich denn auch beharrlich widersetzen wollen. Endlich kann man doch allenfalls einen Genossen oder ein halbes Dutzend ausschließen, wenn sie einen Beschluß verletzen, aber doch nicht Dutzende von Leuten eines großen Betriebes. Dadurch würde nicht nur der Streit in die Partei, sondern auch in die Betriebe hineingetragen werden. So wird durch den Nürnberger Beschluß der Konfliktsstoff nur vermehrt und weit mehr geschadet als genützt. Das sind die Erfahrungen, die wir in *Leipzig* mit der Durchführung des Nürnberger Beschlusses gemacht haben. Wir schlagen deshalb vor, ihn aufzuheben, wir

haben aber damit gerechnet, daß der in Nürnberg vorgeschützte Gedanke, daß auch die Partei- und Gewerkschaftsgenossen zu treffen sind, auch weiter Ausdruck finden soll, und haben deshalb einen Eventualantrag eingebracht. Unser Eventualantrag will die unklare Fassung des Nürnberger Beschlusses beseitigen. Wir wollen weiter gehen und alle Personen zur Erfüllung ihrer Pflicht heranziehen, die jetzt noch nicht gefaßt werden können, wie die Mitglieder des Arbeiterturnerbundes, Radfahrerbundes und der Konsumvereine. Ich erinnere ferner an die freien Hilfskassen, an die Zuschußkassen, an die Angestellten in anderen Krankenkassen. Dann gibt es bereits auch eine große Zahl Arbeiter, die am 1. Mai nicht arbeiten und keine Lohneinbuße erleiden. Auch diese müssen erfaßt werden. Dann ist aber das Verlangen nach einem Tagesverdienst oftmals zu hart, die soziale Lage des einzelnen Arbeiters wird nicht berücksichtigt. Denken Sie an die Witwe mit mehreren Kindern, die Aufwartefrau im Konsumverein ist, von der man nun einen ganzen Tagesverdienst fordert. Denken Sie an den Arbeiter, der monatelang arbeitslos war und vielleicht gerade um die Zeit der Maifeier einen Unterschlupf gefunden hat. Wenn wir in allen diesen Fällen rigoros vorgehen, dann schaffen wir nur Verbitterung. Darum nehmen Sie mindestens unseren zweiten Antrag an, der die soziale Lage berücksichtigt, und heben Sie damit den unklaren Nürnberger Beschluß auf. Auch wir wünschen, daß der 1. Mai durch möglichst vollkommene Arbeitsruhe gefeiert wird. Wie falsch die Behauptung war, daß die Gewerkschaften bei dem früheren Zustand in ihrer Taktik beeinträchtigt werden, zeigt das Leipziger Beispiel. Dort besteht ein Maifonds von etwa 24 000 M. In diesem Jahre sind 395 Arbeiter für die Unterstützung in Frage gekommen. Es sind einige hundert Mark Entschädigung gezahlt worden. Das belastet den Maifonds wenig. Dabei handelt es sich in Leipzig um 66 000 organisierte Mitglieder der Gewerkschaften. (Beifall.)" (S. 354 f.)

Ludwig-Hagen:

„Nach der sehr guten Begründung des Antrages auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses kann ich sehr kurz sein und dem Parteitag die Entscheidung überlassen. Ich bitte Sie aber dringend, sich nicht auf den Eventualantrag einzulassen. Er würde den Krieg nur erweitern und die Sache nicht vereinfachen. Seien Sie konsequent und heben Sie den Nürnberger Beschluß auf, damit wieder Friede in unsere Reihen hineinkommt. Es handelt sich um ein Ausnahmegesetz. Geben wir das ruhig zu; wir sind alle Menschen, und es kann auch einmal passieren, daß ein Parteitag einen Beschluß faßt, der nicht sehr glücklich ist. Wenn man das aber einsieht, dann soll man den Beschluß auch wieder beseitigen. Beantragt wurde dieser Beschluß seinerzeit von Frankfurt. Es war ein Gelegenheitsantrag. Auch in Nürnberg haben nach den lebhaften anderen Debatten dann nur 20 bis 40 Delegierte dafür gestimmt. Freund Dorn konstatierte bei der Gegenprobe, bei der niemand dagegen stimmte, der Antrag ist angenommen; darauf allgemeines Gelächter, weil man wußte, daß der Antrag nicht durchführbar war. Durch die Aufhebung des Antrages werden wir der Maifeier nur nützen. Schaffen Sie uns freie Bahn in den Organisationen." (S. 355 f.)

Hense-Hamburg:

„Ich möchte Sie bitten, alle Anträge zu diesem Punkte abzulehnen. (Sehr richtig!) Ich kann mich nicht der Ansicht von Lipinski anschließen, daß der Nürnberger Beschluß ein Ausnahmegesetz ist. Betrachten Sie doch, welche großen Opfer diejenigen, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen und der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sind, im Vergleich zu den Angestellten bringen, die am nächsten Tage wieder in Arbeit gehen können! Wenn wir das bedenken, dann müßten wir uns eigentlich schämen, hier zu beantragen, solche Opfer für die Zukunft nicht mehr bringen zu wollen. (Lebhafte Zustimmung.) ... Wir haben in Hamburg mit dem Nürnberger Beschluß an sich sehr gute Erfahrung gemacht; wir haben im ersten Jahre, wo der Beschluß für uns praktische Geltung hatte, annähernd 11 000 M. von Angestellten in der Partei, in Gewerkschaften und Genossenschaften als Tagelohn erhalten. Unter diesen befanden sich sogar eine ganze Reihe von Genossen, die wir nach keiner Richtung hin kontrollieren

konnten, ob sie den Tagelohn abzuführen hatten. Für dieses Jahr liegt der Abschluß noch nicht vor, aber so weit ich die Sache übersehen kann, haben wir wohl über 12 000 M. erhalten. Bei uns herrscht über diese Frage gar kein Streit. Ich möchte Sie deshalb bitten, es bei dem Nürnberger Beschluß zu belassen und so zu handeln, daß er zu allgemeiner Zufriedenheit durchgeführt wird. Bei uns haben gegen diesen Beschluß nicht diejenigen, die sich wirtschaftlich am schlechtesten stehen, genörgelt, sondern diejenigen, die am besten gestellt sind. (Lebhaftes Hört! hört!) Solche, die bis zu 12 000 M. Einkommen haben; dagegen andere mit 1500 oder 2000 M. Jahreseinkommen haben kein Wort gesagt. (Sehr richtig!) Lassen wir es bei dem Nürnberger Beschluß, und erziehen wir unsere Genossen dazu, daß sie auch im Interesse der Allgemeinheit Opfer bringen. (Stürmischer Beifall.)" (S. 356.)

Stelling-Lübeck:

„Ich verkenne nicht, daß für die Delegierten auf dem Nürnberger Parteitag gute Motive maßgebend gewesen sind, als sie dem Antrag 90 zustimmten, aber wenn der Beschluß zu Mißhelligkeiten und Differenzen innerhalb der Partei führt, dann sage ich: die Einheit der Partei steht mir höher. (Sehr richtig!) Davon, daß man sich der Verhandlung solcher Anträge schämen muß, kann gar keine Rede sein. Ein paar Worte zu unserem Antrag 27. Wenn die Voraussetzungen von Pfannkuch richtig wären, wenn in der Tat die Maifeier immer größere Dimensionen annehmen würde, dann würde ich sagen, unser Antrag ist unberechtigt, wir müssen ihn zurückziehen. Aber wir haben nicht die geringste Ursache, uns etwas vorzumachen. Gewiß, es ist richtig, daß ansehnliche Massen die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen. Aber vergessen wir nicht, daß weit größere Massen in den Fabriken fronden, vergessen wir nicht, daß zum großen Teil die Arbeitsruhe gar nicht durchgeführt ist. Die Maifeierfrage muß einmal an der Stelle angeschnitten werden, wohin sie gehört, auf dem nächsten Internationalen Kongreß. Das Uebereinkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand ist nicht geeignet, der Maifeier den Weg zu ebnen, sondern der Katze den Schwanz stückweise abzuhacken. Die übergroße Mehrzahl von Ihnen steht ja im gewerkschaftlichen Leben. Sie wissen, was ich meine, und Sie werden mir recht geben. Wir haben uns in den letzten Jahren immer ziemlich vorgesehen, wir haben uns gehütet, Differenzen wegen der Maifeier heraufzubeschwören. Das haben wir müssen, weil bei größeren Aussperrungen die Mittel, die doch zum allergrößten Teil freiwillig aufgebracht werden sollen, nicht im entferntesten ausreichen. Das ist der Hemmschuh für die Arbeitsruhe am 1. Mai. Wenn man sagt, in den letzten Jahren sind die Aussperrungen geringer geworden, so übersieht man, daß in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die Unternehmer ganz andere Maßnahmen ergreifen werden, und dann sitzen wir fest. Nun sagt Pfannkuch mit Recht, daß es in anderen Ländern manchmal nicht so genau genommen wird mit der Durchführung internationaler Beschlüsse wie in Deutschland, und daß es ratsam sei, Reibungsflächen zu vermeiden. Es kann aber gar nichts schaden, wenn auf dem internationalen Kongreß die Frage angeschnitten wird, und wenn dann auch denjenigen, die in Paris mit solcher Begeisterung für den Weltfeiertag gestimmt haben, klargemacht wird, daß die internationalen Beschlüsse auch für sie gelten. (Sehr gut!) Meiner Meinung nach können sowohl die Anhänger als auch die bedingten Anhänger der Maifeier für unseren Antrag stimmen, zunächst einmal, um Klarheit zu schaffen darüber, inwieweit die Maifeier ausgebaut werden kann zu einem internationalen Weltfeiertag. Ist das nicht möglich, dann wird der Kongreß die weiteren Konsequenzen zu ziehen haben . . ." (S. 357.)

Peus-Dessau:

„. . . Ich halte es nicht für richtig, daß der Parteivorstand sagt, wir können uns nicht dazu äußern, denn wir würden pro domo sprechen. Der Parteivorstand muß doch über den Verdacht erhaben sein, daß er wegen der lumpigen paar Mark keine Stellung nehmen kann. (Sehr richtig!) Es handelt sich hier überhaupt nicht um die Geldfrage, sondern um eine andere Auffassung von Gerechtigkeit. In Brandenburg zum Beispiel haben die Buchdrucker das Geld abgeführt, aber sie halten es nicht für gerecht, sie berufen sich auf ihren Tarif und sagen: sie können nicht

dazu gezwungen werden. Das mag falsch sein — ich bin selbst der Meinung. Aber was nutzt es uns denn, wenn wir nun infolge dieses Beschlusses alljährlich an allen größeren Orten den größten Stank und Knatsch haben? Das ist der Maifeier nicht würdig, und deshalb sollte man den Beschluß lieber aufheben... Ist der Gastwirt, ist der Zigarrenhändler, ist der kleine Gewerbetreibende, der am 1. Mai nicht nur nichts verliert, sondern noch gewinnt, nicht auch verpflichtet, seinen Verdienst abzuführen? In dem Nürnberger Beschluß ist darüber nichts gesagt, und so haben wir denn statt des Erfolges nur Aerger und Verdruß... Unter denjenigen, die sich weigern, sind, so sagt man, Leute von 10 000 bis 12 000 M. Gehalt. Das kann sich nur beziehen auf die Direktoren der Großeinkaufsgesellschaft oder des Zentralverbandes in Hamburg. Die sind aber so erhaben, daß sie sich den Teufel um unsere Beschlüsse kümmern. Die zwingen sie nicht. (Ohorufe.) Die Herren sind mächtiger, als daß wir sie zwingen könnten. (Widerspruch.) Wollen Sie auch da den Zank heraufbeschwören, auch die Leute ausschließen und etwa aus ihrer Stellung bringen, dann kriegen Sie es mit der ganzen Genossenschaftsbewegung zu tun. Das ist aber die Sache, um die es sich hier handelt, nicht wert...." (S. 357 f.)

Lehmann-Dresden:

„Ich habe mich außerordentlich gefreut, als Genosse Pfannkuch sagte, daß den Bezirkskomitees schon heute Gelegenheit gegeben ist, nach dem Antrag Hamburg zu verfahren, und daß die Bezirkskomitees nur noch zu ängstlich seien. Ich werde mir dies nach Dresden mitnehmen. Ich freue mit weiter, daß Genosse Pfannkuch darauf hingewiesen hat, daß die Gewerkschaftsbeamten der Maifeier durch Veranstaltung von Vorträgen und Versammlungen mehr Schwung geben sollten. Ich möchte nur wünschen, daß dies auch wirklich geschieht. Aber in Dresden haben wir traurige Erfahrungen machen müssen. Selbst Leute, die in der Arbeiterbewegung angestellt sind, haben am 1. Mai keine Versammlung abgehalten und sich auch noch um den Beitrag herumgedrückt. Im vierten sächsischen Wahlkreis haben wir in unserer Versammlung beschlossen, diejenigen, die sich weigern, den Beitrag zu zahlen, auszuschließen, wir haben auch ein Ausschlußverfahren eingeleitet und an 41 Genossen geschrieben. Am anderen Morgen erschien aber das Zirkular im „Dresdener Anzeiger", einem Blatt, das im Reichsverbandssinn redigiert wird, und zwar mit entsprechenden Glossen. (Lebhaftes Hört! hört!) Eine große Anzahl dieser Genossen hat dann bezahlt, einige aber weigern sich oder geben vor, sie hätten am 1. Mai arbeiten müssen, und das sind gerade Leute, die in der Arbeiterbewegung angestellt sind. Sie erklärten, sie hätten im Interesse ihres Verbandes tätig sein müssen. Einer schrieb sogar, man werde von ihm doch nicht erwarten können, daß er so gewissenlos sein würde, am 1. Mai die Hände in den Schoß zu legen. (Lebhaftes Hört! hört!) Wir erwarten vom Parteitag, daß er mit dieser Anschauung nicht einverstanden ist, und bitten um Annahme des Antrages Hamburg III. (Beifall.)" (S. 358 f.)

Simon-Nürnberg:

„Ich habe gegen den Antrag in Nürnberg gestimmt, weil ich voraussah, daß er ein Kuckucksei sein wird, das in die Maifeier hineingelegt wird. Ich bitte Sie heute, den Nürnberger Beschluß wieder aufzuheben. Es gibt in den großen Städten gar keine Kontrolle darüber, wer feiert. Sie wissen, daß die Gewerkschaftsangestellten feiern, die Parteiangestellten und die in Konsumvereinen Angestellten, die können Sie alle fassen. Aber darüber hinaus hört Ihr Wissen auf. Wir haben die Tatsache gehabt, daß Gewerkschaftsbeamte erklärt haben, sie könnten nicht feiern, sie könnten ihr Bureau am 1. Mai nicht schließen, sie müßten die Unterstützungen auszahlen. In Magdeburg haben sich die Buchdrucker, bezw. das gesamte technische Personal mit wenigen Ausnahmen geweigert, den Beitrag abzuliefern. Was wollen Sie machen? Wollen Sie die Genossen ausschließen? Wenn Sie den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ablehnen, dann müssen Sie folgerichtig den Antrag Hamburg annehmen. Aber Sie müssen dann auch verantworten, was dann geschieht, ob die Maifeier gefördert wird, oder ob sie zu Grabe getragen wird. (Sehr richtig!) Auch in Nürnberg

weigert sich eine Reihe von Genossen, den Beitrag zu bezahlen. Ihnen ist der Ausschluß angedroht worden. Mir graut aber vor der Durchführung. Weil ich nichts in die Partei hineinwerfen will, was uns auseinanderreißt, sondern weil ich will, daß die Partei auch in dieser Frage einig und geschlossen dasteht, deshalb trete ich für Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ein. Es ist vorgekommen, daß in Nürnberger Gewerkschaftskreisen die Angestellten von ihrem Jahresgehalt den Durchschnitt pro Tag ausgerechnet haben, und da nicht ganze Pfennige herauskamen, haben sie die Pfennige zerhackt und uns die Stücke eingeschickt. (Lebhaftes Hört! hört!) Das ist eine Verhöhnung eines Parteitagsbeschlusses. Wir sollten nicht Beschlüsse fassen, die solche Zwistigkeiten in die Partei hineintragen ..." (S. 359.)

Weiß-Potschapel:

„... Viele Führer der Gewerkschaften sind immer noch gegen die Maifeier. Selbst in einem großen Industrieetablissement, in der weiteren Umgebung von Dresden, wo man der Maifeier keine Schwierigkeiten bereitete, ist sie durch Gewerkschaftler verhindert worden, und als das erreicht war, rief der Führer: Gott sei Dank, die Vernunft hat gesiegt. Es ist nicht immer aus Gerechtigkeitsgefühl, wenn gegen den Nürnberger Beschluß gesündigt wird. Vielfach geschieht dies aus direkter Gegnerschaft gegen die Maifeier. Nichts ist der bürgerlichen Gesellschaft furchtbarer, als der Gedanke, eine einheitliche Organisation, die von einem einheitlichen Willen beseelt ist, vor sich zu haben.

Ich bin im Grunde gegen jede Beitragsleistung, weil ich gegen eine besondere Unterstützung der eventuell ausgesperrten Maifeiernden bin. Ist aber der Parteitag entgegengesetzter Meinung, so muß auch ein allgemeiner Maibeitrag erhoben werden.

Ich will mich nicht so weit versteigen wie unsere Juristen in der Juristerei anläßlich der Debatten über den Bericht der Mandatsprüfungskommission; aber mit dem gesunden Menschenverstand ist zu finden, daß eine prinzipielle Verweigerung der Parteitagsbeschlüsse einer beharrlichen Verweigerung gleichkommt.

Ich schrecke nicht davor zurück, um die Disziplin, die Grundlage unserer Organisation, aufrecht zu erhalten, die Disziplinbrecher auszuschließen. Die Arbeiterbewegung, die ihre jetzigen Führer emporgetragen, kann auch noch andere Kräfte hervorbringen ..." (S. 360.)

Lüth-Hamburg:

„... Die Aufregung und Leidenschaft, in der besonders Simon und Peus gesprochen haben, verstehe ich nicht. Sie war einer besseren Sache würdig. Beide behaupten, daß es eine Spaltung der ganzen Organisation bedeutet, wenn wir den Nürnberger Beschluß nicht aufheben. Also, wenn die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften am 1. Mai einen Tagelohn abliefern sollen, so wird dadurch die ganze Einheitlichkeit der Partei gefährdet! Wenn das Gefüge der Partei nicht besser ist, dann bangt mir vor der Zukunft und vor den Kämpfen, die wir noch führen sollen. (Sehr wahr!) Gewundert habe ich mich besonders, nicht über Peus, dessen Reden ich ja kenne, aber über Simon, den Führer einer Zentralgewerkschaft. Daß der so spricht, das ist doch stark. Genosse Simon, ein wenig Rücksicht hat man doch zu nehmen, oder will man die Partei schädigen? Eine Gefährdung der Partei ist von der Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses keineswegs zu befürchten. Nichts Sachliches ist gegen ihn gesagt worden. Wir werden in Hamburg übrigens auch ohne den Antrag 30 sehr gut fertig. Da dieser Antrag gegen das Organisationsstatut verstößt, braucht er gar nicht angenommen zu werden. Wir können ihn aber nicht zurückziehen, weil er von einem Distrikt gestellt worden ist. Lehnen Sie alle Anträge ab und lassen wir den alten Zustand fortbestehen, sonst würde die Maifeier nur geschädigt werden." (S. 361.)

Leinert-Hannover:

„... Ich wundere mich, daß auch die Genossen, die sonst die größten Anforderungen in sozialrevolutionärer Tatkraft an die Genossen stellen,

hier für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses eintreten. (Zustimmung und Unruhe. Zurufe der Leipziger Delegierten: Peus!) Das sind dieselben Genossen, die den Massenstreik verlangen, damit in Preußen das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, und hier stellen sie Anträge, damit sie selber am 1. Mai den Tagelohn nicht abführen brauchen. Wie stimmt denn das überein mit ihrer neuen Praxis? (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) ... Der Eventualantrag 29 scheint mir nur gestellt zu sein, um die bestehenden Schwierigkeiten ins Unendliche zu vermehren und durch die Häufung der Widerstände die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zu erzielen. Dagegen müssen wir uns ebenfalls wenden. Lehnen wir daher die Anträge ab. (Lebhafter Beifall.)" (S. 361 f.)

Lipinski-Leipzig:

„Leinert hat sehr geschickt die Frage auf ein falsches Gleis geschoben. Was hat denn die Sache damit zu tun, ob die Antragsteller revolutionär oder revisionistisch sind? Meine Ausführungen deckten sich mit denen von Peus, es ist also keine Frage der Richtung, sondern der Organisation. (Sehr richtig!) ... Die Anregung für den Antrag ist nicht von den Angestellten der Partei und Gewerkschaften ausgegangen, sondern die vier Kreise haben in den Versammlungen die Sache besprochen und den Antrag gestellt. Der Antrag ist also von denen ausgegangen, die die Schwierigkeiten bei der Durchführung kennen ... Auf dem Leipziger Parteitag hat Genosse Müller nach dem Protokoll, Seite 405, für die Durchführung der Beschlüsse zum Bezirksmaifonds ausgeführt, es sei wenig zweckmäßig, den einzelnen Bezirken die Möglichkeit zu geben, obligatorische Beiträge für die Maiausgesperrten auszuschreiben; das werde nur Streit in die Organisation bringen. Diejenigen, die solchen ausgeschriebenen Extrabeitrag nicht bezahlen, können und dürfen deshalb nicht aus der Partei und Gewerkschaft ausgeschlossen werden. (Hört! hört!) Wenn der Ausschluß nicht im Hintergrund steht bei der Nichtabführung eines von einem Bezirk beschlossenen Beitrages, so kann man das auch nicht für einen Beschluß des Parteitages verlangen. Denn beides sind Parteibeschlüsse. Auch kann man wohl einen oder ein halbes Dutzend ausschließen, wir aber hätten 300 Konsumvereinsangestellte ausschließen müssen, die unter denselben Voraussetzungen in die Partei kommen, wie die Buchdrucker. nämlich erst, wenn sie angestellt werden. Bei den in unserem Bezirk aufzubringenden Mitteln von etwa 140 000 M. kommt es auf den Betrag von 3600 M., den der Beitrag gebracht hat, gar nicht an, aber die ganze Streitfrage schaffen wir uns vom Halse, wenn wir den unklar gefaßten Beschluß beseitigen. Wie ist er denn zustande gekommen? Die Angestellten haben in Nürnberg gar nicht dagegen stimmen können, weil sie dann den Anschein erweckten, sie stimmen nur des zugemuteten Opfers wegen dagegen, und nur etwa 40 Delegierte haben dafür gestimmt. Die Partei soll so viel Einsicht haben, einen undurchführbaren unklaren Beschluß, oder einen, der gegen die gleichmäßige Belastung der Genossen verstößt, aufzuheben. (Sehr richtig!)" ... (S. 362 f.)

Sofie Ennenbach-Frankfurt a. M.:

„Ich möchte Sie bitten, alle Anträge abzulehnen, die die Aufhebung oder auch nur eine Abschwächung des Nürnberger Beschlusses herbeiführen wollen, und zwar lediglich wegen des Eindruckes, den das nach außen auf die Arbeiter machen würde. Das hiesige Parteiblatt hat vor einigen Tagen geschrieben, daß das Geld, das hierfür eingeht, nicht der Rede wert ist und nicht im Verhältnis zu der Erbitterung steht, die unter den Genossen hervorgerufen wird. Aber daß deshalb überhaupt eine Erbitterung entstehen kann, ist außerordentlich bezeichnend. Das ist traurig (Sehr richtig!); es ist so viel von der Erbitterung der Angestellten gesprochen worden, wenn sie den Betrag abliefern sollen, aber viel zu wenig von der Erbitterung der übrigen Genossen, wenn sie ihren Tagesverdienst einbüßen sollen, während die Angestellten sich davon drücken wollen. (Sehr gut!) So faßt es der Arbeiter auf ... Wenn der Beschluß als undurchführbar bezeichnet ist, so weise ich darauf hin, daß, wenn ein Angestellter nach zweimaliger Aufforderung sich weigert, den Betrag abzuführen, die Voraussetzung der beharrlichen Weigerung gegeben ist. Wenn wir den Beschluß aufrecht erhalten wollen, so müßte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir ihn nicht auch durch-

führen könnten. (Sehr richtig!) Wohin sollten wir denn in einer Millionenpartei kommen, wenn die Disziplin in den vordersten Reihen fehlt. (Sehr wahr!) Ich möchte Sie deshalb bitten, alle Anträge abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 363 f.)

Klupsch-Dortmund:

„Es wäre besser gewesen, wenn Genosse Hense-Hamburg seine Ausführungen über die *Zehntausend-Mark-Gehälter* nicht gemacht hätte. (Sehr richtig!) Wo werden denn in der Arbeiterbewegung so hohe Gehälter bezahlt? (Zuruf: *Großeinkaufsgesellschaft!*) Solche Ausführungen sind nur geeignet, wieder neue Streitpunkte in die Bewegung zu werfen... Ich schlage vor, daß wir *die ganze Frage vertagen* und sie dem Vorstand zur nochmaligen Prüfung unter Hinzuziehung der Generalkommission überweisen, damit er uns auf dem nächsten Parteitage Vorschläge macht. Die schwebenden *Ausschlußverfahren müssen bis dahin ruhen.*" (S. 364.)

Müller-Trier:

„Es würde einen schlechten Eindruck im Lande machen, wenn wir jetzt den Beschluß aufheben müßten. Es wird ja nichts weiter verlangt, als daß auch die *Angestellten* in gewiß bescheidener Weise bekunden, daß sie auch bereit sind, für die Maifeier ein Opfer zu bringen. *Seinerzeit wollten die Frankfurter mit ihrem Antrag aber die Maifeier geradezu erdrosseln.* Es wäre eine ungeheure Schwäche, wenn wir die *Verhöhnung der Parteitagsbeschlüsse*, wie sie in dieser Frage *durch Gewerkschaftler* zutage getreten ist, dulden würden..." (S. 364 f.)

Nach Schluß *der Diskussion folgen persönliche Bemerkungen* u. a. von:

Göllner-Frankfurt:

„Es ist gesagt worden, der Antrag sei gestellt, um die Maifeier überhaupt abzuschaffen. Eine solche Unterstellung weise ich aufs nachdrücklichste zurück. In *Frankfurt* hat ein Antrag auf Abschaffung der Maifeier noch nie Annahme gefunden." (S. 365.)

Hense-Hamburg:

„... Die Genossen mit 12 000 M. Jahreseinkommen, von denen ich gesprochen habe, haben nicht jetzt, sondern *vor zwei Jahren* sich geweigert, die Beiträge abzuführen." (S. 365.)

Pfannkuch (im Schlußwort):

„... Ein Redner legt es dem Parteivorstand nahe, so wie in diesem Jahre auch in Zukunft die Maifeier durch *Herausgabe eines besonderen Flugblattes zu unterstützen.* Ich kann im Namen des Parteivorstandes versichern, daß das geschehen wird...

Ich habe mich gewundert, daß *Lipinski*, der doch die Organisationsbestimmungen genau kennt, der Meinung ist, der § 23 des Organisationsstatuts könne es hindern, daß auf Grund der Nichteinhaltung des Nürnberger Beschlusses ein Ausschlußverfahren gegen Parteimitglieder eingeleitet werden könne. Er interpretiert *den Ausdruck „beharrlich"* so, daß etwas, was in diesem Jahre vorgekommen ist, im nächsten oder vielleicht auch noch im zweitnächsten Jahr begangen werden müsse. Ich stehe ja wohl nicht in dem Verdacht, juristische Spitzfindigkeiten vortragen zu wollen, aber auch schon vor mir hat ein Genosse ausgeführt, daß man unter „beharrlicher Weigerung" auch etwas anderes verstehen kann. § 23 unseres Statuts kann sicherlich da angewendet werden, wenn sich Parteigenossen weigern, gemäß dem Nürnberger Beschluß den Betrag eines Tagesverdienstes an die zuständige Kasse abzuführen. Die zuständige Kasse ist weder die Partei- noch die Gewerkschaftskasse, sondern die der zuständigen *Bezirkskommission*, die eigens hierfür eingesetzt ist. Weigert sich ein Angestellter, seinen Pflichtteil zu entrichten, so hat sich die Kommission an die Parteiorganisation, der der Betreffende angehört, mit der Mitteilung der Weigerung zu wenden. Die Parteiorganisation wird den Betreffenden

auffordern zu zahlen und wird ihm nahelegen, warum er das muß. Werden diese Gründe nicht anerkannt, oder Gegengründe geltend gemacht, so werden auch diese noch einmal gewürdigt, bei weiterer Weigerung aber, meine ich, liegt beharrliche Weigerung vor. (Sehr richtig!) Dann hat aber nicht der Parteivorstand und auch nicht die Bezirkskommission zu entscheiden, sondern die zuständige Parteiorganisation, der der Sichweigernde angehört, hat das Recht, ordnungsgemäß den Antrag auf Ausschluß des Betreffenden zu stellen, und dann wird nach dem heutigen Stande unserer Rechtspflege zunächst die Bezirksorganisation bzw. der Bezirksvorstand als zuständige Instanz zu prüfen haben, ob eine beharrliche Weigerung vorliegt. Wenn der Betreffende nicht mit der Entscheidung des Bezirksvorstandes zufrieden ist, dann steht ihm das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu verlangen, und wenn dieses nach eingehender Prüfung findet, daß beharrliche Weigerung vorliegt, dann sehe ich kein Hindernis für einen Ausschluß.

Die Frage, ob nicht bei Maifeieraussperrungen überhaupt keine Unterstützung gezahlt werden soll, würde uns wieder in die Debatten führen, die erst zur Regelung und Ordnung des ganzen Unterstützungswesens geführt haben. Soweit die Unterstützungspflicht den Gewerkschaften oblag, hat sich meines Wissens keine geweigert, die statutengemäße Unterstützung zu zahlen.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, muß auch ich mich entschieden dagegen wenden, daß hier von Partei- und Gewerkschaftsangestellten gesprochen wurde, deren Gehalt 10 bis 12000 Mark beträgt. Es soll nicht einmal der Anschein erweckt werden, als ob tatsächlich bei uns solche Gehälter bezahlt würden. Aus meiner Kenntnis der Dinge kann ich die Erklärung abgeben, daß Gehälter von 6000 M. nur an drei oder vier Parteiangestellte in Redaktionen oder Parteigeschäften bezahlt werden. Ueber diesen Betrag hinaus wird in der ganzen Partei kein Gehalt bezahlt, und soweit ich weiß, auch in der Gewerkschaftsbewegung nicht. (Zuruf: Da erst recht nicht, nicht halb soviel!) Wenn solche Gehälter von der Großeinkaufsgesellschaft gezahlt werden, so ist das darauf zurückzuführen, daß dort Einrichtungen bestehen dürften, der Art, daß die Genossenschaftsmitglieder bisher über die Gehaltsfrage nicht mitzureden gehabt haben, sondern bestimmte Instanzen befugt und berechtigt sind, die Gehälter festzusetzen. Diese werden geglaubt haben, auch so hoch honorieren zu müssen, um entsprechend tüchtige Leute anzustellen. Es ist also eine Legende, daß in der Partei oder in den Gewerkschaften Gehälter von 10 bis 12000 M. gezahlt würden. Die Hälfte davon ist das Höchstmaß und dieses erhalten nur drei oder vier Personen in der gesamten Partei. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) . . ." (S. 366 f.)

Der Antrag 27 wird mit 153 gegen 139 Stimmen angenommen. Antrag 28 wird mit 152 gegen 237 (lies: 137?) Stimmen abgelehnt. Das Resultat wird mit Beifall begrüßt. Damit ist auch der erste Teil des Antrages 29 erledigt. Der zweite Teil des Antrages 29 wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Antrag 30 wird zurückgezogen. Der Wiederaufnahme, die von verschiedenen Delegierten verlangt wird, widerspricht der Vorsitzende Dietz. In der hierdurch entstehenden Geschäftsordnungsdebatte sprechen u. a.:

Zietsch-Charlottenburg:

„Ein ganzer Teil von Delegierten hat gegen den Antrag 28 nur in der Annahme gestimmt, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, dadurch den Nürnberger Beschluß konsequent durchzuführen. (Sehr richtig!) Es entspricht nicht der parlamentarischen Gepflogenheit, daß, nachdem in der Diskussion über einen Antrag so viel gesprochen ist, und nachdem man sich auf bestimmte Anschauungen festgelegt hat, nicht die Möglichkeit besteht, einen Antrag, der zurückgezogen wird, wieder aufzunehmen. Es ist illoyal, einen Antrag im letzten Augenblick vor der Abstimmung zurückzuziehen. (Sehr richtig!) Ich nehme den Antrag 30 wieder auf." (S. 368.)

Vorsitzender Dietz:

„Die Wiederaufnahme des Antrages 30 kann ich nicht gestatten, es sei denn, daß Sie in einer späteren Zeit unter Zustimmung des Parteitages, vielleicht bei

„Sonstigen Anträgen", diese Sache nochmals auf die Tagesordnung bringen. (Widerspruch.) Jetzt ist die Angelegenheit für den Parteitag erledigt." (S. 368.)

Lipinski-Leipzig:

„Die bisherigen Abstimmungen sind unter der Voraussetzung erfolgt, daß man bei einer späteren Abstimmung ein anderes Votum abgeben kann. Wenn also der Antrag zurückgezogen werden sollte, so hätte das vor der Abstimmung geschehen müssen. (Sehr richtig!) Ihn während der Abstimmung zurückzuziehen, wo man nicht mehr ein anderes Votum abgeben kann, ist unzulässig. (Sehr wahr!)" (S. 368.)

Emmel-Mülhausen:

„Von dem Augenblick an, wo ein Antrag unterstützt und zur Diskussion gestellt ist, kann ein einzelner Antragsteller ihn nicht mehr zurückziehen. Es muß doch auch denen, die den Antrag unterstützt haben, die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung dazu zu sagen, denn sonst könnte der Parteitag in jedem Augenblick genasführt werden." (S. 369.)

Vorsitzender Dietz:

„... Daß die Zurückziehung eines Antrages zulässig ist, unterliegt keinem Zweifel. Zweifelhaft bleibt nur, ob ein Dritter einen im allerletzten Stadium der Verhandlungen zurückgezogenen Antrag wieder aufnehmen kann. Ein ähnlicher Fall ist bisher noch auf keinem Parteitag vorgekommen ... Ich will Ihnen aber entgegenkommen und den Parteitag fragen, ob er den Antrag 30 wieder aufnehmen will. Die namentliche Abstimmung ist dabei nicht einbegriffen. Ich frage also, ob der Parteitag es gestattet, daß Zietsch den Antrag wieder aufnimmt. Eine Diskussion über den Antrag selbst bliebe im Falle der Annahme des Antrages ausgeschlossen." (S. 369.)

Der Parteitag erklärt die Aufnahme des Antrags 30 für zulässig. Auf Antrag Zietsch wird über den Antrag namentlich abgestimmt. Vor der Abstimmung erklärt Vorsitzender Dietz:

„Das hätten die Zurückzieher uns ersparen können. Dieses Vorkommnis wird Anlaß sein, unsere Geschäftsordnung einer sehr gründlichen Revision zu unterziehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)" (S. 369.)

Der Antrag 30 wird mit 279 gegen 101 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtete der Parteivorstand:

„Anfang März gab der Parteivorstand ein neues Flugblatt über die Bedeutung der Maifeier heraus, das in vielen Orten mit gutem Erfolg verbreitet wurde. Die diesjährige Maifeier galt in erster Linie dem Protest gegen die neuen Heeres- und Flottenlasten, die dem deutschen Volke im neuen Reichstag beschert wurden, und wurde so zu einer wuchtigen Demonstration wider das wahnwitzige Rüsten zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Es war in diesem Jahre bei der Maifeier eine starke Beteiligung durch Arbeitsruhe zu verzeichnen. Bei den Veranstaltungen am Morgen des 1. Mai überstieg die Zahl der Teilnehmer in fast allen Orten die des Vorjahres. Die frühere Gepflogenheit, Maifeiern auch an den Sonntagen vor und nach dem 1. Mai abzuhalten, ist fast ganz aufgegeben. Die Maifeier muß nach den Maifeiervereinbarungen zwischen Partei und Gewerkschaften am 1. Mai stattfinden.

Der auf dem Nürnberger Parteitag angenommene Antrag 90, der verlangt, daß die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sind, einen Tagesverdienst abzuführen, hat in einer Reihe von Orten zu unerquicklichen Differenzen geführt. Diese Streitigkeiten haben bereits im Vorjahre den Jenaer Parteitag beschäftigt, und es war dort beschlossen worden, daß gegen die Mitglieder, welche sich weigern, dem Nürnberger Beschluß nachzukommen, das Ausschluß-

verfahren einzuleiten sei. Bei Abschluß unseres Berichtes ließ sich noch nicht übersehen, welche Erfahrungen im Jahre 1912 mit der Abführung des Tagelohnes gemacht wurden. Die Nichtabführung des Tagelohnes im Jahre 1911 hat in einigen Orten zu Ausschlußverfahren geführt, die in letzter Instanz den Chemnitzer Parteitag beschäftigen werden. Die Genossen, welche von dem Antrag 90 betroffen werden und die Annahme dieses Antrages in Nürnberg für ein Unrecht halten, haben das Recht, für Aufhebung des Antrages zu agitieren. Sie haben aber die Pflicht, dem Antrage Folge zu leisten, solange er gilt. Wenn sich solche Genossen hartnäckig weigern, dem Antrag nachzukommen, so verdient das den schärfsten Tadel." (S. 38 ff.)

Folgende Anträge lagen dem Parteitage vor:

84. Wanzleben, 15. sächsischer Wahlkreis, Reichenbach-Neurode, Ortsgruppen Riesa und Gröba (Sachsen VII), Ludwigshafen, Ortsvereine Geestemünde, Königsberg i. Pr., Hagen-Schwelm, 12. sächsischer Reichstagswahlkreis, Bezirk Ober-Langenbielau, Nordhausen, Köln, Magdeburg, 25 Genossen in Görlitz: „Der Beschluß 90 des Parteitages zu Nürnberg ist aufzuheben."

85. 183 Genossen in Braunschweig, 29 Genossen in Kottbus, 21 Genossen in Dortmund, das Personal der Druckerei „Volksfreund" in Karlsruhe und das technische Personal der „Volksstimme" in Frankfurt a. M., 85 Genossen in Hannover: „Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feierns des 1. Mai Gemaßregelter, ist von jedem eingeschriebenen Mitgliede ein Beitrag zu erheben, und zwar von den männlichen Mitgliedern 1 Mk., von den weiblichen 50 Pfg. Dieser Beitrag wird nicht erhoben von den Mitgliedern, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohn erhalten."

86. 16 Genossen in Waldenburg i. Schl., Aachen (Stadt): „Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Der Parteitag wolle dagegen beschließen, eine gerechtere Lösung der Frage herbeizuführen."

87. Reichenbach-Neurode: „Auf dem nächsten Internationalen Arbeiterkongreß den Antrag zu stellen, die Regelung des Feierns des 1. Mai den einzelnen Ländern selbst zu überlassen."

88. Randow-Greifenhagen: „Der Parteivorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Generalkommission eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, wer von den Organisierten für die Arbeitsruhe am 1. Mai ist. Das Resultat soll dem Internationalen Kongreß in Wien als Material überwiesen werden."

89. Rostock: „Bei dem Internationalen Parteitag den Antrag zu stellen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen."

90. Magdeburg: „Der Parteitag wolle dem Internationalen Kongreß in Wien die Aufhebung der Maifeier empfehlen, oder, um eine wirklich würdige Demonstration herbeizuführen, sie auf den ersten Sonntag im Mai verlegen."

179. Das Personal der Druckerei „Volksfreund" in Karlsruhe: „Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feiern des 1. Mai Gemaßregelter ist von allen in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. beschäftigten Parteigenossen ein Beitrag zu erheben, der jedoch für männliche Mitglieder nicht unter 1 Mk. und für weibliche Mitglieder nicht unter 50 Pfg. betragen soll."

188. Hannover: „Der Beschluß des Nürnberger Parteitages, wonach die in Parteibetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Tagesverdienst vom 1. Mai abzuliefern haben, ist aufzuheben."

189. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: „Zum nächsten Internationalen Kongreß zu beantragen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen."

213. Robert Schmidt und Genossen: „Daß die Angestellten der Partei und Gewerkschaften, soweit die letzteren der Partei angehören, den Tagesverdienst vom 1. Mai an den Maifeierfonds abführen."

214. Wels und Genossen: „Der Nürnberger Beschluß zum Antrag 90 ist dahin zu ändern, daß er nur auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften Bezug hat."

215. Blume-Hamburg und Genossen: „Alle Parteigenossen, die ohne Abzug ihres Lohnes oder Gehalts den 1. Mai feiern können, haben den Lohn für einen Tag abzuführen."

217. Ryssel: „Auf Genossen, die durch unaufschiebbare Arbeiten am 1. Mai zur berufsmäßigen Arbeit verpflichtet sind und deshalb nicht feiern können, treffen die Vorbedingungen für den Beschluß 90 des Nürnberger Parteitages nicht zu und können diese Genossen zur Abführung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet werden."

Ueber die Maifeier referiert Pfannkuch:

„. . . Ohne Widerspruch zu finden, kann ich wohl feststellen, daß der Parteitag mit dem Parteivorstand der Meinung ist, an der Form und Art der gegenwärtigen Maifeier eine Aenderung nicht vornehmen zu wollen. Auch der Parteivorstand empfiehlt nach den Beschlüssen des vorvergangenen Parteitages und der Internationalen Kongresse vor wie nach, die Maifeier am 1. Mai abzuhalten und die Arbeitsruhe als die würdigste Art und Form der Feier anzusehen. Wir haben selbstverständlich in unseren Beschlüssen die Einschränkung, daß die Arbeitsruhe da einzutreten hat, wo sie ohne wirtschaftliche Schädigung für die Beteiligten stattfinden kann. Wir haben in früheren Beratungen über die Maifeier oft Klage geführt, daß nicht in allen Nationen, die dem Internationalen Bureau angeschlossen sind, die Beschlüsse im allgemeinen und die Beschlüsse über die Maifeier im besonderen in der Art und Weise durchgeführt werden, wie es gang und gäbe in der deutschen Organisation ist. Nach der Richtung hin scheint aber unsere Mahnung auf guten Boden gefallen zu sein. In diesem Jahre hat der Kongreß der englischen Partei ebenfalls die deutsche Resolution über die Maifeier angenommen, wir dürfen uns nun der Hoffnung hingeben, daß auch jenseits des Kanals die Maifeier in der Art und Form, wie sie in Deutschland besteht, weitere Ausdehnung finden wird. Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Inhalt der Maifeier eigentlich heute nicht mehr so vorhanden sei, wie in den vorangegangenen Jahren, sondern daß man sich mit dem Gedanken befassen könnte, ob die Maifeier nicht dadurch zu einer allgemeinen, alle Kreise umfassenden gestaltet werden sollte, daß man sie auf den ersten Sonntag im Mai verlegt. Diese Anträge sind ja nicht für das Kapitel Maifeier bestimmt, sondern zu dem folgenden Punkt, dem Internationalen Kongreß. Molkenbuhr wird sich da weiter darauf einlassen. Der andere Einwurf aber, daß der Inhalt der Maifeier nicht mehr in dem Maße vorhanden sei, als das bisher unsere Propaganda herbeiführte, ist nicht stichhaltig. Wenn auch der Gedanke an die Arbeitszeitverkürzung, an die Erkämpfung des Achtstundentages, an den Kampf und Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung in immer weitere proletarische Kreise gedrungen ist, so ist auf diesen Gebieten noch genügend zu tun, um den Gedanken fallen lassen zu können, die Maifeier sei überflüssig, wenn man sie nur auf die sozialpolitische Gesetzgebung konzentriere. Der Gegenstand der Tagesordnung, den wir eben verlassen haben (Imperialismus. D. H.), hat zur Genüge gezeigt, daß der Gedanke der Maifeier noch lange nicht erreicht und erfüllt ist. Die Maifeier ist durch die Beschlüsse des Internationalen Kongresses ausgedehnt worden auf die Eroberung des Weltfriedens und auf die Frage der Beseitigung des Wettrüstens. . . . Nach der Auffassung der Parteileitung sollte man deshalb an der Art und Ausführung der Maifeier nicht rütteln. Etwas anders ist es mit dem Beschluß, der auf dem Nürnberger Parteitag gefaßt worden ist. Dieser Beschluß verfolgt die Absicht, von den Parteigenossen, die im Parteidienst sich befinden, den Betrag ihres Arbeitsverdienstes zu verlangen, um ihn in den Fonds abzuführen, der bestimmt ist zur Unterstützung etwaiger Gemaßregelter aus Anlaß der Maifeier. Der Antrag auf dem Nürnberger Parteitag, der

dort die Nummer 90 hatte, lautete: „Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.“ Zahlreiche Parteigenossen sind der Meinung, daß die Erfahrungen, die die Ausführung des eben verlesenen Antrages gebracht hat, nicht dazu angetan sind, den Wert und die Bedeutung der Maifeier zu erhöhen. (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung.) Diese Erfahrungen ergeben vielmehr, daß durch die Ausführung des Antrages Wert und Bedeutung der Maifeier herabgesetzt wurden. (Sehr richtig!) Ja, weite Kreise in der Partei sind sogar der Meinung, *die Fassung des Antrages scheine nur gewählt zu sein, um die Maifeier zu diskreditieren*. Wir haben zu dem diesjährigen Parteitag aus zahlreichen Orten den Antrag zu verzeichnen, den Antrag 90 des Nürnberger Parteitages *aufzuheben*. Der Parteivorstand hat es für seine Pflicht gehalten, aus Anlaß der zahlreich geäußerten Mahnungen Material zusammenzustellen. Wir haben durch Zirkular unsere Bezirksvorstände aufgefordert, sich zu äußern, inwieweit die Anwendung des eben verlesenen Beschlusses Wirkungen auf die Gestaltung der Maifeier ausgeübt hat. Ich kann Ihnen die beschämende Mitteilung machen, daß aus zahlreichen Kreisen, aus zahlreichen Distrikten unsere Bezirksvorstände Auskünfte erteilt haben, die dahin lauten, daß *die übelsten Erfahrungen mit der Ausführung des Nürnberger Beschlusses* gemacht worden sind. Ja, ich darf die Tatsache nicht verhehlen, daß *nur aus einem Bezirk eine ziemlich befriedigende Aeußerung* eingegangen ist, aus allen anderen Bezirken liegt der Bescheid vor, die Erfahrungen, die wir gemacht haben, laufen im großen und ganzen darauf hinaus, daß, wollen wir friedlich und einträchtig nebeneinander arbeiten, innerhalb unserer Parteikreise es nichts Besseres gibt, als den Beschluß 90 des Nürnberger Parteitages *wieder aufzuheben*. (Sehr richtig!) . . . Daraus resultiert der Antrag, der aus Braunschweig, Potsdam und anderen Parteiorten eingegangen ist und der wünscht, nicht den vollen Tagesarbeitsverdienst künftig mehr einzuziehen, sondern gewissermaßen eine Abfindungssumme, 1 Mk. pro Tag für männliche und 50 Pfg. für weibliche Mitglieder. Das ist ein Abfindungssystem, das der Parteigenossen nicht würdig ist. (Sehr richtig!) Andererseits hat man von Angestellten — nicht Parteiangestellten, die wären ja sofort wohl zur Verantwortung von der Partei gezogen worden —, sondern von Gewerkschaftsbeamten, die auch Parteimitglieder sind, der Parteipflicht des Nürnberger Beschlusses dadurch Rechnung zu tragen versucht, daß sie der Meinung Ausdruck gaben, sie seien am 1. Mai nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet gewesen, Arbeit zu leisten, weil das im Interesse der Kollegenschaft gelegen habe. Da sie nun am 1. Mai gearbeitet haben, seien sie auch nicht verpflichtet, den Maifeierbeitrag zu zahlen. Ja, diesen Einwand in allen Ehren, mag hier und da ein Gewerkschaftsangestellter, der auch Parteigenosse ist, am 1. Mai gezwungen gewesen sein, bestimmte Arbeiten zu leisten. Das hätte ihn nicht abhalten sollen, aus Solidaritätsgefühl, aus Pflichtgefühl, um nicht ein schlechtes Beispiel seinen Mitgliedern zu geben (Sehr richtig!), den Pflichtbeitrag zu leisten. Sonst entsteht leicht der Verdacht, der Betreffende habe die Arbeit nur geleistet, um sich von dem Pflichtbeitrag zu drücken. (Sehr richtig!) Der Vorwurf ist auch diesen Genossen nicht erspart geblieben, aber das formale Recht, soweit man davon reden kann, steht auf ihrer Seite. (Hört! hört!) Nun sind eine Anzahl Klagen darüber laut geworden, daß die *Konsumvereinsbeamten* in sehr großer Zahl noch weit mehr als die Gewerkschaftsbeamten von der Verpflichtung zu der Steuerzahlung auf Grund des Nürnberger Beschlusses dadurch befreit worden sind, daß die Konsumvereinsleitung die Anordnung getroffen hat, in diesem Jahre sind am 1. Mai die Läden offen zu halten. (Hört! hört!)

Man mag darüber streiten, ob die Konsumvereinsverwaltung die Anordnung getroffen hat, um ihre Angehörigen in eine bessere, im Wortlaut des Parteitagsbeschlusses entsprechende Situation zu bringen, oder ob die Angestellten der Konsumvereine die Anregung der Leitung gegeben haben. Mag dem sein, wie ihm wolle, ich bin der Meinung, daß die Konsumvereinsleitung, sei es in welchem Parteiorte sie sich befindet, schon auf Grund der Tatsache, daß sie bei jeder Gelegenheit die Unterstützung zur Förderung der Konsumvereinsangelegenheiten durch die Partei fordert, sich von der guten alten Sitte nicht hätte abbringen lassen sollen, ihre Läden am 1. Mai geschlossen zu halten. (Sehr richtig!) Sie hätte diese gute Praxis beibehalten und ihren Angestellten mit gutem Beispiel vorangehen sollen . . . wenn man nicht zur vollen Aufhebung des Beschlusses 90 kommt, dann sollte man ihn nur soweit aufrechterhalten, daß man *nur von den Angestellten der Parteiorganisationen* die Abführung des

Tagesarbeitsverdienstes verlangt. Ich gebe dieser Meinung auch persönlich Ausdruck, um nicht in den Verdacht zu geraten, als ob ich oder ein anderer meiner Kollegen bei der Befürwortung der Aufhebung des Beschlusses 90 von persönlichen Gründen geleitet würde. Jeder Parteiangestellte, der durch das Vertrauen der Partei in eine gesicherte und ausreichende Lebensstellung gekommen ist, hat die Pflicht, solange der Beschluß besteht, seinen Tagesverdienst abzuführen. (Sehr richtig!) Ich gehe noch weiter: Selbst wenn der Beschluß im ganzen vom Parteitage aufgehoben wird, sollte für die Parteiangestellten die moralische Verpflichtung bestehen, den Tagesverdienst abzuführen. (Sehr richtig! Zuruf: Auch die anderen!) Da kann ich nichts sagen. Ich kann nur für diejenigen sprechen, die sich mit Hilfe der Partei in gesicherter Stellung befinden.

Den Anträgen auf Aufhebung des Beschlusses 90 von Nürnberg, die, wie Sie gehört haben, auch nicht gerade die Befürwortung des Parteivorstandes finden, wird aber auch vom Parteivorstand nicht das geringste Hindernis in den Weg gelegt. (Hört hört!) Es erscheint zweckmäßig, um den Parteifrieden zu erhalten, die Anträge auf Aufhebung des Beschlusses 90 anzunehmen. Ich muß noch auf ein Vorkommnis hinweisen. Es haben auch leider ein paar Angestellte unserer Parteigeschäfte — und es waren Redakteure (Hört! hört!) — sich geweigert, den Tagesverdienst abzuführen. (Hört! hört! und Unruhe.) Daß so etwas vorkommen kann innerhalb der sozialdemokratischen Partei, das ist beschämend. (Zustimmung.) Das betrachte ich sogar als einen Parteiskandal. (Zustimmung und Zurufe: Wer war das?) Ich habe nicht die Verpflichtung, die betreffenden Genossen an den Pranger zu stellen. (Zuruf: Es wäre nötig!) Sie dürfen mir keine Daumenschrauben anlegen, das Geheimnis entlocken Sie mir nicht. (Heiterkeit.) Aus der ganzen Stellung, die der Parteivorstand dieser Frage gegenüber einnimmt, werden Sie mir nachfühlen, wenn ich Sie ersuche: Stellen Sie sich den Anträgen auf Aufhebung des Beschlusses 90 freundlich gegenüber. (Hört! hört!) Der Parteivorstand kann Ihnen die Aufhebung nicht empfehlen, das heißt, er tut es nicht, weil er der Meinung ist: Das ist Sache des Parteitages! Da nun derartige Anträge vorliegen, werden Sie wissen, was Sie im Interesse des Friedens und der Einmütigkeit unter den Genossen zu tun haben. . . .“ (S. 434 ff.)

Ryssel-Leipzig:

„Als Mitglied der Beschwerdekommission habe ich den Auftrag erhalten, Ihnen einen speziellen Fall . . . . vorzutragen, da die Beschwerdekommission sich nicht für zuständig hielt, weil eine Beschwerde gegen den Entscheid nicht vorliegt, sondern eine prinzipielle Entscheidung des Beschlusses 90 verlangt wurde. Es handelt sich um drei Beamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden. Sie haben 1911 ihren Tagesverdienst nicht abgeführt, weil sie erklärten, daß sie arbeiten mußten. Das Ausschlußverfahren ist vom Bezirksvorstand abgelehnt worden und den Betreffenden ist eine Rüge erteilt worden, weil sie gearbeitet haben. Nach dem Jenaer Parteitag ist dann nochmals das Ausschlußverfahren inszeniert worden. Das Schiedsgericht hat die Betreffenden nicht ausgeschlossen, sondern hat in seinem Beschluß festgelegt: „Das Schiedsgericht ist trotzdem der Auffassung, daß Beamte der Partei oder der Gewerkschaften, die im Interesse der Partei und der Gewerkschaften nachweisbar am 1. Mai arbeiten mußten, nach dem Antrag 90 des Nürnberger Parteitages verpflichtet sind, ihren Tagesverdienst abzuliefern. (Mit 4 gegen 3 Stimmen.)“ Gegen diesen Absatz wendet sich die Beschwerdeschrift dieser drei Dresdener Genossen. Wir haben in der Kommission die Frage durchgesprochen. Die Beschwerdeführer führten für sich eine Entscheidung des Leipziger Bezirkskomitees an, die gerade das Gegenteil besagt. Da hatte ein Teil der Beamten und Mitglieder des Transportarbeiterverbandes infolge eines Streiks von früh bis spät in die Nacht Streikposten stehen und die Bewegung leiten müssen. Sie haben an die Maifeierkommission eine Anfrage gerichtet, ob sie, obwohl sie arbeiten mußten, unter den Beschluß 90 fallen. Die Kommission hat entschieden, daß nach dem klaren Wortlaut sie nicht zu bezahlen brauchen, weil es sich um eine Arbeit handelte, die nicht in ihrem Ermessen lag und auch nicht auf den folgenden Tag verschoben werden konnte. Auch ich halte es wie Pfannkuch für eine moralische Pflicht der Gewerkschaftsbeamten, den Beitrag abzuführen, auch wenn sie arbeiten müssen; denn gerade im Interesse der Gewerkschaften wird dieser Fonds zusammengetragen. Ich würde Ihnen empfehlen, daß, gleichviel wie der Entscheid über die zukünftige Gestaltung des Beschlusses 90 fällt,

für diese Frage, die ja rückwirkend ist, der Parteitag das formale Recht auch zur Anerkennung bringt. Wir können ganz getrost mit allem Nachdruck aber die moralische Empfindung aussprechen und sagen, daß es die Pflicht dieser Genossen gewesen wäre, zu zahlen, wenn sie auch formell im Rechte waren. Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, damit nicht ein Schiedsgericht so und ein anderes so entscheidet, so daß noch mehr Verwirrung in die Partei kommt. (Beifall.)" (S. 438.)

Lipinski-Leipzig:

„. . . Meine Aufgabe ist, die Anträge auf Aufhebung des Beschlusses 90 zu begründen. Er ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß man nicht Anträge stellen soll, deren Konsequenzen man nicht vorher klargestellt hat. Ein solcher Beschluß ist der Beschluß 90. Der Wortlaut ist ganz unklar, es ist von drei verschiedenen Gruppen von Parteimitgliedern, die erfaßt werden sollen, die Rede. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Parteitag nicht über Leute beschließen kann, die der Partei gar nicht angehören. Also scheiden alle aus, die nicht zur Partei gehören. Die Differenzen unter den Partei- und Gewerkschaftsangestellten über den Beschluß sind geringfügig. Dann wird von „Arbeitern" gesprochen. Was sind das für Arbeiter? Das sind nicht bloß die Arbeiter in den Betrieben der Partei und Genossenschaften, sondern auch die Arbeiter in den Privatbetrieben. Dann kommt eine dritte Gruppe, das sind die, die nicht Angestellte und Arbeiter, sondern Gewerbetreibende sind. Es sind also drei verschiedene Kategorien zusammengeworfen, denen gegenüber nun der Beschluß zur Ausführung gebracht werden soll. Die Unzufriedenheit ist besonders deswegen entstanden, weil bei der Ausführung des Beschlusses und bei der Zahlung Ungleichheiten entstanden sind, weil der eine bezahlen muß und der andere nicht erfaßt werden konnte. . . . Der Beschluß nimmt auch auf die soziale Lage des einzelnen Arbeiters keine Rücksicht, ob er eine starke Familie hat, Krankheit oder Todesfall in der Familie gehabt hat. Wir sind deshalb im Gegensatz zum Wortlaut des Beschlusses dazu gekommen, die soziale Lage des einzelnen zu berücksichtigen, und sie zum Teil von der Bezahlung zu befreien. Dadurch sind nun wieder von neuem Unstimmigkeiten gegen den Beschluß zutage getreten. . . . Das alles würde mich noch nicht zu unseren Anträgen bringen, wenn nicht noch andere Motive vorliegen. Es besteht die Tatsache, daß überall dort, wo man versucht hat, den Beschluß durchzuführen, Streit in den Organisationen entstanden ist. (Hört! hört!) Wir haben aber eine ganze Reihe von Orten, wo man sich um den Beschluß nicht gekümmert hat, und wo man erklärte: Wir haben nicht nur eins, sondern beide Augen zugedrückt. Aber noch etwas Schlimmeres. Gerade infolge des Beschlusses ist die Arbeitsruhe am 1. Mai vermindert worden. Eine Reihe von Genossenschaften, die wir nach dem Beschluß des Internationalen Kongresses und der Parteitage zu unterstützen haben, haben erklärt: wir sind neutral, jetzt machen wir die Bude auf! Das sind Parteigenossen! (Pfannkuch: Aber in Gänsefüßchen!) Tatsächlich wird also eine Verminderung der Arbeitsruhe am 1. Mai herbeigeführt. Ich möchte im Interesse der Partei bitten, alle Anträge abzulehnen, die darauf hinauslaufen, den Nürnberger Beschluß in irgendeiner Form am Leben zu erhalten. (Bravo!) Für die Parteigenossen, die Angestellte sind, gilt die Forderung des Achtstundentages, aber in der Praxis hat der Achtstundentag für sie keine Bedeutung, weil sie das Jahr über eine Reihe von Funktionen übernehmen müssen, die außerhalb ihres Vertrages liegen. (Sehr richtig!) Sie haben eine große Masse von Verantwortung und Arbeit. (Zuruf: Andere Genossen auch!) Vor allem warne ich davor, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Das erzeugt nur Mißtrauen und stärkt die Stimmung, die schon gegen Parteiangestellte besteht. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Nach Prüfung des gesamten Materials hat die Bezirksvertreterkonferenz gemeinsam mit dem Parteivorstand beschlossen, dem Parteitag die Aufhebung des Beschlusses zu empfehlen. Wenn Pfannkuch glaubt, nicht die moralische Verantwortung dafür übernehmen zu können, so verstehe ich das, weil ein Teil der Vorstandsmitglieder Parteiangestellte sind, die unter den Beschluß fallen. Aber wenn man für das Interesse der Partei wirksam eintreten will, so muß man sich über den Gefühlsstandpunkt hinwegsetzen und nach dem Verstand arbeiten. . . . Daß durch die Aufhebung des Beschlusses etwa die Arbeitsruhe beeinträchtigt werden könnte, davon kann keine Rede sein. Man sagt, wenn wir den Beschluß aufheben, dann erkennen wir die Undurchführbarkeit der Arbeitsruhe an. Diese Schlußfolgerung ist falsch. Der Streit ist darüber entstanden, daß durch die mangel-

hafte und fehlerhafte Fassung des Beschlusses der Personenkreis nicht abzugrenzen ist, so daß man eine Personengruppe gegen die andere ausgespielt hat. . . ." (S. 438 ff.)

Ehlers-Lübeck:

„Wir in Lübeck sind stets für die volle Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten. Wir sind aber der Meinung, daß die Maifeier auf die jetzige Weise nicht mehr haltbar ist. (Sehr richtig!) Die Beteiligung ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen (Hört! hört!), die Holzarbeiter, die Metallarbeiter feiern seit Jahren nicht mehr, und da tut es uns leid, wenn wir hinausmarschieren, an den Fabriken vorbei, und sehen müssen, wie unsere Freunde gezwungen sind, zu arbeiten. Von den Kapitalisten wird die Aussperrung angedroht und von den Gewerkschaftsvorständen wird gesagt: Ihr werdet nicht unterstützt. . . . Die jetzige Art der Maifeier, an der sich die Genossen nur beteiligen können, wenn es die Unternehmer gestatten, ist keine würdige, das muß einmal auf dem Internationalen Kongreß zur Sprache kommen. Ich bin für die Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses, aber dann müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen. Es sind in einzelnen Bezirken ganz ungeheure Dinge vorgekommen, manche Genossen haben für ihre eigene Person das, was sie andere lehren, nicht gelten lassen wollen. Wenn Angestellte am 1. Mai gearbeitet haben, so kann man mit gutem Recht sagen, sie haben das nur getan, um Geld zu sparen. (Sehr richtig!) Wir hatten einen Genossen, der von seiner Organisation beauftragt war, einer Gerichtsverhandlung gegen Streikbrecher am 1. Mai beizuwohnen, er lehnte die Abführung des Tagesverdienstes ab und sagte: Ich habe ja gearbeitet. (Hört! hört!) Mit Unlust wird der Tagesverdienst abgeführt, und warum? Weil die Betreffenden wissen, es geschieht ihnen nichts. Den Ausführungen von Lipinski, daß wir auf ihre soziale Stellung Rücksicht nehmen müssen, kann ich mich durchaus nicht anschließen. Würden dieselben Genossen nicht in einem Parteibetrieb beschäftigt sein, so müßten sie doch, sofern sie sich an der Maifeier beteiligen, auch den Tagesverdienst entbehren, und sie hätten dann noch Maßregelungen zu erwarten. Wollten wir auf die sozialen Verhältnisse der einzelnen Rücksicht nehmen, dann müßten wir es auch bei den Arbeitern tun, die wir zur Teilnahme an der Maifeier auffordern. Auf die paar lumpigen Pfennige, von denen Lipinski sprach, kommt es natürlich nicht an, aber die Angestellten sollen ihren Opfermut beweisen. Das ist ein stichhaltiger Grund für die Beibehaltung des Beschlusses." (S. 440 f.)

Hense-Hamburg:

„Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß die von Pfannkuch vertretene Ansicht des Parteivorstandes weder Fleisch noch Fisch ist. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand ist sich darüber einig, daß an der jetzigen Form der Maifeier nichts geändert werden soll, dagegen stellt er die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses dem Parteitage anheim. An der Arbeitsruhe in der heutigen Form will man also festhalten. Wir von der Hamburger Delegation sind der Ueberzeugung, daß, so lange wir die Maifeier in der Form der Arbeitsruhe zu begehen haben, der Nürnberger Beschluß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben muß. (Sehr richtig! bei den Hamburgern.) Alle die von Lipinski und anderen für die Aufhebung des Beschlusses angeführten Gründe können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß mit dem Augenblick, wo der Beschluß aufgehoben wird, die Arbeitsruhe gefallen ist. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Ja, glauben Sie vielleicht, Sie können der großen Masse plausibel machen, daß sie nicht nur am 1. Mai feiern und ihren Arbeitslohn einbüßen sollen, sondern sich auch der Gefahr der Aussperrung aussetzen und überhaupt keine Aussicht mehr haben, wieder in den Betrieb hineinzukommen, wenn wir selbst nicht einmal gewillt sind, einen Tageslohn im Interesse dieser kämpfenden Genossen zu opfern? Wer das glaubt, hat überhaupt noch keine Erfahrungen bei der großen Masse gesammelt. (Sehr richtig!) Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Die Arbeitsruhe, wie sie bisher auf Grund des Wortlauts unserer Beschlüsse gefaßt ist, ist nicht weit her. Wenn nur derjenige feiert, der es ohne wirtschaftliche Schädigung tun kann, dann ist die Demonstration nicht das, was sie sein soll, dann wird sie auf die Gegner keinen Eindruck machen. Wenn Sie aber andererseits an das Gewissen der Genossen appellieren, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, damit wir eine wirkliche Demonstration bekommen, vor der der Gegner Achtung hat, dann müssen

Sie auch mit wirtschaftlichen Schädigungen rechnen. Dann aber dürfen wir Angestellten auf der anderen Seite auch nicht sagen, wir wollen den Tageslohn nicht abführen. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt hier sehr viel auf die Handhabung der Dinge in den einzelnen Orten an. (Sehr wahr!) Ich habe im vorigen Jahre darauf hingewiesen, Sie möchten Ihre Genossen am Ort erziehen und nicht zu Beschlüssen kommen, wie im Vorjahre, wo man dem Nürnberger Beschluß die bekannte Verschärfung gegeben hat. Ich habe damals erklärt, daß wir in Hamburg mit der Ablieferung des Tagesverdienstes ganz gute Erfahrungen gemacht haben, daß zwar die am besten bezahlten Genossen sich zuerst geweigert, sich aber später gefügt haben. In diesem Jahr haben sich mit einer einzigen Ausnahme die Genossen nicht mehr geweigert, den Tagesverdienst abzuführen. Wir haben über 17,500 Mk. einbekommen. Daraus können Sie schließen, daß bei uns im großen ganzen jeder Genosse, gleichviel, ob er in der Partei, in einer Gewerkschaft oder in der Konsumgenossenschaft beschäftigt ist, den Taglohn abgeführt hat. Wir haben bei uns eine ganze Anzahl von Genossen, die in Privatbetrieben tätig sind, von denen wir gar nicht wissen, daß sie am 1. Mai ihren Lohn erhalten, die ihn aber trotzdem abführen. Ich glaube, daß in keinem Orte Deutschlands die Maifeier in würdigerer Form begangen ist als in Hamburg, ich glaube nicht, daß irgendein anderer Ort eine größere Arbeitsruhe zu verzeichnen hat. Aber in dem Augenblick, wo Sie den Nürnberger Beschluß aufheben, wird auch in Hamburg von der Arbeitsruhe keine Rede mehr sein. (Unruhe. Lebhafte Zustimmung bei den Hamburgern.) Ich will ja nicht bestreiten, daß, wenn der Beschluß aufgehoben wird, die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften und auch noch einige andere feiern werden, vielleicht mit viel größerer Hingebung und größerem Interesse als heute. Aber die große Masse der in Privatbetrieben Beschäftigten, die immer gewärtig sein müssen, zehn Tage ausgesperrt zu werden, die locken Sie dann am 1. Mai aus den Betrieben nicht mehr heraus. Wenn Sie das wollen, mir als Person kann es recht sein, aber wenn Sie glauben, daß dann der Beschluß der Arbeitsruhe noch praktischen Wert hat, dann befinden Sie sich auf dem Holzwege. Dann sollten Sie lieber offen erklären, wir haben eingesehen, daß wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht das erreicht haben, was wir erreichen wollten. Stimmen Sie dann lieber dem Antrage auf Vornahme einer Urabstimmung darüber, ob am 1. Mai noch gefeiert werden soll, zu. Ich bin überzeugt, neun Zehntel werden sich für die Aufhebung der Arbeitsruhe erklären. (Zustimmung und Widerspruch.)" (S. 441 f.)

Robert Schmidt:

„. . . Ich habe nicht die Vollmacht, im Namen der Generalkommission zu sprechen. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß ich es in hohem Maße bedauere, wenn Gewerkschaftsangestellte den Verpflichtungen nicht nachkommen, die ihnen der Nürnberger Beschluß auferlegt hat. Solche Beschlüsse zu erfüllen, ist so leicht und erfordert so wenig persönliche Opfer, daß es geradezu deprimierend ist, wenn wir darüber noch reden wollten. (Lebhafter Beifall.) Von den Arbeitern fordern wir, daß sie Opfer bringen, und hier streiten wir uns in kleinlicher Weise darüber, ob wir ein paar lumpige Pfennige abführen sollen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Das ist unwürdig und ist unverständlich auch für die Arbeiter draußen, und das erzeugt die Stimmung, die ich so gern zurückdrängen möchte und die keinen Fuß fassen soll, die darauf hinausläuft, einen Gegensatz zwischen Angestellten und Mitgliedern der Organisation herbeizuführen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, den Antrag anzunehmen, der die Partei- und Gewerkschaftsangestellten verpflichtet, dem Beschluß nachzukommen. Weshalb diese Beschränkung? Weil wir als Partei und Gewerkschaften die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu befolgen haben. Nicht aber haben diese Pflicht die Genossenschafts-, nicht die Krankenkassenangestellten, nicht die Buchdrucker in Parteibetrieben. Sie scheiden aus, wir dagegen nehmen eine Ausnahmestellung ein, wir haben die persönliche Verpflichtung in höherem Maße als jedes andere Parteimitglied. . . ." (S. 442 f.)

Die Debatte wird geschlossen, Vorsitzender Noske teilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses vorliegt, der genügend unterstützt ist. Lipinski widerspricht, weil eine Reihe von Delegierten Partei-

angestellte sind und durch die namentliche Abstimmung neue Streitigkeiten in die einzelnen Wahlkreise hineingetragen würden. Noske weist darauf hin, daß nach § 7 der Geschäftsordnung auf Antrag von 20 Delegierten namentliche Abstimmung stattfinden muß. Im Schlußwort bemerkt Pfannkuch:

„Ich muß mich dagegen wenden, daß gesagt wird, meine Darlegungen seien mir nicht leicht geworden. Ich habe die Stellung des Parteivorstandes klar gezeigt, habe aber nebenbei gesagt, wir sehen der Entscheidung des Parteitages entgegen. Wir hatten am 22. August eine Konferenz der Bezirksvorstände bezw. der Bezirkssekretäre, und da hat unser Berichterstatter gesagt, wir empfehlen der Konferenz, genau zu prüfen, was besser sei, die Aufhebung des Beschlusses oder eine andere Formulierung. Auf der Konferenz ist dann folgender Antrag gestellt und mit großer Mehrheit angenommen worden:

„Die Konferenz hält die Aufhebung des Antrages 90 betreffend Abführung des Tagelohnes für notwendig. Die Schwierigkeiten bei Durchführung des Beschlusses, die Parteischädigung, die ungleiche wirtschaftliche Stellung der von dem Beschluß Betroffenen sowie das Fehlen jeder Kontrollmöglichkeit läßt eine gerechte Durchführung nicht mehr zu."

Das waren die Gründe, aus denen die übergroße Mehrheit sich für die Aufhebung des Beschlusses entschieden hat, und die anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes sind dem beigetreten. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. Sollten Sie ihn ablehnen, dann bitte ich Sie, den Antrag Wels anzunehmen. Hense meint, die Aufhebung des Beschlusses von Nürnberg wäre der Tod der Maifeier. Ich bin der Meinung, daß die Erziehungsarbeit eine so gründliche ist, daß selbst, wenn der von mir soeben verlesene Antrag angenommen wird, die Abführung des Tagesarbeitsverdienstes von Partei- und Gewerkschaftsangestellten ebenso glatt vor sich geht, wie sie bisher in Hamburg vor sich gegangen ist. Dubber schüttelt den Kopf, ja, dann hat er wenig Hoffnung auf die Erfolge der Erziehungsarbeit, an der er selbst jahrzehntelang teilgenommen hat. Ich glaube, er täuscht sich da doch über die Tragweite seiner Tätigkeit. Ich hoffe, daß die Hamburger künftig ebenso gute Resultate erzielen werden, wie bei dem bisherigen Zustand. Ich empfehle Ihnen in erster Linie den Antrag der Landesvorstände, sollte er abgelehnt werden, den Antrag Robert Schmidt." (S. 443 f.)

Wels-Berlin bittet, daß so verfahren werde, daß für den Fall der Aufhebung des Nürnberger Beschlusses trotzdem sein Antrag aufrechterhalten bleiben könne. Ebert schlägt vor, in erster Linie über den Antrag abzustimmen, der eine Einschränkung des Nürnberger Beschlusses enthält (Lebhafte Zurufe: Nein, nein!), und in zweiter Linie, falls der erste Antrag abgelehnt werden sollte, über die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses. (Laute Rufe: Nein! nein!)

Vorsitzender Noske:

„Ich bin überzeugt, daß wir uns diese Geschäftsordnungsdebatte ersparen; es ist unzulässig, anders abzustimmen, als ich vorgeschlagen habe, nämlich zuerst über die Aufhebung."

Molkenbuhr:

„Sobald der Antrag angenommen wird, den Nürnberger Beschluß aufzuheben, ist die Bahn frei und es kann dann der Antrag Robert Schmidt zur Abstimmung kommen, der doch an die Stelle des Nürnberger Beschlusses treten soll. Es kann sowohl der eine Beschluß aufgehoben und der andere gefaßt werden." (S. 444.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag 84 auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses mit 270 gegen 221 Stimmen angenommen.

Es entspinnt sich dann eine sehr ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob über den Antrag Giebel (213) noch abgestimmt werden darf. Dafür sprechen Giebel, Engler-Freiburg, Robert Schmidt, Wels, Moltenbuhr, Richard Fischer, weil viele Delegierte für den Antrag 84 nur gestimmt haben, um nach der Beseitigung des Nürnberger Beschlusses dessen wesentlichen Kern durch den Antrag 213 erst recht zur Geltung zu bringen. Dagegen sprechen Heilmann-Chemnitz, Lipinski-Leipzig. Der Antrag 214 wird zurückgezogen, dafür gehen zwei Anträge ein, die sich mit den Anträgen 213 und 215 decken. Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird auf Vorschlag von Ryssel-Leipzig der Antrag Giebel zur Beschlußfassung dem nächsten Parteitag überwiesen, da der 1. Mai 1913 auf einen Feiertag fällt, die Frage also nicht akut wird. Ebenso wird mit dem zweiten Teil des Antrages 85 und mit dem Antrag 179 verfahren. (Der Parteivorstand verzeichnet **1913** in seinem Bericht die Anträge 85,2, 179, 213, 215 und 217 als dem Parteitag überwiesen. S. 9.) Ueber den Antrag 217 soll bei den Anträgen der Beschwerdekommission verhandelt werden. (Die Anträge 85,1, 86, 188 sind durch die Annahme des Antrages 84 erledigt.)

Schließlich wird noch folgende Erklärung mitgeteilt:

„Die Unterzeichneten erklären:

Wir haben für den Antrag 84, d. h. für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses nur unter der Voraussetzung gestimmt, daß nachher der Antrag Wels-Giebel-Vesper, wonach die Abgabe des Tagesverdienstes am 1. Mai auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften beschränkt werden sollte, zur Abstimmung gelangen werde. Diesem Antrage wünschten wir nach Beseitigung des Nürnberger Beschlusses zur Annahme zu verhelfen."

Hugo Poetzsch, Robert Schmidt, Otto Wels, Boeske, Eugen Brückner, Paul Feller, Elisabeth Röhl, R. Fischer, Albin Mohs, Emil Werner. (S. 450.)

Beim Bericht der Beschwerdekommission ergänzt Limbertz die bei der Maifeier-Debatte gemachten Ausführungen Ryssels über den Fall der drei Dresdener Gewerkschaftsbeamten:

„... Die Dresdener Organisation hat, nachdem die drei Genossen ihren Maibeitrag nicht abgeliefert haben, bei diesen Genossen nicht weiter kassiert und keine Beiträge von ihnen angenommen. Es sind darüber die verschiedensten Beschwerden beim Parteivorstand eingegangen und der Parteivorstand hat die Organisation aufgefordert, weiter zu kassieren bis zum Abschluß des Verfahrens. Einer der drei wollte auch am 1. Mai d. J. seinen Tagesverdienst abführen, aber er erhielt keine Gelegenheit dazu, weil gesagt wurde, er und die anderen seien keine Mitglieder mehr. Die Kommission war darüber einig, daß es eine solche administrative Ausschließung aus der Partei nicht geben kann. Einstimmig ist sie der Meinung, daß dieses Verfahren durchaus zu mißbilligen ist. (Sehr richtig!) (S. 512.)

Vorsitzender Noske:

„Die Kommission beantragt folgendes: „Der Parteitag möge entscheiden, daß Genossen, die am 1. Mai verpflichtet sind, beruflich tätig zu sein, zur Ablieferung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet sind." Der Antrag bezweckt, die noch schwebenden Streitigkeiten wegen des Maibeitrages zu einem Teil aus der Welt zu schaffen."

L i p i n s k i - Leipzig:

„Die Sache muß irgendwie sachlich abgeschlossen werden. Praktisch liegen die Dinge so, daß gegen das Urteil, das auf Ausschluß nicht verfügt hat, Berufung eingelegt worden ist, und zwar wegen der Art der Formulierung. Nun hat das Schiedsgericht entschieden, daß die Genossen an diesem Tage verpflichtet waren, Berufsarbeit zu leisten, daß sie aber auch verpflichtet seien, den Tagesverdienst trotzdem abzuführen, daß sie aber nicht ausgeschlossen werden können, weil sie nicht beharrlich den Beschlüssen zuwider gehandelt haben, sondern nur einmal. Ich halte das Urteil in dieser Formulierung für falsch. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß nach Annahme der Erklärung der Beschwerdekommission in der Berufungssache Haak und Genossen d a s U r t e i l a u f g e h o b e n u n d d a s V e r f a h r e n e i n g e s t e l l t w i r d. Damit ist dann der Zustand eingetreten, daß die Genossen nach wie vor Mitglieder der Partei sind." (S. 512.)

W i r t h - Dresden:

„Die Beschwerdekommission hat Ihnen den Vorschlag gemacht, dem 4. sächsischen Landtagswahlkreis eine Rüge zu erteilen, weil er gegen das Statut der Partei gehandelt hat. Das ist richtig, das wußten wir voraus, aber die Beschwerdekommission hat es nicht für nötig gehalten, die Vertreter des 4. Kreises zu fragen, warum sie die Beiträge nicht kassiert haben. Zunächst möchte ich fragen, wie die Beschwerdekommission dazu kam, die Fälle Haak, Scheffler und Liebe abzutrennen und sie für erledigt zu erklären durch Ryssel. Es wird gesagt, es wäre nur von einer Seite Berufung eingelegt. Das ist eine eigenartige Deduktion. Wenn man mit einem Urteil nicht einverstanden ist, dann legt man doch dagegen Berufung ein. Wir haben beantragt, die drei Genossen auszuschließen. (Zurufe: Wann und wo?) Die Akten sind aus meiner Hand an den Parteivorstand gelangt und sind bis heute noch nicht in meine Hände zurückgelangt.

Bedauerlicherweise wurde auch von Pfannkuch erklärt, daß die drei d a s f o r m a l e R e c h t auf ihrer Seite hätten. Wohin sind wir denn gekommen, daß wir den Genossen beispringen, die nur ein formales Recht haben, wie es bei der bürgerlichen Rechtsprechung ist, wo Verbrecher und Spitzbuben mit dem Aermel am Zuchthaus vorbeistreifen. (Unruhe.) Dann wird es immer gelingen, eine Hintertür zu finden, und wenn man nicht selber geschickt genug ist, dann geht man zu einem Juristen. Ich verstehe Lipinski nicht. Wenn die einen zahlen müssen und die anderen nicht, dann wird die Folge sein, daß diejenigen, die gezahlt haben, auch noch ihr Geld zurückverlangen. (Sehr richtig!) Wenn es nicht G e n o s s e n i n h e r v o r r a g e n d e r S t e l l u n g wären, dann würde man nicht so viel Umstände damit machen. Jetzt will man dem Wahlkreis eine Rüge erteilen. Wir wußten zwar, daß unser Verhalten mit dem Statut nicht übereinstimmte (Hört! hört!), wir wußten aber keinen anderen Weg. Wollen Sie jetzt etwa den Wahlkreis zwingen, Leute in die Organisation zu bringen, die er nicht haben will?" (S. 512 f.)

M ü l l e r (vom Parteivorstand):

„Ich bitte Sie, sich bei der Entscheidung nicht von Stimmungen leiten zu lassen. Sie sollen Recht sprechen. Es kann nach dem Wortlaut des Beschlusses 90 nicht die Rede davon sein, daß jemand, der notwendige Arbeit leisten mußte, gezwungen ist, den Tagesverdienst abzuführen. Trotzdem steht die übergroße Mehrheit der Partei auf dem Standpunkt, daß auch die P a r t e i - u n d G e w e r k s c h a f t s a n g e s t e l l t e n, die wenige Stunden arbeiten müssen, m o r a l i s c h g e b u n d e n wären, den Beitrag abzuführen. Nicht aus materiellen Gründen haben sich in Dresden die drei geweigert, den Beitrag zu zahlen, und als die Frage im Schiedsgericht gestellt wurde, ob die Organisation den Vorwurf erhebe, daß etwa aus Pfennigfuchserei der Beitrag nicht gezahlt wurde, so wurde das von dem Organisationsvertreter nicht behauptet. Die Organisation des 4. sächsischen Wahlkreises ist schuld, daß wir uns seit zwei Jahren mit dieser Frage beschäftigen müssen. Ich lege keinen Wert darauf, daß man der Organisation eine Rüge erteilt. Es ist aber notwendig, daß festgestellt wird, daß Parteigenossen, die nicht ausgeschlossen sind, die Rechte und Pflichten von Parteigenossen haben. Deshalb mußten die Beiträge der drei Genossen nach wie vor kassiert werden. D i e O r g a n i s a t i o n e n

haben sich an das Organisationsstatut zu halten. Sonst haben wir keine Demokratie mehr, sondern die Anarchie. (Sehr richtig!)" (S. 513.)

Ryssel:

„Wir haben uns drei Stunden lang mit dem Aktenmaterial beschäftigt, die Verhältnisse liegen ganz klar. Das Statut gab nicht die Möglichkeit, die drei Genossen auszuschließen. Da hat man es auf administrativem Wege versucht. Das geht doch nicht in der deutschen Sozialdemokratie, das haben wir zu rügen. (Sehr richtig!)" (S. 513.)

Heilmann-Chemnitz:

„Wirth hat hier von Leuten gesprochen, die wie Spitzbuben das Zuchthaus mit dem Aermel gestreift hätten, und die nach einem Ausweg gesucht hätten, um sich um bestimmte Parteitagsbeschlüsse herumzudrücken. In diesem Falle liegt die Sache doch aber vollkommen anders. Es handelt sich nicht um Ausflüchte, sondern um eine vollkommen berechtigte Ablehnung ganz unzulässiger Zumutungen. Wir wissen, daß Haak und seine Kollegen am 1. Mai nicht nur gearbeitet haben, sondern daß sie auch eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit haben. Am 28. und 29. April war die große Aussperrung der Metallarbeiter in Chemnitz zu Ende gegangen und die Einstellungen sollten sich wieder vollziehen. Dabei stellten sich die größten Schwierigkeiten heraus, weil immer wieder Unternehmer versuchten, einzelne unserer Leute zu maßregeln. Deswegen haben den ganzen 1. Mai hindurch Haak und die anderen Genossen aus der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes mit den Unternehmern verhandelt. Sie haben den ganzen Tag eine für die Organisation durchaus notwendige Arbeit verrichtet, und wenn sie das nicht getan hätten, hätten sie ihre Pflicht als Beamte des Metallarbeiterverbandes verletzt. Unter diesen Umständen war die Forderung an sie, daß sie den Maifeierbeitrag entrichten sollten, ganz unberechtigt. Sie hatten das volle Recht, sich dagegen zu wehren. (Sehr richtig!) Wie ist die Sache nun mit dem 4. sächsischen Kreis?

Trotz des Beschlusses des Schiedsgerichts, daß die drei weitere Mitglieder der Organisation seien, hat sich der Kreis geweigert, Beiträge von ihnen entgegenzunehmen. Wirth hat heute erklärt, daß er mit Bewußtsein beharrlich gegen das Parteistatut gehandelt hat. Er sagt, wir brauchen uns nicht an Formalitäten zu halten. Täten wir es, dann könnten wir Wirth heute ausschließen. Er hat allen Grund dazu gegeben. (Sehr richtig!)" (S. 513 f.)

Wirth:

„Heilmann hat versucht, eine Lanze für die drei Genossen zu brechen. Seine Ausführungen stehen aber im Widerspruch mit den Aussagen der drei. Haak wußte nicht, was er am 1. Mai getan hatte, während Liebe in Dresden gewesen war. Sie hätten schon moralisch soviel Verständnis haben müssen und der Partei diesen Skandal ersparen müssen. Wer sie nicht ausschließen will, der billigt indirekt dieses Verhalten. (Oho!-Rufe.)" (S. 514.)

Vorsitzender Noske:

„Die Beschwerdekommission empfiehlt eine Deklaration zu 90, wonach Genossen, die am 1. Mai beruflich tätig sein mußten, zur Ablieferung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet gewesen sind."

Die Deklaration wird abgelehnt.

Vorsitzender Noske teilt weiter mit, daß der Berichterstatter der Beschwerdekommission ihm erklärt habe, daß die Kommission keinen Wert darauf lege, dem 4. sächsischen Kreis eine Rüge auszusprechen. Der Antrag Lipinski hat sich durch die Ablehnung der Deklaration erledigt. Damit ist diese Angelegenheit erledigt. (S. 514.)

Berichterstatter Limbertz berichtet über einen Fall Hannack-Stettin. Hannack hat am 1. Mai 1911 den Tagesverdienst nicht abgeführt, da er angeblich eine dringende Gewerkschaftsarbeit gehabt habe. Er sei wegen tariflicher Streitigkeiten nach Königsberg in der Mark berufen worden. Das Schiedsgericht erkannte an, daß die Arbeit dringlich, aber nicht unaufschiebbar war. Da Hannack im Zweifel über die Dringlichkeit sein konnte, erkannte es nur auf eine Rüge. Die Organisation Stettin verlangt den Ausschluß Hannacks, während Hannack Aufhebung der Rüge beantragt. Die Beschwerdekommission empfiehlt, es bei dem Urteil des Schiedsgerichts zu lassen. Schmid-Stettin verlangt im Namen der Organisation Stettin den Ausschluß Hannacks. Er habe auch in diesem Jahre den Maifeierbeitrag nicht abgeführt. Der Parteitag stimmt dem Antrage der Kommission zu. (S. 514.)

In seinem Referat über den „Internationalen Sozialistenkongreß" bemerkte Molkenbuhr:

„...Nun liegen eine Anzahl Anträge vor, die wünschen, daß wir die Frage der Maifeier ebenfalls auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses setzen sollen, Anträge, die wünschen, daß die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt wird, und ferner ein Antrag, eine Abstimmung darüber stattfinden zu lassen, wie in den verschiedenen Gewerkschaften die Maifeier beurteilt wird, und das Resultat dem Internationalen Kongreß vorzulegen. Die Anträge, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, kommen etwas verspätet, denn ein solcher Antrag, der auch von der deutschen Delegation 1891 auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel gestellt wurde, ist damals abgelehnt worden. Da wurde eigentlich erst die Maifeier geschaffen, und ich glaube, es wird schwer halten, einen Beschluß durchzusetzen, der eine Aenderung im ganzen Charakter der Maifeier herbeiführen soll. Ich möchte deshalb bitten, zu diesem Punkt alle Anträge abzulehnen." (S. 517.)

Antrag 90 wird nicht unterstützt, die Anträge 87, 88, 89 und 189 werden auf Antrag von Simon-Nürnberg mit großer Mehrheit durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Dem Jenaer Parteitag **1913** berichtet der Parteivorstand:

„Die Maifeier fand in diesem Jahre unter ganz außergewöhnlich starker Beteiligung der Genossinnen und Genossen statt, was freilich mit darauf zurückzuführen war, daß der 1. Mai ds. Js. auf einen gesetzlichen Feiertag fiel. In den Jahren, in denen der 1. Mai auf einen Sonntag oder auf einen Feiertag fällt, nimmt die Maifeier leicht zu sehr den Charakter eines Volksfestes an, und dadurch verliert die Maifeier als eine Demonstration gegen die Rüstungs- und Arbeitertrutzpolitik des Klassenstaates an Bedeutung. In diesem Jahre sorgte die gespannte internationale Situation, die monatelang Europa in einen Weltkrieg zu stürzen drohte, und die dem deutschen Volke ein neues Milliardenopfer für den bewaffneten Frieden auferlegte, dafür, daß die Maifeier sich wiederum zu einer wuchtigen Demonstration für den Völkerfrieden und den Arbeiterschutz gestaltete." (S. 27 f.)

„Eine sehr gute Beteiligung der Frauen an der Maifeier wurde im letzten Jahre gemeldet. Diese trat besonders stark hervor in den Orten, die ihre Feier durch einen Demonstrationszug krönten. Als besondere Frauengruppen der Partei und Gewerkschaften nahmen sie teil." (S. 15.)

Diesem Parteitag lagen zur Maifeier-Frage außer den Anträgen, die der vorige Parteitag überwiesen hatte, die Anträge 58—74 und 89 vor. Sie verlangen fast alle die Abführung eines Tagesverdienstes an den Maifonds. Antrag 58 (Parteivorstand) lautet:

„Dem Beschluß des Leipziger Parteitags vom Jahre 1909, der die Regelung der Maifeier und die Ansammlung eines Maifeierfonds anordnet, fügt der Parteitag in Jena folgende Erklärung hinzu:

Der Parteitag erwartet von den in Bureaus und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angestellten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Maifeier bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern."

Das Referat hielt Ebert:

„Ich werde mich mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf das Allernotwendigste beschränken müssen. Ich will deshalb direkt anknüpfen an unsere vorjährigen Verhandlungen über diesen Gegenstand. Sie haben sich bekanntlich fast ausschließlich mit der Frage der Abführung des Tagelohnes beschäftigt. Erhebend waren sie nicht. Die peinlichen Zwischenfälle, die sich bei der Abstimmung abgespielt haben, haben sogar recht niederdrückend gewirkt. Es ist infolgedessen im vergangenen Jahre nicht zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit gekommen. Wohl ist in namentlicher Abstimmung der Nürnberger Beschluß mit 270 gegen 211 Stimmen aufgehoben worden. Der Antrag 213 Schmidt, Giebel und Genossen, der die Abführung des Tagesverdienstes auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften beschränken wollte, kam aber nicht mehr zur Abstimmung, obwohl nur unter dieser Voraussetzung der größte Teil der Anhänger dieses Antrages vorher für Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gestimmt hatte. Der Parteitag hat schließlich die Anträge 213 und 179 sowie 85 Abs. 2 dem diesjährigen Parteitag zur Erledigung übergeben. Parteivorstand und Ausschuß haben sich im Laufe des letzten Jahres wiederholt mit dieser Sache beschäftigt. Sie haben sich dabei von der Absicht leiten lassen, die Maifeier möglichst zu befreien von den deprimierenden Streitigkeiten über die Lohnabführung. Wir haben uns weiter leiten lassen von dem Gedanken, die Sache so vorzubereiten, daß sie auf diesem Parteitag eine möglichst glatte Erledigung finden kann. Das Resultat unserer Beratungen war der vorliegende Antrag 58. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften steht auf dem Boden dieses Antrages.

... Nach vielen Klagen der Organisationen, daß der Nürnberger Beschluß undurchführbar sei, hat der Parteivorstand eine Umfrage bei den Organisationsleitungen veranstaltet, die ergeben hat, daß fast überall, wo versucht wurde, den Beschluß ernsthaft durchzuführen, die allergrößten Schwierigkeiten entstanden; Schwierigkeiten, die teilweise das ganze Parteileben erschüttert haben. Die Organisationen der großen Orte sind gar nicht in der Lage, festzustellen, welche Arbeiter feiern und keinen Lohnausfall haben. Denn der Beschluß bezieht sich ja nicht nur auf die Arbeiter der Partei- und Gewerkschaftsbetriebe, sondern auch auf die Arbeiter der Genossenschafts- und der Privatbetriebe. Da fehlt uns jede Kontrollmöglichkeit. Daran hat auch die vor zwei Jahren auf dem Parteitag herbeigeführte Verschärfung des Nürnberger Beschlusses nichts geändert. Im Gegenteil, mit dieser Dr.-Eisenbart-Kur sind die Zustände nur noch verschlimmert worden. Das war ja auch die ausgesprochene Absicht derjenigen, die damals die Verschärfung des Beschlusses herbeigeführt haben. Die Folge war, daß sich die Ausschlußanträge geradezu angehäuft haben. Ein einziger Bezirksvorstand hat sich allein mit 82 Ausschlußanträgen wegen dieser Angelegenheit zu beschäftigen gehabt. (Hört! hört!) Und aus dem diesjährigen Bericht ersehen Sie, daß die Hälfte der Ausschlußanträge durch die Nichtabführung des Tagelohnes bei der Maifeier entstanden ist. Aus der Umfrage geht auch hervor, daß eine ganze Anzahl Bezirke davon absah, den Antrag ernstlich durchzuführen, weil sie fürchteten, einen erheblichen Teil der in Betracht kommenden Arbeiter ausschließen zu müssen. Vielfach ist die Durchführung auch gescheitert an den wirtschaftlichen Verhältnissen der in Betracht kommenden Arbeiter. Wenn Krankheit in der Familie herrscht, oder wenn der Arbeiter vorher arbeitslos war, oder bei Arbeitern mit großer Kinderzahl war es einfach unmöglich, einen ganzen Tagesverdienst abzuführen. Denken Sie an die Witwen, die erwerbstätig sind und die Ernährer ihrer Kinder sind, denken Sie an die Arbeiterinnen, die für den Unterhalt ihrer Eltern sorgen müssen. Man hat da wohl Ausnahmebestimmungen geschaffen, aber wenn man erst

dieses Gebiet betritt, dann entsteht die Frage: wo fängt man an und wo hört man auf.

Sehr große Schwierigkeiten machte uns auch das technische Personal unserer Parteibetriebe. Nach dem Buchdruckertarif muß für gesetzliche Feiertage oder für solche, die vom Arbeitgeber angeordnet werden, der Lohn bezahlt werden. Auf diese Bestimmung des Buchdruckertarifs berief sich fast überall das technische Personal. Die Gegenmaßnahmen der Parteiorganisationen, selbst Ausschlußanträge, vermochten hier nichts zu ändern. Hätten wir weiteres gegen das Personal unternommen, dann wären wir auf den Weg der tariflichen Differenzen geraten, ein Weg, den die Partei nicht betreten kann. Auch bei den Angestellten der Genossenschaften und Krankenkassen sind große Schwierigkeiten entstanden. Wir haben auf diese Körperschaften keinen direkten Einfluß, und anderseits wirken sie bei der Festsetzung der Maifeier nicht mit. Mehrfach ist es sogar vorgekommen, daß solche Körperschaften, wenn die Durchführung des Nürnberger Beschlusses verlangt wurde, von der Arbeitsruhe abgesehen haben. (Hört! hört!) Das ist höchst bedauerlich und aufs schärfste zu verurteilen, aber es ist eine Tatsache, die uns von einer ganzen Anzahl von Bezirken berichtet worden, mit der wir also wohl oder übel zu rechnen haben. (Sehr richtig!)

Wir haben deshalb im Interesse der Partei und der Maifeier es für dringend geboten gehalten, künftig die Abführung des Tagelohnes nur noch auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften zu beschränken. (Sehr richtig!) ... Wenn bisher bedauerlicherweise von einigen Gewerkschaftlern der Durchführung des Beschlusses Schwierigkeiten gemacht worden sind, so muß in Betracht gezogen werden, daß sie sich darauf beriefen, der Beschluß sei einseitig von der Partei ohne Mitwirkung der Gewerkschaften festgesetzt und für sie daher nicht bindend. Das kann nun nicht mehr geltend gemacht werden. Unser Antrag hat die Zustimmung der Generalkommission. Sie hat uns erklärt, selbst ihren Einfluß einzusetzen, damit der Antrag glatt zur Durchführung gelange. Wir zweifeln nicht, daß uns das gelingt...

Der Wortlaut unseres Antrages ist klar und unzweideutig. Selbstverständlich bezieht er sich nicht allein auf Parteigenossen, sondern auf Parteigenossinnen, und unter dem Begriff „Bureaus" sollen freilich auch Zeitungsexpeditionen, Buchhandlungen und ähnliche Institutionen verstanden werden. Unter der Bezeichnung „In Bureaus angestellte Parteigenossen" verstehen wir auch im Außendienst tätige Genossen, z. B. Akquisiteure und Beitragskassierer. Wirtschaftlich schlecht gestellte Personen, wie Laufburschen, im Nebenberuf tätige Reinmachefrauen, Zeitungsausträgerinnen, sollen von unserem Beschluß nicht getroffen werden...

Der Vorschlag wird von zwei Seiten angegriffen, und zwar zunächst von denen, die den Nürnberger Beschluß völlig beseitigen wollen. Ein solcher Beschluß würde draußen große Mißstimmung auslösen. Er würde einen recht unangenehmen Ausklang unseres Parteitages bilden. (Lebhafte Zustimmung.) Da muß ich die Parteigenossen dringend bitten, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. (Beifall.) Die andere Seite, die unseren Beschluß angreift, sind diejenigen, die den Nürnberger Beschluß voll aufrecht erhalten wollen. Das Entscheidende der Differenz zwischen uns und dieser Gruppe ist im Grunde genommen nur ein gewisser Ausfall von Einnahmen für die Maifeierfonds. Nach den Berichten beträgt die Gesamteinnahme der Maifeierfonds etwa 400 000 M. Die Beiträge für Abführung des Tagelohnes bilden vielleicht 20 Prozent der Gesamteinnahme. Wenn Sie berücksichtigen, daß auch nach unserem Antrag ein erheblicher Teil dieser Einnahmen erhalten bleibt, dann werden Sie zugeben, daß der Ausfall an Einnahmen wirklich nicht so bedeutend ist, daß wir deswegen die großen Schwierigkeiten, die wir in der Organisation haben, weiterschleppen sollten. Ich bitte Sie deshalb recht dringend, unserem Antrage zuzustimmen und alle übrigen Anträge, die sich mit der Abführung des Tagelohns beschäftigen, abzulehnen. (Beifall.)

... Es wäre lediglich zu erörtern, ob auf dem internationalen Kongreß im nächsten Jahre die deutsche Delegation zur Arbeitsruhe eine andere Stellung einnehmen soll als bisher. Ueber diese Frage hat sich im vergangenen Jahre Molkenbuhr geäußert. Er hat erklärt, der Parteivorstand stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai beibehalten

werden solle. Das ist auch heute noch die einmütige Auffassung des Parteivorstandes. Wir haben uns in diesen Tagen eingehend unterhalten über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit von Massenaktionen. Die Maidemonstration ist eine Aktion, die ihrem ganzen Wesen nach am besten geeignet sein muß, bei den Massen Begeisterung und Entschlossenheit auszulösen. Sie gilt den Forderungen des proletarischen Klassenkampfes. Neben der Forderung des wirksamen Schutzes der menschlichen Arbeitskraft gegen kapitalistische Ausbeutung und Verwüstung gilt es einzutreten für die politische Gleichberechtigung, zu protestieren gegen den kulturfeindlichen Militarismus und den männermordenden Krieg. Die Gefährdung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, der Stillstand der Sozialpolitik, die Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preußen und der immer beutegieriger auftretende Imperialismus geben der Maidemonstration des deutschen Proletariats neuen Inhalt und neue Kraft. (Sehr richtig!) Eine Abschwächung der Maifeier gerade in dieser Situation wäre ein Zurückweichen, das von unseren Parteigenossen nicht verstanden würde. (Sehr richtig!) Den Treibereien der Scharfmacher und Rüstungsfanatiker muß mit steigender Wucht die Solidarität der Arbeiter aller Länder gegenübergestellt werden, dazu gibt die Maidemonstration die beste Gelegenheit. Wenn der internationale Kongreß im nächsten Jahre zusammentritt, sind 25 Jahre verflossen, seitdem die neue Internationale entstand, die als mächtiger Bund des Sozialismus die Länder des Erdballs umspannt. Auf jener imposanten Tagung vor 25 Jahren wurde die Maifeier geschaffen, die seitdem mächtig die Propagierung unserer Klassenforderungen gefördert hat. Ich glaube, niemand auf diesem Jubiläumskongreß wird Neigung haben, den Charakter der Maidemonstration abzuschwächen. Ich bitte Sie daher dringend, alle Anträge, die dahin zielen, abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 517 ff.)

Fries-Köln:

„Der Magdeburger Antrag 72 verlangt, daß am 1. Mai die Referenten keine Entschädigung, sondern nur die Erstattung ihrer direkten Unkosten erhalten. So sehr ich diesen Antrag begrüße, so zweifle ich doch an seiner Durchführbarkeit. Wir haben einen Wahlkreis, der dasselbe schon beschlossen hatte, aber die Folge war, daß die Angestellten, die wir als Referenten brauchten, einfach streikten. (Zuruf: „Schöne Sozialdemokraten!" — Pfuirufe.) Ich kann Ihnen den Beweis dafür erbringen. Der Antrag des Vorstandes, der die Abführung des Tagesverdienstes seitens der Gewerkschaftsangestellten und Parteibeamten am 1. Mai betrifft, ist mir zwar sympathisch, aber ich kann ihm nicht zustimmen, weil er nichts Festes bringt. Es heißt nur, „es wird erwartet", daß sie den Verdienst abführen. Das ist schon früher ausgesprochen worden, aber es ist nicht geschehen. Ich fürchte, auch der neue Antrag wird nur zu Reibereien führen. Die Erklärung des Genossen Ebert könnte den Antrag ja schmackhafter machen, aber ich würde wünschen, daß auch die Generalkommission der Gewerkschaften eine Erklärung im gleichen Sinne für die Gewerkschaftsangestellten abgeben würde. Die Leute sollen doch beweisen, daß sie wirklich Kulturpioniere des Sozialismus sind... Als ich mich zum Wort meldete, wünschte ich die Gabe der freien Rede so zu besitzen, daß ich Ihnen zeigen könnte, wie die Massen der Arbeiter im Lande denken. Die Mißstimmung zwischen Arbeiter und Angestellten ist vorhanden. Wer sie leugnet, hat keine Fühlung mit den Arbeitern. (Sehr richtig!) Wollen Sie den ersten großen Schritt zur Beseitigung dieser Mißstimmung tun, dann beschließen Sie einstimmig die Abführung des Tagesverdienstes der Angestellten von Partei und Gewerkschaften am 1. Mai. Beweisen Sie, daß Sie das sind, was Sie sein sollen, die Kulturpioniere der sozialistischen Bewegung! (Beifall.)" (S. 520 f.)

Klingler-Berlin:

„Eine ganze Reihe von Anträgen zur Maifeier verlangt die Wiederherstellung des auf dem letzten Parteitag aufgehobenen sogenannten Nürnberger Beschlusses. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Parteitag am besten täte, wenn er diesen Beschluß wiederherstellt. (Sehr richtig!) Als ich im vorigen Jahre von der Aufhebung dieses Beschlusses las, hatte ich das Gefühl, als wenn ich einen Faustschlag ins Gesicht erhielte. Viele andere Genossen werden

dasselbe Gefühl gehabt haben. Viele sagen, der Nürnberger Beschluß sei für die davon Betroffenen eine Ausnahmebestimmung. Er beseitigt aber im Gegenteil eine Ausnahme. Die Arbeiter und Angestellten der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften befinden sich doch bei der Maifeier in einer bevorzugten Stellung, und es ist nur gerecht, wenn sie einen kleinen Betrag abführen zugunsten derjenigen, die wegen der Maifeier gemaßregelt werden. Ein großer Teil dieser im Dienste der Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter und Angestellten wird die Wiederherstellung des Nürnberger Beschlusses auch begrüßen, denn heute wird ihnen oft gesagt: Ihr habt gut feiern, Ihr braucht keine Angst vor Maßregelung zu haben, und der Tag wird Euch bezahlt. Das würde aufhören mit der Wiederherstellung des Nürnberger Beschlusses. Alle diejenigen, die sich weigern, diesem Beschluß nachzukommen, beweisen damit, daß ihnen alles abgeht, was man von einem Sozialdemokraten verlangen kann. (Sehr richtig!) Und die Partei verliert gar nichts, wenn diese Verweigerer der paar Pfennige einfach aus der Partei gestrichen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verlieren dabei nichts als die Beiträge dieser Personen. Wenn der Parteitag den Nürnberger Beschluß nicht wiederherstellt, dann können wir versichert sein, daß uns der Vorwurf gemacht wird, die Sozialdemokratie hätte damit dokumentiert, daß keine Ideale bei ihr vorhanden sind. Wenn wir solche Vorwürfe vermeiden wollen, dann müssen wir den Nürnberger Beschluß wiederherstellen, und wenn möglich mit Einstimmigkeit. (Bravo!)" (S. 521.)

Fischer-Hannover:

„... Ich bitte Sie, nun endlich einmal definitiv Schluß zu machen mit dieser Sache. Lehnen Sie alle Anträge ab, das ist das beste, und am konsequentesten wäre es, wenn man auch den Antrag des Parteivorstandes ablehnen würde. Nun noch ein paar Worte zur Maifeier selbst. Die Entwicklung, die die Maifeier genommen hat, findet die Sympathie nicht eines einzigen Parteigenossen. Alle ohne Ausnahme sind der Meinung, daß die Entwicklung nicht so erfolgt ist, wie wir erhofften. (Zurufe: „Aber warum?") Die Arbeitsruhe am 1. Mai bietet jetzt ein eigentümliches Bild. Nur wenige sieht man, die gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, und die dennoch feiern. Auf diesem Gebiete haben wir wenig Erfolg zu verzeichnen, und der Zustand ist ein betrübender. (Zuruf: „Ihr habt sie totgeredet!") Entweder wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, daß der 1. Mai wirklich ein Ruhetag aller Arbeiter wird (dann wird auch denen Rechnung getragen, die so sehr für den Massenstreik schwärmen), das wäre dann ja ein Tag, an dem wirklich die Massen die Arbeit verweigern, oder aber, wenn man das nicht durchsetzen kann, dann sollten wir mit der Maifeier in der heutigen Form überhaupt ein Ende machen. Ueber kurz oder lang muß man sich dazu doch verstehen. Wenn wir aber einsehen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai sich nicht verwirklichen läßt, sollten wir uns dann darauf beschränken, daß der 1. Mai ein Demonstrationstag wird, an dem wir Abendversammlungen für unsere Forderungen veranstalten. (Zurufe.) Einer dieser Wege wird für die Zukunft nur gangbar sein, entweder so oder so, aber mit dem heutigen Zustand muß Schluß gemacht werden. Wir haben ja jetzt die Handhabe dazu. Im nächsten Jahre ist der internationale Kongreß in Wien, und dort kann die deutsche Delegation die Sache klären und ventilieren. Unerfreulich ist es, zu sehen, wie das große Ideal der Maifeier verhunzt worden ist. (Sehr richtig! und Zuruf: Durch die Flaumacher!) Also machen wir ein Ende damit. (Beifall und Widerspruch.)" (S. 521 f.)

Große-Hamburg:

„... Die Schwierigkeiten liegen vornehmlich darin, daß für die Opfer der Maifeier die Unterstützung eingeführt worden ist und daß durch Parteitagsbeschluß Fonds dafür angesammelt werden sollen. Diese Fonds können nur dadurch angesammelt werden, daß alle diejenigen, welche am 1. Mai keinen Lohnausfall erleiden, dazu beitragen. Wenn das aber in das Belieben jedes einzelnen gestellt wird, dann werden wir nicht die Beiträge bekommen, um die Opfer der Maifeier zu entschädigen. Wir in Hamburg wünschen einen bestimmten Beschluß, auf den wir uns bei der Erhebung der Beiträge stützen können. Wir haben 1911 über 100 000 M. für die Opfer der Maifeier ausgeben müssen, und da kann es uns nicht einerlei sein,

ob die Einnahme von 18 000 M. durch die Beiträge von dem Belieben der einzelnen Genossen abhängen soll. Wir in Hamburg haben bei der Einziehung dieser Beiträge keine Schwierigkeiten gehabt. Das kann uns aber nicht bestimmen, hier einen Beschluß zu fassen, der weder Fisch noch Fleisch ist. Als der Nürnberger Beschluß im vorigen Jahre aufgehoben wurde, waren es die Angestellten, die im Mittelpunkt der Erörterung standen. Ich will hier keine scharfen Worte gebrauchen. Wenn man aber jahrelang in der Arbeiterbewegung angestellt ist und seine Pflicht getan hat, wie es in Hamburg schon vor der Einführung des Nürnberger Beschlusses war, so ist es ein unhaltbarer Zustand, wenn man sich dann in den Versammlungen noch beschimpfen lassen muß. Durch den Nürnberger Beschluß und durch die Einführung der Maifeierunterstützung ist die Maifeier eigentlich nicht mehr das, was sie ursprünglich gewesen ist. (Sehr richtig!) Verzeihen Sie das harte Wort, wenn man aber für die Maifeier früher alles mögliche getan hat und dann sieht, wie sie sich entwickelt hat, so kann es einem leid werden, auf die Dauer noch für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. (Zustimmung und Widerspruch.) In früheren Beschlüssen ist gesagt worden, daß derjenige feiern soll, der es ohne Schädigung tun kann. Mit einem solchen Beschluß kommen wir auf die Dauer nicht aus. Man muß die Arbeitsruhe erweitern, um dadurch den Zwang auf die Arbeitgeber auszuüben, daß sie den 1. Mai freigeben, sonst hat die ganze Demonstration überhaupt keinen Sinn. Das erfordert natürlich auch Opfer, nicht allein der Ausfall an Tagelohn ist dabei zu berücksichtigen, sondern wir müssen damit rechnen, daß, wie in Hamburg, jedes Jahr zehn Tage ausgesperrt wird, wir müssen auch den großen Ausfall an Akkordlöhnen berücksichtigen. Dadurch werden den Arbeitern Opfer aufgebürdet, die wir gar nicht zu entschädigen in der Lage sind. Wenn solche Opfer gebracht werden, dann ist es ganz natürlich, daß diejenigen, die keinen Schaden durch die Maifeier haben, ihren Obolus zugunsten der Geschädigten opfern. Es ist aber notwendig, daß dazu ein positiver Beschluß gefaßt wird, denn die Beiträge können nicht entbehrt werden. Wenn Ebert erklärt, daß der Parteivorstand festhält an der Arbeitsruhe für den 1. Mai, so bedeutet das für uns, daß wir künftig mit größerem Nachdruck für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten müssen und daß im nächsten Jahre auf dem internationalen Kongreß an der bisherigen Form der Maifeier nichts geändert werden darf. Wir werden aber auch zu festeren Beschlüssen kommen müssen, um die Opfer des 1. Mai unterstützen zu können, ob wir den jetzigen ungewissen Zustand zu einem dauernden machen können, erscheint mir sehr fraglich. Wir wissen, daß die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai eigentlich nur in Deutschland konsequent erfolgt ist. Deshalb glaube ich auch, daß der Vorstand es sich noch einmal überlegen wird, ob auf dem Internationalen Kongreß in der Form der Maifeier nicht eine Aenderung geschaffen werden kann. Ich bin auch überzeugt, daß alles, was uns bewegt am 1. Mai, auch ohne Arbeitsruhe öffentlich zum Ausdruck gebracht werden kann. (Sehr richtig!) Ich will mich nicht verbreiten darüber, ob es angebracht ist, einen Antrag zum internationalen Kongreß vorzubereiten, aber ich möchte Sie bitten, daß wir mindestens diejenigen, die keinen Lohnausfall haben, verpflichten, den Tagelohn zu opfern für die Unterstützung der Geschädigten. (Beifall.)" (S. 522 f.)

Vorsitzender Bock:

„Es ist ein Antrag Beims-Magdeburg eingegangen, im Antrag 58 hinter den Worten „Parteigenossen" einzufügen: „Sobald sie mehr als 2000 M. Jahresgehalt beziehen." (Unruhe.) . . ." (S. 523.)

Ebert (Schlußwort):

„Es ist in der Debatte bemängelt worden, daß unser Antrag nicht in positive Form gekleidet ist. Ich habe aber bereits erklärt, daß der Parteivorstand der Auffassung ist, daß die Parteiorganisationen auf Grund des Organisationsstatuts auch bei dieser Form des Antrages Mittel und Wege genug haben, um das Erforderliche für die Durchführung des Antrages veranlassen zu können. Ein Redner hat vermißt, daß nicht auch eine ähnliche Erklärung von der Generalkommission vorliege. Ich habe in meinen Ausführungen schon zu verstehen gegeben, daß diese Erklärung der Generalkommission bereits vorhanden ist. Die Generalkommission war

immer der Auffassung, daß die Beschlüsse des Parteitages von den in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen zu beachten sind. Ich kann weiter erklären, daß die Generalkommission auch in bezug auf unseren vorliegenden Antrag dieser Ansicht ist ..." (S. 523 f.)

Die Anträge 66 bis 74 werden abgelehnt. Das Amendement Beims wird abgelehnt. Antrag 58 wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind alle übrigen Anträge erledigt.

Auch dieser Parteitag hatte sich mit einigen Fällen zu beschäftigen, in denen durch Nichtabführung des Tagesverdienstes Streitigkeiten entstanden waren. (S. 531.)

Mandatsprüfungskommission.

In Magdeburg **1910** wurden auf Vorschlag von Leopold-Zeitz in die Mandatsprüfungskommission gewählt: Linchen Baumann-Hamburg, Fischer-Hannover, Grunert-Chemnitz, Leid-Berlin, Lippold-Eisenach, Stubbe-Hamburg, Vogel-Nürnberg, Wittich-Frankfurt a. M., Vogt-München.

Es lagen Proteste vor gegen die Wahl von Hänisch und Schöbel (Dortmund) und von Willy Grütz und Rosa Luxemburg (Lennep-Remscheid-Mettmann). Alle vier Mandate werden für gültig erklärt, die letzten beiden gegen den Antrag der Mandatsprüfungskommission, nachdem Faure-Remscheid, Stadthagen, Dröner-Elberfeld, Limbertz-Essen und Dittmann-Solingen für die Gültigkeit gesprochen hatten. (S. 234 ff.)

In Jena **1911** werden auf Vorschlag von Dr. Laufenberg-Hamburg gewählt: Bühler-Niederbarnim, Paul Hoffmann-Hamburg, Kinkel-Göppingen, Kniericm-München, Landsberg-Magdeburg, Ludwig-Hagen, Frau Matschke-Berlin, Poller-Kiel, Schrader-Hannover.

Es liegt ein Protest vor gegen die Wahl der Delegierten im ersten württembergischen Wahlkreise Stuttgart-Stadt und Stuttgart-Land. Hoffmann-Hamburg berichtet eingehend über die Vorgänge. In der lebhaften Debatte sprechen Dr. Liebknecht, Stadthagen, Landsberg-Magdeburg, Ludwig-Hagen, Dr. Frank-Mannheim, Dittmann-Solingen. Schließlich werden, gemäß dem Antrage der Kommission, die Mandate von Hildebrand, Rapp, Sämann und Frau Duncker für gültig, das von Westmeyer für ungültig erklärt. (S. 301 ff.)

Der Chemnitzer Parteitag **1912** wählt in die Mandatsprüfungskommission auf Antrag von Schmitt-München: Kirch-Ottensen, Blume-Hamburg, Drescher-Elberfeld, Giermann-Nürnberg, Strobel-Mannheim, Lorenz-Reinickendorf, Frau Bollmann-Halberstadt, Scheib-Leipzig, Sänger-München.

Gemäß den Kommissionsanträgen wird der Protest gegen die Wahl von Kirch (6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis) verworfen. Die Wahl von Theuerjahr (Köthen) wird entgegen dem Antrage der Kommission für gültig erklärt. Das Mandat von Buchwieser (Augsburg), der statt des gewählten, aber verhinderten Rollwagen vom Kreisausschuß zum Delegierten ernannt worden war, wird gemäß dem Kommissionsantrage für ungültig erklärt. (S. 294 ff.)

In Jena 1913 werden auf Vorschlag von Dißmann-Frankfurt a. M. in die Mandatsprüfungskommission gewählt: Blume-Hamburg, Graupe-Zwickau, Hörsing-Beuthen, Frau Kaßner-Magdeburg, Roßmann-Ulm, Schadow-Kottbus, Seel-Mainz, Sollmann-Köln und Wedemeyer-Göttingen.

Die beanstandeten Mandate von Hüneke (Lehe) und Sprenger (Kornwestheim) werden für gültig erklärt. (S. 365.)

Blume erklärt noch:

„Ich habe dann noch einige Wünsche gegenüber dem Parteivorstand im Auftrage der Kommission vorzubringen. Wir haben bei dem eingesammelten Material insofern bittere Erfahrungen machen müssen, als die jetzigen Formulare keineswegs für die Zusammenstellung der Liste geeignet sind. Es fehlt darin die Angabe darüber, wo der Delegierte wohnt. So haben wir vielfach erst nach dem Betreffenden suchen müssen, um seine Wohnung zu ermitteln. Also die Mandatsformulare sollten für das nächste Mal praktischer gestaltet werden. (Zuruf vom Parteivorstand: Wird gemacht!) Ferner sollte das Formular von allen Teilnehmern des Parteitags, auch von den Reichstagsabgeordneten ausgefüllt werden. Das würde uns die Arbeit der richtigen Zusammenstellung der Liste wesentlich erleichtern." (S. 367.)

Marokko.

Die Reichstagsfraktion berichtete dem Magdeburger Parteitag 1910 über den „Mannesmann-Rummel":

„Der Staatssekretär des Aeußeren hatte sich gegen heftige Angriffe zu wehren, die von bürgerlichen Rednern gegen ihn erhoben wurden, weil er angeblich wichtige Interessen der deutschen Industriellen Gebrüder Mannesmann an reichen Erzlagern in Marokko, auf die sie durch ein Abkommen mit dem Sultan Anrecht erworben haben wollen, zugunsten einer französischen Gruppe preisgegeben habe. In der Budgetkommission haben dann lange Debatten über die Mannesmann-Affäre stattgefunden, die damit endeten, daß von der großen Mehrheit das Verhalten des auswärtigen Amts, das ein Schiedsgerichtsverfahren anstrebt, gebilligt wurde. Bei der zweiten Lesung des Etats hielt Abgeordneter Scheidemann der bürgerlichen Mehrheit vor, daß es ihre Schuld sei, wenn die fortgesetzten Klagen über die Leitung der auswärtigen Politik erfolglos blieben. Die Mehrheit habe die Pflicht, es besser zu machen. „Nur Schwächlinge klagen unausgesetzt über Dinge, die sie ändern könnten, wie sie wollten." Protest zu erheben sei gegen die häufige Säbelrasselei. „Wenn gegenüber der klugen Diplomatie des Auslandes die Diplomatie der gesträubten Schnurrbartspitzen genützt hätte, dann hätten wir glänzende Erfolge erzielen müssen. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben kläglichen Schiffbruch mit der Diplomatie der eisengepanzerten Faust gelitten." Auch die auswärtige Politik solle im Interesse kapitalistischer Klüngel geführt werden. Das habe die monatelange Hetze gegen den Staatssekretär von Schön erneut gelehrt. „In der Mannesmann-Affäre ist jetzt ein Debacle erfolgt, ein Zusammenbruch des ganzen Drums und Drans, das um diese Affäre herum gemacht worden ist, wie es kläglicher nicht hätte eintreten können." Monatelang sei die sogenannte nationale Presse von den Interessenten bearbeitet worden, das deutsche Volk über diese Affäre belogen worden, daß sich die Balken hätten biegen können. Das Tollste war, daß gefordert worden sei, für die Interessen der Gebrüder Mannesmann vier Millionen Bajonette in Bewegung zu setzen. Der Redner schilderte dann, wie die Herren Mannesmann, die finanzielle Notlage des Sultans ausnützend, große Sonderrechte an Minenkonzessionen in Marokko zu erlangen gesucht haben. Von nationalen Interessen dabei zu reden, sei nicht angebracht, weil die Gebrüder Mannesmann aus einer Monopolstellung ganz so wie Krupp würden den höchsten Nutzen zu ziehen suchen. Die Streitfrage gehöre vor ein Schiedsgericht. Scheidemann gab der Hoffnung Ausdruck, „daß alle Versuche, den erledigten deutsch-französischen Marokkostreit von neuem

zu beleben und unser Verhältnis zu Frankreich von neuem zu trüben, fehlschlagen möchten. Wir wollen den Tag erleben, wo wir jenseits und die Franzosen diesseits der Vogesen keinen Feind mehr sehen." Mit derselben Zähigkeit, mit der die Sozialdemokratie eintrete für ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich, „arbeiten wir auch darauf hin, daß wir zu England in die denkbar besten Beziehungen kommen". Nachdem der Redner das Unsinnige der Flottentreiberei nachgewiesen hatte, betonte er noch einmal: „Dauernde friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland, England und Frankreich, das ist meines Erachtens das edelste und größte Ziel, auf das unsere auswärtige Politik hinarbeiten soll." Abgeordneter Dr. David hob am nächsten Tage hervor, mehr wie Billigkeitsgründe könnten die Herren Mannesmann nicht beanspruchen. Der Rechtsstandpunkt müsse von Deutschland unter allen Umständen gewahrt werden. Der Redner forderte ein Einschreiten des Auswärtigen Amtes gegen den von Preußen eingeführten Paßzwang für ausländische Arbeiter und die preußische Ausweisungspraxis. In längeren Darlegungen trat auch er für die deutsch-französisch-englische Verständigung ein, die von den Arbeitern der drei Länder erstrebt werde." (S. 132 f.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** berichtete der Parteivorstand:

„... In der inneren Politik hat die Regierung nichts geleistet, was ihr bei den kommenden Wahlen Erfolg versprach. Das hat sicher mit dazu beigetragen, daß die Reichsregierung unter Ausnützung der Fehler, die von Frankreich und Spanien durch Bruch der Algecirasakte gemacht worden waren, dazu überging, Frankreich und England am 1. Juli durch Entsendung eines Kreuzers nach Agadir zu provozieren. Das hatte eine wesentliche Verschärfung der internationalen Situation zur Folge und förderte in Frankreich die Hetzereien der Chauvinisten und in England die der Jingos. Auch in Deutschland beherrschte die Marokkokrise zu Anfang des Sommers die öffentliche Meinung, und die Konservativen und Nationalliberalen wollten das Volk von den Vorgängen der inneren Politik ablenken, indem sie es in einen Taumel nationaler Begeisterung zu hetzen und seinen Appetit auf ein Stück Marokko zu reizen versuchten. Die sozialdemokratische Partei steht gegen dieses frivole, selbst vor Kriegsdrohungen nicht zurückschreckende Treiben der bürgerlichen Parteien in der schärfsten Opposition. Der deutsche Arbeiter, der deutsche Handwerker und der deutsche Bauer haben an der Erwerbung eines Teiles von Marokko oder gar an in den Tropen liegenden Kompensationen kein Interesse. Das deutsche Volk hat für Deutschost- und Südwestafrika soviel Opfer an Gut und Blut gebracht, daß es ihm nicht nach Opfern für Marokko gelüstet. Für die Sozialdemokratie bleibt es bei der alten Parole: Keinen Mann und keinen Groschen für Kolonialabenteuer irgendeiner Art. Das klassenbewußte Proletariat der beteiligten Länder wird seine Augen offen halten, denn die wegen Marokko hervorgerufene Krise ist nur eine Episode in den Interessenkämpfen der Kapitalistenklassen der verschiedenen Nationen. Die imperialistische Politik des nach neuen Absatzmärkten gierigen modernen Kapitalismus kann jeden Tag in Asien oder Afrika neue Situationen schaffen, die zum Weltkriege führen." (S. 15.)

„... Am Schlusse des Berichtsjahres beherrschte die Marokkofrage die internationale Situation. In Preußen fanden Anfang Juli Volksversammlungen statt, in denen die Kernfragen der inneren und der äußeren Politik, die preußische Wahlrechtsfrage und die Marokkokrise behandelt wurden. Im übrigen Deutschland wurden besondere Versammlungen abgehalten, in denen das Proletariat keinen Zweifel darüber ließ, daß die Massen sich heute nicht mehr von skrupellosen „Staatsmännern" für kapitalistische Profitinteressen in nationale Begeisterung hetzen lassen ..." (S. 25.)

Diesem Parteitage lagen die folgenden Anträge vor:

71. Parteivorstand: „Resolution zur Marokkoangelegenheit. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation" dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avencement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Taschen stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten."

82. „Amendement zur Resolution 71 (Marokkoangelegenheit): Die Unterzeichneten beantragen folgende Einschaltung in die Resolution über die Marokkoangelegenheit:

1. Nach dem ersten Passus der Resolution hinzuzufügen: Sowie er gegen jeden Krieg protestiert, der zur Unterjochung der barbarischen und halbbarbarischen Völker durch die kapitalistischen Staaten führt.

2. Im dritten Passus, im ersten Satz, nach den Worten: „Die Einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker" hinzuzufügen: und an der Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen (ein Interesse haben).

3. Nach dem vierten Passus der Resolution hinzuzufügen: Ferner aber ist es gerade das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande, das, unter dem Vorwand der Sicherung des Friedens betrieben, in Wirklichkeit selbst früher oder später zum Ausbruch eines Weltkrieges führt. Für die über der Kulturwelt jetzt schwebende Kriegsgefahr sind also in erster Linie diejenigen Klassen und Parteien verantwortlich, die den Rüstungswahnwitz unterstützen, vor allem die Partei des konservativen Junkertums und des Zentrums, ferner aber auch die liberalen Parteien, die jede Opposition gegen den Militarismus aufgegeben haben.

4. Im fünften Passus den ersten Satz so zu gestalten: Der Parteitag weist mit Empörung nicht nur alle Kriegshetzereien zurück, sondern auch jede auf dem Wege des diplomatischen Länderschachers erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands."

Rosa Luxemburg. Gustav Hoch. Klara Zetkin.

Hierher gehört auch:

50. „Resolution zur Marokkofrage. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. Angesichts des schnell zunehmenden Bedarfs der Kulturvölker an tropischen und subtropischen Nutzstoffen;

2. angesichts der tatsächlichen Unfähigkeit vieler tropischer und subtropischer Völker, die von ihnen bewohnten Gebiete schon jetzt in Einklang mit den Bedürfnissen der internationalen Verkehrswirtschaft zu verwalten und zu entwickeln;

3. angesichts der großen und dauernden Gefährdung des Weltfriedens durch eine ungeregelte, wesentlich von Sonderinteressen einzelner Kapitalistengruppen bestimmte Expansionspolitik der Kulturstaaten;

4. angesichts aber auch der handgreiflichen Gefährdung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und namentlich der deutschen Arbeiterklasse durch die rücksichtslosen kolonialpolitischen Monopolbestrebungen der herrschenden Klassen in Frankreich und England

erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

1. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet es nach wie vor als ihre wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der internationalen Politik, im Verein mit den ausländischen Bruderparteien für einen friedlichen und dauernden Ausgleich internationaler Interessengegensätze einzutreten.

2. Ein solcher Ausgleich ist aber nur möglich, wenn keine einzelne Nation in der kolonialen Versorgung einen monopolistischen Vorsprung für sich beansprucht und keine sich vom friedlichen Wettbewerb mit gleichen Chancen gewaltsam ausgeschlossen sieht.

3. Der Ausgleich der einander widerstreitenden kolonialpolitischen Interessen der Kulturvölker könnte entweder in der völligen Aufhebung aller einzelstaatlichen Monopole und Vorzugsstellungen zugunsten gemeinschaftlicher Verwaltung und Erschließung kolonialer Gebiete bestehen oder durch eine proportionale Verteilung der ausländischen Einflußgebiete nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Wertes und der Versorgungsbedürfnisse der Besitzerstaaten herbeigeführt werden.

4. Solange eine Verständigung auf einer dieser Grundlagen nicht erreichbar ist, wird sich die deutsche Sozialdemokratie im Verein mit den übrigen Teilen des deutschen Volkes allen Versuchen anderer Kolonialmächte widersetzen, ihre bereits unverhältnismäßig wertvollen Einflußgebiete unter systematischer Nichtachtung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse durch weitere Besitz- und Vormachtsausdehnung immer noch mehr einseitig zu vergrößern; denn dadurch würde der Spielraum der deutschen Volkswirtschaft unerträglich eingeengt und der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter gehemmt oder von den unkontrollierbaren Zufälligkeiten ausländischer Wirtschaftspolitik abhängig gemacht werden.

5. Soweit die deutsche Diplomatie kein anderes Ziel verfolgt, als die Nichtbeachtung deutscher Wirtschaftsinteressen durch die englische und französische Diplomatie zu verhindern, soweit ihr Vorgehen also nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftslebens dient, soweit hat die deutsche Sozialdemokratie keinen Grund, ihre Oppositionsstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Regierung zu übertragen."

Max Maurenbrecher. Hulda Maurenbrecher.
Gerhard Hildebrand, Solingen.

Diesen Antrag bezeichnet das Protokoll (S. 290) nicht als zur Marokkofrage, sondern als zum Parlamentarischen Bericht gestellt. Es heißt dort: „Bei der Unterstützungsfrage für die Resolution 50 erhebt sich keine Hand. (Heiterkeit und Bewegung)."

In seiner Begrüßungsrede führte Bebel aus:

„... Wir haben in der Eröffnungssitzung vor sechs Jahren eine Reihe Fragen erörtert, die durch ein eigenartiges Zusammentreffen wenigstens teilweise auch heute wieder im Vordergrunde des Interesses stehen. In erster Linie war es die Marokkofrage. Das Jahr 1905 war es bekanntlich, in dem der deutsche Kaiser seine merkwürdige Reise nach Tanger unternahm, er hielt hier eine Rede, in der er versicherte, er werde für die volle Freiheit und Unabhängigkeit

des Staates und des Sultans, des damaligen Abdul Asis, allezeit eintreten. Kaiserliche Reden sind schon oft Gegenstand von Erörterungen gewesen, und wir haben es erleben müssen, daß das, was damals vom Kaiser in Aussicht gestellt wurde, sich im Laufe der nächsten Jahre in Luft aufgelöst hat. Bereits das Jahr 1906 brachte die Algecirasskonferenz, an der alle europäischen und amerikanischen Staaten teilnehmen. Die Konferenz sollte, wie die Diplomaten meinten, die Grundlage schaffen, um für die Zukunft eine Stabilität der Verhältnisse in Marokko zu garantieren. Auch das ist nicht eingetreten, die Algecirasakte liegt seit Jahren zerrissen am Boden, und einer derjenigen Faktoren, die am meisten dazu beigetragen haben, ist das Deutsche Reich selbst. Denn die Vereinbarungen, die Deutschland und Frankreich 1909 bezüglich der inneren Lage Marokkos getroffen haben, stehen mit sehr wesentlichen Punkten der Algecirasakte in Widerspruch. (Sehr richtig!) Aber keiner der Beteiligten störte sich an dieser Verletzung der Akte. Die Marokkowirren sind weitergegangen, sie haben zu verschiedenen Zeiten Europa in mehr oder weniger große Aufregung versetzt, in die größte Aufregung in diesem Sommer, als das deutsche Kriegsschiff „Panther" in Agadir landete. (Sehr wahr!) Es ist nicht meine Aufgabe, hier einen Vortrag über die Marokkoangelegenheit zu halten. Das wird im Laufe des Parteitages geschehen, denn es versteht sich von selbst, daß eine Frage, die so wichtig geworden ist, wenn sie es auch ihrer inneren Natur nach nicht zu sein brauchte, daß eine Frage, die so alle Welt in Aufregung und Atem gehalten hat, wie die Marokkofrage, und bis zu einem gewissen Grade heute noch in Aufregung hält, die uns zeitweise hart an einen europäischen Krieg herangeführt hat — ich sage, es ist selbstverständlich, daß eine solche Frage auch von der Vertretung der deutschen Arbeiterklasse behandelt werden und der Parteitag dazu Stellung nehmen muß. (Lebhafte Zustimmung.)" (S. 169 f.)

Nachdem Müller im Geschäftsbericht des Parteivorstandes sich gegen die Vorwürfe gewendet hatte, die dem Parteivorstande wegen seines Verhaltens in der Marokkofrage gemacht worden waren, wurde beschlossen, in der Diskussion über den Geschäftsbericht auf die Marokkofrage sachlich nicht einzugehen. „Dieses Thema soll erst nach dem Referat Bebels verhandelt werden". (S. 203.)

Im „Parlamentarischen Bericht" bemerkte Geck:

„Ich kann Ihnen auch mitteilen, daß die Fraktion in dem am 10. Oktober wieder zusammentretenden Reichstag eine Interpellation über die Marokkoabenteuer einbringen wird. Sie ist bereits beschlossen und wird sofort eingereicht." (S. 288.)

Vor dem Referat Bebels macht Vorsitzender Dietz „Mitteilung von einigen Aenderungen in der Marokko-Resolution des Parteivorstandes" (S. 333). Aus dem Protokoll sind diese Aenderungen oder der ursprüngliche Wortlaut nicht ersichtlich. — Die Marokkofrage sollte eigentlich mit den Reichstagswahlen zusammen behandelt werden. Dem Vorschlag Bebels, zunächst die Marokkofrage zu erledigen, stimmt der Parteitag zu. Bebel führt aus:

„... In den letzten Jahrzehnten hat die Kolonialpolitik Deutschlands und der anderen Staaten sich hauptsächlich auf Afrika geworfen. Man hat Afrika in eine Reihe von Kolonialgebieten für die verschiedenen Mächte Europas aufgeteilt. Insbesondere ist es Frankreich gewesen, das schon lange sein Augenmerk darauf richtete, die sozusagen vor seiner Nase liegende nordafrikanische Küste von Aegypten an bis zum äußersten Westende Marokkos in seine Macht zu bekommen ... In erster Linie ist das mit Algier geschehen. Nach unendlichen Kämpfen, die ungeheure Opfer an Menschen und Geld kosteten, war es 1831 gelungen, Algier zu erobern und es scheinbar zu pazifizieren ... Aber auch später folgten hin und wieder Aufstände. Bis heute hat Frankreich für diese Kämpfe und die Eroberung des Landes 6000 bis 7000 Millionen Mark ausgegeben, ohne daß die Vorteile, die es aus Algier zog, auch nur entfernt den ungeheuren Geld- und Menschenopfern entsprochen haben.

Unter den Menschenopfern befanden sich leider auch Zehntausende von Deutschen, die sich verleiten ließen, in die Fremdenlegion einzutreten, und dort für fremde Interessen ihr Leben einsetzten.

Frankreich hatte aber sein Auge auch auf Tunis geworfen, und in der Tat gelang es ihm im Jahre 1881, die Schutzherrschaft über Tunis zu erlangen. Dadurch wurde es angereizt, auch in Marokko in gleicher Weise vorzugehen, was die anderen Staaten, die dort, wenn auch in beschränktem Maße, Handels- und Verkehrsinteressen wahrzunehmen hatten, veranlaßte, im Jahre 1881 zu einer Konferenz in Madrid zusammenzutreten, an der sich auch Deutschland beteiligte, und deren Resultat war, daß in bezug auf Marokko die offene Tür gelten und keine Nation besondere Vorrechte genießen sollte.

Aber das Drängen der französischen Kolonialkapitalisten und -gesellschaften hörte nicht auf. Der Naturreichtum Marokkos an Erzen aller Art, der große Reichtum weiter Bodenstrecken, die alle möglichen Fruchtarten in Hülle und Fülle erzeugen, kurz, Ausbeutungsobjekte von ungeheurem Wert boten, veranlaßte namentlich die französischen Kolonialinteressenten, die Regierung unausgesetzt weiter zu treiben. Infolgedessen ist seit 1903 auch bei uns die Marokkofrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden, und namentlich seitdem deutsche Kolonialgesellschaften in Marokko Fuß faßten. Es ist seitdem fast kein Jahr vergangen, in dem nicht der Reichstag mehr oder weniger große Debatten über Marokko gehabt hat.

Ein ganz neues Gesicht bekam die Frage im Jahre 1904 dadurch, daß es dem klugen Eduard VI. gelang, einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Frankreich zu schließen, durch den er — woran England sehr viel lag — die unbestrittene Vorherrschaft in Aegypten erlangte und dafür Frankreich freie Hand in Marokko und Nordafrika gewährte. Ende der sechziger Jahre hatte Frankreich mit ungeheuren Kosten den Suezkanal gebaut, England war darüber eifersüchtig, es erkannte sofort, daß der Kanal für seine materiellen und kriegerischen Interessen im fernen Osten Asiens ungeheure Vorteile biete, und es wandte nun alle Intrigen an, um die Mehrzahl der Suezkanalaktien in seine Hände zu bekommen, und so die Franzosen aus der Verwaltung des Kanals zu verdrängen. Aegypten unbestritten in ihre Gewalt zu bekommen, war naturgemäß das weitere Streben der Engländer, was eine Menge schwerer Reibungen zwischen England und Frankreich hervorrief. Endlich kam auf Betreiben Eduards VI. ein Vertrag zustande, durch den Frankreich konzedierte, daß England die Vorherrschaft in Aegypten erhielt, wofür anderseits England von seiner Vormachtstellung, soweit sie handelspolitisch in Frage kam, in Marokko zurücktrat und Frankreich dort und in ganz Nordafrika freie Hand ließ.

Bis dahin war der englische Handel weitaus überwiegend, er belief sich, wenn ich die Ziffern richtig im Gedächtnis habe, um jene Zeit auf etwa 100 Millionen Franken, der französische blieb weit dahinter zurück, er betrug nur etwa 30 Millionen Franken, und der deutsche Handel kam kaum in Betracht, er betrug nur etwa 6 Millionen Franken. Im Laufe der Jahre hat sich das allerdings geändert. Mit der Zurückziehung der Engländer aus Marokko ist ihr Handel nicht unerheblich zurückgegangen, er betrug im Jahre 1909 nur noch 57 Millionen, der französische Handel dagegen war von 30 auf 52 Millionen und der deutsche von 6 auf 14 Millionen gestiegen. Nun soll nicht bestritten werden, daß Marokko zu denjenigen Ländern gehört, die bei vernünftiger Wirtschaft einer großen Entwicklung fähig sind, daß, wenn in der Tat mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten wären, nichts einzuwenden hätten, die Kolonisation Marokkos betrieben würde, der Handelsverkehr gewaltig stiege und damit auch große Vorteile für Deutschlands Handel in Aussicht ständen. Das eine glaube ich aber in erster Linie postulieren zu müssen: wir Sozialdemokraten, die wir der ganzen Marokkopolitik, wie ich das später darlegen werde, feindlich gegenüberstehen und, wie sie jetzt betrieben wird, feindlich gegenüberstehen müssen, wir haben das natürliche Verlangen, daß Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen können, wie die jedes anderen Staates (lebhafte Zustimmung), daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen verfechten dürfen,

daß keine der anderen vorgezogen wird, keine ihre Stellung mißbraucht, um die anderen zurückzudrängen, wie man das ja — und das ist die Hauptursache des Konflikts — der französischen Regierung vorwirft, indem sie die Bestrebungen deutscher Interessenten, in Marokko Fuß zu fassen und dort Ausbeutungsinstitutionen zu schaffen, hintanzuhalten sucht. Es sind sehr verschiedene Kapitalistengruppen an diesen Ausbeutungsobjekten interessiert. Deutscherseits sind es vorzugsweise die Gebrüder Mannesmann und ihre Helfershelfer, auf französischer Seite ist es eine deutsch-französische Verbindung, die dasselbe erstrebt, es ist Thyssen, Bohlen-Krupp und noch ein drittes westfälisches Werk, ferner Schneider-Creuzot und eine große Handelsfirma in Rotterdam.

Diese beiden kapitalistischen Gruppen, deren Interessen sich in gewissem Maße gegenüberstehen, haben sich seit Jahren auf dem Boden Marokkos bekämpft, und die Klagen, die die Gebrüder Mannesmann über ihre Behandlung durch die Franzosen glauben erheben zu dürfen, haben dann in Deutschland die Marokkofrage aktuell gemacht. Nach 1904 machte Frankreich, gestützt auf England, ernste Versuche, sich in Marokko festzusetzen, es allmählich unter seine politische Oberherrschaft zu bringen; und die Differenzen und Streitigkeiten, die hieraus entstanden, veranlaßten den deutschen Kaiser im Frühjahr 1905, die berühmt gewordene Reise nach Tanger zu unternehmen. Es war bisher noch nicht vorgekommen, daß der Monarch eines der stärksten Staaten der Welt, der ersten Militärmacht, in einer solchen Frage, die keinerlei Lebensinteressen für die deutsche Nation in sich schließt, eine Reise nach fernen Gebieten machte, um dort vor aller Welt zu bezeugen, daß sein Land auch dabei sein wolle, daß es sich nicht zurückdrängen lasse, daß er dafür eintrete, daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität seines Staates voll aufrecht erhalten werde. Daraus haben dann die Marokkaner in ihren phantasiereichen Gedankengängen mit einem gewissen Recht geschlossen, daß Deutschland gegebenen Falles bereit sein würde, mit Waffengewalt sie gegen die französischen Uebergriffe zu verteidigen. Wir haben uns im Reichstag mit aller Energie gegen diese Reise gewandt und erklärt: Selbstverständlich müssen die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung hin sicher gestellt werden. Sie dürfen keine Benachteiligung erfahren, aber wir haben uns um die innere Entwickelung Marokkos nicht zu kümmern, das sind nicht unsere Interessen, und am allerwenigsten können wir zugestehen, daß es wegen dieser Dinge zu einem großen europäischen Konflikt kommt, der ungeheure Opfer an Menschen und Gut erfordern würde. Diese Ansicht beherrschte damals fast ganz Deutschland. (Sehr wahr!) Allerdings hatte die Tangerreise des Kaisers einen Vorteil: sie hat in der ganzen mohammedanischen Welt den Glauben erweckt, daß Deutschland der Schutzherr des Mohammedanismus sein wolle (Sehr richtig!), daß Deutschland mit diesem sympathisiere, daß es den Schutz, der jetzt Marokko versprochen wurde, gegebenenfalls auch den anderen mohammedanischen Mächten zuteil werden lasse. Die Auffassung wurde auch dadurch begünstigt, daß der deutsche Kaiser 1897 oder 1898 eine Reise nach Konstantinopel unternahm, dem Padischah einen Besuch machte, ihm schöne Geschenke mitbrachte und solche von ihm in Empfang nahm. (Heiterkeit.) Damit war schon damals der Gedanke in der mohammedanischen Welt hervorgerufen, Deutschland ist unsere Schutzmacht, auf Deutschland können wir uns alle verlassen. Nun, der mohammedanischen Welt wird es in diesem Falle so ergehen, wie den Buren mit der berühmten Krügerdepesche (heitere Zustimmung) und einige Jahre vorher China im Frieden von Shimnoseki. . . . .

Die Reise des Kaisers nach Tanger war also der Gegenstand heftiger Erörterungen von unserer Seite im Reichstage. In der Thronrede, mit der damals der Reichstag eröffnet wurde, nahm der Kaiser Bezug auf jene Reise. Es sei ihm darum zu tun gewesen, den Frieden aufrecht zu erhalten, nicht nur für unser Land, sondern überall in der Welt, soweit seine Macht reiche. Aber die Vorgänge, die sich an seine Reise geknüpft hätten, hätten ihm gezeigt, daß es denn doch notwendig sei, Deutschlands Heermacht zu verstärken. Darin klang die Sache aus. (Hört! hört!) Aber kein Wort davon, daß man in Marokko etwas Besonderes suchen wollte. Im Gegenteil, Fürst von Bülow erklärte am 6. Dezember 1905 im Reichstage ausdrücklich, nachdem er auseinandergesetzt, weshalb jene Aktion in Marokko unternommen wurde: „Also keine Gebietserwerbungen in Marokko, wohl aber Achtung vor den bestehenden Verträgen, Achtung unserer politischen Stellung zu Marokko als einem unabhängigen Staat, Achtung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko.“ Dieses „keine

Gebietserwerbungen" müssen wir besonders im Auge behalten. (Sehr wahr!) Veranlaßt durch diese Tangerreise, kam die berühmte oder berüchtigte Algeciras-Konferenz, die vom 6. Januar 1906 bis Anfang April versammelt war. Die Diplomaten der verschiedenen Staaten, die an der Konferenz teilnahmen, haben diese Akte gemeinsam beschlossen, mit der sie glaubten, ein Meisterwerk geschaffen zu haben. Deutschland hatte, mit Ausnahme Oesterreichs, des „brillanten Sekundanten", alle Mächte der Konferenz gegen sich. Es trug keinen Gewinn davon. Allerdings hatten auch die anderen, namentlich die Franzosen, keine Ursache, sich besonders zu freuen. (Heiterkeit.) Der Hauptinhalt jener Akte war, daß Frankreich und Spanien als den nächstgelegenen und am meisten interessierten Mächten die Polizeigewalt in einer Anzahl Häfen Marokkos übertragen wurde. Es solle ferner eine Bank geschaffen werden, denn wo man auf Raub ausgeht, muß selbstverständlich zuerst eine Bank vorhanden sein (Heiterkeit), und durch Schulden, zu denen man dann die Staaten nötigt, bekommt man sie erst in die Gewalt. Ferner wurde festgesetzt, daß bei der Ausführung von Staatsarbeiten die Industriellen der verschiedenen Mächte in gleicher Weise zuzulassen seien und kein Unterschied zugunsten der Unternehmer irgendeiner Macht gemacht werden solle. Die Gebrüder Mannesmann stützten sich darauf, daß sie von dem damaligen Sultan Abdul Asis angeblich eine durch Gesetz bekräftigte Konzession von Bergwerksrechten erlangt hätten. Sie forderten, daß diese Konzession in vollstem Umfange aufrecht erhalten werde, was weder die Algeciras-Konferenz, noch, als später diese Forderungen im Reichstage zur Erörterung kamen, die Reichsregierung anerkannte. Das hat in hohem Maße dazu beigetragen, die Dinge zu verschärfen. Mannesmann und Konsorten, die die großkapitalistischen Unternehmer in Rheinland-Westfalen hinter sich hatten, wollten mit aller Gewalt, daß diese sich auf, ich glaube, 50,000 Quadratkilometer, also fast auf eine Fläche so groß wie Süddeutschland, erstreckende Bergwerkskonzession voll aufrecht erhalten werde. Die Algeciras-Konferenz beschloß dagegen, daß ein Berggesetz nach europäischem Muster geschaffen werde, das durch die diplomatische Vertretung der verschiedenen Mächte in Tanger bestätigt werden sollte, man war also nicht geneigt, die Auffassung der Gebrüder Mannesmann zu teilen.

Bald genug stellte sich aber heraus — wie es andernfalls die Deutschen ganz ebenso gemacht hätten, vielleicht nur energischer —, daß Frankreich alles aufbot, sich ganz Marokko politisch zu unterwerfen. Es entstanden Unruhen in Marokko. Parteigenossen, es ist sehr leicht, in einem solchen barbarischen Lande Unruhen anzuzetteln. Wenn der Marokkaner auch ein Barbar ist, so ist er doch für klingendes Geld sehr zugänglich, weil er keines hat. (Heiterkeit.) Ein goldenes Zwanzigfrankstück ist für ihn ein sehr bedeutender Wert, und wenn eine Macht an dem Entstehen von Unruhen interessiert ist, um den Vorwand zu Interventionen zu haben, dann wird sie mit der Anwendung von ein paar Hunderttausend oder ein paar Millionen Frank nicht zögern. (Sehr richtig!) Inwieweit das geschah, weiß ich nicht. Ich kann nur andeuten, daß es keine Kunst ist, nach Belieben Unruhen hervorzurufen in einem solchen Lande. Es kam die Besetzung von Udschda, die Beschießung von Casablanca unter einem ganz nichtigen Vorwand; die Franzosen wüteten barbarisch gegen die Stadt und ihre Einwohner. Es wurde schon damals in Deutschland eine Intervention verlangt. Die Algeciras-Akte liege zerrissen am Boden. In den Anfängen der Marokkofrage war übrigens in Deutschland die Frage aktuell, ob nicht Casablanca ein deutscher Hafen, eine deutsche Flotten- oder Kohlenstation werden solle. Diese Frage ist nachher verschwunden, ein Blick auf die Karte zeigt, daß gerade Casablanca der angreifbarste Ort im Falle eines Krieges gegen Deutschland gewesen wäre. Man mag das rasch begriffen haben und ist daher von dem Verlangen, Casablanca zu besetzen, zurückgekommen.

Mittlerweile wurde Abdul Asis von seinem Bruder Muley Hafid gestürzt. Eine Anzahl Stämme waren aber damit nicht einverstanden. Sie opponierten und griffen zur Gewalt. Kurz, die Dinge wurden in Marokko allmählich sehr ungemütlich. Nun glaubte die deutsche Rgierung, noch ein besonderes Abkommen mit Frankreich treffen zu müssen, durch das nach ihrer Ansicht, in höherem Maße, als es durch die Algeciras-Akte geschah, die Interessen Deutschlands gegenüber denen Frankreichs gesichert wurden. Es sollte gleichsam eine Scheidelinie gezogen werden, nach der die Interessen der beiden Mächte auseinanderzuhalten seien. Das war der Vertrag vom 9. Februar 1909, das deutsch-französische Abkommen, das deklariert wird als Fortsetzung im

Geiste der Algeciras-Akte, das sie aber vollständig zerriß. Dieses Abkommen ist außerordentlich wichtig, namentlich angesichts der Vorgänge, die sich in der Marokkofrage in neuester Zeit ereignet haben.

In diesem Abkommen erkennt Deutschland Frankreich gegenüber an, daß Frankreich besondere politische Interessen in Marokko wahrzunehmen habe, die für Deutschland nicht in Frage kommen, andererseits erklärt Frankreich, daß es den wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands und seinen industriellen nach keiner Richtung Abbruch tun wolle. Es schien also hüben und drüben voller Einklang zu herrschen. Im Reichstag waren die Vertreter aller bürgerlichen Parteien mit dem Abkommen einverstanden. (Hört! hört!) Der Reichskanzler Fürst Bülow führte aus, daß in beiden Ländern das Bedürfnis nach Beseitigung der Gegensätze hervorgetreten sei, und sagte: „Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem Lande, wo wir keine politischen Interessen haben und politische Interessen niemals beansprucht haben, Frankreich, das dort sehr natürliche und begreifliche Interessen besitzt, dauernd Schwierigkeiten zu bereiten?" (Hört! hört!) Dem Vertrag hat der Reichstag seine Zustimmung gegeben, die Redner aller Parteien haben ihn begrüßt. Der Führer der Nationalliberalen, der Abgeordnete Bassermann, führte dabei unter anderem aus, gewiß würde man in Frankreich große Befriedigung über das Abkommen empfinden, der Vertrag werde aber auch segensreich für das deutsche und französische Kapital sein und dazu beitragen, beide Nationen einander näher zu bringen. Ich lege Gewicht auf diese Aeußerungen Bassermanns aus dem Jahre 1909, weil er nachher im Jahre 1911 eine davon stark abweichende Meinung vertreten hat. (Hört! hört!)

Nun, dieser Vertrag hat die Wirren in Marokko und die Unzufriedenheit der Großindustriellen nicht zur Ruhe gebracht. Insbesondere waren es die Gebrüder Mannesmann, die behaupteten, es werden ihnen auf Schritt und Tritt durch die französische Regierung Schwierigkeiten bereitet. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß dieser Vertrag Frankreich eine sehr günstige Position in Marokko einräumte ... wenn man den französischen Schilderungen glauben soll, war der Nachfolger von Abdul Asis, der Sultan Muley Hafid, ebenfalls in Gefahr, vom Throne gestürzt zu werden. Frankreich sei daran interessiert, daß dieses nicht geschehe. Was war also natürlicher, als daß die Franzosen den Marsch nach Fes antraten, angeblich, um den Sultan vor einem Teil seiner Untertanen zu schützen. (Heiterkeit.) Der Gedanke war wohl, sind wir erst dort, dann werden wir weiter sehen, und dann werden wir auch sehen, ob wir überhaupt wieder aus Fes herausgehen. (Heiterkeit.)

Dieses Vorgehen rief in Europa und speziell in Deutschland natürlich großes Aufsehen hervor. Man fürchtete, daß die Sache so gehen werde, daß Frankreich wie in Tunis die Macht in die Hände bekommen und dann von dieser Macht, wie in Tunis, auch rücksichtslos Gebrauch machen werde, indem es die Vertreter fremder Interessen benachteilige. Es wurde also deutscher- und spanischerseits gegen dieses Vorgehen protestiert. Die Spanier entdeckten, daß sie ebenfalls sehr lebhaft in Marokko interessiert seien, und wenn jemand ein Recht darauf zu haben glaube, an der Ausbeutung und Beherrschung Marokkos mitzuwirken, so sind es die Spanier, denen es ja noch mehr als Frankreich vor der Nase liegt. Spanien hat allerdings nicht die Macht, Frankreich entgegenzutreten. Spanien trat aber in einer so entschiedenen Weise auf, im starken Mißverhältnis zu seiner Macht, daß man in Frankreich behauptete, dahinter stecke Deutschland. Im Juni 1911 erklärte Minister Cruppi in der französischen Kammer, die Franzosen seien nach Fes gegangen, weil der Sultan sie gerufen habe (Heiterkeit), die Lage sei kritisch gewesen, der englische und deutsche Konsul hätten die Franzosen zu ihrem Vorgehen beglückwünscht, sie seien bestrebt, entsprechend der Algeciras-Akte nur die Handelsfreiheit aller zu schützen. Er stellte also die Vorgänge als unbedenklich dar. Anders unsere Alldeutschen. Diese begannen jetzt zu behaupten, die Rolle, die Deutschland in Marokko zugemutet werde, sei seiner unwürdig, das dürfe man sich nicht gefallen lassen. Wozu habe man die ungeheure Armee und die große Flotte, wenn man sie nicht gebrauchen wolle, die Ehre der Nation stehe in Frage und dergleichen mehr. (Hört! hört!)

Diese Anschauungen wurden in gewissem Sinne offiziell unterstützt, als am 1. Juli unversehens der Panther vor Agadir erschien und sich dort festlegte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß man im Auswärtigen Amt zu Berlin sich vollständig bewußt war, was dieser Akt zu bedeuten hatte. Es war klar, daß weder Frankreich noch England dazu schweigen und sich dies gefallen lassen konnten.

Nun wird man sagen, was haben denn Frankreich und England für ein Recht, Deutschland das zu wehren. Gewiß, sie haben ebensowenig ein Recht, Marokko nach Gutdünken zu beherrschen, wie Deutschland das Recht hat, nach Agadir zu gehen. Aber bei solchen Fragen kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf die Macht. Und nun sehen Sie sich einmal die Karte an. Agadir liegt im Südwesten Marokkos. Wenn von Deutschland ein Schiff dorthin will, muß es durch die Nordsee und den Kanal. Jedes deutsche Schiff auf dem Wege nach Agadir muß also zwischen den Küsten von Frankreich und England fahren und beide Staaten haben die Macht, jedes Vorgehen dorthin, wenn es zur Gewalt kommt, zu verhindern und zu unterdrücken. Ob Deutschlands Macht dazu ausreicht, das durchzusetzen, ist mir mehr als fraglich.

Daß aber, und das ist entscheidend, das Objekt, das in Frage steht, die ungeheuren Opfer an Blut und Gut, die seine Sicherung erfordert, nicht im entferntesten diese wert ist, das steht für uns alle unverrückbar fest. (Lebhafter Beifall.) Das ist das Entscheidende. Wir können uns ganz unmöglich auf eine so gewagte, unheilvolle, geradezu verrückte Politik einlassen (lebhafte Zustimmung), wie sie hier von den Alldeutschen und Kolonialphantasten verlangt wird. Diese Politik muß notwendigerweise zu einem Weltkrieg führen, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben werden. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Als ich von der Landung des „Panther" in Agadir las, fragte ich mich: wie kommt man dazu? Was soll das bedeuten? Darauf wurde am 3. Juli offiziös eine Note veröffentlicht, in der es hieß, daß deutsche Firmen in Südmarokko in der Gegend von Agadir von einer gewissen Unruhe über die Gärung unter der dortigen Bevölkerung erfaßt seien, daß sie deshalb bei der Regierung um Schutz gebeten hätten, den man ihnen nicht versagen könne. Deshalb habe man den „Panther" nach Agadir geschickt; sobald Ruhe und Ordnung in Marokko wieder hergestellt seien, solle das Schiff wieder den Hafen verlassen.

Wie war nun das Echo im Lager der Alldeutschen und Nationalliberalen? Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schrieb: „Hurra! eine Tat. Endlich, nach mehr als 20 Jahren kommt Deutschland dazu, zu zeigen, daß es auch noch auf der Welt ist." (Hört! hört!) Weiter hieß es, daß, wenn man sich mit den Franzosen über die Aufteilung Marokkos (Hört! hört!) nicht verständigen könne, dann müsse der „Panther" in Agadir dieselbe Wirkung haben wie einst die Emser Depesche für den deutsch-französischen Krieg von 1870. (Hört! hört!) Ganz dieselbe böse Tonart haben eine ganze Reihe von bürgerlichen Blättern angeschlagen. Nun war mir das Folgende besonders auffällig: Anfang Juli meldete die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", daß eine Umfrage unter den führenden Großindustriellen, nationalen Politikern, Männern der Wissenschaft und älteren Offizieren über die Marokkofrage veranstaltet worden sei. Diese hätten sich, und besonders die führenden Großindustriellen, in der Hauptsache für ein aktives Einschreiten in Marokko ausgesprochen, für einen Ausgleich, für eine Machtverschiebung zugunsten Deutschlands. (Hört! hört!) Hier haben wir also die Kriegshetzer. Das sind vornehmlich die Kreise, die die ganze Kriegshetze in Szene gesetzt haben, die eine ungeheure materielle Macht hinter sich haben, die eine ganze Reihe von Zeitungen und das Ohr der Reichsregierung haben. Und nun kam Ende Juli Herr Bassermann und redete auf einem Fest in Westfalen im Kreise Solingen-Lennep-Mettmann. Ich gebe offen zu, daß mich sehr überraschte, was er ausführte, nämlich, daß wir fernerhin nicht mehr in Marooko zurückstehen dürfen, daß wir verlangen müßten, daß uns eine Einflußsphäre gesichert werde, die unserem Ansehen und unseren Bedürfnissen entspräche. Er äußerte sich dann sehr schmeichelhaft über Kiderlen-Waechter und meinte, sehr wenigen Männern werde ein so großes Vertrauen entgegengebracht wie diesem. Bekanntlich gilt Herr von Kiderlen-Waechter in den Augen unserer Prozentpatrioten als ein zweiter Bismarck. Ich glaube, er glaubt das auch selbst von sich (Heiterkeit), obgleich Bismarck einen so dummen Streich, wie die Entsendung des „Panther" nach Agadir nie und nimmer gemacht hätte. (Hört! hört!) . . . Ganz im Gegensatz zu seiner Anschauung vom Jahre 1905 und zu seiner Anschauung vom Jahre 1909 erklärt jetzt Herr Bassermann unter großem Beifall, es könne kein Gedanke daran sein, daß wir uns mit Kompensationen von Kolonien am Kongo oder in Kamerun oder wie sie heißen begnügen können für die wirtschaftlichen Interessen, die in Marokko auf dem Spiele stünden. Das war klar und deutlich. Das heißt, wir müssen in Marokko Kompensationen bekommen,

wir müssen einen Teil in unsere Hände bekommen. Als ich das las, war ich einen Augenblick verdutzt; ich sagte mir, Herr Bassermann ist doch ein vernünftiger Mensch (Heiterkeit — Zuruf: Nationalliberal!); aber das schließt doch nicht aus, daß man gescheit ist. (Große Heiterkeit.) Ich sagte mir, wie kommt Herr Bassermann jetzt zu einer solchen Sprache, auf welche Anregungen hin spricht er so? Er muß doch wissen, was für eine furchtbare Situation es für Deutschland und die Welt wird, wenn in der Weise vorgegangen wird, wie er verlangt. Er muß doch wissen, daß mit dem Versuch einer Festsetzung in Agadir notwendigerweise der Krieg zwischen England und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite unausbleiblich heraufbeschworen wird. Und was der Krieg bedeutet, werde ich noch weiter klarlegen. Rasch genug wurde mir Aufklärung zuteil: Anfang August veröffentlichte die „Braunschweigische Landeszeitung" einen Artikel, worin sie in der schärfsten Weise gegen von Kiderlen-Waechter losging, worin sie behauptet, daß Herr von Kiderlen-Waechter in den nationalen Kreisen große Hoffnungen erweckt, daß man sehr auf ihn gebaut habe, er werde im Sinne der Wünsche der Alldeutschen handeln. (Hört! hört!) Aber plötzlich sei er wieder, nachdem der Kaiser von der Nordlandsreise zurückkehrte, zurückgehupft. Die „Braunschweigische Landeszeitung" führt aus: Von der Zeit an, wo der „Panther" nach Agadir gegangen, ließ Kiderlen-Waechter nach keiner Seite hin zweifeln, daß er ungefähr auf dem Boden der alldeutschen Forderungen steht (Hört! hört!), daß, obwohl der Kaiser — der bekanntlich längere Zeit an der Küste Norwegens war — ihm nur aufgetragen hatte, nach einer ehrenvollen Lösung zu suchen, er unter allen Umständen auf dem Erwerb von Südwestmarokko bestehen würde. (Hört! hört!) Nach dieser Richtung hin habe Kiderlen-Waechter zu jedem gesprochen, auf diesen Vorgang hin seien zirka ein halbes Hundert Redakteure, Politiker — wahrscheinlich auch Herr Bassermann — in Berlin zusammengetreten (Hört! hört) und hätten erklärt, daß sie ihrerseits bereit wären, diese Pläne von Kiderlen-Waechter zu unterstützen, auf die Gefahr eines Krieges hin. (Lebhafte Bewegung.) Nun, wir werden im Reichstage Herrn von Kiderlen-Waechter darüber zur Verantwortung ziehen. (Bravo!)

Daß England das Vorgehen Deutschlands im höchsten Grade mißfiel, ist klar. Daher erklärte der englische Ministerpräsident, Herr Asquith, in einer sehr pronunzierten Rede, mit der Entsendung des „Panther" nach Agadir sei eine durchaus neue Lage geschaffen; die marokkanische Frage sei an einem Punkt angelangt, wo sie in wachsendem Maße Schwierigkeiten und Unruhe hervorrufen werde. Er fügte hinzu, daß er zwar nicht an einen direkten Eingriff denke, er wolle aber konstatieren, wie England die Sache ansehe und gegebenenfalls handeln werde. Das war auch die Auffassung der englischen Presse, z. B. der „Daily News". Was würde aber für uns aus einer Besetzung Südwestmarokkos entstehen? Ungeheure Kosten, die beständige Gefahr von Aufständen im Hinterlande, wozu Frankreich sicher alles tun würde, und ständige Kriegsgefahr in Europa. Man muß sich fragen, wie können vernünftige Leute zu solchen Schritten kommen? Mag der Wunsch da sein, mag er tausendmal berechtigt sein, sich in Marokko festzusetzen, aber man muß sich auch im gewöhnlichen Leben oft liebe Wünsche versagen, weil sie nicht durchführbar sind. So geht es auch den Nationen. Will ich mir einen Wunsch erfüllen, so habe ich mich zu fragen: was kostet er, kannst du die Kosten tragen? Und so frage ich auch, ob wir wegen eines Stückes Marokko die ungeheuren Kosten und all die Verantwortung, die damit verbunden ist, tragen können. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, daß der Umschlag, den die deutsche Regierung bald nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandreise machte, bei Bassermann sehr eigenartige Gefühle auslöste, daß sein Gesicht sich erheblich verlängerte. (Heiterkeit.) Er ist gründlich blamiert worden. Er hat vergessen, daß in Deutschland nicht allein die Handvoll Großkapitalisten zu reden haben, sondern daß auch hinter der nationalliberalen Partei zirka 1½ Millionen Wähler stehen, die in ihrer großen Mehrheit kleine Gewerbetreibende, Bauern und selbst Arbeiter sind, und man muß doch auch mal fragen, was denn die dazu sagen würden. Freilich, diese große Masse ist stumm, sie redet nicht, aber sie bekommt nachher um so mehr die Dummheiten der Führer zu kosten. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Mit jener Erklärung der „Braunschweigischen Landeszeitung" war mir auf einmal klar, wie die Dinge standen. Dazu kam, daß, während damals ein großer Teil der maßgebenden Presse nach der Landung des „Panther" schwieg — sie war zweifelhaft, offenbar wollte sie sich nicht engagieren; sie fürchtete, daß da etwas Böses heraus-

kommen könne —, die Alldeutschen um so toller vorgingen und in der schlimmsten Weise zum Kriege hetzten. Offenbar hat dann nachher der Kaiser seinem Minister des Auswärtigen einen gehörigen Dämpfer aufgesetzt. (Sehr gut!) Wir werden im Reichstage vor allem festzustellen suchen, was denn Herr von Bethmann Hollweg bei der „Panther"-Angelegenheit für eine Rolle spielte. (Sehr richtig!) Der „Panther" konnte doch nicht allein auf Befehl von Kiderlen-Waechter nach Agadir geschickt sein, auch Herr von Tirpitz konnte ihn nicht schicken, das konnte nur Herr von Bethmann Hollweg. Und nun wollen wir mal hören, was der vorsichtige Kanzler, der Philosoph, dazu sagte. (Heiterkeit und Sehr gut!) . . . .

Nun hat die englische Regierung in recht fataler Weise den Alldeutschen Oberwasser gegeben. Ich habe schon bemerkt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus steht, aber sie durfte nicht so weit gehen und einen Beschluß fassen, der eine Parteinahme für Frankreich bekundete und einem Ultimatum an Deutschland verzweifelt ähnlich sah. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen durfte nicht Herr Lloyd George, der bisher so eifrig die Friedensposaune geblasen, seine bekannte Rede halten, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Sie wissen, welche Wirkung diese Rede gehabt hat, haben mußte. Freilich hat einige Tage danach Herr Asquith sich veranlaßt gesehen, zu dämpfen. Er hielt zwar nach wie vor seinen alten Standpunkt aufrecht, daß man alles aufbieten werde, um die Interessen Englands zu wahren, aber er erklärte zugleich, wenn außerhalb Marokkos Kompensationen zwischen Frankreich und Deutschland gefunden werden sollten, hätte England keinerlei Ursache, das zu verhindern oder sich in diese Dinge zu mischen, das sei allein Sache der beiden betreffenden Mächte.

Nun sind ja Verhandlungen eingeleitet worden. Daß sie in ihrer ganzen Breite nicht veröffentlicht werden, begreife ich. Wenn z. B. eine große Gewerkschaft einen Kampf auf Leben und Tod mit der Kapitalistenklasse zu führen hat, und es kommt, bevor man losschlägt, oder auch nachdem man losgeschlagen hat, zu Verhandlungen, so werden die Unterhändler hüben und drüben die Verhandlungen nicht vor der breiten Oeffentlichkeit erörtern, weil sie sich sagen, das könnte zu Erörterungen und Forderungen führen, die unsere ganze Stellung konterkarieren, sie könnten die Verhandlungen stören. (Sehr richtig!) Aber die Schweigepolitik, die man jetzt seit Wochen in der Marokkofrage von deutscher und französischer Seite beobachtet, müssen wir auf das Entschiedenste verurteilen. Dieses Schweigen können sich die Nationen nicht länger gefallen lassen. (Erneute Zustimmung.) Wir müssen wissen, was eigentlich in Frage steht. Die Grundzüge einer solchen Verhandlung hat ein Volk alles Recht, kennen zu lernen, denn es handelt sich schließlich doch um des Volkes Kopf und um des Volkes Beutel. (Lebhaftes Sehr richtig!) Es muß schon beizeiten hineinreden können, ob nicht zu weitgehende, nicht unvernünftige Forderungen gestellt werden, ob nicht etwas geschieht, was die Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert. (Sehr richtig!) Dieses Verlangen ist dieses Mal schließlich von allen Parteien gestellt worden. Alle Parteien verlangen nach dem Reichstage; sie verlangen, daß Aufklärung gegeben wird, auch schon, bevor der Reichstag zusammentritt, durch die offiziöse Presse. Bis heute hat man hartnäckig geschwiegen. So entstanden notwendig falsche Gerüchte. Die Beunruhigung hat immer weitere Kreise ergriffen, weil das lange Zurückhalten verdächtig ist und weil man sich sagt, wäre man einig, so ginge man an die Oeffentlichkeit; wer weiß, was da herauskommt. Wir haben gelesen, daß ein Run auf eine Reihe von Sparkassen stattfand; wir haben weiter gelesen, daß einer der Direktoren der Deutschen Bank sich veranlaßt sah, den Staatssekretär Herrn von Kiderlen-Waechter aufzusuchen und ihm mitzuteilen: die Sache werde bedenklich; wenn die Entscheidung noch länger dauert, können wir für nichts garantieren. Der Direktor der Deutschen Bank wird freilich noch mehr gesagt haben. Er wird ihm gesagt haben: Herr Staatssekretär, wenn Sie es noch nicht wissen, will ich es Ihnen sagen: wenn das Publikum seine baren Depositen aus den Banken zieht, können wir das Geld schließlich nicht mehr zahlen, und wenn Sie meinen, daß wir nur mit deutschem Kapital arbeiten, dann täuschen Sie sich auch. Es stecken zwar 20,000 Millionen Mark deutschen Kapitals im Auslande in Unternehmungen aller Art, aber mehrere tausend Millionen Mark französischen Kapitals stehen auch in Deutschland. (Hört! hört!) Unsere Banken arbeiten in einem sehr bedeutenden Maße mit französischem Kapital. Ich habe in diesen Tagen von einem Manne, der den Dingen nahesteht, der lange Jahre in Bankgeschäften tätig war, der die Situation zu beurteilen

vermag, einen Brief erhalten, worin es heißt: „Es scheint richtig zu sein, daß Kiderlen-Waechter am Samstagnachmittag einem Direktor der Deutschen Bank beruhigende Mitteilungen gemacht hat. Das war höchste Zeit, denn die d e u t s c h e n B ö r s e n sind in äußerst schlechter Verfassung im Gegensatz zu den französischen. Es zeigt sich jetzt sehr drastisch die Uebermacht der Franzosen auf diesem Gebiet; sie können die Ungewißheit noch lange aushalten, wir nicht; die haben Geld wie Heu, wir aber haben wenig überflüssiges Geld und viele Schulden." (Hört! hört!) Das Wesentlichste ist, daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie vielfach mit f r e m d e m K a p i t a l arbeitet. Das ist sehr erklärlich. Obwohl wir in den letzten 20 Jahren um 30,000 Millionen Mark reicher geworden sind, sind doch kolossale Kapitalien investiert. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben eine ungeheure Ausdehnung erlangt. Große französische, englische und amerikanische Kapitalien sind in Deutschland angelegt, aber andererseits gehen deutsche Kapitalien ins Ausland, um dort angelegt zu werden. Ich spreche offen aus: vielleicht liegt die größte Gewähr für den Weltfrieden in dieser i n t e r n a t i o n a l e n V e r s c h i c k u n g d e s K a p i t a l s. (Sehr richtig!) Diese Verschickung macht einen Krieg zu einer sehr gefährlichen Sache, hüben wie drüben, und es wäre heller Wahnsinn, wollte eine Regierung wegen Marokko die Dinge auf die Spitze treiben. (Sehr richtig!) . . . ." (S. 334 ff.)

Bebel schloß mit einer längeren Darlegung der Situation im Falle eines Krieges. (Siehe die Artikel „K r i e g u n d S o z i a l d e m o k r a t i e", „M a s s e n s t r e i k".) Das A m e n d e m e n t zur Marokkoresolution (Antrag 82) begründet R o s a L u x e m b u r g:

„Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir die Einschaltungen nicht deshalb vorschlagen, weil sie sich irgendwie von dem allgemeinen Inhalt der Resolution oder dem Sinn der Rede des Referenten entfernen, sondern im Gegenteil, weil sie sich ja vollkommen im Gleise dieser Gedanken bewegen. Sie sind aber andererseits notwendig, weil die vorgelegte Resolution diese uns sehr wichtig und wesentlich dünkenden Punkte unerwähnt gelassen hat. Es ist ja bekannt, man kann in einer Resolution nicht alles sagen, was sich über einen Gegenstand überhaupt sagen läßt. (Na also.) Warten Sie ab. Bei Resolutionen, die sich auf innere parteitaktische Fragen beziehen, ist die Diskussion und die Rede zur Begründung der Resolution als Kommentar zu ihr unbedingt notwendig und sie kann nur als solcher in Betracht gezogen werden. Hier aber handelt es sich um eine Resolution, die uns ein L e i t s t e r n i n d e r M a s s e n a g i t a t i o n gegen die bürgerliche Gesellschaft sein soll. Wir müssen in Betracht ziehen, daß nicht nur bürgerliche Blätter, sondern auch die Gewerkschaftsblätter zum Teil nicht die Diskussion, wohl aber die Resolution abdrucken werden, deshalb muß die Resolution mindestens als Grundlage für die Agitation ausreichen und deshalb a l l e w e s e n t l i c h e n S t a n d p u n k t e d e r S o z i a l d e m o k r a t i e zur Frage ausdrücken. Es sollen auch hier die Hauptpunkte angegeben werden, die unseren Rednern und unserer Presse richtunggebend sein müssen, damit in der Agitation auch alles ausgesprochen wird, was für die Sozialdemokratie von Wichtigkeit ist. Deshalb halten wir es für notwendig, daß gleich beim ersten Absatz, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturvölkern protestiert wird, gleichzeitig erklärt und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso g e g e n e i n e n K r i e g g e g e n N i c h t k u l t u r v ö l k e r sind, was zwar für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausgedrückt werden soll und muß. (Heiterkeit.) Vergessen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns genau so wenden müssen, wie gegen einen Krieg unter Kulturvölkern. Ferner ist unerwähnt geblieben, wohl nur aus Versehen oder in der Absicht, sich möglichst kurz zu fassen, daß wir gegen die Machenschaften kapitalistischer Cliquen in der Kolonialfrage nicht nur deshalb protestieren, weil sie so schädlich für die Interessen der Arbeiterklasse sind, sondern weil sie auch die vitalsten I n t e r e s s e n d e r E i n g e b o r e n e n in den Kolonialländern beeinträchtigen. Ferner sind im Absatz 4 als einzige Ursache der Kriegsgefahr die Intrigen und die Spekulationssucht einiger großkapitalistischer Cliquen angeführt und es ist unerwähnt geblieben ein Standpunkt, der uns außerordentlich nützlich und wichtig ist in unserer allgemeinen Agitation gegen den Militarismus, daß nämlich die R ü s t u n g e n an sich eine gefahrdrohende Erscheinung sind, daß gerade durch das Wett-

rüsten die Kriegsgefahr nicht beseitigt, sondern noch gesteigert wird. In der Resolution fehlt auch der Zusammenhang zwischen der Marokkoangelegenheit und der allgemeinen Frage des Militarismus, die voneinander nicht zu trennen sind. Insbesondere halten wir es für notwendig, die Spitze der Resolution nicht bloß gegen diese paar kapitalistischen Cliquen zu richten, sondern gegen diejenigen politischen Parteien, auf denen die Verantwortung für die jetzige Kriegsgefahr und für die ganze Situation überhaupt lastet, gegen jene Parteien, die den Militarismus unterstützen, denn mit ihnen haben wir ja mehr und direkter zu tun, als mit jenen wenigen kapitalistischen Cliquen, die hinter den Kulissen Drahtzieher sind.

Und endlich ist es außerordentlich wesentlich, daß sich die Resolution in ihrer jetzigen Fassung ausschließlich gegen eine Kriegsgefahr wendet. Die Kriegsgefahr kann etwas bloß Vorübergehendes sein, es können aber Erscheinungen eintreten, die, ohne daß ein Krieg ausbricht, für uns genau so schädlich und gefahrbringend im allgemeinen Sinne sind: Das ist vor allem eine Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes in friedlicher Weise, durch einen gewöhnlichen Diplomatenschacher hinter dem Rücken der Nation und ihrer gesetzgebenden Vertreter. Deshalb glauben wir, daß die von uns vorgeschlagenen Einschaltungen so wesentlicher Natur sind und andererseits sich so organisch und harmonisch an die Resolution anschließen, daß ihre Annahme unbedingt notwendig ist, und daß sie uns erleichtern werden die Ausnutzung der vorliegenden Resolution als Grundlage für eine umfassende, die Massen ergreifende Agitation sowohl gegen die spezielle Marokkoaffäre, wie gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik im allgemeinen. (Lebhafter Beifall bei einem Teil des Parteitages.)" (S. 348 f.)

Dr. David beantragt, von einer Debatte abzusehen, um nicht durch eine solche den Eindruck der Kundgebung abzuschwächen.

Dr. Liebknecht:

„Ich habe eben noch ein neues Amendement eingebracht. (Große Unruhe.) Es handelt sich um einen wichtigen Punkt, um eine Ergänzung der Resolution und eine Ergänzung des Bebelschen Referats. (Unruhe und Schlußrufe.) Ich vermisse in dem Bebelschen Referat fast jeden Hinweis auf die Aktion der deutschen Massen, was sie bereits getan haben und was sie an Demonstrationen und Aufklärungstätigkeit noch weiterhin zu tun haben. (Schlußrufe und Rufe: Das wissen wir schon selbst!) Es ist unbedingt notwendig, daß in der Resolution der Massen nicht vergessen wird. Es wird gar nicht von der gegenwärtigen Aktion gesprochen und nur allgemein auf ein späteres Stadium hingewiesen. Um dieser Resolution eine unmittelbare Wirkung nach außen hin zu geben, muß mein Amendement angenommen werden. Die Massen draußen müssen aufgerüttelt werden. Sie müssen zu lebhaften Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg aufgerufen werden. (Lebhafte Unruhe; Bebel ruft: Ist das zur Geschäftsordnung?) Wir können jetzt noch nicht Schluß der Debatte machen. (Widerspruch.)" (S. 350.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel (Schlußwort):

„Ich habe sehr wenig zu sagen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die vorgeschlagene Resolution nicht alles enthält, was gesagt werden könnte. Ich bin mir auch sehr wohl bewußt, daß ich über die Marokkofrage statt anderthalb Stunden drei Stunden hätte sprechen können. Was aber in der Resolution fehlt, das haben die Genossen schon aus eigenem hinzugesetzt und werden es noch weiter tun. (Beifall.) Mir war nur darum zu tun, in aller Kürze die Hauptpunkte darzulegen, auf die es ankommt. Wenn der Parteitag die Resolution annimmt, dann spricht er deutlich aus, was er in der Frage getan hat, wie er denkt und was er weiter tun wird. (Stürmischer Beifall.)" (S. 350.)

Vorsitzender Dietz:

„Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution 71 und die vier dazu vorliegenden Amendements." (Lebhafte Zurufe: Die Amendements zurückziehen! — Bebel: Ach laßt sie doch!)

Die vier Amendements zu der Resolution des Parteivorstandes werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wird die Resolution über die Marokkofrage (Nr. 71) einstimmig angenommen. (Anhaltender Beifall.)

(Siehe auch die Artikel „England", „Imperialismus", „Kolonialpolitik", „Massenstreik", „Parteivorstand".)

Massenstreik.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lag folgender Antrag vor:

100. „Preußische Wahlrechtsvorlage." „Der Parteitag erklärt in völliger Uebereinstimmung mit dem jüngsten preußischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe dieses Frühjahrs vollauf bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch eine große, entschlossene Massenaktion des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen. Angesichts dessen erklärt der Parteitag für notwendig, im Hinblick auf die künftige Wiederaufnahme der Wahlrechtskampagne die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und in Versammlungen in die Wege zu leiten und so in den breitesten Schichten des Proletariats das Gefühl der eigenen Macht sowie das politische Bewußtsein zu schärfen, damit die Massen den großen Aufgaben gewachsen sind, wenn die Situation es erfordert."

R. Luxemburg, Haenisch, Westkamp, Schöbel, Frau Lex, Grütz, Faure, Henke, Pannekoek, Wellmann, Reitze, Rauch, Elfriede Gewehr, Dröner, Schulten, Focke, Albrecht, Liebknecht, Staab, Minna Wiese, Marie Milow, Rudolph, Limbertz, Grenz, Emmel, Keil-Reichenbach, Fleißner, Graupe, Heinrich Schulz, Rohleder, Leutert, Hengsbach, Hennig, Reiwand, Oertel, Rosenfeld, Frank-Berlin VI., Fauth, Wagner, Antrick, Wassermann-Schöningen, Martin, Bromme, Neukirch, Scholich, Hoffmann, Hörsing, Dietrich, Westmeyer, Schumacher, Haug, Böhme, Castan, Ulm, Dittmann, Dißmann, Dobrohlaw, Hackelbusch, Bühler, Muth, Witzke, Arendsee.

Ferner gehört hierher:

102. „Erklärung. Die unterzeichneten Parteidelegierten legen die entschiedenste Verwahrung ein gegen die Einbringung des Antrages der Genossin Luxemburg, der die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und Versammlungen fordert.

Der Massenstreik, gleichviel aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken er geführt werden soll, bedarf zu seiner wirksamen Durchführung der Beteiligung aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere der Beteiligung und Unterstützung der gewerkschaftlichen Verbände. Von diesen Erwägungen ausgehend, sind bisher alle Vorberatungen über die Anwendbarkeit des Massenstreiks als Kampfmittel zur Erringung eines freien preußischen Wahlrechts geführt worden zwischen der obersten Vertretung der Partei, dem Parteivorstande, und der obersten Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen, der Generalkommission der Gewerkschaften.

Auch Angelegenheiten von minder wichtiger Bedeutung, welche die Interessen beider Zweige der Arbeiterbewegung berührten, wie die Unterstützung der Maifeier-Gemaßregelten, sind durch gemeinschaftliche Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission geregelt worden. Es ist deshalb unerläßlich, daß auch die Frage der Erörterung und Propagierung des Massenstreiks zuvor zwischen Parteivorstand und Generalkommission beraten wird, ehe sie an den Parteitag zur Entscheidung gelangt.

Die Unterzeichneten halten darum die Einbringung des Antrages Nr. 100 für verfehlt, weil er nur die Wirkung haben kann, das erfreuliche Einvernehmen zwischen den beiden Vertretungen der deutschen Arbeiterbewegung zu stören."

Severing, Wittich, Fritzsch, Müller-Karlshorst, Schumann, Brückner, Lesche, Thielemann, Mey, Sachse, Ulrich-Frankfurt, Hetzschold, Brey, Ritter, Giebel, Heldt, Töneböhn, Ritzert, Silberschmidt, Koch, Tönnies, Hopfe, Schlicke, Bohm, Rößler, Evers, Schmitt-Herfordt, Ernsting, Göldner, Schmidt-Linden, Hoffmann-Bielefeld, Drecks-hagen, Spindler, Knieriem.

Diese Anträge standen mit anderen zur Debatte bei dem Punkte „Wahlrechtsfrage". Am Schlusse seines Referats sagte Borgmann:

„... Ich bin der Meinung, daß die Resolution der Genossin Luxemburg nicht in ihrem vollen Umfange die Zustimmung des Parteitages erhalten kann. Ich für meine Person lehne sie wenigstens in ihrem zweiten Teile ab. Ich würde mich schließlich damit einverstanden erklären, daß der erste Satz angenommen wird, aber ich sehe nicht ein, daß es notwendig ist, schon mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Jena, weiteres zu beschließen. Was über diese Frage gesagt werden kann, ist in Jena gesagt. Dort hat die Partei sich die Richtlinie gegeben, die sie innehalten mußte. (Sehr wahr!) ..." (S. 422.)

Genossin Luxemburg begründet den Antrag 100:

„Eine Reihe von Delegierten, die unseren Antrag nicht unterschrieben haben, haben erklärt, daß sie sachlich vollkommen damit übereinstimmen, daß sie aber Bedenken tragen, daß ein Wort in unserem Antrage Mißverständnisse in bestimmten Kreisen der Partei hervorrufen könnte, und zwar das Wort „Propagierung". Wir sind damit einverstanden, daß dieses Wort im Antrage gestrichen wird. Wir haben unseren Antrag als notwendige Ergänzung zur Resolution des Parteivorstandes eingebracht. Die Vorstandsresolution faßt die preußische Wahlrechtsfrage von der allgemeinen Seite auf. Wir möchten die aktuelle Seite, die politischen Richtlinien für den Kampf mehr hervorheben. Das vermissen wir in der Vorstandsresolution, weil sie bei allem Richtigen, das sie ausspricht, dem nicht genügend gerecht wird, daß wir seit dem preußischen Parteitag in unserem preußischen Wahlrechtskampfe ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen sind. Wir haben seitdem im preußischen Abgeordnetenhause die Posse der Bethmann Hollwegschen Vorlage mit ihrem vollkommenen Bankerott zum Schluß erlebt. Andererseits haben wir Straßendemonstrationen erlebt, wie sie Deutschland und Preußen noch nicht gesehen hat. Dieses Ergebnis, einerseits der Zusammenbruch der parlamentarischen Aktion der Regierung und der bürgerlichen Parteien, andererseits das machtvolle Anschwellen der Massenaktion hat nicht bloß die Auffassung des preußischen Parteitags in glänzender Weise bestätigt, sondern es hat auch den Losungen, die auf dem Parteitag formuliert worden sind, eine viel konkretere aktuelle Bedeutung gegeben, als es zu Weihnachten der Fall war. Das bezieht sich namentlich auf die Losung des politischen Massenstreiks. Schon der preußische Parteitag hat ihn einstimmig als Mittel empfohlen, das eventuell zur Anwendung kommen soll. Auch im Referat und in den Reden ist darauf nachdrücklich hingewiesen worden. Aber die Ereignisse selbst haben dieser Losung Leben und praktische Bedeutung gegeben.

Parteigenossen! Seitdem wir im Frühjahr die machtvollen Massendemonstrationen für das preußische Wahlrecht hatten, ist die Losung des Massenstreiks gewissermaßen in den Vordergrund des Interesses unserer proletarischen Massen getreten. Genau so wie im Jahre 1906 die Hamburger Parteigenossen im Januar bereits einen wohlgelungenen Versuch mit der Anwendung des Massenstreiks als einer politischen Demonstration den Anfang gemacht haben, so haben in diesem Jahre die Genossen in Kiel, die Genossen in Frankfurt und Hanau glänzend abgelaufene Demonstrationsmassenstreiks gemacht, und in einer Reihe anderer Städte, in Breslau, in Halle, im hessen-nassauischen Agitationsbezirk, im Rheinland, in Bremen haben sich die Parteigenossen in lebhaftester Weise mit der Idee des Massenstreiks befaßt, und dies ist auch in einer lebhaften Diskussion in unserer Parteipresse im Frühling zum Ausdruck gekommen. Das ist ganz selbstverständlich und konnte nicht anders sein. Sobald wir

gewaltige Massen im Wahlrechtskampf auf den Plan rufen, sobald wir machtvolle Demonstrationen veranstalten, entsteht sehr bald in den Massen selbst die Frage: was werden wir weiter machen? Der Auffassung kann sich niemand verschließen, daß wir höchstwahrscheinlich mit der bloßen Demonstration den Zweck unserer Wahlrechtskämpfe nicht erreichen werden. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß auf die bloßen Kundgebungen des Willens der proletarischen Massen hin die herrschenden Reaktionäre Preußen-Deutschlands freiwillig auf ihr stärkstes Bollwerk verzichten werden, und da entsteht naturgemäß in den Massen der demonstrierenden Proletarier die Frage: Haben wir noch weitere wirksamere Waffen, wenn sich die Waffe des Demonstrationsstreiks als nicht ausreichend erweist? (Bravo!) Haben wir noch Mittel und Wege, um unserem Willen mehr Nachdruck, mehr Wirksamkeit zu verleihen? Da ist es unsere selbstverständliche Pflicht, auf diese Frage den Massen die klare Antwort zu geben: Jawohl, ihr habt noch ein wirksameres Mittel, das ihr nötigenfalls ins Werk setzen könnt, und dieses Mittel ist die Arbeitsverweigerung, das ist der Massenstreik. Und es kommt noch ein weiteres hinzu: sobald wir Massendemonstrationen veranstalten, sobald diese sich immer steigern, immer gewaltiger werden, wird eine Lage geschaffen, in der nicht nur von uns der Ausgang des Wahlrechtskampfes abhängt, sondern es kommen dann andere Faktoren mit ins Spiel, das Verhalten unserer Gegner. Wir wissen alle, in welcher Weise von der herrschenden Reaktion unseren ersten Massendemonstrationen begegnet worden ist, wir haben in frischer Erinnerung all die Säbelattacken, all die Provokationen der Polizei, wir wissen alle, daß bis jetzt unwiderlegt geblieben ist die Nachricht des „Berliner Tageblattes", daß bei der großen Demonstration im Tiergarten am 6. März die Kaserne des 1. Feldartillerie-Regiments in ein Kriegslager verwandelt worden ist, daß man nur auf einen Vorwand lauerte, um die friedlich und ruhig demonstrierenden Massen in ihrem eigenen Blute zu ersticken. . . . Wir wissen alle, daß in den leitenden Kreisen unserer Partei und namentlich unserer Gewerkschaften eine starke Abneigung dagegen besteht, daß man die Frage des Massenstreiks namentlich während des Wahlrechtskampfes öffentlich erörtert. Die Befürchtungen ergeben sich aus der Auffassung, als ob es genügen würde, vom Massenstreik in Versammlungen und in der Presse zu reden, damit ein Massenstreik über Nacht ausbricht, ob er gelegen oder ungelegen kommt. Diese Auffassung geht dahin, daß man die Erörterung der Frage des Massenstreiks, die Propaganda des Massenstreiks gewissermaßen als ein Spielen mit dem Feuer auffaßt. Parteigenossen, es ist notwendig, es ist die höchste Zeit, daß sich alle bei uns darüber klar werden, daß diese Auffassung vom Massenstreik total verfehlt ist, und eine der Aufgaben unseres Antrages ist, über diese Auffassung volle Klarheit zu schaffen, die Befürchtungen, als ob die Erörterung der Frage des Massenstreiks allein, künstlich, gelegen oder ungelegen, den Massenstreik provozieren könnte, zu beseitigen. Diese Auffassung müssen wir überwinden, wie die anarchistische Auffassung vom Generalstreik, der jene entspricht, längst begraben ist. Ein politischer Massenstreik ist nicht eine Erscheinung, die man künstlich dadurch heraufbeschwören könnte, daß man von ihr redet oder diese Waffe propagiert. Ein politischer Massenstreik kann nur entstehen aus historischen Bedingungen; aus der Reife der politischen und wirtschaftlichen Situation kann sich ein Massenstreik ergeben, und wenn irgend etwas Ihnen beweist, daß man ins Unendliche vom Massenstreik reden kann, ohne den geringsten praktischen Erfolg, wenn die Bedingungen zu seiner Verwirklichung fehlen, so ist es die Geschichte der Idee des Generalstreiks selbst. Sie wissen, daß die Anarchisten vom Schlage Domela Nieuwenhuis jahrzehntelang den Generalstreik anpriesen als eine Panazee gegen alle Uebel der bestehenden Gesellschaftsordnung und gegen den Krieg, als ein Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution binnen 24 Stunden. Und heutzutage, wer führt den Generalstreik mehr im Munde als die französischen Syndikalisten anarchistischer Observanz. Das Hausieren mit der Generalstreiksidee durch Nieuwenhuis hat nicht ein Jota an ernsten Erfolgen zu verzeichnen, kein Mensch hat sich darum gekümmert. Und das Land, wo der Generalstreik am wenigsten in der Praxis hervorgetreten ist, ist heute Frankreich, wo die Syndikalisten ihn stets im Munde führen.

. . . Erst im letzten Jahrzehnt, seitdem wir den machtvollen Zusammenschluß des Kapitals zu Kartellen, die Aussperrungspolitik, die beispiellose Verschärfung der Klassengegensätze haben, zeigt es sich, daß in einem Lande nach dem anderen Massenstreiks ausbrechen, nicht, weil sie einst von Anarchisten propagiert wurden, sondern weil die historischen Bedingungen sie erforderten.

Für uns im preußischen Wahlrechtskampf ergibt sich die Losung des Massenstreiks aus der einfachen Tatsache, daß das Proletariat einzig und allein auf sich, auf seine eigene Kraft angewiesen ist, um diesem Kampfe zum Siege zu verhelfen. Als schärfste Form der selbständigen politischen Aktion des Proletariats ist der Massenstreik bei uns in Preußen-Deutschland zugleich ein Produkt der Verschärfung der Klassengegensätze, des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie, des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien gegen uns, ein Produkt der ganzen geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

So aufgefaßt, auf eine solche Basis gestellt, bedeutet die Erörterung des Massenstreiks nicht das künstliche Hervorzaubern eines Massenstreiks ohne Grund und ohne die Bedingungen der Wirksamkeit, sondern sie ist ein hervorragendes Aufklärungsmittel für die Massen, ein hervorragendes Mittel der politischen Erziehung und der Vertiefung der politischen Auffassung der proletarischen Massen. (Sehr richtig!)

... Wir müssen die Massen darauf vorbereiten, daß nur in einer langen Reihe schwerer, opferreicher Kämpfe der Sieg errungen werden kann. Aber gerade dadurch, daß wir sie auf die ganze Schwere des bevorstehenden Kampfes im Zusammenhang mit der Erörterung des Massenstreiks hinweisen, erfüllen wir gegenüber der Arbeiterklasse nicht nur ein Werk der politischen Aufklärung, sondern auch der moralischen und sittlichen Erziehung, indem wir an den höchsten Idealismus, an die Opferwilligkeit appellieren. Wenn Sie das alles zusammennehmen, müssen Sie zugeben, daß die Propagierung des Massenstreiks, so aufgefaßt, ein gut Stück Erziehung der Massen zum Sozialismus darstellt. (Sehr richtig!) Ebenso hinfällig wie die Befürchtung, als ob ein Massenstreik, bloß weil man davon redet, unzeitig ausbrechen könnte, ist die Ansicht, daß mit der Propagierung bereits die Festlegung auf einen Termin gegeben ist. Wer kann bestimmen, wann wir in Preußen-Deutschland einen politischen Massenstreik machen müssen? Darüber bestimmen doch nicht wir allein. Ein politischer Massenstreik kann vielleicht über ein, zwei, über drei Jahre, er kann aber möglicherweise auch schon nach den nächsten paar Wahlrechtsdemonstrationen notwendig werden, denn außer unserer Taktik kommt doch die Taktik der Gegner, das Verhalten der Reaktion, die allgemeine Stimmung, die wirtschaftliche Lage in Betracht. Steht die Sache aber so, können wir nicht festlegen, wann und wie der Massenstreik zustande kommt, müssen wir zugeben, daß er möglicherweise schon in sehr kurzer Zeit notwendig werden kann, so ergibt sich daraus die klare Pflicht, die Massen auf ihre Aufgaben vorzubereiten und dafür zu sorgen, daß, wenn die Situation reif ist, sie nicht bloß unter dem Affekt, in der Erbitterung zur Waffe des Massenstreiks greifen, sondern als eine politisch geschulte, scharf überlegende Armee von Klassenkämpfern unter Führung der Sozialdemokratie ins Feld ziehen. (Bravo!) Eine solche historische Erscheinung, wie der politische Massenstreik, läßt sich nicht auf Kommando hervorrufen, sie läßt sich aber auch nicht auf Kommando abbestellen, wenn die Zeit dafür reif ist. (Sehr wahr!) Wenn wir es unterlassen, die Massen durch eine eingehende Erörterung des politischen Massenstreiks im Zusammenhang mit der historischen und politischen Entwicklung vorzubereiten, dann werden wir nur erreichen, daß gegebenenfalls die Massen sich nicht unter unserer Führung, sondern in chaotischer Verwirrung in den Massenstreik stürzen. Nicht wir, sondern die Massen sind berufen, zu entscheiden, wann die Zeit reif ist, und unsere Pflicht ist es, ihnen die geistigen Waffen zu geben, die klare Einsicht in die Tragweite des Kampfes, in die Größe der Aufgaben und in die damit verbundenen Opfer. Denn hier, wie in jedem anderen politischen Kampfe, heißt es: Bereit sein ist alles. (Lebhafter Beifall.)" (S. 426 ff.)

Wagner-Braunschweig:

„... wir müssen endlich positiv ein Verstärkungsmittel unserer Demonstrationen angeben, und wir haben in unserem Waffenarsenal nur noch den politischen Massenstreik, über den wir uns ja in Jena klargeworden sind. Ich stehe dem Massenstreik durchaus nicht ohne Bedenken gegenüber, ich weiß, daß er nicht kommandiert werden kann, er muß aus der Masse herauskommen, denn die Opfer haben die kleinen Leute zu bringen, die uns, wenn wir den Massenstreik predigen, einfach sagen: „Ja, Ihr habt es gut, Ihr Parteibeamten, Ihr Redakteure, Ihr kommt wieder in Eure Stellungen, aber wir müssen die Opfer bringen!" Um so notwendiger ist es, die Arbeiter

aufzuklären. Weiter weiß ich sehr wohl, daß der Massenstreik der Begeisterung entspringen muß. Aber das darf uns nicht zu dem Irrtum verleiten, daß er nur das Werk plötzlicher Begeisterung sein könnte. Es ist hier genau so, wie mit der künstlerischen Begeisterung. Wenn die Stunde der Begeisterung über den Künstler kommt, und er hat kein Motiv, dann verflackert die Begeisterung leicht. Hat er aber einen Plan, hat er das Gerippe eines Dramas oder Gedichts schon im Kopfe, und es kommt die Begeisterung über ihn, dann gibt es ein gutes Werk. Aehnlich in der Politik. Die Stunde der Begeisterung, die die Massen zum Massenstreik drängt, wird schon kommen, aber wenn er dann nicht genau erörtert ist, und wenn die Massen sich dann nicht ganz klar sind, dann kann es dahin kommen, daß sie nicht wissen, womit sie beginnen sollen. Wir haben in Jena den Massenstreik in unser Waffenarsenal eingestellt, aber er ist verrostet. . ." (S. 435.)

Eugen Ernst-Berlin:

„. . . Es ist gesagt, daß eine gewisse Abneigung in den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften gegen die Erörterung des Massenstreiks vorhanden ist. Ich leugne nicht, daß hier und dort jemand vorhanden ist, der der Erörterung dieser Frage nicht sympathisch gegenübersteht, aber man darf solche einzelnen Vorkommnisse nicht verallgemeinern. In den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften bestehen keinerlei Bedenken, daß der Massenstreik angewendet werden muß in dem Augenblick, wo die politische Situation uns die Mittel aufzwingt. Bedenken bestanden nur dagegen, daß der Massenstreik erörtert werden soll zu einer Zeit, wo wir mitten im Wahlrechtskampf standen. Wir sagten uns, wenn jetzt die Frage erörtert wird, dann kann man auch diejenigen, die zurzeit mit der Anwendung dieses Mittels nicht einverstanden sind, nicht hindern, ihre Meinung öffentlich zu sagen, und dann erleben wir das Schauspiel, daß wir mitten in der Aktion eine weitschweifige Diskussion haben, daß zur Freude unserer politischen Gegner von uns erörtert wird, ob unsere Macht ausreicht, dieses Mittel zu gegebener Zeit anzuwenden. (Sehr wahr!) Diese Meinung kann auch nur entstanden sein aus einer mißverständlichen Auffassung des Beschlusses der Landeskommission. In der Landeskommission ist ausdrücklich gesagt: Wir verwerfen das Mittel des Massenstreiks nicht, wir müssen aber von Fall zu Fall Stellung nehmen, ob er möglich ist oder nicht. Wir haben ihn nicht für den ganzen Wahlrechtskampf abgelehnt, sondern nur in dem damaligen Augenblick für unzweckmäßig gehalten. Es ist auch die Meinung laut geworden, als hätten wir der Presse verboten, irgendwelche Erörterungen anzustellen. Auch das ist nicht der Fall. In der Sitzung der Landeskommission hat ein Mitglied der preußischen Parteileitung ausdrücklich gesagt: „Nun zur Presse. Bisher ist hier nicht entschieden, daß die Presse gar nichts über den Massenstreik bringen soll. Wir können aber nicht Zensoren sein, die die Redakteure als Kulis behandeln." Weiter weise ich darauf hin, daß die preußische Parteileitung immer und immer wieder die Frage erörtert hat: Ist es angebracht, irgendwelche schärferen Maßregeln jetzt zu ergreifen, ist die politische Situation so, daß wir notwendigerweise einen Schritt weiter gehen müssen. Ich glaube ohne Ruhmredigkeit konstatieren zu können, daß von seiten der preußischen Parteiorganisationen auch nicht ein einziger Vorwurf gegen die preußische Parteileitung erhoben ist. (Sehr richtig!) Das beweist, daß innerhalb der Organisationen die Meinung vorhanden war, unsere Vorschläge sind gut, um das Wahlrecht zu erringen. Also, es waren für uns lediglich praktische Erwägungen maßgebend, ob gerade die Zeit des Kampfes angebracht ist, die Frage zu erörtern.

Nun ist gesagt, die Resolution des Vorstandes lasse vermissen, daß der politische Massenstreik auch als Mittel im Wahlrechtskampf gilt. Das ist eine Verkennung. Es ist in der Resolution ausdrücklich die Rede davon, daß die Genossen den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiterführen werden. Darunter ist auch zu verstehen, daß, wenn die politische Situation es gebietet, wenn alle die Umstände, die Genossin Rosa Luxemburg angeführt hat, vorliegen, auch dies Mittel selbstverständlich angewandt werden muß. Da spricht die politische Situation, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Stimmung der Massen usw. mit. Wir sind aber der Meinung, daß dies Mittel nicht blindlings angewendet werden darf. (Sehr richtig!) Dazu hat es doch eine viel zu große Bedeutung. Weiter sind wir der Meinung, daß vor seiner Anwendung eine Aussprache mit den Gewerkschaften gepflogen werden muß. (Sehr wahr!) Die Annahme der Resolution Luxemburg würde ein Akt der Unfreundlichkeit gegenüber den Gewerkschaften sein. (Sehr richtig!) Als die Gewerkschaften in Köln ihren bekannten Beschluß über den Massenstreik gefaßt haben, da ist von seiten der politischen Organisation mit Recht darauf hingewiesen, daß sie sich vorher in einer solchen

Frage mit der politischen Partei hätten verständigen müssen. (Sehr richtig!) Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wollen wir das Mittel des Massenstreiks anwenden, dann müssen wir die Ueberzeugung haben, daß die Gewerkschaften mit uns gehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Gerade mit Rücksicht darauf, daß wir auf alle Eventualitäten gefaßt sein müssen, bitte ich die Resolution Luxemburg abzulehnen, wir wollen uns nicht auf ein Mittel festlegen. (Sehr richtig!) Wie die politische Situation ist, wie die Gegner uns angreifen, so muß geantwortet werden, und da können Sie sicher sein, daß weder das Drohen mit der gepanzerten Faust noch Schmeicheleien uns auch nur um Haaresbreite von unserem Wege abbringen werden. (Bravo!) Wenn die preußische Parteileitung aber auch wagen wollte, gegen die Fortsetzung des Wahlrechtskampfes Stellung zu nehmen, dann ginge die Masse über sie hinweg. Dazu sitzt der Masse die Erbitterung über die Dreiklassenschmach viel zu tief im Herzen. Diese Erbitterung wird dafür sorgen, daß zu gegebener Zeit auch das richtige Mittel angewandt wird. (Sehr wahr!) Nun hat die Genossin Luxemburg eigentlich den entscheidenden Teil aus ihrer Resolution herausgestrichen; wie die Resolution jetzt besteht, ist sie nur eine Umschreibung der Resolution der Parteileitung mit einigen unfreundlichen Bemerkungen, die daraus resultieren, daß sie glaubt, daß bisher die Diskussion unterbunden war. Ich ersuche sie deshalb, ihre Resolution zurückzuziehen. (Zustimmung.) Sollte sie das nicht tun, dann bitte ich, im ersten Teil statt „durch eine große entschlossene Massenaktion" zu sagen: „durch große entschlossene Massenaktionen". Den zweiten Absatz der Resolution bitte ich abzulehnen. . ." (S. 436 f.)

Dißmann-Hanau (inzwischen ist die Erklärung 102 eingegangen):

„. . . Die Resolution des Vorstandes dürfte einstimmige Annahme finden, und es handelt sich im wesentlichen darum, ob der Parteitag gewillt ist, den Antrag der Genossin Luxemburg ebenfalls zu dem seinigen zu machen. Vom Referenten wurde mitgeteilt, daß der erste Teil akzeptiert würde, auch vom Parteivorstand und der Kontrollkommission. Zu dem Antrage des Genossen Ernst habe ich im Auftrage der Genossin Luxemburg mitzuteilen, daß sie mit dieser Aenderung einverstanden ist.

Die Frage ist nun: Hat der Parteitag Ursache, den zweiten Teil oder die Gesamtresolution abzulehnen? Von einem Teil der Genossen, insbesondere aus leitenden Gewerkschaftskreisen, ist eine Erklärung hiezu vorgelegt worden (Zuruf: Verwahrung!), die leider eine Verwahrung enthält. In dieser Erklärung wird betont, daß man daran festhalten müsse, daß der Wahlrechtskampf in allen seinen Phasen gemeinsam von Partei und Gewerkschaft vorbereitet und durchgeführt werden muß. Genossen, das ist etwas so Selbstverständliches (Sehr richtig!), daß diese Verwahrung vor dem Parteitage wirklich überflüssig ist. (Zustimmung.) Ich möchte Sie fragen, wer denn etwas anderes, wer das Gegenteil verlangt hat. Genossin Luxemburg, die kaum mehr zum Worte gelangen dürfte, beauftragt mich, Sie hinzuweisen auf ihren Artikel in der Dortmunder „Arbeiterzeitung" vom 15. März d. J. (liest): „Es ist allerdings klar, daß eine Aktion von dem Charakter und der Tragweite des Massenstreiks nicht von der Partei allein ohne die Gewerkschaften gemacht werden kann. Nur aus gemeinsamem einmütigen Zusammenwirken beider Organisationen kann jene gewaltige Aktion im ganzen Lande ausgelöst werden, um die es sich in Deutschland allein handeln kann."

Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß im Wahlrechtskampfe Partei und Gewerkschaften Schulter an Schulter marschieren, und uns alle, die wir etwa in früheren Jahren lebhafte Diskussionen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft mitgemacht haben, hat es gefreut, daß im Wahlrechtskampfe in allen Orten Partei- und Gewerkschaftsgenossen ihr bestes getan haben, um den Wahlrechtskampf vorwärts zu bringen, sei es durch Versammlungen, Straßendemonstrationen oder sonstwie. (Zustimmung.) Wir haben das für selbstverständlich betrachtet, und ich möchte den Wunsch aussprechen, daß wir uns über die gemachten Vorschläge möglichst einmütig verständigen.

Enthält der Antrag Luxemburg etwas, was auf Grund früherer Beschlüsse abgelehnt werden müßte? In Jena hat die deutsche Sozialdemokratie den Massenstreik in ihr Waffenarsenal aufgenommen, im Jenaer Beschluß ist auch zweifellos zum Ausdruck gebracht, daß die Erörterung des Massenstreiks nicht nur nicht verboten wird, sondern daß die Genossen verpflichtet sind, bei der Frage der Waffen, die im Wahlrechtskampfe zur Anwendung gelangen sollen, auch die Beschlüsse von Jena in Erinnerung zu behalten. (Sehr richtig!) Es ist hingewiesen worden auf die Beschlüsse des letzten preußischen Parteitages und gesagt, wir haben ja das, was die Resolution verlangt, schon auf

dem letzten preußischen Parteitag beschlossen und zum Ausdruck gebracht, daß der politische Massenstreik eines jener Mittel ist, die wir eventuell zur Anwendung bringen müssen. Das haben Sie bestätigt, das ist Beschluß, und ich möchte Sie dringend bitten, das, was im Jenaer Beschluß steht und auf dem letzten preußischen Parteitag bestätigt wurde, nicht zu desavouieren. (Zuruf: Was beschlossen worden ist, braucht doch nicht nochmals beschlossen zu werden.) Ja, in der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission steht doch auch schon mehr als ein Satz, der schon einmal festgestellt wurde. Das ist selbstverständlich. Wir haben recht oft Resolutionen gefaßt, die eine neue Betonung früherer Beschlüsse bedeuten. (Zustimmung.) Von allen Diskussionsrednern ist gesagt worden, was materiell im Antrag steht, kann gar nicht abgelehnt werden, weil eine Diskussion über den Massenstreik gar nicht unterbunden werden darf; das war auch in der Vergangenheit nicht verboten. (Frank: Dann braucht man das doch nicht zu beschließen!) Es kommt doch auf den materiellen Inhalt an, ob etwas in dem Antrage steht, was man ablehnen müßte. (Sehr richtig!) Wenn Sie selbst die Resolution in Ihrem zweiten Teile ablehnen, dann werden Sie an der Sache nichts ändern, und zwar schon deshalb, weil Sie gar nichts daran ändern können.

Wir sind alle darüber einig, daß wir beim Wiedereintritt in den Wahlrechtskampf nicht sagen können: jetzt haben wir wieder angefangen und das nächste ist der politische Massenstreik. Wir sind uns einig darüber, daß nach der politischen Situation verfahren werden muß. . ." (S. 438 ff.)

Leinert-Hannover:

„Ich bedauere, daß die Genossin Luxemburg sich nicht dazu verstanden hat, ihre Resolution zurückzuziehen. Dadurch bin ich leider in die unangenehme Lage versetzt, mich weniger mit dem Wahlrechtskampfe als mit dem Antrage Luxemburg zu beschäftigen. Das tut mir leid, weil im Interesse der ganzen Agitation eine wirksame und einheitliche Kundgebung viel wichtiger ist, als die Erörterung der Massenstreikfrage. Der diesjährige Parteitag ist deshalb besonders wichtig, weil er feststellt, daß jeder Disziplin zu üben hat. Daher bedauere ich auch, daß unter dem Antrage die Namen Liebknecht und Rudolph stehen, die beide in der preußischen Landeskommission die Debatten darüber, ob der Massenstreik im Wahlrechtskampfe angewandt werden soll, mitgemacht haben. (Sehr richtig!) Wir waren in der preußischen Landeskommission der Meinung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Erörterung des Massenstreiks ein ungeeigneter ist. (Hört, hört!) Der Antrag Luxemburg bedeutet zudem noch einen Disziplinbruch (Lachen), ich will es Ihnen gleich beweisen. In Mannheim ist festgelegt worden, daß unter Umständen der Massenstreik zur Anwendung kommen soll. Da heißt es in der Resolution unter II:

> „Um bei Aktionen, die die Interessen der Arbeiterschaft und Gewerkschaften gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen versuchen, sich zu verständigen."

Auch die Methode der Ausführung ist genau festgelegt worden, denn es ist bestimmt unter I:

> „Soweit der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen."

Nachdem das beschlossen ist, ist eine Erörterung darüber, ob wir beim Wahlrechtskampfe in den Massenstreik eintreten sollen oder nicht, für die Partei sicherlich nicht von Nutzen.

Nun hat Genossin Luxemburg uns die Resolution dadurch schmackhafter machen wollen, daß sie das Wort „Propagierung" ausläßt. Wenn sie dieses Wort herausnimmt, und Genosse Dißmann erklärt, daß trotzdem die Erörterung nicht unterbunden werden soll, dann bin ich der Ueberzeugung, daß mit der Annahme der Resolution die Erörterung nicht nur nicht unterbunden, sondern erst herbeigeführt werden soll. Und die Folge sind Beschlüsse, die an die Erörterung geknüpft werden. Ich mache auch darauf aufmerksam, welchen Eindruck es dann machen muß, wenn wir in eine Erörterung eintreten, wenn wir große Versammlungen abhalten, wenn die Genossin Luxemburg in ihrer Art die Massen für den Massenstreik begeistert, und nachher kommen die auch auf diesem Parteitag schlecht weggekommenen

Führer — auch der Gewerkschaften — (Hört! hört!) und sagen, das geht jetzt nicht unter diesen Umständen. (Hört! hört!) Was wird dann aus einer solchen Aktion? Das hätte sich die Genossin Luxemburg überlegen und sich sagen müssen, daß es nicht im Interesse der einheitlichen Taktik in der Partei liegt, mit solchen Anträgen in den preußischen Wahlrechtskampf hineinzufahren. Auf der Tagesordnung steht doch der Punkt „Wahlrechtsfrage". Genossin Luxemburg stellt ihren Antrag zum Punkt „Preußische Wahlrechtsfrage", um den allein es sich hier gar nicht handelt. Sie will also den Massenstreik auch nur in Preußen. Warum schreiben Sie nicht in den Antrag, daß der Massenstreik auch in Sachsen durchgeführt werden soll? Das dortige Wahlrecht befriedigt uns doch auch nicht. Warum wollen Sie gegen die bisherige Uebung auftreten, daß über den preußischen Wahlrechtskampf die preußischen Genossen nur entscheiden? Soll der Parteitag über eine rein preußische Frage entscheiden? Ich halte es nicht für richtig, daß der Parteitag in einer Frage entscheidet, die die preußischen Parteiinstanzen schon den ganzen Winter und den ganzen Sommer beschäftigt hat. Der Parteitag darf nicht eine Resolution annehmen, die den Intentionen und Ansichten der preußischen Instanzen in keiner Weise entspricht. (Beifall und Widerspruch.) Es ist nicht parteigenössisch, einer großen Organisation wie der preußischen einen Beschluß des Parteitages aufzuzwingen, der den Absichten der preußischen Organisation bisher nicht entsprochen hat. (Beifall.) Deshalb erkläre ich, daß wir diesen Antrag in allen Teilen ablehnen müssen. Die Ablehnung dieses Antrages ist für die Partei zwar kein Ruhmeszeichen, aber wir müssen uns dagegen wenden, weil wir mit diesem Antrage nichts anfangen können.

Die Genossin Luxemburg sagte, wann der Massenstreik kommt, das wissen wir nicht, er kann in drei Jahren kommen, auch schon früher. Ich sage: Wann der Massenstreik begonnen werden soll, das bestimmen die Leiter der Organisationen, das wissen der Parteivorstand und die Generalkommission und nicht die Genossin Luxemburg. (Beifall und Oho-Rufe.) Sie haben es doch selbst in Mannheim beschlossen, daß diese beiden Instanzen alle Maßnahmen treffen sollen. Genossin Luxemburg sagte: Dann könnten wir vor der Tatsache stehen, daß wir die Massen kopflos finden. Weiter sagt sie aber auch, nur die Massen können entscheiden, ob wir den Massenstreik haben sollen. Das ist doch ein Widerspruch. Das ist ein Appell an die Massen zum Gegensatz gegen die Führer, der auf diesem Parteitag schon einmal zum Ausdruck gekommen ist und gegen den wir lebhaft protestieren müssen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wir haben, glaube ich, alle Veranlassung, aus der Parteidiskussion Dinge auszuscheiden, die uns nicht zum Nutzen gereichen. Angesichts der glänzenden Situation, in der wir uns befinden, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen, die ihre Schatten vorauswerfen, ist es ganz ungeeignet, den Genossen zu empfehlen, den Massenstreik zu erörtern, statt zu erörtern, wie wir bei den nächsten Wahlen siegen. Statt die Kräfte zu verwenden, um die Gegner zu besiegen, will man sie gegen die Genossen in einer unfruchtbaren Diskussion verbrauchen, um ein Kampfmittel, das wir gegenwärtig nicht anwenden können. (Sehr richtig!) Wir offenbaren mit der Annahme des Antrages unseren Gegnern von vornherein unsere Taktik. (Sehr richtig!) Genosse Liebknecht sagte, er habe die Disziplin mit der Muttermilch eingesogen und achte deshalb alle Beschlüsse. Jetzt sollen wir eine Taktik für Situationen beschließen, die wir noch gar nicht kennen, und uns im Interesse der Disziplin für gebunden erachten. Das geht nicht. Sein Vater hat einmal richtig gesagt: Und wenn in 24 Stunden die politischen Situationen sich 24mal ändern, ändert sich auch 24mal unsere Taktik. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Nun sollen wir heute sagen: der Massenstreik ist ein Mittel, das die Genossen erörtern müssen, damit sie im gegebenen Falle nicht kopflos dastehen. Diese Aeußerung beweist nur, daß die Genossin Luxemburg in der Organisation nicht tätig ist und davon keine Kenntnis hat. (Sehr richtig!) Wir stehen in der Organisation so da, daß auch nicht ein einziger Genosse bei irgendeiner Agitation kopflos dasteht. (Beifall.) Müßten wir den Massenstreik in 14 Tagen durchführen, und wären die berufenen Instanzen einig, dann würde niemand kopflos sein. (Beifall.) Dann würde der Streik organisiert werden. Dafür bürgt das Klassengefühl und die Organisation unserer Partei und der Gewerkschaft. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir heute unsere Taktik für die Zukunft festlegen, so würde das eine große Dummheit sein. Wir sind jeder Situation in der Welt gewachsen, das weiß jeder, der in dem Aufbau der Organisation tätig ist. Wenn

das der Fall ist, dann sind wir auch allen im preußischen Wahlrechtskampfe gegebenen Situationen gewachsen, und dann haben wir nicht nötig, solche Resolutionen anzunehmen, die doch nichts nützen, aber zu unfruchtbaren Debatten führen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 440 ff.)

Wolfgang Heine:

„. . . Ich möchte mich nicht einmischen in den häuslichen Streit zwischen den Mitarbeitern der „Neuen Welt" (lies: „Neuen Zeit") und des „Vorwärts". In diese langatmige Erörterung über die Frage, ob der Massenstreik erörtert werden soll. Ich glaube, wir haben davon nachgerade genug bekommen. Meine Meinung über den Massenstreik ist bekannt. Eine Erörterung des Massenstreiks wäre etwas, was ich durchaus wünschen würde, wenn es eine „Erörterung" sein sollte, d. h., wenn geprüft würde, ob die Voraussetzungen für die Anwendung des Massenstreiks vorhanden sind, oder ob sie fehlen. Das müßte aber rein sachlich geprüft werden. Für Frau Luxemburg ist aber „Erörterung" und „Propagierung" vollkommen gleich, selbst nachdem sie das Wort „Propagierung" verständigerweise hat fallen lassen. Propagierung ist eine Erörterung, bei der man schon von vornherein weiß, worauf man hinaus will. Propagierung heißt nichts anderes, als Empfehlung des Massenstreiks als ein jetzt anzuwendendes Mittel. Sie behaupten, mit der „Propagierung" sei nichts gesagt über den Zeitpunkt des Massenstreiks. Nun, da schlage ich Sie mit Ihren eigenen Worten. Sie selbst sagen, daß nicht die Führer, sondern die Massen entscheiden. Wenn man nun den Massenstreik den Massen empfiehlt, dann bestimmen diese damit auch den Zeitpunkt. Ich bin durchaus der Meinung des Vorredners und des Redners vom Parteivorstand, daß eine solche Erörterung, die zu einer Prüfung der uns zu Gebote stehenden Machtmittel führen muß, in der gegenwärtigen Zeit des Kampfes nicht angebracht ist. Wenn wir das erörtern wollen, wollen wir es in geschlossenen Kreisen tun. (Zustimmung.) Hier schaden wir der Partei mehr, als wir nützen. Frau Luxemburg hat mit leiser Ironie von den französischen Genossen gesprochen, die den Massenstreik ständig im Munde führen. Sorgen wir dafür, daß man uns nicht denselben Vorwurf macht. (Lebhafter Beifall.)" (S. 442 f.)

Genossin Zetkin:

„In der Frage, die uns beschäftigt, bin ich entgegengesetzter Meinung wie Genosse Heine. Wenn wir wollen, daß eines Tages das Proletariat reif ist für den Gebrauch der Waffe des Massenstreiks, dann müssen wir in dem Bewußtsein der Masse selbst zuerst die geistigen Vorbedingungen dafür schaffen. Um nichts weiter, aber auch um nichts weniger handelt es sich in dem gegebenen Augenblick. (Sehr richtig!) Wir müssen die geistige Disposition der Ausgebeuteten und Entrechteten für den Massenstreik zum Leben rufen, müssen die Erkenntnis von der einstigen Möglichkeit, ja Notwendigkeit des Massenstreiks erwecken. Es fragt sich dabei, wann sind die Voraussetzungen da, um diese Erkenntnis den Massen zu vermitteln? Die besten Vorbedingungen für die Hebung des Machtbewußtseins der Masse — ohne die sich diese der Waffe des Massenstreiks nicht bedienen kann —, für die Schulung des Willens zur Tat, sind gerade in einer Zeit gegeben, wo eine gewaltige Bewegung die Massen selbst auf den Plan ruft.

Gerade dann ist in geistiger und sittlicher Beziehung eine Empfänglichkeit und Erregbarkeit der Massen vorhanden, die sie befähigt, unsere Anregungen rasch und entschlossen aufzunehmen. (Sehr richtig!) Die vorhandene Stimmung müssen wir ausnutzen, um den Massen das Verständnis für den komplizierten Komplex von Tatsachen zu verschaffen, welcher die Grundlage ihres Kampfes ist, der ihrem Kampfe die Richtung, das Ziel gibt. Solche Zeiten tiefer politischer Gärung und Bewegung sind am besten geeignet, den Massen das Bewußtsein für ihre Rolle im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu schärfen. Gerade in jenen Zeiten werden wir aber auch die besten Anknüpfungspunkte haben, um den Massen zur Erkenntnis zu bringen, wie opferreich und gefahrenvoll der Weg ist, den sie beschreiten, wenn sie die Idee eines Massenstreiks aufnehmen. Ich würde es für frivol halten, wollten wir den Gedanken des Massenstreiks unter das kämpfende und vor allem auch unter das erwachende Proletariat hinaustragen, ohne ihm die Tragweite, die Gefahren und Opfer dieses neuen, gewaltigen Kampfmittels klar zu machen. (Sehr richtig!) Denn nur wenn es diese Gefahren und Opfer ganz würdigt und bereit ist, sie auf sich zu nehmen, dürfen wir unsererseits vor der Verantwortlichkeit nicht zurückschrecken, den Massen den neuen Weg zu

zeigen. Zeiten, in denen wir vor der Verantwortlichkeit, die Massen vor der Entscheidung stehen, sind Zeiten der Aussaat sozialistischer Ideen, wie wir sie günstiger nicht wünschen können. Meines Erachtens kann man nämlich propagandistisch die Frage des Massenstreiks gar nicht aufrollen, ohne mit der sozialistischen Darstellung der Situation auch den ganzen Ideengehalt, die ganze Weltanschauung des Sozialismus den Massen zu bringen.

Aber eine andere Frage noch drängt sich auf. Wird uns nicht in Zeiten hochgradiger, fieberhafter Erregung die geistige, die politische Leitung der Massen aus den Händen gleiten? Ich muß sagen, ich würde an all unserer starken organisatorischen Disziplin, aber auch an der geistigen und sittlichen Selbstzucht verzweifeln, welche die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in jahrelanger Arbeit in die Massen hineingetragen haben, wenn ich eins befürchten müßte: daß wir vor ihnen zur Zeit eines gesteigerten politischen Lebens, in der Periode großer Volksbewegungen nicht das Wort Streik aussprechen könnten, ohne zugleich die Macht zu besitzen, dem Worte Gehör zu verschaffen: „Heut', zornig Element, noch nicht!", wenn in einer Situation die gesamten historischen Voraussetzungen für den Massenstreik noch nicht gegeben sind. Es handelt sich absolut nicht darum, es kann sich nicht darum handeln, den Massenstreik für einen bestimmten Zeitpunkt oder aber schon jetzt für eine Eventualität anzukündigen. Wer das glaubt, hat überhaupt das Wesen des Massenstreiks gar nicht verstanden. (Sehr richtig!) Es ist deshalb auch in der Resolution, die Genossin Luxemburg Ihnen vorgelegt hat, keineswegs die Rede davon, daß die Massen aufgefordert werden sollen, gegenwärtig oder zu einem im voraus bestimmten Termin zur Waffe des Massenstreiks zu greifen. Der Zeitpunkt, an welchem ein Massenstreik vielleicht zur Tat wird, die Verhältnisse, unter denen er ausbrechen kann, lassen sich absolut nicht voraussagen, nach einem bestimmten Schema feststellen. Aber gerade weil wir mit der Tatsache rechnen müssen, daß in dem Proletariat unter bestimmten historischen Umständen das Bewußtsein seiner entscheidenden Macht erwacht, des Einflusses, den es durch die gekreuzten Arme in die Wagschale werfen könnte, der feste Wille zur Tat, gilt es, gerüstet zu sein. Nur dadurch können wir die Sicherheit erhalten, daß die Organisationen auch dann das Rückgrat jeder künftigen Massenstreikbewegung sein werden. Es ist von gewerkschaftlicher Seite die Sache so aufgefaßt worden, als solle die Resolution jetzt irgendwie eine Bindung zur entscheidenden Tat bedeuten. Nichts irriger als diese Anschauung! Die Resolution soll nur der Anreiz sein, nur die moralische Ermutigung, den Gedanken des Massenstreiks nicht unter uns zu erörtern, die wir ihn schon erfaßt haben, ihn immer klarer theoretisch erkennen, nein, diesen Gedanken immer mehr dorthin zu tragen, wo eines Tages die Entscheidung über die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner Verwirklichung fallen wird: unter die Massen selbst. Eine andere Auffassung und Losung würde im schroffsten Widerspruch zu unserer Wertung des Massenstreiks stehen. Wenn wir die Dinge so ansehen, dann geht selbstverständlich mit der Bekundung dieses unseres Standpunktes eine andere Erkenntnis einher, nämlich die, daß es notwendig ist, unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in unablässiger Arbeit immer besser auszubauen, sie ihrem Gehalt nach auf ein immer höheres Niveau zu stellen. Je entscheidender, aber auch je verantwortlicher die Rolle sein wird, die sie eines Tages als Herz und Hirn der Massenstreikbewegungen zu erfüllen haben, um so unerläßlicher ist es, sie in bezug auf ihre Aktionsfähigkeit, ihre Zielklarheit und ihren Idealismus auf die höchste Stufe emporzuheben. Ich bitte Sie deshalb dringend, der Resolution Luxemburg in der veränderten Fassung zuzustimmen, in der das vollkommen harmlose Wort „propagieren" ausgemerzt worden ist. Im Gegensatz zum Genossen Heine bin ich allerdings der Ansicht, daß die Propagierung unserer Auffassung über den Massenstreik keineswegs die Konzentration unserer Kraft auf eine Aktion bedeutet, die jetzt schon stattfinden soll. Propagieren wir nicht den Sozialismus, die sozialistische Idee, ohne uns darüber einer Täuschung hinzugeben, daß dieses Ziel noch nicht heute, augenblicklich, verwirklicht werden kann? Propagierung besagt nichts als Verbreitung eines Gedankens, besagt nichts über die Zeit, den Termin, wo er zur Tat werden soll und muß, ist deshalb keine Bindung für eine bestimmte Eventualität. Wir sollten uns hüten, durch gezwungene, durchaus willkürliche Interpretationen einen bindenden Sinn in die Resolution hineinzutragen, den sie keineswegs haben soll. Und ich gehe weiter und sage in Uebereinstimmung mit meiner Auffassung vom historisch bedingten Wesen des Massenstreiks, den sie auch gar nicht haben kann. Wir empfehlen Ihnen die Resolution auch, um den Wahnglauben zu zerstören, als ob der preußische

Wahlrechtskampf in einer einzigen glänzenden Entscheidungsschlacht siegreich zu Ende geführt werden könnte. Solcher Wahnglaube hängt übrigens eng mit einer ganz irrtümlichen Vorstellung vom Wesen des Massenstreiks zusammen, die diesen nicht bloß als eine Bewegungsform und Kampfesform des Proletariats wertet, sondern noch immer als Wundermittel betrachtet. Nein, der preußische Wahlrechtskampf wird infolge seiner Bedeutung und Tragweite, infolge der Entscheidungen, deren Mittelpunkt er je länger je mehr wird, ein Kampf von langer Dauer sein. Wir müssen daher die Massen darüber aufklären, daß er noch über viele Etappen führen wird, daß er vielleicht auch Niederlagen mit sich bringt, aber Niederlagen jener Art, von denen das trostreiche Wort des Kommunistischen Manifestes gilt, daß der eigentliche Erfolg der Kämpfe nicht das positive Resultat ist, sondern vielmehr die immer größere Vereinigung der Arbeitermassen, eine Vereinigung, die den künftigen Sieg vorbereitet. (Lebhafter Beifall.)" (S. 443 ff.)

Förster-Hamburg:

„... Der Massenstreik ist seit langem unserem Waffenarsenal einverleibt, also darüber kann es keinen Streit mehr geben. Ich halte ihn für eine der vorzüglichsten und schärfsten Waffen, aber gerade deshalb müssen wir ihn vorsichtig anwenden: er ist schneidig und scharf für unsere Gegner. Aber wenn er sich gegen uns wendet, so ist er es auch für uns. Wir müssen alles tun, um die Parteigenossen darüber aufzuklären, wie diese Waffe zu handhaben ist. Ich habe deshalb häufig in Versammlungen darüber geredet. Wenn andere Genossen es nicht getan haben, so haben sie etwas durchaus Notwendiges unterlassen. (Sehr richtig!) Was nun die Resolution anbetrifft, so finde ich, daß in der Resolution des Vorstandes, wenn auch nicht dem Worte nach, im letzten Absatz all das gesagt wird, was die Resolution Luxemburg will; denn es ist davon die Rede, daß alle Waffen und Mittel, die im gegebenen Moment als notwendig erscheinen, angewendet werden sollen. Man soll es auch mit Resolutionen und Anträgen nicht allzu arg machen, sonst vergessen wir sie, weil es zu viele sind. (Sehr richtig!) Genosse Leinert hat schon an die Resolution vom Parteitag in Mannheim erinnert, die ist doch noch nicht aufgehoben. Also wozu nun noch weiteres; was soll denn das? Glaubt man, daß man damit die Sache vorwärts bringt? Es ist doch zweifellos, daß, wenn irgendwo, so beim Massenstreik, die Einheit von Partei und Gewerkschaften, überhaupt der ganzen Arbeiterklasse notwendig ist. Wir Hamburger Parteigenossen halten die Resolution für ausreichend, und wenn Sie zum Ueberfluß auch noch den ersten Teil des Antrages 100 hinzufügen wollen, mögen Sie es tun, aber den zweiten Teil halte ich für vollständig überflüssig und nicht angebracht. (Bravo!)" (S. 445 f.)

Severing-Bielefeld:

„Die Gewerkschaftsführer gelten draußen im Lande bei den Genossen als die Bremser, und ich glaube, daß sie bei der Führung des politischen Massenstreiks einst eine gewichtige Funktion zu übernehmen haben, vielleicht auch die Funktion des Bremsens. Da würde es im Lande aber nicht verstanden werden, wenn heute, wo nicht gebremst, sondern vorwärts getrieben werden soll — wenn dieser Ausdruck am Platze ist —, die Gewerkschaftsführer schweigen würden. Bebel hat für die Partei aufrechte Männer gewünscht, und dieser Wunsch wird wohl von allen Parteigenossen geteilt werden. Darum haben wir uns für verpflichtet gehalten, die Verwahrung einzulegen, die vom Vorsitzenden zu Ihrer Kenntnis gebracht wurde. Wir haben mit dieser Verwahrung lediglich die Rechte der Gewerkschaften an der Vorbereitung derartig großer Massenaktionen wahren wollen. Genosse Förster und vor ihm Leinert haben schon daran erinnert, daß der Mannheimer Parteitag einer Resolution zugestimmt hat, in der es wörtlich heißt: „Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen beider Organisationen sich zu verständigen suchen." Diese Verständigung kann aber gar nicht versucht werden, wenn Sie durch die Annahme der Resolution Luxemburg die Generalkommission der Gewerkschaften vor eine vollendete Tatsache stellen. Kommen Sie mit diesem angenommenen Antrag vor die Generalkommission, so gibt es keine Verhandlung mehr, sondern Sie zwingen die Generalkommission, sich mit dem Inhalt des Antrages abzufinden. Das ist keine Gleichberechtigung, das sind keine Verständigungsversuche, sondern das ist ein Hörigkeitsverhältnis, in das sich die Gewerkschaften nicht begeben dürfen.

Nun hat die Genossin Zetkin eben erklärt, es sei ein Irrtum, wenn man glaubte, daß durch die Annahme der Resolution ein bindender Beschluß gefaßt werden soll, den Massenstreik in Anwendung zu bringen. Wenn wir heute über die Anwendbarkeit des Massenstreiks überhaupt lediglich eine akademische Diskussion führen würden, dann könnte man sich diese Deklaration der Resolution Luxemburg durch die Genossin Zetkin wohl gefallen lassen. Aber der zweite Absatz im Zusammenhang mit dem ersten ist doch nichts anderes als die Aufforderung, die Erörterung und Propaganda des Massenstreiks zur Erringung des preußischen Wahlrechts zu pflegen. Es handelt sich also nicht bloß um rein akademische Erörterungen. Der Zweck der Erörterungen soll sein, in nächster Zeit den politischen Massenstreik zur Anwendung zu bringen. Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann man nichts anderes aus dem Antrag Luxemburg herauslesen, und die Genossin Luxemburg würde sich gewiß auch ganz energisch dagegen verwahren, wenn man ihm etwas anderes unterstellen würde. Ich habe mich auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß als Delegierter des Metallarbeiterverbandes durch meine Abstimmung dagegen erklärt, daß die Gewerkschaften einseitig die Frage des politischen Massenstreiks regeln sollten, und ich glaube darum ein Recht zu haben, darauf hinzuweisen, daß auch der Parteitag dies nicht tun darf. (Sehr gut!)

Von einigen Rednern ist gesagt worden, daß die Begeisterung in den Massen für dieses Kampfmittel durch die Erörterung und Propagierung geweckt werden soll. Ich glaube, daß die Deklaration Zetkin zur Resolution Luxemburg diese Meinung nicht aufkommen läßt. Ich möchte aber auch glauben, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks an sich nicht Begeisterung in der Masse zu wecken imstande ist. Begeisterung ist keine Heringsware, die sich einpökeln läßt auf viele Jahre. (Sehr gut!) Wenn die Situation kommt, dann wird gehandelt. Und auch ohne seine Erörterung wird der Massenstreik möglich und durchführbar sein, falls sich in der gegebenen Situation die beiden Zentralleitungen der Partei und der Gewerkschaften für ihn erklären. Nun ist versucht worden, die für die gewerkschaftlichen Organisationen unannehmbaren Bestimmungen aus der Resolution Luxemburg herauszubringen. Eine Gruppe der Genossen will das durch die Aenderung des ersten, andere durch Streichung des zweiten Absatzes erreichen.

Ich bin der Meinung: Entweder will die Resolution Luxemburg dasselbe, was die Resolution des Parteivorstandes will, dann ist sie überflüssig, oder aber sie will nicht dasselbe, dann ist sie schädlich (Sehr richtig!), und ich schließe mich durchaus Förster an, der gesagt hat, wir haben viel zu viel Resolutionen und Vorschriften, in denen wir uns gar nicht mehr auskennen. Wir sollten unsere Stärke nicht darin suchen, möglichst viele Resolutionen anzunehmen, sondern klare und durchführbare Resolutionen zu fassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossin Luxemburg schloß ihre Ausführungen mit dem Ausspruch: „Bereit sein ist alles!" Parteigenossen, ich bin durchaus mit ihr einverstanden, daß wir alles daransetzen müssen, bereit zu sein auf die großen Auseinandersetzungen, die mit herrschenden Gewalten notwendig wurden. Um diese Bereitschaft aber herzustellen, brauchen wir nicht neue Resolutionen, sondern den Ausbau unserer Organisationen. Und wenn die Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks auf dem Parteitag hier den einen Erfolg haben sollte, daß die Gewerkschaften ihre Organisationen ausbauen, und daß in den Gewerkschaften und in allen Organisationen der Arbeiterschaft überhaupt eingetreten wird für die Erstarkung der politischen Arbeiterbewegung, dann wird sie der Arbeiterschaft zum Nutzen gereichen. Ein neuer Zankapfel aber würde entstehen, wenn die Resolution Luxemburg angenommen würde." (S. 446 f.)

Karl Liebknecht:

„Genosse Leinert hat es für zweckmäßig gehalten, mich persönlich anzugreifen und zu ironisieren. Er meint, daß ich als Mitglied der preußischen Fraktion mit Rücksicht auf den Beschluß der preußischen Landeskommission den Antrag Luxemburg nicht hätte unterzeichnen dürfen. Habe ich wirklich nötig, darüber ein Wort zu verlieren, wie gänzlich deplaziert und unverständlich dieser vom Zaun gebrochene Angriff ist! Ernst hat doch klar genug auseinandergesetzt, daß der Beschluß der Landeskommission dahin ging, in der damaligen Aktion von Landeskommissions wegen nach Möglichkeit Erörterungen zu vermeiden, die Verwirrung hätten anrichten können. Stecken wir denn heute noch in der Aktion drin oder sind wir nicht vielmehr in der „Pause", von der Ernst sprach? Ich schüttle also diesen Angriff mit einer Handbewegung von mir ab. Ebenso die nicht gerade geschmackvolle Bemerkung über meinen Vater. Hat er jemals gesagt, er sei bereit, innerhalb von 24 Stunden 24mal gegen grundlegende Parteitagsbeschlüsse zu verstoßen? (Zu-

rufe: Die Taktik zu ändern!) Bitte sehr, Leinert hat das bekannte Wort meines Vaters erstaunlicherweise erwähnt, um mich wegen meiner Haltung zur Disziplinfrage mit meinem Vater zu kontrastieren. Ich habe natürlich auch nicht gesagt — wie Leinert spotten zu dürfen glaubt —, daß ich die Disziplin mit der Muttermilch eingesogen habe — das wäre ja lächerlich —, sondern daß ich mit der Muttermilch eingesogen habe die Worte meines Vaters, daß die Disziplin ein Heiligtum, der Stolz und eine Lebensnotwendigkeit der Partei sei. Ich will aber die lange Diskussion darüber nicht um Leinerts Bemerkungen willen wieder eröffnen.

Es ist ganz unzweifelhaft, daß wir hier über den preußischen Wahlrechtskampf sprechen können, ebenso wie über die Wahlrechtskämpfe anderer deutscher Staaten; das tut ja der Parteitag seit Beginn der Erörterung dieses Punktes, das tut auch die Resolution des Parteivorstandes. Auch die Anzweiflung der Kompetenz des Parteitags in bezug auf die Resolution Luxemburg ist also gänzlich deplaziert. . .

Unzutreffend ist die Ansicht, daß ein einheitlicher Beschluß die Hauptsache sei. Die Hauptsache ist, daß aus den Erörterungen und Beschlüssen des Parteitags mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit das größtmöglichste Maß von Entschlossenheit hervorgeht, den Wahlrechtskampf zum guten Ende zu führen, mag auch der Weg dahin noch so bitter sein. Darum ist auch die Resolution Luxemburg wohl am Platze. Sie ist nicht anders gemeint, als Genossin Zetkin in wahrhaft klassischer Weise dargelegt hat. Natürlich wünscht der zweite Absatz eine Einwirkung auf den preußischen Wahlrechtskampf, aber nicht in dem Sinne, daß eine Massenstreikaktion inszeniert werden soll, sondern in dem Sinne, daß wir den Boden lockern wollen, damit der Entschluß zum Massenstreik im entscheidenden Moment rascher und besser Wurzel schlägt; in dem Sinne, daß wir die Entwicklung derjenigen Disposition fördern wollen, die die Massen befähigt, im rechten Augenblick von ihrer schärfsten Waffe rasch, kühn und energisch den rechten Gebrauch zu machen. Dagegen sollte doch wahrlich nichts eingewendet werden. Und es scheint mir auch, daß alle Bedenken gegen die Zuständigkeit des Parteitages für die gewünschte Stellungnahme zum Massenstreik unbegründet sind. Ich bin fest überzeugt, daß es der Genossin Luxemburg wie allen Unterzeichnern des Antrages fernliegt, in die Befugnis der Gewerkschaften, bei Massenstreikaktionen mitzuwirken, irgend eingreifen, diese Befugnis in irgendeiner Weise beschneiden zu wollen; das will der Antrag nicht, schon weil er von einer Massenstreikaktion gar nicht handelt. Aber auch wenn man schon die Empfehlung der Erörterung des Massenstreiks als eine solche Aktion ansehen würde, läge kein Bedenken vor. Wenn es heißt: der Parteitag erklärt für notwendig usw., so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Meinungsäußerung sofort und ohne weiteres in die Tat umgesetzt werden soll; es bleibt die Möglichkeit gewahrt, vorher noch das Einvernehmen mit den Gewerkschaften herzustellen. Man könnte schließlich, um jeden Stein aus dem Weg zu räumen, einfügen: „nach Vereinbarung mit den Gewerkschaften". Das würde geeignet sein, die letzten formalen Bedenken, die meiner Ansicht nach aber überhaupt nicht zutreffen, zu zerstören.

Ganz selbstverständlich ist es, daß jeder einzelne von uns durch die Beschlüsse von Jena und Mannheim legitimiert ist, den Massenstreik zu erörtern und Propaganda für ihn zu treiben. (Zustimmung.) Dies ist auch für die Zukunft der Fall. Die Frage ist nur, ob wir von Parteitags wegen geradezu empfehlen wollen, in eine solche Erörterung einzutreten. Man mag den Antrag für überflüssig halten, weil jeder das Recht der Erörterung und Propagierung hat. Man mag auch meinen, es sei besser, wenn hier alles von unten kommt, als wenn es von oben suggeriert oder oktroyiert wird. Diese Bedenken könnten mich am ehesten bewegen, für die Streichung des zweiten Absatzes zu stimmen, aber eben unter der Voraussetzung und ausdrücklichen Feststellung, daß jeder heute das Recht hat, in der ihm angemessen erscheinenden Weise im Interesse der Partei und des Wahlrechtskampfes diese Erörterung und Propaganda zu betreiben. (Zustimmung. Pfannkuch: Wer hat das je bestritten?) Ich behaupte ja gar nicht, daß es bestritten worden ist, aber es haben Mißverständnisse bestanden.

Leinert hat dann noch versichert: wann der Generalstreik kommt, das weiß nicht die Genossin Luxemburg, das weiß der Parteivorstand und die Generalkommission; diese mechanische und bureaukratische Auffassung vom Wesen des Massenstreiks braucht nur erwähnt zu werden, um sofort erledigt zu sein.

Das wäre ja eine schöne Sorte Massenstreik, die in dieser Weise von oben herab kommandiert werden könnte! . . . ." (S. 447 ff.)

Borgmann (im Schlußwort):

„. . . Was die Resolutionen betrifft, so halte ich nach wie vor die der Parteileitung für ausreichend. Der Parteitag hat ja nicht die Aufgabe und will sie auch nicht haben, der preußischen Landesorganisation irgendwelche Vorschriften in bezug auf die Führung des Wahlrechtskampfes zu machen. Glauben Sie, daß die Resolution der Parteileitung nicht genügt, dann fügen Sie ihr den ersten Satz der Resolution Luxemburg hinzu. . ." (S. 450.)

Vor der Abstimmung erklärt Klara Zetkin:

„Im Namen der Unterzeichner der Resolution 100 habe ich zu erklären, daß sie den zweiten Absatz zurückziehen, weil sie der Ansicht sind, daß durch die Annahme des ersten Absatzes in Verbindung mit der voraufgegangenen Diskussion das Ziel erreicht ist, was sie im gegenwärtigen Augenblick ins Auge gefaßt hatten." (S. 450.)

Der erste Satz der Resolution 100 wird in Verbindung mit der Resolution 91 (siehe „Wahlrechtsfrage") angenommen.

Auf dem Jenaer Parteitage **1911** sagte Richard Fischer-Berlin in der Debatte über den Vorstandsbericht:

„Was wollte denn eigentlich Ledebour? Er sagt in seinem Artikel, eine „wirksame Aktion" werde nur möglich sein, wenn sie gleichzeitig und in gleichen Formen in allen beteiligten Ländern erfolgt. Gleichzeitig, in gleichen Formen in allen beteiligten Ländern! Wenn wir uns da nicht gegenseitig anlügen wollen, so ist das doch nichts anderes als das bekannte Getue von der gemeinsamen Anwendung des internationalen Generalstreiks beim Ausbruch eines Krieges, wogegen sich die deutsche Sozialdemokratie in Stuttgart und jüngst wieder in Kopenhagen gewandt hat. (Ledebour: Nein!) Die Protokolle darüber sind zur Hand. (Ledebour: Unwahr!) Und Ledebour selbst, der es als ein Durchkreuzen der internationalen Verständigungsaktion bezeichnet, wenn nicht an einem bestimmten Tage die Konferenz zusammentritt, schreibt in dem genannten Artikel, daß der internationale Kongreß in Kopenhagen erst jüngst wieder gezeigt habe, wie weit darüber die Meinungen auseinandergehen. „Wir können erst an eine internationale Aktion gegen den Krieg herantreten, wenn der gesamte politische Kampf der sozialistischen Parteien von dem nämlichen Grundgedanken beseelt ist." Erst dann kann man an die Aktion herantreten, die der Parteivorstand jetzt schon gefährdet und zum Scheitern gebracht hat, weil er nicht auf eine bestimmte Stunde die Konferenz einberufen hat. (Ledebour: Lächerlich!) Ja, gewiß, das ist lächerlich. (Heiterkeit.) Das ist ja meine Auffassung über das geschwollene Getue, hinter dem nichts steckt. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.)" (S. 238.)

Dr. Liebknecht:

„Niemand hat gefordert, daß der Parteivorstand einen Massenstreik oder eine sonstige entscheidende Aktion sofort habe inszenieren sollen. Darum handelt es sich ganz und gar nicht. Das ist eine kleine Verschiebung. Er sollte nur mit dem Internationalen Bureau zusammenkommen. Das bedeutet noch längst nicht die Inszenierung eines Massenstreiks und noch längst nicht die Anwendung der äußersten und stärksten Machtmittel. Je weniger man aber über den Massenstreik und diese äußersten Mittel einig war, um so notwendiger war es gerade, zusammenzukommen. Ganz zu Unrecht hat Fischer behauptet, der Internationale Kongreß von Kopenhagen habe sich gegen den Massenstreik ausgesprochen. Er hat die Frage offen gelassen und nur abgelehnt, sich auf dieses Mittel festzulegen. Für den Parteivorstand galt also das Wort: ‚Du sollst in Deines Liebchen Kammer, nicht etwa in den Tod' . . ." (S. 244.)

Ledebour:

„. . . Fischer hat behauptet, auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen hätte die deutsche Partei sich gegen die Anwendung des Massenstreiks im Falle eines Krieges erklärt. Das ist nicht wahr. Das kann niemand besser feststellen als ich, weil ich namens der Partei in der Kommission war und mit den Vertretern der anderen Nationen über diese Frage verhandelt und nachher auf dem Internatio-

nalen Kongreß darüber Bericht erstattet und die von uns vereinbarte Resolution begründet habe. Unsere Stellung war die: ob einmal der Massenstreik angewendet werden kann, das ist keine Sache, die wir jetzt schon positiv oder negativ durch einen Beschluß festsetzen können. Also genau derselbe Standpunkt, den ich gestern hier in meiner Rede vertreten habe. Aber wir konnten in jener Situation unmöglich gegenüber den Parteiverhältnissen und aus anderen Gründen einen bindenden Beschluß fassen. Weder hier noch in einer Resolution ist aber das gesagt worden, was Richard Fischer hier fälschlich behauptet, daß wir gegen die Anwendung des Massenstreiks gewesen sind. Das ist es ja gerade, weshalb ich so großen Wert auf diese Verabredung unter den Vertretern der Nationen gelegt habe, daß es notwendig ist, unter den Vertretern der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder über das, was in dieser ungeheuer wichtigen Frage zu tun ist, zu einer Abmachung zu kommen... Wenn ich diese Frage angeschnitten habe, so deshalb, weil meiner Ueberzeugung nach es eine der wichtigsten Aufgaben für unsere und für alle sozialistischen Parteien ist, uns über diese Fragen zu verständigen und zu einem Beschluß zu kommen; daß wir uns in irgendeiner Form klar werden, was wir tun können, damit wir beim plötzlichen Ausbruch einer Krise gerüstet sind auf alles, was da vorkommen kann. Denn das eine ist die Hauptsache bei der ganzen Rederei darüber, ob einige Tage früher oder später hätte eingegriffen werden können, ob die Verständigungsaktion oder die Demonstrationen hinausgeschoben werden sollen: Hier ist gerüstet sein alles! Man muß jederzeit, gerade weil plötzlich aus heiterem Himmel eine Kriegsgefahr, eine Bedrohung des Weltfriedens über die Nationen hereinbrechen kann, gerüstet sein. Und mögen wir sonst mannigfach verschiedener Meinung sein, dafür muß gesorgt werden, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit allen unseren Bruderparteien für alle Möglichkeiten gerüstet ist. (Beifall.)" (S. 250 f.)

In seinem Referat über die Marokkofrage führte Bebel aus:

„... Unsere Haltung den marokkanischen Vorgängen gegenüber hat, wie vorauszusehen war, in gegnerischen Kreisen wieder das Geschrei von der sogenannten Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie ausgelöst. Man hat auf unsere Haltung im Jahre 1870 hingewiesen; man behauptet ferner, die Sozialdemokratie gehe sogar damit um, im Falle eines Krieges einen Massenstreik zu inszenieren. Es fällt mir gar nicht ein, auch nur mit einem Wort auf diese Anklagen einzugehen. Ich habe dazu gar keinen Anlaß. (Sehr richtig!) Die Stellung der Partei im Falle eines Krieges ist von der Partei längst festgelegt worden, nicht erst heute und gestern. Diese Frage hat bisher fast auf allen internationalen Kongressen eine Rolle gespielt. In Zürich war es Nieuwenhuis, der neben einem Massenstreik einen Militärstreik befürwortete, aber er ist mit ungeheurer Majorität von der deutschen Partei einstimmig niedergestimmt worden. Wir haben dieselbe Frage später auf den internationalen Kongressen in Paris und Amsterdam erörtert. Zuletzt noch auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart. Auf allen diesen Kongressen ist klar und deutlich seitens der deutschen Partei gesagt worden: wir bedanken uns, uns auf irgend etwas festzulegen. (Sehr richtig!) Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart insbesondere waren es die Franzosen von Hervé von der äußersten Linken bis hinüber zu Jaurès auf der Rechten, die verlangten, die Internationale müsse beschließen, sobald ein Krieg auszubrechen drohe, einen allgemeinen Massenstreik zu inszenieren. Ich hatte damals die Ehre, mit Haase und Vollmar in der sogenannten Militärkommission zu sein, die über diese Frage zu beraten hatte, und ich habe dort in der kategorischsten Weise erklärt, daß eine Resolution mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche einfach unannehmbar sei (Sehr richtig!), daß es Verrücktheit von unserer Seite wäre, einer solchen Resolution zuzustimmen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir konnten uns nicht verständigen. Die Sache wurde einer Subkommission überwiesen, der wir drei angehörten; wir gerieten dort abermals mit den Engländern und Franzosen in Konflikt.

Wir haben ausführlich nachgewiesen, warum es unmöglich sei, einer derartigen Resolution unsere Zustimmung zu geben. Und als man schließlich um jeden Preis einen solchen Beschluß durchsetzen wollte, habe ich namens unserer Delegation erklärt: Gut, es ist Eure Sache zu beschließen, beschließt, was Euch gut dünkt, aber wir Deutschen machen nicht mit! (Bravo!) Darauf hieß es: Ja, wenn ihr

Deutschen in dieser Weise auftretet, dann geht es eben nicht, denn mit euch müssen wir uns schließlich doch verständigen. Und so wurden wir drei beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten und der Kommission vorzulegen. Die entscheidenden Sätze dieser Resolution finden Sie im Kongreßprotokoll über den Stuttgarter Internationalen Kongreß (Seite 65 und 66). Dort heißt es unter anderem: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die umfassende Tätigkeit des Internationalen sozialistischen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten, und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen!"

Der Inhalt dieser Resolution besagt also nicht, daß wir in allen Ländern in gleicher Weise vorgehen sollen, sondern er besagt — und das ist der Unterschied zwischen uns und der Forderung der Franzosen und Engländer —, daß es jeder Nation überlassen bleibt, in der Weise zu handeln, wie sie es für gut hält oder wie es möglich ist. Das ist die einzig richtige Formel. (Zustimmung.) . . ." (S. 345 f.)

Am folgenden Tage sagte Bebel vor seinem Referat über die „Reichstagswahlen":

„Bevor ich auf mein Referat eingehe, bin ich genötigt, meinen gestrigen Ausführungen eine kleine Berichtigung zuteil werden zu lassen. Ich hatte anläßlich der Darstellung der Vorgänge auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart bezüglich der Militärkommission angegeben, daß die Franzosen in ihren verschiedenen Fraktionen sich für den Massenstreik im Kriegsfalle erklärt hätten. Das war ein Irrtum von mir. Die Guesdisten haben sich in der Kommission auf das entschiedenste dagegen erklärt und haben schließlich für unsere Resolution gestimmt, und gleichzeitig die österreichischen Genossen unter Führung des Genossen Dr. Adler, die im gleichen Sinne stimmten. So wurde in der Subkommission mit 8 gegen 4 Stimmen die deutsche Resolution angenommen und schließlich mit großer Mehrheit im Plenum der Kommission und im Plenum des Kongresses. . . ." (S. 376.)

In der Begrüßungsansprache an den Chemnitzer Parteitag **1912** führte Genosse de Brouckère-Brüssel aus:

„. . . Am 30. Juni tagte in Belgien der größte Kongreß, den wir bis jetzt hatten. Er beschloß einstimmig, den Generalstreik vorzubereiten. Friedlich, gesetzlich, aber mächtig und unwiderstehlich. Dieser Kampf ist jetzt unvermeidlich. Er wäre nur zu vermeiden durch die sofortige Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Wir haben den Kampf nicht gewollt und nicht gemacht. Die Massen wollten ihn, und ihr Wille war unwiderstehlich. Deuten Sie aber meine Worte nicht so, als ob etwa das Komitee nur einer Bewegung folgte, die es selbst nicht billigt. Nein, wir sagen alle, daß der Generalstreik unvermeidlich ist. Die Umstände in Belgien könnten das Land reif machen zu einer bürgerlichen Demokratie. Aber in keinem anderen Lande, Rußland vielleicht ausgenommen, leidet das Proletariat so unter der Reaktion, wie wir es in Belgien sehen. Die Regierung bekämpft nicht nur unsere Organisationen, sie hat Gegenorganisationen geschaffen. Und nirgendwo ist die Organisation zur Korruption des Proletariats so gediehen, wie in Belgien. Die österreichischen Genossen forderten mich kürzlich auf, über die Zustände eine Studie zu schreiben. Als ich es getan hatte, schrieben sie mir zurück, ich möchte einige Einzelheiten weglassen, da das die guten Ideen seien, auf die die österreichischen Klerikalen noch gar nicht gekommen wären. (Heiterkeit.) Auf unseren Köpfen lastet heute ein Druck, den wir nur durch das äußerste Mittel bekämpfen können, wenn wir nicht endgültig im tiefsten Marasmus versinken wollen. Wir haben alles versucht. Wir haben keine Angst gehabt, mit dem Teufel zusammenzugehen und auch mit den Liberalen. Am Wahltage hat der Teufel aber vor der Sozialdemokratie Angst bekommen und hat sich ins klerikale Weihwasser geflüchtet. (Heiterkeit.) Heute weiß das Proletariat, daß es nur allein selbständig sein kann. Wir

müssen sagen: Wahlrecht oder Generalstreik. Wir haben keineswegs ein naives Vertrauen zu dem Erfolge dieses Generalstreiks. Wir glauben keineswegs, daß es genügt, ihn zu dekretieren, um zu siegen. Wir wissen, daß diese Waffe für den, der sie führt, ebenso furchtbar werden könnte wie für den, der sie zu spüren bekommt. Wir haben schon früher Erfahrung damit gemacht, die uns jetzt zustatten kommt. Die Lage in Belgien macht den Generalstreik heute unvermeidlich. Alle Genossen, vom radikalsten bis zum revisionistischsten — diese Ausdrücke haben auch bei uns eine gewisse Popularität gefunden — sind einer Meinung: Der Generalstreik muß gemacht werden. Entweder läßt die Partei die Bewegung direktionslos, und dann wird sie zur Emeute, zur blutigen Revolte werden. Oder die Partei stellt sich an die Spitze und organisiert sie. Es gibt Augenblicke, wo es nicht nur eine Schwäche ist, einen Kampf nicht aufzunehmen, sondern eine Dummheit und ein schwerer Fehler. Seit wir den Generalstreik vorbereiten, sehen wir die günstigen Folgen: alle unsere Organisationen wachsen. Die Syndikate haben um 20 Proz. ihren Mitgliederbestand vermehrt, unsere Zeitungen haben 125,000 Leser. Das Proletariat hat einen Feldzug zu seiner Selbsterziehung aufgenommen. Im Laufe dieses Winters werden in Belgien 35 sozialdemokratische Schulen eröffnet. (Bravo!) . . ." (S. 198 f.)

Dem Jenaer Parteitag **1913** lagen folgende Anträge vor:

2. Niederbarnim, Berlin I, Halle a. S., Bochum, Crefeld: „Der Parteitag möge die Massenstreikfrage behandeln."

4. Teltow-Beeskow, Köln a. Rh.: „Auf die Tagesordnung zu setzen: Massenstreik und Wahlrechtsfrage."

7. Halle a. S.: „Der Parteitag bestätigt die Parteitagsbeschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.

Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreiksaktion zielsicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzusetzen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen."

8. Kottbus-Spremberg: „Da die bisherigen Kampfesmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten."

9. Teltow-Beeskow: „Trotz des großen moralischen Erfolges, den die Sozialdemokratie bei den letzten Landtagswahlen erzielt hat, zeigt sich immer deutlicher die Unmöglichkeit, mit den bisher angewandten Kampfesmitteln, insbesondere auf dem rein parlamentarischen Wege, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen. Deshalb mögen der Parteitag und die Organisation beschließen, in eine systematische Propaganda für den politischen Massenstreik einzutreten."

10. Kassel-Melsungen: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kassel-Melsungen ist angesichts des völlig unbefriedigenden Ausfalls der letzten Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus mehr denn je der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erstrebt werden muß.

Als solche Mittel sind anzusehen: Stärkung unserer Organisationen durch Ausbau, sowie Bildung unserer Mitglieder, Aufklärung der Massen durch Verbreitung von Flugblättern bei besonders wichtigen Anlässen, Veranstaltung von Demonstrationsversammlungen, Straßendemonstrationen, parlamentarischen Aktionen

unserer Reichs- und Landtagsfraktionen, selbständig und in Verbindung mit den linksstehenden Parteien, stärkere Beteiligung an den zukünftigen Landtagswahlen, gleichviel, unter welchen Bedingungen diese stattfinden, Bildung eines besonderen preußischen Wahlrechtsfonds.

Die Generalversammlung ist der Meinung, daß alle diese Mittel erneut und *viel systematischer als seither* zur Anwendung gebracht werden müssen. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß selbst die volle Erschöpfung aller dieser Mittel nicht zur Erringung des gleichen Preußenwahlrechts führt, erscheint es der Generalversammlung zeitgemäß, über die *Anwendung schärferer Kampfesmittel* zu beraten.

Die Generalversammlung erwartet daher vom Parteitag, daß er beschließt: Der *Parteivorstand* und die *preußische Landeskommission* haben gemeinsam mit der *Generalkommission* der Gewerkschaften zu erwägen, ob der von den Parteitagen *Jena* 1905, *Mannheim* 1906 in die proletarischen Kampfesmittel aufgenommene *politische Massenstreik* bei der Frage des preußischen Wahlrechtskampfes als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden kann.

Inzwischen ist es Pflicht aller Parteigenossen und -genossinnen, mit verdoppelter Energie für den *Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Organisationen* tätig zu sein, da die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks die denkbar beste politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats zur Voraussetzung hat."

11. *Frankfurt a. M., Wirges, Hanau*: „Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. (bezw. die Kreisgeneralversammlungen zu Wirges und Hanau) begrüßen die Stimmung im Lande, die eine *Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats* zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten."

12. *Niederbarnim*: „Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise für die Frage des Massenstreiks als ein Zeichen der Kampfesstimmung der Massen und ihres richtigen Gefühls für die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer *mit den parlamentarischen Mitteln allein nicht auskommen kann*.

Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben, als Steigerung einer bereits in Fluß befindlichen Massenaktion.

Eine solche Situation ist in Deutschland in naher Zukunft unvermeidlich. Die Versumpfung der preußischen Wahlrechtssache, die Vorstöße des Imperialismus mit der ständigen Kriegsgefahr, der Stillstand der Sozialreform, die immer dringendere Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu verteidigen und es für die Landproletarier und die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu erobern, endlich das völlige Versagen der bürgerlichen Parteien machen das *kräftige Eingreifen der arbeitenden Massen* zur gebieterischen Pflicht, soll die Reaktion auf der ganzen Linie nicht triumphieren.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist gegenwärtig eine offensive, entschlossene Taktik der Partei auf allen Gebieten unbedingt erforderlich, so auch im Reichstag und namentlich im preußischen Wahlrechtskampf.

Nur eine solche scharfe revolutionäre Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die *Aktion der Massen* verlegt und die *vor keiner Konsequenz zurückschreckt*, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wachzuhalten, sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen."

86. *Berlin IV*: „Der Massenstreik ist als *besonderer Punkt der Tagesordnung* auf dem diesjährigen Parteitag zu behandeln."

88. *Berlin IV*: „Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen

Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik in die Wege zu leiten."

94. Parteivorstand: „Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken."

100. Luxemburg und Genossen: „Im Antrage 94 (Massenstreik) die Absätze 2 bis 4 zu ersetzen durch:

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland nötigt das Proletariat zur Entfaltung immer größerer Macht für die Verteidigung gegen heimtückische Anschläge der herrschenden Klassen, für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und die Erweiterung seiner politischen Rechte. Im Kampf gegen die politische Entrechtung ist das Proletariat immer mehr gezwungen, die höchste Energie zu entfalten. Dieser Kampf gipfelt in dem Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, dessen Eroberung eine Vorbedingung für den Befreiungskampf des Proletariats ist. Der jetzige Zustand der politischen Rechtlosigkeit des Proletariats, insbesondere in Preußen, der seinen deutlichsten Ausdruck im Dreiklassenwahlrecht findet, hemmt das Proletariat in allen seinen Bestrebungen auf Verbesserung seiner Lebenshaltung. Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts zum Beherrscher der Gesetzgebung nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche.

Dieses schändliche Wahlrecht kann nur einem Wahlrechtssturm der großen Massen weichen, wie ihn der Preußische Parteitag vom Januar 1910 in Aussicht genommen hat.

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks ist die möglichst vollkommene Organisation des Proletariats in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und die Erfüllung dieser Organisationen mit revolutionärer Kampfbegeisterung und Opferbereitschaft. Der Parteitag macht deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und für die Verbreitung der Partei- und Gewerkschaftspresse zu wirken. Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur als Steigerung einer bereits in Fluß befindlichen Massenaktion aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik,

die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wach zu halten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen und Parteiinstanzen auf, alle Maßregeln zu ergreifen, damit das deutsche Proletariat bei den kommenden Kämpfen für alle Fälle gerüstet dasteht."

In seiner Begrüßungsansprache an den Parteitag sagte Vandersmissen-Belgien, dessen Rede Klara Zetkin übersetzte:

„... Das belgische Proletariat hat nun seit einigen Monaten den großen, opferreichen Kampf hinter sich. Es ist wahr, daß er noch nicht unmittelbar und sofort zu dem erstrebten Ziel geführt hat. Aber, betont Vandersmissen, dieser Kampf ist nicht umsonst gewesen, er hat eine Bresche in das Bollwerk der Reaktion gelegt. Die belgischen Sozialdemokraten sind fest entschlossen, diese Bresche immer mehr zu erweitern, bis die politische Gleichberechtigung erobert worden ist. Der Kampf hat aber in anderer Weise unmittelbare Früchte gezeitigt. Er hat die Idee des Sozialismus in weitere Kreise getragen und befestigt. Er ist dazu ausgenutzt worden, die Organisation zu befestigen. Vandersmissen konstatiert mit Freuden, daß nach dem Massenstreik sowohl die genossenschaftlichen wie die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zahlreicher und gefestigter auf dem Plane stehen, als vor dem großen Kampfe, und daß die sozialdemokratische Presse ganz bedeutend an Verbreitung gewonnen hat. So gekräftigt steht die Partei nach dem Kampfe da, daß das Unternehmertum nicht auszuführen wagte, was es vorher geplant und geschworen hatte, nämlich Rache zu nehmen an den entschlossenen Wahlrechtskämpfern. Vandersmissen führt diese Erfolge darauf zurück, daß man gerade vor dem Kampfe und während des Kampfes nach dem Beispiel der deutschen Sozialdemokratie die Massen zur Selbstzucht erzogen hat. Ferner daß man bestrebt war, die Gesamtbewegung nicht zersplittern zu lassen, sondern diese immer mehr zu zentralisieren. Der Erfolg war andererseits zurückzuführen auf den sozialistischen Geist, der von Anfang an sowohl das Handeln der Genossenschaften, wie der Gewerkschaften und der politischen Organisationen erfüllte. Dieser sozialistische Geist brachte das engste Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen im Kampfe mit sich. Deshalb ist man durch das relativ kleine, unmittelbare, positive politische Ergebnis des Kampfes nicht entmutigt, sondern umgekehrt, das belgische Proletariat ist bereit, die bereits gebrachten Opfer von neuem auf sich zu nehmen und wieder in den Kampf einzutreten mit dem Ruf: es lebe das allgemeine Wahlrecht! So wird die Partei in Belgien die Beratungen der deutschen Sozialdemokratie in dieser Woche mit dem größten Interesse verfolgen ..." (S. 214.)

Platten-Schweiz:

„... Gerade die Demokratie erschwert es, den indifferenten Arbeiter von der Notwendigkeit der Parteiorganisation zu überzeugen. Bei Ihnen, wo der Druck stark ist, ist das verhältnismäßig leicht. Auch bei uns setzt jetzt die Partei mit intensiver Bildungsarbeit ein. Auch da ist sie nach dem Muster der deutschen Partei verfahren. Genossen! Wir haben jetzt unter den Kapitalisten der Schweiz eine Menschensorte heranwachsen sehen, die auch den nötigen ökonomischen Druck auf die Masse ausübt. Zum Beweise dafür erinnere ich Sie daran, daß vor kurzer Zeit in Zürich ein Generalstreik über Nacht ausgebrochen ist. Er ist mit elementarer Gewalt gekommen, kein Parteibeschluß hätte ihn wahrscheinlich zu verhindern vermocht, denn die Reaktion hat zu fanatisch gewirkt. Die Regierung der Demokratie hat sich zu sehr unter die Herrschaft der Kapitalisten begeben. Auch wir werden bei dem nächsten Parteitag die Frage des Generalstreiks erörtern. Wir werden sie von einer anderen Seite vielleicht beleuchten müssen. Sie betrachten sie unter dem Gesichtspunkte als aktive Kampfeswaffe, um positiv mit dem Generalstreik etwas zu erreichen. Wir sind so weit, daß wir ihn erörtern müssen unter dem Gesichtspunkt, die heute bestehenden Rechte eventuell erhalten, bewahren zu können gegen die Reaktion. Wenn wir in der Schweiz an die Beratung dieses Problems herantreten, werden wir selbstverständlich all das, was wir aus

Ihren Beratungen an Gesichtspunkten entnehmen können, uns zunutze machen. Uns wird auch maßgebend sein, was hier von den ausgesprochenen Parteiführern der Internationale gesagt wird ..." (S. 216.)

Vor Beginn der Verhandlungen erklärt der Vorsitzende Ebert:

„Parteivorstand und Parteiausschuß haben beschlossen, auch die Frage des politischen Massenstreiks zu erörtern, und zwar soll das in folgender Weise geschehen. Die Frage steht in gewissem Zusammenhang mit der parteipolitischen Situation und mit der Tätigkeit des Parteivorstandes. Der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung (Vorstandsbericht) soll die Frage des politischen Massenstreiks ebenfalls erörtern, dann aber sollen die Verhandlungen getrennt werden, und zwar soll zunächst verhandelt werden über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, die hier einschlägigen Anträge, und dann soll gesondert verhandelt werden über die Frage des politischen Massenstreiks." (S. 219.)

Die Anträge 2 und 4 werden für erledigt erklärt, Antrag 86 wird zurückgezogen.

Im Vorstandsbericht führt Scheidemann aus:

„... Bei den Betrachtungen über die Wahlen und bei den Auseinandersetzungen über die Behandlung der Militärvorlage und der Steuerfragen im Reichstag, bei den Erörterungen des geringen Fortschritts in den Organisationen macht sich ganz naturgemäß in den Reihen der Genossen, die mit der Partei leben und weben, das Gefühl des Unbehagens geltend. Es wurde debattiert über alles Mögliche. Da endlich fiel, meines Erachtens zur unrechten Zeit, das Stichwort: Massenstreik.

Parteigenossen, als das Stichwort gefallen war, entwickelte sich eine merkwürdige Debatte, eine Debatte, von der ich sagen möchte, daß sie in ihrem Verlauf wenig erbaulich war (Sehr richtig!), und daß ihre bisherigen Ergebnisse mindestens keine große Freude bereiten können. Was war denn das Endergebnis der Auseinandersetzungen? Alle Redner, die sich über den Massenstreik öffentlich ausgesprochen haben — ich habe nicht von einer einzigen Ausnahme gehört oder gelesen —, kamen zu dem Ergebnis: jetzt ist an einen Massenstreik nicht zu denken. (Sehr richtig!) Genossinnen und Genossen, das haben wir uns im Parteivorstand vor dem Beginn der Debatte auch schon gesagt und deshalb haben wir den Mund gehalten (Heiterkeit und lebhaftes Sehr gut!), weil wir uns sagten, warum brauche ich denn dem Gegner, meinem Todfeinde, zu sagen, was ich jetzt nicht machen kann. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung gewesen, daß man dem Gegner nicht zu sagen braucht: „Du, ich habe noch eine Waffe, wenn ich die benutze, dann bist du verloren. Aber du kannst ruhig sein, ich kann sie augenblicklich nicht benutzen." (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Es ist mehrfach gesagt worden, die ganze Debatte entspreche der Stimmung der Massen. Das bestreite ich. (Sehr richtig!) Das, was wir an Reden gehört und gelesen haben, entsprach in den meisten Fällen nicht der Stimmung der Massen. (Sehr richtig!) Ich gehe allerdings nicht so weit, wie vielfach gegangen worden ist, daß man gesagt hat, die Debatte sei nur das Werk einiger Akademiker. Es ist schon richtig, daß die Unzufriedenheit und der Unwille in den Massen von Tag zu Tag wachsen. Es ist selbstverständlich, daß die Massen von Tag zu Tag empörter werden über die Zustände, unter denen sie leiden. Aber wer die Massen kennt, und in dieser Masse leben doch die meisten von uns, der weiß, daß heutzutage die klassenbewußten Arbeiter viel zu gut den Arbeitsmarkt kennen, viel zu gut wissen, wie die Gelben, die Christlichen, die Nichtorganisierten beschaffen sind. Und deshalb sagen sie sich, wenn auch zähneknirschend: „Noch ist's nicht Zeit." (Sehr richtig!)

Parteigenossen, ich will Ihnen von vornherein klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zu dieser Frage. Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Da ist u. a. beschlossen worden: „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen." Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der Parteivorstand entschlossen ist, diese Entschließung früherer Parteitage unter allen Umständen zu respektieren, danach zu handeln. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Was ist bisher in dieser Frage versäumt worden? Es sind auch gegen uns, wenn auch mehr in indirekter Weise, Vorwürfe erhoben worden. Aber

davon will ich ganz absehen. Der Parteivorstand darf und wird nicht alles tragisch nehmen. Aber eins nehme ich freilich sehr tragisch: daß man in einer Weise, die ich als unverantwortlich bezeichnen muß, gegen die vielen Hunderte von braven Arbeitern, die als Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre usw. tätig sind, namentlich während der Massenstreikdebatte in der schlimmsten Weise Verdächtigungen erhoben hat. (Sehr richtig!) Diese Genossen sind geradezu charakterisiert worden als Bremser der Bewegung, als diejenigen, die da wünschen, daß nichts geschieht. Das ist der denkbar schwerste Vorwurf. Wer die Arbeit dieser unserer Agitatoren kennt, dieser Vertrauensleute der Arbeiter — das sage ich ausdrücklich, denn keiner kommt auf seinen Posten, der sich nicht das Vertrauen der Massen, die ihn zu wählen haben, im vollen Maße erworben hat —, wird zugeben: das sind wirkliche Kulturpioniere, die das ganze Jahr schwer arbeiten müssen. Und man sollte ihnen deshalb das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnedies bereits ist. Sie sind auch nicht Bremser. Mir ist nicht ein einziger von diesen Parteigenossen bekannt, der ein prinzipieller Gegner des Massenstreiks wäre. Aber sie sind Gegner der Rederei über eine Tat, die man ausführt, wenn man kann, über die man aber nicht redet, wenn man sie noch nicht ausführen kann. (Lebhafter Beifall.)

Bei den Auseinandersetzungen über den Massenstreik ist vielfach hingewiesen worden auf Rußland, Belgien und Schweden. All diese Vergleiche hinken. Wir sind genau informiert worden über die Streiks in Schweden und Belgien und über die geradezu bewundernswerte Vorarbeit, die namentlich unsere belgischen Genossen geleistet hatten. Die breiteste Oeffentlichkeit ist jetzt auch genauer informiert worden durch die von unsern Genossen Huysmans und Vandersmissen gegebenen Erklärungen, die in der Berliner Versammlung, wo man den beiden Genossen das Reden verboten hat, vorgelesen wurden. Aber, Parteigenossen, eins wird bei der Schilderung der Bewegungen in Schweden und Belgien immer vergessen, ein Imponderabile, von dem man niemals redet, das man aber nicht außer acht lassen sollte. Ohne daß unsere belgischen und schwedischen Genossen auch nur ein Wort über den beabsichtigten Massenstreik mit uns hätten zu sprechen brauchen — sie konnten ihren Streik beginnen, wann sie wollten, sie brauchten sich gar nicht vorher mit uns zu verständigen —, sie konnten in den Kampf hineinziehen mit dem beruhigenden Gefühl, jenseits der Grenzen wohnt ein großer Bruder, der mir im schlimmsten Falle helfen wird! Parteigenossen, wir haben einen größeren Bruder jenseits der Grenzen nicht. Jede Hilfe, moralischer oder sonstiger Art, die uns in einem schweren Kampfe zuteil werden würde, wird uns hochwillkommen sein. Aber wir werden zugeben müssen: die vielfach gezogenen Vergleiche hinken! Dann die Vergleiche mit Rußland. Ich will nicht bestreiten, daß wir in Deutschland, besonders in Preußen, Zustände haben, die den russischen verzweifelt ähnlich sind. Aber es wird niemand bestreiten, daß in Deutschland doch auch manches anders aussieht, als in Rußland. Deshalb ist es total verkehrt, wenn man die deutschen Verhältnisse durch eine russische Brille ansieht und nach russischen Rezepten heilen will. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Daß es in Preußen manchmal sehr russisch zugeht, haben wir erst in den letzten Tagen erlebt durch die unwürdige Behandlung der Genossen Huysmans und Vandersmissen. Das sind Vorkommnisse, die den russischen ähnlich sehen. Aber im übrigen vergleichen Sie doch den russischen Arbeiter mit dem deutschen Arbeiter! Was für Rechte hat denn der russische Arbeiter? Gar keine. Er hat nur das Recht auf die Knute und auf Sibirien. Er spürt daher ganz andere Triebkräfte in sich, um sich gegen solche Zustände zu wehren. Das läßt sich ohne weiteres erklären.

Bei aller Entschlossenheit, bei dem unerschütterlichen Willen, dem Volke die Rechte zu erkämpfen, die ihm unter allen Umständen zuteil werden müssen, dürfen wir eins nicht vergessen: wir müssen klaren Verstand bewahren und müssen uns bewußt sein, daß man nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann. (Beifall.) Es sind merkwürdige Vorschläge gemacht worden inbezug auf das Arrangement des Massenstreiks. Einer unserer Freunde hat gesagt, es sei gar nicht notwendig, daß ein Massenstreik im ganzen Reiche gleichzeitig ausbricht. Er könne bald im Westen, im Osten und im Süden, im Norden losbrechen — er könne sein wie ein fliegendes Feuer. (Heiterkeit.) Was heißt denn das? Das heißt, daß der Massenstreik ungefähr so organisiert wird wie die Kaiserreisen: Trari, trara, bald hier, bald da! (Heiterkeit.) Der Massenstreik ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich: wenn die Empörung im ganzen Volke herrscht. Dann aber kann man die Streikbewegung nicht in Sektionen teilen, darüber läßt sich im Ernste nicht reden.

Von anderer Seite kündigt man eine merkwürdige Methode an, um die Massen für den Massenstreik zu begeistern. Was kommt denn bei einem Massenstreik für uns

zunächst in Frage: ein scharf umrissenes Ziel, die Eroberung des Wahlrechts in Preußen. Was heißt das? Wir wollen die Möglichkeit haben, Vertreter ins Parlament zu schicken, damit sie dort für uns arbeiten. Um nun die Massen für diesen Kampf zu begeistern, setzt man zunächst den Parlamentarismus herab. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Parlamentarismus ist gleich Kretinismus! Man fragt weiter: Ist denn im Parlament heutzutage noch ein Vorteil für das Proletariat zu erringen? Nein, sagt man. Aber die Massen sollen in den Massenstreik treten, um das Wahlrecht zum Parlament, in dem nichts zu holen ist, das zum Kretinismus geworden ist, zu erobern. Das ist eine Logik, die mir unverständlich ist. (Sehr richtig!) Man beginnt nicht den Massenstreik, um ein wertloses Werkzeug zu erkämpfen! Man sagt also, im Parlament ist nichts mehr für das Proletariat zu erringen, deshalb müssen die Massen selbst auf dem Schauplatz erscheinen. Sie sollen sich in Bewegung setzen, sollen auf die Straße gehen, „direkte Aktion" wird das genannt. Was heißt denn das, und wozu führt das? Wenn man solche Redensarten gebraucht, dann muß man sich auch etwas darunter vorstellen. (Beifall.) Was soll das heißen: direkte Aktion? Was sollen wir uns dabei denken? Man hat lesen können: Warum sind nicht bei dem Besuche des Blutzaren in Berlin republikanische Aktionen gemacht worden? Haben wir vier Millionen Sozialdemokraten, damit wir ins Mauseloch kriechen, wenn der Blutzar kommt? Wir hätten viele Anhänger gewinnen können, wenn wir das und jenes gemacht hätten! Ich kann feststellen, daß ich in meiner Bekanntschaft keinen Menschen habe, von dem ich annehmen dürfte, daß er eine so feige Memme wäre, irgendwo ins Mauseloch zu kriechen; aber auch keinen, der sich durch jemand einschüchtern ließe, der es liebt, blutrünstige Redensarten zu führen. (Beifall.) Was heißt das: unter Hinweis auf den Zarenbesuch in Berlin eine „republikanische Aktion" machen? Das hört sich vielleicht harmlos an für diejenigen, die sich im Augenblick nicht überlegen, was es bedeutet. Das würde geheißen haben, daß wir von den Massen verlangt hätten, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Was hätte das bedeutet? Daß Tausenden von Arbeitern die Köpfe eingeschlagen worden wären. (Lebhafte Zustimmung.) Eine solche sinnlose Demonstration hätte uns keine neuen Freunde zugeführt, wahrscheinlich aber eine große Anzahl von Leuten, die auf der Parteigrenze stehen, die wir erst noch ganz gewinnen müssen, weggetrieben. Ich kann mir keinen so skrupellosen Menschen denken, der die Arbeiter zu einer ganz aussichtslosen Demonstration, die zu Blutvergießen führen muß, auf die Straße hetzen will. Dazu ist mir das Blut der Arbeiter zu kostbar. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Mit der Drucklegung jener Resolution ist für ihn diese Frage ebensowenig erledigt wie mit der Drucklegung der Resolution, die dieser Parteitag beschließen wird. In den früheren Resolutionen ist gesagt worden, daß der Massenstreik nicht nur anzuwenden ist, um drohende Attentate auf bestehende Rechte abzuwenden, sondern gegebenenfalls neue Rechte zu erobern. Darauf beziehen wir uns ausdrücklich. Es kann sich, wie die Dinge im Reiche liegen, zunächst nur um einen Massenstreik handeln im Hinblick auf das preußische Wahlrecht. Wir haben, nachdem wir von der Abstinenz bei der Wahl abgekommen waren, uns an den Landtagswahlen beteiligt. Wir haben das Volk für den Landtag zu interessieren versucht, das an den Verhandlungen dieses merkwürdigen Parlaments bisher kein Interesse genommen hatte. Wir haben Flugschriften verteilt und in ganz Preußen Versammlungen abgehalten; wir haben imposante Straßendemonstrationen erlebt. Die Arbeit ist nicht ganz vergeblich gewesen. Wir haben nicht nur die Arbeitermassen interessiert, wir haben auch höher hinauf aufmerksam gemacht auf Verhältnisse, die sehr bedrohlich geworden sind für Leute, die sich weigern, dem Volke die ihm zustehenden Rechte zu geben. Wir haben die Thronrede von 1908 erlebt, in der die Wahlreform angekündigt wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Wir haben die verunglückte Wahlrechtsreform von 1910 erlebt und schließlich den Ausgang der letzten Landtagswahlen. Es scheint in der Tat aussichtslos, daß auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts die Frage gelöst werden kann. Eben deshalb unsere Parteitagsbeschlüsse von Jena und Mannheim. Wir werden gegebenenfalls den Massenstreik haben, aber wir wollen uns an das halten, was Bebel gesagt hat: Der Massenstreik ist die Ultima ratio der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Alles zu seiner Zeit!

Wir müssen uns auch klar sein, daß von der Frage, die uns jetzt beschäftigt, unter allen Umständen geschieden werden muß die Frage des Massen- oder Generalstreiks, der bezeichnet worden ist als ein aus dem Volke herauswachsendes Elementarereignis, das zu weiteren, immer schärferen Zu-

sammenstößen und schließlich zu einer allgemeinen Entscheidung führen soll. Wir wollen nicht vergessen, daß wir eine Partei sind, die demokratisch ist, eine Partei der Minderheit, wenn auch einer sehr großen. Keiner wird verlangen, daß die Mehrheit die Politik der Minderheit machen soll; daß wir durch den Massenstreik der Minderheit die Mehrheit zwingen wollen, sozialdemokratische Politik zu machen. Das wäre undemokratisch. Nein, wir verlangen nur gleiche Rechte. Trennen wir diesen merkwürdig definierten Massenstreik völlig von dem, den wir diskutieren, da kommt es an auf eine scharf abgegrenzte, selbstbewußte, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete politische Aktion. In einem solchen Kampfe könnten wir uns auch auf den von mir schon angerufenen König von Preußen beziehen. Ihm könnten wir zurufen: Wir kämpfen für ein Wahlrecht, von dem du selbst gesagt hast, daß es dringend reformbedürftig ist. Wir könnten auch den Ministern zurufen, daß es sich um ein Wahlrecht handelt, das die Minister von der Schmach befreit, daß sie bei der Dreiklassenwahl in der dritten Klasse wählen, Bordellwirte aber in der ersten.

Wir könnten dem Bürgertum zurufen: **Wir machen jetzt Ernst mit dem, was Ihr** angeblich auch wollt, mit dem Kampf für das gleiche Recht, dem Kampf für das freie Wahlrecht! Wir könnten dem ganzen Volke zurufen: Wir kämpfen hier nicht nur für etwas, was der Sozialdemokratie nutzen soll, sondern wir kämpfen für das ganze Volk, für die Freiheit aller, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller! Selbstverständlich müßten wir in einem solchen Kampfe, der aus der Situation herauswächst und herauswachsen muß, drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns haben. Aber sind wir heute schon so weit, daß wir einen solchen Kampf wagen können? Heute noch nicht, werden Sie sagen. (Sehr richtig!) Nun ist gesagt worden, ja wann denn? Wenn wir heute noch nicht so weit sind, so werden wir niemals dazu kommen! Das ist eine unbegreifliche Verkennung der Tatsachen. (Sehr richig!) Das setzt voraus, daß man das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter so niedrig einschätzt, wie man sie nicht einschätzen darf. Ich sage: Wir werden den Massenstreik haben in der Stunde, die es uns gebietet, den Kampf zu führen! Keiner kann glauben, daß sich das deutsche Volk, das preußische Volk auf die Dauer alles gefallen lassen wird. (Sehr richtig!) Ich habe schon gesagt, wie wenig zeitgemäß die Debatte über den Massenstreik war. Noch schlimmer erscheint mir allerdings die geflissentliche Angstmacherei und Bangemacherei (lebhafte Zustimmung), dazu ist gewiß keine Ursache vorhanden. Diese Bangemacherei könnte schließlich nur zur Hoffnungslosigkeit oder zur Anarchie führen — dazu liegt gar kein Grund vor. Wenn wir angewiesen wären auf die Gnade und Barmherzigkeit unserer großmächtigen Herrschaften, unserer Minister, der Bethmann und Dallwitz, dann wären wir schon längst erledigt. Davon kann keine Rede sein. Die Herrschaften wissen, daß sie mit uns zu rechnen haben, als mit einer ganz realen Macht. Daß wir uns kräftig rühren, daß unsere Partei gedeiht, das ist ein Zeichen unserer wachsenden Macht, das legt uns aber auch die Verpflichtung auf, die Augen offen zu halten, die Volksstimmung nicht gegen uns aufzubringen, sondern sie mehr für uns zu gewinnen. Wir dürfen also keine Dummheiten machen, keine unüberlegten Handlungen begehen. Die beste Vorarbeit für entscheidende Kämpfe im Interesse der Demokratie und des Sozialismus ist Aufklärungsarbeit und Organisationsarbeit. Ich halte es für falsch, für den Massenstreik besondere Propaganda zu treiben. Ich halte es für richtig, den Sozialismus zu lehren, grundsätzliche sozialdemokratische Agitation zu betreiben, die Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein zu führen. Dann erübrigt sich das andere ganz von selbst. Was heißt denn das, die Arbeiter zum Klassenbewußtsein bringen? Das heißt, daß sie die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkennen lernen. Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß wir schweren Kämpfen entgegengehen, daß es schwerer Kämpfe bedürfen wird, bis dem Sozialismus zum Heile der Völker der Sieg errungen werden kann. Der klassenbewußte Arbeiter weiß aber auch, daß man nicht mit dem Feuer spielen darf. Er weiß, daß er in der Stunde der Not, in der Stunde der Notwendigkeit, mit seiner ganzen Existenz, mit Leib und Leben einzutreten hat für das, was er für richtig hält, was seine Ueberzeugung ist.

Je kritischer die Situation, um so klarer muß die Erkenntnis sein von der Notwendigkeit unerschütterlicher Disziplin. Wir haben mehrfach Situationen gehabt, namentlich in Preußen, die kritisch genug gewesen sind, wo man von oben herunter brutal eingegriffen hat. Wenn es bisher nicht zu Blutvergießen gekommen ist, dann ist das der

deutschen Sozialdemokratie, der Disziplin ihrer Anhänger zu danken. Daran will ich absichtlich erinnern, um die Bedenken derjenigen zu zerstreuen, die da glauben, daß ein Massenstreik nicht denkbar sei ohne Blutvergießen. Davon braucht meines Erachtens keine Rede zu sein. Daß man große Streiks durchführen kann ohne Zusammenstöße und ohne Blutvergießen, das haben uns die Kämpfe in Belgien mit aller Deutlichkeit gezeigt. Da war von einem Zustand der Verwirrung und Disziplinlosigkeit keine Rede. Aber der friedliche Verlauf setzt musterhafte Disziplin voraus. Der irrt, der da glaubt, man könne den Massenstreik vorbereiten durch die Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin, durch das Ausspielen der Massen gegen die Führer, durch die Verherrlichung der unorganisierten Masse, die bestimmt sei, alles Große in der Welt zu erreichen. Wo Disziplin und Ordnung vorhanden sind, wo das Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Faktoren gesichert ist, da nur können solche großen Kämpfe erfolgreich sein. Es ist selbstverständlich notwendig, daß die Massen einig sind mit den Führern.

Es wäre traurig um die Partei bestellt, wenn bei der jetzigen Situation nicht immer wieder aus den Massen heraus der Ruf käme: Gibt es keine Möglichkeit, wie wir schneller aus diesen Zuständen herauskommen können? Kein Zweifel, daß der Unwille, die Empörung der Massen wachsen. Sie werden um so schneller wachsen, je hartnäckiger man dem Volke die Rechte verweigert, die ihm zustehen. Nichts anderes verlangen wir ja zunächst, als die Gleichberechtigung aller. Deshalb rufe ich den herrschenden Gewalten zu, sie sollen nicht ihre Hoffnung setzen auf die Langmut des preußischen und deutschen Volkes. Damit werden sie eine Verantwortung auf sich laden, die sie unter keinen Umständen tragen können. Wenn wir in allen diesen Auseinandersetzungen hinweisen auf die Hauptschuldigen in Preußen, auf die Junkerkaste, so ist das gewiß berechtigt. Aber ziemlich das gleiche gerüttelte Maß von Schuld liegt auf dem deutschen Bürgertum. (Sehr richtig!) Eine Bourgeoisie wie die deutsche, die eine solche Fülle von wirtschaftlicher Macht repräsentiert, hat kein Recht zu heulmeiern und zu sagen: ach, wir möchten ja auch gern Reformen, aber wir sind nicht imstande, sie durchzusetzen. Ein Bürgertum, das in Preußen-Deutschland gleiche Rechte haben will, hätte die Möglichkeit dazu. Woher kommt der ganze erbärmliche Zustand, unter dem wir leiden? Er kommt daher, daß die Bourgeoisie jahrzehntelang die Junker hat wirtschaften lassen, daß sie den Kampf für die von ihr angeblich vertretenen Grundsätze nicht durchgeführt hat. Und dafür gibt es eine plausible Erklärung. Wir wissen ja, daß schließlich die Kerntruppe der Bourgeoisie viel lieber mit den Junkern zusammengeht, als daß sie der anwachsenden Sozialdemokratie, den Proletariermassen, gleiche Rechte einräumen will. (Sehr richtig!) Wenn das deutsche Bürgertum schweren Kämpfen, die es weit schwerer treffen würden als das Junkertum, aus dem Wege gehen will, dann soll es sich darauf besinnen, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Dann soll es helfen, daß wir das gleiche Wahlrecht in Preußen erkämpfen.

Daß wir in dem Wahlrechtskampf siegen werden und siegen müssen, das wissen wir. Das wissen aber auch unsere Gegner. Wir können Fehlschläge, wir können Niederlagen erleiden, aber die Sache, die wir vertreten, wird sich durchsetzen, weil sie sich durchsetzen muß. An uns ist es, alle Kraft daran zu setzen, uns so stark zu machen, daß wir vor keinem Kampfe zurückzuschrecken brauchen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen auch die Resolution zur Annahme, die Ihnen der Parteivorstand vorgelegt hat. Diese Resolution ist scharf angegriffen worden. Das haben wir vorausgesehen, damit haben wir von vornherein gerechnet. Ich will Ihnen aber sagen, daß es uns nicht auf große Worte, nicht auf drohende Gesten ankommt, sondern auf die Möglichkeit, das in die Tat umzusetzen, was wir zu Papier gebracht haben. (Sehr richtig!) Wuchtige Anklagen haben wir gehört in Verbindung mit den Angriffen auf die Resolution. In den Artikeln schwirrte es nur so von Worten wie Kapitalismus und Sozialismus, Imperialismus, Konzentration, Akkumulation, Wahlrechtsräubereien usw. Ich bitte die Genossen, die das geschrieben haben: halten Sie uns denn wirklich, um das Wort einer Genossin auf einem früheren Parteitage zu gebrauchen, für sozialdemokratische Säuglinge, daß wir nicht auch wissen, was auf dem Spiele steht? Daß wir nicht auch die politische Situation kennen und sehen, wie sich der Kapitalismus konzentriert und die Absicht wächst, die Arbeiterklasse niederzuhalten! Das haben wir auch gewußt, und ich spreche in dieser Versammlung kein Wort darüber. Ich halte es für deplaziert, das ABC der Sozialdemokratie auf einem Parteitage vor sozialdemokratischen Vertrauensleuten der Arbeiterschaft zu erörtern.

Selbstverständlichkeiten brauchen wir uns gegenseitig nicht zu sagen. (Sehr richtig!) Es ist gesagt worden, die Resolution sei weiße Salbe, sie sei das Produkt mangelnder Fühlung der Parteileitung mit den breiten Massen der Parteigenossen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. (Sehr richtig!) Ueber Massenstreiks und Massen haben am meisten diejenigen geredet und geschrieben, die mit den Massen die wenigste Fühlung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wer uns nachsagt, daß wir mit der Masse keine Fühlung haben, der sollte den Nachweis dafür versuchen. Wir sind das ganze lange Jahr nicht nur in der Masse selber drin, sondern haben fortlaufende Verbindung mit ihr auch durch die Vertrauensleute. Wer sagen will, wir wüßten nicht, wie es im Volke und in den Organisationen aussieht, dem sagen wir, wir haben doch auch den Parteiausschuß, den Sie uns als treuen Ratgeber an die Seite gestellt haben. Mit solchen Redensarten soll man uns gefälligst vom Leibe bleiben. Wir kennen die Massen besser als diejenigen, die die revolutionärsten Artikel schreiben, mit denen man aber keine Massenbewegung machen kann. Ich kann Ihnen sagen, daß die Resolution, die als weiße Salbe bezeichnet worden ist und als Produkt einer mangelnden Fühlung mit den Massen, daß diese Resolution das Produkt ernster Beratungen nicht nur des Parteivorstandes und Parteiausschusses war, sondern das Produkt ernsthafter Beratung aller der in Frage kommenden Körperschaften. (Hört! hört!) Deutlicher will ich nicht werden, aber ich hoffe, daß mich die Genossen verstehen, wenn ich sage, alle Körperschaften stehen dahinter, die bei einem Massenstreik in Betracht kommen. Das bitte ich zu berücksichtigen, und wenn Ihnen das bekannt ist, so glaube ich, dürfen Sie auch mit Vertrauen dieser Resolution zustimmen. Es kommt nicht an auf klingende Worte, vielmehr auf entschlossene Tat. Dazu sind wir bereit, aber nicht dazu, etwas zu unternehmen, wenn wir es für Torheit halten. Ich bin der Meinung, daß man entscheidende Taten am besten durch praktische Arbeiten vorbereitet. (Sehr gut!) Das heißt arbeiten an der immer größeren Festigung unserer Organisation und durch Erziehung unserer Genossen zu zielklaren, klassenbewußten Sozialdemokraten. So wollen wir weiter arbeiten wie bisher, systematisch und zäh, den Blick fest auf das Ziel gerichtet, in Einigkeit und Kampfbereitschaft. (Lebhafter Beifall.)" (S. 228 ff.)

Die Anträge 8, 9 und 10 werden nicht genügend unterstützt.

In der Debatte über den allgemeinen Vorstandsbericht bemerkte Fries-Köln:

„Nachdem so viele „Kulturpioniere" gesprochen haben, sei es auch einmal einem einfachen Arbeiter gestattet, das Wort zu nehmen. Was mir an den Worten Scheidemanns am meisten mißfallen hat, war, daß er glaubte betonen zu müssen, daß sämtliche Angestellte Kulturpioniere seien. Ich möchte das stark bezweifeln. Ich protestiere dagegen, daß die Genossen, die an den Angestellten Kritik üben, von Scheidemann und anderen als Beamtenhetzer hingestellt werden. Die Genossen, die sich eine Kritik der einzelnen Angestellten gestattet haben, haben die hauptsächlichste Parteiarbeit geleistet. Darunter sind nicht wenige Kulturpioniere. Wenn sie das Verhalten einzelner Angestellten kritisiert haben, die oft ein Hemmnis sind und nicht Pioniere, dann werden sie als Hetzer hingestellt. Das ist verkehrt. Die Genossen im Lande werden diese Redewendung Scheidemanns nicht verstehen. Durch diese Kritik wird das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei nicht getrübt. Wollten wir diese Trübung, dann brauchten wir diese Angestellten, die manchmal nicht vom sozialistischen Geiste erfüllt sind, nicht hinüberziehen, sondern ließen sie abseits beiseite stehen. Dadurch, daß wir Kritik üben, zeigen wir, daß wir Partei und Gewerkschaft immer fester zusammenschmieden wollen. Bei der Maifeierfrage wird noch genug Gelegenheit sein für die Angestellten, zu beweisen, daß sie wirklich Kulturpioniere des Sozialismus sind. Beweisen sie es, dann treffen Scheidemanns Ausführungen zu. Sonst weise ich sie als übertrieben zurück." (S. 270.)

Scheidemann erwiderte darauf in seinem Schlußwort zum allgemeinen Geschäftsbericht:

„Einer der gestrigen Diskussionsredner glaubte meine Inschutznahme der Partei- und Gewerkschaftsangestellten zurückweisen zu sollen. Er meinte, nicht alle Angestellten verdienten, daß ich sie in so energischer Weise verteidigt habe, und er wies dabei hin auf Angestellte der Gewerkschaften. Ich habe nicht über-

trieben in bezug auf die Angriffe, die gegen die angestellten Genossen gerichtet worden sind. Wenn ich gestern dafür keine Beispiele brachte, so muß ich das heute doch tun, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob ich übertrieben hätte. Darum will ich einen einzigen Satz aus einer Rede vorlesen, die von den Gegnern schon weidlich ausgeschlachtet worden ist. In einer Berliner Versammlung sagte ein Genosse: „Unsere Angestellten sind eben nur Geschäftsmenschen, sie besitzen keinen Idealismus mehr!" Wenn man so etwas liest, so muß man in so energischer Weise dagegen Stellung nehmen, wie ich es gestern getan habe. Ich habe mich noch bei Genossen, die jener Versammlung beiwohnten, hier auf dem Parteitag erkundigt, und sie haben mir bestätigt, daß der Redner leider wirklich diesen Satz ausgesprochen hat. Die Leute, die so sprechen, bringen das, was andere, redegewandtere und schreibgewandtere Genossen in feinerer Form und weniger deutlich ausführen, nachher nur in „populärer" Form so in den Versammlungen vor, wie sie es verstanden haben und wahrscheinlich auch verstehen sollten. (Sehr richtig!) Man muß die angestellten Genossen, die schwer zu arbeiten haben, gegen solche Angriffe in Schutz nehmen, die nur unseren Gegnern Material liefern. Die gehen damit hausieren und verschweigen natürlich, daß die Angriffe von ganz unbekannten Genossen stammen und daß diese Genossen von allen wirklich gut Unterrichteten stets energisch abgeschüttelt worden sind." (S. 278.)

Der Diskussion über den Massenstreik geht eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Redezeit voraus. Es wird beschlossen, dem ersten Redner für die Resolution 100 und ebenso einem Vertreter der Gewerkschaften eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren.

Bernstein:

„Ich bin einer der ersten gewesen, der in der deutschen Partei den Standpunkt vertrat, daß es zweckmäßig und unter Umständen sogar unabweisbar für uns sein werde, die Waffe des Massenstreiks zu ergreifen. Der Meinung bin ich noch, und ich werde in dieser Ueberzeugung für die Resolution des Parteivorstandes stimmen. Weiter zu gehen bin ich mit Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland entwickelt haben, nicht in der Lage, Verhältnisse, die sehr davor warnen, uns in romantische Anschauungen über die Möglichkeit des Massenstreiks hineinzurennen. Es ist in Berliner Versammlungen viel davon gesprochen worden: wir wollen „belgisch" reden. Wir alle sind erfüllt von Bewunderung für das, was unsere belgischen Genossen in ihrem großen politischen Streik geleistet haben. Wir haben auch einen außerordentlich instruktiven Bericht gehört über ihre Organisation zu diesem Zweck. Was aber den meisten Parteigenossen unbekannt ist und was sehr wichtig ist, gewürdigt zu werden, das sind die ganz anderen politischen Verhältnisse, die diesen Streik möglich gemacht haben, und die es möglich gemacht haben, daß er zu einem wenigstens relativen Erfolg vorläufig geführt hat, zu dem ich unseren belgischen Genossen von ganzem Herzen gratuliere.

.... Wie stellt man sich denn aber bei uns die Sache vor, oder will man ins Blaue hinein einen Massenstreik inszenieren, ohne zu wissen, womit er enden soll? Wie man ihn anfängt, das wissen wir, aber wie er enden soll, darauf kommt es an, und ich möchte von der Genossin Rosa Luxemburg hören, wie sie sich das vorstellt. In Belgien haben an dem Streik, der lange vorbereitet war, 370,000 bis 450,000 Arbeiter teilgenommen. Wenn wir eine entsprechende Beteiligung in Preußen haben wollen, so müssen wir 2½ bis 3 Millionen Arbeiter zum Streik bewegen. Ich möchte fragen, ob (zu Rosa Luxemburg gewandt) Sie glauben, daß das so ohne weiteres geht, und wie es durchgeführt werden soll ohne gewaltsame Zusammenstöße und ohne ein nach kurzer Zeit eintretendes Abflauen eines großen Teils der Streikenden? Wenn aber ein solcher Streik abflaut, dann ist er verloren. .... Unser Land hat ganz besondere Verhältnisse mit den starken Organisationen des Unternehmertums und den Gegenorganisationen gegen diejenigen Gewerkschaften, die mit uns auf gleichem Boden kämpfen. Damit müssen wir rechnen. Und dann — wann wollen Sie, wiederhole ich, mit dem Generalstreik aufhören, vielleicht erst, wenn uns das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht bewilligt wird? Dann könnt ihr gleich sagen: Wir hören erst auf, wenn die rote Fahne über dem Schloß von Berlin weht. (Ströbel: „Schwarzseher werden nicht geduldet!") Ein Schwarzseher bin ich nicht, aber

der preußische Staat gibt uns nicht mit einem Hieb das gleiche Wahlrecht. (Sehr richtig!) . . . . Man muß sich in jedem Lande an das halten, was den Traditionen und dem Geist der Bewegung des Landes entspricht. Wir haben keine großen Revolutionen bei uns zu verzeichnen, aber wir haben doch auf Großes zu verweisen. Die deutsche Sozialdemokratie darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie die erste gewesen ist, die die internationale Arbeiterbewegung durch die Ausnutzung des Wahlrechts den Kampf im Parlament und in der Gesetzgebung gelehrt hat. Wir haben auf den verschiedensten Gebieten Organisationen aufgebaut und vervollkommnet, die in langsamer Arbeit unsere Bewegung zu einem Staat im Staate gemacht haben (Sehr richtig!), der unseren Gegnern viel unbequemer ist, als wenn wir es auf ein Glücksspiel ankommen lassen dürfen. . . . ." (S. 284 ff.)

Clajus-Berlin:

„. . . . Scheidemann hat ebenso wie Bernstein ausgeführt, daß der Massenstreik eine sehr scharfe, aber auch sehr zweischneidige Waffe ist. Das ist richtig, es ist auch richtig, wenn Scheidemann ausführte, daß im jetzigen Moment das deutsche Proletariat für einen Massenstreik nicht reif genug ist. Anders ist es aber, wenn er sagte, es wäre falsch, daß man jetzt wieder die Massenstreikfrage auf dem Parteitag und in der Organisation erörtere. Diese Erörterung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ueber die Waffen, mit denen man eventuell zuschlagen will, muß man sich rechtzeitig unterhalten. Die Krieger müssen mit ihren Waffen vertraut sein, und aus diesem Grunde begrüßen wir es alle, daß die Massenstreikfrage hier zur Sprache kommt. Es ist ferner falsch — und ich möchte das feststellen, weil ich nicht als Angestellter oder Theoretiker dastehe, sondern aus der Werkstatt komme —, daß die Propagierung des Massenstreiks die Schuld der Akademiker und Literaten sei. (Hört! hört!) Wenn man in den Werkstätten sitzt, Tag für Tag, so hört man, wie die Arbeiter bei den Agitationsversuchen immer sagen: Was nützen alle die Resolutionen und Versammlungen! Es ist in der Tat so. Die Genossen in den Werkstätten begrüßen die Anregungen zur Frage des Massenstreiks. Die Debatte darüber ist nicht das Werk der Literaten, sondern sie entspringt der wachsenden Unzufriedenheit der Massen. (Hört! hört!) Unsere Bewegung ist in die Größe und Breite gewachsen, und sie fängt an, jetzt still zu stehen. Wenn aber ein großer Teich keinen Abfluß hat, so fängt er an zu gären und zu brodeln. Bei uns zeigt sich das in der Unzufriedenheit der Massen. Ich betrachte die Führer und Angestellten nicht als Popanze oder Bremsklötze. Aber in den Werkstätten und Fabriken da heißt es: unsere Führer haben sich den bürgerlichen Idealen schon zu sehr genähert, sie versuchen zu bremsen. Ich teile diese Ansicht nicht, aber ich bringe damit die Meinung der meisten Genossen zum Ausdruck. (Unruhe und Widerspruch.) Es ist nicht der böse Wille der Massen, sondern es ist einfach ein Naturgesetz, das Verlangen, daß die Entwicklung immer weiter fortschreitet. . . . Es ist verkehrt, immer zu fragen, was sagt der und was sagt jener. Nein, wir müssen geradeaus vorwärts schreiten. Das verstehen die Massen, aber dieses bange Umsichsehen, das verstehen sie nicht. Auch die Arbeiter in Fabriken und Werkstätten sind überzeugt, daß es noch ganz anderer und festerer Organisationen bedarf, um einmal die Waffe des Massenstreiks und vielleicht noch ganz andere Waffen zur Anwendung zu bringen. (Zuruf: Aha!) Das stelle ich ausdrücklich fest. Wir haben noch große Massen zu bearbeiten, aber das schließt nicht aus, daß wir heute schon den Massen sagen, daß wir sie dazu nehmen. . . ." (S. 286 f.)

Hense-Hamburg:

„. . . Der Umstand, daß unsere Fraktion nicht das erreicht hat, was viele von ihr erwarteten, ist auch der Grund dafür, daß die Frage des Massen- oder Generalstreiks wieder in die Debatte geworfen wird. Es sind nicht die Massen der deutschen Parteigenossen, die diese Frage wieder angeschnitten haben, sondern es sind einige Literaten und Akademiker (Lachen), die meiner Ansicht nach nichts Besseres zu tun haben, als derartige Fragen aufzuwerfen. (Große Unruhe.) . . . . Genossin Zetkin hat erklärt, daß die Frage der Unterstützung gar nicht in Betracht kommen könne, daß eine Kette von Streiks stattfinden müsse. Es wird Ihnen einmal gelingen, die Massen in einen Streik hinein zu bekommen, vielleicht auch noch das zweite Mal, aber beim dritten Male locken Sie keinen Hund hinter dem Ofen hinweg, wenn Sie nicht für die Folgen und Opfer dieses Massenstreiks aufkommen wollen. Die Reden dieser Genossen stimmen wirklich nicht mit der Wirklichkeit überein. Nun sagen

die Genossen, daß der Massenstreik heute zwar nicht in Anwendung kommen kann, daß man ihn aber diskutieren muß, um die Massen vorzubereiten. Ich bedaure die ganze deutsche Sozialdemokratie, die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung, wenn wir eine Frage jahrelang vorher diskutieren müssen, um sie eventuell einmal in Szene zu setzen. (Sehr richtig!) Wenn die Zeit gekommen ist, eine solche Sache durchzuführen, dann müssen wir dazu in der Lage sein, ohne jahrelange Vorbereitung. . . .“ (S. 287 f.)

Rosa Luxemburg:

„. . . Da sind die Vertreter unserer Bruderparteien aus Holland, aus Belgien, aus der Schweiz gekommen, und sie haben uns einer nach dem anderen erklärt: Was uns als das wichtigste in eurer Tagung erscheint, ist die Debatte über den Massenstreik. . . . Ich befürchte, wenn unsere auswärtigen Gäste von der obersten Leitung unserer Partei eine großzügige, tiefeindringende sachliche Behandlung dieses hochwichtigen Problems erwartet haben, wenn sie sich der Hoffnung hingaben, von dem Vertreter des Parteivorstandes eine weitblickende Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland und innerhalb der Partei zu hören, die im Zusammenhang mit dem Massenstreik in Betracht gezogen werden muß, wenn sie erwarteten, feste, klare Richtlinien in bezug auf die nächste Zukunft, über unsere taktischen Aufgaben gezogen zu sehen, so fürchte ich, sie sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Denn die Rede Scheidemanns in bezug auf den Massenstreik war alles andere, als eine ernste sachliche Betrachtung dieses Problems. Diese ganze Rede war gestimmt auf zwei Noten, erstens auf den Ton des Faustischen Famulus Wagner: Seht, wie herrlich weit wir es auf allen Gebieten gebracht haben, und zweitens auf einen Kampf gegen die Nörgler, gegen die unzufriedenen Kritiker in der eigenen Partei. Wenn man die Ausführungen Scheidemanns hörte, so ist ja der Parteivorstand mit allem in der Partei höchst zufrieden, er findet alles im höchsten Glanze. Ich glaube, die erste Voraussetzung für ernste politische Führer, die dieses Namens wert sind, die Führer einer Millionenpartei, einer Massenpartei wie die unserige sind, ist ein überaus empfindliches Ohr für alles, was sich regt in der Seele der Massen. (Sehr richtig!) Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß wir jetzt eine tiefgreifende Unzufriedenheit in den Reihen der organisierten Parteigenossen haben. (Sehr richtig!) Sie brauchen nur in die Versammlungen zu gehen, um das zu hören. Man braucht auch nur die Berichte von den Parteiversammlungen vor dem Parteitag in allen Gegenden Deutschlands zu verfolgen, um zu sehen, daß Redner aus der Masse hier heraustreten und bekunden, daß die Massen der Organisierten förmlich nach einem frischen Luftzug im Parteileben lechzen, daß sie es satt haben, den Nichts-als-Parlamentarismus als das alleinseligmachende Mittel immer angepriesen zu sehen. Aber der Parteivorstand weiß von alledem nichts, und Scheidemann sagt: Ihr sprecht von Unzufriedenheit? Wo sind die Beweise des fehlenden Vertrauens der Massen zu ihren Führern? Solche Unzufriedenheit können ja nur Schwarzseher erblicken, und Schwarzseher duldet der Parteivorstand nicht. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand war selbst gezwungen, in seinem offiziellen Bericht und in der Rede Scheidemanns eine ganze Reihe von betrübenden Tatsachen festzustellen. Es wird festgestellt, daß unsere Mitgliederzahl nicht in dem gewünschten Maße wächst, daß wir einen teilweisen Stillstand und sogar stellenweise einen Rückgang der Abonnentenzahl unserer Blätter haben. Scheidemann sagte uns, daß jeder verständige Mensch angesichts der Zustände in Preußen, des preußischen Wahlrechts und des schmählichen Ausfalls der letzten preußischen Landtagswahlen erwarten mußte, die Massen würden nun in gewaltigem Zorne sich aufbäumen und zum Kampfe herausrücken. Und Scheidemann sagte: Man muß sich wundern, daß die Massen das nicht tun. Und schließlich hat Scheidemann selbst feststellen müssen ein bedauerliches Abflauen der Bewegung in unserer Partei gegen die Militärvorlage. Auf alle diese Tatsachen, die jedem ernsten Parteiführer ein Anlaß sein mußten zur ernsten Analyse der Zustände, zur Erörterung, wie und wo man die eigentlichen Wurzeln dieser Erscheinungen suchen muß und wie Remedur zu schaffen ist — auf alle diese Tatsachen findet der Parteivorstand nur die leichteste und bequemste Erklärung: Stillstand der Organisation und der Presse? Ei, die Krise ist es, die schuld ist! Und dabei sollen wir uns beruhigen, daß jede Krise wieder die Mauern erschüttert, die wir in der Zeit der Prosperität mit solcher Mühe aufgebaut haben. Der preußische Wahlrechtskampf ist nicht aufgebraust, wie Scheidemann es für selbstverständlich hielt nach dem schmählichen Ausfall der Wahlen. Aber das einzige, was der Vorstand, unsere oberste Behörde, zu sagen hat, ist, daß Scheidemann sich wundern muß

darüber. Es würde näher liegen, zu fragen, ob denn nicht unsere Taktik selbst ein bißchen dazu beigetragen hat und ob wir keinen Grund hätten, uns nicht zu wundern, sondern uns zu fragen, was zu tun wäre, um solche Erscheinungen abzuwehren. . . . . Wir stehen am Anfang einer Krise, die Arbeitslosigkeit wird immer größer, und da haben wir allen Anlaß, als weitblickende Politiker uns zu sagen, daß unsere Politik so gestaltet werden muß, daß wir die unvermeidliche Entmutigung und Verzweiflung, die in den Massen immer in den Zeiten der Krise Platz greift, daß wir diese Gärung, diese Unzufriedenheit in das Bett einer zielklaren Kampfstimmung leiten und nicht in eine dumpfe Stagnation ausarten lassen. Parteigenossen, nur durch eine zielklare, scharfe, revolutionäre Taktik kann man den Mut der Massen stählen (Sehr richtig!), die durch die Krise niedergedrückt werden. Anstatt alles dessen hielt es Genosse Scheidemann für die dringendste Aufgabe auf diesem Parteitage, den Kampf gegen die Nörgler in den eigenen Reihen, gegen die Kritiker, die angeblich künstlich die Unzufriedenheit schüren und an die Wand malen, zu führen. Und diesen Kampf gegen den inneren Feind hat sich Genosse Scheidemann wahrhaftig leicht gemacht. Er hat nicht etwa in Wirklichkeit gegen die vorgebrachten Kritiken und Ansichten gekämpft, er hat es vorgezogen, als ein zweiter Ritter St. Georg den Drachen siegreich zu erlegen, den er selbst erst ausgebrütet hatte. (Große Heiterkeit.) Das, wogegen Genosse Scheidemann hier als gegen die angebliche Auffassung der Verteidiger des Massenstreiks sich gewandt hat, war ein Zerrbild der wirklichen Ansichten, die wir vertreten. (Sehr richtig!) Speziell was meine Wenigkeit anbetrifft, wenn Genosse Scheidemann auch ohne Namensnennung vielfach mich zu treffen wähnte mit seiner Kritik, so kann ich ihm mit Goethe zurufen: Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir. (Große Heiterkeit, Unruhe und teilweise Zustimmung.)

Parteigenossen, einige Beispiele für die Verzerrung der Ansichten, die man bekämpft hat. Wenn wir in der Presse und in Versammlungen auf Unterlassungen in unserer jüngsten Politik hinwiesen, wenn wir betonen, daß z. B. eine Partei von unserer Stärke und unserer oppositionellen, revolutionären Stellung bei solchen erstklassigen politischen Begebenheiten wie das Kaiser-Regierungsjubiläum, wie der Zarenbesuch in Deutschland nicht ruhig zusehen durfte, sondern irgendeine Protestaktion ins Leben rufen mußte, da kommt Genosse Scheidemann und sagt: Was, ihr wollt die Leute auf die Straße treiben, ihr wollt Tausende von Menschenleben gefährden, und man sah förmlich eine rote Blutlache auf den Straßen Berlins entstehen, bei der bloßen Anregung, gegen den Zarenbesuch eine Demonstration zu machen, wie es der Sozialdemokratie gebührt. Als wenn wir nicht schon in Berlin selbst und in Deutschland vor drei Jahren gewaltige Straßendemonstrationen erlebt hätten, bei denen nicht Tausende von Menschenleben zum Opfer gefallen sind, als wenn wir nicht schon in verschiedenen Ländern und zuletzt auch in Belgien, wie das Genosse Scheidemann 10 Minuten später so schön ausmalte, einen völlig friedlichen Massenstreik hätten entstehen sehen! Parteigenossen! Wenn Sie sich auf die Weise die Entschuldigung dafür leicht machen wollen, daß überhaupt nichts getan wurde, nicht einmal gewöhnliche Versammlungen zum Zarenbesuch, nicht einmal ein anständiger Leitartikel im Zentralorgan, dem „Vorwärts“ (Heiterkeit), so steht es schlimm um Ihre Gründe.

Ein zweites Beispiel: wenn wir davon sprechen, daß wir in Deutschland wie in allen anderen Ländern mit der eventuellen Anwendung des Massenstreiks durchaus nicht darauf zu warten brauchen, bis der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag als organisierte Mitglieder eines Wahlvereins gezahlt haben, wenn wir darauf hinweisen, daß, wo die revolutionäre Situation da ist, wo große historische Aufgaben vor uns stehen, die Organisation der Partei wohl die Kraft und den geistigen Einfluß besitzen wird, um auch unorganisierte Massen mitzureißen, wenn wir darauf hinweisen, daß es verkehrt und falsch ist, das Mitgliedsbüchlein als die ausreichende Legitimation für Klassenkämpfer, für eine revolutionäre Aktion des Proletariats zu betrachten, wenn wir erklären: Die Politik, die Taktik der Partei muß danach angetan sein, um die nötige Begeisterung und Opferfreudigkeit in den großen Volksmassen auch außerhalb der Organisierten zu wecken, denn nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schar der Unorganisierten mitreißen und für die Organisation gewinnen, — dann kommt Genosse Scheidemann und sagt: das heißt ja die Organisation herunterreißen. (Sehr richtig!) Das heißt ja die Disziplinlosigkeit, das heißt das Mißtrauen gegen die Funktionäre hervorrufen. Genosse Scheidemann hat in seinen Attacken gegen uns ein paarmal von mangelndem Verantwortlichkeitsgefühl und von Skrupellosigkeit

gesprochen. (Sehr wahr!) Ich will solche Ausdrücke nicht gebrauchen, aber ich erlaube mir zu sagen, daß eine solche Art und Weise der Bekämpfung der Ansichten des Gegners haarscharf an Demagogie grenzt. (M ü l l e r [Parteivorstand]: Und das sagen Sie!) — Ein drittes Beispiel für die völlige Verständnislosigkeit unserer obersten Behörde gegenüber dem, was wir wirklich anstreben und fordern. Man sagt uns: Wenn ihr hier mit Gewalt eine Diskussion über den Massenstreik und die Bedingungen seiner Anwendung in Deutschland heraufbeschwört und durchsetzt, so zwingt ihr ja uns nur, zu sagen, daß wir heutzutage noch nicht imstande dazu sind, so zwingt ihr uns, d i e S c h w ä c h e u n s e r e r P o s i t i o n v o r d e n G e g n e r n p r e i s z u g e b e n (Sehr wahr!), und wie verkehrt ist die Politik eines Menschen, der da sagt: Ich habe ein mächtiges Schwert gegen dich in der Tasche, aber ich kann es heute noch nicht gebrauchen. Ei, Parteigenossen, das sind Gesichtspunkte, mit denen man die größte Volksbewegung der Weltgeschichte meistern will! Redet ja nicht zu laut, ich bitte euch, daß wir noch eine gewaltige Schar Unorganisierter haben, sonst könnten es unsere Gegner erfahren, redet ja nicht laut, daß wir gelbe Gewerkschaften haben, denn das ist ja unser Geheimnis. (Heiterkeit und Lachen.) Parteigenossen! Die Schwächen unserer Position sind kein Geheimnis für unsere Gegner (Sehr richtig!), und es ist lächerlich, sich einzubilden, daß man das Für und Wider, daß man die gesamte Situation, wie sie vom Standpunkt des Massenstreiks besprochen und erwogen werden muß, im geschlossenen Stübchen unter Instanzen geheim behandeln soll. Man wirft uns vor, sowohl in der „Neuen Zeit" wie auch hier in der Rede des Genossen Scheidemann, wir seien ja beinahe P u t s c h i s t e n (Sehr richtig!), wir seien Verschwörer. Das sagen Leute, die die typische V e r s c h w ö r e r t a k t i k auf den modernen Massenstreik anwenden wollen, indem sie sich einbilden, der Ausbruch des Massenstreiks muß eine Ueberraschung sein, er muß im geheimen, im geschlossenen Stübchen von einer Handvoll Mitglieder der Instanzen ausgeklügelt werden. (Lachen.) Diese Frage ist bereits hier auf derselben Tribüne im Jahre 1905 mit aller erwünschten Klarheit festgelegt worden. Ich zitiere die entsprechenden Worte des Referenten für den Massenstreik auf dem Parteitag in Jena, des Genossen B e b e l. Er sagte: „Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns, den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon!" Und darauf antwortet Bebel: „Es ist eine Torheit, zu glauben, eine solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist V o g e l - S t r a u ß - P o l i t i k. Wenn diese Frage uns an allen Ecken und Enden entgegentritt, muß, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, sich jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert." (Sehr richtig!) „Lebhafte Zustimmung" heißt es im Protokoll. (S c h e i d e m a n n: Das ist auch damals geschehen!) „Wenn große Massen in Frage kommen, kann man die Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen nicht unbesprochen lassen. (Sehr richtig!) Wollen die Massen mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangen sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu erkennen. (Sehr richtig!) Das ist ihr gutes Recht. Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind einem gegebenen Befehl. Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihre Menschen- und Bürgerrechte zu verteidigen." Natürlich, zu den Worten, die Bebel gesprochen hat, müssen Sie rufen: „Sehr richtig." (Unruhe.)"

Vorsitzender E b e r t :

„Ich kann nicht zulassen, daß den Mitgliedern des Parteitages eine solche U n t e r s t e l l u n g gemacht wird." (Zuruf: Es kommt auf eine Handvoll nicht an! — R o s a L u x e m b u r g: Das war keine Unterstellung.) Wer zu den Worten von Bebel „Sehr richtig" ruft, der tut das aus voller Ueberzeugung. (Lebhafte Zustimmung.)"

R o s a L u x e m b u r g (fortfahrend):

„Ich glaube ja, daß Sie die Worte von Bebel unterschreiben. Sie vergessen bloß — und hier haben Sie mich unterbrochen —, daß diese Worte auch heute noch genau die Bedeutung haben wie 1905. Denn es ist eine völlig verkehrte Auffassung, zu glauben, nachdem nun einmal auf einem Parteitag prinzipiell der Massenstreik angenommen worden ist, sei es für die Massen draußen auch schon erledigt. Ja, wie stellen Sie sich die Sache vor? Sie rufen „Sehr richtig", wenn ich lese, daß Bebel sagte, wenn der Massenstreik

zustande kommen soll, müssen sich die Massen damit befassen. Ja, glauben Sie, daß es für die Massen, für die Millionen schon erledigt ist, wenn Sie 1905 auf dem Parteitag mal eine Resolution angenommen haben? (Sehr gut!) Verstehen Sie denn nicht, daß die Massen sich als solche in Massenversammlungen damit befassen müssen? (Sehr richtig!) Denn wir sprechen hier nicht zu den Massen, wir formulieren hier nur Dinge, die von den Genossen draußen durchdacht, verdaut und akzeptiert werden müssen. Also, wenn Sie „Sehr richtig" rufen zu dem, was Bebel 1905 gesagt hat, dann ist es eine Inkonsequenz und eine verkehrte Auffassung von der Taktik des Massenstreiks, wenn Sie glauben: Roma locuta causa finita! Ein Parteitag hat gesprochen, damit ist die Sache erledigt. Gewiß, der Massenstreik in Deutschland, wie überall, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, muß aus den Massen heraus kommen, und deshalb sagen wir in unserer Resolution, der Massenstreik kann nicht, wie es sich manche Instanzen heute einbilden, auf Kommando von den Führern der Gewerkschaften und der Partei von heute auf morgen bestellt werden. (Sehr richtig!) Er kann aber ebensowenig von den Führern abkommandiert werden, wenn er historisch reif geworden ist. (Sehr richtig!) Aber mit dieser Erkenntnis ist doch unsere Aufgabe nicht erschöpft, wenn wir wollen, daß der Massenstreik, wenn er zustande kommt, auch erfolgreich verläuft, daß er uns das Maximum an positiven Erfolgen und Vorteilen, an politischer und sozialistischer Erziehung und Aufrüttelung der Massen einbringt. Dazu ist es notwendig, daß die Massen auf der Höhe stehen und daß die Partei auf der Höhe steht, wenn die historische Situation kommt; d. h., daß wir uns auf diese historischen Ereignisse bewußt vorbereiten und die Massen erziehen müssen. Gewiß, die Partei muß an der Spitze der Bewegung stehen, aber damit sie an der Spitze steht, darf sie nicht ruhig abwarten die revolutionäre Situation, um von den Massen geschleift zu werden, sondern sie muß durch die Gestaltung der ganzen Taktik und Kampfesweise nach der revolutionären Seite hin in scharfer Offensive die Massen darauf vorbereiten, daß sie uns in vollem Vertrauen folgen. Und wenn Scheidemann seine Resolution mit gehobener Stimme damit empfahl, daß dahinter Instanzen stehen, so glaube ich, der Parteitag ist nicht dazu da, um zu dem Willen und den Ansichten der Instanzen Hurra zu rufen, sondern er ist dazu da, damit die Instanzen lernen, was die Massen wollen. (Sehr richtig!) Und was diese wollen, läßt sich in das eine Wort zusammenfassen: Wir antworten auf alle Uebergriffe der Reaktion damit, daß wir klar und offen auf dem Parteitag sagen: Wir schärfen unsere Waffen, und wir sind bereit! (Stürmischer Beifall.)" (S. 288 ff.)

Bauer-Berlin:

„. . . Ich habe begierig darauf gewartet, endlich aus diesem berufenen Munde belehrt zu werden, wie der Massenstreik analysiert und durchgeführt werden soll, das ist aber ein Geheimnis, das diese guten Genossinnen und Genossen nicht von sich geben. (Sehr richtig!) Sie behalten das in ihrem Herzen und jeder denkt sich die Analyse und Durchführung auf eine andere Art. So viele Reden wir darüber gehört haben, so viele verschiedene Ansichten über die Art und Möglichkeit der Durchführung sind schon laut geworden. . . Die Gegner wissen aus der Diskussion vor und auf dem Parteitag, daß einstweilen an einen Massenstreik in Deutschland nicht zu denken ist. Das ist das ganze Ergebnis. Deshalb glaube ich mit Recht sagen zu können, der Massenstreik wird durch diese Diskussion nur diskreditiert.

Es ist hervorgehoben worden, daß die Gewerkschaften sich charakteristischerweise an dieser Diskussion bisher gar nicht beteiligt haben. Die ganze Frage ist ja auch keine Gewerkschaftsfrage. Auch ich spreche hier nicht als Gewerkschaftler, sondern ich sage meine Meinung als Parteigenosse. Die Gewerkschaften hatten keine Veranlassung, sich mit dieser Diskussion zu beschäftigen. (Hört, hört!) . . . Es soll der Kampf geführt werden, wie jetzt allgemein betont wird, zur Erringung des preußischen Wahlrechts. Das preußische Wahlrecht ist zweifellos eine außerordentlich wichtige politische Frage, aber ist sie denn jetzt wirklich so brennend geworden, daß es zu einem Stillstand der Bewegung kommen würde, wenn es uns nicht gelingt, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen? Ich sage nein . . .

. . . Ich sage, das Wahlrecht ist zwar außerordentlich wichtig, aber bei uns in Deutschland ist es keine Frage, die zu einer Lebensfrage des Proletariats in der Gegenwart geworden ist. Wir haben durchaus die Möglichkeit, uns organisatorisch zu stärken, unsere wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu führen. Das Reichstagswahlrecht bietet auch ein ausreichendes

Ventil und ermöglicht dem Proletariat, seine Kräfte zu zählen und sich politisch zu betätigen. Wir haben in einer ganzen Reihe von Einzellandtagen doch ein einigermaßen freies Wahlrecht ... Dadurch, daß man die Massen mit schönen Worten begeistert, bekommt man allerdings Beifall in den Versammlungen, aber wenn am nächsten Tage das graue Elend wieder an sie herantritt, dann laufen sie auseinander. Das Wichtigste ist, daß ihnen materielle Hilfe zuteil wird. (Sehr richtig!) Da steht in erster Linie die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Das ist eine viel dringendere Aufgabe, als alle Diskussionen über Massenstreiks. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir die Möglichkeit des Massenstreiks und seine Wirkungen untersuchen wollen, dann müssen wir die Erfahrungen aus denjenigen Ländern betrachten, in denen der Massenstreik bereits zur Tatsache geworden ist. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Der erste Massenstreik von größerer Bedeutung wurde in Holland geführt. In der „Frankfurter Volksstimme" haben sich eine Reihe von Kennern über seine Wirkung ausgesprochen und Ankersmith-Amsterdam erklärt ausdrücklich, daß der Streik keine andere Wirkung gehabt hat, als eine verstärkte Hetze gegen die Arbeiter herbeizuführen. Der Streik wurde geführt zur Abwehr der Verschlechterung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner und Staatsarbeiter; er blieb erfolglos, und die Folge war, daß 1906 in die Gewerbeordnung außerordentlich reaktionäre Bestimmungen gegen die Arbeiter aufgenommen wurden, u. a. auch ein Verbot des Streikpostenstehens. (Hört! hört!) Eine weitere große Massenstreikbewegung hatten wir in Schweden. Die schwedischen Gewerkschaften, die durch das Unternehmertum in den Kampf hineingedrängt wurden, verfügten damals über ausgezeichnete organisatorische Einrichtungen. Es war ein heroischer Kampf, der dort geführt wurde, der aber nur geführt werden konnte, weil diesem kleinen Lande die Solidarität des Auslandes zur Seite stand, vor allem die Solidarität der deutschen Arbeiter. Ohne die Millionen ausländischer Unterstützung wäre der Streik längst zusammengebrochen und geradezu zu einem Debakel für die schwedischen Arbeiter geworden. Wie wird es nun aber in Deutschland in gleicher Situation gehen, von wem haben wir Unterstützung zu erwarten? Deutschland ist das Land, das in der gewerkschaftlichen Internationale an praktischer Solidarität an der Spitze steht. Außer von Oesterreich und Skandinavien hätten wir in einem solchen Kampf keine weitere Unterstützung zu erwarten, als die berühmte Depesche aus Frankreich, die alle Sympathien ausdrückt und dann noch 20 Francs beifügt. (Heiterkeit.) In Schweden war die Folge des Massenstreiks die Dezimierung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte. Auf Jahre hinaus ist dadurch jede größere gewerkschaftliche Aktion unmöglich gemacht, und die besten Kräfte der schwedischen Arbeiter sind zur Auswanderung gezwungen worden. Wenn wir diese Verhältnisse uns zur Lehre dienen lassen, dann werden wir nur mit aller Vorsicht daran gehen können, ein solches Kampfmittel in ernsthafte Erwägung zu ziehen. In Belgien ist der Generalstreik verhältnismäßig günstig verlaufen. Er ist auch keineswegs über die Köpfe der Führer beschlossen, sondern sorgfältig vorbereitet worden. Er war eine wohldisziplinierte Bewegung, die dem belgischen Proletariat nur zur Ehre gereichen kann. Die Genossen, die im Vordertreffen der Partei in Belgien stehen, bezeichnen den Erfolg im allgemeinen als günstig. Die Meinungen darüber gehen aber auseinander. Wir haben von einem Dutzend der hervorragendsten belgischen Gewerkschaftsführer Informationen eingeholt, und die urteilen ganz anders als die Parteiführer. Der Genosse Schneider vom Deutschen Fabrikarbeiterverband, der in Belgien selbst den Streik beobachtet hat, kommt zu einem noch ungünstigeren Urteil, als die belgischen Gewerkschaftsführer. Diese Gewerkschaftsführer erklären, daß die Zahl der Maßregelungen noch jetzt eine so große ist, daß der Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen auf lange Zeit hinaus lediglich die Unterstützung der Gemaßregelten sein kann, und daß durch den Massenstreik für die Gewerkschaften ein Rückschlag auf viele Jahre hinaus eingetreten ist. (Hört! hört!) Zu bezweifeln ist, daß der Erfolg eines Massenstreiks in Deutschland irgendwie in Einklang zu bringen sein würde mit den Riesenopfern, die er fordern würde. Die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen nicht dafür, daß wir in Deutschland ohne weiteres dieses Experiment nachmachen können. Rosa Luxemburg und andere Genossen operieren gern mit dem Hinweis auf Rußland. Ja wenn wir russische Zustände, nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hätten, dann würde es wohl keinen unter uns geben,

der nicht für einen Massenstreik wäre, auch wenn er nur einen Schein von Erfolg versprechen würde. Aber in Deutschland liegen die Dinge doch wesentlich anders. Wir haben ungeheuer viel zu verlieren, eine Arbeit von Jahrzehnten, in der eine Menge von Werten steckt. (Sehr richtig!) Da wäre es geradezu verbrecherisch, wenn man fortgesetzt die Arbeiter in eine Stimmung hineinreden wollte, die den Verhältnissen nicht angepaßt ist, wenn man Wünsche erweckt, die gegenwärtig nicht erfüllbar sind. Die fortgesetzte Organisationsverachtung, die aus den Reden der Genossin Luxemburg herauszuhören ist, schädigt unsere organisatorische Tätigkeit außerordentlich. Damit wird nur die Unzufriedenheit der Massen mit den Führern gefördert. (Sehr richtig!)

Da wird gesagt: wenn Ihr etwas erreichen wollt, dann laßt diese Bremser nicht weiter wirken, dann überrennt sie einfach, der Massenwille muß zur Herrschaft kommen! Der kommt immer zur Herrschaft, nur in organisierter, demokratischer Form, nicht durch wilde Geschichten und dadurch, daß man die Empörung eines kleinen Häufleins als berechtigt anerkennt. Nein, innerhalb der Grenzen der Organisation wird das erledigt. (Hoch: Wer will etwas anderes?) Sie, der Sie die Resolution unterschrieben haben. (Hoch widerspricht.) Wenn Sie nichts anderes wissen wollen, dann nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes an, dort ist alles gesagt, was zu sagen ist. (Sehr richtig!) Ihre Resolution bringt nichts anderes zum Ausdruck als die Resolution des Parteivorstandes. Sie unterscheidet sich nur durch eine starke revolutionäre Phraseologie (Sehr richtig!), das ist alles. Der Schlußsatz ist interessant. Er stimmt mit einer Resolution überein, die die Genossin Luxemburg in einer Generalversammlung des Kreises Niederbarnim vorgelegt und zur Annahme gebracht hat. Dort steht aber noch ein anderer revolutionärer Satz darin, der hier weggeblieben ist. In diesem Satz wird eine Kampfestaktik gefordert, die vor „keiner Konsequenz zurückschreckt". (Hört! hört!) Das ist ja erschrecklich, diese Konsequenzen, die die Genossin Luxemburg ziehen wird. Was ist das anders als eine Wortspielerei? (Sehr richtig!) Damit machen wir keinen Eindruck. Unsere Arbeiter sind in ihrer Mehrheit viel zu vernünftig, um auf diese Phraseologie, auf dieses Phrasengeklingel Wert zu legen. Genossin Luxemburg sagte, der Parteivorstand wisse nichts von der Unzufriedenheit, die in zahllosen Parteiversammlungen zum Ausdruck gekommen sei. Wenn Genossin Luxemburg nicht bloß die Berichte lesen, sondern häufig solche Versammlungen auch besuchen würde, dann müßte sie doch wissen, daß diese „revolutionären" Versammlungen oft in Orten, wo mehrere tausend Organisierte vorhanden sind, nur von hundert Männern und Frauen besucht werden, und daß dort einige Phraseure, die von der Partei nicht ernst genommen werden, Reden halten. (Lebhafte Zustimmung.) Da stellt sich der eine dann hin und verlangt, daß fünf Jahre lang keine Kinder gemacht werden sollen. (Große Heiterkeit.) So sehen diese Geister aus, die sich an der Luxemburgschen revolutionären Phraseologie berauschen. Es sind nicht die Massen ..." (S. 293ff.)

Schreck-Bielefeld:

„... Ich kann nicht zugeben, daß das Aussprechen von dem, was wir im Augenblick nicht können, falsch ist und unsere Position schwächt. Wir haben seit den Anfängen unserer Bewegung das immer getan. Das Eingeständnis der augenblicklichen Schwäche hat noch immer dazu gedient, energischer vorwärts zu dringen und so unsere gesteigerte Stärke und Größe mit herbeizuführen. (Sehr richtig!) Die Ankündigung von anzuwendenden Mitteln, wenn das Proletariat zu größerer Macht gekommen ist, wirkt doch nicht nur erzieherisch auf die Massen, sondern auch auf unsere Gegner.

Die gesamten Verhältnisse verweisen auf den politischen Massenstreik als eines der Kampfmittel. Auf seine Anwendung — ob zum Angriff oder zur Abwehr — müssen wir die Massen vorbereiten. Der politische Massenstreik ist gegebenenfalls nicht nur nötig zur Abwehr seitens der Reaktion versuchter Attentate, er ist auch unter Umständen eines der wirksamsten Mittel zur Eroberung von politischen Rechten. Gerade unter Berücksichtigung unseres zunehmenden Einflusses auf den Reichstag und damit auf die Reichspolitik kann der Zustand der erbärmlichen politischen Rechtlosigkeit in den einzelnen Bundesstaaten, besonders aber in Preußen, unmöglich noch allzulange ertragen werden. (Sehr richtig!) Den Machthabern darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß das Proletariat letzten Endes bereit ist, alles einzu-

setzen, um der schmachvollen politischen Knechtschaft in Preußen ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!) Betrachten die Herrschenden Preußen als das festeste Bollwerk ihrer Macht, gut, dann gilt es auch für uns, hier alle unsere Kräfte einmal zu konzentrieren und den entscheidenden Schlag zu führen ...

Falsch ist es, zu glauben, daß bei einem politischen Massenstreik etwa die „Christlichen" mitmachen würden. Ebenso aber auch, sich auf die Unorganisierten zu verlassen. Von dem in unseren Organisationen herangebildeten Heerbann hängt das Gelingen kommender revolutionärer Erhebungen ab. Alles Schildern und Hervorkehren der Schwierigkeiten, der Hinweis auf die uns sicher gegenübertretende brutale polizeiliche und militärische Gewalt ist keineswegs dazu angetan, unsere Position zu schwächen; wohl aber die Behauptung, der Massenstreik sei unmöglich. Schwierigkeiten können und müssen durch gesteigerte Energie überwunden werden. Für den Sozialisten darf es ein Unmöglich nicht geben. (Sehr richtig!) Was uns ferner schädigt, ist die Herabsetzung unserer bisherigen Tätigkeit und unserer erzielten Erfolge. Bei aller Selbstkritik sollten wir die Tatsache unseres Fortschreitens zu betonen niemals unterlassen. Die Arbeitsfreudigkeit, die Kampfeslust der Massen wird damit gesteigert und die Erfüllung schwerer Pflichten unseren tätigen Genossen nur erleichtert ..." (S. 298 ff.)

Peus-Dessau:

„... Ich sehe einen Massenstreik unter allen Umständen, zumal bei uns im Deutschen Reich, wo es sich um Millionen Arbeiter handelt, als eine Katastrophe an. Wir können aus dieser Katastrophe genau so wie aus der Katastrophe eines Krieges auf die Dauer trotzdem als Sieger hervorgehen. Aber unter allen Umständen können wir durch eine solche Katastrophe auch auf Jahrzehnte ganz außerordentlich geschädigt werden. Ich erblicke in den Reden der Massenstreikenthusiasten eine schädliche Ungeduld und eine Ueberschätzung der Macht, über die wir schon verfügen. Es ist sehr charakteristisch, daß es vor allem auch solche Genossen sind, die in großen Städten in Massenversammlungen zu reden gewohnt sind, die aber nicht in die kleinen Orte gehen, die nicht die Verhältnisse draußen auf dem Lande kennen lernen ..." (S. 300.)

Liebknecht:

„Parteigenossen, ich rufe Erinnerungen wach. Nicht allen fällt es leicht, so rasch umzulernen. Im Jahre 1910, als der preußische Parteitag über die Wahlrechtsfrage beriet, da waren nicht nur die Delegierten, da war die ganze Partei der Auffassung: Die Erringung eines freien Wahlrechts für Preußen ist kein Pappenstiel, ist keine Nebensächlichkeit, sondern ist und bleibt die brennendste, dringendste, die zentrale politische Frage in Deutschland. In diesem Sinne haben sich auch deutsche Parteitage festgelegt. Wer sich der Stimmung auf den Preußentagen erinnert, wer weiß, mit welcher Leidenschaftlichkeit der preußische Wahlrechtssturm propagiert worden ist, wer weiß, wie im Jahre 1910 in einer glorreichen Epoche des proletarischen Kampfes die deutsche, die preußische Sozialdemokratie auf die Straße gegangen ist und im Handumdrehen, was man für unmöglich gehalten hatte, sich das Recht auf die Straße eroberte, in der Ueberzeugung, es handle sich hier um eine Lebensfrage, um einen unausbleiblichen Kampf bis aufs letzte, wer sich dessen entsinnt und nun heute hier hört, daß das preußische Wahlrecht eigentlich gar nicht so wichtig ist, daß es eigentlich einen allzu ernsten Kampf gar nicht lohnt — ja, Parteigenossen, ich kann nicht so rasch umlernen, und ich weiß, daß draußen von den Genossen viele auch nicht so rasch umlernen können. (Sehr richtig!) Das ist der Grund, weshalb, nachdem die letzten Landtagswahlen alle Hoffnungen auf eine anderweitige Regelung der preußischen Wahlrechtsreform vernichtet haben, der Ruf nach dem Massenstreik spontan aus den Massen herausgekommen ist, aus den Massen trotz alledem. Es kommt wahrlich nicht darauf an, wer das erste Wort gesprochen hat in einer solchen Sache, es kommt auf die Resonanz an. Wenn manche Massenstreikversammlungen nicht so besucht gewesen sind, so beweist das nichts. Das Bedürfnis, sich über das Problem auszusprechen, war über das ganze Land verbreitet. Der Gedanke, daß man sich überlegen muß, daß man zu energischen Mitteln greifen muß, wenn es darauf ankommt, beherrscht die weitesten und gewiß nicht die schlechtesten Kreise der Arbeiterschaft. Es ist nicht gut, wenn man heute die Sache so hin-

stellt, als seien diejenigen, die nach dem Massenstreik rufen, Revolutionsphraseure. Die ganze Situation, wie sie sich nach dem resultatlosen Verlauf der letzten Landtagswahlen ergab, forderte geradezu eine ausführliche Diskussion über die nunmehr noch möglichen und nötigen Mittel heraus. Und nicht aus irgendeiner Laune irgendeines Akademikers, sondern aus dieser Gesamtsituation heraus ist der Ruf nach dem Massenstreik ertönt. Allerdings ist die Diskussion in eine unglückliche Zeit gefallen. (Sehr richtig!) Aber sie mußte kommen, ist mit Naturnotwendigkeit gekommen. Daß sie in die unglückliche Zeit der Krise gefallen ist, darf keinen Grund abgeben, diese aus den innersten Bedürfnissen des proletarischen Kampfes herausgewachsene Diskussion so zu verhöhnen, mit solcher Wollust geradezu zu diskreditieren, wie das systematisch geschehen ist und geschieht. Das muß ich auch den Genossen Scheidemann und Bauer zum Vorwurf machen. Ich weiß ganz genau, daß über die Schnur gehauen worden ist auch von solchen, die man hier als Massenstreikfanatiker verschrien hat. Ich unterschreibe gewiß nicht alles, was da geredet und geschrieben worden ist. Aber wie konnte Genosse Scheidemann in seiner gestrigen Rede in so unfreundlichen Tönen, um mich sehr zart auszudrücken, gegen die Anhänger einer Diskussion des Massenstreiks polemisieren! Wie ist es möglich, daß er die begeisterten Befürworter einer Fortführung und Steigerung des preußischen Wahlrechtskampfes, die in erster Linie das Wort geführt haben in der Diskussion über den Massenstreik, als Phraseure verspottet und nach allen Regeln heruntergerissen hat. (Scheidemann: Ist mir gar nicht eingefallen!) Schon diese Diskreditierung der Massenstreikanhänger durch die Genossen Scheidemann, Bauer und andere Diskussionsredner müßte dazu Veranlassung geben, sich die Parteivorstandsresolution genau anzusehen und mit einem gewissen Mißtrauen zu interpretieren. Die Parteivorstandsresolution soll angeblich das Bekenntnis zum Massenstreik erneuern. Dies Bekenntnis zum Massenstreik braucht an und für sich nicht erneuert zu werden. Das Bekenntnis zum Massenstreik ist abgelegt in Jena und in Mannheim. Die Resolution des Parteivorstandes enthält aber etwas, was sie durchaus ungenießbar macht, das ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer vollkommenen Einigung aller Organe der Arbeiterbewegung. (Hört! hört!) Eine solche vollkommene Einigung wird sich schwerlich jemals durchführen lassen. Wenn das Voraussetzung für den Massenstreik wäre, dann hätte es noch niemals einen Massenstreik gegeben. Es liegt in dieser Formulierung erkennbar die Tendenz, den Massenstreikgedanken zu lähmen, nicht aber zu fördern. Ebenso verstehe ich nicht, wie in der Resolution des Parteivorstandes gerade hier besonders prononciert gefordert werden können „für die letzten Ziele der Sozialdemokratie begeisterte, zu jedem Opfer bereite Massen". Das muß gerade bei diesem Anlaß höchst verwunderlich erscheinen, wo es sich um eine demokratische, noch keine rein proletarische Forderung handelt, bei der in gewissem Umfange auf Sukkurs sogar von nicht proletarischer Seite zu rechnen ist. Diese beiden Stellen der Vorstandsresolution zeigen deutlich genug, daß man der Massenstreikdiskussion Handschellen anlegen will, nicht nur für heute, sondern auf die Dauer. Diese Tendenz ist in den Ausführungen von Scheidemann und Bauer deutlich hervorgetreten. Wenn diejenigen, die sagen, wir wollen den Massenstreik, andererseits sagen, wir wollen nicht Worte, sondern Taten, was wollt Ihr mit Euren Worten — nun ich behaupte, daß sowohl Genosse Scheidemann wie auch andere, die sich als angebliche Anhänger des Massenstreiks bezeichnen, nur mit dem Worte Anhänger, aber im tiefsten Innern Gegner des Massenstreiks sind. Ihre Polemik richtet sich durchaus gegen den Massenstreikgedanken an sich. Wenn die Bedenken, die Scheidemann und Bauer haben, alle zutreffen, und ebenso die Bedenken Bernsteins, den ich heute gar nicht wiedererkenne (Sehr wahr!), dann ist ein Massenstreik innerhalb der Gesamtentwicklung auf alle absehbare Zeit hinaus überhaupt ein Unsinn, ein Unding, und wir brauchen überhaupt keine Resolution zu fassen. Unsere Resolution ist keineswegs nur eine Zusammenstellung von klingenden Redensarten. Sie unterscheidet sich von der Parteivorstandsresolution einmal dadurch, daß jene bedauerlichen Wendungen der Parteivorstandsresolution fehlen, sodann dadurch, daß sie zu der Erörterung über den Massenstreik eine freundliche Haltung einnimmt, sie begrüßt, weil sie hervorgegangen ist aus dem revolutionären Bedürfnis der Massen, aus ihrem treuen Glauben an die Stetigkeit des taktischen Willens der Partei, der noch vor zwei Jahren heilig gehalten wurde innerhalb der ganzen Partei, aus dem Verlangen nach dieser Stetigkeit im rücksichtslosen Kampf — bis zur Niederzwingung des Feindes.

Es wird die Popularität dieses Gedankens begrüßt, weil wir darin die Gewähr erblicken, daß der Massenstreik mehr und mehr lebendig wird. Resolutionen allein genügen nicht. Es ist ganz verkehrt, wenn Bauer sagt: wozu reden wir über dergleichen Sachen, der Massenstreik wird schon im rechten Moment von uns gemacht werden. Nein, damit der Massenstreik in diesem Sinne „gemacht" werden kann, und wenn er nicht als wilder Streik zum Ausbruch kommen soll, dann muß er vorher in den Massen in seiner ganzen Bedeutung mit der vollen Verantwortung verstanden werden. Sehr richtig!) Deshalb bedarf es der Diskussion. Der Gedanke muß lebendig werden in den Massen, und er kann nur lebendig werden im lebendigen Fluß der Diskussion innerhalb der Massen selbst . . ." (S. 301 ff.)

Dr. Frank-Mannheim:

„Parteigenossen, da sind wir nun glücklich so weit, daß wir nicht die große Frage diskutieren, ob wir den Massenstreik zum Angriff benutzen wollen, sondern die kleine Frage, ob wir über den Massenstreik reden dürfen. Der Parteivorstand möchte am liebsten ein Schweigegebot haben. Das ist überraschend für mich. Es wäre recht belehrend, wenn wir für die Delegierten des Parteitags zusammenstellen wollten, was in den letzten drei Jahren im „Vorwärts", in allen Parteiblättern, in Flugblättern der Partei an offenen und versteckten Drohungen mit dem Wahlrechtsstreik geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Es wäre sehr belehrend, wenn wir zusammenstellen wollten, was noch in diesem Jahre bei der Maifeier in tausenden Versammlungen in dieser Richtung gesagt worden ist, was auch im Reichstag darüber gesprochen worden ist, ohne daß ein einziges Mal der Parteivorstand die alte Weisheit ausgegraben hätte: „Lieber Ede, so was tut man, so was sagt man nicht." Ich will nicht prüfen, inwieweit diese Lebensregel, die seinerzeit unser alter Auer an Eduard Bernstein geschrieben hat, für das Verhalten des einzelnen eine richtige Lehre ist. Aber darüber ist doch kein Zweifel: Wenn wir wirklich ernstlich wollen, daß Millionen von Arbeitern und Angestellten einmal Opfer, schwere Opfer bringen, nicht für ein paar Pfennige Lohnerhöhung oder für Verkürzung der Arbeitszeit, sondern Opfer bringen für etwas, was ihnen keinen unmittelbaren persönlichen Vorteil bringt, dann kann man sich — darin stimme ich der Genossin Luxemburg bei — nicht darauf verlassen, daß die nötige Stimmung und Begeisterung über Nacht wie der Tau vom Himmel fällt, sondern dann ist notwendig — darüber war bis vor wenig Wochen in der Partei nur eine Meinung —, daß wir den Massen sagen, was wir wollen, daß wir die Millionen erziehen und begeistern für dieses große Ziel. Das heißt, lieber Genosse Scheidemann, nicht mit einer Waffe spielen, das heißt, die Waffe erst schärfen. (Sehr richtig!) Wenn also der eine oder der andere unserer Parteigenossen daran Aergernis genommen hat, daß ich in einer Versammlung in Berlin-Wilmersdorf offen ausgesprochen habe: Wir kommen in Preußen, wie die Dinge jetzt liegen, nicht weiter ohne die Waffe des Massenstreiks, so habe ich von dem, was ich dort gesagt habe, keine Silbe zu bedauern und kein Wort zurückzunehmen. (Bravo!) Damals war in den weitesten Kreisen der Partei tiefe Mißstimmung, eine trostlose Hoffnungslosigkeit über das Ergebnis der preußischen Wahlen. (Widerspruch und Sehr richtig!) Darüber wollen wir uns nicht täuschen. Ich sage Ihnen ganz rückhaltlos und scheue mich nicht, das auszusprechen: ich will jetzt dahingestellt sein lassen, ob nicht durch eine andere Taktik bei den preußischen Landtagswahlen vielleicht die Wahlreform auf einem anderen Wege hätte ein Stück vorwärts geschoben werden können. (Sehr richtig!) Ich habe darüber meine Meinung; aber darüber zu sprechen ist jetzt nicht der Ort und die Zeit. Nachdem einmal dieser andere Weg nicht beschritten war, und nachdem dann die Wahlen das bekannte Ergebnis hatten, nachdem es also aussichtslos geworden war, innerhalb des Parlaments einen Schritt vorwärts zu kommen, da war es Sache der Partei, sich darüber klar zu werden, daß jetzt nur der andere Weg übrig blieb, das ist der Weg außerhalb des Parlaments, der Weg des Massenstreiks. Das damals zu sagen, hielt ich für mein Recht und für meine Pflicht, weil ich glaubte, es sei nicht gleichgültig, ob die Regierung und die gegnerischen Parteien sich einbilden, es hänge jetzt nur von ihrem Belieben, von ihrer Gnade ab, ob sie dem Proletariat in Preußen das geforderte Recht geben wollen. Ich glaubte auch, es sei nicht ganz wertlos, wenn in jenem Augenblick in recht augenfälliger, deutlicher Weise allen klar gemacht würde, daß es in der Frage des preußischen Wahlrechts

innerhalb unserer Partei kein Nord und Süd, kein Rechts und Links gibt, sondern eine einheitliche Schlachtlinie zur Erkämpfung unseres Rechts. Das sagte ich damals, weil ich noch der Meinung war, daß in dieser Vorfrage zweierlei Ansichten bei Sozialdemokraten überhaupt nicht vorhanden sind. Ich scheue mich aber nicht auszusprechen, daß einzelne Wendungen, die heute dem Genossen Bauer unterlaufen sind, mit das Bedauerlichste sind, was ich auf einem sozialdemokratischen Parteitage je gehört habe. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Bauer hat, darin stimme ich ihm bei, gewarnt vor der Berauschung an revolutionärer Phraseologie. (Sehr richtig!) Noch gefährlicher aber wäre es, wenn die revolutionäre Phraseologie verdrängt würde durch eine konservative Phraseologie. (Bravo!) Daß wir in Preußen und in Deutschland solange keine Ruhe geben dürfen, solange nicht das jetzige Wahlrecht aus der Welt geschafft ist, daß das eine Ehrensache für uns ist, darüber dürfen wir nicht streiten, wir machen uns sonst lächerlich vor der ganzen Welt. (Bravo!) Wie der Massenstreik, wenn er zur Tat wird, aussehen soll, darüber gibt es ja zwei Gruppen von Meinungen. Ich kann mich da in allen wesentlichen Punkten dem anschließen, was Genosse Scheidemann erklärt hat. Ich bin allerdings der Meinung, wir müssen vom Ausland lernen in diesen Dingen. Aber wir sind gezwungen, bei der Ausführung so großer Aktionen uns der Kräfte zu bedienen, die wir nun einmal im Lande haben. Wir haben bei unseren Arbeitern nicht den revolutionären Schwung romanischer Länder, aber wir besitzen gewaltige Organisationen, die in der Welt vielleicht nicht ihresgleichen haben, und um die wir beneidet werden. Wenn der Massenstreik kommt, muß er sich stützen auf diese großen Organisationen, er muß planmäßig vorbereitet sein und er kann und wird bei der Disziplin der deutschen Arbeiter friedlich durchgeführt werden. Der Genosse Scheidemann hat sich in ein paar Worten auch beschäftigt mit einer Anregung, die ich in der Versammlung zu Wilmersdorf in die Debatte geworfen habe. Ich habe dort gesagt, es wäre möglich, wenn der Massenstreik kommt, daß er nicht im ganzen Reich auf einen Schlag losbricht, sondern von Industriegebiet zu Industriegebiet sich fortpflanzt. Ich sagte das im Anschluß daran, daß ich zur Aufgabe stellte, wir dürften die herrschenden Gewalten nicht zur Ruhe kommen lassen (Sehr richtig!) und müßten deswegen die Aktion wie ein fliegendes Feuer von einem Industriegebiet zum andern mit disziplinierten Massen, die dazu bereit sind, durchführen. Man kann darüber streiten, aber ich meine, daß man jedenfalls diesen guten Vorschlag nicht mit einem schlechten Scherz abtun kann, wie das Scheidemann versucht hat. Ich nehme an, daß er einen guten Witz nicht zur Verfügung hatte. (Heiterkeit.)

Was soll nun in diesem Augenblick geschehen? Wir haben die Resolution des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind viel zu kluge Politiker, um nicht zu wissen, daß an diesem Ding eigentlich kein Mensch eine rechte Freude hat. (Sehr richtig!) Ich glaube, nicht einmal der Parteivorstand selbst. Es ist eine merkwürdige Sache, wenn wir diese Resolution ansehen: es ist kaum ein unrichtiger Satz darin. (Heiterkeit.) Wer hat etwas dagegen einzuwenden, daß wir mit allen Mitteln die Organisation stärken? Wer ist nicht überzeugt, daß für eine solche Massenaktion all die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, von denen die Rede ist? Aber wenn ich sagen wollte, was darin fehlt, — ich kann es schwer in Worte fassen, ich habe das Gefühl, es fehlt darin der Ausdruck eines starken politischen Wollens. (Sehr richtig!) Es wird mir zugerufen, es habe drin gestanden, ich weiß nicht, wer stark genug ist, diesen diktatorischen Parteivorstand zum Verzicht auf das Wichtigste zu bringen. (Zuruf: Die Instanzen!) Es ist dann noch eine Resolution da, die den Namen Luxemburg trägt. Es ist eine lange Resolution (Heiterkeit), und ich kann nicht finden, daß diese vielen Worte das, was der Parteivorstand mit wenigen Worten nicht sagt, besser ausdrücken. (Heiterkeit.) Ich habe aber ein Bedenken gegen diese Resolution. Genosse Bauer hat schon angedeutet, daß die Resolution in direkter Linie abstammt von der Resolution 12 aus Niederbarnim. Das wäre an sich kein Unglück, es kann auch aus Niederbarnim einmal was Gutes kommen. (Heiterkeit.) Aber die Resolution ist im wesentlichen wörtlich abgeschrieben von der Resolution Niederbarnim, es sind nur einige nicht bedeutungslose Aenderungen, seltsame Aenderungen vorgenommen worden. Es ist dort die Rede davon, man müsse eine „scharfe revolutionäre" Taktik anwenden. In der Resolution Luxemburg sind die Worte „scharfe revolutionäre" gestrichen. Die Niederbarnimer Resolution verlangt eine Taktik, „die vor keiner Kon-

sequenz zurückschreckt". Auch diese Worte sind von Ihnen gestrichen. Ja, liebe Genossin Luxemburg, wenn auch Sie zu dämpfen anfangen! (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine, wenn ich eine gedämpfte Resolution haben will, dann nehme ich lieber die des Parteivorstandes. Der versteht das Dämpfen besser als Sie. (Heiterkeit.)

Ich komme zu dem Ergebnis: die entscheidende politische Wirkung unserer heutigen Verhandlungen wird nicht davon abhängen, ob ein Wort mehr oder weniger in der Resolution steht, sondern sie wird davon abhängen, welchen Eindruck draußen die Massen und die Regierungen gewinnen, von dem Geist und dem Willen, der hinter unseren Beschlüssen steht. Da ist von allergrößter Wichtigkeit, was Sie auch beschließen mögen, daß draußen nicht der Irrtum entsteht, als wolle die Sozialdemokratie in dieser Frage bloß auf der Stelle treten oder sich gar rückwärts drängen lassen. Ich verstehe ganz gut, daß die Genossen vom Parteivorstand und von der Generalkommission von einem starken Verantwortlichkeitsgefühl beseelt sind und geneigt sind, zu bremsen. Aber es müssen auch Kräfte da sein, die vorwärts treiben. Wenn alle bremsen, dann kommt eine Bewegung heraus, die nicht vorwärts führt. Wir müssen darüber Klarheit schaffen, dafür sorgen, daß darüber kein Zweifel besteht: es bleibt dabei, in Preußen kommt entweder eine Wahlreform oder es kommt ein Massenstreik. Das muß die Losung bleiben. (Stürmischer Beifall.)" (S. 304 ff.)

Ledebour:

„Ich freue mich, zum größten Teil mit den Ausführungen des Genossen Frank durchaus einverstanden zu sein... Aber ich war doch höchst überrascht, als er, nachdem er die Vorstandsresolution in Grund und Boden kritisiert hatte, dann wider alles Erwarten erklärte: Ja, die andere Resolution taugt auch nichts. Die sei ja gedämpft, und das verstehe der Parteivorstand besser, daher sei es ratsamer, seine Resolution anzunehmen. (Scheidemann: Sehr richtig!) Dieses Sehr richtig! des Genossen Scheidemann desavouiert besser die Deduktionen des Genossen Frank, als ich es vermöchte. Ich möchte ihm gegenüber mich einer Wendung bedienen, die er selber gegenüber Scheidemann gebraucht hat: er wollte des Antragstellers wegen nicht gern der Resolution, die wir eingebracht haben, zustimmen und war in tödlicher Verlegenheit nach seinen sonst trefflichen Ausführungen, einen Grund dafür zu finden. Er suchte nach einem Witz, um sich aus der peinlichen Situation zu retten, und da er keinen guten fand, griff er nach einem schlechten. (Große Heiterkeit.) Um seinen Quersprung zu motivieren, konstruierte er sich, daß unsere Resolution aus dem Niederbarnimer Embryo durch Dämpfung entwickelt sei. Das ist ein Irrtum. Es ist begreiflich, da dieselben Personen in Niederbarnim wie hier mitgearbeitet haben, daß in beiden Resolutionen gleiche Wendungen wiederkehren. Es ist überhaupt sehr schwierig, über diese Frage sich so auszudrücken, daß man nicht Worte und Wendungen nimmt, die andere Leute, die im Grunde dasselbe wollen, auch schon gebraucht haben. Aber es ist nicht etwa die Niederbarnimer Resolution genommen und dann irgendwie gedämpft oder geändert, sondern nach einer Aussprache haben einige Genossen die Ausarbeitung dieses Dinges übernommen, und die Genossin Luxemburg ist ganz unschuldig an dem, was Sie eine Dämpfung nennen. Es ist gar keine Dämpfung beabsichtigt, es sind nur im Zusammenhang, im logischen Aufbau vielleicht andere Wendungen für denselben Gedanken gebraucht worden. Ich mußte darauf eingehen, da die ganzen Versuche des Genossen Frank, seine Ablehnung unserer Resolution zu motivieren, ausschließlich auf dieser völlig künstlich konstruierten Behauptung basieren.

...Was ist denn letzten Endes der Grund, daß wir überhaupt jetzt in dieser Zeit, in diesem Jahre, dazu gedrängt werden, einen energischen Schritt vorwärts zu gehen zu dem Mittel des Massenstreiks? Parteigenossen, dazu drängt nur das kolossale Anwachsen unserer Bewegung, das zum Ausdruck gekommen ist in den enormen Erfolgen bei den Reichstagswahlen, die den Gegnern einen Schreck in die Glieder gejagt haben, nicht weil wir 110 Männer in den Reichstag gebracht haben, sondern weil wir 4¼ Millionen Männer aufgebracht haben auf dem Kampfplatz des öffentlichen Lebens, die für die sozialistischen Ziele eintreten. Die Wirkung dieser Tatsache auf die Gegner ist die, daß sie sich enger zusammenschließen, daß auch im Parlament eine Annäherung der bürgerlichen Parteien erfolgt ist, die zusammengescheucht sind durch das bedrohliche Anwachsen

der sozialdemokratischen Bewegung. Gerade daraus resultiert der scheinbare Widerspruch, daß die starke sozialdemokratische Fraktion an positiven Erfolgen, um diesen oft zitierten Ausdruck zu gebrauchen, im Reichstag gegenwärtig weniger erreichen kann, als zu gewissen Zeiten, wo sie schwächer gewesen ist. Wir nähern uns der Zeit, in der in Wirklichkeit der Sozialdemokratie eine geschlossene Phalanx der bürgerlichen Parteien gegenübersteht. Bei dieser Entwicklung der Partei zu ihrer gewaltigen Stärke wird es eine Aufgabe von gebieterischer Notwendigkeit auch aus dem Grunde, daß wir mit Massenaktionen einsetzen, um dadurch erst in der gegenwärtigen Lage parlamentarisch erfolgreiche Tätigkeit für uns zu ermöglichen.

Parlamentarismus und Massenaktionen sind richtig verstanden keine Widersprüche, sondern sie müssen sich gegenseitig ergänzen. (Sehr richtig!) In den Jugendzeiten der Partei, solange die Bewegung schwach ist, kann man auf Massenaktionen verzichten. Da kann die parlamentarische Kritik allein die Wirkung ausüben, die Bewegung vorwärts zu treiben und zu festigen, was heute nur noch durch große Erfolge erreicht werden kann... Je mehr wir der Durchsetzung unseres Endziels uns nähern, können wir nur noch durch Massenaktionen überhaupt etwas erreichen. Wenn die Gegner sich darauf verlassen können, daß die gegen die Massenaktionen gerichteten Worte von Bauer der Ansicht der Partei entsprechen, dann brauchen sie die Partei nicht zu fürchten (Sehr richtig!), dann könnten sie sich alles erlauben, dann würden wir die wunderbarsten Dinge erleben. Nur dadurch, daß den Gegnern durch unser Auftreten, durch unser Vorgehen die Ueberzeugung sich einprägt, daß es unter Umständen zu den gewaltigsten Massenaktionen, Massenstreiks und Massenkämpfen kommen wird im Fortlauf der Bewegung, nur dadurch können wir heutigentags noch einen Druck auf die gewaltig zusammengeballten Gegner ausüben..." (S. 306 ff.)

Pannekoek-Bremen:

„...Es ist von verschiedenen Seiten gesagt, daß die Diskussion, das Gerede über den Massenstreik zwecklos sei, er wird von selbst kommen, wenn die Verhältnisse da sind. Gewiß, er wird dann kommen, aber bei der festgegliederten Organisation, die gerade die deutsche Arbeiterklasse sich geschaffen hat und die ihre Kraft bildet, wird es ein starkes Hemmnis sein und die Bewegung erheblich schwächen, wenn innerhalb der Organisation nicht möglichste Klarheit über die Frage besteht. Und wie nötig eine Klärung über diese Frage ist, das zeigt gerade eine Aeußerung von Scheidemann, eine Aeußerung, die man zwar öfter in Versammlungen hört, aber über die man sich wundern muß, wenn man sie hier aus dem Munde eines Mitgliedes des Parteivorstandes erfährt. Scheidemann hat als Vorwurf gegen uns gesagt: Um die Massen für das allgemeine Wahlrecht zu begeistern, setzt man zuerst den Parlamentarismus herab. Das erscheint dem Genossen Scheidemann als Widerspruch, daß man die Unzulänglichkeit des vom allgemeinen Wahlrecht gewählten Reichstags betont und dennoch das allgemeine Wahlrecht für den preußischen Landtag erobern will. Dieser Widerspruch ist nur scheinbar. Die Macht des Reichstags wird beschränkt durch den Bundesrat, der als selbständige Macht neben ihm steht und über die Machtmittel des Staates verfügt. Der Bundesrat aber ist die preußische Regierung, und sie stützt sich auf das Dreiklassenhaus. Bestände für den preußischen Landtag das allgemeine Wahlrecht, dann wäre die Regierung viel machtloser gegenüber dem Reichstag. Der Kampf für das preußische Wahlrecht ist also ein Kampf für die Macht des Reichstags. Daraus ergibt sich, daß erst durch Massenaktionen, die imstande sind, für Preußen das Wahlrecht zu erobern, der Wert des Parlamentarismus verwirklicht werden kann.

Wichtiger ist noch eine andere Aeußerung Scheidemanns. Er hat betont, daß wir noch eine Minderheit sind und daß unser demokratisches Empfinden sich dagegen sträuben müsse, daß wir als Minderheit unseren Willen der Mehrheit aufdrängen. Damit wären wieder angelangt auf dem Standpunkt der Diskussion in 1903, als die Frage international diskutiert wurde: solange man eine Minderheit ist, ist der Massenstreik nicht möglich, und sobald man eine Mehrheit ist, ist er nicht mehr nötig.

Wie liegt die Sache? Ziele für Massenaktionen sind immer nur solche, die direktes Interesse für die Mehrheit der Bevölkerung haben; nicht in dem Sinne, wie

auch der Sozialismus ein Interesse der Mehrheit ist, sondern in dem Sinne, daß die Massen selbst dieses Interesse empfinden. So etwas ist das allgemeine Wahlrecht, die Verhinderung eines Krieges, die Verhinderung neuer Wucherzölle. Das sozialdemokratische Proletariat kann in solchen Fällen ruhig zu Massenaktionen greifen in dem Bewußtsein, daß es sicher die Mehrheit der Bevölkerung mitbekommt, wenn diese nur erst genügend aufgerüttelt ist. Auch Scheidemann hat gesagt, daß wir bei einer solchen Aktion sicher drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns haben. Damit hat Scheidemann den bündigsten Beweis geliefert, daß die Resolution des Parteivorstandes unhaltbar ist. Denn dort steht im Schlußsatz, daß der politische Massenstreik nur ausgeführt werden kann von klassenbewußten Massen, die für die letzten Ziele des Sozialismus begeistert sind. Das ist absolut unrichtig; wäre es richtig, dann könnte man bei einer solchen Massenaktion auch sofort den Sozialismus selbst als Ziel aufstellen. Das wäre nichts als die alte katastrophale Auffassung, daß wir mit einer großen Aktion den Sozialismus erobern müssen. Dieser Schlußsatz bedeutet, daß ein Massenstreik nur für das allgemeine Wahlrecht unmöglich ist. Wenn weiter gefordert wird die volle Uebereinstimmung aller Instanzen bei der Durchführung eines Massenstreiks, so bedeutet das, daß der Massenstreik nie stattfinden wird. Daher ist die Resolution des Parteivorstandes unannehmbar. Nehmen Sie also unseren Abänderungsantrag an. (Bravo!)" (S. 308 f.)

Dr. David:

„... Auch ich teile nicht die Auffassung Bauers, daß die preußische Landtagswahlreform eine Frage sekundärer Bedeutung sei. (Sehr richtig!) Auch ich bin der Meinung, daß das die Zentralfrage der innerdeutschen Politik ist. (Sehr richtig!) Wenn ich nun der Meinung wäre, wie Frank, daß diese Zentralfrage nur durch das Mittel des Massenstreiks in unserem Sinne gelöst werden könnte, so würde ich an seine Seite treten und für den Massenstreik eintreten. Da ich aber die tiefe Ueberzeugung habe, daß das nicht der Fall ist, daß der Massenstreik in Preußen zu diesem Zweck in den nächsten Jahren — und wir müßten doch eine sichtbare Zeit stecken — nicht zur Eroberung des preußischen Wahlrechts, sondern zu einer furchtbaren Katastrophe für die moderne Arbeiterbewegung führen würde, deshalb erhebe ich die Stimme, um Sie vor diesem Wege zu warnen. Es ist ein Wahnglaube, daß man mit diesem Mittel den preußischen Militär- und Polizeistaat aus den Angeln heben könne. Soweit sind wir noch nicht. Wir sind eine Minderheitspartei in Preußen wie in Deutschland. Nicht auf unserer Seite stehen die größeren Massen, die stehen noch drüben im gegnerischen Lager. (Hört! hört!) Wir sind stolz auf unsere 4¼ Millionen Stimmen. Gewiß, aber die Gegner haben 8 Millionen Stimmen. Meinen Sie, das wären lauter Kapitalisten? Davon sind Kapitalisten und kapitalistisch Interessierte sicherlich noch keine 2 Millionen. Ich greife hoch. Die anderen 6 Millionen, und das sind mehr wie wir, die gehören der arbeitenden Volksmasse an, und die stehen gegen uns. (Hört! hört!) Der Massenstreik ist unmöglich für absehbare Zeit, weil die Massen dagegen sind. Auch auf der Straße können wir als eine Minderheit gegen eine Mehrheit nichts ausrichten. Und die Mehrheit auf der anderen Seite ist besser organisiert als wir. Sie hat den Polizeiapparat und die Militärmaschinerie auf ihrer Seite. Ihr sind wir nicht gewachsen. Es sei denn, daß wir erst zur Mehrheitspartei im Deutschen Reiche und in Preußen würden. Dazu braucht es aber noch Zeit und viel Arbeit ... Was für den Kampf im militärischen Sinne das Pulver ist, das ist für den Kampf in Sachen der Arbeitsverweigerung das Brot. (Sehr richtig!) Ehe wir die Brotfrage nicht gelöst haben, ehe Sie nicht die Garantie geschaffen haben, daß die Arbeiter in der Zeit des Ausstandes ruhig spazieren gehen können, solange ist unsere Armee nicht imstande, den Massenstreik siegreich durchzuführen. Zwei Gefahren würden mit dem Hunger auftauchen: die panikartige Flucht zurück zu den Werkstätten oder die Hungerrevolte. Und das ist es ja, worauf unsere schlimmsten Gegner, die Heydebrand und Genossen, warten, daß es bald einmal „hart auf hart geht".

Das ist die Taktik, die die Genossin Luxemburg auch beim Zarenbesuch empfohlen hat. Sie hat ihre in Niederbarnim gesprochenen Worte heute abzuschwächen gesucht, sie hat gemeint, man habe nicht einmal eine kleine Gegendemonstration, eine Protestversammlung, einen scharfen Leitartikel gewagt. Das ist eine

Verschleierung. Sie sagte damals in der Versammlung folgendes: „Vor kurzer Zeit war aus Anlaß einer Familienfeier der Blutzar in Berlin. Nicht eine Hand hat sich gerührt. Der Blutzar konnte in den Straßen Berlins in viel größerer Ruhe fahren als in Petersburg. (Hört! hört!) Wäre es nicht Pflicht der sozialdemokratischen Partei gewesen, eine Demonstration zu veranlassen, daß der Zar an seinen Aufenthalt in Berlin zeitlebens zu denken hätte und es ihm nicht noch einmal gelüsten würde, nach Berlin zu kommen?" (Hört! hört!) Das wäre wohl dadurch erreicht worden, daß die Partei eine Protestversammlung in der Hasenheide abgehalten hätte? (Heiterkeit), oder daß ein „Vorwärts"-Leitartikel im Sinne der Rosa Luxemburg gebracht wäre? (Heiterkeit.) ... Mit Wutgeheul erobern wir die Bastionen des preußischen Polizei- und Militärstaates nicht! Und auch mit Blut setzen wir die Regimenter in Berlin nicht außer Aktion. Ich dächte, das hätten wir eigentlich längst in der Bewegung gewußt und längst unsere Taktik auf die Revolutionierung der Köpfe eingerichtet (Sehr gut!) und nicht auf Demonstrationen, die den nicht ausgesprochenen Zweck zu Zusammenstößen haben, um dadurch die nötige Stimmung zu erzeugen ...

Wir können die politische Macht nur erobern, wenn wir die Mehrheit des Volkes für uns gewinnen. Auf diesem Wege liegt auch die Eroberung des preußischen Wahlrechts. Wir haben hier einen Ruf von neuem aufgenommen, der vor 20 Jahren zum erstenmal in Köln erscholl: Hinaus aufs Land! Wir fassen von neuem die Agrarfrage an. Nur wenn wir die Massen auch auf dem Lande für uns gewinnen, in Preußen und im Reiche, kann uns politische Macht zufallen. Dann sind wir da, wo wir sein wollen. Die Arbeit in derselben Richtung wie seither mit aller Macht fortzusetzen, und uns nicht einzulassen auf eine Taktik, die zu schweren Niederlagen führen muß, das ist unsere Pflicht. Deshalb verzweifle ich durchaus nicht, sondern sage: Auch ohne Massenstreik vorwärts zum Sieg! (Lebhafter Beifall.)" (S. 309 ff.)

Grumbach:

„... Es gab eine Zeit, da wurde ein Artikel von Rudolf Hilferding, den auch die Genossin Roland-Holst in ihrem Buche über den Generalstreik zitiert, in Deutschland begrüßt, in dem erklärt wurde, daß in Deutschland der Massenstreik nur ein direkter Zusammenstoß und zwar der letzte entscheidende zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein könne. Heute steht wohl niemand mehr auf diesem Standpunkt, denn ständen wir noch darauf, dann allerdings wäre es ein Verbrechen, jetzt schon in die aktive Propaganda für den Massenstreik eintreten zu wollen. Die ernsten Mahnungen Dr. Davids waren an sich tief berechtigt, wenn ich auch seinen allzuweit nach rechts gehenden Schlußfolgerungen nicht beipflichte. Diese ernsten Mahnungen tragen aber alle in sich, auch diejenigen, die in dieser Frage auf der äußersten Linken stehen. Wir sehen sicher alle ein, daß der Massenstreik eventuell ein Mittel sein kann, um Reformen durchzubringen. Hüten wir uns aber, zu rasch vorgehen zu wollen. Wir haben die Erfahrungen anderer Länder, die wir nicht vergessen dürfen. Nun klingt es zweifellos direkt ironisch, wenn man in Deutschland ruft: „Hüten wir uns, zu rasch vorzugehen!" Wir gelten in den Augen der Bruderparteien anderer Länder dafür, daß wir zu schwerfällig sind, daß unsere Partei einem gewaltigen Dynamo gleicht, dessen elektrischer Strom immer nur in sich selbst herumsurrt, statt nach außen zu gehen. Ich glaube, die Ansicht ist falsch. Wäre es aber so, so hätten wir bisher Veranlassung gehabt, darüber glücklich zu sein. Wir müssen acht geben, daß wir diesen Strom der Energie nicht zu früh und nicht zu stark loslassen, damit er keine wichtigen Leitungen verbrennt. Wir müssen darauf achten, daß wir eines der kostbarsten Güter, die wir haben, die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften, in keiner Weise schädigen. In Frankreich ist die Spaltung zwischen Gewerkschaften und Partei u. a. gerade auch im Zusammenhang mit der Frage des Generalstreiks entstanden. Nur war es dort umgekehrt. In Frankreich wollte die Partei den Generalstreik als Tageskampfmittel nicht, aber die Gewerkschaften waren unbedingt dafür. Diese Spaltung ist die Quelle für vieles Unselige geworden. Jetzt ist sie im Schwinden begriffen, und zwar in dem Augenblick, das ist symbolisch, in dem die syndikalistischen, die nicht sozialistischen, aber freien Gewerkschaften von ihrer alten Taktik des Repetiergeneralstreiks abkommen ..." (S. 312.)

Schumann-Berlin:

„... Die Massenstreikdiskussion ist erst in die Massen hineingetragen worden. Frank versuchte die Notwendigkeit der Behandlung dieser Frage aus der Mutlosigkeit zu erklären, die sich der organisierten Arbeiterschaft nach seiner Ansicht bemächtigt habe. Ich habe von einer so umfassenden allgemeinen Mutlosigkeit nichts verspürt, obgleich ich mit den Arbeitern in engster Fühlung bei den wirtschaftlichen Kämpfen stehe. Es ist nur das in Erscheinung getreten, was bei jeder Krise in Erscheinung tritt, und zwar in verschärfter Form, weil unsere politischen Erfolge nicht die Wirkung gezeigt haben, die man sich versprochen hat. Wir haben das Richtige getan, indem wir den Massen auseinandersetzten, daß wir eben trotz dieser Erfolge noch nicht imstande sind, unseren Willen durchzusetzen, daß wir eben noch nicht die Macht haben, weder auf wirtschaftlichem noch politischem Gebiete. Es ist tief bedauerlich, feststellen zu müssen, daß schon heute mit der ganzen Massenstreikdiskussion großes Unheil in den Organisationen angerichtet worden ist (Hört! hört!), weil den mißmutigen Arbeitern, die wenig verdienen, zum Teil arbeitslos sind, die Lust an der einzigen vernünftigen und Erfolg versprechenden Organisationsarbeit zum großen Teil genommen worden ist. (Hört! hört!) Das sagen uns die Leute in den Versammlungen, wenn wir sie auffordern, die jetzt mehr denn je notwendige Kleinarbeit zu leisten, um unseren Organisationsgebilden über die Zeit der Krise ohne nennenswerte Opfer und ohne Rückgang hinwegzuhelfen ..." (S. 313 f.)

Klara Zetkin:

„... Was würde unser Freund Scheidemann sagen, wenn ich nach seiner Methode aus seinen verschiedenen Reden, gestützt auf unvollständige Berichte, Worte herausgreifen würde und sagte: hier hat Genosse Scheidemann gesprochen als ein Verfechter der allerplattesten Opportunitätspolitik! Und morgen würde ich urteilen: Genosse Scheidemann war nach seinen Ausführungen der feurigste Verfechter einer proletarisch aggressiven Klassenpolitik! Ein Dritter würde dann vielleicht erklären: der Genosse Scheidemann ist ein ganz Schlauer, ein ganz Geschickter. Seine Hand rührt weise die Trommel der Dämpfung, aber sein Mund bläst kräftig die Revolutionsfanfare. (Große Heiterkeit.) Gerade darin stimme ich Genossen Frank zu, meines Erachtens gilt für die Schwäche und das Wesen der Resolution des Parteivorstandes diese Charakteristik. Da wird auch unter Hinweis auf die früheren Resolutionen von Parteitagen die Revolutionstrompete geblasen, aber gleichzeitig auch die Trommel der Dämpfung kräftig gerührt. Als Genosse Frank mit Recht bemängelte, in dieser Resolution finde er nicht den Geist der Sympathie für den Massenstreik, nicht den Willen zur Tat, da antwortete Genosse Scheidemann durch einen Zwischenruf: „Das ist eben herausgekommen!" Es heißt ja, die Frauen seien besonders neugierig. So wird man mir die bescheidene, diskrete, ganz leise Frage erlauben: wie ist es denn gekommen, Genosse Scheidemann, daß aus der Resolution das herauskam, was Frank darin vermißt hat? (Sehr gut!) Man vergesse nicht, daß es sich um die Resolution handelt, die das Werk des Parteivorstandes ist, die Frucht einer Verständigung mit allen führenden Instanzen der organisierten klassenbewußten Arbeiterschaft. Nun einige Worte zu den Ausführungen der Genossen Bauer und Schumann, die insofern große Bedeutung beanspruchen müssen, als beide der Generalkommission der Gewerkschaften angehören. Genosse Bauer hat begonnen mit einem Bekenntnis zu der Vorstandsresolution, d. h. zu den Resolutionen von Jena und Mannheim, er hat aber damit geendet, den Massenstreik überhaupt abzulehnen und ihn in das Altenstübchen zu verweisen. (Sehr wahr!) Ich stelle fest, daß das, was er hier über die Folgen des Massenstreiks in Belgien erklärt hat, den lebhaften Widerspruch der belgischen Delegierten hervorgerufen hat. (Hört! hört!) Sie haben bereits eine offizielle Erklärung gegen seine Behauptungen beim Bureau eingereicht. (Hört! hört!) Wenn Sie ferner den Bericht über den Generalsteik in Holland nachlesen — in dem Dokument, das der Parteivorstand zu unserer Information verteilen ließ —, so steht dort etwas ganz anderes, als was Genosse Bauer uns hier erzählt hat. Dort heißt es, daß die politische Entwicklung des kämpfenden Proletariats nicht unter den Folgen des Generalstreiks gelitten habe. Dort lesen wir, daß die gewerkschaftliche Bewegung durch den Streik den Anstoß erhalten hat zu einer ersprießlichen Auseinandersetzung

mit den Anarchisten und zur Bildung zentralisierter Gewerkschaften. Genosse Bauer hat auch nicht die gute gesetzgeberische Folge des Generalstreiks erwähnt, von der Ankersmith berichtet. Die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbediensteten — die Privatangestellte sind — werden gesetzlich festgelegt. Im ganzen lautet der vorliegende holländische Bericht durchaus nicht entmutigend über die Folgen des Streiks, und er hebt seinen guten Einfluß auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins hervor. Genosse David hat beweglich von dem Hunger der Arbeiter gesprochen. Müssen die Arbeiter in der Krisenzeit nicht unfreiwillig hungern? (Sehr wahr!) Er malte auch Blutvergießen an die Wand. Eine gut disziplinierte Organisation wird wahrhaftig auch Massenbewegungen ohne Blutvergießen durchführen können. Allein wenn die schon es anders wollen, wenn sie befinden, dann denken Sie daran, daß in 26 Jahren reichlich 10¾ Millionen Proletarier auf dem Schlachtfelde der Arbeit verwundet worden und daß mehr als 190 000 gefallen sind. So komme ich zu dem Schluß, lehnen Sie die Resolution des Vorstandes ab, stellen Sie sich auf den Boden der Gegenresolution, unter der Losung: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! (Lebhafter Beifall.)" (S. 316 f.)

Klingler-Berlin:

„... Jeder von Ihnen, der schon einmal in einem größeren Betriebe einen Streik vorbereitet und durchgeführt hat, wird wissen, was für Mühe, was für Arbeit notwendig ist, um die Mehrheit der Arbeiter von der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung, einer Verkürzung der Arbeitszeit zu überzeugen. Aber viel schwerer ist es, eben diese Massen von der Notwendigkeit eines gerechten preußischen Wahlrechts zu überzeugen. (Liebknecht: Das ist falsch!) Sie dürfen versichert sein, die große Masse der Arbeiter wird, wenn wir an sie herantreten mit der Aufforderung: Ihr sollt streiken zur Erringung des Reichstagswahlrechts in Preußen, fragen: Sagt uns doch einmal, was hat denn das Reichstagswahlrecht schon gebracht, daß wir einen Kampf aufnehmen sollen, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein handelt? So werden die Massen, die wir brauchen, um den Massenstreik zu führen, fragen. (Katzenstein: Wir können doch auch darauf antworten!) Gewiß, aber da muß gesagt werden, daß trotz des Reichstagswahlrechts dem Volke eine indirekte Steuerlast von 2 Milliarden und eine Wirtschaftspolitik aufgezwungen ist, die ihm jedes Jahr 2½ Milliarden kostet. Glauben Sie, daß für ein solches Wahlrecht die Masse begeistert in den Kampf zieht? Ich glaube nicht daran..." (S. 317 f.)

Ebert:

„Ehe ich weiter das Wort erteile, habe ich eine Erklärung der belgischen Delegierten zur Kenntnis des Parteitags zu bringen. Sie lautet:

1. Die belgischen Gewerkschaften haben im allgemeinen an Mitgliedern infolge des Generalstreiks nichts verloren. (Hört! hört!) Die Zahlen der organisierten Arbeiter drei Monate vor und drei Monate nach dem Streik beweisen dies vollständig. Wenn man von Verlusten in gewissen Gegenden oder Organisationen spricht, so muß man auch die Gewinne in anderen Gegenden und anderen Organisationen nicht vergessen. (Hört! hört!) 100—10 ist 90, aber 90 + 10 ist wiederum 100. (Heiterkeit.)

2. Es ist unrichtig zu behaupten, daß heute die Gewerkschaften in Belgien den größten Teil ihrer finanziellen Kraft zur Unterstützung der Opfer des letzten Generalstreiks aufwenden müssen. (Hört! hört!) Die Rechnungen zur Unterstützung der Opfer sind seit mehr als zwei Monaten geschlossen. (Hört! hört!) Wie wir auch der klerikalen Presse gegenüber bewiesen haben, hat der Generalstreik die Gewerkschaften finanziell nicht gefährdet und noch weniger gelähmt. (Hört! hört!) In Brüssel allein brachte die vom „Peuple" Sonnabend abgedruckte Subskription für die ausgesperrten Wagenmacher (welche 6 Wochen ausschließlich aus der eigenen Kasse unterstützt wurden und seit mehr als drei Monaten ausgesperrt sind) mehr als 100 000 Frank an freiwilliger Unterstützung auf. Geschwächt sind also die belgischen Gewerkschaften keineswegs, und sie bereiten sich zu neuen Kämpfen vor. (Hört! hört! und Bravo!)

3. Die Konflikte bei den Brüsseler ausgesperrten Wagenmachern, bei den Brüsseler ausgesperrten Hutmachern und bei den Antwerpener Metallarbeitern

(deren 2000 ohne Arbeit sind, weil die Industrie schwer unter der Krise leidet) sind rein ökonomischer Natur. Die zwei ersten entstanden schon vor dem Generalstreik, und was die Metallarbeiter betrifft, so nahmen sie im Einverständnis der Arbeitgeber an dem Generalstreik teil. Es kann also von keiner Maßregelung die Rede sein.

Diese Berichtigung bedeutet keineswegs, daß die belgischen Delegierten zu deutschen Angelegenheiten irgendwie Stellung nehmen wollen. Jede Nation hat ihre eigene Taktik zu bestimmen, aber es war die Pflicht der hier anwesenden belgischen Delegierten, einer Legendenbildung über den belgischen Massenstreik entgegenzutreten. (Bravo!)" (S. 318.)

Noske-Chemnitz:

„. . . Eine grundsätzliche Ablehnung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel erfolgt durch die deutschen Parteigenossen schon seit einer ganzen Reihe von Jahren nicht mehr. Allgemeine Uebereinstimmung herrscht darüber, daß sie zur Abwehr von Angriffen auf Volksrechte — und wir haben erfreulicherweise in Deutschland einige Rechte nicht nur zu erkämpfen, sondern auch schon zu verteidigen (Sehr richtig!) — entschlossen sind, vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzuschrecken. Das wissen auch unsere Gegner, zum Teil wenigstens. Der Haß gegen das Reichstagswahlrecht ist zweifellos bis weit in bürgerliche Kreise hinein außerordentlich groß, aber es war sehr charakteristisch, daß bei der Tagung des Verbandes der Industriellen ein Redner ganz offen aussprach, daß er deswegen von einem Angriff auf das Reichtstagswahlrecht nichts wissen wolle, weil das die Entfesselung der Revolution in Deutschland bedeuten würde. Darüber wollen wir unsere Gegner nicht im Zweifel lassen, daß diese Auffassung des nationalliberalen Redners durchaus zutreffend ist und daß alles daran gesetzt werden würde, wenn die Reaktionäre versuchen werden, eine solche Attacke zu unternehmen. (Bravo!) Die Genossin Zetkin will mehr Willen zur Tat in der deutschen Sozialdemokratie entfesseln. Andere Redner sprachen von Mangel an Offensive. Ich verstehe nicht, wie solche Vorwürfe gegen und unter deutschen Sozialdemokraten erhoben werden können. Ist denn unsere ganze Parteibewegung etwas anderes gewesen, als eine fortgesetzte Offensive, ein fortgesetztes Vorgehen zur Tat selbst unter den allerschwierigsten Verhältnissen? Ein großer Teil der Aelteren unter uns hat diesen offensiven Geist mehr oder weniger schwer mit Nachteilen bezahlen müssen, und uns da fortgesetzt damit zu öden, daß es uns an Offensive fehlt, ist eine Kränkung aller derjenigen, die bisher jahraus jahrein ihre Kraft in den Dienst der Partei gestellt haben. — Daß die besonderen Befürworter des Massenstreiks oder diejenigen, die uns andere Bahnen in der Taktik weisen wollen, in ihren Reden gegenüber dem, was sie vorher in Versammlungen und Zeitungsartikeln zum Ausdruck gebracht haben, eine Dämpfung vorgenommen haben, darüber kann kein Zweifel bestehen. Ich erinnere an die Artikel Liebknechts im „Vorwärts", aus denen gar nichts anderes gefolgert werden konnte, als die Propagierung der Idee, daß in sehr kurzer Zeit losgeschlagen werden könne. Dagegen Stellung zu nehmen, ist nach meiner Ueberzeugung eine Pflicht aller derjenigen, die auf Grund jahrzehntelanger Arbeit gründlich Gelegenheit gehabt haben, die deutschen Verhältnisse und auch die deutsche Volksseele kennen zu lernen. — Die Erfahrungen, die in anderen Ländern bisher mit dem Massenstreik gemacht worden sind, locken uns nicht. Ganz mit Recht haben die belgischen Genossen in ihrer Erklärung gesagt, daß sie es ablehnen, sich in deutsche Verhältnisse einzumischen. Daher vermeide ich es, mich mit der belgischen Erklärung zu beschäftigen. Ich will nur der Anschauung Ausdruck geben, daß sie reichlich vorsichtig abgetönt worden ist. Notwendig war, daß in der Debatte auch klargestellt wurde, um welche Dinge denn eigentlich ein Massenstreik in Deutschland propagiert werden soll. In einer ganzen Anzahl von Preßauslassungen ist nicht nur von dem Kampf um das preußische Wahlrecht die Rede gewesen, sondern auch darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, den Massenstreik zu propagieren, um rascher wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter herauszuholen. Der Vergleich zwischen den Massenstreiks anderer Länder und dem, den wir erstreben, ist nicht angebracht. In Belgien haben die Genossen gekämpft um die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für ihr Land. Dies Wahlrecht haben wir. Es haften ihm noch eine Anzahl Mängel an, aber die Grundforderungen auf dem Gebiete des

Wahlrechts sind in Deutschland durchgeführt. Das macht erklärlich, daß die ganze Stimmung des Volkes, daß die Voraussetzungen für die Führung eines politischen Massenstreiks zum Zweck der Erringung eines anderen Wahlrechts in einem Einzellandtag anders ist, anders sein muß, als in anderen Ländern. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß vorläufig noch das Reichstagswahlrecht für eine große Menge von Leuten das große Ventil ist, durch das die Unzufriedenheit, die Empörung abzieht, so daß die Stimmung für einen großen Massenstreik nicht vorhanden ist. Soviel wie die Genossin Luxemburg komme ich auch in Deutschland herum und nehme Gelegenheit, die Kenntnis der Volksseele, die ich als Proletarierjunge und Arbeiter jahrzehntelang habe sammeln können, immer wieder aufzufrischen. Ich kann mir nicht denken, daß ausgerechnet in den Versammlungen, in die ich komme, eine so ganz andere Stimmung sein soll, als die Genossin Luxemburg beobachtet hat. Tatsache ist, daß das Interesse für die preußischen Landtagswahlen in breiten Bevölkerungskreisen außerordentlich gering ist, und daß noch sehr breite Kreise der Arbeiterschaft wenig Neigung zeigen, sich für eine Aenderung des Landtagswahlrechts Hals über Kopf in schwere Kämpfe zu begeben. Daß diese Stimmung, die wir beklagen, nicht anders ist, ist ja auch ganz erklärlich. Liebknecht sprach davon, daß er nicht rasch umlernen könne. Er ist ein hochgebildeter Mann von großer geistiger Regsamkeit. Die Millionen Arbeiter lernen natürlich viel schwerer um. Ein schärferes Umlernen kann ja gar nicht von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden, der man noch vor gar nicht langer Zeit immer wieder die Neigung für die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen dämpfte, der man sagte, man solle den Landtag verfaulen lassen, während man ihr heute klarmachen will, daß sie sich unter Darbringung kolossaler Opfer für die Erringung eines anderen Wahlrechts ins Zeug legen muß. Darin sind wir absolut einig, daß wir es notwendig haben, einen weiteren Ausbau der Organisation und Agitation zu betreiben mit höchster Begeisterung und stärkster Willensanstrengung. Aber ich behaupte, das ist bisher schon geschehen. Wenn uns die Massenstreikanhänger nichts weiteres empfehlen wollen, dann haben sie, wie gesagt, im Grunde nur offene Türen eingerannt." (S. 319 ff.)

Berten-Düsseldorf:

„Der Parteitag für den Niederrheinischen Agitationsbezirk hat am 28. Juni d. J. eine Resolution zur Frage des politischen Massenstreiks angenommen, die die Erwartung ausspricht, daß der Parteivorstand mit der Generalkommission in Verbindung treten soll, um eine die Propagierung des Massenstreiks betreffende Entschließung dem allgemeinen deutschen Parteitage vorzulegen. Die erste Erwartung des niederrheinischen Parteitages ist ja nach den Ausführungen Scheidemanns in Erfüllung gegangen. Es ist hier erklärt worden, daß der Parteivorstand in dieser Frage in Uebereinstimmung mit allen in Betracht kommenden Faktoren handele. Aber die zweite Forderung, daß die Frage des politischen Massenstreiks propagiert werden soll, ist nicht erfüllt worden. Scheidemann hat ausdrücklich erklärt, daß er es für das beste halte, wenn diese Frage möglichst wenig diskutiert werde. Mit der Forderung der Propagierung des politischen Massenstreiks kann sich diese Erklärung Scheidemanns freilich nicht decken. Nach der Begründung Scheidemanns für die Resolution des Parteivorstandes ist der Parteivorstand praktisch auf dem Standpunkt angekommen, den der Kölner Gewerkschaftskongreß vertreten hat, der ebenfalls die Frage in dem Sinne behandelt hat, daß möglichst wenig von politischen Massenstreiks gesprochen werde und daß eine Propagierung des politischen Massenstreiks unterbleiben müsse. Wir sind aber der Meinung, daß, wenn man ein Kampfmittel anwenden will, das die Beteiligung der Massen zur Voraussetzung hat, die Diskussion darüber nicht unterbunden werden darf. Gerade auch vom Standpunkt derjenigen Genossen, die in dieser Frage eine zurückhaltende Stellung einnehmen, ist die Diskussion des politischen Massenstreiks erforderlich, da nur hierbei die Schwierigkeiten aufgezeigt werden können, die einer Anwendung dieses Kampfmittels im Wege stehen, und die Notwendigkeit der Stärkung der Organisation betont werden kann. — Man ist im Irrtum, wenn man glaubt, daß die neuerliche Diskussion über den Massenstreik das Werk einzelner Personen sei. Bei uns wurde gerade von den Fabrik- und Werkstättenarbeitern die Behandlung dieses

Themas verlangt. Ich wurde überrascht von der Begeisterung für den Massenstreik bei Genossen, von denen ich es am wenigsten erwartet hätte. Wenn man diese Zeichen sieht, dann kann man sich diesem Verlangen nicht entgegenstellen. Die organisierten Arbeiter verlangen eine verschärfte Aktion. Dann darf man sie nicht mit nichtssagenden Resolutionen hinhalten. Für die Arbeiter handelt es sich dabei um mehr als das preußische Wahlrecht: um die Erringung der politischen Gleichberechtigung, der politischen Macht, um die Niederringung des Kapitalismus im allgemeinen. Wir müssen den Arbeitern zeigen, welch wichtige Etappe die Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen auf dem Wege der Niederringung des Kapitals ist. Es ist schädlich, diese Aeußerungen der Parteigenossen zu unterbinden, ihnen den Mund verbieten zu wollen.

Eine solche Haltung wird nur verständlich, wenn man die Frage von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß jede Aktion von den Führern sorgfältig vorbereitet werden muß. Es scheint, als ob der Parteivorstand von der Generalkommission beeinflußt worden ist. Es ist charakteristisch, daß hier aus dem Munde Scheidemanns als offizielle Meinung des Parteivorstandes dringend gewarnt worden ist, allzuviel im radikalen Sinne über den Massenstreik zu diskutieren, damit nicht das Vertrauen zu den Führern erschüttert werde. In Magdeburg wurde von einem Mitgliede des Parteivorstandes gesprochen von einem gesunden Mißtrauen der Massen gegen die Führer. Ich will mich weder für die eine noch für die andere Fassung wörtlich erklären. Ich möchte es aber als einen großen Unfug bezeichnen, wenn man jede Kritik, die an den Führern geübt wird. als einen Versuch hinstellt, die Massen gegen die Führer aufzuhetzen. Auch die Führer stehen nicht über der Kritik. Es ist eine Ueberempfindlichkeit, wenn bei jedem scharfen Worte derartige Unterstellungen gemacht werden. David hat in grellen Farben die Gefahren des Massenstreiks gemalt. Wenn man seinen Kassandrarufen folgen wollte, dann wären überhaupt keine politischen oder wirtschaftlichen Kämpfe mehr möglich. Ich erinnere an die Vorgänge im Ruhrrevier und in Moabit, wo bei wirtschaftlichen Kämpfen die militärische Macht aufgeboten worden ist. Nehmen Sie die Resolution Luxemburg an, sie ist die einzige, die Konsequenzen zieht. (Bravo!)" (S. 321 f.)

Silberschmidt-Berlin:

„Die Ausführungen meines Kollegen Bauer lassen den Schluß zu, als ob er und die Freunde, die ihm nahestehen, die Erringung des Wahlrechts für Preußen nicht sehr hoch bewerten. Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß Bauer diese Auffassung durchaus nicht hat, sondern daß er genau so, wie wir alle, die Erringung des Wahlrechts für Preußen als eine der wichtigsten und nächsten Aufgaben ansieht. Er steht allerdings nicht auf dem Standpunkt, daß man wegen dieser Frage in sehr zweifelhaften Fällen die ganze Arbeiterbewegung aufs Spiel setzen soll. Weiter geht aus den Ausführungen von Genossin Zetkin und aus der Erklärung der belgischen Genossen hervor, daß die Auffassung von Bauer, die sich auf Mitteilungen stützt, die ihm aus Belgien gekommen sind, nicht richtig ist. Es verbietet mir die Sympathie für unsere internationalen Freunde, an ihrer Erklärung Kritik zu üben, aber die Form der Erklärungen in Verbindung mit dem, was uns mitgeteilt ist, muß dem objektiven Beurteiler doch sagen, daß die Auffassungen über die Ergebnisse bei den Nächstbeteiligten recht verschieden sind. (Sehr richtig! — Anseele: Nein!) Auch über die Erfolge unserer Massenstreiks in Holland und in Schweden herrschen unter denen, die sich sehr eingehend um die Verhältnisse kümmern müssen, sehr verschiedene Ansichten, und wir können sehr wohl auch für die der Genossin Zetkin entgegengesetzte Ansicht Beweise erbringen. Noch heute gibt es in Holland Organisationen, die für die Durchsetzung eines Massenstreiks in allererster Linie in Betracht kommen und die nach den vorhergehenden Streiks zur Machtlosigkeit verdammt sind. (Oho.) Bei der Kürze der Zeit kann ich nicht mehr darauf eingehen. Mit aller Entschiedenheit muß ich mich gegen die Darstellung der Genossin Zetkin wenden, es klinge aus den Worten der Redner der gewerkschaftlichen Richtung der Gedanke heraus, daß ihre Erklärungen für den politischen Massenstreik mehr platonischer Art seien. Nein, nachdem die Partei in Mannheim und Jena den Massenstreik diskutiert, und nachdem die Partei dieses Kampfmittel in ihr Waffenarsenal aufgenommen hat, ist der Parteitagsbeschluß für

alle maßgebend, die dieser Partei angehören, und ich glaube, wir alle hier auf dem Parteitag stehen einmütig zu den Beschlüssen von Mannheim und Jena. Die deutsche Arbeiterschaft ist einig, daß im Falle der Not und Gefahr das Mittel des Massenstreiks nicht etwa ein Prunkstück im Silberschrank bleiben darf, sondern daß es zu gegebener Zeit auch seine Anwendung findet. (Bravo!) Worüber wir uns streiten, ist, ob die gegenwärtige Diskussion angebracht und notwendig war. Darüber dürfte wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß es nichts Unzeitgemäßeres gegeben hat, als in diesem Moment diese Frage so zu diskutieren, als ob sie im Mittelpunkt unserer politischen Aufgaben stände, als ob es sich im nächsten Moment darum handelte, den Massenstreik anzuwenden oder nicht...

Wäre unsere deutsche Arbeiterbewegung nicht imstande, in einem Zeitabschnitt von wenigen Monaten, sobald sie vor das eherne Muß gestellt sein wird, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, dann wäre es schlimm bestellt um diese Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Im Augenblick der Gefahr haben wir in allen Lagen, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, jederzeit den richtigen Weg gefunden, den wir einzuschlagen hatten. Wir sollen uns also vorher nicht mit unnützen Diskussionen aufhalten, die nicht an konkrete Tatsachen anknüpfen, sondern nur Verwirrung in die Menge tragen und von der unerläßlichen dauernden Aufklärungs- und Organisationsarbeit ablenken..." (S. 322 f.)

Dr. Laufenberg-Hamburg:

„...Die Forderung der preußischen Wahlrechtsordnung ist nichts anderes als die Forderung der Umwälzung der Reichsverfassung. Man spricht von der Unzufriedenheit der Massen. Sie ist zweifellos vorhanden, aber man wird bei der Frage, ob daran die Führer die Schuld tragen, zum mindesten vorsichtig urteilen müssen. Die Unzufriedenheit der Massen im gegenwärtigen Augenblick kommt daher, daß Not, Hunger und Elend unter den Massen im Wachstum begriffen sind. Gerade deshalb ist mir die Stellung der Vertreter der Gewerkschaften zur Massenstreikfrage nicht recht verständlich. Ihre Vertreter, die dazu gesprochen haben, fassen die Sache so auf, als ob der politische Streik in meilenweiter Ferne läge. Liegen denn die Dinge nicht so, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland mehr und mehr Kämpfe gegen geschlossene kartellierte Industrien werden? Bei der größeren Ausdehnung dieser Kämpfe gewinnen sie auch immer mehr politischen Charakter, und bei vielen Gewerkschaftskämpfen der letzten Zeit konnte man doch förmlich von politischen Streiks reden. Die Bedrohungen des Koalitionsrechts nehmen ebenfalls fortgesetzt zu, und es ist wirklich nicht leicht zu nehmen, wenn die Verkümmerung, die Vernichtung des Koalitionsrechts, wie sie von den Scharfmachern gefordert wird, in der künftigen Justiznovelle Aufnahme finden sollte... Der Kampf um die kommende Revision des Zolltarifs ist in ähnlicher Weise wie 1902 im Parlament gar nicht mehr möglich. (Sehr richtig!) Täuschen wir uns doch nicht darüber, daß die parlamentarische Situation eine völlig andere geworden ist. Wenn aber die Dinge so liegen und wenn wir diesen Kampf notwendig in die Masse hinaustragen müssen, wenn weite Kreise des Bürgertums dabei das gleiche Interesse haben wie die Arbeiter, wenn weite Kreise der Fertigindustrie auf unserer Seite stehen, ist es dann so töricht, zu fragen, ob sich derartige Massenaktionen nicht auch zu förmlichen Streiks und politischen Pressionen ausbilden lassen! (Sehr richtig!) Es ist allerdings mit Recht gesagt worden, man kann derartige Bewegungen nicht machen. Gewiß muß die politische Erregung gegeben sein. Aber wo wird der Schwerpunkt dieser Bewegung liegen? Was sollen Generalstreiks etwa in Buxtehude und Polzin denn entscheiden? Der Schwerpunkt dieser Aktion ist von vornherein gelegt in die großen Zentren unseres Wirtschaftslebens und Verkehrs. Da sind doch aber unsere Organisationen gefestigt und da haben wir nachhaltigen Einfluß auf die Arbeiterschaft. So ganz aussichtslos und so ganz in der Ferne, wie hier behauptet wird, liegt die Sache also keineswegs. Die Initiative dabei gebührt freilich unbedingt den Organisationen. Es wäre eine eigenartige Partei, eine eigenartige Gewerkschaftsbewegung, die, wenn wir zu derartigen Kämpfen kämen, sich die Führung dabei von vornherein nehmen ließe..." (S. 324 f.)

Husemann-Bochum:

„...Wir haben ja einige Erfahrungen im Massenstreik auf wirtschaftlichem Gebiete hinter uns, so 1889, 1905 und 1912 im Ruhrgebiet. Dort kommen

jetzt über 400 000 Bergarbeiter in Frage. In ganz Deutschland zählen wir über 900 000 Bergleute. Wenn diese Massen in Bewegung gesetzt werden, dann haben wir einen Massenstreik, der auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einen ungeheuren Einfluß ausüben muß. Das ist aber nur möglich, wenn es gelingt, auch wirklich die Massen hineinzubekommen und Einmütigkeit auf der ganzen Linie zu erzielen. Zwei Arbeiterkategorien kommen bei einem solchen Massenstreik in erster Linie in Betracht, die Verkehrsarbeiter und die Bergarbeiter. Sind nun die Verhältnisse dem Massenstreik günstig? Da müssen wir gestehen, daß es nicht besonders gut aussieht. (Hört! hört!) Wenn man der Genossin Luxemburg und der Genossin Zetkin glauben könnte, dann hätten wir ja die Fühlung mit den Massen verloren. Das ist aber nicht richtig. Wir stehen täglich mit den Massen in Berührung und kennen ihre Leiden, und da kann ich ruhig erklären, daß im Bergbau die Vorbedingungen für die Durchführung eines Massenstreiks nicht gegeben sind. (Sehr richtig!) Genossin Zetkin sagte, wir dürften uns von den Unorganisierten nicht abschließen, es trenne uns nur ein Blättchen Papier von ihnen. Schließen wir uns denn von ihnen ab? Gehen wir nicht täglich in ihre Reihen, um sie zu uns herüberzuziehen. Sie zu gewinnen, ist aber schwieriger, als hier über die Massenstreikfrage zu diskutieren. (Sehr richtig!) Da gehört etwas mehr Geduld und Ausdauer dazu. Ich bin seit einundzwanzig Jahren im Ruhrgebiet tätig. Ich glaube, meine Pflicht und Schuldigkeit stets getan zu haben, und weiß, wie schwer gerade die Agitationsarbeit bei uns im schwarzen Ruhrgebiet ist. Wenn man davon redet, daß es möglich sei, die Massen Unorganisierter einfach mitzureißen, so hätten diejenigen, die das behaupten, einmal vor eineinhalb Jahren im Ruhrgebiet beim Märzstreik Wohnung nehmen müssen, da hätten sie Studien sammeln können, über das Verhalten der Massen und der Gegner ... Also im Bergbau, da fehlt es. Von den 900 000 Bergarbeitern sind 100 000 bis 120 000 bei uns organisiert, ein Teil der anderen gehört zu den Gegnern, den Christlichen, Hirsch-Dunckerschen, Polnischen und den Gelben. Der größere Teil gehört zu keiner Organisation. Diese Massen hätten wir gegen uns, und dazu die ganze Oeffentlichkeit. Dadurch würde unser Kampf von vornherein vergeblich. Auch diese Diskussion hier wird uns die Agitationsarbeit bei den Unorganisierten erschweren, wenn sie erfahren, daß sie eine große Rolle spielen. Nein, nicht ein Blättchen Papier trennt uns von den Unorganisierten, sondern die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, daß man nicht nur in einem Augenblick mal einen Stimmzettel abgibt, sondern daß man durch zähe, andauernde Arbeit dem Gegner etwas abzwingt ..." (S. 326.)

Die Debatte wird geschlossen. Bauer-Berlin bemerkt persönlich:

„Gegenüber den Erklärungen der belgischen Genossen stelle ich fest, daß das, was ich gesagt habe, den Mitteilungen einer Reihe belgischer Gewerkschaftsführer entspricht. Auch in Belgien gehen die Meinungen über die Wirkungen des Generalstreiks erheblich auseinander. Ich habe darüber nichts zurückzunehmen. Genossin Zetkin hat mir vorgeworfen, daß ich bezüglich des Ausgangs des Streiks in Holland nur das Ungünstige betont und das Günstige verschwiegen habe. Das Günstige besteht darin, daß die Verhältnisse der Eisenbahner gesetzlich geregelt sind. Ob das gegenüber dem Verbot des Koalitionsrechtes als ein Erfolg anzusehen ist, möchte ich bezweifeln. Dann sind meine Ausführungen vielfach so verstanden, als ob ich gewissermaßen in der Frage des preußischen Wahlrechts eine abweichende Stellung einnehme. Wer meine Ausführungen objektiv prüft, wird diese Auffassung nicht haben können. Ich erklärte, die preußische Wahlrechtsfrage ist gegenwärtig keine Lebensfrage für die organisierte Arbeiterschaft in dem Sinne, daß sie in der jetzigen Situation zu Maßregeln greifen müßte, die schließlich Kopf und Kragen kosten könnten. Damit habe ich nicht andeuten wollen, daß die preußische Wahlrechtsfrage nicht eine der wichtigsten Fragen ist, die die preußische Arbeiterschaft zu lösen hat. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß alles, was in unseren Kräften steht, getan werden muß, um sobald als möglich die preußische Wahlrechtsschmach zu beseitigen. Darin sind alle organisierten Arbeiter einig. (Bravo!)" (S. 327.)

Scheidemann (Schlußwort):

„... Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich immerhin klug genug bin, zu wissen, daß ich lange nicht so klug bin, wie Rosa Luxemburg. (Große Heiter-

keit.) Ich kann auch gar nicht so klug sein, denn Ihr alle wißt, daß ich ein ganz einfacher Arbeiter gewesen bin, der sich sein bißchen Wissen, über das Genossin Luxemburg spottet, in durchwachten Nächten erst hat aneignen müssen. (Bravo!) Das wollte ich Ihnen sagen, Genossin Luxemburg, weil Sie nicht allein mir gegenüber in dieser Art operiert haben, sondern auch anderen Genossen, ja sogar ganzen Versammlung gegenüber. Sie sagt, ich hätte meine ganze Rede auf zwei Töne gestimmt. Erstens: wie herrlich weit wir es in der Partei gebracht hätten, und zweitens hätte ich gekämpft gegen die Nörgler in der Partei. Wie liegt es in Wirklichkeit? Gegenüber den Klagen über den Stillstand in der Organisation, über die mangelhafte Agitation, die geringen Ergebnisse usw. und gegenüber den Angriffen, die im Zusammenhang damit gegen den Parteivorstand erhoben wurden, hielt ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß diese Schwarzseherei falsch und unangebracht ist, und deshalb habe ich nachgewiesen, was die Partei im letzten Jahre alles geleistet hat. Ich will allerdings nicht verhehlen, daß ich dabei eine gewisse Nebenabsicht hatte. Ich hatte die Nebenabsicht, den einen oder den anderen, der glaubt, daß der Parteivorstand wirklich das Schreckgebilde ist, als das er vielfach dargestellt wird, zu der Ueberzeugung zu bringen, daß der Parteivorstand einen bescheidenen Anteil an dieser geleisteten Arbeit doch für sich in Anspruch nehmen kann. Gegen die Nörgler soll ich den Kampf geführt haben. Natürlich habe ich den Kampf geführt, nicht gegen die Nörgler der Partei im allgemeinen, dazu würde die Zeit eines Parteitages nicht ausreichen (Große Heiterkeit), sondern gegen die Nörgler, die dem Parteivorstand und der Partei offenkundiges Unrecht getan haben, die bemüht sind, die Partei in andere Bahnen zu drängen (Sehr richtig!), die uns abbringen wollen von einer Taktik, die wir 40 Jahre lang mit glänzendem Erfolg beobachtet haben; gegen die Nörgler, die sich einbilden, die berufenen Schulmeister der ganzen deutschen Sozialdemokratie zu sein. (Lebhafte Zustimmung. — Ruf: Namen nennen!) Ich bin gern bereit dazu! das war speziell auf Rosa Luxemburg zugespitzt. (Sehr gut!) Was ich gesagt habe, war doch klar und deutlich genug. Ich meinte die Genossin Rosa Luxemburg, die alle Welt schulmeistert und damit der Partei schon erhebliche Schwierigkeiten bereitet hat. (Starker Beifall und Unruhe.) . . .

Dann ist hier, nachdem ich gesagt habe, wer hinter der Resolution des Parteivorstandes steht, sehr höhnisch von „Instanzen" gesprochen worden. Es ist ja jetzt überhaupt üblich — allerdings erst seit ganz kurzer Zeit — und es kommt aus bestimmter eng umrissener Quelle, ganz systematisch die „Instanzen" zu verhöhnen. (Sehr richtig!) Man spricht von „Parteibehörden", man spricht von unserer „obersten Parteibehörde". Ach, das sollte man doch bleiben lassen. Wir haben keinen Anlaß, in dieser ernsten Zeit uns selbst das Leben sauer zu machen, wir haben allen Anlaß, das Vertrauen zueinander zu stärken, denn das ist die Voraussetzung, wenn wir den kommenden Kämpfen gewappnet gegenüberstehen und nicht den Gegnern unterliegen wollen. (Sehr richtig!) Genosse Liebknecht hat in gewisser Beziehung die Rosa noch übertrumpft. (Geht das?) Genossin Luxemburg hat mich nur als einen unwissenden Menschen hingestellt, aber Liebknecht weiß es besser. Er hält mich nicht für einen so ganz unwissenden Menschen, er sagt sich vielmehr: das ist ein ganz boshaftes Luder! (Große Heiterkeit.) Er schaut in mein Inneres und glaubt zu sehen, daß ich im Grunde genommen gar nichts vom Massenstreik wissen will. Ich weiß nicht, wie er dazu kommt. Ich bin kein Gegner des Massenstreiks, ich bin nur ein Gegner unzeitgemäßer Erörterungen über den Massenstreik. Ich stimme ganz mit Frank darin überein: entweder werden wir das Wahlrecht in Preußen bekommen oder wir werden den Massenstreik haben. (Sehr richtig!) Ja, ich gehe noch weiter als Frank. Der hat gesagt, es ist eine Ehrensache für das deutsche Proletariat, das gleiche Wahlrecht in Preußen zu erobern. Ich sage, es ist nicht nur eine Ehrensache, es ist eine unbedingte Notwendigkeit, wir müssen unter allen Umständen das gleiche Wahlrecht erobern. (Lebhaftes Bravo!) Wenn Sie genauer nachsehen, werden Sie bemerken, daß das auch in unserer Resolution steht. Genosse Frank hat gesagt, der Parteivorstand möchte wohl am liebsten ein Schweigegebot erlassen. Dazu hatte Genosse Frank keinen Anlaß, das ist ganz unberechtigt. Wir wären Toren, wenn wir verbieten wollten, daß über den Massenstreik geredet wird. Wir haben gar nichts dagegen einzuwenden, wenn in den Organisationen, die das Bedürfnis dazu fühlen, über den Massenstreik gesprochen wird.

Aber wir haben es für unzeitmäßig gehalten, daß man gewissermaßen in den Mittelpunkt der Parteitagsverhandlungen und aller sonstigen parteipolitischen Erörterungen jetzt eine Frage rückt, deren Lösung eine ganz andere Erregung und Empörung in den Volkskreisen voraussetzt und eine ganz andere wirtschaftliche Konjunktur, als wir sie jetzt haben. (Sehr richtig!) ...

Die Mitglieder des Parteivorstandes, und wir haben dabei den Ausschuß völlig auf unserer Seite, wollen eine energische, tatkräftige Taktik. Wir wollen alles tun, was wir zu tun vermögen, um die Massen in Bewegung zu bringen. Aber ich will hier einen Satz von Kautsky zitieren: „Man kann nicht in ununterbrochener Erregung sein, wenigstens bei einem gesunden Organismus kommt das nicht vor." (Sehr gut!) Das mögen sich die merken, die es angeht. Wir wollen nicht verkennen, daß die große Masse des arbeitenden Volkes naturgemäß nicht unausgesetzt in Erregung sein kann. Die Arbeiter wollen auch mal Luft schnappen, sie wollen sich einmal Frau und Kindern widmen und wollen auch mal eine Nachtruhe haben ..." (S. 328 ff.)

Persönlich bemerkt Liebknecht:

„... Scheidemann behauptet weiter, ich hätte ihn als ein boshaftes Luder (Heiterkeit) bezeichnet, wenn auch mit etwas anderen Worten. Davon ist gleichfalls nicht die Rede. Ich habe nur aus der ganzen Art seiner Ausführungen, die auf eine Art Miesmachen gegen den Massenstreik, auf ein Massenstreikmiesmachen (Heiterkeit) hinausliefen, geschlossen, daß, obwohl sein Mund sich zum Generalstreik bekennt, sein Geist unterhalb der Bewußtseinsschwelle und sein Herz nicht beim Generalstreik sind, daß er innerlich ein Feind des Massenstreiks sei. Ich bekenne, daß die letzten Ausführungen Scheidemanns in dieser Beziehung etwas erfreulicher gelautet haben. Nach der Schamade hat er jetzt eine Fanfare ertönen lassen, aber ich bin nicht in der Lage, das, was ich vorher gesagt habe, zurückzunehmen. Wenn Scheidemann gesagt hat, wir forderten mit dieser Resolution den wilden Massenstreik (Unruhe und Rufe: Das ist nicht persönlich!) so habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Diskussion notwendig sei, um wilde Massenstreiks zu verhüten. In unserer Resolution sollen die Instanzen nicht ausgeschaltet sein, sondern sie sind ausdrücklich in ihrer Kompetenz erwähnt." (S. 335.)

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen wird der Antrag 100 in namentlicher Abstimmung mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Antrag 94 wird gegen 2 Stimmen angenommen. Antrag 7 ist zurückgezogen, 11, 12 und 88 sind erledigt.

(Siehe auch die Artikel „Krieg und Sozialdemokratie", „Ministerialismus", „Neue Zeit", „Parteivorstand", „Wahlrechtsfrage".)

Mehring.

Auf dem Chemnitzer Parteitag **1912** bemerkte Ebert im Geschäftsbericht des Vorstandes:

„... In der „Neuen Zeit", das muß ich hier mitteilen, ist eine Aenderung in der Redaktion eingetreten. Genosse Mehring hat gewünscht, von den politischen Spitzartikeln entbunden zu werden, ihm aber zu gestatten, künftig das gleiche Maß von Arbeit in wissenschaftlichen Aufsätzen für die „Neue Zeit" zu leisten. Wir haben dem zugestimmt und über die erforderliche Neuregelung hat sich die Redaktion verständigt. . ." (S. 215.)

In Jena **1913** führte Brühne im Bericht der Kontrollkommission aus:

„Die Kontrollkommission hatte sich im Laufe des Jahres mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Die erste war die des Genossen Mehring-Berlin-Steglitz, die sich gegen den Parteivorstand richtete, und die er in seiner schriftlichen Begründung auch auf den Genossen Kautsky ausdehnte. Genosse Mehring versandte am 10. Februar dieses Jahres durch das Pressebureau drei Artikel,

die den wesentlichen Inhalt eines von der Genossin L u x e m b u r g im Verlage des Vorwärts veröffentlichten wissenschaftlichen Werkes zusammenfaßten.

Der Parteivorstand erklärte in einem Rundschreiben an die Redaktionen der Parteiblätter die Veröffentlichung dieser Artikel durch das Pressebureau als eine u n z u l ä s s i g e m i ß b r ä u c h l i c h e B e n u t z u n g d e s P r e s s e b u r e a u s. Gegen diese Erklärung des Parteivorstandes erhob Genosse Mehring Beschwerde bei der Kontrollkommission. Mehring begründete seine Beschwerde damit, daß er sich für berechtigt hielt, seine Artikel durch das Pressebureau zu veröffentlichen, da der Parteivorstand im vorigen Frühjahr sogar genehmigt hatte, daß p e r s ö n l i c h e A n g r i f f e K a u t s k y s gegen ihn durch das Pressebureau verbreitet wurden. Dann beschwerte sich Genosse Mehring darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß der ihm vom Jenaer Parteitag im Jahre 1905 auferlegten Pflicht gegen den Artikel eingeschritten ist, den Genosse Kautsky in Nummer 23 der „N e u e n Z e i t" unter dem Titel „Parteipolemik" veröffentlicht hatte.

Die Kontrollkommission hat, um Klarheit in dieser Angelegenheit zu haben, Kläger, Angeklagte und Zeugen vernommen. Sie hatte über folgende Fragen zu entscheiden:

I. Mehring verlangt von der Kontrollkommission

1. den Vertrieb seiner Artikel über das Buch der Genossin Rosa Luxemburg für zulässig zu erklären;

2. für den Fall, daß die Kontrollkommission in dem Vertrieb der Artikel eine mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus erblicken sollte, dem Parteivorstande einen Tadel auszusprechen, weil er im vorigen Jahre die Verbreitung der Kautskyschen Erklätung und der Mehringschen Erwiderung durch das Pressebureau genehmigt hat.

II. Mehring ersucht die Kontrollkommission, den Parteivorstand zu einer unzweideutigen Erklärung darüber zu veranlassen, ob er es gebilligt hat, daß Kautsky, nachdem Mehring einige dem Parteivorstand mißfällige Artikel veröffentlicht hat, von Mehring eine E i n s c h r ä n k u n g d e r p u b l i z i s t i s c h e n B e f u g n i s s e beanspruchte.

III. Mehring beschwert sich darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß dem Jenaer Beschluß gegen den Artikel Kautskys: „Parteipolemik", eingeschritten ist.

In der Beschwerdesache des Genossen Mehring gegen den Parteivorstand, die er in seiner schriftlichen Begründung auch auf den Genossen Kautsky ausgedehnt hat, hat die Kontrollkommission folgende Entscheidung getroffen:

I. Der § 5 Abs. 2 der Bestimmungen über die E i n r i c h t u n g e n d e s P r e s s e b u r e a u s der Partei lautet nach dem Essener Parteitagsprotokoll 1907: „Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Pressebureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel, sowie die Behandlung parteitaktischer und parteitheoretischer Fragen."

Die Kontrollkommission verurteilt auf Grund dieser Bestimmungen jede Benutzung des Pressebureaus zur Versendung der oben gekennzeichneten Artikel. Somit hält die Kontrollkommission sowohl die Versendung der Artikel der Genossen Kautsky und Mehring im vorigen Jahre als derjenigen Mehrings in diesem Jahre für u n z u l ä s s i g.

Aus den vorliegenden Feststellungen ergab sich, daß Genosse Mehring die Versendung seiner Artikel über das Buch der Genossin Rosa Luxemburg durch den Leiter des Pressebureaus nicht als eine mißbräuchliche Benutzung dieser Institution betrachtet hatte. Diese Auffassung wird auch dadurch bestätigt, daß der Parteivorstand seinen Tadel n i c h t g e g e n G e n o s s e n M e h r i n g gerichtet hat.

Die Kontrollkommission bedauert im übrigen, daß die Redaktion des „V o r w ä r t s" in dieser Sache o h n e W i s s e n d e s P a r t e i v o r s t a n d e s e i n Z i r k u l a r d e s P a r t e i v o r s t a n d e s z u m A b d r u c k g e b r a c h t hat, das nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, denn dadurch verschärfte sie den an sich geringfügigen Streit ganz erheblich.

II. Die Kontrollkommission hat von der Erklärung des Genossen Haase als Vorsitzenden des Parteivorstandes Kenntnis genommen, daß der Parteivorstand seinerseits nicht daran gedacht hat, die p u b l i z i s t i s c h e B e f u g n i s des Genossen Mehring in der „Neuen Zeit" einzuschränken, daß er aber auch in der vom Genossen Kautsky vorgeschlagenen Neuregelung des Redaktionsverhältnisses, betreffend Mitarbeit des Genossen Mehring, keine solche Einschränkung erblicken konnte.

Die entgegenstehende Auffassung des Genossen Mehring darüber erklärt sich wesentlich dadurch, daß seine Stellung, die bisher auf „freundschaftlichem Verstehen" mit der Redaktion beruhte, eine Aenderung erfahren sollte, die er als eine Beeinträchtigung seiner bisherigen Stellung betrachtete, wie sie sich durch ein langjähriges, niemals beanstandetes Gewohnheitsrecht gebildet hatte.

Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit" in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.

III. Die Kontrollkommission ist der Anschauung, daß die Beschlüsse des Jenaer Parteitages 1905 dem Parteivorstand nicht das Recht gaben, gegen den Genossen Kautsky wegen seines in Nummer 23 veröffentlichten Artikels „Parteipolemik" einzuschreiten. Diese Beschwerde ist daher unbegründet. . ." (S. 242 f.)

Im Schlußwort zum allgemeinen Geschäftsbericht bemerkte Scheidemann:

„Ich muß mit einigen Worten auf den Bericht unseres Genossen Brühne zurückkommen, den er im Namen der Kontrollkommission erstattet hat. Brühne hat eine Sachdarstellung in der Beschwerde des Genossen Mehring gegeben und dann gesagt: „Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit" in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen." Diese Annahme der Kontrollkommission stützt sich auf eine mißverstandene Aeußerung des Genossen Haase. Der Parteivorstand hat dann auch sofort die Kontrollkommission darauf aufmerksam gemacht und Einspruch erhoben. Damit die Angelegenheit klar im Parteitagsprotokoll zum Ausdruck kommt, verlese ich aus einem Briefe vom 20. Juni 1913, den der Parteivorstand an die Kontrollkommission geschrieben hat, nur einen Satz: ‚Der Parteivorstand hat nicht erklärt, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit" in Aussicht zu nehmen, nachdem im vorigen Jahre die Regelung entsprechend dem Wunsche des Genossen Mehring vorgenommen worden ist.'" (S. 275.)

Brühne:

„. . . Zu der Erklärung von Scheidemann betreffend die Entscheidung der Kontrollkommission im Fall Mehring muß ich im Namen der Kontrollkommission erklären, daß wir nach der bestimmten Erklärung von Haase in der betreffenden Sitzung zu dem Entschluß kommen mußten. An unserem Urteil wird dadurch nichts geändert; die Sache ist durch die beiderseitigen Erklärungen vom Parteivorstand und von der Kontrollkommission erledigt." (S. 281.)

Militarismus.

Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Magdeburger Parteitag **1910** sagt:

„. . . Die Verwaltung des Reichsheeres erfuhr, wie in jedem Jahre, lebhafte Kritik durch die sozialdemokratischen Redner. Sie stehen jetzt dabei nicht mehr ganz allein. Der Redner des Zentrums trug zum Beispiel Ansichten vor, die seit 30 Jahren von der Sozialdemokratie verfochten werden. Bei der allgemeinen Debatte zum Gehalt des Kriegsministers stellte am 26. Januar Abgeordneter Stücklen seinen Ausführungen den Satz voran: „Wir sind und bleiben Gegner des heute bestehenden Heeres"... Nachdem der Redner die Frage aufgeworfen hatte, welche wichtigen Kulturaufgaben erfüllt werden könnten, wenn die Heeresausgaben wesentlich verringert würden, trat er für weitgehendste Sparsamkeit ein und protestierte im voraus gegen die angekündigte neue Militävorlage. Die fortgesetzten Rüstungen seien eine Gefahr für den Frieden. Ganz unangebracht sei es, immer wieder davon zu reden, das Heer müsse gegen den inneren Feind auf der Wacht stehen, von dem man glaubt, er wolle Deutschland über den Haufen werfen. Auf einen Zuruf „Sehr richtig!" von rechts antwortete der Redner: „Wir denken nicht daran, sondern kämpfen für das Ziel, daß aus dem Hause, in dem wir alle wohnen, nicht ein Haus werde und bleibe, in welchem nur die oberen Zehntausend sich wohl fühlen, sondern daß es ein Haus werde, in welchem das Volk in seiner Allgemeinheit sich wohl fühlen kann." Eine radikale Sparsamkeit im Heeresetat werde nur dann möglich sein, wenn die Dienstzeit in der Armee weiter verkürzt werde. „Auf dem Wege der Verkürzung der Dienstzeit wollen wir zum Milizheer kommen," das „im Gefechtsdienst so vorzüglich als möglich ausgebildet werden" soll. Die Erhöhung der Soldatenlöhne sei eine zwingende Notwendigkeit. Dringend geboten sei

die Reform des Militärstrafgesetzbuches. Nachdem Stücklen noch die Anordnungen des Kriegsministers zur Hebung der Militärbegeisterung der Jugend glossiert hatte, forderte er „internationale Abmachungen zum Zwecke der Abrüstung“ und schloß mit den Worten: „Wir bekämpfen die Kriegshetzerei; wir bekämpfen den blöden Chauvinismus. Wir werden auch fernerhin den Kampf führen gegen die Auspowerung des Volkes zugunsten des kultur- und friedensfeindlichen Militarismus.“

Den üblichen törichten Redensarten bürgerlicher Abgeordneter über die Stellung der Sozialdemokratie zum Heerwesen, ohne die keine Militärdebatte im Reichstag stattfindet, trat am folgenden Tage Abgeordneter Noske entgegen ... Die Klassenscheidung im Heere habe der Kaiser gefördert. Aufhören müsse die kastenmäßige Abschließung des Offizierskorps. Die Verkürzung der Dienstzeit könne und müsse durchgeführt werden. Begonnen müsse endlich eine fortschreitende Demokratisierung des Heeres werden. Auf dem Gebiete des Rüstungswesens müsse endlich, um den drohenden Ruin der Staaten abzuwenden, eine Politik des gesunden Menschenverstandes betrieben werden. Stillstand und Rückgang der Rüstungen sollten eintreten. Die Zeit werde kommen, in welcher der Krieg als Torheit und Barbarei angesehen wird.

Der Kriegsminister zeigte in seinen wiederholten Reden, daß er nicht reformieren will. Daß nennenswerte Uebelstände im Heerwesen bestehen, läßt er nicht gelten, Mängeln werde entgegengetreten, an der Zusammensetzung des Offizierskorps wird nichts geändert, eine Verkürzung der Dienstzeit ist unmöglich. — Bei den Wahlen wird dafür vom Volke gesorgt werden müssen, daß der Reichstag so zusammengesetzt wird, Reformen großzügiger Art erzwingen zu können. . . .“ (S. 126 f.)

Weiter heißt es über das Flottenabkommen:

„Hinterhältigkeit und Mangel an Offenherzigkeit des Staatssekretärs v. Tirpitz hat im Jahre 1902 im Reichstage Eugen Richter konstatiert. Daran erinnerte bei der zweiten Lesung des Marineetats am 5. März Abgeordneter Dr. Südekum, als er ausführte, das, was der Staatssekretär gesagt habe in bezug auf die Unmöglichkeit, das Monopol Krupps bei der Lieferung von Panzerplatten und Kanonen zu brechen, erscheine nicht stichhaltig. Scharf protestierte der Redner dagegen, daß Beamten der Marineverwaltung untersagt worden ist, sich an Reichstagsabgeordnete zu wenden, um ihnen Angaben über Betriebszustände zu machen. Zum Etat führte Dr. Südekum aus: „Die Marine ist schuld an dem Finanzjammer des Reiches. . . . Bei dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers betrugen die fortdauernden Ausgaben für den Marineetat 51 Millionen. Im Jahre 1911 werden sie steigen bis auf 462 Millionen. . . . Die Gesamtausgaben der Flotte seit 1871 belaufen sich auf mehr als 4 Milliarden.“ Ohne die Ausgaben für Verzinsung der Schuld, für die Pensionen usw. Deshalb fehle es an Geld für sozialpolitische Aufgaben. „Aber nicht nur die innere, auch die äußere Politik empfängt ihre ganze Bestimmung durch die Flottenpolitik und die mit ihr aufs engste zusammenhängende Weltpolitik.“ Die Flottenpolitik sei die Ursache der scharfen Spannung zwischen den Nationen. „Die Flotte hat ein Moment der Beunruhigung in die internationalen Beziehungen hineingebracht.“ Der Redner verwies auf die Stimmung breiter Kreise, sowie auf den Ausfall der letzten Wahl in England. Mit Genugtuung konstatierte er, daß aus bürgerlichem Munde vor ihm das Wort von der Notwendigkeit der Verständigung der Völker über ihre Flottenrüstungen gefallen sei. Für Deutschland sei die Frage der Landesverteidigung keine Frage der Flottenpolitik. Deutschland komme, wenn es mit der Flottenpolitik so fortfahre wie bisher, aus der Schuldenwirtschaft und den verhängnisvollen Konsequenzen dieser Schuldenwirtschaft nicht mehr heraus. Der Redner betonte abschließend: Deswegen und „wegen der Zusammenhänge mit der reaktionären Politik im Innern unseres Landes können wir diesem Teil des Systems nicht mehr bewilligen als dem System im ganzen, und dem bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen!“

Während Südekums Rede war der Reichskanzler herbeigeholt worden, um sich über die deutsch-englischen Beziehungen zu äußern. Er tat das in wenigen nichtssagenden Sätzen, dahingehend, daß die Flotte nicht zu aggressiven Zwecken gebaut wird, sondern zum Schutze der Küsten und des Handels. Offen liege der Wunsch zutage, unbefangen und aufrichtig ein freundschaftliches Verhältnis zu England zu pflegen. Darauf antwortete Abgeordneter Ledebour am 4. März, solche Redensarten seien für die Beurteilung der deutschen Politik im Auslande vollständig gleichgültig. Der Reichskanzler „wird nicht beurteilt nach dem, was er sagt, sondern

nach dem, was er tut oder unterläßt. Diese Taten und Unterlassungen der deutschen Reichsregierung und des Herrn v. Bethmann Hollweg aber sind es, welche in England jene tiefe Mißstimmung hervorgerufen haben." Die Antwort schuldig geblieben sei der Kanzler auf die Frage: ob denn England und Deutschland nicht zu einer Verständigung über eine Abrüstung zur See kommen könnten. Zu solchen Abmachungen, die früher von den Sozialdemokraten allein gefordert wurden, zeigten jetzt auch die bürgerlichen Parteien zum Teil mehr Neigung. Der Redner schloß mit der Versicherung, die Sozialdemokratie werde die Regierung, die durch ihre innere und äußere Politik Deutschland im Auslande diskreditiere, rücksichtslos bekämpfen und werde ‚es schließlich dahin bringen, daß die absolut unfähige Regierung um so früher von der Bildfläche verschwindet'." (S. 130 f.)

Im Parlamentarischen Bericht führte Noske aus:

„. . . Recht erheblich gesteigert sind von der bürgerlichen Mehrheit abermals die fortlaufenden Ausgaben für Heeres- und Marinezwecke. Es kann den bürgerlichen Parteien offenbar das Heer gar nicht teuer genug werden, sie haben es ganz besonders in das Herz geschlossen mit Rücksicht auf die Verwendung, die es im Lande selber gegen die arbeitende Bevölkerung finden kann. Ist doch während der Dauer des Reichstages notwendig gewesen, mit allem Nachdruck Stellung dagegen zu nehmen, daß ein Teil des Heeres dazu Verwendung fand, die streikenden Mansfelder Arbeiter zu Paaren zu treiben. (Hört, hört!) Die Idee der Verständigung zwischen den einzelnen Völkern über die Beschränkung der Rüstungen hat bei der Regierung nach wie vor keine Gegenliebe gefunden. Natürlich ist sie von der sozialdemokratischen Fraktion mit allem Nachdruck propagiert worden. Mit einer gewissen Genugtuung können wir darauf verweisen, daß allerdings bei den Verhandlungen über die Frage besonders einer Verständigung mit England wegen der Flottenrüstungen auch bürgerliche Redner der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß wie bisher das Tempo der Rüstungen nicht fortgesetzt werden könne, daß der Verständigung über die Beschränkung der Flottenrüstungen nähergetreten werden müsse. Bei der Steigerung der Flottenausgaben ist man zum Teil sogar über das Flottengesetz hinausgegangen durch größeres Deplacement, stärkere Armierung, als vorgesehen war. Selbstverständlich sind die Schulden des Reiches durch die bürgerlichen Parteien abermals vermehrt worden. Die fünfte Milliarde Schulden wird im Reich in gar nicht allzu langer Zeit voll gemacht werden. Gespart wurde bei Kulturausgaben und bei all den Ausgaben, bei denen es sich um die Interessen der Aermeren, der Arbeiter, handelte. So hatte man bei der neuen Besoldungsordnung für Offiziere und Beamte in Aussicht gestellt, auch den Sold für die Soldaten um 8 Pf. zu erhöhen. Dann hatte man aber kein Geld für die gemeinen Soldaten, und lediglich dem Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu verdanken, daß im Nachtragsetat für 1909 drei Millionen gefordert wurden, für die den Soldaten Putzzeug geliefert wird. Welche Blamage ist es für das Reich, daß es noch immer seine Kriegsveteranen hungern läßt. Man hat aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr der Schlachten auf den französischen Feldern wieder in den höchsten Tönen die Kriegsveteranen gefeiert und hat erleben müssen, daß in diesen Festtagen hungernde Veteranen Selbstmord verübt haben. (Hört, hört!) . . ." (S. 386 f.)

In der Debatte bemerkte Kunert:

„Noske bezog sich in seinem vorzüglichen Referat bei seinen Darlegungen über die ungeheuren Kosten des Militarismus lediglich auf die durch den Etat ordnungsmäßig bewilligten Ausgaben. Ich habe mit Erfolg bestimmte Erkundigungen eingezogen und verfüge dadurch über tatsächliches Material, das ich später im Parlament veröffentlichen will. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von den durch den Reichstag bewilligten Ausgaben, der Militarismus noch nebenher aus illegalen Geheimquellen gespeist wird, daß Geheimfonds, alias schwarze Fonds, sowie Dispositionsfonds in den Händen der Beamtenschaft und sogenannter hoher und allerhöchster Personen vorhanden sind, aus denen dem Militarismus Geld zufließt. Wenn irgend etwas das Proletariat zur Wachsamkeit veranlassen muß, so ist es diese Tatsache, die ich im Reichstag klarstellen werde. Vor allem sollen meine Ausführungen ein Alarmruf sein für die, die es zunächst angeht, unsere parlamentarischen Vertreter in den deutschen Bundesstaaten, und wir finden darunter ganz besonders ein Musterland — nicht Baden, sondern ein anderes —, wo dieser ungesetzliche und verfassungswidrige Zustand aufs stärkste ausgebildet ist. . . ." (S. 399.)

Bei der Debatte über die Wahlrechtsfrage erhielt Limbertz-Essen außer der Reihe das Wort zu folgender besonderen Mitteilung:

„... Ich möchte Ihnen einen Auszug aus dem Zirkular eines kommandierenden Generals mitteilen, das alle Anweisungen an die Truppen gibt, wie sie sich im Falle von Unruhen, Belagerungszuständen, Straßenkämpfen usw. verhalten sollen. (Lebhaftes Hört! hört!) Das Zirkular, das ich aus verständlichen Gründen nicht hier im Original mitgebracht habe, ist vom Freiherrn v. Bissing unterzeichnet, dem kommandierenden General des 7. Armeekorps in Münster. Der Herr ist bekanntlich vor zwei Jahren bei Wilhelm II. in Ungnade gefallen. Das Schriftstück stammt nicht aus dem gegenwärtigen Wahlrechtskampfe, aber das ist ja unwesentlich. Es heißt da: „Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure (Bewegung und lebhaftes Hört! hört!), sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen (erneute Bewegung und stürmische Hört! hört!-Rufe) ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. (Lebhafte Bewegung und stürmische Entrüstungsrufe. Pfannkuch ruft: Habt ihr daran gezweifelt?) Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gedeckt werden müssen. Jedenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben und von dieser so bald als möglich in Sicherheit gebracht werden. (Heiterkeit.)

Alle Versammlungen werden verboten, und gerade beim Beginn aufrührerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widersetzlichkeit im Keime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher wie zögernde Maßnahmen, Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung befestigt." (Hört! hört!)

Es folgen weiter Vorschriften zur Sicherung der Truppentransporte. Es heißt da: „Für den Fall des Eisenbahnerausstandes sind ja Vorkehrungen bereits getroffen." (Bewegung und Unruhe.)

Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampfe gelten folgende Bestimmungen: „Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein frontaler Sturm auf Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er sehr oft fehlschlägt. Die Infanterie soll schrittweise vordringen, und zwar durch die Häuser nach Einschlagen der Wände, durch Höfe, Gärten, über Dächer. Beim Marsch in den Straßen ist es zweckmäßig, in Reihenkolonnen auf beiden Seiten der Straße zu marschieren. Gewandte Schützen sind vorzunehmen, um nötigenfalls Feuern aus den Fenstern heraus wirksam erwidern zu können. Maschinengewehre und Artillerie sind stets zugweise, etwa jedem Bataillon ein Zug zuzuteilen." Ferner folgen Vorschriften über die Ausrüstung der Pioniere mit Sprengstoffen usw.

Soweit das Zirkular. Ich will sachliche Ausführungen dazu nicht machen, aber gerade diese Vorbereitungen beweisen, wie notwendig die Schulung der Massen ist, weil man versuchen will, ihr die Führer wegzuschnappen. (Lebhafte Zustimmung.)" (S. 430 f.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** berichtete die Reichstagsfraktion:

„Der Militäretat für 1911 hat drei Hauptposten:

1. Fortdauernde Ausgaben	. . . .	710,850,550 M.
2. Einmalige „	. . . .	73,328,231 „
3. Pensionen	. . . .	101,880,728 „
Summa	. . .	886,059,509 M.

Rechnet man die Kosten des Marine- und Militär-Etats dazu, so kommen wir nahe an die Milliarde heran; Militär und Marine verschlingen alles, was das deutsche Volk durch die Zollasten aufbringen, durch Abgaben auf Genuß- und Lebensmittel sich am Leibe abhungern muß.

Die Festlegung der Friedenspräsenz erfolgt wieder auf 5 Jahre (Quinquennat). Ihr Entwurf verlangt die Erhöhung der Mannschaftszahl in den fünf folgenden Jahren um 10,875 Mann; im Jahre 1915 soll das deutsche Heer

die Zahl von 515,321 „Gemeinen", Gefreiten und Obergefreiten betragen. Im nächsten Jahre wird die Zahl der Mannschaften von 504,496 auf 507,253, die Zahl der Unteroffiziere von 85,226 auf 88,292 wachsen, und zusammen mit den Offizieren, Aerzten usw. 626,732 betragen, d. h. im allgemeinen um 5479 gewachsen sein. Die Mehrausgaben sollen im Militäretat des nächsten Jahres 8,831,921 Mk. betragen, im Pensionsfonds mehr um 1,328,888 Mk. Die einmaligen Ausgaben sollen sich in diesem Quinquennat auf 82,4 Millionen belaufen. Die durch die neue Vorlage entstehenden fortdauernden Ausgaben beziffern sich auf 21,813,979 Mk., die einmaligen Ausgaben auf 82,419,033 Mk. Die neue Militärvorlage kostet also dem deutschen Volke in Wirklichkeit 104,233,012 Mk.

Die Gesamtausgaben für das Reichsheer betragen pro Jahr in Millionen Mark:

1872	1877/78	1888/89	1898	1908	1910	1911
316	375	695	633	755	808	815

Die Gesamtausgaben für das Landheer sind also seit 40 Jahren um 155 Prozent gewachsen.

Und die Friedenspräsenzstärke des Heeres betrug in den Jahren

1872	359,000 Mann	1900	600,516 Mann
1881	449,257 „	1905	609,758 „
1887	491,825 „	1910	621,253 „
1891	511,675 „	1911	626,732 „
1894	584,548 „		

Sie wuchs um 75 Proz., während die Bevölkerung nur um 50 Proz. gewachsen ist. Und dabei darf man nicht vergessen, daß seit dem Jahre 1897 die Flotte zirka 3 Milliarden Mark gekostet hat, daß auch in diesem Jahre der Marineetat um mehr als 16 Millionen gewachsen ist und 458,263,756 Mk. beträgt.

Um für diese neuesten Opfergaben an den Moloch Stimmung zu machen, mußten kapitalistische Soldschreiber des profitlüsternen Unternehmertums aus militärischen Kreisen diese Forderungen als unzureichende bejammern, mit dem Hinweise auf die Rüstungen unserer Nachbarn in Rußland und Frankreich. Letzteres bleibt aber mit seinen 39 Millionen Einwohnern an Soldatenaufgebot weit hinter Deutschland zurück, und in Rußland steht bei den miserablen wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen **jede Heeresreform auf dem Papier...**

An die finanzielle Deckung hat man dabei ernsthaft nicht gedacht. Herr Wermuth rechnete leichtfertig mit der Wertzuwachssteuer, die er noch nicht hatte. Es bleibt bei der alten Melodei: neue Schulden! Der Kriegsminister phantasierte von „reichlicher zur Verfügung stehenden Einnahmen". Daneben läßt die Begründung erkennen, daß noch vor Ablauf der fünf Jahre neue Forderungen wahrscheinlich sind. Das hängt vor allem von der zukünftigen Zusammensetzung des Reichstages ab. Uebrigens kommt die Regierung auch ohne Genehmigung des Parlaments zu ihrer Sache. Von den jetzt angeforderten 112 Maschinengewehrkompanien soll schon vorher etwa die Hälfte ins Leben gerufen worden sein aus den Mitteln des Fonds für „Versuche im Waffenwesen". Der Reichstag muß dann zur vollendeten Tatsache sein untertänigstes Ja sagen.

Der Kampf gegen das internationale Uebel des Militarismus, der die Stütze der kapitalistischen Gesellschafts- und „göttlichen" Weltordnung bildet, kann nur von der Sozialdemokratie geführt werden, die anderen Parteien sind Beschützer jener kapitalistischen Gewaltherrschaft und der daran interessierten Dynastien.

Bei der zweiten Beratung des Militäretats im Reichstag (Ende Februar) gab ein Zentrumsmann dem neuen Kriegswerk seinen „christlichen" Segen, und alle Vertreter der übrigen militärfrommen Parteien, auch jene mit der freisinnigen Bügelfalte des Reserveoffiziers, sprachen dazu ihr segnendes Amen.

Genosse Stücklen erörterte den oben skizzierten grundsätzlichen Widerspruch der Sozialdemokratie in ausführlicher Rede zum Aerger aller Hurrapatrioten, welche den neuen Geldsack ohne jede Kritik hinaustragen wollten. Die etwa 150 Millionen dieser nunmehr zweitgrößten Militärvorlage bedrücken die Volksmassen, welche mittels indirekter Steuern geschröpft werden, noch entsetzlicher; etwa 23 Mk. müssen wir jetzt dafür pro Kopf der Bevölkerung aufbringen, während England seine Militärlasten mit direkten Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften aus den Taschen der Reichen und

Wohlhabenden tilgt. Seit 1872 sind über 23 Milliarden für das Landheer und 5 Milliarden für die Marine, im ganzen also über 28 Milliarden für die Rüstung ausgegeben. Im gleichen Zeitraum hat das Reich über 5 Milliarden Schulden gemacht. Die Einnahmen des Reichs, die im wesentlichen aus Zöllen, indirekten Steuern und Stempelabgaben bestehen, betrugen in derselben Zeit nur 24½ Milliarden, die gesamten Schulden sind fast allein für die Forderungen von Heer und Marine gemacht. Da muß man immer wieder fragen, wo bleiben die Kulturaufgaben?

Woher soll die Fürsorge für die Veteranen, woher das Geld für die Witwen- und Waisenversicherung kommen? In der finanzpolitischen „Animierstube" Budgetkommission hatten die Hurrapatrioten förmlich zum Fordern neuer Mittel gedrängt; nur mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen zügelten die bürgerlichen Parteien ihren Chauvinismus etwas; der Gedanke der Abrüstung, der Herabsetzung der Dienstzeit, der Schaffung einer Volkswehr hat in den bürgerlichen Köpfen keine Rast. Die mörderischen Maschinengewehre scheinen manchen ein Mittel gegen den „inneren Feind", gegen die Arbeiterschaft, welche mit unerträglichen Lasten, mit rechtlicher Ausnahmestellung und mit der Militärdiktatur gesegnet ist bis zur — Verzweiflung.

Genosse Noske ... schloß mit der Perspektive: „Gibt es etwas Törichteres, als den Millionen von Sozialdemokraten zu sagen, ihr dürft euch totschießen lassen, aber gleiches Recht habt ihr nicht. Aber Sie werden sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß wir vier Millionen geworden sind, und die Stellung und Stimmung der Sozialdemokratie wird bei jedem künftigen Kriege sehr zu beachten sein."

Die Abstimmung ergab bei 11 Enthaltungen die Annahme des Quinquennates mit 248 Stimmen gegen 63 Stimmen. Dagegen waren mit der sozialdemokratischen Fraktion die Polen, der Däne, die Zentrumsleute Heim, Häusler und der Elsässer Will. Enthalten haben sich zehn bayerische Zentrumsleute und der Elsässer Delsor. Alle anderen Elsaß-Lothringer haben gefehlt. Geschlossen für die Vorlage haben gestimmt die Parteien der Rechten und die beiden liberalen Parteien, also der alte Bülow-Block. Daß tatsächlich das Zentrum auch völlig militärfrommm geworden ist, beweisen gerade die spärlichen Ausnahmen. Die dritte Lesung fand ohne jede Diskussion ihre Erledigung." (S. 106 ff.)

Ueber die Militäretats-Debatte wird u. a. berichtet:

„... Der vom Genossen Noske erwähnte Angstmeier-Erlaß des Generals von Bissing wird vom Kriegsminister v. Heeringen in seiner parlamentarischen Kriegervereinsrede in burschikoser Weise als eine Art Theorie eines Belagerungszustandes ausgegeben, der nur für Aufstände gedacht sei; es sei der Passus der Verhaftung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Falle einer Mobilmachung wieder ausgemerzt worden.

Da sich die Debatte immer mehr zu einer Attacke gegen die Sozialdemokratie entwickelte, griff Genosse Stücklen in den Kampf ein, um den Militarismus und seine kulturwidrigen Zustände noch mehr Spießruten laufen zu lassen. . . .

Ueber das zu Weihnachten in Baden verteilte antimilitärische Flugblatt sagt Stücklen, der Verfasser könne nur ein Wahnsinniger oder ein Lockspitzel sein, der von jener Seite gedungen wurde, von welcher aus das „Soldatenbrevier" stammt. (Bekanntlich hat sich diese Vermutung durch die Untersuchung bestätigt; es hat ein verschrobener Mensch eine kleine Partie solcher Zettel in der Schweiz drucken lassen.) ...

Eine lebhafte, erregte Verhandlung knüpfte sich an die Mitteilung von den Spandauer Schießübungen auf Leichen, deren Richtigkeit nicht bestritten werden konnte. Gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien, als deren sachverständiger Generalredner der freisinnige Doktor Mugdan die wissenschaftliche Bedeutung dieses Spiels betonte, vertraten unsere Genossen Noske, Frank und Zietsch den Standpunkt der Kultur. Sie betonten, daß die Militärverwaltung sich hüten würde, mit den Leichen „besserer" Leute derartige Experimente vorzunehmen. Aus angeblicher Achtung vor dem entseelten Körper verweigert man in Preußen die Leichenverbrennung, aber Proletarierleichen durch Kugeln zerfetzen zu lassen, das erlaubt die christlich-preußische Regierung. Sämtliche bürgerlichen Parteien übten sich förmlich im Beifallsgetöse, wenn ein Redner gegen die sozialdemokratische Kritik sich wendete, zur größeren Ehre des Christentums ..." (S. 109 ff.)

Zum Etat des Reichskanzlers wird Scheidemanns Begründung des sozialdemokratischen Abrüstungsantrages mitgeteilt, in der es u. a. heißt:

„... Jedes der europäischen Kulturvölker seufzt unter der furchtbaren Last seiner militärischen Rüstungen, welche die herrschende Klasse nur dem arbeitenden Volke aufbürdet, um sich an der Kriegsindustrie zu bereichern.

Genosse Scheidemann zitierte den Ausspruch des englischen Ministers Grey, daß nur durch eine innere Revolution die Umwandlung kommen kann. Das sagt der Minister eines Landes, in welchem Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von 3200 M. bezahlt wird und in dem eine starke Erbschaftssteuer besteht. Er ist also der Ueberzeugung, das englische Volk würde sich nicht gefallen lassen, was das deutsche Volk sich in seiner unendlichen Schafsgeduld gefallen läßt. Vor 40 Jahren schon schrieb die „Vossische Zeitung", die Lasten sind kaum zu ertragen, und damals betrugen die Militär- und Marinelasten 300 Millionen Mark. Heute dagegen 1543 Millionen. Die Bevölkerung hat nur um 47 Proz. zugenommen, die Lasten für Heer und Marine um mehr als 500 Prozent. Und überall, in Italien, in Oesterreich ist es dasselbe." (S. 130.)

Ueber die dritte Lesung des Etats heißt es u. a.:

„Als Genosse Severing die Werft-Informationsreisen und ihre lobende Bewertung im Regierungsorgan „Marine-Rundschau" geißelte, kam es zu einem heftigen Intermezzo mit dem Staatssekretär v. Tirpitz, wobei Vizepräsident Schultz unseren Redner mit zwei unzulässigen Ordnungsrufen bedachte, weil Severing sich gegen verlogene Artikel jenes aus Reichsmitteln unterhaltenen Organs verwahrte. Der Vize meinte, man dürfe ein Organ des Marineamts nicht der Verlogenheit zeihen. Auch Noske kam mit dem Präsidium in einen Konflikt." (S. 141.)

Ueber den zurückgezogenen Antrag 11 (Göppingen), der auch eine rege Agitation gegen den Militarismus verlangte, siehe den Artikel „Parteivorstand".

In seinem Referat über die Reichstagswahlen führte Bebel u. a. aus:

„Außer den neuen Steuern und Militärvorlagen hat das Zentrum auch die Flottenvorlage von 1909 mit Hurra-Hoch bewilligt. Bei dieser Gelegenheit stellten die Nationalliberalen in der Budgetkommission des Reichstags die Forderung, es sollten die Kriegsschiffe der Kaiser-, Wittelsbach- und Siegfriedklasse, die mehr oder minder durch die moderne Technik überholt seien, durch Neubauten ersetzt werden. Das hätte zwar eine ganz bedeutende Verstärkung der Flotte, aber auch ganz bedeutende Mehrausgaben erfordert. Wenn das Zentrum, die Liberalen und Konservativen — heute sind in dieser Beziehung alle bürgerlichen Parteien einig, solche Ausgaben zu bewilligen, weil sie angeblich im Interesse des Vaterlandes notwendig seien — bewilligen wollen, sollten sie es als Anstandssache ansehen, daß die Wohlhabenden und Reichen die daraus entstehenden Mehrkosten aus eigener Tasche bezahlen. (Sehr gut!) Denn ihre kapitalistischen Interessen sind es in erster Linie, die durch diese Rüstungen gestützt und unterstützt werden sollen. . . .

. . . Heute bekommt ein General so viel, daß, wenn der alte Wilhelm das erlebt hätte, er die Hände über den Kopf zusammenschlagen würde. (Heiterkeit.) Für die Gemeinen ist es bisher bei den lumpigen 22 Pfg. pro Tag geblieben. Wir verlangten weiter, daß nicht allein der Sold erhöht werde, sondern daß den armen Kerlen auch die Kosten für das Putzzeug, das sie beim Eintreten ins Militär nötig haben, ersetzt würden. Das letztere ist bewilligt worden. 1908 haben wir aufs neue den Antrag auf Solderhöhung gestellt. Die Gemeinen, einschließlich der Spielleute, Oekonomiehandwerker usw. sollten im nächsten Etat eine entsprechende Solderhöhung erfahren. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch da empfehle ich Ihnen bei der Wahl, wenn wieder von der Wehrlosmachung des Deutschen Reiches durch die Sozialdemokratie die Rede ist, darauf hinzuweisen, daß wir es gewesen sind, die den armen Teufeln die erforderliche Solderhöhung bewilligen wollten, die sie trotz unserer Bemühungen bis heute noch nicht erhalten haben . . ." (S. 381 ff.)

Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Chemnitzer Parteitag **1912** führt u. a. aus:

„... Wer annahm, die wuchtige Kundgebung des Volkes bei den Wahlen gegen die Kriegshetze, gegen den Imperialismus und Kapitalismus, gegen die Ausbeutung des Mittelstandes und der arbeitenden Klasse durch eine auf die Interessen der Großkapitalisten und Junker zugeschnittene Wirtschaftspolitik werde eine Umkehr der Politik zur Folge haben, den unsinnigen Rüstungen Halt gebieten und zu politischen und sozialen Reformen anspornen, wurde gründlich enttäuscht. Die bürgerlichen Parteien überboten sich in dem Entgegenkommen gegen die Forderungen des Imperialismus. Eine alle ihre Vorgängerinnen in den Schatten stellende Heeres- und Marinevorlage wurde, aller unserer Einwendungen ungeachtet, fast im Handumdrehen bewilligt und die Kriegsgefahr so verstärkt. Bei der Frage der Deckung der zur Wehrvorlage erforderlichen ungeheuren Summen schwenkten die Nationalliberalen mit fliegenden Fahnen in das Lager der Schwarz-Blauen. Die Kosten wurden unter völliger Schonung der Wohlhabenden restlos auf die Schultern der breiten Menge gepackt. Einer Abkehr von der die Lebensmittel verteuernden Schutzzollpolitik wurden neue Hindernisse durch Verwendung von Ueberschüssen aus den Zöllen und indirekten Steuern für militaristische und marinistische Zwecke in den Weg gelegt ..." (S. 98 f.)

Ueber die Heeres- und Flottenvorlage heißt es:

„Durch Gesetz vom 27. März 1911 war die Friedenspräsenzstärke um 11,000 Mann vermehrt und dem Volke eine Mehrausgabe von 140 Millionen Mark für das nächste Jahrfünft aufgebürdet worden. Die am Schluß der vorangegangenen Session von unserer Seite aufgestellte Behauptung trat ein: abermals wurde eine neue Wehrvorlage vorgelegt. Der Imperialismus, Militarismus und Marinismus ist unersättlich: „die Entwicklung steht nicht still." Am 15. April 1912 wurde vom Reichstag für die Jahre 1912 bis 1917 die Bewilligung von neuen ungeheuren Rüstungen verlangt, die einen Kostenaufwand von 650½ Millionen Mark erfordern. In dieser Summe sind rund 15 Millionen Mark jährlich für eine Löhnungsaufbesserung der Mannschaften enthalten; vom 1. April 1913 ab sollte die Löhnung von 22 Pf. auf 30 Pf. erhöht und so wenigstens teilweise dem von unserer Fraktion seit Jahren gestellten Antrag entsprochen werden.

Nach der Heeresvorlage soll das Landheer von 23 Armeekorps auf 25 Armeekorps gebracht, die Friedenspräsenzstärke von 515,321 auf 544,211 Mann gebracht werden, also — ungerechnet die Vermehrung an Unteroffizieren und Offizieren — eine Erhöhung der Mannschaftszahl um 28,890 Mann eintreten. . . .

Von den 650½ Millionen Mark wurden für das Jahr 1912 94½ Millionen Mark angefordert.

Zur Deckung der Kosten schlug die Vorlage keine Reichsvermögens-, keine Reichseinkommen-, keine Reichserbschaftssteuer vor. Der Grundsatz, den der Staatssekretär Wermuth bei Einbringung des Etats nochmals als notwendig für eine gesunde Finanzgebarung proklamiert hatte: „Ohne neue Einnahmen keine neuen Ausgaben", wurde verlassen. Den Wohlhabenden sollten keine Lasten aus den neuen Rüstungen erwachsen, diese vielmehr allein von der Arbeiterklasse und den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung getragen werden. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend wurde vorgeschlagen, zur Deckung die Mehreinnahmen heranzuziehen, die im Rechnungsjahr 1912 über den Etatsentwurf hinaus aus den die Lebensbedürfnisse schwer bedrückenden Lasten zu erwarten sind, ferner im Etat an Ausgaben außerhalb des Militär- und Marineetats Ersparnisse zu machen. Außerdem sollte durch scheinbare Aufhebung der Branntweinliebesgabe unter gleichzeitiger noch größerer Verteuerung des Branntweins dem Reich eine Summe zufließen. Sie wurde auf 36 Millionen jährlich, für das Etatsjahr 1912 auf 14½ Millionen veranschlagt. . . .

Diese Art der „Deckung" unter Fortführung der Defizitwirtschaft des Reiches, Verlassen des Grundsatzes „ohne neue Deckung keine neuen Ausgaben" und unter Beiseiteschiebung einer Erbschaftssteuer, um die Abgeordneten des schwarz-blauen Blocks nicht zu „brüskieren", wurde am 14. März im Bundesrat beschlossen. Am folgenden Tage reichte der Staatssekretär des Reichsschatzamts Wermuth sein Entlassungsgesuch ein.

Der bisherige Staatssekretär im Reichsschatzamt Kühn wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Die Heeres- und Marinevorlagen sowie die auf die Deckung bezüglichen Vorschläge wurden trotz unseres Protestes im Eilschritt durchberaten. Schon bei der ersten Lesung, die am 22. bis 26. April stattfand, zeigte sich, daß alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Polen, geneigt waren, die militärischen Vorlagen voll zu bewilligen.

Unsere Vertreter bekämpften mit aller Entschiedenheit die Vorlagen. Sie führten aus: Was hat das Quinquennat für einen Sinn, wenn schon ein Jahr nach Bewilligung desselben eine neue Militärvorlage kommt, die alle ihre Vorgänger seit 1887 in den Schatten stellt? Eine Veranlassung zu solcher Vorlage liegt keineswegs vor. Habe doch der Reichskanzler erklärt, zur Beunruhigung der politischen Lage liege kein Grund vor. Die Motive führen als Grund nur zwei Behauptungen an: „Das Gesetz vom 27. März muß schneller durchgeführt werden als es noch vor einem Jahre notwendig war", und die „militärische Lage fordert noch darüber hinaus eine Steigerung der Kriegsbereitschaft". Jeder Versuch, diese Behauptungen auch nur zu begründen, fehlte. In der Tat ist der Imperialismus der treibende Faktor für die ungeheuren Forderungen. Zu den fortschreitenden Rüstungssteigerungen, die bis zum Wahnwitz fortgetrieben werden, führt die Weltmachtspolitik auch des Deutschen Reiches. Selbstverständlich denkt kein Sozialdemokrat daran, das Reich wehrlos zu machen, aber wir sind entschlossen, mit aller Kraft, die uns zu Gebote steht, den Eroberungsgelüsten entgegenzutreten, die sich innerhalb unseres Volkes bemerkbar machen. Dagegen halten wir es für selbstverständlich, unser Land, unsere Kultur zu verteidigen und zu schützen gegen etwaige räuberische Ueberfälle, die wir allerdings nicht erwarten. Der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gegen die Sozialdemokratie ist albern. In Wahrheit liegt es so: es gibt zweierlei Patrioten, diejenigen, die wie die Sozialdemokratie sich Verdienste um das Volk erwirbt, und die anderen, die aus dem Vaterland sich Verdienste machen, wie die Kriegshetzer. Diesen, die die Interessen des Kapitalismus vertreten und die den Militarismus brauchen, um die Völker außerhalb und innerhalb des Landes zu vergewaltigen, steht die Sozialdemokratie gegenüber, die die Interessen des Proletariats vertritt, einen friedlichen Wettbewerb der Völker anstrebt und das Vaterland für das Volk, nicht für den Kapitalismus erobern will. Zur Verteidigung des Landes und der Kultur ist eine demokratisch organisierte Volkswehr am geeignetsten. Ein solches Volksheer läßt sich allerdings nicht zur Durchführung von Eroberungsplänen brauchen, wie das Berufsheer, das ja im wesentlichen eine Organisation zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Klassen darstellt. Von einem Volksheer wollen die mächtigen Nutznießer der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nichts wissen, die das Heer am liebsten gegen den inneren Feind verwenden wollen. Das haben ja wieder die Vorgänge in Mansfeld und in Rheinland-Westfalen aus Anlaß des Streiks bewiesen. Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Kann die Miliz nicht sofort durchgeführt werden, so verlangen wir innerhalb der bestehenden Heeresverfassung Erleichterungen für den Soldaten: Herabsetzung der Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Artillerie, Verkürzung der Dienstzeit für die Infanterie und Fußartillerie auf ein Jahr, Beseitigung des Vorrechts der Einjährig-Freiwilligen. Auch darf die längst notwendige Erhöhung der Mannschaftslöhne nicht erst am 1. April 1913 eintreten.

Den ungeheuren Forderungen auch für die Flotte stehen wir ablehnend gegenüber. Der Imperialismus und die fortgesetzten Rüstungen steigern die Gefahr des Weltbrandes. Die Vorlage werde sicherlich wieder das Signal zu weiteren Rüstungen geben. Eine Einschränkung der Rüstungen durch Vereinbarungen ist möglich und durchführbar. Deutschland sollte den ersten Schritt hierzu tun. Die Rüstungen sind eine Bürde für die nationale Tatkraft, sie beschränken den Staat in seiner Tätigkeit für dringende soziale Bedürfnisse. Der „bewaffnete Friede" ist ein Friede der Barbarei, der die furchtbarsten Gefahren in sich birgt. Die große Menge des Volkes will den Frieden. Die Kreise, die mit zum Himmel schreiender Gewissenlosigkeit immer wieder zum Krieg hetzen, bilden eine kleine Minderheit des Volkes. Es sind das die Scharfmacher, die Interessenten der Schwerindustrie, die Panzerplatten-Fabrikanten, die Lieferanten von anderem Kriegsmaterial und Heeresbedürfnissen, sowie eine einflußreiche Gruppe von Junkern, die von Ruhmsucht geleitet sind und für ihre Söhne Versorgungen haben wollen. Bringen doch die Vorlagen der Regierung allein für das Jahr 1912 eine Vermehrung der Offiziers-

stellen in der Landarmee um 25 Generale, 11 Regimentskommandeure, 262 Stabsoffiziere, 422 Hauptleute und 522 Leutnants, im ganzen also 1272 neue Stellen. Das Aufkommen solcher Vorlagen hängt mit der Sucht zusammen, Kapital und Waren hinauszutragen, Kapital in fremden Unternehmungen anzulegen, Anleihen in fremden Staaten zu machen. Im Zusammenhang damit steht das Streben, fremde Gebiete zu erwerben, um sie möglichst ohne Konkurrenz und mit billigen Arbeitskräften ausbeuten zu können. Die Einschränkung des Wettrüstens ist erforderlich, weil das Volk in der Rüstung erdrückt wird und weil die Wirkung eines Weltkrieges dadurch in gefahrdrohende Nähe gebracht wird.

Die Kosten dieser ungeheuren Vermehrung der Militärmacht sollen abermals die minderbemittelten Klassen tragen. Die ungeheure Teuerung, unter der die weitesten Kreise der Bevölkerung schwer gelitten haben, hat die Reichskasse bereichert. Die aus diesem Elend gewonnenen Ueberschüsse sollen in erster Reihe zur Deckung benutzt werden. Wer steht dafür, daß solche Ueberschüsse bleiben? Führt doch die Wirtschaftsordnung periodisch Krisen mit sich. Die Ueberschüsse sollten zur Herabsetzung der Schulden, zur Entlastung des Volkes und zur Erfüllung dringendster, zurückgestellter sozialer Aufgaben benutzt werden. Man sollte Ueberschüsse zur Aufhebung der Salz- und Zündholzsteuer, zur Herabsetzung der Zuckersteuer, zur Aufbesserung der Mannschaftslöhne, zur Erfüllung der Ehrenschuld an die Veteranen, zur Herabsetzung der Altersgrenze für die Invaliden der Arbeit, zur Entschädigung der durch die Gesetzgebung brotlos gewordenen Tabakarbeiter und Zündholzarbeiter verwenden. Das Rechnen mit Ueberschüssen aus künftigen Jahren wirkt auch dem Streben nach Aufhebung oder Herabsetzung der die notwendigsten Lebensmittel verteuernden Zölle entgegen. Diese Art, mit Ueberschüssen zu rechnen, ist keine Deckung, sondern eine Schiebung mit Zahlen.

Die Aufhebung der Liebesgabe ist nur eine scheinbare. Wenn die besitzenden Klassen die Deckung für die neuen Vorlagen schaffen müßten, wenn es heißen würde, „die Kapitalisten und Großgrundbesitzer vor die Front", dann würde die Bewilligungslust den bürgerlichen Parteien bald vergehen. . . .

Die kompakte, zur Bewilligung der angeforderten, ja noch darüber hinausgehender Rüstungen bereite Mehrheit der bürgerlichen Parteien in der Kommission umzustimmen, war unseren Vertretern unmöglich. Es fand nur ihr Antrag, die Erhöhung der Mannschaftslöhnungen vom 1. Oktober 1912 ab (statt erst am 1. April 1913) eintreten zu lassen, die Zustimmung in der Kommission und dann im Plenum. Unser Verlangen, die Dienstzeit der Kavallerie und reitenden Artillerie vom 1. Oktober 1915 ab auf zwei Jahre, die aller übrigen Mannschaften auf ein Jahr herabzusetzen, fand nur in seinem ersten Teil eine Unterstützung: die freisinnige Volkspartei, die Polen und die Elsässer stimmten dafür, für den zweiten Teil stimmten nur unsere Genossen. Dasselbe Schicksal hatte der Antrag in der Beratung im Plenum. Die bürgerliche Mehrheit ließ bei der zweiten Beratung der Heeresvorlage im Plenum nur ein Mitglied unserer Fraktion zum Wort kommen, der die Gründe gegen die Vorlage zusammenfaßte, gaben selbst nur kurze, zustimmende Erklärungen ab und führten gegen unseren lebhaften Widerspruch Schluß der Debatte herbei. . . ." (S. 117 ff.)

Ueber die Gestaltung der Deckungsfrage heißt es u. a.:

„Bei der Gestaltung des Entwurfs eines Gesetzes betr. Beseitigung des Branntweinkontingents ging unser Bestreben dahin, an Stelle der unter dem täuschenden Motto einer „Aufhebung der Liebesgabe" erstrebten erhöhten Belastung des Konsums zugunsten der Großbrenner eine wirkliche Aufhebung der Liebesgabe durchzuführen . . . Gegenüber dem Einwand der Regierung und bürgerlichen Abgeordneten in der Kommission, daß bei einer so gestalteten wirklichen Beseitigung der Liebesgabe ja die in Höhe von 36 Millionen jährlich erhoffte Einnahme des Reichs ausbleiben würde, gaben unsere Vertreter mit Ermächtigung der Fraktion folgende Erklärung ab: „Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzigen Heeres- und Flottenvorlagen, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation, erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftssteuer, zu stimmen" . . .

Das Branntweinkontingentsgesetz wurde noch über die 16-Millionen-Liebesgabe hinaus durch andere Veränderungen zu einem Fürsorgegesetz für Wohlhabende und zur Verteuerung des Branntweins gestaltet, so daß selbst nach der bei weitem zu hoch gegriffenen Schätzung der Großbrennerfreunde statt der verlangten 36 kaum 18 Millionen jährlich in die Reichskasse fließen können. Das ergibt einen Fehlbetrag bei der Deckung für die fünf Jahre — unter Hinzurechnung der 7½ Millionen Mehrkosten, die die Erhöhung der Mannschaftslöhnung für das Halbjahr vom 1. Oktober 1912 bis 1. April 1913 ausmacht — eine Summe von rund 100 Millionen. Wie sollte für diesen Ausfall Deckung geschaffen werden?... So kam als Kompromiß zwischen den Nationalliberalen und dem schwarzblauen Block in der Kommission folgender „Entwurf eines Gesetzes über die Deckung der Kosten der Verstärkung von Heer und Flotte" zustande:

„Die im Artikel V des Gesetzes betreffend die Aenderung im Finanzwesen vom 15. Juli 1909 (Finanzreform) vorgesehene Ermäßigung der Zuckersteuer tritt sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens am 1. Oktober 1916 in Kraft. Der Gesetzentwurf ist dem Reichstag bis zum 30. April 1913 vorzulegen."

Unsere Vertreter setzten in der Kommission einen Zusatz durch, nach dem in dem zu erwartenden Besitzsteuergesetz vorzusehen ist, daß die Höhe der Steuerquoten alljährlich durch den Reichshaushaltsetat festzusetzen ist. Im Plenum fiel dieser Zusatz, nachdem der Staatssekretär erklärt hatte, der Gesetzentwurf mit solchem Zusatz sei für die Regierungen unannehmbar. Wir bekämpften im Plenum vergeblich diese Abbürdung der Kosten der Wehrvorlagen auf den Massenkonsum.

Der von der Fortschrittlichen Volkspartei vorgeschlagene Gesetzentwurf über die Deckung der Kosten der Verstärkung von Heer und Flotte enthält den einzigen Artikel:

„Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes, wie er dem Reichstag bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden ist, so rechtzeitig wieder vorzulegen, daß er mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann."

Wir erklärten unsere Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf unter dem Vorbehalt der Stellungnahme zu der Regierungsvorlage nach ihrem Erscheinen und unter dem Vorbehalt, die Erträge, die das Gesetz bringen würde, durch die Aufhebung indirekter Steuern zu begleichen. Der Entwurf wurde mit 185 gegen 169 Stimmen angenommen. . ." (S. 117 ff.)

In seinem Referat über den Imperialismus führte Haase u. a. aus:

„. . . Ich brauche in diesem Kreise nicht über den Umfang zu sprechen, den das Wettrüsten angenommen hat. Hat doch jeder von uns in Dutzenden von Vorträgen noch bei der letzten Wahl den Wählern die geradezu schwindelerregenden Beträge vor Augen geführt, die die Staaten für Heer, Flotte, Luftschiffahrt ausgeben. Nach dieser Zeit hat das Wettrüsten einen neuen Anlauf genommen. Im neuen Reichstag wurde eine Vorlage von über 650 Millionen Mark für Militär- und Marineforderungen bewilligt. Wir hatten diese Vorlage vorausgesehen, aber sie trat mit einer Schnelligkeit auf, die wir selbst kaum erwartet hätten. Auf den Beschluß des deutschen Reichstags antwortete die englische Regierung prompt mit einer Nachtragsforderung für die Flotte. Der Minister Churchill gab ausdrücklich an, daß die englische Regierung nur durch das Vorgehen Deutschlands dazu bestimmt worden sei, 990,000 Pfund, also 19,800,000 Mark, für diesen Zweck zu fordern. Im Juli dieses Jahres wurde in Frankreich eine einmalige Ausgabe von 3 Millionen und eine dauernde Ausgabe von 14 Millionen pro Jahr für Militärzwecke bewilligt. Oesterreich vergrößerte die Friedensstärke seines Heeres um (?) 520,000 Mann und stellte ein Rekrutenkontingent von 213,000 Mann auf. Es verstärkt seine Flotte und baut strategische Bahnen in Bosnien, um bei der Teilung der Türkei rechtzeitig auf dem Platze zu sein. Bei der Wichtigkeit der Vorlage für das herrschende Regime scheute man sich nicht, in Ungarn unter Verletzung der Geschäftsordnung und der gesetzlichen Bestimmungen mit Gewalt die Opposition mundtot zu machen, um die Bewilligung der Militärvorlage zu erreichen. Rußland, das nach seinen Niederlagen im japanischen Kriege aus dem

Kreise der Großmächte für längere Zeit auszuscheiden schien, hat sich von der Duma vor kurzem 1 Milliarde Mark bewilligen lassen, die bis zum Jahre 1917 für die Flotte ausgegeben werden sollen, und hinter diesem „kleinen" Flottenprogramm steht das große, das für die Jahre 1918 bis 1930 etwa 3 Milliarden Rubel erfordert. Wieviel davon in andere Taschen abfließen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls nimmt Rußland, dessen Heeresetat 1911 bereits 543 Millionen Rubel betrug, in unheimlicher Weise an dem allgemeinen Wettrüsten teil, und es ist für uns von besonderer Bedeutung, daß bei Beratung der Flottenvorlage ausdrücklich betont wurde, daß die Flotte notwendig sei gegenüber Deutschland. Die Kosten, die dem Moloch des Militarismus geopfert werden, sind noch nicht die letzten und größten. Kaum hatte der deutsche Reichstag die neue Militär- und Marinevorlage bewilligt, da hielt Großadmiral von Köster im Flottenverein in Düsseldorf eine Rede, in der er ausführte, eine dem großen Deutschen Reiche entsprechende Flotte sei nicht vorhanden. (Hört! hört!) Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß bald wieder größere Forderungen gestellt werden. Bei dem herrschenden imperialistischen System, bei der internationalen Spannung ist der Anreiz zu vermehrter Rüstung überall ein sehr starker und es erhebt sich für uns die Frage — bestehen doch in unseren Reihen darüber verschiedene Meinungen —: „Kann dem Wettrüsten auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft Einhalt geboten werden oder nicht?" Ist das Wettrüsten für den Kapitalismus eine Lebensnotwendigkeit, so daß er zur Vermeidung seiner Sellbstvernichtung daran festhalten muß? Ein wichtiger Faktor bei der Beurteilung dieser Frage ist es, daß das in der Rüstungsindustrie investierte Kapital ein ganz enormes ist. Nach einer von „Morning Leader" veröffentlichten Tabelle haben in England 6 Aktiengesellschaften, die Kriegsmaterial herstellen, ein Aktienkapital von 352 Millionen Mark und Obligationen von 203 Millionen Mark. Würde das Kapital, das in diesen Industrien steckt, brachgelegt werden, so würde das allerdings einen starken Rückschlag auf das Wirtschaftsleben haben. Die Rüstungen sind für den Kapitalismus ein Mittel geworden, die Prosperität zu verlängern und etwaige Krisenwirkungen abzuschwächen. Es wäre aber durchaus falsch, allein das Verwertungsbedürfnis des Kapitals, soweit es in diesen Industriezweigen angelegt ist, ins Auge zu fassen und allen anderen Tatsachen gegenüber die Augen zu schließen. Ich möchte bei der Erörterung dieser Frage uns erinnern an jene Worte, die Engels am 5. Oktober 1895 im „Berliner Volksblatt" in einem Brief an den damaligen Genossen Paul Ernst schrieb:

> Wer nicht imstande ist, bei Beurteilung einer ökonomischen oder politischen Sachlage das relative Gleichgewicht der vorliegenden Tatsachen, noch die Stärke der ins Spiel kommenden Kräfte unbefangen abzuwägen, der kommt dazu, der Partei eine total verrückte Taktik aufzunötigen.

(Zustimmung.)

Diese Worte würde ich über meine Präsidiallippen natürlich nicht bringen (Heiterkeit), wenn ich nicht Engels wörtlich zitieren müßte. Suchen wir das relative Gleichgewicht aller vorliegenden Tatsachen zu ermitteln, so kommen wir wohl zu dem Resultat, daß bei dem großen Einfluß, den die mächtigen Gruppen der Rüstungsinteressenten und die mit ihnen verbundenen Cliquen auf die Staatsgewalt haben, der Kampf gegen das Wettrüsten ein überaus schwerer ist. Aber es läßt sich nicht sagen, daß der Erfolg von vornherein unmöglich ist. England nimmt zwar noch um 400,000 Menschen jährlich zu, Frankreich hat überhaupt keine Bevölkerungszunahme, beide Länder sind bald an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist deshalb einleuchtend, weshalb dort der Gedanke der Rüstungsbeschränkungen Wurzel zu schlagen beginnt. Sehr bemerkenswert ist ein Artikel der „Times" vom 15. Juni d. J., in dem es heißt: „Man hat uns gesagt, daß die deutsche Flotte dazu da ist, einen britischen Angriff zurückzuweisen, aber wir wissen, daß ein derartiger Angriff aus vielen Gründen ganz undenkbar ist, vor allem, weil wir in einem Kriege mit Deutschland unsere eigene Existenz aufs Spiel setzen, während das Deutsche Reich nicht einmal seine Großmachtstellung auf dem Kontinent zu verlieren braucht." Wenn die Last der Rüstungen auch auf die Schultern der Besitzenden abgewälzt wird, wie das in England zum Teil geschieht, wird das von der Bourgeoisie schließlich so hart empfunden, daß sie lieber diese Lasten verringert, als eine kleine Gruppe von Kapitalmagnaten gewaltig zu bereichern. . . ." (S. 408 f.)

Dem Jenaer Parteitage **1913** berichtete der Parteivorstand:

„Den Imperialisten waren die Vorgänge auf dem Balkan willkommener Vorwand zu weiteren Rüstungstreibereien. Unter dem unwahrhaftigen Hinweis auf die „Machtverschiebung" auf dem Balkan brachte die Reichsregierung denn auch im Reichstage eine Militärvorlage ein, die alles übertraf, was selbst militärbegeisterte Kreise für möglich gehalten hatten. Im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion ist näher geschildert worden, was die ungeheuerlichen Forderungen zu bedeuten haben und was für Kämpfe im Reichstag seitens unserer Fraktion wider sie geführt worden sind. Die Bekanntgabe der Vorlage wirkte auf das Volk zunächst geradezu aufpeitschend — die Militaristen aber jubelten! Bald änderte sich jedoch das Bild ein wenig. Nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung die besitzende Klasse durch Besitzsteuern zu den Kosten heranziehen wollte, ließ der Jubel der „Patrioten" erheblich nach. Angesichts der immer mächtiger anschwellenden Zahl des sozialdemokratischen Millionenheeres hatte es die Regierung nicht gewagt, abermals mit neuen Steuern auf Lebensmittel und unentbehrliche Gebrauchsgegenstände zu kommen. Diese und die weitere Tatsache, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher stand, nachdem alle bürgerlichen Parteien sich dafür ausgesprochen hatten, ließen leider die Protestbewegung ein wenig abflauen." (S. 6.)

„Im März setzte die Agitation gegen die Heeresvorlage der Reichsregierung ein. Schon bevor die Einzelheiten der Vorlage bekannt waren, wurde ein Flugblatt gegen die Kriegshetze und gegen die geplante Heeresvorlage herausgegeben. Ferner wurde das mit der französischen Bruderpartei vereinbarte Manifest vom 1. März: Gegen den Rüstungswahnsinn" gleichzeitig in Deutschland und in Frankreich verbreitet. Zwischen Ostern und dem 6. April, dem Termin des Wiederzusammentretens des Reichstags, fand im ganzen Reiche eine lebhafte Versammlungskampagne statt, zu deren Einleitung nach Veröffentlichung der Regierungsvorlage ein neues Flugblatt: „Auf zum Kampfe gegen die Militärvorlage" erschien. Nach den Enthüllungen über den Rüstungstrust erschien im Mai als weiteres Flugblatt: ‚Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie.'" (S. 20.)

Die Reichstagsfraktion berichtete über die Generaldiskussion zum Marineetat:

„Unser erster Redner war Genosse Vogtherr. Er ging aus von dem vom Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz in der Budgetkommission aufgestellten Verhältnis der deutschen zur englischen Marine, das in den Zahlen 10 zu 16 seinen Ausdruck findet. Die frohen Hoffnungen, die man daran geknüpft habe, als ob nun endlich ein Stillstand in den Flottenrüstungen eintreten würde, werden sich leider nicht erfüllen. Das Verhältnis von 10 zu 16 ermöglichte in beiden Ländern nach wie vor eine unbegrenzte Steigerung der Rüstungsausgaben. Wenn gegenwärtig keine neue Flottenvorlage vorgelegt werde, so liege das daran, daß zurzeit andere Militärforderungen im Vordergrunde ständen, so Forderungen für die Luftflotte und die angekündigte Heeresvorlage. Daß auch die Diplomatie jetzt endlich dahinter gekommen sei, daß uns mit England zahlreiche Interessen verbinden, sei an sich erfreulich. Die Arbeiter beider Länder wüßten das schon lange und legten Wert darauf, daß die gemeinsamen Kulturinteressen mehr in den Vordergrund gestellt würden. Durch die Flottentreibereien in Deutschland seien die beiden Völker in das bisherige feindselige Verhältnis hineingedrängt worden...

Als unser zweiter Redner sprach Genosse Noske. Die Ausgaben für die Flotte seien im letzten Jahrzehnt in einem geradezu rasenden Tempo gestiegen. Die bedauerliche Folge sei, daß für sozialpolitische Zwecke in Deutschland immer weniger Geld zur Verfügung stehe. Gewiß seien Mehrausgaben durch technische Fortschritte notwendig geworden. Doch die Kapitalisten der verschiedenen Länder sorgten immer schnell dafür, daß ein technischer Fortschritt in einem Lande schnellstens auch in den anderen Ländern bekannt werde. Das erhöhe den beiderseitigen Profit. Für das deutsche Volk stellt der gegenwärtige Flottenetat mit seiner Ausgabe in Höhe von weit über 400 Millionen Mark eine kolossale Belastung dar... Ihren Protest gegen die Rüstungstreiberei, die der imperialistischen Raub-

sucht der herrschenden Klassen entspringe, bringe die sozialdemokratische Fraktion dadurch zum Ausdruck, daß sie wie immer den Flottenetat ablehne." (S. 102.)

Ueber den Fall Krupp und ähnliche Affären heißt es:

„Der zweite Teil der Generaldebatte stand ausschließlich unter dem Eindruck der aufsehenerregenden Enthüllungen, die unser Genosse Liebknecht über die Praktiken und Schleichwege unserer Militärlieferanten machte. Er verwies auf die Mitteilungen des Schriftstellers Martin über die Verhältnisse auf den Dillinger Werken; er forderte ferner den Kriegsminister auf, sich einmal die Akten über einen Fall Schöps geben zu lassen, die interessantes Material über die Deutsche Munitions- und Waffenfabrik enthielten. Besonders wichtig sei ein Brief, der an einen Agenten dieser Gesellschaft nach Paris gerichtet war und in dem der Agent aufgefordert wurde, einen Artikel in einer der gelesensten französischen Zeitungen, möglichst im „Figaro", durchzusetzen, der folgenden Wortlaut haben sollte:

Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Neubewaffnung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl, als zuerst beabsichtigt, zu bestellen.

Diese falsche Nachricht sollte lanciert werden, um damit in Deutschland für neue Rüstungen Stimmung zu machen und daran Geld zu verdienen. Aber dieser Fall sei keineswegs vereinzelt. Auch unsere größte deutsche Waffenfabrik arbeite mit ähnlichen verwerflichen Mitteln: „Der Vorstand der Gußstahlfabrik Friedrich Krupp, Essen an der Ruhr, unterhielt — darf ich jetzt sagen — in Berlin bis vor wenigen Wochen einen Agenten namens Brandt, einen früheren Feuerwerker, der die Aufgabe hatte, sich an die Kanzleibeamten der Behörden der Armee und der Marine heranzumachen und sie zu bestechen, um auf diese Weise Kenntnis von geheimen Schriftstücken zu erhalten, deren Inhalt die Firma interessiert. Was sie interessiert, sind besonders Absichten der Behörden in Bewaffnungsfragen, Angaben über Konstruktion der Behörden, sowie der Konkurrenz, Ergebnisse von Versuchen, namentlich aber die Preise, welche andere Werke fordern oder die ihnen bewilligt werden. Herrn Brandt sind zu diesem Zwecke große Mittel zur Verfügung gestellt. Die berühmte Firma nutzt ihre Geldmacht systematisch dazu aus, um höhere und niedere preußische Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten. Dieser Zustand besteht seit Jahren. In den Geheimschränken eines Herrn von Dewitz in Essen, eines hohen Beamten der Firma Krupp, liegen — oder lagen! — diese geheimen Berichte sämtlich aufgestapelt." Genosse Liebknecht wies darauf hin, daß es sich bei seinen Mitteilungen nicht um Vermutungen, sondern um Tatsachen handle, von denen er dem Kriegsminister Mitteilung gemacht habe. Die Untersuchung sei im wesentlichen abgeschlossen und habe alles bestätigt, was er vorgetragen habe. Es sei eine zwingende Notwendigkeit, daß mit solchen Zuständen ein Ende gemacht werde und solche Sorte Patrioten den gebührenden Denkzettel bekämen. Die Regierung dürfe mit solchen Firmen keinerlei Beziehungen unterhalten. Ferner ergebe sich daraus die Notwendigkeit, die gesamte Rüstungsindustrie so schnell wie möglich zu verstaatlichen, um eine Interessentengruppe auszumerzen, deren Existenz eine ständige Kriegsgefahr für die ganze Welt bedeutet.

Der Kriegsminister suchte über diese für ihn peinlichen Enthüllungen zunächst mit einigen Witzen hinwegzukommen. Den Fall Krupp glaubte er damit abtun zu können, daß er die Schuld auf einen „unteren Beamten" der Firma abzuschieben versuchte, der „einige Feldwebel" des Zeug- und Feuerwerkspersonals zu Mitteilungen verleitet habe, die „gegen ihre Dienstpflicht" waren. Im übrigen hielt er es für geschmackvoll, ausdrücklich zu betonen, „daß das deutsche Heer mit der Firma Krupp ein Jahrhundert lang zusammengearbeitet hat, und daß sich diese Firma sehr viele Verdienste um die deutsche Armee, insbesondere um die deutsche Artillerie und damit auch um das deutsche Vaterland erworben hat. Losgelöst von dieser Sache müssen wir dies dankbar anerkennen".

Den bürgerlichen Parteien war bei den Enthüllungen Liebknechts weniger wohl zumute gewesen, sie suchten teils mit Ausreden, teils mit einer Kritik der enthüllten Zustände darüber hinwegzukommen.

Um so energischer rechnete Genosse Liebknecht in einer zweiten Rede mit dem Kriegsminister ab. Es seien Geheimnisse intimster Art verraten worden, und zwar auf Bestechung durch Kruppsche Angestellte. Er habe eine Anzahl von Abschriften von diesen Geheimschriften in seinen Händen. Einige der Papiere habe er loyaler Weise dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt. Jetzt scheine man die Verantwortung auf untere Beamte abwälzen zu wollen. Das sei weder ritterlich noch richtig. Der Herr v. Dewitz gehöre nicht zu den Kleinen der Firma Krupp. Die bürgerliche Rüstungspresse suche ihn wegen der Enthüllungen in schnoddriger Weise zu verhöhnen, und der Kriegsminister widme der patriotischen Firma Krupp noch einen Lorbeerkranz, während er ihn (Liebknecht) herabzusetzen versuche. Er habe es aber im Interesse des Gemeinwohls für seine Pflicht gehalten, die gemeingefährlichen Praktiken der Rüstungsinteressenten aufzudecken. ‚Diese Leute, wie sie in der Firma Krupp, wie sie in der Waffen- und Munitionsfabrik, wie sie in dem Werke Dillingen das große Wort führen und diese Geschäftspraktiken ausführen, das sind dieselben Leute, denen der größte Teil der jetzt neu geforderten Milliarden aus den Taschen des Volkes gezahlt werden sollen ... und die als die schlimmsten Scharfmacher die Massen der Bevölkerung gewalttätig niederhalten, das sind die Rufer zum Streit in der Unterdrückung der Bevölkerung, die Hauptschreier nach Zuchthaus und Ausnahmegesetzen. Das sind dieselben Leute, die der Sozialdemokratie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu machen sich erdreisten. Diese Musterpatrioten dürften gerichtet sein mit ihrem Gebaren, das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt ... Wir wollen abwarten, ob auch die Mehrheit dieses Reichstags die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen wird, die im Interesse des europäischen Friedens gezogen werden müssen.‘" (S. 109 f.)

Weiter heißt es:

„Die Enthüllungen Liebknechts über die Rüstungsindustrie veranlaßten die Budgetkommission, einen Antrag einzubringen, wonach vom Reichskanzler zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen eine Kommission berufen werden sollte, zu der vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zugezogen werden sollten. Die sozialdemokratische Fraktion war mit diesem Antrage nicht zufrieden und beantragte statt dessen, daß der Reichstag selber eine Kommission von 21 Mitgliedern einsetzen sollte, der durch einen besonderen Gesetzentwurf die Rechte ordentlicher Gerichte für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie für die Anordnung der Durchsuchung und Beschlagnahme eingeräumt werden sollten ...

Unser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag der Kommission, mit dem sich die Regierung schließlich abfand, nachdem ihr das Recht der Berufung der Mitglieder uneingeschränkt eingeräumt worden war, wurde angenommen." (S. 112 f.)

Ueber die dritte Lesung wird berichtet:

„... Genosse Liebknecht setzte sich mit den Angriffen auseinander, die innerhalb und außerhalb des Reichstages gegen ihn wegen seiner Enthüllungen erhoben worden sind. Es liege im Interesse des deutschen Volkes, wenn in der Frage der Rüstungslieferungen mit voller Strenge durchgegriffen und nichts vertuscht wird. Die Rüstungsinteressenten seien international organisiert und arbeiteten sich gegenseitig in die Tasche.

Eine Antwort, die der Kriegsminister den sozialdemokratischen Rednern gab, schloß er mit den Worten: „Jeder Angriff der Sozialdemokratie ehrt das Kriegsministerium." Gegen diese unerhörte Herausforderung legte namens unserer Fraktion Genosse Haase den entschiedensten Protest ein: ‚Der Herr Kriegsminister überschreitet den Rahmen seiner verfassungsmäßigen Befugnisse, wenn er die Kritik, die von einer Seite des Hauses geübt ist, in dieser verächtlichen, beleidigenden Weise abtut. Es ist seine Aufgabe nach der Verfassung, sich die Kontrolle des ganzen Hauses, also sämtlicher Mitglieder dieses Hauses, gefallen zu lassen. Er hat kein Recht, mit einer hochfahrenden Gebärde diejenige Kritik, die schon oft genug zum Segen seiner Verwaltung gereicht hat, zurückzuweisen. Wir überlassen dem Volk das Urteil, darüber zu entscheiden, ob diese Verwaltung stets eine ehrenvolle gewesen ist oder nicht ...‘" (S. 115.)

Unter den „Kurzen Anfragen" wird mitgeteilt:

„Genosse Liebknecht fragte, was bisher zur Berufung einer Kommission für die Prüfung der Rüstungslieferungen geschehen sei, wie die Kommission zusammengesetzt sei und wann sie zusammentrete. Das Reichsamt des Innern antwortete, daß der Staatssekretär mit den Parteien des Reiches wegen der in die Kommission zu berufenden Reichstagsmitglieder Fühlung genommen habe. Die Kommission werde voraussichtlich erst im Herbst zusammentreten. (171. Sitzung vom 27. Juni 1913.)" (S. 130.)

Ueber die Wehrvorlage wird berichtet:

„Am 22. April 1912 begründete der Reichskanzler im Reichstage die vorletzte Wehrvorlage; er wandte sich dabei gegen „lärmende und fanatisierte Minoritäten", durch die die Völker vielfach in Kriege hineingetrieben worden seien. Nach ihm sprach der Kriegsminister von Heeringen und gab als Grund für die Wehrvorlage militärisch-organisatorische Notwendigkeiten an. „Nicht eine übergroße, rein ziffernmäßige Verstärkung des deutschen Heeres ist nach der pflichtmäßigen Ueberzeugung der deutschen Heeresverwaltungen in erster Linie anzustreben. Auch nicht ein Ueberbieten lediglich an Zahl gegenüber allen unseren etwaigen Gegnern kommt hierbei lediglich in Betracht."

Noch kein Jahr später stand der Reichskanzler als das Opfer der erfolgreichen Hetze einer fanatisierten Minorität wiederum vor dem Reichstage, um eine Wehrvorlage zu vertreten, als deren eigentlichen Urheber sich die lärmenden Wortführer des Wehrvereins offen rühmten. Und neben ihm stand der Kriegsminister, um eine „übergroße, rein ziffernmäßige Verstärkung des deutschen Heeres" zu fordern, eine Heeresvergrößerung, wie sie Deutschland und die Welt noch nie zuvor gesehen hatte, und wie sie der Kriegsminister selbst wenige Monate vorher wahrscheinlich als Ausgeburt der überhitzten Phantasie eines lärmenden und fanatisierten Militärschwärmers zurückgewiesen hätte.

Die geforderte Vermehrung belief sich auf rund

4 000 Offiziere,
15 000 Unteroffiziere,
117 000 Gefreite und Gemeine,
27 000 Pferde.

Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres sollte dadurch von 544 221 Gemeinen und Gefreiten auf 661 176 erhöht werden.

Dieser ungeheuren Forderung war eine Begründung beigegeben, die qualitativ und quantitativ im genau umgekehrten Verhältnis zu den Riesenmaßen der Wehrvorlage stand. Auf knapp 20 Zeilen — nicht Seiten! — waren die Gründe angeführt: der Balkankrieg, die langgestreckten Grenzen Deutschlands und der Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht. Was Reichskanzler und Kriegsminister mündlich hinzufügten, stand sachlich auf der gleichen Höhe wie die mühsam herbeigesuchten Plattheiten der Begründung.

Nicht besser stand es um die Begründung der Gesetzesvorlagen, durch die die Deckung der Ausgaben für die neuen Heeresvermehrungen beschafft werden sollte. Die Regierung war sich zwar darüber klar, daß sie diese ungeheure Belastung nicht abermals durch indirekte Steuern direkt den breiten Massen aufladen durfte, besonders nicht in der Jubelstimmung der Erinnerung an das Opferjahr 1813. Zur Schaffung der „außergewöhnlich hohen Summen", wie selbst die Begründung der Regierungsvorlage sich ausdrückte, zur Deckung der einmaligen Kosten der Wehrvorlage schlug sie daher einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag von dem Vermögensbesitz vor, von dem sie sich nach ihren Berechnungen eine Einnahme von 975 bis 1000 Millionen Mark versprach. Für die Deckung der fortlaufenden Ausgaben wünschte sie eine Art Besitzsteuer, eine Vermögenszuwachssteuer, die jedoch auf dem Umweg über die Bundesstaaten in Form sogenannter „veredelter" Matrikularbeiträge aufgebracht werden sollte. Aber gerade dadurch wurde sie als Steuermaßnahme des Reiches vollkommen unbrauchbar. Daneben sollten noch dauernde Einnahmen durch Aenderung des Reichsstempelgesetzes und durch das Erbrecht des Staates geschaffen werden.

Die schriftlichen und mündlichen Begründungen der Vorlagen waren auf den Grundton gestimmt, daß dieses Mal zwar der Besitz herangezogen werden müsse, daß man aber versuchen wolle, die Besteuerung möglichst gnädig für den Besitz zu machen...

Unser erster Redner bei der ersten Lesung der Wehrvorlage im Plenum des Reichstages, Genosse Haase, wies sofort mit Schärfe und Nachdruck auf die unglaubliche Dürftigkeit der Begründung hin. Mit den allgemeinen Redewendungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers hätte ebensogut jede andere Militärvorlage, die vielleicht 10,000 statt 100,000 gefordert hätte, begründet werden können. Die äußere politische Lage gäbe keinen Grund für die Vorlage. Unsere Beziehungen zu England seien gut. Die Balkanvölker bildeten keine Gefahr für uns, unter den jetzigen Verbündeten würden bald die gegenseitigen Reibereien beginnen. Der Hinweis des Reichskanzlers auf die slawische Gefahr sei ein rassentheoretisches Hirngespinst. Den französischen Chauvinisten gäben die Alldeutschen nichts nach. Das eigentliche Volk diesseits und jenseits der Grenzen wolle den Frieden, wie klar aus dem gemeinsamen Manifest der deutschen und französischen Sozialisten vom 1. März dieses Jahres hervorgehe. Rußland habe mit seinen eigenen Sorgen im Innern und im Osten genug zu tun. Der eigentliche Grund für die neue Aufrüstung werde verschwiegen. „Es soll Ellbogenfreiheit geschaffen werden für die imperialistische Weltpolitik ... . es sollen die Rüstungen bis aufs äußerste getrieben werden, damit wir ein Gewicht in die Wagschale werfen können, wenn etwa das türkische Reich sich in Kleinasien nicht regeneriert, und wenn es zu seiner Aufteilung kommt. Es handelt sich also nicht um den Schutz unserer Grenzen, sondern um die Einschüchterung der anderen, die ebenso wie unsere Imperialisten Eroberungspolitik treiben." Haase zeigte die Richtigkeit dieser Annahme im einzelnen auf, indem er aus der Entstehungsgeschichte der Vorlage den Nachweis führte, daß Reichskanzler und Kriegsminister sich vor den weltpolitischen Treibereien des Wehrvereins und der hinter ihm stehenden imperialistischen Kreise gebeugt haben. Im zweiten Teile seiner Rede kritisierte Haase das heutige Militärsystem und legte dar, wo und wie überall reformiert werden müsse. Das Ziel der militärischen Zukunft sei die Miliz, die von der Sozialdemokratie geforderte Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

Die Wortführer der großen bürgerlichen Parteien gingen der Erörterung der eigentlichen Triebkräfte der neuen Aufrüstung Deutschlands vorsichtig aus dem Wege. Sie variierten das alte Thema, daß die Waffen schärfen müsse, wer den Frieden wolle, und schmückten ihre Betrachtungen durch kriegervereinsmäßigen Hinweis auf 1813. Allerdings fühlten sie sich — in der ersten Lesung ist man weit vom Schuß entfernt — bis auf die Konservativen auch zu bescheidenen Gegenfragen an den Militarismus gemüßigt, um dadurch den murrenden Spießbürger zu besänftigen. Nur der Zentrumsabgeordnete Häusler, ein ehemaliger bayerischer Artilleriegeneral, hob sich von seinen bürgerlichen Kollegen vorteilhaft durch eine mutige Rede ab, in der er das heutige Heeressystem im großen wie im kleinen einer scharfen Kritik unterzog. Der offizielle stenographische Bericht verzeichnet bei der Rede Häuslers fast nur Zustimmung auf den Bänken der sozialdemokratischen Fraktion. Dem Kriegsminister, der wiederholt in die Debatten der ersten Lesung eingriff, entglitt bei seiner parlamentarischen Ungeschicklichkeit die interessante Wendung, daß die Heeresvorlage das Ergebnis der unzureichenden Diplomatie sei, mit anderen Worten: daß durch Heeresverstärkungen gutgemacht werden müsse, was unsere Herren Diplomaten verdorben haben.

Von sozialdemokratischer Seite beteiligten sich noch die Genossen Scheidemann und Frank an der Debatte. Scheidemann unterzog die Gründe, die die auswärtige Lage für die Wehrvorlage hergeben mußte, einer Nachprüfung, er wies noch einmal nach, daß die angebliche panslawistische Gefahr nichts als ein leeres Schreckgespenst ist. Genosse Frank erörterte vorzugsweise die militärpolitische Seite und stellte den bürgerlichen Rednern, die mit Militärreformen kokettiert hatten, in sichere Aussicht, daß sie durch sozialdemokratische Anträge vor die Entscheidung gestellt werden würden, aus ihren Worten Taten zu machen. Beide Redner verwiesen die bürgerlichen Parteien nachdrücklich auf die bevorstehende Verständigungskonferenz französischer und deutscher Abgeordneter in Bern.

Nach einer Debatte, die drei Tage in Anspruch genommen hatte, wurde die erste Lesung der Wehrvorlage geschlossen und der Gesetzentwurf der Budgetkommission zur weiteren Beratung übergeben.

Im unmittelbaren Anschluß an die Wehrvorlagen wurden die Deckungsvorlagen in erster Lesung behandelt. Der Hauptredner unserer Fraktion war der Genosse Südekum. Er zeigte, daß das Sammelsurium an Steuern und Deckungsvorschlägen, das dem Reichstag von der Regierung vorgelegt worden ist, weder in das System der Reichsfinanzen hineinpaßt, noch in der richtigen Weise der Leistungsfähigkeit des Volkes angepaßt sei. Der Mahnung des Reichskanzlers, daß das deutsche Volk nicht in Luxus und Wohlleben aufgehen dürfe, hielt er zahlenmäßige Beweise von der Notlage und dem Elend der breiten Volksmassen entgegen. Bei den jetzigen Steuervorschlägen herrsche der Gedanke vor, die Sozialdemokratie auszuschalten. Aber wie wenig das angehe, zeige die Tatsache, daß die schüchternen Versuche der Regierung, mit Besitzsteuern einen Anfang zu machen, lediglich auf die Sozialdemokratie und ihre Stärke im Reichstage zurückzuführen seien. Der Wehrbeitrag, auf den sich die Regierung besonders viel einzubilden scheine, sei in seinem Prinzip, nicht allerdings in seiner jetzigen unzureichenden Form, zum ersten Male von sozialdemokratischer Seite gefordert worden. Zwar sähe die Vorlage anders aus als die Vorlagen von 1908 und 1909. Aber sie müßte noch gründlich geändert und gebessert werden, und zwar im Sinne wirklicher direkter Reichssteuern. Eine gründliche Reform unseres Reichsfinanzwesens, die eine dringende Notwendigkeit sei, könne nicht von der Regierung ausgehen, wie die bisherigen mißglückten Versuche bewiesen hätten, sondern es sei Sache des Reichstages, die neuen Grundlagen zu schaffen.

Die bürgerlichen Parteien suchten sich mit süßsauren Mienen mit den Ueberraschungen, Unbequemlichkeiten und Unzulänglichkeiten, die die Deckungsvorlagen für sie je nach ihren Parteiinteressen verschieden brachten, auf ihre Weise abzufinden. Alle heuchelten Opferbereitschaft, aber alle mit der stillen Hoffnung, daß der andere die Last des Opfers tragen möge. Als schweren Block wälzten Zentrum und Konservative der weiteren Erledigung der Deckungsvorlagen die Forderung in den Weg, daß Heeres- und Deckungsvorlagen gleichzeitig zur Verabschiedung kommen müßten. Durch diese Verkoppelung wollten sie von vornherein eine etwaige Geneigtheit der bürgerlichn Linken erschweren, gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Deckungsvorschläge zu direkten Reichssteuern umzuwandeln...

Auch die Deckungsvorlagen wurden nach dreitägiger Beratung im Plenum zunächst der Budgetkommission überwiesen." (S. 146 ff.)

Ueber die Beratungen in der Budgetkommission heißt es:

„Die Budgetkommission beschloß, zwei Lesungen der Wehr- und Deckungsvorlagen abzuhalten...

Die sozialdemokratische Fraktion gab den Ausschlag, ob zunächst die Beratung der Wehrvorlagen in beiden Lesungen vorgenommen werden, oder ob nach der ersten Lesung der Wehrvorlagen zunächst die erste Lesung der Deckungsvorlagen erfolgen sollte. Die Fraktion war sich darüber einig, daß es sich hierbei lediglich um eine taktische Entscheidung handelte. In den Beratungen der Fraktion standen sich zwei Meinungen gegenüber.

Von der einen Seite wurde geltend gemacht, daß uns unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus daran hindern müsse, durch Zustimmung zur sofortigen Beratung der Wehrvorlage in zweiter Lesung die Verabschiedung dieser Vorlagen in irgendeiner Weise zu beschleunigen. Würden wir mit den Konservativen und dem Zentrum gegen die Weiterberatung der Wehrvorlagen stimmen, so würden wir dadurch die Schwierigkeiten auf bürgerlicher Seite erhöhen, damit auch die Verabschiedung der Wehrvorlagen erschweren und, falls über die Deckungsvorlagen keine Einigung zustande kommt, die Möglichkeit einer Auflösung schaffen.

Von der Gegenseite wurde dagegen erklärt, daß unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus bei der Entscheidung dieser rein taktischen Frage nicht mitspreche. Die Wehrvorlagen würden auf jeden Fall im Reichstage eine Mehrheit finden, auch die Fortschrittler und die Nationalliberalen würden Mann für Mann dafür stimmen. Würde die Verkuppelung der Wehr- und Deckungsvorlagen im Sinne der Konservativen und des Zentrums beschlossen, so würden darunter nicht die Wehrforde-

rungen, wohl aber die Deckungsvorschläge leiden. Die bürgerliche Linke, besonders die Nationalliberalen, würden im Interesse der Wehrforderungen schnell mürbe werden und in der Deckungsfrage den konservativen Wünschen nachgeben. Das könnten wir leichter verhindern, wenn wir bewirkten, daß die Deckungsgesetze, wenn auch in zeitlicher Nachbarschaft, so doch in der parlamentarischen Erledigung formell und völlig getrennt von den Wehrvorlagen und erst nach ihnen beraten würden. Gerade dadurch würden auf bürgerlicher Seite die Schwierigkeiten für die Verabschiedung der Vorlage wachsen. Außerdem würde bei der Verquickung beider Vorlagen in der Kommission das Plenum nichts zu tun haben, während es im anderen Falle ausgiebig die Wehrvorlagen beraten könne. Würden aber beide Vorlagen erst später gleichzeitig an das Plenum gelangen, werde die Beratung der Vorlagen überstürzt und zur Kritik des Militarismus keine Zeit gelassen werden.

Die Fraktion hat sich mit großer Mehrheit auf diesen letzteren Standpunkt gestellt und dadurch nach der Beendigung der ersten Lesung der Wehrvorlagen bewirkt, daß sogleich mit der zweiten Lesung der Wehrvorlagen in der Kommission begonnen werden konnte...

In der ersten Lesung fand zunächst eine Generaldebatte statt, in der von unserer Seite ausführlich die auswärtige Lage erörtert und dabei nachgewiesen wurde, daß sie auch trotz der sogenannten vertraulichen Mitteilungen des Kriegsministers und des Staatssekretärs des Auswärtigen keinerlei Anlaß für die Begründung der Wehrvorlage gebe. Auch die allgemeine Wehrpflicht des Volkes, die wir im Prinzip durchaus anerkennen, könne nicht als Argument für die Vorlage angeführt werden. Sie sei mit dem stehenden Heer und seinem Charakter als Instrument der herrschenden Klassen unvereinbar. Was zur Begründung der Vorlage gesagt worden sei, die vertraulichen Mitteilungen mit einbegriffen, sei das unzulänglichste, das man sich nur vorstellen könne. Wenn es nur auf die Verteidigung des Vaterlandes abgesehen sei, so sei das Milizsystem das beste Mittel, die Defensivkraft des Volkes bis auf den höchsten Stand zu bringen. Man solle eine Verständigung mit Frankreich anbahnen. Das sei das beste Mittel, internationale Beruhigung zu schaffen.

Die weitere Beratung erfolgt in der Weise, daß zunächst die sämtlichen Etatserhöhungen, dann die neuen Truppenteile, sodann das Gesetz der Reihe nach und hiermit der Ergänzungsetat beraten wurde. Bei passenden Positionen veranlaßten unsere Genossen Debatten, in denen sie Mißstände des heutigen Heeressystems erörterten. . . .

Mit dem tatsächlichen Ergebnis der Beratungen konnte die Regierung zufrieden sein. Die bürgerlichen Parteien hatten nicht gewagt, an den maßlosen Forderungen der Heeresverwaltung irgendwelche nennenswerten Abstriche zu machen. Nur drei Kavallerieregimenter von den geforderten sechs wurden der Regierung abgelehnt. Daneben wurde eine Anzahl Resolutionen, in denen Heeresreformen gewünscht wurden, angenommen. Aber die Militärverwaltung hielt es nicht der Mühe wert, diese Resolutionen ernstlich zu prüfen und verbindliche Erklärungen dazu abzugeben. Die sozialdemokratischen Anträge, durch die die notwendigsten Heeresreformen in die Militärvorlage hineingearbeitet werden sollten, wurden sämtlich abgelehnt.

Die Wehrvorlage ging dann wieder zur zweiten Beratung ans Plenum, während die Budgetkommission inzwischen die Deckungsvorlagen vornahm...

In den ersten acht Sitzungen wurde über den einmaligen Wehrbeitrag beraten. Unsere Genossen sprachen sich im Prinzip für den Wehrbeitrag aus und wirkten bei der Beratung der einzelnen Paragraphen im Sinne der Heranziehung der großen Vermögen und Einkommen zugunsten der Entlastung der kleineren mit. Besonders suchten sie dies zu erreichen durch die Heranziehung von Schmuck und Kunstwerken an den versteuerbaren Gütern, durch die Durchsetzung der Steuerpflicht der Fürsten und der „toten Hand", durch die ausreichende Heranziehung der Aktiengesellschaften und durch die richtige Bemessung der Steuersätze bei der Besteuerung des Vermögens und des Einkommens. Durchgesetzt wurde im Sinne unserer Anträge die progressive Gestaltung der Steuersätze, wobei der Satz für die kleinsten Vermögen auf ein Drittel des in der Regierungsvorlage vorgesehenen ermäßigt, der Satz für die größten Vermögen dagegen nahezu verdreifacht wurde. Außerdem wurden die unfundierten Einkommen statt erst von 50,000 M., wie die Vorlage wollte, bereits von

5000 M. zur Steuer herangezogen und die Sätze ebenfalls progressiv gestaltet. Auch unser Antrag, der die Steuerpflicht der Fürsten im Gesetz festlegte, fand nach einer zweitägigen Debatte in der Kommission Annahme.

Der Gesetzentwurf über das Erbrecht des Staates erforderte zwei Beratungstage. Unsere Genossen überschätzten den Wert dieser Vorlage nicht, traten aber für den Grundgedanken ein, die Einnahmen der Allgemeinheit auf Kosten des Portemonnaies der Leistungsfähigen zu stärken und dadurch indirekte Steuern zu verhindern. Die Beratung des Besitzsteuergesetzes, für das Genosse Südekum zum Berichterstatter eingesetzt wurde, erfolgte in fünf Sitzungen. Unsere Genossen standen dem Entwurf kühl gegenüber, da er bei den unzulänglichen Bestimmungen im einzelnen große Unzuträglichkeiten im Gefolge haben müßte. Besser sei eine Reichsvermögens- und als Ergänzung eine Erbanfallsteuer gewesen. Sie arbeiteten aber eifrig an dem Gesetz mit, um aus dem vollständig unzulänglichen Regierungsentwurf ein einigermaßen brauchbares Gesetz zu machen. Zu diesem Zwecke trugen sie mit dazu bei, daß die bedenklichsten Bestimmungen in den §§ 1 und 2, wonach eine Vermögenszuwachssteuer nur in Form veredelter Matrikularbeiträge erhoben werden sollte, beseitigt und eine direkte Reichssteuergesetzgebung beschlossen wurde. Sie halfen ferner mit daran, daß die Besteuerung des Kindeserbes, die die Konservativen als den springenden Punkt, der für sie das Gesetz unannehmbar machte, erklärt hatten, in das Gesetz aufgenommen wurde. Bei dem Gesetzentwurf zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes traten unsere Genossen für Erleichterungen zugunsten der kleinen Leute ein.

Bei den zweiten Lesungen der Steuergesetze wandten sich unsere Genossen gegen die Vorschläge der Kompromißparteien, die inzwischen hinter dem Rücken der Kommission vereinbart worden waren. Durch diese Vereinbarungen wurden zum Teil ganz erhebliche Verschlechterungen der Beschlüsse erster Lesung herbeigeführt. Besonders hatte man die kleinen und kleinsten Einkommen, die durch die Gesetze zur Besteuerung herangezogen wurden, gegenüber den Beschlüssen erster Lesung erheblich stärker belastet, um dadurch die großen und größten Vermögen und Einkommen zu entlasten." (S. 150 ff.)

Es folgt die zweite Beratung im Plenum:

„... Den 1. Verhandlungstag füllte fast ausschließlich eine 4½stündige Rede unseres Genossen Noske. Die Ereignisse auf dem Balkan hätten eine Wendung genommen, durch die Deutschlands Stellung in keiner Weise bedroht werde. Der deutsch-englische Gegensatz habe eine Milderung erfahren. Die russische Gefahr sei bei den inneren Zuständen Rußlands nicht so groß, wie sie äußerlich erscheine. Die chauvinistischen Strömungen in Frankreich seien nur Rückwirkungen der deutschen Militärpolitik. Eine ernstgemeinte Annäherung beider Länder werde die Völker wie von einem Alpdruck befreien. Die sozialdemokratische Forderung der Erziehung zur Wehrhaftigkeit und der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere beweise, daß die Sozialdemokratie dem Vaterlande den denkbar größten Schutz gewähren wolle. Aber alle Bestrebungen der Arbeiter auf Hebung ihrer Lage, also damit auch zur Stärkung der Wehrhaftigkeit Deutschlands, werden von der Regierung und den bürgerlichen Parteien bekämpft. . . .

Am zweiten Verhandlungstage kamen nur Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Reichskanzler zum Wort. Letzterer sprach nach dem Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, und zwar fuhr er diesen in einer auffallenden und herausfordernden Weise an. Am dritten Tage sprach der Kriegsminister, der befriedigt die Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien in der Bewilligung seiner enormen Militärforderungen konstatierte, mit kühler Gelassenheit aber auch noch die von der Budgetkommission gestrichenen drei Kavallerieregimenter forderte. Dann kam als unser zweiter Redner Genosse Ledebour zu Wort, der einleitend auf die geradezu unglaubliche Dürftigkeit der Argumente des Reichskanzlers und des Kriegsministers und auf den sonderbaren Ton des Reichskanzlers, der im auffälligen Gegensatz zu seinem Mangel an geistiger Anstrengung stehe, hinwies. Es scheine, als wolle der Reichskanzler mit einer Auflösung drohen. Uns Sozialdemokraten schrecke er damit aber nicht, wir würden sie mit Freuden begrüßen. Ledebour ging dann auf die auswärtige Lage ein und wies im einzelnen nach, daß sie in keiner Weise eine Begründung der Wehrvorlage liefere. Mit Schärfe wandte sich Ledebour gegen den Versuch des Staatssekretärs Delbrück, die Rechte des Reichstages zu beeinträchtigen. In der Thronrede, deren entscheidenden Absatz Ledebour wörtlich verlas und damit den Akten des Reichstages einverleibte, stehe ganz klar und unzweideutig: „Es ist mein Wille", daß das

Landtagswahlrecht in Preußen „eine organische Fortentwicklung" erfahre. „Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart." Diese wichtige Aufgabe sei aber noch immer nicht erfüllt. Das preußische Volk werde alle Mittel, wenn nötig auch den Massenstreik, anwenden, um ein volkstümliches Wahlrecht zu erlangen.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde ein konservativer Antrag, der der Regierung zu den von ihr geforderten 6 Kavallerieregimentern noch weitere 6 hinzubewilligen wollte, mit 302 gegen 67 Stimmen, ein nationalliberaler Antrag auf Bewilligung der drei von der Budgetkommission gestrichenen Kavallerieregimenter mit 203 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag:

> Die Uebungszeiten müssen so gelegt werden, daß die Einberufenen die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen teilzunehmen,

wurde in einfacher Abstimmung abgelehnt. Dagegen wurden alle Resolutionen der Budgetkommission angenommen. Auch die sozialdemokratische Fraktion stimmte für die meisten der Resolutionen. Wenn sie sich auch über den Erfolg der papiernen Wünsche des Reichstages keinen Illusionen hingab, hielt sie es doch für notwendig, die Wünsche der Budgetkommission, soweit sie zur Verbesserung des heutigen Heeressystems Anregungen geben, zu unterstützen ..." (S. 153 ff.)

Ueber die Einzelberatung der Deckungsvorlagen, insbesondere des Wehrbeitrags heißt es u. a.:

„Genosse David ging als erster Redner davon aus, daß der Wehrbeitrag durch die Kommissionsberatungen zwar besser geworden sei, als er nach der Regierungsvorlage aussah. Aber nach wie vor verurteilten wir den besonderen Zweckgedanken des Gesetzes, unsere prinzipielle Ablehnung der Rüstungsverstärkung bleibe unerschüttert. Durch die neue Rüstung und die ungeheuren Kosten, die sie verschlinge, wäre die Sicherheit des Vaterlandes nicht erhöht worden, sondern die allgemeine Unsicherheit werde nur vermehrt werden. Aber nachdem wir die Wehrvorlage nicht verhindern konnten, werde es jetzt unsere Absicht sein, die Deckungsvorlagen in einer Weise zu verabschieden, daß die wirtschaftlich Schwächeren geschont werden... Leider sind aber die in der ersten Lesung der Kommissionsberatung beschlossenen Steuersätze und Staffelungen in der zweiten Lesung wieder verschlechtert worden, weil die Besitzenden, die durch die Steuer erfaßt wurden, ein großes Geschrei erhoben. Man habe von Vermögenskonfiskation gesprochen. Wenn aber den Arbeitern durch die indirekten Steuern insgesamt jährlich an 20 bis 30 Proz. ihres Einkommens genommen werde, so rede man nicht von Konfiskation. Wenn wirklich der Vermögensertrag der Reichen mit 20 bis 30 Proz. Wehrsteuer belegt werde, so verteile sich die Summe auf drei Jahre, mache also für das einzelne Jahr nur den dritten Teil aus. Dadurch werde der Wehrbeitrag erfreulicherweise für die nächsten drei Jahre beiläufig auch zu einer direkten Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Er werde sich ferner als Lehrbeitrag für die reichen Leute erweisen, so daß sie bei neuen Rüstungsforderungen vorsichtiger mit ihrem Beifall werden dürften. Das Gesicht, das die Vorlage habe, verdanke sie in den Hauptzügen der Tatsache der 4¼ Millionen sozialdemokratischer Wähler und der 110 Abgeordneten ..." (S. 164 f.)

Ueber die Stellung der Fraktion zu den Abstimmungen führt der Bericht aus:

„Nachdem die Wehr- und Deckungsvorlagen in zweiter Lesung vom Plenum erledigt worden waren, stand die Fraktion vor der Frage, wie sie sich bei den entscheidenden Abstimmungen in der dritten Lesung verhalten sollte. Die Fraktion war sich in Anbetracht der ganzen politischen Situation der Wichtigkeit dieser Entscheidung voll bewußt; sie hat in zwei Sitzungen, von denen die eine über sechs Stunden gedauert hat, die Stellung der Fraktion und die Bedeutung der Abstimmung über die einzelnen Deckungsvorlagen in eingehenden, gründlichen und bei aller Leidenschaftlichkeit doch sachlichen Debatten untersucht.

Die Abstimmung der Fraktion über die eigentliche Wehrvorlage stand selbstverständlich von vornherein fest. So wie die Fraktion die neuen Militärforderungen von Anfang an durch alle Stadien der parlamentarischen Beratung hindurch im ganzen und in allen Einzelheiten auf das nachdrücklichste bekämpft hatte, so war es auch für sie bei der endgültigen Schlußabstimmung ein einfaches Gebot der Selbstverständlichkeit,

gegen die ebenso unnötige wie gefährliche Wehrvorlage zu stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion verneint damit nicht die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit des Volkes, die gerade sie erst mit allen Mitteln herbeizuführen bestrebt ist, sondern sie lehnt damit **lediglich das heutige stehende Heer als das Instrument des kapitalistischen Klassenstaates ab.**

Nicht so einfach war dagegen die Frage zu beantworten, wie sich die Fraktion bei der Abstimmung über die Deckungsvorlagen verhalten sollte. Daß sie gegen das Gesetz über die Aenderungen im Finanzwesen und gegen die Aenderung des Reichsstempelgesetzes zu stimmen hatte, darüber war von vornherein nur eine Meinung in der Fraktion. Die Meinungsverschiedenheiten erhoben sich bei der Frage der Abstimmung über den Wehrbeitrag und über das Besitzsteuergesetz. Es wurden hierbei verschiedene Ansichten geltend gemacht.

Eine Gruppe der Fraktion vertrat die Ansicht, daß die Fraktion für den Wehrbeitrag und für das Besitzsteuergesetz stimmen müsse. Der Wehrbeitrag sei in seinem innersten Wesen eine auf drei Jahre beschlossene direkte Reichseinkommen- und Vermögensteuer, also die — wenn auch nicht genügende — Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung. Aehnlich sei es mit dem Besitzsteuergesetz. Zwar sei der Weg der Vermögenszuwachssteuer ebenfalls mangelhaft, aber trotz aller Verschleierungen und trotz vieler Unzulänglichkeiten enthalte auch das Besitzsteuergesetz ganz unverkennbar die Anfänge zur direkten Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. In unserem Programm forderten wir aber gerade diese Steuern. Dagegen stehe nicht im Programm, daß der Verwendungszweck der Steuern für ihre Annahme oder Ablehnung entscheidend sein müsse. Man würde es deshalb im Lande nicht verstehen, daß die sozialdemokratische Fraktion direkte Reichssteuern abgelehnt habe, als sie zum erstenmal in der Lage gewesen sei, sie mit ihren Stimmen durchzusetzen. Dadurch werde auch unsere Agitation sehr erschwert werden, denn bei der Bekämpfung neuer indirekter Steuern hätten wir bisher stets die Einführung direkter Steuern verlangt. Es zwinge uns ferner die unmittelbare Situation im Reichstage zur Annahme der Gesetze. Wenn auch der Wehrbeitrag vielleicht trotz unserer Stimmen angenommen werden würde, so sei dies doch zweifelhaft bei dem Besitzsteuergesetz. Wahrscheinlich stimmten die Konservativen, die Polen und verschiedene Zentrumsmitglieder gegen die Besitzsteuern, so daß sie dann abgelehnt werden würden. Dann seien zwei Möglichkeiten gegeben: entweder Auflösung des Reichstages oder Vertagung der Steuerfrage bis zum Herbst. Gewiß würde jeder an sich gern zu Reichstagsneuwahlen ins Feld ziehen. Aber unsere Kampfesbedingungen würden dann doch sehr ungünstig sein. Man könne uns mit Recht entgegenhalten, daß gerade wir direkte Reichssteuern zu Fall gebracht hätten, während wir sonst immer direkte Steuern gefordert hätten. Wahrscheinlich werde die Fraktion auch einen nennenswerten Mandatsverlust erleiden, was angesichts der bevorstehenden Revision des Zolltarifs von besonderem Nachteil für die deutsche Arbeiterklasse sein würde, während den Zollwucherparteien eine geschwächte sozialdemokratische Fraktion gerade recht sein könnte. Erfolge aber keine Auflösung, so würde die Regierung im Herbst neue Steuervorlagen einbringen. Da dann aber nicht mehr die Pression der Wehrvorlage hinter der Regierung und den bürgerlichen Parteien stehe, so sei nicht daran zu denken, daß dann wieder direkte Steuern wie dieses Mal vorgeschlagen werden würden. Wir würden also neue indirekte Steuern verhindern, wenn wir jetzt den direkten zustimmten. Der Verwendungszweck könne nicht in Frage kommen. Wenn die Steuervorlagen zur Abstimmung kämen, sei die Entscheidung über die Wehrvorlage schon gefallen. Wir könnten also die Gesetzwerdung der neuen militärischen Forderungen durch eine Ablehnung der Deckungsvorlagen nicht verhindern. Nachdem aber die Wehrvorlage in dritter Lesung und damit endgültig angenommen worden sei, trotz unseres Kampfes und gegen unsere Stimmen, müsse es unser Bestreben sein, die Steuerlast für die Deckung der neuen Militärvorlage von den Schultern der Arbeiter fernzuhalten. Das sei nur möglich durch Zustimmung zum Wehrbeitrag und zum Besitzsteuergesetz. Die deutsche Sozialdemokratie verstoße damit nicht gegen die internationale Solidarität, sondern sie erfülle damit gerade die Aufforderung des gemeinsamen Manifestes der sozialdemokratischen Fraktionen der französischen Deputiertenkammer und des deutschen Reichstages vom 1. März 1913, wonach die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden zu legen seien, falls die Bekämpfung der Wehrvorlagen erfolglos sein sollte.

Von der Gegenseite wurde demgegenüber verlangt, daß die Fraktion gegen beide Gesetze stimmen solle. Diese Genossen bildeten in der Begründung ihrer Forderung zwei Gruppen. Die eine Gruppe erkannte an, daß wir für Besitzsteuern

stimmen können, wenn die Militärvorlage ohne Rücksicht auf die später zur Deckung der Ausgaben zu beschließende besondere Art der Steuern bereits angenommen worden ist, die Zustimmung zu einer bestimmten Steuer in keiner Weise den bürgerlichen Parteien die Annahme der Militärvorlage erleichtern kann, und daher für uns nur die Entscheidung über eine mehr oder weniger ungünstige Steuer in Betracht kommt. In dem vorliegenden Falle aber haben sich die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei trotz des entgegengesetzten Beschlusses des Reichstages dennoch mit dem Zentrum dahin verständigt, daß die entscheidende Abstimmung über die Militärvorlage, also die Gesamtabstimmung, in der dritten Lesung erst stattfindet, nachdem zwischen ihnen eine Verständigung auch über die Steuern erreicht worden ist. So sei es auch gekommen; und die zwischen diesen Parteien vereinbarten Besitzsteuern seien die Voraussetzung dafür, daß auch das Zentrum für die Militärvorlage stimmen, die Mehrheit für die Vorlage gesichert werde. Für uns müsse aber der Kampf gegen die Militärvorlage entscheidend sein. Wir müssen in diesem Zusammenhang der Dinge gegen die Besitzsteuern stimmen, um nicht mitzuhelfen, die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage zu schaffen. Die zweite Gruppe berief sich auf den alten Grundsatz der Partei: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Der Verwendungszweck sei die Hauptsache. Wenn auch die Wehrvorlage formell vor den Deckungsvorlagen zur Abstimmung gelange, so sei der innere Zusammenhang der Wehr- und Deckungsvorlagen doch nicht zu leugnen. Wir würden deshalb die Mittel für die Durchführung der neuen Militärvorlagen bewilligen, wenn wir für die beiden Gesetze stimmten. Gerade eine solche Abstimmung werde im Lande nicht verstanden werden. Unsere bisherige Stellung gegen den Militarismus sei den Massen vertraut und werde von ihnen gebilligt, wie unsere ständigen Wahlerfolge zeigten. Die neue Taktik aber werde Verwirrung schaffen. Die Programmforderung der direkten Steuern sei nicht so aufzufassen, daß wir dem Klassenstaat in jedem Falle ohne jede Rücksicht auf den Verwendungszweck solche Steuern zu bewilligen hätten. Wir dürften sie nur bewilligen, wenn dadurch indirekte Steuern beseitigt würden. Solcher Fall liege aber nicht vor, es würden im Gegenteil die von der Regierung vorgeschlagenen indirekten Steuern auch dann bewilligt werden, wenn wir dagegen stimmten. Die Haltung der bürgerlichen Parteien könne für uns nicht entscheidend sein. Sie ließen sich von Augenblickserfolgen beeinflussen, für uns dagegen seien unsere Grundsätze und die Wirkung unserer Haltung auf die Massen und auf die zukünftige Entwicklung maßgebend. Aus diesem Grunde brauche uns auch eine etwaige Reichstagsauflösung nicht zu schrecken. Die Wähler würden es verstehen, wenn wir auch diesmal wieder keinen Mann und keinen Groschen bewilligt hätten. Sollten wir wirklich Mandate verlieren, so würden wir doch sicherlich keine Stimmen einbüßen. Bei der Agitation würde uns die Tatsache von Nutzen sein, daß wir durch unsere Stärke die Regierung gezwungen hätten, die vorliegenden Steuergesetze einzubringen, und man würde unserer Auffassung zustimmen, daß wir durch eine weitere Verstärkung unserer Position nicht nur die Einführung neuer indirekter Steuern verhindern, sondern bessere Steuergesetze als die jetzigen erzwingen könnten. Das gemeinsame Manifest vom 1. März verpflichte uns nicht, für die neuen Steuergesetze zu stimmen, es verlange nur entschiedenen Kampf für Besitzsteuern. Wenn wir für die beiden Vorlagen stimmten, würde das zu heftigen Erörterungen in der Partei führen. Das Wohl der Partei müsse für uns aber wichtiger sein, als die scheinbar geschickte Ausnutzung einer parlamentarischen Konstellation.

Eine dritte Gruppe schloß sich im wesentlichen diesen Argumenten an. Dagegen wollte sie nicht Ablehnung der beiden Gesetze, sondern höchstens Ablehnung des Wehrbeitrages, sonst aber Stimmenthaltung. Die sozialdemokratische Fraktion habe im Interesse des arbeitenden Volkes verhindert, daß neue indirekte Steuern beschlossen werden würden; weiter gehe ihr Interesse an den Deckungsvorlagen nicht, sie müsse es den Parteien, die die Wehrvorlagen beschlossen hätten, überlassen, die Deckung zu beschließen. Sollte aber bei der entscheidenden Abstimmung die bürgerliche Mehrheit für das Besitzsteuergesetz in Gefahr geraten, so könne die Fraktion dann immer noch einspringen und verhindern, daß das Besitzsteuergesetz abgelehnt würde und an dessen Stelle im Herbst indirekte Steuern vorgelegt würden.

Die Fraktion schloß sich mit 52 gegen 37 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen den Argumenten der ersten Gruppe an. Als am nächsten Tage von einem Teile der Fraktion nochmalige Erörterung der Frage und nötigenfalls auch eine nochmalige Abstimmung verlangt wurde, lehnte die Mehrheit der Fraktion diese Anregung nach einer lebhaften Debatte ab und bekräftigte dadurch noch einmal ihre Abstimmung vom Tage zuvor.

Einmütig war die Fraktion der Ansicht, daß die unterlegene Minderheit sich dem Mehrheitsvotum zu fügen habe, daß also nicht ein Teil der Fraktion anders stimmen oder auch nur der Abstimmung fernbleiben dürfe. Einmütig wurde ferner beschlossen, unsere Abstimmung durch eine vorbereitete Erklärung zu motivieren. Die Abfassung dieser Erklärung wurde einer Kommission, der Mitglieder aller drei Gruppen angehörten, übertragen." (S. 169 ff.)

Aus der dritten Lesung wird u. a. angeführt:

„. . . Genosse Scheidemann faßte als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion noch einmal unsere Ansichten über die Wehrvorlage zusammen. Ueber die Aussichtslosigkeit unseres monatelangen Kampfes seien wir uns zwar nicht im unklaren gewesen, aber wir hätten trotzdem im Interesse und zur Aufklärung derer, die draußen stehen, unermüdlich gekämpft, und wir würden diesen Kampf außerhalb des Hauses fortsetzen. Ein System, das Urteile wie das des Erfurter Kriegsgerichts möglich mache, müsse auf Leben und Tod bekämpft werden... In der Frage der Deckung sei der sozialdemokratische Einfluß allerdings zur Geltung gekommen. Darin zeige sich die Fortentwicklung der deutschen Politik seit 1909...

In der dritten Lesung war von den Nationalliberalen noch ein Antrag auf Bewilligung der gestrichenen drei Kavallerieregimenter eingebracht worden. Obwohl dieser Antrag in allen vorhergegangenen Stadien der Beratung stets mit großen Mehrheiten abgelehnt worden war, wurde er bei der entscheidenden Abstimmung in der dritten Lesung doch noch angenommen. In der Zwischenzeit war eine genügende Anzahl von Mitgliedern des Zentrums und der Freisinnigen für den Umfall willig gemacht worden.

Bei der Gesamtabstimmung über das ganze Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke, die eigentliche Wehrvorlage, nahmen die bürgerlichen Parteien das Gesetz an, die sozialdemokratische Fraktion stimmte dagegen.

Als die Deckungsvorlagen zur Abstimmung standen, gab Genosse Haase die folgende von der sozialdemokratischen Fraktion vorbereitete Erklärung ab:

„Die Mehrheit dieses Hauses hat eine neue, ungeheuerliche und völlig unbegründete Steigerung der Heeresrüstung beschlossen. Wir haben den Nachweis erbracht, daß dies nicht der Weg ist, unser Land vor Kriegsgefahr zu schützen und den Frieden zwischen den Kulturvölkern zu sichern. Nachdrücklich haben wir betont und wiederholen es in dieser Stunde: die fortgesetzten Rüstungstreibereien steigern das Mißtrauen zwischen den Völkern, stören die internationalen Beziehungen und beschwören schließlich trotz aller Friedensversicherungen die Gefahr eines Weltkrieges herauf, entgegen den Interessen und Wünschen des werktätigen Volkes aller Länder.

Zugleich ist der Militarismus als Instrument der Klassenherrschaft auch eine stete Bedrohung der Freiheit im Innern.

Unsere Anträge, die darauf gerichtet waren, schwere Mißstände dieses Systems zu beseitigen und seine Umbildung zur Volkswehr vorzubereiten, sind abgelehnt worden. Die Wehrvorlage ist Gesetz. So stehen wir nun noch vor der Frage: Wer soll die Kosten tragen? Wir haben stets gefordert, daß die Rüstungslasten nicht den Besitzlosen aufgebürdet werden. Damit stehen wir in vollem Einklang mit der internationalen Sozialdemokratie und namentlich mit unseren Parteifreunden in der französischen Deputiertenkammer. Gemeinsam mit ihnen haben wir dies noch am 1. März d. J. in einem Manifest zum Ausdruck gebracht und erklärt: „Wenn trotz unseres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden." — Von diesem Grundsatz ausgehend, stimmen wir gegen das Gesetz über die Aenderungen im Finanzwesen, obwohl einige Verbesserungen erreicht wurden; denn in ihm wird unter Bruch des wiederholt gesetzlich festgelegten Versprechens die Ermäßigung der Zuckersteuer dem Volke vorenthalten und der Kriegsschatz erhöht, der eine politisch und wirtschaftlich verhängnisvolle Maßregel ist.

Wir stimmen ferner gegen die Aenderung des Reichsstempelgesetzes, weil dadurch der Mittelstand in ungerechter Weise belastet wird.

Die Gesetze über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und über eine Besitzsteuer haben zwar auch viele Mängel, für deren Beseitigung wir ver-

geblich gekämpft haben, trotzdem bilden sie den Anfang der von uns stets geforderten Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Zu unserer Genugtuung wurde der Plan durchkreuzt, den auf rückständigen Wahlgesetzen beruhenden Landtagen der Einzelstaaten die Möglichkeit zu geben, daß die Kosten dieser Rüstungssteigerung wiederum den minderbemittelten Schichten aufgebürdet werden.

Um zu verhindern, daß an ihre Stelle andere, die ärmeren Volksschichten belastende Steuern treten, sind wir bereit, diesen beiden Vorlagen unsere Zustimmung zu geben. Dabei gehen wir von der Ueberzeugung aus, daß die damit eingeleitete schärfere Heranziehung der Besitzenden zu den Rüstungskosten dazu beitragen wird, die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungstreibereien abzukühlen und uns dadurch den Kampf gegen den Militarismus zu erleichtern."

Das Gegenstück dazu bildete eine Rede des konservativen Grafen von Westarp, der erklärte, daß es den Konservativen ihre grundsätzlichen Auffassungen nicht gestatten, für das Vermögenszuwachssteuergesetz zu stimmen. Das Gesetz enthalte eine Vermögens-, eine Einkommens- und eine Erbschaftssteuer und greife damit materiell in das Finanzgebiet der Einzelstaaten ein. In dieser Auffassung seien die Konservativen noch bestärkt durch die Haltung der sozialdemokratischen Partei. „Die Herren Sozialdemokraten haben es deutlich bekundet und werden es heute durch ihre Abstimmung festlegen, daß dieses Gesetz Geist von sozialdemokratischem Geiste ist"...

Bei den Gesamtabstimmungen wurden der Wehrbeitrag, die Aenderungen im Finanzwesen und die Aenderung des Reichsstempelgesetzes in einfacher Abstimmung angenommen. Ueber das Besitzsteuergesetz wurde namentlich abgestimmt. Mit Ja stimmten 280, mit Nein 63 bei 29 Stimmenenthaltungen und einer ungültigen Stimme...

Damit war die Wehrvorlage mit samt den Deckungsvorlagen unter Dach und Fach gebracht. Die Abstimmungen vollzogen sich dieses Mal ohne die sonst übliche Hurrabegeisterung der bürgerlichen Parteien. Der Verlauf der Dinge hatte sich in vielen Punkten bis zum Schlusse so sehr von dem sonst üblichen Verlauf unterschieden, daß keiner der bürgerlichen Parteien so recht wohl ums Herz war. Und das hat mit ihren 4¼ Millionen Stimmen die Sozialdemokratie getan!" (S. 172 ff.)

Diesem Parteitage (Jena **1913**) lagen folgende Anträge vor:

17, 2. Hannover: „...Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Heeresvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt."

109. Hug und Genossen: „Die Unterzeichneten ziehen den Antrag 107 zurück und unterstützen dafür den Antrag 22 der Tagesordnungsvorlage, der wie folgt lautet: 22. Hessische Landeskonferenz: Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen."

112. Hoch: „Der Parteitag erklärt: Für Besitzsteuern, die zur Deckung von Militärausgaben dienen, können unsere Vertreter nur dann eintreten, wenn die Annahme dieser Steuern

1. nicht eine Bedingung für die Annahme der Militärvorlage ist, und
2. die Annahme einer für die Arbeiterklasse ungünstigeren Besteuerung verhindert."

114, 2.: „...Ferner erklärt der Parteitag:

Der Militarismus ist als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen auf das äußerste zu bekämpfen.

Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.

Für sonstige Steuervorlagen ist die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion durch Punkt 10 des Parteiprogramms vorgeschrieben: bestehende indirekte Steuern sind durch direkte zu ersetzen."

Ferner lagen noch die Anträge 20, 21, 22, 98, 107 vor, die sich zustimmend, und die Anträge 23, 24, 25, 92, die sich bedauernd über die Haltung der Fraktion äußerten.

(Siehe auch beim Artikel „Steuerfrage" die Anträge 46a, 113, 114,1.)

Im Vorstandsbericht führte Scheidemann u. a. aus:

„... Es kam die Krönung der ganzen Protestarbeit durch den Internationalen Kongreß in Basel. So waren wir in einer großen Volksbewegung, die jeden von uns mit Freude und Stolz erfüllen konnte, als die neue Militärvorlage im Reichstag eingebracht wurde. Die imperialistischen Politiker suchten das Eisen zu schmieden, solange auf dem Balkan Dörfer brannten und Menschenblut rauchte. Die Heeresvorlage kam, ein neuer Schrei der Empörung ging durch die Reihen des deutschen Proletariats. So wie wir bis dahin allgemein gegen den Imperialismus gearbeitet hatten, so richtete sich nun die ganze Stoßkraft der Partei gegen die Militärvorlage im besonderen. Wir unterrichteten zunächst die Massen durch Flugschriften, es folgten Versammlungen. Die Bewegung nahm einen mächtigen Aufschwung, wir erlebten aber leider, daß sie nach und nach abflaute. Das muß ausdrücklich festgestellt werden. Die Bewegung flaute ab. Warum? Weil der Parteivorstand versagt hatte? Nein, sie flaute ab, weil den schon seit vielen Monaten in der Protestbewegung gewesenen Massen allmählich überall bekannt geworden war, daß die Annahme der Vorlage absolut sicher war, nachdem die Vertreter aller bürgerlichen Parteien bekundet hatten, daß sie mit Ja stimmen würden. (Sehr richtig!) Sie flaute weiter ab, weil allgemein bekannt wurde, daß dank der sozialdemokratischen Parteiarbeit die Regierung nicht gewagt hatte, neue Steuern auf Lebensmittel zu fordern, daß sie vielmehr mit direkten Steuern kam, die den Besitz belasten sollten. Dieser sozialdemokratische Erfolg kann nicht aus der Welt gestritten werden. Es wurden Steuern verlangt, die nicht in erster Linie die Massen treffen konnten, sondern durch die der Besitz herangezogen wurde. (Sehr richtig!) Aber da mußten wir erleben, daß klügere Taktiker der Partei kamen und sagten: das ist ja gar nicht wahr! Das ist mir immer das Unbegreiflichste gewesen, daß es Parteigenossen gibt, die nicht zugeben wollen, daß die Sozialdemokratie doch schon mancherlei erreicht hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) Es wurde gesagt: die Regierung würde es auch dann nicht gewagt haben, neue Steuern auf Lebensmittel zu fordern, wenn die Sozialdemokratie nicht ihre jetzige Stärke erreicht haben würde. Ja, ich weiß nicht, was das heißen soll, offenkundige Erfolge der Sozialdemokratie einfach aus der Welt wegdiskutieren zu wollen.

Es sind uns gegenüber mancherlei Vorwürfe erhoben worden. So hat ein Genosse in der „Neuen Zeit" sich über die Situation ausgesprochen und zu erklären gesucht, warum die Bewegung abflaute. Er sagt u. a., die Parteipresse hat versagt. In dieser Allgemeinheit unterschreibe ich den Satz nicht, aber ganz aus der Luft gegriffen ist er auch nicht. (Sehr richtig!) ... Nun heißt es aber weiter bei dem Genossen in der „Neuen Zeit": „Auch der Parteivorstand hat wahrscheinlich nicht aktiv genug eingegriffen." Wahrscheinlich nicht! Das ist wohl ziemlich selbstverständlich. (Heiterkeit.) In den Parteivorstand wählt man wohl grundsätzlich nur solche Genossen, von denen man annimmt, sie werden unter allen Umständen in allen Situationen versagen. Deshalb ist es mindestens „wahrscheinlich", daß der Parteivorstand auch in der Situation versagt hat, über die der betreffende Genosse geschrieben hat. (Große Heiterkeit und Sehr gut!)

Wahrscheinlich hat der Parteivorstand versagt. Genaueres weiß man nicht. (Heiterkeit.) Ob überhaupt ein Flugblatt über die Rüstungsskandale, die Enthüllungen des Genossen Liebknecht herausgegeben worden ist, das ist dem Artikelschreiber unbekannt. Aber sicher ist für ihn, daß ein solches Flugblatt nicht verbreitet ist! Als die betreffende Nummer der „Neuen Zeit" herauskam, hatte der Parteivorstand über die speziellen Fragen bereits vier Flugschriften herausgegeben.

(Hört! hört!) „Ein ernstes Wort in ernster Zeit", „Kampf gegen die Kriegshetze", „Gegen den Rüstungswahnsinn", „Auf, zum Kampf gegen die Militärvorlage". Von diesen vier Flugblättern waren schon vor dem Erscheinen des erwähnten Artikels 2 850 000 Exemplare von uns in Berlin abgefordert worden. (Hört! hört!) Dabei will ich ausdrücklich betonen, daß das gar keinen Maßstab dafür bietet, was im Lande an Flugblättern wirklich verbreitet worden ist. (Sehr richtig!) Unsere Flugblätter werden doch nicht so, wie wir sie herausgeben, überall verbreitet. Ich habe in meiner früheren Praxis wohl in keinem Wahlkreise ein solches Flugblatt unverändert übernommen, und ich weiß, daß das andere auch nicht getan haben. Man nimmt die Musterflugblätter als Manuskriptmaterial und spitzt sie für die betreffenden Wahlkreise lokal oder provinzial, je nach Bedarf, ganz besonders zu. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit sind also viel mehr solcher Flugblätter verbreitet. Wir haben sofort eingegriffen, aber trotzdem ist es „wahrscheinlich", daß wir versagt haben, und sicher ist, daß kein Flugblatt verbreitet wurde. (Große Heiterkeit.) Ich wünsche, daß diese Art der Kritik nicht Schule macht, dabei können wir unmöglich gewinnen. (Sehr richtig!) Wir müssen uns freuen, wenn wir mit der Nase darauf gestoßen werden, wie wir dieses oder jenes hätten machen müssen. Wir nehmen gute Lehren gern an und versuchen, es das nächste Mal besser zu machen. Aber das Kritisieren, wie ich es soeben geschildert habe, ist nicht angebracht. Wir haben getan, was wir nach bestem Wissen tun zu müssen glaubten. Uns ging es sehr gegen den Strich, daß die Bewegung abflaute, wir haben versucht, sie auf der Höhe zu halten. Vergeblich! Wir haben dann in einer Sitzung des Parteiausschusses am 9. Juni ausdrücklich die Frage erörtert: soll jetzt noch während oder nach der zweiten Lesung der Militärvorlage eine Bewegung im Lande entfacht werden? Es wurde im Parteiausschuß von allen Rednern, die dazu sprachen — von der äußersten Linken bis zu denen, von denen man sagt, sie stehen auf der äußersten Rechten — allgemein gesagt: „Laßt das sein, es geht nicht, eine Bewegung künstlich zu entfachen. (Sehr richtig!) Das Volk ist aus den Bewegungen seit langer Zeit nicht herausgekommen. Erst die Teuerungsprotestversammlungen, dann der Balkankrieg, dann die Militärvorlage usw. Und", so wurde im Ausschuß verschiedentlich ausgeführt, „nachdem feststeht, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher ist und daß die Steuern nicht dem arbeitenden Volke aufgeladen werden sollten, jetzt ist es unter keinen Umständen mehr möglich, die Bewegung künstlich wieder auf die Höhe zu bringen. Das Hauptinteresse habe sich zuletzt eigentlich nur noch der Deckungsfrage zugewandt. Leider! Und nun atmen viele erleichtert auf, weil sie im Hinblick auf die starke Reichstagsfraktion neue Steuern nicht befürchten."

Also der Parteiausschuß war einmütig der Auffassung, daß eine neue allgemeine Aktion gegen die so gut wie beschlossene Heeresvorlage gar nicht noch versucht werden sollte, weil sie aussichtslos sei. Wenn die Situation sich ändere, sollte der Parteivorstand entsprechende Weisungen geben. Sie sehen, daß wir alles getan haben, was möglich war, daß aber mehr nicht gemacht werden konnte, als ihrerseits geschehen war. Ich habe schon darauf hingewiesen, wie töricht es war, zu sagen, es käme kein Erfolg der Sozialdemokratie in der Steuerfrage in Betracht. Der beste Beweis für das Interesse der Massen an der Art der Steuern war das Abflauen der Bewegung: die Massen sagten sich, als die sogenannten Besitzsteuern gesichert schienen: nun ist das Schlimmste überwunden! Diese Stimmung der Massen kam im Parteiausschuß zum Ausdruck. Und da sitzen die Genossen, die mit den Massen leben. Es war auch in der Masse eine gewisse Müdigkeit eingetreten . . ." (S. 225 ff.)

Heilmann-Chemnitz:

„. . . Scheidemann hat zunächst angeknüpft an meine Bemerkung, daß die Parteipresse im Kampfe gegen die Militärvorlage vielfach versagt habe. Ich habe das so gemeint und meine es auch heute noch so, daß wir nicht wie früher beim Kampf um große Vorlagen — ich denke z. B. an die Zuchthausvorlage — Tag für Tag die Parteipresse mit nichts anderem angefüllt haben, als mit diesem einen Thema, und alle Energie der Parteigenossen auf diesen einen Punkt konzentriert haben. Ich glaube, wir haben während des Kampfes um die Militärvorlage unsere Kräfte viel zu sehr zersplittert, um eine große Bewegung der Massen gerade gegen dieses eine Gesetz herbeiführen zu können. Noch mehr hat dem Genossen

Scheidemann mißfallen meine Bemerkung, daß der Parteivorstand wahrscheinlich auch versagt habe. Auf diesem Wort „wahrscheinlich" ist er herumgeritten, wie jeder geschickte Redner auf seinem Steckenpferd. Das Wort „wahrscheinlich" bedeutet einfach, daß ich nicht in der Lage war, es mit aller Sicherheit zu behaupten. (Heiterkeit.) Es ist Sitte, daß den Parteiredaktionen die Flugblätter zugestellt werden, die der Parteivorstand herausgibt, irgendein Flugblatt über den Liebknecht-Skandal (Heiterkeit), ich meine die Liebknechtschen Enthüllungen über den Krupp-Skandal, haben wir vom Parteivorstand nicht bekommen. Ich habe aber die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß diese Flugblätter erschienen sein könnten und daß es bloß an irgendeinem technischen Versehen liege, daß sie uns nicht zugestellt worden sind. Weil ich diese Möglichkeit dem Parteivorstand zugute hielt, darum habe ich das mildernde „wahrscheinlich" hinzugefügt. Wenn diese Flugblätter erschienen sind, so haben nicht nur die Redaktionen, sondern eine ganze Anzahl der Wahlvereine unseres Bezirks, selbst in großen Orten, es nicht gewußt. Mir ist es sehr zweifelhaft, ob sie die Wirkung gehabt haben, die sie bei rechtzeitigem Erscheinen und bei größter Verbreitung auf Anregung der Zentralstelle hin hätten haben müssen..." (S. 248.)

Dißmann-Frankfurt a. M.:

„... In der Frage der Ausnützung der Situation müssen wir in Zukunft ein Stück weiter kommen. Scheidemann sagte, die Begeisterung der Massen flaute im Kampfe gegen die Militärvorlage bald ab, die Massen hätten das Empfinden gehabt, daß die Militärvorlage gesichert sei, und daß, nachdem der Besitz die Deckung zahlen müßte, das Schlimmste überwunden wäre. Das ist das Schlimmste, was in der Agitation vorkommen kann. Die Massen dürfen nicht erlahmen, indem sie glauben, die neuen Lasten treffen sie nicht, denn sie übersehen, daß es das Schlimmste ist, daß der Militarismus weiter gestärkt wird. Bei Aktionen wie im Kampfe gegen die Militärvorlage müssen wir in Zukunft die Zentrale mit den Organisationen und der Presse etwas näher zusammenbringen. Es wäre durchaus notwendig gewesen, daß Fraktion, Parteivorstand und Organisationskörper mit den Vertretern der Presse sich von vornherein zusammengefunden und verständigt hätten über den Rahmen des Kampfes, der einzusetzen hat, damit mit dem Moment, wo im Parlament selbst der Kampf einsetzte, nicht nur sofort das Echo der Massen gefunden wurde, sondern auch die Organisationen auf dem Sprunge standen, um sofort die gewaltigsten Massenbewegungen in Szene zu setzen. Ich hoffe, daß wir darüber in den nächsten Sitzungen des Parteiausschusses sprechen können..." (S. 253 f.)

Im Schlußwort führte Scheidemann aus:

„... Genosse Heilmann hat sich sehr aufgeregt über die von mir gegebenen Zitate aus einem Artikel, den er in der „Neuen Zeit" veröffentlicht hat. Er hat dann zu seiner Rechtfertigung gesagt, er hätte keine Kenntnis gehabt von den Flugblättern, und er führte es darauf zurück, daß der Parteiapparat zu schwerfällig arbeite. Die Sachen kämen an die Redaktionen gar nicht oder zu spät. Wir schickten die Flugblätter erst an die Bezirke, die sie dann erst wieder an die Kreise abgeben usw. Das sei ein zu schwerfälliger Apparat. In dasselbe Horn hat auch Genosse Stengele von Hamburg geblasen. Er meinte, es gehe alles schablonenmäßig. Genau das Gegenteil davon hat dann Stubbe vorgetragen, der noch eine schärfere und straffere Zentralisation wünschte, meines Erachtens mit Recht. Die Mängel liegen in der Tat nicht an der Art unserer Organisation. Es kommt auf die Menschen an, die in unserem Organisationsapparat arbeiten. Wenn der eine oder andere Sekretär die Sachen liegen lassen sollte, so ist das ein Verschulden, für das man die Organisation als solche unter keinen Umständen verantwortlich machen darf. — Dißmann hat, unter Hinweis auf Erfahrungen bei der Agitation im Kampf gegen die Militärvorlage, ein besseres Zusammenarbeiten der Fraktion und des Parteivorstandes mit dem Parteiausschuß vermißt. Mir ist nicht recht verständlich, was er damit meint. Meines Wissens hat es an engster Fühlung zwischen diesen drei Körperschaften in keinem Stadium der Bewegung gemangelt. Wir haben fortwährend in innigster Fühlung miteinander gestanden. Die Vorstandsmitglieder sind ja zum großen Teil Mitglieder der Reichstagsfraktion, sind über

alles unterrichtet, und der Ausschuß ist auch unterrichtet gewesen. So war es auch bei sämtlichen Verhandlungen über die Militärvorlage. Dißmann gehört ja selbst dem Ausschuß an, und es wird ihm bekannt sein, daß Haase als Vorsitzender ausdrücklich in der Ausschußsitzung, als wir uns beschäftigt haben mit den Maßnahmen, die eventuell noch getroffen werden könnten ... (Zuruf: Da war es zu spät!) ... vorher ist doch die Bewegung im besten Gange gewesen, niemand wird bestreiten, daß zunächst mit großem Elan, mit erfreulicher Schneidigkeit der Kampf geführt worden ist. Dann hat Haase einen ausführlichen Bericht gegeben, das Verhalten der Fraktion hat er bis aufs kleinste geschildert und hat dann die Frage gestellt: Was soll nun geschehen? Uebrigens hatte Dißmann als Ausschußmitglied Gelegenheit genug, uns rechtzeitig Anregungen zu geben, wenn er meinte, daß etwas versäumt worden sei. Sein Vorwurf ist also unberechtigt ..." (S. 277 f.)

Der Antrag 17 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

In der Debatte über den Massenstreik sagte Rosa Luxemburg:

„... Und endlich das Abflauen der Massenbewegung gegen die Militärvorlage, gegen die unerhörteste Zumutung des Imperialismus, die wir erlebt haben. Auch dafür hat unsere oberste Behörde sehr ausreichende Erklärungsgründe: erstens war ja die Annahme der Militärvorlage sicher, und zweitens: nachdem die Besitzsteuern schon feststanden, da mußten sich die Massen sagen, so hat Scheidemann wörtlich gesagt: nun war das Schlimmste überwunden! Ich müßte mich wundern, daß unsere höchste Parteibehörde eine solche Auffassung hier zum Ausdruck bringen konnte. Wenn es zuträfe, wenn die Massen sich sagen konnten, daß nach der Annahme von Besitzsteuern das Schlimmste bei der Militärvorlage überwunden war, so haben wir uns damit ein Armutszeugnis für die Resultate unserer Agitation und unserer Erziehungsarbeit ausgestellt. (Sehr richtig!) Wenn das zutrifft, so war der Parteivorstand als erster verpflichtet, zu alarmieren, die ganze Partei mit der Frage zu beunruhigen; wenn wir so wenig erreicht haben, dann ist es höchste Zeit, daß wir nach Mitteln und Wegen suchen, um die Massen endlich zur sozialistischen Auffassung zu erziehen. (Sehr richtig!) Statt dessen haben wir Beruhigungsgründe auf allen Gebieten. Soweit die Zustände innerhalb der Partei. Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Momenten in der politischen und wirtschaftlichen Situation, die wirklich dazu angetan sind, Führer einer Viermillionenpartei zum ernsten Nachdenken über die Taktik und zur Nachprüfung unserer bisherigen Taktik zu veranlassen. Da macht der Imperialismus einen gewaltigen Vorstoß mit der letzten Militärvorlage, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht gehabt haben. Da ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien — eine neue Konstellation — gegen uns zu verzeichnen. Denn was haben wir erlebt? Während der Kämpfe gegen die Wehr- und die Deckungsvorlagen haben sich diejenigen Liberalen, auf die viele Hoffnungen während der letzten Reichstagswahlen in unseren Reihen wachgerufen wurden, nicht etwa unserem Kampfe angeschlossen, um eine gründliche Finanzreform durchzusetzen und den schwarzblauen Block zu bekämpfen, sondern sie haben sich mit dem famosen schwarzblauen Block zusammengefunden. Sie sind uns in den Rücken gefallen und haben sich mit dem Zentrum verbunden. Ernste Politiker mußten diese neue Situation in der Kombination der Parteien verfolgen ..." (S. 289 f.)

Noske-Chemnitz:

„... Die Genossin Luxemburg hat vorweg die Frage gestellt, weshalb wir in dem Kampf gegen die Militärvorlage so gar keine Erfolge davongetragen hätten, und hat uns dann versichert, daß sie gewöhnt sei, auf die feinen Regungen der Volksseele aufmerksamer zu achten, als diejenigen, die anderer Meinung sind, als sie. Wenn die Genossin Luxemburg so scharf auf die Regungen der Volksseele geachtet hätte, würde sie z. B. u. a. einen sehr wichtigen Grund für die Erfolglosigkeit unseres Kampfes gegen die Militärvorlage in den außerordentlich rückständigen russischen Verhältnissen erblicken, die dazu geführt haben, daß während der Balkankriege monatelang große Heere von russischen Soldaten nicht weit von der deutschen

Grenze kriegsbereit gestanden haben, und daß die Folge davon förmliche Kriegspaniken in einem großen Teile der Grenzprovinzen gewesen sind und ein rasches Zusammenraffen von Geldern auch in den Arbeiterkreisen, weil man fürchtete, jeden Tag mit Krieg überzogen zu werden. (Zuruf.) Ich stelle Tatsachen fest und rede nicht etwa für die Militärvorlage. Der Hauptgrund ist im übrigen der gewesen, daß wir leider nur ein Drittel der Wählerschaft Deutschlands bei der letzten Reichstagswahl hinter uns hatten, in Preußen sogar nur 24 Proz. . . ." (S. 319.)

Beim Bericht der Reichstagsfraktion wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Bock beschlossen, die Stellung der Fraktion zu den Deckungsfragen abzutrennen und mit der Steuerfrage zu verbinden:

Berichterstatter Heinrich Schulz:

„Durch den Beschluß des Parteitags, von dem Bericht der Reichstagsfraktion die Stellung der Fraktion zur Deckungsfrage abzutrennen, ein Beschluß, der einem gemeinsamen Wunsche des Parteivorstandes und Parteiausschusses entspricht, und dem auch ich mich aus sachlichen Gründen anschließen kann, ist meine Aufgabe als Berichterstatter noch einfacher geworden, als sie sonst ohnehin gewesen wäre . . . Ich habe . . . meine Aufgabe darin gesehen, so objektiv wie möglich zu berichten. Diesen objektiven Bericht habe ich auch in der Deckungsfrage so ausführlich wie möglich niedergelegt. Der Bericht ist allen Mitgliedern der Fraktion zugegangen, es haben ihn Mitglieder der Rechten und Linken noch ergänzt, so daß ich annehmen darf, daß das, was dort über die Stellung der Fraktion zur Deckungsfrage niedergelegt ist, der wirklichen Situation, wie sie damals vorhanden war, entspricht. Es kann sich für mich heute nur um Erklärungen, Erläuterungen und Richtigstellungen gegenüber der erfolgten Kritik und den vorliegenden Anträgen handeln . . .

Lebhafte Debatten gab es über die Haltung der Partei zur Wehrvorlage. Bei diesen kritischen Bemerkungen hat es sich aber mehr um allgemeine Sentiments gehandelt als um durchschlagende Gründe. Die Einwendungen haben zum großen Teil nicht den parlamentarischen Geschäftsgang berücksichtigt, über den wir Sozialdemokraten auch nicht hinwegkönnen. Im allgemeinen wird die Haltung der Fraktion während der zweiten Lesung im Plenum anerkannt, sogar mit sehr schmeichelhaften Worten. Die „Gleichheit", die sonst die Fraktion hie und da zupft, sagt darüber: „Erst bei der zweiten Lesung stand die sozialdemokratische Reichstagsvertretung auf der Höhe der Situation. Hier rang sie zehn Tage lang Brust an Brust mit dem tückischen, gewalttätigen Feind des Proletariats und riß ihm durch ihre gut gewählten und meist schneidig begründeten Anträge die Maske vom Gesicht." Nun soll die Fraktion bei der ersten Lesung, in der Kommission, und bei der dritten Lesung ihre Schuldigkeit nicht getan haben. Daß die Fraktion in der ersten Lesung in grundsätzlicher Beziehung etwas außer acht gelassen hätte, behauptet niemand, „aber", sagt die „Gleichheit", „im ganzen hat es an dem Ton gefehlt, der die Musik macht. Die Wucht und Großzügigkeit war nicht da." Ich gebe zu, daß das Unbehagen, dem die „Gleichheit" Ausdruck gibt, von einer Reihe der Parteigenossen auch innerhalb der Fraktion empfunden worden ist. Aber lag die Schuld an der Fraktion? Nein, die Fraktion hat in der ersten Lesung getan, was möglich war. Der volle Ton konnte nur durch die Resonanz der Massen erzielt werden. Die Massen hatten aber leider bei der ersten Lesung nicht das genügende Interesse, um den Kampf der Fraktion in ausreichender Weise zu unterstützen. Darunter hat der erste Akt des Rüstungsdramas im Parlament gelitten, darüber gehen die Meinungen auf der rechten und linken Seite der Partei nicht weit auseinander. Auch Genossin Luxemburg vertrat in der „Leipziger Volkszeitung" diese Ansicht. Ueber die Kommissionsberatung sagt die „Gleichheit": „Es ist nicht unerbittlich genug der trügerische Schein zerstört worden, als ob die dort ausgekramten politischen und militär-technischen Gründe für die ungeheure Heeresverstärkung die Unbeugsamkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu mildern vermocht hätten." Dieser Vorwurf ist nicht genügend substantiiert. Wir haben in der Kommission das Kampffeld vorbereitet, auf dem dann in der zweiten Lesung der Kampf geführt

worden ist, den auch die „Gleichheit" anerkannt hat. Die Berichte über die Kommissionsberatungen geben kein solches Spiegelbild wie die über die Plenarverhandlungen. Sie vollziehen sich nicht öffentlich, ein großer Teil der Kommissionsverhandlung ist überhaupt geheim, so daß darüber nicht berichtet werden kann. Vor allem aber begnügen sich unsere Parteigenossen in der Kommission sehr oft absichtlich mit irgendeiner Feststellung, zu der sie die Regierung zwingen, und behalten sich vor, die Schlußfolgerungen erst in der Plenarverhandlung auszusprechen. Trotzdem hat unsere Haltung in der Kommission nichts zu wünschen übrig gelassen. Die dritte Lesung hat dann durch das Erfurter Urteil eine ganz besondere Färbung erhalten.

Ich bin weit davon entfernt, alles für gut zu halten, was die Fraktion getan hat. Im Gegenteil, manches hätte besser gemacht werden können. Kritik soll sein und muß sein, es soll keine beschauliche Selbstzufriedenheit bei unseren Parlamentariern einreißen. Sie sollen immer wieder genötigt werden, ihre Haltung mit der der Massen zu vergleichen, und mit den Massen Fühlung halten. Soweit die Kritik aber zu irrigen Schlüssen kommt, muß sie auf das berechtigte Maß zurückgeführt werden. Es fehlte dem Kampfe gegen die Heeresverstärkung das notwendige Echo in den Massen. Die Schuld daran lag nicht in erster Linie an der Fraktion, sondern an den Gründen, die gestern schon dargelegt worden sind. Sobald die Massen sich rührten, wurde der Kampf der Fraktion im Reichstag unmittelbar belebt und verstärkt, und als durch das Erfurter Urteil die Massen zu zorniger Empörung aufgepeitscht wurden, da konnte die Fraktion in kühner Initiative und mit schnellem Zupacken auch einen unmittelbaren Erfolg erreichen. Dieser Erfolg wäre ohne die Massen nicht möglich gewesen. Dieser kleine parlamentarische Erfolg hat aber andererseits wieder aufrüttelnd auf die Massen gewirkt. Die Versammlungen waren gefüllt, die Massen waren begeistert, überall war eine lebhafte Stimmung, volle Häuser, Begeisterung, Zorn und Empörung. Vielleicht haben die Organisationen hinterher das Eisen, als es nach den Militärdebatten recht heiß war, nicht in genügendem Maße geschmiedet. Ich hätte auch gewünscht, daß nach Schluß der Reichstagsverhandlungen im Hinblick auf den aufregenden und für die Partei ehrenvollen Ausgang die Parteigenossen im Lande sich mehr darum gekümmert und in Versammlungen dazu Stellung genommen hätten. Das Erfurter Urteil gibt ein Schulbeispiel dafür, wie sich der prinzipielle Kampf und der praktische Erfolg gegenseitig in die Hände arbeiten können und müssen.

Ich komme nun auf ein Urteil über die Fraktion zu sprechen, das, glaube ich, allein steht. Die „Düsseldorfer Volkszeitung" schreibt über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion: „Wie sehr wir die Kritik von der Reichstagstribüne aus zu schätzen wissen, ja sie gewissermaßen als die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Fraktion betrachten, so haben uns doch manche Anträge und Ausführungen unserer Genossen, die bei dieser Gelegenheit im Reichstag gemacht wurden, seltsam angemutet. Wir halten es nicht für die Aufgabe unserer Fraktion, durch Anträge und Reden Zustände im militärischem System beseitigen zu wollen, wodurch der Militarismus wohl den Kreisen des Bürgertums schmackhafter gemacht werden könnte, am System des Militarismus als Herrschaftsmittel der herrschenden Klassen aber nichts geändert werden würde. Wir meinen, daß wohl das Bürgertum ein großes Interesse an Anträgen hat, die das Einjährig-Freiwilligen-System, die Abschaffung des Burschenwesens, die Beseitigung des Gardevorrechts, die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung für alle Angehörigen der Armee, die Beförderung in der Armee nach der persönlichen Tüchtigkeit betreffen, aber für das Proletariat ist die Beseitigung oder Nichtbeseitigung dieser Schönheitsfehlerchen am Militarismus wirklich von untergeordneter Bedeutung." (Hört! hört!)

Ich glaube, daß diese Auffassung vollkommen unsere Stellung zur Wehrfrage verkennt. (Sehr richtig!) Wir bekämpfen den heutigen kapitalistischen, imperialistischen Militarismus als die Waffe der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wir bekämpfen aber nicht die Wehrhaftigkeit des Volkes. Wir wollen ja gerade nach unserem Parteiprogramm die Volkswehr, die Miliz an Stelle des stehenden Heeres, wir wollen gerade die möglichst gute körperliche und geistige Ausbildung von frühester Jugend an, die zugleich auch die denkbar größte Wehrhaftigkeit

des Volkes gewährleistet. Wir können nicht durch Parlamentsbeschluß das stehende Heer von heute auf morgen abschaffen. Wir können auch nicht in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft unsere ideale Forderung der Volkswehr restlos durchsetzen. Aber wir haben doch die Verpflichtung, dem heutigen Militarismus durch Kritik, durch Anträge so zuzusetzen, wie es nur immer angeht, und diese Kritik und die Reformen, die wir von der heutigen bürgerlichen Gesellschaft auf dem Gebiete des Militarismus erlangen, erhalten ihre Ziele und Richtlinien durch unsere programmatische Volkswehrforderung, durch unser militärisches Endziel. Dies Endziel muß uns befähigen und befähigt uns, zu den verschiedensten Einzelfragen des heutigen Militärsystems Stellung zu nehmen, Forderungen zu erheben, die eine Besserung in der Richtung zu unserem Endziel darstellen. Ist es denn richtig, wie das Düsseldorfer Blatt schreibt, daß das Bürgertum ein Interesse an der Beseitigung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs hat? Nein, wir haben ein Interesse daran. Wir wollen die Beseitigung dieses Klassenunterschiedes im heutigen Militär. Auch hat nicht das Bürgertum ein Interesse an der Verkürzung der Dienstzeit, die es sich ja selbst für seine Klassengenossen durch die einjährige Dienstzeit verschafft, die für die meisten jungen Leute des Bürgertums eine angenehme Abwechslung bringt. Nein, im Interesse des Proletariats fordern wir die Verkürzung der Dienstzeit. Ebenso liegt natürlich die Abschaffung des Burschenwesens im Interesse der Proletarier. Wir wollen, daß alle Soldaten gleich sind, daß nicht ein Soldat der Bursche des anderen ist. In dem Wort „Bursche" liegt schon eine Herabsetzung des Arbeiters, der den bunten Rock anziehen muß. Ist es nicht etwas Entwürdigendes, wenn ein Arbeiter genötigt wird, bei einem blutjungen Leutnant Stellung zu nehmen? Und dient ferner nicht gerade das Gardevorrecht als Stütze des Imperiums unserer imperialistischen Gesellschaft? Sollte es da nicht im Interesse der Arbeiter liegen, daß wir die Beseitigung dieser Dekoration verlangen? Ebenso ist die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung eine Forderung, die gerade wir Sozialdemokraten stellen, genau so wie die Forderung der Beförderung nach der persönlichen Tüchtigkeit. Ich könnte begreifen, wenn man sagt, Ihr habt diese Forderungen nicht ausreichend genug vertreten. Aber wenn wir darauf verzichten wollten, sie überhaupt zu erheben, würden wir unserer ganzen Militärpropaganda das Rückgrat brechen. Gerade auch die vielen Indifferenten spitzen in der Regel sehr aufmerksam die Ohren, wenn ein parteigenössischer Redner über das heutige stehende Heer redet, wenn er aus eigener Sachkenntnis heraus erinnert an die Dinge, die sich heutzutage der Soldat beim stehenden Heer gefallen lassen muß. Gerade bei dieser Kritik können wir an persönliche Erfahrungen anknüpfen, und das ist bekanntlich die beste Anknüpfung, um zu theoretischen Auffassungen hinüberzuleiten. Ich möchte im Gegensatz zu den Parteigenossen in der „Düsseldorfer Volkszeitung" sagen: Wir müssen viel mehr als bisher unsere volkstümlichen Militärforderungen propagieren ..." (S. 339 ff.)

Dr. Rosenfeld-Berlin:

„... Auf das Verhalten der Fraktion bei den Deckungsvorlagen kann ich hier nicht eingehen, weil dies getrennt behandelt werden soll. Im übrigen hat die Tätigkeit der Fraktion wenig Kritik gefunden. Ueber die Wehrvorlage möchte ich nur sagen, ich erkenne gern an, daß die Fraktionsmitglieder ausgezeichnete Reden gegen den Militarismus gehalten haben, und ich bin mit Schulz der Ansicht, daß eine Kritik der Art, wie sie in der Düsseldorfer Parteizeitung geübt ist, verfehlt ist. Als besonders erfreulich möchte ich es bezeichnen, daß es der Fraktion möglich war, wenigstens eine kleine Milderung des brutalen Strafsystems des Militärstrafgesetzbuches zu erreichen, wenn diese Milderung auch nicht ausreichend ist, wie das Urteil des Oberkriegsgerichts im Erfurter Fall bewiesen hat. Wenn aber Schulz sich dann gegen die „Gleichheit" gewandt hat, so folge ich ihm nicht. Ich stimme der „Gleichheit" insofern bei, als sie gesagt hat, ein schärferes Auftreten der Fraktion bei den Wehrvorlagen wäre durchaus möglich gewesen. Freilich bin ich auch der Meinung, daß Obstruktion auf Grund der geltenden Geschäftsordnung im Reichstag nicht möglich ist; aber was unseren 6 Parteigenossen im preußischen Landtag möglich war, müßte auch den 110 Abgeordneten im Reichstag möglich sein, die dort einen ganz anderen Resonanzboden

haben, als die sechs im Landtag. Etwas mehr Offensive wäre in der Tat der Fraktion möglich gewesen ..." (S. 347.)

Stengele-Hamburg:

„Es ist am ersten Tage so viel von den parlamentarischen Erfolgen der Partei gesprochen worden, daß es jetzt vielleicht als Schwarzseherei betrachtet wird, wenn man sagt: Die Erfolge sind gar nicht so nennenswert. Einzelne Erfolge auf parlamentarischem Gebiete sind ja da, z. B. in der Frage des Kindersaugflaschengesetzes. (Große Heiterkeit.) Aber in einer etwas wichtigeren Angelegenheit, bei der Militärvorlage, ist von einem Erfolge gar nicht zu sprechen. Im Gegenteil, der ganze Verlauf der Dinge und des Eingreifens der sozialdemokratischen Fraktion erscheint mir höchst unbefriedigend. Nun ist gesagt worden, der Fraktion hätte der notwendige Antrieb aus der Masse heraus gefehlt. Der Ausdruck fiel, man habe angenommen, weil die Deckung durch Besitzsteuern erfolgen müsse, sei das Schlimmste nun überwunden, und es sei weiter nichts zu tun. Das Schlimmste ist aber nicht überwunden worden, auch wenn die Besitzsteuern wirklich Besitzsteuern wären und wenn sie nicht tatsächlich zum guten Teil auf die Arbeitermassen abgewälzt würden. Das Schlimmste ist die Blutsteuer, die das Volk zu tragen hat. Ich bin der Ueberzeugung, daß es unter Aufbietung aller Kräfte vielleicht möglich gewesen wäre, wenigstens die Rate der Blutsteuer, die in diesem Herbst fällig ist, zu verhindern, daß es möglich gewesen wäre, die Entscheidung über die eigentliche Militärvorlage soweit hinauszuschieben, daß die diesjährige Rekrutenaushebung sich auf das bisherige Maß hätte beschränken müssen, so daß 60 000 junge Menschen vor der Kaserne bewahrt geblieben wären. (Sehr richtig!) Vielleicht wäre das möglich gewesen. Jedenfalls war es Pflicht der Fraktion, alle Kraft einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Wäre es nicht erreicht worden, dann hätte man ihr wenigstens keine Vorwürfe machen können.

Warum ist keine Obstruktion getrieben worden? Da wird uns die hochheilige Geschäftsordnung entgegengehalten und der noch viel heiligere parlamentarische Brauch. Aber, zum Teufel, man muß sich bei derartigen wichtigen Sachen über diese papierenen und sonstigen Schranken hinwegsetzen. Die Geschäftsordnung bietet übrigens Gelegenheit, Obstruktion zu treiben, wenn auch nicht in der lärmenden Weise wie in anderen Ländern, so z. B. durch die Stellung von Anträgen und das Verlangen von namentlichen Abstimmungen. Es ist schon schwer vermißt worden, daß die Fraktion nicht eine namentliche Abstimmung in der dritten Lesung bei der Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen drei Kavallerieregimenter verlangt hat. Wir wissen nicht einmal, welche Fortschrittskavalleristen hier wieder umgefallen sind. Wir können ihnen also gar nicht entgegentreten, weil sie sich immer ausreden können, sie seien es nicht gewesen. Als Beispiel, wie die Obstruktion hätte getrieben werden können, verweise ich auf die Tätigkeit der sozialistischen Gruppe in der französischen Kammer. Dort wurde Obstruktion getrieben, wenn es auch öffentlich nicht so erklärt wurde. Ich wurde, wie wohl andere auch, informiert, daß man sich über auffällige Anträge nicht wundern solle; sie seien nur gestellt als Mittel der Verschleppung der Sache, bis man in eine günstige Situation hineinkäme. Etwas Aehnliches wäre auch bei uns möglich gewesen. Dann hätte sich die Fraktion mit vollem Recht sagen können: Wir haben unser möglichstes getan. Dagegen hat sie sich die Anerkennung des waschlappigsten Teiles des Freisinns gewonnen, wie der „Vossischen Zeitung", die nach Schluß der Session ihre Befriedigung darüber aussprach, daß die Sozialdemokratie von dem Mittel der Obstruktion gar keinen Gebrauch gemacht hätte. In diesen Worten liegt, daß die „Vossische Zeitung" selbst die Möglichkeit der Obstruktion zugibt, daß aber die Sozialdemokratie zur großen Befriedigung des jämmerlichen Freisinns auf dieses Mittel verzichtet hatte ...

... Daß die Debatte schließlich noch einen gewissen guten Abschluß gefunden, ist dem Zufall zu verdanken, daß das Urteil in Erfurt gerade auf die letzten Tage gefallen ist. Wenn der Referent davon sprach, daß die Fraktion sich dabei auf die Empörung des ganzen Volkes gestützt hätte, so ist das ganz richtig, wenn auch die Empörung ja noch nicht in Volksversammlungen zum Ausdruck hatte kommen können, weil das Urteil eben erst gerade gefällt worden war. Die Fraktion wußte aber,

daß sie hier von dem Vertrauen des Volkes getragen war. Das mußte sie aber bei der ganzen Militärvorlage wissen. Bei einem forschen Vorgehen hätte sie das Vertrauen gestärkt, während jetzt die Flauheit oder, um preußisch zu sprechen, die Schlappheit große Unzufriedenheit erregt hat. (Beifall.)" (S. 349 f.)

Heilmann-Chemnitz:

„Die Taktik der Fraktion in dem Kampfe gegen die Militärvorlage hat im allgemeinen auch meine volle Anerkennung. Nur in einem Punkte unterscheide ich mich von der Auffassung, die in der Mehrheit der Fraktion geherrscht hat. Es handelt sich um die Stellungnahme in der Kommission zu der Frage, ob sofort in die zweite Lesung der Wehrvorlagen eingetreten oder zunächst die Deckungsfrage in Angriff genommen werden sollte. Die Fraktion hat dafür gestimmt, daß sofort in die zweite Lesung der Wehrvorlage eingetreten wird. Und diese Entscheidung erscheint mir prinzipiell bedenklich und taktisch unrichtig. (Zustimmung.) Die Fraktion hat ihr Verhalten damit begründet, daß sonst nachher in den Beratungen des Plenums eine Pause hätte eintreten müssen, daß sonst die große Kritik am Militarismus, wie sie in der zweiten Lesung geübt worden ist, nicht genügend Zeit gefunden hätte und daß die allgemeine Bewegung gegen die Militärvorlage doch schon so abgeflaut gewesen sei, daß ein weiteres Herumreiten auf diesem Punkt keinen Zweck gehabt hätte, man sich vielmehr vernünftigerweise auf die Deckungsvorlage hätte zurückziehen müssen. Was das letztere betrifft, so kann ich nur bedauern, wenn Scheidemann sich gestern eine Aeußerung von Kautsky zu eigen gemacht, ein gesunder Organismus könne nicht dauernd in Aufregung sein. Ein gesunder Parteiorganismus muß dauernd in Bewegung sein. (Zuruf: In Bewegung!) Er muß auch dauernd in Aufregung sein — wir wollen doch nicht mit Worten spielen. Es handelt sich darum, daß in dem Augenblick, wo eine große Vorlage zur Beratung stand, die Bewegung vollständig abflaute. In diesem Falle ist Bewegung und Aufregung ganz dasselbe (Sehr richtig!), und wenn man sagt, ein gesunder Organismus könne nicht fortwährend in Aufregung sein, so entschuldigt man eine Lauheit der Genossen, die nicht zu entschuldigen ist und mit der sich die Fraktion nicht leichthin abfinden durfte. Ein gesunder Parteiorganismus kann dauernd in Aufregung sein, und einen Genossen, der sich angesichts der gegenwärtigen sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland nicht aufregt, den beneide ich nicht um seine Ruhe. (Sehr wahr!) Man hätte, so wendet man ein, wenn die Fraktion sich anders verhalten hätte, uns in der zweiten Lesung nicht die Zeit zur ausgiebigen Kritik des Militarismus gelassen. Ich halte eine Obstruktion nicht für möglich, so bemerkenswerte Talente dafür Genosse Schulz auch heute zweifellos an den Tag gelegt hat. Aber wenn die Fraktion von 110 Mann nicht wenigstens die Macht und Möglichkeit hätte, zu erzwingen, daß ihre Anträge sachlich begründet werden können, dann wäre es schlimm um sie bestellt. Die Gegner haben ja sowieso schon geschwiegen und während der ganzen zweiten Lesung kaum ein einziges Mal auf unsere Kritik geantwortet . . ." (S. 351 f.)

Karl Stubbe-Hamburg:

„Es ist richtig, daß die Fraktion es bei der Beratung der Militärvorlage an der nötigen Schärfe hat fehlen lassen. Das lag daran, daß die Arbeiterschaft sich von vornherein mit der Vorlage abgefunden hatte und sagte: es hat doch keinen Zweck. Diese Auffassung hat die Reichstagsfraktion durch ihr Verhalten bei der ersten Lesung noch verschärft. Auch die Presse hat es im wesentlichen fehlen lassen. Auf eine solche Vorlage blickt die Arbeiterschaft und erwartet ein Eingreifen der Fraktion, und da das nicht geschehen ist, kann man sich nicht wundern, daß in den Kreisen der Genossen eine Müdigkeit eingerissen ist. Die Müdigkeit wäre nicht vorhanden gewesen, wenn die Fraktion anders vorgegangen wäre. Statt dessen hat man von vornherein den Gedanken propagiert, Ihr braucht ja nicht zu bezahlen. Das ist von der liberalen und zum Teil auch von der Arbeiterpresse behauptet, und solch Gedanke setzt sich leicht durch. Die Liberalen haben geerntet, und wir haben die Arbeit gemacht. Wenn solche Vorlagen wiederkommen, muß mit größerer Macht und Wucht eingesetzt werden. Da ist Gelegenheit gegeben, die Massen aufzurütteln. (Bravo!)" (S. 353.)

Tarf-Breslau:

„Zur Tätigkeit der Fraktion habe ich wenig zu sagen. Wir in Breslau sind auch in der übergroßen Mehrheit *einverstanden mit der Taktik*, die die Fraktion in der Behandlung der Wehrvorlage eingeschlagen hat ..." (S. 354.)

Noske-Chemnitz:

„... Vom *Recht der Kritik* auch an der Fraktion ist sehr viel geredet worden, als zu der Arbeit der Fraktion zur Deckungs- und Wehrvorlage in Versammlungen und in der Presse Stellung genommen worden ist. Kein Mensch wird dieses Recht den Parteigenossen beeinträchtigen wollen. Ich glaube aber, wir Abgeordneten sollen nicht nur dazu auf den Parteitag kommen, um den Prügelknaben abzugeben, sondern ich nehme für mich das Recht in Anspruch, auch an der Kritik, die an der Fraktion geübt wird, wiederum Kritik zu üben und festzustellen, daß sie in vielen Fällen weit über das Ziel hinausgegangen ist. (Sehr richtig!) Solche Kritik, wie sie der Hamburger Genosse Karl *Stubbe* vorhin geübt hat, hört sich ja sehr laut an, aber anfangen können wir damit nichts. Es waren *leere Redensarten*, aus denen wir nicht lernen können, wie es besser gemacht werden soll. Wenn wir eine halbjährige angestrengte Arbeit geleistet haben, so wird die Arbeitsfreudigkeit nicht dadurch gehoben, wenn hinterher in unangemessener und ungerechtfertigter Weise diese gute und fleißige Arbeit herabgesetzt wird. Wir brauchen aber Arbeitsfreudigkeit bei der Tätigkeit im Reichstag, die den Außenstehenden offenbar vielfach angenehmer erscheint, als sie wirklich ist. *Schulz* ist zufrieden damit, daß die „*Gleichheit*" anerkannt hat, daß in der zweiten Lesung die Fraktion gut gearbeitet hat. In dieser Anerkennung liegt aber ein *herber Tadel*, als ob bei der ersten Lesung und in der Kommission ungenügend und mangelhaft gearbeitet worden wäre. Die „Gleichheit" hat getadelt, daß wir in der Kommission nicht genügend die Begründung zerfetzt haben, die die Regierung für ihre Vorlage gebracht hat. Schulz hat schon darauf hingewiesen, daß zu einem erheblichen Teil diese *Kommissionsverhandlungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit* stattgefunden haben. Deshalb wissen ja die Kritiker, die an der Kommissionsarbeit herumgenörgelt haben, gar nicht, was wir eigentlich getan haben. Diejenigen, die sagen, wir hätten die Begründung nicht genügend widerlegt, setzen damit unbewußt *die letzte politische Arbeit Bebels* herab, denn in geradezu ergreifender Weise hat Bebel in der Kommission in einer Rede die Scheingründe Bethmanns abgetan. Wiederholt ist von unseren Genossen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes genötigt worden, in der Kommission zu erscheinen, und wir haben in Tönen mit ihm geredet, die an Derbheit wirklich nichts zu wünschen übrig ließen. In langen Verhandlungen ist der Kriegsminister v. Heeringen gebimst worden in einer Weise, wie noch niemals einem Minister zugesetzt worden ist. Unserer Tätigkeit in der Kommission waren aber Grenzen dadurch gesetzt, daß die bürgerlichen Abgeordneten nicht reden wollten. Deshalb hat *Stengele* auch durchaus unrecht, wenn er sagt, wir hätten die Verhandlungen durch eine Art stiller Obstruktion hinausziehen sollen. Ich war wiederholt in der Kommission genötigt, von dem Kriegsminister und seinen Räten Auskünfte darüber zu fordern, wie Dutzende von Millionen verwendet werden sollten, weil die bürgerlichen Redner nicht das Bedürfnis fühlten, solche Informationen zu verlangen. Immer wieder haben wir in tagelangen Verhandlungen anbohren müssen, um die nötigen Auskünfte zu erlangen. Der einzige Vorwurf, den man den Kommissionsmitgliedern machen kann, ist der, daß sie davon Abstand genommen haben, lauter ihr eigenes Lob in die Presse zu bringen, denn der Reichstag hat ja während eines größeren Teils der Kommissionsverhandlungen gar nicht getagt. Wenn Stengele meint, daß es möglich gewesen wäre, die Entscheidung hinauszuziehen, dann kennt er die Stimmung nicht, die bei den bürgerlichen Parteien geherrscht hat. Die Leute waren ja mit dem, was die Regierung gefordert hatte, gar nicht zufrieden. Sie drängten die Regierung zu Mehrforderungen, besonders die Abgeordneten aus den Grenzbezirken wollten noch mehr Kavallerie. Auf diese Bewilligungskunst der bürgerlichen Parteien ist es zurückzuführen, daß sie in der Kommission den Mund vielfach gehalten haben. Wir redeten, stellten unsere Fragen, erhielten vom Kriegsminister eine knappe Antwort, *und damit war die Sache erledigt*. Man kann Verhandlungen nicht wochenlang hinziehen, wenn man die Wände anreden soll, man muß Gegner haben, mit denen man dis-

kutiert ... Heilmann gegenüber stelle ich fest, daß uns die Tatsachen recht gegeben haben, daß durch die von ihm bemängelte Taktik wir Zeit gewonnen haben, in wochenlanger Arbeit dem Militarismus zuzusetzen. Rosenfeld sagt, wir hätten in bezug auf die Reform des Militärstrafrechts nicht viel erreicht. Da hat er recht. In wenigen Monaten tritt aber der Reichstag wieder zusammen, und so wie Heeringen und andere Minister von uns vorgenommen und gedrängt worden sind, Zugeständnisse zu machen, so wird es auch weiter geschehen. Wir sind unermüdlich tätig, uns durch unsere Arbeit weitere Konzessionen herauszuholen und Fortschritte zu erzielen. Selbstverständlich können wir diese Arbeit besser leisten, wenn wir wertvolle Anregungen aus den Reihen der Parteigenossen erhalten. (Beifall.)" (S. 355 ff.)

Ledebour:

„... Heilmann hat gerügt, daß bei den Wehr- und Deckungsvorlagen eine Trennung vorgenommen wurde. Ich stimme ihm darin durchaus zu. Ich habe ja selbst über diese Frage in der Presse mich ausgesprochen ..." (S. 357.)

Adolf Hoffmann-Berlin:

„... Zur Frage der Wehrvorlage sind die Massen im Recht, wenn sie meinen, daß die Fraktion etwas aggressiver hätte vorgehen müssen. Dann hätte sie auch die Massen auf die Beine gebracht. Wir haben so oft erklärt, daß der Parlamentarismus allein uns nicht zum Ziele führen könne, daß er dazu dienen müsse, die Massen in Bewegung zu setzen. Und nun sagt man umgekehrt, die Massen hätten nur ihre Schuldigkeit tun müssen, um die Abgeordneten vorwärts zu schieben ..." (S. 359.)

Sollmann-Köln:

„... In der Frage der Taktik hatte Schulz leichtes Spiel. Gegen die Reden unserer Genossen zur Wehrvorlage läßt sich nichts einwenden. Dennoch hat jeder draußen im Land das Gefühl gehabt, daß schärfer hätte aufgetreten werden müssen. Bei keiner Gelegenheit empfinden wir das Fehlen Bebels stärker, als wenn es sich um Militärfragen im Reichstag handelt. Niemals sind wieder ähnliche Reden erreicht worden, wie sie Bebel zu diesen Fragen gehalten hat. Erst durch das Schreckensurteil von Erfurt hat die Fraktion den Ton gefunden, den sie schon hätte finden müssen, als die Militärvorlage über uns hereingebrochen war. Die Rede Scheidemanns in der dritten Lesung hat gezeigt, daß man auch schon früher hätte schärfere Töne finden können. Den Wunsch nach einer besseren Erziehung der Massen in der Frage des Militarismus muß ich unterstützen. Es ist beschämend, daß selbst bei den Funktionären der Partei vielfach eine viel zu geringe Aufklärung über das Wesen des Militarismus vorhanden ist. Unsere Genossen versäumen auch viel bei der Erziehung der Kinder in dieser Richtung. Viel zu wenig wird beachtet, daß unsere Gegner eine Organisation geschaffen haben, die nicht bezweckt die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, sondern zum Militarismus. Ich denke dabei nicht nur an den Jungdeutschlandbund, sondern daran, daß unsere Gegner der Rekrutenfürsorge ein großes Interesse zuwenden. Die jungen Leute werden vor dem Eintritt ins Militär ganz im Sinne der Kriegervereine bearbeitet. Wir haben dagegen noch nicht genug getan, und unsere Instanzen müssen prüfen, was dagegen getan werden kann. Wir müssen unter den organisierten Gewerkschaftlern und Parteigenossen, ehe sie zum Militär eingezogen werden, eine Aufklärung schaffen, die jenen Bestrebungen entgegenwirkt. Da fehlt es auch an geeigneten Broschüren. In Düsseldorf ist ja kürzlich eine Broschüre in dieser Sache erschienen, die aber beschlagnahmt wurde, ein deutlicher Beweis für die Angst der Gegner vor unserer Aufklärungsarbeit. Ich denke gar nicht daran, den jungen Leuten den Militärdienst direkt zu verekeln. Wir wollen nur den Veranstaltungen der Kirchen, der Kriegervereine, der städtischen Behörden, die alle unter dem Begriff Rekrutenfürsorge zusammenfallen, entgegentreten ..." (S. 363.)

Berten-Düsseldorf:

„... Im Wahlkreise Düsseldorf wurde am 27. April in einer Kreiskonferenz eine Resolution angenommen und an die Fraktion geschickt, in der sie aufge-

fordert wurde, *schärfere Mittel bei der Bekämpfung der Wehrvorlage zur Anwendung zu bringen*. Weil wir nun einmal in Düsseldorf außerordentlich höflich sind, haben wir die Resolution so verfaßt, daß sie niemanden verletzen konnte. Es wurde hervorgehoben, daß die Reden bei der ersten Lesung sehr gut und eindrucksvoll gewesen seien, daß wir aber eine schärfere Kampfesweise gegen die Wehrvorlage wünschen. Später hörten wir, daß in der Fraktion gesagt wurde, die Düsseldorfer seien ja mit der Haltung der Fraktion zufrieden und man brauche daher nicht länger zu raten, was weiter geschehen solle. Bei der Wehrvorlage hätte allerdings das Mittel der Obstruktion angewendet werden müssen. Man sagte nun, aus Gründen der Geschäftsordnung sei das nicht möglich gewesen. Aber ebenso wie 1912 die bürgerlichen Parteien sich von den Zwirnsfäden der Geschäftsordnung nicht abhalten ließen, ihren Willen durchzudrücken, ebenso durfte für unsere Parteigenossen die Geschäftsordnung nicht ein unüberwindliches Hindernis sein, für die Interessen des Proletariats energisch einzutreten. Man sagt, *der mangelhafte Versammlungsbesuch* habe der Fraktion den Elan genommen. Die fortwährende Wiederholung dieses Entschuldigungsgrundes wirkt nicht sehr imponierend. *Der Eifer bei der Reform des Militarismus war nicht sehr angebracht*. An dem heutigen System des Militarismus kann eine Umwandlung nicht vorgenommen werden, es muß beseitigt werden. Was wir verlangen zur Verteidigung des Vaterlandes, die Miliz, das Volksheer, das ist etwas wesentlich anderes als der heutige Militarismus. Aus der häßlichen Raupe des Militarismus wird sich nie der schöne Schmetterling Miliz entwickeln. Der Militarismus gehört zu jener Sorte von blutsaugerischen Insekten, die keine Metamorphose durchmachen, die man vernichten und totschlagen muß, wenn man sie loswerden will. (Sehr richtig!) Dieser *prinzipielle Kampf gegen den Militarismus* durfte auch bei der Wehrvorlage nicht vernachlässigt werden. Ich kann es verstehen, wenn die Fraktion versucht, das Los unserer Klassengenossen, die ja den Hauptbestandteil des Heeres ausmachen, zu erleichtern. Wir begrüßen da die scharfe Kritik an den Soldatenmißhandlungen, die Herbeiführung von Milderungen der Strafbestimmungen, die Erhöhung der Löhnung der Soldaten. Aber alle anderen Reformwünsche wären nur eine Erleichterung des Militarismus für die bürgerliche Gesellschaft, an dem Wesen des Militarismus würde nichts geändert werden. Deshalb mußte bei der Wehrvorlage hervorgehoben werden, daß der Militarismus im ganzen zu bekämpfen ist, *daß alle Mittel daran gesetzt werden mußten, die Wehrvorlage zu Fall zu bringen*. Die Fraktion hat da nicht das geleistet, was verlangt wurde. (Sehr richtig!)" (S. 364.)

Dr. *Frank*-Mannheim:

„. . . Es ist überhaupt anzunehmen, *daß im nächsten Winter nicht wieder alle Kräfte der Fraktion in Anspruch genommen werden für die Abwehr neuer Forderungen des Militarismus*, sondern daß die sozialpolitische Arbeit den Hauptteil ihrer Tätigkeit in Anspruch nehmen wird . . . Die meisten Kritiker richteten ihre Angriffe gegen die Haltung der Fraktion bei der Militärvorlage. Es ist nicht leicht, aus der geübten Kritik zu lernen; denn die geäußerten Wünsche sind manchmal direkt entgegengesetzter Natur. (Sehr richtig!) *Stengele* möchte, daß wir bei der Militärvorlage *mehr* Anträge gestellt hätten, und die Genossen aus *Düsseldorf* hätten *weniger* Anträge gewünscht. Das, was die Düsseldorfer zur Begründung ihres Antrages vorgebracht haben, hat recht seltsam und veraltet geklungen. Gewisse irrtümliche Anschauungen, die man für tot hält, tauchen alle paar Jahr ewieder auf wie Wasserleichen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Genossen glauben, *es stehe im Widerspruch mit unserer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus, wenn wir Reformanträge stellen*. Das ist die alte Anschauung, die früher nicht begriffen hat, daß wir trotz unserer grundsätzlichen Bekämpfung des Kapitalismus sozialpolitische Anträge stellen müssen, die scheinbar die Stellung des kapitalistischen Systems stärken, in Wirklichkeit aber gleichzeitig und vor allem die Arbeiterklasse stärken. (Sehr richtig!) Die Beispiele, die der Vertreter aus Düsseldorf gebraucht hat, zeigen doch klar, wie tiefgehend der Irrtum ist. Er hat bemängelt, daß wir die *Abschaffung der Garde* verlangt haben. Ich glaube, darüber würde man den Kopf schütteln, wenn wir die Durchführung der Verfassung, die Durchführung

des gleichen Rechts auf allen Gebieten, die Abschaffung der Adels- und Standesvorrechte, aber nicht auch die Abschaffung der Garde gefordert hätten. (Sehr richtig!) Soll das in Widerspruch stehen zu unserer grundsätzlichen Bekämpfung des Militarismus? Gegen unseren Antrag auf Aufhebung des Einjährigenvorrechtes kann doch auch ein Sozialdemokrat nichts sagen. Ich glaube, es hat mehr gewirkt als tausend aufreizende Reden, als die Leute draußen hörten, daß die bürgerlichen Parteien, die unseren Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr ablehnten, einige Stunden darauf von der Aufhebung des Sondervorrechts des Einjährigendienstes für die Söhne der Besitzenden nichts wissen wollten. (Sehr gut!) Wir wollen auf diesem Gebiet nicht Halt machen, sondern mit unserer Tätigkeit im Winter dort fortfahren, wo wir im Sommer aufgehört haben. Dazu ist es allerdings nötig, daß wir von den Genossen im Lande besser unterstützt werden. So werden im Herbst die Debatten über den Militärboykott wiederkommen, wir werden von der Regierung Auskunft verlangen, inwieweit sie hier der Resolution des Reichstages stattgegeben hat. Da wäre es eine gute Unterstützung für uns, wenn nicht bloß in Volksversammlungen, sondern auch auf den Rathäusern die Genossen, die unter dem Militärboykott zu leiden haben, energische Vorstöße gegen diese Schande des Militärverbots unternehmen würden. (Sehr richtig!) Endlich ist gerügt worden, daß wir keine Obstruktion getrieben haben; man hat gesagt, wir hätten von den „Zwirnsfäden der Geschäftsordnung" uns nicht hindern lassen dürfen. Man vergißt aber, daß die Geschäftsordnung wohl von der Majorität als Zwirnsfaden behandelt werden kann, daß sie aber für die Minorität mehr als Zwirnsfäden ist, daß sie da zum eisernen Hindernis werden kann. (Sehr richtig!) Im allgemeinen glaube ich, daß die Vorwürfe gegen die Haltung der Fraktion zur Militärvorlage zurücktreten müssen hinter der nicht zu bestreitenden Tatsache, daß diesmal der Kampf in einem Punkt besser und planmäßiger geführt worden ist als in früheren Jahren. (Sehr richtig!) Wir haben diesmal vom ersten Tage an Wert darauf gelegt, Hand in Hand mit unseren französischen Kameraden den Kampf zu führen. Der Aufruf, der in Gemeinschaft mit den Franzosen verfaßt und veröffentlicht wurde, war eine ganz ausgezeichnete Waffe gegen den Militarismus hüben und drüben. Die sonst immer bei jeder Militärvorlage auftauchende Behauptung, daß die französischen Genossen bessere Patrioten seien als wir, oder die sonst in Paris geäußerte Meinung, daß die deutschen Sozialdemokraten bessere Patrioten seien als die Franzosen, wurden diesmal nicht vorgebracht, sie wurden unmöglich gemacht durch das gemeinsame brüderliche Vorgehen der deutschen und französischen Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Auf derselben Linie bewegt sich auch der Versuch, durch die Berner Konferenz zu demonstrieren zugunsten einer Verständigung der beiden großen Völker..." (S. 368 ff.)

Cohen-Reuß:

„...Stubbe meinte, an der Müdigkeit der Genossen im Lande sei die Fraktion schuld, und Stengele sagt, die Haltung der Fraktion zur Militärvorlage sei recht unbefriedigend, und mit Aufwendung aller Kräfte hätte man schon mehr erreichen können. Wenn Begriffe fehlen, dann stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. (Sehr gut!) Was heißt es, mit Aufwendung aller Kräfte arbeiten? Was versteht Stengele darunter? Die bloße Phrase besagt nichts, und dann befindet er sich auch im Widerspruch selbst mit einer so scharfen Kritikerin wie Rosa Luxemburg, die in der „Leipziger Volkszeitung" darauf aufmerksam gemacht hat, daß es nicht Schuld der Fraktion sei, wenn so wenig geschehen ist, sondern Schuld der Gesamtpartei, die in dem Baseler Kongreß den Höhepunkt des Kampfes gegen den Militarismus erblickt hat, anstatt daß umgekehrt der Kampf von dort seinen Ausgang nimmt. Das mag ja richtig sein, aber die Genossin Luxemburg hat unrecht, wenn sie die französischen Genossen uns als Vorbild hinstellt. Die Einführung des dritten Dienstjahres in Frankreich ist doch wohl etwas mehr als die Anforderung von 136 000 Mann, und ich glaube, wenn man bei uns die dreijährige Dienstzeit wieder einführen wollte, dann würden Sie wohl etwas ganz anderes erleben. Dann aber muß auch einmal ausgesprochen werden, daß wir uns täuschen, wenn wir glauben, daß die Massen der Arbeiter solche Antimilitaristen sind, wie wir es wünschen. (Sehr richtig!) Das ist bedauerlicherweise nicht der Fall.

Ich gebe zu, das mag ein Mangel an sozialistischer Erziehung sein, aber der Mangel liegt nun einmal vor, und es ist etwas Wahres an dem, was Noske gesagt hat, in den Grenzbezirken fürchten sich die Leute vor dem Feind, und unter denen, die sich fürchten, sind auch Arbeiter, die zu uns gehören. Wenn die Frage in den Volksversammlungen so gestellt wird, dann gibt es eine ganze Menge sozialistischer Agitatoren, die hier nicht ganz sattelfest sind und oft nicht das Richtige zu sagen wissen... Heilmann hat zu meinem größten Erstaunen seine Befriedigung über die Haltung der Fraktion ausgesprochen. Ich dachte wirklich, daß von der Seite etwas ganz anderes kommen würde, nach dem, was ich in der „Chemnitzer Volksstimme" gelesen habe. Den einzigen Tadel, den er der Fraktion hat zuteil werden lassen, kann ich als berechtigt nicht anerkennen; er sagt, wenn wir nicht für die sofortige zweite Lesung gestimmt hätten, wäre der Kampf viel schärfer gewesen. Nein, die Tatsachen haben das Gegenteil bewiesen. Höchstens hätte man vielleicht die Entscheidung um zwei Tage hinausschieben können. Soll das etwa das A und O der Bekämpfung des Militarismus sein? Aehnlicher Ansicht scheint Ledebour zu sein, der in der „Weimarer Volkszeitung" davon spricht, daß das Mantelgesetz die Bekämpfung der Militärvorlage erleichtert haben würde. Kann man eine Militärvorlage nicht ebenso scharf bekämpfen, wenn sie von der Deckungsvorlage getrennt ist? Ich habe das nicht verstanden und hoffe, daß Ledebour den Schleier seines Geheimnisses lüften wird. Heilmann hat aber auch deshalb unrecht, weil die zweite Lesung ja bewiesen hat, wie scharf der Kampf geführt werden kann. Ich bin fest überzeugt, daß anfangs eine ganze Reihe bürgerlicher Abgeordneter sich vorgenommen hatte, auf unsere Angriffe überhaupt nicht zu reagieren. Aber die Wucht der Angriffe war so groß, daß die bürgerlichen Befürworter der Militärvorlage gar nicht anders konnten, sie mußten erwidern. Die Zustimmung zur sofortigen Vornahme der zweiten Lesung gab uns eine Frist für den Kampf. Ich sehe also nicht ein, inwiefern unsere Taktik falsch gewesen sein soll. Ich stimme auch Frank zu, wenn er unser Eintreten für Reformen verteidigt. Seit wann hätten wir denn Grund, nicht für demokratische Reformen einzutreten? Nützt denn z. B. die Beschränkung der Dienstzeit nicht auch den Arbeitersöhnen? Sogar Genossin Luxemburg gibt zu, daß die Beschränkung der Dienstzeit auf ein Jahr auf dem Wege unserer Milizforderung liegt. Mehr kann man doch wahrhaftig nicht wünschen.

Ich würde es allerdings für richtig gehalten haben, daß die Fraktion alles aufgeboten hätte, wenn es möglich gewesen wäre, wegen der Heeresvorlage eine Reichstagsauflösung herbeizuführen. Ich weiß sehr wohl, daß mancher für die Auffassung nicht zu haben gewesen wäre, aber ich glaube nicht, daß es sozialdemokratische Abgeordnete gegeben hätte, die die Auflösung aus Angst um ihre Mandate vermeiden wollten. (Sehr richtig!) Das ist ganz ausgeschlossen. Aber es lag wohl keine Möglichkeit vor, die Auflösung herbeizuführen. Die Genossin Rosa Luxemburg, deren unerbittliche und mir oft erfreuliche Kritik keine Institution verschont, hat auch die Reichstagsfraktion scharf angegriffen in einer Polemik gegen den „Vorwärts". Sie hat darin die Behauptung aufgestellt, daß die Miliz zu den Minimalforderungen, also zu den Mindestforderungen gehört, die wir innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzustellen haben. Dieser Meinung bin ich allerdings nicht. Ich meine, daß die Verwirklichung der Miliz überhaupt nicht im kapitalistischen Staate möglich ist. Ich finde diese Ideologie gar nicht luxemburgisch, nicht einmal offiziös, sondern sie nähert sich bedenklich der von Genossin Luermburg bekämpften Ideologie von Jaurès. Ich will daran nur beweisen, wie sich auch eine sehr kluge Frau irren kann, aber die Reichstagsfraktion hat gerade in dieser Frage das menschenmöglichste geleistet. (Beifall.)" (S. 370 ff.)

Wicky-Mülhausen:

„Es war erfreulich, daß Schulz heute morgen sagte, die Fraktion habe selbst ein gewisses Unbehagen gehabt nach der Erledigung der Militärvorlagen. Er sagte weiter, die Fraktion konnte nicht schärfer vorgehen, weil in der Volksmasse nicht die genügende Bewegung gewesen sei. Ich glaube, da hat Schulz Ursache und Wirkung nicht genügend unterschieden. Wir müssen uns fragen, warum die

Volksmasse nicht genügend aufgerüttelt war, und da kommen wir auf einen sehr wichtigen Punkt. Frank sagte vorhin, verschiedene Reformanträge zum Militarismus dienten auch dazu, den Militarismus zu bekämpfen. Ich gehe nicht so weit wie die Düsseldorfer Parteizeitung, aber ihre Ausführungen haben doch einen richtigen Kern. Wir haben jahrelang zu sehr nur immer einzelne Uebelstände im Militarismus hervorgehoben und die grundsätzliche Bekämpfung des Militarismus dabei nicht genug in den Vordergrund geschoben. Das ist aber notwendig. Es besteht darin bei uns eine gewisse Unklarheit, und die Masse ist dafür sehr empfindlich. Noske führte z. B. gestern als Ursache für das Fehlen einer Volksbewegung an, daß die Volksmassen gewußt hätten, daß russische Soldaten an der Grenze stehen. Wenn dieser Grund zutrifft, dann ist das ein Beweis dafür, daß wir nicht genügend Erziehungsarbeit geleistet haben. Man sagt, es sei in der Kommission alles geschehen, was geschehen konnte, ich kann aber nicht verstehen, daß in der Kommissionsverhandlung der Regierungsvorschlag auf Stärkung des Kriegsschatzes in der ersten Sitzung die Zustimmung der Genossen Südekum und Noske fand. Das wird auch in der Masse nicht verstanden, und deshalb hat die Fraktion keinen Anklang in der Masse gefunden. Den Herrschenden muß gesagt werden, daß wir die Massen so erziehen, daß, wenn die herrschende Klasse Putsche veranstalten will, die Arbeiterklasse mit allen Mitteln diesen Putschen entgegengetreten wird... Es wurde schon früher betont, daß wir den Parteien anderer Länder gegenüber der große Bruder sind. In Deutschland hat allerdings das Proletariat die höchsten und heiligsten Aufgaben zu erfüllen. Mein Vorredner führte an, daß sogar Parteigenossen in Versammlungen sich für eine Stärkung des Militarismus ausgesprochen haben. Wenn das geschehen kann, so ist noch viel mehr Aufklärungsarbeit nötig. Es ist für die deutsche Partei eine Lebensfrage, daß wir auch dem Ausland gegenüber keinen Zweifel lassen über unsere unbedingte Gegnerschaft zum Militarismus. (Bravo!)" (S. 372.)

Persönlich bemerkt Klara Zetkin:

„Hier sind wiederholt Ausführungen von mir angegriffen worden, die sich gegen das Verhalten der Genossen in der Kommission zur Beratung der Militärvorlage gewendet hatten. Ich will erklären, daß ich meine Ausführungen nicht leichtfertig gemacht habe, sondern auf Grund der vorliegenden Berichte. Wenn die Ausführungen nicht stimmen, so möchte ich der Reichstagsfraktion nahelegen, für gute Berichte zu sorgen, so daß man nicht den Eindruck der Schwäche ihres Verhaltens gewinnt, sondern einen klaren Blick erhält über ihre Tugenden, die nicht wie die Veilchen im Verborgenen blühen und duften sollen. (Heiterkeit und Beifall.)" (S. 373.)

Heinrich Schulz führt im Schlußwort aus:

„Der Verlauf der Debatte hat bewiesen, daß es sehr zweckmäßig gewesen ist, daß wir die Deckungsfrage abgeteilt haben. Sonst würden wir wahrscheinlich lediglich eine Debatte über die Deckungsfrage gehabt haben, während wir jetzt eine an Kritik, aber auch an Anregungen reiche Debatte hinter uns haben, die zweifellos für die weitere Tätigkeit der Fraktion förderlich sein wird....

Dann noch ein Wort über die Taktik bei der Wehrvorlage. Man sprach von Lauheit und Schlappheit. Ich bestreite das eine wie das andere. Die Kritiker haben ihre Urteile nicht begründet. Wir sollten Obstruktion treiben? Das ist von der Fraktion selbstverständlich auch erwogen worden. Gerade bei dieser Frage ist noch unser verstorbener Genosse Bebel von entscheidendem Einfluß gewesen. Aus seiner reichen parlamentarischen Erfahrung, aus seiner genauen Kenntnis der Geschäftsordnungsbestimmungen heraus hat er den Beweis geliefert, daß an eine Obstruktion nicht zu denken sei. Stengele meinte, wir hätten namentliche Abstimmung über die Wiederherstellung der drei Kavallerieregimenter beantragen sollen. Das hätte die Entscheidung doch nur um eine einzige Stunde hinausgeschoben. Es sind lange Reden verlangt worden, aber die Fraktion hat getan, was sie konnte. Noske hat sich eine Rede von 4½ Stunden geleistet. Das ist keine Kleinigkeit. Wir sollen die Zwirnsfäden der Geschäftsordnung zerreißen wie 1902? Damals hat eine bürgerliche Mehrheit die Geschäftsordnung geändert. Wir aber sind eine Minderheit, was sollen wir 110 gegen 287 machen!

Berten hat den Reformeifer der Fraktion gerügt. In grundsätzlicher Beziehung sind wir uns über die Bedeutung des Militarismus einig. Unsere Reformanträge haben wir aber so einzurichten, als ob wir am morgigen Tage unsere Forderungen durchzusetzen vermöchten. Auch die grundsätzliche Kritik kann nur an das Vorhandene anknüpfen und dann sagen, wie es besser sein soll. Heilmann hat unsere Haltung nach Beendigung der ersten Lesung der Wehrvorlage in der Budgetkommission kritisiert und in der „Chemnitzer Volksstimme" seine Stimme gegen die Fraktion erhoben. (Ledebour: Mit Recht!) Darüber gehen die Meinungen auseinander. Ledebour gehörte in dieser Frage zu einer unbedeutenden Minderheit in der Fraktion. Heilmann hat vorsichtigerweise — Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit — gemeint: „Wenn die Fraktion durch ihre Taktik den kleinen Gewinn macht, die Regierung zur Annahme einer Reichserbschafts- oder Reichsvermögenssteuer zu veranlassen, dann mag der Erfolg der Taktik ihr Verhalten rechtfertigen." Damit hat Heilmann seine Kritik selbst desavouiert. Die taktische Entscheidung ist der Fraktion nicht leicht gefallen, sie hat stundenlang sehr heiß diskutiert, aber vollkommen sachlich. Es handelte sich dabei nicht um die alten Richtungsstreitigkeiten, die sonst wohl eine Rolle gespielt haben. Die Ansichten gingen über die Richtungsgrenzen hinweg und durcheinander..." (S. 376 f.)

Weiteres zu dieser Angelegenheit siehe bei dem Artikel „Steuerfrage". Bei diesem Punkte der Tagesordnung wurde auch der Antrag 109 angenommen. Damit waren die Anträge 20, 21, 22, 23, 25 (Protokoll S. 582 sagt fälschlich 24), 92, 112, 114 erledigt. 107 war durch 109 zurückgezogen. 24 und 98 wurden nicht genügend unterstützt.

Siehe noch die Artikel „Abrüstungsfrage", „Alkoholfrage", „Erfurter Urteil", „Flottenvorlage", „Imperialismus", „Jugend", „Kriegshetze", „Marokko", „Reichstagsfraktion", „Steuerfrage".

Mitteilungsblatt.

In Chemnitz **1912** führte Runge-Köln bei der Debatte über den Vorstandsbericht aus:

„... Es wäre auch angebracht, eine Aussprache darüber herbeizuführen, ob nicht für die Organisationsleitungen ein Mitteilungsblatt geschaffen werden kann, in welchem alle wichtigen Beschlüsse einer Kreisorganisation wiedergegeben werden können und wo ferner Vorschläge über diese oder jene Form der Organisation und Verwaltungspraxis besprochen werden können. Die Berliner Parteiorganisation hat ein solches Mitteilungsblatt und wir haben gehört, daß es sich gut bewährt hat. Es wäre durchaus angebracht, auch für die Leitungen der Kreisorganisationen ein solches Blatt herzustellen, weil die Parteipresse nicht dazu da ist, ebensowenig wie der Parteitag. ..." (S. 249 f.)

Ebert bemerkte im Schlußwort:

„... Wir haben unsere große Parteipresse, da finden auch die Wahlkreisfunktionäre alles, was sie für die ersprießliche Tätigkeit im Dienste der Partei brauchen. Daneben noch besondere Mitteilungsblätter schaffen, hieße die Kräfte zersplittern..." (S. 287.)

In Jena **1913** führte bei der Debatte über den Vorstandsbericht Dittmann-Solingen aus:

„... Unsere Parteigenossen in Groß-Berlin haben für ihre Organisationen seit acht Jahren ein Mitteilungs- und Verwaltungsblatt. Die letzte Ausgabe vom 10. September ist 12 Seiten stark und bringt eine Reihe von interessanten Artikeln und Mitteilungen all der verschiedenen Organi-

sations-Instanzen Groß-Berlins. Das ist natürlich zugeschnitten auf Groß-Berlin. Aber denken Sie sich die Sache einmal übertragen auf das Reich, auf unsere gesamte Parteiorganisation, stellen Sie sich vor, daß wir ein vielleicht vierzehntägig erscheinendes ähnlich gehaltenes Mitteilungs- und Verwaltungsblatt erhalten, in dem der Parteivorstand die Aktionen der nächsten Zeit, soweit sie nicht dringender und vertraulicher Natur sind, den Vertrauensleuten draußen im Lande zur Kenntnis bringen würde, in dem von der Jugendzentrale, von dem Bildungsausschuß, von der Zentrale der Frauen usw. Mitteilungen gemacht würden über das, was in der nächsten Zeit erfolgen wird, dann wären die Funktionäre im Reich informiert und es wäre auch möglich, daß die heute so vielfach vorkommenden Kollisionen zwischen den einzelnen Arbeitsgebieten vermieden werden. Ich sehe davon ab, hier einen formellen Antrag zu stellen, sondern begnüge mich mit der Anregung, bin aber gern bereit, mit den Mitgliedern des Parteivorstandes einmal die Sache in allen Konsequenzen durchzusprechen. Vielleicht genügt das schon, um sie zu verwirklichen, und es bedarf nicht erst eines Beschlusses eines späteren Parteitages. . . ." (S. 262.)

Scheidemann bemerkte dazu im Schlußwort:

„. . . Dittmann hat einige Anregungen gegeben in bezug auf bessere Ausgestaltung unseres inneren Nachrichtendienstes. Er wies hin auf das Berliner Mitteilungsblatt und wünschte etwas Aehnliches für die Gesamtpartei. Da er keinen bestimmten Antrag gestellt hat, will ich hier auf seine Anregung nicht näher eingehen, wir werden uns aber im Parteivorstand damit beschäftigen. . . ." (S. 278.)

Braun:

„. . . Noch einige Worte zu der Anregung von Dittmann. Man soll sich von derartigen schematischen Einrichtungen doch nicht gar zu viel für den Ausbau der Organisation versprechen. Ob wirklich eine solche Art Mitteilungs- oder Verwaltungsblatt oder so eine Art Partei-Reichsanzeiger unsere Organisation wesentlich vorwärts bringen wird, das möchte ich bezweifeln. Die Mitteilungen werden doch meist in Form von Zirkularen an die Stellen herausgegeben, die die Aktionen auszuführen haben, und wer sich dafür interessiert, kann es stets von den Bezirks- und Kreisvorständen erfahren. Genossen, die nicht mitarbeiten, die sich um die Ausführung solcher Aktionen nicht kümmern, die sich lediglich hinterher auf die Hosen setzen und Artikel schreiben, wie es hätte gemacht werden sollen, ohne sich an den zuständigen Stellen zu erkundigen, denen alles in einem Mitteilungsblatt klarzulegen, dazu liegt keine Veranlassung vor. Dazu kommt, daß wir oft Mitteilungen herausgeben — und das sind die wichtigsten —, die wir der Oeffentlichkeit nicht unterbreiten wollen. Es kommt lediglich darauf an, daß die Funktionäre Kenntnis davon erlangen . . ." (S. 280.)

Moabit.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag **1911** sagt u. a.:

„In den beiden Prozessen wegen der Moabiter Unruhen . . . wurde erwiesen, daß die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften an der Inszenierung der Krawalle nicht im geringsten beteiligt waren. Der Maobiter Fall lag sehr einfach. Bei einem in der Großstadt alltäglichen Lohnkampfe hatte die Polizei für den bestreikten Unternehmer und seine zum Teil aus den zweifelhaftesten Elementen bestehende Streikbrechergarde Partei genommen. Als berittene Schutzleute Kohlentransporte der bestreikten Firma Kupfer u. Co. begleiteten, kam es zu Menschenansammlungen, bei denen der durch halbwüchsige Jungen verstärkte Janhagel Ulk und Radau machte. Die Polizei zog blank und hieb wahllos auf Beteiligte und Unbeteiligte ein. Die Bevölkerung des Berliner Stadtteils Moabit wurde durch das unerhörte Vorgehen der Polizei zu Demonstrationen geradezu herausgefordert. Es kam zu neuen „Ausschreitungen". In den gerichtlichen Verhandlungen vor der Strafkammer und dem Schwurgericht wurden von einer großen Anzahl von Zuschauern unter deren Eid schier unglaubliche Ausschreitungen von Schutzleuten festgestellt . . ." (S. 58.)

Die Reichstagsfraktion berichtet:

„... Am 10. Dezember erschien dann auch der Kanzler-Philosoph v. **Bethmann** Hollweg im Reichstag. Nach einer Lobpreisung der „bewährten" Finanzreform rühmte er die Erhabenheit seiner Regierung über den Parteien und verleugnete gleich Petrus die innere Neigung zu seiner politischen Dienstherrschaft vom schwarz-blauen Block. Und die bürgerliche Linke bekräftigte durch Beifall ihren Aberglauben an diese Irrlehre. Das philosophierende Werkzeug der besitzenden Klasse eroberte sich dann die Sympathien aller unserer Gegner, indem der Kanzler eine neumodische, intensive Bekämpfung der Sozialdemokratie — ohne auffällige Ausnahmegesetze, etwa beim Krankenkassenabschnitt der Reichsversicherung — als die wichtigste Aufgabe seiner Regierungskunst bezeichnete. Zum neuesten Vernichtungsschlage gegen uns ausholend, machte Samson Bethmann ein Kraftanlehen bei der Firma Jagow, beim Moabiter Prozeß. Unsterblichkeit im beschämenden Sinne gewähren die Kanzlerworte:

„Ich bin der Ansicht, daß die Sozialdemokratie moralisch mitverantwortlich ist an den Exzessen von Moabit."

Ueber die auswärtige Politik wußte v. Bethmann Hollweg in seiner Kampfeslust nur die lautere Friedensliebe seiner Regierung und Dienstherrschaft zu versichern.

... die Rechtsanwälte Heine und Heinemann, als Vertreter der angeschuldigten Arbeiter, erhoben vor der Lieberkammer die Anklage gegen den höchsten Beamten des Reiches. Bekanntlich kam der Gerichtshof in der Urteilsbegründung des Moabiter Prozesses zu einer Feststellung, durch die der parlamentarischen Anklagerede des Reichskanzlers eine niederschmetternde Blamage zuteil wurde, denn diese Feststellung war eine glänzende Rechtfertigung der Sozialdemokratie gegenüber der verruchten kanzlerischen Anschuldigung...

Ausnahmegesetze gegen die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sollte die systematisch eingeleitete Tragödie von Moabit im Parlamentsschoße zeitigen. Die Verantwortung für die in Berlin zur Erscheinung gekommene Volksmißstimmung trägt jedoch die für die volksfeindliche Reichspolitik verantwortliche Stelle, tragen die Protektoren der Fleischnot und allgemeinen Teuerung, der politischen Entrechtung des preußischen Volkes, das durch ein Dreiklassenwahlrecht verhindert ist, dem Raub der Reichen am kargen Lebensunterhalt des Arbeiters Einhalt zu gebieten.

„Das deutsche Volk fühlt am eigenen Leibe, was Sie für Gesetze gemacht haben," rief unser zweiter Etatsredner, Genosse David, dem Kanzler und seiner schwarzblauen Ritterschaft zu, die Gefahr der Aushungerungspolitik für das deutsche Volk in einer fesselnden dreistündigen Rede kennzeichnend. Dem Reichskanzler setzte unser Redner grausam zu mit der Bewertung des staatserhaltenden Lockspitzeltums bei den durch die Regie der „Geheimen" gestalteten Exzessen, durch den Hinweis auf die Unterdrückung der Wahrheit mit Hilfe des Verbotes an die verdächtigen oder beschuldigten Polizeibeamten, vor Gericht zeugeneidliche Aussagen zu machen. Auch die das internationale Ansehen Deutschlands schädigende „Friedenspolitik der gepanzerten Faust" wurde schonungslos gekennzeichnet durch Davids Rede gegen Goliath Bethmann. Und was wußte der verlegene Reichsverbändler auf dem Kanzlerstuhl zu entgegnen? Im Gefühl seiner moralischen Vernichtung blieb die „Perle eines Reichskanzlers" bei der Methode verstockter Sünder nach dem System Puttkamer. Er rief uns zu:

„Im übrigen ist es ganz gleichgültig, ob die in Moabit Angeklagten verurteilt oder freigesprochen werden. Die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie an den Moabiter Vorgängen steht fest."

Eine Erregung von seltener Tragik folgte. Genosse Frank konnte noch als dritter Redner der Fraktion zum Wort kommen, da ein Schlußantrag mit einer Stimme Mehrheit — die im letzten Augenblick der Genosse Leber abgab — abgewiesen worden war. Frank kennzeichnete die letzte Kanzlerphrase als ein rhetorisches Rückzugsgefecht in der Moabiter Sache; das kanzlergeneigte Zentrum wurde an das Attentat des Kullmann erinnert, für dessen Tat Bismarck die „Ultramontanen" verantwortlich machte zu Kulturkampfzwecken. Damals rief Graf Ballestrem dem Bismarck ein „Pfui!" zu. Heute findet das Zentrum kein Wort der Abwehr gegen eine solche Art des politischen Kampfes. Die monarchische Gesinnung könne in der deutschen Arbeiterschaft nicht gefestigt werden durch die Tatsache, daß die ausnahmegesetzlichen Tendenzen auch einem Wunsche

des Kaisers entsprechen und daß die feierlichen Versprechungen der Krone für eine Aenderung des preußischen Wahlrechtes, für eine wahrhafte Witwen- und Waisenversicherung nur ein unerfülltes Wort blieben. Die nächsten Wahlen müssen den Weg zur Demokratisierung Deutschlands ebnen; das zu verhindern, gelingt nicht dem heutigen Nachfolger des Blut- und Eisensystems, dem „System von Gummi und Blech“.“ (S. 92 ff.)

Mobilmachung.

Die Reichstagsfraktion berichtete dem Jenaer Parteitag **1913** über ihre Interpellation wegen des Wagenmangels:

„Der außerordentliche Wagenmangel der preußischen Eisenbahnen, besonders im niederrheinisch-westfälischen und im oberschlesischen Industriegebiet im Spätherbst 1912 hat unsere Fraktion gleich nach dem Zusammentritt im Dezember veranlaßt, eine Interpellation darüber einzubringen. Durch eine Reihe widriger Umstände gelangte die Interpellation erst im Januar zur Besprechung.

Genosse König, der die Interpellation begründete, gab zu, daß durch die Stillegung der Produktion an den Feiertagen der Wagenmangel ein wenig behoben sei, aber jeden Tag könnten dieselben Schwierigkeiten wie vor einigen Wochen wieder erstehen. Außerdem sei der Wagenmangel eine ziemlich regelmäßig wiederkehrende Gefahr in Preußen, so daß die Interpellation auch jetzt noch durchaus angebracht sei. Da die Gefahr nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland angehe, habe auch der Reichstag das Recht und die Pflicht, den Ursachen des Wagenmangels nachzugehen. Genosse König wies aus reichem Zahlenmaterial den Umfang und die Schäden des Wagenmangels nach. Es seien unerhörte Verkehrsstörungen sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr eingetreten. Vor allen Dingen hätten die Bergarbeiter durch die notwendig gewordenen Zwangsfeierschichten zu leiden. Es handele sich dabei um Hunderttausende von Bergarbeitern, die diesen Einnahmeausfall bei ihrem ohnehin schlechten Einkommen, noch dazu zur Weihnachtszeit, schwer empfinden. Es seien zum Teil ganz unmenschliche Leistungen von dem Personal erzwungen worden. Die Ursache des Wagenmangels sei im preußischen Fiskalismus zu suchen.

Die Regierung antwortete durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp; der Wackere hätte am liebsten gesehen, wenn die ganze Angelegenheit als preußische angesehen worden und im Reichstage nicht zur Sprache gekommen wäre. Im übrigen suchte er zu beschönigen und zu vertuschen und der starken Zunahme des Verkehrs die Hauptschuld aufzubürden.

Selbst die bürgerlichen Redner waren von dieser Antwort nicht voll befriedigt. Von unserer Seite nahm noch Genosse Dittmann das Wort, der die Ausreden des Reichseisenbahnamts nachprüfte. Die Kompetenz des Reichstages sei unzweifelhaft, einigen hohen preußischen Herren zuliebe dürfe sich der Reichstag keinen Maulkorb umbinden lassen. Unzweifelhaft hätten auch militärische Gründe vorgelegen. Es habe sich um vorbereitende Maßnahmen zu einer etwaigen Mobilmachung gehandelt, und dadurch sei das ganze ohnehin stark belastete Verkehrswesen in Unordnung geraten. Dabei habe sich auch gezeigt, daß die Zustände im preußischen Eisenbahnwesen den Anforderungen einer Mobilmachung nicht gewachsen seien. Die angekündigten Maßnahmen zur Verhinderung solcher Kalamitäten genügten nicht. Das preußische Eisenbahnwesen müsse von dem Druck des preußischen Steuerfiskus befreit werden. Die Bedürfnisse des Verkehrs, nicht der Wunsch nach hohen Betriebsüberschüssen, müßten das leitende Prinzip der Eisenbahnverwaltung sein. Es sei dringend notwendig, daß endlich ein Reichseisenbahngesetz geschaffen werde.

Ein Antrag war zu dieser Interpellation nicht gestellt worden.“ (S. 122 f.)

Siehe auch den Artikel „Krieg und Sozialdemokratie“.

Modezeitung.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lagen folgende Anträge vor:

25. Teltow-Beeskow: „Der Parteitag möge die Herausgabe einer eigenen Modezeitung beschließen.“

26. Niederbarnim: „Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer Modenzeitung als Beilage zur „Gleichheit" befassen. Dieselbe soll den Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine fakultative sein."

27. Ludwigshafen: „Der Frauenzeitschrift „Gleichheit" sind Schnittmusterbogen mit Erläuterungen beizufügen."

In der Debatte über den Vorstandsbericht bemerkt Frau Thiel-Teltow-Beeskow:

„Wir stellen den Antrag 25 deshalb, weil eine Reihe von Lokalblättern gerade durch Modezeitungsausgaben oder Beilagen in Arbeiterkreisen Verbreitung finden. Schon deshalb abonnieren die Frauen diese Blätter, weil sie darin Hinweise finden, die Kleidung für sich und ihre Kinder billiger herzustellen. Was diese bürgerlichen Blätter können, das können wir auch. Ich bitte Sie, die Anträge 25 und 26 dem Parteivorstand zu überweisen, um Mittel und Wege zu schaffen, daß auch von uns eine Modezeitung herausgegeben wird, die sicherlich die Agitation unter den Arbeiterinnen fördern würde. Auch dem Vorschlag, eine derartige Beilage für die „Gleichheit" zu schaffen, wäre die Verwirklichung zu wünschen." (S. 216.)

Körner-Ludwigshafen:

„In verschiedenen Frauenversammlungen ist darüber Klage geführt worden, daß in verschiedenen Arbeiterfamilien noch bürgerliche Literatur zu finden ist. Unser Antrag will eine übel empfundene Lücke ausfüllen, um den Arbeiterfrauen entgegenzukommen. Wenn Sie nicht gleich eine Modezeitung gründen wollen, so nehmen Sie wenigstens den Antrag Ludwigshafen an, der „Gleichheit" Schnittmusterbogen beizufügen." (S. 217.)

Frau Zetkin:

„Gestatten Sie mir einige Ausführungen zu den beiden Anträgen, welche in verschiedener Form das gleiche bezwecken: nämlich, daß von seiten der Partei ein Organ geschaffen wird, das den Charakter eines Modeblattes tragen soll. Ich begreife ganz gut die nicht nur bestechenden, sondern im Kern auch stichhaltigen Ausführungen, die zur Begründung der Anträge gemacht worden sind. Kein Zweifel, daß die von bürgerlichem Geist durchseuchten, sogenannten unparteiischen Modeblätter in einer gewissen Hinsicht ein Hindernis für das Eindringen der sozialistischen Literatur in die Kreise der noch indifferenten proletarischen Frauenwelt sind. Kein Zweifel auch, daß in breiten Kreisen des weiblichen Proletariats das praktische Bedürfnis sehr stark empfunden wird, einen berufstechnischen Ratgeber für die Herstellung von Wäsche und Kleidung in der Familie zur Seite zu haben. Es fragt sich aber, ob die hier vorgeschlagenen Wege praktisch durchführbar sind und zum Ziele führen würden. Ich selbst war der Ausgestaltung der „Gleichheit" in der geforderten Weise sympathisch gesinnt. Ich habe deshalb bereits vor längerer Zeit eine entsprechende Ausgestaltung der „Gleichheit" angeregt und zusammen mit Fachleuten, deren Kompetenz nicht angezweifelt werden kann, sehr eingehende Vorberatungen über die Möglichkeit einer solchen Ausgestaltung gepflogen. Es gibt zwei Wege dazu: Wir können der „Gleichheit" eine besondere Modebeilage beigeben, aber dann müßten Umfang und Kosten so vergrößert werden, daß der Verbreitung des Blattes in den Kreisen des weiblichen Proletariats offensichtliche Hindernisse entgegengesetzt würden. Oder aber, wir behalten den jetzigen Umfang und den jetzigen Preis bei und schränken den übrigen Inhalt der „Gleichheit" zugunsten der Modezeitungen nebst Text ein. Dem würde ich mich allerdings mit aller Entschiedenheit widersetzen. Die „Gleichheit" hat im Interesse der politischen und gewerkschaftlichen Erweckung und Schulung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen so vielseitige Aufgaben zu erfüllen, daß wir schon bei dem jetzigen Umfang kaum allen Ansprüchen gerecht werden können. Wir sind gezwungen, die Behandlung wichtiger Fragen zu verschieben, wertvolle Artikel von Nummer zu Nummer zurückzustellen, weil plötzlich auftauchende Probleme in politischer, gewerkschaftlicher oder genossenschaftlicher Hinsicht zu anderer Disposition zwingen. Aus diesem Grunde erschiene mir eine Beschränkung des Umfangs der „Gleichheit" zugunsten einer solchen Beilage nicht ratsam. Sie würde zu einer Beschränkung des Inhalts werden, ich könnte die Neuerung mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Nun aber die andere Frage! Soll unter diesen Umständen bei der

Bedeutung der Sache und den praktischen Folgen, die sie haben kann, nicht die Partei die Schaffung eines eigenen Modeorgans in Erwägung ziehen? Mit Rücksicht auf die großen praktischen Schwierigkeiten, die dabei für sie zu überwinden wären, wenn die Frage wirklich in erfolgreicher und der Partei würdiger Weise gelöst werden soll, würde ich Ihnen empfehlen, sich hier nicht auf einen bindenden Beschluß festzulegen, sondern die ganze Angelegenheit zu einer ausgiebigen sachlichen Prüfung und Vorberatung den in Betracht kommenden Parteiinstanzen zu überweisen. (Bravo!)" (S. 217 f.)

Ryssel-Leipzig:

„. . . Was die Modezeitung anbelangt, so brauche ich nach den Ausführungen der Genossin Zetkin nicht mehr darauf einzugehen, und ich bitte, diese Anträge auf alle Fälle abzulehnen. Die Preßkommission der „Gleichheit" wird die Aufgabe haben, Wege zu weisen, die die „Gleichheit" auch für die Arbeiterfrauen noch interessanter machen, wenn dies nötig sein sollte." (S. 220.)

Die Anträge 25 und 26 werden dem Parteivorstand zur Prüfung überwiesen, 27 wird abgelehnt

Dem Jenaer Parteitag **1911** berichtet der Parteivorstand:

„Der Herausgabe einer selbständigen Modezeitung (Antrag 25) bezw. einer Modebeilage der „Gleichheit" (Antrag 26) konnte der Parteivorstand in diesem Jahre nicht näher treten. Die Frage wurde vertagt, weil umfangreiche Vorarbeiten nötig sind. Nach den Reichstagswahlen soll der Plan einer Modezeitung eingehend erörtert werden." (S. 16.)

Auf der Jenaer Frauenkonferenz **1911** bemerkte die Genossin Zietz:

„. . . Genossin Grünberg hat nach der Modezeitung gefragt, die Genossinnen wünschten Schnittmuster und Anweisungen für Anfertigung von Kinder- und Frauengarderobe; dieses Verlangen sei ein sehr weitverbreitetes. Der Parteivorstand hat sich in seinem Bericht darüber geäußert. Vielleicht könnte zur Einführung in unsere Ideen ein eigenes Organ geschaffen werden, das einfach und populär geschrieben ist und den Wünschen nach Schnittmustern und Anweisungen über die Herstellung von Kindergarderobe entgegenkommt. Also keine Modenzeitung, wir irrtümlicherweise immer wiederholt wird. Es wird das Blatt durchaus kein Konkurrenzunternehmen der „Gleichheit" sein, sondern unseren Ideen Eingang verschaffen in Kreisen, die uns bisher unzugänglich waren. Diese Frage wird den Parteivorstand nach den Reichstagswahlen beschäftigen." (S. 429.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

92. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: „Der „Gleichheit" ist jeden Monat ein Schnittmuster beizulegen. Ferner sind kleinere Artikel für die Hausfrau über Küche, Wäsche und dergleichen zu bringen."

191. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: „Es ist von der Partei eine Modezeitung herauszugeben."

Antrag 92 wird nicht genügend unterstützt. Im mündlichen Geschäftsbericht des Vorstandes führte Ebert zur Frauenbewegung u. a. aus:

„. . . Bei der Gelegenheit muß ich auf einen Antrag zu sprechen kommen, den bereits der Magdeburger Parteitag dem Parteivorstand zur Erwägung übergab. Es handelt sich um die Herausgabe einer Modezeitung mit Schnittmusterbeilagen, die den Anforderungen der Arbeiterfamilie entsprechen soll. Wir mußten die Sache der Reichstagswahl wegen zurückstellen, haben aber nun Gutachten von Sachverständigen eingefordert, und daraus ergibt sich, daß diese Aufgabe, die unsere Genossinnen aus agitatorischen Gründen eifrig befürworten, doch überaus schwierig ist. Trotzdem hat der Parteivorstand beschlossen, an die Ausführung dieser Aufgabe heranzutreten. (Beifall.) Wir hoffen, daß es gelingt, die großen Schwierigkeiten zu bezwingen." (S. 208.)

In der Debatte sagte Scheibe-Bochum:

„... Bei dem Antrag 191, der die Herausgabe einer Modezeitung wünscht, handelt es sich nicht etwa darum, eine besondere Kleidung für unsere Genossinnen zu schaffen, sondern den bürgerlichen Modezeitungen, die ja noch einen bestimmten Nebenzweck verfolgen, ein Gegengewicht zu geben. Diese Modezeitungen liefern einen Unterhaltungsstoff, der systematisch darauf zugespitzt ist, die Arbeiterfrauen politisch zu verblöden. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde ist der Antrag gestellt, und nachdem er schon einmal vor Jahren dem Parteivorstand überwiesen ist, müssen wir mehr als je unser Augenmerk darauf richten. ..." (S. 256.)

Luise Zietz:

„... Bezüglich des Antrages 191, der eine Modezeitung schaffen will, glaube ich, daß Scheibe nicht gut zugehört hat, als Ebert seinen Geschäftsbericht erstattete. Ebert hat betont, daß der Parteivorstand beschlossen hat, ein solches Blatt zu schaffen. Die sehr großen technischen Schwierigkeiten machen es aber unmöglich, schon jetzt den Zeitpunkt des Erscheinens zu bestimmen. Selbstverständlich wird es so bald als möglich geschehen. Ich nenne dieses Blatt nicht eine Modezeitung, sondern möchte es „Die praktische Arbeiterin" nennen. Alle Antragsteller wünschen keine ausgesprochene Modezeitung, sondern ein Gegengewicht gegen Blätter, wie „Die praktische Hausfrau" und „Die praktische Berlinerin", die in vielen hunderttausend Exemplaren in Deutschlands proletarischen Kreisen verbreitet sind und die dazu beitragen, daß die Leser dieser Zeitungen im chauvinistischen und bigotten Sinne beeinflußt werden. Wenn wir ein Blatt bekommen, das den praktischen Bedürfnissen der Frauen Rechnung trägt durch Schnittmuster, Anleitung zur Herstellung von Frauen- und Kindergarderobe und daneben sozialistischen Text bringt, so wird ein solches Blatt ganz außerordentlich erzieherisch wirken können in den Kreisen der Indifferenten, die bisher unserer Propaganda ferngestanden haben. Wollen wir ein solches Blatt aber nicht nur schaffen, sondern auch erhalten, so möchte ich die dringende Mahnung an alle Genossen und Genossinnen richten, wenn das Blatt herauskommt, sich mit ganzer Energie für die Propaganda in den Kreisen der indifferenten Frauen einzusetzen. Der Antrag selbst ist also bereits überholt ..." (S. 258.)

Antrag 191 wird zurückgezogen.

Auf dem Jenaer Parteitag **1913** wurden die Anträge 48, 49, 50, die sich auf die zu schaffende Modezeitung bezogen, nicht genügend unterstützt. Das vom Parteivorstand angekündigte Familienblatt (siehe diesen sowie den Artikel „Illustrierte Zeitung") hatte die Anträge überflüssig gemacht.

Monarchie.

In dem Referat über die Badische Budgetbewilligung (Magdeburg **1910**) führte Bebel aus, Kolb habe

„selbst im Mai dieses Jahres, als sich Ferri in Rom dem italienischen König gegenüber sehr merkwürdig benahm, geschrieben: „Jeder Mensch hat das Recht, sich zum Narren zu machen soviel er will, aber keiner hat das Recht, seine Partei zum Narren zu machen." Ich wünschte, das würde von uns stets beachtet, besonders von den Badensern. ...

Auch die Hofgängerei verbittet sich die Partei. (Zurufe von den Badensern: Wir waren doch nicht dabei!) War das nicht auch ein Hofgang, daß man ganz überflüssigerweise zu dem feierlichen Landtagsschluß ging? Im Karlsruher Schloß wird man Euch das wohl angerechnet haben? Die wollen doch aber auch keine Leute mit Seitensprüngen! Ihr verderbt es mit uns und mit ihnen. (Lebhafte Zustimmung.) Ihr sitzt zwischen zwei Stühlen. (Lebhafte Zustimmung. — Widerspruch Franks.) Jawohl, mein lieber Frank! Das habt Ihr mit Eurer Weisheit, mit Eurer staatsmännischen Klugheit, mit Eurer Diplomatie erreicht, die so unklug war, wie sie nur sein konnte. (Stürmische Zustimmung.) Niemals haben Parteigenossen sich so blamiert vor den Gegnern wie Ihr. (Stürmische Zustimmung.) Im Schloß zu Karlsruhe findet heute die Hofcour zum Ehejubiläum des Großherzogpaares statt. Es freut

mich, daß die von der Fraktion erwählten Vertreter Gaiß und Pfeiffle hier in unserer Mitte sind. (Heiterkeit.) Die Mannheimer Parteigenossen haben sich wohl gesagt: Die schicken wir nach Magdeburg, da sind sie aus der Verlegenheit heraus! (Große Heiterkeit.) Aber wie steht es denn mit § 74 der Geschäftsordnung des badischen Landtags? Der sollte Euch doch zwingen, daß Ihr die Deputation mitmachtet. (Frank ruft: Jeder ist doch mal verhindert!) Das wird man ja wohl auch im Schloß zu Karlsruhe einsehen. Der § 74 binde Euch, sagtet Ihr, ich freue mich aber, daß Ihr euch nicht habt binden lassen...

Sicher hat man in Karlsruhe in Hof- und Regierungskreisen über die Schlaumeierei gelacht, mit der Ihr den höfischen Festlichkeiten ferngeblieben seid, man lacht in Karlsruhe noch über manches. (Heiterkeit.) . . ." (S. 258 f.)

Im Korreferat erwiderte Frank:

„... Ich glaube, man tut der wichtigen Frage der Budgetbewilligung unrecht, wenn man in einem Atemzug damit diese Monarchengeschichte behandelt. Es sind geradezu abenteuerliche Vorstellungen verbreitet worden über die Ausdehnung monarchischer Gelüste unter den badischen Genossen. Gestern kam ein Genosse mit einem Zeitungstelegramm aus Baden zu uns, wonach der Großherzog am heutigen Tage eine größere Anzahl Orden ohne Unterschied der Partei verleihen werde. Man hat uns natürlich gefragt, ob auch bei dieser Gelegenheit die Gleichberechtigung hochgehalten wird. (Bebel: Verdient hättet Ihr es!) Aber wenn wir schon Orden bekommen, dann wollen wir uns ausbedingen, daß wir sie am roten Bande tragen! (Allgemeine Heiterkeit!)

Es ist doch klar, daß wir uns in den Parlamenten eben an Geschäftsordnung und Verfassung halten müssen. Es kann natürlich Grenzfälle geben, und die gibt es, wo Differenzen darüber entstehen, was die Geschäftsordnung verlangt. Aber da hat man sich eben kameradschaftlich auszusprechen, und das sind keine Dinge, über die sich Parteigenossen gegenseitig die Köpfe zu zerschlagen brauchen. Auf Grund der Debatte, die zwischen anderen Genossen stattgefunden hat, glauben wir sagen zu können, daß die Partei ihre Taktik gegenüber der Monarchie nicht ändern will, weder nach rechts noch nach links. Wir meinen, die Partei, die das große Zukunftsland erobern will, kann sich nicht vor einem kleinen mittelalterlichen Bollwerk festlegen. Nicht darauf können wir unsere Kraft konzentrieren. Aber wir werden nirgends, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, unsere republikanische Ueberzeugung verleugnen. Wir halten es hierin mit den Worten Bebels in Amsterdam, im Vordergrunde unseres Kampfes und unserer Tätigkeit stehen die Klassenforderungen des Proletariats. Es kann gewiß Staaten geben, und es gibt solche, wo zeitweise der schärfste Kampf gegen die Person des Monarchen nötig wird, aber Bebel selbst hat uns ein Beispiel gegeben, daß man diejenigen Monarchen, die sich uns nicht direkt entgegenstellen und sich konstitutionell zurückhalten, eben nicht persönlich zu bekämpfen braucht. Er war es doch, der erklärte, bei einer eventuellen Kaiserwahl wäre es der Prinz Ludwig von Bayern, für den er stimmen würde. (Bebel macht eine abwehrende Bewegung. — Frank:) Genosse Bebel hat allerdings böse Erfahrungen mit ihm gemacht, er fängt jetzt auch an zu reden. (Heiterkeit.) . . ." (S. 273 f.)

In der Debatte sagte Genossin Zetkin:

„. . . Genosse Frank hat zum Schluß gemeint, wir sollten den „monarchischen Kundgebungen" der Genossen keine zu große Wichtigkeit beimessen, denn die Monarchie habe eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats. Nicht die Institution hätten wir besonders zu bekämpfen, sondern der Persönlichkeit entgegenzutreten, die als Träger der Institution gelegentlich persönlich scharf, verhängnisvoll in das politische Getriebe eingreift. (Frank: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt!) Nein, Sie haben wörtlich gesagt, was ich anführe. Wenn man dieser Ansicht ist, dann begreife ich allerdings nicht, wie man beim Leichenbegängnis gerade einem Monarchen eine Huldigung bringen konnte, der sich jederzeit als besonderer persönlicher Feind der Sozialdemokratie mit Ehrlichkeit bekannt hat. (Sehr gut!) Wir bekämpfen in erster Linie die Institution der Monarchie, diese Institution ist in Deutschland keineswegs für den proletarischen Klassenkampf eine so belanglose mittelalterliche Festung, an der wir vorüberziehen können, ungehindert im Weitermarsch, wie Genosse Frank es dargestellt hat. Diese mittelalterliche Festung feiert im Rücken des vorüberziehenden Proletariats nicht fröhliche, harmlose Feste; sie ist das stärkste Bollwerk,

der stärkste Rückhalt der proletarierfeindlichen, reaktionären Politik aller herrschenden Klassen ohne Unterschied. (Lebhafte Zustimmung.) Da sage man uns doch nicht, daß wir nicht nötig hätten, diese Institution mit aller Energie zu bekämpfen. . ." (S. 321 f.)

Im Schlußwort bemerkte Bebel:

„. . . Weiter hat Frank gemeint: In bezug auf den Prinzen Ludwig sind Sie aber reingefallen. (Heiterkeit.) Nein, ich bin gar nicht reingefallen. Daß Prinz Ludwig katholisch ist, weiß ich längst, daß er gut katholisch ist, weiß ich auch, und ich bin, offen gestanden, im Zweifel, ob ich das Glaubensbekenntnis in Altötting oder das kurz zuvor in Königsberg ergangene für besser oder für vernünftiger halten soll, wenn von Vernunft dabei überhaupt die Rede sein kann. (Heiterkeit.) Die Altöttinger Rede ist ja sogar dementiert worden, aber das ist gleichgültig. Die Erziehung unserer Prinzen und Fürsten im fortschrittlichen Sinne läßt bekanntlich viel zu wünschen übrig. (Große Heiterkeit.) Das ist eine bekannte Tatsache, an der wir nichts ändern können, und darin sind wir auch einig, daß wir schließlich weder Prinzen noch Fürsten an der Spitze des Staates brauchten. (Sehr gut!) Aber da Prinz Ludwig sich für das allgemeine Wahlrecht erklärte und sogar — ich glaube, nicht einmal unsere Genossen haben das beantragt — nach jeder Volkszählung eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangte, so habe ich damals gesagt: wenn wir einen Kaiser zu wählen hätten und in der Wahl auf einen Fürsten beschränkt wären, denn im anderen Falle würde ich selbst als Kandidat auftreten (stürmische, minutenlang anhaltende Heiterkeit) —, ich sage das, weil ich weiß, daß ich dann die Revisionisten und die Radikalen auf meiner Seite haben würde (erneute große Heiterkeit); wenn also innerhalb des Fürsten- und Prinzenkreises gewählt werden muß, wähle ich den Prinzen Ludwig, der ist mir lieber als ein Hohenzoller. (David: Na also!) Wundern Sie sich darüber? Auch Sie würden das tun. Darüber sind wir also auch wieder einig. (Heiterkeit.)" (S. 347.)

Siehe auch den Artikel „Badische Budgetbewilligung", insbesondere den Schlußsatz der Resolution 90. Auch von den übrigen zur Budgetbewilligung gestellten Anträgen befaßten sich viele mit der Hofgängerei.

Den Parlamentarischen Bericht schloß Noske mit folgenden Ausführungen:

„. . . Der Reichstag müßte in dieser Zeit auch deswegen tagen, um erneut Stellung zu nehmen gegen das persönliche Regiment. Der Kaiser redet wieder! Erneut rief Wilhelm II. Beunruhigung dadurch hervor, im Inland sowohl wie im Ausland, daß er entgegen der Zusicherung, die Reichskanzler Bülow im Dezember 1908 gegeben hat, abermals einwirkt auf die politischen Ereignisse durch seine Reden, daß er dadurch, wenn auch ungewollt, Erregung und Unsicherheiit hineinträgt in die deutsche Politik. Durch seine Königsberger Gottesgnadenrede hat der Kaiser erneut das Bekenntnis zum Absolutismus abgegeben, unbeirrt um die Meinung des Volkes, um die Tagesansichten will Wilhelm II. seine Wege gehen. Wir werden den Rat, den er uns vor Jahren gegeben hat, niemals befolgen, den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schütteln (Bravo!), werden aber nichts unversucht lassen, um dafür Sorge zu tragen, daß den Vertretern der Gottesgnadenidee die Luft drückend wird im deutschen Vaterlande. (Lebhaftes Bravo!) Und wenn sie den Staub von den Pantoffeln schütteln würden, würde ihnen sicher die große Masse des deutschen Volkes keine Träne nachweinen. (Bravo!) Vor 20 Jahren hat Wilhelm II. dem deutschen Volke zugerufen: Herrlichen Tagen führe ich Euch entgegen. Wir haben endlich genug von dieser Sorte von Herrlichkeit, die uns beschert worden ist. (Bravo!) Und die darin besteht, daß breite Bevölkerungskreise hungern, daß die Ausgaben für Heer und Flotte ständig steigen, die Schuldenlast des Reiches sich ungeheuerlich vermehrt, das Reich nahezu an den Abgrund des Bankerotts getrieben worden ist. Zu den schweren Verschuldungen der bürgerlichen Parteien gehört nicht zuletzt, daß sie in jenen Novembertagen aus Anlaß der Kaiserdebatte nur redeten, anstatt hinterher auch zu handeln. Sie haben es versäumt, damals dem persönlichen Regiment in Deutschland ein für allemal ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr!) Die sozialdemokratische Fraktion hat es damals wie im letzten Winter nicht an der Forderung fehlen lassen, durch Aenderung der Verfassung endlich auch aus dem Deutschen Reich ein modernes

freiheitliches Land zu machen. Das Bürgertum hat dabei versagt, trotzdem die Regierung in ihrer Finanznot vollständig abhängig war von der Volksvertretung und alles hätte zugestehen müssen. Wir sind uns darüber klar, daß auch, wenn es zu neuen Kaiserdebatten im Reichstage kommen wird, sobald der Reichstag zusammentritt, wir auf nennenswerte Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien kaum zu rechnen haben werden. Es wird der Arbeiterklasse vorbehalten bleiben, Deutschland zu einem freiheitlichen, einem demokratischen Lande zu machen. Dem Bekenntnis des Kaisers zum Gottesgnadentum und Absolutismus setzen wir bei den kommenden Wahlen entgegen die Forderung nach der Republik. (Lebhafter Beifall.) Wir werden bei den kommenden Wahlen das Volk dazu aufrufen, daß es nicht länger seine Geschicke den gekrönten Instrumenten des Himmels anvertraut. (Bravo!) Das deutsche Volk ist mündig geworden und muß das bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen. Das deutsche Volk kann sich das absolutistische Regierungssystem nicht länger gefallen lassen. Die nächsten Wahlen werden wir unter der Parole führen, daß endlich in Deutschland der Wille des Volkes höchstes Gesetz werde. (Lebhafter Beifall.) Und wir sind sicher, daß bei diesem Kampfe, bei diesem Streben auch in Zukunft die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterklasse einig und geschlossen wie ein Mann den Kampf führen wird. (Stürmischer Beifall.)" (S. 390 f.)

Die Reichstagsfraktion berichtete dem Jenaer Parteitag **1911** über die Interpellation wegen der Kaiserrede:

„Die sozialdemokratische Interpellation kam am 26. November zur Verhandlung; begründet wurde sie vom Genossen Ledebour. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte der Reichstag der wuchtigen Anklage gegen den Bruch der dem Volke 1908 durch den Bülowschen Kanzlermund garantierten verfassungsmäßigen Rechte.

Die Rechte hob ihren Ritterschild vor das persönliche Regiment; aber auch das Zentrum und der Liberalismus bis zu den ordensgeschmückten „Demokraten" der Wiemer und Eickhoff bemühten sich dafür, daß durch die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation „das Ansehen und die Bedeutung der Krone keinen Schaden erleide", deren Aktien bekanntlich bei der Rebellion vom November 1908 sehr schlecht standen...

Genosse Ledebour hatte darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Bülowschen Garantien eine Volkstäuschung waren und daß ein Reichstag dieses Schlages alles andere denn ein Hort für Volksrechte ist. Nur eine republikanische Staatsform garantiere das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Der ungekrönte Junkerführer forderte Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterbewegung und befahl der Reichsleitung, Zeit und Mittel dafür geeigneterweise auszuwählen...

Wie vor drei Jahren stand auch jetzt die Sozialdemokratie vereinzelt im Kampfe für die Beseitigung des Absolutismus durch ein parlamentarisches System. Selbst die Freisinnigen widersprachen damals schon unserer Forderung, eine Reichskanzler-Verantwortlichkeit in die Verfassung aufzunehmen; und der Abgeordnete Wiemer bezeichnete es als Erpresserpolitik, wenn ein Parlament sein Steuerbewilligungsrecht zur Erzwingung verfassungsmäßiger Rechte benütze, wie dies der Genosse Singer gefordert hatte. Die damaligen Anträge zur Erweiterung der Volksrechte sind alle in der erweiterten Verfassungskommission erwürgt und begraben worden. Die kapitalistischen Gruppen im Reiche benützen den Absolutismus zur Förderung ihrer Klasseninteressen. Es zeigte sich bei diesen parlamentarischen Uebungen, daß die Beseitigung des Absolutismus im Deutschen Reiche dem Sieger über den Kapitalismus vorbehalten bleibt." (S. 86 f.)

In der Debatte über den Vorstandsbericht sagte Klara Zetkin:

„... In einer Zeit, wo der Absolutismus herumgeht wie ein brüllender Löwe, wo wir den Kampf gegen das persönliche Regiment und das monarchische Prinzip zu führen haben, was geschieht da? In dieser Zeit beteiligen sich Genossen an höfischen Veranstaltungen, legen sie Gewicht darauf, sich vor allem als Träger zivilisierter europäischer Höflichkeit vor der Krone zu erweisen. Wird etwa durch Vorgänge dieser Art — bis herunter zur Anteilnahme von sozialdemokratischen Abgeordneten an dem

Ministeressen in Stuttgart — die Aktionskraft der Partei gestärkt? (Sehr richtig! und Rufe: Na endlich!) Wenn man schon abrechnet, dann soll man auch nach beiden Seiten hin abrechnen. (Dr. Frank: Das ist Ihr Kampf gegen den inneren Feind!) ..." (S. 262.)

Auf der Frauenkonferenz (Jena **1911**) bemerkte Scheibe-Bochum in der Debatte über den Geschäftsbericht des Frauenbureaus:

„... Eine passende Gelegenheit zur Agitation hat das Frauenbureau vorübergehen lassen: die Königsberger Rede Wilhelms II. Da konnte eingesetzt und die proletarischen Frauen konnten aufgerüttelt werden. Aber das geschah nur an einzelnen Orten. (Unruhe und Widerspruch.)" (S. 425.)

Die Vorsitzende Zietz erwiderte:

„... Die Königsberger Kaiserrede ist wahrhaft in der Agitation genug verwendet worden. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Vorschlag, die Abhaltung von Frauentagen abhängig zu machen von einer Kaiserrede, muß ich widersprechen. Wir richten unsere Agitation nicht nach dem Redebedürfnis Kaiser Wilhelms II., sondern nach unseren eigenen Bedürfnissen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen; an einigen Stellen Unruhe.) Ich konstatiere, daß die männliche Seite am unruhigsten ist. (Lebhaftes Sehr richtig! und Heiterkeit.)" (S. 425.)

In ihrem Referat über „Die Frauen und die Reichstagswahlen" führte Genossin Zetkin aus:

„... Von der rastlosen Arbeit ... lassen wir uns durch nichts und von niemand abhalten. Auch nicht etwa dadurch, daß uns ein Kaiser predigt, die Frau gehöre ins Haus, sie solle in der Stille des häuslichen Lebens wirken. (Heiterkeit.) Erst vor kurzem hat Wilhelm II. wieder den deutschen Frauen als Vorbild das häusliche Walten verherrlicht, wie es Fürstinnen durch Paraderitte als Chef „ihrer" Regimenter vor der Front der Truppen zu illustrieren pflegen. (Große Heiterkeit.) Das erinnert uns an die berühmte Königsberger Rede, die sich vor wenigen Wochen gejährt hat, und die sich ja nebenbei auch gegen das Hinaustreten der Frauen ins öffentliche Leben, zum Kampf für ihr Recht wendete. Wilhlem II. liebt es, sich für seine Ratschläge an die Nation auf seine allerhöchstseligen Vorfahren zu berufen, und so hat er auch seine Mahnung für die Frauen mit dem Hinweis auf das häusliche Walten seiner allerhöchstseligen Urgroßmutter Luise geschmückt. Ich will darauf nicht erwidern, indem ich seinem Bild von der Königin Luise das streng geschichtliche Porträt dieser Fürstin gegenüberstelle. (Sehr gut!) Unsere Antwort aber auf die wiederholte Mahnung des kaiserlichen Redners will ich an eine geschichtliche Erinnerung aus dem Leben der Königin Luise anknüpfen, die wir einem Junker verdanken, Ludwig von der Marwitz. Aus seinen Memoiren über Friedrich Wilhelm III. und Luise von Preußen erfahren wir, daß die Königin gelegentlich einen starken Drang hatte, sich um politische Angelegenheiten zu kümmern. Wie verhielt sich der königliche Eheherr dazu? Wir lesen es bei Marwitz: „Er wies sie hart zurück, holte einen Strickstrumpf, gab ihr den und sagte, das sei ihr Geschäft, um das andere brauche sie sich nicht zu kümmern ... Aber sie zeigte sich als eine gute Ehefrau, sie kroch zum Kreuz, bat um Verzeihung, wurde zu Gnaden angenommen." Wilhelm II. mag gemäß dieser Tradition wähnen, daß die Frauen dem Beispiel des Zukreuzekriechens folgen werden. Das umsomehr, als die bürgerlichen Frauen in schwächlicher Weise gegen die Weisheit des Gottesgnadentums protestiert haben. — Nebenbei bemerkt: Philisterium und Absolutismus sind innerlich verwandt, hier Gottesgnadentum eines Geschlechts, dort das Gottesgnadentum einer Familie. — Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben in geziemender Untertänigkeit von dem schlecht unterrichteten Kaiser an den besser zu unterrichtenden Kaiser appelliert. Wir machen solche Hofgänge nicht mit, wir kriechen aber auch nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) In uns ist die gewaltigste Ideologie lebendig, welche je des Lebens Not in ihrer Umarmung mit dem Geiste stolzer Erhebung gezeugt hat. Die zeiten- und weltumspannende Ideologie des Sozialismus, und sie bewirkt, daß wir sozialistischen Frauen von einer stolzeren Rasse sind als die Königinnen. Königinnen mögen zu

Kreuze kriechen, sozialistische Frauen kriechen nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) Sie kämpfen für den Umsturz der Gesellschaft, deren Ketten den Leib bedrücken, dem Geist die Flügel knicken; sie tragen Stein um Stein zum Aufbau der sozialistischen Ordnung bei. Und sie wissen, daß sie in diesem ihrem Tun unsterblich weiter leben. Wenn in ferner Zeit die Namen der meisten Fürsten längst ver-vergessen sind — darunter auch der der allerhöchstseligen Königin Luise — dann werden wir in unseren Taten lebendig sein, mag heute auch keine von uns beim Aufbau genannt werden, mag dann auch das Gedächtnis an jede einzelne von uns verweht sein. In unserer Gesamtheit werden wir unsterblich sein als die sozialistischen Frauen, die inmitten des Winters der kapitalistischen Ordnung dem Frühling des Sozialismus die Wege bereiten halfen. Wir werden weiter leben in dem großen geschichtlichen Werke des Proletariats, das wir auch bei den Reichstagswahlen mit aller Kraft fördern wollen. Wir werden weiterleben in dem Bau, an den wir unser Herzblut setzen: in dem Bau der sozialistischen Ordnung. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)" (S. 453 f.)

Folgende Anträge lagen dem Chemnitzer Parteitage **1912** vor:

171. Berlin VI: „Die Genossen des 6. Kreises protestieren ganz energisch gegen das Verhalten des Abgeordneten Dr. Landsberg betr. seines Verbleibens im Saale während des Kaiserhochs in der letzten Sitzung des Reichstags."

204. J. Rummel und Genossen: „In der Erwägung, daß bereits die Magdeburger Parteiorganisation zu dem Verhalten des Genossen Landsberg beim Kaiserhoch in der Schlußsitzung des Reichstags Stellung genommen hat, in der weiteren Erwägung, daß diese Stellungnahme bei aller Zurückhaltung in der Form sachlich von den gleichen Anschauungen beherrscht wird wie die Beschlüsse der Parteitage und der Reichstagsfraktion über die Teilnahme an höfischen Kundgebungen, erklärt der Parteitag den Antrag des 6. Berliner Reichstagswahlkreises zu dieser Sache für erledigt."

Im mündlichen Fraktionsbericht ging Stadthagen auf die Präsidentenfrage (siehe den Artikel „Reichstagspräsidium") ein:

„. . . Eine Verpflichtung zu irgendwelchen Pflichten, die außerhalb der staatsrechtlichen oder der in der Geschäftsordnung begründeten Vorschriften liegen, kann die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht eingehen. Das wäre ein Schlag gegen die Sozialdemokratie selbst, das wäre eine Unterwerfung der Partei unter die Bedingungen, die der bürgerlichen Anschauung entnommen sind. Bei den Verhandlungen über die Frage der Besetzung des Präsidiums ist ja auch von nationalliberaler Seite ausdrücklich anerkannt, daß eine solche Bedingung selbstverständlich nicht gestellt werden kann. So haben unsere Vertreter keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir in unserer Haltung beim Kaiserhoch keine Aenderung eintreten lassen würden, und später hat der Abgeordnete Schifferer im Plenum noch ausdrücklich gesagt, daß unsere Vertreter erklärt hätten, die Fraktion lehne es ab, zu Hofe zu gehen oder bei dem Kaiserhoch im Saale zu bleiben. Bei Beginn der Reichstagssession war über die Frage, ob etwa zu einer solchen Verpflichtung ein Grund vorliegt, eine Differenz entstanden. Die Fraktion hat aber mit über zwei Dritteln Mehrheit beschlossen, auf keinen Fall zu Hofe zu gehen, sondern das Zu-Hofe-Gehen so aufzufassen, wie es auch auf den Parteitagen aufgefaßt wird, als eine Verbeugung vor einer bürgerlichen Anschauung, als eine Verletzung der sozialdemokratischen Auffassung. So wenig wie einem bürgerlichen Präsidenten zugemutet werden kann, ein Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen, so wenig kann naturgemäß verlangt werden, daß die Sozialdemokratie gegen ihre Anschauungen handelt. In dem Bericht ist nicht ausdrücklich erwähnt, daß einige 30 Mitglieder der Fraktion bereit waren, eventuell die Verpflichtung zu übernehmen und zu Hofe zu gehen. (Hört, hört!) Aber die große Mehrzahl war dagegen. Unmittelbar vor Schluß des Reichstages entstand dann noch die Frage, ob die Fraktion bei dem Hoch auf den Kaiser hinausgehen soll, wie es früher geschehen ist, oder ob sie sitzen bleiben solle. Es wurde ein paar Minuten darüber in den Wandelgängen gesprochen, und man beschloß, hinauszugehen. Die Frage, ob hinausgehen oder sitzenbleiben, ist so müßig wie nur etwas. Weshalb sind denn die Genossen ursprünglich hinausgegangen? Aus einer vielleicht zu großen Höflichkeit. Als wir drei oder vier Vertreter im Reichstage hatten, glaubte man, man solle die Gefühle der anderen schonen, und deshalb ging man

hinaus. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung bleiben wir seit Jahren sitzen, seitdem uns erklärt ist, das würde anders aufgefaßt. Es ist auch vorgekommen, daß man in den Saal nicht hineingeht, weil man die Gefühle der anderen nicht verletzen will. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß wir, wenn wir im Reichstagssaale sind und dem Monarchen eine Huldigung gebracht wird, selbstverständlich sitzen bleiben und die Huldigung nicht mitmachen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bürgerlichen selbst muten uns ja auch nicht zu, etwas zu tun, was einer Huldigung gegen die Monarchie entspringt. Das wäre ebenso unvernünftig, als wenn wir im Landtage von Schwarzburg-Rudolstadt verlangen würden, daß die Bürgerlichen bei einem Hoch auf die Sozialdemokratie aufstehen. (Heiterkeit.)" (S. 374 f.)

Henschel-Berlin:

„Nachdem Stadthagen den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie und ihrer Parteitage bezüglich höfischer und sonstiger Huldigungen dargelegt hat, kann ich mir diesen Teil meiner Begründungsrede sparen. Es genügt der Hinweis, daß der Genosse Dr. Landsberg bei der Schlußsitzung des Reichstages gegen diese wiederholten Beschlüsse der Parteitage und auch gegen die Beschlüsse der Reichstagsfraktion in gröblichster Weise verstoßen hat. Es hat ungeheure Entrüstung in den Reihen der Parteigenossen hervorgerufen, daß Genosse Landsberg diese ziemlich einmütig gefaßten Beschlüsse mißachtet hat. (Zustimmung.) Diese Entrüstung und Erregung wurde noch dadurch gesteigert, daß unwidersprochen die Mitteilung gemacht werden konnte, daß Dr. Landsberg auch wiederholte Aufforderungen, den Saal zu verlassen, unbeachtet gelassen hat. (Hört, hört!) Ich glaube, eine weitere Begründung dürfte sich erübrigen. Ich nehme an, daß die Parteigenossen grundsätzlich auf dem gleichen Standpunkt stehen, und daß der Parteitag dem Protest sich anschließen wird, der in dem Antrag 171 enthalten ist, um so mehr, als wir eine Garantie bieten müssen, daß ein derartiges Vorgehen sich nicht vielleicht in nächster Zeit durch einzelne Vertreter in unseren Parlamenten wiederhole. Ich bitte Sie darum, unseren Antrag einstimmig anzunehmen." (S. 377.)

Meerfeld-Köln:

„. . . Einige Worte muß ich äußern über die Stellung der Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl. Ich will nicht darauf eingehen, ob es klug war, für den vermehrten Machtzuwachs, den eine Vertretung im Präsidium uns gebracht haben würde, sagen wir mal, das Opfer eines Antrittsbesuches zu bringen. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, aber darüber mußte die Fraktion sich klar sein, daß dieser Antrittsbesuch die unausbleibliche Konsequenz der Beteiligung an der Wahl sein würde. Wenn die Fraktion sich darüber klar gewesen wäre, daß ohne Antrittsbesuch die Wahl Scheidemanns nicht von langer Dauer sein würde, hätte sie ohne weiteres auf die Beteiligung überhaupt verzichten sollen. (Zuruf: Warum denn?) Dann wäre unseren Parteigenossen die Enttäuschung erspart geblieben (Lachen), die sich zweifellos ihrer bemächtigt hat. (Lachen und Unruhe. Zuruf: Wer ist denn enttäuscht worden?) Die schöne Photographie des Genossen Scheidemann ist noch lange nicht ausverkauft, die Wahl wurde zu bald umgestoßen. (Heiterkeit.) Wenn man Politik treiben will, muß man sich über die Konsequenzen völlig klar sein, und ich habe den Eindruck, daß man sich nicht klar gewesen ist darüber, was der Wahl Scheidemanns zum Vizepräsidenten notwendig folgen würde. . ." (S. 380.)

Herz-Altona:

„. . . wenn ich auch die Stimmung begreife, aus der der Berliner Antrag hervorgegangen ist, so hat man doch nicht nötig, gleich mit Feuer und Flamme zu arbeiten. Die scharfe Protestresolution Berlin entspricht nicht der politischen Bedeutung des Falles und enthält außerdem in ihrer nur negativen Fassung nicht die Gesichtspunkte ausgesprochen, zu deren Hervorhebung der Fall Veranlassung gibt. Ich halte es daher für viel besser, wenn man den Trommelschlag etwas dämpft, die Sache von allem Persönlichen und Zufälligen befreit und sie ins Prinzipielle erhebt. Es wäre richtig, wenn der Parteitag lediglich der Entscheidung der Magdeburger Parteiorganisation beitreten würde. Sie enthält alles, was zu der Angelegenheit sachlich zu sagen ist. Auf Grund eingehender Aussprache haben die beiden Magdeburger Ortsinstanzen, nämlich Vorstand und Ausschuß, übereinstimmend erklärt: „Es unterliegt nicht unserer Beurteilung, ob das Verlassen des

Saales beim Reichstagsschluß die einzige, der Größe der Fraktion würdige Demonstration gegen das byzantinische Kaiserhoch ist. Wir halten es aber für notwendig, indem wir anerkennen, daß Genosse Landsberg mit seinem Verbleiben im Saale keine monarchische Huldigung beabsichtigt hat, erneut zu betonen, daß als eine der wichtigsten Vorbedingungen unserer Erfolge die Geschlossenheit unserer Aktion anzusehen ist und aus diesem Grunde im Interesse der Partei das einseitige Vorgehen unseres Abgeordneten Landsberg zu bedauern ist. Gleichzeitig weisen wir die Unterstellung in auswärtigen Parteiblättern, daß Genosse Landsberg sich bereits im Wahlkampfe als „Vernunftsmonarchist" bezeichnet habe, als eine Beleidigung der Magdeburger Parteigenossen und ihres Abgeordneten entschieden zurück."

Diese Erklärung läßt erkennen, daß Landsberg zweifellos einen Disziplinbruch begangen hat, sogar angesichts des Feindes, in Gegenwart der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten. Es ist ferner selbstverständlich, daß unsere Parteigenossen in der Teilnahme an allen höfischen Kundgebungen absolute Abstinenz zu üben haben. Das entspricht den bisherigen Anschauungen der überwältigenden Mehrheit der Parteigenossen, und es ist daher nicht begreiflich, daß trotzdem von einem Vorredner mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß uns durch den Verzicht auf die Hofgängerei ein politischer Machtzuwachs entgangen ist, die Präsidentenaffäre behandelt worden ist. Ich erinnere an eine Veröffentlichung des liberalen Abgeordneten Waldstein aus Altona, der zutreffend hervorgehoben hat, daß gerade vom monarchischen Standpunkt aus die Teilnahme eines Sozialdemokraten an höfischen Demonstrationen einfach unerträglich sei. Denn eine solche Feier bedeute die Anerkennung, Verehrung und Verherrlichung des monarchischen Prinzips; gerade der Monarchist müsse Wert darauf legen, daß die Teilnahme aus innerer Ueberzeugung geschehe, daß die Teilnehmer nicht Heuchler sind und damit die Feier als monarchische Demonstration entwertet wird. Man muß solchen Kundgebungen fernbleiben und darf auch kein Verhalten zeigen, das als Zuneigung für derartige höfische Demonstrationen gedeutet werden kann. (Beifall.)" (S. 386 f.)

Stadthagen im Schlußwort:

„In der Diskussion über die sonstige Tätigkeit der Fraktion ist eigentlich nur vom Genossen Meerfeld etwas angeführt, das sich gegen die Taktik der Fraktion richtet. Er meint, wenn wir annahmen, Scheidemann würde doch nicht wiedergewählt, so hätten wir die ganze Sache unterlassen oder auf Bedingungen eingehen sollen. Ich habe nicht verstanden, wie Meerfeld auf diesen Gedanken kommen konnte, nachdem unzweifelhaft seitens des Parteitages und internationaler Kongresse die Frage klargelegt ist, und nachdem ich erklärt habe, daß selbst nationalliberale Abgeordnete es für selbstverständlich erklärt haben, daß wir keine Huldigung mitmachen können, die einem monarchischen Prinzip entspricht. Wir sind nicht dazu da, als Fraktionsmitglieder die Grundsätze der Partei herabzuwürdigen, sondern wir haben sie hochzuhalten und würden den vollsten Tadel des Parteitages verdienen, wenn wir nicht anders vorgegangen wären. Darüber ist überhaupt nicht mehr zu diskutieren, daß eine monarchische Huldigung selbstverständlich von Sozialdemokraten nicht mitgemacht werden kann. . ." (S. 398.)

Antrag 204 wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Damit ist Antrag 171 erledigt.

In Jena **1913** führte bei der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion Dr. Rosenfeld-Berlin aus:

„. . . Noch ein anderer Vorfall hat Befremden hervorgerufen in weiten Parteikreisen, nämlich das Verhalten der Fraktion in der sogenannten Festsitzung des Reichstages aus Anlaß des Jubiläums Wilhelms II. Nach dem Bericht des „Vorwärts", auf den ich mich stütze, sollte der Reichstag auf Beschluß des Seniorenkonvents am 14. Juni eine Jubiäumsfeier haben: Der Präsident des Reichstages sollte beim Eintritt in die Tagesordnung eine feierliche Ansprache halten, und dann sollten die Beratungen in der zweiten Lesung der Wehrvorlage fortgesetzt werden. Unsere Fraktion hielt sich von diesem höfischen Eröffnungsakt fern. Die leeren Plätze sollten, wie der „Vorwärts" sagt, eine stumme und doch beredte Demonstration sein. Unsere Genossen blieben also außerhalb des Saales, als Herr Kaempf seine Rede hielt. Bevor sie aber wieder den Saal betraten, spielte sich ein programmwidriger Vorfall ab: Der

Reichsparteiler Schulz beantragte, zur höheren Ehre des Tages die Sitzung zu vertagen, und im Nu war die Sitzung geschlossen, bevor unsere Genossen den Saal betraten. Ich kann der Fraktion wegen dieses Vorganges einen Vorwurf nicht ersparen. Ueber die Stellung der Partei zu dem kaiserlichen Regierungsjubiläum besteht natürlich keine Meinungsverschiedenheit unter uns. „Vernunftmonarchisten", die die bürgerliche Presse, besonders das „Berliner Tageblatt", häufig genug in unseren Reihen sucht, finden sich bei uns wohl nicht. Als Republikaner hätten unsere Genossen im Reichstage der monarchischen Kundgebung eine kräftigere Demonstration entgegensetzen müssen, als lediglich die: ostentativ dem Saal fern zu bleiben. Wilhelm II. hat die Mitglieder unserer Partei wiederholt auf das schärfste angegriffen und geradezu beleidigt. Er hat die Rücksichtnahme auf die Gefühle anderer in großem Maße vermissen lassen, und die Vertreter unserer Auffassung brauchten deshalb keine übertriebene Schonung der Gefühle der Gegner zu üben. In dieser Absicht verletzt man oft genug die Gefühle der Parteigenossen. Man widerspricht geradezu den Anschauungen der Partei, auf die in erster Linie Rücksicht zu nehmen ist. Ich wäre vielleicht nicht darauf zurückgekommen und hätte über diese Vorgänge den Mantel der christlichen Nächstenliebe gebreitet, aber diese Dinge haben über den Einzelfall hinaus allgemeinere Bedeutung. Das Verhalten unserer Parlamentarier gegenüber höfischen Kundgebungen müßte einmal gründlich behandelt und generell geregelt werden. Es scheint mir nicht richtig, daß die Fraktion den Sitzungssaal nicht betritt oder ihn schleunigst verläßt, wenn solche Kundgebungen erfolgen. Wir wählen unsere Abgeordneten nicht dazu, daß sie in gewissen Fällen außerhalb des Sitzungssaales sich betätigen, sondern wir wählen sie, damit sie im Sitzungssaal unsere Auffassung vertreten, insbesondere auch dann, wenn höfische Kundgebungen vor sich gehen sollen. (Sehr richtig!) Ich will hier nicht näher auf das Verhalten unserer Parlamentarier in Württemberg, Bayern und Baden eingehen. Sie wissen, daß dort oft genug die Gefühle der Parteigenossen in hohem Maße bei höfischen Kundgebungen verletzt worden sind. Ich möchte nur noch unsere Parlamentarier dringend ersuchen, unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegenüber der monarchischen Regierungsform so scharf wie irgend möglich bei jeder Gelegenheit Ausdruck zu geben. Etwas mehr Offensive kann der Partei nur nützlich sein. (Bravo!)" (S. 347 f.)

Ledebour:

„. . . Ich stimme Rosenfeld zu, daß die Frage der Taktik gegenüber monarchischen Kundgebungen künftig geändert werden muß. Wir haben in der Fraktion schon bei zwei Gelegenheiten die Frage erörtert. Wenn eine Aenderung bei jenen beiden Gelegenheiten noch nicht eine Majorität gefunden hat, so lag das daran, daß damals eine große Anzahl Parteigenossen einwandten: wir können nicht eine alte bewährte Taktik ohne weiteres ändern auf Grund einer augenblicklichen Situation. Aber bei Beginn der nächsten Session wollen wir die Sache gründlich von neuem vornehmen. Ich hoffe, daß dann der Beschluß gefaßt wird, daß wir künftig bei den fraglichen Anläßen im Saale bleiben, selbstverständlich sitzen bleiben, nicht stehen. Ich muß das betonen, weil vielleicht sonst infolge eines früheren Vorkommnisses Mißverständnisse bei einzelnen Genossen entstehen könnten. . . ." (S. 357.)

Adolf Hoffmann:

„. . . Auf die höfischen Feste, auf das Wilhelmsjubiläum, kann ich leider nicht mehr eingehen; jedenfalls sollten wir da eine strenge Grenze ziehen, um ir unerquickliche Debatten ein für allemal zu beseitigen. . . ." (S. 359.)

Wicky=Mülhausen:

„. . . Was die Regierungsjubiläumsfeier im Reichstag betrifft, so meine ich, die Höflichkeit ist etwas Schönes, aber man darf sie nicht zu weit treiben. Ich bin mit Rosenfeld darin vollständig einig, daß wir auch in solchen Dingen der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber eine klare Stellung einnehmen müssen. . . ." (S. 372.)

Heinrich Schulz (im Schlußwort):

„. . . Die Fraktion wird bei ihrem nächsten Zusammentreten Gelegenheit nehmen, in Ruhe und Gründlichkeit die Frage der monarchischen Kundgebungen zu erörtern. Wir haben eine Reihe von Uebelständen feststellen können, besonders bei der Sitzung, in der keiner von uns anwesend war, weil der Fraktionsbeschluß vorlag, und

in der dann ohne unsere Anwesenheit Beschlüsse gefaßt wurden. Sie waren harmloser Art, aber es kann auch einmal etwas Ernsteres beschlossen werden. Die Fraktion wird also ihre Stellung zu dieser Frage revidieren und vielleicht zu einer anderen Auffassung als der bisherigen kommen. . . ." (S. 375.)

Siehe auch die Artikel „Elsaß-Lothringen", „Flottenvorlage", „Landwirtschaft", „Reichstagspräsidium", „Wahlrechtsfrage".

Mutter- und Säuglingsfürsorge. Auf der Jenaer Frauenkonferenz **1911** führte Genossin Zietz im Geschäftsbericht des Frauenbureaus u. a. aus:

„. . . Von außerordentlichem Erfolg begleitet waren die Versammlungen aus Anlaß der Reichsversicherungsordnung. Wenn die Reichsversicherungsordnung auch gesetzgeberisch erledigt ist, für uns ist sie agitatorisch noch lange nicht erledigt (Lebhafte Zustimmung.) Nichts kann mehr die Frau davon überzeugen, daß keine Partei ihre Interessen vertritt als die Sozialdemokratie, als wenn wir den Frauen vorführen, wie die bürgerlichen Parteien ihre Interessen mit Füßen getreten haben. Die Regierung erklärte, daß die Annahme weitergehender Anträge in bezug auf Mutter- und Säuglingsschutz die ganze Reichsversicherungsordnung unannehmbar machen würde. (Hört! hört!) Das ist so empörend, daß wir es nicht oft genug wiederholen können. Hunderttausende Frauen müssen mit schmerzdurchwühltem Körper bis zum letzten Augenblick arbeiten, in Preußen müssen 128,000 Frauen ohne jede Hebammen- oder ärztliche Hilfe entbinden, und kurz darauf müssen sie, von der Not gepeitscht, wieder an die Arbeit gehen. Von allem Mutterglück behalten sie nichts übrig, als eine Anzahl Kindergräber auf dem Friedhof. (Bewegung.) Wenn wir den Frauen klar machen: so haben die Bürgerlichen Eure Interessen vertreten, hättet Ihr alle in unseren Reihen gestanden, so hätten unsere Abgeordneten viel mehr durchsetzen können — glauben Sie nicht, daß das vielen die Augen öffnen wird? (Stürmische Zustimmung.) Darum müssen wir diese Agitation und die für eine wirksame Witwen- und Waisenversicherung immer wieder in den Vordergrund stellen. Hiebei haben wir namentlich des volksverräterischen Zentrums zu gedenken. Statt Witwen- und Waisenversicherung gibt es Witwen- und Waisenverhöhnung, der sie eine Witwen- und Waisenberaubung zugesellten. Das alles sind Fragen des praktischen Lebens, und ihre Behandlung muß dazu beitragen, daß die Frauen den Kampf mit uns führen für eine bessere Gegenwart und Zukunft. (Großer Beifall.) . . ." (S. 418.)

Die Frauenkonferenz (siehe diesen Artikel) nahm die Groß-Berliner, von den Genossinnen Stuttgarts gleichfalls eingebrachte Resolution zur Mutter- und Säuglingsfürsorge an, die dann auch dem Parteitage vorgelegt wurde, der sie gleichfalls einstimmig annahm, nachdem Luise Zietz in der Debatte über die Reichsversicherungsordnung sie empfohlen hatte. (S. 327 ff.)

Neue Welt. Dem Magdeburger Parteitag **1910** wird berichtet:

„Die „Neue Welt" bringt vom 1. Juli ab auf der letzten Seite aktuelle Illustrationen kulturgeschichtlich wichtiger Ereignisse, womit einem längst gehegten Wunsche nachgekommen ist." (S. 43.)

Diesem Parteitag lag der Antrag 29 (Düsseldorf) vor:

„Der „Neuen Welt" ist eine Beilage für Haus, Garten- und Landwirtschaft beizulegen, und zwar monatlich mindestens einmal."

Im Geschäftsbericht führte Pfannkuch aus:

„Den Wünschen der Genossen, die „Neue Welt" auszugestalten, ist Rechnung getragen worden durch Einführung aktueller Illustrationen. Diese Neuerung ist freudig aufgenommen worden." (S. 201.)

In der Debatte bemerkte Westkamp-Düsseldorf:

„Ich habe den Antrag 29 zu begründen, wonach der „Neuen Welt" eine landwirtschaftliche Beilage beizulegen ist, denn unsere Parteipresse findet immer mehr Eingang auf dem Lande. Auch die Industriearbeiter werden immer mehr von der Stadt aufs Land gedrängt infolge der Wohnungsverhältnisse... Nun waren wir Düsseldorfer der Ansicht, daß die „Neue Welt" obligatorisch der gesamten Parteipresse beigelegt wird. Hier auf dem Parteitage bin ich aber anders belehrt worden. Ich habe erfahren, daß nur ein kleiner Teil der Presse die „Neue Welt" beilegt. Infolgedessen wird es schwer sein, unsere Wünsche zu erfüllen. Trotzdem bitten wir, unseren Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen." (S. 218.)

Bérard-Hamburg:

„Ich will nicht die Gründe meines Vorredners, der eine landwirtschaftliche Beilage eingeführt sehen will, verkennen, trotzdem bitte ich, den Antrag abzulehnen. Die Ansicht des Vorredners, daß die „Neue Welt" nur von sehr wenig Parteiblättern obligatorisch eingeführt sei, ist irrig. Das Gegenteil ist der Fall, so daß die Auflage schon annähernd 500 000 beträgt. Daraus ersehen Sie, daß, wenn der „Neuen Welt" noch eine Beilage zugefügt wird, die Kosten sehr erheblich wären. Die Abnehmer dürften kaum bereit sein, einen höheren Betrag dafür zu zahlen, meinen doch viele schon jetzt, daß der Preis für die „Neue Welt" zu hoch sei. Sie werden übrigens bei aufmerksamer Verfolgung der „Neuen Welt" gesehen haben, daß die Redaktion alle Wissensgebiete in das Bereich der „Neuen Welt" zu ziehen trachtet. Es wird gewiß auch möglich sein, der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die „Neue Welt" macht, wie ich schon früher einmal ausgeführt habe, alljährlich das ganz bedeutende Defizit von einigen 20 000 M. Wenn dieses im Bericht des Vorstandes nicht erscheint, so deshalb, weil das Hamburger Geschäft dieses Defizit deckt. Da der Antrag also nicht durchführbar ist, bitte ich ihn abzulehnen." (S. 219.)

Henke-Bremen:

„... Wenn die Arbeiter sich nach Feierabend oder noch vor Beginn der Arbeit auf ihr Stückchen Land zur Arbeit begeben und auch den Sonntag dort zubringen, dann sind sie für diese Zeit der agitatorischen Arbeit entzogen. Sie können während dieser Zeit auch nicht durch Lesen sich weiterbilden oder zu jenen Leistungen vorbereiten, die unsere Sache von ihnen verlangen muß. Es wäre das Beste, wenn die Arbeiter dem Zuge der Entwicklung gemäß vom Grund und Boden gänzlich losgelöst würden, wenn die Arbeiter von dieser ländlichen Arbeit überhaupt ließen. Aber ich habe mich überzeugt, daß eine ganze Menge von Beziehungen der Leute zu dieser Arbeit bestehen, daß sie viel Lust und Liebe dazu haben, vielleicht aus Liebe zur Natur, auch kommt der Wechsel der Beschäftigung dazu und der reelle Nutzen, den sich die Leute herausrechnen — eine Reihe von Umständen, die schwerwiegender sind, als unsere Gründe dagegen, und so haben wir damit zu rechnen, daß auch fernerhin an der Peripherie der Städte die Grundbesitzer in den Arbeitern willige Mieter für ihre Parzellen finden und daß ihnen dadurch eine Einnahme verschafft wird, die durch keinerlei Ernte-Risiko beeinträchtigt wird. Immerhin kann der Schaden, den uns diese Betätigung vieler Arbeiter zufügt, dadurch wieder wettgemacht werden, wenn uns diese Leute durch eine Spezialzeitung näher gebracht oder enger an uns gekettet werden. Man kann ihnen darin Ratschläge für ihre Arbeit geben und kann außerdem Aufklärung über manche andere Dinge nebenher gehen lassen, die der Partei zum Vorteil gereichen müssen." (S. 219 f.)

Ryssel-Leipzig:

„Auf der Sächsischen Landeskonferenz, die kürzlich tagte, hat unser Landesvater Sindermann die bittersten Klagen gegen die Schrebervereinler und Sportvereinler erhoben, und sämtliche Parteigenossen haben ihm darin beigepflichtet, daß alle Arbei-

ter, die sich der Gartenkunst in den Schrebervereinen widmen, für die Parteiarbeit verloren sind. Und nun kommt glücklich wieder dieser Antrag von Düsseldorf. Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, nebenbei auch noch die Gartenkultur zu betreiben ... Ich bitte entschieden, den Antrag von Düsseldorf abzulehnen. Wenn hingewiesen wird darauf, daß die bürgerlichen Blätter solche Bestrebungen fördern, dann sage ich, mit solchen Mätzchen werden Sie die nicht gewinnen, die heute noch bürgerliche Blätter halten und lesen. Nur die Ausgestaltung der Parteipresse nach jeder Richtung hin kann dazu helfen ..." (S. 220.)

Im Schlußwort sagte Ebert:

„... Eine solche Beilage würde gar nicht den Aufgaben und dem literarischen Charakter der „Neuen Welt" entsprechen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist Sache der Tagespresse. Würden wir die „Neue Welt" damit belasten, so würde ihr Preis so erhöht werden müssen, daß ihr Bestand überhaupt gefährdet wird. Lehnen Sie den Antrag ab ..." (S. 224.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lagen folgende Anträge vor:

34. Niederbarnim: „Der Parteitag möge beschließen: Das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt" ist in besserer Ausstattung herzustellen."

35. Hamburg III, Distrikt Uhlenhorst: „1. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Illustrationen der „Neuen Welt" besser zu gestalten. Sollte dieses technisch nicht möglich sein, dieselben gänzlich wegzulassen."

42. Hamburg III, Distrikt Hamm: „Dem Parteivorstand wird dringend empfohlen, sein Augenmerk mehr auf die Illustrationen der „Maizeitung", „Neue Welt" und „Neuer Welt-Kalender" zu legen."

43. „Der 23. sächsische Wahlkreis drückt den Wunsch aus, daß die „Neue Welt" öfter Erzählungen von der Art bringen möge, wie der Roman „Erweckt" war, und daß diese Erzählungen zu billigen Preisen in Buchform herausgegeben werden, damit auf diese Weise eine Literatur entsteht, die in sozialistischem Sinne auf Geist und Gemüt der arbeitenden Jugend wirkt und ihr Denken veredelt. Es empfiehlt sich, solche Literatur der Arbeiterjugend bei festlichen Gelegenheiten wie: Geburtstagen, Konfirmations- und Weihnachtsfeiern usw. zu schenken. Die Genossen des 23. sächsischen Wahlkreises haben mit diesem Verfahren in der Bekämpfung der Schundliteratur gute Erfolge erzielt."

In der Debatte über den Vorstandsbericht sagte Schwenk-Berlin:

„Antrag 34 ist scheinbar von untergeordneter Bedeutung. Er will aber auch dem Bildungsbedürfnis unserer Arbeiter Rechnung tragen. Die „Neue Welt" ist ein ganz vorzügliches Unterhaltungsblatt. Aber leider ist sie so ausgestattet, daß man sie nicht lange aufbewahren kann. Wenn uns entgegengehalten wird, daß schon eine besser ausgestatte Ausgabe der „Neuen Welt" existiert, so ist zu erwidern, daß diese Exemplare speziell bezahlt werden müssen, so daß die Masse der Arbeiter nichts davon hat. Wir wünschen, daß die Verbesserung der Ausstattung ohne Preiserhöhung, das heißt, ohne daß ein Zuschlag zum Zeitungsabonnement bezahlt wird, geschehe. Freilich wird dafür eine größere Summe erforderlich sein. Wenn wir aber bedenken, daß durch die bessere Ausstattung die „Neue Welt" weit mehr als jetzt aufbewahrt und das in ihr enthaltene Material dann immer wieder durchgearbeitet würde, so kann man sagen, daß sich auch größere Aufwendungen bezahlt machen werden. Ferner würden die Illustrationen auf besserem Papier mehr zur Geltung kommen, und es ist unsere Aufgabe, den Keim guten Geschmacks in den Proletariern zur Entfaltung zu bringen und nicht vollends zu ersticken." (S. 271 f.)

Ebert:

„Antrag 34 wünscht eine bessere Ausstattung der „Neuen Welt", sie soll auf besserem Papier hergestellt werden. Das würde eine ungeheure Mehraus-

gabe verlangen. Würde das Papier genommen, das zur sogenannten besseren Ausgabe genommen wird, so würde die Herstellung pro Nummer 1450 M. mehr kosten, das macht pro Jahr 180 000 M. Die Parteiblätter, die die „Neue Welt" beziehen, würden da erhebliche Schwierigkeiten machen. Wenn man uns durch einen Beschluß zwingen würde, so würde man die Existenz der „Neuen Welt" geradezu gefährden. Wir beabsichtigen aber, durch technische Neuerungen Einrichtungen zu treffen, daß die illustrative Ausstattung künftig wesentlich besser wird. Damit sind berechtigte Wünsche wohl erfüllt. Ich bitte, den Antrag abzulehnen." (S. 273.)

Bérard-Hamburg:

„Als Repräsentant des Verlags der „Neuen Welt" kann ich nur bestätigen, was Ebert ausgeführt hat. Ich freue mich, daß anerkannt wird, daß sich die „Neue Welt" wesentlich zu ihren Gunsten entwickelt hat. Sie hat einen Redakteur, der mit großem Eifer und großer Aufmerksamkeit arbeitet. Die Beiträge werden auch anständig honoriert. Ueber den Inhalt läßt sich wohl nicht klagen. Vergleichen wir die „Neue Welt" mit ähnlichen bürgerlichen Blättern, so muß man feststellen, daß sie diese weit überragt. Ich gebe zu, daß die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen. Aber es handelt sich um eine Auflage von 555 000, die in Hamburg und Berlin gedruckt wird. Wir wollten schon einmal die Auflage auf besserem Papier drucken lassen, aber es meldeten sich dafür nur 1515 Abnehmer. Es ist überflüssig, den erwähnten Antrag zu überweisen, es ist richtiger, ihn abzulehnen. Es ist bedauerlich, daß diese Frage hier immer wieder vorgebracht wird. Der Parteitag kann doch nicht über diesen Kleinkram entscheiden, da er die Verhältnisse gar nicht kennt, die ihm nur durch ein längeres Referat vorgeführt werden könnten, wofür es aber an der nötigen Zeit fehlt." (S. 273 f.)

Adolf Hoffmann:

„Ich möchte zu den Anträgen 34 und 35 sprechen. Ebert meinte, es wäre richtig, diese Anträge glatt abzulehnen, welcher Meinung auch der Genosse Bérard beistimmte, und ich muß gestehen, daß die Erfahrungen mit Ueberweisungen an den Parteivorstand wirklich nicht zu einer Wiederholung ermutigen. Die „Neue Welt" ist ja etwas besser geworden, wenn auch selbst Bérard ausdrücklich erklärt hat, daß die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen . . ." (S. 275 f.)

Bérard-Hamburg:

„. . . Sie können sich wohl denken, daß Fischer und ich als Geschäftsleiter lieber ein besseres Blatt herausbringen, an dem nicht so viel zu tadeln ist. Aber bei dem gegenwärtigen Preis können wir nichts besseres liefern. Die Leser der „Neuen Welt" zahlen ja gar nichts dafür, und die Expeditionen weigern sich, auch nur 50 Pfg. mehr für das Tausend zu zahlen." (S. 277.)

Die Anträge werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, der dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet:

„Den Anträgen 34, 35 und 42, wonach eine bessere Ausgestaltung der „Neuen Welt" und des „Neuen Welt-Kalenders" herbeigeführt werden soll, ist durch technische Neuerungen nach Möglichkeit Rechnung getragen worden." (S. 8.)

Auch der Antrag 43 ist eingehend erwogen worden, und es soll der Anregung soweit wie möglich entsprochen werden.

Diesem Parteitag lag der Antrag 160 (Berlin IV) vor:

„Die Bilder (Illustrationen) der „Neuen Welt" sind besser zu gestalten oder fortzulassen; im letzteren Falle würde Raum zu gemeinwissenschaftlichen Aufsätzen geschaffen werden, die zweckdienlicher wären. Der Autotypiedruck eignet sich nicht für Rotationsdruck, ebensowenig schlechtes Papier."

In der Debatte über den Vorstandsbericht bemerkte Frau Wulf-Berlin:

„Der Antrag, die „Neue Welt" besser auszugestalten, ist ja nicht das erstemal gestellt, und es ist auch schon etwas in dieser Hinsicht geschehen; man ist dazu übergegangen, einen Teil der Auflage auf besserem Papier zu drucken. Die Genossen in Berlin IV glauben aber, daß auch der andere Teil künstlerischer ausgestaltet werden muß. Schon der Titel ist nicht allzu schön. Schon hier könnte etwas besseres gemacht werden. Vor allem aber müßten die Bilder künstlerischer gestaltet sein. Ich bitte, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Hoffentlich wird der Parteivorstand etwas in dieser Beziehung tun. (Bravo!)" (S. 256.)

Bérard-Hamburg:

„Kein Parteitag ohne Klagen über die „Neue Welt". Ich hatte mich diesmal schon gefreut, davon befreit zu sein, weil in den ersten Anträgen nichts darüber gesagt wurde, aber nachträglich ist nun doch ein derartiger Antrag gekommen. Es ist ja richtig, die Bilder in der „Neuen Welt" sind nicht viel wert. Das gestehe ich ohne weiteres zu. Aber man soll doch berücksichtigen, welchen Charakter die „Neue Welt" trägt und tragen sollte. Sie soll lediglich eine Zeitungsbeilage sein, und sie ist dadurch gewissermaßen eine Eintagsfliege, ein Blatt, das man liest und in der Regel dann beiseite wirft. Nun hatten wir ja versucht, eine bessere Ausgabe zu machen. Die Genossin, die den Antrag begründet hat, scheint das nicht zu wissen. Wir hatten auch eine Ausgabe mit besserem Papier vorbereitet für die Genossen, welche die „Neue Welt" sich einbinden lassen wollen. Für das Exemplar forderten wir 5 Pfg., die mußten wir auch haben, um die Kosten zu decken. Die Beteiligung war aber von Anfang an eine so geringe, daß sich Redaktion und Verlag entschließen mußten, diese bessere Ausgabe eingehen zu lassen. Sowohl der Redakteur, wie ich in meiner Eigenschaft als Verleger haben einen Ehrgeiz, zu zeigen, was gemacht werden kann, wenn uns das nötige Material zur Verfügung gestellt wird. Das kann aber nicht sein, solange Sie nicht damit einverstanden sind, daß wir mehr für die „Neue Zeit" fordern dürfen, als jetzt gefordert wird. Tausend Exemplare werden für 9.50 M. und bei kleineren Parteigeschäften für 9 und 8 M. abgegeben. Es ist unmöglich, dafür ein besseres Papier zu geben. Die Autotypien eignen sich in der Tat nicht für ein Papier, wie die „Neue Welt" es hat. Wir können aber ein anderes Papier nicht nehmen, weil sonst die Ausgaben zu hoch würden. Ich habe ja schon in früheren Jahren gesagt, daß die „Neue Welt" fortwährend mit Defizit arbeitet. Es scheint mir überflüssig, darüber noch viele Worte zu verlieren. Das Richtigste würde sein, wenn Sie über den Antrag zur Tagesordnung übergehen. Es ist überflüssig, ihn dem Parteivorstand zu überweisen, denn der kann dazu auch nichts tun." (S. 256 f.)

Der Antrag wird angenommen:

Bei der Debatte über den Vorstandsbericht in Jena **1913** bemerkte Dürr-München:

„... In bezug auf die Ausstattung der „Neuen Welt" hätte schon längst eine Aenderung herbeigeführt werden können. So ist das Papier, auf dem die dem Parteitag vorliegende Nummer der „Neuen Welt" gedruckt ist, recht teuer und dazu nicht haltbar. .." (S. 251.)

(Siehe auch die Artikel „Familienblatt", „Illustrierte Zeitung".)

Neue Zeit.

Das Geschäftsergebnis war:

Ende 1909	9 000	Abonnenten	M. 1337.10	Gewinn	
„ 1910	9 800	„	„ 1403.87	„	
1. Juli 1911	10 500	„	„ 3306.62	„	(Ende 1911)
1. „ 1912	10 300	„	„ 2146.93	„	(Ende 1912)
31. März 1913	10 500	„	„ —	„	

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lagen zwei Anträge vor:

30. Niederbarnim, Genosse Kette: „1. Die „Neue Zeit" erscheint vom nächsten Jahrgang ab in einer dem Titel, dem Inhalt und dem modernen Kunstempfinden entsprechenden Ausstattung. 2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit" entsprechend und um die Lektüre auch den ausländischen Genossen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, zu erleichtern, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen."

74. Breslau, Löbe und sechs Genossen: „Der Parteitag bedauert, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" mehrfach Artikel der Genossin Rosa Luxemburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der „Neuen Zeit", unserer wissenschaftlichen Wochenschrift, in Zukunft solche einschneidenden taktischen Fragen frei debattiert werden können."

Pfannkuch bemerkte im Vorstandsbericht:

„Um den agitatorisch und organisatorisch tätigen Genossen Anregung zur Vertiefung in die Wissensgebiete zu geben, erhalten die Organisationen eine Vereinsausgabe der „Neuen Zeit" zum Preise von 14 Pfennigen zwecks Ausgabe an die Funktionäre der Partei." (S. 202.)

Antrag 30 wird abgelehnt. Bei der Debatte über die Wahlrechtsfrage teilt der Vorsitzende Klüß mit, daß der Antrag 74 unter folgender Begründung zurückgezogen ist:

„Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die Meinungsfreiheit in der „Neuen Zeit" stets gewährleistet ist (Heine: Wenigstens für die eine Seite!), ziehen wir den Antrag zurück." (S. 422.)

Nicht genügend unterstützt wurde in Chemnitz **1912** folgender Antrag 94 (Köln):

„Das Titelblatt der „Neuen Zeit" ist in moderner Ausstattung herzustellen."

Dem Jenaer Parteitag **1913** lag der Antrag 55 (Kiel-West) vor:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Frage des dringend notwendigen Ausbaues der „Neuen Zeit" einer eingehenden Prüfung zu unterziehen."

In der Debatte über den Vorstandsbericht sagte Westkamp-Düsseldorf:

„... Mit Recht hat Scheidemann heute morgen die verschiedenen Artikel, die in letzter Zeit in der „Neuen Zeit" erschienen sind und sich mit der Organisationsfrage beschäftigt haben, kritisiert. Es kann jedenfalls nicht angehen, daß solche Artikel unwidersprochen in die Oeffentlichkeit gelangen. Aber ich meine auch, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" alle Ursache hätte, wenn solche Artikel an sie gelangen, sie einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen. Jeder Redakteur würde sich dafür bedanken, einen Artikel, wie den heute morgen erwähnten, in einem Parteiblatt aufzunehmen. Nun könnte gesagt werden, daß die „Neue Zeit" nicht für die Allgemeinheit bestimmt ist, daß ihr Leserkreis ein kleiner ist und aus Parteigenossen besteht, von denen man annehmen muß, daß sie mit unseren Organisationsverhältnissen vertraut sind. Aber man sagt doch auch immer, daß die „Neue Zeit" in weiteren Kreisen verbreitet werden soll. Die Redaktion hätte es sich also zweimal überlegen müssen, ehe sie einen solchen Artikel aufnahm. Bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte zum Antrag 55, der verlangt, daß die „Neue Zeit" mehr ausgebaut werde und leichter verständliche Artikel bringen soll. Es kann jedenfalls nicht dazu dienen, der „Neuen Zeit" neue Abonnenten zuzuführen, wenn Polemiken in diesem unserem wirtschaftlichen Organ geführt werden,

wie in der letzten Zeit zwischen zwei unserer hervorragendsten Schriftsteller. Solche Polemiken dienen nicht dazu, dem Gedanken des Sozialismus zur weiteren Ausbreitung zu verhelfen ..." (S. 264.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Vergl. auch die Artikel „Mehring", „Militarismus" (Scheidemanns Ausführungen 1913), „Parteipresse".

Organisation.

Nach den Parteitagsprotokollen hatte die Partei:

im Jahre 1910	720 038	Mitglieder	= 13,6	Proz.	Steigerung
„ „ 1911	836 562	„	= 16,1	„	„
„ „ 1912 (30. Juni)	970 112	„	= 15,9	„	„
„ „ 1913 (1. März)	982 850	„	= 1,3	„	„

Es gab ferner:

1910	49	Bezirkssekretäre	62	Wahlkreissekretäre.
1911	49	„	75	„
1912	49	„	84	„
1913	50	„	100	„

Der Bericht für Magdeburg **1910** sagt:

„Dem Antrage 243 (des Leipziger Parteitags 1909), der wünscht, daß der Parteivorstand jährlich zweimal ein Adressenverzeichnis herausgebe, das neben den Adressen der Sekretäre die Adressen der Kreisvereine und der Verkehrslokale enthalten soll, glaubt der Parteivorstand durch die Herausgabe der „Materialien für Organisationsleiter" Rechnung getragen zu haben. Ueber das dabei eingehaltene Maß hinauszugehen, lag eine Notwendigkeit nicht vor." (S. 17.)

Weiter heißt es:

„Das verflossene Jahr mit seinen lebhaften politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hat trotz der immer noch fühlbaren wirtschaftlichen Krise eine sehr erfreuliche Stärkung der Parteiorganisation gebracht. Der beste Beweis, daß es sich bei der Erregung über die Steuerausplünderung und die Wahlrechtsverweigerung nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt ...

... Leider haben Hessen, Mecklenburg, Thüringen I (Weimar), Sachsen-Meiningen und Oldenburg-Ostfriesland Mitgliederverlust. In dem letztgenannten Bezirk ist der Mitgliederrückgang allerdings darauf zurückzuführen, daß wir die Mitglieder in den zum 1. Oldenburger Reichstagswahlkreis gehörigen Fürstentümern Birkenfeld und Lübeck nicht wie in früheren Jahren diesem Bezirke, sondern auf Wunsch den Bezirken Oberrhein und Schleswig-Holstein zugerechnet haben, zu denen diese beiden oldenburgischen Enklaven nach unserer Bezirksabgrenzung gehören.

... In sechs Bezirken beträgt die Mitgliederzahl mehr als 30 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler. An der Spitze steht Hamburg, ihm folgen Schleswig-Holstein, Leipzig, Nordbayern, Nordwest und Lübeck ...

Die Partei hat nun zu allen Reichstagswahlkreisen, abgesehen von zwei rheinischen, organisatorische Beziehungen. Parteiorganisationen bestehen in 381 Reichstagswahlkreisen." (S. 18.)

„... Eine Konferenz der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen tagte am 24. und 25. Januar in Berlin. Sie beschäftigte sich mit der Berufung einer Frauenkonferenz, die durch einstimmigen Beschluß erst für das nächste Jahr empfohlen wurde. Weiter beschäftigte man sich mit der Jugendbewegung, der Agitation unter den Binnenschiffern und den Landarbeitern und mit der wahltechnischen Organisation ..." (S. 20.)

Im *Vorstandsbericht* führte *Pfannkuch* u. a. aus:

„Was den Ausbau der Organisation anlangt, so kann ich mitteilen, daß, nachdem wir uns in Jena eine festgegliederte Organisation gegeben haben, jetzt von den 397 Reichstagswahlkreisen 381 mit der Parteileitung im innigen Konnex stehen. Nur mit zwei Kreisen sind organisatorische Beziehungen nicht vorhanden und sie werden sich wohl auch einstweilen nur auf die einzelnen zerstreut dort wohnenden Parteigenossen erstrecken. In den Begrüßungsreden ist schon auf die hohe Zahl derer, die heute in unseren Wahlvereinen organisiert sind, hingewiesen worden. Wir haben gegenwärtig rund 720 000 eingeschriebene Mitglieder in sozialdemokratischen Wahlvereinen, das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 87 000, woran die weiblichen Mitglieder mit 20 000 beteiligt sind. Betrachten wir den Prozentsatz unserer Mitgliederzahl in den Bezirken zur Zahl der sozialdemokratischen Wählerstimmen, so haben wir eine Skala, die von 4,34 im Elsaß bis zu 38,29 im Hamburger dritten Wahlkreis läuft. Das ist gewiß eine organisatorische Arbeit von großer Bedeutung, aber es weist auch darauf hin, was noch zu leisten ist. Die Loblieder auf den guten Ausbau unserer Organisationen in den Begrüßungsreden werden uns also nicht dazu verleiten, nun etwa die Hände in den Schoß zu legen und die Entwicklung der Dinge ruhig abzuwarten, nein, wir wissen, welche außerordentliche organisatorische und agitatorische Tätigkeit wir noch zu leisten haben. Unsere Partei, deren Endziel die Beseitigung der auf Privatbesitz an den Produktionsmitteln beruhenden bürgerlichen Gesellschaft ist, muß die Organisation so ausbauen, daß sie *die absolute Mehrheit der Wähler in der Mehrheit der Wahlkreise* als Mitglieder besitzt. (Sehr richtig!) Dann ist unsere Organisation erst unüberwindlich. Es ist noch ein gewaltiges Stück Arbeit, aber es muß geleistet werden ..." (S. 199 f.)

Der Bericht für *Jena* **1911** sagt u. a.:

„Wie kläglich die gerade im letzten Jahre gegen uns geführte Hetze der Gegner fehlschlug, zeigt am besten die *Mitgliedersteigerung* der Parteiorganisation, an der erfreulicherweise *alle Agitationsbezirke* beteiligt sind...

Das ist die *höchste Mitgliederzunahme*, die die Partei bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Sie beträgt 16,18 Prozent gegen 13,69 Prozent im Vorjahre. An der Zunahme sind die männlichen Mitglieder mit 91 473 und die weiblichen mit 25 051 beteiligt. Im Vergleich mit den bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt die Mitgliederzahl 25,66 Prozent gegen 22,09 Prozent im Vorjahre...

In 11 Bezirken beträgt die Zahl der Parteimitglieder mehr als 30 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler, und zwar: Hamburg 43,05, Leipzig 40,93, Lübeck 40,67, Nordbayern 39,51, Schleswig-Holstein 39,42, Nordwest 38,89, Thüringen II 33,56, Oestliches Westfalen 31,96, Dresden 31,05 und Altenburg 30,15 ...

In den dem Bericht am Schluß beigefügten Tabellen über die Beitragsabführung ist zum erstenmal auch die Mitgliederzahl der Wahlkreisorganisationen aufgeführt. Fünf Wahlkreise haben über 20 000 Mitglieder, und zwar: Hamburg III 33 644, Berlin VI 30 584, Teltow-Beeskow 29 611, Leipzig-Land 28 690, Berlin IV 24 170.

Parteiorganisationen bestehen in 383 Reichstagswahlkreisen. Eingerechnet sind dabei die Wahlkreise Montjoie-Schleiden-Malmedy, Erklenz-Heinsberg-Geilenkirchen, Siegburg-Waldbroel, Adenau-Cochem-Zell, Wittlich-Bernkastel und Daun-Prüm-Bitburg, die zum sozialdemokratischen Verein Obere Rheinprovinz zusammengeschlossen sind. In folgenden Reichstagswahlkreisen besteht keine Parteiorganisation, doch sind dort Vertrauensleute der Partei vorhanden: Warendorf-Beckum-Lüdinghausen, Falkenberg-Grottkau, Frankenstein-Münsterberg, Gnesen-Meseritz-Bomst, Wreschen-Pleschen, Buck-Kosten, Krotoschin, Stallupönen-Goldap-Darkehmen, Sensburg-Ortelsburg, Heiligenbeil-Pr. Eylau, Allenstein-Rössel. Keinerlei Verbindung hat die Partei mit den Wahlkreisen: Pr. Holland-Mohrungen, Angerburg-Lötzen und Schrimm-Schroda." (S. 17.)

„... Im November tagte in Berlin eine *Konferenz der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen*, die sich mit der Errichtung des Rheinisch-Westfälischen Bureaus, der Agitation unter den Binnenschiffern, der Mai-

feier und der Unterstützung der Parteischüler beschäftigte. In allen Fragen wurde völlige Uebereinstimmung erzielt ..." (S. 19.)

Dem Chemnitzer Parteitag (**1912**) wird berichtet:

„Nicht nur der glänzende Ausfall der Reichstagswahl hat das unaufhaltsame Wachstum unserer Partei dargetan, auch die Entwicklung der Organisation weist, was die Mitgliederzahl wie den inneren Ausbau anlangt, einen erfreulichen Fortschritt auf. Ist es auch nicht gelungen, trotz den vier Millionen sozialdemokratischen Reichstagswählern, die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zu erreichen, so ist es der regen Werbetätigkeit der Parteigenossen doch gelungen, die Mitgliederzahl erheblich zu erhöhen. Die Kreisorganisationen zählten am 30. Juni d. J. 970 112 Mitglieder, darunter 130 371 weibliche ...

Von den 390 organisierten Wahlkreisen haben 316 eine Zunahme und 71 eine Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen, 3 blieben auf demselben Stand.

In den Bezirken ergibt sich bis auf Posen, Görlitz, Saargebiet und Meiningen überall eine Steigerung der Mitgliederzahl, die im Bezirk Zwickau mit 40,9 Prozent und in Chemnitz mit 43 Prozent am stärksten war. Im Verhältnis zu der bei der letzten Reichstagswahl für die Partei erzielten Stimmenzahl weisen die nordwestlichen Bezirke den höchsten Prozentsatz Organisierter auf. An der Spitze steht Hamburg mit 44 Prozent, dann folgt Lübeck mit 40,8 Prozent und Schleswig-Holstein mit 39,8 Prozent; auch Nordwest mit Bremen weist 37,6 Prozent auf ...

Den im § 5 des Organisationsstatuts vorgeschriebenen Mindestbeitrag von monatlich 30 Pfg. für Männer und 15 Pfg. für Frauen haben für männliche Mitglieder drei Kreisorganisationen noch nicht und drei erst teilweise, für Frauen acht noch nicht und zwei nur teilweise durchgeführt ..." (S. 10 f.)

„Nach den Tabellen zahlen über 70 Prozent aller männlichen Mitglieder einen Beitrag von 10 Pfg. pro Woche oder 40 Pfg. pro Monat und darüber, indes wird in über der Hälfte aller Wahlkreise ein niedrigerer Beitrag gezahlt ...

Konferenzen der Bezirks- und Landesvorstände haben im Berichtsjahre zwei stattgefunden. Eine am 25. Oktober 1911, die sich mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl, mit der Durchführung des Jenaer Beschlusses über die Maifeier, mit dem Vertrieb der Parteiliteratur und verschiedenen anderen Angelegenheiten beschäftigte. Die zweite Konferenz fand nach der Reichstagswahl am 11. Februar statt und diente vorwiegend der Erörterung der in der Wahlbewegung gesammelten Erfahrungen und ihrer Nutzbarmachung für die weitere Agitations- und Organisationsarbeit ..." (S. 13.)

Diesem Parteitag lagen folgende Anträge vor:

11. Köln: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, baldigst eine Konferenz der Kreissekretäre einzuberufen, um über einheitliche Richtlinien in der Organisation und Kleinagitation zu beraten. Hierbei ist besonderer Wert zu legen auf eine Einheitlichkeit in der Führung der Geschäfte der Kreisorganisationen."

80. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, Aachen (Stadt): „Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Verwaltungsmaterialien, als Geschäftsbücher, Kassen- und Mitgliedsbücher, sowie Formulare an einer Zentralstelle hergestellt werden, um so eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Materialien zu erzielen."

Im Vorstandsbericht führte Ebert aus:

„... Außer der starken Mitgliederzunahme ist unsere Organisation seit 1906 nach innen kräftig ausgebaut worden. 1906 hatten wir 278 Wahlkreisorganisationen, darunter 165 mit über 500 Mitgliedern; in 48 Kreisen hatten wir nur Vertrauensmänner; und in 33 Kreisen hatte die Partei überhaupt keine organisatorischen Anhaltspunkte. Heute haben wir 390 Wahlkreisorganisationen, darunter 233 mit über 500 Mitgliedern. 1907 zählten wir 2704 Ortsvereine, heute 4827. Unsere Organisation greift heute in die rückständigsten Bezirke des Reiches hinein. Die Mitgliederzahl betrug 1906 12 Prozent unserer Wählerzahl von 1903 und heute beträgt sie 23 Prozent der vorjährigen Wählerzahl. Also auch das Verhältnis

zur sozialdemokratischen Wählerzahl hat sich in dieser Zeit verdoppelt. (Bravo!) Unsere Organisation ist umfangreicher und zugleich viel dichter geworden und hat dadurch selbstverständlich an Bedeutung und Schlagkraft gewonnen. So hat unsere Organisation in den letzten Jahren eine glänzende Entwicklung genommen, auf die wir alle stolz sein können.

Freilich ist die Aufwärtsbewegung nicht in allen Bezirken gleichmäßig. Im letzten Jahre hatten sogar 71 Wahlkreise einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Das ist eine Erscheinung, die an sich nicht ungewöhnlich ist, die wir fast jedes Jahr zu verzeichnen hatten. Es handelt sich da in der Hauptsache um junge, schwache Organisationen, deren Entwicklung freilich erheblichen Schwankungen ausgesetzt ist. Mehr als die Hälfte dieser 71 Wahlkreise zählen weniger als 200 Mitglieder. Immerhin, das muß ganz offen zugegeben werden, befinden sich darunter auch Wahlkreise, bei denen der Mitgliederrückgang recht bedenklich ist. Ich will da auf Einzelheiten nicht eingehen. Vergleiche hinken gerade auf diesem Gebiete, und dann würde das auch zu weit führen. Unsere in dem gedruckten Bericht enthaltene Statistik zeigt, welche Bezirke und Wahlkreise hier in Betracht kommen. Es muß genügen, wenn ich an diese Organisationen das dringende Ersuchen richte, ernstlich den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen und mit aller Energie für deren gründliche Beseitigung zu sorgen. (Zustimmung.)

Die bürgerliche, besonders die liberale Presse hat bei der Kritik unseres Berichtes an diese Erscheinung angeknüpft. Auch das Verhältnis unserer Organisationsstärke zur Zahl unserer Wähler genügte ihr nicht. Wenn die Gegner auf schwache Punkte unserer Organisation hinweisen, kann uns das nur recht sein. Die Liberalen aber, die bei jeder einzelnen Nachwahl, an der sie ernstlich beteiligt sind, den Klingelbeutel im ganzen Reiche herumgehen lassen, deren Organisationen vielfach überhaupt nur Phantasiegebilde sind, scheinen mir allerdings die unberufensten Kritiker zu sein. (Sehr richtig!) Ernstlicher kommt da schon das Zentrum in Betracht, dessen Kritik auf einen ähnlichen Ton gestimmt war. Der Volksverein für das katholische Deutschland, den man wohl als die Organisation des Zentrums ansprechen darf, zählte 1908 610 563 Mitglieder, wir hatten damals nur 587 336 Mitglieder. Heute hat der Volksverein nach dem jüngst in Aachen erstatteten Bericht 690 140 Mitglieder. Er ist also weit hinter uns zurückgeblieben. Seine Mitgliederzunahme seit 1908 beträgt 13 Prozent, während wir einen Zuwachs von 65 Prozent haben. (Bravo!) Dabei ist zu beachten, daß wir unsere Organisationsarbeit unter den schwierigsten Verhältnissen leisten müssen. Während für den Volksverein die Kaplanokratie, der ganze kirchliche und zum Teil auch der behördliche Apparat aufgeboten wird und, wenn das nicht hilft, mit Wurst und Bier nachgeholfen wird (Lebhafte Heiterkeit), haben wir in unserer Organisationsarbeit zu kämpfen gegen fanatische, skrupellose Gegner, gegen die Ausnutzung der sozialen Uebermacht, gegen eine ungesetzliche Verwaltungspraxis und gegen die Klassenjustiz. Eine treffliche Illustration für diese Behauptung ergibt unser schriftlicher Bericht. Wir haben dort eine Aufstellung gemacht über die Zahl der Orte, in denen uns Versammlungslokale zur Verfügung stehen. Wenn wir da den Bezirk Oberrhein herausgreifen, diese Zentrumsdomäne, so ergibt sich, daß von 2234 Ortschaften des Bezirks uns nur in 81 Versammlungslokale zur Verfügung stehen. In dem Bezirk Ostpreußen, dem Junkerdorado, stehen uns gar von 7666 Orten nur in 76 Versammlungslokale zur Verfügung. (Hört! hört!) . . ." (S. 206 f.)

Den Antrag 11 begründet Runge-Köln:

„Genosse Ebert hat gestern gesagt, daß alle unsere Erfolge vom Ausbau unserer Organisation abhängig sind. Aus dieser Ansicht ist auch der in der Vorlage enthaltene Antrag 11 entstanden. Wir wünschen die Abhaltung einer Konferenz, auf der wir uns über die Schaffung von möglichst einheitlichem Material, über bestimmte Fragen der Organisation und Kleinagitation unterhalten können. Mit den großen Fragen beschäftigen wir uns auf unseren Parteitagen, da legen wir die Richtlinien fest, aber mit den Dingen, die im Laufe der Jahre an die einzelnen Kreisorganisationen herantreten, müssen wir uns an anderer Stelle unterhalten. Es zeigt sich oft ein Mangel darin, daß nicht genügend Erfahrungen vorliegen, wenn diese oder jene Neuerung eingeführt werden soll. Wenn Sie sich einmal der Mühe unterziehen würden, die einzelnen Kreisstatute durchzusehen, so

werden Sie große Abweichungen voneinander finden. Hier müßte also eine größere Einheitlichkeit angestrebt werden. Ueber den Ausbau der Berliner Parteiorganisation sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, die Einrichtungen wünschen, wie sie anderswo schon bestehen, auf eigene Erfahrungen können sie sich aber nicht stützen. Die Berliner würden eine bessere Grundlage für ihre Beratungen haben, wenn sie die Erfahrungen anderer hörten. Es ist ja in der Partei so wie im allgemeinen Leben, daß wir uns die Gesetze erst schaffen, wenn die Verhältnisse längst vorausgeeilt sind. Es wäre notwendig, daß vorher eine Aussprache stattfindet über die wesentlichsten einschlägigen Bestimmungen der Kreisorganisationen. Ich möchte hier auf einen besonderen Uebelstand hinweisen, das ist das Verlorengehen so vieler Mitglieder. Wenn wir eine Aufstellung darüber hätten, wieviele Mitglieder im Laufe des Jahres verloren gehen, so würden wir eine ganz beträchtliche Zahl herausbekommen, die zu der Zahl der Verbliebenen in keinem Verhältnis steht. Durch Vereinbarungen sollten wir versuchen, die von einem Ort zum anderen ziehenden Mitglieder uns gegenseitig zu überweisen. Dadurch würden viele Mitglieder uns erhalten bleiben. Es wird vielleicht eingewendet, daß die Bezirkssekretäre ihre Konferenzen haben und alle diese Fragen dort besprechen. In der Praxis liegt es aber so, daß heute die Kreisorganisationen die Träger der Parteibewegung sind und daß in ihnen auch alles das getan wird, was zum Fortschritt der Partei im wesentlichen beiträgt. Ueber alle diese Dinge sind die Bezirkssekretäre nicht genügend unterrichtet. (Zustimmung.) Ich will die kleinen Organisationen nicht zurücksetzen, aber Tatsache ist, daß die größeren Organisationen die Anregungen geben und die vorwärtstreibenden Kräfte auf diesem Gebiete sind. Noch ein paar Worte zum Verwaltungsmaterial! Unserem Antrage liegt auch der Zweck zugrunde, daß wir zu einer Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials kommen. Vor einigen Jahren hat der Parteivorstand eine Materialsammlung vorgenommen. Sie sollte zu einer Ausstellung benutzt werden, aber wir haben bis heute nichts mehr davon gehört, und ich weiß nicht, zu welchem Ergebnis der Parteivorstand gekommen ist. Bei einer Durchsicht der Jahresberichte der einzelnen Kreisorganisationen werden Sie finden, daß ganz besonders in bezug auf das Verwaltungsmaterial die größte Verschiedenartigkeit herrscht, so daß es nicht immer möglich ist, sich aus der Abrechnung des einen oder des anderen Kreises ein genaues Bild zu verschaffen. Ich bin überzeugt, der große Teil derjenigen Delegierten, die als Praktiker im Organisationsleben stehen, werden wissen, wie notwendig es ist, daß wir auf eine möglichste Vereinfachung unseres Verwaltungsmaterials dringen. Sie werden auch zugeben, daß eine solche Einheitlichkeit möglich ist. Es wird eingewandt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen und Organisationen so verschieden sind. Ich gebe gern zu, daß wir nicht jede Kleinagitation, jede Organisationsarbeit schablonisieren können, aber das Verwaltungsmaterial kann unter allen Umständen einheitlich sein; das ist möglich, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist. Wenn wir in unserem Antrag eine Konferenz der Kreissekretäre fordern, so ist es nicht etwa eine ausgesuchte Bosheit, die Bezirkssekretäre auszuschließen, sondern wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß auch die Bezirkssekretäre daran teilnehmen. Ich verspreche mir von einer solchen Konferenz wesentliche Vorteile, denn auf unseren Parteitagen ist die Möglichkeit nicht gegeben, uns über die Erfahrungen in der Kleinagitation auszusprechen. Ich möchte Sie bitten, in der Diskussion auf meine Anregungen einzugehen. Es kommt uns nicht auf die Annahme des Antrages in der vorliegenden Form an, sondern nur darauf, daß in der angedeuteten Richtung etwas geschieht. Wenn das möglich gemacht wird, dann werden wir in dem Ausbau unserer Parteiorganisation ein wesentliches Stück vorwärts kommen." (S. 248 ff.)

Braun bemerkte im Schlußwort:

„Der Antrag 80, der von Mülheim-Wipperfürth eingereicht worden ist, verlangt, daß der Parteivorstand vom Parteitag beauftragt werden soll, die Verwaltungsmaterialien, Geschäftsbücher, Kassen- und Mitgliedesbücher an einer Zentralstelle herzustellen, um dadurch eine Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials herbeizuführen. Wollte man diesem Antrag näher treten, so müßte man sich schon deshalb dagegen wenden, weil der vorgeschlagene Weg ein verkehrter ist. Wenn man zur Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials kommen will, soll man nicht zuerst die technische Herstellung zentralisieren, sondern erst das Material

vereinheitlichen. Ich bitte Sie jedoch namens des Parteivorstandes, diesen Antrag abzulehnen. Ein ähnlicher Antrag ist bereits auf dem Parteitag in Essen angenommen worden. Es hat damals der Parteivorstand die Materialien aus den einzelnen Bezirks- und Wahlkreisorganisationen eingefordert. Die Sachen sind gesichtet und bearbeitet worden, eine spätere Konferenz der Bezirksvorstände hat sich mit dem Ergebnis beschäftigt, und dabei hat sich herausgestellt, daß das Material der einzelnen Bezirke und Wahlkreise, den verschiedenen Verhältnissen angepaßt, doch ein so verschiedenartiges ist, daß es sehr schwer hält, ein einheitliches Material, eine einheitliche Schablone für das ganze Reich herzustellen. Die Bezirksvorstände sind deshalb in jener Konferenz zu dem Schluß gekommen, daß erst einmal in allen Bezirken der Versuch gemacht werden soll, einheitliches Material für die Bezirke zu schaffen. Wenn sich das hat durchführen lassen, kann man ins Auge fassen, ob bestimmte Richtlinien für einheitliches Material im ganzen Reiche aufzustellen sind. Die letzte Sekretärkonferenz hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt. Der Parteivorstand hat die Erklärung abgegeben, daß wiederum Material zusammengestellt und dann versucht werden soll, Normen aufzustellen für einheitliche Verwaltungsmaterialien. Stellt sich das als möglich heraus, so wird es geschehen auch ohne Beschluß des Parteitages. Ich würde Sie deshalb bitten, den Antrag abzulehnen und den Parteivorstand nicht in irgendeiner Richtung zu binden. Der Antrag 11 verlangt Konferenzen der Wahlkreissekretäre, dazu muß ich schon erklären, daß es mit den Konferenzen doch nunmehr beinahe schon zuviel wird. (Sehr richtig!) Wir haben Geschäftsführerkonferenzen, Redakteurkonferenzen, Bezirkskonferenzen, Sekretärkonferenzen, Bibliothekarkonferenzen sind auch angeregt worden und was noch alles für Konferenzen in Aussicht stehen. Auf jedem Arbeitsgebiet wünscht man neben Parteitag und Bezirkskonferenz noch besondere Konferenzen. (Zurufe: „Sonderkonferenzen!") Von den Sonderkonferenzen ganz abgesehen. (Heiterkeit.) In allem muß man doch ein gewisses Maß einhalten. Wir haben 84 Wahlkreissekretäre, und erfreulicherweise vermehrt sich die Zahl fast wöchentlich. Wollten wir nun neben den anderen auch noch Kreissekretärkonferenzen abhalten, dann würden wir fortgesetzt kleine Parteitage haben. Zu welchem Zweck soll die gewünschte Konferenz denn einberufen werden? Um Fragen der Kleinagitation und Organisation zu besprechen, wurde gesagt. Ich meine, es würde ein viel praktischeres und brauchbareres Ergebnis herauskommen, wenn bezirksweise die Funktionäre zusammenkommen und über Agitation und Kleinarbeit sprechen. Was soll es nutzen, wenn der Kreissekretär von Königsberg mit dem Kreissekretär von Mülhausen im Elsaß zusammenkommt, und die beiden sich über Kleinarbeit unterhalten wollen, die doch oben zweifellos ganz anders ist, wie da unten. Dazu dienen die Konferenzen in den einzelnen Bezirken. Dort hat es einen Zweck, wenn die Kreissekretäre und Wahlkreisfunktionäre über diese Frage sprechen. Stellt sich dort heraus, daß gewisse Sachen für das gesamte Reich als Richtlinie dienen können, dann sind die Konferenzen der Bezirksvorstände oder des zu schaffenden Ausschusses der richtige Ort, diese Erfahrungen dem ganzen Reiche dienstbar zu machen. Ich bitte deshalb auch um Ablehnung des Antrages 11 . . ." (S. 286 f.)

(Siehe auch den Artikel „Mitteilungsblatt".)

Die Anträge wurden abgelehnt.

Im Jenaer Bericht **1913** heißt es:

„. . . An Arbeit hat es der Partei im verflossenen Jahre nicht gefehlt, und man kann wohl sagen, daß es ein Jahr des Kampfes gewesen ist, vorzugsweise freilich ein Jahr des Abwehrkampfes. An die aktiven Parteigenossen sind außerordentlich hohe Anforderungen gestellt worden. Wenn trotzdem die Organisationen nicht den Fortschritt gemacht haben, den alle Parteigenossen wünschen, so muß versucht werden, die Ursachen dieser Erscheinung festzustellen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir den größten Teil dieser Ursachen auf die wirtschaftliche Lage, die sich schon wieder erheblich verschlechtert hat, zurückführen. Weiter aber sollten die Genossen überall festzustellen suchen, ob in den öffentlichen Versammlungen die Aufnahme neuer Mitglieder in unsere Organisationen wirklich immer zweckentsprechend vorbereitet war. Wir wissen aus Erfahrung, daß auf diesem Gebiete nicht immer geschieht, was unter allen Umständen geschehen müßte. . ." (S. 8.)

„Die Organisation hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahre, was die Mitgliederzahl anlangt, *nicht die Fortschritte gemacht, die erwartet wurden.* Die Mitgliederzahl, die am 1. Juli 1912 970,112 betrug, ist bis zum 31. März d. J. nur auf 982,850 Mitglieder gestiegen, eine Zunahme um 12,738 Mitglieder oder 1,3 Prozent. Das Hauptkontingent zu dem Mitgliederzuwachs stellten die weiblichen Mitglieder, die um 10,744 zugenommen haben. . ." (S. 9 f.)

Nach der Tabelle hat die Partei

„im letzten Geschäftsjahr, das sich allerdings nur auf neun Monate erstreckt, *eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen wie nie zuvor,* eine Zunahme, die in ihrer Geringfügigkeit an *Stagnation* grenzt. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich fast gar nicht erhöht. Zweifellos hat ja die Organisation in der inneren Festigung und der Durchbildung ihrer Mitglieder in der verflossenen Berichtsperiode erhebliche Fortschritte gemacht. Gleichwohl dürfen wir uns dabei nicht beruhigen, sondern müssen alles daran setzen, auch die numerische Entwicklung der Parteiorganisation wieder auf das altgewohnte Tempo zu bringen.

In 15 Bezirken und 164 Wahlkreisorganisationen hat die Mitgliederzahl absolut abgenommen. Dort müssen die Ursachen jener ungewöhnlichen Erscheinung bloßgelegt und mit allen Kräften dahin gewirkt werden, die Scharte auszuwetzen." (S. 10.)

Nach einer weiteren Tabelle

„sind 51,3 Prozent der gesamten Mitglieder in den 36 größten Kreisorganisationen mit über 7000 Mitgliedern organisiert. Ist diese Erscheinung auch vornehmlich auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der beteiligten Kreise zurückzuführen, so ist sie doch bis zu einem gewissen Grade auch durch die große Ungleichheit der Reichstagswahlkreise zu erklären.

Unter dem Druck der sich stetig steigernden Anforderungen an die Finanzen der Organisation hat . . . auch die *Erhöhung der Beiträge* wiederum Fortschritte gemacht." (S. 11.)

Danach

„gibt es keine Kreisorganisation mehr, die von den männlichen Mitgliedern einen geringeren als den im § 5 des Organisationsstatuts der Partei festgesetzten Mindestbeitrag von 30 Pf. pro Monat erhebt. Im Vorjahre waren es noch drei Kreise. Mit dem Beitrag für weibliche Mitglieder bleiben noch vier Kreise mit zusammen 179 weiblichen Mitgliedern unter dem statutarischen Mindestbeitrag von 15 Pf. pro Monat zurück. Es sind dies die Kreise: Schlochau-Flatow, Deutsch-Krone, Wittenberg-Schweinitz, Sangerhausen. . ." (S. 11 f.)

Scheidemann führte im mündlichen Bericht aus:

„. . . Ich komme auf den schriftlichen Bericht zurück. Begreiflicherweise hat es unangenehm überrascht, daß die Fortschritte unserer Organisation hinsichtlich der Mitgliederzahl nicht den Fortgang genommen haben, den wir allgemein erwünschten. Und doch, wenn man den Dingen auf den Grund geht, ist die Ursache sehr leicht zu finden. Wenn in einer Zeit, in der *die wirtschaftliche Krise* hereinbricht, Tausende und Abertausende arbeitslos werden und ihren Arbeitsort verlassen müssen, ohne daß neue Arbeiter dafür hinzukommen, so ist das schon ein sehr plausibler Grund für den Rückgang oder den Stillstand der Organisation in vielen Orten. (Sehr richtig!) Ich will auf die Einzelheiten nicht näher eingehen, das wird Kollege Braun nachher tun.

Ich habe mich zunächst zu befassen mit eigenartigen Schlüssen, die aus dem geringen Fortgang der Organisation gezogen worden sind und die darauf hinauslaufen, *Vorwürfe gegen den Parteivorstand* zu erheben. Unsere Gegner haben ja von jeher gesagt, daß die Sozialdemokratie anfange stillzustehen, sie haben von einem Krebsgang gesprochen, und wir kennen ja das Wort von der „vorübergehenden Erscheinung". Das alles sind trügerische Hoffnungen der Gegner, die sich an Strohhalme klammern. Es steht fest, daß die Entwicklung unserer Organisation sich keineswegs in gerade aufsteigender Linie vollzogen hat. Im vorigen Jahre beim Bericht über das Wahljahr 1911/12 (so über das Jahr der denkbar größten Agitationsentfaltung, mußte Genosse Ebert in seinem Geschäftsbericht leider feststellen, daß wir auch damals in nicht weniger als 71 Wahl-

kreisen einen absoluten Rückgang in der Organisation zu verzeichnen hatten. Das hat nichts Beängstigendes an sich, da kommen Ursachen in Betracht, die uns nicht zu schrecken brauchen. Uebrigens kann ich hier vielleicht einfügen — ich bitte aber, mich nicht mißzuverstehen —, daß jetzt vielleicht diejenigen Parteigenossen zufrieden sind, die früher bei dem schnellen Wachstum gesagt haben: wir wachsen zu schnell in die Breite, aber nicht in die Tiefe. (Sehr gut!) Der Vorwurf kann jetzt nicht erhoben werden. Im vorigen Jahre ist alles Erdenkliche geschehen, dafür zu sorgen, daß die sozialistischen Lehren mehr in die Tiefe dringen. Wir haben im vorigen Jahre eine Arbeitsleistung zu verzeichnen, die sich sehen lassen kann. In der inneren Organisations- und Aufklärungsarbeit sind wir vorgegangen, wie selten vorher. . ." (S. 222 f.)

„. . . Von anderer Seite ist in temperamentvoller Weise gesprochen worden von einer „greisenhaften Ermattungsstrategie" (Hört, hört! und Heiterkeit), von dem „Organisationshochmut", und die Nichtorganisierten werden hingestellt als Wunderknaben, die dereinst alles Gute — der Partei voran! — schaffen werden. (Lebhaftes Hört! hört! und Zustimmung.) **Wer wird sich wundern können, wenn nach solchen Redewendungen in der Organisations- und Agitationsarbeit Schwierigkeiten entstehen?** (Sehr richtig!) . . ." (S. 224 f.)

Im Kassenbericht führte Braun aus:

„. . . Die gesamten Kreisorganisationen haben im Geschäftsjahr 1911/12 an Mitgliederbeiträgen eingenommen 3 080 365,86 M., im Berichtsjahre 1912/13 2 754 072,85 Mark. Da das Berichtsjahr sich nur auf neun Monate erstreckt, müßten wir ein Drittel zu dieser Summe hinzufügen, so daß sich eine Gesamteinnahme von 3 672 097,13 M. ergibt, d. h. eine Steigerung um 591 731,27 M., oder um 19,2 Prozent. Halten Sie dagegen, daß wir nur eine Mitgliederzunahme von 1,3 Prozent haben, so ergibt sich daraus, daß die tatsächliche Mitgliederzunahme, an der Hand der Beiträge berechnet, doch eine größere ist, als aus den Angaben über die Mitgliederzahl in den Fragebogen hervorgeht. Gewiß ist bei dieser Steigerung der Einnahmen aus Beiträgen darauf Rücksicht zu nehmen, daß einzelne Kreise ihre Beiträge erhöht haben. Wenn ich aber darauf hochgerechnet die Hälfte rechne, so kommen noch immer etwa 10 Prozent Steigerung in Frage, die sich zum Teil aus der besseren Einkassierung der Mitgliederbeiträge ergeben, **aber auch eine Steigerung der Mitgliederzahl erkennen lassen.** Es muß weiter erwähnt werden, daß in der Beitragssumme, die ich genannt habe, nicht die volle Beitragseinnahme steckt, da einzelne Wahlkreise sich noch immer nicht daran gewöhnen können, ihre vollen Beitragseinnahmen im Bericht an den Parteivorstand anzugeben. Einzelne Kreise geben nur den Betrag an, den die Kreiskasse erhält, während die Prozente, die den Ortskassen verbleiben, einfach ausfallen. Es ist deshalb nicht möglich, aus der Beitragssumme die genaue Mitgliederzahl zu berechnen. Nur an einem Beispiel will ich zeigen, daß, wenn wir unsere Mitgliederbewegung nach der Beitragseinnahme berechnen, vielleicht ein viel günstigeres Resultat herauskommt. Der Kreis Niederbarnim hat nach den Fragebogen einen Mitgliederverlust von 84, nach der Beitragseinnahme berechnet hat er dagegen eine Zunahme von 1043 Mitgliedern. Daraus können Sie ersehen, daß die zahlenmäßigen Angaben über die Mitgliederbewegung die volle Steigerung der Mitgliederzahl nicht **zum Ausdruck bringen.**

Aber alles das darf uns gleichwohl nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die Mitgliederzunahme tatsächlich viel zu gering ist. (Sehr richtig!) Die Hauptursache ist zweifellos in der wirtschaftlichen Krise **zu erblicken, die jetzt im Anzug ist und die in den Industriezentren und in den Großstädten heute schon mit großer** Wucht eingesetzt hat. Es liegt nahe, einen Vergleich mit der vorhergehenden Krise der Jahre 1907 und 1908 zu ziehen. Von 1907 auf 1908 sind wir von 530 466 auf 587 336 Mitglieder gestiegen. Darunter waren allerdings 18 515 weibliche, die damals infolge Aenderung des Vereinsgesetzes zum erstenmal unserer festen Organisation zugeführt werden konnten. Zieht man die weiblichen Mitglieder ab, so bleibt nur ein Zuwachs von 38 355 oder 7,2 Prozent, also ein Prozentsatz, der viel geringer ist, als der in der Statistik angegebene. Aber man darf nicht vergessen, daß das Jahr 1907/08 das zweite Jahr der festen Vereinsorganisation war, daß da eine ganze Anzahl Genossen, die früher lose organisiert waren, der festen Organisation zugeführt wurden. Es handelt sich da um Genossen, die vorher bereits einer anderen Form der Parteiorganisation angehört hatten. Zieht man die ab, dann wird der Prozentsatz noch viel niedriger. Aber nehmen wir das folgende Jahr, wo die Wirkungen der Krise mit voller Wucht in die Erscheinung traten, das ist das

Jahr 1908/09. Damals stieg unsere Mitgliederzahl um 45 973. Davon waren 32 801 weibliche Mitglieder, die, früher schon Genossinnen, nunmehr infolge der neuen Gesetzesbestimmung der Organisation beigetreten waren. Nehmen wir nur die männlichen Mitglieder, so hatten wir eine Zunahme von 13 172 oder 2,2 Prozent in 12 Monaten. Bei der Krise 1907/09 haben wir also bei der Mitgliederbewegung dieselbe Erscheinung zu verzeichnen, die jetzt wieder zutage tritt. Es ist dabei noch zu bemerken, daß wir damals das Wahljahr 1907 hinter uns hatten mit seiner aufpeitschenden Wirkung. Sie wissen, daß damals das Wahlresultat die Genossen nicht befriedigte und sie anfeuerte, mit aller Macht sich der Organisationsarbeit zuzuwenden. Wir wissen weiter, daß das Wahljahr 1912, das mit einem so riesigen Erfolg endete, doch bis zu gewissem Grade auf die organisatorische Arbeit etwas lähmend wirkte. Wenn Sie das bedenken, kann man ohne weiteres erklären, wir haben jetzt dieselbe Erscheinung, wie sie die frühere Krise gezeitigt hat, und unsere Gegner, die sich wie 1907 wieder anschicken, über Rückgang der Sozialdemokratie zu phantasieren, werden, ebenso wie sie in bezug auf die Reichstagswahl nach 1907 ein 1912 erlebten, jetzt in bezug auf die Organisation dasselbe Resultat erleben. (Bravo!) Allerdings ist dazu notwendig, daß wir alle Kraft einsetzen und jeder in der Organisationsarbeit seinen Mann stellt." (S. 236 f.)

„. . . Im übrigen werden wir bei der Gesundung unserer Finanzen das Hauptaugenmerk zweifellos darauf verlegen müssen, die regelmäßigen Beitragseinnahmen zu erhöhen. Diese können wir nur erhöhen, wenn es uns gelingt, die Mitgliederzahl zu vermehren. Deshalb ist es notwendig, mit aller Kraft an dem Ausbau der Organisation, an der Werbung neuer Mitglieder zu arbeiten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir weit über zwei Millionen Gewerkschaftsmitglieder haben, denen kaum eine Million Parteimitglieder gegenüberstehen. Da ist noch ein großes, dankbares Feld für die Werbung von Parteimitgliedern vorhanden. Wird dies Feld entsprechend beackert, dann, glaube ich, werden wir die Scharte vom Berichtsjahre auswetzen. Dazu ist aber notwendig, wie bereits Kollege Scheidemann betonte, daß die werbende Kraft, die den Erfolgen unserer Genossen im Parlament innewohnt, nicht verkleinert, nicht herabgesetzt, sondern in den Dienst der Mitgliedergewinnung gestellt wird. Wir sollten uns deswegen vor Aeußerungen hüten, aus denen nicht nur die Organisierten, sondern auch die Unorganisierten leicht eine Herabsetzung des Wertes der Organisation herauslesen können. Der Fortbestand und die Entwicklung unserer Organisation sind nur gesichert durch die Arbeit der Tausende von Parteigenossen, die als Funktionäre tagaus tagein, jahraus jahrein, durchdrungen von der Siegessicherheit des Sozialismus, die mühsame Kleinarbeit leisten, ihre kärglichen Mittel, die wenigen Mußestunden, die ihnen die kapitalistische Fron läßt, ja einen großen Teil ihres Familienglücks opfern, um die so wichtige Kleinarbeit zu leisten, um die Organisation auszubauen und vorwärts zu bringen. Gerade dieser großen Zahl von Mitarbeitern sind wir Dank schuldig, dadurch, daß wir ihre Arbeit ins rechte Licht stellen, daß wir sie nicht in ihrem Werte irgendwie herabmindern. Diese große Zahl der kleinen Funktionäre, der Tag für Tag in zäher Arbeit für den Ausbau der Organisation tätigen Genossen, beweist mindestens ebensoviel Idealismus, ebensoviel Opferfreudigkeit, ebensoviel Begeisterung für unsere Sache, wie jene Parteigenossen, die in großen Massenversammlungen, umbraust von jubelndem Beifall, die Massen gegen die Führer aufrufen oder in wohlstilisierten Artikeln den Wert der Organisationsarbeit herabmindern und Hoffnungen auf den revolutionären Tatendrang der Unorganisierten und der gegnerisch Organisierten wecken, denen bittere Enttäuschungen folgen müssen. (Sehr wahr!) Wir wollen uns nicht durch Ungeduld von den alten Bahnen ablenken lassen. Wir wollen unsere Organisation weiter ausbauen und die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse durch doppelte Kraftanstrengung wettmachen. Die Parole für das laufende Jahr muß heißen: Auf! Der ersten Million Parteimitglieder entgegen! (Lebhafter Beifall.)" (S. 240 f.)

In der Debatte sprachen u. a.:

Sollmann-Köln:

„Scheidemann hat in seinem Bericht die Hauptursache des Stillstandes in der Organisation auf die Krisis zurückgeführt. Ich kann diesen Grund nicht vollständig unterschreiben. Ich weise darauf hin, daß in der Zeit, in die die hauptsächlichste Agitation gefallen ist, zahlreiche Industrien noch voll beschäftigt waren und daß in den Krisenzeiten 1908 und 1909 unsere Organisationen bedeutende Fortschritte erzielt haben. Ich warne

davor, daß man den *Stillstand lediglich auf die Krisis zurückzuführen sucht*. Ich glaube, der Parteivorstand hat in seinem Geschäftsbericht mit erfreulicher Deutlichkeit eine der Ursachen genannt, die uns nicht mehr so leicht in die indifferenten Massen eindringen läßt, indem er darauf hinweist, daß unsere *Parteipresse* sündigt und *nicht allgemeinverständliche Propaganda* treibt. . ." (S. 244.)

Stengele-Hamburg:

„. . . Vielfach hat es einen gewissen Pessimismus erregt, daß die Mitgliedschaft teilweise stabil geblieben ist und die Abonnentenzahl da und dort zurückgegangen ist. Das wurde von manchem Genossen so aufgefaßt, als sei eine Periode des Unglücks und des Niederganges über die Sozialdemokratie hereingebrochen. Ich bin nicht derart pessimistisch gerichtet, ich glaube vielmehr, daß sich bei solchen Klagen derselbe Ueberschwang der Gefühle geäußert hat, der sich seinerzeit nach anderer Richtung hin äußerte, als unsere Wählerstimmen bedeutend zunahmen. In dem großen Zuwachs der Wählerstimmen sahen einzelne eine Weltenwende, und in einem kleinen Rückgang der Organisation sehen sie wieder die Weltkatastrophe, sozusagen die Götterdämmerung der Sozialdemokratie. Wir sind wahrscheinlich, weil wir eine verhältnismäßig junge Partei sind, diesem Ueberschwang unterworfen, wir sind den einen Tag himmelhoch jauchzend, den anderen zu Tode betrübt. Bei diesen Klagen kommt aber auch etwas zum Ausdruck, was ich in der Partei auch auf anderen Gebieten schon bemerkt habe, und was Caprivi nannte „Le rage des nombres". Wir operieren immer mit den Zahlen als mit etwas Absolutem, und ihr Aufstieg oder Rückgang macht uns optimistisch oder pessimistisch. Man darf nicht so viel Gewicht darauf legen, ob hier oder dort aus bestimmten Gründen die Organisation stärker geworden ist oder etwas abgenommen hat. Da kommen mehr oder minder Zufälligkeiten in Betracht, und die Hauptrolle spielt dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage. Worüber wir aber ein Recht haben, etwas pessimistisch zu sein, das ist der Umstand, daß *das innere Leben der Partei unbefriedigend* geworden ist. Das ist meiner Ansicht nach der Kernpunkt des Ganzen. Wenn man hört, wie sich die Parteiversammlungen mit Quisquilien befassen, wie im größten Parteiort, in Berlin, über die Frage des Gebärstreiks, die wirklich alles andere, nur nicht eine sozialdemokratische Angelegenheit ist (Sehr richtig!), große Versammlungen abgehalten werden, und wie unsere Genossinnen, die den sozialdemokratischen Standpunkt ganz richtig vertraten, von einer nun einmal für irgendeine Phantasie fanatisierten Menge sozusagen niedergebrüllt werden, dann muß man sich allerdings die Frage vorlegen: Sind wir in unserer ganzen Organisation, sind wir im Parteileben auf der richtigen Bahn? Es ist dies ein Symptom, daß wir in den letzten Jahren *es allzu sehr unterlassen haben, die Bewegung zu vertiefen*. Ich messe die Schuld nicht einzelnen Körperschaften und nicht einzelnen Menschen zu, wir werden wohl ziemlich alle etwas schuld daran sein. Man wird sich aber über diese Sachen offen aussprechen müssen. In der „Neuen Zeit" hat ja dankenswerterweise in den letzten Wochen eine Diskussion über Organisations- und Parteiverhältnisse stattgefunden, auf die ich nicht eingehen will. Ich möchte aber meine eigenen Gedanken darüber wiedergeben, weswegen wir gewissermaßen oberflächlich geworden sind. Sie werden auf Widerspruch stoßen, aber das ist man ja gewöhnt. Ich glaube nämlich, daß für unser Parteileben gefährlich ist *die Mechanisierung der Partei*, wie sie mehr und mehr stattgefunden hat, das Bestreben, alles nach bestimmten Regeln und Schablonen einzurichten, in dem einen Ort genau wie in dem anderen, in Schlesien wie an der Wasserkante, in Schleswig-Holstein wie in Oberbayern. Dieses Streben des Schablonisierens, diesen hierarchischen Aufbau der Partei halte ich in der Tat für eine Gefahr für das innere Leben der Partei. Selbstverständlich muß bei einem derartigen Aufbau *die Bureaukratie eine bedeutende Macht erlangen* ohne die Schuld der betreffenden Personen. Verwaltungsbeamte brauchen wir selbstverständlich in unserer Organisation, aber man soll wohl erwägen, ob man mit der Vermehrung dieser Verwaltungsbeamten in demselben Tempo fortfahren soll wie bisher. Durch das Zusammenfassen der Organisation, durch die *Zentralisierung*, die wir den Gewerkschaften abgesehen haben, geht naturgemäß für den einzelnen Genossen die Uebersicht verloren, und mehr und mehr wird der angestellte Beamte und Sekretär derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht; dadurch wird er eine autoritäre Person. Er gewinnt an großem Einfluß, und weil er notwendigerweise in der Organisationsarbeit seine Hauptaufgabe sieht, so unterbleibt vielfach das tiefere Eindringen der Parteimassen in die sozialdemokratischen Prinzipien. Dazu kommt noch, daß die

einzelnen Genossen sich darauf verlassen, daß ihr Beamter schon alles zum Besten leiten wird und daß sie sich nicht zu sehr um die Dinge bekümmern brauchen. Man wartet die Ordre des Bezirkskommandos ab, und wenn die erfolgt ist, wird mobil gemacht, vorher nicht. Durch das Verlassen auf die Initiative der Verwaltungsbeamten und des Parteivorstandes wird die Initiative der einzelnen Organisationen und der einzelnen Mitglieder beschränkt. Ich gebe dies zu bedenken, ohne bestimmte Anträge zu stellen." (S. 246 f.)

Lüth-Hamburg:

„Als wir vor zwei Jahren uns an dieser Stelle über Organisations- und Agitationsfragen unterhielten, da wurde die Notwendigkeit betont, daß dem Parteivorstand neues Blut zugeführt werden müsse. Wir haben das getan, indem wir Scheidemann und Braun hinzugewählt haben, wir haben auch den Parteiausschuß geschaffen, der ausschließlich aus Praktikern der Organisation und Agitation besteht und der ja auch nach dem Bericht Scheidemanns in vielen Fällen gemeinschaftlich mit dem Vorstand getagt hat. Trotz alledem ist das Resultat der Entwicklung unserer Organisation so, daß es eigentlich einer Stagnation der Organisation gleichkommt. Die Kritiker suchen die Gründe dafür in der Handhabung des Organisatonswesens. Bei dem jetzigen Ausbau der Organisation muß man aber zugeben, daß alles getan worden ist, was geschehen konnte, und daß auch Parteivorstand und Parteiausschuß ihre Schuldigkeit getan haben. In Nr. 47 der „Neuen Zeit" führt ein Berliner Genosse die Schuld auf die Gliederung der ganzen Organisation und auf den Bureaukratismus in der Partei zurück. Er meint, die Massen fühlten sich nur als Statisten. Ja, was hat denn der gute Mann eigentlich für eine Ahnung vom Aufbau der Organisation? (Sehr wahr!) Ich weiß, daß die Berliner Organisation ebenso demokratisch aufgebaut ist wie die Parteiorganisation überhaupt. Ich habe mich gewundert, daß dieser Artikel nicht rechtzeitig in der „Neuen Zeit" zurückgewiesen und widerlegt worden ist. Mein Genosse Stengele hat ja auch etwas vom Bureaukratismus gesprochen, aber doch in seiner bescheidenen Weise, wie das seinem Naturell entspricht. Der Rückgang der Organisation ist zurückzuführen auf wirtschaftliche Verhältnisse, speziell auf die ungeheuer große Arbeitslosigkeit in der Baubranche. Andere Faktoren haben dabei nicht mitgewirkt, nicht der Bureaukratismus und nicht die angebliche Verknöcherung der Beamten. Die Gegner haben ja schon 1907 derartiges behauptet, aber in der eigenen Partei sollte man solcher Kritik entschieden entgegentreten." (S. 249.)

Gehrmann-Zeitz:

„Wenn dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht wird, daß er daran etwas mitschuldig ist, daß unsere Organisation nicht die nötigen Fortschritte gemacht hat, so kann dieser Vorwurf nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Der Vorstand hat aber nicht darin gesündigt, daß er nicht genügend Massenaktionen inszeniert oder die Initiative verloren hätte, sondern es sind bei der Bearbeitung der Jahresberichte vom Parteivorstand Fehler gemacht worden, die nachher zum Schaden für die Organisation wenigstens nach außen hin ausgeschlagen sind. So wird nach dem Bericht des Vorstandes festgestellt, daß im Kreis Zeitz-Weißenfels ein Mitgliederrückgang von 19 Prozent zu verzeichnen ist. Zahlenmäßig sei die Mitgliederzahl von 6805 auf 5501 gefallen. Tatsächlich ist aber im vorjährigen Bericht die Mitgliederzahl mit 6805 zu hoch angegeben worden, man hat nämlich die Mitgliederzahl der Frauen noch einmal zu der Gesamtmitgliederzahl hinzugerechnet. Wir haben gleich gebeten, daß dieser Irrtum im Chemnitzer Parteitagsprotokoll berichtigt werde, das ist aber nicht geschehen, und auch in dem diesjährigen Jahresbericht ist leider die Richtigstellung nicht erfolgt. In Wirklichkeit hatten wir 1912 5668 Mitglieder, in diesem Jahre haben wir 5501, der Rückgang an Mitgliedern beträgt also nur 167 oder 9,76 (?) und nicht 19 Prozent, wie der Geschäftsbericht angibt. Dieser Rückgang ist nicht darauf zurückzuführen, daß bei uns der Klassenkampf nicht gepflegt wird. Daß der nicht erlahmt, dafür sorgt schon bei uns die ungeheure Entwickelung des Kapitalismus. Es handelt sich bei uns nur darum, daß viele Mitglieder, und gerade die ältesten, die Arbeit verlieren und durch Kroaten und Polen ersetzt werden, die für die Organisation schwer zu haben sind. Wir haben auf diese Weise über 2700 Abgänge zu verzeichnen. . . ." (S. 249 f.)

C l a u s = Berlin:

„Dem Rückgang in der Organisation müssen wir dadurch entgegenwirken, daß wir uns mehr auf den eigentlichen Grund und Boden jeder Organisation zurückbegeben, und das ist die F a m i l i e. Wir müssen in erster Linie die Frauen und die Jugend zum Sozialismus erziehen. Bei uns in Berlin haben sich die F r a u e n = L e s e = a b e n d e als ausgezeichnetes Mittel zur Erziehung der Proletarierfrauen zum Sozialismus bewährt. Wenn der Mann im Kampfe für die Ziele der Partei Verständnis und Unterstützung in seiner Familie und bei seiner Frau findet, so wird das der Organisation zu großem Vorteil gereichen. Dann werden solche Fälle nicht vorkommen können, wie ich sie in Leipzig erlebte, wo bei einem Buchbinderstreik zwei Mädchen von 18 und 20 Jahren Streitbruch gegen ihren eigenen gemaßregelten 60jährigen Vater begingen. Ich möchte bitten, alles daran zu setzen, daß die Frauen besser aufgeklärt werden, als es heute der Fall ist. Dazu ist freilich die P o p u l a r i s i e r u n g d e r P a r t e i = p r e s s e vor allem notwendig. Unsere Zeitungen müssen so gemeinverständlich sein, daß sie auch von den Arbeiterfrauen verstanden werden. . . ." (S. 250.)

S t u b b e = Hamburg:

„. . . Was die geringe Mitgliederziffer anbelangt, so muß ernstlich geprüft werden, ob unsere Organisationseinrichtungen vollständig genügen. Wenn gesagt worden ist, daß wir zu viel zentralisieren, so glaube ich, daß das Gegenteil der Fall ist. Doch darauf kommt es nicht allein an, sondern auf die inneren Einrichtungen. Da finden wir, daß dort, wo die A b h o l u n g d e r B e i t r ä g e eingeführt wurde, der Stand der Organisation am besten ist. Gewiß kann diese Einrichtung nicht auf alle Wahlkreise übertragen werden, jedenfalls aber müssen die Parteigenossen sich in den einzelnen Orten eingehend mit dieser Frage beschäftigen. Gerade mit dieser Einrichtung wird es zweifellos möglich sein, in der schweren Zeit der Krise uns einen großen Teil der Mitglieder zu erhalten. Wenn wir gerade in der bevorstehenden Zeit nicht einen noch weiteren Rückgang erleiden wollen, müssen wir darauf sehen, unsere Einrichtungen auszubauen. Vor allem werden wir auch dafür sorgen müssen, daß sich die Mitgliederversammlungen auch wirklich mit sozialdemokratischen Angelegenheiten beschäftigen. Gehen wir so vor, dann werden wir treue Kämpfer für die Organisation gewinnen und werden erreichen, daß wir uns auf unsere Mitgliedschaft im gegebenen Falle vollständig verlassen können. (Bravo!)" (S. 252.)

D i ß m a n n = Frankfurt a. M.:

„Wenn der Bericht des Parteivorstandes erscheint, dann ist es nur zu begrüßen, wenn ein lebhaftes Echo im Lande geweckt wird. Es wäre traurig für die Millionenpartei, wenn es nicht so wäre. Es ist selbstverständlich, daß die Genossen im Lande bei dem Bericht die Frage erörtern, ob der Erfolg das gebracht hat, was der Aufwand der Kräfte versprach, ob die Situation richtig ausgenutzt worden ist. Diese Aussprache im Lande ist nur zu begrüßen. Wenn bei dieser notwendigen Kritik in Einzelfällen über das Ziel geschossen wird, darf das nicht so tragisch genommen werden. Darum hätte ich gewünscht, daß heute morgen Genosse Scheidemann gegenüber der angeblichen Kritik mit etwas weniger Aufwand an Kraft und Witz vorgegangen wäre. Wer in der Partei erkennt wohl nicht die Kleinarbeit an, die von uns allen tagtäglich geleistet wird. Wer erkennt nicht die Bedeutung der Organisation an, und wer wollte etwa ihre Erfolge schmälern, die wir im Tageskampfe, in mühseliger Arbeit zu verzeichnen haben. Darin sind wir uns wohl alle einig, die mit ihrem ganzen Selbst jahraus, jahrein schaffen. Wir würden uns mit einer abfälligen Kritik doch selbst ins Gesicht schlagen. Es ist durchaus am Platze, wenn man hier die Stagnation der Mitgliedschaft behandelt. Hier wurde die w i r t s c h a f t l i c h e K r i s e als die Hauptursache des gegenwärtigen Stillstandes der Mitgliederbewegung bezeichnet. Das trifft n u r g a n z b e d i n g t zu. Ich fürchte vielmehr, daß uns die wirtschaftliche Krise erst in den nächsten Jahren in den Organisationen zu schaffen machen wird. Ich bestreite nicht, daß ein Teil der Städte bereits in der Krise steht. Aber das letzte Geschäftsjahr, das am 1. April abgeschlossen ist, hat nur bedingt eine Einwirkung der Krise auf die Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Es kommt ein ganzer Komplex von Fragen zur Erläuterung dieses Zustandes in Betracht. Die Tatsache, daß nach den gewaltigen Anstrengungen der letzten Jahre, besonders nach den Reichstagswahlen, die Mitgliedschaft in der fortgesetzten Anspannung der Kräfte etwas erschlafft ist, hat zweifellos etwas mitgewirkt

Nach den jahrelangen fortgesetzten Arbeiten der Kleinagitation, der ungeheuren Werbung neuer Mitglieder, der Massen von Hunderttausenden ist es begreiflich, wenn diese Massenaufnahme nicht mehr so rasch erfolgen kann, wie im Laufe der letzten vier, fünf Jahre. Das Reservoir, wo wir in leichterer Form gewaltige Massen von Mitgliedern gewonnen haben, ist zwar nicht erschöpft, aber die Gewinnung neuer Mitglieder ist schwieriger geworden. Die Anstrengungen müssen größer werden. Wir haben ja noch Reservoire, wo Hunderttausende, ja Millionen von Arbeitern in Frage kommen, aber in schwierigeren Gegenden. Dort wird der Aufstieg langsamer sein, als in den Großstädten, wo die Massen in der Idee längst für uns gewonnen waren. In diesen schwierigen Gebieten müssen die einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung mit gemeinsamer Kraft alles versuchen, neue Erfolge zu gewinnen. . . ." (S. 252 f.)

Auer-München:

„. . . Ich verstehe es wohl, daß der Vorstand in seinem Bericht die Genossen anzufeuern sucht und daß er sich bemüht, wenn er glaubt, daß hier und da ein Mangel ist, diesen Mangel zu beheben. Aber das Ergebnis dieser Feststellung des Vorstandes ist ein anderes. Es kümmert mich nicht, wenn die bürgerliche Presse auf Grund dieser Feststellung des Vorstandes die Sozialdemokratie wieder einmal totsagt. Bedenklicher ist die Wirkung auf die eigenen Parteigenossen, und wenn derartige Feststellungen gemacht werden, dann muß man doch auch die Ursachen berücksichtigen und sie erwähnen. Für jeden, der unsere Organisation kennt, steht doch fest, daß wir heute bei Zählung unserer Mitglieder einen viel strengeren Maßstab anlegen als früher. Unsere Organisation ist eine viel straffere geworden, die Uebersicht ist viel besser. Früher haben wir Tausende von Mitgliedern geführt, die keine Beiträge gezahlt haben, während jetzt eine viel größere Durchsiebung, eine viel größere Uebersicht auf Grund unserer straffen Organisation gegeben ist. Dieses Moment müssen wir berücksichtigen, wir dürfen nicht nur flau machen. . . ." (S. 271.)

Braun (im Schlußwort):

„. . . Dann hat Auer bemängelt, daß wir im Bericht gesagt haben, daß die geringe Mitgliederzunahme an Stagnation grenzt. Er meint, man hätte den Eindruck nach außen bedenken sollen. Wir haben es bisher stets so gehalten, daß wir vor offenbaren Tatsachen die Augen nicht verschließen und daß wir auch den Mut haben, Ungünstiges in bezug auf unsere Organisation festzustellen und auszusprechen. Wir haben ja gehört, daß einzelne Diskussionsredner dem ersten Referenten den Vorwurf machten, er habe in bezug auf die Fortschritte der Jugendbewegung Schönfärberei getrieben. Stellen wir auf der anderen Seite fest, daß die Mitgliederzunahme an Stagnation grenzt, dann heißt es wieder, wir haben schwarz gemalt. Ich bin überzeugt, wir haben das richtige getroffen; eine solche Feststellung kann auf die Genossen nicht entmutigend wirken, eher tritt das Gegenteil ein. 1907 haben wir offen konstatiert, daß der Erfolg der Wahlen unseren Erwartungen nicht entspricht. Und das hat die Genossen erst recht angefeuert zur intensiven Agitationsarbeit, die vorbereitet hat den großen Sieg von 1912. Ich bin überzeugt, auch jetzt wird unsere Feststellung die Genossen anfeuern zu neuer Agitations- und Organisationsarbeit. (Sehr richtig!) . . ." (S. 280.)

In der Massenstreik-Debatte sagte Rosa Luxemburg u. a. über die Stagnation:

„. . . Auf alle diese Tatsachen, die jedem ernsten Parteiführer ein Anlaß sein mußten zur ernsten Analyse der Zustände, zur Erörterung, wie und wo man die eigentlichen Wurzeln dieser Erscheinungen suchen muß und wie Remedur zu schaffen ist — auf alle diese Tatsachen findet der Parteivorstand nur die leichteste und bequemste Erklärung: Stillstand der Organisation und der Presse? Ei, die Krise ist es, die schuld ist! Und dabei sollen wir uns beruhigen, daß jede Krise wieder die Mauern erschüttert, die wir in der Zeit der Prosperität mit solcher Mühe aufgebaut haben. . . ." (S. 289.)

Klara Zetkin:

„Zu den Zöllnern und Sündern, die Genosse Scheidemann gestern wegen unberechtigter Kritik an den Schandpfahl angenagelt hat, gehöre auch ich. (Heiterkeit.) Zwei Aeußerungen, die er zitiert hat: die von der „greisenhaften Ermattungsstrategie" und von dem „Organisationshochmut" stammen von

mir her. Ich halte sie durchaus aufrecht in dem Zusammenhang, in dem sie gefallen sind. Von der Ermattungsstrategie habe ich in einem Artikel gesprochen, und das im Zusammenhang mit der Tatsache, daß meines Erachtens die ganze geschichtliche Entwickelung in Deutschland uns allmählich zwingt, herauszugehen aus der Defensive, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes erklärlich und vielleicht notwendig war, *überzugehen zu einer kraftvollen, immer schärfer vorwärts drängenden Angriffspolitik* auf der ganzen Linie, nach dem altbewährten Grundsatz: der Hieb ist die beste Verteidigung. Meines Erachtens zwingt uns die im Zeichen des Imperialismus stehende wirtschaftliche und politische Situation zu einer solchen scharfen Angriffstaktik. Nicht nur, um den Gegnern im Kampfe gewachsen zu sein, sondern auch um in immer größerem Maße die noch schlafenden Massen zu wecken, zu sammeln und zu organisieren und mit vollstem Vertrauen zu uns zu erfüllen. Es ist *nicht das sanfte Säuseln einer nach Konzessionen lüsternen Politik und Taktik*, das die schlafenden Massen weckt, vielmehr die schärfste proletarisch-revolutionäre Taktik, die wir anwenden müssen. (Sehr richtig!) Denn die weckt das Klassenbewußtsein und schult es dort, wo es bereits wach zu werden beginnt. Eine solche Taktik wendet die Massen immer mehr von allen bürgerlichen Parteien ab und sammelt sie um das eigene stolze Banner der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, daß meines Erachtens sowohl der Kampf gegen Militär- und Deckungsvorlagen, wie auch die preußische Wahlbewegung nicht den vollen Erfolg gebracht haben, den wir gerade auf Grund der mühe- und opferreichen Kleinarbeit erwarten durften. Von Organisationshochmut habe ich wortwörtlich so gesprochen: Ich begreife nicht nur, sondern ich finde den Stolz der deutschen Arbeiterklasse auf ihre machtvollen Organisationen gerechfertigt. Die Theorie ihres Befreiungskampfes hat sie zum größten Teil von Klassenfremden erhalten. Die Organisation dagegen ist ihr eigenes stolzes Werk. Und sie hat ihre Organisationen aufgebaut unter Mühen und Opfern, unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, wie sie vielleicht kaum das Proletariat anderer Länder kennt. Ich habe ferner erklärt: Das Proletariat braucht notwendiger als jede andere Klasse, die empor ans Licht drängte, eine feste und umfassende Organisation. Dem Proletariat steht in seiner Gesamtheit in der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Gewalten eine stärkere organisierte Macht gegenüber als anderen sozialen Klassen, die früher für ihre Befreiung kämpfen mußten. Der einzelne im Proletariat aber ist schwach. Diese Umstände bewirken, daß wir die Organisation nie genug schätzen können. Sie legen uns die Pflicht auf, bis zum letzten Atom unserer Kraft so zu arbeiten, als könnten wir den letzten Mann, als müßten wir die letzte Frau in die Organisation hineinziehen. Aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, daß uns das nicht gelingt, und *wir dürfen uns nicht hochmütig gegen die Unorganisierten draußen abschließen*. (Unruhe.) Das dürfen wir um so weniger, weil die Krise uns immer daran erinnert, daß es nicht eine dicke Mauer ist, sondern gleichsam *nur ein dünnes Blättchen Papier, was die Organisierten von den Unorganisierten trennt*. Ich habe an diese Ausführungen die Mahnung geknüpft, unermüdlich an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. Des weiteren betonte ich, trotz alledem dürfe die Organisation sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die organisierte Elite nicht allein die schweren bevorstehenden Kämpfe siegreich durchzuführen vermöge. Sie bedürfe der freudigen, vertrauensvollen Mitwirkung der Unorganisierten. Und ich sagte dazu dieses: Bei den künftigen Massenbewegungen wird die organisierte Elite das denkende, leitende Gehirn der Bewegung sein, das feste organisatorische Rückgrat. Heißt es, die Organisation in ihrer Bedeutung unterschätzen, wenn man so spricht? Wenn man so spricht, dann nützt man meines Dafürhaltens der Organisation mehr, als wenn man ihr rechts und links Komplimente über das bereits Erzielte macht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich stelle fest, daß in der geschlossenen Mitgliederversammlung, in der ich das Zitierte ausführte, mit einer einzigen Ausnahme anwesende Gewerkschafts- und Parteibeamte erklärt haben, daß sie meinen Standpunkt teilen ..." (S. 315 f.)

Husemann-Bochum:

„... Genossin Zetkin sagte, wir dürften uns von den Unorganisierten nicht abschließen, es trenne uns nur ein Blättchen Papier von ihnen. Schließen wir uns denn von ihnen ab? Gehen wir nicht täglich in ihre Reihen, um sie zu uns herüber-

zuziehen? Sie zu gewinnen, ist aber schwieriger, als hier über die Massenstreikfrage zu diskutieren. (Sehr richtig!) Da gehört etwas mehr Geduld und Ausdauer dazu. Ich bin seit 21 Jahren im Ruhrgebiet tätig. Ich glaube, meine Pflicht und Schuldigkeit stets getan zu haben, und weiß, wie schwer gerade die Agitationsarbeit bei uns im schwarzen Ruhrgebiet ist. Wenn man davon redet, daß es möglich sei, die Massen Unorganisierter einfach mitzureißen, so hätten diejenigen, die das behaupten, einmal vor eineinhalb Jahren im Ruhrgebiet beim Märzstreik Wohnung nehmen müssen, da hätten sie Studien sammeln können über das Verhalten der Massen und der Gegner . . ." (S. 326.)

Scheidemann führte im Schlußwort u. a. aus:

„. . . Genossin Luxemburg ist heute außerordentlich milde gewesen. Ganz anders ist es von ihren Lippen und aus ihrer Feder geflossen vor dem Parteitag. Was wir von ihr vor dem Parteitag gehört haben, muß jeden empören, der da weiß, daß die Dinge anders sind, als sie sie dargestellt. Heute hätte ich erwartet, daß Genossin Luxemburg z. B. mit etwas größerer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hätte, was sie unter der „neuen Taktik", unter der „kühnen Initiative", und wie die schönen Worte alle heißen, sich eigentlich vorstellt. Vor dem Parteitag haben wir hören und lesen können, wie die Partei und namentlich die Parteiorganisationen von ihr eingeschätzt werden, heute hat sie versucht, das alles abzuschwächen. Jetzt klingt es ganz anders, jetzt soll nichts gesagt worden sein, was irgendwie anfechtbar wäre. Ich will Ihnen einige Sätze vorlesen. Gestern bin ich darauf nicht eingegangen, denn ich hätte nicht geglaubt, daß Genossin Luexmburg — ich will nicht sagen: wie die Katze um den heißen Brei, aber doch immerhin um das herumgehen würde, was man ihr vorwirft. Sie schreibt:

„Je mehr unsere Organisationen wachsen, Hunderttausende und Millionen umfassen, umsomehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze, auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier über. Was für die große Masse der Mitglieder übrig bleibt, sind die Pflichten zum Beitragzahlen (Lachen), zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement." (Hört! hört!)

Ist das die Art, wie man die Partei in neue Bahnen und zu neuer Taktik führt, wenn man das, was bisher das Rückgrat der Partei gewesen ist, in dieser Weise verspottet? (Sehr gut!) Weiter:

„Es ist aber eine wunderliche Idee, dauernd Millionen von Menschen nur mit Erfüllung laufender Pflichten, mit Erörterungen über eine Erhöhung der Beiträge, über die Anstellung neuer Zeitungsausträgerinnen, die Wahlen des ersten und zweiten Vorsitzenden und des Kassierers, oder zur Abwechslung mit allerlei örtlichen kleinen Reibereien unter den Funktionären zu beschäftigen, wie sie nun einmal nicht zu vermeiden sind, wo viele Menschen zusammen arbeiten. Es ist eine wunderliche Vorstellung, man brauche diesen bureaukratischen Kleinkram nur ins Riesenhafte zu steigern, um mit der Zeit zwei Millionen, drei Millionen, vier Millionen Mitglieder usw. in die Parteiorganisationen hineinzukriegen und sie dort halten zu können."

Dann wird gewissermaßen alles gekrönt durch folgende Sätze:

„Als Beweis diene dasselbe belgische Beispiel, das vielfach von verkehrter Seite auf unsere Genossen so faszinierend wirkt. Das Wichtigste, was sich als positive Lehre aus dem belgischen Experiment ergibt, ist gerade die Tatsache, daß die unorganisierten Massen in wichtigen Momenten nie versagen und daß jede ernste Aktion der Sozialdemokratie ohne diese Massen ganz undenkbar wäre. In Belgien lassen die gerwerkschaftlichen wie die politischen Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig, auf jeden Fall können sie sich mit den deutschen nicht entfernt messen. Und doch kommt seit 20 Jahren ein imposanter Wahlrechtsstreik nach dem andern zustande. Allerdings können die Massen nur dann Erfolge erzielen, wenn die Führung der Partei konsequent entschlossen und durchsichtig klar ist. Wird auf zwei Schritte

vorwärts stets ein Schritt zurück gemacht, dann werden schließlich auch die Massenaktionen verpuffen. In jedem Fall versagt aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung." (Hört! hört!)

Und noch einen Satz will ich Ihnen vorlesen:

„Die Sozialdemokratie ist historisch dazu berufen, die Vorhut des Proletariats zu sein, sie soll als Partei der Arbeiterklasse führend voranstürmen. Bildet sie sich aber ein, sie allein, die Sozialdemokratie, sei berufen, die Geschichte zu machen, die Klasse selbst sei nichts, sie müsse erst ganz in Partei verwandelt werden, ehe sie handeln darf, dann kann sich leicht ergeben, daß die Sozialdemokratie zum hemmenden Moment im Klassenkampf wird und daß sie, wenn die Zeit reif ist, der Arbeiterklasse nachlaufen muß, von ihr wider Willen zu Entscheidungsschlachten geschleift." (Hört! hört!)

Ist das die Art und Weise, wie man der Partei nützen kann? (Zurufe: Nein! nein!) Kann man damit unsere Partei vorwärts treiben? Ist das die Einleitung zu der neuen Aktion, zu der kühnen Initiative, daß man zunächst unsere Organisationen derart schildert? Ich glaube, ein ganz anderer Weg muß beschritten werden, wenn man vorwärts kommen will, so schnell, wie wir es alle wünschen. Jedenfalls dürfen wir nicht damit beginnen, die Organisationen zu diskreditieren und es so hinzustellen, als ob uns von den Unorganisierten nur ein Stück Papier trennt. Ist denn das Mitgliedsbuch, ist denn der Schein, auf dem der Beitrag quittiert wird, alles, was uns von den Unorganisierten trennt? Solche Worte beweisen, daß diejenigen, die so reden, weder die Organisation noch die Unorganisierten kennen. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hat Genossin Luxemburg gesagt, sie habe in ihren Versammlungen bemerkt, wie die Massen nach der neuen Taktik lechzen. (Lachen.) Ich will Ihnen sagen, wie die Massen lechzen. Die Genossin Luxemburg sprach am 22. Juli in einer Berliner Versammlung in sehr energischer Weise. Das ist ja selbstverständlich. In der Diskussion sprachen im ganzen drei Redner gegen sie. Das waren allerdings Leute, die das Arbeiterleben kannten, denn es waren selbst Arbeiter, und denen sagte Genossin Luxemburg im Schlußwort: „Es ist beschämend, daß nicht andere Gegner aufgetreten sind." (Hört! hört!) Das ist dieselbe Nichtachtung, dieselbe Geringschätzung der Arbeiter, wie sie Genossin Luxemburg mir gegenüber heute hier bekundet hat. (Unruhe und lebhafte Zustimmung.) Ich frage Sie, ob der Vorgang in der Berliner Versammlung aussieht wie das Lechzen der Massen nach einer neuen Taktik. (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht das Lechzen nach einer neuen Taktik, sondern die Bestätigung dessen, was ich vorher behauptet habe: des hochmütigen Aburteilens von oben herunter. (Erneute Unruhe und erneute lebhafte Zustimmung.) ..." (S. 328 ff.)

Persönlich bemerkt Klara Zetkin:

„Ich habe zu erklären, daß Genosse Scheidemann falsch berichtet worden ist, wenn ihm gesagt wurde, nach meiner Auffassung trenne nur das Mitgliedsbuch die Organisierten von den Unorganisierten. Ich habe erklärt, die Krise, die Arbeitslosigkeit beweise, daß nicht eine feste Mauer, sondern gleichsam nur ein dünnes Blatt Papier Organisierte und Unorganisierte trennt. Was ich nicht hinzugefügt habe, was aber jeder verstehen konnte, war dieses: daß die Organisierten im Handumdrehen durch die Notlage in Unorganisierte verwandelt werden können ..." (S. 336.)

Scheidemann:

„... Wenn ich mich gegen die Aeußerung von dem Blatt Papier, das die Unorganisierten nur von uns trennen soll, wandte, so war ich dazu veranlaßt nicht durch die Rede der Genossin Zetkin, die ich leider gar nicht gehört habe, sondern durch einen Debatteredner, der die Aeußerung anführte, ohne daß ich wußte, daß sie von Genossin Zetkin stammt ..." (S. 336.)

Siehe auch die Artikel „Ausschlußverfahren", „Badische Budgetbewilligung", „Finanzen der Partei", „Frauen-

organisation", „Invalide Parteimitglieder", „Massenstreik", „Parteivorstand", „Polnisch-Sozialistische Partei", „Radek", „Sonderkonferenzen", „Sonderorganisationen", „Teuerung" u. a.

Organisationsstatut.

Im Bericht an den Magdeburger Parteitag (**1910**) heißt es:

„Die im Organisationsstatut vorgesehenen Mindestbeiträge für Mitglieder sind bis auf zehn Reichstagswahlkreise überall durchgeführt worden. Es handelt sich dabei meist um Wahlkreise, in denen die Parteiorganisation einen schweren Stand hat. Doch müssen auch diese Organisationen im Laufe des nächsten Jahres die Mindestbeiträge einführen." (S. 20.)

Folgende Anträge lagen vor:

11. Bremen: „Das Geschäftsjahr zur Berichterstattung der einzelnen Wahlkreisvereine an den Parteivorstand in Berlin mit dem 1. April beginnen und mit mit dem 31. März beenden zu lassen."

12. Frankfurt a. M.: „Der Schluß des Geschäftsjahres der allgemeinen Parteiorganisation wird vom 30 Juni auf den 31. März verlegt."

13. 17. sächsischer Kreis: „Im § 6 des Organisationsstatuts an Stelle der Worte „bis zum 15. Juli" zu setzen „bis zum 30. Juli" dem Parteivorstand Bericht zu erstatten."

14. Berlin, 4. Kreis: „Im Hinblick auf die letzten Vorgänge in Baden wird der Parteivorstand beauftragt, nach den Richtlinien des Antrages 167 (Parteitag Leipzig 1909) Mittel und Wege zu suchen, um dem Organisationsstatut der Partei die Möglichkeit der Urabstimmung einzuverleiben."

16. Solingen: „Die Generalversammlung bedauert, daß die Bestimmungen des Organisationsstatuts über das Geschäftsjahr dem Parteivorstand nicht gestatten, den Geschäftsbericht der Partei zeitig genug zu veröffentlichen, um den Organisationen die Möglichkeit zu geben, sich bei ihrer Stellungnahme zum Parteitag bereits damit zu befassen und so eine sichere Grundlage zu gewinnen für die Beurteilung und eine etwaige Kritik an der Tätigkeit der Gesamtpartei. Die Generalversammlung bittet den Magdeburger Parteitag, sich diesem Bedauern anzuschließen und den Parteivorstand zu ersuchen, bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts auf eine Abstellung dieses Uebelstandes bedacht zu sein."

70. Höchst: „Den Parteivorstand zu veranlassen, dahin zu wirken, daß die Kreiswahlvereine soweit möglich feststellen, in welchem Kreise wegziehende Genossen ihren Wohnsitz nehmen, und der Umzug der Parteimitglieder aus einem Wahlkreise in einen anderen der bezüglichen Kreisleitung des neuen Wohnsitzes mitgeteilt wird."

Die Anträge 12 und 13 werden nicht genügend unterstützt. In der Debatte über den Vorstandsbericht führt Dittmann-Solingen aus:

„Ich möchte zu den Anträgen 11 und 16 sprechen. Es mag auf den ersten Blick erscheinen, als wenn es sich hier um eine rein geschäftliche und formale Angelegenheit handle; in Wirklichkeit ist dies aber nicht der Fall. Erinnern Sie sich an die Situation, als die Organisationen in diesem Jahre zum Parteitag Stellung nahmen. Ueberall hat man es auf das lebhafteste bedauert, daß der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion noch nicht vorlagen. Man war nicht in der Lage, auf Grund des vom Parteivorstand und der Fraktion vorgelegten authentischen Materials eine eventuelle Kritik der Tätigkeit der Gesamtpartei und ihrer Vertretung im Reichstage vorzunehmen. Es fehlte die Grundlage für eine ersprießliche Diskussion. Es ist irrig, anzunehmen, daß es genüge, wenn der Bericht so früh herauskommt, daß ihn die Delegierten vor dem Parteitag lesen könnten. Auch die Auftraggeber der Delegierten sollen sich schon

mit den Dingen beschäftigt und den Delegierten eine bestimmte Richtungslinie gegeben haben. Erst wenn das geschieht, haben wir die Garantie, daß mancher Antrag, der eine bessere Aufnahme verdient, als er sie derzeit findet, auch gewürdigt wird, was gegenwärtig nicht der Fall ist, weil es an der genügenden Prüfung und Diskussion dieser Anträge fehlt. Es liegt mir fern, dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie den Bericht so spät erscheinen ließen. Es ist alles getan worden, um den Bericht so früh wie möglich unterbreiten zu können. Wenn es trotzdem nicht möglich ist, den Bericht eher zu geben, so liegt das eben an der Bestimmung, die der Leipziger Parteitag getroffen hat, daß das Geschäftsjahr von Juli zu Juli läuft. Wenn aber das Geschäftsjahr um ein Quartal verlegt wird, auf den 1. April, dann kann diesem Uebelstande abgeholfen und den Genossen die Gelegenheit zur vorherigen Diskussion der Berichte vor dem Parteitag gegeben werden. Es wäre auch unrichtig, anzunehmen, daß, wenn die Berichte mit dem 1. April abgeschlossen würden, die Angaben wesentlich veraltet wären. Wer die internen Organisationsverhältnisse kennt, der weiß, daß nur sehr selten das zweite Vierteljahr der Partei besondere Fortschritte über den Stand des 1. April hinaus bringt. Es kommen ja doch auch jetzt die Angaben, die das Urmaterial für den Parteivorstand bilden, so zustande, daß von den Organisationen meist das Material, das bis zum 1. April vorlag, dem Vorstande unterbreitet wird. Diese Frage berührt übrigens alle Bezirke des Reiches gleichmäßig, und darum sollten die Genossen überall für eine Aenderung eintreten. Natürlich kann es sich nicht darum handeln, auch bei dem Reichstagsbericht mit dem 1. April abzubrechen; dieser muß selbstverständlich die ganze Session umfassen; aber es handelt sich um das Geschäftsjahr der Organisationen draußen im Lande, und es würde dann dem Parteivorstande auch möglich sein, seinen Bericht, den ich damit durchaus nicht kritisieren will, noch weit besser auszugestalten. Ich vermisse seit Jahren Mitteilungen über die gesamten Mittel, die die Partei aufgebracht und die sie verwendet hat. Wir erhalten nur Berichte über die Hauptkasse, wissen aber nicht, was in den einzelnen Wahlkreisen vereinnahmt und wofür es im einzelnen verausgabt worden ist. (Ebert: Ich habe ja Daten über die einzelnen Wahlkreise mitgeteilt.) Doch nur allgemeine Angaben. Wenn der Parteitag gemäß dem Antrag 11 beschließt, dann sind auch die Solinger Antragsteller bereit, dem zuzustimmen. Ich bitte aber, wenigstens den Antrag 16 anzunehmen, der wünscht, daß die Verlegung des Geschäftsjahres bei der nächsten Revision des Parteistatuts in Erwägung gezogen wird. Persönlich möchte ich noch den Wunsch aussprechen, daß auch die Genossen aus den anderen Landesteilen auftreten und unser Verlangen aus ihrer Erfahrung unterstützen." (S. 210 f.)

Treu-Nürnberg:

„... Ebenso möchte ich mich gegen den Antrag Bremen wenden, der schon wieder das Geschäftsjahr verlegen will. Man sollte doch die jetzige Organisationsform sich erst einmal einleben lassen und nicht immer daran herumdoktern. Ich kann nicht glauben, daß es nicht möglich sein soll, die Berichte und Abrechnungen an den Parteivorstand rechtzeitig abzuliefern, es kommt nur darauf an, daß die richtigen Vorbereitungen und Einrichtungen getroffen werden. (Sehr richtig!) In einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen, die weitverzweigt sind, geht es heute ganz gut mit der Ablieferung der Abrechnungen und Berichte. Ich bitte Sie also dringend, diese Anträge abzulehnen; dagegen ließe sich reden über den Antrag Solingen, der nur will, daß dann, wenn wiederum eine Aenderung der Organisation vorgenommen wird, diese Punkte mitberücksichtigt werden. Dafür könnte ich mich allenfalls erwärmen ..." (S. 212 f.)

Ulrich-Frankfurt:

„Sachliche Gründe gegen die Anträge 11 und 12 hat mein Vorredner nicht vorgebracht. Ich möchte Sie dringend bitten, schon heute dazu überzugehen, das Geschäftsjahr am 31. März zu schließen. Den trefflichen Ausführungen Dittmanns in dieser Beziehung kann ich mich nur anschließen. Es kommt auch darauf an, daß die Parteigenossen durch die dadurch ermöglichte frühere Fertigstellung vor dem Parteitag über die Parteiverhältnisse unterrichtet sind ..." (S. 213.)

Ryssel-Leipzig:

„Ich warne vor einer Verlegung des Geschäftsjahres. Erst im vorigen Jahre hat sich das Organisationskomitee des längeren und breiteren über diese Frage unterhalten, und die damals gegen eine Verlegung vorgebrachten Gründe sind auch heute noch maßgebend. Man hat den 1. Juli hauptsächlich deshalb festgelegt, weil der Parteitag im Herbst stattfindet und die Daten dann noch nicht veraltet sind. Ganz entschieden weise ich die Behauptung des Genossen Dittmann zurück, daß die größeren Kreise die Angaben zum 1. Juli gar nicht bringen können, sondern daß sie meist Angaben aus dem dritten Quartal machen. Ich bin Leiter einer der größten Organisationen, wir haben zirka 25 000 Mitglieder, die Organisation ist auf föderativer Grundlage aufgebaut, sie besitzt 58 Ortsvereine, die ihre Abrechnungen an mich einsenden müssen, und es ist mir möglich gewesen, in diesem Jahre bis zum 6. Juli sämtliche Abrechnungen zu bekommen. Allerdings gehört ein großes Stück Erziehungsarbeit dazu, auch die kleinen Organisationen soweit zu bringen, daß sie präzise arbeiten. (Sehr richtig!) Die großen Kreisorganisationen können die nötigen Angaben natürlich nur machen, wenn sie die Unterlagen haben, aber das läßt sich sehr wohl dadurch erreichen, daß wir die Ortsvereine anhalten, schon acht Tage vor dem 1. Juli abzuschließen. Der 1. April als Anfang des Geschäftsjahres empfiehlt sich auch deshalb nicht, weil das für Organisationen, für die Bauarbeiter in Frage kommen, ein sehr unglücklicher Termin ist, denn dann beginnt erst wieder die Arbeit, und wir haben dann mit Schwierigkeiten zu rechnen. Dazu kommt, daß der 1. April auch Umzugstermin ist. Ich ersuche Sie also, die Anträge 11 und 12 abzulehnen, gerade im Interesse derjenigen Organisationen, die erst auf Beschluß des vorjährigen Parteitages ihr Geschäftsjahr verlegt haben. (Sehr richtig!) Diese Organisationen würden ja aus der Umänderung gar nicht herauskommen und überhaupt keine stabilen Verhältnisse schaffen können... ... Ueber den Antrag 16 brauchen wir uns, wenn die Anträge 11 und 12 fallen, nicht mehr zu unterhalten, es könnte sich dann nur noch um eine Anregung an den Parteivorstand handeln, wenn es ihm möglich ist, eventuell einen Teil seines Berichtes früher herauszugeben. Das hängt natürlich von dem Termin der Einsendung der Berichte der Organisationen ab..." (S. 213 f.)

Westkamp-Düsseldorf:

„... Ich bitte, dem Antrag 16 zuzustimmen, damit bei einer späteren Revision des Organisationsstatuts die geäußerten Wünsche, besonders die Dittmanns, berücksichtigt werden können..." (S. 214.)

Dittmann-Solingen:

„Gegenüber den Ausführungen der Genossen Treu und Ryssel bleibe ich dabei, daß es nicht allen Parteiorganisationen möglich ist, so rechtzeitig die notwendigen Angaben an den Parteivorstand einzuschicken, daß dieser seinen Bericht zeitig genug herausgeben kann. Es ist natürlich sehr billig, wenn die Vertreter einzelner großer, leistungsfähiger Organisationen hier damit prunken, was sie alles leisten können. Wir müssen aber unsere Maßnahmen treffen für den Durchschnitt unserer Organisationen. Es handelt sich hier nicht um eine rein formale geschäftliche Sache, sondern darum, daß unsere Organisationen in die Lage versetzt werden müssen, das authentische Material des Parteivorstandes zur Hand zu haben, wenn sie sich mit dem Parteitag beschäftigen wollen. Gerade diejenigen, die davon reden, man müsse die Organisationen erziehen, müssen für unseren Antrag stimmen. Man kann nicht besser die Genossen zu eifrigerer Tätigkeit anspornen, als dadurch, daß man sie hinweist auf die Erfolge in anderen Bezirken, wie sie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen sind. Ich glaube, daß in diesem Jahre in allen Wahlkreisorganisationen darüber geklagt worden ist, daß der Bericht des Vorstandes nicht vorlag. Dann soll man nun auch die Konsequenzen daraus ziehen. Ich bitte Sie darum dringend, dem Antrag Solingen zuzustimmen." (S. 215.)

Ebert (Schlußwort):

„Ich möchte in der Hauptsache einige Ausführungen gegen den Antrag 16 machen, der eine Verlegung des Geschäftsjahres verlangt. Der Vorschlag ist nicht neu, er ist bereits im vergangenen Jahre, als wir uns mit der Aenderung des

Organisationsstatuts zu beschäftigen hatten, gemacht, und insbesondere war es Dittmann, der ihn in der Organisationskommission mit großer Entschiedenheit vertreten hat. Damals hat Dittmann geltend gemacht, daß die Organisationen nicht in der Lage wären, so rechtzeitig die Berichte an den Parteivorstand zu liefern, wie es das Organisationsstatut verlangt. In der Kommission des Leipziger Parteitages saß eine ganze Anzahl Genossen, die praktisch in der Verwaltung stehen, Parteisekretäre, die doch am ersten geeignet sind, diese Streitfrage zu entscheiden. Die große Mehrheit der Kommission war der Meinung, daß es bei dieser Bestimmung sehr wohl sein Bewenden haben könne. Wir haben auch später auf einer Konferenz der Landesvorstände, auf der ebenfalls wieder eine große Anzahl Organisationspraktiker vertreten waren, die Frage eingehend erörtert, und auch da kam man einmütig zu der Auffassung, daß die Bestimmung des gegenwärtigen Organisationsstatuts durchaus ausführbar sei. Mittlerweile hat auch die Erfahrung bewiesen, daß diese Auffassung richtig ist, die Berichterstattung der Wahlkreisorganisationen ist von Jahr zu Jahr besser, gewissenhafter und prompter geworden. Gerade im letzten Jahre ist die Berichterstattung im großen ganzen einwandfrei und rechtzeitig erfolgt. Dittmann hat nun heute gesagt, daß viele Organisationen den Abschluß des ersten Quartals, nicht aber den des zweiten ihrer Berichterstattung zugrunde legen. Ich kann mit Bestimmtheit versichern, daß diese Auffassung falsch ist, und alle Genossen auf der Verwaltung werden mir das bestätigen. (Sehr richtig!) Unsere Berichte sind in der Tat erfolgt nach Abschluß des zweiten Quartals, unsere Einrichtung hat sich also im allgemeinen bewährt. Und wenn trotzdem die Berichterstattung einiger Bezirke noch zu wünschen übrig läßt, so liegt das nicht an den Einrichtungen, sondern daran, daß diese Bezirke noch nicht die nötigen organisatorischen Vorbereitungen für eine ordentliche Berichterstattung getroffen haben, und daß sie es an der erforderlichen Energie fehlen lassen. Die Genossen Ryssel und Treu, die sich gegen die Auffassung von Dittmann gewandt haben, sind Sekretäre von zwei der größten Wahlkreisorganisationen. Nun sagt Dittmann, bei den großen Kreisen mag das stimmen, aber nicht bei den Durchschnittskreisen. Auch diese Behauptung ist unrichtig. Ich könnte gerade aus der Art der erfolgten Berichterstattung nachweisen, daß Bezirke mit Durchschnittswahlkreisen in der Berichterstattung geradezu mustergültig waren. Einige derartige Bezirksorganisationen haben bereits am 1. Juli, am Tage nach dem Abschluß, ihre Berichte an den Parteivorstand schicken können. Ich glaube also, daß sich unsere Einrichtung bewährt hat und daß auch Dittmann sich endlich beruhigen könnte. Nun hat Dittmann weiter als Argument geltend gemacht, unser Bericht erscheine zu spät, die Organisationen hätten nicht genug Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. (Sehr richtig!) Nein, der Bericht erscheint sieben Wochen vor dem Parteitag, er kann Anfang August unter allen Umständen durch die Presse den Genossen übermittelt werden. Wenn einige Organisationen auch schon vorher zum Parteitag Stellung genommen haben, so nimmt doch die große Masse erst nachher dazu Stellung, aber selbst wenn einige Organisationen den Bericht bei der Stellungnahme nicht in allen Einzelheiten vor sich haben, so haben die Delegierten doch wahrlich ausreichend Zeit, das Material gründlich zu prüfen und die Interessen und Wünsche ihrer Auftraggeber geltend zu machen. Es sind aber auch große praktische Bedenken gegen die Verlegung geltend zu machen. Ende März und Anfang April befinden sich unsere Organisationen meist in angestrengter Agitationsarbeit, die Parlamente tagen und verlanlassen unsere Organisationen sehr oft zu Aktionen, sie nehmen auch meist die Parteileitung sehr in Anspruch. Es bleibt dann nicht die genügende Ruhe und Zeit zum Abschluß der Geschäfte und zur rechtzeitigen Berichterstattung. Da ist es viel besser, wenn wir die Sommermonate nehmen, wo die Parlamente nicht tagen und die Agitationsarbeit der Partei nicht so groß ist wie im April. Dann möchte ich aber doch dringend bitten, nachdem fast alle Wahlkreisorganisationen, alle Landesorganisationen und vor allem auch die Parteigeschäfte sich den Bestimmungen unseres Organisationsstatuts angepaßt und das Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni eingerichtet haben, nun nicht schon wieder eine Aenderung herbeizuführen, denn sonst laufen wir Gefahr, daß die Beschlüsse des Parteitages, wenn sie so schwankend und so raschen Aenderungen unterworfen sind, nicht ernst genug genommen werden. (Sehr richtig!) Dittmann sagt freilich, es handle sich nur darum, daß der Parteitag den Wunsch ausspricht, daß sein Antrag bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts berücksichtigt wird. Ja, man weiß doch nicht, wann wir zur Revision kommen, ob in vier, fünf oder sechs Jahren, und da braucht doch wahrlich nicht der heutige Parteitag Wünsche zur Beschlußfassung zu bringen. Kommen wir zur Revision des Organisationsstatuts, dann werden alle Wünsche geprüft und allen Organisationen wird ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche darzulegen. Ich bitte also um Ablehnung des Antrages 16. . ." (S. 222 f.)

Antrag 11 ist zurückgezogen. Antrag 16 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 70 wird nicht genügend unterstützt. Den Antrag 14 begründet Davidsohn-Berlin:

„Er basiert auf einem Antrage, der schon in Leipzig verhandelt wurde. Die Wiederaufnahme dieses Antrages resultiert zum Teil aus den Vorgängen in Baden. Da es den Anschein hatte, als ob gewissen Genossen die Beschlüsse des Parteitages nicht mehr imponieren, waren die Berliner der Meinung, daß eine Möglichkeit geschaffen werden muß, durch die dem Parteivorstand es möglich ist, eine Urabstimmung in die Wege zu leiten. Der Antrag ist nicht so stürmisch, wie der in Leipzig behandelte. Wir wissen ja, daß der Parteivorstand die stürmischen Anträge nicht liebt. (Ebert: Stürmische Anträge?, was sind das für Anträge?) Man kann nicht sagen, daß eine Urabstimmung unmöglich ist, da sie ja von der Partei für ganz Deutschland gefordert wird. Bebel hat neulich das Wort gesprochen, daß nicht die Konsuln wachen sollen bei uns, sondern die Parteigenossen. Die Parteitagsdelegierten sind ja auch kleine Konsuln oder Auguren. Es wäre gut, wenn wir gegen gewisse Beschlüsse dieser Konsuln dem Parteivorstand die Möglichkeit der Urabstimmung geben würden." (S. 470.)

Ebert-Berlin:

„Der Antrag in Leipzig ist von der Kommission, die für die Abänderung des Organisationsstatuts eingesetzt war, sehr eingehend besprochen worden. Er hat allerdings gar keine Gegenliebe gefunden. Der Antrag verlangt, daß alle Parteitagsbeschlüsse auf Antrag von 40 Ortsvereinen einer Urabstimmung unterworfen werden können. Wir haben schon vergangenes Jahr geltend gemacht, daß der Antrag unmöglich ist. Er würde zur Folge haben, daß wichtige Parteitagsbeschlüsse, deren Durchführung sofort zu erfolgen hat, auf Verlangen von einigen Ortsvereinen etwa ein Vierteljahr in Quarantäne gelegt werden könnten. Daß das für die Partei nicht förderlich ist, liegt auf der Hand. Wir müssen die Möglichkeit der raschen Handlung haben. Auch die Motivierung, daß nur dadurch die Meinung der Parteigenossen zum Ausdruck gebracht werden könnte, ist nicht richtig. Wir haben es ja auf diesem Parteitage gesehen, daß die Versammlungen zahlreich besucht waren und daß das lebhafteste Interesse sich zeigte. Die Meinungen der Parteigenossen wurden klar zum Ausdruck gebracht. Die Annahme des Antrages wäre ein Fehler, eine Erschwerung, darum bitten wir, ihn abzulehnen." (S. 470 f.)

Antrag 14 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lagen folgende Anträge vor:

17. Köslin-Kolberg: „Der Parteitag wolle dahin wirken, die Parteibeiträge vorläufig nicht zu erhöhen."

19. Berlin I: Die der Partei und damit dem Parteivorstande aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erwachsenden Aufgaben machen eine Verstärkung der Parteileitung erforderlich. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Sekretäre zu vermehren."

20. Göppingen: „Falls die Kräfte des Parteivorstandes zur Bewältigung seiner Aufgaben nicht ausreichen, wolle der Parteitag eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes eintreten lassen."

21. Niederbarnim: „Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um drei Sekretäre zu verstärken."

22. Königsberg und Bremen: „Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um zwei Sekretäre zu verstärken."

64. Der Mansfelder Kreis: „Den Parteivorstand um zwei Mitglieder zu vermehren."

66. Düsseldorf: „Der Parteitag wolle beschließen, zur Förderung der sozialen Gesetzgebung eine ständige sozialpolitische Abteilung einzurichten, diese dem Parteivorstand anzugliedern und zu diesem Zwecke den Parteivorstand um einige Genossen zu erweitern."

73. Quarck und Genossen: „Der Parteitag beschließt:

1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen;

2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 21gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat."

Antrag 17 wird nicht genügend unterstützt. Den Geschäftsbericht Müllers, der auf die Frage der Verstärkung der Parteileitung eingeht, siehe (ebenso wie die meisten Debattereden) bei dem Artikel „Parteivorstand". Es heißt darin u. a.:

„. . . Schon bevor die Debatten über die Vermehrung der Sekretäre einsetzten, haben wir uns mit der Frage der Verstärkung des Parteivorstandes beschäftigt, und wären diese Anregungen nicht gekommen, so wären wir an den Parteitag herangetreten und hätten ihn gebeten, die Zahl der Sekretäre um einen zu vermehren. Nun ist aber gewünscht worden, daß der Parteivorstand um zwei Sekretäre vermehrt werde. Wir halten einen Sekretär für genügend, wenn aber die Mehrheit zwei für notwendig hält, so wird das durchaus kein Streitpunkt zwischen uns und dem Parteitag sein. . ." (S. 196.)

In der Debatte führte Düwell-Berlin aus:

„. . . Ich habe Anträge zu vertreten, die die Aktionskraft des Parteivorstandes stärken sollen. In seinem Bericht hat er bereits anerkannt, daß auch er eine solche Verstärkung für notwendig halte. Die Antragsteller wollen allerdings weitergehen, als Genosse Müller glaubte zugestehen zu sollen. Die Anträge sind aus der Erkenntnis erwachsen, daß mit der Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die Anforderungen an den Parteivorstand außerordentlich wachsen. Der erste Wahlkreis hat in seinem Antrag keine bestimmte Zahl genannt, weil man noch nicht weiß, ob die leitende Stelle, die durch den Tod des Genossen Singer frei geworden ist, in Zukunft amtlich oder ehrenamtlich besetzt werden wird. Der Antrag des Kreises Nieder-Barnim fordert die Anstellung von drei neuen Sekretären. Auch hier ist das Motiv gewesen, den Parteivorstand zu ergänzen und die Kräfte der vorhandenen Personen nach Möglichkeit zu schonen. Wir stehen vor einem Wahlkampf, bei dem die Klassengegensätze wie noch niemals aufeinanderprallen werden. Bei diesem Kampf hat der Parteivorstand große Aufgaben zu erfüllen, und mit der Beendigung des Kampfes hören die erweiterten Aufgaben nicht auf. Die Interessengegensätze, die bei dem Wahlkampf diesmal eine noch nie dagewesene Rolle spielen werden, werden auch nach dem Wahlkampf in einem Ansturm auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in die Erscheinung treten, und da sind an den Parteivorstand ganz außerordentliche Anforderungen zu stellen. Wenn man die Anträge rückschauend begründet, so muß man sagen, die Parteigenossen haben das Gefühl, daß, wenn der Vorstand in einer stärkeren Kopfzahl vorhanden gewesen wäre, vielleicht manche Differenzen, die im Laufe der Zeit erwachsen sind, nicht möglich gewesen wären; der Parteivorstand hätte dann ein wachsameres Auge auf die sich entwickelnden Differenzen und Meinungsverschiedenheiten haben und sie sicher oft schon im Keime ersticken können. Auch hat man hier und da das Gefühl gehabt, daß bei Bezirkstagen und sonstigen Veranstaltungen Mangel an Personen im Parteivorstand die erforderliche Vertretung nicht erlaubt hat. . . Wenn Müller bemerkte, der Parteivorstand würde auch zwei Sekretäre akzeptieren . . . (Bebel: Er muß annehmen, was beschlossen wird!) Nun, ich glaube, er würde es nicht unangenehm empfinden, wenn drei beschlossen würden. (Zuruf vom Parteivorstand: Warum nicht sechs?) Wenn der Parteivorstand es begründet, wird der Parteitag wohl auch sechs Sekretäre nicht ablehnen. Wir sind noch bescheiden und begnügen uns mit dreien. Bei dem Wachstum unserer Truppen müssen wir auch Generale haben, und deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie den Anträgen zu." (S. 213 f.)

Dr. Süßheim-Nürnberg:

Ich bitte, den Anträgen auf Vergrößerung des Parteivorstandes zuzustimmen. Ueber die Notwendigkeit einer Ergänzung des Vorstandes besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die Frage ist nur, um wieviel Mitglieder er verstärkt werden soll. Es muß dem Parteitag überlassen bleiben, ob er der Ansicht von Nieder-Barnim ist, daß drei neue Vorstandsmitglieder gewählt werden sollen, oder ob er, wie der Parteivorstand, nur ein neues Mitglied will. Unter den Delegierten dürfte Einstimmigkeit darüber be-

stehen, daß die Anträge Königsberg und Bremen auf Vermehrung um zwei Sekretäre durchaus das Mindeste sind, was bei den vermehrten und wachsenden Aufgaben der Partei gefordert werden muß.

Ich glaube, daß gerade die Genossen von Königsberg durchaus richtig die Bedürfnisse der Partei nach dieser Richtung erkannt haben, und bitte Sie, möglichst einmütig ihrem Antrag die Zustimmung zu geben. Die Notwendigkeit der fortwährenden Vermehrung der Sekretärstellen legt es nahe, sich auch mit der weitergehenden Frage zu befassen, ob nicht die Organisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission einer Neuregelung zu unterziehen ist. (Sehr richtig!) Schon jetzt ist in der Presse darüber geschrieben worden; es ist zu vermuten, daß darüber in den nächsten Monaten eine noch viel eingehendere Erörterung einsetzen wird. Die Aufgaben der Partei sind so groß geworden, daß die Frage der Neuorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eingehend zu prüfen ist. Ich schlage vor, eine Kommission zur Prüfung dieser Frage einzusetzen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat, ob und in welcher Richtung eine Neuorganisation am Platze ist. . ." (S. 222 f.)

Walther-Nürnberg:

„. . . Die Vermehrung der Mitglieder des Parteivorstandes ist notwendig. Ich kann mich aber nicht entschließen, über das hinauszugehen, was der Parteivorstand selbst verlangt, und ihm ein Viertel- oder halbes Dutzend neue Sekretäre aufzuhalsen. . ." (S. 227.)

Stubbe-Hamburg:

„. . . Sie werden sich erinnern, daß bereits im vorigen Jahre angeregt wurde, die Zahl der Parteisekretäre zu vermehren, nicht etwa deshalb, damit sie im Parteibureau unbeschäftigt sitzen, sondern weil die vermehrte Arbeit eine Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig macht. Oder will man vielleicht bestreiten, daß die Arbeit auf dem Bureau sich nicht vermehrt hat? Der Vorstand hat sich mit der Anstellung von Hilfskräften geholfen. Das halte ich nicht für richtig. Wir haben nicht ein kaufmännisches Bureau, sondern in unserem Bureau sind die Arbeiten für eine kämpfende Partei zu erledigen, die zuverlässige Genossen erfordern. Wenn ich auch gegen die Zuverlässigkeit der Hilfskräfte nichts sagen will, so ist es aber doch ein Unterschied, ob auf dem Bureau junge Hilfskräfte oder von uns gewählte Sekretäre vorhanden sind. Durch Vermehrung der Arbeit hat auch eine Teilung der Arbeit eintreten müssen, so daß ein Sekretär die Arbeit des anderen nicht mehr übersehen kann. Das Amt des Vorsitzenden ist bis jetzt ehrenamtlich verwaltet worden, und wir sind wohl alle überzeugt, daß die bisherigen Vorsitzenden ihr Möglichstes getan haben. Die Geschäfte sind aber so gewachsen, daß das Amt des Vorsitzenden ehrenamtlich nicht mehr ausgeführt werden kann. Es handelt sich nicht nur um die Leitung der Sitzungen, sondern einer der beiden Vorsitzenden muß die Fäden des ganzen Parteibetriebes in der Hand haben. Im Nebenamt ist das nicht möglich. Nicht mit Schreibwerk soll der Vorsitzende auf dem Bureau beschäftigt werden, sondern er muß leitende Person sein, die zur gegebenen Zeit auch anregend wirken kann. Zur Erledigung dieser inneren Verwaltungsangelegenheiten und Ergänzung des Vorstandes hätte der Parteivorstand sich mit den Bezirkssekretären in Verbindung setzen sollen; das wäre um so mehr seine Pflicht gewesen, als die Kontrollkommission geglaubt hat, für die ihr statutenmäßig zustehende Ergänzung des Parteivorstandes nicht sorgen zu sollen. Da wäre es doppelte Pflicht gewesen, mit den Parteisekretären diese Frage zu beraten und nicht, wie es geschieht, die Angelegenheit unvorbereitet an den Parteitag zu bringen. Das halte ich für einen großen Fehler, denn die Aktionsfähigkeit hängt von der richtigen Besetzung des Parteivorstandes ab. Es ist erfreulich, daß der Parteivorstand erklärt hat, sich gegen die Vermehrung der Sekretäre nicht wehren zu wollen, im vorigen Jahre hat er sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, trotzdem im vorigen Jahre die Verhältnisse schon ebenso lagen wie heute und die Sekretäre zu sehr belastet waren. Deshalb wäre es Pflicht gewesen, frühzeitig für die Vermehrung Sorge zu tragen, damit wir bei den kommenden Reichstagswahlen es nicht mit neuen, sondern mit eingearbeiteten Sekretären im Bureau zu tun haben. . ." (S. 232.)

Dr. Laufenberg-Hamburg:

„. . . Wir müssen alles tun, um den Parteivorstand wieder aktionsfähiger zu machen. Darum stimme ich der Anregung Süßheims zu, zunächst eine

Revisionskommission einzusetzen, die eventuell dem nächsten Parteitag Vorlagen macht. Ferner muß der Parteivorstand um mindestens zwei Sekretäre verstärkt werden. Auch einen besoldeten zweiten Vorsitzenden halte ich für notwendig. Wie immer die nächsten Wahlen ausfallen, auf jeden Fall wird die Partei in einer kritischen politischen Situation stehen. Darum müssen wir dafür sorgen, daß die Partei in diesem Augenblick schlagfertig ist. Schlagfertigkeit der Partei aber ist in erster Linie Schlagfertigkeit des Parteivorstandes. (Beifall.)" (S. 236.)

Adolf Hoffmann:

„... Notwendig ist eine Vermehrung des Parteivorstandes. Ein fest angestellter Vorsitzender würde ein Hemmnis werden. Er würde den weiten Blick für die politischen Fragen und Aktionen verlieren, wenn er mit Geschäften zu sehr überlastet wird. Die Mehrheit im Parteivorstande dürfen nicht die besoldeten Mitglieder haben. Wir müssen zur Erledigung der Frage der Reorganisation des Parteivorstandes die vorgeschlagene Kommission wählen. Das ist das wichtigste neben der Frage der Vermehrung des Parteivorstandes." (S. 243.)

Müller (Schlußwort):

„... Zu Stubbes Ausführungen über die Hilfsarbeiter bemerke ich, daß selbstverständlich nicht die Rede davon sein kann, irgendwelche verantwortungsvolle Arbeit von Hilfsarbeitern erledigen zu lassen. Es handelt sich da nur um mechanische und Rechnungsarbeiten, und man wird doch nicht zu dem Zustand vor zehn Jahren zurückkehren wollen, als die Vorstandsmitglieder selbst die Kuverts zu kleben hatten. Ferner wurde gesagt, der Vorstand sei bei verschiedenen Konferenzen nicht vertreten gewesen. Mir ist nur eine bekannt, bei der dies der Fall war, und da war das bereits delegierte Mitglied durch Krankheit in seiner Familie verhindert worden.

Zu dem Antrag 73, Quarck-Auer, der inzwischen hier verteilt wurde, habe ich mich in meinem einleitenden Referat, soweit er die Anstellung zweier neuer Parteisekretäre fordert, schon geäußert. Der ganze Antrag ist unter Mitwirkung des Parteivorstandes festgestellt, und es ist deshalb selbstverständlich, daß wir ihn akzeptieren. Wir sind gern bereit, die Frage der Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission in einer Kommission eingehend zu prüfen. Es kann in ihr dann eingehend die Frage der Notwendigkeit des besoldeten Vorsitzenden geprüft werden. Daß wir uns jetzt darauf festlegen, halte ich für falsch, weil dadurch auch die Zahl der Persönlichkeiten beschränkt würde. Es ist sehr wohl möglich, daß es geeignete Genossen für den Posten des ersten Vorsitzenden gibt, die nicht in der Lage sind, auf dem Bureau arbeiten zu können oder zu wollen. Wir hatten ja auch bisher nicht einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden, sondern einfach zwei Vorsitzende, und es kann doch nicht so gedacht sein, daß etwa der besoldete Vorsitzende der eigentlich präsidierende ist und der andere sozusagen in die Ecke gestellt wird. Der Vorstand ist bisher ein Kollegium gewesen, in dem die Entscheidungen kollegial gefällt wurden, und der Vorsitzende hat keineswegs als „Chefredakteur" gewirkt. Alle diese Fragen können, wie gesagt, in der Kommission geprüft werden. Das Bedenken, daß in dieser Woche ein geeigneter Vorsitzender nicht gefunden werden könnte, kann ich nicht teilen. Das wäre in einer Dreimillionenpartei noch schöner. ..." (S. 269.)

Antrag 73 wird angenommen. Dadurch sind die Anträge 19, 20, 21, 22, 64, 66 erledigt.

Vorsitzender Dietz:

„Ich bin ersucht worden, hier festzustellen, daß die Beratungen dieser einundzwanziggliedrigen Kommission sich auch darauf zu erstrecken haben, daß sie, falls sich dies als notwendig erweist, auch das Organisationsstatut zu prüfen hat." (S. 270.)

Im weiteren Verlaufe des Parteitages teilt der Vorsitzende Dietz mit:

„Für die Einundzwanziger-Kommission sind seitens der Landsmannschaften im ganzen 21 Genossen vorgeschlagen. Die Hoffnung, daß weitere nicht vor-

geschlagen werden, hat sich nicht erfüllt, indem Westfalen für sich ein besonderes Mitglied für diese Kommission beantragt und der Liste der Landsmannschaften noch den Namen Max König-Dortmund hinzugefügt hat. Es wäre aber auch denkbar, daß der Parteitag statt einer 21gliedrigen eine 22gliedrige Kommission wählt. Dann würden alle Differenzen ausgeglichen sein." (S. 374.)

Lipinski-Leipzig beantragt, auch dem Industriegebiet Westfalen eine besondere Vertretung in der Kommission zu gewähren und deren Mitgliederzahl auf 22 zu erhöhen. Diesem Antrag wird zugestimmt. Auf Antrag von Bebel wird nunmehr die 22er-Kommission per Akklamation gewählt. Sie besteht aus: E. Ernst-Berlin (Berlin), Otto Wels-Berlin (Brandenburg), Dr. Gottschalk-Königsberg (östliche Provinzen), Franz Feldmann-Langenbielau (Schlesien), Dittmann-Solingen (Ober- und Niederrhein), Leinert-Hannover (Hannover), Hoch-Hanau (Frankfurt a. M. und Kassel), Bartels-Altona (Holstein), Stubbe-Hamburg (Hamburg), Hennig-Halle (Sachsen), Simon-Nürnberg (Bayern), Auer-München (Bayern), Frank-Mannheim (Baden), K. Sindermann-Dresden (Sachsen), Lipinski-Leipzig (Sachsen), Hildenbrand-Stuttgart (Württemberg), Reißhaus-Erfurt (Thüringische Staaten), Haverkamp-Bremerhaven (Bremen und Oldenburg), Ulrich-Offenbach (Hessen), Böhle-Straßburg (Elsaß-Lothringen), König-Dortmund (Westfalen), Käte Duncker-Stuttgart (Frauen).

Den Antrag 78 (siehe den Artikel „Frauenorganisation") begründet Klara Zetkin:

„Ich bitte Sie dringend um Annahme des Antrages. Er kondensiert die Wünsche, die in unserer Frauenkonferenz laut geworden sind. Er ist auch der Ausdruck meiner persönlichen Ueberzeugung, in der ich jedesmal bekräftigt worden bin, wenn ich zur Agitation ins Land hinausging. Unsere Parteisekretäre sind zweifellos sehr überlastet. Ihre Arbeit ist von außerordentlicher Bedeutung für die Ausdehnung und Kräftigung der Organisation und den Geist, der in ihr lebendig ist. Es sind nicht mehr die Zeiten, da die Parteisekretäre ihres Amtes mit der Hilfe von zwei, drei Notizbüchern walten konnten. Nein, jetzt müssen sie eine ausgedehnte bureaukratische Arbeit leisten. Sie sind mit agitatorischen und organisatorischen Aufgaben überlastet, müssen die Beziehungen mit der Genossenschaftsbewegung pflegen, Jugendbewegung, Frauenbewegung, Bildungsbewegung fördern, diese drei Zweige unseres Parteilebens, die von steigender Wichtigkeit werden. Alle Fäden der Parteiarbeit eines Bezirkes laufen in den Händen der Sekretäre zusammen. Infolgedessen sind unsere Parteisekretäre nicht bloß viel und vielseitig beschäftigt, sie sind überbürdete Funktionäre. Das muß natürlich verhängnisvolle Folgen haben.

Die Kraft unserer tüchtigsten Genossen wird aufgerieben, ehe sie die Möglichkeit hatten, zur vollen Entfaltung ihrer Begabung zu kommen und das Maximum ihrer Leistungsfähigkeit im Dienste der Partei zu erweisen. Hinter den kleinen und oft kleinlichen Tagesgeschäften muß das Recht und die Pflicht zur Weiterbildung oft ganz zurücktreten. Und doch tut gerade diese bitter not, wenn die Sekretäre ihren Posten nicht bloß ausfüllen, sondern dem Interesse der Sozialdemokratie im höchsten Sinne nutzbar machen wollen. Wie ist es möglich, daß das Parteisekretariat zum Mittelpunkt des politischen, des geistigen Klassenlebens der Proletarier eines Bezirks wird, wenn der Sekretär außerstande ist, die neuauftauchenden Erscheinungen und Streitfragen beurteilen zu können, beraten von reichen Kenntnissen und einer gründlichen theoretischen Durchbildung? Zu der Belastung mit Berufsarbeit gesellt sich noch für manche Parteisekretäre — kinderreiche Familienväter — der Zwang zu schriftstellerischem Nebenverdienst. Eine Besserstellung unserer Sekretäre, die ihnen Muße und Frische zur regsten Anteilnahme am geistigen Leben der Partei sichert, würde manchen unerquicklichen Zügen in unseren Reihen vorbeugen. (Sehr richtig!) Dies sind die Erwägungen, die dafür maßgebend waren, daß der Antrag eingebracht wurde. Die Besoldung unserer Parteisekretäre entspricht nicht den Teuerungspreisen, steht auch in keinem Verhältnis zu den vielerlei verantwortungsreichen Aufgaben, die sie zu er-

füllen haben. Warum sind die Parteisekretäre selbst nicht schon längst vor uns hingetreten und haben Besserstellung und Entlastung gefordert? Es ist schwer, in eigener Sache etwas zu verlangen. Ich habe weder die Absicht noch die Aussicht, je Parteisekretär zu werden. Ich habe auch keine Töchter und kann alle Eide schwören, daß ich es nie zur Schwiegermutter eines Parteisekretärs bringen werde. (Große Heiterkeit.) Es ist lediglich das Interesse der Partei, das mich veranlaßt, für unsere Beauftragten einzutreten. Mit der Kraft unserer Parteisekretäre wird Raubbau getrieben. Das will niemand von uns, und das schädigt die Zukunft unserer Bewegung. Darum müssen wir fordern: eine materielle Besserstellung der Parteisekretäre, eine bessere bureautechnische Organisation der Parteisekretäre, die Anstellung weiterer Kräfte in ihnen...." (S. 403 f.)

Die weitere Behandlung und Annahme des Antrages siehe gleichfalls bei dem Artikel „Frauenorganisation".

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** wird berichtet:

„Die vom Parteitag in Jena gewählte Kommission zur Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission hat am 13. und 14. Mai in Berlin mit uns getagt. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist in Form eines Entwurfes zur Aenderung des Organisationsstatuts in der Parteipresse veröffentlich worden." (S. 13.)

Diese Vorlage ist auf den Seiten 154—158 des Protokolls wiedergegeben. Im folgenden sind die darin enthaltenen Aenderungen gegen das seit 1909 bestehende Statut **fett gedruckt:**

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. **Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pfg. oder wöchentlich 10 Pfg., und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pfg. oder wöchentlich 5 Pfg....**

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

2. **Eine Vertretung der Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl.**
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, **des Parteiausschusses** und der Kontrollkommission ...

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit **dem Parteiausschuß** den Ort zu bestimmen ...

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. **auf einstimmigen Beschluß des Parteiausschusses...**

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, **unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern.** Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten ...

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch **den Parteiausschuß...**

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat **der Parteiausschuß** eine Ersatzwahl vorzunehmen ...

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand, **der Parteiausschuß** oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande, **dem Parteiausschuß** oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, **des Parteiausschusses,** der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen ...

§ 19 ...

Anm.: **Jetziger Absatz 3 des § 19 fällt weg.**

Parteiausschuß.

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus 32 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Die Mitglieder sind den einzelnen Landesteilen zu entnehmen. Zu diesem Zwecke beschließt der Parteitag eine Wahlbezirkseinteilung und eine Wahlordnung. Die Wahlkreisorganisationen eines jeden Wahlbezirkes bilden einen Wahlkörper, der berechtigt ist, für seinen Bezirk einen Wahlvorschlag zu machen.

§ 21. Der Parteiausschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, sowie über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages und die Bestellung der Referenten.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Wenn notwendig, sind auch außerordentliche Sitzungen einzuberufen. Das muß geschehen, wenn ein Drittel der Ausschußmitglieder unter Angabe der Gründe es beantragen. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Der Parteitag wählt eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern, die die Verwaltung des Parteivorstandes kontrolliert und über Beschwerden entscheidet, die gegen den Parteivorstand aus seiner Tätigkeit nach §§ 17 und 19 des Statuts erhoben werden ...

§ 25 ...

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden **der Parteiausschuß,** der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§§ 26—29 unverändert (früher §§ 23—26).

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, **gegen den Parteiausschuß,** gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§§ 31 und 32 unverändert (früher §§ 28 und 29).

§ 33. Die neuen Bestimmungen dieses Statuts treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wahlordnung.

Den Wahlmodus, nach welchem die dem Parteitag für den Parteiausschuß vorzuschlagenden Genossen gewählt werden, bestimmen die Bezirks- bezw. Landesvorstände im Einverständnis mit den Wahlkreisorganisationen ihres Bezirks. Sie leiten auch die Wahl.

Können sich mehrere Agitationsbezirke, die zu einem Wahlbezirk gehören, nicht über einen einheitlichen Wahlmodus einigen, so entscheidet der Parteivorstand über den Wahlmodus dieses Bezirks.

Die Wahlbezirke, die mehr als ein Mitglied zu wählen haben, sollen möglichst auch eine Genossin als Mitglied wählen.

Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand vor dem Parteitag schriftlich mitzuteilen.

Nach § 20 des Organisationsstatuts werden Wahlkörper gebildet wie folgt:

Es wählen die Agitationsbezirke:

Ostpreußen und Westpreußen	1	Mitglied
Pommern und Posen	1	"
Groß Berlin	3	"
Brandenburg	1	"
Breslau, Kattowitz, Görlitz und Langenbielau	1	"
Magdeburg	1	"
Halle	1	"
Erfurt und Kassel	1	"
Frankfurt	1	"
Thüringen I und II, Altenburg, Gotha, Meiningen	1	"
Schleswig-Holstein	1	"
Hannover	1	"
Oestl. und Westl. Westfalen	1	"
Oberrhein und Saargebiet	1	"
Niederrhein	1	"
Südbayern	1	"
Nordbayern	1	"
Pfalz	1	"
Dresden	1	"
Leipzig	1	"
Chemnitz und Zwickau	1	"
Württemberg	1	"
Baden	1	"
Hessen	1	"
Mecklenburg und Lübeck	1	"
Braunschweig und Anhalt	1	"
Nordwest und Oldenburg	1	"
Hamburg	2	"
Elsaß Lothringen	1	"
	32	Mitgl.

Als Anhang gibt das Protokoll auf S. 520—524 folgende

Vorlage betr. Aenderung des Organisationsstatuts:

Nach den Beschlüssen der Organisationskommission vom 12. bis 14. September 1912.

§§ 1—5 unverändert.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich durch Vermittelung der Bezirks- und Landesvorstände bis zum 15. Mai dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstand überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 Mitglieder vier und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinander folgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Parteiausschuß.

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

§ 21. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von 9 Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 26. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 27. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 29. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 26 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 27 und 28 zu.

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§§ 31 und 32 unverändert (früher §§ 28 und 29).

§ 33. Die neuen Bestimmungen dieses Statuts treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Unter den im Folgenden mitgeteilten Anträgen befinden sich nicht diejenigen, die sich auf den Parteiausschuß, den Parteitag und den Parteivorstand beziehen.

14. Nürnberg: „Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pfg. oder wöchentlich 10 Pfg. und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pfg. oder wöchentlich 5 Pfg.", ist zu streichen und die Festsetzung der Beitragshöhe den einzelnen Bezirksverbänden und Landesorganisationen, wie bisher, zu überlassen.

15. Berlin IV, VI, München, Ludwigshafen, Striegau, Darmstadt, Minden, Altona, Langenbielau, Hof, Bremerhaven und 19. hannoverscher Wahlkreis, Lübeck, Braunschweig, Würzburg-Heidingsfeld, III. und IV. pfälzischer Wahlkeis beantragen die Ablehnung der Beitragserhöhung.

16. Breslau-Land, Ohlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau, Neisse, Brieg, Namslau, Rostock, Arnstadt, Jena, Minden, Königsberg i. Pr., Oels-Wartenberg, Neustadt beantragen eine längere Uebergangszeit für die Beitragserhöhung.

17. Leipzig-Stadt und Land: In § 5 des Entwurfs die Worte „monatlich 40 Pfg. oder" und die Worte „monatlich 20 Pfg. oder" zu streichen.

19. Jüterborg: Ueber jede Beitragserhöhung ist eine Urabstimmung vorzunehmen.

20. Genosse Hägele-Aalen: Der Monatsbeitrag beträgt im Minimum 10 Prozent der ortsüblichen Durchschnittstagelöhne für männliche und weibliche Mitglieder. Bei Beiträgen von 35 Pfg. und höher sind Wochenbeiträge einzuführen. Eine Reduzierung der jetzt erhobenen Beiträge findet nicht statt.

21. Düsseldorf: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und den Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pfg. oder wöchentlich 10 Pfg. und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pfg. oder wöchentlich 5 Pfg. Mindestens 20 Prozent der Beiträge, die als Mindestleistung festgelegt worden sind, sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Vorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen einen über 80 Prozent dieser Einnahme hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

22. Duisburg: Der Parteitag wolle für ganz Deutschland einen Einheitsbeitrag in Höhe von mindestens 40 Pfg. pro Monat festlegen. Die Kreisorganisationen sind verpflichtet, von diesem Satz den Pflichtbeitrag an den Parteivorstand zu entrichten.

23. Hartmannsdorf: Die progressive Beitragsleistung einzuführen.

24. Nieder-Barnim: In § 5 der Vorlage zum neuen Organisationsstatut, sechste Zeile hinter „5 Pfg." ist einzufügen: „in Kreisen, wo sehr niedrige Löhne gezahlt werden, sind zunächst Ausnahmen zulässig. Doch dürfen die Beiträge nicht geringer sein, als im bisherigen Organisationsstatut angegeben."

25. Kassel: Im § 5 des Organisationsstatuts den Sätzen 1 und 2 folgende Fassung zu geben:

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der Mindstebeitrag beträgt für männliche Mitglieder wöchentlich 10 Pfg., für weibliche Mitglieder wöchentlich 5 Pfg.

26. Groß-Kiel und Hamburg I: Ist für die Festsetzung eines Mindestbeitrages von 40 Pfg. monatlich eventuell wöchentlich 10 Pfg. für männliche Mitglieder, lehnt aber die Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder ab, weil dadurch eine einseitige Belastung der verheirateten Mitglieder herbeigeführt wird, denn die Mehrzahl der weiblichen Parteimitglieder sind Frauen und Töchter der verheirateten Genossen.

27. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Bremen: § 6 wie folgt zu ändern: Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. April bis 31. März.

54. Königsberg: Zur Begutachtung wichtiger, die Gesamtpartei berührender Fragen hat der Parteivorstand Konferenzen von Vertretern der Bezirks- oder Landesvorstände, und zwar in der Regel alle Vierteljahre, zu veranstalten. Auch auf Antrag von mindestens 10 Bezirks- oder Landesvorständen sind solche Konferenzen vom Parteivorstand oder, bei dessen Weigerung, von den Antragstellern einzuberufen.

55. Braunschweig: Die vorgeschlagene Streichung des bisherigen § 19, Absatz 3, des Statuts abzulehnen und die Konferenzen der Bezirksvorstände beizubehalten.

56. Freiburg i. Br.: Der Parteivorstand wird beauftragt, von dem ihm nach § 19, Absatz 3, des Organisationsstatuts zustehenden Recht häufiger als bisher Gebrauch zu machen und bei allen wichtigen Fragen die Landes- bezw. Bezirksvorsitzenden zu gemeinsamer Sitzung zusammenzurufen.

57. Oldenburg: Dem Vorstande aufzugeben, die in § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen der Landes- resp. Bezirksvorstände zur Beratung von wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik des öfteren einzuberufen.

58. Leipzig: Der Absatz 3 von § 19 des jetzigen Organisationsstatuts ist auch in Zukunft beizubehalten.

69. Nieder-Barnim: Ausdehnung der Rechte der Kontrollkommission und Beibehaltung der im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen.

70. Königsberg i. Pr.: Eine Kontrollkommission von 13 Mitgliedern.

71. Halle a. S.: Die Rechte der Kontrollkommission dürfen nicht beschränkt werden.

72. Leipzig: Die Kontrollkommission zu erweitern und ihr politische Funktionen zuzuweisen.

73. Wanzleben: § 23 soll lauten: Die Kontrollkommission wird aus der Mitte des Parteiausschusses gewählt.

74. Nieder-Barnim: Der jetzige § 23, Absatz 2, ist wie folgt zu ergänzen: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation oder eine von dieser eingesetzte Schiedsgerichtskommission."

75. Nürnberg: Die Kontrollkommission besteht aus 15 Mitgliedern. Die Wahl derselben findet auf dem Parteitag statt, wobei die einzelnen Bezirke zu berücksichtigen sind. Die Kontrollkommission hat die geschäftliche und politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu überwachen und über Beschwerden gegen den Parteivorstand zu entscheiden.

76. Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Dem § 23 soll als vierter Absatz hinzugefügt werden: „Entzieht sich ein Angeschuldigter einem gegen ihn einzuleitenden Schiedsgerichtsverfahren durch seinen Austritt aus der Parteiorganisation, so kann gegen den Austretenden das Nichtwiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden."

77. Elberfeld-Barmen: Hinter § 24, Absatz 2 ist als Absatz 3 einzufügen: „Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung zu dem festgesetzten Termin nicht, so haben die Instanzen das Recht, ohne dessen Anwesenheit zu beschließen."

In dem jetzigen Absatz 3 des § 24 ist der Schluß von „ernennen" ab so zu gestalten: „so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes". Als Absatz 5 ist neu einzufügen: „Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor einem Schiedsgericht verhandeln zu lassen und die erforderlichen Maßnahmen dazu zu treffen."

78. Elberfeld-Barmen: In § 26 ist Absatz 3 wie folgt zu fassen: „Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungs- und Beschlußkommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gelangt die Kommission zu einem sachlichen Beschluß, so steht den Beteiligten das Einspruchsrecht gegen diesen Beschluß nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu."

82. Düsseldorf: 1. In besoldete Parteiämter können nur Genossen gewählt oder angestellt werden, welche fünf Jahre der Partei angehören.

2. Es ist eine Institution oder Ausschuß zu schaffen, der die Gehälter von denjenigen Genossen regelt, die ein Reichstagsmandat oder Landtagsmandat haben und sonst noch im Partei- und Gewerkschaftsleben angestellt sind.

83. Genosse Kolb-Würzburg: Neuabgrenzung der Agitationsbezirke. Der weitere Fortschritt der ökonomischen Entwicklung, das rapide Wachstum der Bevölkerung in bestimmten Gegenden schafft stark überlastende, auch räumlich zu groß ausgedehnte Agitationsbezirke. Die starke Ausdehnung der Partei bringt diversen Bezirkssekretären zu viel Arbeit, wodurch deren Ueberblick leidet, aber durch eine bessere Arbeitsteilung die Arbeit in den einzelnen Kreisen intensiver betrieben werden kann. Verschiedene Bezirke gehören geteilt oder Teile mit anderen zusammengelegt. Analog meines Artikels, „Soz. Monatshefte", Nr. 15, schlage statt der jetzigen 45 nun 55 Agitationsbezirke vor, die mehr ausgeglichen sind in der Kopfzahl, auch diverse wirtschaftliche Gebiete zusammenfassen.

142, 1. Sechs Genossen in Solingen: „Dem Parteitag eine anderweitige Regelung der Parteibeiträge vorzulegen, welche eine progressive Steigerung je nach dem Einkommen vorsieht (Selbsteinschätzungspflicht). Die Beiträge sollen ferner so gestellt werden, daß es auch dem wirtschaftlich ungünstig gestellten Genossen möglich ist, Mitglied der Partei zu sein."

166. Berlin IV: Die Rechte der Kontrollkommission sind zu erweitern, um ihr mehr Initiativrechte zu gewähren.

167. Berlin IV: Die Bezirkskonferenzen sind beizubehalten, eventuell weiter auszubauen.

168, 1. 7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Die Generalversammlung erklärt zu der vorgeschlagenen Aenderung des Organisationsstatuts: Mit dem Mindestbeitrag von monatlich 40 Pfg. für männliche Mitglieder ist sie einverstanden, lehnt aber eine obligatorische Erhöhung des Mindestbeitrages für weibliche Mitglieder ab.

169, 1. Lennep-Remscheid-Mettmann: § 26, Absatz 2 „Schlichtungskommission":

„Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungs- und Beschlußkommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gelangt die Kommission zu einem sachlichen Beschluß, so steht den Beteiligten das Einspruchsrecht gegen diesen Beschluß nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu."

180. Hannover: Der Monatsbeitrag der weiblichen Mitglieder bleibt auf 15 Pfg. bestehen.

182. Hannover: Jeder Wahlkreis hat seine Beiträge selbst zu regeln.

207. Resolution Lipinski: Der Parteitag hält es für dringend erforderlich, daß die zurzeit geltende Abgrenzung der Bezirke einer Revision unterzogen wird, und er beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiausschuß sich mit den beteiligten Bezirken ins Einvernehmen zu setzen und das Ergebnis dem nächsten Parteitag mitzuteilen.

Müller gibt den Bericht der Reorganisationskommission:

„Sie haben die Vorlage zur Hand. Die Aenderungen gegenüber dem bisherigen Zustand sind durch Fettdruck hervorgehoben. Ich kann mich kurz fassen, weil ein einmütiges Votum der Kommission vorliegt. Die Kommission hat am Sonnabend bei der dritten Lesung der Vorlage sich einmütig auf die Fassung geeinigt, die jetzt vorliegt. Eine Ausnahme davon machte nur die Bestimmung, die von der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag handelt. Es ist selbstverständlich, daß, wenn bei anderen Paragraphen ein einmütiges Votum zustandekam, dabei die einen wie die anderen einzelne Bedenken und Wünsche zurückgestellt haben, um eben das einmütige Votum herbeizuführen und damit einen Zustand zu schaffen, wie wir ihn bei früheren Beratungen des Organisationsstatuts gehabt haben. Solche Aenderungen in der Verfassung der Partei haben ja nur dann Wert, wenn die Partei einmütig oder doch wenigstens mit übergroßer Mehrheit auf dem Boden einer solchen Vorlage steht. (Sehr richtig!)

An den Paragraphen 1—5 des Organisationsstatuts sind Aenderungen nicht vorgenommen worden. In der Debatte draußen im Lande hat es eine große Rolle gespielt, daß in der Fassung erster Lesung eine Erhöhung des Mindestbeitrages vorgesehen war. Die Kommission hatte sich dabei auf den Boden der Resolution 265 des Leipziger Parteitages gestellt, wonach so bald wie möglich überall ein Wochenbeitrag von 10 Pf. für männliche Mitglieder zur Einführung gebracht werden sollte. Die Kommission hält auch heute noch daran fest, daß, trotzdem § 5 unverändert angenommen werden soll, diese Resolution 265 mit ihrem „so bald als möglich" weiter in Geltung bleibt, aber sie hat in ihrer dritten Lesung die Erhöhung des Mindestbeitrages gestrichen, weil sie sich sagte, daß zurzeit mit Rücksicht auf die ganz außerordentlichen Teuerungsverhältnisse diese Erhöhung des Mindestbeitrages nicht in das Statut aufgenommen werden solle. Damit sind wohl sehr wesentliche Bedenken beseitigt, die von einem großen Teil Parteigenossen gegen die ursprüngliche Vorlage vorgebracht worden sind.

Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß nach § 6 nun das Geschäftsjahr vom 1. April bis 31. März laufen soll. Ich erspare mir jede Begründung, weil damit ein alter Wunsch erfüllt worden ist, der uns auf vielen Parteitagen beschäftigt hat.

. . . In bezug auf das Ausschlußverfahren hat sich die Kommission in der Hauptsache auf den Boden der Vorschläge gestellt, die von Elberfeld vorlagen. Es ist in Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß, wenn in einer Sache mehrere Angeschuldigte vorhanden sind, der Parteivorstand die Sache vor ein Schiedsgericht bringen kann. Es soll ferner vorgebeugt werden, daß sich Angeschuldigte drücken können, und es ist weiter dafür gesorgt, daß in Zukunft dort, wo Untersuchungskommissionen eingesetzt werden, auch gegen deren Entscheidung die Berufung möglich ist.

. . . Die Kontrollkommission hat ihre alten Befugnisse behalten, sogar der alte Wortlaut ist dafür übernommen worden. Die Fassung der ersten Lesung, die mißverstanden worden ist, sagte sachlich übrigens dasselbe. Der Hinweis auf § 19 schloß das in sich. Wenn es dort hieß: „der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte", so waren damit natürlich auch die politischen Aufgaben des Parteivorstandes gemeint. Bei einer anderen Auffassung mußte man zu dem Schluß kommen, daß der Parteivorstand früher überhaupt keine politischen Funktionen gehabt hätte. Wir haben jetzt deutlicher gesagt „die Geschäfte der Partei" statt Parteigeschäfte, so daß jetzt jede Verwechselung ausgeschlossen ist. In bezug auf die Kontrollkommission ist die einzige Aenderung erfolgt, daß in Zukunft, wenn eine Ersatzwahl für den Parteivorstand während der Dauer des Jahres notwendig wird, diese Ersatzwahl von der Kommission nach Anhörung des Parteiausschusses und Parteivorstandes erfolgen soll. Das ist eine Konsequenz der Beschlüsse in bezug auf Vorstand und Ausschuß.

. . . Aus diesen Gründen hat die zur Beratung der Organisationsreform eingesetzte Kommission beschlossen, dem Parteitag die Enbloc-Annahme ihrer Anträge vorzuschlagen. An Ihnen liegt es nun, das Werk, das in der Kommission nach langen Debatten und heißem Bemühen durch einen einmütigen Beschluß zustandegekommen ist, zu krönen, zum Nutzen der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafter anhaltender Beifall.)" (S. 296 ff.)

Die Anträge 180 und 182 sind zurückgezogen.

Lipinski-Leipzig:

„. . . Bei der Reorganisation sind eine Reihe von Wünschen nicht berücksichtigt worden. Das eine ist, daß der Beitrag nicht einheitlich bemessen worden ist. Aber nachdem der Referent auf die in Leipzig gefaßte Resolution, die die Einführung des 10-Pfg.-Wochenbeitrages den Kreisorganisationen empfiehlt, mit Nachdruck hingewiesen hat, bescheide ich mich. Die Teuerung, die als Folge der ganzen Zollpolitik erscheint, wird in Kürze die Notwendigkeit einer erhöhten Agitation und einer noch intensiveren Aufklärung zeigen. Und dazu bedürfen wir auch der Geldmittel. Aus diesem Grunde wird es notwendig sein, daß auch die Finanzen der Partei besser fundiert werden. Der Anregung, die der Referent gegeben hat, wünsche ich besten Erfolg, damit die Parteigenossenschaft bald auf bessere Finanzen zurückblicken kann. . . ." (S. 301.)

„. . . Ich komme zu dem Schluß: Lehnen Sie alle Anträge ab. Ich habe auch auf dem Leipziger Parteitag eine Reihe von Wünschen zurückstellen müssen, die mir sehr am Herzen lagen. Ich bitte Sie, für die Fragen, die spruchreif sind, das gleiche zu tun und ein einheitliches Votum des Parteitages herbeizuführen und dazu beizutragen, daß die Fragen, die noch nicht geklärt sind, weiterberaten werden sollen. (Beifall.)" (S. 304.)

Ledebour:

„Es ist bemängelt worden, daß überhaupt noch Anträge gestellt worden sind, nachdem die Kommission die Enbloc-Annahme des Entwurfs empfohlen hat. Man hat es als eine Art Nichtachtung der Kommission ausgegeben, wenn der Parteitag diesem Wunsch nicht Rechnung tragen sollte, oder wenn einzelne Delegierte Anträge einreichen würden. Das zeugt von einer irrigen Auffassung der Aufgaben einer Kommission. Eine Kommission ersetzt nicht die Selbsttätigkeit und das Beschlußrecht ihrer Auftraggeber, sondern sie hat nur vorzubereiten. Der Wert einer Kommission, selbst wenn sie sich schließlich in wesentlichen Punkten in Widerspruch setzt zu den Anschauungen der Majorität ihrer Auftraggeber, liegt aber immer darin, daß sie über eine ganze Anzahl Punkte Klarheit schafft, die Differenzen beseitigt und es dem Plenum nachher ermöglicht, unter Akzeptierung der in dieser Beziehung gemachten Vorschläge bei der endgültigen Beschlußfassung sich auf wesentliche Punkte zu konzentrieren. . . ." (S. 306.)

Stadthagen:

„. . . Der Grund, weshalb ich mich gemeldet habe, ist der, um darauf hinzuweisen, daß wir auf die Dauer unmöglich ein Statut beibehalten können, das es ermöglicht, dem Grundsatz des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, für das wir eintreten, ins Gesicht zu schlagen. Nach § 20 soll ein Parteiausschuß aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände eingesetzt werden. Aber wie die Bezirks- und Landesvorstände aussehen sollen, davon steht nichts da. Die große Mehrheit wird es für selbstverständlich halten, daß die Vorstände gewählt werden durch ein Wahlverfahren, bei dem die einzelnen Genossen in den einzelnen Bezirken wenigstens annähernd gleiches Recht haben. Tatsächlich haben wir aber eine Reihe von Bezirks- oder Landesorganisationen, wo das nicht der Fall ist. Die ersten Paragraphen des Statuts erklären nur, daß die Landesstatuten mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen, sie geben aber nicht an, wie sie aufgebaut sein sollen. Ist es nun auch nicht absolut möglich, das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Wahl der Landesversammlungen und Vorstände einzuführen, so können wir doch nicht blinden Auges daran vorübergehen, daß wir Organisationen haben, deren Statuten sich solchen an die Seite stellen können, denen alle Schlechtigkeiten eines Pluralwahlrechtes anhaften. Ich greife da Württemberg heraus, und zwar absichtlich, weil ich glaube, ein großer Teil der Streitigkeiten in diesem Lande rührt von dem ungleichen Wahlrecht her, das für die Bildung der dortigen Landesversammlung maßgebend ist. Dort haben 17,000 Genossen in einer Großstadt 90 Delegierte zu wählen, 5000 Genossen in kleinen Orten dagegen 224. Also der Genosse an einem kleinen Ort hat ungefähr neunmal soviel Recht, wie der an dem großen Ort. In Kannstatt haben 1213 organisierte Genossen 7 Delegierte zu wählen, aber 86 kleine Orte mit 1172 Genossen können [illegible] Delegierte wählen, mit anderen Worten: der einzelne Genosse am kleinen Ort hat hier zwölfmal soviel Recht, wie der in Kannstatt. Das ist ein Pluralwahlrecht, so schlimm, wie wir es sonst im politischen Leben nicht haben. In Stuttgart haben 9000 Organisierte 12 Delegierte, aber 521 Organisierte aus kleinen Orten haben 44 Delegierte zu

wählen. Hier hat also der einzelne Genosse aus einem kleinen Ort ein achtzehnmal so großes Recht wie der aus Stuttgart. Daß das zu Unzuträglichkeiten führen muß, ist klar. Leider ist es nicht möglich, hier eine Entscheidung zu treffen, da die Württemberger Angelegenheit oder die Art der Zusammensetzung der Bezirks- und Landesvorstände in der Kommission nicht zur Sprache gekommen ist und von ihr ein Vorschlag nicht gemacht ist. Aber für erforderlich hielt ich es, in der Generaldebatte darauf hinzuweisen, daß ein solcher Zustand, aus dem ein großer Teil der widerlichen Zwistigkeiten entstanden ist, auf die Dauer unhaltbar ist. Es geht nicht, daß ein solches System besteht, und daß wir auf Grund eines solchen Systems etwa einen Vertreter im Parteiausschuß haben. Wenn die einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen nicht selbst gegen solche unsere Prinzipien verletzende Organisationsform Remedur schaffen, dann werden wir von der Gesamtpartei aus Remedur schaffen müssen." (S. 308 f.)

Lüth-Hamburg:

„Der Entwurf der Reorganisationskommission ist ein Kompromiß, eine Kombination von vielen Meinungen. Er bringt gegenüber dem bisherigen Zustand in mancher Richtung einen Vorteil. Die Aenderung des Geschäftsjahres hat den Vorteil, daß wir den Vorstandsbericht in der Hand haben, wenn wir uns mit dem Parteitag beschäftigen. . . ." (S. 310 f.)

Löwigt-Lübeck:

„. . . Ich hätte am liebsten, wenn das ganze neue Organisationsstatut überhaupt nicht beschlossen würde, wenn es beim alten bliebe, unter dem wir in der letzten Zeit und früher so große Erfolge erzielt haben. Da die Vorlage aber vorhanden ist, bitte ich, ihr zuzustimmen, aber mit der Aenderung, daß die Reichstagsfraktion wie bisher an den Parteitagen teilnehmen kann. (Beifall.)" (S. 320.)

Im Schlußwort führte Müller u. a. aus:

„. . . Genosse Ledebour hat bemängelt, daß die Kommission gewünscht hat, es möchten keine Anträge mehr gestellt werden; er hat gemeint, das sei eine irrige Auffassung der Kommission über ihre Aufgaben. Die Kommission hätte nur die Arbeiten des Parteitages vorzubereiten, aber nicht darüber hinausgehend solche Wünsche zu äußern. Formell hat er vollständig recht, die endgültige Entscheidung auch über Einzelheiten liegt natürlich beim Parteitag. Aber wenn die Kommission dasselbe getan hat, was früher in Leipzig und Jena geschehen ist, wenn sie die Enbloc-Annahme ihrer Vorschläge gewünscht hat, so deshalb, weil die ganze Kommission von Auer bis Dittmann, von Frank bis Hoch sich auf den Boden der Vorlage gestellt hat mit den Vorbehalten, die ich gestern angeführt habe. Wir haben uns schon in Jena und Leipzig auf diesen Boden gestellt, weil wir immer der Meinung waren, daß grundlegende Aenderungen in der Verfassung unserer Partei am besten einmütig oder doch mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen werden sollten, weil ja sonst von vornherein in die Organisation ein Stachel getrieben wird, der die Veranlassung gibt, daß wir uns Parteitag für Parteitag mit Aenderungen des Statuts befassen müssen. . . ." (S. 322 f.)

„Ich bitte Sie zum Schluß, dem Antrag Ihrer Kommission zu folgen, alle Anträge abzulehnen und die Resolution 195 und die Resolution Lipinski über die Neugestaltung der Bezirke dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß zu überweisen. Ich bitte Sie, im Interesse der Besserung unserer Kampfstellung den Gegnern gegenüber, zu beschließen, daß wir diese bessere Zusammenfassung der Partei heute schaffen zum Nutzen der sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafter Beifall.)" (S. 327.)

Zubeil zieht den Antrag 76 zurück, weil er seine Erledigung gefunden habe.

Der Entwurf wird — mit einer Aenderung gemäß Antrag 203 (siehe den Artikel „Parteitag") — en bloc mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Auch Antrag 207 wird angenommen. Damit sind die Anträge 14 bis 17, 19 bis 27, 54 bis 58, 69 bis 75, 77, 78, 83, 142 I, 166, 167, 168 I, 169 I erledigt.

Antrag 82 wird — beim Bericht der Reichstagsfraktion — nicht genügend unterstützt.

Das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei lautet nach den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitages **1912**:

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen mit deren Zustimmung örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt, diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche 15 Pf. betragen. Parteimitglieder, die invalid geworden sind, sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei. Mindestens 20 Proz. der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassene.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich durch Vermittelung der Bezirks- und Landesvorstände bis zum 15. Mai dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstand überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden:

   In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinander folgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hiedurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Parteiausschuß.

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

§ 21. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von 9 Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 26. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 27. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 29. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 26 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 27 und 28 zu.

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 31. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnorts des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 32. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 10 und 13 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Dem Jenaer Parteitag **1913** wird berichtet:

„. . . Antrag 207 verlangte eine neue Bezirkseinteilung. Die Neuabgrenzung von Bezirken ist bereits im Gange. Thüringen ist vereinigt, Mecklenburg und Lübeck werden demnächst vereinigt werden. Zwischen Magdeburg und Anhalt schweben noch Verhandlungen. . . ." (S. 9.)

Dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen wurden die Anträge:

38. Hamm i. W.: Der Parteitag möge beschließen: Es ist unzulässig, daß in einer zusammenhängenden kleinen Stadt mit weniger als 600 Mitgliedern zwei Filialen bestehen. Wo in solchen Fällen zwei Filialen bestehen, sind diese zu verschmelzen. Ob eine Teilung einer Filiale erforderlich ist, entscheidet unter Hinzuziehung des Kreisvorstandes die Filialversammlung.

40. Elberfeld-Barmen: (Abänderungsantrag zum § 27, Absatz 2 des Statuts.) An Stelle der Worte: „Unterläßt es der Angeschuldigte usw." zu setzen: . . . „Unterläßt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so ernennt der Parteivorstand für diese Partei die Beisitzer."

40. Köln a. Rh.: An den § 27 des Organisationsstatuts ist hinter Absatz 4: „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen", anzufügen: „In diesem Falle muß das Schiedsgericht gegen alle Angeschuldigten verhandeln, wenn einer der Angeschuldigten Beisitzer ernennt."

Siehe u. a. noch die Artikel „Ausschlußverfahren", „Finanzen der Partei", „Invalide Parteimitglieder", „Neue Zeit", „Parteiausschuß", „Parteitag", „Parteivorstand", „Radek", „Reichstagsfraktion".

Parlamentarismus.

Bei der Debatte über die Badische Budgetbewilligung in Magdeburg **1910** führte Heilmann-Chemnitz aus:

„. . . Ich sage Ihnen, Genossen, daß kein Mensch mir einreden wird, daß die Budgetverweigerung irgendwelche Bedeutung hat. Das glaubt Ihnen niemand, der von der Tribüne des Reichstags heruntergesehen hat, in welcher Weise das Budget abgelehnt wird. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich behaupte, es sitzt kein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter hier, der nicht schon wiederholt im Reichstag für das Budget gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Denn, Parteigenossen, die Abstimmung vollzieht sich unter solcher Unaufmerksamkeit, solcher Teilnahmslosigkeit, daß auch der Genosse Bebel nicht wird behaupten können, daß er immer darauf geachtet hat. (Sehr gut! bei den Süddeutschen. Bebel: Auf die Schlußabstimmung allerdings! Das ist eine Beleidigung!) Ich bitte um Verzeihung, wenn Genosse Bebel immer aufgepaßt hat, so will ich das gern zurücknehmen; ich kenne aber sehr viele sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete (Zuruf: Namen nennen!), die ich selbst während der Schlußabstimmung habe Briefe schreiben, habe hinausgehen

sehen, und ich behaupte, das ist keine Demonstration. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich versichere Ihnen, daß kein Mensch von unserer Schlußabstimmung Notiz nehmen würde, wenn wir uns nicht jahraus, jahrein darüber zanken würden. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) . . ." (S. 309.)

Ledebour:

„. . . Das Wesen des Parlaments ist außer von Heilmann auch vom Genossen Quessel mißverstanden worden, trotzdem der letztere das Glück gehabt hat, republikanische Staatsrechtslehrer als Lehrmeister und einen praktischen Lehrer in Ulrich zu finden. Der Vorredner hat charakteristischerweise das Verhalten eines bureaukratischen Ministers in einem deutschen bureaukratischen Kleinstaate mit dem Verhalten eines englischen parlamentarischen Ministers verwechselt. Das ist ja gerade der Fluch in Deutschland, daß wir noch nicht einmal in den bürgerlichen Parlamentarismus des Klassenstaates hineingekommen sind. (Sehr richtig!) Nicht einmal den bürgerlichen Parlamentarismus haben wir, und trotzdem habt Ihr in Baden und die anderen, die Euch zustimmen, so wenig proletarisches Selbstgefühl (Stürmischer Beifall — Widerspruch der badischen Genossen), so wenig Stolz (Erneuter stürmischer Beifall und Widerspruch), daß Ihr dieser jämmerlichen deutschen Bureaukratenwirtschaft die Existenz weiter ermöglichen wollt entgegen dem Willen der Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Kern der Sache. Ob der Mann Bodman oder Bethmann heißt, oder ob es sich um andere unmännliche Männer handelt (Heiterkeit), das ist gleichgültig. Sie alle sind Träger des bureaukratischen Systems. Sie sind Handlanger des verschleierten Absolutismus, sie stehen nicht da kraft einer Ueberzeugung, ich weiß nicht, ob sie jemals so ein Ding besessen haben, sie stehen da im Auftrage eines Monarchen. Und wenn es dem nicht paßt, dann pustet er, und dann fliegen sie und versinken auf Nimmerwiedersehen. Und von den Phrasen solcher Leute wollt Ihr es abhängig machen, ob Ihr dem Budget zustimmt oder nicht. (Frank lacht.) Genosse Frank lacht selbst darüber. (Frank ruft: Aber über Sie, mein lieber Ledebour!) Sie lachen. Nichts ist charakteristischer, als die Frivolität, mit der Sie die ganze Frage behandeln. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Erregter Widerspruch der Minderheit. Frank ruft: Ich lache über Sie, und Sie sind doch keine geheiligte Person!) Die ganzen badischen Entschuldigungen sind nichts als frivole Ausreden. Die Badenser haben hin und her geschwankt und haben nach einem Vorwande gelechzt, um wirklich einen Grund zu haben für ihre Budgetbewilligung. . . ." (S. 324 f.)

Kunert sagte in der Debatte über den Parlamentarischen Bericht:

„. . . Bei einer früheren Debatte hat Heilmann eine überaus lebhafte Schilderung der Abstimmung über den Etat gegeben, die schon gebührend gekennzeichnet ist. Das war allerdings kein wahres Bild, sondern eine Karikatur, und doch müssen wir ihm auch für den Hinweis dankbar sein. Mit Recht hat Ledebour betont, daß es sich bei der Ablehnung des Budgets um einen politischen Akt und nicht um eine Demonstration handelt, und auch Bebel hat idealisierend erklärt, man könne doch nicht verkennen, daß bei der Budgetablehnung ein feierliches Moment in Betracht komme. Wenn das der Fall ist, dann muß man der Sache aber doch näher treten. Ich stehe jetzt 20 Jahre lang im Parlamentarismus und habe bei keiner derartigen Abstimmung den Eindruck gehabt, daß wir wirklich vor einem großen oder feierlichen Moment stehen. Das liegt an dem furchtbaren Durcheinander bei der dritten Abstimmung, so daß kaum ein Mensch weiß, was geschieht. (Teilweise Zustimmung.) Natürlich handelt es sich nicht um den Inhalt, sondern um die Form, und die Form kann dadurch gebessert werden, daß die sozialdemokratische Fraktion eine kurze Erklärung über ihre prinzipielle Stellung zum Budget und über die aktuellen Vorgänge des letzten Etatsjahres abgibt. Ich stehe im übrigen nicht auf dem Standpunkt, daß die Form ausschlaggebend ist, nicht einmal der Parlamentarismus in künftiger Zeit. Ich meine vielmehr, wenn sich das Proletariat befreien will, dann werden wir uns schließlich vom Parlamentarismus emanzipieren und außerordentlich drastische Mittel anwenden müssen, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhaftes Bravo! . . ." (S. 399 f.)

Bei der Erörterung des Württembergischen Parteistreits in Jena **1911** führte Genossin Duncker-Stuttgart aus:

„. . . Die „Tagwacht" mißt dem Parlamentarismus, dessen Bedeutung gewiß niemand unterschätzt (Rufe: Na, na!), ein verhältnismäßig großes Gewicht bei und

sieht ihre Aufgabe oft mehr in persönlicher Reklame für unsere Mandatare, als in der Betonung der Grundsätze, die sie zu vertreten haben. Ich erinnere an die Oberbürgermeisterwahl und an die Reklame, die für Genossen Lindemann gemacht wurde. Bei Besprechung politischer Ereignisse verfährt die „Tagwacht" oft recht oberflächlich und krittelt an den Personen herum, statt die sachlichen Zusammenhänge aufzudecken. Den Stuttgarter Arbeitern, denen die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr Klassenkampflogik einpauken, konnte diese geistige Kost nicht mehr genügen, und die Mißstimmung wurde daher immer größer. Die Genossen waren auch davor bewahrt, einer Ueberschätzung des Parlamentarismus zum Opfer zu fallen. Da war unsere württembergische Landtagsfraktion der beste Lehrmeister. Unsere Abgeordneten konnten in Stuttgart nicht die Autorität genießen wie auf dem Lande, weil man sie in Stuttgart besser kennt und ihre schwächliche Stellungnahme zu manchen Fragen immer vor Augen hat. Ich erinnere nur an ihre Zustimmung zu dem reaktionären Volksschulgesetz, an das mehrfache Zerfallen unserer Fraktion in mehrere kleine Fraktiönchen, an die Budgetbewilligung, an das Friedrichshafener Frühstück, das Königshoch, das Ministeressen usw. (Lachen bei den württembergischen Abgeordneten.) Das alles forderte die Kritik der Stuttgarter Genossen in schärfster Weise heraus. Dazu kommt die nichtachtende Behandlung der Genossen, die Rechenschaft forderten. Diese Behandlung erreichte ihren Höhepunkt in der Versammlung vom 4. August, als Hildenbrand seine Teilnahme am Ministeressen verteidigte. Da rief Hildenbrand den aufgeregten Massen zu: „Empören Sie sich, so viel Sie wollen, ich rede nicht für Sie, ich rede zu meiner eigenen Beruhigung!" (Hört! hört!) Und nachdem er so bewiesen hatte, daß er sich aus der Brüskierung seiner Wähler nicht allzu viel mache, entschuldigte er sein Verhalten damit, daß ein Fernbleiben der Fraktion vom Ministeressen eine Brüskierung des Ministers gewesen wäre. (Hört! hört!) . . ." (S. 313 f.)

Der Schluß der Debatte verhinderte eine Erwiderung.

Siehe auch die Artikel „Badische Budgetbewilligung", „Massenstreik", „Württemberg".

Parteiausschuß.

Von den Anträgen, die dem Chemnitzer Parteitag **1912** vorlagen, seien hier folgende wiedergegeben:

52. Bremen: „Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiausschusses aus.

Sie erachtet es als erwünscht, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.

Sie erachtet es für eine kräftige, weitblickende und schlagfertige Leitung der Partei notwendig, daß eine Trennung gemacht wird zwischen der aus den Sekretären bestehenden Parteiverwaltung und der eigentlichen politischen Parteileitung, die zusammen den Parteivorstand bilden."

59. München: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München erklärt sich mit der Schaffung eines Parteiausschusses nach Vorschlag der Organisationskommission einverstanden. Sie erwartet von der Heranziehung der Vertrauensmänner aus den verschiedenen Reichsteilen zur Vorentscheidung wichtiger Angelegenheiten eine Förderung der inneren Einheit der Partei."

60. Magdeburg: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins begrüßt in dem vorgeschlagenen Parteiausschuß einen weiteren Schritt zur demokratischen Ausgestaltung unseres Parteilebens und erblickt in der verantwortlichen Mitwirkung der Genossen aller Landesteile an der Politik der Gesamtpartei eine Gewähr für die gedeihliche Weiterentwicklung. Sie hält jedoch die direkte Wahl der Ausschußmitglieder durch die breite Masse der Parteigenossen, möglichst in Form der Urwahl, für eine Notwendigkeit."

61. Ludwigshafen: „Die Wahl des Parteiausschusses soll nicht durch den Parteitag erfolgen, sondern direkt durch die einzelnen Wahlbezirke."

62. Frankfurt a. M.: „Statt §§ 20 bis 22 zu sagen: Der Parteiausschuß besteht aus 10 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Je eines dieser Mitglieder muß in Ostpreußen oder Schlesien, den Hansastädten, in Rheinland-Westfalen, in den mitteldeutschen Kleinstaaten, im Königreich Sachsen, in Hessen oder Hessen-Nassau, in den Reichslanden und in Bayern, Württemberg und Baden politisch tätig sein.

Der Parteiausschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand in regelmäßigen monatlichen Sitzungen über alle die Partei berührenden wichtigeren Angelegenheiten, namentlich auf dem Gebiete der Politik.

Eine außerordentliche Sitzung des Parteiausschusses mit dem Parteivorstand muß stattfinden, wenn mindestens die Hälfte der Parteiausschußmitglieder dies beantragt."

63. Halle a. S.: „An Stelle des vorgeschlagenen Parteiausschusses einen Beirat von mindestens 7 bis 9 Personen auf dem Parteitage zu wählen. Der Beirat wird auf dem Parteitage vorgeschlagen."

64. Hof: „Den Parteiausschuß abzulehnen und einen politischen Beirat zu wählen, um die Aktionsfähigkeit der Partei zu erhöhen."

65. Wanzleben: „§ 21, Absatz 2, soll lauten: Bei schwierigen oder sehr bedeutungsvollen Situationen, die längere Zeit andauern, kann der Parteiausschuß einen Unterausschuß ernennen, der in permanenter Funktion bleibt und mit dem Parteivorstand zusammen tagt. Das schließt die Berufung des Gesamtausschusses während der Dauer dieser Situation nicht aus."

66. Offenburg: „Jeder Wahlbezirk macht dem Parteitag einen Vorschlag, der drei Namen enthalten muß: In Bezirken, in denen mehrere Vertreter zu wählen sind (wie Groß-Berlin, Hamburg usw.) sind so viel mal drei Genossen vorzuschlagen, wie Vertreter gewählt werden müssen."

67. Minden-Lübbecke: „In dem zu schaffenden Parteiausschuß dem Agitationsbezirk „Oestliches Westfalen" einen Sitz resp. ein Mitglied zu überlassen."

68. Breslau-Land, Ohlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau, Neiße, Brieg, Namslau, Neustadt O.-Schl., Breslau: „Der Parteiausschuß ist abzulehnen. Sollte er jedoch beschlossen werden, sind für die Provinz Schlesien zwei Vertreter in den Ausschuß (je einer für die Agitationsbezirke Breslau und Kattowitz, Görlitz und Langenbielau) zu wählen."

(Unter den beim Artikel „Parteivorstand" abgedruckten Anträgen befinden sich gleichfalls noch einige, die den Parteiausschuß abgelehnt wissen wollten.)

Im Bericht der Reorganisationskommission führte Müller aus:

„... Der Kern der ganzen Vorlage sind die Bestimmungen über den Parteiausschuß. Wir haben in dritter Lesung eine Fassung gefunden, die eine wesentliche Aenderung gegen die Vorlage erster Lesung bedeutet und wohl geeignet ist, eine bessere Fühlung zwischen den Bezirks- und Landesorganisationen und der Zentrale herzustellen. Nach der ursprünglichen Vorlage sollten die Mitglieder des Parteiausschusses Vertreter ihrer Bezirke sein und in den Bezirken gewählt werden. Die Kommission hat in erster Lesung schon diesen Standpunkt aufgegeben und hat besondere Wahlkörper gebildet, in denen dem Parteitag Vorschläge gemacht werden sollten, so daß tatsächlich der Parteitag in normalen Fällen nur eine Art Bestätigungsrecht gehabt hätte. Es war weiter vor allem im Lande gewünscht worden, daß neben diesem Parteiausschuß die Konferenzen weiterbestehen sollten, die als Konferenzen der Bezirks- und Landesvorstände seit 1907 getagt haben. Wir haben uns, nachdem die Beschlüsse zweiter Lesung zusammengestellt waren, davon überzeugt, daß das einen Dualismus geben würde, für den sich ein Ausgleich praktisch nicht finden ließ, und haben uns deshalb in der dritten Lesung einmütig auf die jetzigen Paragraphen 20 bis 22 geeinigt. Die Bedenken, die gegen die Bil-

dung besonderer Wahlkörper gemacht worden sind, fallen jetzt. Es sind jetzt alle Bezirke im Parteiausschuß vertreten. *Die Bezirksvorstände delegieren einen Vertreter.* Wenn aber der Ausschuß aus den Delegierten der Bezirksvorstände besteht, konnte bei bei der Vielgestaltigkeit unseres Bezirkswesens nicht die Rede davon sein, daß der Parteiausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand beschließen konnte. In Anerkennung dessen ließ sich denn auch der Streit über die Stellung des Parteiausschusses zum Parteivorstand und zum Parteitag schlichten. Wenn der Parteiausschuß nun neben dem Parteivorstand beschließt und diesem sein Gutachten unterbreitet, so trägt der Parteivorstand in Zukunft allein gegenüber dem Parteitag die ungeteilte Verantwortung. Diese Tatsache, daß der Ausschuß *eine gutachtende Körperschaft* ist und *der Vorstand die Verantwortung* allein trägt, konnte es nun entbehrlich machen, daß der Parteitag die Ausschußmitglieder bestätigt. Es war bei der Gelegenheit auch möglich, einen Modus für die *Stellvertretung* zu schaffen. Es war ein entschiedener Mangel in der ursprünglichen Fassung, daß eine Stellvertretung nicht vorgesehen war. Selbstverständlich mußte der bisherige § 19, Abs. 3 damit fallen. Nun ist gesagt worden, daß die neue Fassung eigentlich weiter nichts sei, als die alten Bezirks- und Landesvorstandskonferenzen auf Grund des § 19. (Sehr richtig!) Das ist nicht richtig. Es ist eine wesentliche Aenderung vorgenommen worden. Die bisherige Bestimmung des § 19, Abs. 3 hing in der Luft. Der Parteivorstand konnte die Konferenzen berufen, wenn er wollte, wenn er es für nötig hielt. Wir haben Jahre gehabt, in denen sie einmal stattgefunden haben, und andere, in denen sie dreimal tagten. Nach dem neuen Modus muß *alle Vierteljahr wenigstens eine solche Konferenz* stattfinden. (Zuruf: Das ist doch kein Vorzug!) Es soll doch eine bessere Fühlung herbeigeführt werden, und auch die Mitglieder der Kommission, die ursprünglich auf eine bessere Fühlungnahme keinen großen Wert gelegt haben, haben sich im Laufe der Kommissionsberatungen davon überzeugt, daß eine solche bessere Fühlungnahme unbedingt nötig sei. Der Parteiausschuß kann nun auch einberufen werden, wenn der Parteivorstand es nicht will und wenn in besonderen Situationen 15 Landes- bezw. Bezirksvorstände das wünschen. Der Parteiausschuß gibt sein Gutachten ab, der Parteivorstand ist an diesen Beschluß nicht gebunden. Praktisch wird es sich so gestalten, daß, wenn Differenzen zwischen beiden vorkommen sollten, die betreffende Angelegenheit so lange hinausgeschoben wird, bis der Parteitag tagt. Wenn es sich aber einmal um große Dinge handelt, wo eine Verständigung ausgeschlossen erscheint, was ich mir im Augenblick nicht denken kann, so müßte durch einen außerordentlichen Parteitag eingegriffen werden. Ferner muß der Parteiausschuß in Zukunft bei Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags und bei Bestellung der Referenten für den Parteitag gehört werden und hat mit zu bestimmen, wenn durch einen Parteitag der Ort des nächsten Parteitages nicht bestimmt worden ist.

... Es ist die Befürchtung laut geworden, daß der Parteiausschuß sich etwa an die Stelle des Parteitages setzen könnte. Ich halte das für absolut irrig. Auch in der Zukunft hat in allen wichtigen Fragen *der Parteitag selbstverständlich das letzte Wort.* Es wird keinem Parteiausschuß einfallen, sich Rechte anzumaßen, über die jeder Parteitag gewiß eifersüchtig wachen würde. Man soll sich aber anderseits auch nicht der Illussion hingeben, als ob Streitigkeiten, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, in Zukunft ausgeglichen werden könnten durch den Parteiausschuß und damit aus der Welt geschafft wären. Das wird nicht der Fall sein. Wohl aber kann in vielen Fällen die Vorberatung im Ausschuß dazu beitragen, daß solche Streitigkeiten in Zukunft in der Form kameradschaftlicher ausgetragen werden, als das bisweilen früher der Fall gewesen ist. Aber innere Auseinandersetzungen der Partei zu ersparen, taktische Streitfragen zu erledigen, das soll und kann gar nicht die vornehmste Aufgabe des künftigen Parteiausschusses sein.

Der Parteiausschuß soll vor allen Dingen *dem Kampfe gegen unsere Gegner dienen.* Er soll unsere Kampfbereitschaft erhöhen und uns den Vormarsch nach unserem Ziel erleichtern helfen. Er soll die vorhandenen Kräfte sicherer als bis jetzt zusammenfassen, damit alle Attentate, die etwa auf die Partei und die Gewerkschaften geplant werden sollten, noch besser abgeschlagen werden können ..." (S. 297 ff.)

Lipinski-Leipzig:

„... Ich möchte noch zu der Resolution, die im Auftrage der Reorganisationskommission eingebracht worden ist, folgendes bemerken: Der vorgeschlagene Parteiausschuß ist auf die alten Bezirke aufgebaut. Diese Bezirke stehen zum Teil im Widerspruch zu dem Organisationsstatut. Im Organisationsstatut steht im § 3 ausdrücklich, daß mehrere Wahlkreise einen Organisationsbezirk bilden. Wir haben aber eine Reihe Agitationsbezirke, die heute noch einen einzigen Wahlkreis vertreten. Eine solche Bezirkseinteilung ist nach dem Organisationsstatut gar nicht zulässig. Da aber Gewohnheit, Recht und Herkommen geprüft werden muß, so soll auch diese Frage vom Parteivorstand mit dem Parteiausschuß unter Anhörung der beteiligten Bezirke geregelt und dem Parteitag darüber Bericht erstattet werden. Das verlangt auf der anderen Seite die eingebrachte Resolution ..." (S. 303.)

Dißmann-Hanau:

„Der neueste Vorschlag betreffend den Parteiausschuß ist im Gegensatz zu dem ersten Entwurf aufgebaut auf einer organisatorischen Grundlage und einer notwendigen Fortentwicklung und demgemäß zu begrüßen. Wenn wir den ersten mit dem zweiten Entwurf vergleichen, so ist von dem ursprünglichen Entwurf nur der Name übrig geblieben. Nach dem zweiten Entwurf ist der Parteiausschuß keine beschließende, sondern nur eine beratende Instanz, deshalb wäre es vielleicht richtiger gewesen, analog dem Beispiel der Gewerkschaften nicht von einem Ausschuß, sondern von einem Beirat zu sprechen. Doch wir brauchen uns um das Wort nicht lange zu streiten ..." (S. 309.)

Lüth-Hamburg:

„... Vom Parteiausschuß ist nur der Name geblieben. Auch er hätte ganz ruhig wegbleiben können. Warum nennt man das Ding noch Parteiausschuß? Vierteljährlich soll eine Konferenz stattfinden. Das ist kein allzu großer Vorteil. Erhöhen Sie wenigstens die Zahl der Beisitzer, dann haben wir wenigstens etwas Gutes geschaffen. (Beifall.)" (S. 311.)

Hoffmann-Hamburg:

„Ich will nur zum Parteiausschuß reden. Wenn man an die Reden in Magdeburg und Jena denkt und jetzt das Ergebnis der Ausschußberatung sieht, dann muß man sagen: Es ist unendlich viel Mühe umsonst aufgewendet worden. Ich habe an Stelle des verhinderten Genossen Stubbe an den ersten Beratungen der Kommission teilgenommen. Ich hätte gewünscht, daß man an dem Ergebnis der ersten Lesung festgehalten hätte. Denn was man uns jetzt vorlegt, ist abgesehen von den Vorschlägen der Beitragsänderung und einzelnen kleinen redaktionellen Aenderungen nichts anderes, als daß man der Bezirkskonferenz den Namen Parteiausschuß gibt und ihm einige kleinere weitere Aufgaben zuschiebt. (Sehr richtig!) Was Müller als Vorzug geschildert hat, ist bei weitem kein Vorteil. Er hat gerühmt, daß die Sitzungen alle Vierteljahre einberufen werden müssen. Das ist nicht ohne weiteres ein Vorteil. Denn die Einberufung muß erfolgen, ob wichtiges Material zur Beratung vorliegt oder nicht. Das sogenannte Umfrageverfahren, um festzustellen, ob die Mitglieder des Ausschusses die Anberaumung einer Sitzung für notwendig halten, scheint sehr umständlich zu sein. Es wird immer dazu führen, daß eine solche Notwendigkeit anerkannt wird, weil die Auffassungen darüber, was notwendig ist oder nicht, sehr verschieden sind, und weil ja der Parteivorstand die Verantwortung trägt. Dann hat Genosse Müller erklärt, was schon in der Presse betont wurde, daß durch die jetzige Fassung der Vorwurf, daß der Parteivorstand sich hinter die Verantwortung des Parteiausschusses verkriechen könnte, beseitigt würde. Ich habe demgegenüber aber schon immer erklärt: Solche Trottel werden doch niemals die Männer des Parteivorstandes sein, daß sie die Verantwortung auf einen Parteiausschuß abwälzen. Ich glaube, daß unsere Vorstandsmitglieder, die sich aus den besten Kräften zusammensetzen, sich nicht verkriechen werden. Nun etwas Eigentümliches. Die Konferenz soll nur gutachtlich sein, also keine Beschlußkraft haben. Es werden also große Reden geschwungen werden, und ganz gewiß wird der

Parteivorstand, wenn eine starke Stimmung für eine Frage im Ausschuß vorhanden ist, versuchen, sie durchzuführen. Aber verpflichtet ist er dazu nicht. Denn er hat das Gutachten immer noch so zu werten, wie es nach seiner Ansicht im Interesse der Partei notwendig ist. Nun meint man, die Fühlung des Parteivorstandes mit den Leitern der Organisation werde dadurch besser werden. Ich glaube nicht, daß es bis jetzt daran gefehlt hat. Die Fühlung soll schon im letzten Jahre sehr gut gewesen sein, es haben oft Sitzungen stattgefunden. Diese Fühlung war also schon möglich, ohne daß wir dem Kinde den Namen „Parteiausschuß" gegeben haben. Darunter habe ich mir immer etwas anderes vorgestellt. Nicht einen Beirat, sondern eine Institution, die zu den großen politischen Fragen mit dem Parteivorstand Stellung nehmen sollte, die gewissermaßen vorausschauen, die Richtwege geben sollte, damit nicht bei gewissen Anlässen wir unvorbereitet dastehen. Wenn der Vorstand der Meinung ist, das sei nicht nötig, dann sollte man es sagen. Dann können wir auch in bezug auf das Organisationsstatut ruhig beim alten bleiben. Aber wie die Dinge liegen, will ich erklären, daß es ja schließlich kein Fehler ist, wenn wir heute dem Reorganisationsstatut zustimmen, allerdings in der Voraussetzung, daß, wenn die Einrichtungen sich nicht bewähren, wir wieder auf die Frage zurückkommen und *Aenderungen vornehmen*." (S. 311 f.)

Dr. *David*-Mainz:

„... Auch ich bedaure, daß die Kompetenzen des zu schaffenden Ausschusses durch den neuen Kommissionsvorschlag beschränkt worden sind. Ich glaube, es wäre richtiger gewesen, den ursprünglichen Entwurf dem Parteitag vorzulegen. Ein solcher Ausschuß, der sich rekrutiert aus Vertrauensmännern der verschiedendensten Gebiete Deutschlands, ist doch zweifellos eine Instanz, die außerordentlich viel dazu beitragen kann, Differenzen, die in einem so großen Parteikörper ganz unvermeidbar sind, schon in ihren ersten Stadien zu einem gewissen Austrag zu bringen. (Sehr richtig!) Ein solcher Ausschuß kann und soll ein *Verständigungsausschuß* sein. Er hat keine theoretischen Streitfragen zu schlichten, glücklicherweise. Was er zu tun hat, ist, sich hinsichtlich der praktischen Arbeit zu verständigen. Und da hat sich trotz der auseinandergehenden theoretischen Auffassungen doch überall herausgestellt, daß, wo praktische Entscheidungen zu treffen sind, im engeren Kreise die Vertreter der verschiedensten Richtungen sich in der Regel sehr viel leichter verständigen, als das anfangs den Anschein hatte. Eine solche Institution, die auf dem Gebiete der praktischen Arbeit, ohne daß dabei gleich die ganze Presse in Bewegung gesetzt wird, Meinungsverschiedenheiten austragen kann, halte ich für außerordentlich segensreich im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei bei großen Aktionen. (Bravo!) ..." (S. 313 f.)

Dr. *Quarck*-Frankfurt a. M.:

„... Unser Antrag 62 scheint uns alle Bedingungen für eine viel *bessere Auswahl* und doch für die Beseitigung des schwerfälligen Körpers zu enthalten. Wir wünschen, daß die neue Korporation 10—12 Mitglieder erhalte und daß ihre *Wahl auf dem Parteitag* vorgenommen werde, der die höchste Instanz der Partei ist. Genosse Kautsky hat erfreulicherweise in seinem Artikel genau dasselbe ausgeführt, was ich früher schon sagte: Wer auf dem Parteitag nicht so bekannt ist, daß er würdig befunden wird, unter die erlesenen Köpfe gewählt zu werden, verdient überhaupt nicht, dorthin gewählt zu werden. Diese Institution soll *raschere Aktivität* ermöglichen. In ihrer begrenzten Mitgliederzahl wäre das Ideal rascher Aktivität und prompter Information erreicht. Man komme doch in der Zeit des Telegraphen, der Schnellzüge und des Telephons nicht mit dem Hinweis auf Zeitfragen, und der Sozialdemokratie, die die finanzkräftigste Partei der ganzen Welt ist, komme man nicht mit dem Einwand, daß es sich um eine Finanzfrage handle. Aus dem Büchelchen von Schröder sehen wir, daß man früher schon in der Partei Versuche gemacht hat, größere Ausschüsse einzuführen: diese Versuche sind aber stets gescheitert aus politisch-organisatorischen Gründen. Die lange Erfahrung sollte uns lehren, daß der große Ausschuß von 45 Mitgliedern lediglich eine *Wiederholung der Bezirkskonferenzen* mit dem Parteivorstande sein würde. Das hat man in Jena nicht gewollt. In Jena

hatten wir gar keinen Widerstreit der Interessen. Im Gegenteil, der Parteivorstand hat ja sich die Begründung, zum Teil aus meiner Rede in Jena, für die Motivierung seines ersten Vorschlags im „Vorwärts" angeeignet. Nun ist aber die Eisenacher Sonderkonferenz gekommen und die hat die Sache nicht verbessert, sondern verfahren (Unruhe), wie überhaupt jede Sonderkonferenz eine Atomisierung der Partei bedeutet, die ich immer abweisen werde. Wenn das in der Partei Mode würde, wäre es schlimm. (Zustimmung und Widerspruch. — Vorf. Haase: Ueber diese Angelegenheit werden wir sprechen, ich bitte, das Thema der Sonderkonferenzen jetzt zu verlassen.) Die Sonderkonferenz hat sich offenbar von dem Bestreben leiten lassen, die Süddeutschen möglichst von der engeren Parteivertretung auszuschließen (Widerspruch von Ledebour und anderen), das ist ihr organischer Fehler. (Erneuter Widerspruch und Lachen, sowie teilweise Zustimmung.) Während auf der einen Seite die Notwendigkeit der Aktivität richtig betont wurde, wurde auf der anderen Seite gesagt, daß es möglichst Norddeutsche sein sollen, die in die neue Korporation kommen, damit sie in möglichst großer Nähe von Berlin seien. (Ledebour: Niemand hat das gesagt!) Der Sinn von Jena aber war nicht das, sondern daß der Parteivorstand verstärkt werde durch die Kooptation aller führenden Kräfte, die auch in Süddeutschland wirken, ganz paritätisch. Und das ist Ihre Achillesferse, daß Sie von jener Seite das unmöglich machen wollen. Hierin liegt aber die Hauptsache, daß die Parität auch gegenüber den Süddeutschen beobachtet werden muß, mindestens entsprechend der Zahl ihrer Wähler. An der Zwiespältigkeit dieser Gruppierung auf diesem Parteitag wird eine klare Entscheidung scheitern. Es ist gar nicht möglich, eine gesunde Lösung zu finden, weil wir weder auf der einen Seite einen Vorschlag haben, der alle Landesteile befriedigt und eine richtige Zusammensetzung verbürgt, und weil auf der anderen Seite dieser schwerfällige 45gliedrige Beirat, der ja nichts ausrichten kann, sondern nur Gutachten mit beratender Stimme abgeben soll, propagiert wird.

Nun ist es allerdings so sehr die Hauptsache, daß alle Teile des Reiches gleichmäßig im Parteivorstand vertreten sind, daß ich zum Schluß nur sagen kann, wenn heute eine andere Entscheidung nicht möglich ist, daß dann immer noch die paritätische Vertretung aller Landesteile besser ist, selbst mit dem so empfindlichen organischen Fehler der viel zu großen Schwerfälligkeit, Umständlichkeit und mangelnden Konsequenz, als gar keine Verstärkung des Parteivorstandes. Man würde also gezwungen sein, weil nichts Besseres da ist, für den Kommissionsvorschlag zu stimmen und darauf zu vertrauen, daß wir ja in allen Fragen, auch in inneren organisatorischen so'n Schweineglück haben, daß sich aus dem schweren Apparat in langsamen Kämpfen das herauskristallisiert, was uns in Jena vorgeschwebt hat. (Beifall.)" (S. 317 f.)

Geiler-Mülhausen i. Els.:

„Sie haben jedenfalls die Beobachtung gemacht, daß nicht nur die sogenannten Revisionisten für den Parteiausschuß eingetreten sind, sowohl in seiner ersten als in seiner zweiten Form, sondern auch Parteizeitungen auf der sogenannten radikalen Seite, so auch die Redaktion der „Mülhauser Volkszeitung", die der Meinung war, daß der Parteiausschuß in agitatorischer Hinsicht wie auch bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten nützlich sein könnte, bei Meinungsverschiedenheiten, die zwischen einzelnen Landesorganisationen und dem Parteivorstand und der Gesamtpartei in parteitaktischer und teilweise auch grundsätzlicher Hinsicht entstehen und die durch gemeinschaftliches Zusammenarbeiten vermieden werden können. Wer aber einen Teil der süddeutschen Parteipresse im Laufe der Diskussion über den Parteiausschuß aufmerksam verfolgt hat, und wer die Artikel der sogenannten „Sozialistischen Monatshefte" von Dr. Weill und anderen Mitarbeitern gelesen hat, der wird zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß einem Teil der süddeutschen Parteigenossen — leider! — dieser sogenannte Parteiausschuß den Schlüssel bilden soll zu der Sprengung des Zentralismus in der Partei und seiner Ersetzung durch den föderalistischen Gedanken in der Organisation. Das liegt aber keineswegs im Interesse der Partei, und das sind die Gründe, die auch Freunde der vorgeschlagenen Regelung hindern können, für sie einzutreten. Wir haben alle Ursache, den zentralistischen Gedanken in der Parteiorganisation nicht in der Weise verkümmern zu lassen, wie das von einem Teil

der süddeutschen Parteigenossen und ihrer Presse gedacht ist. Ich verweise auf den Parteitagsartikel der „Freiburger Volkswacht“. Dort konnte man ausdrücklich lesen, daß der Parteiausschuß aus dem Grunde wünschenswert sei, weil dann eventuell auch einmal in bezug auf die Budgetfrage ein anderes Wort gesprochen werden könnte. (Hört! hört!) Die Entscheidung darüber ist aber bekanntlich vorhanden, der Parteitag hat in dieser Frage entschieden. Aber trotzdem glaubt man, daß der Parteiausschuß Hand in Hand mit dem Parteivorstand im Sinne derjenigen Genossen in Süddeutschland seine Meinung eventuell revidieren wird, die mit dem Parteitagsbeschluß nicht einverstanden sind. Das alles sind jedenfalls gewichtige Gründe, die mich persönlich überzeugen, daß es gut sein wird, wenn der Parteiausschuß auch in der vorgeschlagenen Form nicht kommt, sondern die Regelung der Ausdehnung des Parteivorstandes erfolgt im Sinne des Antrages Ledebour und Genossen. Wir haben keine Ursache, Streitigkeiten in unserer Partei zu fördern, und es ist eigentlich sehr gut, daß in diesem Augenblick einige süddeutsche Blätter diesem Gedanken unverhohlen Ausdruck gegeben haben, damit man doch weiß, wo der Hase läuft. (Sehr gut! und Unruhe.) Wir wissen, daß man nicht gewillt ist, im Sinne der Gesamtpartei dort zu handeln, sondern in der Tat bestrebt ist, diesen Parteiausschuß zu benutzen zu dem angeführten Zweck, wenn man auch schlau genug ist, diesem Gedanken hier nicht Ausdruck zu geben. Dagegen muß sich der Parteitag mit aller Entschiedenheit wehren. Es besteht für uns alle Veranlassung, die Partei in ihrer Gesamtheit gemäß ihren grundsätzlichen Anschauungen aktionsfähig zu erhalten. Das würde aber aus den angeführten Gründen auch dann nicht der Fall sein, wenn, wie uns vorgeschlagen wird, der Parteiausschuß nur beratende Stimme erhält. Es würde zweifellos zu Differenzen mit der Gesamtpartei kommen.

Das sind die Gründe, die mich persönlich bestimmt haben, auch gegen die neuen Vorschläge einzutreten, trotzdem ich früher der Meinung war, daß der Ausschuß ein einigender Hebel im Interesse der Gesamtpartei sein solle. (Gelächter.) Aber man will das nicht, sondern will ihn zur Zerklüftung auf gewisser Seite benutzen, und dagegen muß sich der Parteitag als oberste Instanz der Partei unbedingt wehren. (Beifall und Lachen.)“ (S. 318 f.)

Löwigt-Lübeck:

„. . . Auch für die Aenderungen bezüglich des Parteiausschusses habe ich keine Begründung gehört. Die Bezirkskonferenzen haben bisher in der Hauptsache dasselbe geleistet, was er tun soll. Sie wurden aber nur einberufen, wenn eine Notwendigkeit dafür vorlag. Jetzt soll das alle Vierteljahre ohne weiteres geschehen. Einige Teilnehmer an solchen Konferenzen sind aber der Meinung, daß jetzt, da dreimal im Jahre Konferenzen stattfanden, oft nicht viel Material vorlag. Noch weniger wird das bei vier Konferenzen sein. Nun der Ausschuß. Es wird behauptet, die sogenannte revisionistische Richtung soll dadurch mehr zur Aktion gebracht werden. Das kann ich nicht glauben. Wer bildet denn den Ausschuß? Die Bezirk- und Landesvorstände. Welchen Einfluß soll denn diese sogenannte revisionistische Richtung auf deren Zusammensetzung haben? Hier wird also doch im Ausschuß absolut nichts am bisherigen Zustand geändert. Die Befürchtungen, daß die sogenannte revisionistische Richtung hier einen Anschlag geplant hat, sind völlig haltlos. Es ist angeregt worden, eine Revision der bisherigen Agitationsbezirke vorzunehmen. Ich gehöre zu einem der kleinsten Agitationsbezirke, der nur einen Wahlkreis umfaßt. Ich glaube aber, daß es sehr schwierig sein wird, eine Einteilung zu erhalten, die allen berechtigten Wünschen entspricht. Wenn wir z. B. mit Mecklenburg oder Schleswig-Holstein zusammengelegt würden, so würde das keine Verbesserung sein. Die Bezirks- und Landeskonferenzen sollen doch möglichst die Stimmung der in den verschiedensten Einzelstaaten wohnenden Mitglieder wiedergeben. Das ist doch nur möglich, wenn alle Landesteile einen Vertreter senden. Es handelt sich nicht darum, daß nach der Zahl der Mitglieder gewählt wird, sondern daß dem Parteivorstand die Stimmung aus den verschiedensten Kreisen mitgeteilt wird . . .“ (S. 320.)

Löbe-Breslau:

„Ich hätte gedacht, daß der politische Beirat eigentlich erledigt war, nachdem in der Bezirksführersitzung aus dem ganzen Reich sich nur eine einzige Stimme

für ihn erhoben hat. (Hört! hört!) Aber jetzt soll mit der harmlosen Aenderung, aus den zwei Beisitzern „die" Beisitzer zu machen, derselbe politische Beirat eingeschmuggelt werden. (Ledebour: Das ist eine Insinuation.) Es ist beabsichtigt, dasselbe zu erreichen. (Ledebour: Wie können Sie solche perfiden Ausdrücke gebrauchen? — Vorsitzender Noske: Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen. — Ledebour: Ich bitte, den Redner zu korrigieren. Das war eine Verdächtigung. — Noske: Ich bin der Meinung, daß wir nicht jedes Wort auf die Wagschale legen sollen. Ich habe deshalb auch dem Genossen Geiler bei seinen Ausführungen, die mir über die Grenze des Zulässigen hinauszugehen schienen, nicht unterbrochen. — Zustimmung.) Alle, die die Rede von Ledebour gehört haben, wissen, daß kein Redner so scharfe Ausdrücke gebraucht hat, wie er. (Sehr richtig!) Zu welchen Konsequenzen es führt, wenn wir diesen Weg beschreiten, sieht man daran, wie Geiler jetzt am hellen Tage weiße Mäuse einzufangen suchte (Heiterkeit), indem er sagte, man will an die Seite des Parteivorstandes ein Vormundschaftsgericht stellen, das nicht eine Wiederspiegelung der Stimmung im Lande, sondern das gewissermaßen nur eine Richtung zum Ausdruck bringt und diese dem Parteivorstand aufoktroyiert. Seine Beweise sind mir eben aus süddeutschem Munde als vollständig haltlos dargestellt worden. Umgekehrt hat unser Freiburger Organ geschrieben, nicht dem Auseinanderreißen, sondern dem Zusammenhalten solle der Parteiausschuß dienen; hätten wir ihn schon früher gehabt, dann wäre uns manche unerquickliche Auseinandersetzung erspart geblieben. (Lebhaftes Sehr richtig!) ..." (S. 320 f.)

Persönlich bemerkt Geiler:

„Löbe hat vorhin erklärt, daß meine Ausführungen über den Parteitagsartikel der „Freiburger Volkswacht" nicht zutreffend seien. Ich habe das Blatt in der Eisenbahn gelesen und fand darin die Bemerkung dem Sinne nach, der Parteiausschuß könnte die Streitigkeiten, die sich künftig ergeben könnten, in bezug auf Budgetabstimmung usw. schlichten. (Zuruf: Das ist doch das Gegenteil!) Das ist das, was ich vorhin erklärt habe. (Zuruf: Nein, das Gegenteil!) Der Parteivorstand kann z. B. auf dem Standpunkt stehen, daß an dem Beschluß über die Budgetabstimmung nicht zu rütteln ist. Und der Parteiausschuß soll dann die sich daraus ergebenden Differenzen schlichten. Das ist der Sinn meiner Ausführungen gewesen." (S. 322.)

Engler:

„Geiler hat den Artikel jetzt ganz anders interpretiert, wie in seinen ersten Ausführungen. (Sehr richtig!) Der Sinn des Artikels ist der: Uns würden in Zukunft die Streitigkeiten erspart bleiben und sie wären uns auch schon vorher erspart geblieben, wenn schon der Parteiausschuß bestanden hätte. Der Verfasser des Artikels ist ein Mann, der auf allen Gebieten auf den Frieden hingewirkt hat. Daß wir in Freiburg nicht engherzig sind, beweist die Tatsache, daß wir einen Redakteur angestellt haben, der eben erst von der Parteischule kam (Heiterkeit) und der in Baden die Bewegung gegen die Budgetabstimmung inszeniert hat." (S. 322.)

Haase:

„Damit ist ja wohl auch eine persönliche Erklärung für die gesamten badischen Genossen abgegeben." (S. 322.)

Müller (Schlußwort):

„... Gegen den Parteiausschuß sind wesentliche Einwände diesmal nicht gemacht worden. Der einzige bemerkenswerte war der, man möchte alles beim alten lassen. Gestern habe ich bereits gesagt, daß ein ganz anderer Rechtsboden für diese Konferenz, die wir jetzt Parteiausschuß nennen, vorhanden ist, als früher der Fall war. Man hat auf die große Gefahr hingewiesen, die unserer Partei durch eine Begünstigung des süddeutschen Prinzips erwachsen könnte. Wer das Organisationsstatut gelesen hat, das wir jetzt haben, wird gefunden haben, daß unsere ganze Partei, die zentralistisch ist, aufgebaut ist auf den Bezirks- und Landesorganisationen. Eine Begünstigung des föderalistischen Elements kann also das neue nicht sein. Dann ist

eine Frage aufgeworfen, auf die ich a priori gestern eingegangen bin, nämlich, ob etwa im Parteiausschusse Fragen erledigt werden können, wie die über die Abstimmung beim Budget. Es ist unmöglich, daß solche Fragen dort anders entschieden werden können, als durch den Parteitag. Kein Parteitag würde sich das gefallen lassen, und kein Parteivorstand würde sich über die Beschlüsse des Parteitages hinwegsetzen, selbst wenn der gutachtliche Beirat das beschließen würde, den wir im Parteiausschuß in Zukunft haben. Man hat gesagt, man werde schon sehen, wie der Hase läuft. Der Hase wird noch lange nicht so laufen, wenn selbst ein Parteiausschuß das beschließen würde ..." (S. 326 f.)

Die Anträge werden durch die Annahme des Entwurfs (siehe den Artikel „Organisationsstatut") erledigt.

In Jena **1913** bemerkte Scheidemann im Vorstandsbericht unter anderem:

„... So wie das Berichtsjahr das letzte Jahr gewesen ist mit dem Genossen Bebel, so war es das erste mit dem in Chemnitz eingesetzten Parteiausschuß. Es freut mich, ausdrücklich feststellen zu können, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen diese Einrichtung sich gut bewährt hat; ich freue mich umsomehr, das feststellen zu können, weil vereinzelt gegen den Parteiausschuß, in Verbindung damit natürlich auch gegen den Parteivorstand, schon Vorwürfe erhoben worden sind. Es ist in einer öffentlichen Versammlung von einem Genossen in einflußreicher und verantwortungsvoller Stellung die Behauptung aufgestellt worden, anstatt den Parteiausschuß mit großen politischen Fragen zu beschäftigen, habe ihn der Parteivorstand nur zur Erledigung von Verwaltungsfragen herangezogen, die ohne ihn hätten erledigt werden können. Wenn ich sage, diese Behauptung ist irrtümlich, so trifft das daneben, denn entweder hat der betreffende Genosse nicht gewußt, was der Parteiausschuß bisher gemeinsam mit uns gearbeitet hat, dann beging er keinen Irrtum, als er die Behauptung aufstellte, oder er hat es gewußt, dann ist die Situation für ihn natürlich noch peinlicher. Ich stelle fest, daß alle unsere parteipolitischen Aktionen in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten worden sind. Und mehr noch. Auch alle Aktionen, die bei dieser oder jener Gelegenheit vielleicht noch hätten in Betracht kommen können, aber nicht stattgefunden haben, sind in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten worden ..." (S. 220.)

Parteibetriebe.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lag folgender Antrag 15 (Frankfurt a. M.) vor:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens eine Zentrale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteigeschäfte regelmäßig zu besuchen und für deren geschäftliche, organisatorische Fortschritte besorgt zu sein. Die Institution ist ähnlich gedacht, wie solche von den deutschen Genossenschaften durch ihre Verbandsrevisoren bereits geschaffen ist."

In der Debatte über den Vorstandsbericht führte Göllner-Frankfurt a. M. aus:

„... In die gegenwärtige Debatte paßt der Antrag 15, den ich zu begründen habe, nicht gut hinein. Frühere Parteitage haben den Antrag abgelehnt. Ein Teil des Antrages ist ja schon zur Durchführung gekommen, indem ein Genosse zur Geschäftsrevision bereits angestellt ist. Diese Tätigkeit soll weitergeführt werden. Die Fortschritte unserer Parteigeschäfte könnten durch einen erfahrenen Berater beschleunigt werden. So besonders im Inseratenwesen und dem gemeinschaftlichen Papiereinkauf. Beim Papiereinkauf könnten wir billigere Preise und für die in Papierfabriken beschäftigten Arbeiter Vergünstigungen erzielen. Die Genossenschaften sind uns auf diesem Gebiete vorausgeeilt. Alles drängt nach Zentralisation, und unsere Parteigeschäfte überlassen wir den einzelnen Orten, bis man durch Fehler der Geschäftsleitungen zum Schaden der Partei und der Parteigeschäfte klug wird ..." (S. 245 f.)

Knauer-Sonneberg:

„...Der Antrag 15 wird ja zweifellos angenommen werden. Ich habe schon auf dem Nürnberger Parteitag darauf hingewiesen, daß eine schärfere Kontrolle der Parteigeschäfte notwendig ist..." (S. 247.)

Müller (Schlußwort):

„...Durch den Antrag 15, meinte Göllner, könnte ein gemeinschaftlicher Papiereinkauf erzielt werden und zufolge der besseren Revision würden manche Parteigeschäfte Ueberschüsse abwerfen. Wir können doch keinen Druck auf alle Parteigeschäfte ausüben, sich revidieren zu lassen. Wir sind noch nicht auf dem Wege zu dem großen sozialdemokratischen Zeitungstrust der Zukunft, bei dem auch die Ueberschüsse aus allen Geschäften in die Zentral-Parteikasse geliefert werden müssen. Fest steht, daß wir auf Wunsch überall revidieren ließen, auch dort, wo die Geschäfte nicht in finanziellen Beziehungen zur Zentralkasse stehen. Die Frage der Zuschüsse zu letzteren wird stets genau geprüft..." (S. 269.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, der dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtet:

„Mit dem Antrag 15 haben sich die Konferenzen der Bezirksvorstände und Geschäftsführer der Parteigeschäfte beschäftigt und seine Durchführung empfohlen, nachdem wir uns bereit erklärten, die erforderlichen Kosten zu tragen. In einem Rundschreiben ist den Parteigeschäften mitgeteilt worden, daß wir bereit seien, die Geschäfte regelmäßig durch unseren Revisor besuchen zu lassen." (S. 8.)

Dem Jenaer Parteitag **1913** wird berichtet:

„Am 25. Oktober 1912 tagte eine Konferenz von Vertretern der Parteigeschäfte, die sich mit einer Reihe wichtiger Angelegenheiten beschäftigte. Wegen der Revision der Parteigeschäfte wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Konferenz empfiehlt dringend, daß alle Parteigeschäfte in jedem Jahre mindestens einmal von dem Revisor des Parteivorstandes revidiert werden."

Wir haben diesem Beschluß zugestimmt und zu seiner Durchführung einen weiteren Revisor, den Genossen Adolf Schulz, Rüstringen, angestellt, der zu Beginn des neuen Geschäftsjahres seine Stelle angetreten hat. Im letzten Jahre sind 24 Parteigeschäfte revidiert worden, und zwar 15 einmal und 9 zweimal." (S. 29.)

Nicht genügend unterstützt wurde folgender Antrag 76, Ortsgruppe Nieder- und Ober-Hermersdorf (16. sächsischer Wahlkreis):

„Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Geschäftsführern der Parteidruckereien einerseits, sowie mit dem Personal andererseits die Gründung eines Hilfsfonds in die Wege zu leiten, um für die in Parteidruckereien beschäftigten technischen sowie Hilfspersonen eine Invaliden- und Arbeiterpensionsberechtigung sowie für deren Witwen und Waisen eine Hinterbliebenenunterstützung einzuführen."

Siehe auch die Artikel „Geschäftsführerkonferenzen", „Kontrollkommission", „Maifeier", „Parteipresse".

Parteigehälter.

Nicht genügend unterstützt wurde in Chemnitz **1912** der Antrag 82 II (Düsseldorf):

„Es ist eine Institution oder Ausschuß zu schaffen, der die Gehälter von denjenigen Genossen regelt, die ein Reichstagsmandat oder Landtagsmandat haben und sonst noch im Partei- und Gewerkschaftsleben angestellt sind."

Siehe auch die Artikel „Maifeier", „Parteivorstand".

Parteikorrespondenz.

Die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" beanspruchte

im Jahre 1910	. . . .	M. 18 814.89
„ „ 1911	. . . .	„ 23 064.26
„ „ 1912	. . . .	„ 37 506.95
„ „ 1913	. . . .	„ 31 001.70

Dem Magdeburger Parteitag **1910** wird berichtet:

„Antrag 263 (vom Leipziger Parteitag 1909), der dem Parteivorstand überwiesen wurde, lautet:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, baldigst die notwendigen Vorbereitungen zur Errichtung einer besonderen literarischen Abteilung in die Wege zu leiten, deren Aufgabe die Herausgabe und bessere Ausgestaltung der Parteikorrespondenz, ferner die Bearbeitung und systematische Herausgabe von Flugblättern und Flugschriften und die Errichtung einer Zentralregistratur sein soll."

Die Aufgaben, die der Antrag 263 der zu gründenden Abteilung zuweist, werden zum Teil durch die „Parteikorrespondenz", die auch eine besondere Registratur hat, und durch das Pressebureau erfüllt. Der Parteivorstand ist im Sinne des Antrages 263 mit der Erweiterung der bestehenden Einrichtungen beschäftigt. Am 13. April und am 1. August d. J. fanden in Düsseldorf Besprechungen mit Vertretern der Agitationsbezirke und der Parteipresse Rheinland-Westfalens statt, in denen über die Errichtung eines literarischen Bureaus beraten wurde, das besonders in jenen Gegenden unsere Genossen in ihrem Kampfe gegen das Großkapital und gegen das Zentrum unterstützen soll. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß das Bureau Ende des Jahres seine Tätigkeit aufnehmen kann. Den Wünschen der Antragsteller des Antrages 263 wird das zu errichtende Bureau gerecht zu werden suchen." (S. 17.)

Nach dem Agitationsbericht

„brachte die „Parteikorrespondenz" zu allen Agitationsfragen reichlich Material. Sie erscheint vierzehntägig in einer Auflage von 4100 Exemplaren." (S. 27.)

Diesem Parteitag lag folgender Antrag 83 (Wahlkreiskonferenz des 1. und 2. pfälzischen Wahlkreises) vor:

„Die „Parteikorrespondenz" möge nicht wie bisher nur den rednerisch tätigen Parteigenossen zugestellt werden, sondern in je einem Exemplar auch den sozialdemokratischen Ortsvereinen."

Im Vorstandsbericht sagte Pfannkuch:

„... Es wurde dann weiter gefordert, daß eine eigene literarische Abteilung dem Parteivorstand angegliedert werden sollte, deren besondere Aufgabe es sein sollte, eine Ausgestaltung der Flugblätter, die Einrichtung einer Zentralregistratur usw. herbeizuführen. Der Parteivorstand ist dieser Frage in eingehenden Beratungen nähergetreten. Es sind Verhandlungen mit unseren Organisationsleitern und Pressevertretern in Rheinland und Westfalen geführt worden. Sie liefen darauf hinaus, daß vorläufig, speziell im Rheinland, zur Bearbeitung der Zentrumspolitik ein derartiges Bureau eingerichtet werden sollte. Es sollte bereits am 1. Januar nächsten Jahres in Tätigkeit treten. Durch unvorhergesehene Schwierigkeiten, die in der Sache selbst und in den Persönlichkeiten liegen, ist es nicht möglich, den Termin innezuhalten. Die Frage wird aber weiter verfolgt. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die Sache zur Verwirklichung kommt ..." (S. 199.)

Weiterhin:

„... Der Anregung, die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" auszugestalten, ist Rechnung getragen. Der Kreis derjenigen, die sich ihrer als Quellen-

material bedienen, vergrößert sich andauernd. Es laufen fortwährend Anträge beim Parteivorstand ein, weitere Exemplare abzugeben. Ich möchte jedoch hier darauf hinweisen, daß die „Parteikorrespondenz“ nur unentgeltlich, aber auch nur unter Verantwortung der Organisationen abgegeben wird. Anträge auf Lieferung, die nicht von vornherein die Befürwortung und Begutachtung der Organisationen haben, können deshalb nicht so ohne weiteres berücksichtigt werden...“ (S. 202.)

Und im Schlußwort:

„... Was der Antrag 83 will, ist schon Praxis in der Partei. Der Antrag ist also überflüssig. Einzelmitgliedern ist auch bisher schon die „Parteikorrespondenz“ geliefert worden, insofern als die Parteiorganisation die darauf bezüglichen Anträge der Ortsvereine geprüft und dem Parteivorstand dann zur Ausführung überwiesen hat.“ (S. 221.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen. Pfannkuch ruft: „Das ist ja heute schon Praxis!“ (S. 225.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„Die „Parteikorrespondenz“ wird bereits seit Jahren in einem Exemplar an die Vorsitzenden der Ortsvereine abgegeben, wodurch Antrag 83 sich erledigt.“ (S. 16.)

Weiter heißt es:

„Die „Partei-Korrespondenz“ brachte zu allen schwebenden Fragen Agitationsmaterial. Sie erscheint jetzt in einer Auflage von 4350 Exemplaren. Ihre Redaktion wurde verstärkt, weil die mit der „Partei-Korrespondenz“ verbundene Registratur ausgebaut werden mußte. Damit das in der „Partei-Korrespondenz“ enthaltene reichhaltige Material noch bessere Verwendung finden kann, erscheint demnächst ein Generalregister der bisher erschienenen fünf Jahrgänge. Ferner wird seit Beginn dieses Jahres das gegnerische Flugblattmaterial systematisch bearbeitet. Bisher wurden in Erwiderung gegnerischer Angriffe 25 Flugblätter verfaßt und den Organisationen zur Verfügung gestellt.“ (S. 25.)

Der Bericht an den Chemnitzer Parteitag **1912** sagt:

„... Die Partei-Korrespondenz“ erscheint jetzt in einer Auflage von 4700 Exemplaren. Mit Beginn dieses Jahres werden den Beziehern der „Partei-Korrespondenz“ Sammelmappen geliefert, und um den Genossen die Sammlung des Materials zu erleichtern, wird das einseitig bedruckte Exemplar gelocht geliefert und der Stoff wird so angeordnet, daß auf jeder Seite nur eine Materie behandelt wird. Die „Partei-Korrespondenz“ erscheint 14tägig; zur Agitation gegen die Wehrvorlagen wurde jedoch eine Extranummer herausgegeben.“ (S. 22.)

In der Debatte über den Vorstandsbericht bemerkte Rink-Offenbach:

„... In der „Partei-Korrespondenz“ sind wiederholt lange stenographische Auszüge aus den Verhandlungen des Reichstages und des preußischen Landtages erschienen. In der Agitation können wir damit wenig oder gar nichts anfangen. Soweit es sich um Fragen von allgemeinem Interesse handelt, ist darüber in der Parteipresse berichtet, und ich möchte, ohne der Redaktion der „Partei-Korrespondenz“ nahezutreten, den Wunsch aussprechen, daß solche Auszüge nicht mehr erscheinen. . . .“ (S. 247.)

„... Der Zentralvorstand muß dafür sorgen, daß die „Partei-Korrespondenz“ in größerer Anzahl hinausgeschickt wird, nicht nur in ein bis zwei Exemplaren in die kleineren Parteiorte. Wenn gesagt wird, daß die „Partei-Korrespondenz“ lediglich ein Nachschlagewerk sein müsse, da alles, was in ihr stehe, schon in den politischen Zeitungen enthalten gewesen sei, so mag das gewiß für die großstädtischen Parteiblätter zutreffen. Aber die kleinen Parteiblätter sind nicht in der Lage, das Material so ausführlich zu bringen. Umsomehr müssen die kleinen Städte durch Zusendung der „Partei-Korrespondenz“ unterstützt werden. . . .“ (S. 269.)

Im Jenaer Bericht **1913** heißt es:

„Die vierzehntägig erscheinende „Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz", die zu allen aktuellen Fragen den Sammelmappen der agitatorisch tätigen Genossen reichlich Material lieferte, erscheint jetzt in einer Auflage von 5100 Exemplaren." (S. 20.)

Siehe auch den Artikel „Pressebureau".

Parteipresse und -literatur.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete der Vorstand:

„Die Zahl der Tagesblätter der Partei hat sich gegen das Vorjahr um zwei vermehrt. Die Partei besaß am Schlusse des Berichtsjahres 76 Tageszeitungen, die in 57 Druckereien hergestellt werden. . .

Seit dem November vorigen Jahres werden in der „Vorwärts"-Druckerei für die Blätter im Reiche Matern des Reichstagsberichts hergestellt, die den Blättern mit frühem Redaktionsschluß den rechtzeitigen Abdruck des Parlamentsberichts erleichtern. . .

Seit dem 1. Oktober vorigen Jahres erscheint in Punktierschrift als Organ für die Blinden deutscher Zunge „Die Neue Zeit" viermal jährlich. Das Blatt hat in den Kreisen der blinden Genossen überraschend schnell Eingang gefunden. . ." (S. 43 f.)

„. . . Gegen die Parteipresse wehte in den letzten Monaten wieder ein besonders scharfer Wind, der nicht nur harte Gefängnisstrafen für einige Redakteure, sondern auch Geldstrafen in Höhe von 500, 600, 800 und 1000 M. brachte. . ." (S. 59.)

„. . . Die Entwicklung unserer Presse zwingt die Parteigeschäfte fortdauernd zu Erweiterungen ihres Betriebes, die sich bei der Größe der Anlagen meist so kostspielig gestalten, daß auch große und alte Parteiorte sie nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, sondern die Hilfe der Zentralkasse in Anspruch nehmen müssen.

Die Gegner können also die Sorge um unsere Darlehen ruhig uns selbst überlassen. Die Kreditgewährung der sozialdemokratischen Zentralkasse ist wohl fundiert und durch hohe materielle und moralische Werte gedeckt. . ." (S. 65.)

An Unterstützungen erhielten (S. 68):

Aachener Ausgabe der „Rheinischen Zeitung" . .	M.	3 000,—
„Bayr. Wochenblatt"	„	2 000,—
„Casseler Volksblatt"	„	4 094,35
„Freie Presse", Straßburg	„	11 400,—
„Gazeta Robotnicza"	„	13 200,—
„Königsberger Volkszeitung"	„	12 000,—
„Lüdenscheider Volksstimme"	„	3 000,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	2 000,—
„Mülhauser Volkszeitung"	„	12 454,80
„Niederrhein. Arbeiter-Zeitung"	„	4 000,—
„Niederrhein. Volkstribüne"	„	6 120,—
„Nordhäuser Volkszeitung"	„	1 000,—
„Offenburger Volksblatt"	„	4 145,90
Russische Parteiblätter	„	4 000,—
„Saalfelder Volksblatt"	„	1 000,—
„Schwäbische Volkszeitung", Augsburg	„	7 500,—
„The Call", New-York	„	10 040,95
„Volksblatt", Mühlhausen i. Th.	„	200,—
Summa:	M.	101 156,—

Nicht genügend unterstützt wurde der folgende Antrag

35. Lilienthal, 17. hannoverscher Kreis: „Die Parteipresse ist verpflichtet, Bekanntmachungen von Versammlungen, Sitzungen und sonstigen Veranstaltungen von

Parteiorganisationen in ihrem Verbreitungsgebiet unentgeltlich in ihrem lokalen Teil aufzunehmen."

Im mündlichen Vorstandsbericht führte Pfannkuch aus:

„. . . Die intensive allgemeine Agitation, wie insbesondere die bei der Wahlrechtsbewegung und bei den Nachwahlen, sowie auch bei den Landtagswahlen, kam der Parteipresse hervorragend zugute. Ueberall stiegen die Abonnentenziffern. Immer größere Volkskreise werden in den Bann unserer Ideen gezogen. Mit Genugtuung kann festgestellt werden: unsere Presse steht jetzt auf gesicherter Grundlage und ist ein festes Bollwerk und eine tüchtige Angriffswaffe im proletarischen Befreiungskampf. Von den 73 Tageszeitungen, über die wir verfügen, brauchen nur noch 26 von der Partei Subventionen, und hauptsächlich solche, die in noch zu erschließenden Gebieten des Reiches erscheinen, die aber nicht vernachlässigt werden dürfen, sondern gerade aus diesem Grunde besonders bevorzugt werden müssen. . ." (S. 201.)

Ebert fügte dem hinzu:

„. . . Die Partei besitzt heute 73 Tageszeitungen, außerdem erscheinen zwei Blätter dreimal wöchentlich, eins zweimal und eins einmal wöchentlich. Hierzu kommt noch die alle 14 Tage erscheinende „Gleichheit". Zusammen also 78 Parteiblätter. In den letzten Jahren hat unsere Parteipresse und ihre Entwicklung unter den Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis sehr zu leiden gehabt. Im Jahre 1908 hatten wir in einer ganzen Anzahl von Bezirken Verluste an Abonnenten zu verzeichnen, die nur ausgeglichen werden konnten durch den Gewinn in anderen Bezirken. Die Zunahme der Abonnenten im Jahre 1908 betrug daher nur 11 582. Im Vorjahre hatten wir sogar einen Verlust von 19 791 Abonnenten. Das letzte Jahr zeigt dagegen einen recht erfreulichen Fortschritt. Nur drei Zeitungen haben einen geringen Verlust von Abonnenten aufzuweisen, alle übrigen haben zum Teil sehr erhebliche Zunahme an Abonnenten zu verzeichnen. Wir hatten im Jahre 1909 1 041 498 Abonnenten, am Schlusse 1910 1 160 016. Das ist eine Zunahme von 118 518 Abonnenten. (Bravo!) Die Einnahme aus Abonnements ist im letzten Jahre um 259 000 M. gestiegen und die Einnahme aus Inseraten um 616 000 M. Wir haben also, außer der schon von Pfannkuch hervorgehobenen sehr erfreulichen Zunahme von Mitgliedern unserer Parteiorganisation in Höhe von rund 86 000, auch einen Gewinn an Abonnenten von 118 518 zu verzeichnen. Das zeugt von fleißiger und erfolgreicher Parteiarbeit, wofür der rastlosen und mühevollen Kleinarbeit unserer Parteiorganisationen besonders Anerkennung gezollt werden muß. Selbstverständlich ist bei der Zunahme unserer Abonnentenzahl auch die Gunst der politischen Verhältnisse mit in Betracht zu ziehen. Durch die Steuerausplünderung und vor allem infolge der Wahlrechtskämpfe sind Scharen von Proletariern, die uns bisher gleichgültig oder gar feindlich gegenübergestanden haben, unseren Organisationen zugeführt worden und unserer Parteipresse ist der Eingang erleichtert worden in die Hütten von Hunderttausenden von Proletariern. . ." (S. 206 f.)

Siehe auch den Artikel „Agitation" (Anträge 4 und 5).

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„Die Zahl der täglich erscheinenden Parteiblätter hat sich gegen das Vorjahr um 6 vermehrt. .

Die Partei besaß am Schlusse des Berichtsjahres 81 Tageszeitungen, die in 61 Druckereien hergestellt werden. Die Revision der Parteigeschäfte, die zu der Gesamtpartei finanzielle Beziehungen haben, erfolgte bisher im Nebenamte. Seit Mitte Februar werden diese Revisionen im Hauptamte ausgeführt. Der bisherige Revisor ist gleichzeitig technischer Gutachter des Parteivorstandes für Druckerei- und Presseangelegenheiten. . ." (S. 41.)

„. . . Die Parteipresse wurde vielerorts fortgesetzt verfolgt und die Redakteure wurden mit hohen Geld- und schweren Gefängnisstrafen belegt. Am stärksten ist dieses Verfolgungssystem in Halle a. S. ausgebildet. Vom 1. April 1910 bis 1. April 1911 mußte das „Hallesche Volksblatt" allein 10 248,09 M. für Geldstrafen und Gerichtskosten opfern. Und ähnlich ist die Justiz von Königsberg und Breslau bis Dortmund und Düsseldorf unserer

Presse auf den Fersen. Dazu kommt, daß immer wieder den inhaftierten Redakteuren das Recht auf Selbstbeschäftigung streitig gemacht wird. In einigen Fällen hatten Beschwerden Erfolg. Im Gefängnis zu Lingen wurde dem Genossen Mei-lich jedoch hartnäckig eine angemessene Selbstbeköstigung (lies: Selbstbeschäftigung) verweigert. Er muß Sprengstoffhülsen anfertigen. Diese Art Gefängnisfolter steht im Widerspruch zu der Bundesratsverordnung vom 28. Oktober 1897 über den Strafvollzug, nach der bei der Beschäftigung auf den Bildungsgrad und die Berufsverhältnisse Rücksicht zu nehmen ist. Auch im thüringischen Gefängnis zu Ichtershausen wurde dem Genossen Pfeuffer die Selbstbeschäftigung verweigert. In anderen Fällen, in denen Selbstbeschäftigung gewährt wurde, hat man die Selbstbeköstigung und das Tragen eigener Kleidung abgelehnt. Das sind Vergünstigungen, die so vielen wegen schwerer Eigentumsvergehen verurteilten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft gewährt wurden. Auch ein Beitrag zur Verfassungsphrase von der Gleichheit vor dem Gesetz.

In Halle, Frankfurt a. M., Hannover, Berlin, Schweidnitz, Neumünster, Breslau, Remscheid, Essen, Elberfeld, Magdeburg und an anderen Orten wurden wegen der Wahlrechtsdemonstrationen und damit zusammenhängenden angeblichen Beleidigungen der Polizei durch die Presse zahlreiche Genossen zum Teil zu hohen Strafen verurteilt. . ." (S. 57.)

Folgende Preßunterstützungen (S. 65) wurden gewährt:

Aachener Ausgabe der „Rheinischen Zeitung" .	M.	3 000,—
„Augsburger Volkszeitung"	„	1 500,—
„Casseler Volksblatt"	„	4 319,95
„Danziger Volkswacht"	„	1 202,40
„Gazeta Robotnicza"	„	13 200,—
„Königsberger Volkszeitung"	„	9 600,—
„Krefelder Volkstribüne"	„	4 640,—
„Lüdenscheider Volksstimme"	„	3 000,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	1 500,—
„Mülhauser Volkszeitung"	„	12 718,50
„Nordhäuser Volkszeitung"	„	1 000,—
„Freie Presse", Straßburg i. E.	„	8 400,—
Sozialdemokratie Rußland	„	2 002,50
Sozialdemokratie Lettlands	„	3 000,—
Sozialdemokratie Russisch-Polen	„	2 000,—
Summa . .	M.	71 083,35

Dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen wurde der Antrag

39. Hamburg III, Distrikte Harvestehude, Barmbeck, Rothenburgsort: „1. Wir ersuchen den Parteivorstand, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erschienenen Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Verlag Dietz in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften mit 50 Proz. Rabatt abgibt.

2. Wir ersuchen den Parteivorstand, die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde, ähnlich den Sammlungen „Göschen", „Aus Natur und Geisteswelt", „Wissenschaft und Bildung". Zur Behandlung müßten unter anderem gelangen mit besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts: Deutsches Wirtschaftsleben, Landwirtschaft, Bankwesen, Handwerk, Welthandel, Deutscher Handel, Dampfmaschine, Elektrizität, Verkehrswege, Eisenbahnen, Schiffahrt, Kriegswesen, Berufsstatistiken, Bauern und Landarbeiter, soziale Theorien, Zeitungswesen, Verfassungsgeschichte, Revolutionen, Reichsgründung, aus der Geschichte der Religion oder des Christentums, aus der Literaturgeschichte, philosophische Systeme, aus der Geschichte früherer Jahrhunderte und anderer Völker.

Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek" bei Dietz in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder" des Vorwärts-Verlages."

Siehe auch die bei dem Artikel „Buchhandlung Vorwärts" wiedergegebenen Anträge 32 und 33.

Ebert führte im Bericht über Kasse und Presse u. a. aus:

„... Nach den Berichten unserer Parteiblätter, einschließlich der „Gazeta Robotnicza", der Wochenblätter für Bayern und Danzig und der „Gleichheit", hatten wir am 30. Juli 1911 einen Abonnentenstand von 1 306 465. Gegen das vergangene Jahr ist das eine Zunahme von 146 449 Abonnenten der Parteipresse. Die Einnahmen aus Abonnements sind im letzten Jahre um 875 465 M. gestiegen, die Einnahmen aus Inseraten um 873 048 M. Es ist interessant, kurz auf den Entwicklungsgang der Parteipresse hinzuweisen. Im Jahre 1890 hatten wir 254 000 Abonnenten, 1899 waren es 400 000, 1906 schon 837 790, 1909 waren es 1 041 488, 1910 waren es 1 160 016, und 1911 sind es 1 306 465. Die Einnahmen aus Abonnements betrugen 1910 6 965 253 M., 1911 7 840 718 M. Die Einnahmen aus Inseraten betrugen 1910 4 980 254 M., 1911 5 853 302 M. Wir haben also neben den gewaltigen Fortschritten in der Parteiorganisation auch eine geradezu glänzende Entwickelung unserer Parteipresse in den letzten Jahren zu verzeichnen. . . Bei den letzten Reichstagswahlen hatten wir einen Abonnentenzuwachs von 211,000 zu verzeichnen. Wenn überall bei den kommenden Kämpfen unsere Parteigenossen die Wahlbewegung mit einer systematischen und energischen Propaganda für unsere Parteipresse verknüpfen, dann werden wir im nächsten Jahre nicht nur 1½ Millionen Abonnenten erreichen, sondern kräftig auf die zweite Million losmarschieren. (Lebhafter Beifall.)" (S. 202.)

Ostmann-Hamburg II führt zur Begründung des Antrages 33 aus:

„Unser Antrag ist aus dem seelischen Wunsch der Parteischüler entstanden. Der Vorwärts-Verlag soll die Schriften an die Parteischüler ebenso billig abgeben, wie zurzeit schon der Verlag Dietz in Stuttgart. Da die Bildungsbestrebungen in der Arbeiterbewegung immer größeren Platz einnehmen, ist es nötig, daß der Vorwärts-Verlag die Preise so ermäßigt. Die Parteischüler haben ja kein übriges Geld, und schon auf früheren Parteitagen sind ähnliche Anregungen gegeben worden. — Die vom Vorwärts-Verlag herausgegebenen „Kulturbilder" sind große, unhandliche Werke und deshalb recht schlecht zu gebrauchen. An Stelle der „Kulturbilder" könnte eine große Anzahl von Schriften treten, die der Arbeiterschaft viel mehr Nutzen bringen als die „Kulturbilder". Nehmen Sie daher unseren Antrag an." (S. 271.)

Stelling-Lübeck begründet den Antrag 32:

„Unser Antrag deckt sich in gewissem Sinne mit den Anträgen, die bereits begründet sind, er weicht nur insofern davon ab, als wir wünschen, daß die Agitationsbroschüren zu dem billigen Preise nicht nur an die Bildungsausschüsse, sondern ganz allgemein abgegeben werden sollen. Obwohl ich nicht verkenne, daß ganz allgemein betrachtet im Vergleich zu der Arbeit die Preise nicht sehr hoch sind, muß ich doch sagen, daß für einzelne literarische Erzeugnisse ziemlich hohe Preise gefordert werden. Aber wir müssen mit unseren Broschüren immer weiter in das Volk eindringen, und dazu ist nötig, daß wir den vorwärts strebenden Proletariern auch die Möglichkeit geben, sie zu erwerben. Weiter wünschen wir die Herausgabe von populären Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung, nicht nur für die Landarbeiter, sondern auch für die kleinen Bauern, die Häusler usw. Vierseitige Flugblätter in enger Schrift haben für diese Leute keinen Wert, sie werden nicht gelesen oder nicht verstanden. So schwer der Plan auch ist, aber der Versuch muß gemacht werden. Was den letzten Teil des Antrages 32 betrifft, so hatte schon der Vorredner darauf hingewiesen, daß die „Kulturbilder" ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Die Illustrationen lassen außerordentlich viel zu wünschen übrig, man sollte sie deshalb beseitigen und geeigneteres Material an ihre Stelle setzen." (S. 272.)

Dr. Gradnauer-Dresden:

„Ebert hat eine Angelegenheit nicht mitbesprochen, die mir doch sehr erwägenswert und dringend erscheint. Wir haben alle Veranlassung, die Gedanken, die in den Hamburger Anträgen 33 und 39 niedergelegt sind, soweit sie die Herausgabe von Mo-

nographien aus dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften betreffen, in Erwägung zu ziehen. Die Partei ist zwar an Literatur mannigfacher Art sehr reich geworden, wir haben neben den Agitationsschriften eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur. Es fehlen uns aber fast vollständig solche Schriften, die geeignet sind, das sozialistische Wissen in populärer Weise an die breiteren Massen der Arbeiter heranzubringen. Unsere wissenschaftliche Literatur bleibt allzu sehr auf kleine Kreise der fortgeschrittensten Parteigenossen beschränkt, aber an weitere Kreise der bildungsdurstigen Arbeiterschaft kommt sie nicht heran. Diese Lücke wird um so fühlbarer, seitdem wir in Bildungs= und Unterrichtskursen Anregungen zu weiterer Ausbildung geben. Da sind wir schwer imstande, den jung heranwachsenden Genossen genügend Auskunft zu geben, wenn sie fragen: Wo sind die Bücher, in denen wir weiter lernen und uns über die verschiedenen, den Arbeiter interessierenden Gebiete des Wissens orientieren können? Auf den Gebieten der Wirtschaftsgeschichte, der politischen Geschichte, der Literaturgeschichte usw. fehlt es an handlichen Büchlein, die knapp und einfach, verständlich für den Arbeiter gehalten sind, die in erster Linie das Tatsächliche anschaulich zur Darstellung bringen, die aber auch im Preise den Verhältnissen des Arbeiters gerecht werden. Wir haben ja nicht einmal ein Buch über die deutsche Wirtschaftsgeschichte, wir haben keine Darstellung von der Entwickelung des deutschen Handels, des Verkehrswesens, des Handwerks, des Bank= und Börsenwesens usw. Ich empfinde es geradezu als einen ungeheuren Mangel, daß wir noch nicht einmal eine Parteigeschichte für die Masse der Arbeiter haben, denn die große vierbändige Geschichte von Franz Mehring stellt selbstverständlich große Anforderungen an die Arbeiter. Es fehlt eine Uebersicht über die Entwickelung der Arbeiterbewegung in Deutschland usw. Die naturwissenschaftlichen Fragen könnten wir ruhig der bürgerlichen Literatur überlassen, da wir darin es auch nicht besser machen können. Wir dürfen aber die Arbeiter nicht zwingen, in den für uns so wichtigen Fragen der Gesellschafts=, Geschichts= und Kulturwissenschaften zur gegnerischen Literatur zu greifen, weil wir nicht selbst die nötigen einfach gehaltenen Schriften haben. Die Bücher aus der Göschen= und Teubner=Sammlung, in denen solche Probleme behandelt werden, sind oft sehr reaktionär, konservativ oder nationalliberal gehalten. Es ist sehr zu bedauern, daß auch die Arbeiterschaft zu solchen Schriften zu greifen veranlaßt ist. Darum haben wir alle Veranlassung, diesen *Unternehmungen von bürgerlicher Seite etwas von uns aus entgegenzusetzen.* Das wird eine wichtige Aufgabe sein, mit der sich der Parteivorstand nach den Wahlen ernstlich beschäftigen möge." (S. 274.)

Dem *Chemnitzer* Parteitag **1912** wird berichtet:

„Die Anträge 32, 33, 39 . . . ., die hauptsächlich billige Lieferung der im Parteiverlag erscheinenden Schriften und die Herausgabe einer Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften fordern, sind eingehend erwogen worden. Soweit wie möglich soll den Anregungen entsprochen werden." (S. 8.)

„Am Schlusse des Berichtsjahres verfügte die Partei über *86 Tageszeitungen*. . . . Unter den Tageszeitungen befinden sich 19 sogenannte Kopfblätter. Neben den Tageszeitungen erscheinen das „Bayerische Wochenblatt", die „Volkswacht" in Danzig zweimal wöchentlich und ebenso die „Gazeta Robotnicza" in Kattowitz.

Von diesen 89 Parteizeitungen werden acht in Privatdruckereien hergestellt, die übrigen in 59 Parteidruckereien. Der *Parteivorstand* ist an 23 Druckereien finanziell beteiligt. Neben sonstigem Einfluß auf die Verwaltung hat er sich auch das Recht der jederzeitigen Revision dieser Geschäfte gesichert. Außerdem haben in Ausführung des uns vom Jenaer Parteitag überwiesenen Antrages 15 weitere 20 Parteigeschäfte die Revision durch den Parteivorstand gewünscht. Im Laufe des Geschäftsjahres sind durch den vom Parteivorstand bestellten Revisor 28 Geschäfte revidiert worden. Davon 14 einmal, 12 zweimal und 2 dreimal.

Unter Hinzurechnung der „Gleichheit" verfügte die Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1 478 042 *Abonnenten*.

Gegenüber dem Vorjahre ist das eine *Zunahme an Abonnenten* von 171 577. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 7 840 718 M. auf 8 888 834 M. und die Einnahmen aus Inseraten von 5 853 302 M. auf 6 830 496 M. gestiegen. Neben der erheblichen Stärkung der Parteiorganisation hat also auch die Presse erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. . . ." (S. 40.)

Weiter heißt es:

. . . Die Ausgabe für Pressezuschüsse (S. 62) weist einen geringen Rückgang auf. Sie verteilt sich auf die einzelnen Blätter wie folgt:

Aachen, „Rheinische Zeitung"	500,— M.
Berlin, „Blindenorgan"	450,— „
Danzig, „Volkswacht"	4 847,85 „
Kassel, „Volksblatt"	5 262,50 „
Kattowitz, „Gazeta Robotnicza"	12 100,— „
Königsberg, „Königsberger Volkszeitung"	7 000,— „
Krefeld, „Volkstribüne"	7 392,— „
Lüdenscheid, „Volksstimme"	4 750,— „
Lüneburg, „Volksblatt"	500,— „
Mülhausen i. E., „Mülhauser Volkszeitung" . .	12 565,50 „
Nordhausen, „Nordhäuser Volkszeitung"	1 000,— „
Straßburg i. E., „Freie Presse"	4 500,— „
Ausländische Parteiblätter	9 816,42 „
Summa	70 684,27 M.

Nicht genügend unterstützt wurden die Anträge

79. Bremen: „Die Kontrolle der parteitaktischen Haltung der Parteiorgane und die der Auswahl der Angestellten steht nur den von den Genossen des Verwaltungsbezirks gewählten Instanzen zu."

178. Teltow-Beeskow-Charlottenburg: „Den Vorwärts-Verlag zu beauftragen, einen geschmackvollen Abreißkalender herauszugeben, auf dem Sinnsprüche und Mitteilungen enthalten sind, die unserer Welt- und Lebensanschauung entsprechen und zum Studium unserer Literatur anregen.

Um die Herstellungskosten zu verringern und einen Massenabsatz zu ermöglichen, sind die Verlagsanstalten und Druckereien der Partei zu veranlassen, ihren Bedarf an Abreißkalendern von dem Vorwärts-Verlag zu beziehen."

Im mündlichen Bericht führte Ebert aus:

„. . . Neben der Organisation ist die Presse von größter Wichtigkeit für die Partei. Die Zahl unserer Tageszeitungen hat sich im letzten Jahre um fünf vermehrt, sie ist auf 86 gestiegen. So sehr das auch zu begrüßen ist, so muß doch immer wieder vor übereilten Blattgründungen gewarnt werden, besonders wenn es sich um die Schaffung selbständiger Zeitungen handelt. In den letzten Jahren sind entgegen sachkundigem Rat mehrfach Unternehmungen geschaffen worden, die nun einen außerordentlich schweren Stand haben, weil die Voraussetzungen für ihre Existenzmöglichkeit eben nicht gegeben sind. Der Parteivorstand muß bei finanzieller Beteiligung an Presseunternehmungen sich von bestimmten Grundsätzen leiten lassen, wenn er nicht geradezu unabsehbare und bedenkliche Konsequenzen schaffen will. Die Parteitage haben sich mit dieser Frage vielfach beschäftigt und der Parteitag in München (1902) hat einen Beschluß gefaßt, der notwendig wieder in Erinnerung gerufen werden muß. Er lautet:

„Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neu zu gründenden Parteipresse ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder teilweise zu übernehmen."

(Hört! hört!) Dieser Beschluß besteht heute noch zu Recht, und ich muß namens des Parteivorstandes auf das dringendste verlangen, daß überall, wo man sich mit Pressegründungen beschäftigt, dieser Beschluß ernstlich beachtet wird. Nicht allein an unsere Organisation ist diese Aufforderung zu richten, nein, ich muß mich damit auch an die Maschinen- und Schriftenfabriken wenden, die bei der Gewährung von Kredit außerordentlich weit gehen, dabei aber immer als Rückhalt die Zentralkasse der Partei im Auge haben. Wenn jene Geschäfte künftig sich vor Schaden bewahren wollen, so muß ich auch sie dringend bitten, diesen Beschluß des Parteitages zu beachten.

Selbstverständlich wird der Parteivorstand an Neugründungen immer mit einer gewissen Weitherzigkeit herantreten; wo aber die Voraussetzungen für derartige Unternehmungen fehlen, da wird er ablehnen müssen, wenn er sich nicht einer geradezu unverantwortlichen Verwaltung des Parteivermögens schuldig machen will. . . .

Der Parteivorstand muß aber auch öfter bei den bestehenden Blättern mit finanzieller Hilfe eingreifen, wenn es sich um Betriebsveränderungen oder um sonstige neue Einrichtungen handelt. Dabei handelt es sich in der Regel um recht große Beträge, die dann den betreffenden Geschäften als Darlehen gegeben werden. Heute ist ein großer Teil des Parteivermögens, weit über 1 Million Mark, in solchen Darlehen angelegt. Soll der Parteivorstand auch für diesen Vermögensteil der Gesamtpartei gegenüber die Verantwortung tragen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß er auch an der Verwaltung solcher Parteigeschäfte beteiligt wird, daß ihm bei bestimmten Dingen, die die Rentabilität des Unternehmens beeinflussen, ein entscheidendes Einspruchsrecht eingeräumt wird. In der Praxis sind die Dinge so geregelt worden, daß solche Geschäfte bei Neuanschaffungen, die einen gewissen Wert übersteigen, oder bei der Festsetzung des Umfangs der Zeitung, bei der Lohn- und Gehaltsregelung, bei der Anstellung und Entlassung von Redaktions- und Verwaltungspersonal die Zustimmung des Parteivorstandes einzuholen haben. Weiter ist ausbedungen, daß dem Parteivorstand das Recht zusteht, diese Unternehmen jederzeit einer Revision zu unterwerfen. Heute steht eine große Anzahl Parteigeschäfte unter diesen Bedingungen. Die Handhabung ist von uns aufs loyalste geführt worden. Abgesehen von zwei Fällen ist bisher alles glatt erledigt worden. In einem Falle handelte es sich um die Entlassung, in einem zweiten Falle um die Anstellung eines Redakteurs. Nach Verhandlungen mit Parteiverlag und Pressekommission der in Frage kommenden Blätter ist aber auch hier Uebereinstimmung herbeigeführt worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei unseren Entscheidungen die Unabhängigkeit der Redaktionen wahren. Das ist bisher von uns auf das peinlichste beobachtet worden. Wir haben nach der Richtung hin geradezu Garantien gegeben. . ." (S. 208 f.)

„. . . Wir haben im letzten Jahr 171 577 Abonnenten gewonnen gegen 146 449 im Vorjahre. Was ich vorhin über die Mitgliederbewegung gesagt habe, trifft auch im wesentlichen bei der Parteipresse zu. Neben der Zunahme an Abonnenten hat die Parteipresse in den letzten Jahren auch gewaltig an innerem Wert gewonnen, an dem, was sie leistet zur Erweckung des Klassenbewußtseins des Proletariats, zur politischen und wissenschaftlichen Aufklärung. Es muß rühmend anerkannt werden, daß insbesondere während des Reichstagswahlkampfes unsere Parteipresse geradezu Glänzendes geleistet hat. Große Schichten der Arbeiter stehen uns aber heute noch fern; sie betrachten die Zeitungslektüre lediglich als Befriedigung ihrer Neugierde und bilden die Träger der sogenannten farblosen Presse. Hier liegt noch eine große wichtige Arbeit für die Partei. Hier muß mit voller Wucht eingesetzt werden! Je größer die Ausbreitung der Parteipresse, desto mehr kann sie ihrer großen Aufgabe genügen, um so größer wird ihre Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung unserer großen Aufklärungsarbeit!

. . . Die Parteiverlage in Stuttgart und Berlin haben eine gesteigerte Tätigkeit entfaltet. Ueber die Vorwärts-Buchhandlung liegt der schriftliche Bericht vor. Der Verlag von Dietz hat vom 1. April 1911 bis zum 30. Juni 1912 18 Bücher in einer Gesamtauflage von 120 000 Exemplaren erscheinen lassen. Augenblicklich ist eine Volksausgabe des ersten Bandes des „Kapital" in Vorbereitung. (Bravo!) Die Herausgabe wurde vom Parteivorstand Karl Kautsky übertragen. Auch auf das im Vorwärts-Verlag erscheinende „Internationale Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung" möchte ich besonders hinweisen. . . ." (S. 215 f.)

Im Verlaufe der Debatte konstatierte der Vorsitzende Noske:

„Es sind Zweifel darüber entstanden, ob der Antrag 79 die ausreichende Unterstützung gefunden hat. Ich stelle deshalb noch einmal die Unterstützungsfrage. Der Antrag 79 ist nicht unterstützt." (S. 248.)

Im Jenaer Bericht **1913** heißt es u. a.:

„. . . Dann ist aber auch die Frage aufzuwerfen, ob unsere Parteipresse ihre propagandistische Aufgabe nicht vernachlässigt hat. Unsere Presse wendet sich ersichtlich immer mehr fast ausschließlich an den organisierten und geschulten Parteigenossen, bei dem sie vieles voraussetzen darf, was dem Indifferenten, der erst aufmerksam gemacht, zum Nachdenken veranlaßt und für uns gewonnen werden soll, zumeist vollkommen unbekannt ist. Hier handelt es sich um ein Problem, das ernsthaft erörtert werden muß.

Unsere Presse soll nicht nur den bereits klassenbewußten Arbeiter unterrichten über das, was in der Welt vorgeht, soll nicht nur ihm Belehrung und Anregung bieten, sie soll auch die uns noch Fernstehenden gewinnen. . . ." (S. 8.)

„Die Zahl der täglich erscheinenden Parteizeitungen betrug am Ende des Geschäftsjahres 90. Es sind im Laufe des Jahres neu hinzugekommen: „Volkszeitung" in Arnstadt, „Volkszeitung" in Eisenach, „Weimarsche Volkszeitung" in Jena, „Abendpost" in Osnabrück und „Dziennik Robotnicza" in Kattowitz. Eingegangen ist das früher in Erfurt für die Weimarschen Wahlkreise herausgegebene Kopfblatt „Thüringen" und die in Kattowitz erschienene „Gazeta Robotnicza". Neben den Tageszeitungen erscheinen das „Bayerische Wochenblatt" und die „Volkswacht" in Danzig zweimal wöchentlich.

Neue Parteidruckereien sind in Duisburg, Jena und Rostock errichtet worden; im ganzen sind jetzt 62 Parteidruckereien im Betriebe. Sieben Parteizeitungen werden noch in Privatdruckereien hergestellt.

Eine Umfrage über das an der Parteipresse beschäftigte Personal hatte folgendes Ergebnis:

Festangestellte Redakteure . . .	267	Festangestellte Inseratenakquisiteure	85
Geschäftsführer	89	Technisches Personal	2646
Kaufmännisches Personal . . .	273	Zeitungsausträgerinnen	7589
Sonstige Verwaltungsangestellte .	140		

. . . Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse betrug unter Hinzurechnung der „Gleichheit" am 31. März 1913 1 465 212 gegen 1 478 042 am 30. Juni 1912. Die Abonnentenzahl hat sich also um 12 830 verringert. Durch Veränderung des Geschäftsjahres mußte zum ersten Male die Abonnentenfeststellung am 31. März erfolgen. Erfahrungsgemäß ist der Abonnentenstand an diesem Termin immer am ungünstigsten. Es haben aber auch die verschlechterten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die sich im Baugewerbe besonders bemerkbar machten, auf den Abonnentenstand ungünstig eingewirkt. An dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 Zunahme zu verzeichnen haben." (S. 28 f.)

S. 51 heißt es:

. . . Der Posten „Darlehnskonto" weist eine erhebliche Steigerung auf, da einigen Parteiblättern zum Ausbau ihrer Betriebe die ihnen vor der Reichstagswahl zugesicherte Hilfe gewährt werden mußte. Pressezuschuß erhielten folgende Blätter:

Arnstadt, „Volkszeitung f. Schwarzburg-Sondersh."	1 000,— M.
Berlin, „Blindenorgan"	250,— „
Danzig, „Volkswacht"	4 288,70 „
Freiburg, „Volkswacht"	6 000,— „
Kassel, „Volksblatt"	1 503,90 „
Kattowitz, „Gazeta Robotnicza"	8 266,32 „
Königsberg, „Königsberger Volkszeitung" . . .	6 000,— „
Krefeld, „Volkstribüne"	4 580,— „
Landsberg a. W., „Neumärkisches Volksblatt" . .	8 000,— „
Lörrach, „Volkszeitung"	520,— „
Lüdenscheid, „Volksstimme"	2 250,— „
Mülhausen i. E., „Mülhauser Volkszeitung" . . .	10 646,— „
Mühlhausen i. Th., „Volksblatt"	1 000,— „
Nordhausen, „Nordhäuser Volkszeitung"	3 500,— „
Ausländische Parteiblätter	15 000,— „

Dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen wird der Antrag

52. Niederbarnim: „Der Parteivorstand wird beauftragt, statistisches Material über Volkswirtschaft (eventuell durch graphische Darstellung und Diagramme) in Broschürenform im Buchhandel permanent erscheinen zu lassen."

Scheidemann führte aus:

„. . . Es ist uns sehr verübelt worden, daß in dem schriftlichen Bericht des Vorstandes gesagt ist: Wir wollen es ununtersucht lassen, ob die Parteipresse alles getan hat, um an die indifferenten Massen heranzukommen. Wir haben angedeutet, daß manche unserer

Blätter fast ausschließlich für die eigenen Parteigenossen schreiben und dabei vergessen, daß das Parteiorgan das wichtigste Werbemittel der Partei sein soll (Sehr richtig!), d. h. daß die Presse so geschrieben sein muß, daß der Indifferente nicht davor steht, wie vor einer Sache, von der er absolut kein Verständnis hat. (Sehr gut!) Manche Parteizeitungen — ich betone ausdrücklich, daß ich nicht verallgemeinern will — sind geradezu nur für die eingeschriebenen Parteimitglieder gemacht; unsere ganze Terminologie, alle die Wendungen, die jedem von uns geläufig sind wie das ABC, sind doch für die Massen, an die wir herankommen wollen, vielfach unverständlich, die lesen aus den ihnen unbekannten Worten oft etwas ganz anderes heraus, als was gemeint ist. Es wird zu untersuchen sein, ob nicht da und dort unsere Parteiredaktionen sich etwas mehr bedenken müssen, was für große, wichtige Aufgaben ihnen zukommen. . . ." (S. 226.)

Braun sagte im Kassenbericht:

„. . . Die Abonnentenzahl hat, wie Sie aus dem schriftlichen Bericht ersehen, absolut abgenommen. Wir hatten 1911/12 89 Blätter, 1912/13 92 Blätter. Die Zahl der Abonnenten aber, die im vorhergehenden Berichtsjahr 1 478 042 betrug, ging im Berichtsjahr auf 1 465 212 hinunter. Wir haben also einen Verlust von 12 830 Abonnenten zu verzeichnen gehabt. Wer die Verhältnisse im Arbeiterleben kennt, weiß, daß, wenn es infolge des wirtschaftlichen Niederganges in der Arbeiterfamilie knapp wird, man bei solchen Dingen zu sparen sucht, die nicht zum unmittelbaren Lebensunterhalt gehören. Da wird zuerst die Zeitung abbestellt, zwei Familien behelfen sich oft mit einem Blatt. Darauf ist wohl zum großen Teil der Rückgang der Abonnentenzahl zurückzuführen. Wir haben weiter in diesem Jahr Erhebungen angestellt darüber, wieviel Beschäftigte unsere Zeitungs- und Druckereibetriebe aufzuweisen haben. Die Zahl der in Parteibetrieben Beschäftigten stellt sich danach auf 11 089. Dies große Heer von Beschäftigten zeigt, welchen Umfang unsere Parteibetriebe angenommen haben. Der Parteivorstand hat, was die Förderung der Presse anbelangt, es im Berichtsjahre nicht fehlen lassen. Wir haben 72 804.92 M. an direkten Pressezuschüssen gezahlt, d. h. in 9 Monaten mehr als in 12 Monaten des verflossenen Berichtsjahres, wo wir nur 70 000 M. bezahlt haben. Auch auf dem Gebiete der Darlehnsgewährung für den Ausbau von Parteigeschäften haben wir ganz erhebliche Summen ausgegeben. Während wir 1911/12 nur 225 600 M. an solchen Darlehen ausgegeben haben, haben wir in den neun Monaten des Berichtsjahres 396 543.53 M. solcher Darlehen gewährt. Und ich kann darauf hinweisen, daß wir gerade für diesen Zweck schon in den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres fast ebensoviel aufgewandt haben wie in den ganzen neun Monaten des vorhergehenden Jahres, so daß im Laufe dieses Jahres dieser Ausgabeposten noch erheblich steigen wird. Trotz dieser hohen Aufwendungen für den Ausbau der Presse wird uns von verschiedenen Parteigenossen der Vorwurf gemacht, daß wir auf diesem Gebiete noch nicht genügend getan hätten. So hat auf dem Bezirksparteitag für die Pfalz, der letzte Woche tagte und wo der Parteivorstand sich infolge wichtiger Geschäfte vor dem Parteitage leider nicht vertreten lassen konnte, der Vertreter des bayerischen Landesvorstandes erklärt, daß auf dem Gebiete des Ausbaues der Presse von dem Parteivorstand zu wenig geschehe, mit der Aengstlichkeit in bezug auf Neueinrichtungen müsse gebrochen werden. Angesichts der erwähnten Zahlen ist dieser Vorwurf zweifellos unberechtigt. Es ist nicht Aengstlichkeit, die uns davon abgehalten hat, gewissen Neugründungen von Geschäften zuzustimmen, sondern Gewissenhaftigkeit, zu der wir der Gesamtpartei gegenüber verpflichtet sind. (Sehr richtig!) Worum handelte es sich dort in der Pfalz? Es war der Antrag gestellt, für Kaiserslautern ein selbständiges Blatt mit selbständigem Druckereiunternehmen zu schaffen. Nach Würdigung aller Verhältnisse kamen wir zu dem Schluß, daß die Voraussetzungen für ein selbständiges Blatt noch nicht beständen. Wir haben deshalb den Genossen geraten, erst durch ein Kopfblatt von Ludwigshafen den Weg zu einem selbständigen Blatt zu ebnen. Die Genossen glauben aber, daß die Voraussetzungen gegeben sind, und bestehen noch bis heute darauf, ein selbständiges Blatt zu haben. Mit ihnen werden wir uns kaum einigen können, wie mit vielen anderen Genossen, die ähnliche Anträge gestellt haben, die wir gleichfalls ablehnen mußten, weil schließlich nicht die ganzen Einnahmen der Partei zu Geschäftsdarlehen ausgegeben werden können. Gerade die Genossen in Bayern haben am allerwenigsten Grund, über mangelhaftes Entgegenkommen des Parteivorstandes zu klagen. Wir haben 1911/12 über 151 000 M. für Bayern gegeben, wovon allerdings 123 000 M. für die Wahlen waren. Wir haben aber auch im Berichtsjahre 76 020,30 M. nach Bayern gegeben, darunter 57 000 M. Darlehen zum Ausbau der Presse. Also die

Genossen in Bayern sollten wahrlich uns nicht den Vorwurf machen, daß wir zu ängstlich Neugründungen gegenüber gestanden hätten. . . ." (S. 238 f.)

Sollmann-Köln:

„. . . Ich glaube, der Parteivorstand hat in seinem Geschäftsbericht mit erfreulicher Deutlichkeit eine der Ursachen genannt, die uns nicht mehr so leicht in die indifferenten Massen eindringen läßt, indem er darauf hinweist, daß unsere Parteipresse sündigt und nicht allgemeinverständliche Propaganda treibt. Ich habe in Arbeiterkreisen im Rheinland Ermittelungen angestellt und überall Zustimmung gefunden, wenn auf die unverständliche Schreibweise zahlreicher Parteiblätter hingewiesen wurde. Ein Teil unserer Parteizeitungen scheint anzunehmen, daß das Feuilleton überhaupt nicht mehr der Unterhaltung zu dienen hat. Gerade die Frauen bestellen die Zeitungen ab, weil das Feuilleton mancher unserer Zeitungen für weite Arbeiterkreise ungenießbar ist. Diese Zeitungen glauben, daß jeder Arbeiter ein Theaterabonnement in der Tasche hat und sämtliche Klassiker gelesen hat. So sehr wir dafür eintreten müssen, daß unsere Genossen zum Kunst- und Literaturverständnis erzogen werden, so unverständig ist es, anzunehmen, daß die großen Massen tief in diese Frage eingedrungen sind. Ich habe das Gefühl, daß viele Redakteure unter den Journalisten glänzen wollen und nicht bedenken, daß es darauf ankommt, daß die Massen den Inhalt der Zeitung verstehen. Der Parteivorstand wird gut tun, dieses wichtige Problem recht bald einer Redakteurkonferenz vorzulegen. . . ." (S. 244 f.)

Heilmann-Chemnitz:

„. . . Genosse Braun hat gemeint, wenn alle Vorschläge der Enthusiasten für Neugründungen von Preßunternehmungen erfüllt würden, so müßte man ein Pumpgenie zum Parteikassierer machen. Es handelt sich aber bei den Vorschlägen zur Verbesserung der Parteipresse vielfach nicht um Aufgaben, die Mittel erfordern, sondern nur um Unternehmungen, die kühnen Wagemut erfordern und dann in absehbarer Zeit sogar Ueberschüsse einzubringen geeignet sein sollen. . . . Es ist schon von mehreren anderen Seiten darauf hingewiesen worden, daß eine ganze Reihe von Möglichkeiten für die Zentrale vorhanden sind, das Zeitungswesen besser zu fördern, als es bisher durch das Pressebureau geschehen ist. (Sehr richtig!) Ich halte es nicht für angängig, an dieser Stelle in eine Kritik der Parteipresse einzutreten, zumal ein Mitglied des Parteiausschusses gesagt hat, daß demnächst dort diese Frage angeschnitten werden solle. Ich muß doch sagen, daß auf dem Gebiete des Zeitungswesens der Parteivorstand einmal ein Gesamtprogramm aufstellen sollte, was von der Zentrale aus unternommen werden kann. Ich denke z. B. an eine gemeinsame Inseratenzentrale, die sehr gut durchführbar ist. . ." (S. 248 f.)

Heinrich Stubbe-Hamburg:

„Genosse Braun hat nicht mit Unrecht betont, daß der Parteivorstand unter den gegebenen Umständen der Parteipresse höhere Zuschüsse nicht zuweisen konnte, aber vielleicht hätte nach einer anderen Richtung mehr getan werden können. Tatsache ist doch, daß wir einen Rückgang von 12 000 Abonnenten zu verzeichnen haben und nur rund 1½ Millionen Leser der Parteipresse haben. Das sind nur etwa 35 Proz. unserer Wähler, zweifellos ein ungünstiges Resultat. Keiner wird behaupten wollen, daß die anderen 65 Proz. keine Zeitung lesen. Es ist Tatsache, daß ein großer Teil davon bürgerliche Blätter liest. Das beweist uns, daß unsere Parteipresse nicht ihre Aufgaben voll erfüllt, daß die Einrichtungen nicht den Verhältnissen angepaßt sind. Es ist unmöglich, jetzt in der Diskussion auf die einzelnen Dinge einzugehen. Ich verweise nur darauf, daß wir in Hamburg bei den letzten Reichstagswahlen rund 58 000 Abonnenten hatten, Stimmen haben wir erhalten rund 138 000. Dabei ist das prozentuale Verhältnis in Hamburg noch am günstigsten. Bei den bürgerlichen Parteien ist es umgekehrt. Wir haben in Hamburg rund 200 000 Abonnenten bürgerlicher Blätter, denen nur etwa 87 000 bürgerliche Stimmen gegenüberstehen. Daraus ergibt sich die große Zahl sozialdemokratischer Wähler, die bürgerliche Zeitungen lesen. Wie können wir nun erreichen, daß unsere Presse mehr Eingang findet, zunächst bei unseren eigenen Wählern? Da glaube ich, daß für eine ganze Reihe von Organen das Verbreitungsgebiet mit der Zeit zu groß geworden ist. Es ist Tatsache, daß mit der wachsenden Entfernung vom Erscheinungsort die Zahl der Abonnenten geringer wird. Deshalb muß versucht werden, nachdem die Ausdehnung der Großstädte immer mehr Fortschritte macht, ob hier nicht eine Teilung eintreten kann, um den Lesern in den entfernt liegenden

Orten mehr Rechnung tragen zu können. Die Ausgaben für die Presse werden dadurch kaum merklich steigen; bei einer gewissen Höhe der Auflage tritt ein Stillstand ein, und es werden bei einer Teilung der Verbreitungsgebiete die Kosten kaum wesentlich steigen. Die kleinen Orte haben das Bedürfnis, auch ihre lokalen Angelegenheiten in der Presse behandelt zu finden. Dem kann aber die Presse der Großstädte gar nicht Rechnung tragen; die kleinen Notizen über lokale Angelegenheiten genügen nicht. Die großen Verbreitungsgebiete sollten also verkleinert werden durch Gründung von neuen Organen. . . ." (S. 251 f.)

Braun-Nürnberg:

„. . . Gerade in der Parteipresse haben wir leider vielfach Veranlassung zur Unzufriedenheit. Ein großer Teil unserer Parteipresse hat eine überaus bedauerliche Uniformität, und diese Uniformität hat im letzten Jahrzehnt Formen angenommen, daß wir es als einen Mangel an Sparsamkeit des Parteivorstandes bezeichnen müssen, daß er keine Plattenfabrik eingerichtet hat. Eine Plattenfabrik würde — es ist ja sehr traurig, daß ich das als Redakteur sagen muß — eine große Menge Kosten ersparen, namentlich an Redakteurgehältern. (Heiterkeit.) Eine solche Fabrik würde an dem Zustand einer großen Anzahl unserer Blätter auch außerordentlich wenig ändern. Die Genossen würden die Unterschiede gar nicht bemerken. (Sehr gut!) Von den 90 täglich erscheinenden Parteizeitungen sind sich heute 78 ungeheuer ähnlich, es macht gar keinen Unterschied, ob sie im äußersten Nordosten oder im äußersten Nordwesten erscheinen. Es ist genau der gleiche Inhalt, nur durch den Kopf und den lokalen Teil unterscheiden sich viele Parteizeitungen. Es ist leider noch kein ingeniöser Mann aufgetreten, der auch eine Korrespondenz für den lokalen Teil macht, der dann in Königsberg in Ostpreußen und in Straßburg im Elsaß der gleiche sein könnte. Dann hätten wir die vollendete gleichmäßige Zeitung. (Heiterkeit.) Heute sich über die Stimmungen in der Partei klar zu werden, ist außerordentlich schwierig, weil die Parteizeitungen eine uniforme Meinung zum Ausdruck bringen, die man eventuell auf telephonische Anfrage in Berlin schon am Abend vorher erfahren kann. Aber die Korrespondenzen unterstehen nicht der Aufsicht des Parteivorstandes und des Parteitages, mit Ausnahme des Pressebureaus und des Rheinisch-westfälischen Bureaus. . . .

Auf der einen Seite haben wir zu viele Korrespondenzen und auf der anderen Seite haben wir zu wenig Redakteure. Eine ganze Reihe unserer Kollegen wollen in Berlin wohnen, wollen nicht in der Provinz als Parteiredakteure wirken, sie glauben, wenn sie für 90 Zeitungen das gleiche schreiben, sich mit wenig Arbeit ein leichtes Leben schaffen zu können. (Sehr richtig!) . . ." (S. 256 f.)

Auer-München:

„Braun hat in seinen Ausführungen auch der Bayern gedacht. Er hat angegeben, welche großen Summen unsere Parteizentrale in diesem Jahre nach Bayern geschickt hat, hat es allerdings unterlassen, die Gründe anzugeben, die das notwendig gemacht haben. Was die Gründung des Parteiblattes in Kaiserslautern angeht, so nehme ich an, daß er nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck gegeben hat, daß er aber nicht den Parteivorstand binden wollte, denn die Verhandlungen über diese Sache sind noch nicht abgeschlossen, und über nicht abgeschlossene Verhandlungen sollte nicht in dieser Weise gesprochen werden. Nach unserer Meinung dürfen bei Pressefragen nicht lediglich fiskalische Gründe für den Vorstand entscheidend sein, sondern er muß sich bei der Frage, ob eine Zeitung gegründet werden soll, auch von anderen Momenten leiten lassen, von dem agitatorischen Wert und der politischen Notwendigkeit. Wenn ich auch erkenne, daß der Vorstand die Pflicht hat, genau zu prüfen, wie Gelder verwendet werden, und obgleich ich gerne zugebe, daß der Göppinger Fall ihn zur Vorsicht veranlassen müßte, so warne ich doch auf der anderen Seite davor, in den Fehler zu verfallen, nach rein fiskalischen Gesichtspunkten zu entscheiden und die politischen Notwendigkeiten zu übersehen. . . ." (S. 270 f.)

Scheidemann (Schlußwort):

„. . . Den breitesten Rahmen in der gestrigen Debatte hat wohl die Aussprache über die Parteipresse eingenommen. Meine Einwendungen der Presse gegenüber und die Befürchtungen, daß die Presse nicht in dem Maße, wie es notwendig ist, ihre propagandistischen Aufgaben erfüllt, um die breiten Massen zu gewinnen, sind mehrfach unterstrichen worden. . . .

... Es sind nun verschiedene Anregungen gegeben worden, wie man die Parteipresse reformieren müsse. So ist z. B. die Abgrenzung der Gebiete angeregt worden. Stubbe hat angeregt, daß man die Verbreitungsgebiete größerer Blätter teilen und mit eigenen Blättern versehen könne. Das ist ein Plan, der sehr alt ist und von dem ich wünschen möchte, daß er realisierbar wäre. Ich glaube aber nicht, daß es möglich ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine Anzahl großer, sehr leistungsfähiger Blätter besteht. Die Parteigenossen auch in den entfernteren Orten lesen diese Zeitungen und würden sich kaum mit einem Blatt abfinden, das im Umfang auf die Hälfte oder ein Drittel reduziert wird. Das Ideal wäre, daß wir statt der größten Zeitungen eine vier- oder fünffache Anzahl weniger umfangreicher Blätter über das ganze Land verteilt hätten. Das würde der Agitation wesentlich bessere Dienste leisten können, als es jetzt die großen Zeitungen vermögen. Ich will es feststellen, daß man bis zu einem gewissen Grade den geäußerten Wünschen Rechnung tragen kann dadurch, daß man Kopfblätter einführt...." (S. 275 f.)

Braun:

„Heilmann meinte gestern, die Anregungen, deren Verwirklichung nach meiner Meinung zu viel Geld kosten würde, könnten im Gegenteil bei ihrer Ausführung der Partei Ueberschüsse liefern. Solche Anregungen hatte ich natürlich bei meinen Ausführungen nicht im Auge, denn Einrichtungen, die Ueberschüsse bringen, sind einem Kassierer meist willkommen. Er sprach von einer Inseratenzentrale. Die würde doch aber nicht direkt dem inhaltlichen und agitatorischen Ausbau unserer Presse dienen, sondern lediglich eine Geschäftsmaßnahme sein. Wir haben uns damit schon vor längerer Zeit im Parteivorstand beschäftigt. Es haben sich der Sache aber soviel Schwierigkeiten persönlicher Natur in den Weg gestellt, daß wir bisher nicht zur Verwirklichung dieser Einrichtung gekommen sind. Wir behalten die Angelegenheit aber im Auge, und wenn die Schwierigkeiten sich überwinden lassen, werden wir auch über kurz oder lang eine solche Einrichtung schaffen können.

Auer erblickte in meinen Ausführungen über Bayern einen Vorwurf gegen die Bayern. Ich habe aber ausdrücklich erklärt, daß ich die Aufwendungen für Bayern nur erwähnt habe in Abwehr von Ausführungen, die von einem Mitglied des bayerischen Landesvorstandes auf dem Pfälzer Parteitag gemacht worden sind. Dort wurde dem Parteivorstand vorgeworfen, daß er nicht genügend Mittel für den Ausbau der Presse zur Verfügung stelle und eine gewisse Aengstlichkeit bei Neugründungen an den Tag lege. Demgegenüber habe ich betont, daß wir für den Ausbau der bayerischen Presse 57 000 M. an Darlehen im letzten Jahre gegeben haben. Ich habe also nicht die Gründe verschwiegen, die uns dazu veranlaßt haben. Auer meinte, die Kaiserslauterner Angelegenheit sei noch nicht erledigt. Für uns ist die Sache vorläufig erledigt. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß in Kaiserslautern die Voraussetzung für ein selbständiges Blatt noch nicht gegeben sei, und daß man sich mit einem Kopfblatt vorläufig begnügen müsse. Wenn die Sache aber wieder an den Parteivorstand kommt und neue Momente ins Feld geführt werden, dann werden wir erneut die Sache ernstlich prüfen. Ich möchte Auer bemerken, daß uns in solchen Dingen nicht rein fiskalische Gründe leiten, sondern daß wir auch die agitatorische Bedeutung solcher Gründungen berücksichtigen. Freilich muß auch darauf geachtet werden, daß die Ausgaben, die der Hauptkasse zugemutet werden, mit den Einnahmen in Einklang stehen. . . ." (S. 279.)

(Siehe auch zahlreiche andere Artikel.)

Parteiprogramm.

Von niemand unterstützt wurde in Chemnitz **1912** der Antrag

124. Genosse Jakobsen in Swinemünde: „Das sozialdemokratische Programm lautet in Zukunft wie folgt:

Was will die Sozialdemokratie, was ist deren Ziel und wie will sie dasselbe erreichen?

Die Sozialdemokratische Partei will die Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht, um

1. durch Uebernahme von Grund und Boden, Bergwerken, Fabriken, kurz aller Produktions-, Fabrikations- und Verkehrsmittel in Staatshände — gemeinschaftlicher Besitz des ganzen Volkes,

2. durch geregelte ordnungsmäßige Produktion und Fabrikation,
3. durch gewissenhafte Verteilung der erforderlichen Arbeiten an alle dazu Befähigten, mit weitgehendster Berücksichtigung der persönlichen Veranlagung, der physischen und geistigen Kräfte jedes einzelnen,
4. durch gerechte Verteilung der erzeugten Güter und Produkte,

jedem Staatsangehörigen eine auskömmliche und sorgenfreie Existenz zu verschaffen und damit eine menschenwürdige Lebensführung, nicht nur in leiblicher, sondern auch in geistiger Beziehung zu ermöglichen."

Siehe auch die Artikel „Hildebrand", „Marokko" (1911, Antrag 50).

Parteischule.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete der Vorstand:

„Der vierte Kursus der Parteischule dauerte vom 1. Oktober 1909 bis zum 16. April 1910. Da es erst nach Beginn des Kurses gelungen war, eine geeignete Lehrkraft für das neu eingefügte Unterrichtsfach Geschichte des Sozialismus zu gewinnen, so war die Verlängerung des Kurses über den vorgesehenen Zeitraum eines halben Jahres hinaus notwendig geworden. Im übrigen ist der Unterricht der Parteischule in den Bahnen verlaufen, die bereits durch die drei vorhergegangenen Kurse vorgezeichnet worden sind.

Die Schülerzahl des vierten Kurses betrug 27 (gegen 31 im ersten, 33 im zweiten und 26 im dritten Kursus); unter den Teilnehmern waren drei Genossinnen. Wie im dritten Kursus waren wiederum einige der Teilnehmer von gewerkschaftlichen Zentralverbänden entsandt worden, und zwar zwei von den Maurern und je einer von den Transportarbeitern und Glasarbeitern; ein Gewerkschaftsbeamter (Schmied) war von seiner politischen Organisation geschickt worden. Unterrichtlich tritt die verschiedene Art der Delegation der Parteischüler in keiner Weise in die Entscheidung.

Unterrichtsstunden sind im vierten Kursus 820 (gegen 814 im dritten und 777 im zweiten) abgehalten worden, die sich auf die bisherigen Unterrichtsfächer wie folgt verteilten: Nationalökonomie (Lehrer: Rosa Luxemburg) 230; Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung (Lehrer: Heinrich Cunow) 144; Mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck (Lehrer: Heinrich Schulz) 120; Arbeiterrecht und soziale Gesetzgebung (Lehrer: Artur Stadthagen) 76; Deutsche Geschichte (Lehrer: Franz Mehring) 72; Naturerkenntnis (Lehrer: Emanuel Wurm) 46; Strafrecht und bürgerliches Recht (Lehrer: Hugo Heinemann und Kurt Rosenfeld) je 24; Zeitungstechnik (Lehrer: Heinrich Schulz) 16; Kommunalpolitik (Lehrer: Emanuel Wurm) 12. Für das neue Unterrichtsfach Geschichte des Sozialismus konnten in diesem Kursus 56 Stunden freigestellt werden; für den neuen Kursus sind dafür mehr Stunden vorgesehen worden.

Zur Regelung der Schulangelegenheiten waren acht Konferenzen notwendig; davon fand eine gemeinsam mit dem Parteivorstande, eine andere gemeinsam mit den Schülern statt. Die Anregungen und Wünsche, die von den Schülern in dieser letzten Konferenz geäußert worden sind, sollen bei der Errichtung des neuen Kursus nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Vorschläge, die kleine Verbesserungen der inneren und äußeren Organisation des Schulbetriebes anstreben; über die eigentliche Struktur der Parteischule, wie über ihre Nützlichkeit überhaupt, bestanden unter den Teilnehmern des vierten Kurses wie bei dem Lehrerkollegium und dem Parteivorstand keine Meinungsverschiedenheiten." (S. 57 f.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„Die Parteischule hielt im Berichtsjahre ihren fünften halbjährigen Kursus in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März ab. Leider betrug die Teilnehmerzahl in diesem Kursus nur 24, da die Gewerkschaften von den für sie freigehaltenen 10 Plätzen nur 4 besetzt hatten. Es waren wieder wie in früheren Jahren die Verbände der Bergarbeiter und Maurer, die je zwei ihrer Mitglieder

auf die Parteischule entsandt hatten. Unter den 24 Parteischülern waren zwei Genossinnen.

Der Lehrplan war im wesentlichen der gleiche wie in früheren Jahren... Der bisherige Lehrer für Bürgerliches Recht, Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, war wegen Arbeitsüberhäufung von dem Lehramt zurückgetreten; das wichtigste in seinem Unterrichtsfache hat Genosse Heinemann mitbehandelt...

Die Schüler, das Lehrerkollegium und der Parteivorstand waren auch in diesem Jahre von dem Ergebnisse des Kursus in vollem Maße befriedigt." (S. 47.)

„...Die Ausgaben für die Parteischule setzen sich aus folgenden Einzelposten zusammen: Einmalige persönliche Ausgaben für Schüler 1682 M., einmalige persönliche Ausgaben für Lehrer 366 M., Monatsgelder für Schüler 18 840 M., Gehälter für Lehrer 11 040 M., Miete, Beleuchtung, Reinigung usw. 3735.50 M., Sonstige Ausgaben 4462.62 M...." (S. 65.)

Folgender Antrag lag vor:

52. Niederbarnim: „In Erwägung, daß bisher die für die Gewerkschaften reservierten Sitze der Parteischule nicht voll ausgenutzt wurden, wird der Parteivorstand beauftragt: Um eine volle Besetzung der Schule zu erzielen, in Zukunft etwa freibleibende Sitze anderweitig besetzen zu lassen, wenn sechs Wochen vor Eröffnung des Kursus die volle Schülerzahl nicht angemeldet ist."

Im Vorstandsbericht führte Müller aus:

„...Genosse Schulz hat über die Parteischule einen eingehenden Artikel in der „Neuen Zeit" veröffentlicht, so daß ich nicht näher darauf einzugehen brauche. In fünf Jahren wurden 141 Parteischüler ausgebildet. Viele von Ihnen werden vor Kenntnis dieses Artikels nicht gewußt haben, daß so viele Parteischüler in verantwortlichen Stellungen in der Partei und in der Gewerkschaft stehen und ihre Kenntnisse im Interesse der Arbeiterschaft verwerten..." (S. 197.)

Düwell begründet den Antrag 52:

„Die Gewerkschaften haben von ihrem Rechte, Plätze der Parteischule zu besetzen, nicht genügend Gebrauch gemacht. Es ist vorgekommen, daß die Hälfte der Plätze nicht besetzt war. Darum soll jetzt die Möglichkeit gegeben werden, freibleibende Plätze anderweitig zu besetzen." (S. 400.)

Heinrich Schulz:

„Im Einverständnis mit dem Parteivorstand bitte ich, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Es ist nicht richtig, daß die Hälfte der Plätze leer geblieben ist, freilich sind nicht alle besetzt worden. Dieser Umstand ist bereits von dem Lehrerkollegium der Parteischule erörtert worden." (S. 400.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen, der dem Chemnitzer Parteitag **1912** die Berücksichtigung des Antrages meldet.

Diesem wurde ferner berichtet:

„Wegen der Reichstagswahlen hat im Winter 1911/12 ein Kursus der Parteischule nicht stattgefunden...

Im Lehrerkollegium der Parteischule ist ein Wechsel eingetreten. Genosse Franz Mehring hat sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen, seine Lehrtätigkeit in der Parteischule einzustellen. An seine Stelle tritt als Lehrer für den Geschichtsunterricht Genosse A. Conrady..." (S. 45 f.)

In der Debatte über den Vorstandsbericht sagte Dönnecke-Mühlhausen i. Th.:

„...Ich verkenne nicht, daß die Beschickung der Parteischule ein großer Segen ist. Es werden meistens aber nur Genossen aus größeren Städten auf die Parteischule geschickt. Wenn aber einmal auch Genossen aus kleineren Städten hingeschickt werden, so gehen sie, sobald sie die Schule absolviert haben, als Redak-

teure oder Arbeitersekretäre in die Stadt, und das Land steht so hilflos da wie vorher. Auch hier sollte der Parteivorstand sein Augenmerk darauf richten, daß mehr Genossen aus kleineren Orten auf die Parteischule kommen und dann aber auch in diesen Orten ihr Wissen zur Vertretung der Interessen der Partei verwenden. (Zustimmung.)" (S. 269.)

Heinrich Schulz:

„... Die Anregung, daß aus den Teilnehmern an Bildungskursen (siehe „Jugendbwegung") in erster Linie die Parteischüler rekrutiert werden sollen, ist uns nicht neu. Wir bevorzugen auch, wo wir nur können, diejenigen Bewerber, die nachweisen können, daß sie an Kursen teilgenommen haben. Dem Wunsche des Genossen Dönnecke können wir nicht ohne weiteres Rechnung tragen. Wenn uns die Bezirke Vorschläge aus kleinen Orten machen, so nehmen wir sie von dort genau so gern, wie aus großen Orten. Wir können aber unmöglich für Parteischüler die Freizügigkeit aufheben und sagen: Du mußt wieder dahin zurück, woher du gekommen bist. Dieser Wechsel wird sich auch in Zukunft nie ganz vermeiden lassen ..." (S. 272.)

1913 (Jena) wird berichtet:

„Der siebente Kursus der Parteischule dauerte vom 1. Oktober 1912 bis 29. März 1913. Es haben 29 Genossen und 2 Genossinnen, also im ganzen 31 Personen, an dem Kursus teilgenommen. Von den Teilnehmern waren 23 Genossen und 2 Genossinnen von den Bezirksorganisationen der Partei, 6 Genossen von den Gewerkschaften entsandt. Der Bauarbeiterverband hatte wie in früheren Jahren 2 Mitglieder geschickt, der Bergarbeiterverband und der Transportarbeiterverband, die auch schon früher die Parteischule beschickt hatten, stellten je 1 Mitglied, der Textilarbeiter- und der Holzarbeiterverband entsandten zum ersten Male je 1 Mitglied auf die Parteischule ...

Leider konnte der diesmalige Kurs nicht ungehindert verlaufen. Die Polizeibehörde stellte die für den preußischen Staat bedenkliche Tatsache fest, daß einer der Lehrer, der schon seit einigen Jahren über Geschichte des Sozialismus vorgelesen hatte, von Geburt Oesterreicher ist. Die Polizei verlangte deshalb von ihm, daß er seine Lehrtätigkeit an der Parteischule aufgebe, widrigenfalls er aus Preußen ausgewiesen würde. Natürlich erreichte die Behörde mit dieser kleinlichen Nadelstichpolitik nicht ihren Zweck. An die Stelle des bisherigen Lehrers für Geschichte und Sozialismus trat Genosse Dr. Hermann Duncker...

Mit dem Ergebnis des diesjährigen Kursus waren das Lehrerkollegium wie auch die Schüler in vollem Maße zufrieden." (S. 34.)

Parteispaltung.

Auf dem Magdeburger Parteitag **1913** sagte Bebel im Schlußwort zur Badischen Budgetbewilligung:

„... Man hat verschiedentlich von Spaltung gesprochen, ich bin fest überzeugt, daß kein Mensch im Saale ist, der den Gedanken an eine Spaltung hegt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Man sagt uns: Ihr übertreibt, Ihr treibt mit Eurer Prinzipienreiterei die Dinge auf die Spitze, und da ist eine Gefahr vorhanden, daß es zu einer Spaltung kommt. Ich habe als junger Mann neun Jahre für die Einheit der Partei gekämpft, bis wir sie endlich hatten. Kein Mensch wird mir zutrauen, daß ich in meinen alten Tagen etwas tue, von dem ich es für möglich hielte, daß die Partei gespalten werden könnte. Das halte ich für ausgeschlossen. Wenn wirklich einige unter uns so tollkühn sein sollten, diesen Glauben zu hegen, und wenn sie ihn in der gegebenen Situation verwirklichen wollten, so wird keiner unter Euch diesem Moment so ruhig entgegensehen, wie ich. Ich weiß, die Spaltung kommt nicht. Die Massen machen sie nicht mit. (Stürmischer Beifall.) Und wenn ein kleiner Kreis folgen wollte, es dauert keine paar Monate und wir haben sie wieder in unseren Armen. (Erneute stürmische Zustimmung.) ..." (S. 350 f.)

Parteitag. In Magdeburg **1910** lagen folgende Anträge vor:

9. Kreuznach: „Dem Parteivorstand wird die Ermächtigung erteilt, denjenigen Wahlkreisen, die zirka 200 Mitglieder haben, finanzielle Hilfe zu den Delegationskosten für die Beschickung außerordentlicher oder solcher Parteitage zu gewähren, deren Tagesordnung außergewöhnlich wichtig ist, um bei der Abstimmung ein genaueres Bild über den Willen der Partei zu erhalten."

10. Freiburg (Baden): „Den Parteitag nur alle zwei Jahre abzuhalten."

73. Berlin, Genosse Halfter: „In der Präsenzliste des Parteitages wird außer Name, Wohnort, Wahlkreis auch der jeweilige Beruf oder das Gewerbe der Mitglieder des Parteitages angegeben."

104. Wurm und Genossen: „Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, darauf hinzuwirken, daß die für die Parteitage bestimmten Referate mindestens 4 Wochen vor Stattfinden des Parteitages gedruckt den Delegierten übermittelt werden."

Bei der Konstituierung des Parteitages werden auf Vorschlag von Schmitt-München Dietz-Stuttgart und Klühs-Magdeburg zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt. Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Lipinski-Leipzig gewählt: Fräulein Baader-Berlin, Bühler-Nieder-Barnim, Grosse-Hamburg, Limbertz-Essen, Schadow-Kottbus, Franz Schmitt-München, Wasner-Stuttgart, Wizorowski-Staßfurt und Ryssel-Leipzig. Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Geschäftsordnung, die auf den vorangegangenen 19 Parteitagen Geltung gehabt hat, wird debattelos genehmigt. (S. 191.)

Die Anträge 9, 10 und 73 werden nicht genügend unterstützt.

Den Antrag 104 begründet Wurm:

„Es ist unmöglich, wissenschaftliche Referate beim Anhören so zu erfassen, wie es notwendig wäre, um eine richtige Debatte herbeizuführen. Referate, die eine Stunde und länger dauern und die oft eine Fülle neuer Tatsachen bringen, über die wir dann hier diskutieren sollen, ohne daß wir eine andere Unterlage haben, als höchstens die Resolutionen, die ja auch oft gar zu spät in unsere Hände gelangen. Was wir beantragen, ist bereits auf allen wissenschaftlichen Kongreßen üblich und ist auch bei uns schon eingeführt, soweit der Bericht der Reichstagsfraktion in Frage kommt. Wenn wir die Referate vier Wochen vorher gedruckt vor uns haben und uns zu Hause darüber informieren können, dann werden die Debatten einen weit ersprießlicheren Verlauf nehmen können. Selbstverständlich ist es vielfach schwer zu erreichen, daß die Referate rechtzeitig fertiggestellt werden, und deshalb können wir nicht beschließen, es muß so sein, sondern mein Antrag geht nur dahin, daß der Parteivorstand ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß die Referate vier Wochen vorher gedruckt in den Händen der Delegierten sind." (S. 476 f.)

Heinrich Schulz-Berlin:

„Der Antrag ist zweifellos gut gemeint, ich habe auch nichts gegen seine Ueberweisung an den Parteivorstand, aber wir dürfen nicht verkennen, daß das von Wurm vorgeschlagene Verfahren auch seine Schattenseiten hat. Es wird nicht jedem Referenten möglich sein, sein Referat schon so lange vorher fertigzustellen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß die Unmittelbarkeit der Verhandlungen darunter leidet, der Referent wird dann doch wieder, wie es auch beim parlamentarischen Bericht geschieht, auf dem Parteitage selbst eine mündliche Einleitung geben müssen. (Wurm: Sehr richtig!) Der Antrag ist, glaube ich, dem Wunsche entsprungen, daß man über die grundlegenden Anschauungen der Referenten vorher unterrichtet wird. Das halte ich allerdings auch für einen Mißstand, daß wir die ausführlichen und wohlüberlegten Resolutionen gewöhnlich erst auf den Parteitagen erhalten, die Referenten könnten doch ihre Gedanken lange vor den Parteitagen in Form von

Leitsätzen veröffentlichen. Genossin Zetkin und ich haben vor Jahren auf diesem Gebiet einen Versuch gemacht, wir haben unsere Leitsätze über die Volkserziehung im Jahre 1906 schon viele Wochen vor dem Parteitage publiziert, aber leider hat dieser Versuch keine Nachahmung gefunden. Wenn der Parteivorstand dahin wirkt, daß die Referenten ihre Resolutionen vorher veröffentlichen, dann halte ich das für sehr nützlich. Ich beantrage deshalb Ueberweisung des Antrages an den Parteivorstand.“ (S. 477.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtisichtigung überwiesen.

Am Schlusse des Parteitages führte der Vorsitzende Dietz aus:

„Wir hätten nun noch den Ort für den nächsten Parteitag zu bestimmen. Bisher war es Gepflogenheit, daß jeder Parteitag beschloß, wo der nächste Parteitag abgehalten wird. Wir leben aber heute unter außergewöhnlichen Verhältnissen. Es steht zu erwarten, daß im nächsten Jahre ein außerordentlicher Parteitag stattfinden muß, und deshalb sollten wir es diesmal dem Parteivorstand überlassen, den Parteitag nach dem Orte einzuberufen, der für die Delegierten aus allen deutschen Gauen am günstigsten liegt. (Allseitige Zustimmung.) — Da ein Widerspruch aus der Mitte des Parteitages nicht erfolgt, konstatiere ich, daß die Festsetzung des Ortes für den nächsten Parteitag dem Parteivorstand ausnahmsweise überlassen worden ist.

An den Beratungen des Parteitages haben teilgenommen, abgesehen von den Gästen, 396 Genossen und Genossinnen. Davon waren 318 männliche und 22 weibliche Delegierte, 35 Mitglieder des Reichstages, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 8 Mitglieder des Parteivorstandes, 2 Referenten und je ein Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“ und der Firma Auer & Co. in Hamburg. Stimmberechtigt waren also 394 Teilnehmer . . .“ (S. 482.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„Unerfüllbar war der Wunsch des Antrages 104, nach welchem die Drucklegung der Parteitagsreferate vier Wochen vor dem Parteitage stattfinden sollte. Das mag bei wissenschaftlichen Kongressen im allgemeinen möglich sein, bei unseren Parteitagen aber nur selten. Bei der Tagesordnung des diesmaligen Parteitages kam die vorherige Drucklegung der Referate bei keinem Punkte der Tagesordnung in Frage, ausgenommen beim Geschäftsbericht, wo der gedruckte Bericht vorher veröffentlicht wird.“ (S. 17.)

Diesem Parteitage lagen zwei Anträge vor:

18. Hamburg III, Distrikt Eilbeck: „Der Parteitag möge beschließen, daß mit der Bekanntgabe der Tagesordnung zum Parteitag zugleich der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird.“

63. Magdeburg: „Der Parteivorstand wird beauftragt, für die Folge alle Leitsätze (Resolutionen), die er in Gemeinschaft mit den von ihm bestellten Referenten über Fragen prinzipieller und taktischer Natur dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen gedenkt, spätestens mit der Veröffentlichung der übrigen Anträge im „Vorwärts“ den Parteiorganisationen zur Vorberatung zu unterbreiten.“

Zu Vorsitzenden werden, auf Vorschlag von Groger-Rixdorf, Dietz und Leber gewählt. Auf Vorschlag von Lipinski-Leipzig werden zu Schriftführern gewählt: Linchen Baumann-Altona, Bischoff-Altona, Bittorf-Berlin, Doernke-Hannover, Feldmann-Langenbielau, Schiebel-Leipzig, Schmitt-München, Sidow-Brandenburg, Stubbe-Hamburg. (S. 173.)

Die beiden Anträge werden nicht genügend unterstützt.

Im Bericht der Mandatsprüfungskommission konstatierte Hoffmann-Hamburg:

„Soweit die Mandatsprüfungskommission hat feststellen können, sind 405 Teilnehmer anwesend, 338 Delegierte der Wahlkreise, darunter 33 Ge-

nossinnen, 8 Vertreter des Parteivorstandes, 8 Mitglieder der Kontrollkommission, 36 Mitglieder des Reichstages, 1 vom Parteivorstand geladener Sachverständiger, 1 Vertreter der Hamburger Buchdruckerei, der Firma Auer & Co., 1 Vertreter der „Neuen Zeit", 1 Vertreter des „Wahren Jakob" und 11 ausländische Gäste."

Am fünften Verhandlungstage bemerkte Bebel (zur Geschäftsordnung):

„Es schwirren hier auf dem Parteitag allerlei Gerüchte. Mir ist von verschiedenen Seiten die Mitteilung zugegangen, daß ein Teil der Jenaer Studentenschaft, der hier anwesend ist, den Gedanken erörtert hat, ob er nicht in irgendeiner Form heute nachmittag das Marktfest stören könnte. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.) Ich halte natürlich diese Gerüchte für einen Unsinn. Ich bin der Meinung, daß diese Studenten, die doch den besitzenden und gebildeten Klassen angehören, selbst bereits durch ihre Erziehung ein solches Maß von Bildung genossen haben müssen, daß sie sich schämen müßten, eine derartige Provokation hervorzurufen. (Stürmische Zustimmung.) Aber wenn es dennoch wahr sein sollte, was ich nicht für möglich halte, sollte in der Tat ein solcher Versuch gemacht werden, uns in unserem Vergnügen zu stören, na, dann lassen wir mit uns reden. (Heiterkeit.) Dann kann ich den Herren ankündigen, sie möchten sehr vorsichtig sein und ihren Buckel entsprechend wattieren. (Stürmische Heiterkeit.)" (S. 400.)

Vorsitzender Leber:

„Das Komitee hat gestern abend erfahren, daß die hier anwesenden Studenten und auch die, die in der Nähe wohnen, gestern abend im „Weimarischen Hofe" eine Sitzung abgehalten haben, um zu beraten, wie sie unser Fest stören können. (Lebhafte Pfuirufe.) Wir haben sofort Maßnahmen getroffen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß die Herren schon einen Umzug arrangiert haben. Wir lassen uns aber nicht stören. Wir werden so handeln, wie es notwendig ist. (Lebhafter Beifall.)" (S. 400.)

Von den dem Chemnitzer Parteitag **1912** vorliegenden Anträgen zum Organisationsstatut wollten 28—30, 39—41, 162 und 195 die Delegation nach bestimmten Normen regeln, während 31—38, 145, 165, 168 II, 169 II, 181 und 203 II eine Festsetzung der Vertreterzahl und der Rechte der Reichstagsfraktion bezweckten. 203 III betraf die Rechte des Parteivorstandes auf dem Parteitag. Antrag 42 wollte die Delegationskosten der Zentralkasse auferlegen. Sämtliche Anträge bis auf 181, der zurückgezogen, und 195, der angenommen wurde, fanden ihre Erledigung durch die Annahme des neuen Organisationsstatuts. Antrag 203 II wurde insoweit angenommen, als er im § 7 die Reichstagsfraktion zur Teilnahme am Parteitag zuläßt.

Antrag **195** (Sozialdemokratischer Verein Kiel) lautet:

„Der Parteivorstand möge gemeinsam mit dem einzusetzenden Parteiausschuß das Delegationsrecht zum Parteitag einer Prüfung unterziehen und eventuell dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Reorganisation unterbreiten."

Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag von Heilmann-Chemnitz Haase und Noske gewählt; zu Schriftführern auf Vorschlag von Auer-München: Brecour-Kiel, Fahrow-Berlin, Ottilie Baader-Berlin, Dörnke-Hannover, Trinks-Karlsruhe, Schmidt-Stettin, Grosse-Hamburg, Birnkammer-München. (S. 193.)

Vorsitzender Haase schlägt vor, die alte Geschäftsordnung wieder gelten zu lassen und sie en bloc anzunehmen.

Lipinski-Leipzig:

„Ich möchte bitten, die Verhandlung hierüber heute zu vertagen. Es ist doch nötig, daß in der Art der Festsetzung unserer Geschäfts- und Tagesordnung eine Aenderung eintritt. Dazu müssen aber erst die Unterlagen beschafft werden, und diese Beratung kann auch nicht in so großem Kreise vor sich gehen. Ich bitte also, diesen Teil unserer heutigen Verhandlung auf morgen zu vertagen." (S. 193 f.)

Vorsitzender Haase:

„Ich würde mich diesem Vorschlag gern anschließen, glaube aber, daß wir heute sehr gut das Programm unserer Versammlung in diesem Kreise festsetzen können. Wenn Lipinski nachher die Vorschläge hört, die ich zu machen habe, wird er auch dieser Meinung sein. Ich halte es für nötig, heute unsere Arbeit möglichst zu fördern, da wir in den nächsten Tagen viel zu tun haben." (S. 194.)

Der Antrag Lipinski wird abgelehnt.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet:

„Es sind 527 Teilnehmer am Parteitag vorhanden, unter diesen 29 Genossinnen. Von diesen sind 409 Delegierte, 77 Mitglieder des Deutschen Reichstages, 11 vom Parteivorstand, 9 von der Kontrollkommission, eine Genossin vom Frauenbureau, ein Genosse von der Firma Auer & Co., vom Vorstand geladen, ein Genosse vom „Vorwärts". Weiter ist geladen ein Sachverständiger des Parteivorstandes, und außerdem sind 17 ausländische Genossen als Gäste anwesend ..." (S. 294.)

Als Berichterstatter der Reorganisationskommission führte Müller aus:

„... Ferner verweise ich darauf, daß in bezug auf die Vertretung der Organisationen auf dem Parteitag insofern eine Aenderung vorgenommen worden ist, als von jetzt ab Organisationen mit bis 12 000 Mitgliedern vier und für je weitere 6000 einen Delegierten mehr entsenden können. Damit ist eine Ungerechtigkeit beseitigt, die die bisherige Fassung gegenüber den großen Organisationen enthielt. Wir hatten bis jetzt die Tatsache, daß z. B. in Hamburg III die über 18 000 hinaus vorhandenen 24 000 Mitglieder nur durch einen Delegierten vertreten waren. Das mußte als ungerecht beseitigt werden. Weitere Aenderungen am Delegiertensystem, soweit die Vertretung der Organisationen in Betracht kommt, vorzunehmen, hielten wir zurzeit für nicht opportun.

Dann komme ich zur Vertretung der Fraktion... Man hat gesagt, daß der Parteitag die Stelle ist, an der allein die Reichstagsfraktion für ihre Tätigkeit zur Rechenschaft gezogen werden könne. Das ist an und für sich richtig, aber dasselbe trifft auf eine Reihe anderer Institutionen auch zu, die mindestens dieselbe Bedeutung für die Partei haben. Vor allem möchte ich daran erinnern, daß in den letzten Jahren eigentlich nicht die Tätigkeit der Reichstagsfraktion dasjenige gewesen ist, was uns an parlamentarischen Dingen auf den Parteitagen in heißen Kämpfen beschäftigt hat, sondern daß das vielmehr Landtagsangelegenheiten gewesen sind und daß also in Konsequenz davon eigentlich auch den Landtagsvertretern, die in letzter Instanz dem Parteitage verantwortlich sind, Vertretungsrecht auf den Parteitagen eingeräumt werden müßte. Die Kommission hat in ihrer Mehrheit ihre Fassung erster Lesung in bezug auf die Vertretung der Reichstagsfraktion aufrechterhalten.

In § 10 ist geändert worden, daß in Zukunft nur noch Organisationen zum Parteitag Anträge stellen können. Das ist nur eine einfache Konsequenz der Entwicklung der Partei. Die jetzige Fassung ist ein Rudiment aus der Zeit, wo wir eine lose Organisation hatten, und verträgt sich mit dem jetzigen Geist des Statuts nicht mehr ..." (S. 297.)

Lipinski-Leipzig:

„... Nicht erledigt werden konnte die Herbeiführung einer anderen Zusammensetzung des Parteitags. Ich habe mich speziell mit dieser Frage befaßt und in

mehreren Artikeln nachgewiesen, daß das jetzige System der Delegation nicht haltbar ist, weil die Gleichheit des Wahlrechts dabei nicht gewahrt wird. Wenn Sie die Liste des letzten Parteitages durchgehen, dann liegen die Verhältnisse so, daß schon eine Kreisorganisation mit 57 Mitgliedern einen Delegierten schickte, während in der großen Kreisorganisation auf 5700 Mitglieder ein Delegierter kam. Nach Bezirken geordnet ergibt sich eine ähnliche Differenz. Die niedrigste Vertretungszahl war, daß ein Delegierter auf 613 Mitglieder kam, die höchste ein Delegierter auf 8204 Mitglieder. Daß eine solche Grundlage der Delegation nicht auf die Dauer bestehen kann, dürfte allen klar sein. Die Kommission ist nur deshalb nicht zu einer Aenderung gekommen, weil sie meinte, das Material sei ihr noch zu neu und andere Fragen seien so überwiegend, daß auf diese Dinge im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Sie hat deshalb vorläufig das Auskunftsmittel gefunden, daß sie den Organisationen mit über 12 000 Mitgliedern auf je weitere 6000 Mitglieder einen weiteren Delegierten zugestanden hat. Das ist keine Veränderung der Rechtslage. Wir haben heute 150 Kreisorganisationen mit 200 bis 500 Mitgliedern und zusammen einem Mitgliederstand von rund 30 000 Personen. Das sind noch nicht einmal drei Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Jede Kreisorganisation von 2 Mitgliedern an hat das Recht, einen Delegierten zum Parteitag zu entsenden. Auf der anderen Seite bilden das Rückgrat der Partei, sowohl in der Organisation an sich, als auch in der Befruchtung der Agitation in den anderen Kreisen, die großen Kreisorganisationen. Sie haben die Arbeit zu leisten, sie befruchten die ganze Agitation, und sie setzt man in der Vertretung auf dem Parteitag zurück. Der Parteitag in Leipzig ist in seinen Beschlüssen dazu übergegangen, die absolute geschlossene Vereinsorganisation herbeizuführen. Die Konsequenz ist, daß auf dem Parteitag auch die Organisationen ihrer Stärke entsprechend vertreten sein müssen. — Wir müssen aber auch den Parteitag arbeitsfähig erhalten. Wie notwendig dies ist, zeigt gerade dieser Parteitag. Was nützt es, wenn die Räume gerade ausreichen, um die Delegierten und Teilnehmer unterzubringen, wenn ein großer Teil, der abseits sitzt, an den Seitengängen oder hinten, von den Verhandlungen gar nichts versteht. (Sehr richtig!) Wir haben heute 527 Teilnehmer, für die Presse muß Raum geschaffen werden. Die Parteigenossen, die am äußersten Ende des Saales sitzen, haben wiederholt Klage erhoben, daß sie den Verhandlungen nicht folgen können, wegen der mangelnden Akustik und der fortgesetzten Störungen, die sich auf dem Parteitag — bei der großen Menschenmenge ganz selbstverständlich — einstellen. Vergangenes Jahr in Jena hatten wir 338 Delegierte, in diesem Jahre 409, und bei der günstigen Entwicklung der Organisation können wir bei dem jetzigen Delegationssystem damit rechnen, daß die Zahl der Delegierten sich weiter vermehrt. Damit wird die Arbeitsmöglichkeit des Parteitages, vor allen Dingen die Teilnahme der einzelnen Delegierten an den Verhandlungen ungemein erschwert, ganz abgesehen davon, daß es immer schwieriger wird, geeignet große Verhandlungslokale für den Parteitag zu erhalten. Aus dem Grunde habe ich vorgeschlagen, daß das Delegationssystem geändert werden soll. Da die Auffassung vorhanden ist, daß der vorgeschlagene Parteiausschuß angenommen wird, brauchen wir keine gesonderte Kommission zur Beratung dieser Frage, sondern wir müssen darauf dringen, daß der Parteiausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand beauftragt wird, diese Frage nachzuprüfen und dann dem Parteitag Vorschläge zu machen. Ob das schon im nächsten Jahre geschehen kann, oder vielleicht ein Jahr später, ist nicht entscheidend, sondern, daß diese Dinge genau nachgeprüft und dem Parteitag Vorschläge gemacht werden dahin, daß die Organisationen auch nach ihrer Stärke vertreten sein müssen. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Unterzeichner, die Resolution 195 anzunehmen. In diesem Zusammenhang komme ich zugleich auch auf die Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag. Der Leipziger Parteitag hat die geschlossene Vereinsorganisation eingeführt.

Daraus ergibt sich, daß es der Wille der Partei war und ist, daß auch die Organisationsvertreter auf dem Parteitag den Parteitag bilden und ihre Entscheidung darüber abgeben, ob die Handlungen der Partei im letzten Jahre im Einklang mit der Auffassung der gesamten Genossenschaft stehen. Aus dem Grunde und um den Parteitag arbeitsfähig zu erhalten, muß man nachprüfen, welche Teile auf dem Parteitag entbehrt werden können. Heute haben wir 527 Teilnehmer,

77 Abgeordnete sind anwesend, außerdem sind im Parteivorstand 6 Abgeordnete, in der Kontrollkommission 3 Abgeordnete, so daß insgesamt 86 Abgeordnete von 110 auf dem Parteitag anwesend sind. Nach meiner Auffassung, nach der Auffassung großer Parteigruppen sollte die Reichstagsfraktion auf dem Parteitag nur ein Vertretungsrecht, aber nicht das Recht der vollen Anwesenheit haben. Der Antrag ist 1909 bereits bei der Reorganisation geprüft worden, und damals hat man sich nur deshalb für die Beibehaltung des Anwesenheitsrechtes entschieden, weil damals die Fraktion klein war. Auf dem Jenaer Parteitag waren nur 36 Abgeordnete anwesend. Die Situation hat sich geändert, und aus dem Grunde ist erneut auch diese Frage geprüft worden. Was ist nun angeführt worden für die Anwesenheit der Fraktion? Die Fraktionsmitglieder stellten früher einen Teil der Parteiorganisation dar; sie sollte an Stelle der eventuell von der Polizei aufgelösten Parteileitung treten. Dieses Recht ist in Leipzig beseitigt worden. Es bleibt also nur die Verantwortung vor der Partei. Man hat eingewendet, die Fraktion verträte die Politik der Gesamtpartei, und sie müsse der Gesamtpartei, als die der Parteitag gilt, Rechenschaft ablegen. Die Rechenschaft kann doch aber abgelegt werden, ganz gleich, ob ein großer oder kleiner Kreis der Fraktion anwesend ist, denn auch jetzt haben es ja noch 24 Abgeordnete nicht der Mühe wert gehalten, auf dem Parteitag zu erscheinen, um Rechenschaft der gesamten Genossenschaft abzulegen. Sie haben damit dargetan, daß sie dieses Recht nicht für sich gelten lassen. Genosse Müller hat bereits darauf hingewiesen, daß diese Verantwortung eine große Reihe von Parteifunktionären, Landtagsabgeordneten usw. auch zu tragen haben, daß ihnen aber bisher nicht dasselbe Recht eingeräumt worden ist. Dadurch fällt auch dieser Einwand, denn was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Es bleibt nun der Vorschlag übrig, den Mitgliedern der Fraktion beratende Stimme zu geben und ihnen die Anwesenheit zu gestatten. Wer diese Räume betrachtet und für die Zukunft sich die Verhandlungen vorstellt, wird zugeben müssen, daß eine Beschränkung der Mitgliederzahl des Parteitages eintreten muß. Auf der anderen Seite ist die Frage vom Gesichtspunkt der Organisation zu behandeln, nicht vom Gesichtspunkt des guten Herzens. Ich halte es für unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen, daß man Teilnehmern des Parteitages die Anwesenheit gestattet, ihnen aber kein Beschlußrecht in den Fragen gibt, wo sie nicht persönlich beteiligt sind. Die Anwesenheit kann man nach meiner Auffassung vom Beschlußrecht nicht trennen. Will man die Anwesenheit der gesamten Reichstagsfraktion, so muß man den Reichstagsabgeordneten auch Beschlußrecht geben; will man das nicht, so kann man auch ihre Anwesenheit mit beratender Stimme nicht gestatten. Wir hätten dann degradierte Parteigenossen, die als Dekoration auf dem Parteitag sind, aber im entscheidenden Augenblick ihre Stimme nicht in die Wagschale werfen können. Das wäre eine Herabsetzung der Fraktionsmitglieder, und diese Herabsetzung möchte ich für meine Person nicht. (Sehr richtig!) . . ." (S. 301 ff.)

Emmel-Mülhausen:

„. . . Wenn die Fraktion nach wie vor dem Parteitag verantwortlich sein muß, dann kann sie nicht zum Drittel verantwortlich sein, sondern nur in ihrer Gesamtheit. (Sehr richtig!) Auch in der Fraktion sind doch die verschiedenen Richtungen vorhanden, glücklicherweise sind doch nicht alle über einen Leisten geschlagen. Alle in der Fraktion vertretenen Richtungen müssen doch auch die Möglichkeit haben, hier vertreten zu sein . . . Nun meint Lipinski, wir hätten die geschlossene Organisationsform eingeführt, und deshalb wäre für die Reichstagsfraktion in der bisherigen Weise nicht mehr Platz. Dann hat die Reichstagsfraktion überhaupt keinen Platz mehr auf dem Parteitag, dann müssen Sie auch den parlamentarischen Bericht von der Tagesordnung streichen. (Sehr richtig!) Dann müssen Sie sich auf den Standpunkt stellen, den manche vertreten, daß die Abgeordneten nur noch ihren Wahlkreisen verantwortlich sind. Das wäre sicherlich nicht empfehlenswert. Das würde zu Folgen führen, die wir nicht an die Wand malen wollen, die aber nicht im Interesse der Gesamtheit und Einheitlichkeit der Partei liegen. Lipinski meinte, auch andere Personen hätten eine Verantwortung der Partei gegenüber. Er spricht da von Bezirksvorständen usw. Für sie hat aber der Parteivorstand hier die Verantwortung zu übernehmen, für sie ist er haftbar. Das kann aber nicht bei der

Fraktion in derselben Weise gemacht werden. Nun sagt man, die Fraktion könne besonders bei ihrer jetzigen Stärke einen zu großen Einfluß auf den Parteitag ausüben. Wäre das richtig, dann müßte die Fraktion in ihrer Auffassung eine geschlossene Einheit sein. Das ist aber nicht richtig. Die Fraktion zerfällt ebenso in dieselben Strömungen, wie sie in der Partei vorhanden sind. Deshalb paralysiert sich der Einfluß der Fraktion. Er entspricht den Auffassungen, die auf dem Parteitag selbst hervortreten. Jedenfalls sollte man wenigstens der Fraktion beratende Stimme geben ..." (S. 305 f.)

Stadthagen (S. 307 f.) schließt sich Emmel an.

Dißmann-Hanau:

„... Wenn — was nach der erfreulichen Entwicklung der Organisation im Laufe der nächsten Jahre der Fall sein dürfte — die Teilnehmerzahl des Parteitages insofern reduziert wird, daß auf den einzelnen Delegierten eine höhere Kopfzahl vertretener Parteimitglieder entfällt, dann tritt naturgemäß eine bestimmte Einschränschränkung der Delegiertenzahl ein. Wird nun die Reichstagsfraktion auf ein Drittel in ihrer Vertretung auf dem Parteitag reduziert, so wird die Folge sein, daß die Reichstagsabgeordneten, die ein berechtigtes Interesse daran haben, an unseren Beratungen teilzunehmen, sich um ein Mandat in ihrem Wahlkreis bewerben müssen, um auf dem Parteitag erscheinen zu können, und dies wird zu einer weiteren Einschränkung der Delegierten führen, die aus den weiteren Kreisen der Parteigenossen kommen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie dringend ersuchen, diesem Vorschlag der Kommission nicht zuzustimmen und zu beschließen, daß die gesamte Reichstagsfraktion anwesend zu sein hat. Allerdings kann ich nicht befürworten, daß der alte Zustand beizubehalten sei und daß die Fraktion mit beschließender Stimme anwesend zu sein habe. Das ist auch nicht der Kern, warum wir die Gesamtheit der Reichstagsabgeordneten hier wünschen. Sie sollen hier sein, um Rechenschaft abzulegen, mit uns zu beraten über die wichtigen politischen Fragen, über unsere Gesichtspunkte, die einzuleitenden Aktionen, über die von uns zu ziehenden Richtlinien usw., und das ist doch das Wesentliche ..." (S. 309.)

Lüth-Hamburg:

„... Nun haben sich heute die Reichstagsabgeordneten dagegen gewehrt, daß sie nicht mehr in ihrer ganzen Stärke vertreten sein sollen. Stadthagen sprach sogar von einer Strafe für die Abgeordneten. So schlimm sollte man es nicht machen. Auch mit den demokratischen Grundsätzen, die verletzt sein sollen, ist es nicht weit her. Wir müssen die Zahl der Delegierten beschränken oder die der Reichstagsabgeordneten. Mir ist selbst das Drittel der Reichstagsabgeordneten viel zu hoch. Es würde vollständig genügen, wenn nur der Vorstand der Reichstagsfraktion vertreten wäre. Die Drohung, daß die Abgeordneten sich in den Wahlkreisen um ein Mandat bewerben sollen, kann uns nicht abschrecken, das Notwendige zu tun. So wie bisher geht es nicht weiter. Mit einem solchen Parteitag ist nicht mehr zu arbeiten. Die Zahl der Teilnehmer muß beschränkt werden. Der Antrag, der will, daß die Fraktion in ihrer ganzen Stärke vertreten ist, aber kein Stimmrecht haben soll, muß entschieden abgelehnt werden. Wenn die Fraktion hier ist, dann muß sie auch Stimmrecht haben. Die Verhältnisse zwingen uns aber zu einer Beschränkung der Zahl der Abgeordneten ..." (S. 311.)

Dr. David-Mainz:

„... Was die Vertretung der Reichstagsfraktion anlangt, so hätte ich gewünscht, man hätte es beim alten gelassen. Nicht aus Vergnügungssucht, um den Parteitag mitmachen zu können, wünschte ich das. Wer sieben Monate lang im Parlament sitzt, hat von Parlamenten genug, und das Reisen ist für Abgeordnete auch kein Vergnügen mehr. Ich wünschte die volle Vertretung der Reichstagsfraktion, weil ich einen möglichst engen Zusammenhang der parlamentarischen Vertretung der Partei mit dem Gesamtkörper der Partei für sehr nützlich halte. Der kann durch nichts besser hergestellt werden als dadurch, daß der Abgeordnete, der doch immer nur in einem Teil des

Reiches wurzelt, wenigstens einmal im Jahre Gelegenheit hat, mit dem Gesamtkörper in innige Fühlung zu kommen, sich selbst zu informieren über Stimmungen und Anschauungen in dem Parteiganzen und natürlich auch seine eigene Auffassung mitzuteilen. Ein solches Zusammenarbeiten ist außerordentlich nützlich und wichtig, um Differenzen zwischen parlamentarischer Vertretung und Parteikörper hintanzuhalten. Wenn der parlamentarische Vertreter die Beschlüsse des Parteitages im Parlament und vor der Oeffentlichkeit vertreten und durchführen soll, so muß er natürlich auch an der Beschlußfassung beteiligt sein. Man kann ihn nicht wie einen Automaten an Drähten ziehen. Das würde auch mit der demokratischen Auffassung über das Recht der Persönlichkeit schlecht übereinstimmen. Wer mittaten soll, soll auch mitraten. (Sehr richtig!) Aus diesem Gesichtspunkt heraus hätte ich gewünscht, man hätte es beim alten gelassen. Im übrigen halte ich die Frage nicht für so wichtig, daß sie uns abhalten könnte, dem vorgelegten Entwurf im ganzen unsere Zustimmung zu geben. (Beifall.)" (S. 314.)

Dr. Quarck-Frankfurt a. M. (S. 316) und Löwigt-Lübeck (S. 319 f.) sind derselben Meinung. Im Schlußwort führte Müller aus:

„... Es ist der Wunsch laut geworden, der Parteitag möge auch in bezug auf das Delegationsrecht der Kreisorganisationen ganz neue Bestimmungen treffen. Die Kommission hat sich mit diesen Anregungen beschäftigt, sie war aber der Meinung, daß für diesen Parteitag diese Frage noch nicht spruchreif ist und daß sie in den einzelnen Organisationen im Lande noch mehr diskutiert werden muß, ehe darüber ein Beschluß gefaßt werden kann. Diese Diskussion wird ergeben, daß die Frage des absolut gerechten Wahlsystems auch für unsere Parteitage sehr schwer zu lösen sein wird. Man wird es sich sehr wohl überlegen müssen, ob man die Mitgliederzahl allein zur Grundlage nehmen kann, denn das würde faktisch bedeuten, daß die kleinen Kreisorganisationen, denen wir doch auch ein starkes politisches Leben wünschen, in Zukunft ihrer Vertretung auf den Parteitagen beraubt würden. Es muß dann darüber beraten werden, inwieweit die tatsächlich vorhandene Wirkung eines Pluralwahlrechtes etwa ausgeglichen werden kann dadurch, daß man ein anderes, besseres Wahlrecht findet, worin vielleicht auch das Proportionalwahlsystem aufgenommen wird, damit nicht schließlich eine kleine Anzahl von Organisationen auf dem Parteitag die Mehrzahl der Delegierten haben. Heute liegt es schon so, daß die 32 stärksten Organisationen zusammen 49,4 Prozent der Mitglieder zählen, so daß bei der Entwicklung, die ohne unser Zutun in den Industriezentren vor sich geht, in einigen Jahren zwei Dutzend Kreisorganisationen die Mehrheit der Mitglieder haben. Das Delegationsrecht auf den Parteitagen ist zweifellos sehr wichtig, aber das Wahlrecht darf nicht Selbstzweck werden, sondern es muß ein Wahlrecht gefunden werden, das den Aufgaben der Partei am besten gerecht wird. Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß eine Partei ein ganz anderer Mechanismus ist als das Reich und die Staaten, und daß man die Verhältnisse von Reich und Staat nicht schablonenhaft auf die Partei übertragen darf. (Sehr richtig!) ...

Auch über die Vertretung der Fraktion haben wir schon früher weitschweifige Debatten gehabt. Mit Recht hat Lipinski daran erinnert, daß schon in Leipzig ein Antrag vorlag, nur sechs Delegierte der Fraktion zuzulassen. Es sprechen äußere und innere Gründe gegen die volle Zulassung der Fraktion, und diese äußeren Gründe sprechen natürlich auch dagegen, daß man die volle Fraktion mit beratender Stimme zuläßt. Was die inneren Gründe betrifft, so ist mit Recht schon früher in der Presse ausgeführt worden, daß heute eine ganze Menge Organe und Institutionen, die auch der Gesamtpartei verantwortlich sind, auf dem Parteitage vertreten sein müßten, wenn die volle Zulassung der Fraktion aufrecht erhalten würde. Alles, was über die Verantwortlichkeit und die Rechenschaftsablegung der Fraktion gesagt ist, trifft zehnmal mehr auf die Landtagsabgeordneten zu. (Sehr richtig!) Es trifft auch zu auf die Parteiredaktionen, den Pressebureaubeirat, den Bildungsausschuß usw. In Konsequenz dieser Auffassung der Mehrheit der Kommission haben wir auch in der dritten Lesung beschlossen, daß die Vertreter des Parteiausschusses nicht mehr für sich ein Anwesenheitsrecht auf dem Parteitag haben sollen. Es ist gesagt worden, es wäre schwer für die Fraktion, einen Modus zu finden, wonach sie die Delegation vornehmen kann. Ich habe die

Intelligenz der Fraktion höher eingeschätzt. (Sehr gut!) Die Fraktion muß doch auch einen Modus finden, um Redner für das Reichstagsplenum zu bestimmen und um die Kommissionen zu besetzen. Warum soll sie dann nicht imstande sein, die Wahl der Delegation zum Parteitag zu regeln. (Sehr gut!) Das ist doch nicht so schwer, daß die Reichstagsfraktion, die Blüte der Intelligenz, diese Frage nicht lösen könnte. (Zuruf: Und diese Blüte der Intelligenz wollen Sie ausschließen?) Auch einzelne Landesorganisationen müssen mit dem Modus, ihren Fraktionen Stimmrecht zu geben, brechen, um den Abgeordneten auf den Landesparteitagen nicht das Uebergewicht zu geben. Ich glaube auch nicht, daß heute die Verhältnisse in der Partei noch so liegen wie vor 20 Jahren und daß es jedem Abgeordneten unter allen Umständen möglich ist, auf den Parteitag zu kommen unter Ausschaltung von Delegierten, deren Anwesenheit im Interesse der Partei vielleicht notwendiger wäre ..." (S. 323 f.)

Der Parteitag nahm noch folgenden Antrag an, nachdem Lipinski dagegen, Ledebour dafür gesprochen hatte (S. 518 f.):

210. Böhle und Genossen: „In Erwägung, daß bei der Wahl des Ortes für den Parteitag nicht nur die Lokalfrage, sondern auch die Wohnungsverhältnisse und gute Eisenbahnverbindungen zu berücksichtigen sind, beschließt der Parteitag: Alle Anträge, die über den Tagungsort für den nächsten Parteitag gestellt sind, dem Parteivorstand zu überweisen, der in Verbindung mit dem Parteiausschuß den Tagungsort festsetzen soll."

Dem Jenaer Parteitag **1913** wird berichtet:

„Eine Aenderung des Organisationsstatuts in diesem Jahre schon wieder vorzunehmen, kann der Parteivorstand nicht empfehlen. Er beabsichtigt, nach Beratung mit dem Parteiausschuß zu der Frage des Delegationsrechtes zum Parteitag, die durch den Antrag 195 wieder aufgerollt worden ist, einem der nächsten Parteitage geeignete Vorschläge zu machen." (S. 9.)

Folgende Anträge lagen vor:

43. Kiel-Ost: „Der Parteitag möge beschließen: Die Wahlen zum deutschen Parteitag werden in Urwahlen, die in bestimmten Stunden an einem Sonntage stattzufinden haben, vorgenommen."

44. Breslau-Land, Neumarkt: „Der Parteivorstand übernimmt die Kosten des Wahlkreises, die für die Beschickung des deutschen Parteitages durch einen Delegierten entstehen. Zur Beschickung sind nur diejenigen Wahlkreise berechtigt, die mehr als 100 Mitglieder haben."

79. 4. Pfälzischer Reichstagswahlkreis Zweibrücken-Pirmasens: „Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag eine Neuregelung für die Beschickung der Parteitage in Vorschlag zu bringen, wobei auch minderbemittelten Wahlkreisen bei gewisser Höhe des Mitgliederstandes die Möglichkeit einer Vertretung geboten wird."

85. 3. pfälz. Kreis: „Daß der deutsche Parteitag nicht alljährlich, sondern nur alle zwei Jahre stattzufinden hat."

93. Frankfurt a. M.-Bodenheim: „Die Wahl der Delegierten zum Parteitag hat durch Urwahlen zu erfolgen. Zum § 7 des Organisationsstatuts wird deshalb zu dem Passus: „Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl" der Zusatz „und durch Urwahlen" beantragt."

99. 19. hannoverscher Wahlkreis: „Der Parteitag möge den Absatz 1 in § 7 des Organisationsstatuts der Partei dahin ändern, daß in Zukunft die Zahl der Delegierten zum Parteitag um die Hälfte verringert wird."

Zu Vorsitzenden werden Ebert und Bock gewählt, zu Schriftführern auf Vorschlag von Linde-Königsberg: Dürr-München, Hanusch-Stettin, Husemann-Bochum, Kilian-Kassel, Lehmann-Niederbarnim, Leuthold-Dresden, Frau Reitze-Vegesack, Rudolph-Jena und Weinheber-Hamburg. (S. 207.)

Das Protokoll vermerkt noch:

„Die Geschäftsordnung ist vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß geändert worden. Die Aenderungen sind nur formaler Natur. Sachlich ist die alte, bewährte Geschäftsordnung beibehalten.

Ohne Debatte nimmt der Parteitag dann die Geschäftsordnung unverändert an." (S. 219.)

Blume-Hamburg berichtet für die Mandatsprüfungskommission:

„Die Kommission hat festgestellt, daß auf dem Parteitag anwesend sind: 15 auswärtige Gäste, 10 Mitglieder des Parteivorstandes, 7 Mitglieder der Kontrollkommission, je ein Vertreter des „Vorwärts" und ein Vertreter des Parteigeschäftes Auer & Co., Hamburg, des „Wahren Jakob", Stuttgart, der „Neuen Zeit" und der Kontrolleur der Parteigeschäfte. Ferner sind anwesend 387 Delegierte, darunter 28 Frauen, ferner 84 Abgeordnete zum Deutschen Reichstag, so daß zusammen 508 Personen den Parteitag besuchen, davon sind 487 stimmberechtigt . . ." (S. 365.)

Antrag 85 wird nicht genügend unterstützt. Müller ersucht, die übrigen Anträge dem Parteivorstand zu überweisen:

„. . . Wir haben bereits im vorigen Jahre erklärt, daß über die Frage der Aenderung des Delegationssystems zum Parteitag in diesem Jahre Verhandlungen stattfinden sollen. Bei dieser Gelegenheit können die in diesen Anträgen angeregten Fragen mit verhandelt werden. Es geht nicht an, daß wir alle Jahre Aenderungen am Organisationsstatut vornehmen. Vielfach ist das in Chemnitz geänderte Organisationsstatut in die Mitgliederbücher jetzt noch nicht eingeheftet. Solche Fragen können nicht aus dem Handgelenk am letzten Tage entschieden werden. Sie erfordern gründliche Vorbereitungen . . ." (S. 552.)

Die Anträge werden dem Parteivorstand zur Erwägung übergeben.

Heitmann-Oldenburg beantragt, die Anträge 80 bis 83, die davon handeln, an welchem Ort der Parteitag im Jahre 1914 stattfinden soll, dem Parteivorstand und Parteiausschuß zu überweisen:

„Bei der ständig wachsenden Zahl der Delegierten kommt es darauf an, das richtige Parteitagslokal zu finden. Das können wir hier nicht entscheiden, das müssen Parteivorstand und Parteiausschuß erwägen." (S. 553.)

Grumbach-Colmar beantragt, den nächsten Parteitag frühzeitiger einzuberufen, damit die Punkte, die auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Wien kommen, noch diskutiert werden können:

„Das Internationale Bureau konnte bisher die Tagesordnung noch nicht festsetzen, aber es steht zweifellos fest, daß eine Tagesordnung festgesetzt werden wird. (Heiterkeit.) Zunächst wird der Punkt Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt. Der ist ja für uns durch die Chemnitzer Debatte erledigt. Es ist aber möglich, daß noch andere Punkte in Frage kommen, über die wir die Möglichkeit haben müssen, zu diskutieren. Vielleicht könnte der deutsche Parteitag drei Wochen früher stattfinden. Dann könnten wir von dort gleich nach Wien gehen. Ich bitte, meinen Antrag dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß zu überweisen, ihn aber nicht zu begraben, sondern wohlwollend zu berücksichtigen." (S. 554.)

Der Antrag Heitmann wird angenommen, der Antrag Grumbach dem Parteivorstand und Parteiausschuß überwiesen.

Siehe auch die Artikel „Frauenorganisation", Organisationsstatut", „Parteivorstand".

Ueber den Preußischen Parteitag siehe den Artikel „Landtagswahlen".

Parteivorstand. Dem Magdeburger Parteitag **1910** erstattete Pfannkuch den Geschäftsbericht:

„Nach dem letzten Parteitag wurde verschiedentlich in der Presse die Kritik laut, daß die Anträge, die von den Parteigenossen zum Parteitage gestellt werden, nicht die genügende Beachtung finden. Es wurde behauptet, man nehme nicht die Rücksicht auf sie, die sie verdienten. Sie würden am Schlusse der Verhandlungen in einer Art erledigt, die nicht immer mit den Interessen und der Würde der Partei in Einklang zu bringen wäre. In der Praxis spielte sich die Sache so ab, daß bei jedem Antrage ein Vorstandsmitglied aufstehe, auf die Tribüne steige und ersuche, den betreffenden Antrag der Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen, wenn nicht die Ablehnung gefordert würde. Diese Kritik hätte vielleicht eine Art Berechtigung, wenn mit der Ueberweisung der Anträge an die Parteileitung, wie man sich früher ausdrückte, eine Art vornehmes Begräbnis dieser Anträge herbeigeführt würde. Das ist aber nicht zutreffend. Auch die Anträge, die zur Berücksichtigung oder zur Erwägung dem Parteivorstand überwiesen werden, werden sehr eingehend in den Vorstandssitzungen behandelt. Es wird sorgfältig geprüft, ob der Kern, der in den Anträgen enthalten ist, sich zur Förderung der Organisation und der Agitation eignet. Ist das der Fall, so werden selbstverständlich diese Anregungen auch in die Praxis umgesetzt. Andernfalls verfallen sie natürlich der Ablehnung. Alle einschlägigen Fragen werden vom Parteivorstand eingehend auf ihre Brauchbarkeit geprüft. So ist es auch mit den Anträgen geschehen, die der vorige Parteitag der Parteileitung überwiesen hat. Unsere heutige Tagesordnung beweist schon, wie ungerecht der Vorwurf derjenigen ist, die behaupten, daß die Ueberweisung der Anträge an den Vorstand das Begrabensein bedeutet. . . ." (S. 198.)

„. . . Ich habe nun noch, ich möchte behaupten, die gebieterische Pflicht, darauf hinzuweisen, daß dem Parteivorstand wegen seines Verhaltens in der Wahlrechtsbewegung Vorwürfe gemacht worden sind, er habe, statt den Massen neue Mittel des Kampfes im Wahlrechtsstreit zu geben, die Bewegung dadurch zum Abflauen gebracht, daß er verhindert habe, Mittel, wie das des politischen Massenstreiks, zu erörtern. Um jeder Legendenbildung die Spitze abzubrechen, erkläre ich, daß der Parteivorstand niemals eine solche Anweisung gegeben hat. Er hätte auch keine größere Dummheit begehen können, als eine solche Anregung zu geben. Denn dann hätte man doch die Stelle gehabt, auf die man alle Schuld, wenn man eine solche konstruieren will, abwälzen konnte. Die Parteikreise, die so leichthin gegen den Vorstand Vorwürfe erhoben haben, er hätte die revolutionäre Energie der Masse nicht in die richtigen Bahnen geleitet, scheinen die Vorwürfe vergessen zu haben, die auf früheren Parteitagen erhoben wurden. Sie gingen immer dahin, daß der Parteivorstand zu wenig Fühlung mit den Genossen nähme. Es hieß immer: er treffe seine Maßnahmen viel zu selbstherrlich, ohne die Genossen zu hören. Ich habe schon darauf hingewiesen, welche Konferenzen wir abhalten, um in steter Fühlung mit den Parteigenossen zu bleiben. Auch in der vorliegenden Frage haben wir so gehandelt. Der Parteivorstand, der in seiner Eigenschaft auch Mitglied der preußischen Landeskommission ist, hat in der Wahlrechtsbewegung alles, was er getan hat, im vollen Einverständnis mit den für diese Frage in Betracht kommenden Instanzen getan. Die Unkenrufe, die darauf hinausliefen, der Parteivorstand sei der Situation nicht gewachsen, konnten daher auch keine Resonanz in der Partei finden. Der Parteivorstand ist immer in enger Fühlung mit den betreffenden Instanzen geblieben. Dasselbe war der Fall, wenn es galt, Maßnahmen zu treffen, die die gesamte Arbeiterklasse berührten, und die über den Rahmen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen hinaus die gesamte Arbeiterschaft in Mitleidenschaft ziehen mußten, wenn sie den Effekt haben sollten, den man sich davon versprach. Wir haben mit den berufenen Instanzen Beratungen gepflogen über die Möglichkeit und Ausführbarkeit aller von uns geforderten Maßnahmen, und zwar mit den Instanzen, die die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen tragen. Stets ist dabei Einmütigkeit erzielt worden. Damit hat der Parteivorstand recht getan. Die von ihm geübte Praxis hat auch zur Folge gehabt, daß die Alarmtrompeten unbeachtet geblieben sind. Der Parteivorstand hat in der kritischen Zeit der hochgespannten politischen Situation das getan, was er tun mußte; er wird auch künftighin seine Maßnahmen im Einverständnis mit den berufenen Instanzen treffen. Das ist bisher zum Nutzen der Partei geschehen und wird auch weiter zum Vorteil sein, wenn der Parteivorstand fortfährt, im Einverständnis mit den genannten Instanzen zum Wohle der Partei zu handeln. (Lebh. Beifall.)" (S. 203 f.)

Im Schlußwort bemerkte Pfannkuch:

„. . . Es ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß der Geschäftsbericht des Parteivorstandes den Genossen zur Kritik nicht Gelegenheit geboten hat. Es ist daher wohl die Annahme gerechtfertigt, daß der Parteitag mit der Geschäftsführung des Parteivorstandes im letzten Jahre einverstanden gewesen ist. . . ." (S. 220.)

Am Schluß des Parteitages gab der Vorsitzende Dietz das Resultat der Wahlen bekannt:

„Für den Parteivorstand sind abgegeben 350 Stimmzettel. Gewählt ist: Bebel zum ersten Vorsitzenden mit 344, Singer zum zweiten Vorsitzenden mit 342, Gerisch zum Kassierer mit 344 Stimmen. Zu Schriftführern sind gewählt: Molkenbuhr mit 348, Ebert mit 340, Pfannkuch mit 330, Müller mit 293 und als Beisitzerin Genossin Zietz mit 331 Stimmen. — Ferner haben Stimmen erhalten: Frank zum ersten Vorsitzenden 1, Auer als Sekretär 1, außerdem Dittmann 1, Rudolph 5, Rosenfeld 1, Dißmann 3, Stubbe 1." (S. 482.)

Die Kontrollkommission wählte zu Beisitzern wieder Wengels und Liepmann.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lagen außer den Anträgen 19—22, 64, 66 und 73, die beim Artikel „Organisationsstatut" mitgeteilt sind, auch folgende vor:

11. Göppingen: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine rege Agitation gegen den Militarismus und für den Völkerfrieden bei jeder gegebenen Gelegenheit zu entfalten, und bedauert, daß der Parteivorstand nicht das Marokkoabenteuer dazu benutzt hat, um die Initiative zu einer umfassenden, einheitlichen Aktion der Partei für den Weltfrieden zu ergreifen."

55. Bremen: „Der Soz. Verein Bremen bedauert, daß der Parteivorstand es nicht für nötig gehalten hat, in eine allgemeine Aktion gegen den Marokkorummel einzutreten. Die Versammlung ersucht den Parteitag, dafür Sorge zu tragen, daß der Parteivorstand in Zukunft solche wichtige, die ganze zivilisierte Welt in Aufregung setzende Fragen nicht so gleichgültig behandelt."

In seiner Begrüßungsansprache erklärte Bebel:

„. . . Parteigenossen, ein Teil von Euch ist mit seiner Regierung unzufrieden (Heiterkeit) und findet, daß sie nicht das gemacht habe, was sie soll, und meint, daß man da ein Feuer hinterher machen und sie vorwärts schieben muß. Nun, wir vom Parteivorstand haben das auch alles gesehen und sind gespannt darauf, was bei diesen Klagen herauskommen wird. Wir werden uns auch unserer Haut wehren, darüber besteht kein Zweifel. Aber wir wollen gern zugeben, daß es ein Zeichen von Lebenskraft ist, wenn die Partei sich rührt und nicht mit allem einverstanden ist. Es kommt ja auch anderweit vor, daß eine Regierung manchmal zu bequem wird, das geschieht nicht bloß bei der Sozialdemokratie (Heiterkeit), anderwärts wohl noch häufiger. Im großen und ganzen aber waren Sie ja immer mit uns zufrieden, Sie haben uns ja immer wiedergewählt. Aber lassen wir es auf die Probe ankommen, kritisiert, macht Verbesserungsvorschläge — wenn es wirklich Verbesserungen sind, werden wir sie gern annehmen. Das wäre eine schlechte Parteileitung, die meinte, man müsse immer nur am Alten festhalten. Deswegen sind wir ja eine demokratische Partei, damit wir uns aussprechen und damit dann die Mehrheit entscheide, und wenn entschieden ist, haben wir so, wie wir früher zusammen gearbeitet haben, zusammen weiter zu arbeiten. . ." (S. 173.)

Im Vorstandsbericht führte Müller aus:

„. . . Alle die Angriffe, die in der letzten Zeit gegen uns gerichtet wurden, weil wir angeblich nicht die Zeit gehabt hätten, etwas zu tun, beruhen auf unrichtigen Voraussetzungen. Soviel Zeit ist immer da, um ein Zirkular, ein Flugblatt oder einen Aufruf herauszugeben. Die Zeit spielt da absolut keine Rolle.

Damit möchte ich nun übergehen zu den Angriffen, die gegen den Parteivorstand wegen seiner Tätigkeit oder angeblichen Untätigkeit in der Frage des Marokko-Konflikts erhoben worden sind. Wir haben Ihnen die darüber geführte Korrespondenz im Druck vorgelegt,*) und Sie können sich danach selbst ein Urteil bilden über das, was der Parteivorstand bei den Verhandlungen hierüber getan hat. Ich will auf die Einzelheiten dieser Korrespondenz, die Ihnen nun vorliegt, zunächst nicht eingehen, sondern nur feststellen, daß es nicht richtig ist, wenn behauptet wird, der Parteivorstand habe in dieser Frage wochenlang nichts getan, und andere Länder hätten in ganz anderer Weise die Arbeiterbewegung gegen die Kriegshetzer aufgeboten. Wie lagen die Dinge? Die deutsche Regierung entsandte am 2. Juli den „Panther" nach Agadir und verschärfte dadurch die internationale Situation ganz ungeheuer. Wir hatten kurz vorher eine Sitzung der preußischen Landeskommission gehabt, und dort wurden Wahlrechtsversammlungen über ganz Preußen angeordnet, die an die Verabschiedung der elsaß-lothringischen Verfassung anknüpfen sollten. Es war nun ganz selbstverständlich, daß in allen diesen Versammlungen neben der preußischen Wahlrechtsfrage die inzwischen wider Erwarten akut gewordene Marokko-Frage Gegenstand der Verhandlung gewesen ist. In den Versammlungen in Berlin und in allen größeren Städten wurden auch Resolutionen angenommen, die nicht nur der preußischen Wahlrechtsfrage, sondern auch Marokko galten. Auch in den anderen Bundesstaaten, für die ein Anlaß zur Veranstaltung solcher Versammlungen wie in Preußen nicht vorlag, wurden vielfach Versammlungen wegen der Marokkofrage abgehalten.

Die Korrespondenz zeigt weiter, daß wir die internationalen Vorgänge sehr eingehend verfolgt haben. Bebel war in Holland, in der nächsten Nähe des Internationalen Sozialistischen Bureaus, mit dem er in ständiger Fühlung stand. Er berichtete uns über seine Aussprache mit dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Wir haben also dieser Frage unsere volle Aufmerksamkeit geschenkt, wenn wir auch nicht alle Nachrichten, die in die Presse lanciert wurden, so ernst genommen haben, wie das vielleicht einzelne taten; so zum Beispiel die Nachricht von dem Ultimatum, die nachher mit Recht von der „Leipziger Volkszeitung" als „Sensatiönchen" verspottet wurde. Am 9. August hatte der Vorstand seinen Aufruf erlassen. Er hatte in den Wochen vorher mehrere Male beraten, ob jetzt der geeignete Zeitpunkt für eine Agitation über das ganze Land bis in das kleinste Dorf hinein gekommen sei. Denn darüber waren wir uns im Vorstande klar, daß die Marokko-Frage nicht so bald von der Tagesordnung verschwinden wird, und daß ihr schon deshalb nicht ausgewichen werden kann, weil ja unsere Gegner gerade aus der Marokko-Krise ihre nationale Wahlparole gewinnen wollen, ähnlich wie bei den Hottentottenwahlen. Wir waren uns klar, daß etwas geschehen soll und muß, nur der Zeitpunkt, wann etwas über das ganze Reich hin zu geschehen habe, war Gegenstand der Beratung. Man nahm dabei allerdings an, daß über die konkreten Absichten des Auswärtigen Amtes früher etwas verlautbar würde, als tatsächlich geschehen ist. Als dann in einem Moment, wo die Situation zunächst wieder friedlicher erschien, unsere bürgerlichen Parteien in ihren offiziösen Organen in unerhörtester Weise Kriegshetze betrieben, da sagten wir uns, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, um gegen diese hetzerische Tätigkeit ein Gegengewicht zu schaffen. Vorher hatten einige alldeutsche Blätter, die zu den rheinisch-westfälischen Panzerplattenfabrikanten Beziehungen haben, allein in diese Kerbe gehauen, aber damals machte selbst die parteioffizielle nationalliberale Korrespondenz diese Scharfmachereien mit. Der geeignete Zeitpunkt war also gekommen, und ich kann feststellen, daß unser Aufruf im ganzen Reiche von den besten Folgen begleitet war. Nicht nur in den Industriegegenden und Großstädten, sondern auch auf dem flachen Lande ist Aufklärung über die Marokko-Frage, wie sie im Interesse und zu den Zwecken der Sozialdemokratie notwendig war, gegeben worden. Sofort nach Erlaß des Aufrufs haben wir auch das notwendige Material beschafft, um jene Kreise sozialdemokratisch aufzuklären, die nicht in unsere Versammlungen kommen und unsere Zeitungen nicht lesen. Wir haben das Flugblatt schreiben lassen, das Ihnen allen gewiß bekannt ist. Wir haben für dieses Flugblatt keinen besseren, geeigneteren Parteigenossen gewußt, als unseren Genossen Kautsky. Wir hatten uns allerdings auch darin getäuscht (Heiterkeit), wie der weitere Verlauf der Debatte über das Flugblatt gezeigt hat. (Erneute Heiterkeit.) Es ist dem Flugblatt vorgeworfen worden, daß es nicht den notwendigen Ton treffe usw. Ich will nicht alles wiederholen, was in jenem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" stand. Unsere Absicht mit dem Flugblatt war, den Leuten, die bisher nur aus der Kreisblatt- oder Generalanzeiger-Presse etwas über Marokko und die

*) Diese Korrespondenz ist im Anhang am Schluß des Protokolls abgedruckt.

weltwirtschaftlichen Zusammenhänge der Marokko-Krise gehört hatten, Aufklärung zu bringen, und es war für jene breiten Massen berechnet, die in unsere Versammlungen nicht zu bringen sind. Als wir das Manuskript des Flugblattes hatten, waren wir im Parteivorstand überzeugt, daß für diesen besonderen Zweck ein besseres Flugblatt kaum geschrieben werden konnte. Ich will nicht viele Worte verlieren darüber, was sich dann abgespielt hat. Ich kann feststellen, daß die Partei, soweit sie sich in Presse und Versammlungen mit diesen Vorgängen beschäftigt hat, einmütig abgelehnt hat, die Art und Weise, wie die „Leipziger Volkszeitung“ und Rosa Luxemburg vorgegangen sind, zu billigen. Unter keinen Umständen darf es während einer Aktion gestattet werden, mag man das Flugblatt für noch so schlecht halten, in solcher Weise vorzugehen. Ich glaube, es genügt, wenn ich unterstreiche, was die einmütige Auffassung der Partei hierüber ist.

Es ist uns gesagt worden, seht einmal, wie in Spanien und Frankreich schon in der ersten Juliwoche Protestversammlungen abgehalten worden sind. Demgegenüber genüge das nicht, was in Deutschland geschehen ist. Aber auch in Deutschland wurde bereits im Juli, nicht nur in der Presse, sondern auch in Versammlungen für den Frieden und gegen den Krieg agitiert, und die ganze Marokko-Frage wurde aufgerollt. Aber wenn einmal schon eine Parallele gezogen werden soll zwischen dem, was zur Aufklärung und Abwehr in der Marokko-Krise getan worden ist in Deutschland und in den anderen Ländern, die hieran beteiligt sind, so können wir Deutsche ohne Ueberhebung feststellen, daß in keinem Lande so viel getan worden ist, wie im Deutschen Reiche. Wir können das um so ruhiger feststellen, als uns die ausländischen Bruderparteien ihre Bewunderung ausgesprochen haben über die großen Aktionen, die wir jetzt in der Marokko-Krise gehabt haben. (Ein Zuruf: Jetzt!) Ich erinnere an die ungeheure Beteiligung bei der Demonstration im Treptower Park, in Leipzig und in anderen Großstädten. Die Massen sind da in einer Weise in Aktion getreten, die bei den Organisationsverhältnissen anderer Länder nirgends zu beobachten war. Aber nicht nur unsere Einzelaktionen halten den Vergleich mit den anderen Ländern aus, sondern es ist auch nirgendwo eine so intensive, in die Breite gehende Aktion getrieben worden, wie wir sie uns im Deutschen Reiche leisten können, weil wir in alle Gegenden hineinkommen und in der Lage sind, überall für unsere Ideale wirken und gegenüber Kapitalismus und Imperialismus die Ziele der Sozialdemokratie propagieren zu können. Wir brauchen uns also durchaus nicht zu verstecken, sondern im Gegenteil, wir können stolz sein auf das, was wir im Deutschen Reiche geleistet haben.

Es ist behauptet worden, daß noch mehr und manches noch früher hätte geschehen können. Es wird wahrscheinlich hierüber noch hier in der Debatte gestritten werden. Daß der Vorstand sich bei dieser Gelegenheit seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe, können wir nicht zugeben. Es sind eine Reihe von unzutreffenden Einzelheiten bekanntgegeben worden. Beispielsweise wurde in dem Artikel, den Genosse Kautsky, wie ich überzeugt bin, in der besten Absicht zum Parteitag geschrieben hat, gesagt, daß es vorkommen könne, daß gerade in kritischen Situationen nur ein Vorstandsmitglied auf dem Bureau anwesend sei. Daß zufällig einmal nur einer auf dem Bureau ist, wenn sich vielerlei zusammendrängt, das kann vorkommen und wird auch noch vorkommen, wenn der Vorstand verstärkt werden sollte; aber, und darauf kommt es an, stets sind von den neun Mitgliedern des Vorstandes mindestens fünf in Berlin gewesen, und sie konnten jederzeit zu einer Sitzung zusammenberufen werden. Gerade an dem Tage, wo Molkenbuhr den bekannten Brief geschrieben hat, war er nicht allein auf dem Bureau, sondern es war noch ein Kollege anwesend.

Bebel hat gestern als ein Zeichen der Gesundheit einer Partei die Kritik erwähnt und zur Kritik an dem Vorstand aufgefordert. Ich kann das nur unterstreichen. Gerade hier auf dem Parteitag ist die Gelegenheit gegeben, Auge in Auge Kritik am Parteivorstand zu üben, und wir sind die letzten, die irgendwie dagegen empfindlich sind. Wir können aber nicht zugeben, daß wir unsere Aufgaben vernachlässigt haben. Es wird in dem von Kautsky geschriebenen Artikel auch ein Satz zitiert, den Pfannkuch auf der sächsischen Landeskonferenz in Meißen gesprochen hat, daß der Parteivorstand nicht immer in der Lage gewesen sei, das tun zu können, was er gewollt habe. Aber im folgenden Satz hat Pfannkuch ausdrücklich erklärt, nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“: „So erkläre ich doch, daß Versäumnissse von ihm (dem Parteivorstand) auf keinem Gebiete gemacht sind.“ Dadurch wird doch das, was aus dem ersten Satz eventuell herausgelesen werden könnte, ausdrücklich wieder aufgehoben. Was Pfannkuch hier sagte, ist nicht nur seine Privatansicht, der gesamte Parteivorstand teilt die Auffassung, daß Versäumnisse nicht gemacht worden sind. Es ist auch nie der Fall gewesen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes wichtige Entscheidungen im Namen der Partei getroffen hat. Im Gegenteil,

wir haben nie diesem Ressortpartikularismus gehuldigt und niemals die Dezernentenwirtschaft so weit getrieben, daß im Namen der Partei ein Dezernent eine bestimmte Frage zu entscheiden gehabt hätte. Immer sind alle wichtigen Dinge der gemeinsamen Beschlußfassung des Vorstandes unterbreitet worden. Selbstverständlich werden Kleinigkeiten, die im laufenden Geschäftsverkehr erledigt werden können, nicht erst der Sitzung vorgelegt, wie zum Beispiel, wenn ein Bezirk 5000 Flugblätter unentgeltlich verlangt. Genosse Dittmann hat im „Vorwärts" gefordert, daß der Vorstand mindestens zwei Sitzungen in der Woche abhalte. Wir haben in der Zeit der regen politischen Arbeit, im Winter, während der Parlamentstagung, wo häufig wichtige Fragen plötzlich auftauchen, die die Parteileitung interessieren, zwei Sitzungen in der Woche als Norm festgehalten. Allerdings können wir vielfach während der Parlamentsferien, oder im Sommer, wenn nichts Besonderes vorfällt und keine wichtigen politischen Ereignisse eintreten, mit einer Sitzung ganz gut auskommen. Was die Frage der Ressorts anbetrifft, die auch in diesem Artikel behandelt wird, so ist es selbstverständlich, daß das, was hier gewünscht wird, soweit es augenblickliches Bedürfnis ist, entweder bereits durchgeführt oder im Keime da ist. Wir haben von den dort genannten zwölf Ressorts heute schon neun, nur werden diese neun Ressorts nicht von je einem Sekretär verwaltet, sondern es sind mehrere Ressorts in einer Hand vereinigt. Die Entwickelung hat gebieterisch diese Einrichtung gefordert. Der Vorschlag Dittmanns ist nichts Neues, sondern die Genossen Quarck, Keil und Kautsky haben früher ähnliche Vorschläge, teilweise unter Hinweis auf die Organisationen der Bruderparteien des Auslandes, gemacht.

Nun ist die Frage aufgetaucht: Ist der Parteivorstand überlastet, oder ist er bei seiner jetzigen Zusammensetzung imstande, die für die Partei notwendige Arbeit zu leisten? Wir haben alle die Geschäftsverteilung im Vorstande betreffenden organisatorischen Fragen in den letzten Jahren unter dem Vorsitz unseres unvergeßlichen Paul Singer behandelt und immer das, was uns als notwendig erschien, in die Praxis umgesetzt. Wir haben es für notwendig gehalten, die Mitglieder des Vorstandes so viel als angängig von mechanischen Hilfsarbeiten zu entlasten und diese Hilfsarbeitern zu übertragen, die natürlich nur unter Aufsicht und Kontrolle des Parteivorstandes arbeiten. Verantwortlich ist selbstverständlich nur der Parteivorstand. Wir haben nicht weniger als drei Hilfskräfte im Bureau, und wir hatten bereits, bevor diese Debatten losgingen, beschlossen, einen vierten, der vor seiner Militärzeit bei uns war, wieder zu engagieren. Weiter haben wir dem Parteivorstand einen technischen Gutachter für die Parteipresse angegliedert, ohne daß er Sitz und Stimme im Parteivorstand hat. Wir halten es nicht für angängig, daß im Vorstand einer Kampfpartei die Dezernenten technischer Ressorts überwiegen, sondern wir müssen dazu übergehen, neben dem Vorstand Kräfte heranzuziehen, die solche Arbeiten unter Verantwortung des Vorstandes erledigen. Man darf aber dabei nicht außer acht lassen, daß sich in gewisser Beziehung die Arbeiten des Parteivorstandes verringert haben. Wir kriegen mehr und mehr eine Menge Kleinigkeiten vom Halse, mit denen wir uns früher beschäftigen mußten. Je mehr wir draußen die Bezirksorganisationen ausbauen, je mehr die einzelnen Wahlkreise wegen der gestiegenen Mitgliederzahl zur Anstellung von Beamten übergehen müssen, umsomehr schreiben Leute, die Rat suchen, nicht an den Parteivorstand in Berlin, sondern sie wenden sich an ihre Bezirksvorstände. Allerdings ist im letzten Jahre, wenn auch unserer Auffassung nach nichts Notwendiges vernachlässigt wurde, doch die Arbeit der im Bureau beschäftigten Personen sehr groß gewesen. Das lag daran, daß Gerisch von seiner langwierigen Krankheit noch nicht genesen war und daß wir infolgedessen seine Arbeit in Vertretung mit zu übernehmen hatten. Einen Teil der Arbeiten seines Ressorts hat Gerisch auch während des letzten Jahres erledigt. Er befindet sich jetzt auf dem Wege der Besserung, und es ist zu hoffen, daß er bald einen großen Teil seiner Tätigkeit wieder aufnehmen kann. . . .

Es ist dann weiter gesagt worden, daß die Parteileitung nicht in der nötigen Fühlung mit den Massen draußen sei. Gerade hierzu muß konstatiert werden, daß wir in den letzten Jahren mit unseren Bezirken viel mehr in Fühlung gewesen sind als jemals früher. Wir haben die wichtigen Fragen des Parteilebens mit unseren Bezirkssekretären erörtert. Das Protokoll über diese Verhandlungen erweist das. Wir haben auf der letzten Konferenz der Bezirksvorstände auseinandergesetzt, was alles für die nächste Zeit beabsichtigt war, und wir haben mit Freuden konstatieren können, daß die Bezirkssekretäre mit allem, was wir vorgeschlagen haben, einverstanden waren, daß man geradezu gesagt hat, daß der Parteivorstand ein Füllhorn ausschütte, und daß man bezweifelte, ob das alles ausgeführt werden könnte, was der Parteivorstand anregte.

Wenn Sie das Protokoll vornehmen, werden Sie sehen, daß alles, abgesehen von einigen Dingen, die mit der Reichstagswahl im Zusammenhang stehen und naturgemäß noch nicht erledigt sein können, auch ausgeführt wurde, so daß wir ausgeführt haben, was wir in der Sitzung mit den Landesvorständen und den Bezirksvorständen versprochen hatten. Mehrfach sind wir im Laufe der Jahre im Gegenteil gebeten worden, nicht so viel Zirkulare herauszugeben, weil die Bezirke nicht alles das ausführen können, was in diesen Zirkularen von ihnen verlangt wird. Namentlich trifft das für solche Bezirke zu, in denen Mangel an Kräften herrscht.

Wir haben ferner auf Grund der besonderen organisatorischen Verhältnisse, die in Preußen bestehen, zur Besprechung der Wahlrechtsfage die Landeskommission zusammengehabt, die aus den Delegierten der einzelnen Bezirke zusammengesetzt ist, die uns über die Stimmung in den Bezirken unterrichtet haben, so daß eine Fühlung zwischen der Parteileitung und der Masse der Parteigenossen in Preußen vorhanden war, wie in den früheren Jahren nicht; und alles, was auf diesem Gebiete geschehen ist, ist in Uebereinstimmung mit den Delegierten geschehen, die schon für Preußen eine Art erweiterter Ausschuß neben der Parteileitung sind.

Weiter haben wir im Gegensatz zu der Gepflogenheit der früheren Jahre dieses Jahr der Kontrollkommission, die vierteljährlich einmal zum Revidieren der Bücher und Kassen zusammentritt, vor dem Beginn ihrer Arbeit durch ein Mitglied des Parteivorstandes einen Vortrag halten lassen über alle wichtigen Dinge, die die Parteileitung im vorhergegangenen Quartale beschäftigt hatten. Auch hier haben wir nur einmal Einwendungen gehabt, wo einzelne Mitglieder der Kontrollkommission meinten, es sei nicht früh genug etwas geschehen. Das betraf die Marokko-Frage, wo man meinte, es hätte zur Aufklärung der Parteigenossen früher mehr geschehen müssen. Doch befände sich die Angelegenheit noch in einem Stadium, daß auch da noch nichts verpaßt sei. . . . .

Wir können nicht zugeben, daß wir in den letzten Jahren irgend etwas versäumt haben, was zur Ausbreitung unserer Parteigrundsätze geschehen mußte. Wir können nicht zugeben, daß wir etwas versäumt haben, was nach den vorhandenen Mitteln und Kräften für die Ausrüstung unserer Organisationen hätte geschehen können. Wir müssen bestreiten, daß uns irgendein Vorwurf gemacht werden kann, nicht diejenige Initiative entfaltet zu haben, die zur Befruchtung unseres Parteilebens notwendig ist. Es müßte merkwürdig zugehen, wenn während der kommenden großen Kämpfe, nicht nur der Wahlkämpfe, sondern auch der Massenaktionen, diese reiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Parteileitung und der Parteigenossen im Lande draußen der Partei nicht reiche Früchte bringen würde. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß wir auch in dem letzten Jahre alles dasjenige getan haben, was notwendig ist, um unsere Siege vorzubereiten und um dahin zu wirken, daß so bald als möglich die Arbeiterklasse von dem Doppeljoche der politischen und ökonomischen Knechtschaft befreit wird. (Beifall.)" (S. 192 ff.)

In der Debatte sprechen u. a.:

Rosa Luxemburg:

„Sie werden alle die kleine Schrift des Parteivorstandes erhalten haben, die sich speziell gegen meine Person richtet. Diese Schrift enthält eine Reihe schärfster Angriffe. Sie werden mir zugeben, daß die Verbreitung dieser Schrift von der höchsten Parteibehörde aus ein etwas ungewöhnliches Vorgehen ist. Ich schließe daraus auf eine ungewöhnliche Geistesverfassung unserer Parteiväter (Ohorufe!) Ich finde eine Bestätigung dieser ungewöhnlichen Geistesverfassung in dem Inhalt der Schrift selbst. Denn das erste, was nach einer aufmerksamen Lektüre dieser Schrift in die Augen springt, ist, daß meine Ankläger sich in der Eile des Gefechts nicht einmal Zeit und Mühe genommen haben, das in Frage stehende Objekt, das corpus delicti durchzulesen. Wenn Sie den Artikel der „Leipziger Volkszeitung" durchgelesen hätten, so könnten Sie unmöglich alle die Angriffe erheben, wie Sie es getan haben. Ich werde sie der Reihe nach Punkt für Punkt widerlegen. Der erste Vorwurf, der mir gemacht wird, ist der: „Weiter ließ sich die Genossin Luxemburg auch eine grobe Irreführung der Genossen zuschulden kommen, als sie den Brief des Genossen Molkenbuhr mit Weglassung des Anfangssatzes veröffentlichte und berichtete, der Brief enthalte offenbar die Meinung des Parteivorstandes." Es war also „eine grobe Irreführung" von mir, daß ich der Partei

den Anfangssatz des Briefes Molkenbuhrs unterschlagen habe, worin klipp und klar gesagt wird, daß es sich nur um die Privatmeinung Molkenbuhrs handle und nicht um die Ansicht des Parteivorstandes. Sehen Sie nun nach, was in meinem Artikel „Um Marokko" am 24. Juli in der „Leipziger Volkszeitung" stand. Da hieß es: „Nur bei dem deutschen Parteivorstand die Anregung bezüglich der Marokkofrage keine Gegenliebe fand. Die Antwort wurde zwar nur von einem Mitglied des Parteivorstandes als seine Privatmeinung mitgeteilt, doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angeschlossen, denn eine weitere Kundgebung von dieser Seite erfolgte nicht." Es ist also klipp und klar von mir gesagt worden, daß es sich nur um die Privatmeinung eines Vorstandsmitgliedes handelte, und die Behauptung des Parteivorstandes, ich hätte durch die Unterschlagung dieses Satzes mich einer groben Irreführung schuldig gemacht, ist eine Handlung, die ich vor lauter Verehrung vor unserer obersten Parteibehörde nicht näher bezeichnen will.

Zweite Tatsache: „Die Genossin Luxemburg unterschlug die Tatsache, daß auch der Genosse Bebel sich zu der Frage der Konferenz geäußert habe, und zwar, wie die gedruckten Briefe zeigen, die der Genossin Luxemburg bekannt waren, in zustimmendem Sinne." Also in zustimmendem Sinne zu dem Vorschlag, eine Sitzung des Internationalen Bureaus wegen der Marokkofrage abzuhalten. Wir haben die Anschuldigung gehört: ich „unterschlug" die Tatsache, daß Genosse Bebel sich zu der Frage geäußert, und zwar in zustimmendem Sinne geäußert hat. Was steht nun in meinem Artikel? „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zunächst die Konferenz für nicht empfehlenswert, und die geplante Zusammenkunft unterblieb aus diesem Grunde."

Ich habe also die Tatsache angeführt, allerdings ohne den Namen des Genossen Bebel zu nennen, wie ich überhaupt keine Namen genannt habe. Ich habe also die Tatsache nicht nur nicht „unterschlagen", sondern sie selbst ausdrücklich angeführt. Aber ich habe nicht angeführt, daß Bebel sich zustimmend geäußert hat. Wir wollen sehen, was Genosse Bebel selbst geschrieben hat. Es sind zwei Briefe von ihm vorhanden. In dem ersten heißt es: „Wie ich vernehme, soll in Bälde eine Konferenz des Internationalen sozialistischen Bureaus in Sachen der Marokkoaffäre stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich, an der Konferenz teilzunehmen." Dieser Brief ist vom 10. Juli. Es folgt aber dann am 12. Juli, also zwei Tage nach dem Briefe Molkenbuhrs, ein zweiter Brief, worin es heißt: „Werter Genosse, die Marokkoaffäre hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen sozialistischen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint."

Diese Erklärung soll jetzt, wie der Parteivorstand sagt, in zustimmendem Sinne aufgefaßt sein. Wenn mich meine Augen nicht trügen, so ist das ein ablehnender Sinn, aber ich wage nie, wenn der Parteivorstand etwas behauptet, es nicht zu glauben, da für mich als ein frommes Parteimitglied der alte Satz gilt: Wenn der Parteivorstand geredet hat: Credo quia absurdum — ich glaube, weil es absurd ist. (Heiterkeit.) Die dritte Behauptung ist, daß ich überhaupt den Brief des Genossen Molkenbuhr an das Internationale Bureau veröffentlicht habe. Damit hätte ich mich einer groben Indiskretion schuldig gemacht. (Bebel: Diese Meinung hat auch das Internationale Bureau.) Nun, im Eingang des Briefes des Genossen Molkenbuhr, der in der uns vorgelegten Korrespondenz abgedruckt ist, steht folgender einleitender Satz: „Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe." (Hört! hört!) Es war also eine so hoch sekrete Sache, daß sie Molkenbuhr vor versammeltem Volke in Berlin erzählt hat. Es wird weiter in der Schrift des Parteivorstandes zur Begründung gesagt: „Sollen solche Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen, dann ist Diskretion Ehrensache für alle Beteiligten" und „diese Korrespondenz unter den Mitgliedern des Internationalen sozialistischen Bureaus, die eine Verständigung bezweckte, war daher ihrer Natur nach streng vertraulich". Man könnte meinen, ich hätte durch Veröffentlichung des Briefes von Molkenbuhr etwa die Verständigung des Internationalen Bureaus, die zu einem gedeihlichen Ende führen sollte, verhindert. Die Korrespondenz mit dem Internationalen Bureau war abgeschlossen am 12. Juli, mein Artikel erschien am 24. Juli, reichlich 12 Tage später, und die große Aktion wär längst abgeschlossen und leider nicht zu einem gedeihlichen Ende geführt. Gerade deshalb ist es notwendig, auf die Frage einzugehen, war es denn nötig, sie zu diesem ungedeihlichen Ende zu führen, oder hätte man ihr noch eine andere Wendung geben sollen? Ich bestreite überhaupt nicht nur die Tatsache, daß es irgendwie eine Indiskretion eines Parteimitgliedes ist, sich in der Oeffentlichkeit kritisch mit den Handlungen des Parteivorstandes

im Interesse der Partei zu befassen in Fragen, die die Lebensinteressen der Gesamtpartei berühren, sondern ich gehe weiter und sage: Der Parteivorstand hat sich einer Unterlassung seiner Pflicht schuldig gemacht, da er nicht selbst an uns herangetreten ist. Es war seine Pflicht, seine Korrespondenz zu veröffentlichen und der Kritik der Partei zu unterbreiten. Denn, ganz offen, es handelt sich doch nicht um Formalitäten, sondern um die große Frage, ob sich der Parteivorstand einer Unterlassungssünde schuldig gemacht hat oder nicht (Heiterkeit), ob er sich verspätet hat mit dem Auftrage, große Protestaktionen gegen den Imperialismus zu veranstalten, oder nicht. Man sagt, ich hätte die Partei irregeführt, indem ich die Auffassung Molkenbuhrs als die Auffassung des Parteivorstandes ausgegeben hätte. Wenn die Auffassung Molkenbuhrs nicht die des Vorstandes war, ich nehme es nach der Erklärung an, dann frage ich, welche andere Auffassung hat Euch dazu geführt, daß Ihr nichts getan habt in der Zwischenzeit, wo etwas getan werden sollte? (Sehr richtig!) Rückt doch mit dem holden Geheimnis heraus, die vorgelegte Korrespondenz enthält nicht ein Wort einer anderen Erklärung. (B e b e l: Mit dieser Schrift haben wir gar keine Erklärung abgegeben.) Meine große Sünde ist also, daß ich eine vielleicht verfehlte, aber an sich denkbare Auffassung zur Erklärung herangezogen habe, aus der ich mir die Handlungen resp. Unterlassungen des Parteivorstandes begreiflich zu machen suchte. Der Parteivorstand fühlt sich verletzt und indigniert, er gibt aber nicht die geringste Erklärung ab, weshalb er nichts getan hat. Ueberhaupt der Natur nach schließt diese ganze Angelegenheit jeden Begriff von Indiskretion aus (Zustimmung und Widerspruch.) Der Parteivorstand ist nichts anderes als unser Beauftragter, er handelt für uns in unserem Namen, und wenn wir ihm sagen, er hat nicht das Richtige getan, dann steht es ihm nicht zu, zu sagen: Das ist unsere diskrete Angelegenheit, mischt Euch nicht ein. Und war es denn so unwahrscheinlich, anzunehmen, daß der Parteivorstand hier aus falschen Rücksichten auf die Reichstagswahlen sich von einer wirklichen Aktion hat zurückhalten lassen? Ist es das erstemal, daß wir eine solche Angelegenheit diskutieren? Ich bitte Sie, das Protokoll des Mainzer Parteitages nachzulesen. Damals standen wir mitten in der China-Krisis, auch damals hatte der Parteivorstand nicht im richtigen Moment die richtige Aktion hervorgerufen. Ist es denn so unwahrscheinlich, anzunehmen, daß er mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen auch diesmal die Aktion unterlassen hat? Hört man denn nicht seit Jahr und Tag auf Schritt und Tritt die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles, was getan und unterlassen wird? Sogar der „Vorwärts“ hat sich genötigt gesehen, dem Parteivorstand einen kritischen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich zu sehr von Rücksichten auf die Reichstagswahlen leiten läßt. Ich würde Ihnen gern das Zitat verlesen, aber ich habe die Nummer des „Vorwärts“ nicht hier, ich habe sie mir einrahmen lassen. (Heiterkeit.) Wenn der Vorstand nicht zugeben will, daß er eine Unterlassungssünde begangen hat, so haben doch die folgenden Tatsachen bewiesen, wie angebracht die Kritik war. Nicht nur, daß unsere Protestaktion sich verspätet hat, sind wir auch in eine ganz schiefe Lage gegenüber der Internationale geraten. (Lebhafter Widerspruch von B e b e l.) Jawohl, in Berlin haben wir gefeiert als Vertreter des französischen Proletariats Syndikalisten, mit denen wir politisch nichts zu tun haben, und in Paris haben wir zusammen mit den Syndikalisten protestiert, und wir haben durch unsere Ungeschicklichkeit ausgeschaltet die berufenen Vertreter des Proletariats, mit denen wir fraternisieren sollten. Das läßt sich nicht bestreiten, und ich muß mich wundern, daß der Parteivorstand, der ein so langes Sündenregister hat, hier mit Anklagen auftritt. (Lachen.) Eine Körperschaft, die so von Natur aus der Kritik ausgesetzt ist, sollte sich doch sehr hüten, ihren Kritikern den Vorwurf der Illoyalität zu machen. Im Gegenteil. Ich, die ich unseren Parteivorstand ja kenne, bin sehr weit entfernt von irgend solchen falschen Auffassungen oder Mißdeutungen, aber unsere Gegner könnten vielleicht auf die Idee kommen, daß dieser ganze große Donner und Blitz nur den Zweck hatte, abzulenken von den wirklichen Fragen, von der Frage, warum der Parteivorstand nicht auf der Höhe der Aufgaben war in der Aktion gegen den Imperialismus. . .“

Vorsitzender D i e t z:

„Die Redezeit ist längst zu Ende, ich habe Ihnen reichlich Zeit gelassen.“

R o s a L u x e m b u r g (fortfahrend):

„Ja, ich verteidige mich doch gegen solche Vorwürfe, daß ich glaube, Sie müßten mir noch ein paar Minuten schenken. (B e b e l: Dann müssen aber auch alle anderen das Recht haben!) Nun, dann will ich schließen. Ich wollte sagen, daß in der ganzen

Marokkoangelegenheit der Parteivorstand nicht der Ankläger ist, sondern er ist derjenige, der sich vor allem vor uns verantworten muß für seine Unterlassungssünder. (Sehr richtig!) In einer wie unangenehmen Situation er war, das beweist ja am besten der Bericht des Genossen Müller. In meinem Leben habe ich noch nicht ein Bild einer so rührenden Hilflosigkeit gesehen. (Lachen. Bebel ruft: Na, na!) Deshalb nehme ich Eure Anschuldigungen nicht krumm, ich verzeihe Euch und gebe Euch den väterlichen Rat (Bebel: den mütterlichen Rat! — Große Heiterkeit.): bessert Euch! (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)" (S. 204 ff.)

Dr. Lensch:

„Ich bin in der seltenen Lage, mich zuerst gegen einen Vorwurf zu wehren, der gegen die „Leipziger Volkszeitung" erhoben ist. Es handelt sich darum, daß die Kritik des bekannten Marokkoflugblattes hier von Müller und auch in der Parteipresse als eine Handlung bezeichnet ist, die die Aktion der Partei deswegen besonders geschädigt habe, weil sie „mitten in die Aktion" gefallen sei. Dies Wort „mitten in die Aktion" ist ohne Frage ein außerordentlich populäres Argument, aber wenn man es genauer prüft, so wird man zugeben, daß es speziell in dieser Situation vollständig in sich zusammenfällt.

Schon die Tatsache allein ist nicht zu bestreiten, daß dieser Artikel die Aktion der Partei gegen die Marokkokrisis nicht geschädigt hat. Eine Woche nach diesem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" war ja die große Demonstration der Berliner Genossen, und wir sind alle einig, daß diese Aktion durch den Leitartikel in der „Leipziger Volkszeitung" nicht gelitten hat. Auch hat ja der Parteivorstand in seinen Manifesten gegen die „Leipziger Volkszeitung" und gegen die Genossin Luxemburg eine derartige Geringschätzung der Artikel, die in der Parteipresse erscheinen, gezeigt, daß er sagte: solange diese Sachen bloß in der Zeitung stehen, reagiere ich nicht darauf; aber als der Genosse Rosenfeld sie in der Versammlung erwähnte, war die Aktion so gefährdet, daß der Vorstand nunmehr während der Aktion darauf reagierte.

Was bedeutet überhaupt dieses Argument von der Kritik „während der Aktion"? Wir sind Sozialdemokraten, die immer in der Aktion sind, und wenn wir Kritik nur üben dürfen, wenn wir nicht in der Aktion stehen, dürfen wir überhaupt keine Kritik üben. Es ist auch nicht wahr, wie Genosse Müller es darstellte, als ob man in der ganzen Parteipresse nur einer Ansicht war über das Ungehörige dieses Artikels. Ich könnte auf mehrere Parteiblätter verweisen, so in Erfurt, Halle, Elberfeld, deren Haltung dieser Behauptung widerspricht. Sollte es dahin kommen, daß wir während der Aktion die Kritik unterdrücken, dann, Parteigenossen, setzen Sie sich politische Schlafmützen in die Redaktionen der Parteipresse. Wir stehen bekanntlich immer im Kampfe. Es ist das Vorrecht eines Stubengelehrten, aber nicht eines politischen Kämpfers, darauf zu verzichten, während der Aktion Kritik zu üben an der Aktion der Partei. Ich erinnere daran, daß man in den letzten 1½ Jahren gegen die Kritik am Parteivorstand und an der „Neuen Zeit" immer wieder dasselbe Argument erhoben hat. Das geschah damals, als vor 1½ Jahren die Genossin Luxemburg über den Massenstreik polemisierte, und ebenso vor einem halben Jahre, bei der Kritik wegen der Abrüstungsfrage, hieß es: wir sind mitten in der Aktion. Muten Sie denn einem politischen Kämpfer zu, erst dann aufzustehen, wenn die anderen Leute sich schon zu Bette gelegt haben? Führt man dieses Argument logisch durch, daß man in der Aktion nicht kritisieren soll, so fällt überhaupt jede Kritik in sich zusammen. Wäre etwa am Sonntag oder am übernächsten Sonntag eine allgemeine Verbreitung des Flugblattes geplant gewesen, so hätte man vielleicht sagen können, das ist die Aktion, die wollen wir nicht stören. Dann hätte ich vielleicht mit mir reden lassen und gesagt, diese eine Woche wollen wir uns den Artikel noch verkneifen. (Heiterkeit.) Aber so steht es nicht. Es handelte sich um eine Stellungnahme des Parteivorstandes zur Politik des Imperialismus, und da war es selbstverständlich, daß der Parteipresse die Kritik freigegeben wurde.

Nun komme ich zu einem anderen Flugblatt in der Marokkoaffäre, dem Flugblatt, das hier verbreitet ist, und mit dem sich auch die Genossin Luxemburg schon beschäftigt hat, und wir müssen gestehen, dieses Marokkoflugblatt, das den Vorzug genießt, vom Parteivorstand selber verfaßt zu sein, verrät keine glücklichere Hand als das erste. Ueber den Marokkoflugblättern des Parteivorstandes scheint ein ungünstiger Stern zu leuchten. Wenn man am Vormittag die Rede des Genossen Müller hörte, so hatte man die beruhigende Gewißheit, der Parteivorstand hat über die Marokkoaffäre „seine Akten in Ordnung". Seine Akten in Ordnung zu haben, ist ja ein sehr beruhi=

gendes Bewußtsein. Aber es wäre auch sehr schön, wenn man daneben auch die politische Initiative in Ordnung hätte, und das ist es, was der Parteivorstand, und nicht bloß in letzter Zeit, so außerordentlich vermissen läßt. Genosse Müller erklärte ja, der Vorstand ist sich keiner Schuld bewußt und gibt nicht zu, irgend etwas verfehlt zu haben. In diesem neuesten Marokkoflugblatt, wo die persönliche Verärgerung aus jeder Zeile dieses Flugblattes spricht, werden der Genossin Luxemburg Vorwürfe gemacht, Vorwürfe von Unterschlagung und anderen Dingen, so daß man meinen könnte, es müßte gegen sie wegen ehrloser Handlungen vorgegangen werden. Ich bewundere in dieser Situation, wo schon nachgewiesen ist, daß die sachlichen Argumente des Flugblattes nicht zutreffen, wo bewiesen ist, daß die „Leipziger Volkszeitung" nichts unterschlagen hat (Pfannkuch: Das Datum auch nicht!), auch nicht, daß es sich um eine Privatmeinung des Genossen Molkenbuhr handelte, ich bewundere, sage ich, den Mut, mit dem das Flugblatt davon spricht, sie „unterschlug" das und das, ihr Verfahren ist „illoyal", ein „geordnetes Parteileben würde unmöglich sein, wenn dieses Verfahren üblich werden würde". Ich bewundere diesen Mut des Parteivorstandes umsomehr — das sage ich dem Parteivorstand nach Leipziger Tradition direkt ins Gesicht —, weil er sich sagen mußte, daß gerade diese Schlußfolgerungen sich auch gegen den Parteivorstand selbst wenden können. Wenn er einer Genossin Unterschlagung und ähnliche Dinge vorwirft, und er sich im selben Augenblick selbst nachweisen lassen muß — ich will keine scharfen Worte gebrauchen —, wie leicht er sich diese Argumentation gemacht hat, dann beneide ich den Parteivorstand nicht um die Leistung, die er hinter sich hat. (Unruhe.) Ich sage, nicht als subjektiv gewolltes, aber als objektives Ergebnis dieses Maarokkoflugblattes haben wir nichts weiter als den Versuch, diese ganze Marokkodebatte, diese ganze Szenerie, über die wir uns beim Geschäftsbericht des Vorstandes zu unterhalten haben, auf ein falsches Gleise zu schieben. **Hier handelt es sich nicht** darum, ob die Genossin Luxemburg taktlos gewesen ist, ob sie unterschlagen hat oder sonst was, hier handelt es sich überhaupt nicht um die Genossin Luxemburg, sondern nur um die Frage: Hat der Parteivorstand in der Marokkofrage seine Pflicht erfüllt oder nicht? Das ist die Frage, die wir uns nicht verdunkeln lassen wollen. Die deutsche Sozialdemokratische Partei hat einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Anschauungen in der Frage der Weltpolitik im Parteivorstande herrschen, sie hat ein Recht darauf, zu wissen, aus welchen Gründen diese Marokkoaktion nicht vorgenommen worden ist. Und da sage ich ganz offen, daß diese Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes, die man der Genossin Luxemburg oder der „Leipziger Volkszeitung" als Verbrechen auslegt, ein Verdienst gewesen ist. Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstande betrieben wird. Die Anschauung Molkenbuhrs, die in diesem Briefe zum Ausdruck kommt, geht dahin, immer wieder Wahlrücksichten und nochmals Wahlrücksichten vorzuschieben und von diesem Standpunkte aus die ganze Marokkoaktion zu behandeln. Dem gegenüber sage ich: Die Partei hat ein Recht darauf, zu diesen Anschauungen Stellung nehmen zu können. Das ist kein Privatbrief, den Molkenbuhr geschrieben hat. Als Mitglied des deutschen Parteivorstandes schreibt kein Mensch Privatbriefe. (Widerspruch und Heiterkeit.) Gewiß! Die Vorstandsmitglieder sind neben ihrer politischen Tätigkeit als Vorstandsmitglieder auch Privatmenschen, aber in ihrer Stellung als Mitglieder des deutschen Parteivorstandes schreiben sie an auswärtige internationale Stellen keine Privatbriefe. (Bebel: Das ist ja lächerlich, sie können doch für ihre Person Privatmeinungen äußern!) Die Kritik bricht jetzt über den deutschen Parteivorstand herein. Das ist ein Vorgang, der im Parteiinteresse notwendig ist. Wir wollen uns darüber klar sein, daß jahrelang Zurückhaltung geübt wurde und daß sich im Laufe der Jahre soviel angesammelt hat, daß wir uns jetzt einmal sagen müssen: Jetzt müssen wir diese Rücksichten fahren lassen. (Vereinzelte Zustimmung.)" (S. 209 ff.)

Ledebour:

„. . . Es hat sich hier niemand zu verteidigen außer dem Parteivorstand. Man hat der Genossin Luxemburg — ich habe das ja prophezeit — einen Strick aus der Veröffentlichung des Briefes zu drehen gesucht, man hat auch die wirklich unverantwortliche Uebereilung ausgenutzt, die sie mit der Kritik des Flugblattes geübt hat. Alles das wird jetzt benutzt, um den Kern der Frage zu vertuschen. Genossin Luxemburg hat mit mir sehr häufig in Konflikten gestanden, und wie ich die Genossin Luxemburg kenne, und wie ich mich kenne (Heiterkeit), werden wir im Laufe unseres hoffentlich noch recht langen Wirkens für die Partei noch öfter in Konflikt geraten. Aber das hält

mich doch nicht ab, ausdrücklich zu erklären, daß, wenn es überhaupt jetzt in Deutschland zu großen Aktionen, zu großen Demonstrationen gegen den Krieg und die Kriegshetzer gekommen ist, nicht Müller, der hier den Glorienschein auf sich und seine Genossen herabzuwinden sucht, das Hauptverdienst daran hat, sondern die Genossin Luxemburg durch ihre Kritik. (Zustimmung, Widerspruch.) Wenn die Kritik nicht gekommen wäre, Genossen vom Parteivorstand, Sie säßen heute noch vergnügt da und hätten den Finger nicht gerührt (Heiterkeit bei den Mitgliedern des Parteivorstandes), ebenso vergnügt, wie Sie jetzt dasitzen. (Erneute Heiterkeit bei den Mitgliedern des Parteivorstandes.) ...

Das Anklageflugblatt, das jetzt vom Parteivorstand gegen die Genossin Luxemburg veröffentlicht ist, das würde, wenn die Genossin Luxemburg nicht selbst den Brief vorher veröffentlicht hätte, die schwerste Selbstbezichtigung des Parteivorstandes sein. Was würde denn dabei herausgekommen sein, wenn, ohne daß eine Aktion nachträglich erfolgte, diese Geschichte in die Oeffentlichkeit gekommen wäre. Die Hauptsache ist: was von der Genossin Luxemburg publiziert wurde, folgte erst nach der vorherigen Veröffentlichung der gravierendsten Tatsachen. Ich habe in dem Halleschen „Volksblatt" die dokumentarischen Beweise dafür erbracht. Hyndmann hatte schon im Frühjahr die schwersten Anklagen gegen den deutschen Parteivorstand erhoben, daß er nichts getan hat. (Zuruf vom Parteivorstand: Das stimmt nicht!) Ich habe auch nicht behauptet, daß Hyndman recht hat. (Bebel: Wozu dann die Anklage?) Aber der Parteivorstand wußte aus dem Vorgehen von Hyndman, aus seiner Anklage, daß der Parteivorstand auf die Anregungen nicht eingegangen sei, wie das im Auslande aufgefaßt und ausgenutzt wurde, und trotzdem ist er auf die abermalige Anregung nicht eingegangen, und der Vorsitzende der Federation in England hat dann auch wieder die Anklage gegen die deutsche Partei erhoben, daß sie die Aktion durchkreuzt hat, obwohl Frankreich, Spanien, England ihr mit Freuden zugestimmt haben. Sie sagen „vorläufig". Im Moment der Kriegsgefahr, wenn es sich um eine Aktion für den internationalen Frieden handelt, ist die Aktion sofort geboten. Da heißt es: jetzt oder nie. Das beweist uns ja auch, wie nachteilig die Ablehnung im Ausland gewirkt hat. Bei solchen Gelegenheiten gilt das Wort: der andere hört von allem nur das Nein. Das Nein hat das Ausland herausgehört, und das hat deprimierend gewirkt und das Ansehen der deutschen Partei im Auslande geschädigt. Wie damals Hyndman, wie ich gern glaube fälschlich, die Anklage gegen die deutsche Partei erhoben hat, so hat diesmal Macdonald, der Führer der Labour Party, ausdrücklich erklärt, als ihm seine nationalistische Erklärung im Parlament zum Vorwurf gemacht wurde: Die deutsche Partei tut ja nichts gegen den Krieg. Durch Ihr Nichtstun haben Sie im Ausland diesen Glauben erweckt, der nur ausgerottet werden kann dadurch, daß wirklich energisch vorgegangen wird. Nur dann kann der Anschein zerstört werden, daß die deutsche Partei entweder nicht wolle oder nicht wage, diejenigen internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr aus ihrer Stärke erwachsen in dem Kampfe gegen die internationalen Unterdrücker. . . . Eine Aktion kann nicht von einem Lande allein ausgeführt werden, sondern nur von den Proletariern aller Länder muß gleichzeitig eine überwältigende Aktion ausgeführt werden, und bei der jetzigen Zerfahrenheit der Anschauungen der Sozialdemokraten der verschiedenen Länder ist die Einleitung einer solchen Aktion eben die Aufgabe vertraulicher Besprechungen unter den leitenden Genossen, Besprechungen, die sich vielleicht monatelang hinziehen werden, in denen alle Chancen der Entwickelung in den einzelnen Ländern zu erörtern sind. Als diese Aufgabe an den deutschen Parteivorstand herantrat, hat er sie leider nicht erkannt, sie nicht aufgenommen; er hat in dieser großen Situation versagt. Diese Situation kann jeden Augenblick wiederkehren, und deshalb ist es unsere Aufgabe, den Vorstand vorwärts zu treiben, um diese gegenwärtig größte und wichtigste Aufgabe des kämpfenden, revolutionären Proletariats zu erfüllen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)" (S. 212 f.)

Bebel:

„. . . In der Konferenz, die ich am 30. Juli mit dem Sekretär des Internationalen Bureaus hatte, wobei auch diese Angelegenheit erörtert wurde, hat er mir gesagt, sie wären übereingekommen, künftig der Genossin Luxemburg als Mitglied des Internationalen Bureaus überhaupt keine Informationen mehr zu geben. (Beifall und Hört, hört!) Denn das sei nicht die erste Indiskretion gewesen. (Lebhaftes Hört, hört!) Ich habe darauf geantwortet: Tun Sie das nicht, darüber zu verhandeln ist Sache des Internationalen Bureaus. Nun hat die Genossin Luxemburg behauptet, sie habe sich eine unrichtige Darstellung der Dinge nicht zuschulden kommen lassen. Sie hat die Sache so dargestellt, als wenn sie in durchaus loyaler und korrekter Weise verfahren sei. Sie habe nur aus-

geführt, daß wahrscheinlich die übrigen Vorstandsmitglieder sich der Ansicht Molkenbuhrs angeschlossen hätten. Das ist eine Vermutung, für die sie nichts als ihre eigene Meinung hat. Sie hat in dem Briefe Molkenbuhrs den ersten Satz weggelassen, in dem es heißt: „In einer Vorstandssitzung habe ich Ihren werten Brief noch nicht vorlegen können.“ Trotzdem erweckt sie in ihrem ganzen Artikel die Meinung, daß der Vorstand die Ansicht Molkenbuhrs teile. Sie schreibt klipp und klar: „Endlich kommt in der Stellungnahme des Parteivorstandes eine allgemeine Auffassung über den Wahlkampf zum Ausdruck, die uns nicht einwandfrei erscheint.“ Die Ansicht Molkenbuhrs wird also ohne weiteres als die des Parteivorstandes hingestellt. Wenn das nicht eine Verdrehung ist, dann gibt es überhaupt keine Verdrehungen. (Lebhafter Beifall.) Die Parteipresse, die natürlich nicht informiert war, hat dann zum Teil in dasselbe Horn gestoßen und Beschuldigungen gegen den Vorstand erhoben, die nicht berechtigt waren. Die Genossin Luxemburg hat weiter behauptet, daß Molkenbuhr und der Vorstand die Konferenz glatt abgelehnt haben. Sie konnte diese Behauptung nur aufstellen, weil sie den Schlußsatz unterschlagen hat. Sie druckt den ganzen Brief ab, läßt aber den ersten und den Schlußsatz weg, in dem gesagt wird, daß wir vorläufig mit der Besprechung warten können. (Lebhaftes Hört, hört!) Molkenbuhr war also mit einer Besprechung im Internationalen Bureau einverstanden, er sagte nur: vorläufig könnten wir warten. Das ist der Schluß des Briefes. Da appelliere ich nun an den ganzen Parteitag, da appelliere ich an die ganze Partei und frage: hat die Genossin Luxemburg damit nicht eine ganz falsche Darstellung von der Sache gegeben? (Stürmische Zustimmung, Rufe: Es ist eine Niedertracht!) Sie hat die Haltung des Parteivorstandes vollständig falsch dargestellt. Sie hat nicht allein den Brief Molkenbuhrs mißhandelt, sie hat auch meine Auslassungen mißhandelt. Sie kommt darauf zu sprechen, daß ich am 10. Juli mitteilte, daß ich der geplanten Marokkokonferenz beiwohnen wollte. Sie behauptet dann, zwei Tage später hätte ich abgelehnt. Das ist einfach nicht wahr! (Hört! hört!) Ich habe vielmehr erklärt, und zwar am 12. Juli, daß die Marokkofrage neuerdings einen Charakter angenommen habe, so daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Bureaus nicht empfehlenswert erscheine. Ich erklärte, wir wollten einstweilen mit der Einberufung warten und unser Pulver nicht zu frühzeitig verschießen. Daraus macht die Genossin Luxemburg eine glatte Ablehnung. Das ist ein ungewöhnliches Verfahren. Sie hat auch wieder vollständig unterschlagen und verschwiegen, daß ich mit Huysmans zusammengekommen bin und darauf hingewiesen habe, daß er wohl selbst die inzwischen eingetretene Verschärfung des Marokkokonfliktes nach der Rede Lloyd Georges erkannt habe. Er solle die Angelegenheit scharf im Auge behalten und, sobald sich die Notwendigkeit einer Einberufung des Internationalen Bureaus ergebe, nicht nur die Mitglieder der zunächst interessierten Staaten einberufen, sondern das ganze Bureau. (Hört, hört!) Denn die Frage sei eine internationale, und ein daraus entstehender Krieg würde jedenfalls ein Weltkrieg werden. Hier geht also die deutsche Vertretung allein weiter als alle anderen Vertreter, die in der Frage der Konferenz das Wort nehmen. Was verlangten die Franzosen und die Engländer? Nur eine Zusammenkunft zwischen Frankreich und Spanien, dann nachher eine Zusammenkunft zwischen England, Frankreich und Deutschland. Ich ging aber weiter und sagte: so kann das nicht gehen, die Frage ist international, darum muß das ganze Bureau zusammentreten. Ich habe mit Huysmans verabredet, daß die Eröffnung der Internationalen Konferenz durch eine große Demonstration in Brüssel eingeleitet werden sollte; das alles hat die Genossin Luxemburg nicht mitgeteilt. Ihre ganze Darstellung über das Verhalten des Parteivorstandes ist von A bis Z falsch oder mißverstanden worden. Das ist das allermindeste, was man darüber sagen kann. Nun hat sich Ledebour auf die dokumentarische Darlegung berufen, die er der Sache gegeben hat. (Ledebour: Wie das gewirkt hat!) Dann hätten Sie auch sagen müssen, daß die Sache schon verhandelt wurde, und welches Resultat die Verhandlung hatte. Davon hören aber die Leser nichts. In den Ausführungen, die in der „Justice“ enthalten sind, habe Hyndman die deutsche Partei angeklagt, man sei dreimal wegen Friedensdemonstrationen an sie herangetreten, hätte aber regelmäßig eine Ablehnung erfahren. Die Sache wurde zunächst in der Fraktion besprochen, wo Ledebour sie vorbrachte. Wir waren ganz verdutzt, wir, die Mitglieder des Internationalen Bureaus, hatten nicht einmal von einer einzigen Anfrage etwas gehört. Wir erkundigten uns, erhielten aber keine Auskunft. Auch das Internationale Bureau hat uns erklärt: wir wissen nichts davon. Auch aus England konnten wir keine Antwort erhalten. Ich habe nun den Genossen Quelch gefragt, der heute den Verhandlungen beiwohnt und der derselben Organisation angehört wie Hyndman, und was kam dabei heraus? Zu einer Zeit, als die Marokko-Frage gar keine Rolle spielte,

hätten sie einmal an uns geschrieben, wir sollten eine gemeinschaftliche Friedensdemonstration machen, und die Deutschen hatten abgelehnt. Das war aber im November 1909. (Große Heiterkeit.) Ich weiß aber auch von dieser Sache nichts. Auch Molkenbuhr weiß nichts davon. Die ganze Geschichte schwebt in der Luft. Und auf Grund dieser Tatsachen erklärt Ledebour in vollem Brustton der Ueberzeugung und der Entrüstung: die Deutschen wollten nichts tun. Und doch haben wir überall unsere Pflicht getan. Wenn es eine Nation gibt, das sage ich, ohne irgendeine andere verletzen zu wollen, die gegenüber der Internationale allezeit in erster Linie ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan hat, dann war es die deutsche Partei. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Es ist eine der schwersten Herabwürdigungen der eigenen Partei, wenn solche in keiner Weise begründeten Angriffe gegen uns erhoben werden. (Erneuter Beifall.) Allezeit haben wir unsere Schuldigkeit getan. . . . Nun frage ich Sie alle auf Ehre und Gewissen, ob nicht in jeder Organisation vertrauliche Zusammenkünfte und schriftliche Erörterungen stattfinden, die man vorläufig oder überhaupt verschweigt? (Sehr richtig!) . . .

Noch eins, man verlangt vom Parteivorstand immerfort Initiative. Ganz meine Meinung. Glauben Sie denn, ich wäre mit dem Parteivorstand immer zufrieden? (Große Heiterkeit.) Da irren Sie sich. Ich habe manchmal meinen Kollegen gesagt: Seid nur froh, daß ich Euer Kollege bin. (Große Heiterkeit.) Wenn ich der nicht wäre, Euch ginge es schlecht. Die hätte ich ganz anders geschüttelt als Ihr alle. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist auch eine ganz falsche Darstellung der Genossin Luxemburg, als sei der Parteivorstand der Meinung, er sei gewissermaßen eine sakrosankte Einrichtung, die man nicht kritisieren dürfe. Der Schlußsatz unseres Schreibens lautet ausdrücklich: „Es ist der Genossin Luxemburg gutes Recht, die Handlungen oder Unterlassungen des Parteivorstandes zu kritisieren; aber es sollte jedes Mitglied der Partei es unter seiner Würde halten, mit illoyalen Waffen und irreführenden Darlegungen einen Kampf zu führen." Ich möchte den Parteigenossen sehen, der es sich gefallen lassen würde, wenn man ihm sagte: Du darfst den Parteivorstand nicht kritisieren. Wir würden doch nicht die Partei sein, die wir sind, wenn wir so dumm wären, die Kritik zu verbieten. Selbstverständlich hat jeder Genosse das Recht zu kritisieren, ebenso wie es unser Recht ist zu antworten, wenn wir es der Mühe für wert halten. (Heiterkeit.) Aber die Kritik zu verbieten, fällt keinem ein, das ist in einer demokratischen Partei wie der unsrigen ganz unmöglich. Ich habe mich oft gewundert, daß Ihr so wenig an uns kritisiert, es ist viel mehr an uns zu kritisieren als Ihr glaubt, ich will Euch aber nicht alles sagen. (Große Heiterkeit.) Uns tut die Kritik nicht weh, wenn Sie glauben, man müsse uns vorwärts schieben, nun, wir lassen uns gern schieben, vorausgesetzt, daß die Schiebung nach der richtigen Seite hin geht, und daß wir von der Richtigkeit überzeugt sind. Sind wir davon nicht überzeugt, dann werden wir uns nicht schieben lassen. Also donnert weiter, über den Erfolg bin ich außer Zweifel. (Stürmischer Beifall.) (S. 215 ff.)

Grumbach-Kolmar:

„. . . Wie unvorsichtig der Parteivorstand in dieser Frage war, will ich Ihnen an einem Beispiel beweisen. Sie werden wissen, daß sowohl in Berlin als auch in Paris große Demonstrationen der deutschen und der französischen Arbeiter stattgefunden haben. An der Demonstration in Paris will ich Ihnen zeigen, welchen schweren Fehler die deutsche Partei gegen die französische beging. (Hört! hört!) Vor dieser Demonstration, die ausgegangen ist von der Confédération Générale du Travail, fand in Paris eine Demonstration statt, die von der französischen sozialdemokratischen Partei ausging. Zu dieser Demonstration wurde der deutsche Parteivorstand vom Nationalrat, das heißt von einem kleinen Kongreß der französischen Partei, telegraphisch aufgefordert, Delegierte zu schicken. Die Depesche wurde vier Tage vorher abgesandt, aber leider war es dem Parteivorstand durch eine Verkettung von Umständen, auf die ich nicht eingehen will und die ihn entschuldigen mögen, nicht möglich, einen Delegierten zu schicken. Bei der Demonstration der sozialdemokratischen Partei war der deutsche Parteivorstand vertreten durch eine sehr große Depesche, unterzeichnet von allen Parteivorstandsmitgliedern, die auch auf die 6000—7000 Versammlungsbesucher den nötigen Eindruck hervorrief. Aber bei der Demonstration der Syndikalisten war er durch Delegierte vertreten. Und nun ergibt sich, angesichts der sehr komplizierten innerpolitischen Parteiverhältnisse Frankreichs, eine sehr seltsame Lage, die ich Ihnen an einem Beispiel, übertragen auf Deutschland, klar machen will. Nehmen Sie an, die deutsche Generalkommission würde der deutschen sozialdemokratischen Partei nicht nur feindlich

gegenüberstehen, sondern die Gewerkschaftsmitglieder auffordern, der sozialdemokratischen Partei fern zu bleiben oder aus ihr auszutreten, und nun würden zwei Demonstrationen gemacht, eine von der sozialdemokratischen Partei und eine von der Generalkommission, und zu der von der Partei veranstalteten Demonstration würde die französische Partei nur ein Telegramm schicken, zu der Demonstration der Generalkommission dagegen, die die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft, würde sie ihre namhaftesten Vertreter entsenden. (Hört, hört!) Es ist kein Vorwurf gegen den Parteivorstand, sondern eine Folge der sehr komplizierten Verhältnisse in Frankreich, daß es so war. Aber es ist zweifellos auch eine Folge einer gewollten oder ungewollten Unkenntnis der Verhältnisse in Frankreich, die sich der deutsche Parteivorstand nicht erlauben darf. . . . Molkenbuhr hat in seinem Brief an Huysmans geschrieben: „Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokko-Frage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen." Ja natürlich, es ist unangenehm, wenn plötzlich im letzten Augenblick eine solche Frage auftaucht, aber wir können doch nicht verhindern, daß die Ereignisse selbst automatisch diese Frage in den Vordergrund rücken, und damals, als der Brief geschrieben wurde, am 8. Juli, war die Frage schon sehr brennend gewesen, das waren die gefährlichsten Tage der Marokko-Politik. (Zuruf: Alle Tage sind gefährlich! — B e b e l: Aber Jaurès ist nach Amerika gereist!) Ich bedauere das. Ich gebe zu, daß Jaurès nach Schluß der Kammer nach Argentinien abgereist ist, auf Grund einer früheren Verpflichtung, die er vielleicht hätte lösen müssen angesichts der sehr gefährlichen Lage. . ." (S. 218 f.)

K l a r a Z e t k i n :

„Wahrscheinlich stoße ich bei der Majorität auf Widerspruch, wenn ich das Folgende erkläre: Mein Eindruck von dem Vorgehen des Parteivorstandes und Bebels Rede ist der: die Parteigenossen haben das Recht, Kritik an den Aktionen des Parteivorstandes zu üben, wer aber dieses Recht gebraucht, läuft sehr leicht Gefahr, abgekanzelt und bestraft zu werden. (Widerspruch. — Zustimmung bei einem Teil der Delegierten. — F r o h m e: Da hört doch alles auf!) Ich kann mich den Behauptungen Bebels und den Auslassungen des Parteivorstandes nicht anschließen, so bestechend sie auch scheinen mögen, daß Genossin Luxemburg irrezuführen gesucht und die Meinung Molkenbuhrs als die des Parteivorstandes schlechtweg hinzustellen gesucht hat. Genossin Luxemburg hat ausdrücklich erklärt, daß der Brief die private Meinungsäußerung des Genossen Molkenbuhr sei. Wenn sie im weiteren Verlaufe ihrer Ausführungen Schlüsse auf die Haltung des Parteivorstandes gezogen hat, so hat sie nicht bloß ihre persönliche Vermutung ausgedrückt, sondern sie hat sich auf einen bestimmten Tatbestand gestützt. Dieser Tatbestand aber heißt die Untätigkeit des Parteivorstandes ungefähr während eines ganzen Monats. (Sehr richtig!) Vergessen wir nicht, daß der Briefwechsel, auf den sich Bebel beruft, aus der ersten Hälfte des Juli stammt, während der Aufruf des Parteivorstandes zu Protestversammlungen erst am 9. August erfolgt ist. (Sehr wahr!) In der ganzen Zeit ist von seiten des Parteivorstandes auch nicht die kleinste Meinungsäußerung in der Oeffentlichkeit erfolgt, wie er sich zu der aus dem historischen Moment herausgewachsenen Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber dem deutschen Proletariat und der sozialistischen Internationale stellt. Bebel meint freilich, eine solche Stellungnahme sei nicht notwendig gewesen, über sie könne man nicht im Zweifel gewesen sein. Er beruft sich darauf, daß in seinem Brief ja ausdrücklich stand, daß nur z u n ä c h s t von der Verständigung über die nötigen Schritte Abstand genommen sei. Ja, das „zunächst" ist eben der springende Punkt für uns. (Sehr richtig!) Es handelte sich nicht darum, am Sankt Nimmerleinstag zu handeln, oder wenn die Hauptwelle der Bewegung verrauscht war, sondern sofort aktiv einzugreifen. (Sehr richtig!) Das ist der Punkt, auf den es uns ankommt, und alles Drehen und Deuteln ändert nichts daran, daß der Parteivorstand in der Angelegenheit nicht von Anfang an die nötige Entschiedenheit gezeigt hat. Dafür einen Beweis, selbst auf die Gefahr hin, daß man auch mir den Vorwurf der Indiskretion macht. Ich würde das Folgende nicht anführen, wenn Genosse Müller sich heute morgen nicht so breit und positiv über die Entschlossenheit des Parteivorstandes, in der Sache vorzugehen, geäußert hätte. Nachdem die beanstandeten Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" erschienen waren, hatte die K o n t r o l l k o m m i s s i o n, die zufällig gerade zu der Zeit in Berlin war, eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand. In ihr wurde auch die Frage dieser Artikel bezw. der Stellungnahme zum Marokko-Handel angeschnitten. Wir hatten noch nicht alle betreffenden Artikel gelesen und konnten uns mithin nicht zu ihnen äußern. Die Mehrzahl der Mit-

glieder der Kontrollkommission war jedoch der Ueberzeugung, daß der Parteivorstand in der Sache selbst lässig gewesen sei, daß er hätte rascher zugreifen und entschiedener handeln müssen. (Ebert: Das ist nicht wahr, Sie haben selbst gesagt, es ist nichts versäumt!) Ich habe gesagt, es ist noch nicht zu spät, aber es ist reichlich spät. (Hört, hört!) Ich stelle fest, daß ein Teil der Mitglieder des Parteivorstandes derselben Meinung war (erneutes Hört, hört!); daß ein anderer Teil die Ansicht vertrat, es wäre klüger gewesen, bis jetzt abzuwarten, weil die Situation sich unaufhörlich ändere; daß andere Mitglieder der Ueberzeugung Ausdruck gaben, eine Protestaktion sei gewiß gut, wenn sie zustande käme, aber man wäre ja nicht ganz sicher, ob sie Erfolg hätte. Eine Einstimmigkeit in der Sache war nicht vorhanden. Es wurde uns erklärt, der Parteivorstand werde die Anregung der Kontrollkommission in Erwägung ziehen, eine Massenaktion durch Versammlungen und Flugblätter zu entfalten. Als Genosse Müller heute mitteilte, daß der Parteivorstand energisch und einheitlich in die Aktion eingetreten sei, hat mich das gefreut. Aber es ändert nichts an der Tatsache, daß zuerst, daß zu einem früheren Zeitpunkt diese Einmütigkeit und diese Entschiedenheit noch nicht vorhanden gewesen sind. Ich fühle mich verpflichtet, angesichts der Situation das hier festzustellen. (Sehr gut!) Meiner Ansicht nach ist es eine unabweisbare Pflicht für die Partei, dafür zu sorgen, daß ihre Beauftragten die Initiative gerade in einem solchen Moment ergreifen, der die deutsche Arbeiterklasse den schwersten Gefahren entgegenführen kann, und der daher die Sozialdemokratie vor die verantwortungsreichsten Aufgaben stellt. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist für die Partei bedeutend wichtiger als die Streitfrage um den sogenannten Fall Luxemburg, den man mit Unrecht in den Vordergrund geschoben hat. (Sehr richtig!) Die Situation war derart, daß wir sagen mußten, entweder kommt es zum Weltkrieg, oder es erfolgt eine Steigerung des Rüstungswahnsinns, und es tritt damit die Gefahr des Weißblutens der Nationen ein. Auf alle Fälle lag deshalb die Pflicht, die Notwendigkeit vor, in schnellster Weise tatkräftig die Massen zur Aktion aufzurufen. (Sehr richtig!) Das hat der Parteivorstand meiner Meinung nach etwas sehr nachträglich getan. Das müssen wir gerade auf diesem Parteitag offen aussprechen, der sich mit Fragen der inneren Organisation zu beschäftigen hat, die sich darum drehen, unseren Parteivorstand politisch aktionsfähiger zu machen. Unsere leitende Instanz muß so organisiert werden, daß der Parteivorstand in jedem Augenblick an der Spitze der Aktionen steht. Wenn wir aber diese Aktionsfähigkeit, wenn wir insbesondere den festen inneren Zusammenhang zwischen der Leitung der Partei und den Massen aufrechterhalten wollen, so müssen wir als das kostbarste, als das unantastbare Gut das Recht der freien Kritik auch an den Handlungen des Parteivorstandes aufrechterhalten. (Sehr richtig!) Denn aus der Kritik heraus wächst die lebendige Kraft, welche die Leitung in jedem Augenblick, in jeder verantwortungsreichen Situation in die Lage versetzt, führend an der Spitze voranzugehen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 219 ff.)

Robert Schmidt-Berlin:

„. . . . Wir standen vor einer vollendeten Tatsache, als uns die französische Confédération du Travail bekanntgab, sie habe eine große Kundgebung in Paris veranstaltet, zu der sie die Generalkommission einlade. Wir haben uns in einer etwas unangenehmen Situation befunden, weil wir wünschten, daß solche Kundgebungen im Einverständnis mit der deutschen und französischen Partei stattfinden, und haben von Anfang an an die französischen Gewerkschaften die Forderung gestellt, daß auch die französische Partei eingeladen werde. Gegen die Hinzuziehung der deutschen Partei wurde von französischer Seite nichts eingewandt. Wer aber die französischen Verhältnisse kennt, und Grumbach kennt sie, der weiß, daß es unter der gegenwärtigen Situation nicht möglich war, von den französischen Gewerkschaftsführern die direkte Einladung der französischen Partei zu verlangen. . . Wir haben aber bei unserer Ankunft in Paris noch einmal darauf hingewirkt, daß die französische Partei eingeladen werde. Nach eingehenden Verhandlungen erreichten wir, daß auf unseren Wunsch die französische Partei eingeladen wurde, und sie war auch auf der großen Kundgebung in Paris vertreten. (Hört, hört!) Damit waren alle Schwierigkeiten beseitigt, und ich glaube, Sie werden es verstehen, daß wir in einer solchen Situation nicht aufs neue Irrtümer und falsche Meinungen über die Stellung der deutschen Arbeiterbewegung zu solchen internationalen Kundgebungen aufkommen lassen konnten. . ." (S. 221 f.)

Legien:

„Die Frage ist strittig, ob es wirksamer war, wenn zu der Zeit, in der Molkenbuhr den Brief schrieb, von dem Internationalen Bureau eine Zusammenkunft von Vertretern

Englands, Frankreichs und Deutschlands veranstaltet worden wäre, oder ob das, was nachher getan, das Wirksamere war. Nach meiner Ansicht ist es das letztere. Es ist bezüglich der Marokko-Aktion alles geschehen, was geschehen konnte. Ich bin der Ansicht, daß die Aktion, wie sie sich schließlich vollzogen hat, viel wertvoller war, als wenn früher vom Internationalen Bureau eine veröffentlicht wäre. Aber es lohnt wahrhaftig nicht, diese Frage hier noch länger zu erörtern, ob die Aktion jetzt oder früher nachhaltiger gewesen wäre. Eine andere Frage ist allerdings die Handlungsweise der Genossin Luxemburg. Ich sehe ganz davon ab, ob dieser Brief gekürzt worden ist und ob entscheidende Stellen weggelassen worden sind. Dieser Brief ist der Genossin Luxemburg nicht als sozialistischer Schriftstellerin, oder als Mitglied der deutschen Partei, sondern als Mitglied des Internationalen Bureaus übermittelt worden. Und zwar ist sie dort nicht Mitglied für die deutsche Nation. Sie hat infolgedessen kein Recht, diesen Brief für eine schriftstellerische Arbeit und einen Zeitungsartikel zu verwenden. (Bebel: Sehr richtig!) Wir müssen feststellen, daß hier ein Mißbrauch getrieben worden ist. Wohin sollen wir kommen, wenn das zur Praxis wird? Vergessen Sie nicht, daß unsere Parteiorganisationen immer konzentrierter werden. Infolgedessen kann manches nicht ausgeführt werden wegen Mangel an Kraft und Zeit. Die ganzen Vorkommnisse in der Partei, die Auseinandersetzungen in den einzelnen Landesorganisationen nehmen die Kraft und Tätigkeit der meisten Parteivorstandsmitglieder tage- und wochenlang in Anspruch, und dann kommt man mit solchen Angriffen wegen eines angeblichen Fehlers, obgleich gar nichts versäumt worden ist. (Bebel: Der Meinung bin ich auch!) Die Art dieser Angriffe kann nicht zum Nutzen der Partei sein. (Beifall.) Das Verantwortlichkeitsgefühl wird mit dem Ausbau der Organisationen immer größer. Die Verhandlungen werden größtenteils einen internen Charakter tragen müssen. Wenn das nun üblich wird, was die Genossin Luxemburg hier getan hat, dann würden wir in der Aktionsfähigkeit der Partei recht bald Schaden leiden. Infolgedessen müssen wir die Handlungsweise der Genossin Luxemburg auf dem Parteitage mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafter Beifall.) Eine derartige Praxis darf unter Parteigenossen oder Genossinnen nicht üblich werden.

Bezüglich der Demonstration mit den Franzosen ist es nicht wahr, daß die Generalkommission dem Parteivorstand zuvorgekommen ist. Die betreffende Versammlung war schon im Jahre 1909, lange vorher verabredet, ehe man an Marokko dachte. Die Generalkommission hatte damals die französischen Gewerkschaftsführer eingeladen, um sie über die Einrichtungen und die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften zu unterrichten. Nun fand der Besuch zu einer Zeit statt, als der Marokko-Rummel gerade größere Wellen schlug. Darum wollten die Franzosen in der Versammlung über die Kriegsgefahr sprechen, während sie nach der Verabredung über die französische Gewerkschaftsbewegung sprechen sollten. Es wurde ihnen erklärt, daß die Versammlung, wie es bei uns üblich sei, dann nur in Gemeinschaft mit der deutschen Sozialdemokratie stattfinden könne. In Berlin wurde nach dieser Versammlung über die Annahme der Einladung zu der von der Conféderation zu veranstaltenden Friedensdemonstration beraten, und da erklärte der Vorsitzende der Conféderation, daß er auch den Vorstand der französischen Sozialdemokraten einladen werde. Daß dies zunächst nicht geschehen ist, dafür kann unser Parteivorstand nichts. Wenn wir aber die Conféderation dann in der Besprechung in Paris genötigt haben, doch, und zwar zum erstenmal, die französischen Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Veranstaltung einzuladen, so ist das ein Schritt zum Näherkommen zwischen diesen beiden Organisationen. Daraus braucht man wiederum dem Vorstande keinen Vorwurf zu machen, wenn er nicht erklärte, er würde sich nur vertreten lassen, wenn die Demonstration gemeinsam veranstaltet würde, und sich mit der Zusage begnügte, daß die sozialdemokratische Partei Frankreichs nur eingeladen werden sollte. . ." (S. 225 f.)

Wels-Berlin:

„. . . Genosse Lensch hat hier in seinen Angriffen gegen den Parteivorstand betont, daß er sich gegen die vom Parteivorstand geübte Unterbindung der Kritik wehren müsse. Ich habe die Ausführungen des Parteivorstandes lediglich so verstanden, daß er bestrebt ist, den Krakeel in der Partei, der von gewisser Seite immer wieder angefangen wird, vielleicht aus Originalitätssucht, vielleicht aus anderen Gründen, zu verhindern. (Sehr richtig!) Dafür verdient der Vorstand nicht Tadel, sondern Unterstützung und Anerkennung des ganzen Parteitages. (Lebhaftes Bravo!) . . ." (S. 228.)

Molkenbuhr:

„. . . Briefe werden in der Regel nicht in der Weise geschrieben wie ein Artikel, wo man lediglich die ganze Sache behandelt, sondern jeder Brief wird geschrieben im Hinblick auf den Empfänger. (Sehr gut!) Und alles das, wovon man weiß, daß man mit dem Empfänger übereinstimmt, oder daß es ihm bekannte Tatsachen sind, übergeht man. Wenn man nun sagt, der Brief gebe die ganze Darstellung der Sache, dann muß das von vornherein ein schiefes Urteil werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Genossin Luxemburg konnte aber den Brief noch nicht so gebrauchen, wie er vorlag. Ich will höflich sein, sie mußte ihn, Lessing nennt es — korrigieren (Bewegung und Hört! hört!); sie mußte ihn korrigieren, und zwar nicht nur so, daß die beiden Sätze, die Bebel vorgetragen hat, nicht zum Abdruck kommen konnten, sondern es mußten auch noch Bestandteile von nicht untergeordneter Bedeutung beseitigt werden, nämlich das Datum. (Hört! hört!) Der Brief wurde geschrieben am 8. Juli, da möchte ich einmal die Artikel sehen, welche die Genossin Luxemburg und der Genosse Ledebour vor dem 9. Juli geschrieben haben. (Sehr richtig!) Am 8. Juli war die Marokko-Frage eine ganz andere als 14 Tage später, und das geht ja auch aus dem Briefe von Huysmans hervor, der ja auch den eigentümlichen Passus enthielt von einer Zusammenkunft sozialistischer Delegierter Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und selbst auch Englands. England war damals an der Marokko-Frage noch nicht beteiligt. Aber erst durch seine Beteiligung wurde die Marokko-Krise zu einer akuten Kriegsfrage für uns. (Sehr wahr!) Am 8. Juli dieses Jahres war die Marokko-Frage für Spanien und Frankreich eine andere. Es war zu mehreren Konflikten zwischen Spanien und Frankreich in Marokko gekommen, und wenn damals die spanischen und französischen Genossen anfingen, Demonstrationen zu machen, so ist das begreiflich, weil zu jener Zeit es so schien, als ob es zu einem sehr ernsten Konflikt zwischen Frankreich und Spanien kommen sollte. Das deutsche Kanonenboot „Panther" lag allerdings schon sechs Tage im Hafen von Agadir. Was es da wollte, war wenigstens offiziell nicht bekanntgegeben. Es hieß, es soll deutsche Bürger schützen. Zu diesem Zweck läuft ja manchmal ein deutsches Kriegsschiff in einen fremden Hafen ein. Wenn wir auch annehmen konnten, daß hinter der Aktion bereits ein erheblicher Teil der Kapitalisten stand, die Raubzüge ausführen wollen, so hatten wir wenigstens keinen handgreiflichen Beweis, den wir als Grundlage einer Aktion benutzen konnten. Es waren lediglich Vermutungen, die wir anstellen konnten. Später ist eine Aenderung eingetreten, die in bestimmter Form in die Oeffentlichkeit trat, und zwar am 21. Juli, als Lloyd George seine bekannte Rede hielt. Das war für die Genossin Luxemburg das wunderbare Fressen (Heiterkeit), daß sie den Brief nicht vor dem 21. Juli, sondern drei Tage danach veröffentlichte, als die Situation eine ganz andere war. (Aha!) Das Datum des Briefes hat man ja vergessen mitzuteilen (Hört! hört!), es war natürlich nicht beabsichtigt, derartige Kleinigkeiten wegzulassen! Gerade dadurch kriegt aber der Brief das eigenartige Aussehen, wodurch das Aufsehen hervorgerufen wurde. (Sehr richtig!) Hätte man nicht geflissentlich das Datum weggelassen und geflissentlich „korrigiert", wie ich noch einmal sagen will, dann wäre die Frage vielleicht doch auf der einen oder anderen Seite anders aufgefaßt worden. (Sehr richtig!) Nun wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir nach der oder jener Richtung hin versagt hätten. Genossin Luxemburg sagt, der Brief kann nicht als vertraulich angesehen werden, denn Molkenbuhr schreibt selbst, daß er das, was im Briefe steht, auch in einer Versammlung gesagt hat. Natürlich, das habe ich auch, aber ich habe nicht nur das gesagt, was ich in dem Briefe schrieb, das ist nur ein Teil davon. (Hört, hört!) Ich kann hier nicht auf alles eingehen, ich sprach davon, daß man doch im Auslande nicht den ganzen Stand der Marokkofrage in Deutschland vor Augen habe. Meine Meinung bleibt, daß, wenn wir unseren Gegnern Niederlagen bereiten wollen, es immer wieder darauf ankommt, die Sünden der inneren Politik in den Vordergrund zu schieben (Sehr richtig!) und mit unseren Grundsätzen zu agitieren. Nun zur Frage der Teilnahme an den internationalen Kundgebungen. An einer allgemeinen Friedensdemonstration im Dezember 1910 zu London haben wir teilgenommen. Es ist uns ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß wir am 12. Juli an einer Demonstration in Paris, die von der französischen Partei veranstaltet war, nicht teilgenommen haben. Grumbach hat uns bereits erzählt, daß die betreffende Depesche vier Tage vorher abgesandt worden ist. An einem Sonntag, so daß sie eigentlich zur Kenntnis des Parteibureaus erst Montag morgens kam. (Zuruf: Das war noch Zeit genug!) Zwei von den vier Tagen waren also verflossen. Am 12. Juli war aber

die Frage noch nicht in dem Maße akut, weil ja erst die Einmischung Englands am 21. Juli den Konflikt akut machte. Als Ende Juli die Franzosen bei uns waren, da wurde dies zu der Demonstration in Berlin ausgenutzt, und wir nahmen in Paris an der Demonstration teil, weil die Gefahr brennend war, und deshalb ließen wir die sonst nötigen Rücksichten in den Hintergrund treten. Wir sagten uns, es kommt darauf an, daß das Ausland sieht, daß die deutsche Sozialdemokratie immer dabei ist, für den Frieden zu demonstrieren, wenn für Deutschland die Gefahr einer kriegerischen Verwickelung besteht. Nach meiner Meinung haben wir gar nichts versäumt...." (S. 230 f.)

Stubbe-Hamburg:

„Zu der Aktion in der Marokko-Angelegenheit will ich nur bemerken, daß der Parteivorstand hätte früher aufstehen sollen. Hätte die Marokko-Krise in den letzten Wochen sich auf das äußerste zugespitzt, dann wäre auch das Urteil über den Parteivorstand anders ausgefallen. Die inneren Einrichtungen des Parteibureaus sowie die Zusammensetzung des Parteivorstandes müssen so gestaltet werden, daß Fehler verhütet und eine gründliche Verbesserung gewährleistet werde. . . ." (S. 232.)

Dr. Laufenberg-Hamburg:

„. . . Nun ist versucht worden, neben der Marokko-Angelegenheit einen speziellen Fall Luxemburg zu konstruieren. Zweifellos hat sich die Genossin Luxemburg eine Indiskretion zuschulden kommen lassen, und Indiskretionen machen nach außen niemals einen hübschen Eindruck. Aber es handelt sich hier nicht allein darum, was sie, sondern mehr darum, was der Parteivorstand getan hat. Die Ausführungen des Genossen Bebel haben trotz ihrer geschickten oratorischen Einkleidung auf mich in einem Punkte einen peinlichen Eindruck gemacht. In demselben Augenblick, wo Bebel der Genossin Luxemburg Indiskretion vorwarf, hat er selbst über interne Vorgänge im Internationalen Bureau Mitteilung gemacht. (Lachen.) Es wäre dem Eindruck der Bebelschen Ausführungen dienlicher gewesen, wenn dies unterblieben wäre. War nun das Vorgehen der Genossin Luxemburg notwendig? Sie hat in Bebel selbst einen Eideshelfer gefunden, allerdings nicht in dem Bebel von gestern, sondern in dem Bebel vom letzten Sonntag. Ich erinnere an seinen Hinweis auf die große und steigende Teuerung, seine Ausführungen über die Rüstungen, die kommenden Steuervorlagen, den Imperialismus, an seinen Hinweis, daß sich die Dinge so zugespitzt haben, daß sie nur in einem allgemeinen Zusammenbruch enden können. Diese Ausführungen waren sachlich die schärfste Zurechtweisung des Parteivorstandes in der Marokko-Frage. (Widerspruch.) Mich freut das Eingeständnis Bebels, daß er selbst den Vorstand geschüttelt haben würde, wenn er nicht dessen Kollege wäre. Wenn nun Genosse Wels Arm in Arm mit Robert Schmidt das Jahrhundert in die Schranken fordert und wie die personifizierte Ueberzeugung Groß-Berlins nicht dick genug in die Backen blasen konnte, weil alles sich so herrlich erfüllt habe, während doch Bebel selbst den Parteivorstand sachlich preisgab (Lebhafter Widerspruch!), so ist man versucht, zu sagen, der Himmel bewahre den Parteivorstand vor solchen Freunden und die Berliner Genossen vor solchem Wortführer. (Unruhe.) Die Frage der afrikanischen Häfen ist doch nicht jungen Datums; als die Entsendung des Kriegsschiffes nach Agadir erfolgte, mußte der Parteivorstand handeln. An der ganzen Entwickelung ist aber nicht allein der Parteivorstand schuld, sondern in gleichem Maße die Partei selbst. . . . ." (S. 235 f.)

Richard Fischer:

„. . . Als ich gestern all die großen Männer auf jener Seite da (auf die Seite zeigend, wo die Genossen sitzen, die gestern gegen den Parteivorstand gesprochen haben) ihr Scheitlein hier herauschleppen sah zu dem Scheiterhaufen, auf dem der Parteivorstand verbrannt werden soll, da fiel mir die bekannte Geschichte von den Negern ein, die ihren hölzernen Götzen immer prügeln, wenn er ihre Bitte um den nötigen Regen nicht erfüllt. (Heiterkeit.) Aber die Neger haben wenigstens den Vorzug, daß sie wissen, warum sie ihren Götzen prügeln. (Sehr gut!) Ich habe gestern in all den Reden nicht eine einzige Tatsache anführen gehört, die das Kesseltreiben gegen den Parteivorstand rechtfertigt. (Zustimmung und Widerspruch.) Freilich eine Wendung ist gefallen, die darüber vielleicht Klarheit gibt. Dittmann hat ja mit bekannter diplomatischer Schlauheit (Heiterkeit) einen Zipfel von dem Mantel abgehoben, unter

dem die eigentlichen Motive verborgen sind. Er sprach von dem Parteivorstand „in seiner jetzigen Zusammensetzung". (Hört! hört!) Also, nicht was der Parteivorstand getan oder nicht getan hat, ist maßgebend, sondern seine Zusammensetzung. (Heiterkeit und Unruhe.) Es soll ein Parteivorstand zusammengesetzt werden von Dittmanns Gnaden. (Heiterkeit. Sehr gut! Große Unruhe.) Ich gratuliere der Partei. (Hoch: Das ist sachlich!) Mein lieber Hoch, ich kann ja begreifen, daß Ihnen das unangenehm ist, ich sage es aber. (Erneute große Unruhe und Heiterkeit.) Genossin Luxemburg hat freilich gestern nachmittag gemeint, ein Bild so vollendeter Hilflosigkeit wie Müller gestern am Schlusse seiner Ausführungen gegeben habe, habe sie noch nie gesehen. Ihre bekannte Bescheidenheit (Heiterkeit) war es jedenfalls, die sie verhindert hat zu sagen und zu sehen, daß sie selbst in der Tat ein Bild vollendeter Hilflosigkeit an dem Tage gegeben hat, wo sie den Artikel von Kautsky zu Gesicht gekriegt hat (Heiterkeit und Unruhe), gegen den sie dann nur das hilflose Gestotter loslassen konnte: „Ja, wenn ich gewußt hätte, daß es Kautsky war, dann hätte ich die Finger davon gelassen." (Sehr gut! und große Unruhe.) Und auch gestern nachmittag, als sie aus der Abfertigung Bebels abermals sah, daß sie wieder daneben geraten hatte, sah sie nicht wie Salome aus, die triumphierend das Haupt Johannes' brachte (Heiterkeit), was sie vor sich sah, war nicht der Kopf Molkenbuhrs. (Große Heiterkeit.) Nun haben freilich ihre Freunde alles getan, um den Vorwurf der Indiskretion und der Unwahrheit wegzuwischen. Es war bloß eine „kleine" Indiskretion, hat uns Lensch gesagt, die Indiskretion war notwendig und gerechtfertigt, meint Laufenberg. Aber das ist ja gerade das Gefährliche jeder Indiskretion, daß sie den anderen zwingt, mehr zu sagen, mehr zu enthüllen, als er vielleicht beabsichtigt hatte. (Sehr richtig!) Wer hatte denn ein ganz besonderes Interesse, das Wie und Was zu erfahren, das der Parteivorstand, das Internationale Sekretariat im Namen der internationalen Arbeiterschaft gegen den Krieg plane. (Sehr gut!) Ich glaube nicht, daß das die — Partei war. (Zuruf: Unsere Feinde!) . . .

Man kann ja gewiß über die Frage geteilter Meinung sein, ob der Parteivorstand nicht besser getan hätte, seine Aufforderung an die Parteigenossen zu Demonstrationen früher zu erlassen. Aber zweierlei müssen wir uns da fragen: Ist etwas versäumt worden, und was? Und da möchte ich Tatsachen hören und nicht bloß Redensarten, wie bis jetzt. Wer hat denn all die radikalen Jeremiasse verhindert, ohne den Parteivorstand mit ihren Genossen am Orte solche Demonstrationen zu veranstalten? (Sehr gut!) Seit wann ist denn der Parteivorstand der Leithammel, hinter dem die Partei hermarschiert; wenn er nicht vorausläuft, laufen wir nicht mit nach! Das ist die Auffassung, die Sie vertreten . . ." (S. 236 f.)

Ed. Bernstein-Teltow-Beeskow:

„ . . . Bei dem Geschrei gegen den Parteivorstand ward ich lebhaft an den Hirtenjungen erinnert, der so oft Wolf, Wolf rief, daß ihm niemand mehr glaubte, als wirklich der Wolf kam. Der Vorstand einer großen Partei darf erst eine Entscheidung treffen, wenn die Situation klar liegt, und nicht auf bloße Gerüchte hin. Zwei Tage, nachdem Molkenbuhr den angefeindeten Brief schrieb, schrieb auch Eduard Vaillant aus Paris: „Andererseits ist die Gefahr nicht so unmittelbar, daß diese Einberufung ohne Befragung der nationalen Parteien stattfinden müßte." Also eine nahe Gefahr lag in jenem Moment nicht vor, und dann ist es auch ein Unterschied, ob man Vorstand einer Dreimillionenpartei ist oder einer kleinen Partei ohne Einfluß. Mit dem, was der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei tut, übernimmt er eine große Verantwortung, was aber Leute tun, die Führer einer kleinen Partei sind, ist für ihr Land nur von geringer Bedeutung, und ich verstehe, daß Leute an der Spitze solcher kleinen Parteien das Bedürfnis haben, so oft wie möglich internationale Konferenzen zusammenzuberufen — sie werden moralisch dadurch gehoben. Aber Parteien, die eine wirkliche Macht hinter sich haben und deshalb eine ganz andere Verantwortung tragen, haben jenes Bedürfnis nicht. Die müssen sehen, in dem Moment zu handeln, wo die Sache klar ist. Und noch eins. Der Krieg kommt heute so schnell nicht, wenn er überhaupt kommt. Die Gefahr liegt meiner Ansicht nach weniger im Krieg — davor haben alle Regierungen Furcht —, die Gefahr liegt in der Kriegshetze und in ihrer Rückwirkung auf die innere Politik der verschiedenen Länder, und gerade, weil die Gefahr in der ganzen weltpolitischen Situation liegt, mußte auch der richtige Moment für die internationale Aktion des Proletariats gewählt werden. Nach der Richtung hin sind also die Vorwürfe durchaus unbegründet, und keine auswärtige

Partei tadelt die deutsche Sozialdemokratie deshalb, weil sie, als die Landung bei Agadir bekannt wurde, nicht schon für den nächsten Tag die Konferenz zusammenberufen hat. . . ." (S. 239.)

Dittmann-Solingen:

„Ich verdanke es dem Entgegenkommen eines Parteigenossen, der mit mir in der Rednerliste getauscht hat, daß ich gegenwärtig noch einmal zu Worte kommen kann. Ich freue mich darüber besonders deshalb, weil ich dadurch dem Genossen Richard Fischer antworten kann. Er hat vorhin erklärt: Dittmann hat ja den Mantel gelüftet, indem er gesagt hat, es kommt bei der Kritik des Parteivorstandes nur darauf an, den Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu treffen. Es ist richtig, daß ich den Ausdruck „in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung" gebraucht habe. Aber wer den Sinn meiner Worte nicht absichtlich verdrehen will (Sehr richtig!), der wird etwas anderes heraushören müssen, und besonders derjenige, der weiß, daß ich eine Woche vor dem Parteitage im „Vorwärts" in einem längeren Artikel auseinandergesetzt habe, weshalb nach meiner Auffassung der Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung den Wünschen der Genossen im Lande nicht entspricht. (Sehr richtig!) . . . . Es liegt mir vollständig fern, mich irgendwie über das aufzuregen, was Richard Fischer hier gesagt hat. Ich sage nur, das war ganz Richard Fischer! (Lebhaftes Sehr richtig!) Damit ist alles gesagt, was zur Kritik überhaupt gesagt werden kann. (Erneute lebhafte Zustimmung.) . . ." (S. 240 f.)

Adolf Hoffmann:

„. . . Ich will auf die Marokkofrage an sich nicht eingehen, weil ich durch die Liebenswürdigkeit der Genossen im Reiche Gelegenheit genug habe, über Marokko zu sprechen, wenn ich dafür ein Bedürfnis habe. Nun hat man vielfach gesagt, die Kritik, die an dem Parteivorstande in dieser Frage geübt wurde, war nicht die richtige. Gewiß haben sich auch in der gestrigen Debatte die Genossen alle Mühe gegeben, den Rahmen der Parteigenössigkeit nicht zu überschreiten, und doch sind Dinge vorgekommen, die besser unterblieben wären. Da trifft aber das Wort des Dichters zu: „Wer nie zu weit gegangen, ging selten weit genug!" Und wenn die Kritik der Genossin Luxemburg und Ledebours angegriffen wurde, so dürfen wir uns doch darüber nicht täuschen, daß gerade sie es sind, die den Parteivorstand vorwärts geschoben haben. (Beifall.) Es ist im Parteivorstand ein Fehler begangen worden. Das müßte aber nicht unser August Bebel sein, wenn er nicht Solidarität bewahrt hätte und mit ganzer Kraft für den Parteivorstand eingetreten wäre, um ihn herauszuhauen. Das ist selbstverständlich . . ." (S. 242 f.)

Dr. Liebknecht:

„. . . Ich will mich nur mit dem Punkt Marokko befassen und einige Ergänzungen und Richtigstellungen geben. Als der „Panther" nach Agadir ging, erschienen sofort in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und der „Konservativen Korrespondenz" jene wüsten Kriegshetzartikel, die überall berechtigtes Aufsehen erregten. Wenige Tage danach kamen bereits aus England und Frankreich offizielle Mitteilungen, wonach England unter keinen Umständen dulden würde, daß Deutschland einen Flottenstützpunkt an der nordwestlichen Küste Afrikas erwerben würde. Damit war die Situation schon Anfang Juli ganz klar, die Stellung Englands scharf markiert. Man brauchte nicht erst auf die Rede Lloyd Georges zu warten.

In Preußen traf der „Panther"-Bluff gerade in die neue Wahlrechtsbewegung, die durch den jämmerlichen Zusammenbruch des preußischen Abgeordnetenhauses angefeuert war. So trat der innerpolitische bonapartistische Verwirrungszweck der Affäre hier besonders aufdringlich zutage, — das mag das Verständnis für Molkenbuhrs Haltung etwas erleichtern. Die Berliner Parteigenossen allerdings waren auf dem Plane. Sofort wurde nicht nur — wie Genosse Fischer hervorhob — im „Vorwärts" ein Aufruf erlassen, es wurden auch die Wahlrechtsversammlungen zu gleichzeitigen Friedensdemonstrationen ausgestaltet. Das muß zur Ehre der Berliner Parteigenossen gesagt werden; und von den Genossen im übrigen Deutschland gilt das gleiche: auch sie haben nicht auf den Aufruf des Parteivorstandes

gewartet und auf die sogenannte Indiskretion der Genossin Luxemburg. Sie haben sich vielmehr gerührt und gezeigt, daß sie den Ernst der Situation besser ergriffen hatten als der Parteivorstand.

Gerade der 9. August, an dem der Parteivorstand endlich seinen Aufruf erließ, war einer der unglücklichsten Momente in dieser ganzen Zeit für eine solche Veröffentlichung. Anfang August war der Kaiser in Swinemünde. Am 5. August erschien jenes Communiqué, das eine beruhigendere Wirkung ausüben sollte und in gewissem Umfange ausübte. Just da kam der Parteivorstand mit seinem Aufruf. Das war eine Krähwinkelei, wie sie schlimmer bisher in der deutschen Partei noch nicht passiert ist. Man hat fast aufgeatmet, als nach kurzer Zeit die Sache sich wieder so heftig zuspitzte, daß diese zeitliche Inopportunität verwischt wurde.

Ueber die „Indiskretion" will ich mich nicht verbreiten. Ich kann mir aber vorstellen, daß sich jemand sagt: „ich kann nicht schweigen, die Situation ist zu ernst; es steht zu viel auf dem Spiel — wenn ich auch bedaure, daß die Sache in solcher Weise zur Sprache gebracht werden muß."

Es ist ein verkehrter Vorwurf, daß jede Kritik mitten in der Aktion vermieden werden müsse. Mitunter kann es notwendig werden, mitten im heftigsten Kampfe zu kritisieren. Die Art der hier geübten Kritik hat auch nicht hemmend, sondern voranpeitschend gewirkt. Sie hat gezeigt, daß die Masse der Parteigenossen mit viel größerem Eifer und größerem Interesse auf die Marokkoaffäre blickt, als gewisse leitende Stellen in der Partei. (Sehr richtig!)

Bebel hat darauf hingewiesen, daß die Partei durch Gewährung von Geldmitteln an die Bruderparteien, durch die Unterstützung der russischen Revolution, ihre internationale Gesinnung und Bereitschaft deutlich genug bekundet habe. Hier aber hat es sich um erntere Dinge gehandelt, als um die Bewilligung von Geldmitteln. Das internationale Proletariat war vor Aufgaben von so ungeheurer revolutionärer Bedeutung gestellt, wie sie ihm noch nie gegenübergetreten waren.

Man möchte dem Genossen Müller vom Parteivorstand zurufen: Mensch, bekenne Deine Sünden. (Heiterkeit.) Wir wissen ja doch, wie mildernd ein Geständnis wirkt. Hätte der Parteivorstand zugegeben, daß Erhebliches versäumt worden ist, dann wäre die Kritik hier viel sanfter gewesen. Statt dessen konstruiert der Parteivorstand einen Fall Luxemburg und schlägt die Taktik ein, zu rufen: Haltet den Dieb ...

Es ist richtig, daß die „radikalen Jeremiasse" nicht verhindert waren, die von ihnen für nötig gehaltene Protestbewegung auf eigene Faust durchzuführen. Und sie haben das auch nach Kräften getan. Aber der Parteivorstand soll vor den Wagen und nicht hinter den Wagen gespannt sein. (Sehr richtig!) ..." (S. 243 ff.)

Knauer-Sonneberg:

„... Genosse Wels hat sich ganz besonders gegen den Ton der Linken gewandt. Nun, die Redner der Rechten haben sich auch einen Ton angewöhnt, der nicht besonders schön war, namentlich der Genosse Wels. Man soll aber überhaupt nicht immer über den Ton jammern und heulen, wenn einmal ein kräftiges Wort gesagt werden muß. Ich wurde auch das Gefühl nicht los, als ob man zu wenig Wert auf die Meinung der Genossen in der Provinz legt, und daß in Berlin viel Durchschnittsware vorhanden ist. Wels' Rede kam mir überhaupt vor wie eine Kandidatenrede. (Zuruf.) ..." (S. 246.)

Rosa Luxemburg:

„Die politische Seite der Streitfrage, um die sich die Verhandlungen gestern und heute drehen, ist bereits so klargelegt, daß ich gern auf das Wort verzichtet hätte. Aber ich bin gezwungen, mich gegen die persönlichen scharfen Angriffe zweier Parteivorstandsmitglieder, der Genossen Molkenbuhr und Bebel, zu wenden. Molkenbuhr hat besonders als einen Beweis meiner teuflischen Bosheit hervorgehoben, daß ich bei der Veröffentlichung seines Briefes an das Internationale Bureau „geflissentlich" das **Datum** „unterschlagen" hätte. An dem Datum hing alles, der ganze Sinn und Inhalt des Briefes, denn das Datum hätte gezeigt, daß der Brief in völlig anderer Situation geschrieben war, als derjenigen, die erst nachträglich die Aktion des Partei-

vorstandes nötig gemacht hätte. Hätte ich gesagt, daß der Brief vor jener Rede des englischen Ministers Lloyd George geschrieben war, so hätte ich gezeigt, wie früh er geschrieben war, und damit wäre meine ganze Anklage in ein klägliches Nichts zusammengefallen. Molkenbuhr hat sich so festgeklammert an jene Rede Lloyd Georges, daß er gar nicht einsieht, daß seine Ausführungen nur dann einen Sinn hätten, wenn auch ich die Auffassung hätte, daß durch diese Rede die Situation erst geschaffen war, die die Aktion gegen die Kriegshetze nötig gemacht hätte. Aber das trifft ja eben gar nicht zu. Im Gegenteil, ich stehe heute wie damals — und ich glaube alle mit mir außer Molkenbuhr — auf dem Standpunkt, daß nicht diese oder jene Rede eines englischen Ministers, sondern die Tatsache der Absendung eines Kanonenbootes deutscherseits nach Agadir, d. h. ein tätlicher Eingriff des Deutschen Reiches in das Marokko-Abenteuer, der gegebene Moment war, um eine Aktion gegen die Marokko-Gefahr zu entfalten. (Sehr richtig!) Molkenbuhr sagt freilich, er habe auch gewußt, daß bereits am 2. Juli Deutschland ein Kanonenboot geschickt habe, aber er fügte hinzu, was das Kanonenboot in den Gewässern von Agadir wollte, das wußte man nicht. Vielleicht dachte man im Parteivorstand, daß es hingeschickt sei, um Fischlein zu fangen. (Heiterkeit.) Ich bedauere diese harmlose Auffassung über so wichtige Vorgänge.

Nun zu Bebel. — Ich bedauere sehr, daß Genosse Bebel, der so sehr gegen Indiskretionen hier vorging, mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Schärfe, Lebhaftigkeit und Jugendfrische zugleich die Indiskretion verübt hat, Ausführungen, die Genosse H u y s m a n s in einem Privatgespräch mit Bebel über mich gebraucht haben soll, hier wiederzugeben. Es tut mir leid, daß ich auf die Worte eines Abwesenden scharf reagieren muß; es ist sonst nicht meine Gewohnheit, Abwesende anzugreifen, aber ich bin durch Bebel dazu gezwungen — Huysmans **soll zu Bebel gesagt haben** (**B e b e l : Soll?** Er hat gesagt!): erstens, daß es nicht das erstemal sei, daß ich eine Indiskretion an Mitteilungen des Internationalen Bureaus verübt habe. Hat Genosse Huysmans das gesagt, was ich ja nicht weiß und nicht nachprüfen kann, so hat er eine Unwahrheit gesagt, eine aus der Luft gegriffene Behauptung aufgestellt, für die keinerlei Beweise zu erbringen sind. Weiter soll Genosse Huysmans die Absicht geäußert haben, mir zur Strafe für meine jüngst verübte Missetat nunmehr alle Mitteilungen des Internationalen Bureaus sperren zu wollen. Hat Huysmans das gesagt, dann hat er seine Kompetenzen weit überschritten. (Sehr richtig! **B e b e l : Das habe ich ja selbst gesagt!**) Huysmans ist der angestellte Sekretär des Internationalen Bureaus, der unsere Arbeiten für uns erledigen muß und bis jetzt in dankenswertester Weise glänzend erledigt hat. Wer Mitteilungen vom Internationalen Bureau zu bekommen hat oder nicht, darüber kann Huysmans nicht befinden, sondern das Internationale Bureau, dessen Mitglied ich bin, und ich möchte das Bureau sehen, das es wagen würde, mir seine Mitteilungen zu sperren. (Lachen und Beifall.) Weiter hat Bebel eine neue Beschuldigung zu meinen früheren Sünden hinzugefügt; er hat gesagt, ich hätte „unterschlagen". (B e b e l : Sehr richtig!) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will, Genosse Bebel, beruhigen Sie sich, sitzen Sie ruhig (Lachen), Bebel hat gesagt, ich hätte eine „Unterschlagung" dadurch begangen, daß ich nicht erwähnt hätte, daß er die vorgeschlagene Sitzung des Internationalen Bureaus n u r z u n ä c h s t, nur vorläufig abgelehnt hätte. In meinem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" steht schwarz auf weiß: „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zunächst . . ." (B e b e l : Davon haben Sie gestern **kein Wort gesagt!**) **Ich habe das** vorgelesen, Sie müssen eben zuhören und nicht immer durch Zwischenrufe stören. (Unruhe.) Ja noch mehr, ich habe nicht nur erwähnt, daß das „zunächst" abgelehnt war, sondern ich habe mich weit und breit darüber verbreitet, um nachzuweisen, daß das „zunächst" ganz anders aufgefaßt werden müßte. Ich sage in meinem Artikel weiter: „Die Ablehnung von deutscher Seite jedoch „zunächst" ist als eine Absage an die Idee überhaupt aufgefaßt worden." Wie man angesichts des Wortlautes meines Artikels behaupten kann, ich hätte „unterschlagen", daß die Ablehnung nur zunächst erfolgte, ist mir, um ein bekanntes Wort von Bebel zu gebrauchen, „ein psychologisches Rätsel". Bebel macht mir weiter einen Vorwurf daraus, daß ich nicht erwähnt habe, daß er in einer Besprechung mit Huysmans sich im Gegenteil sogar für einen weitergehenden Vorschlag ausgesprochen hat. Bebel hat aber selbst gesagt, daß diese Besprechung am 30. Juli stattgefunden hat, mein Artikel aber war schon am 24. Juli erschienen. Bebel, dem in seinem Leben, nicht von mir und meinen Freunden, sondern von anderer Seite, so oft vorgeworfen war, daß er als Prophet auftritt, darf mir doch keinen Vorwurf daraus machen, daß ich kein Prophet bin. (Heiterkeit. — B e b e l : Das ist nur nicht

der richtige Sachverhalt!) Bebel hat dann öffentlich erklärt, er habe sich vorgenommen, sich künftig in seinen Briefen an mich sehr in acht zu nehmen. Diese Vorsicht ist ganz überflüssig. Sie wissen, Genosse Bebel, ebensogut wie ich, daß die Briefe, die wir einander schreiben, gewöhnlich von vornherein nicht hinter den Spiegel zu stecken sind. (Große Heiterkeit.) Der Parteivorstand, namentlich Bebel, hat mit voller Macht aus ihrer Höhe als Jupiter auf mich die brennendsten Blitze und Donner herabgeschleudert, sie haben mich persönlich herunterzureißen gesucht, so viel sie konnten, aber ich habe schon jetzt eine Satisfaktion erlebt. Und das war während der Rede von Ihnen, Genosse Bebel. Haben Sie vielleicht gesehen, woher Sie den stürmischen Applaus bekommen haben? (Lachen.) Die applaudierenden Hände waren alle aus Bayern, Baden. (Große Unruhe. Zurufe: Ist das so schlecht? Unverschämtheit! Unerhört! Das ist die Einheit der Partei!) Es waren vor allem die Revisionisten (Großes Gelächter und Zustimmung), jawohl, und das ist der Beweis dafür, daß es sich hier nicht um persönliche Angelegenheiten handelt, sondern um politische Fragen, um eine taktische Meinungsdifferenz, die hier auf meinem Rücken ausgefochten wird. Ich gönne Euch diese Lorbeeren aus dem Süden, die habt Ihr diesmal reichlich verdient." (Beifall und Zischen.) (S. 247 ff.)

Ledebour-Berlin:

„Von dem, was ich zu sagen hätte, ist vieles glücklicherweise überflüssig geworden durch die Ausführungen verschiedener anderer Redner, besonders durch Liebknecht, der einige sehr wichtige Tatsachen hier vortrefflich und klar dargelegt hat, die meine Stellung vollkommen rechtfertigen. Bebel hat sich gestern verleiten lassen, die Hauptsache seiner Polemik mit großer Entrüstung auf die sogenannte Indiskretion zu verschwenden, und er hat dann ebenfalls mit großer Entrüstung auch gegen mich polemisiert. Aber alles, was er gesagt hat, hat er indirekt selbst zurückgenommen durch seine Aeußerung: „Wenn ich auspacken wollte, dann kriegtet Ihr noch ganz anderes zu hören." Es ist ja ein durchsichtiges Manöver, am durchsichtigsten bei dem berühmtesten Manövriertaktiker unserer Partei, den Genossen Fischer, daß man Bebel vorschiebt, weil er an der Sache am wenigsten beteiligt ist. (Bebel: Ich lasse mich nicht vorschieben. Das ist eine Unverschämtheit, so etwas zu sagen!) Ich weiß nicht, ob im nächsten Rügebrief des Parteivorstandes künftig der Presse die Mahnung gegeben wird, sich in der Polemik mit Parteigenossen des Ausdrucks „Unverschämtheit" und nicht stärkerer Ausdrücke zu bedienen. (Bebel: Das ist aber die richtige Antwort, es gibt kein anderes Wort!) Sie sind, abgesehen von der brieflichen Korrespondenz mit dem Bureau in Brüssel, an der ganzen Sache nicht beteiligt, und insofern ist es nicht richtig, daß gerade Sie als Wortführer des Parteivorstandes in der Verteidigung von Vorgängen aufgetreten sind, an denen Sie nicht beteiligt gewesen sind. (Zuruf: Bebel ist doch Vorsitzender!) Es ist ein durchsichtiges Manöver von Fischer gewesen, daß er sagte, Bebel ist mit dem Parteivorstand in dieser Sache identisch. Ich habe in meinem Artikel im Hallenser „Volksblatt" dem Parteivorstand nachgewiesen, daß er etwas Unwahres gesagt hat, ich bediene mich damit der Ausdrucksweise, die der Parteivorstand selbst in der Polemik gegen die Genossin Luxemburg gebraucht hat. Ich verlange ausdrücklich, daß die beteiligten Parteigenossen sich rechtfertigen darüber, daß sie bisher geschwiegen haben. Legien hat ausdrücklich wiederholt, daß zu der Pariser Versammlung die französische Partei eingeladen worden sei. Das ist nicht wahr, die Einladung ist nicht erfolgt an die französische Partei. Aber eine Anzahl von Parteivorstandsmitgliedern sind in den irrigen Glauben versetzt worden, daß das der Fall war, weil diejenigen Vorstandsmitglieder, die daran beteiligt waren, sie nicht informiert haben. In der Sitzung in der „Neuen Welt", an der Molkenbuhr teilgenommen hat, ist ausdrücklich festgestellt worden zwischen den deutschen Gewerkschaftlern und den französischen Syndikalisten, daß an eine Einladung der französischen Partei nicht gedacht werden könne. Ueber diese Abmachung hat Molkenbuhr dem Parteivorstand nachher überhaupt nicht Bericht erstattet. Erst mehrere Tage darauf hat der Parteivorstand durch Anfragen der Generalkommission davon erfahren. Auch Ebert hat die übrigen Parteivorstandsmitglieder nicht hinreichend unterrichtet. So konnte Wengels am 2. August zu mir kommen und auf meine ausdrückliche Erklärung: „Ich kann aber nur an einer solchen Reise nach Paris teilnehmen, wenn ich die Sicherheit habe, daß die Veranstaltung gemeinsam ausgeht von der Partei und den Syndikalisten", ausdrücklichst und feierlichst erklären: „Sie können sich darauf verlassen, daß die französische Partei daran beteiligt ist. Ebert ist ein viel zu vorsichtiger Mann, als

daß er sich darauf einlassen würde, wenn die Parteigenossen in Frankreich daran nicht beteiligt wären." Ebert ist sogar so vorsichtig gewesen, von der Tatsache, daß die französische Partei nicht eingeladen war, die übrigen Vorstandsmitglieder nicht zu unterrichten. Sie haben das erst am 8. August nach meiner Rückkehr aus Paris von mir erfahren. Diese erste Unterlassung kann man immer noch damit entschuldigen, daß das in der Hast vergessen sein konnte. Aber nicht zu entschuldigen ist es, daß der Parteivorstand durch irgend jemand — ich weiß ja nicht, durch wen — am 4. August die Behauptung in die Presse schickte, die französische Partei sei eingeladen worden. Ebert, der die Verhandlungen geführt hat, mußte doch wissen, daß der Brief geschrieben ist, worin die Luxemburg der Unwahrheit bezichtigt wird. Was der Parteivorstand gesagt hat, ist unwahr, nicht aber was Genossin Luxemburg gesagt hat. Und nachdem Sie am 8. August aus meinem Munde erfahren haben, daß die Einladung an die französische Partei nicht ergangen ist, ist bis zum heutigen Tage noch nicht einmal auch nur ein Wort der Entschuldigung gesagt. Es ist unmöglich, daß Ebert, der doch der Veranstalter der ganzen Sache gewesen ist, von jener Erklärung des Parteivorstandes nichts gewußt hat. Er hat aber nicht gesagt, Ihr habt Euch geirrt, sondern er hat die unwahre Behauptung in die Welt gehen lassen, und damit hat er sich selbst einer bewußten Unwahrheit schuldig gemacht. (Unruhe.) . . . .

. . . . Bebel erzählt, das einzige, worin er mit mir einverstanden sei, sei meine Erklärung, daß eine derartige Verhandlung natürlich diskret zu führen sei, und er glaubte, mich damit in Widerspruch zu setzen zu meinen früher geäußerten Worten, daß die sogenannte Indiskretion der Genossin Luxemburg eine entschuldbare sei. Das ist aber gar kein Unterschied, ich habe es selbst hervorgehoben. Im Prinzip war ja das, was die Genossin Luxemburg sagte, schon durch die englische Presse bekannt. Weiter handelte es sich in dem Briefe nur um eine Diskussion darüber, ob eine Konferenz einberufen werden solle. Aber wenn eine Konferenz zur Verständigung der Parteien der verschiedenen Länder einberufen ist, dann ist es selbstverständlich, und ich bin fest überzeugt, daß niemand im Saale, auch die Genossin Luxemburg nicht, da widersprechen wird — dann muß diese Verhandlung diskret behandelt werden. Das ist der Unterschied, den ich selber hervorgehoben habe, und ich habe mich also in keiner Weise eines Widerspruchs schuldig gemacht . . ." (S. 249 ff.)

Dr. David:

„. . . Wohl aus dem Gefühl heraus, daß ihr Vorstoß zu einem vollkommenen Schiffbruch für sie geführt hat, hat die Genossin Luxemburg versucht, das gestrandete Schiff dadurch wieder flott zu machen, daß sie den alten Trick anwandte, diese Debatte noch im letzten Moment in eine Richtungsdebatte umzuwandeln. Wenn es jemals nicht am Platze war, Richtungsdebatten und Richtungsgegensätze aufzuwerfen, so in der gegenwärtigen politischen Situation. Die Marokko-Frage hat eine so ernste Bedeutung, daß es sich verbieten sollte, hier Gegensätze hineinzutragen, die nicht vorhanden sind. (Lebhaftes Sehr wahr!) Andere noch mögen die Behauptung der Genossin Luxemburg zurückweisen, daß die Zustimmung, die Bebel fand, nur von den süddeutschen und westdeutschen Genossen stammte; das ist einfach eine Entstellung der Tatsachen (Lebhaftes Sehr richtig!), die weiteren Abstimmungen werden das ergeben. Besondere Verwahrung aber muß ich dagegen einlegen, daß die Genossin Luxemburg es für angebracht hielt, die süddeutschen Genossen zu disqualifizieren als Genossen zweiter Ordnung, deren Zustimmung oder Mißfallen minderwertig sei. Wir können ja nicht alle aus der Heimat der Genossin Luxemburg sein (stürmische Heiterkeit), aber wir beanspruchen, als vollwertige Genossen angesehen zu werden, und lassen uns dies Recht von ihr am wenigsten nehmen.

. . . Es gibt Genossen, die meinen, für den Politiker gelte die Maxime des Onkel Bräsig, die Fixigkeit sei die Hauptsache; ich halte es für besser, die Havermannsche Maxime zu befolgen: Auf die Richtigkeit kommt es an. Und dazu gehört eine scharfe Prüfung und nüchterne Ueberlegung. Das müssen wir von dem Parteivorstand, dem Generalstab unserer Armee, verlangen, und da sehe ich nicht, daß darin irgend etwas versäumt ist. (Ledebour: Armer Parteivorstand! — Bebel: Unerhört!) Auf den Zwischenruf Ledebours gehe ich nicht ein, er richtet sich von selbst. . . .

Nun spricht man vom Recht der Kritik. Ich habe es genugsam in Anspruch genommen und bin der letzte, der es bei theoretischen und taktischen Fragen beschränkt sehen möchte. Aber dem Recht der Kritik steht eine Pflicht der Zurückhaltung gegenüber, wenn eine Demokratie sich in der Aktion befindet. Es ist stets eine verhängnisvolle Schwäche der Demokratie gewesen, wenn sie in kritischen Situationen sich in Kritik übte und sich

dadurch innerlich selbst schwächte. Auf dem vorigen Parteitag in Jena ist gesagt worden, wir sollen aus der russischen Revolution lernen. Das eine wollen wir daraus lernen, daß man mitten im Kampf, bevor noch die Errungenschaften feststehen, die inneren Gegensätze zurückstellen und Geschlossenheit wahren muß. (Zuruf: Nürnberg!) Da handelte es sich nicht um eine Aktion dieser Art. Aber das Marokko-Flugblatt war zum Beispiel der Teil einer Aktion, und gerade die, die sich beschwert hat, die Aktion sei nicht frühzeitig und energisch genug erfolgt, hat es unternommen, diese Aktion dann zu durchkreuzen. (Bebel: Sehr wahr!)

Auf das Hochkomische dieses Intermezzos ist schon hingewiesen worden, darauf will ich nicht eingehen, Genosse Kautsky, wohl aber auf die praktischen Wirkungen. Es wird ein Flugblatt des Parteivorstandes im Lande von den Genossen verbreitet, und dann kommt die gegnerische Presse, die Lokal- und Kreisblätter, und drucken aus der „Leipziger Volkszeitung" ab, daß das ein ganz oberflächliches, fades Gewäsch sei, ein kleinbürgerliches, prinzipienloses Elaborat. Meinen Sie denn, daß das geeignet ist, einer Protestaktion, die von uns unternommen wird, Energie und Stoßkraft zu geben. (Zuruf: „Monatshefte"!). Dieser Fall ist charakteristisch dafür, **wie eine Aktion der Partei durchkreuzt** wird. Ein solcher Fall ist noch nicht vorgekommen. (Erneuter Zuruf: „Monatshefte!") In den „Monatsheften" wird wie in der „Neuen Zeit" die Theorie und Taktik kritisch beleuchtet, daß aber je eine Aktion der Partei von ihnen durchkreuzt wurde, das ist nicht wahr. Dieser Fall ist der erste derart, und er zeigt, wo die Kritik gefährlich ist. . ." (S. 255 f.)

Bebel:

„Ich bedauere, die Zeit des Parteitages, wenn auch nur kurz, in Anspruch nehmen zu müssen. Noch einmal zu sprechen, war nicht meine Absicht, aber die Reden der Genossin Luxemburg und des Genossen Ledebour zwingen mich dazu. Ich kann mir um so mehr längere Ausführungen sparen, als die Angriffe, die von jener Seite gegen den Parteivorstand und sein Verhalten **gerichtet worden sind, von Genossen David, wie** ich anerkennen muß, in ausgezeichneter Weise widerlegt worden sind. Ich muß auch erklären, daß ich bis auf einige Ausführungen, die nicht zur Sache gehören, mit allen seinen Ausführungen, die er über die Tätigkeit des Parteivorstandes und über die Marokko-Politik gemacht hat, voll und ganz mit ihm einverstanden bin (Bravo!), auf die Gefahr hin, daß mich Ledebour und Luxemburg in die Wolfsgrube der Revisionisten werfen. (Große Heiterkeit.) Als David einige Worte zur Rechtfertigung des Parteivorstandes sagte, rief Ledebour: „Armer Parteivorstand!" Das zeigt den Tiefstand seiner Auffassung. (Lebhafte Zustimmung.) Also, wenn ein Revisionist, mag er noch so richtig gesprochen haben, für den Parteivorstand eintritt, so ist das in Ledebours Augen eine Herabsetzung des Parteivorstandes. (**Ledebour: Ja, die Argumentation!**) **Ich kenne Sie** schon. (Sehr gut!) Ich bedauere es auch in Ihrem eigenen Interesse, daß Sie die Ausführungen Molkenbuhrs als Lüge charakterisiert haben. (Bewegung.) Der Genossin Luxemburg erwidere ich: Huysmans soll nicht nur gesagt haben, daß die Indiskretionen der Genossin **Luxemburg** das **Internationale Bureau zur Vorsicht nötigen, er hat es gesagt.** (Hört!) **Und ich begehe damit keine Indiskretion, denn er hat mir** gesagt, es sei ihm sehr angenehm, wenn ich von dieser seiner Aeußerung Gebrauch mache. (Große Bewegung.) Aber ich stimme darin mit der Genossin Luxemburg überein, daß das Sekretariat des Internationalen Bureaus das Recht nicht hat, der Genossin Luxemburg oder anderen Mitgliedern Schriftstücke und Informationen vorzuenthalten. Ich habe schon gestern hervorgehoben, daß eine solche Frage nur in gemeinschaftlicher Sitzung des Bureaus entschieden werden kann. Ich glaube, damit ist die Sache klargestellt. Genossin Luxemburg hat mir des weiteren vorgeworfen, daß ich die Bezugnahme ihres Artikels auf mich ganz außer Betracht gelassen habe. Ich habe gestern in meiner Rede der Genossin Luxemburg gegenüber zwei Standpunkte vertreten. Der eine, soweit der Artikel in Frage kommt, war, daß ich mich ausschließlich mit ihrer Haltung zu dem Briefe Molkenbuhrs und ihren Folgerungen daraus befaßte, und in dem anderen Teil meiner Rede habe ich mich auf ihre Rede hier bezogen und auf das, was sie hier nicht gesagt hat. Den Artikel der Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung" kennt die Versammlung nicht. Was brauche ich also darauf Bezug zu nehmen? Aber Sie haben (zur Genossin Luxemburg gewendet) in Ihrer Anklagerede auf die Aktenstücke nicht genügend Bezug genommen, und deshalb war ich verpflichtet, auf meinen Brief vom 12. Juli hinzuweisen, worin ich die Einberufung einer Konferenz bei dem zunächst friedlichen Verlaufe der Angelegenheit nicht für nötig hielt, damit wir unser Pulver nicht zu früh verschießen. Ich habe weiter,

und das will ich insbesondere für die weitere Oeffentlichkeit feststellen, wie aus den Aktenstücken hervorgeht, mich an das Internationale Bureau sofort gewendet, als England eingriff, mit dem Antrage, Stellung zu nehmen. Mehr konnte ich doch wohl in der Tat nicht tun. Man muß festhalten, welche Schwankungen die Marokko-Frage in zwei Monaten durchgemacht hat, keine drei Tage war dieselbe Situation, immer wieder war sie anders. (Sehr richtig!) Als ich Huysmans sagte, seien Sie auf dem Posten, gehen Sie sofort vor, binnen drei Tagen muß das Bureau beisammen sein, da erwiderte er, das geht nicht, die Mitglieder sind über die ganze Welt zerstreut und alle wollen doch Nachricht von der Sitzung haben. Ich habe aber dringend zugeredet, alsdann mit möglichster Beschleunigung in der Sache vorzugehen. Ich habe damals auch geschrieben und gesagt, und das hat sich bis jetzt bestätigt, daß ich an einen Krieg nicht glaubte. Frankreich werde sich hüten, mit Deutschland wegen Marokko einen Krieg zu führen, bei dem es allein die Kosten zu tragen habe. (Hört, hört!) Der offenbar vorhanden gewesene Versuch der englischen Regierung, Frankreich in der Marokko-Frage zu beeinflussen, sei außerordentlich bedauerlich. Wir haben uns im Reichstage und anderwärts öfter auf die Aeußerungen der englischen Minister über die Abrüstung berufen, und nun hielt Lloyd George eine Rede, die sich ganz im Geiste der Chauvinisten bewegte und den Krieg als unter gewissen Umständen notwendig bezeichnete, genau so, wie es sein deutscher Kollege v. Bethmann Hollweg im Reichstag tat. (Sehr wahr!) . . . Weiter hat die Genossin Luxemburg besonders den Vorwurf gegen mich erhoben, daß der Beifall, den gestern meine Worte fanden, nur von der revisionistischen Seite kam, also sie sagt damit etwas Aehnliches, wie der Zuruf Ledebours. Ich gebe Ihnen mein Wort, ich weiß nicht, von welcher Seite der Beifall kam. Wenn ich von der Tribüne herunterkomme, gucke ich immer schamhaft zu Boden. (Heiterer Beifall.) Ich bin überhaupt kein Mensch, der nach Beifall geizt, das glaube ich in meinem langen Leben bewiesen zu haben. (Sehr wahr!) Kein Zweiter in der Partei hat ja so oft gewagt, der Partei seine abweichende Meinung zu sagen, wie ich. Ich kann mich hier auf meine Vergangenheit berufen. (Bewegung.) Aber ist denn der Beifall der Genossen, die sich Revisionisten nennen, weniger wert als der der radikalen Genossen? Wenn man nun sagt, ich hätte selbst zugegeben, ich wäre mit dem Vorstande noch ganz anders ins Gericht gegangen, wie hier die Redner, wenn ich ihm nicht angehörte, — ja, warum denn nicht? In meinem langen Leben habe ich leider mein Oppositionsbedürfnis durchaus nicht befriedigen können (Große Heiterkeit) in Rücksicht auf die Parteileitung, und zwar, weil ich von den 50 Jahren, die ich in der Partei stehe, 47 in der Parteileitung war oder ihr nahegestanden habe. Aber herumgeschlagen habe ich mich allezeit ehrlich. Wenn Ihr glaubt, es gehe zwischen uns immer still und friedlich zu, es sei stets alles ein Herz und eine Seele, i, fällt uns gar nicht ein. (Heiterkeit.) Weder haben sich andere etwas von mir gefallen lassen, noch ich von anderen. Aber wir waren schließlich immer freundschaftlich verbunden, und es herrschte volle Harmonie, und so wird es auch, solange ich noch die Ehre habe, im Parteivorstand zu sein, künftig bleiben. Darauf könnt Ihr Euch verlassen. (Beifall.)

Ledebour sprach davon, daß man mich vorgeschoben habe, um den Parteivorstand aus der Patsche zu helfen, in der er angeblich sitze; und zwar mich, der ich nach seiner Meinung doch von einer ganzen Reihe von Dingen nichts gewußt habe. Ich habe mich gegen den Vorwurf, vorgeschoben zu sein, durch den entsprechenden Zwischenruf bereits verwahrt. Ich kann zu meinem Bedauern den Zwischenruf nicht zurücknehmen. Es ist doch in der Tat ein sehr starkes Stück, einem Manne, der 50 Jahre in der Bewegung steht und 47 Jahre mit an der Spitze, zuzumuten, er lasse sich schieben, als habe er keine eigene Meinung. (Bewegung.) Ich hoffe, daß Ledebour niemals dieses Kompliment gemacht wird. (Sehr gut!) Es ist ja Mode geworden, von den Alten zu reden, die zur Leitung der Partei nicht mehr geeignet seien. (Heiterkeit.) Bringt doch einen Gesetzentwurf ein, daß künftig, wer über 50 Jahre alt ist, kein Amt mehr in der Partei bekleiden darf und pensioniert werden muß. Wenn schon Kautsky mit seinen 57 Jahren und Mehring mit seinen 62 senil sind, dann wird es vielleicht bald heißen, daß man schon mit 50 Jahren senil sei. (Heiterkeit. Müller-München: Mancher bringt die Senilität mit auf die Welt!) Es wäre also Zeit, einen Invalidenfonds zu schaffen, für den würde ich schließlich auch ein paar tausend Mark hergeben. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit.) (Zu Ledebour, gegen den verschiedene heitere Zurufe gerichtet werden:) Sie kämen selbstverständlich auch unter die Invaliden, Sie sind ja auch bereits erheblich über 50 Jahre alt. (Erneute große Heiterkeit.)

Nun zur Stellung des Parteivorstandes gegenüber der französischen Partei in der Demonstrationsangelegenheit, die Ledebour als einen großen Fehler bezeichnet. Ich kann Ledebour die beruhigende Mitteilung machen, daß auf einen Brief des Parteivorstandes vom 18. August dieses Jahres vorgestern, am 8. September, die französische Parti Socialiste durch ihren Sekretär dem Parteivorstand geantwortet hat, daß sie durchaus anerkennen müsse, daß wir völlig korrekt gehandelt hätten, und daß sie für das loyale Entgegenkommen danke, das der deutsche Parteivorstand zu allen Zeiten den französischen Genossen bewiesen habe. (Hört! hört!) Ledebour, der ja französisch versteht, kann den Brief einsehen. Vielleicht behauptet man aber, ich hätte den Brief in Paris bestellt, das würde mich bei den Anschuldigungen von jener Seite gar nicht wundern. Denn das gehört zu der Methode, in der man bisher gegen den Parteivorstand gekämpft hat. (Frohme: Das gehört zum System!) Ich schüttele dergleichen Verdächtigungen ab, ich vertraue auf den gesunden Sinn der Parteigenossen, die in ihrer übergroßen Mehrheit wohl wissen werden, auf welche Seite sie sich in dieser Frage zu stellen haben. (Sehr gut!) Außerdem konstatiere ich, daß in jener Demonstrationsversammlung bereits der Abgeordnete Lavaud, also einer unserer Genossen, gesprochen hat. (Sehr richtig!) Von irgendwelcher Mißstimmung oder irgendwelchen Differenzen zwischen uns und den französischen Genossen kann also gar keine Rede sein ..." (S. 257 ff.)

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß ein Antrag Zetkin eingegangen ist, den Antrag 11 wie folgt abzuändern:

„Der Parteivorstand bedauert, daß der Parteivorstand nicht früher energische Initiative zu einer umfassenden einheitlichen Aktion ergriffen hat, die die Massen über die Ursachen und die Tragweite des Marokkoabenteuers aufklärte und zu machtvoller Willenskundgebung für den Weltfrieden aufforderte."

Klara Zetkin:

„Der Antrag 11 ist im ersten Teile unberechtigt, im zweiten Teile trifft er aber nicht den Kern dessen, um was es sich handelt. Nach dem ersten Teil könnte es scheinen, als ob bemängelt würde, daß der Vorstand, daß die Partei nicht genügend zur Aufklärung über den Militarismus tue. Ein solcher Vorwurf wäre durchaus ungerecht. Der Vorstand und die Partei haben es an einer aufklärenden Agitation nicht fehlen lassen. Auch in der Marokkosache hat es der Vorstand nicht an der Initiative fehlen lassen. Wir bemängeln aber, daß diese Initiative nicht früher und energischer erfolgte. Genosse Fischer hat mit jener tiefen sittlichen Entrüstung und mit jener Anmut des Geistes, die zu seinen wesentlichen Charaktereigenschaften gehören und ihm so überaus wohl anstehen, sich gegen Genossin Luxemburgs „Indiskretion" gewendet. Trotz alledem, was gesagt worden ist, steht aber nach meiner Ansicht das Interesse der lebendigen Partei über dem Rechte der toten Form. Und bei der „Indiskretion" ging es um das Interesse der Partei. Hand aufs Herz, Genossen: Sie alle, die sich über die „Indiskretion" entrüsten! Wäre Ihre Entrüstung gleich lebhaft, gleich stürmisch gewesen, wenn Genossin Luxemburg an die Veröffentlichung des Briefes statt einer Kritik eine Zustimmung und Verherrlichung des Verhaltens unseres Parteivorstandes geknüpft hätte? Sie werden sagen, auch dann hätten wir die „Indiskretion" verurteilt. Aber es hat dem Menschen zu allen Zeiten wie dem seligen Dänenprinzen noch nie an Gründen gefehlt, wenn er sich selbst beweisen will, daß er das Richtige getan habe. Genosse David hat uns Kritikern den guten Rat gegeben, unserer Verantwortlichkeit bewußt zu sein und nicht durch unzeitgemäße Kritik Aktionen der Partei zu stören. Ich hoffe, daß Genosse David den nationalliberalen sozialistischen roten „Monatsheften" (Heiterkeit) auch diesen Rat gibt. Nicht nur durch theoretisch-kritische Auseinandersetzungen, nein, auch von den Männern der Praxis ist gerade von jener Seite die Aktion der Partei in wichtigen Momenten schon gestört worden. Ich erinnere an die Zustimmung zum Budget in Zeiten, wo die Sozialdemokratie gerade genug mit den Gegnern zu tun hatte. (Rufe: Aha!) Monatelang dauerten damals die Auseinandersetzungen ... War es wirklich gerechtfertigt, daß die Protestaktion der Partei erst einsetzte, als die Agitation der Alldeutschen die höchsten Wellen schlug? Mir scheint es: nein. Wir bekämpfen nicht nur die alldeutschen Kriegshetzer, sondern die Regierung, die imperialistische Kolonialpolitik treibt und im letzten Grunde das Instrument dieser

Kriegshetzer ist. Ueber die Bedeutung dieser Kriegshetze und ihre Wirkung im Auslande konnte man nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Wenn Genosse Molkenbuhr der Ansicht ist, daß das Datum seines Briefes uns zu einem anderen Urteil über die Haltung des Parteivorstandes hätte bekehren müssen, so fühle ich mich veranlaßt, ihm variierend zuzurufen: Gretchen, Du ahnungsloser Engel Du! (Heiterkeit.) Konnte jemand darüber im Zweifel sein, wie die Entsendung des Kanonenbootes „Panther" in England wirken mußte? In dem England, das vor der Festsetzung Deutschlands in Marokko zittert, weil diese seine Machtposition in Gibraltar erschüttern würde, das die zwei Wege nach Indien schützt. In England setzte die Kriegshetze gegen Deutschland sofort nach der Entsendung des „Panther" ein. Da war es unsere Pflicht, um so eher zur kraftvollen, einheitlichen Protestaktion zu schreiten, als wir ganz genau wußten, daß in England unsere Bruderparteien unter viel schwierigeren Verhältnissen wie wir in Deutschland für die Erhaltung des Weltfriedens eintreten mußten. Und die Hetze in England war nur das Pendant der Kriegstreibereien im eigenen Lande. Gewiß, es war noch nicht zu spät, als der Parteivorstand eingriff, es konnte noch vieles geschehen. Daß es aber nicht zu spät war, ist doch wahrhaftig nicht die Tugend und das Verdienst des deutschen Parteivorstandes gewesen. (Sehr richtig!) Niemand wußte von vornherein, daß es dann noch nicht zu spät sein würde. Es hätte auch anders kommen können. Wenn heute die Sonne auf uns herunterlacht, wenn nicht ein furchtbares Gewitter losbricht, ist das unser Verdienst? Ebensowenig ist es das Verdienst des Parteivorstandes, daß die Situation in dem Marokkohandel eine Wendung nahm, die aus unserer Versäumnis nicht einen großen Schaden entstehen ließ. Wir hatten aber noch einen besonderen Grund, sofort gegen die Entsendung des Kanonenbootes zu protestieren. Sie war erfolgt ohne die Zustimmung des Reichstages. Das ist ein neuer Beweis für die selbstherrliche Art und Weise, wie in Deutschland gewirtschaftet und gerade die ausländische Politik betrieben wird. Deshalb war es unsere Pflicht, so rasch wie möglich zu handeln. Nun ist gesagt worden, wir hätten wegen der Wahlen vorsichtig, zurückhaltend sein müssen. Gerade aber die Rücksicht auf die Ausnutzung des Marokkoabenteuers zu Wahlzwecken war der stärkste Ansporn für uns, sofort auf den Plan zu treten. Es gibt keine bessere Vorbereitung unseres Aufmarsches zu den nächsten Reichstagswahlen, als wenn wir unter die breitesten Massen die Aufklärung über die geschichtlichen Zusammenhänge tragen, aus denen das Marokkoabenteuer naturnotwendig als reife Frucht hervorgewachsen ist. Dadurch beugen wir einer Ausnutzung zu Wahlzwecken vor. Wir Kritiker sind übrigens nicht — wie Genosse Fischer behauptete — klagende Jeremiasse gewesen. Wir haben nicht stillgesessen und geweint, wir sind unter die Massen gegangen und haben damit gehandelt, soweit das uns möglich war. Die Protestbewegung ist vielerorts ohne die Initiative des Parteivorstandes und vor ihr ins Leben gerufen worden. Der Parteivorstand ist mit seinem Aufruf hinterher gehumpelt.

Mir ist die politische Unterlassungssünde des Parteivorstandes um so schärfer zum Bewußtsein gekommen, als dieser in seiner Eigenschaft als verwaltende Körperschaft sich in jeder Situation mit einer Umsicht, Besonnenheit und Energie betätigt hat, die das höchste Lob, die uneingeschränkte Anerkennung verdienen. Aber im Gegensatz dazu steht seine politische Inaktivität, die meiner Meinung nach — darin stimme ich mit Genossen Quarck überein — durch eine Reorganisation des Parteivorstandes behoben werden muß, und nicht durch das provisorisch nötige, mechanische Mittel der Anstellung weiterer Sekretäre beseitigt werden kann. Wenn diese neue Etappe im Ausbau unserer Parteiorganisation von Auseinandersetzungen eingeleitet worden ist, so brauchen wir uns darob nicht zu bekümmern. Solche Auseinandersetzungen werden nicht ausbleiben, solange die Sozialdemokratie ein jugendfrischer Organismus bleibt. Von dem Tage an, wo sich die Entwicklung der Partei lediglich routinenmäßig auf bureaukratischem Wege vollziehen würde, von dem Tage hätten wir die Bekundung, daß die Sozialdemokratie anfängt, zu versteinern, zu verkrusten, daß sie altersschwach wird. Die Zusammenstöße der Meinungen sind das Zeugnis für das rastlose Vorwärtsdrängen, die Kraft der Partei. Und wenn wir gelegentlich auch miteinander um die Erkenntnis der richtigen Mittel und Wege ringen, so hält uns das nicht ab, geschlossener und stärker als je zusammenzustehen, wenn es gilt, den gemeinsamen Feind zu schlagen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 261 ff.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen werden die Anträge 11 und 55 zurückgezogen.

Klara Zetkin (zur Geschäftsordnung):

„Ich habe zu erklären, daß die drei (?) Anträge, die sich im wesentlichen decken, nur eine klärende Aussprache herbeiführen sollten. (Lebhafte Rufe: Ah, ah! bei den Süddeutschen und Gelächter.) Dieser Zweck ist ausreichender erreicht worden, als wir zu hoffen gewagt hätten. Deshalb ziehen wir die Anträge zurück. (Große Heiterkeit und Beifall bei einem großen Teil des Parteitags.)" (S. 266.)

Henke-Bremen (zur Geschäftsordnung):

„Ich muß die Worte der Genossin Zetkin ergänzen; nicht nur aus den von ihr angeführten Gründen wird der Antrag Bremen zurückgezogen, sondern (Zuruf von den Süddeutschen: Weil er abgelehnt wird! — Große Heiterkeit.) weil in den bisher gepflogenen Debatten und besonders in dem von 42 Genossen aus Berlin und Brandenburg unterstützten Antrag Auer zum Ausdruck kommt, daß die Reorganisation des Parteivorstandes allgemein gewünscht wird. Darin erblicken wir das, was wir erzielen wollten, und es genügt uns vollkommen (stürmische Heiterkeit bei einem großen Teile des Parteitags); im übrigen sind wir auch mit dem Resultat der Aussprache vollständig zufrieden. (Erneute große Heiterkeit.)" (S. 266.)

Im Schlußwort führt Müller aus:

„... Wir haben für den Aufruf den Moment ausgewählt, als in der Presse der bürgerlichen Parteien die große Kriegshetze losging. Nun wurde gesagt, die Kriegshetze sei schon früher losgegangen, dabei wurde auf die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und auf die „Post" verwiesen. Das waren die Organe der Panzerplattenfabriken und der Interessentenkreise. Die offiziellen Blätter der bürgerlichen Parteien, die „Nationalliberale Korrespondenz" und die Zentrumspresse unterstützten die kriegerische Hetze der Alldeutschen erst später, in der Zeit, bevor wir den Aufruf veröffentlichten. Nun sollte die Aktion im ganzen Lande mit unserem Flugblatt eingeleitet werden. Es ist nun bestritten worden, daß die Angriffe auf das Flugblatt lähmend auf die Agitation gewirkt hätten. Es ist gesagt worden: Seht Ihr, nachdem der Artikel gegen das Flugblatt erschienen war, hat doch noch die große Berliner Demonstrationsversammlung stattgefunden. Daß die große Berliner Versammlung dadurch nicht beeinträchtigt werden würde, war selbstverständlich. Aber darauf kam es nicht an. Es kam darauf an, daß in die entlegensten Dörfer hinein ein Flugblatt verteilt werden sollte, über das ein so schlechtes Urteil von einem großen Parteiblatte gefällt worden war. Die bürgerlichen Blätter haben sich das gefundene Fressen natürlich nicht entgehen lassen... Die Parteipresse hat es erfreulicherweise abgelehnt, ein solches Vorgehen zu verteidigen, weil sie in solchen Fragen der Organisation und Agitation Gott sei Dank keinen Spaß versteht. Fälschlicherweise ist nun behauptet worden, bei uns wäre weniger geschehen als in anderen Ländern, besonders in Frankreich und Spanien. Ich habe schon gesagt, man solle mir das Land nennen, wo mehr geschehen ist, wo das Land mehr in die Tiefe und Breite hinein aufgewühlt worden ist. Diesen Beweis ist man mir schuldig geblieben. Wenn das nun der Fall ist, dann verstehe ich nicht, warum der Parteivorstand als reuiger Sünder dastehen und Absolution verlangen soll. (Zustimmung.) Der Parteivorstand hat seine Pflicht vollkommen getan. Er hat für die internationale Situation mehr Verständnis bewiesen als seine Kritiker. Im übrigen ist das erfreulichste an der ganzen Geschichte, daß wir eigentlich zum Schluß wieder ganz einig sind. (Heiterkeit und Beifall.) Die beiden Bedauerungsanträge sind zurückgezogen worden, und die Antragsteller haben erklärt, sie könnten es tun, weil sie zufrieden sind. Dazu kann ich Ihnen im Namen des Parteivorstandes erklären, daß wir sehr zufrieden mit dem Ausgang der Debatte sind. Damit ist die allgemeine Einmütigkeit der Partei wieder hergestellt. (Lebhafter Beifall.) ..." (S. 266 f.)

Als Anhang I enthält das Protokoll auf den Seiten 464 bis 470 die wegen des Marokkokonfliktes geführte „Korrespondenz zwischen

dem internationalen Bureau und dem deutschen Parteivorstand", die dem Parteitag als Drucksache vorgelegt worden war, sowie ergänzende Ausführungen gegen die Genossin Luxemburg. Als Anhang II wird S. 470 eine Richtigstellung von Huysmans mitgeteilt, in der es heißt:

„... Er habe nicht sagen wollen, daß die Genossin Luxemburg mehrfach Indiskretionen begangen habe, sondern, daß solche mehrfach vorgekommen seien, und zwar handle es sich außer um den Fall der Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes um einen vertraulichen Brief, den er dem Redakteur einer deutschen Parteizeitung geschrieben und den dieser ohne seine Zustimmung veröffentlicht habe."

Beim Bericht der Kontrollkommission führte Kaden aus:

„... Durch den Tod unseres unvergeßlichen Paul Singer mußte die Kontrollkommission zu einer Ersatzwahl für den Parteivorstand zusammentreten.

Nach eingehender Erörterung kam die Kontrollkommission in Rücksicht darauf, daß der nächste Parteitag voraussichtlich früher tagen würde, zu dem Beschluß, von dem nach § 15 des Organisationsstatuts ihr zustehenden Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen, die Wahl vielmehr dem nächsten Parteitag vorzubehalten..." (S. 203.)

Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Vorstandswahl entspinnt sich eine Debatte, da Ebert die Kandidatur zum Vorsitzenden ablehnt. Bebel unterstützt ihn darin, zugunsten der Kandidatur Haase, ebenso Lipinski, während Legien und Ulrich-Offenbach für Ebert eintreten. (S. 371 ff.) Ueber das Wahlergebnis sagt das Protokoll:

„... Abgegeben sind 393 Stimmzettel. Gewählt sind zu Vorsitzenden Bebel-Berlin mit 390 und Haase-Königsberg mit 283 Stimmen. Außerdem hat erhalten Ebert-Berlin 102 Stimmen. Zum Kassierer ist gewählt Gerisch-Berlin mit 392 Stimmen. Zu Schriftführern sind gewählt Braun-Königsberg mit 373 Stimmen, Ebert-Berlin mit 379 Stimmen, Molkenbuhr mit 389 Stimmen, Hermann Müller-Berlin mit 370 Stimmen, Pfannkuch-Berlin mit 390 Stimmen, Scheidemann-Kassel mit 355 Stimmen. Außerdem hat erhalten Rudolph-Frankfurt a. M. 54 Stimmen. Als Beisitzerin ist gewählt Luise Zietz-Berlin mit 389 Stimmen.

Zu Beisitzern des Vorstandes sind gewählt Liepmann und Wengels..." (S. 410.)

Das Wort zur Begründung eines Antrages der Kontrollkommission erhält Kaden:

„Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Berechtigung des Antrages der Kontrollkommission, den ich zu vertreten habe, werden Sie wohl ohne weiteres anerkennen, und ich kann mich daher kurz fassen. Durch die vorgenommenen Vorstandswahlen ist es zur Notwendigkeit geworden, auch die Gehaltsfrage der Sekretäre ins Auge zu fassen. Die Neugewählten müssen aus Stellungen ausscheiden, in denen sie sich materiell besser standen. Nun können wir den Gewählten schwer zumuten, sich in ihren Einkommensverhältnissen zu verschlechtern. Deshalb beantragt die Kontrollkommission, das Gehalt auf 5000 M. festzusetzen und diesen Beschluß auch auf die alten Sekretäre und den Kassierer auszudehnen, die jetzt 4500 M. beziehen. Ich bitte den Parteitag, den Antrag einstimmig anzunehmen." (S. 470.)

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Beim Vorstandsbericht in Chemnitz **1912** führte Ebert aus:

„... Und nun, am Schluß, noch etwas über die Art der Arbeitserledigung im Vorstande oder, wenn ich so sagen darf, über die Richtlinien,

die er dabei beachtete. Unsere Arbeit im Vorstand war getragen von übereinstimmender Auffassung in allen wichtigen Fragen und von schöner Kollegialität. Wir haben mit den Gewerkschaften gute Fühlung gehalten und standen zur Leitung der Gewerkschaftsbewegung, zur Generalkommission, fortdauernd in engen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen. (Bravo!) Zu den auftretenden Parteistreitfragen hat der Parteivorstand jederzeit klar und entschieden Stellung genommen. Bei prinzipiellen Fragen stellte er sich rückhaltlos auf den Boden der Grundsätze des Erfurter Programms, bei taktischen Fragen ließen wir uns bestimmen durch unsere Klassenkampftaktik und durch die Beschlüsse unserer Parteitage. Freilich hat die Parteileitung kein Interesse an der Verschärfung der Meinungsstreitigkeiten. Wir waren daher bestrebt, daß bei aller Gegensätzlichkeit in der Meinung die Zusammengehörigkeit, die Kameradschaft immer über das Trennende zu setzen ist. Vor allem waren wir bestrebt, die Geschlossenheit und Einheit unserer Kampffront zu erhalten, die mit ganzer Wucht gegen den Feind, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, zu richten ist. So bitte ich Sie, an die Kritik unserer Tätigkeit heranzutreten, und erkläre, daß eine offene, rückhaltlose Aussprache niemandem mehr erwünscht ist, als dem Parteivorstand. Wird die Kritik nicht der Kritik wegen, sondern des Interesses an der Sache wegen geführt, dann muß sie zum Vorteil der Partei ausschlagen, dann muß sie die Kampfesfreude und Siegessicherheit unserer Partei stärken! (Lebhafter anhaltender Beifall.)" (S. 216 f.)

Von den diesem Parteitage vorliegenden Anträgen bezweckten eine Reorganisation des Parteivorstandes: **43**, Kassel und Wanzleben (5 Beisitzer verlangend); **44**, Königsberg (4 Beisitzer); **45**, Hanau, 8. und 10. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis, Elberfeld-Barmen, Leipzig, 7. sächsischer Wahlkreis, Niederbarnim (5 Beisitzer); **46**, Nürnberg, Braunschweig und Solingen (Vermehrung um 5 bis 7 ehrenamtliche Mitglieder); **47**, Nordhausen (6 bis 9 unbesoldete Beisitzer); **144**, 18. sächsischer Reichstagswahlkreis (7 Beisitzer)); **168**, 3, 7. schlesw.-holst. Wahlkreis (wenigstens 5 unbesoldete Beisitzer); **169**, 3, Lennep-Remscheid-Mettmann (Vermehrung um 7 bis 9 ehrenamtliche und 2 bis 4 besoldete Mitglieder). Diese Anträge verlangten auch die Wahl aller Vorstandsmitglieder durch den Parteitag. Dazu kamen noch: Antrag **48**, Oldenburg (eventuell Vermehrung, aber nicht durch Berliner Genossen); **49**, Jena (unbesoldeter, mindestens siebengliedriger Beirat, in dem zwei Gewerkschaftsführer); **50**, Stuttgart (Vermehrung der besoldeten Sekretäre, Ressorteinteilung, mehr unbesoldete als besoldete Mitglieder); **51**, Köln (Erweiterung durch Ressorteinteilung); **53**, Düsseldorf (Reorganisation); **146**, Genosse Brillwitz, Berlin IV (politische Instrukteure), **163**, Berlin (keine Aenderung der Organisation des Vorstandes); **203**, 1, Ledebour und Genossen (in der Vorlage zum Organisationsstatut § 14 statt „zwei Beisitzern" zu setzen „den Beisitzern").

Alle diese Anträge, mit Ausnahme von 203, 1, der abgelehnt wurde, erledigte der Parteitag durch die Annahme des neuen Organisationsstatuts.

Im Bericht der Reorganisationskommission bemerkte Müller u. a.:

„... Wir halten diese neue Fassung der Kommissionsvorlage für einen wesentlichen Fortschritt. Es wird hier an das angeknüpft, was sich organisch, im Laufe der letzten Jahrzehnte in der Partei entwickelt hat. Die Beschlüsse der Kommission stellen in gewissem Grade eine Einschränkung der Rechte des Parteivorstandes dar. Aber der Parteivorstand hat selbst diesen Vorschlag gemacht, weil er glaubt, daß bei der jetzigen politischen Situation, die sich

immer mehr verschärft, eine bessere Fühlung mit dem Lande notwendig sei und daß die vorhandenen Bezirks- und Landesorganisationen mit der Zentrale besser verbunden werden müßten, als das bisher der Fall war ..." (S. 299.)

Lipinski-Leipzig:

„... Wer den Parteivorstand in seinem Mitgliederbestande erhöhen will, muß meiner Auffassung nach den Nachweis erbringen, daß der Parteivorstand, nachdem er in Jena um drei Mitglieder verstärkt worden ist, im letzten Jahre versagt hat. Dieser Nachweis kann nicht erbracht werden, und damit fällt der Grund für diese Anregung. Es bleibt dann die zweite Frage, ob der Parteivorstand politisch befruchtet werden soll. Die Genossen, die davon ausgegangen sind, daß der Parteivorstand zu wenig Initiative entwickelt, haben zu wenig Fühlung gehabt mit den Organisationen. Ebert hat gestern schon darauf hingewiesen, daß die Organisationen sich darüber beklagen, daß zu viele Anregungen gegeben würden. Nun bleibt die Frage, ob der Parteivorstand in großen politischen Aktionen versagt hat. Auch dieser Nachweis kann nicht erbracht werden. Die früher bemerkbaren Mängel sind ausgeglichen worden durch die Vermehrung der Mitgliederzahl. Was sollen denn unbesoldete Mitglieder? Sie sollen den Parteivorstand politisch befruchten. Das heißt doch, daß solche Genossen in Frage kommen sollen, die sich ausschließlich mit politischen Fragen befassen. Wenn Sie sie nicht aus diesen Kreisen rekrutieren wollen, dann müssen Sie die unbesoldeten Mitglieder wieder aus den Reihen der in der Organisation tätigen Genossen nehmen, die mit bureaukratischen Arbeiten bereits belastet sind. Ich halte es nicht für richtig, den Vorstand mit unbesoldeten Mitgliedern weiter zu belasten. Es ist Tatsache, daß die politischen Geschäfte der Partei sowohl mit der Organisation wie mit der Agitation so innig verbunden sind, daß es unmöglich ist, die Dinge geschäftlich und politisch zu trennen. (Sehr richtig!) Alle Handlungen der Partei sind politische Handlungen, weil sie in ihren letzten Konsequenzen immer wieder in großen Aktionen ihren Ausklang finden. (Sehr richtig!) Wenn das der Fall ist, muß derjenige, der im Parteivorstand sitzt, auch mit den Organisations- und Agitationsfragen aufs engste vertraut sein. Nun sollen die Nurpolitiker diese Tätigkeit übernehmen. Ich halte das für eine Ueberschätzung der Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit. Der Genosse, der vor der letzten Wahl simpler Parteigenosse war, hat nun ein Mandat bekommen, und mit einem Male ist die politische Koryphäe fertig, die alle politischen Fragen von einem höheren Gesichtswinkel aus beurteilen kann. Ist das nicht eine Herabsetzung der Tätigkeit der anderen Parteigenossen, die jahraus jahrein sich mühen, die Gesamtpartei vorwärts zu bringen? Ist das nicht ein Ueberschätzen des parlamentarischen Einflusses? Was sollen denn die Nurpolitiker für die Gesamtpartei? Sie müssen doch mit ihr in Fühlung bleiben. Damit fällt dieser Einwand. Die Partei ist groß geworden dadurch, daß sie die Genossen, die von der Pieke auf gedient haben, die ihre ganze Lebensaufgabe in der Partei erblickt haben, an die Stelle gerufen hat, wo sie notwendig waren zur Entscheidung in der Partei. (Sehr richtig!) Sie hat die fähigsten Leute an die Spitze gestellt, sie hat sie aber nicht getrennt nach politischer und geschäftlicher Fruchtbarkeit. Die Partei soll nicht den vorgeschlagenen abschüssigen Weg betreten, sie soll vielmehr den Parteigenossen an die Stelle setzen, wo er notwendig ist, um im Interesse der Gesamtpartei seinen Posten auszufüllen. Solche Stellen sollen mit Genossen besetzt werden, von denen man die Qualitäten voraussetzt, daß sie auch alle Parteifragen richtig beurteilen und würdigen können ..." (S. 303 f.)

Ledebour (S. 306 f.) empfiehlt zur Erweiterung des Vorstandes, die durch den Entwurf der Reorganisationskommission nicht gegeben werde, seinen Antrag 203. Stadthagen (S. 307) schließt sich ihm an, desgleichen Dißmann-Hanau (S. 310). Gleich ihnen wendet sich Lüth-Hamburg (S. 311) gegen die vorgeschlagenen zwei Beisitzer, an deren Stelle er fünf oder sieben verlangt.

Dr. David-Mainz:

„Die bedeutsamste Abänderung, die für den vorliegenden Entwurf der Kommission beantragt worden ist, ist zweifellos der Antrag Ledebour und Genossen,

der die Zahl der zwei Beisitzer beseitigen, die Zahl der Beisitzer also unbestimmt lassen will. Ledebour hat uns nun erklärt, es sei nicht eigentlich der formale Gesichtspunkt, daß man sich volle Freiheit in jedem Jahre lassen will, der ihn bestimmt hat, diesen Antrag einzubringen. Das Motiv sei vielmehr das in Jena von ihm und anderen Genossen vorgebrachte, nämlich, daß der Parteivorstand zu sehr aus Bureaukraten bestehe, und daß es notwendig sei, ihm politische Köpfe beizugesellen. Dieser Antrag Ledebour, so unbedeutsam er aussieht, ist im Grunde gar nichts anderes, als der Vorschlag, den wir in einigen Parteizeitungen gelesen haben, kurz nach der bewußten Zusammenkunft in Eisenach, nämlich einen Neunerbeirat dem Parteivorstand beizugeben, der lediglich aus politischen Köpfen zu bestehen hat. (Ledebour: Nicht lediglich!) Ledebour sagt, nicht lediglich; es sollen also auch andere, nicht politische Köpfe mit hinein? (Heiterkeit.) Das wäre aber doch eine unnötige Belastung für den Parteivorstand. (Sehr richtig!)

Ich habe bei dem Vorschlag nur eines vermißt, nämlich irgendein festes Kriterium, wonach man den politischen und den unpolitischen Kopf unterscheiden kann. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, ob die Antragsteller dabei auf die alte Phrenologie von Gall zurückgreifen wollen, oder ob sie das neue von der „Deutschen Tageszeitung" vorgeschlagene Verfahren anwenden wollen, wonach man eine Linie zwischen den Augensternen und eine solche von der Wurzel der Nase bis zum Mund zieht und aus dem Verhältnis dieser beiden Linien dann die politische Befähigung erschließt. (Heiterkeit.) Wir müßten jedenfalls ein objektives Verfahren haben; denn das wäre doch kein sicheres Verfahren, wenn jeder einzelne für sich bestimmen sollte, ob er ein politischer Kopf ist oder nicht. (Sehr gut!) Das geht nicht, es müßten schon objektive Anhaltspunkte gegeben werden.

Ich bin der Meinung, daß es keine gute Zusammensetzung des Parteivorstandes wäre: auf der einen Seite eine Gruppe von Männern, die mit ihrer ganzen Arbeit in der Verwaltungs- und Leitungstätigkeit stehen, und daneben noch so ein Kranz von Beiräten, die nur die Aufgabe hätten, die eigentlich Arbeitenden zu befruchten, also gewissermaßen „Befruchtungsbeiräte". (Große Heiterkeit.) Diese Aufgabe scheint mir, so dankbar sie für die Betreffenden sein möchte, nicht geeignet, die Aktionskraft, die Energie und Berufsfreudigkeit der in der eigentlichen Arbeit stehenden Parteivorstandsmitglieder zu erhöhen. Diese Beiräte hätten das Recht, hineinzureden; es sind „Hineinredungsräte" (Heiterkeit); aber ausführen, positive Arbeit leisten, das brauchten sie nicht. Sie wären in der angenehmen Lage, immer kritisieren zu dürfen, ohne gehalten zu sein, es besser zu machen. (Sehr richtig!)

Wir wollen im Parteivorstand Leute haben, die auch verpflichtet sind, mit ihrer ganzen Persönlichkeit und Arbeitskraft das auszuführen, was sie für nützlich halten im Interesse der Partei. Im übrigen wäre die Frage aufzuwerfen, wie sollen die Beiräte existieren? Haben sie sonstige Berufsarbeit, so haben sie gar nicht die Zeit, wirklich eingehend und gewissenhaft mitzuarbeiten. Es müßten also Männer sein, die finanziell so glücklich gestellt sind, daß sie es nicht nötig haben, Geld zu verlangen für ihre Mitarbeit im Parteivorstand. Da käme also ein kapitalistisches Moment in die Sache, und auch das ist nicht geeignet, uns mit dem Vorschlag zu befreunden.

Die Antragsteller haben eins unterlassen, sie haben nicht einmal den Versuch gemacht, die sachliche Notwendigkeit einer solchen neuen Aenderung des Vorstandes zu begründen. (Sehr richtig!) Man hat in Jena ja erst den Vorstand revidiert, ihm junges Blut eingeflößt, heute soll man ihn wieder revidieren. Einen so rastlosen Revisionismus kann ich nicht mitmachen. (Große Heiterkeit.) Ich meine, eine gewisse Ruhe, eine gewisse Stetigkeit ist da doch vonnöten. Man soll nicht ändern, wenn man keine sachlichen Gründe dafür hat. In Jena hat man wenigstens noch vorgebracht, der Parteivorstand habe in der Marokkoangelegenheit versagt. Da habe ihm die nötige Aktivität gefehlt. Aber seit Jena, im letzten Jahre, wo hat es denn da gefehlt? Die Antragsteller müßten doch begründen, inwiefern der Vorstand seine Schuldigkeit nicht getan habe. (Ledebour: „Das kommt noch!") So, ich dachte, es wäre schon mit der Göppinger Angelegenheit gekommen. Diese Angelegenheit hat jedenfalls nicht den gewünschten Beweis erbracht für eine notwendige Aenderung. Da sollten wir doch den Entwurf ruhig annehmen . . ." (S. 312 f.)

Ledebour:

„David hat geglaubt, die Sache mit einigen billigen Scherzen abmachen zu können, und um einige phrenologische Witze anbringen zu können, hat er sich den Ausdruck „politische Köpfe" konstruiert und mir unterschoben, ich hätte befürwortet, „politische Köpfe" in den Parteivorstand hineinzubringen. Meines Wissens habe ich in dem, was ich über diese Sache geschrieben habe, niemals diese Wendung gebraucht. Ich habe in meinem Artikel in der „Neuen Zeit", der nach der Eisenacher Konferenz geschrieben ist, gesagt: „Durch die Aussprache in Eisenach bin ich davon überzeugt worden, daß zur Erreichung der Politisierung des Parteivorstandes es zweckmäßiger ist, die Zahl der Beisitzer zu vermehren von zwei auf mindestens sieben, die dann mit den beiden Vorsitzenden zusammen den bureaukratischen Elementen gegenüber in der Mehrheit sind." Dann habe ich nachher skizziert, was ich darunter verstehe. Es kämen als Beisitzer in Betracht „Abgeordnete, Redakteure, Organisatoren, auch daß ein hervorragend tätiger Gewerkschaftler unter den Beisitzern sich befindet, wäre empfehlenswert". Ich muß annehmen, Genosse David, daß Sie das gelesen haben. Wie können Sie demgegenüber die Ungeniertheit haben, hier zu behaupten, ich hätte mit der Wendung „Politische Köpfe" operiert. Sie haben damit allerdings bei Ihren Freunden einen Heiterkeitserfolg erzielt, aber es ist auch das kein Beweis dafür, daß eine derartige Kampfesweise nachahmenswert wäre. . . . Selbstverständlich habe ich dabei nicht daran gedacht, daß diese Genossen, die in der Vorstand eintreten, „bloß kritisieren" und sonst sich an den Arbeiten nicht beteiligen sollen. Bei einer früheren Gelegenheit habe ich auch das schon ausgeführt. Es handelt sich darum, daß sie bei allen politischen Aktionen der Partei beständig mittätig sein sollen als vollberechtigte Mitglieder des Vorstandes. Ich habe nur früher den Gedanken ausgesprochen, daß bei rein verwaltungstechnischen Angelegenheiten, mit denen der Parteivorstand ja in einer unglaublichen Fülle gegenwärtig überlastet ist, es nicht notwendig ist, diese Beisitzer heranzuziehen. Wie das abgegrenzt werden soll, ist jedoch eine interne Angelegenheit des Parteivorstandes. Selbstverständlich kann man ihm da keine Vorschriften machen. Dabei erledigt sich auch die Kritik des Genossen Lipinski, der in erheblich Lobigerer Weise, als der immerhin witzige Genosse David (Heiterkeit), diesen Gedanken breitgetreten und mit der „schwieligen" Faust operiert hat gegenüber Theoretikern und Abgeordneten. Er hat es so hingestellt, als sollten durch die Bewohner von Berlin W., die es ja auch in der Partei gibt, diejenigen hervorragend tüchtigen Genossen, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, gewissermaßen beiseite geschoben werden. Das ist absolut nicht der Fall, das kann deshalb schon nicht der Fall sein, weil auch unter den amtierenden Vorstandsmitgliedern und in anderen Positionen in überwiegender Mehrzahl sich gerade solche Genossen befinden, die in langem Lebenskampfe sich aus Arbeiterkreisen emporgerungen haben in führende Stellungen. Das ist eben die plumpe Demagogie, die an die Zeiten Hasselmanns erinnert, als geltend gemacht wurde, eigentlich sei nur derjenige Genosse etwas wert, der aus Arbeiterkreisen in organisatorischer Tätigkeit hervorgegangen ist. Wir müssen eben suchen, in unseren Parteivorstand, der die Leitung unseres großen Kampfes zu führen hat, alle Kräfte aus allen möglichen Lebensstellungen hineinzubringen. Je mehr wir ihn bereichern mit allen möglichen Fähigkeiten, um so besser ist es. Dann hat David, ich war auch darauf vorbereitet, den Trick gebraucht, anzudeuten, daß ich mich als einen solchen „politischen Kopf" betrachte, der in den Vorstand hinein müßte. Ich benutze diese Gelegenheit, um ausdrücklich zu erklären, was ich schon anderswo erklärt habe, daß ich unter keinen Umständen ein Amt im Vorstand, auch nicht als Beisitzer, übernehmen würde, weil ich glaube, der Partei in der Konzentrierung auf die parlamentarische Tätigkeit nützlicher sein zu können. Es muß eine gewisse Arbeitsteilung stattfinden in der Weise, daß nicht alle die im Vordergrunde im Parlament tätigen Genossen auch gleichzeitig noch andere wichtige Funktionen auszuführen haben. Und jeder Parteigenosse, der der Fraktion angehört, wird diesen Gesichtspunkt wohl zu würdigen wissen. Ich kann deshalb, weil ich für die Besetzung eines Vorstandspostens absolut nicht in Betracht komme, um so objektiver dafür eintreten, daß andere Genossen, die ich für befähigt halte, in den Vorstand hineinkommen.

David sagte, es müßten Gründe angeführt werden für die Aenderung und nachgewiesen werden, was der Parteivorstand verschuldet habe. Es kann eine Behörde ihre laufenden Geschäfte und die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, korrekt und zufriedenstellend ausführen, und sie kann dennoch in bezug auf die große, wichtige Initiative,

die ihr obliegt, im Rückstand geblieben sein, ohne daß das jederzeit klar zutage tritt. Wir haben uns ja im vorigen Jahre über die Marokko-Frage unterhalten, und ich bin durchaus noch der Ansicht, die ich damals vertreten habe. . . . . Die Mitglieder des Parteivorstandes haben in ihrer Mehrheit eine Lebensstellung. Jeder von ihnen ist in seiner Art ein tüchtiger Mann — (zum Vorstand), Sie brauchen natürlich meine Anerkennung nicht; ich will nur sagen, daß ich nicht von persönlicher Animosität beseelt bin. Wenn nun aber Personen jahraus, jahrein zusammen arbeiten, so muß sich allmählich eine gewisse Uniformität der Anschauung herausbilden. Es gibt überhaupt keine politische Organisation an wichtiger Stelle, deren Leitung so in ihrer überwiegenden Mehrheit bloß aus Beamten zusammengestellt ist, wie der sozialdemokratische Parteivorstand. Das hat sich bei uns natürlich geschichtlich entwickelt aus den Verhältnissen heraus. Nur historisch konservativ veranlagte Köpfe können die Behauptung aufstellen, weil wir relativ im allgemeinen gut gefahren sind mit dieser Mehrheit der auf Lebenszeit angestellten Vorstandsmitglieder, deshalb dürften wir nichts ändern, das wäre eine Kränkung dieser Mitglieder. Nein, es liegt im größten Interesse der Partei, daß eine solche Erweiterung des Vorstandes geschieht. Darum wäre es wünschenswert, daß wir in diesem Jahre schon die Zahl auf sieben erhöhen, dann haben die Nichtangestellten die Majorität. Wenn es diesmal nicht möglich ist, dann wird sich in den nächsten Jahren doch die Ueberzeugung durchgerungen haben, daß die Partei eine derartige Erweiterung beschließen muß. Machen Sie den Anfang damit, daß Sie heute die Aenderung vornehmen, die wenigstens der Partei die Möglichkeit gibt, jederzeit die Mitgliederzahl des Vorstandes zu erhöhen." (S. 314 ff.)

Löwigt-Lübeck spricht gegen die Vermehrung des Vorstandes. Ebenso Löbe-Breslau:

„. . . Was hat denn der Parteivorstand versäumt? Soll es vielleicht dahin kommen, daß auf jedem Parteitag ein Richtungsstreit darüber entsteht, ob man nicht von der einen oder der anderen Seite einen Beisitzer in den Parteivorstand hineinschieben kann? Wir haben den Parteivorstand ja im vorigen Jahre ergänzt durch Haase, Braun und Scheidemann; das wurde allgemein angesehen als ein Sieg der Richtung, die Ledebour vertritt. (Sehr wahr!) Lassen Sie uns heute wieder drei Beisitzer wählen, und ich bin überzeugt davon, Ledebour befürchtet, daß die über das Jahr auch vernünftig geworden sind (Große, anhaltende Heiterkeit), und dann wird er wahrscheinlich so lange die Vermehrung der Zahl der Beisitzer beantragen, bis die Spitze der Eisenacher Konferenz im Parteivorstand sitzt." (Heiterkeit.) . . ." (S. 321.)

Im Schlußwort führt Müller aus:

„. . . Wenn Sie der Meinung sind, daß im Parteivorstand tüchtigere Leute sein müßten, dann haben Sie die Pflicht, die weniger Tüchtigen hinauszuschmeißen. (Lebhafter Beifall.) Aber man darf nicht dazu übergehen, Leute wählen zu wollen, die die Aufgabe haben, den Parteivorstand zu überstimmen. (Sehr richtig! Ledebour widerspricht.) Sie sagen doch in der „Neuen Zeit", Genosse Ledebour, die bureaukratische Mehrheit müsse beseitigt werden, müsse überstimmt werden. (Ledebour: Das ist Demagogie!) Sie haben keine Ursache, sich über Demagogie zu beschweren. (Beifall.)

. . Lederbour sagt, ihm wäre nicht eingefallen, von den politischen Köpfen zu reden. Er hat aber dann selbst aus der „Neuen Zeit" Artikel zitiert, daß er eine „Politisierung des Vorstandes" will. Wenn das Sinn und Verstand haben soll, dann kann es nur heißen, daß gegenüber den weniger politischen Köpfen, welche im Vorstand sitzen, bessere politische Köpfe hinein sollen. (Sehr richtig!) Die Massen, die draußen mit dem Schlagwort „politischer Kopf" Spaß getrieben haben, waren berechtigt, zu sagen, daß sie durch den Artikel Ledebours in der „Neuen Zeit" dazu animiert waren. Ledebour hat weiter ausgeführt, der Parteivorstand müsse ergänzt werden wegen der Massenaktionen, die notwendig sind. Wer auf dem Standpunkt steht, daß bei der schärferen Zuspitzung der Verhältnisse Massenaktionen notwendig sind, der muß zu der Auffassung kommen, daß der Parteiausschuß notwendig ist. Denn Massenaktionen werden nicht dadurch gemacht, daß Ledebour auf die Straße geht (Heiterkeit), sondern daß in allen Bezirken des Deutschen Reiches die Massen auf die Straße gehen. (Sehr richtig!) Deswegen spricht das, was Ledebour angeführt hat, nicht für ihn, sondern gegen ihn. (Ledebour: Das ist eine Logik!) Ich unterhalte mich über Logik mit Ihnen nicht.

Einige Worte über die angebliche Notwendigkeit, den Parteivorstand durch Beisitzer zu vermehren. Es wird gesagt, es muß neben dem Verwaltungselement das politische Element gestärkt werden. Das hat schon zu einem solchen Gegensatz geführt, daß man nicht nur für die Zentrale, sondern auch in den Bezirken und Kreisen den Gegensatz zwischen den „politischen Köpfen" und den bureaukratischen Sekretären konstruiert. Zu welchen Zuständen soll das in der Partei führen, wenn dieses Schlagwort einreißt? (Sehr richtig!) Wir müssen annehmen, daß die Leute, die berufsmäßig in den Kreisen und Bezirken sich mit der Politik und der Ausführung der politischen Aktionen zu befassen haben, politisch befähigte Leute sein müssen und nicht zu den Bureaukraten geworfen werden können. (Sehr richtig!) Die Kommission hat sich sehr eingehend mit der Frage der Vermehrung der Beisitzer befaßt. Sie ist der Ansicht, daß die Anregung der Frankfurter Genossen nicht durchführbar ist, daß der Partei damit nicht gedient ist, wenn monatlich einmal neun bis zwölf Personen nach Berlin kommen, um als politischer Beirat neben dem Parteivorstand zu funktionieren. Sie war der Meinung, daß so, wie die Dinge praktisch liegen, auch nicht die Rede davon sein kann, daß aus der Nähe von Groß-Berlin, aus Halle, Leipzig, Magdeburg, Parteigenossen zu den regelmäßigen Vorstandssitzungen kommen. Denn wir haben in der politischen Hochsaison in der Woche manchmal zwei, drei und mehr Sitzungen gehabt. Die Genossen müßten also fortwährend etwa zwischen Halle und Berlin unterwegs sein, wenn sie an den Sitzungen teilnehmen wollten. Man hat weiter ausgeführt, daß es möglich sei, die politischen Dinge von den Verwaltungsdingen zu trennen. Das geht nicht im Bezirk, nicht im Kreise, nicht in der Zentrale. (Sehr richtig!) Wer diese Trennung von Verwaltungsarbeiten und von politischen Arbeiten bei uns vornehmen will, der versteht nichts von Verwaltung und erst recht nichts von Politik. (Heiterkeit und Beifall.) Deshalb hat auch die Konferenz der Landes- und Bezirksvorstände diesen Gedanken ganz einmütig abgelehnt. Nun ein Wort über die reaktionären, konservativen Tendenzen, die darin liegen sollen, daß man den bestehenden Zustand aufrecht erhalten will. Das soll konservativ sein, und es soll demokratisch sein, wenn der Zustand herbeigeführt wird, den Ledebour wünscht. Wir brauchen uns über diese Worte nicht zu streiten, ich habe hier einen Schwurzeugen, die „Neue Preußische" oder „Kreuzzeitung" vom 2. Juni 1912. Sie muß ja schließlich wissen, was reaktionär ist. Sie druckt aus dem „Neuen-Zeit"-Artikel Ledebours die Stelle ab: „Solche Personen mögen ein sehr brauchbares Beamtenpersonal abgeben, sie eignen sich aber nicht gerade zu Vorkämpfern der radikalen Klassenkampfpartei des Proletariats." Dazu schreibt die „Kreuzzeitung": „Das sind ja ganz merkwürdige Zustände in einer proletarischen Parteileitung. Da sollten sich die Genossen die Reaktionäre zum Muster nehmen, bei denen das bureaukratische Element in der Parteileitung gar nichts zu tun hat." — Das ist die wirklich reaktionäre Auffassung der „Kreuzzeitung", eng verknüpft mit der Ledebours. (Heiterkeit.) . . ." (S. 325 f.)

Am Schlusse des Parteitages teilte Haase mit:

„Bei der Wahl zum Parteivorstand sind abgegeben 468 Stimmen, davon 14 ungültige, 454 gültige. Die absolute Mehrheit beträgt also 228. Es haben Stimmen erhalten als Vorsitzender Bebel 452, Haase 438, als Kassierer Braun 447, als Sekretär Pfannkuch 449, Molkenbuhr 452, Gerisch 450, Ebert 423, Müller 417, Scheidemann 442, als Sekretärin Zietz 446, als Beisitzer Wengels 429, Brühl 389, Silberschmidt 83. Die anderen Stimmen sind zersplittert auf Südekum, David, Noske, Pieck und Heine. Der Parteivorstand ist also in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. (Bravo!)" (S. 516.)

Im Jenaer Vorstandsbericht **1913** führte Scheidemann aus:

„. . . Wenn ich nun übergehe zu einem anderen Teil meiner Aufgabe als Referent, so bin ich genötigt, eine Anzahl von Aeußerungen mehr oder weniger bekannter Genossinnen und Genossen anzuführen. Ich will ausdrücklich feststellen, daß ich in indirekter Rede zitieren und Namen nicht nennen will. Es kann uns gar nicht darauf ankommen, an einzelne Namen anzuknüpfen, wir wollen uns mit den sachlichen Ausführungen beschäftigen. Jede Voreingenommenheit gegen irgend jemand liegt mir und den übrigen Parteivorstandsmitgliedern fern. Jeder, der in der Partei das Wort nimmt oder zur Feder greift, von dem müssen wir annehmen, daß er es tut in der festen Ueberzeugung, der Partei damit nutzen zu wollen. Wenn bei

diesen Auslassungen schriftlicher oder mündlicher Art über die Stränge geschlagen wird, so ist das kein Unglück, aber doch sehr bedauerlich. Ich möchte immer wieder den Wunsch aussprechen, daß alle Genossen, die öffentlich reden und schreiben, sich jederzeit der vollen Verantwortlichkeit bewußt sein möchten, die auf ihnen ruht. (Sehr richtig!) ..." (S. 224.)

„. . . Merkwürdig ist auch über den Wert der Parteiorganisation gesprochen worden. Der Stolz unserer Partei sind unsere Organisationen. Alle unsere Bruderparteien beneiden uns darum. Und wie hat man über diese Organisation gesprochen? Man hat so geredet, als ob man sie zu Bremsklötzen der Revolution machen könnte. Es käme nicht darauf an, wie stark wir sind im Vergleich zu den Nichtorganisierten, sondern darauf, daß die Partei „kühn die Initiative" ergreife, dann würden die unorganisierten Massen begeistert uns folgen! „In jedem Fall versagt aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung!" Derartiges muß sich die deutsche Sozialdemokratie ins Gesicht sagen lassen. (Hört! hört!) Kautsky hat zutreffend bemerkt: für Abenteuer und Uebertreibereien wird die wachsende Organisation immer mehr ein Hindernis, aber dieser Nachteil ist zu ertragen. (Sehr gut!) Damit sind 99,99 Prozent der Parteigenossen einverstanden. (Beifall.) . . ." (S. 231.)

Dißmann-Frankfurt a. M.:

„. . . Niemandem kann es einfallen, irgendwie das gemeinsame Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft zu trüben. Im Gegenteil, je enger und besser dieses Verhältnis ist, desto erfreulicher sind für die Arbeiterbewegung die Erfolge. Und wenn von einer Beamtenhetze gesprochen wurde, so ist das eine Frage, die ernsteste Beachtung verdient. Einer solchen Stimmung in der Masse hätten wir uns mit aller Kraft entgegenzustemmen, wenn diese Stimmung dahin gehen sollte, die Beamten in der Achtung und im Vertrauen herunterzusetzen. (Sehr richtig!) Das ist selbstverständlich und kann nicht anders sein. Das hindert uns nicht, wenn bei der gewaltigen Entwicklung sich einzelne Mißstände in der Organisation gezeigt haben, diese in der Organisation selbst sachlich zu besprechen und auf Abhilfe zu dringen. Das haben wir den einzelnen Gewerkschaften zu sagen, das sagen wir auch der Partei . . ." (S. 253.)

Scheidemann (im Schlußwort):

„. . . Ich kann feststellen, daß die Kritik am Parteivorstand sehr sachlich gewesen ist. Sie haben uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich danke für die Anregungen, die wir genau prüfen werden, wie wir gewöhnt sind, alle guten Lehren, die Sie uns auf den Weg mitgeben, immer zu beachten. (Beifall.) . . ." (S. 279.)

Beim Bericht der Kontrollkommission bemerkte Brühne:

„. . . Das Versicherungsgesetz für Privatangestellte, das am 1. Januar 1913 in Kraft trat, hat die Fürsorge für diese Berufsschichten und ihre Angehörigen nur äußerst mangelhaft im Vergleich zu den zu leistenden Beiträgen geregelt. In Verbindung mit dem Parteivorstand wurde von der Kontrollkommission die Frage beraten, wie für unsere an der oberen Grenze der Versicherungspflicht befindlichen Angestellten im Parteivorstande eine bessere Regelung geschaffen werden könne. Zu erwägen war dabei auch, daß mehrere der in Frage kommenden Genossen bereits das versicherungspflichtige Alter überschritten hatten. Man kam zu dem Entschluß, alle gleich zu behandeln und diesen Genossen durch eine entsprechende Zulage eine bessere Fürsorge anderer Art zu ermöglichen. Den Genossen wurde zur Pflicht gemacht, durch den Abschluß einer privaten Versicherung für sich und ihre Angehörigen entsprechend zu sorgen. . . ." (S. 241 f.)

„. . . Nach dem Tode unseres unvergeßlichen Genossen August Bebel hätte nach § 15 unseres Organisationsstatuts die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses das Recht gehabt, eine Ersatzwahl zum Parteivorstand an Stelle des Genossen Bebel vorzunehmen. Wegen der kurzen Zeit, die uns noch von dem Parteitage trennte, hat die Kontrollkommission einstimmig von einer Ersatzwahl Abstand genommen und überläßt die Wahl dem Parteitage. . . ." (S. 244.)

Vorsitzender Ebert teilte folgendes Wahlresultat mit:

„Abgegeben sind 473 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt also 237. Zu Vorsitzenden sind gewählt Haase mit 467 und Ebert mit 433 Stimmen. Zum

Kassierer Braun mit 458 Stimmen. Als Sekretäre haben erhalten Bartels-Altona 269, Gerisch 466, Dißmann-Frankfurt a. M. 211, Molkenbuhr 440, Hermann Müller 442, Pfannkuch 468, Scheidemann 445, Luise Zietz 450 Stimmen, außerdem je 1 Stimme Quessel, Edmund Fischer, Stadthagen, Südekum, Wurm und andere. (Heiterkeit.) Es sind also zu Sekretären gewählt Bartels, Gerisch, Molkenbuhr, Hermann Müller, Pfannkuch, Scheidemann und Luise Zietz.

Als Beisitzer haben erhalten Brühl 232, Wels 245, Wengels 430 Stimmen. Wels und Wengels sind somit gewäht. (Ernst-Berlin hat 1 Stimme und Gottschalk-Königsberg 3 Stimmen erhalten.) . . ." (S. 549.)

Siehe auch die Artikel „Agitation", „Kontrollkommission", „Massenstreik", „Militarismus", „Marokko", „Organisation", „Organisationsstatut", „Parteiausschuß", „Parteitag".

Polnisch-sozialistische Partei Deutschlands.

Nach dem Bericht an den Magdeburger Parteitag **1910** (S. 18) besaß die P. P. S.:

Bezirk	Oberschlesien	1578	Mitglieder
„	Westfalen	201	„
„	Hamburg	145	„
„	Posen	151	„
„	Bremen	69	„
„	Berlin	51	„
	Zusammen	2195	Mitglieder

In der Debatte über den Vorstandsbericht sagte Westkamp-Düsseldorf:

„. . . Ich halte diese Form der Organisation, daß wir eine besondere polnische Organisation in Deutschland haben, für ein Unding. Ein solches Zwitterding sollten wir nicht dulden. Der Parteivorstand muß dafür sorgen, daß diese Organisationsform von der Bildfläche verschwindet. Wir wollen eine einige sozialdemokratische Partei Deutschlands sein, da können wir nicht besondere Organisationsformen dulden. Soweit die polnischen Genossen Sozialdemokraten sein wollen, haben sie die Pflicht, sich der allgemeinen Organisation anzuschließen. Ich richte das Ersuchen an den Parteivorstand, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß diese Organisationsform verschwindet und wir nur eine einheitliche Organisation bekommen." (S. 214.)

Im Schlußwort bemerkte Pfannkuch:

„. . . Wir haben der polnischen P. P. S. in den Verhandlungen seinerzeit dieselbe Selbständigkeit zugestanden, wie sie andere Landesorganisationen haben. Sie gehört als Glied der deutschen Organisation an, und ihre Organisation muß sich mit der der deutschen Partei decken. An der Sache etwas zu ändern, liegt unseres Erachtens im Augenblick kein Anlaß vor. Es ist bis jetzt möglich gewesen, ein gutes Einvernehmen zwischen den polnischen und deutschen Genossen durchzuführen, und es wird auch in der Folgezeit möglich sein, etwa auftretende Differenzen durch offene Aussprache zu beseitigen. . . ." (S. 220 f.)

In Jena **1911** wird berichtet, die Organisation habe in 12 Reichstagswahlkreisen mit 42 Ortsvereinen 2085 Mitglieder. (S. 19.)

In Chemnitz **1912** wird die Mitgliederzahl mit 2060 angegeben (S. 12).

Diesem Parteitag lag folgender Antrag vor:

155. Berlin IV: „In Anbetracht, daß es notwendig ist, die polnische werktätige Bevölkerung zum Sozialismus zu werben, fordert der IV. Kreis, daß das polnische Parteiorgan (Gazeta Robotnicza, Arbeiter-Zeitung) nach wie vor dreimal wöchentlich erscheinen soll. Ihre Existenzfrage kann auch eventuell ohne finanziellen Zuschuß verlangt werden, wenn der Parteitag die gesamte Parteipresse und Parteiorganisationen verpflichtet, öfter auf das Abonnement der polnischen Parteipresse hinzuweisen."

Bei der Debatte über den Vorstandsbericht bemerkte Biniszkiewicz-Kattowitz:

„. . . Sie wissen wohl alle, daß die „Gazeta Robotnicza" auf dem Parteitag in Halle 1890 ins Leben gerufen ist, selbstverständlich mit materieller Hilfe der deutschen Sozialdemokratie. Das Blättchen erschien damals einmal in der Woche. Vorbedingungen für ein öfteres Erscheinen bestanden nicht, weil es wenig oder fast gar keine organisierte polnische Arbeiter in Deutschland gab. 1901 kam die Partei zu der Ueberzeugung, daß das Blatt nicht weiter subventioniert werden dürfe, aber die polnischen Genossen sagten sich, daß man es nicht fallen lassen kann, sie verwandelten das wöchentlich erscheinende Blatt in ein zweimal wöchentlich erscheinendes und verlegten die Redaktion nach Oberschlesien, wo die Masse der polnischen Arbeiter ansässig ist. Fast kein deutsches Parteiblatt in einem so kleinen Umfange hat soviel Opfer an Gut und Blut gekostet wie die „Gazeta Robotnicza". Sie werden deshalb begreifen, daß die polnischen Genossen nicht ohne weiteres auf das Blatt verzichten können. 1906 beschloß die Gesamtpartei, das Blatt weiter auszubauen, und seitdem erscheint es dreimal wöchentlich in vergrößertem Umfange. Es hat sich, wenn auch langsam, entwickelt. (Ebert: 100 Abonnenten habt Ihr mehr!) Ich will die Zahl nicht nennen, ich habe Ursache, darüber nicht zu sprechen. (Ebert: Dann werden wir sie nennen!) Ich kann beweisen, daß das Blatt sich bis 1909 gut entwickelt hat, und daß erst 1909, als Verhältnisse eintraten, die die Partei schädigten, ein Rückgang erfolgte. Im letzten Jahr hat der Parteivorstand verlangt, daß das Blatt in ein Wochenblatt verwandelt wird, da er die bisherigen Zuschüsse nicht weitergeben könne. Wir können diesen Beschluß wohl bedauern, wir glauben aber nicht, daß wir den Parteivorstand beeinflussen können, ihn zu ändern. Meiner Meinung nach können die deutschen Genossen nicht damit einverstanden sein, daß eine jahrzehntelange Arbeit vernichtet wird . . . Die preußische Regierung raubt uns jetzt überall die Möglichkeit, die polnischen Arbeiter für die Partei zu gewinnen. Der Kreis Zabrze zum Beispiel ist jetzt als deutscher Kreis erklärt worden, wir können dort keine polnischen Versamlungen mehr abhalten. Wie sollen wir da an die Arbeiter herankommen? Auf diese Weise überlassen wir sie schließlich den Nationalpolen und nehmen uns jede Möglichkeit, auf die Massen einzuwirken. Aber auch die Gewerkschaften haben ein Interesse an dem Ausbau des polnischen Blattes. Die nationalpolnische Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich von Jahr zu Jahr so, daß die Gewerkschaften allen Grund haben, sich damit näher zu befassen. (Sehr richtig!) Selbst in ausschließlich deutschen Städten wie Stuttgart, Leipzig, Bremen, Hamburg entstehen Tag für Tag neue Zahlstellen der polnischen Berufsvereine. . . ." (S. 246 f.)

Büchner-Berlin unterstützt den Antrag (S. 253 f.). Im Schlußwort führte Ebert aus:

„. . . Nach den Ausführungen von Biniszkiewicz muß ich leider auch hier einige tatsächliche Angaben machen: Seit dem 1. Januar 1907 bis zum Ende dieses Geschäftsjahres 1912 hat die „Gazeta Robotnicza" ganze 300 Abonnenten gewonnen. Und in dieser Zeit hat die deutsche Partei für dieses Organ eine Subvention von über 80 000 M. gezahlt. (Hört! hört!) Danach steht wohl fest, daß alles versucht worden ist, um das Blatt lebensfähig zu machen. Wenn aber trotzdem kein Fortschritt zu verzeichnen ist, so ist der Beweis geliefert, daß eine Entwickelungsmöglichkeit nicht gegeben ist und weitere Opfer zwecklos sind. Darum haben wir die Umwandlung in ein Wochenblatt empfohlen. Wenn man daraus irgendwelche Schlüsse über unsere Haltung zur P.P.S. ziehen will, so ist das falsch. Nicht politische Erwägungen, sondern lediglich die Tatsache, daß trotz reichlicher Subventionen bisher keine Fortschritte zu erzielen waren, gab uns die Veranlassung, wieder zu dem früheren Zustand zurückzukehren. . . ." (S. 285.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Das Jenaer Protokoll **1913** gibt die Mitgliederzahl mit 2163 an (S. 13) und berichtet, daß die „Gazeta Robotnicza" eingegangen ist (S. 28).

Folgende Anträge lagen vor:

39. Beuthen O.-S., Posen: „**Der Parteitag wolle beschließen: Der vom** Parteitag in Mannheim (1906) gutgeheißene Einigungsvertrag mit der P.P.S. wird aufgehoben. Sonderorganisationen innerhalb der Partei sind unzulässig. In sogenannten gemischtsprachigen Gegenden ist die Agitation nach dem Sprachbedürfnis einzurichten und diesem möglichst Rechnung zu tragen."

97. Parteivorstand (Resolution betr. die P.P.S.): „Der Parteitag verurteilt auf das schärfste die hakatistische Politik der preußischen Regierung und der bürgerlichen Parteien. Unsere Genossen in den parlamentarischen Körperschaften werden diese Politik wie bisher mit aller Kraft bekämpfen.

Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann diese Unterdrückungspolitik, wie überhaupt der Kampf zur Befreiung des polnischen Volkes von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung, nur wirksam geführt werden, wenn das polnische Proletariat sich ebenso wie in den Gewerkschaften auch in der sozialdemokratischen Partei einheitlich organisiert und mit dem unter gleichem Joch seufzenden deutschen Proletariat gemeinsam den Befreiungskampf führt.

Der Parteitag hebt daher die Einigungsbedingungen von 1906 auf und spricht die Erwartung aus, daß alle polnischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. In Landesteilen mit polnisch sprechender Bevölkerung haben die örtlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schriftliche und mündliche Agitation auch in polnischer Sprache betrieben wird."

Braun begründet die Resolution:

„Trotz reichlicher Unterstützung durch die Gesamtpartei machte die P. P. S. keine Fortschritte. Sie erschöpfte sich gewissermaßen in inneren Zwistigkeiten. Auch machten sich innerhalb der P. P. S. nationalistische Tendenzen bemerkbar, die zu Konflikten mit den einzelnen Parteigenossen und Ortsgruppen führten. Soll doch in der letzten Zeit noch ein führender Genosse der P. P. S. erklärt haben: Polen und mein Volk ist mir das Hemd, die Partei ist mir der Rock; und das Hemd liegt mir näher als der Rock. (Hört! hört!) Diese Auffassung hat dort immer bestanden. Alle Versuche zur Einigung, die in den ganzen Jahrzehnten gemacht wurden, schlugen immer wieder fehl, bis es 1906 gelang, eine Grundlage zur Einigung zu finden, von der man erwartete, daß sie längere Zeit vorhalten würde. . . Die inneren Zwistigkeiten in der P. P. S. rissen auch nach 1906 nicht ab. Gegen die in der Gesamtpartei tätigen Genossen ist man allerdings in den ersten Jahren nach der Einigung etwas weniger aggressiv vorgegangen. Ich führe das darauf zurück, daß man die hohen Zuschüsse von der Gesamtpartei erhielt. Daß diese Vermutung nicht ganz unberechtigt ist, erhellt daraus, daß mit dem Augenblick, wo der Parteivorstand erklärte, er könne nicht mehr in so hohem Maße Zuschüsse gewähren, in der Presse wie in Verhandlungen der P. P. S. ein ganz anderer Ton der Gesamtpartei gegenüber angeschlagen wurde. . . Als dann zur Gründung des Tageblattes, d. h. eines Unternehmens, das von vornherein zum Untergang verurteilt war, übergegangen wurde, haben wir die Zuschüsse eingestellt und sind aus dem Geschäft herausgetreten. Den Redaktionszuschuß haben wir weiter gewährt, unter der Bedingung, daß er nicht für das neue Blatt Verwendung findet. Schon im Dezember, nachdem wir die letzte Monatsrate für die „Gazeta Robotnicza" mit 1100 M. abgesandt hatten, zeigte sich ein ganz anderer Ton in diesem Organ gegen die Gesamtpartei, ein Ton, der erst in dem neuen Blatt, das am 1. Januar erschien, zu seiner höchsten **Entfaltung kam** . . . (S. 546 f.)

Haßenstein-Stralsund:

„. . . Es heißt in der Resolution des Parteivorstandes, daß die polnischen und die deutschen Arbeiter unter dem gleichen Joch seufzen. Das ist nicht richtig. Die Polen seufzen unter einem doppelt und dreifach so schlimmen Joch. Erstens sind sie national unterdrückt, und zweitens haben sie es speziell mit der preußischen Verwaltung und Polizei in ihrer schlesisch ostelbischen Reinkultur zu tun. Daraus ergibt sich manches

was im Zusammenhang mit den allgemeinen Eigenschaften des polnischen Volkscharakters zu Tendenzen führt, die wir verwerfen müssen, aber es sind auch unsererseits Fehler gemacht worden. Eine nationale Minderheit, noch dazu eine Minderheit von Unterdrückten, muß die Möglichkeit haben, nicht nur ihre Klasseninteressen, sondern auch ihre sprachlichen Interessen zu wahren. Ich habe bereits auf dem preußischen Parteitag erklärt, daß ich es für einen Fehler halte, daß man keinem Polen ein sicheres Reichstags- und ein Landtagsmandat angeboten hat, damit wir um so wirksamer den Kampf gegen die nationalpolnische Partei führen können. Denn wir dürfen uns nicht verhehlen, daß auch die Genossen von der polnischen Partei in schärfstem Kampf mit der polnischen Nationalpartei liegen und daß gerade der letzte Beschluß des Parteivorstandes von polnischnationalistischer Seite begrüßt wird. . . . Die P. P. S. hat ihre Wurzeln nicht in Schlesien, sondern in Polen und Galizien, wo wir 6 Vertreter im Parlament zählen, darunter so glänzende wie Daszynski und Diamant. (Sehr gut!) Nicht nur die Polen, sondern auch wir haben Fehler gemacht . . . deshalb bitte ich Sie, den Vorstandsantrag abzulehnen." (S. 550 f.)

Hörsing-Breslau:

„. . . Die Tatsache, daß mehr als 50 Prozent der Mitglieder in den sogenannten „deutschen Organisationen", wie die Führer der P. P. S. sie nennen, Polen sind, beweist zur Genüge, daß die polnischen Arbeiter diese Sonderorganisation ablehnen. . . . Wir ziehen den Antrag 39 zugunsten der Resolution 97 des Parteivorstandes zurück. . . ." (S. 551.)

Ledebour:

„. . . Die Polen kann man nicht den Dänen, den französisch sprechenden Elsaß-Lothringern und den Litauern vergleichen, das sind bei uns nur kleine Volkssprungstücke, insgesamt ½ Million Menschen, während wir 4½ Millionen Polen haben. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir den Antrag annehmen würden. Die Folge wäre nicht der Eintritt der Polen in die deutsche Sozialdemokratie, sondern ein erbitterter Kampf der polnischen Sozialisten gegen unsere Organisation. Es muß versucht werden, die Leute auszusöhnen, und nicht, sie in die Wüste zu stoßen. (Beifall.)" (S. 552.)

Antrag 97 wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Pressebureau.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** wird berichtet:

„. . . Mit dem Sozialdemokratischen Pressebureau beschäftigte sich eine Redakteurkonferenz, die am 20. April dieses Jahres stattfand und für die Arbeiten des Pressebureaus beherzigenswerte Winke gab. Bis zum Vorjahre wurden die Kosten des Bureaus auf die Parteipresse umgelegt, die hiezu nach ihrer Leistungsfähigkeit in sechs Klassen eingeteilt worden war, wobei die Parteikasse für die kleinen Blätter aufzukommen hatte. Das Steigen der Ausgaben veranlaßte Wünsche wegen einer anderweitigen Regelung der Kostendeckung. Der Parteivorstand und der Beirat des Pressebureaus entwarfen einen neuen Finanzplan, nach welchem die Parteiblätter sich zu festen Beiträgen verpflichteten, die in Vierteljahresraten gezahlt werden. Der Jahresetat wurde auf 46 000 M. festgesetzt, wovon die Parteipresse 32 000 M. an Beiträgen aufbringt. 4000 M. geben für Vermittelung der Nachrichten an die Gewerkschaftspresse ein. Die Parteikasse hat nach dem Voranschlag 10 000 M. Jahreszuschuß zu zahlen. Diese neue finanzielle Regelung hat sich bewährt. Die Auslagen für Telephongespräche sind nach dem in Essen angenommenen Statut extra zu bezahlen. Es erhalten 21 Parteiblätter ständig telephonische Nachrichten. . . ." (S. 41.)

Im Bericht an den Jenaer Parteitag **1911** heißt es:

„. . . Sowohl von Parteiblättern als auch von Gewerkschaften wurde mehrfach gewünscht, daß das Pressebureau Berichte über die Generalversammlungen der Gewerkschaften bringen möchte. Das war nach den bei Gründung des Bureaus festgelegten Grundsätzen ursprünglich nicht Aufgabe des Pressebureaus. Versuchsweise wurden während der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes der Metallarbeiter durch den Gewerkschaftsredakteur des Pessebureaus ein

größerer und ein kleinerer Bericht für die Parteipresse aufgenommen. Ueber das Ergebnis dieses Versuches soll auf einer im September stattfindenden Redakteurkonferenz diskutiert werden, bevor in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternommen werden." (S. 41 f.)

Den Antrag 16 siehe bei dem Artikel „*Agitation*".

Im *Chemnitzer* Protokoll **1912** wird gesagt:

„... Das Sozialdemokratische Pressebureau hat im Berichtsjahre wesentlich *höhere Ansprüche an die Hauptkasse gestellt als jemals zuvor*. Der Zuschuß aus der Parteikasse belief sich auf 30 100 M. gegenüber nur 8400 M. im Vorjahre. Freilich war das Bureau im *Wahljahre* 1912 auch vor große Aufgaben gestellt worden. Wenngleich manche Klagen nicht verstummen wollen, so darf doch konstatiert werden, daß das Pressebureau bei den Wahlen der Parteipresse *gute Dienste geleistet* hat. ...

Während des *Bergarbeiterstreiks* im Ruhrgebiet wurde ein Spezialdienst eingerichtet. Ein regelmäßiger Auslandsdienst für die politische Berichterstattung hat noch nicht eingeführt werden können. Frühere Anregungen, dem Pressebureau auch die Berichterstattung über gewerkschaftliche Generalversammlungen zu übertragen, sind noch nicht über das Stadium der Erhebungen hinausgekommen. Der Beirat des Pressebureaus war der Meinung, daß man an eine so bedeutsame Erweiterung der Aufgaben nicht herantreten dürfe, bevor vollkommene Klarheit über die in Betracht kommenden Fragen geschaffen ist." (S. 40 f.)

In *Jena* **1913** führte bei der Debatte über den Vorstandsbericht *Braun*-Nürnberg aus:

„... Der *Nachrichtendienst* des Pressebureaus ist *vollkommen unzulänglich*. (Sehr richtig!) Die Möglichkeit, auf telephonischem Wege Auskunft zu bekommen, schafft nur dem Reiche Geld in Form von Telephongebühren, aber den Redaktionen keine Nachrichten. Das Material selbst der Berliner Zeitungen wird von dem Pressebureau leider fast gar nicht richtig ausgenutzt. Es sind das sehr bedauerliche Verhältnisse, und ich glaube, daß das Geld, das das Pressebureau kostet, in ganz anderer Weise nutzbringend verwendet werden könnte. (Sehr gut!) Das Pressebureau leidet an Haupt und Gliedern, an Inhalt wie an Form. ...

Wir Redakteure sind vollständig machtlos dem Pressebureau gegenüber, die Kosten des Bureaus werden einfach auf unsere Verlage umgelegt. Wenn uns eine andere Korrespondenz nicht paßt, kündigen wir sie, dem Pressebureau können wir nicht kündigen, da ist uns eine Kopfsteuer aufgelegt (Heiterkeit), da müssen wir bezahlen, gleichviel, ob wir die Mitteilungen des Bureaus benutzen oder nicht. Würde der Parteitag beschließen, daß wir kündigen dürfen, dann könnten wir sofort Besserung schaffen, dann würden wir sofort einen Gebärstreik machen, der sehr gut wirken wird. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Wir können das Bureau nicht boykottieren. Ich betone übrigens ausdrücklich, daß ich das, was ich hier gesagt habe, auch den Kollegen vom Pressebureau telephonisch und mündlich, telephonisch sogar in der gründlichsten Weise gesagt habe. (Heiterkeit. Ich bin sehr gern bereit, dem Parteivorstand Einzelheiten mitzuteilen, aus denen er ersieht, wie das Pressebureau arbeitet. ..." (S. 257.)

Nachdem auch *Davidsohn* (S. 260) das Pressebureau bemängelt, erwidert *Stücklen* u. a.:

„... Daß das Pressebureau mangelhaft ist, das wissen wir vielleicht am allerbesten, und wenn uns ein gangbarer Weg gezeigt würde, würden wir keinen Augenblick zögern, ihn zu beschreiten. Auch *Braun* hat nicht gesagt, wie man es anders machen soll, und ich hoffe, daß er dem Parteivorstand vielleicht demnächst einmal einen Vorschlag unterbreitet, der eine Besserung herbeiführen soll. Bei der Gründung entstand der Gedanke, das Pressebureau solle „*politisch geschlechtslos*" sein (Heiterkeit), es solle eine eigene Meinung überhaupt nicht haben. Nun ist das an sich sehr schwer. Wir haben radikale und nichtradikale Blätter, und so zu schreiben, daß es allen paßt, ist doch auch eine Leistung, die man nicht allzu gering anschlagen sollte. (Heiterkeit.) Kurz, ich konstatiere, daß radikale und nichtradikale Blätter gemeinsam sündigen. Ich habe schon, als das Pressebureau geschaffen wurde, in das ich gegen meinen Willen

hineinkam — ich wurde dazu gedrängt und werde mit Vergnügen wieder herausgehen —, darauf hingewiesen: Wo sollen wir denn die Nachrichten hernehmen? Wir können doch nicht in den einzelnen Ministerien und Reichsämtern vorsprechen. Vielleicht würden wir dort Nachrichten bekommen, aber jedenfalls doch nur solche, an deren Verbreitung die Regierung ein großes Interesse hat, und sobald wir eine ablehnende Kritik daran knüpften, würde man uns die Tür von draußen zumachen. Also wir können unmöglich in der Weise uns Nachrichten besorgen wie die bürgerlichen Blätter. Nun sind wir auf die bürgerliche Presse angewiesen, und wir müssen das, was sie bringt, mit entsprechenden Bemerkungen begleiten. . . . Wenn das Bureau nicht so funktioniert, wie es sein sollte, dann tragen die Genossen an der Parteipresse schuld daran; entweder sie geben uns überhaupt keine Nachrichten oder Nachrichten, die bereits in ihrem Blatte erschienen sind. Wenn wir etwas, was am Dienstag im „Hamburger Echo“ stand, am Mittwoch bekommen und hinausgeben und die Parteipresse bekommt es am Donnerstag von uns, dann schreibt man uns: Was fällt Euch denn ein, das stand ja schon vorgestern im „Echo“. Es war vorgesehen, daß die politischen Redakteure der Parteipresse das Pressebureau bedienen sollen, aber statt dessen haben die Redaktionen der Parteipresse die Mitarbeiter vielfach ausgewählt nach dem Gesichtspunkt: Wer kann am notwendigsten das Honorar gebrauchen! (Zuruf: Das können alle gebrauchen! Heiterkeit.) So kommt es, daß wir Mitarbeiter haben, die uns erst ein bis zwei Stunden, nachdem das Blatt erschienen ist, bedienen. . . . Soll das Pressebureau besser funktionieren, dann müssen in allen politischen Zentren im Inland und Ausland **festbesoldete Berichterstatter** angestellt werden. Aber das würde mit enormen Kosten verknüpft sein, und vor allem wird ja immer verlangt, daß es möglichst wenig kosten soll. . . . Wenn man aber meint, daß das Pressebureau in keiner Weise seine Aufgaben erfüllt, dann wäre die einfachste Lösung die, daß man eine solche Institution, wenn sie sich als vollkommen verfehlt erwiesen hat, beseitigt. Ich weise die Vorwürfe gegen das Pressebureau zurück, wenn nicht nachgewiesen wird, daß die Redakteure nicht ihre Pflicht erfüllt haben, und solange nicht ein anderer Weg gezeigt wird, auf dem eine Behebung der Uebelstände zu erreichen ist.“ (S. 273 f.)

Scheidemann bemerkte im Schlußwort:

„. . . Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich ausdrücklich feststelle, daß der Parteivorstand mit den Leistungen des Pressebureaus auch nicht ganz einverstanden ist, und daß auch er wünscht, daß die Leistungen besser wären. Ich will nicht näher auf die Debatte eingehen, ich weise nur hin auf Ausführungen Stücklens von gestern und gebe Ihnen von neuem die Versicherung, daß wir alles versuchen werden, um auch das Pressebureau etwas leistungsfähiger zu gestalten. Ob es gelingen wird, ist eine andere Frage . . .“ (S. 276.)

Siehe auch die Artikel „Agitation“, „Illustrationen“, „Parteipresse“.

Privatangestellte.

Im Bericht an den Jenaer Parteitag **1911** sagte Müller:

„. . . Wir werden ferner die besonders günstige Gelegenheit benutzen, in den Reihen der technischen Angestellten für die Sozialdemokratie zu werben. Die technischen Angestellten sind besonders enttäuscht über die Art, in der ihre Interessen bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung von den bürgerlichen Parteien verraten wurden, und bei der Beratung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes wird es wahrscheinlich nicht anders gehen. Wir haben Vorsorge getroffen, daß eine **Broschüre** für die Handlungsgehilfen und technischen Angestellten vor den Wahlen rechtzeitig erscheinen wird. . . .“ (S. 189.)

Den Antrag **58** (Köln-Stadt und -Land): „Auf die Tagesordnung des Parteitages 1912 zu setzen: Die Privatbeamten und die Sozialdemokratie“, begründet Runge-Köln:

„. . . Wir meinen nicht, daß die Sozialdemokratie für diese Schichten der Proletarier bisher nichts getan hat, aber wir haben uns gesagt, daß die Verhältnisse, unter

denen diese Kategorie zu arbeiten hat, grundverschieden sind von denen der Handarbeiter, und daß daher auch die Art der Agitation eine andere sein muß. Weiter haben wir gesehen, daß bei der Beratung der Versicherungsgesetzgebung diesen Proletariern nicht gegeben ist, was ihnen gebührt, obwohl die bürgerlichen Parteien einen Wettlauf arrangiert haben, um sie einzufangen. Es kommt hier über die Million geistiger Arbeiter, wie ich sie nennen will, in Frage, und die Sozialdemokratie muß versuchen, ihnen klar zu machen, daß sie Proletarier sind, Ausgebeutete. Ich bitte Sie, unseren Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen." (S. 411.)

Dem wird zugestimmt.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

3. Genosse Giebel-Berlin, Sozialdem. Verein Essen, Königsberg i. Pr., Duisburg, drei Genossen in Arnstadt, Breslau, Köln: „Der Parteivorstand wird ersucht, in erhöhtem Maße Material für die Agitation unter den Privatangestellten (Handlungsgehilfen, Technikern, Bureauangestellten) den Parteifunktionären zur Verfügung zu stellen."

4. Berlin I, Frankfurt a. M.: „Der Parteivorstand wird beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter den Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der der Arbeiterbewegung bilden sollen; die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein."

5. Hamburg III, Distrikt Hamm: „In Anbetracht dessen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Privatangestellten immer mehr ihre Klassenlage erkennen läßt, ferner daß die verschiedenen politischen Parteien sich bemühen, diese Kategorie von Angestellten für ihre Bestrebungen einzufangen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, die Agitation unter den Privatangestellten mit besonderer Energie zu fördern. Insbesondere sind auch alle diejenigen Bestrebungen zu bekämpfen, die unter dem Deckmantel der „Demokratie" und „Fortschrittlichen Gesinnung" die Privatangestellten von der allgemeinen Arbeiterbewegung fernhalten wollen."

6. Hamburg III, Distrikt Barmbek: „Mit Rücksicht darauf, daß die politischen Parteien immer mehr Einfluß auf die Angestelltenkreise gewinnen, macht sich eine umfangreiche sozialdemokratische Agitation innerhalb dieser Kreise notwendig, um so mehr eine sozial-fortschrittliche Bewegung versucht, diese Kreise zu organisieren. Dem Parteivorstand wird anheimgegeben, eine rege Agitation zu entfalten."

7. Solingen, Kiel, Breslau und acht Genossen in Düsseldorf: „Mit Rücksicht darauf, daß die Demokratische Vereinigung bestrebt ist, auf die technischen Angestellten immer mehr Einfluß zu gewinnen, wird der Parteivorstand beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter diesen Kreisen der Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der Arbeiterbewegung bilden sollen. Die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein."

143. Duisburg, Genosse Giebel-Berlin, sechs Genossen in Breslau, drei Genossen in Arnstadt, Essen, Köln: „Die Privatangestelltenfrage auf die Tagesordnung zu setzen."

157. Berlin III: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, den Parteifunktionären mehr Material zur Agitation unter den Privatangestellten zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ist auf dem nächstjährigen Parteitage (1913) die Privatangestelltenfrage durch ein besonderes Referat zu behandeln."

Giebel-Berlin empfiehlt bei der Debatte über den Vorstandsbericht besonders die Anträge 3 bis 7:

„... Die Privatangestellten, die früher die Hoffnung hegen durften, später einmal wirtschaftlich selbständig zu werden, haben diese Hoffnung aufgeben müssen. Der Privatangestellte ist heute zeitlebens gezwungen, in einem abhängigen Arbeitsverhältnis seine Existenzmittel zu erwerben. Diese ökonomische Entwickelung hat die Kopfarbeiter in gleicher Weise in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt, wie die gesamte Arbeiterschaft. Das Arbeitseinkommen ist immer unsicherer geworden; auch der Angestellte muß mit erheblicher Stellenlosigkeit rechnen. Obendrein sind die Gehaltsverhältnisse außerordentlich niedrig. ... Für den Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Angestellten sind die häufig genug besprochenen Eheverbote, sowie die Bestrebungen, ältere Angestellte auszuscheiden und nicht zu engagieren, durchaus charakteristisch. So finden wir denn durchaus günstige Voraussetzungen für den Erfolg unserer Agitation. Allmählich fangen auch die Privatangestellten an, sich zu orientieren unter den politischen Parteien; sie suchen nach einer politischen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Sie begreifen genau so wie die Industriearbeiter instinktiv, aber nur langsam die Tatsache, daß natürlich Parteien, die kapitalistische Interessen vertreten, nicht imstande sind, die Interessen der Arbeiter und der Gehaltsempfänger ernsthaft zu vertreten. Die Mehrheit allerdings irrt noch herum. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß noch weite Schichten der Angestellten konservativen Parteien angehören, sei es auch in der Gestalt antisemitischer Flügel. Das ist zu erklären daraus, daß für eine sozialpolitische Berücksichtigung der Privatangestellten gerade die konservativen Parteien verhältnismäßig sich frei bewegen können, denn die Konservativen beschäftigen wenig oder keine Privatangestellten, sie können sich aus diesem Grunde natürlich den Luxus gestatten, für sozialpolitische Forderungen der Angestellten hin und wieder einzutreten. Das hat manche Angestellten verwirrt. ... Man wird einwenden können, daß wir unsere Agitation nicht so spezialisieren könnten Wenn aber die Dinge so liegen, daß aus andersgearteten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen manche andere Situation als für die übrigen Arbeiter sich für die Angestellten ergibt, so ist es im Interesse erfolgreicher Agitationsarbeit notwendig, diese besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen und an diese Verhältnisse anzuknüpfen ... ich möchte namentlich unsere Parteipresse bitten, die Privatangestelltenfragen in möglichst weitgehendem Maße zu berücksichtigen, nicht nur, daß Nachrichten und Vorgänge aus der Angestelltenbewegung gebracht werden, auch eine kritische Stellungnahme ist notwendig. Es ist weiter notwendig, daß der Parteivorstand Informationsmaterial an die Funktionäre gelangen läßt, um sie mit den Besonderheiten und sozialpolitischen Bestrebungen der Angestellten möglichst genau bekannt zu machen. Wichtig ist auch, daß unter den Angestellten besondere Flugschriften verbreitet werden. Wir haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten, mit dieser Agitation bei aktuellen Fragen einzusetzen. Ich erinnere daran, daß unsere Fraktionen im Reichstag und in den Landtagen in sehr fleißiger Arbeit für die Angestellten tätig gewesen sind. (Bravo!) ... Weiter müssen wir, genau so wie das heute schon die bürgerlichen Parteien tun, besondere Angestelltenversammlungen abhalten. ... erleichtert wird die Gewinnung dadurch, daß wir bei den Schmerzen anknüpfen, die sie ganz besonders empfinden, bei ihrer Abhängigkeit und ihren Arbeitsverhältnissen. Von einer Ueberlastung unseres Organisationsapparates durch eine derartige Tätigkeit wird man aus dem Grunde nicht reden können, weil eine solche spezialisierte Werbearbeit zahlreiche Mitarbeiter aus den Kreisen der Privatangestellten zuführen würde. ..." (S. 243 f.)

Dr. Laufenberg-Hamburg (S. 245) erklärt sich mit Giebels Ausführungen einverstanden. Im Schlußwort sagt Ebert:

„... Wir haben uns bereits bemüht, nach der Richtung das möglichste zu tun. Das Handbuch zur Reichstagswahl bietet reichliches Material zur Agitation unter den Angestellten. Ebenso die Broschüre, die zur Reichstagswahl herausgegeben wurde. Auch ein Flugblatt ist zur Agitation unter den Angestellten herausgegeben worden. Wir sind auch künftig bereit, alles zu tun, was geeignet ist, nach der Richtung unsere Parteibestrebungen zu fördern. Deshalb bitte ich, diese Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen zu wollen. ..." (S. 285.)

Die Anträge 3 bis 7 werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen. Ebenso später Antrag 143 zur Prüfung. 157 war nicht genügend unterstützt.

Dem Jenaer Parteitag **1913** berichtet der Vorstand:

„... Nach Aussprache mit dem Parteiausschuß und führenden Genossen aus den erwähnten Kreisen (der Privatangestellten) glaubte der Parteivorstand den in den Anträgen ausgesprochenen Wünschen am besten zu genügen, wenn er die Parteipresse ersuchte, den Verhältnissen der Privatbeamten noch mehr Beachtung zu schenken als seither. Die in Betracht kommenden Organisationen sind gebeten worden, die Parteipresse durch geeignetes Material zu unterstützen. — Der Antrag 143, der die „Privatangestellten-Frage" als besonderen Punkt der Tagesordnung auf einem Parteitag behandelt wissen will, kann nach dem vorher Gesagten wohl als **erledigt angesehen** werden ..." (S. 8 f.)

Siehe auch den Artikel „Arbeitslosenfrage" (Giebel, S. 39 f.)

Radek.

Bei der Besprechung der Göppinger Angelegenheit in Chemnitz **1912** sagte Ebert über Radek u. a.:

„... Ja, dieser Mann geht in so unverantwortlicher Weise zu Werke, obgleich er selbst nicht die Verpflichtung in sich fühlt, der Partei als Mitglied anzugehören. (Lebhafte Bewegung und Hört! hört!) Alle gegenteiligen Behauptungen Radeks über seine Mitgliedschaft sind unwahr. Er ist erst auf dem Hohenstaufen daran erinnert worden, daß man, wenn man in der Partei mitreden will, auch Mitglied der Partei sein muß. (Lebhaftes Hört! hört!) Er hat behauptet, er sei seit 1908 Mitglied der deutschen Partei, und zwar in Leipzig und im 6. Berliner Wahlkreise. Nach den Mitteilungen der Organisation sind diese Behauptungen unwahr. (Hört! hört!) Radek war in Leipzig überhaupt nicht Mitglied (Hört! hört!) und in Berlin VI war er es nur dem Namen nach. Er ist dort am 5. Oktober 1908 Mitglied geworden, aber Beiträge hat er nicht bezahlt. (Stürmische, minutenlange Heiterkeit.) ..." (S. 214.)

Schepperle-Göppingen:

„... Der jetzige Fall Radek hat natürlich mit der Göppinger Sanierungsangelegenheit nichts zu tun. Radek trat als Parteigenosse in die Redaktion ein. (Unruhe.) Wir nahmen es als selbstverständlich an, daß er Parteigenosse war. (Erneute Unruhe und Lachen.) Thalheimer hat ihn uns empfohlen. Uns war bekannt, daß Radek Mitarbeiter mehrerer Parteizeitungen, auch der „Neuen Zeit" war, und wir hatten keine Ursache, uns gegen seinen Eintritt zu wenden. Radek hat auch offiziell an Sitzungen als Redakteur der „Freien Volkszeitung" teilgenommen. Er wurde als solcher anerkannt und es wurde mit ihm verhandelt ..." (S. 226.)

Henke-Bremen:

„... Ebert hat seine Rede dadurch wirksamer gestaltet, daß er mancherlei persönliche Momente hineingebracht hat, die eigentlich nicht hineingehören, und die von Mitgliedern des Parteivorstandes bis jetzt in solche Streitigkeiten nicht hineingebracht wurden. Er hat vor allem auch die Nichtorganisation des Genossen Radek heute morgen zugunsten des Parteivorstandes ins Feld geführt. Er hat gesagt, Radek sei 1908 zwar in Berlin VI in der Organisation angemeldet gewesen, aber er habe keine Beiträge bezahlt. Ich bin mit Ebert der Meinung, dann war er auch nicht organisiert und kein deutsches Parteimitglied. Jetzt richte ich aber an den Parteivorstand die Frage, hat der Parteivorstand davon Kenntnis, daß in der deutschen Parteipresse hervorragende ausländische Genossen Redakteurstellen bekleidet haben und heute noch Mitarbeiter der wichtigsten Parteiorgane sind, ohne Mitglieder der deutschen Partei zu sein. (Ebert: nein!) Es handelt sich doch darum, ob Radek aus Bummligkeit, aus Mißachtung der Organisation oder weil er nicht die finanziellen Opfer bringen wollte, sich nicht organisiert hat (Große Unruhe) oder ob er sich deshalb nicht organisiert hat, weil er befürchtete oder befürchten mußte, daß Spitzelgefahr bestände, und daß er deshalb vielleicht, um einer Ausweisung

zu entgehen, nicht formell der deutschen Parteiorganisation beitrat. (Lachen und große Unruhe.) Wenn der Mann diesen Vorgang vorbringt, so ist das ein Moment, über das sich reden läßt. (Widerspruch.) Ob ich das anerkenne oder nicht, ist eine andere Frage. Ich will, um Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich erklären, daß ich einen solchen Vorwand nicht anerkennen könnte, denn ich bin der Meinung, daß heute auch ausländische Genossen bei uns Mitglied werden können. Die Spitzelgefahr läßt sich umgehen. Im übrigen aber meine ich, daß man die Nichtorganisation des Genossen Radek hier nicht so verwenden durfte, wie es geschehen ist, weil er ja als polnisches Parteimitglied organisiert war. (Zurufe: Wo denn?) Ist er denn auch da nicht organisiert gewesen? (Unruhe und Widerspruch.) Ich will Ihnen mal was sagen, Genossen. Der Radek mag ein Lump sein, aber Sie müssen es ihm beweisen. (Heiterkeit.) Wenn der Mann das ist, was viele von ihm halten, dann muß ihm das zunächst im Rahmen unserer Partei nachgewiesen werden. Er war jahrelang Mitarbeiter der bedeutsamsten deutschen Parteiblätter und der „Neuen Zeit". Wenn dem Parteivorstand bekannt war, daß er nicht organisiert war und somit angeblich nicht die Berechtigung zur Mitarbeit hatte, so mußte er früher einschreiten. Das hat er nicht getan und damit erwiesen, daß man diesen Einwand nicht vorbringen kann . . ." (S. 238 f.)

Ebert (im Schlußwort):

„. . . Am meisten hat mich in der Rede Henkes überrascht, daß er bedauert, daß ich die Frage der Mitgliedschaft Radeks hier erörtert habe, und daß er uns weiter zum Vorwurf gemacht hat, daß wir die Parteipresse darüber nicht schon früher informiert hätten. Ich habe bei meinen ersten Ausführungen streng vermieden, auch nur eine Anspielung zu machen auf die schwebende andere Affäre Radek. Ich will auch jetzt auf sie in keiner Weise eingehen. Aber ich muß doch eins sagen: Am 9. September erschien in der „Bremer Bürgerzeitung" zur Affäre Radek ein Artikel, der in der Entstellung dieser Affäre alles mögliche leistet. In diesem Artikel war auch in bezug auf die Mitgliedschaft Radeks die alte falsche Behauptung aufgestellt, er sei seit 1908 Mitglied der deutschen Partei*). Als wir das lasen und dabei wußten, daß am 12. September die bremische Parteigenossenschaft sich in einer Versammlung mit der Affäre Radek beschäftigen werde, hielten wir es für notwendig, ohne in die Sache einzugreifen, doch wenigstens die Frage der Mitgliedschaft Radeks richtigzustellen, damit die Parteigenossen Bremens wenigstens in dieser Hinsicht richtig informiert werden. Am 10. September schrieben wir einen Brief an die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung". Genosse Henke, bist Du denn so wenig unterrichtet über die Vorgänge in Deiner eigenen Redaktion, daß Du davon nichts weißt? (Heiterkeit.) In diesem Brief haben wir über die Mitgliedschaft Radeks Aufschluß gegeben und von der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung" eine Richtigstellung verlangt. (Zuruf vom Parteivorstand: Erwartet!) Gut, wir haben das erwartet, das ist aber leider nicht erfolgt. (Hört! hört!) Und deshalb waren wir gezwungen, die Sache hier richtigzustellen. Wir mußten das machen, wenn wir nicht den Weg wählen wollten, den die Genossin Rosa Luxemburg einschlagen mußte, die ebenfalls in der Sache Radek eine Richtigstellung an die „Bremer Bürgerzeitung" schickte, damit aber abgewiesen wurde und sich schließlich in den „Vorwärts" flüchten mußte. Es scheint also in der Tat, daß Henke über die Vorgänge in seiner eigenen Redaktion nicht genügend informiert ist oder daß er dort schließlich gar Radek schalten und walten läßt (Stürmisches Hört! hört!), und das wäre ja noch interessanter, wenn dieser Held, dieser Retter der Meinungsfreiheit dort in der „Bremer Bürgerzeitung" die Richtigstellung der gröblichsten tatsächlichen Unrichtigkeiten verhindert oder vereitelt hätte! (Diesen vom Redner in Erregung gesprochenen Worte folgen anhaltende Rufe der Bewegung.) . . ." (S. 283 f.)

In persönlichen Bemerkungen stellt Henke fest, daß er infolge Abwesenheit von Bremen nicht informiert sei, aber einstweilen Radeks Mitarbeit

*) In einer Fußnote gibt das Protokoll auf den Seiten 282 und 283 die Erklärungen der Organisationen von Teltow-Beeskow und Leipzig wieder, nach denen Radek im 6. Berliner Wahlkreis Mitglied war, aber keine Beiträge gezahlt hat, während er in Leipzig überhaupt nicht Mitglied gewesen sei. Erst nach dem Parteitage sei dem Parteivorstand ein Schreiben der Leipziger Organisation zugegangen des Inhalts, daß Radek Mitglied war und die Beiträge gezahlt hat.

gesperrt habe. Radek behaupte aber nach wie vor, Mitglied zu sein, was Ebert nochmals bestreitet. (S. 287 ff.)

Für die Beschwerdekommission berichtet Limbertz, daß 15 Genossen Protest gegen die Aufnahme Radeks in Bremen erhoben haben. Die Kommission ist der Ansicht, daß Einzelgenossen nach dem Organisationsstatut kein derartiges Beschwerderecht haben. Sie schlägt vor, die Sache dem Parteivorstand zu überweisen, da ohnehin die Frage geprüft werden muß, ob ein von einer ausländischen Organisation ausgeschlossener Genosse ohne weiteres aufgenommen werden kann, ob die Möglichkeit besteht, daß das Ausschlußverfahren selbst nachgeprüft wird, oder ob die Prüfung durch die Internationale erfolgen soll. (S. 515.)

Vorsitzender Haase:

„Im Anschluß daran habe ich folgende Erklärung Radeks zu verlesen, die hier eingegangen ist:

Erklärung.

„Außerstande, auf die gegen mich wegen der Göppinger Affäre erhobenen Angriffe auf dem Parteitag selbst antworten zu können, halte ich es doch für notwendig, nochmals mit aller Bestimmtheit auszusprechen, daß ich in den Jahren 1908—1911 in Berlin und Leipzig der Organisation unter Erfüllung aller Pflichten angehörte. Die entgegengesetzten Behauptungen beruhen auf Irrtum, den vor der Bremer Untersuchungskommission aufzuklären ich Gelegenheit haben werde.

Die vom Genossen Thalheimer und mir angekündigte Broschüre über die Göppinger Angelegenheit erschien — soweit ich dafür in Betracht komme — deshalb nicht, weil ich einmal durch die vom polnischen Parteivorstand gegen mich begonnene Kampagne völlig in Anspruch genommen war, und dann, weil die Praxis der neuen Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" beweist, daß die Göppinger Arbeiter ein im großen ganzen radikales Blatt gesichert bekommen.

Die Broschüre hätte unter solchen Umständen nur noch die Bedeutung einer gewöhnlichen (lies: persönlichen?) Abwehr gehabt, die ich für meinen Teil für unnötig erachtete.

Ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Parteitag zur Kenntnis zu bringen und dem Protokoll einverleiben lassen zu wollen.

Chemnitz, am 20. September 1912. Karl Radek." (S. 515.)

Pannekoek-Bremen:

„Radek ist von der polnischen Partei ausgeschlossen worden. Aber wir kennen alle diese Verhältnisse in der russisch-polnischen Partei, wo die Organisation nur im geheimen wirken kann. Es ist nicht so gut, wie in der deutschen Organisation, wo alles geregelt ist. Es besteht nun die Möglichkeit, daß Radek unrecht geschehen ist. Wir sind also ganz einverstanden, wenn die Sache vom Vorstande untersucht wird."

Als der Redner nun auf den Fall Radek im einzelnen einzugehen versucht, wird er vom Vorsitzenden Noske unter Zustimmung des Parteitags daran gehindert. (S. 515.)

Ebert (vom Parteivorstand):

„Wenn die Beschwerdekommission vorschlägt, die Sache dem Vorstande zu überweisen, dann wollen wir dem nicht widersprechen. Ich muß aber bitten, daß der Vorstand in keiner Weise festgelegt wird; er muß vielmehr völlig freie Hand behalten. (Zustimmung.)

Wegen der Erklärung Radeks über seine Mitgliedschaft beziehe ich mich auf meine Henke gegenüber gemachten Ausführungen." (S. 515.)

Vorsitzender Noske stellt fest, daß der Parteitag eine Radekdebatte nicht wünsche. Darauf wird die Prüfung der Angelegenheit dem Vorstand überwiesen. (S. 515.)

Dem Jenaer Pateitag **1913** wird berichtet:

„Die Angelegenheit des Genossen Radek ist leider noch immer nicht zum Abschluß gebracht worden. Da die Parteiorganisation in Bremen den von einer Bruderpartei Ausgeschlossenen als Mitglied aufgenommen, seine vom Parteivorstand geforderte Streichung abgelehnt hat, so unterbreitet der Parteivorstand dem diesjährigen Parteitag einen entsprechenden Antrag. Auf dem Chemnitzer Parteitag hatte der Berichterstatter der Beschwerdekommission unter Hinweis auf einen Bremer Protest gegen die Aufnahme Radeks in die Parteiorganisation u. a. ausdrücklich betont, daß die Frage geprüft werden müsse, „ob ein von einer ausländischen Organisation ausgeschlossener Genosse ohne weiteres (in eine deutsche Organisation. D. Ber.) aufgenommen werden könne". Der Parteivorstand verneint diese Frage." (S. 9.)

Folgende Anträge lagen vor:

45. Parteivorstand: „Personen, die aus einer dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei aus Gründen, die auch in der deutschen sozialdemokratischen Partei zum Ausschluß führen, ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben."

46. Parteivorstand: „Hat eine der im Ausschlußverfahren nach §§ 26 und 27 des Organisationsstatuts vorgesehenen Instanzen gegen ein Mitglied der Partei auf Ausschluß aus der Partei erkannt, so ruhen die Rechte und Pflichten dieses Mitgliedes bis zur endgültigen Entscheidung."

110. „An Stelle des Antrages 45 empfehlen wir zu beschließen: Der Parteitag ersucht das Internationale sozialistische Bureau, den Fall Radek zu prüfen und zu entscheiden, eventuell ein Schiedsgericht zur Austragung der Differenzen einzusetzen.

Bis zur Entscheidung ruht die deutsche Mitgliedschaft Radeks."

Adolf Hoffmann. Kleinspehn. Max Cohen. Adolf Braun. Otto Antrick. Rosenfeld. P. Hoffmann. Karl Klingler. E. Melle. A. Fahrenwald. E. Gomoll. Wilh. Zabel. Chr. Gudekunst. Ew. Hahn. Dr. Quarck. Peirotes. H. Kräßig. Geyer. Emmel. E. Wißler. Grenz. M. Jungnickel. B. Jungnickel. E. Hein. H. Silberschmidt.

111. Herm. Beims und Genossen (Amendement zum Antrag 45): „Die Worte: „. . . aus Gründen, die auch in der deutschen sozialdemokratischen Partei zum Ausschluß führen," zu streichen und dafür die Worte zu setzen: „wegen ehrloser Handlungen"."

115. Liebknecht und Genossen (Abänderungsantrag 45): „1. Den Antrag 45 dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zur Erwägung und zur eventuellen Herbeiführung einer allgemeinen Regelung der Frage zu überweisen, ob und in welchem Umfange der Ausschluß aus einer dem Internationalen Bureau angeschlossenen Partei bindende Kraft für die übrigen angeschlossenen Parteien besitzt.

2. Für den Fall der Ablehnung des Antrages zu 1: im Antrag 45 hinter „zum Ausschluß führen", einzufügen: „und unter Rechtsgarantien, die den in der deutschen Partei vorhandenen gleichwertig sind"."

116. R. Luxemburg (Amendement zum Antrag 45): „Vorbehalten bleibt dabei die Untersuchung des Falles Radek in seinem vollen Umfange durch dazu berufene deutsche Parteiinstanzen unter Wahrung einer ausreichenden Verteidigungsmöglichkeit für Radek."

In der Debatte über den Vorstandsbericht sagte Heilmann-Chemnitz:

„. . . Dann noch eine kurze Anfrage an den Parteivorstand: Es ist unangenehm aufgefallen, daß in den Anträgen zum Parteitag, die in der Presse veröffentlicht wurden, die Anträge des Parteivorstandes gefehlt haben. Nicht nur die zum Massenstreik, bei denen möglicherweise erst noch Vereinbarungen mit anderen Instanzen abzuwarten waren, sondern auch die zum Fall Radek, die sehr wohl rechtzeitig den Parteigenossen hätten unterbreitet werden können. Welche unangenehmen Aktionen diese späte Veröffentlichung nach sich gezogen hat, ist Ihnen allen bekannt. Gern

ist es jedenfalls von keiner Seite geschehen, daß man in außerorganisatorischer Form vor die Partei getreten ist. Im Hinblick auf den Fall Radek wird man Scheidemann nicht zu warnen brauchen: „Sei nicht allzu gerecht, damit du nichts verderbest!" Aber er sollte sich hüten, die Debatten dadurch zu verderben, daß er allzu witzig sein will." (S. 249.)

Scheidemann entgegnete darauf im Schlußwort:

„Heilmann beklagte sich darüber, daß wir die Anträge des Parteivorstandes zu spät veröffentlicht hätten. Das erklärt sich ganz natürlich. Wir wollten unsere Anträge erst dem Parteiausschuß vorlegen, und als der zusammentrat, waren natürlich die übrigen Anträge längst veröffentlicht. So löst sich auch diese Angelegenheit in Wohlgefallen auf." (S. 278.)

Bei Beginn der Nachmittagssitzung am vierten Verhandlungstage bemerkte Vorsitzender Ebert:

„Es ist folgender Antrag von Dr. Rosenfeld und Genossen eingegangen, der noch vor Eintritt in die Verhandlung über die Steuerfrage erledigt werden soll. Der Antrag lautet: „Der Parteitag wolle beschließen, den Antrag 45 und alle zum Fall Radek vorliegenden Anträge der Beschwerdekommission zu überweisen mit dem Auftrag, dem Parteitag Bericht zu erstatten." — Parteigenossen! So wie ich die Auffassung der Parteigenossen auf dem Parteitag kenne, bestehen über diese Frage große Meinungsverschiedenheiten. Man kann auch nicht eo ipso den Fall Radek der Beschwerdekommission zur Berichterstattung überweisen, sondern man muß der Beschwerdekommission sagen, ob sie den Streitfall formell oder materiell prüfen soll. (Sehr richtig!) Wir haben also mit einer längeren Debatte zu rechnen. Ich bitte daher die Antragsteller dringend, sich damit zufrieden zu geben, daß wir heute gegen Schluß der Sitzung den Antrag erörtern, jetzt aber an die Steuerfrage herangehen." (S. 419.)

Dr. Rosenfeld-Berlin (zur Geschäftsordnung):

„Ich glaube, daß Ebert unseren Antrag nicht so aufgefaßt hat, wie wir ihn verstanden wissen wollten. Die Behauptungen der Parteien im Fall Radek stehen sich strikt gegenüber. Wie soll der Parteitag in den wenigen Stunden am Sonnabend ohne weiteres ein Urteil fällen. Vor allem handelt es sich um eine wichtige Frage des Parteirechts, die wohl eine Kommission prüfen, aber nicht der Parteitag ohne weiteres entscheiden kann. Wir glauben auch, daß eine sehr geringe Neigung besteht, die kostbare Zeit des Parteitages mit persönlichen Debatten zu verbringen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben wichtigeres zu tun. (Sehr richtig!) Das Ziel unseres Antrages ist aber nicht, eine Debatte zu verhindern, sondern eine gute Debatte vorzubereiten. Der Bericht der Beschwerdekommission kann erst eine Grundlage schaffen, auf der eine richtige Behandlung der Angelegenheit möglich ist." (S. 419.)

Der Parteitag beschließt, den Antrag zunächst zurückzustellen.

Nach dem Referat zur Steuerfrage erklärte Ebert:

„. . . Ich schlage nun vor, den Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen, den wir heute zu Beginn unserer Sitzung zurückgestellt haben, zu erledigen. Es haben im Laufe des Nachmittags Verhandlungen stattgefunden. Ich glaube, daß wir ziemlich schnell zu einem Ergebnis kommen. Im Einverständnis mit den Antragstellern erteile ich dazu dem Genossen Müller vom Parteivorstand das Wort." (S. 447 f.)

Müller-Parteivorstand:

„Zu Beginn der Sitzung ist Ihnen mitgeteilt worden, daß Genosse Rosenfeld einen Antrag eingebracht hat, nach dem die Resolution 45 des Parteivorstandes und alle zum Fall Radek eingebrachten Anträge der Beschwerdekommission überwiesen werden sollen mit der Maßgabe, daß die Kommission dem Parteitag Bericht zu erstatten habe. Es handelt sich dabei um unsere Resolution 45, um die Anträge 110, 111 und 115, die Ihnen gedruckt vorliegen, und um einen noch nicht gedruckten Antrag der Genossin Luxemburg, in dem gesagt wird, daß die deutschen Parteiinstanzen eine Nachprüfung des Verfahrens vornehmen sollen. Genosse Rosenfeld geht davon aus, daß durch dieses Verfahren die Debatte abgekürzt werden kann. Auch wir sind der Ansicht, daß sich

eine Debatte nicht vermeiden lassen wird, daß aber durch Ueberweisung an die Beschwerdekommission vielleicht eine Abkürzung der Debatte stattfinden kann. Wir glauben deshalb, daß es zweckmäßig ist, dem Antrag Rosenfeld zuzustimmen. Im Einverständnis mit den Antragstellern stelle ich aber ausdrücklich fest, daß in unserer Resolution und in allen dazu vorliegenden Anträgen es sich nur um eine Prüfung der formellen Rechtsformen handelt, nach denen der Fall Radek event. erledigt werden kann. Es kann nicht unsere Aufgabe auf dem Parteitag sein und es ist auch absolut unmöglich, etwa nachzuprüfen, ob die Delikte, deren Radek bezichtigt wird, mit Recht oder mit Unrecht festgestellt sind. (Sehr richtig!) Ich bitte den Parteitag, dem Antrag zuzustimmen." (S. 448.)

Der Antrag Rosenfeld wird ohne Debatte angenommen.

Für die Beschwerdekommission berichtet Ryssel:

„Als letzter Punkt ist der Beschwerdekommission in letzter Stunde noch die Angelegenheit Radek übergeben worden. Wir haben zu unseren Beratungen den Genossen Müller vom Parteivorstand und als Vertreter der Bremer Organisation den Genossen Henke mit beratender Stimme zugezogen. Die Kommission war sich darüber einig, wie auch wohl der Parteitag, daß unmöglich in dieser Angelegenheit es geschehen kann — und das Mandat hat auch nicht dahin gelautet —, daß wir sachlich auf die Angelegenheit eingehen können. Es lagen uns lediglich die dem Parteitag eingebrachten Anträge vor, und die Beschwerdekommission hat nach dreistündiger Verhandlung beschlossen, sämtliche Anträge, die vorliegen, zurückzuweisen und den Antrag 45 des Parteivorstandes in Verbindung mit dem Amendement Beims zur Annahme zu empfehlen. Der Antrag lautet dann:

„Personen, die aus einer dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschuß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben."

Durch Annahme dieses Antrages würde der Fall Radek für uns als Parteitag erledigt sein, da der Parteivorstand auf dem Parteitag in Chemnitz die Angelegenheit der Beschwerdekommission zur Erledigung überwiesen erhalten hat. Auch in Chemnitz lag uns für den Fall Radek kein oder doch nur ungenügendes Material vor. Inzwischen ist nun, wie Sie wissen, ein ziemlich umfangreiches Material darüber zusammengekommen. Dem Antrag, die Angelegenheit dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zu überweisen, konnten wir nicht folgen, da wir der Meinung waren, es sei die Aufgabe Radeks oder der daran interessierten ausländischen Gruppen, das Internationale sozialistische Bureau anzurufen. Es wäre wünschenswert, daß vom Internationalen Bureau für alle angeschlossenen Parteien eine Regelung dieser Frage erzielt würde. Es kann aber nicht die Aufgabe dieses Parteitages sein, das Internationale Bureau anzurufen. Wie mir persönlich heute früh mitgeteilt wurde, besteht sowieso bei mehreren ausländischen Gruppen die Absicht, an das Internationale Bureau in dieser Richtung zu appellieren. Dadurch würde auch der Antrag Hoffmann sich erledigen und die Antragsteller könnten ihn ruhig zurückziehen. Ein anderes Amendement, welches forderte, daß wir nur unter der Bedingung gegen ein Mitglied vorgehen könnten, daß in den ausländischen Bruderparteien ähnliche Rechtsgarantien wie in der deutschen Sozialdemokratie bestehen, konnten wir gleichfalls nicht akzeptieren, da wir gar keinen Einfluß haben auf die Gestaltung der ausländischen Bruderparteien. Aus diesem Grunde schlägt Ihnen die Kommission vor, den Antrag des Parteivorstandes mit dem Amendement Beims anzunehmen, dann auch diesen Beschluß auf Radek mit zu beziehen und damit die Angelegenheit für uns als erledigt zu betrachten." (S. 536 f.)

Vorsitzender Ebert:

„Ich bin gebeten worden, eine längere schriftliche Erklärung in dieser Angelegenheit zu verlesen. Ich will bemerken, daß uns zu dieser Angelegenheit von einer Anzahl russischer Parteigruppen schriftliche Erklärungen zugegangen sind, die ich nicht im einzelnen vortragen kann, zumal wir materiell über den Fall Radek nicht verhandeln. Ich bitte den Parteitag, damit einverstanden zu sein, daß wir auf solche Erklärungen hier nicht eingehen. (Zustimmung.) . . ." (S. 537.)

Müller:

„. . . Ich möchte zunächst feststellen, wenn gegen den Antrag des Vorstandes der Vorwurf erhoben wird, er wolle ein Gelegenheitsgesetz mit rückwirkender Kraft schaffen, so ist dieser Vorwurf hinfällig, weil der Parteivorstand weiter nichts getan hat, als das, wozu ihn der Chemnitzer Parteitag beauftragt hat. . . . Mit der Entscheidung des Parteivorstandes war die Bremer Organisation nicht einverstanden, und deshalb muß der heutige Parteitag Stellung nehmen zu dem, was wir im Falle Radek beschlossen haben. Selbstverständlich müssen wir den Fall losgelöst von den persönlichen Dingen betrachten, die Radek in Polen zur Last gelegt werden. Bis jetzt liegt nur ein polnisches Urteil erster Instanz vor, das den Ausschluß Radeks wegen ehrloser Handlungen ausgesprochen hat. Auf Grund dieses Urteils verlangte der Vorstand der S. D. P. L., daß Radek das Auftreten in der deutschen Partei unmöglich gemacht würde. Dieses Verlangen wurde am 4. Februar 1913 z. B. wie folgt formuliert:

„Es geht jedoch nicht an, daß ein wegen Diebereien aus einer Bruderpartei ausgeschlossenes Subjekt in der deutschen Partei öffentlich und ostentativ tätig sein dürfte und sich auf diese Tätigkeit öffentlich — wie er dies tut — berufen könnte, um das polnische Urteil als belanglos und jeder moralischen wie juristischen Bedeutung in den Augen der deutschen Genossen entbehrend hinzustellen. Da müssen wir uns an Sie wenden und ersuchen Sie, diesem unerhörten und absolut unzulässigen Zustande ein Ende zu bereiten."

Wir waren also gezwungen, Stellung zu nehmen zu dieser Forderung einer Bruderpartei, wir mußten entscheiden und kamen aus ganz allgemeinen Erwägungen dazu, zu verneinen, daß wir das Recht und die Pflicht haben, das polnische Urteil nachzuprüfen. Wir können weder die Tatsachen, die dem Urteil zugrunde liegen, nachprüfen, noch die Frage prüfen, ob diese Tatsachen von dem polnischen Gericht richtig bewertet worden sind. Eine Nachprüfung der Urteile ausländischer Bruderparteien liegt außerhalb des Rahmens des deutschen Organisationsstatuts. An diesem Grundsatz müssen wir festhalten. Wir sind nicht der Obervormund und nicht der Oberrichter der Internationale. (Sehr gut!) Ich möchte kurz auf einige Konsequenzen aufmerksam machen, die sich ergeben würden, wenn wir die Urteile ausländischer Bruderparteien nachprüfen würden. Nehmen wir an: der Genosse X. wird von einer der vielen Parteien, die in Rußland und Polen vorhanden sind, wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen. Dann geht er nach Deutschland, nach Oesterreich, nach Belgien, nach der Schweiz oder in irgendein anderes Land, um sich zur Aufnahme in die Partei zu melden. Die russische Partei beschwert sich. Das Urteil wird nachgeprüft und X. wird nicht rehabilitiert. Dann geht er eben wieder in ein anderes Land, und überall wiederholt sich derselbe Vorgang. Er fände bis zuletzt Gerechtigkeitsmeier, die sich seiner annähmen. Die Folge wäre, daß ein solcher Genosse jahrelang die ganze Internationale mit seinem Fall in Atem halten könnte. (Sehr richtig!) Es kommt noch weiter hinzu, daß bei einer Nachprüfung ausländischer Urteile den Urteilen der deutschen Partei von der Bruderpartei immer der Vorwurf gemacht würde, daß nicht genügend nachgeprüft worden sei. Zu einem solchen Vorgang hat schon das einseitige Verfahren der Bremer Untersuchungskommission geführt. Sie kennen aus der Presse den Brief, den Stanislaus Turski aus Paris an uns gerichtet hat, und in dem er die heftigsten Vorwürfe erhebt, weil er von der Bremer Untersuchungskommission nicht vernommen worden ist. Er verlangt von uns Genugtuung und Schutz gegen die bewußten und gewissenlosen Ehrabschneidereien, die sich Radek in Bremen gegen ihn zuschulden kommen ließ, und gegen den schmählichen Verdacht, in den ihn der Bericht der Bremer Untersuchungskommission brachte. Das könnte uns in jedem anderen Falle ähnlich passieren. Gerade der Fall Turski, der sich im Anschluß an die Bremer Untersuchung ergeben hat, hat uns gezeigt, daß kein Bedürfnis vorhanden ist, diese Bremer Methode auf das ganze Reich zu übertragen. (Lebhafte Zustimmung.) . . . Tausende und Abertausende von Mark mußten verpulvert werden, damit polnische und andere Genossen ihren heimatlichen Streit in Deutschland austragen könnten. Dazu sind uns aber die Gelder der deutschen Arbeiter zu gut. Ob aber wegen eines Arbeiters, der vielleicht in Polen ausgeschlossen worden wäre, ebenso viel Wesens gemacht worden wäre? (Lebhafte Zustimmung.) Wenn in Zukunft irgendein Literat, der genügend schreib- und redegewandt ist, der einen solchen Fall liebt, dann würden wir immer wieder ähnliche Fälle, wie den Fall Radek, erleben, und dazu ist uns der deutsche Parteiapparat und das deutsche Geld zu schade. Wir haben nun nichts unversucht gelassen, was die leidige Angelegen-

heit schneller klären konnte. Wir haben außerhalb des Rahmens des Organisationsstatuts unsere Vermittlung zur Klärung angeboten. Diese Vermittlungsaktion scheiterte. Infolge des Einspruches der S. D. P. L. fiel die Möglichkeit einer Untersuchung des Urteils außerhalb des deutschen Organisationsstatuts mit dem event. Erfolg seiner Aenderung weg. Der Vorstand der polnischen Sozialdemokratie schrieb uns:

„Also nicht von einem neuen Gerichte, das das gefällte Urteil umstoßen oder das Gerichtsverfahren unserer Parteiinstanzen annullieren könnte, kann für uns die Rede sein, sondern nur von der Lieferung des Beweismaterials an Sie, werte Genossen, des Materials zum Beweise, daß die inkriminierten Delikte tatsächlich von Radek begangen sind."

Es ist weiter der Vorschlag gemacht worden, die ganze Geschichte dem Internationalen Bureau zu überweisen. Ich warne Sie davor. Der Fall wird seit Jahr und Tag hier in Deutschland erörtert, und wir werden uns hier über die Form der Erledigung einigen müssen. Wenn die russischen und polnischen Genossen an das Internationale Bureau gehen wollen, dann mögen einige der vielen Gruppen das tun, aber das ist nicht unsere Aufgabe Nun wird gesagt, daß das Urteil in Deutschland nachgeprüft werden könnte, weil Radek in Deutschland Mitglied gewesen ist. Wie stand es mit Radeks Verhältnis zur deutschen Partei? Er hat in Leipzig 1909/10 47 Wochenbeiträge bezahlt. Im 6. Berliner Wahlkreis hat er als Hospitant einen Beitrag gezahlt. Mir ist vom 6. Wahlkreis ein Brief zugegangen, wo auch diese Verhältnisse klargestellt wurden. Radek hat behauptet, er hätte nicht bloß einen Beitrag bezahlt, sondern im Garten an einen Bezirksführer 3 M. bezahlt. (Heiterkeit.) Später korrigierte er das dahin, er hätte 3 M. in drei Raten an den Kassierer gezahlt. (Erneute Heiterkeit.) Es wurde nun festgestellt, daß er überhaupt nichts bezahlt und auch keinen Zahlabend besucht hat. (Hört! hört!) Radek erklärte schließlich, dann müsse er sich geirrt haben, er habe überhaupt nur mit einem Berliner Genossen verkehrt. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Ja, das ist der Radek in Reinkultur. (Lebhafte Zustimmung.) Dann ist er auch nach Teltow-Beeskow gegangen. Der Vorstand dieses Kreises hat Widerspruch gegen die Aufnahme erhoben. Er konnte das, weil bereits seit 1911 in Polen ein Untersuchungsverfahren gegen Radek schwebte. Dann ist Radek nach Bremen gegangen. Er tat gut daran, denn ich glaube nicht, daß eine andere Organisation in Deutschland ihn aufgenommen hätte. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) In Bremen wurde die Sache „geschoben" auf Grund der Theorien, die in Bremen über den Ausschluß vorhanden sind. In Bremen löst man ja nicht bloß die großen Parteifragen theoretisch, sondern da werden auch die Flohknackereien mit einem Schuß Theorie behandelt. (Sehr gut!) So hat in einem Leitartikel der „Bremer Bürgerzeitung" vom 9. September 1912 gestanden, nachdem gesagt ist, daß man in Bremen ein Bestätigungsrecht der Neuaufzunehmenden nicht mehr kennt:

„In dem neuen Statut wird ausgesprochen, daß unsere Partei eine Partei der Massen ist, nicht ein Verein, bei dem jedes neue Mitglied darauf geprüft wird, ob wir es auch in unseren auserwählten Kreis aufnehmen wollen. Jeder, der sich zu unseren Grundsätzen bekennt, hat das Recht, in die Partei aufgenommen zu werden, ohne daß dabei mitspricht, ob er uns persönlich gefällt oder nicht. Wenn er aber ein Schuft ist, ein Spitzel oder ein politischer Heuchler, dann ist das Ausschlußverfahren da, um unwürdige Elemente nach einer gründlichen unparteiischen Untersuchung auszustoßen. Das ist der Geist unseres Statuts." (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Das ist der Bremer Geist! In anderen Organisationen kennt man diesen Geist und diese Grundsätze noch nicht. Da ist es nicht üblich, weil wir eine Massenpartei sind, Spitze, Schufte und Heuchler aufzunehmen und sie erst nachher auszuschließen. (Sehr gut!) Da hält man sich solche „Ehrenmänner" von vornherein vom Halse. Wenn man sich aber deutsche Genossen vom Halse hält, die im Verdacht stehen, ehrlose Handlungen begangen zu haben, so besteht kein Grund, Ausländern eine Vorzugsstelle einzuräumen. (Lebhafte Zustimmung.) . . ." (S. 537 ff.)

Dr. Liebknecht:

„Ich muß mein lebhaftes Befremden aussprechen, daß Genosse Müller in demselben Augenblick, wo er erklärte, materiell auf den Fall Radek nicht eingehen zu wollen, trotzdem Ausführungen gemacht hat, die auf einem Umwege nichts anderes bedeuten als eine solche materielle Erörterung. Er hat auf dem Umwege der Erörterung der Frage, ob Radek der Partei angehöre, Gelegenheit genommen, ihn in verrichtender

Weise zu charakterisieren und dabei gleichzeitig über die Bremer Parteiorganisation ein Urteil zu fällen, wie es abfälliger nicht gedacht werden kann und nicht bedauerlicher, besonders aus dem Munde eines Parteivorstandsmitgliedes. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso muß ich tief beklagen, daß Müller die ruhige, sachliche Behandlung der wichtigen Rechtsfrage, die wir zu entscheiden haben (Zuruf: Das ist keine Rechtsfrage, das ist eine Organisationsfrage!), dadurch erschwert hat, daß er jenes verhängnisvolle Wort in die Versammlung warf: „Wenn es sich hier um einen Arbeiter handelte, würde nicht so viel Wesens gemacht." (Zuruf: So ist das auch!) Sie kennen mich doch wohl genug, um zu wissen, daß ich meine Stellung nicht danach einrichte, ob es sich um einen Akademiker handelt oder um einen Arbeiter. Sie wissen, daß ich auf dem vorigen Parteitag Radek scharf angegriffen habe. Umsomehr fühle ich mich verpflichtet, nach Kräften dahin zu wirken, daß heute nicht persönliche Verstimmung, nicht Animosität, sondern ruhige, sachliche Erwägung entscheidet. Nur so ist eine gerechte Prüfung und Beschlußfassung möglich. Gerade das ist bezeichnend und beweist die Größe der Gefahr, vor der der Parteitag bei seiner Entscheidung steht: Als ich soeben bemerkte, es handle sich um eine Rechtsfrage, wurde mir von einer ganzen Zahl von Genossen entgegengerufen, es handle sich nicht um eine Rechtsfrage, sondern um etwas anderes. (E b e r t : Dieser Zwischenruf kann nur von einem einzigen Parteigenossen gekommen sein, wir haben ihn nicht gehört. — Zuruf: Es handelt sich um eine Organisationsfrage, ist gerufen worden!) Es handelt sich nicht nur um eine Organisationsfrage, sondern auch um eine Rechtsfrage. Wir müssen uns doch vergegenwärtigen, daß unser Beschluß nach dem Antrage des Parteivorstandes auch den Fall Radek mit erledigen soll! Und das Votum der Beschwerdekommission geht geradezu dahin, noch besonders zu beschließen, daß durch Annahme des Parteivorstandsantrages mit rückwirkender Kraft auch der Fall Radek erledigt werden soll. Wir sollen also gleichzeitig ein Urteil über Radek fällen, ein Urteil über Radek — aber ohne materielle Prüfung des gegen ihn vorliegenden Tatsachenmaterials. Und eine Entscheidung über die ganz unerträgliche Forderung der rückwirkenden Kraft. Umsomehr muß ich dringend darum bitten, schon bei der Entscheidung der prinzipiellen Rechtsfrage nicht, auch nicht im Unterbewußtsein, all das mitsprechen zu lassen, was Sie über Radek gelesen haben. Alles das müssen Sie schlechthin unbeachtet lassen. Wer immer Radek für einen Schuft hält, der muß das jetzt schlechterdings ausmerzen und vergessen. Sonst ist er ein ungerechter Richter. (Sehr richtig!)

Es gilt sich zuvörderst darüber klar zu sein, daß der Vorschlag des Parteivorstandes nicht etwa dahin geht, den bestehenden Rechtszustand zu deklarieren, sondern dahin, eine Neuregelung zu schaffen über einen bisher nicht geregelten Punkt. Wie steht es bisher? Wie beurteilten wir bisher das Verhältnis der verschiedenen Parteien, die dem Internationalen Bureau angeschlossen sind, in dem hier fraglichen Punkte zueinander? Diese Parteien bilden nicht eine über die Welt zentralisierte Gesamtorganisation, sondern eine Förderung (lies: Föderation?) an und für sich autonomer, selbständiger Organisationen. Wenn wir die Frage prüfen, inwieweit der Ausschluß aus der Partei eines Landes auf die Parteien anderer Länder wirkt, so ergibt sich aus diesem organisatorischen Charakter der Internationale, daß der Ausschluß aus einer Partei für die anderen Parteien keinerlei bindende Kraft hat. Selbstverständlich gebe ich zu, daß diese bisherige Rechtslage sehr unbefriedigend ist, daß sich die unangenehmsten Komplikationen aus ihr ergeben können. Infolgedessen muß man versuchen, einen Ausweg zu finden. Aber der Ausweg, den der Parteivorstand ad hoc sucht, ist meiner Ansicht nach nicht der geeignete. Ich möchte zunächst darauf aufmerksam machen, daß man auch bei der Prüfung, inwieweit etwas vorliegt, was nach dem deutschen Statut den Ausschluß rechtfertigt, bei der Prüfung, ob eine ehrlose Handlung vorliegt, genötigt ist, in die materielle Prüfung einzutreten. Wenn vom Parteivorstand und der Beschwerdekommission gemeint wird, wir müßten unter allen Umständen rein formal die bindende Kraft des ausländischen Beschlusses anerkennen, weil wir uns in interne Angelegenheiten der anderen Parteien nicht hineinmischen dürften, so halte ich dem entgegen, daß auch nach dem Antrag des Parteivorstandes eine solche Einmischung schlechterdings unvermeidlich sein wird."

D i e R e d e z e i t i s t a b g e l a u f e n, der Redner erklärt aber, als Begründer des Antrages 115 das Recht auf eine l ä n g e r e R e d e z e i t zu haben. Der Parteitag beschließt, entsprechend der Ansicht des Vorsitzenden, daß dieses Recht erloschen ist, weil sämtliche zu diesem Punkt gestellten An-

träge der Beschwerdekommission zur Berichterstattung überwiesen waren. Auf die Bitte des Redners wird ihm jedoch hierauf die Redezeit um einige Minuten verlängert.)

Dr. Liebknecht (fortfahrend):

„Auch nach dem Parteivorstandsvorschlag muß eine Einmischung in die internen Verhältnisse der Bruderparteien stattfinden, weil die Entscheidung, inwieweit eine ehrlose Handlung vorliegt, sich nicht ergibt aus dem Wortlaut des Urteils, sondern aus den begleitenden Umständen, die nachgeprüft werden müssen. Man kommt aber auch gar nicht um die Prüfung der Zuständigkeit des betreffenden ausländischen Parteigerichts herum. Alle die Schwierigkeiten, die sich aus organisatorischen Differenzen in Auslandsparteien ergeben können, spielen in die Prüfung dieser Frage hinein. Müller hat das Gespenst eines ewigen polnischen Juden an die Wand gemalt (Heiterkeit), der durch die ganze sozialistische Internationale streift und überall die Aufnahme zu erzielen sucht. (Sehr richtig!) Er hat dabei vorausgesetzt, daß in Polen ein schlimmes Durcheinander der verschiedensten Parteigruppen und Fraktionen besteht. Ja, wie wollen wir denn in Deutschland nachprüfen, welches das zuständige Parteigericht in diesem Wirrwarr ist, ohne Einmischung in die internen Verhältnisse der ausländischen Partei. Ich behaupte, daß mein Eventualantrag 115, der dahin geht, daß nur unter der Voraussetzung gleicher Rechtsgarantien die Gültigkeit des Ausschlusses bestätigt werden soll, nicht wesentlich mehr eingreift in die Autonomie ausländischer Parteien als der Antrag des Parteivorstandes. Im Falle Radek wird nun — das möchte ich noch besonders ausdrücklich betonen — von polnischen Organisationen ganz offiziell bestritten, daß das Schiedsgericht, das geurteilt hat, das zuständige sei. Wenn Ebert von den Briefen Kenntnis geben würde, die ihm zugegangen sind, würde er mitteilen müssen, daß polnische Organisationen ausführliche Darlegungen gegeben haben über die Unzuständigkeit des Schiedsgerichts im Falle Radek. Daraus schon folgt die Unmöglichkeit, den Fall Radek jetzt, und noch gar unter Statuierung rückwirkender Kraft zu erledigen. Mir erscheint aber der Versuch, für Deutschland allein die prinzipielle organisatorische Frage zu regeln, überhaupt untauglich. Ich befürworte in erster Linie den Hauptantrag 115, die ganze Frage zur allgemeinen Regelung dem Internationalen Bureau zu überweisen, in zweiter Linie den Eventualantrag 115. Leider kann ich bei der kurzen Redezeit nicht alles sagen, was ich vorhatte. Ich werde mich von neuem melden. Vorläufig resümiere ich mich: Wir wollen kein Sondergesetz für Radek, aber auch kein Sondergesetz gegen Radek! (Beifall und Widerspruch.)" (S. 540 ff.)

Ein von Fritsch-Liegnitz gestellter Antrag auf Schluß der Debatte, von Hoffmann-Berlin und Katzenstein-Charlottenburg bekämpft, wird mit 175 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Katzenstein-Charlottenburg:

„Ich bedauere, daß ein Mitglied unseres Parteivorstandes von Gerechtigkeitsmeiern gesprochen hat. (Zustimmung.) Wir als Sozialdemokraten müssen immer daran denken, daß ein Zentner Gerechtigkeit zu viel besser ist als ein Gramm zu wenig. (Sehr richtig!) Gerade in einer Sache, in der unsere Empfindung nahezu einstimmig gegen die Person, um die es sich handelt, gerichtet ist, dürfen wir umsoweniger unser Urteil durch eine derartige Empfindung beeinflussen lassen. (Sehr richtig!) Wer sich von der persönlichen Animosität leiten läßt, kann nie ein gerechtes Urteil fällen. Der Parteivorstand hat in dieser Frage schon einen Standpunkt eingenommen, der ganz unhaltbar ist. Er hat im Februar verlangt, der Bremer Verein solle Radek streichen, nach Analogie der Vorschriften über Aufnahme oder Nichtaufnahme eines aus der deutschen Partei Ausgeschlossenen. Er hat also eine Bestimmung, die nicht im Statut steht, aus anderen Bestimmungen heraus folgern wollen. Das ist ein Grundsatz, den selbst unser bürgerliches Strafrecht verwirft. Jedes bürgerliche Gericht wird, wenn ihm ein ausländisches Urteil vorgelegt wird, zunächst prüfen, ob dieses Urteil auch rechtsgültig gefällt ist und die Rechte des Angeklagten ausreichend gewahrt worden sind. (Sehr richtig!) Wollen wir uns als Revolutionstribunal konstituieren, das berechtigt wäre, über alle herkömmlichen Rechtsgarantien zur Tagesordnung überzugehen? Das dürfen wir nicht tun! Ich bin selbstverständlich weit entfernt von der Theorie, die man in Bremen über das Recht der Aufnahme aufgestellt hat. Nachdem aber einmal die Aufnahme erfolgt ist,

kann sie nicht durch irgendeinen Beschluß, ohne daß ihm ein ordnungsmäßiges Ausschlußverfahren vorangegangen wäre, zurückgenommen werden. Müller hat weiter versucht, es so darzustellen, als würde ein Unterschied bei der Behandlung von Literaten und Arbeitern gemacht. Diese Behauptung Müllers ist nicht wahr! (Widerspruch.) Ich erinnere Sie hier an den Fall eines anderen Polen, des polnischen Proletariers Kasprczak.

Unser Parteivorstand hat damals den von einem Londoner Konventikel als Lockspitzel verurteilten Proletarier Kasprczak geschützt, der später bei der Verteidigung einer Geheimdruckerei gegen zaristische Gendarmen sein Leben gelassen hat. Es kann sich um ehrlose Handlungen mannigfacher Art handeln, die ganze Frage ist noch ungeklärt. Tun Sie die Sache nicht so rasch ab, überweisen Sie sie mit dem Antrage Liebknecht dem Internationalen Bureau. Es handelt sich nicht um eine politische und persönliche Frage, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit. (Sehr richtig!)" (S. 542 f.)

Genossin Luxemburg:

„Nach meiner Ueberzeugung können wir die Sache gar nicht anders erledigen, als indem wir beschließen, daß der Fall von deutschen Parteiinstanzen in vollem Umfange untersucht werden muß. (Sehr richtig!) Durch rein formelle Erläuterungen kann man die ganze Sache Radek nicht mehr von sich schieben. Wäre vor einem Jahre, als er sich zur Aufnahme in Deutschland gemeldet hatte, gesagt worden, er könne nicht aufgenommen werden, weil eine andere internationale Partei ihn ausgeschlossen hat, dann war das recht und billig gewesen. Nun hat aber Radek schon jahrelang in der deutschen Partei seine Tätigkeit geübt. Jahrein, jahraus hat sich die deutsche Parteipresse mit dem Fall Radek beschäftigt. (Pfannkuch: Schlimm genug!) Ich bedauere es auch, aber jetzt können wir die Tatsachen nicht durch eine formale Lösung von uns schieben. Wenn Sie auch die allgemeine Regelung des Parteivorstandes im Prinzip annehmen, so kann unser heutiger Beschluß auf den Fall Radek aber keine rückwirkende Kraft erhalten. Dieser Fall muß in vollem Umfange untersucht werden. Der Antrag Liebknecht, an das Internationale Bureau zu gehen, ist ganz unannehmbar. Das Internationale Bureau kann überhaupt nur dann einschreiten, wenn zwei internationale Parteien die Berufung an das Bureau vornehmen. Das liegt hier nicht vor. Die deutsche Partei muß selbst in der Lage sein, das Verhältnis mit einem Mitglied zu regeln, das sich in die deutsche Organisation hat aufnehmen lassen. Es wäre lächerlich, wenn die deutsche Sozialdemokratie deswegen an das Internationale Bureau gehen würde. Wenn Sie aus den Aeußerungen des Gen. Müller schließen würden, daß die Wünsche des polnischen Parteivorstandes dahin gingen, Sie sollen die Radek-Sache durch eine solche formale Lösung von sich abschieben, so entspricht das nicht den Tatsachen. Ich kann mitteilen, daß der polnische Parteivorstand es mit Freude begrüßen wird, wenn Sie beschließen, den Fall Radek innerhalb der deutschen Instanzen, wie es sich gehört, in vollem Umfange zu untersuchen. Ich bitte Sie, wenigstens diesen Antrag von mir auf diesem Parteitag anzunehmen. (Heiterkeit und Beifall.)" (S. 543 f.)

Oskar Cohn-Berlin:

„Heute hat uns nicht die sachliche Seite des Falles Radek zu beschäftigen, sondern nur die formale. Ich will mich über die Art und Weise, wie Müller geglaubt hat seine Sache führen zu sollen, nicht verbreiten, nachdem ihm Katzenstein unwidersprochen vorgehalten hat, daß er sich eines demagogischen Kniffes bedient hat. (Lebhafte Unruhe.)"

Vorsitzender Ebert:

„Ich habe das nicht gehört, sonst hätte ich es gerügt. (Beifall.)"

Oskar Cohn:

„Ich will nur feststellen, es widerstrebt meinem Gerechtigkeits- und Anstandsgefühl, auf einem, der am Boden liegt, noch herumzuschlagen. Der Antrag Liebknecht ist mißverstanden worden. Wir gehen davon aus, daß das Gerichtsverfahren in der sozialdemokratischen Partei von Russisch-Polen unseren Bedürfnissen nicht entspricht. Wir wollen der deutschen Partei nicht irgend jemanden aufzwingen, sondern wir wollen, daß Recht Recht bleibt, auch gegenüber ausländischen Genossen und solchen, die von ausländischen Organisationen ausgeschlossen wurden. Da hier eine Lücke in unserem Statut ist, muß sie ausgefüllt werden. Das kann nur durch das Internationale Bureau und dann

durch den Internationalen Kongreß geschehen. Der Vorstand war klug genug, nicht etwa zu sagen, daß sein Beschluß rückwirkende Kraft habe, das hat erst der Berichterstatter der Beschwerdekommission ausgeführt. — Uns alle hat in der Oeffentlichkeit der Fall des Erfurter Kriegsgerichts beschäftigt. Es ist zwischen dem Spruche der ersten und der Verhandlung zweiter Instanz ein milderes Gesetz geschaffen worden. Wenn nun eine Straftat begangen ist, bei der sich zwischen der Begehung und der Aburteilung das Gesetz ändert, so ist das mildere Gesetz anzuwenden. Hier wollen wir aber im Fall Radek das schärfere Gesetz anwenden und sogar ein Strafgesetz zu diesem Zweck erst schaffen. Es handelt sich bei unserer heutigen Entscheidung um eine Frage der Gerechtigkeit, des Parteianstandes, die man nicht lediglich vom Standpunkt der Organisation aus betrachten kann. Wenn im Offizialverfahren ein Staatsanwalt für einen Streikbrecher eintritt, da reden Sie von Ausnahmebehandlung, und nun wollen Sie selber ein solches Ausnahmerecht schaffen. (Unruhe.) Der Vorstand verteidigt eine verlorene Position. Es ist ihm selber nicht wohl dabei. Er würde gern auf den Boden der Anträge Liebknechts oder Brauns treten, er hätte gern die Sache an die Internationale verwiesen, er hat sich aber in den Akten festgelegt und will nicht davon zurück. (Unruhe und Zurufe: Unwahr!) In München hat Pfannkuch selber beim Fall Kasprczak gesagt: „Ich würde auch heute stutzen, wenn von einer ausländischen Organisation ohne Beweismittel das Verlangen gestellt würde, wir sollten einen Genossen abschaufeln. Wir müssen die Dinge doch nachprüfen können." Ich mache Sie noch auf einen besonderen Fallstrick in dem Vorstandsantrag aufmerksam: „Wer ausgeschlossen ist von einer anderen Partei, erwirbt keine Mitgliederrechte." Man kommt also zu dem unglaublichen Ergebnis, daß eine anerkannte Organisation unserer Partei jemand aufnehmen und daß dann der Parteitag bestimmen kann: dieser Mann hat keine Rechte erworben, darf bei Euch keine Rechte erwerben. 50 Jahre ist es so gegangen wie bisher, da können wir auch noch ein Jahr warten, bis sich die Internationale geäußert hat. Fällen Sie ein Urteil, das der Gerechtigkeit und der Würde unserer Partei entspricht. (Bravo!)" (S. 544.)

Ein Schlußantrag, den Schnabrich-Hanau empfiehlt, wird angenommen.

Dr. Liebknecht (persönlich):

„Genossin Luxemburg hat mich unrichtig verstanden, wenn sie meinen Antrag so auslegt, daß er in der Tat nur eine allgemeine Regelung der Rechtsfrage für alle Zukunft durch die Internationale herbeizuführen wünscht." (S. 545.)

Vorsitzender Ebert schlägt vor, in der Weise abzustimmen, daß zuerst der Beschluß der Kommission zur Abstimmung gestellt wird, und daß dann darüber entschieden werden soll, ob der Beschluß nach dem Antrag der Kommission rückwirkende Kraft haben soll.

Gottschalk-Königsberg:

„Es liegt ein Irrtum des Berichterstatters vor. Die Beschwerdekommission hat nicht beschlossen, daß dem Antrage rückwirkende Kraft gegeben werden soll. (Hört, hört! und Widerspruch.)" (S. 545.)

Maier-Heidelberg:

„In der Beschwerdekommission ist mit acht Stimmen gegen eine Stimme erklärt worden: der Vorstandsantrag wird zum Beschluß erhoben mit dem Amendement Beims. Es ist außerdem erklärt worden, daß der Fall Radek für Deutschland damit erledigt sei. (Zurufe: Na also!)" (S. 545.)

Oskar Cohn:

„Wir befinden uns in völliger Unklarheit über die Grundlagen der Abstimmung, da die Meinungen der Mitglieder der Beschwerdekommission auseinandergehen. (Schluß!-Rufe.)" (S. 545.)

Scholz-Neukölln:

„Als Mitglied der Beschwerdekommission kann ich im Namen verschiedener anderer Mitglieder nur bestätigen, daß der Antrag der Beschwerdekommission dahingeht, diesen

Antrag des Parteivorstandes mit dem Amendement Beims zur Annahme zu bringen, und daß dann beschlossen worden ist, diesen Antrag auf die Angelegenheit Radek anzuwenden mit rückwirkender Kraft. (Beifall und Zurufe: Na, also!)" (S. 545.)

Der Antrag der Kommission wird mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender Ebert:

„Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Frage, ob dieser Beschluß rückwirkende Kraft haben soll auf den Fall Radek.

Der Parteitag beschließt ebenfalls mit übergroßer Mehrheit, daß der eben gefaßte Beschluß rückwirkende Kraft haben soll. Damit sind alle übrigen Anträge zur Sache Radek erledigt. (Lebhafter Beifall.)" (S. 545.)

Liebknecht (zur Geschäftsordnung):

„Ich wiederhole, daß auch, nachdem dieser Beschluß gefaßt ist, noch über meinen Prinzipalantrag abgestimmt werden muß. Der Antrag will nichts weiter, als daß über die Frage, die wir jetzt für Deutschland speziell geregelt haben, eine internationale Vereinbarung erfolgt." (S. 545.)

Vorsitzender Ebert:

„Ich will mich dem Wunsche von Liebknecht durchaus nicht widersetzen, ich werde über den Antrag 115 abstimmen lassen." (S. 545.)

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages 115 mit 168 gegen 158 Stimmen.

Weiterhin erklärt Vorsitzender Ebert:

„Ich habe hier eine Mitteilung zu machen, die die Erledigung des Antrages 115 betrifft. Es sind nach Annahme dieses Antrags mehrfach Anfragen an mich und an das Bureau gerichtet worden, wie dieser Antrag aufgefaßt werden soll. Im Einvernehmen mit dem Genossen Liebknecht kann ich erklären: Es ist außer Zweifel, daß durch Annahme des Antrags 115 die Vertreter der deutschen Partei im Internationalen sozialistischen Bureau dahin wirken sollen, daß die Frage, die für Deutschland durch Annahme des Antrages der Beschwerdekommission zunächst erledigt ist, eine allgemeine internationale Regelung findet. (Beifall.)" (S. 553.)

Damit ist der Parteitag einverstanden.

(S. 582 des Protokolls bezeichnet auch die Anträge 45 und 111, die sich mit dem Antrag der Beschwerdekommission decken, als „erledigt".)

Antrag 46, von Müller (P.-V.) empfohlen, von Heilmann bekämpft, wird angenommen. (S. 552 f.)

Recht auf Arbeit. Nicht genügend unterstützt wurde in Chemnitz **1912** folgender Antrag:

108. Genosse Jakobsen-Swinemünde: „Die Reichstagsfraktion aufzufordern, Anträge, die Forderung des Rechts auf Arbeit betreffend, in entsprechender Formulierung im Reichstag einzubringen."

Reichsfinanzreform. Der Magdeburger Parteitag **1910** überwies den Antrag 79 (Bremen), auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Reichsfinanzreform zu setzen, dem Vorstand zur Berücksichtigung, der in Jena **1911** berichtete, daß die Frage beim Punkt Reichstagswahlen, soweit nötig, mit zur Erörterung kommen werde. (S. 16.)

Reichstag.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** lagen zwei Anträge vor:

32. Essen: „Den Parteivorstand zu ersuchen, über alle sozialpolitischen Gesetze, die im Reichstag verhandelt werden, Broschüren herauszugeben und hierin die Stellung der Sozialdemokratie besonders hervorzuheben. Die Broschüren sollen in Massen vertrieben werden.

2. Den Parteivorstand zu ersuchen, ein Handbuch herauszugeben, welches in Kürze die Stellungnahme aller Parteien zu den Sozialgesetzen, der Reichsfinanzreform und der preußischen Wahlreform klarlegt. Ebenso müßte das „Büchlein" alle Abstimmungen der Parteien mit kurzem Kommentar enthalten."

34. Wolmirstedt-Neuhaldensleben: „Der Parteivorstand wolle in möglichst kurzer Zeit eine kurzgefaßte Broschüre herausgeben, worin die Unterlassungen und Abstimmungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsvorlage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind."

Limbertz-Essen empfahl in der Debatte über den Vorstandsbericht speziell den Atrag 32. Ebert bemerkte im Schlußwort:

„. . . Wir haben eine kleine Serie von Agitationsschriften herausgegeben, in der alle wichtigen Fragen speziell und einzeln behandelt werden sollen. Die Broschüren sind so gehalten, daß sie zur Massenverbreitung geeignet sind, sie umfassen einen Druckbogen und werden möglichst billig an die Organisation abgegeben. Die Parteileitung ist bestrebt, die Zahl dieser Broschüren möglichst zu vermehren, wir handeln also ganz im Sinne des Antrages. Was den zweiten Teil betrifft, der die Herausgabe von Handbüchern über die Finanzreform, die Wahlrechtsfrage, die Reichsversicherungsreform und anderes wünscht, so ist das Handbuch über die Finanzreform bereits erschienen, es ist eine außerordentlich gründliche und brauchbare Arbeit, die unseren Genossen bei der Agitation gute Dienste leisten wird. Das Handbuch über die Wahlrechtsfrage ist den Delegierten des Parteitages heute übergeben worden, das Handbuch über die Reichsversicherungsordnung ist in Arbeit. Wir werden alle Phasen der Entwicklung der Vorlage durch unsere Kommissionsmitglieder im Reichstag verfolgen lassen und möglichst schnell nach Abschluß der Reform das Handbuch herausgeben, das die Stellung der Parteien zu allen wichtigen Fragen schildert. Also ich glaube, daß der Parteivorstand nach der Richtung hir heute bereits alles tut, was nötig ist. Im übrigen haben wir gegen eine Ueberweisung des Antrages nichts einzuwenden, es kann geprüft werden, ob in dieser Hinsicht noch mehr geschehen kann." (S. 223.)

Antrag 32 wird dem Vorstand zur Prüfung überwiesen, 34 abgelehnt.

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„In den Anträgen 4 und 32 wurde Agitationsmaterial über die sozialpolitischen Gesetze, Militarismus, Finanzreform, Trustpolitik usw. verlangt. Durch unsere 16seitigen sozialdemokratischen Flugschriften, durch die „Parteikorrespondenz" und durch das Düsseldorfer sozialdemokratische Bureau wurde eine Menge solchen Materials geliefert. Für den Reichstagswahlkampf sind einige weitere Broschüren mit einschlägigem Material in Vorbereitung. Handbücher über die Reichsfinanzreform und die preußische Wahlreform sind erschienen, und das in Arbeit gegebene Handbuch über die Reichsversicherungsordnung wird im übrigen dem im Antrag 32 Gewünschten Genüge leisten." (S. 15 f.)

Dem Vorstand zur Erwägung überwiesen wurde der Antrag:

41. Hamburg I, 40. Bezirk: „Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu veranlassen, die namentlichen Abstimmungen im Reichstag dem gesamten Volke zu unterbreiten. Vielleicht in einer Broschürenform mit Erläuterungen der Gesetze in kurzgefaßter Weise, sowie die Abgeordneten

durch Reihenfolge anzuführen, welche **für** und welche **gegen** das Gesetz gestimmt haben, damit die Wähler wissen, wie der Abgeordnete, dem sie ihre Stimmen gegeben haben, gestimmt hat. Dieses muß einheitlich über das ganze Reich geschehen."

In **Chemnitz** **1912** berichtet der Vorstand:

„... Wichtige namentliche Abstimmungen werden durch die „**Parteikorrespondenz**" veröffentlicht, und bei wichtigen Gesetzen wird auch künftig durch **Handbücher** oder **Broschüren** das zur Agitation erforderliche Material vermittelt werden." (S. 8.)

Reichstagsfraktion.

Den mündlichen Bericht gab in **Magdeburg** **1910** **Noske**:

„... Ich glaube behaupten zu können, daß die Fraktion ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan, daß sie aus eigener Initiative eine ganze Reihe notwendiger Aktionen eingeleitet hat; aber die von uns eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe kommen fast gar nicht zur Verhandlung... **Ich habe auch in der Parteipresse eine Kritik der Tätigkeit der Fraktion nicht gefunden.** Wenn so wenig für das arbeitende Volk erreicht wurde, dann sind nicht wir daran schuld, sondern die Verantwortung tragen restlos die bürgerlichen Parteien..." (S. 387 f.)

Gecks Schlußwort zum parlamentarischen Bericht in **Jena** **1911** lautet:

„Ich will in meinem Schlußwort, das ich mir angeeignet habe (Heiterkeit), nur auf einen Wunsch zurückkommen, der auch von Fraktionskollegen geteilt wird. Es handelt sich darum, **in welcher Form in Zukunft die parlamentarische Tätigkeit** der Reichstagsfraktion und überhaupt die Vorgänge im Reichstage **der Parteigenossenschaft zur Kenntnis gebracht werden soll.** Die Wünsche gehen dahin, daß man von der bisherigen Art der Berichterstattung absehen soll und eine Art **Handbuch** herausgeben möchte, in welchem das gesamte Material zusammengestellt ist, die Gesetze, die namentlichen Abstimmungen und auch der Inhalt wichtiger Petitionen. Es soll also nicht nur das, was durch die parlamentarische Arbeit, durch die Verhandlungen des Reichstags in die Oeffentlichkeit gelangt, sondern auch das, was durch die Uebelstände im bürgerlichen Parlament unterdrückt wird, der Kenntnis der Parteigenossenschaft zugeführt werden. Es genügt wohl, diesen Wunsch der künftigen Reichstagsfraktion zu unterbreiten und ebenso dem Parteivorstand, damit sie sich mit der Frage beschäftigen." (S. 299.)

Dem **Chemnitzer** Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

106. **Frankfurt a. M.**: „Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Durcharbeitung großer Gesetzesvorlagen, wie z. B. des bevorstehenden Zolltarifes, **geeignete Parteigenossen** aus dem Reiche **auch außerhalb der Fraktion zu berufen.**"

107. Genosse **Schmidt in Lübeck**: „Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei jeder Abstimmung im Reichstag und bei der Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, **zu mindestens 75 Prozent anwesend** zu sein."

142. Sechs Genossen in **Solingen**: „... 2. Dem Parteitag eine Regelung der **Diätenbezüge** unserer Reichs- und Landtagsfraktionsmitglieder vorzulegen, wonach den Abgeordneten Tagegelder gewährt werden unter Abführung der Diäten an die Parteikasse. Vorbildlich für die Höhe der Tagegelder sollen die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse sein."

(Die Anträge zur Vertretung der Fraktion auf den Parteitagen siehe bei dem Artikel „**Parteitag**".)

Antrag 142 wird durch die Annahme des Organisationsstatuts **erledigt**.

Im mündlichen Fraktionsbericht sagte Stadthagen u. a.:

„... Wenn nun in Anträgen verlangt ist, es mögen außerhalb der Fraktion stehende Genossen zu gesetzgeberischen Vorarbeiten zugezogen werden, so rennt man damit offene Türen ein. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß die Fraktion stets die Arbeit der Gesamtheit der Parteigenossen mitberücksichtigt ..." (S. 374.)

„... Zum Schluß möchte ich dem entgegentreten, als ob die Fraktion nun, da sie 110 Mann stark ist, auf einmal alle möglichen Wünsche erfüllen könnte. Je stärker sie ist, desto größer ist der Widerstand, der zu überwinden ist, und die Gewissenlosigkeit auf seiten der bürgerlichen Parteien und der von ihnen gefangen gehaltenen Regierung. Unterstützt werden muß die Fraktion durch außerparlamentarische Betätigung .." (S. 376.)

Antrag 107 wird nicht genügend unterstützt.

Meerfeld-Köln:

„... Wir alle im Lande würden es sehr begrüßen, wenn die Fraktion hin und wieder mehr politische Initiative entwickelte, wenn sie gegenüber den neuen Problemen der Politik etwas mehr Verständnis bekundete. (Zuruf: Zum Beispiel?) Ja, Sie hören aus dem Klingeln des Vorsitzenden, daß ich meine Redezeit sogar schon überschritten habe! Ich kann also nur die Fraktion auffordern, dafür zu sorgen, daß sich infolge ihrer Initiative immer neue Massen hinter unsere Fahne stellen. Ich bitte die Fraktion, in dem Sinne tätig zu sein und, ohne sich von unseren Prinzipien etwas zu vergeben, mehr im Reichstag zu erreichen. (Zuruf von Stadthagen: Wie denn?) Bei kluger Ausnutzung aller politischen Situationen wird das möglich sein." (S. 381 f.)

Bebel:

„... Wie wir gegen den Willen der Mehrheit als Minorität Taten vollbringen wollten, das mag uns Meerfeld einmal auseinandersetzen." (S. 391.)

Antrag 106 wird abgelehnt.

Im Bericht der Fraktion an den Jenaer Parteitag **1913** heißt es unter anderm:

„... Der imperialistische Taumel der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ... schließt für eine Reihe von Fragen ... alle bürgerlichen Parteien zu einer festen Einheit zusammen.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion kann demgegenüber nur darauf gerichtet sein, wo immer sich eine Gelegenheit bietet, den Widerstreit der bürgerlichen Interessen und ihrer politischen Parteien im Reichstage zugunsten der Arbeiterklasse auszunutzen. Hierzu haben sich auch in dem verflossenen Sessionsabschnitte in den Kommissionsberatungen und im Plenum des Reichstages, besonders auch bei der Wehrvorlage, mannigfache Handhaben geboten, die die Fraktion nach bestem Können benutzt hat. In den Fraktionssitzungen ist über taktische Erwägungen oft und eingehend diskutiert worden. Ob die Entscheidungen, zu denen die Fraktion dabei gekommen ist, immer die richtigen waren, das nachzuprüfen, ist die Aufgabe der Parteigenossen und des Parteitages ...

So wenig der Parlamentarismus überhaupt, am allerwenigsten der durch reaktionäre Fesseln an Händen und Füßen gebundene Deutsche Reichstag imstande ist, die Befreiung des Proletariats herbeizuführen, so sehr kann er bei richtiger Anwendung an diesem Werke mitarbeiten. Dazu gehört in Deutschland freilich in erster Linie eine Befreiung des Parlaments vom Drucke einer übermächtigen Regierungsbureaukratie einerseits und von den hemmenden Schwergewichten anderseits, die mangelnde Initiative, ängstliche Rechnungsträgerei und grundsatzlose Opportunitätspolitik des bürgerlichen Liberalismus für einen tätigen und fortschrittsfreudigen Parlamentarismus bedeuten. Dem Deutschen Reichstage diese Befreiung zu bringen, gehört mit zu den Aufgaben der sozialdemokratischen Fraktion.

Diese Aufgabe so gut wie irgendeine andere kann sie nur leisten, wenn sie in engster Fühlung mit ihren Auftraggebern, mit den organisierten Arbeitern und den Wählermassen, steht...

Die Anteilnahme der Massen an der Tätigkeit der Fraktion und — wo es nötig ist — die Korrektur der Fraktion durch die Genossen ist es, was die Fraktion ihrerseits fordern muß, wenn sie ihre wichtigen Aufgaben im Gesamtorganismus des klassenbewußten Proletariats als dienendes Glied richtig und erfolgreich erfüllen soll." (S. 175 f.)

Folgende Anträge lagen vor:

17. Hannover: 1. „Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstagssession die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbroschüren herauszugeben, unter Berücksichtigung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt..."

28. Hamburg I: „Die Parteigenossen sehen in dem Fehlen unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachten Antrag betreffs Einführung des Proportionalwahlrechtes eine schwere Schädigung des parlamentarischen Ansehens der Partei.

Es bleibt den Parteigenossen unverständlich, daß auch bei der notwendig gewordenen zweiten Abstimmung die Genossen in der Fraktion abermals ihre Pflicht nicht erfüllten. Die Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises verlangen vom Parteitag, daß derselbe die fehlenden Abgeordneten zur Rechenschaft zieht."

29. Hamburg II: „In Anbetracht der Beschlußunfähigkeit des Reichstags und der darauf erfolgten Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstag verurteilt der Parteitag auf das entschiedenste die Nachlässigkeit derjenigen Abgeordneten, die aus nicht erklärlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind.

Gleichzeitig spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß in Zukunft bei allen prinzipiellen Abstimmungen im Reichstag die Fraktion möglichst in ihrer vollen Stärke vertreten sein muß, um dadurch den Interessen ihrer Mandatgeber mehr Rechnung zu tragen."

30. Schwarzburg-Sondershausen: „Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, möglichst vollzählig anwesend zu sein."

31. Schwarzburg-Rudolstadt: „Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstages, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollzählig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie geschehen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt."

Nach Begründung durch Schrader-Hannover (S. 269 f.) und auf Vorschlag von Scheidemann (S. 276) wird Antrag 17 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Im mündlichen Fraktionsbericht führte Heinrich Schulz aus:

„... Abgesehen von der Abstimmung bei der Deckungsfrage ist die Fraktion wenig angegriffen worden.

... ich möchte fragen, ob wir überhaupt an der Tradition festhalten sollen, daß der ganze Bericht in der Parteipresse abgedruckt wird. Die meisten Parteiblätter tun es schon seit Jahren nicht mehr. Selbst das große „Hamburger Echo" hat in diesem Jahre darauf verzichtet. Ich möchte anregen, daß in Zukunft nicht mehr irgendein Mitglied der Fraktion im Laufe der Session den Auftrag erhält, den Bericht anzufertigen, sondern daß diese Arbeit dem Fraktionssekretär übertragen

wird, der ja an sich schon mit der Sammlung des Tatsachenmaterials beschäftigt ist, und dem es deshalb viel leichter wird, den Bericht zusammenzustellen. Dann kann der Fraktionsbericht wenige Wochen nach Schluß der Session erscheinen, nicht in der Parteipresse, sondern als ein selbständiges Buch, von dem im Interesse der Agitation eine billige Ausgabe hergestellt werden kann ...

Die Anträge 28 bis 31 rügen das Fehlen der Abgeordneten bei wichtigen Abstimmungen. Die Anträge haben einen bestimmten Fall im Auge, der in der letzten Session vorgekommen ist und, wie ich zugeben will, hier und da unliebsames Aufsehen erregt hat. Zum Etat des Reichskanzlers hatten wir eine Resolution auf Einführung des Proportionalwahlsystems eingebracht. Für diese Resolution wurden 90, dagegen 88 Stimmen abgegeben, sie wäre also mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen gewesen, wenn nicht durch den sich notwendig machenden Hammelsprung die Beschlußunfähigkeit festgestellt worden wäre. Am nächsten Tage mußte die Abstimmung wiederholt werden. Auch da war wieder ein Hammelsprung nötig, und nun wurden 139 Stimmen dafür und 140 dagegen abgegeben, die Resolution wurde also mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Wir haben das bedauert, aber es gibt doch eine Reihe von Entschuldigungsgründen. Am ersten Tage, am Mittwoch, konnte niemand voraussehen, daß es noch zur Abstimmung kommen würde, am nächsten Tage fand die Abstimmung zu Beginn der Sitzung statt, so daß nicht alle auswärtigen Kollegen telegraphisch herangeholt werden konnten. Wer gefehlt hat, läßt sich heute nicht mehr feststellen. (Adolf Hoffmann: Ihr müßt Euch solidarisch erklären!) In der Fraktion des preußischen Landtages ist es natürlich leichter. (Hoffmann: Wir sind immer da!) Ich glaube sogar, es gibt Abgeordnete, die heute nicht mehr genau wissen, ob sie anwesend gewesen sind oder nicht (Große Heiterkeit.) Ja, Genossen, die einzelnen Abstimmungen sind doch nicht mit so viel Feierlichkeiten umgeben, daß sich jeder genau merkt — und noch monatelang später weiß, ob er bei einer der vielen Abstimmungen dabei gewesen ist oder nicht. Unsere Genossen sind doch schließlich nicht nur Parlamentarier, glücklicherweise nicht ... Verlangen Sie etwa, daß jeder Reichstagsabgeordnete in jeder Sitzung von Anfang bis zu Ende im Reichstag anwesend sein soll? So grausam können Sie nicht sein! Dann hätten wir den ersten Massenstreik. (Heiterkeit.) Dann würden die Reichstagsabgeordneten ihre Mandate niederlegen. (Rufe: Na, na!) Das hält kein Mensch aus. Soweit die Anträge nur wünschen, daß jeder Abgeordnete bei wichtigen Parteiinteressen nach Möglichkeit und nach den Vorschriften seines parteigenössischen Gewissens anwesend sein muß, so haben sie selbstverständlich recht. Das geschieht aber auch heute schon. Kein Abgeordneter versäumt leichtsinnig seine Pflicht. Ich empfehle Ihnen den Antrag 30 und bitte, die anderen Anträge abzulehnen ...“ (S. 340 ff.)

Dr. Rosenfeld-Berlin:

„... Wenn nun aber Schulz in der Bekämpfung des Antrages 29 gesagt hat, wir können nicht verlangen, daß alle unsere Abgeordneten alle Tage im Reichstag sind, dies Verlangen würde einen Massenstreik der Abgeordneten zur Folge haben, so möchte ich demgegenüber sagen: auf den Massenstreik können wir es ruhig ankommen lassen. (Sehr wahr!) ...“ (S. 347.)

Weinheber-Hamburg:

„... Wenn man von den Parteigenossen erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen sollen, dann ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Parlamentarier, auch auf dem Posten zu sein und die Interessen des Proletariats nachdrücklich zu vertreten. Wir nageln ja die bürgerlichen Abgeordneten fest, wenn sie wichtige Abstimmungen versäumen oder sich davon drücken. Es ist blamabel, wenn wir feststellen müssen, daß auch unsere Abgeordneten nicht zur Stelle gewesen sind. Es ist ja nicht das erstemal, daß so etwas gerügt wird. Denken Sie an die Interpellation über das Unglück auf der Grube „Borussia“. Da fehlten auch viele Parteigenossen, so daß der Antrag auf Besprechung der Interpellation nicht genügend unterstützt wurde. Wir hoffen, daß wir beim nächsten Parteitag nicht wieder solche Beschwerden vorbringen müssen ...“ (S. 348 f.)

H e i l m a n n - Chemnitz:

„... Die Anträge, die die Fraktion tadeln wollen, weil sie bei entscheidenden Sitzungen nicht vollzählig genug anwesend war, scheinen mir n i c h t h i n r e i c h e n d b e g r ü n d e t zu sein... Ich habe den starken Verdacht, daß auch bei der Abstimmung über den Antrag betreffend das Verhältniswahlrecht die Schuld nicht an dem Fehlen unserer Abgeordneten, sondern an dem vielleicht absichtlichen Fehlen mancher Liberaler gelegen hat, die einer Entscheidung ausweichen wollten. Solange diese Möglichkeit vorliegt, möchte ich Sie bitten, von einem Tadel gegen die Fraktion abzusehen. (Beifall.)" (S. 352 f.)

N o s k e - Chemnitz:

„Ich bin der Ueberzeugung, daß es d e r W e r b e a r b e i t d e r P a r t e i k e i n e s w e g s f ö r d e r l i c h ist, wenn so, wie es heute von einigen Rednern, besonders von Stengele, geschehen ist, auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht wird, aus der Arbeit der 110 im Reichstag sei so gut wie gar nichts herausgekommen. Das ist total falsch. Richtig ist nur, daß sich nicht im Handumdrehen grundstürzende Reformarbeiten ermöglichen ließen. Wer aber wie wir das halbe Jahr r e c h t h a r t e A r b e i t i m R e i c h s t a g zu leisten hat, der merkt, daß es vorwärts geht und daß bei den verschiedensten Gelegenheiten kleinere oder größere Vorteile herausgeholt werden, die sich mit der Zeit summieren. Als bürgerliche Zeitungen beim Abschluß der Etatsberatung in üblicher Weise darauf hingewiesen hatten, daß von den Sozialdemokraten keine positiven Leistungen erzielt worden seien, da nahm ich mir die Mühe, zusammenzustellen, daß wir allein bei der Beratung des K o l o n i a l e t a t s ungefähr e i n D u t z e n d p r a k t i s c h e R e f o r m e n in unserem Sinne durchgesetzt haben. Das, was ich in einem einzelnen Falle gelegentlich festgestellt habe, kann sicherlich auch von der Arbeit anderer Kommissionsmitglieder unserer Partei in gleichem Maße gesagt werden. Deshalb muß ich mit allem Nachdruck betonen, daß es eine total irrige Taktik ist, wenn so, wie das B r a u n s c h w e i g e r Parteiblatt es kürzlich getan hat, von den Ergebnissen der Reichstagsfraktionsarbeit und unserer sonstigen Tätigkeit als von einem „Q u a r k" gesprochen wird. Dagegen muß mit allem Nachdruck protestiert werden. Ich würde mich dafür bedanken, meine Lebensarbeit für einen Quark herzugeben..." (S. 355.)

L e d e b o u r:

„... Wir begrüßen es mit Freuden, daß die Fraktion kritisiert wird. Wenn manchmal dabei übers Ziel hinausgeschossen wird, so erklärt sich das daraus, daß die Genossen die allgemeine Empfindung haben, daß da etwas faul ist. Da sie aber nicht selber in den Dingen stecken, suchen sie die Ursachen hin und wieder an der falschen Stelle..." (S. 357.)

A d o l f H o f f m a n n:

„... die Tatsache, daß ein Teil unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über die Resolution in bezug auf das Proportionalwahlrecht gefehlt hat, so daß sie mit einer Stimme abgelehnt wurde, ist doch außen als Blamage empfunden worden. Wenn S c h u l z meint, es sei begreiflich, daß sich um sieben Uhr die Reihen schon gelichtet hätten, so war es aber doch unbegreiflich, daß die Leute nicht wußten, was eventuell noch kommen konnte. Dann wäre es ja ein Glück, daß keine namentliche Abstimmung beantragt war, denn dann könnte Schulz nicht sagen, es ist nicht mehr festzustellen, wer gefehlt hat. Natürlich will ich auch von keinem Fraktionsmitglied verlangen, daß es nachher etwa den Angeber macht; soviel Solidarität muß man schon haben... Wenn Schulz meinte, ein Zwang, immer da zu sein, würde zum M a s s e n s t r e i k führen, indem die Fraktionsgenossen die Mandate niederlegen würden, so habe ich vor diesem Massenstreik keine Angst. Wir brauchen gar nicht an Arbeitswillige dabei zu denken. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß für diesen Massenstreik die Massen dort noch nicht reif sind. (Heiterkeit.) Vielmehr besteht eine Furcht davor, daß die Parlamentskinder, die mit Hilfe der Dämpfung geboren sind (Heiterkeit), vor einem Verlust des Mandats Angst haben könnten, und man muß die Stimme des Volkes beachten, die meint, daß es eine Folge der Dämpfung ist, daß solche Abgeordnete erwägen könnten, ob sie auch wiedergewählt werden, wenn etwa eine

Auflösung erfolgt... Der Antrag 30, wonach die Abgeordneten nach Möglichkeit anwesend sein sollen, bringt uns gar nicht vorwärts. Er ist erstens selbstverständlich, denn es müßte doch ein Abgeordneter ein recht unfähiger Mensch sein, der nicht nachher begründen könnte, daß es ihm „nicht möglich" war, anwesend zu sein. (Heiterkeit.) Mir scheint weit richtiger der Antrag Hamburg... Noske meinte, die Werbearbeit wird durch die Kritik nicht gefördert. (Noske: Das habe ich nicht gesagt!) Jedenfalls ist der Beweis durch die Kritik erbracht, daß die Genossen ein schnelleres Tempo haben wollen. Da sollte man nicht so empfindlich, sondern froh sein, wenn aus den Massen gedrängt wird. Ich meine nicht, wie Noske, die Fraktion soll weiter arbeiten mit „unermüdlicher Geduld", sondern wir bitten sie, mit recht großer Ungeduld weiter zu arbeiten. (Bravo!)" (S. 358 f.)

Fritsch-Liegnitz:

„Heilmann hat schon darauf hingewiesen, daß die Abstimmung im Reichstag über die Gültigkeitserklärung des Mandats von Becker-Sprendlingen draußen von den Massen sehr bedauert worden ist, ebenso die Abstimmung über die Einführung der Proportionalwahl. In beiden Fällen handelt es sich nur um eine einzige fehlende Stimme. Diese Abstimmungen werden der Fraktion die Lehre geben, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt..." (S. 361.)

Sollmann-Köln:

„Schulz hat einen wesentlichen Teil seines Berichtes der Entschuldigung der Reichstagsfraktion wegen der Abstimmung über die Proportionalwahl gewidmet. Jeder ist wohl der Ansicht, daß die Entschuldigungsgründe von Schulz nicht ausreichend waren, und daß Heilmann, der nicht im Reichstag sitzt, die Fraktion eigentlich hier besser verteidigt hat. Besonders hat mich gewundert, daß Schulz sagte, manche Abgeordneten wüßten heute vielleicht gar nicht mehr, ob sie an der Abstimmung teilgenommen hätten oder nicht. Ich glaube, jeder wird doch wohl noch seine Mitwirkung bei der so wichtigen Abstimmung im Gedächtnis haben. Man soll die Bedeutung dieser Dinge nicht unterschätzen. In den Massen hat dieser Vorgang große Mißstimmung erregt, und selbst in London, wo ich einen Vortrag hielt, haben in der Diskussion die dortigen deutschen Genossen die Abstimmung scharf kritisiert. Mit solchen Anträgen aber, wie sie vorliegen, kann man nichts erreichen, das würde den Eindruck erwecken, als sei ein allgemeines Mißtrauen gegen die Fraktion vorhanden. Ich betone ausdrücklich, daß das nicht der Fall ist, sondern daß die Genossen und die Wählermassen mit geradezu rührendem Vertrauen an der Fraktion hängen..." (S. 362.)

Cohen-Reuß:

„...Eine Reihe von Fehlern müssen Sie der Fraktion schon zugestehen. Erst wenn die Fehler das Maß des Erlaubten überschreiten, haben Sie das Recht, ihr so den Kopf zu waschen, wie es einige Hamburger heute schon getan haben... Genosse Hoffmann ..., wenn Sie sagen, es fallen so oft Aeußerungen, daß Genossen, die durch die Dämpfungspolitik in den Reichstag gewählt sind, manchesmal in ihren Abstimmungen geneigt seien, sich nach dieser Dämpfungsmethode zu richten, dann muß ich dagegen auf das schärfste protestieren. (Sehr gut!) Das muß ein komischer Sozialdemokrat sein, der glaubt, daß ein Abgeordneter so etwas täte. (Lebhaftes Sehr richtig!)...

Ich würde es allerdings für richtig gehalten haben, daß die Fraktion alles aufgeboten hätte, wenn es möglich gewesen wäre, wegen der Heeresvorlage eine Reichstagsauflösung herbeizuführen. Ich weiß sehr wohl, daß mancher für diese Auffassung nicht zu haben gewesen wäre, aber ich glaube nicht, daß es soizaldemokratische Abgeordnete gegeben hätte, die die Auflösung aus Angst um ihre Mandate vermeiden wollten. (Sehr richtig!) Das ist ganz ausgeschlossen, aber es lag wohl keine Möglichkeit vor, die Auflösung herbeizuführen..." (S. 370 f.)

Stäffler-Berlin:

„...Das Fehlen der Reichstagsabgeordneten ist auch bei uns sehr bemängelt worden. Schulz entschuldigt es damit, daß viele unserer Genossen außerhalb des

Reichstags im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sein müßten. Wenn man diesen Gedanken weiter verfolgt, dann kommt man zu Konsequenzen, die sehr bedenklich sind. Wenn wir in Deutschland den Massenstreik inszenieren wollen, dann wird er sich auf der einen Seite in den Massen selbst entwickeln, anderseits muß der Kampf aber dann auch in den Parlamenten mit aller Schärfe geführt werden, dann kann es so kommen, daß der größte Teil der Abgeordneten durch die wirtschaftlichen Kämpfe draußen verhindert ist, an den Sitzungen teilzunehmen. Man wird in Zukunft dafür Sorge tragen müssen, daß die Reichstagsabgeordneten nicht außerhalb des Parlaments zuviel beschäftigt sind in den Organisationen. Ich will damit nicht sagen, daß wir die Angestellten der Gewerkschaften und Genossenschaften nicht mehr mit Mandaten betrauen sollen, wir müssen aber dafür sorgen, daß durch die Häufung von Aemtern nicht entweder der wirtschaftliche Kampf oder der politische im Parlament leidet ..." (S. 373.)

Adolf Hoffmann (persönlich):

„... Dann soll ich gesagt haben, durch die Dämpfung seien Abgeordnete zu einer anderen Haltung bestimmt worden. Ich habe gesagt, die Meinung habe sich außen breit gemacht, daß man eher als vor dem hier angedrohten Streik Furcht davor haben müsse, daß die durch die Dämpfung Gewählten nicht in der radikalen Weise zustimmen. Es ist auch in den Berichterstattungs-Versammlungen gesagt worden, daß wir bei einer Auflösung vielleicht nicht denselben Erfolg gehabt hätten, sondern wahrscheinlich in derselben Zahl nicht wiedergekommen wären. Das bestätigt also, was ich gesagt habe ..." (S. 373 f.)

Heinrich Schulz (Schlußwort):

„... Manche Parteigenossen haben verlangt, daß die Fraktionsmitglieder stets vollzählig anwesend sein sollen. Niemand hat aber verlangt, daß sie anwesend sein sollen, wenn ernste gewerkschaftliche und parteigenössische Pflichten sie zum Fernbleiben zwingen, oder wenn ihr bürgerlicher Beruf oder eine Krankheit sie an dem Besuch des Reichstags hindert. Nach den Listen über die namentlichen Abstimmungen waren unsere Genossen fast immer vollzählig vertreten. Das beweist also, daß bei wichtigen Angelegenheiten unsere Abgeordneten ihre Pflicht erfüllen. Andererseits verlangen aber die Parteigenossen im Lande, daß ihre Abgeordneten sich auch um ihren Wahlkreis kümmern. .. Ich bitte Sie dringend, den Bogen nicht zu überspannen und von den Abgeordneten nicht zu verlangen, daß sie in dem Maße im Reichstag anwesend sein sollen, wie manche hier gefordert haben. Sie wissen gar nicht, was für ein Opfer es ist, wenn man von der ersten bis zur letzten Minute im Reichstag sein soll! ..." (S. 375.)

Antrag 28 wird zugunsten von 29 zurückgezogen. 29 und 30 werden abgelehnt, 31 angenommen.

Vergleiche auch zahlreiche andere Artikel, insbesondere „Militarismus", „Parteitag", „Sonderkonferenzen", „Steuerfrage", „Strafgesetzbuch".

Reichstagspräsidium.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtete die Reichstagsfraktion:

„... Bei der Beratung über die Stellungnahme zu der Besetzung des Reichstagspräsidiums berücksichtigte die Fraktion ferner die insofern durch die Wahlen veränderte politische Situation, als der schwarzblaue Block erheblich geschwächt aus dem Wahlkampf zurückgekehrt war. Sie wollte sich aus diesen Gründen mit der Uebernahme des Postens des ersten Präsidenten unter der Voraussetzung begnügen, daß ihr dieser auch eingeräumt würde ... Ausdrücklich beschloß sie ferner, die Uebernahme irgendwelcher Verpflichtungen außer den staatsrechtlichen, in der Geschäftsordnung begründeten abzulehnen, insbesondere also es abzulehnen, von der Zusammensetzung des Präsidiums dem Kaiser auch mündlich Mitteilung zu machen. Eine solche Verpflichtung wäre die Unterwerfung der Fraktion unter Bedingungen, die aus der bürgerlichen Anschau-

ung entnommen sind. So sehr die Fraktion sich seit je für berechtigt und verpflichtet gefühlt hat, die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit allen anderen Parteien zu verlangen, so wenig kann sie sich der Anschauung der bürgerlichen Parteien unterwerfen...

Bei der Wahl des Präsidenten im Plenum am 9. Februar entfielen im ersten Wahlgang auf Spahn (Z.) 185, Bebel 110, Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.) 88 Stimmen, 3 waren ungültig, 2 zersplittert. Bei der danach erforderlichen engeren Wahl entfielen von 388 abgegebenen Stimmen auf Spahn 186, auf Bebel 114, auf Prinz zu Schönaich-Carolath 85 Stimmen, 3 Stimmzettel waren ungültig. Bei der Stichwahl erhielten von 384 abgegebenen Stimmen Spahn 196, Bebel 175 Stimmen, 13 Stimmzettel waren ungültig. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten entfielen von 386 abgegebenen Stimmen auf Scheidemann 188, Dietrich (k.) 174 Stimmen; 21 Stimmen waren ungültig, 3 zersplittert...

Bei der an demselben Tage vollzogenen Schriftführerwahl wurden zum erstenmal im Reichstag Sozialdemokraten zu Schriftführern gewählt: Stücklen mit 290 und Fischer (Berlin) mit 216 Stimmen...

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags wird sein zu Anfang einer Legislaturperiode gewähltes Präsidium das erstemal auf vier Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Session gewählt.... Unter dem 12. Februar legte Spahn seinen Posten nieder. Inzwischen hatten Konservative und der rechte Flügel der Nationalliberalen wie rasend darüber getobt, daß offenbar eine Anzahl Nationalliberaler den Sozialdemokraten Bebel und Scheidemann ihre Stimmen gegeben hatten und daß Paasche in dem durch einen Sozialdemokraten mitbesetzten Präsidium sitze. Unter anderm hatte der „Reichsbote" daran erinnert, daß Scheidemann in seiner Etatsrede vom 10. Dezember 1909 gesagt hatte: „Ich kenne die preußische Geschichte gut genug, um zu wissen, daß der Wortbruch sozusagen zu den erhabensten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses gehört" und dafür mit einem Ordnungsruf belegt war. Scheidemann hatte in jener Rede darauf hingewiesen, daß das konservative Kirchenblatt unter Bezugnahme auf die Ankündigung einer Wahlreform in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 geschrieben hatte, ein König braucht nichts zu halten von dem, was er versprochen hat, und daß weiter erklärt war: Jeder Versuch, das Versprechen der Thronrede einzulösen, sei ein Frevel. Er hatte dann dargelegt, daß Friedrich Wilhelm III., als er von Napoleon in die Enge getrieben war, dem preußischen Volke eine Verfassung versprochen, dies Versprechen aber nicht gehalten hatte, sowie daß Friedrich Wilhelm IV. am 18. März 1848 eine Verfassung versprochen, dann gegeben, aber ein Jahr später die Verfassung geraubt und das Dreiklassenwahlsystem oktroyiert hatte... am 14. Februar legte Paasche sein Amt als zweiter Vizepräsident nieder. An demselben Tage wurde unter dem Präsidium Scheidemann die Wahl des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten vorgenommen. Abgegeben wurden 374 Stimmen, darunter 174 unbeschriebene. Von den gültigen 200 Stimmen erhielt Kaempf (Vp.) 195, 5 Stimmen waren zersplittert. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Dove (Vp.) gewählt. Abgegeben waren 166 unbeschriebene und 205 gültige Stimmzettel. Von diesen entfielen auf Dove 194, die übrigen waren zersplittert. Nun hatte der Reichstag trotz der konservativklerikalen Obstruktion ein Präsidium.

Das Ergebnis der ersten Präsidentenwahlen wurde geschäftsordnungsmäßig dem Kaiser schriftlich angezeigt. Ferner suchten der Reichstagspräsident und der zweite Vizepräsident Paasche um eine Audienz beim Kaiser nach. Der Kaiser erwiderte, er lasse bestens danken, sei aber verhindert, die Herren zu empfangen. Das Wolffsche Telegraphenbureau teilte mit, der bisherige Empfang habe dem Präsidium in seiner Gesamtheit gegolten, nicht den einzelnen Personen, die ihm angehören; die Antwort sei auf Vorschlag des Reichskanzlers gegeben, der dem Kaiser nicht empfehlen konnte, Abweichungen von der gewohnten Regel zu folgen und sie damit gutzuheißen.

Am 8. März fand die Neuwahl des Präsidiums statt. Die Konservativen und das Zentrum waren im Verein mit der Regierung lebhaft bemüht, unseren Genossen aus dem Präsidium zu entfernen. Als Preis war den Nationalliberalen der Posten des ersten Vizepräsidenten versprochen. Als Präsident wurde Kaempf (Vp.) mit 192 Stimmen gewählt. 187 Stimmen vereinigten sich auf Spahn (Zentr.), 4 Stimmen zersplitterten... Paasche erhielt 197, Scheidemann 155

Stimmen, 5 waren zersplittert. Die Rechte hatte erklärt, bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten Dove (Vp.) zu wählen. Dieser wollte nicht durch das Vertrauen der Schwarzblauen ins Präsidium kommen. Er und seine Parteifreunde stimmten mit uns für Scheidemann. Auf diesen entfielen 147 Stimmen, Dove erhielt 200; 4 Stimmen zersplitterten. Wir erklärten Dove, ebenso wie seine Parteifreunde, unser Einverständnis mit der Annahme der Wahl. Diese erfolgte dann. Das Präsidium wurde bald darauf vom Kaiser empfangen ..." (S. 100 ff.)

In der Debatte über den Bericht der Fraktion sagte Bebel:

„... Meerfeld hat es getadelt, daß wir uns an der Präsidentenwahl beteiligt haben ... nach dem bisher, wenn auch nicht regelmäßig geübten Usus hatten wir Anspruch auf den ersten Präsidenten. Nun haben wir selber anerkannt, daß bei unserer Stellung gegenüber dem Reich und dem Reichstag wir auf diese Stelle keinen Anspruch erheben wollen, aber, ich muß das aussprechen, daß wir unter allen Umständen unseren Kandidaten aufstellen und dafür eintreten wollen. Dagegen war man bürgerlicherseits bereit, einen Vizepräsidenten uns abzutreten. Das ist dann Scheidemann geworden. Dieses Verhalten entspricht nur der Taktik, die wir bisher geübt haben. Meerfeld hätte vor Jahren auftreten und uns warnen müssen, wenn ihm dieser Standpunkt nicht behagte. Nun glaubte er, wir hätten eine Art moralische Niederlage erlitten, als Scheidemann nachher nicht wiedergewählt wurde. Genossen, darüber waren wir in der Fraktion gar nicht im Zweifel, daß das nur eine vorübergehende Erscheinung auf dem Präsidentenstuhl war. (Heiterkeit.) Wir sagten uns sofort: Man macht uns in diesem Augenblick Konzessionen. Die Gegner waren auf unsere Stimmen für die Präsidentenwahl angewiesen, und so haben sie unserem Kandidaten die Stimmen gegeben, um ihn nachher in der bekannten Taktik von dem Präsidentensessel herunterzusetzen. Wir haben uns dabei gar nichts vergeben, nach keiner Richtung hin, und ich verstehe nicht, wie Meerfeld mit diesem lebhaften Eifer sich gegen unser Verhalten erklären konnte ..." (S. 390 f.)

Stadthagen (im Schlußwort):

„... wenn Meerfeld etwa gemeint hat, daß die bisherige Taktik unklug war, wenn er meint, wir sollten entgegenkommen, wir sollten einen Teil unserer Anschauungen preisgeben, so muß ich dem im Namen der ganzen Fraktion mit aller Entschiedenheit widersprechen. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, unser Mandat zu beschmutzen, zu beflecken. Das würden wir tun, wenn wir auch nur ein Jota von unserem Programm abgehen würden. .." (S.398.)

Reichstagswahlen.

Im Bericht an den Magdeburger Parteitag **1910** heißt es:

„... Im nächsten Wahlkampf werden die Kapitalisten wohl die Parole ausgeben, gegen Agrarier und Sozialdemokraten. Indes sind wir keinen Augenblick im Zweifel, daß sich der eigentliche Kampf gegen unsere Partei richten wird. Wohl möchten die Kapitalisten die Macht der Agrarier brechen, aber sie mit Hilfe des Proletariats brechen, das verabscheuen sie mehr als die Junkerherrschaft ..." (S. 15.)

Folgende Anträge lagen vor:

17. Berlin, 6. Kreis, Leipold und fünf Genossen: „Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reiche verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen als Kandidaten aufzustellen, die gewillt sind und sich dazu durch eine ganz klare und unzweideutige schriftliche Erklärung bereit erklären, strikte im Geiste unserer proletarisch-revolutionären Prinzipien des Klassenkampfes und der aus diesen heraus gebotenen Taktik — welche also jede Konzession an die bürgerliche Gesellschaft, jede Bundesgenossenschaft und jedes Paktieren mit den bürgerlichen Parteien, sowie das Bestreben, durch diplomatische Künste Vorteile zu erschleichen, ausschließt — ihr Mandat auszuüben. Die Abgabe der Erklärung hätte sich auch auf die bereits nominierten Kandidaten zu erstrecken. Im Falle der Verweigerung der Erklärung soll von der Kandidatur unbedingt Abstand genommen werden."

39. Berlin, 3. Kreis, Genosse Hallbauer: „Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, einen Antrag einzubringen, in dem der Sonntag als Wahltag für den Reichstag und die Landtage gefordert wird. Im Falle der Ablehnung des Antrages beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, mit der Generalkommission die Frage der Arbeitsruhe an den Wahltagen zu erörtern und eventuell die Arbeitsruhe zu beschließen."

Antrag 17 wird nicht genügend unterstützt.

Im Parlamentarischen Bericht sagte Noske:

„... Bethmann Hollweg überlegt zweifellos und mit ihm die bürgerlichen Parteien, wie man mit einer hurrapatriotischen Wahlparole bei den nächsten Wahlen Geschäfte machen könnte...

Das deutsche Volk ist seit 1907 zu toll gebüttelt und betrogen worden. Den Wählern, die auf den Hottentottenschwindel hineingefallen sind, sind als Lohn Stockprügel auf den Magen versetzt worden, wie noch nie. Man kann daher wohl annehmen, daß das Volk von jeder Besinnung verlassen sein müßte, wenn es abermals auf einen Wahlschwindel hereinfallen würde. Durch Schaden muß sogar der deutsche Spießbürger klug werden..." (S. 388 f.)

Antrag 39 wird der Fraktion überwiesen.

Dem Jenaer Pateitag **1911** wird über die Nachwahlen u. a. berichtet:

„... Das Gros der liberalen Wähler hat das Mandat in Gießen der Parole der fortschrittlichen Führer zum Trotz den Antisemiten zugeschanzt. Dieses schmachvolle Verhalten eines wesentlichen Teiles der liberalen Wähler zeigt, wie wenig Verlaß auf die Masse der Liberalen ist, auch wenn die Parole lautet: „Wider den schwarzblauen Block"..." (S. 26.)

Folgende Anträge lagen vor:

65. Dortmund: „Der Parteitag wolle beschließen, der Arbeiterschaft zu empfehlen, am Tage der Reichstagswahl die Arbeit ruhen zu lassen."

70. Parteivorstand: Resolution zur Reichstagswahl. „Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitation gründlich ausnutzen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitation auch für die Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenenthaltung zu proklamieren."

Ein weiterer Antrag 13 (Stuttgart), eine Agitationsbroschüre über das Verbrechen der Bürgerlichen in der letzten Legislaturperiode herauszugeben, wurde zurückgezogen.

Zu seinem Referat über die Reichstagswahlen sagte Bebel u. a.:

„... Nun sind die Forderungen, die der Parteivorstand bei engeren Wahlen, bei denen wir ausfallen, den Genossen empfiehlt, dem gegnerischen Kandidaten vorzulegen, wenn er auf unsere Stimmen rechnet, sehr bescheiden, vielleicht so beschnitten, daß mancher von Ihnen den Kopf schüttelt. (Sehr richtig!) Ja, sehr richtig! Aber ich wäe froh, wenn wir die Kandidaten überall auf das bekämen, was wir verlangen. Haltet Euch vor Augen, es kommt nicht darauf an, was wir erreichen wollen, sondern was wir erreichen können. Entweder stellen wir Forderungen, die ein bürgerlicher Kandidat noch bewilligen kann, oder wir verzichten überhaupt darauf, uns an Stichwahlen, bei denen nur Gegner in Frage kommen, zu beteiligen. Aber erfahrungsmäßig nützt das nichts, die Wähler laufen dennoch in Massen zur Wahl. Man muß eben die Psychologie der Massen kennen. Am Wahltage geht es ihnen wie den Kavalleriepferden, wenn sie die Trompete hören. Wir haben Erfahrungen gemacht, wohin wir mit unserer Stimmenthaltung gekommen sind. Wir haben mit der Enthaltung elend Schiffbruch gelitten und wollen nicht abermals solche Fehler machen..." (S. 390 f.)

Nach einem Amendement Scheibe soll es im Antrag 65 statt „der Arbeiterschaft" heißen: „den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei".

Klupsch begründet den Antrag 65:

„... Wir in Dortmund-Hörde hatten schon 1907 diesen Antrag durchgeführt und dadurch am Wahltage 4000 Parteigenossen zur Verfügung. Ein solch starkes Aufgebot von Kräften muß überall in den Dienst der Wahlarbeit gestellt werden..." (S. 393 f.)

Haupt-Magdeburg:

„... Wir haben viele Kreise, in denen es auf des Messers Schneide steht, ob der Liberale oder der Sozialdemokrat in die Stichwahl gelangt. Legen wir uns nun in der bezeichneten Weise fest, so besteht die Gefahr, daß der Freisinnige die schmutzigsten Mittel anwendet, um den Sozialdemokraten aus der Stichwahl herauszubringen, und trotzdem müssen wir ihm nachher die Stimmen geben. Ich gebe dem Genossen Bebel zu bedenken, ob dieser Passus nicht ganz zu streichen ist oder durch einen anderen zu ersetzen ist, wonach derjenige Kandidat vorzuziehen ist, dessen Partei uns Gegenseitigkeit verbürgt." (S. 398.)

Ein von Dickreiter-Altenburg gestellter Schlußantrag, von Hintze-Berlin bekämpft, wird angenommen. (S. 398.)

Bebel (Schlußwort):

„Wenn Genosse Hintze bei seiner Befürwortung der Ablehnung des Schlußantrages hervorhob, daß ich zwar das Zentrum scharf angegriffen, nicht aber ebenso scharf die liberalen Parteien, so muß ich doch hervorheben, daß ich wiederholt auch auf die Haltung der liberalen Parteien bei den verschiedenen Vorlagen eingegangen bin und darauf hingewiesen habe, wie sie mit unseren übrigen Gegnern zusammen gestimmt haben... Wo wir selbst in Frage kommen, bieten wir selbstverständlich alles auf, um den Sieg an unsere Fahne zu heften. Nun sagt Haupt, dann wird der Liberale alles aufbieten, auch die schmutzigsten Mittel, um uns aus der engeren Wahl zu drängen. Glauben Sie, daß er das nicht so wie so tun wird?

(Heiterkeit.) Die schmutzigsten Mittel anzuwenden, ist nicht sein gutes Recht; aber alles aufzubieten, um uns aus der Stichwahl zu werfen, das ist sein gutes Recht. Darin hat er ebensoviel Recht wie wir. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß gerade diejenigen, die die niederträchtigsten und schmutzigsten Mittel anwenden, in der Regel sehr schlecht abschneiden. (Sehr richtig!) Ich glaube also, daß der Passus in der Resolution korrekt ist und die Befürchtungen, die dagegen erhoben werden, nicht zutreffen.

Ich habe weiter zu erklären, daß wir es als selbstverständlich erachten, daß, bevor die Entscheidung in den einzelnen Wahlkreisen getroffen wird, man sich mit den Bezirks- und Landesorganisationen und dem Parteivorstand in Verbindung zu setzen hat, und daß der Parteivorstand auch in diesem Falle wie früher als eine Art Zentralinstanz für ganz Deutschland besteht.

Die Genossen in Dortmund haben beantragt, zu empfehlen, daß am Tage der Wahl die Arbeit ruhe. Ich bitte Sie im Namen des Parteivorstandes, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir sind mit dem Inhalt desselben vollständig einverstanden. Aber wenn wir einen derartigen Beschluß fassen, besteht die große Gefahr, daß der Glaube erweckt wird, die Genossen müßten die Arbeit ruhen lassen. Dadurch können Konflikte mit den Arbeitgebern hervorgerufen werden und Ungelegenheiten aller Art entstehen, die wir in diesem Falle vermeiden möchten. Wo man glaubt, die Arbeit ruhen lassen zu können, mag es geschehen. Aber wir raten davon ab, einen derartigen Beschluß zu fassen ..." (S. 398 f.)

Antrag 65 wird zurückgezogen, 70 einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen. Ein Antrag Reich-Hamburg, Bebels Referate (über die Marokkofrage und die Reichstagswahlen) in Broschürenform herauszugeben, wird auf Bebels Ersuchen abgelehnt.

Auf der Jenaer Frauenkonferenz **(1911)** sagte Klara Zetkin in dem Referat über die Frauen und die Reichstagswahlen u. a.:

„... Die bevorstehenden Reichstagswahlen werden wahrscheinlich die Ufer des gewöhnlichen Ringens um Mandate zwischen den politischen Parteien übersteigen. Sie werden sich zu einer riesigen, wild aufgepeitschten Welle des Klassenkampfes zwischen den besitzenden und den ausgebeuteten Schichten des Volkes erheben. Die Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Parteien werden verschwinden hinter dem einen großen Klassengegensatz, der die Gesellschaft auseinanderreißt in Ausgebeutete und Ausbeuter. Kaum verhüllt durch politische Programme wird er in die Erscheinung treten. Darauf deutet jetzt schon der Kuhhandel hin, der zwischen den bürgerlichen Parteien um Mandate gegen die Sozialdemokratie im Gange ist ..." (S. 439.)

„Aber dürfen wir nicht wenigstens hoffen, daß der Liberalismus künftig aus der seitherigen Verbindung mit den Konservativen und anderen reaktionären Elementen gelöst wird, daß er Anschluß nach links, statt nach rechts suchen muß? ... Der Anschluß nach links vollzieht sich nur bei verhältnismäßig unbedeutenden Fragen: angesichts größerer, entscheidender sozialer und politischer Reformen setzt sich je länger je mehr der Zug nach rechts durch ...

... So wird der Liberalismus reaktionärer, arbeiterfeindlicher. Weniger und weniger ist er zu haben für Reformen, die die Gegenwartslage des Proletariats heben, die dieses für seinen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft rüsten. Günstigstenfalls findet die kämpfende Arbeiterklasse in den Liberalen laue Freunde ..." (S. 441 f.)

Das Protokoll des Chemnitzer Parteitages **1912** enthält eine ausführliche Schilderung des Stichwahlabkommens mit den Fortschrittlern. (S. 29 ff.)

Die Anträge 100 (Duisburg), 101 (Nordhausen-Hohenstein), 102 (Elberfeld-Barmen), 103 (Weimar III), 159 (Berlin IV), 218 (Lorenz und Genossen) mißbilligen das Stichwahlabkommen, speziell die Dämpfung, während 105 (Kassel) sie billigt.

In seinem Referat über die Reichstagswahlen sagte Scheidemann unter anderm:

„... Gegen die Dämpfung namentlich sind diese Einwände gemacht worden: man hat hingewiesen auf zwei Kreise, die trotz der Dämpfung für unsere Partei erobert worden seien, Hagen und Nordhausen. In der Rede einer Genossin wurde gesagt: „Von jenen 16 Wahlkreisen, die wir selbst der Fortschrittspartei preisgeben haben, haben wir zur Ueberraschung der Welt zwei gewonnen. Es hieß, es seien aussichtslose Kreise; wie ist das gekommen? Als am ersten Stichwahltag die erschütternde Kunde von dem Verrat der Fortschrittler gekommen ist, da haben unsere Genossen gesagt: Hol der Teufel das ganze Abkommen! Und sie haben gesiegt." (Heiterkeit.) So soll man eigentlich keine Geschichte machen. (Sehr richtig!) Wenn in beiden Kreisen gesiegt wurde, so wurde nicht gesiegt trotz der Dämpfung, sondern infolge der Dämpfung. (Sehr richtig!) Das wollen wir doch als ehrliche Leute sagen und uns kein X für ein U machen. Hagen war gewissermaßen nur bedingungsweise in das Abkommen eingeschlossen, und es wurde sofort auf den Wunsch der dortigen Genossen wieder ausgenommen ..." (S. 332.)

„... In einem Parteiblatt wurde in einer Betrachtung über das Wahlabkommen gesagt: „Wir müssen in allen Situationen für unsere Grundsätze eintreten. Wir dürfen keine Mandate erschleichen oder erschachern, denn dadurch sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen. Würde der Parteivorstand dieses alten Grundsatzes beim Abschluß des Abkommens eingedenk gewesen sein ... usw." Dem Parteivorstand wird doch da ohne weiteres Preisgabe unserer Grundsätze unterstellt, er wird hingestellt als eine Korporation, die gewissenlos genug ist, Mandate zu erschleichen und zu erschachern ..." (S. 334.)

In der Debatte sprachen u. a.:

Ludwig-Hagen:

„... Wir verzichten darauf, dem Parteivorstand (lies: dem Parteitag) eine Resolution vorzulegen oder einen Antrag einzubringen. Unsere Genossen haben mir nur den Auftrag gegeben, hier zu erklären, daß sie das Abkommen überhaupt und besonders den Einschluß von Hagen-Schwelm für eine große Dummheit halten. Diesen Auftrag führe ich hiermit aus. (Heiterkeit.)

... Es ist nicht so leicht, einen Kreis, in dem 3000 bis 4000 Organisierte sind, in dem man in zwei Wahlperioden schon auf den Sieg in der Stichwahl rechnete, einfach abzutreten. Und „bei gedämpfter Trommel Klang" sich ins Bett zu legen und nichts für die Stichwahl zu tun. Das kann die ganze Organisation kosten ... Ich kann erklären, daß ich gegen alle Resolutionen stimmen werde, weil sie beim Parteitag nach der vorzüglichen Verteidigungsrede Scheidemanns keine Aussicht auf Annahme haben. (Beifall.)" (S. 340.)

Pollender-Nürnberg:

„... Unsere Genossen haben sich allerdings an das ganze Abkommen nicht gekehrt. Sie haben es für ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gehalten, weiter zu arbeiten, und haben bei der Stichwahl noch eine Stimmenzunahme von 1300 Stimmen erzielt. Im Namen meiner Auftraggeber möchte ich dem lebhaften Wunsche Ausdruck geben, daß in Zukunft derartige willkürliche Maßnahmen nicht wieder Platz greifen." (S. 341.)

Pannekoek-Bremen:

„... Dieses Abkommen bedeutet einen Schritt in der Richtung des Revisionismus (Lachen.) Revisionismus ist nicht einfach Budgetbewilligung. Untersucht man den Inhalt und die Wirkung der revisionistischen Politik, dann kommt sie überall darauf hinaus, daß den Arbeitern wieder Vertrauen in den Liberalismus eingeflößt wird. Dieses Abkommen beruht doch auf dem Gedanken, den man damit den Arbeitern beizubringen sucht, daß der Liberalismus ein zuverlässiger Mitkämpfer gegen die Reaktion ist ..." (S. 342.)

Scheidemann (Schlußwort):

„... Wir verdienen kein Lob, denn wir haben nur unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, wir verdienen aber auch nicht den leisesten Tadel; deshalb bitte ich Sie, über alle Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo!)" (S. 358.)

Der Parteitag geht über die zu diesem Punkte vorliegenden Resolutionen und Anträge mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

(Das sind, laut S. 338, Antrag 100, 101, 102, 103, 104 [fälschlich angegeben], 105 und 159. Ueber das Schicksal des Antrages 218 gibt das Protokoll keine Auskunft.)

Ein Antrag 9 (Genosse Kolb in Würzburg), „eine soziale Gliederung der Wählerschaft zu veranlassen", wird nach S. 289 des Protokolls abgelehnt, nach S. 549 aber dem Parteivorstand überwiesen. Gleichfalls abgelehnt wurde Antrag 151 (Magdeburg), der eine ähnliche Statistik wünschte.

Antrag 186 (Bochum), die Fraktion solle drängen auf Verlegung der Wahlen auf Feiertage und auf Bildung des Wahlvorstandes aus den Parteien, wurde zurückgezogen.

In Jena **1913** sagte Rosa Luxemburg bei der Massenstreikdebatte:

„... Ich weise darauf hin, daß in den letzten Tagen ein Leitartikel in der „Vossischen Zeitung" über die preußische Wahlreform gesagt hat: Die einzige Hoffnung auf die Wahlreform — das schreibt ein freisinniges Blatt — liege jetzt beim Zentrum. Mit diesem zusammen sollen die Liberalen jetzt eine Wahlreform machen. Und was für eine Wahlreform? Nicht etwa die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, sondern eine bessere Verteilung der Abteilungen in diesem Dreiklassenwahlrecht. Was bedeutet denn diese neue Kombination? Sie zeigt, daß der Liberalismus, nachdem er sich vor einigen Jahren durch die Paarung mit den Konservativen bis auf die Knochen blamiert hat, jetzt die letzte von der Geschichte gebotene Möglichkeit, noch mehr in der Gesinnung zu verlumpen, ergreifen will, um mit dem Zentrum eine Paarung gegen uns einzugehen. (Sehr richtig!) Was ist das anderes, Genosse Scheidemann, als der schmähliche Zusammenbruch Eurer ganzen Dämpfungstaktik seit den letzten Reichstagswahlen! (Zuruf vom Parteivorstand: Ach, Unsinn!) Parteigenossen, wenn unsere oberste Parteibehörde aus solchen Tatsachen nicht Anlaß nimmt, eine ernste Prüfung der bisherigen Richtlinien der Taktik vorzunehmen, dann steht es traurig um die Sicherheit in der Vorzeichnung der Linien, auf denen die Politik geführt werden soll ..." (S. 290.)

Siehe auch die Artikel „Doppelmandate", „Imperialismus", „Kriegshetze", „Reichstagsfraktion".

Reichstagswahlkreise.

Der Jenaer Parteitag **1913** überwies der Reichstagsfraktion zur Erwägung folgenden Antrag, nachdem Ledebour (S. 357) und Stäffler-Berlin (S. 372 f.) dafür gesprochen hatten:

37. Berlin VI: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, in den nächsten Tagungen einen Antrag einzubringen, wonach eine Neueinteilung der Wahlkreise nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vorzunehmen ist."

Reichsvereinsgesetz.

In Jena **1911** lag folgender Antrag vor:

47. Danzig: „Der Parteitag möge die Fraktion beauftragen, nach Zusammentritt des Reichstages sobald wie möglich eine Interpellation einzubringen, in

der die ungesetzliche Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Behörden besonders in Preußen aufgerollt wird."

Nachdem Geck im Parlamentarischen Bericht (S. 289) den Antrag als überflüssig bezeichnet hatte, da er schon im voraus erfüllt sei, wurde er zurückgezogen. Ebenso in Chemnitz **1912** der Antrag:

177. Berlin IV: „Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, bei geeigneter Zeit die Aufhebung des **Sprachenparagraphen** im Reichsvereinsgesetz zu beantragen."

Stadthagen hatte (S. 394) darauf hingewiesen, daß ein solcher Antrag schon im Februar im Reichstag gestellt worden sei.

Reichsverfassung.

Dem Jenaer Parteitag **1911** lag folgender Antrag vor:

48. München I und II: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag unverzüglich einen Antrag auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung einzubringen:

‚Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege) in die Reichsverfassung (und?) zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegssteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzuführen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt.'"

Geck bezeichnet im Parlamentarischen Bericht den Antrag als überflüssig, da von der Fraktion längst befolgt. (S. 288.) Der Antrag wird angenommen. Siehe auch den Artikel „Direkte Gesetzgebung".

Reichsversicherungsordnung.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** wird berichtet:

„Jetzt liegt die Novelle zur Reichsversicherungsordung, für die der Leipziger Parteitag die Grundzüge unserer Forderungen festlegte, dem Reichstage vor. Hatten wir auch keineswegs hohe Erwartungen an die Vorlage gestellt, so wurden nicht einmal diese erfüllt. Die größten Pessimisten behielten recht.

Wenn eine so umfangreiche Gesetzesvorlage sich auch wenig dazu eignet, in ihren Einzelheiten in Versammlungen kritisiert zu werden, so ist doch die Frage der Arbeiterversicherung ein Gegenstand, der das Interesse jedes Arbeiters berührt. Partei und Gewerkschaften haben deshalb alles getan, um die Arbeiter über die große Bedeutung des Gesetzes aufzuklären und sie aufzurufen zum Protest gegen die beabsichtigte Vernichtung ihres Selbstverwaltungsrechtes und die Mißachtung ihrer berechtigten Forderungen." (S. 14.)

Molkenbuhrs Referat ist auf den Seiten 465 bis 470 des Protokolls wiedergegeben. Es wurde ohne Debatte entgegengenommen. Molkenbuhr begann mit den Worten:

„. . . Da eine Anzahl der Delegierten abgereist ist, so könnte man annehmen, daß einzelne sich zu der schnellen Abreise entschlossen haben, weil sie befürchtet haben, eine stundenlange Rede von mir anhören zu müssen. (Heiterkeit.) Ich kann aber denen, die eine solche Furcht gehabt haben oder noch gegenwärtig in dieser Befürchtung leben, die Beruhigung geben, daß das eine Täuschung ist und daß ich mich im Gegenteil sehr kurz fassen werde . . ." (S. 465.)

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„Neben der Reichsfinanzreform stand die Reichsversicherungsordnung im Vordergrunde des politischen Interesses. Der Reichstag erledigte das

umfassende Werk in einer skandalösen Art... Die geringen Vorteile, die die Reichsversicherungsordnung den Versicherten brachte, werden von schwerwiegenden Nachteilen aufgewogen und sind vor allem verkuppelt mit einem Raube des Selbstverwaltungsrechts der in den Krankenkassen Versicherten. Dieses gelungene Attentat auf wohlerworbene Rechte hat die Industriearbeiterschaft zu scharfen Protesten gegen diese Gesetzesmacherei herausgefordert." (S. 14 f.)

In der Debatte über den Vorstandsbericht sagte Dißmann-Hanau:

„... Denken wir an die Erfahrungen, die wir mit unserer Aktion gegen die Reichsversicherungsordnung gemacht haben. Gerade dort haben wir die Höhe der Aktion nicht im wünschenswerten Maße erreicht. Es wird noch Gelegenheit sein, bei dem besonderen Punkte der Tagesordnung darüber zu sprechen ..." (S. 233.)

Ueber das Referat heißt es S. 319 f. des Protokolls:

Referent Molkenbuhr beginnt unter großer Unruhe zu sprechen:

„Ich begreife ja, daß einige Unruhe in dieser Versammlung ist, zumal, da das Thema bereits zwei Parteitage beschäftigt hat und da wohl jeder Teilnehmer des Parteitages schon eine oder mehrere Reden darüber gehalten hat und vielleicht auch in Zukunft noch halten wird. Es wird deshalb schwer sein, irgendetwas besonderes Neues zu sagen. Aber es ist dennoch nötig, daß derartige Fragen immer wieder erörtert werden und nicht von der Tagesordnung verschwinden ..."

Auch diesmal fand keine Debatte statt, abgesehen von Ausführungen der Genossin Zietz (Artikel „Mutter- und Säuglingsfürsorge") und des Genossen Hoch, der über die Bedrohung der Krankenkassen sprach (S. 329 f.). Siehe noch den Artikel „Arbeiterversicherung".

Religion.

Nicht genügend unterstützt wurde in Magdeburg **1910** der Antrag:

31. Bremen: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Vorträge des Genossen Engelbert Graf über Religionsgeschichte zu erweitern und zu ergänzen und in Form einer Broschüre für den Massenabsatz herzustellen."

Beim Antrag 105 (Artikel „Jugendbewegung") sagte Katzenstein-Berlin:

„... Wir müssen zu planmäßigem Angriff vorgehen. Was die paar Millionen Polen gekonnt haben, müssen auch die Sozialdemokraten fertig bringen. Der Religionsunterricht, der heute nur noch die Aufgabe hat, die Kinder zum Leben untauglich zu machen (Sehr richtig!), wird den Eltern, die nicht mehr auf dem Boden der Kirche stehen, aufgezwungen. Da ist es für uns notwendig, ernsthaft den Gegenschlag zu erörtern, den wir führen können durch den Boykott des Religionsunterrichts. Wir müssen vom bloßen Widerstand zum Angriff übergehen. (Lebhafter Beifall.)" (S. 479.)

Die Ausführungen zu dem Antrag 68 (Düsseldorf) in Jena **1911** siehe bei dem Artikel „Jugendbewegung".

Dem Chemnitzer Pateitag **1912** lagen eine Anzahl Anträge vor (meist von zahlreichen Organisationen gestellt), von denen 129 die offizielle Bekämpfung der christlichen Kirche durch die Partei verlangte, während 130 bis 136 sowie 154 den Austritt aus der Kirche propagiert wissen wollten. 209 erhob Protest gegen die Ausnützung der Religion zur Unterdrückung. 198 (Sänger-München und Genossen) verlangte Uebergang zur Tagesordnung über alle diese Anträge, Antrag 208 (Menke und Genossen) zog 129 bis 133, 135 und 154 zurück und wollte über die weiteren Anträge zur Tagesordnung übergehen.

Vorsitzender Haase:

„Die Anträge, die sich auf Religion und Kirche bezogen, sind sämtlich zurückgezogen worden. (Bravo!) Die Antragsteller haben mir erklärt, daß schon die Tatsache, daß die Anträge auf die Tagesordnung gekommen sind und die Genossen sich mit ihnen beschäftigt haben, eine gewisse Klärung bedeuten. Im übrigen würden sich die Parteipresse und die Organisationen mit der Angelegenheit weiter beschäftigen..." (S. 518.)

(Seite 549 des Programms bezeichnet den Antrag 208 als „erledigt".)

In Jena 1913 wird der Antrag 84 (Hamburg I), der Parteitag möge im Jahre 1914 das Thema „Staat und Kirche" auf die Tagesordnung setzen, ohne Debatte abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag:

36. Breslau: „Die preußische Landtagsfraktion möchte darauf hinwirken, daß der Austritt aus der Landeskirche kostenfrei ist."

Samariterwesen.

Dem Parteivorstand als Material zur Prüfung überwiesen wurde in Chemnitz **1912** der Antrag:

123. Berlin IV, Genosse Stein in Charlottenburg: „Der Parteitag beschließt, den örtlichen Parteivereinen die Förderung des Arbeitersamariterwesens und der Arbeitersamariterausbildung zu empfehlen, da es für die Arbeiter von großer Bedeutung ist, daß bei eintretenden Betriebsunfällen sofortige Hilfe vorhanden ist.

Die ungemein zahlreichen Unfälle in den Betrieben der Industrie, des Baugewerbes usw., die eine Folgeerscheinung der modernen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter sind, haben seit Jahren den Arbeitern nahegelegt, selbst für eine sachgemäße erste Hilfe bei eintretenden Unfällen Sorge zu tragen, da erfahrungsgemäß die von den Unternehmern getroffene Vorsorge für etwaige Unfälle im Betrieb häufig sehr ungenügend ist, und da sie in vielen Fällen ganz gefehlt hat.

Der Parteitag empfiehlt daher, den Kolonnen des Arbeitersamariterbundes die weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen, da diese bestrebt sind, unter den Arbeitern eine genügende Zahl von Kräften heranzubilden, die bei eintretenden Unfällen sofort im Betriebe zur Hand sind und die erste Hilfe leisten können."

Der Vorstand bemerkt im Jenaer Protokoll **1913**:

„Der Antrag 123, der das Samariterwesen betrifft, verdient die Beachtung aller Arbeiter. Er darf als erledigt angesehen werden, nachdem er durch die Bekanntmachungen in der Presse zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden ist." (S. 9.)

Sammlungen.

Nicht genügend unterstützt wurde in Jena **1911** folgender Antrag:

51. Parteitag Sachsen Altenburg: „Der Parteitag wolle beschließen, in Zukunft soll bei Unglücksfällen usw., bei denen allgemeine Sammlungen vorgenommen werden, die Partei selbst Sammlungen vornehmen, um nicht wieder, wie in Radbod, die Groschen der Arbeiter der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen."

Schiffer-Agitation.

Dem Magdeburger Parteitag **1910** wird über die Konferenz der Bezirks- und Landesvorstände u. a. berichtet:

„Bei dem Punkt Agitation unter den Binnenschiffern wurde auch der vom letzten Parteitag dem Parteivorstand überwiesene Antrag 6 besprochen. Es wurde vorgeschlagen, an den Knotenpunkten der Flußschiffahrt mit einer zweckmäßigen mündlichen und schriftlichen Agitation einzusetzen. Ein besonderer Agitationskalender für die Schiffer wurde in Auftrag gegeben und wird im Herbst erscheinen." (S. 20.)

Aehnliches wird in den folgenden Jahren berichtet.

Nicht genügend unterstützt wurde in Chemnitz **1912** der Antrag:

93. Hamburg III, Distrikt Veddel: „**Für alle in der Schiffahrt beschäftigten Personen eine einheitliche periodische Zeitschrift herauszugeben.**"

Sonderkonferenzen.

Von den in Chemnitz **1912** vorliegenden Anträgen sprachen sich 110 (17. sächsischer Wahlkreis), 111 (Mülheim), 112 (Recklinghausen), 113 (Lübeck, Köln), 114 (Magdeburg), 115 (Bonn), 116 (Frankfurt a. M., Aachen-Stadt), 117 (Niederbarnim), 149 (Spandau), 158 (Berlin III), 172 (Dortmund-Hörde), 183 (Hannover), 184 (Bochum) gegen Sonderkonferenzen aus. Dazu kamen im Laufe der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion noch die Anträge:

220. Hoch und Genossen: „In Erwägung,
daß unverbindliche Aussprachen, die zur Verständigung der Genossen dienen, und die schon seit jeher stattgefunden haben, die Rechte der Organisationen nicht beeinträchtigen, daß sie ferner unvermeidlich und geeignet sind, die Geschlossenheit der Partei zu fördern, erklärt der Parteitag die Angelegenheit durch die Aussprache für erledigt und lehnt alle Anträge **gegen die Sonderkonferenzen** ab."

221. Amendement zu Antrag Hoch: „Statt des jetzigen 2. Absatzes (= Zeile 4) zu setzen: daß sie ferner gegenwärtig noch vielfach unvermeidlich sind (alles andere vom Absatz 2 zu streichen)."

222. Sindermann: „Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Genossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestehender Richtungen vermeiden. Der Parteitag geht über sämtliche Anträge, betreffend die Sonderzusammenkünfte, zur Tagesordnung über."

In der Debatte sagte Hoch-Hanau:

„. . . Es ist erstaunlich, daß gerade diejenigen Kreise sich so gewaltig über die angeblich parteischädigenden Sonderkonferenzen entrüsten, die sich damals gar nicht entrüstet haben, als in Magdeburg gesagt wurde: „Ich stehl mei Holz und zahl mei Straf", als uns also gesagt wurde, ihr könnt beschließen, was ihr wollt, wir tun doch, was wir wollen, als offen der Bruch der Disziplin verkündet wurde. Und es sind dieselben, die jetzt die Eisenacher Konferenz benutzen, um in unwahrhaftiger, geradezu schamloser Weise gegen uns Stimmung zu machen. (Lebhafte Unruhe. Vorsitzender Noske: Ich bitte, doch gegen Parteigenossen nicht den Vorwurf der Schamlosigkeit zu erheben. Lebhaftes Sehr wahr!) . . ." (S. 382.)

Weiter zitiert der Redner aus der „Magdeburger Volksstimme" u. a.:

„. . . Sollte ferner kurz vor dem Parteitag in bestimmten Parteiblättern auf einen Personenwechsel im Parteivorstand hingewirkt werden, so darf auch das als Ausstrahlung der Eisenacher Konferenz betrachtet werden.

Demgegenüber stelle ich fest, daß über keine einzige Person gesprochen ist; es ist über keine Aenderung in der Besetzung irgendeines Postens gesprochen worden, auch nicht darüber, wer in den Parteiausschuß hineinkommen soll. Sie sehen also, das ist aus den Fingern gesogen, direkt erlogen, ohne jede Begründung. (Sehr wahr!) Und weshalb? Um den Parteigenossen zu sagen, es handelt sich nur um Personenfragen. (Zustimmung und Widerspruch.) Hier haben Sie eine Vergiftung des Parteilebens. (Bravo! und Unruhe.) . . ." (S. 384.)

Bebel:

„. . . Diese Konferenzen sind schon zirka 30 Jahre lang in der Partei, wenn auch nicht regelmäßig, geübt worden. . . . Frank hat darauf hingewiesen, daß die süddeutschen Parlamentarier landsmannschaftliche Konferenzen abgehalten haben, aber sie haben dabei auch ihre Taktik festgelegt und sich verständigt, in der Budgetfrage gemein-

sam zu stimmen. Diese Art Verbindung ist später in den Reichstag übertragen worden, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenigstens war in der Reichstagsfraktion der Glaube vorhanden, daß die rechte Seite der Fraktion regelmäßig Zusammenkünfte habe und dabei ihre Taktik für Fraktion und Reichstag bestimme. (Hört! hört!) Und da erst ist auf der anderen Seite das Verlangen entstanden, sich in Sonderkonferenzen zu vereinigen. Das haben wir ja nicht allein in der Fraktion gehabt, sondern das ist auch mittlerweile auf den Parteitag übertragen worden. (Hört! hört!) Deshalb möchte ich Ihnen dringend empfehlen, daß Sie **den Antrag Sindermann annehmen**, denn die anderen Anträge dürfen Sie ja gar nicht annehmen. Wer von Ihnen kann denn mit gutem Gewissen für den Antrag Mülheim stimmen, wonach die sogenannten Sonderkonferenzen auf das schärfste verurteilt werden? Wer kann für die Anträge Recklinghausen, Lübeck, Köln stimmen, wo überall die schärfste Verurteilung ausgesprochen wird, wo doch ein großer Teil von Ihnen selber zu den Sündern gehört. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich habe mich ja nie daran beteiligt. Der Vorstand selbst hat auch diese Zurückhaltung geübt. **Wir werden uns alle sehr freuen, wenn es ohne diese Sonderkonferenzen künftig geht.** Ich bitte Sie, lehnen Sie diese Anträge alle ab.

Noch eine Tatsache aus dem letzten Reichstag. Als der Reichstag zusammentrat, haben beide Teile der **Fraktion** unter den neuen Mitgliedern geworben, um ihren Anhang nach Möglichkeit zu stärken. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Das war ein sehr unerquickliches Verhältnis. Da kam eine ganze Menge der neuen Fraktionsgenossen zu mir hin. Sie haben sich bitter beschwert und erklärt: Da werde ich geteilt und dort werde ich geteilt, ich will aber zu keiner Seite gehören, aber wenn ich zu keiner Seite trete, so habe ich keine Aussicht, als Redner daran zu kommen oder in die Kommissionen gewählt zu werden. (Hört! hört!) Da sind wir im Fraktionsvorstande dazu übergegangen, daß wir den Beschluß gefaßt haben, der Fraktion vorzuschlagen, es solle diese Art von Sonderkonferenzen, soweit sie sich auf die Personenvorschläge beziehen, aufhören. Es sollen Meldungen und Vorschläge für Reden und Wahlen in die Kommissionen dem Fraktionsvorstande zugehen, und der Vorstand soll dann unparteiisch entscheiden, die Kandidaten nominieren und vorschlagen. Das ist ausgezeichnet gegangen und wird auch so weiter gehen. . . ." (S. 391 ff.)

Antrag 220 wird **zurückgezogen**.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über den Sinn des Antrages Sindermann bemerkt **Molkenbuhr**:

„. . . wenn jemals später Streitigkeiten darüber entstehen sollten, was mit dem Antrage gesagt ist, dann kann man außer dem Wortlaut des Antrages **nur die von Bebel gegebenen Erläuterungen maßgebend** sein lassen. (Sehr richtig!) . . ." (S. 402.)

„Der Antrag 222 . . . wird **mit überwältigender Mehrheit angenommen**. Auf Verlangen wird die Gegenprobe vorgenommen, bei der 5 Delegierte gegen den Antrag stimmen. (Heiterkeit.) . . ." (S. 403.) Damit sind die übrigen Anträge **erledigt**, außer 111 und 113, die **zurückgezogen** worden sind.

Sonderorganisationen.

Dem **Jenaer** Pateitag **1913** lag folgender Antrag vor:

42. **Breslau**: „Der Parteitag möge den Beschluß des Nürnberger Parteitages (betreffend Sonderorganisation, Lokalverein) aufheben."

Müller (Pateivorstand):

„. . . Den Antrag 42 wegen der Lokalisten bitte ich abzulehnen. Hierüber haben wir uns in Essen und in Nürnberg unterhalten. Es besteht gar kein Grund, eine Aenderung an den Beschlüssen über die Lokalorganisierten vorzunehmen. (Beifall.)" (S. 552.)

Der Antrag wird **dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen**.

Siehe auch den Artikel „**Badische Budgetbewilligung**". (S. 82.)

Steuerfrage. Dem Magdeburger Parteitag **1910** wird berichtet:

„Wie aus der provisorischen Tagesordnung des Parteitages hervorgeht, hat der Parteivorstand zunächst davon abgesehen, das Thema: Steuerpolitik, wie gewünscht worden war, zur Diskussion zu stellen. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß dieser Gegenstand nach gründlicher Vorbereitung auf einem späteren Parteitag behandelt werden kann.“ (S. 17.)

Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurde der Antrag:

2. Düsseldorf: „Die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.“

Ferner lag der Antrag **77** (Mülhausen) vor, in dem es nach einem Hinweis auf den Kampf gegen die indirekten Steuern heißt:

„Mit dieser Erklärung weist es der Parteitag zurück, daß auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Elsaß-Lothringens am 20. Februar d. J. die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Verbot der Weitererhebung kommunaler Nahrungsmittel-Abgaben im § 13 des Zolltarifgesetzes von 1902 als „keine arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik“ angefochten worden ist und daß hievon ausgehend die Mehrheit der elsaß-lothringischen Landeskonferenz vom 17. Juli d. J. eine Resolution annahm, die den Kampf gegen das Oktroi in den Gemeindekollegien abzuschwächen oder zu vertagen geeignet ist. Der Parteitag verurteilt es, daß … sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder sogar der Erhöhung der Schlachtgebühren als Ersatz für fortgefallenes Oktroi zugestimmt haben …“

Ein Geschäftsordnungsantrag, den Antrag 77 auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, da diesem die Steuerfrage überhaupt zugewiesen werden dürfte, von Emmel-Mülhausen bekämpft, von Mauerer-München befürwortet, wird angenommen.

In Jena **1911** wird berichtet, daß die Steuerfrage gleich anderen wegen der Reichstagswahlen nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. (S. 16.)

In Chemnitz **1912** wurden die Anträge **175** (Berlin IV) und **206** (Zubeil), die Steuerfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, dem Vorstand zur Prüfung überwiesen, die Anträge **2**a und **187**, die das Thema schon in Chemnitz behandeln wollten, abgelehnt.

Dem Jenaer Pateitag **1913** lagen zu Punkt 5 (Steuerfrage) der Tagesordnung außer den beim Artikel „Militarismus“ berücksichtigten Anträgen (20 bis 25, 92, 98, 107, 109, 112, 114 II) noch die folgenden vor:

46a. Resolution zur Steuerfrage: „Der Parteitag fordert gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms:

Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht; Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Ferner erklärt der Parteitag:

Der Bedarf der Bundesstaaten ist durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken.

Für die Deckung des Bedarfs der Gemeinden ist gemäß den Beschlüssen des Parteitags zu Bremen zu fordern:

Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues.

Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer auszubilden.

Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Der Parteitag erklärt weiter:

Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck.

Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingedrängt, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden.

Demgemäß haben sie auch zu verhüten, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist."

Emanuel Wurm.

113. Abänderungsantrag zur Resolution Wurm.) Geyer und Genossen: „Die Worte im drittletzten Absatz von „es sei denn, daß" ab bis zum Schlusse, sowie die beiden folgenden Absätze zu streichen."

114, 1. Resolution zur Steuerfrage. „Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaat, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatshaushaltkosten decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht.

Die Abwälzung des größten Teiles der öffentlichen Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen durch das System der indirekten oder Verbrauchssteuern ist aber eins der wirksamsten Mittel der herrschenden Klassen, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und ihren sozialen und geistigen Aufstieg zu hemmen.

Der Parteitag fordert deshalb gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms:

„Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht, Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern." . . ."

Geyer und 81 Genossen.

117. Abänderungsantrag zur Resolution Wurm.) Karl Liebknecht und Genossen: „Hinter: „Ferner erklärt der Parteitag" einzufügen: Die Steuern sind, soweit steuertechnisch möglich, nur von Budgetperiode zu Budgetperiode in jeweils etatsmäßig festzusetzenden Quoten zu bewilligen. (Quotisierung der Steuern.)"

Seiner Resolution gab Wurm die folgenden Leitsätze mit:

„In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung der Steuerlast eine politische Machtfrage: Die politisch stärkere Klasse legt die Steuern auf die politisch schwächere und vergrößert dadurch noch die im Wesen des Kapitalismus liegende Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie fordert die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Gesellschaft wird gebildet durch die drei großen Klassen:

Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Lohnarbeiter.

Die Eigentümer von Kapital, die Kapitalisten.

Die Eigentümer von Grund und Boden, die Grundbesitzer.

Demgemäß entstammen die Einkommen aus Lohn, Profit und Grundrente.

Die Erhebungsform der Steuer, ob direkt oder indirekt, ist nicht entscheidend für ihre Wirkung, das heißt für die Frage, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

Steuern, die der Besteuerte tragen muß, sind direkte; Steuern, welche die Produktionskosten in gleichförmiger Weise so beeinflussen, daß dadurch die Warenpreise erhöht werden, sind indirekte, sie werden vom Besteuerten auf einen Dritten abgewälzt.

Ob eine Steuer direkt oder indirekt wirkt, steht daher nicht ein für allemal fest, sondern wechselt je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Ausschließlich der Mehrwert (Grundrente, Leihzins, Unternehmergewinn) darf besteuert werden.

Der Mehrwert wird unmittelbar getroffen durch Steuern auf Einkommen und Vermögen. Soweit diese nur aus Arbeitslohn stammen, müssen sie steuerfrei bleiben, und zwar weit über das von der heutigen Steuergesetzgebung freigelassene Existenzminimum hinaus.

Die aus Mehrwert stammenden Einkommen und Vermögen sind verhältnismäßig um so höher zu besteuern, je größer sie sind (progressive Besteuerung).

Einkommen aus Vermögen (fundiertes Einkommen) ist höher zu besteuern, als nicht fundiertes (Ergänzungssteuer). Besitz, der zum Erwerb des Lebensunterhaltes erforderlich ist, muß steuerfrei bleiben.

Steuern auf Einkommen aus bestimmten Quellen (Lohn, Gehalt, Besoldung, Beruf u. a.), Arbeitsertragssteuern, sind kein Ersatz für eine allgemeine Einkommensteuer, zumal da sie gerade den Mehrwert, den Unternehmergewinn, freilassen und nur ertragreich sind, wenn sie auch das Arbeitseinkommen treffen; das gilt auch für die Wehrsteuer auf Dienstuntaugliche.

Direkt wirkt als Besitzsteuer, trotz indirekter Erhebung, die Kapitalrentensteuer, die die Erträge gewinnbringender Kapitalsanlagen trifft: Leihzins von Schuldverschreibungen, private und öffentliche (Staat und Gemeinde usw.), Dividenden von Aktiengesellschaften (Dividenden- oder Kuponsteuer), Tantiemen (Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften).

Diese Steuern können aber nur eine Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer sein, zumal sie das immobile Kapital (Grundbesitz) völlig freilassen.

Eine direkte Besitzsteuer ist auch die Vermögenszuwachssteuer, doch muß sie sowohl das mobile als auch das immobile Kapital (Grundbesitz) treffen, progressiv sein und ein Zuwachsminimum, soweit es aus Arbeitseinkommen entstanden ist, freilassen.

Die Vermögens- und Güterübertragung (der Rechtsverkehr) wird durch die Verkehrssteuern getroffen, die ihrer Erhebungsart nach indirekte Steuern sind.

Stets direkt wirkt aber die Erbschaftssteuer, die nicht von der Person des Erblassers, sondern aus der Hinterlassenschaft (also indirekt) erhoben wird.

Als Erbanfallsteuer, bei der der Anteil jedes einzelnen Erben besonders besteuert wird, bleibt ein größerer Teil des Erbes als Erbschaftsminimum steuerfrei. Einträglicher ist die Erbschaftssteuer als Nachlaßsteuer, bei der die Hinterlassenschaft als Ganzes besteuert wird.

Durch die Erbschaftssteuer kann auch die Hinterziehung von Einkommen- und Vermögenssteuern aufgedeckt werden.

Ergänzt wird die Erbschaftssteuer durch die Besteuerung der Schenkungen an Lebende, da sie die Hinterziehung der Erbschaftssteuer verhindert.

Nicht immer überwälzbar ist die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Gebäuden und Bauplätzen, da diese Steuer ungleich die Objekte trifft, je nach der wechselnden Höhe des Gewinns.

Leichter auf Pächter oder Mieter überwälzbar ist dagegen die Grundstücksumsatzsteuer, die gleichmäßig vom Verkaufspreis eines Grundstückes erhoben wird.

Entscheidend sind also die örtlichen Verhältnisse. Mithin muß den örtlichen Verwaltungen (Gemeinden) die Einführung oder Aufhebung dieser Steuern zustehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht die Interessen der Hausbesitzer in den Gemeindeverwaltungen maßgebend sind.

Umsatzsteuern auf das mobile Kapital werden in Form von Stempelsteuern erhoben. Sie sind abzulehnen, soweit sie Handel und Verkehr erschweren, störend auf den Arbeitsmarkt wirken oder vom Besteuerten auf Dritte überwälzt werden, die die wirtschaftlich Schwächeren sind, oft sogar sich in Notlage befinden. So sind z. B. abzulehnen die Stempelsteuern auf Kaufverträge, Darlehen, Quittungen, Wechsel, Schecks, Frachturkunden, Fahrkarten. Dagegen können Steuern auf Spekulations- und Gründergewinne zulässig sein.

Sehr wechselnd in ihren Wirkungen, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten, sind diejenigen Ertragssteuern, die auf den Ertrag einzelner Arten der Einkommensgewinnung gelegt sind, und zwar die Anknüpfung an die Mittel (Objekte) zur Einkommensgewinnung: Grundbesitz, Gebäude, Leihkapital, Handel und Gewerbe (Objekt- oder Realsteuern). Sie können nur zur Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer dienen, niemals diese ersetzen; vielfach kann sie der Besteuerte auf Dritte überwälzen.

Die landwirtschaftliche Grundsteuer wirkt nur dann direkt auf den Besitzer, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage, so daß die Steuer nicht auf den Preis der Produkte geschlagen werden kann.

Dies ist der Fall, seitdem der Weltmarkt die Preise festsetzt, soweit nicht durch Grenzsperren Grundbesitzmonopol erhalten bleibt.

Die Grundsteuer wirkt jetzt als Besteuerung der Grundrente, also direkt auf den Grundbesitzer, der sie nicht abwälzen kann; mithin, da die Grundsteuer die Grundrente vermindert, also auch den Preis des Bodens, bewirkt die Grundsteuer die Uebertragung der Grundrente auf die Gesamtheit.

Umgekehrt: jede Ermäßigung oder Aufhebung der Grundsteuer wirkt als ein Geschenk an die Grundeigentümer.

Die Veranlagung zur Grundsteuer muß nach dem gemeinen Wert (Verkehrswert, Marktwert) erfolgen, nicht nach dem Ertragswert, weil dieser nur in größeren Zwischenräumen festgestellt wird, daher oft weit hinter dem wirklichen Ertrag zurückbleibt.

Solange die Grundsteuer nach dem Ertragswert erhoben wird, bedarf sie der Ergänzung durch die Boden-Wertzuwachssteuer, die aber nicht erst beim Verkauf eines Grundstücks, sondern regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen erhoben werden muß. Auch sie wirkt bei landwirtschaftlichen Grundstücken direkt als Besteuerung des Mehrwertes.

Die Gebäudesteuer und die Steuer auf unbebautes Bauland (Bauplatzsteuer) dagegen wird nicht stets vom Besitzer der Gebäude und Bauplätze getragen, so daß sie direkt als Besitzsteuer wirkt, sondern: Wenn die Nachfrage nach Wohnungen größer ist als das Angebot, kann sie zuletzt auf die Mieter überwälzt werden. Aufhebung der Gebäudesteuer aber wirkt dann doch nur zugunsten der Hausbesitzer.

Die Wohnungssteuer oder Mietssteuer kann auf den Vermieter zurückfallen, wenn das Angebot von Wohnungen größer ist als die Nachfrage. Zumeist aber muß sie der Mieter tragen, dem dadurch ein notwendiges Bedürfnis besteuert wird ohne Berücksichtigung seines allgemeinen Einkommens und Vermögens, da gerade die ärmere Bevölkerung verhältnismäßig mehr für Miete zahlen muß, als die wohlhabende, und kinderreiche Familien eine größere Wohnung brauchen als kinderlose.

Deshalb kann der Mietspreis auch nicht zur Grundlage für eine Einkommensbesteuerung dienen.

In gleicher Weise wirkt die Fenster- und Türensteuer, die auch gesundheitliche Nachteile für die Mieter bringt.

Eine direkte Steuer ist die Gewerbesteuer, die den Reinertrag der gewerblichen Tätigkeit erfassen soll, ihn aber, da sie nach äußeren Merkmalen veranlagt wird (Anlage- und Betriebskapital, Umsatz) nicht richtig treffen kann, so daß die Schwächeren meist zu hoch besteuert werden.

Sondergewerbesteuern, durch welche die wirtschaftlich starken Gruppen getroffen werden, wie durch die Wanderlagersteuer, Warenhaussteuer, Warenumsatzsteuer, werden auf die Konsumenten und Lieferanten abgewälzt, während die Besteuerung der wirtschaftlich Schwachen, wie bei der Hausiersteuer und vielfach bei der Konzessionssteuer für Gast- und Schankwirtschaften, diese mit voller Wucht trifft.

Die Aufhebung der Gewerbesteuer ist aber, solange nicht durch genügende Einkommen- und Vermögenssteuer mit Deklarationszwang Ersatz geschaffen ist, oft ein Geschenk an die Gewerbetreibenden, ohne Nutzen für die Konsumenten.

Indirekt nach Erhebungsform und Wirkung sind die Verbrauchsabgaben (Aufwandsteuern), die Steuern auf den Verbrauch von Salz, Bier, Branntwein, Tabak, Zucker u. a. m. Der Produzent läßt sich nicht allein den Betrag dieser Steuern, sondern meist noch einen Aufschlag von dem Verbraucher der Produkte wiedererstatten, da dieser zumeist der wirtschaftlich Schwächere gegenüber dem Produzenten ist.

Damit nicht der Konkurrenzkampf der Produzenten die Ueberwälzung der Steuer auf die Konsumenten aufhebt oder einschränkt, wird oft noch durch die Steuergesetze die Produktion niedriger begrenzt als die Nachfrage (kontingentiert) und gleichzeitig die über die Begrenzung hinaus produzierte Ware, das Ueberkontingent, mit einer höheren Steuer belegt, so daß die Nachfrage auch die höher besteuerte Ware benutzen muß.

Das hat zur Folge, daß die gesamte Ware, auch die niedriger besteuerte, mit dem höheren Steuersatz verkauft wird, mithin der Unterschied zwischen der höheren und niederen Steuer dem Produzenten zugute kommt (Liebesgabe). Die scheinbare Strafsteuer für die Ueberproduktion ist also in Wirklichkeit eine Strafsteuer für die Konsumenten und eine Fürsorgegesetzgebung für die Produzenten, zumal sie gleichzeitig deren Kartellierung begünstigt und dadurch noch weitere Preissteigerungen ermöglicht.

Die Verbrauchsabgaben belasten den Aermeren im Verhältnis zu seinem Einkommen stärker als den Wohlhabenden und Reichen.

Verbrauchsabgaben auf den Luxus der reichen Leute, Luxussteuern, bringen auch bei hohem Steuersatz verhältnismäßig nur geringe Einnahmen, während sie auf die Produktion der Luxuswaren und damit auf die Lage der Hersteller derselben, wie auf den auswärtigen Handel schädigend wirken können.

Wie die Verbrauchsabgaben, wirken auch die Zölle auf Nahrungs- und Genußmittel und auf Verbrauchsgegenstände als indirekte Steuern, welche die ärmsten Konsumenten verhältnismäßig am schwersten belasten.

Wie eine indirekte Besteuerung wirken auch Staats- oder Gemeindemonopol, sofern sie auf ihre Waren mehr als den üblichen Gewinn aufschlagen, also in verkappter Form Steuern erheben."

Im Rahmen dieser Leitsätze und der Resolution bewegte sich das Referat Wurms (S. 419 ff.). Der Korreferent Dr. Südekum bemerkte:

„... Ich darf ... kaum hoffen, Ihnen ... nach dem Referat meines Vorredners noch viel Neues sagen zu können ..." (S. 450.)

Dem Vorschlag des Vorsitzenden Ebert, abwechselnd einen Redner für und einen gegen die Resolution sprechen zu lassen, widerspricht Stadthagen, da Referent und Korreferent zusammen über 4½ Stunden die gleiche Meinung vertreten hätten. Eberts Vorschlag wird angenommen.

In der Debatte sprach u. a. Rosa Luxemburg:

„Wir haben den originellen und nach meiner Erfahrung einzig dastehenden Fall erlebt, daß in einer hochwichtigen Frage des Parteilebens, in der sich in der Fraktion zwei ausgesprochene Meinungen gegenüberstanden, wir hier zwei Referenten für eine Meinung und gar keinen Referenten für die entgegengesetzte Meinung haben hören müssen. (Sehr wahr!) Dieser Fall birgt noch eine andere Originalität, nämlich daß einer der Referenten, der der am längsten sprach, gegen die Ansicht sprach, die er vor kurzer Zeit noch selbst vertreten hatte. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rede Wurms war nach Ansicht aller seiner jetzigen Gesinnungsgenossen geradezu vernichtend für alle Unterzeichner der Resolution 114. Es rasselten nur so Worte von politischer Unfruchtbarkeit, widersinnigen Widersprüchen, politischem Bankerott usw. auf uns nieder. Wurm hat bloß nicht bemerkt, daß er uns während 2½ Stunden zu Zeugen einer Hinrichtung

gemacht hat, die er an dem Genossen Wurm vom 26. Juni vollzogen hat. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Am 26. Juni hat in der entscheidenden Fraktionssitzung Wurm, wie mir erzählt wurde, geradezu gegen den Beschluß der Mehrheit getobt. Es sind ihm dabei von seinen jetzigen Gesinnungsgenossen Worte und Schmeicheleien an den Kopf geworfen worden, die ich nicht wiederholen will. Seitdem sind kurze 12 Wochen ins Land gegangen, und aus einem tobenden radikalen Saulus ist ein staatsmännischer Paulus geworden. (Heiterkeit und Hört! hört!) Wir haben an Gesinnungswechsel in unserer Partei schon manches erlebt. In wenigen Jahren ist schon so mancher rabiate Rote in eine ganz anders gefärbte, abgeklärte Meinung hineingeraten. Aber einen so radikalen Gesinnungswechsel in 12 Wochen haben wir noch nicht erlebt. (Sehr richtig....

... Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Das ist eine schiefe Ebene, wie Wurm in Leipzig gesagt hat, auf der es kein Halt mehr gibt. Deswegen wollen wir mit unserer Resolution einen Riegel vorschieben und diesen Seitensprüngen entgegenrufen: Bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter Beifall.)" (S. 485 ff.)

Wurm stellt richtig:

„... Der Vorgang war folgender. Am Mittwoch abend hatten wir Fraktionssitzung und ich stimmte als Mitglied der Minderheit dafür, daß der Wehrbeitrag und die Besitzsteuer abgelehnt würden, weil ich annahm, daß beide Steuern von der Mehrheit des Reichstags angenommen werden würden. Am Donnerstag hat dann Graf Schwerin-Löwitz eine Erklärung der Konservativen abgegeben, daß die Konservativen für den Wehrbeitrag und gegen die Besitzsteuern stimmen würden. Darauf bin ich zu unserem Vorsitzenden, dem Genossen Haase, gegangen und habe ihm gesagt: Jetzt liegt eine neue Tatsache vor, ich halte es für richtig, daß wir in der Fraktion noch einmal darüber abstimmen. Die Fraktionssitzung trat zusammen, bei Beginn derselben erbat ich das Wort zur Geschäftsordnung, wies darauf hin, daß durch die Erklärung des Grafen Schwerin eine neue Tatsache vorliege und daß ich es für notwendig hielte, daß die Fraktion noch einmal Stellung nimmt, weil nun der Wehrbeitrag gesichert, aber die Besitzsteuer gefährdet sei und ich daher dafür sei, daß wir gegen den Wehrbeitrag, aber für die Besitzsteuer stimmen sollten. ..." (S. 487 f.)

Nach Schluß der Debatte erklärt Eduard Bernstein persönlich:

„In den Debatten, die nach dem Schluß des Reichstags über die Abstimmung der Fraktion in Versammlungen und in der Presse gepflogen wurden, ist wiederholt darauf Bezug genommen worden, daß ich mit der Minderheit gestimmt habe. Ich habe es nicht für richtig gehalten, an diesen Debatten mich zu beteiligen, nachdem die Fraktion sich auf die von Haase verlesene Erklärung geeinigt hatte, die über unseren Standpunkt zum Militarismus gar keinen Zweifel übrig ließ. Ich habe mich an diesen Debatten nicht beteiligt, in der Absicht, hier auf dem Parteitag die Gesichtspunkte zu vertreten, die mich veranlaßt hatten, mit der Minderheit zu stimmen. Das ist mir nun durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht worden. ..." (S. 507.)

Wurm im Schlußwort:

„... Südekum hat einen ganz anderen Standpunkt vertreten, den er auch mit der Fraktionsmehrheit teilt, daß wir für die beiden Steuern stimmen mußten, d. h. daß wir unser Eintreten dafür nicht davon abhängig zu machen hatten, ob etwa die Gegner dieser beiden Steuern durch Absenz oder Stimmzettel in genügender Zahl den Steuern vielleicht doch zur Annahme verhelfen, sondern daß wir unter allen Umständen für diese Steuern zu stimmen hatten, wenn dadurch die Einführung indirekter Steuern verhindert wird; also gleichviel, wie sich die größere oder geringere Mehrheit der Gegner dazu stellt. Dies ist der Standpunkt Südekums, während ich erklärt habe, nach wie vor mußten wir auf dem Standpunkt stehen, nur dann direkten Steuern zuzustimmen, wenn nur durch unsere Stimmen verhütet werden kann, daß sonst indirekte Steuern an ihre Stelle treten. Aus dieser Stellungnahme heraus, von der ich nachwies, daß sie die konsequente Fortsetzung unserer Haltung in früherer Zeit, z. B. beim Antrag Albrecht, bei der Erklärung in der Budgetkommission usw. ist, komme ich zu dem Schluß, daß

wir den Wehrbeitrag nicht zu bewilligen hatten, der Besitzsteuer aber zustimmen mußten. Ich habe aber erklärt und erkläre wieder, daß hier kein prinzipieller Unterschied, sondern allein ein Unterschied vorliegt, der in rein tatsächlichen Erwägungen begründet ist. . . ." (S. 509 f.)

Antrag 113 wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Resolution 46a, mit Antrag 117, den Wurm akzeptiert hat, wird mit 336 gegen 140 Stimmen angenommen. Damit ist Antrag 114 erledigt.

Siehe auch den Artikel „Militarismus".

Strafgesetzbuch.

Bei der Debatte über den Parlamentarischen Bericht in Jena **1911** sagte Stubbe-Hamburg:

„Wie aus dem Bericht der Fraktion zu ersehen ist, hat die Regierung in der Novelle zum Strafgesetzbuch eine Reihe von Verschärfungen beantragt, die sich ganz wesentlich gegen die Arbeiterpresse und Arbeiterorganisationen richten. Für öffentliche Beleidigungen sind Strafen bis zu 20 000 M. vorgesehen, und eine Reihe weiterer Verschärfungen laufen darauf hinaus, die Stellung der Parteipresse sehr zu erschweren. Diese Verschärfungen waren von der Kommission abgelehnt, aber im Plenum hat der Abg. Wagner sie am Schluß einer Sitzung wieder eingebracht. Angeblich soll der neue Antrag Wagner nicht allen Mitgliedern des Reichstags bekannt gewesen sein, der Reichstag wurde überrumpelt. Die Dinge scheinen aber so zu liegen, daß wir darin eine Vernachlässigung erblicken müssen, wenn die Fraktion sich hat überrumpeln lassen. Unsere Abgeordneten mußten damit rechnen, daß die Reaktionäre die Gelegenheit wahrnehmen würden, die von der Regierung beantragten Verschärfungen wieder hineinzubringen. . . . Es muß aufs schärfste verurteilt werden, daß unsere Abgeordneten nicht aufgepaßt und versucht haben, das zu verhindern. Ebenso bedauerlich ist es, daß nur zwei oder drei Parteiblätter darüber berichtet haben. Die Parteipresse durfte nicht so gleichgültig darüber hinweggehen, sondern sie hätte es scharf rügen müssen, daß unsere Abgeordneten nicht aufgepaßt haben. Ich lasse es dahingestellt, auf wen das zurückzuführen ist, aber wir haben mehrere Redakteure, die gleichzeitig Abgeordnete sind, und es ist erklärlich, daß sie über die Unterlassungssünde in ihren Blättern nichts berichtet haben. (Heiterkeit.) . . ." (S. 290 f.)

Stadthagen:

„. . . Wenn uns nun Stubbe den Vorwurf macht, daß wir nicht diese Ueberrumpelung bemerkt und verhütet haben, so sind eben die Verhältnisse manchmal stärker wie der einzelne. So konnte es kommen, daß, so scharf unser Mißtrauen ist, doch durch eine nicht loyale Art und Weise des Vorgehens und durch Verletzung der Geschäftsordnung eine Ueberrumpelung im Parlament stattfinden konnte. . . . Es ist einer der ungeheuerlichsten Anschläge auf die Presse und die freie Meinung. Ich freue mich, daß Stubbe uns das Gewissen geschärft hat. Wir müssen tatsächlich absolut mißtrauisch sein. Schon hier hört man den Genossen Dietz manchmal nicht. Da ist es ganz unmöglich, einen Präsidenten im Reichstag zu hören, der überhaupt nur murmelt, und der murmeln will, um zu überrumpeln. . . ." (S. 297 f.)

Beim Artikel „Frauenkonferenz" siehe deren Resolution zum Strafgesetzbuch. Vergl. ferner den Artikel „Justiz".

Streikbrecher.

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lagen folgende Anträge vor:

120. Merseburg-Querfurt: „Mitglieder eines gelben Werkvereins oder eines gelben Verbandes können nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein. Angehörige solcher gelben Gewerkschaften, sofern sie der Partei angehören, sind aus der Partei auszuschließen."

170. Genosse Erwin Neumann-Adlershof: „1. Parteigenossen dürfen nicht Mitglieder gelber Vereine sein."

212. Resolution Haupt und Genossen: „Die Tatsache, daß die Fälle sich mehren, wo friedliche Personen durch Arbeitswillige schwer mißhandelt, sogar niedergeschossen werden, veranlaßt den Parteitag zu schärfstem Protest gegen die planmäßige Bewaffnung der Arbeitswilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttaten dieser Personen.

Die Fraktion wird aufgefordert, in geeigneter Weise diese Roheitsverbrechen, die von Arbeitswilligen verübt wurden, im Reichstage zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Ausnahmebehandlung dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht wird."

Resolution 212 wird, nach Begründung durch Haupt-Magdeburg, der über den Totschlag durch einen Streitbrecher in Burg berichtet S. 377 ff., einstimmig angenommen.

Vorsitzender Haase:

„. . . Der Antrag 120 ist mit der Motivierung zurückgezogen worden, daß der Antrag nicht ein neues Recht zu schaffen beabsichtigte, sondern daß er nur die bereits gegebene Rechtslage präzisieren wolle; nach einer Aussprache mit Mitgliedern des Parteivorstandes und der Generalkommission, in der auf den Nürnberger Parteitagsbeschluß über die gelben Gewerkschaften hingewiesen und dieser sowie der § 26 des Organisationsstatuts als vollständig ausreichend gegen die Verräter der Arbeiterklasse erklärt wurde, wird der Antrag zurückgezogen. — Ich kann nicht konstatieren, ob der Parteitag mit dieser Motivierung einverstanden ist, ich stelle nur die Zurückziehung des Antrages fest . . ." (S. 518.)

Damit ist auch Antrag 170, 1 erledigt.

Nicht genügend unterstützt wurde in Jena **1913** der Antrag 18 (Duisburg), eine Agitationsschrift gegen die gelben Werkvereine herauszugeben.

Siehe auch den Artikel „Ausnahmegesetze".

Stuttgart.

Ueber die Wahl der Stuttgarter Delegation in Jena **1911** siehe den Artikel „Mandatsprüfungskommission".

In Chemnitz **1912** berichtete die Beschwerdekommission über den Fall Dußler (S. 507 ff.). Dußler war nebst anderen wegen Verbreitung gefälschter Stimmzettel zur Ausschließung von Vertrauensämtern auf zwei Jahre verurteilt worden. Seine Berufung verwirft der Parteitag.

Siehe auch den Artikel „Württemberg".

Taubstumme.

In Chemnitz **1912** lag folgender Antrag vor:

97. Düsseldorf: „Die Sektion der taubstummen Genossen und Genossinnen: Der Parteivorstand wird beauftragt, für die taubstummen Genossen eine regelmäßig erscheinende Agitationsschrift herauszugeben. Die Schrift soll mindestens monatlich einmal erscheinen."

Berten-Düsseldorf begründet den Antrag:

. . . In manchen Parteiorten haben sich bereits Sektionen der Taubstummen gebildet, die sich den politischen Organisationen unserer Partei angegliedert haben. In Rheinland-Westfalen, in Düsseldorf haben wir bereits über 50 Mitglieder. Auch in Berlin bestand eine Sektion, die leider eingeschlafen ist . . . Für diese Proletarier fehlt ein sozialdemokratisches Bindemittel vollkommen. Von kirchlich-konfessioneller Seite bemüht man sich um sie seit Jahren. Mit Zeitungen versucht man diese taubstummen Proletarier zu billigen Ausbeutungsobjekten der bestehenden Gesellschaft zu machen . . ." (S. 255.)

Louise Zietz:

„. . . Damit der Antrag 97 nicht wiederkehrt, muß ich erklären, daß es doch ein fundamentaler Unterschied ist, ob wir eine besondere Literatur für die Blinden schaffen, die nicht lesen können, oder ob wir eine besondere Literatur für die Taubstummen schaffen wollen, die doch genau so lesen können wie wir . . . Ebensowenig als wir für die Blinden besondere Reden halten, ebensowenig können wir für die Taubstummen eine besondere Presse einführen. Ich möchte also bitten, diesen Gedanken auch für die Zukunft fallen zu lassen. . . ." (S. 258 f.)

Berten-Düsseldorf zieht den Antrag 97 zurück, da Genossin Zietz erklärt habe, daß der Parteivorstand Flugblätter für die Taubstummen herausgeben werde. (S. 281.)

In Jena **1913** führte Westkamp-Düsseldorf aus:

„Dem vorjährigen Parteitag hat von Düsseldorf ein Antrag vorgelegen, der von dem Parteivorstand verlangte, daß er eine besondere Literatur für die taubstummen Parteigenossen schreiben solle. Damals versprach der Parteivorstand, diesem Antrage gerecht zu werden und im Lauf des Jahres eine solche Literatur erscheinen zu lassen. Wir haben aber weder im Laufe der verflossenen Zeit noch aus den Ausführungen des Genossen Scheidemann heute morgen gehört, daß der Parteivorstand seinem Versprechen nachgekommen wäre. Da ich wohl annehmen darf, daß einmal gegebene Versprechungen seitens des Parteivorstandes nicht nur Geltung haben für die Zeit von einem Parteitage zum anderen, sondern auch noch darüber hinaus, so dürfen wir wohl den berechtigten Wunsch hegen, daß der Parteivorstand in allernächster Zeit diesem seinem Versprechen nachkommen wird . . . Es mag sonderbar erscheinen, wenn man einer solchen besonderen Literatur das Wort redet. Wenn wir aber sehen, wie von seiten der Protestanten sowohl wie der Katholiken, von seiten der Nationalliberalen wie anderer Parteien die regsten Anstrengungen gemacht werden, unter diesen Kreisen Anhänger für ihre Ideen zu finden, dürfen wir ebenfalls nicht tatenlos dem zusehen, sondern haben alle Veranlassung, auf diesem Gebiete tätig zu sein . . ." (S. 263 f.)

Teuerung.

Der Jenaer Parteitag **1911** nahm, nach Begründung durch Dr. Südekum (S. 291 ff.), den folgenden Antrag an:

77. Resolution der Reichstagsfraktion: „Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstags den Reichskanzler sofort über die Teuerung interpellieren. Sie unterbreitet dem Parteitage die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine.

Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigungen der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art.

Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Uebernahme der Produktion und des Verkehrs mit Nahrungsmitteln zunächst in einem solchen Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist.

Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zu energischer Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhängerscharen zuzuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, zu stärken. Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Parteien anzuschließen.*) Desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen.

Der Parteitag ermahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um in dieser Zeit maßloser Preissteigerungen für alle notwendigen Bedarfsartikel die Ma-

*) Der gesperrte Satz ist auf Antrag von Dr. Rosenfeld eingeschaltet.

wehrkraft der Berufsorganisationen zu stärken und die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen.

Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf."

Den gleichfalls angenommenen Antrag 72 (Frauenkonferenz) siehe bei dem Artikel „Frauenagitation".

Ein Antrag 49 (Kassel-Melsungen), **der Resolution 77 entsprechend,** wurde zurückgezogen.

In seiner Begrüßungsrede hatte Bebel ausgeführt:

„. . . Die Teuerung verschwindet auch nicht mehr. Die Preise gehen zwar leicht in die Höhe, aber sehr schwer wieder herunter. Und ist man einmal an hohe Lebensmittelpreise gewöhnt, dann werden die Verkäufer und Produzenten jeden Widerstand gegen eine Verbilligung leisten, und dann wird für das Deutsche Reich die sehr ernste Frage der Lebensmittelpreise in den Vordergund treten. Wir müssen die Oeffnung der Grenzen, die Herabsetzung der Zölle, die Einfuhr fremden Fleisches und Viehes, die Aufhebung der Einfuhrscheine, die Beseitigung der Futtermittelzölle usw. fordern. In dem Augenblick aber, wo es uns, unterstützt von der ungeheuren Masse des Volkes, gelingt, eine oder die andere dieser Forderungen durchzusetzen, hat das Reich ein erhöhtes Defizit, weil das Reich doch auf den indirekten Steuern und Lebensmittelzöllen aufgebaut ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und dann muß das Reich an die Klassen heran, die Steuern und die nötigen Kosten aufbringen können. Wird aber erst einmal die Bourgeoisie recht scharf zur direkten Besteuerung herangezogen, dann schweigen alle ihre Flöten, dann hört ihr Patriotismus für Militär- und Flottenrüstungen auf. (Heiterkeit.) . . ." (S. 172.)

Der Chemnitzer Parteitag 1912 nahm einstimmig folgenden Antrag an:

201. Resolution zur Teuerungsfrage: „Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwickelung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt habe, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzzollpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Oeffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerläßlicher gesundheitlicher Ueberwachungsmaßregeln und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aushungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdrosseln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerläßlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen."

Die Anträge 2b (Teltow-Beeskow) und 174 (Berlin IV), die Steigerung der Lebensmittelpreise auf die Tagesordnung dieses Parteitages zu setzen, sind dadurch „erledigt", daß die „Lebensmittelteuerung" auf Vorschlag des Vorsitzenden Haase (S. 194) mit auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das Referat hielt Scheidemann (S. 289 ff.), eine Diskussion fand nicht statt.

Siehe noch den Artikel „Fleischteuerung".

Todesstrafe.

Im Bericht über den Kopenhagener Internationalen Kongreß führte Richard Fischer **1910** in Magdeburg aus:

„... Während in Kopenhagen das Proletariat der ganzen Welt einmütig war gegen dieses Ueberbleibsel aus mittelalterlicher Barbarei und Roheit, gegen dies Mittel, gegen welches die erleuchtetsten Geister des Liberalismus, ein Schiller, ein Herder, ein Klopstock schon vor 100 Jahren ihre Stimme erhoben haben, gegen ein Mittel, das der deutsche Reichstag vor 40 Jahren verworfen hat und das nur deshalb Gesetz wurde, weil Fürst Bismarck da erklärte, ohne die Todesstrafe würde kein einheitliches Strafgesetz für das Deutsche Reich zustande kommen, ich sage, in demselben Augenblick, wo der Internationale Kongreß in Kopenhagen die Stimme der Kultur gegen die Todesstrafe erhob, da tagten in Danzig die erleuchtetsten Geister der deutschen Juristenwelt und beschlossen, wenn ich so sagen darf, die Weiterexistenz der Todesstrafe. (Hört! hört!) Ja, sie gingen sogar noch weiter. Unter Führung des Reichsanwalts Olshausen, der unseren Genossen Liebknecht vor einigen Jahren wegen ehrloser Gesinnung mit Zuchthaus bestraft wissen wollte, unter Führung dieses natürlich zum Senatspräsidenten am Reichsgericht emporgestiegenen Olshausen, wurde eine Propaganda für die Ausdehnung der Todesstrafe auf alle Verbrechen des sogenannten Hochverrats eingeleitet, obgleich heute schon selbstverständlich Mord und Mordversuche am Staatsoberhaupt mit Tod bedroht sind. (Hört! hört!) Wenn noch irgendein Zweifel darüber obwaltete, daß unsere ganze Justiz in Deutschland heute nichts anderes ist als ein Werkzeug des Klassenstaats zur Aufrechterhaltung der sozialen Gewalttat, dann hat diese erlauchte Versammlung der Juristen in Danzig die Zweifel beseitigt. Der Hochverrat soll mit dem Tode bestraft werden, natürlich nur, wenn er nicht erfolgreich war, aber wenn er erfolgreich war, wie 1866 der Hochverrat gegen den König von Hannover, gegen den Kurfürsten von Hessen-Nassau usw., dann ist der Hochverrat der Beweis großen Patriotismus und bringt womöglich auch noch Dotationen für die Urheber des Hochverrats von oben wie 1866. (Sehr gut!) Wenn er aber mißlingt, dann die Todesstrafe für die Urheber des Hochverrats — von unten. (Beifall.) ..." (S. 231 f.)

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** lag folgender Antrag vor:

109. Kassel: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge bei geeigneten Beratungen im Reichstag erneut unsere Forderungen auf Abschaffung der Todesstrafe durch diesbezügliche Anträge vertreten."

Stadthagen sagte im Bericht der Fraktion:

„... Als prinzipielle Gegner der Todesstrafe müssen wir doch selbstverständlich dagegen ankämpfen. Eine besondere Resolution auf diesem Gebiete ist also nicht erforderlich. Ich habe keinen Zweifel, daß die Fraktion nach wie vor ihre größte Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit widmen wird. ..." (S. 376.)

Antrag 109 wird zurückgezogen. Nachdem Baron-Brandenburg den Antrag 205, 1, der gleichfalls die Propaganda gegen die Todesstrafe forderte, begründet (S. 387 f.) und Stadthagen auch diesen als überflüssig bekämpft hatte (S. 395), wurde Antrag 205, 1 einstimmig angenommen. (Siehe den Artikel „Justiz".)

„Vorwärts.“

Der „Vorwärts“ hatte:

am	1. Juli 1909	122 000	Abonnenten	111 142.90	Mk.	Gewinn
„	1. Juli 1910	139 000	„	122 623.40	„	„
„	1. Juli 1911	157 000	„	165 558.05	„	„
„	1. Juli 1912	165 500	„	307 348.20	„	„
„	31. März 1913	157 100	„	196 064.94	„	„

Dem Magdeburger Parteitag **1910** berichtete der Vorstand, die Leipziger Anträge 28 und 29 (Abendblatt des „Vorwärts“) seien nur bei Abonnementserhöhung durchführbar, diese aber würde schädigend wirken. (S. 16.)

Nicht genügend unterstützt wurde Antrag 23 (Reinickendorf, Genosse Hunde), den „Vorwärts“ im Wochenabonnement zu 25 Pfg. abzugeben. Weiter lag vor der Antrag:

24. Teltow-Beeskow: „Der Parteivorstand und die Preßkommission des „Vorwärts“ mögen die Herausgabe eines Montagsblattes in die Wege leiten.“

Es wird beantragt, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Zubeil (S. 216 f.) beantragt jedoch Annahme. Woldt (S. 217) ist für Ueberweisung. Der Antrag wird zur Prüfung überwiesen.

Dem Jenaer Parteitag **1911** wird berichtet:

„Die Herausgabe einer Montagsausgabe des „Vorwärts“ wurde vom Parteivorstand und der Preßkommission des „Vorwärts“ abgelehnt, weil die Schaffung eines Montagsblattes zurzeit ohne Erhöhung des Abonnementspreises nicht möglich gewesen wäre.“ (S. 16.)

Nicht genügend unterstützt wurde Antrag 31 (Berlin I), den „Vorwärts“ während der Reichstagswahlagitation auch abends erscheinen zu lassen.

Wahlrechtsfrage.

Der Bericht an den Magdeburger Parteitag **1910** sagt über die Wahlrechtsbewegung u. a.:

„... Anlaß zu der ersten direkten Aktion gaben die täppischen Ausführungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident im Landtage aus Anlaß einer Wahlrechtsdebatte. Er hat davon gesprochen, ‚daß politische Kultur und politische Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht ist, und daß die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, den politischen Sinn zu verflachen und zu verrohen‘.“ (S. 101.)

Folgende Anträge lagen u. a. vor:

91. Parteivorstand und Kontrollkommission. Resolution zur Wahlrechtsfrage: „Der in Deutschland herrschende scheinkonstitutionelle Militärabsolutismus hängt auf das innigste zusammen mit den reaktionären Ver[illegible] Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind.

Besonders das Dreiklassenwahlsystem in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und damit im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht.

Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die im schroffen Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten.

Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter das allgemeime, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahl zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und in den anderen Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen."

101. Vogtherr und Genossen: „Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, in jedem Jahre einen Antrag einzubringen, der für alle Bundesstaaten die reichsgesetzliche Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmenabgabe für alle über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechtes verlangt."

Die Resolution 100 sowie die Debatte über die Wahlrechtsfrage siehe bei dem Artikel „Massenstreik". Resolution 91 wird angenommen, Antrag 101 abgelehnt.

In Jena **1911** wurden die Anträge 2 (Schwarzburg-Sondershausen), die Wahlrechtsfrage in sämtlichen Bundesstaaten, und 5 (Berlin IV), den preußischen Wahlrechtskampf auf die Tagesordnung zu setzen, nicht genügend unterstützt.

In Jena **1913** wurden die Anträge 3 (Berlin IV) und 5 (Lennep-Remscheid), den preußischen Wahlkampf und seine Mittel zu behandeln, für erledigt geklärt. Siehe übrigens den Artikel „Massenstreik".

Vergleiche auch die Artikel „Elsaß-Lothringen", „Landtagswahlen".

Wahrer Jakob.

Das Witzblatt hatte:

Ende	1907	228 000	Abonnenten	M.	?	Gewinn	
„	1908	230 000	„	„	37 105.07	„	
„	1909	250 000	„	„	36 533.29	„	
„	1910	286 000	„	„	40 342.05	„	
1. Juli	1911	307 000	„	„	52 741.82	„	(Ende 1911)
1. „	1912	380 000	„	„	61 075.96	„	(„ 1912)
31. März	1913	371 000	„	„	?	„	

Der Magdeburger Bericht **1910** sagt:

„Aus dem Verlag von M. Ernst in München übernahm die Partei den Verlag des „Postillon". Trotzdem die Organisationen durch zwei Zirkulare zur Propaganda für dieses in der Erscheinungsweise mit dem „Wahren Jakob" alternierende Witzblatt hingewiesen wurden, hatte die Propaganda für den „Postillon" nur in einigen Bezirken Erfolg. Das Blatt arbeitete mit einem beträchtlichen Defizit, weshalb am Schlusse des Berichtsjahres sein Erscheinen eingestellt wurde. Für ein wöchentliches Erscheinen des „Wahren Jakob" liegt anscheinend ein Bedürfnis noch nicht vor." (S. 43 f.)

Nicht genügend unterstützt wurde Antrag 28 (Krefeld), den „Wahren Jakob" jede Woche erscheinen zu lassen.

Der Jenaer Parteitag **1911** überwies folgende Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung:

35. Hamburg III, Distrikt Uhlenhorst: „... 2. Den „Wahren Jakob" bildlich und satirisch besser auszugestalten und den Umfang der Annoncen wesentlich einzuschränken."

40. Stuttgart: „Der Parteivorstand wird beauftragt, für eine bessere, künstlerisch und literarisch höher stehende Ausgestaltung des „Wahren Jakob" Sorge zu tragen."

Zurückgezogen wurde in Jena **1913** der Antrag:

56. Magdeburg: „Der Parteitag möge darauf hinwirken, daß sogenannte Schwindelinserate in den Inseratenteil des „Wahren Jakob" nicht mehr aufgenommen werden."

Württemberg.

Dem Jenaer Pateitag **1911** lag folgender Antrag vor:

74. Westmeyer und 105 Genossen: „Der Parteitag nimmt mit Bedauern Kenntnis von den jüngsten Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation. Er beauftragt den Parteivorstand, mit dem württembergischen Landesvorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern."

Frau Duncker-Stuttgart begründet den Antrag:

„Die Vorgänge, die sich auf der letzten württembergischen Landeskonferenz abgespielt haben, haben in weiten Kreisen der deutschen Parteigenossen berechtigtes Aufsehen erregt. (Zurufe württembergischer Delegierter: Das ist unwahr!) 56 Delegierte, die 8000 von 28 000 organisierten Genossen vertreten, haben demonstrativ die Landesversammlung verlassen, nachdem der von den Stuttgarter Genossen eingebrachte Antrag auf Schaffung einer Preßkommission zur Ueberwachung der prinzipiellen und taktischen Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" abgelehnt worden war, und nachdem zweitens die Landesvresammlung den Redakteuren Westmeyer und Krille, die die Anschauungen der Stuttgarter Genossen in der „Tagwacht" vertreten haben, die Kündigung ausgesprochen hatte. Diese Angelegenheit ist keine württembergische mehr, sie geht die Gesamtpartei an. Wir bringen sie deshalb vor das Forum des Parteitages. Die Differenzen, die die württembergische Partei erschüttern, sind dieselben Differenzen sachlicher und prinzipieller Art, die auch in der Gesamtpartei zum Ausdruck kommen. Wenn man die Vorgänge auf der württembergischen Landesversammlung verstehen will, dann muß man sich eine sehr merkwürdige Tatsache vor Augen halten, die den Schlüssel zum Verständnis der ganzen Situation bei uns in Stuttgart gibt. Es besteht nämlich die ganz anormale Tatsache, daß seit Jahrzehnten zwischen der Mehrheit der Stuttgarter Parteigenossen und ihrem Organ der schärfste Gegensatz in der politischen Auffassung besteht. (Keil: Das ist nicht wahr!) Woher ist dieser Gegensatz gekommen? Der Chefredakteur der „Tagwacht" ist rasch fertig mit seiner Antwort. Nach ihm handelt es sich nur um persönliche Anfeindungen von seiten des Stuttgarter Lokalredakteurs Westmeyer, der als Vorsitzender der Stuttgarter Parteiorganisation nach der Ansicht Keils die Parteigenossen in Stuttgart gegen ihn und seine Redaktionsführung aufhetzt. Diese Zurückführung des Gegensatzes auf Ursachen rein persönlicher Natur wurde in Dutzenden von Parteiversammlungen versucht, und sie hat auch auf der letzten Landesversammlung gewissermaßen den Gedankengang und die Haltung der Mehrheit der Delegierten bestimmt. Gerade diese Auffassung, daß es sich nur um persönliche Angelegenheiten handelt, ist das größte Hindernis der Verständigung, das größte Hindernis einer friedlichen Erle-

digung der Differenzen. Um aber die sachlichen Gründe des Gegensatzes zwischen der Mehrheit der Stuttgarter Genossen und ihrem Organ verständlich zu machen, muß ich weiter ausholen.

Die „Tagwacht" war bis vor wenigen Jahren das einzige Parteiblatt Württembergs. Württemberg war ja noch bis vor kurzem das Land des Kleinbürger- und Kleinbauerntums. Im letzten Jahrzehnt hat aber eine außerordentlich rasche Entwicklung eingesetzt. Diese wirtschaftliche Umwälzung zeigt sich auch in der Parteientwicklung. 1907 hatten wir 18 000 organisierte Genossen in Württemberg, jetzt sind es 28 000. In Groß-Stuttgart hat sich die Entwicklung ebenso rasch vollzogen. 1907 waren es 4500 Genossen, 1911 sind es 8400. Diese Entwicklung hat sich jedoch nicht gleichmäßig über ganz Württemberg verbreitet, sondern es trat eine immer schärfere Differenzierung der sozialen Struktur in Württemberg ein. Das Industriegebiet Stuttgart mit den Städten Eßlingen, Göppingen und Gmünd stellt jetzt mehr als die Hälfte der württembergischen Parteimitglieder. In den Städten spitzt sich natürlich der Klassengegensatz mehr zu. Die Genossen mußten von ihrem Organ erwarten, daß es dieser Entwicklung Rechnung trägt. Ich will nicht davon reden, was die „Tagwacht" früher war. Solange ich sie kenne, seit den letzten vier Jahren, kann man wohl sagen, daß die Redaktion offenbar den Glauben hatte, durch das Zurücktretenlassen der scharfen programmatischen Forderungen zum Ziele zu gelangen. Wenn man die Jahrgänge durchgeht, so ist, von den Festartikeln zum 1. Mai abgesehen, in einem ganzen Jahrgang kein Dutzend Artikel grundsätzlicher Art, keine klare und entschiedene Stellungnahme zum Staat, zur Monarchie, zur Kirche, zur Schule zu finden ... (Den hier fehlenden Abschnitt der Rede siehe zum Teil bei dem Artikel „Parlamentarismus".) ... Aus der Erkenntnis dieses Widerspruches heraus verlangen die Stuttgarter Genossen von ihrem Parteiorgan immer ungestümer grundsätzliche Aufklärung und schärfere Herausarbeitung des Klassenkampfstandpunktes. Es ist im Grunde derselbe Vorgang, wie er sich vor Jahren in Berlin vollzogen hat, wo die Parteigenossen auch nicht mit der Haltung des „Vorwärts" einverstanden waren. Den Berlinern ist der Einfluß auf das Organ durch die Preßkommission gesichert worden. Alle württembergischen Parteiorganisationen, die nur einigermaßen die Mittel haben, haben sich inzwischen eigene Organe geschaffen. 1908 haben wir das „Neckarecho" in Heilbronn bekommen, 1910 die „Göppinger Volkszeitung", 1911 ein Blatt in Eßlingen, und am 1. Oktober werden noch Reutlingen und Ulm mit einem Blatt auf den Plan treten. Die Genossen in diesen Orten haben eine Presse, die ihnen unterstellt ist, während die größte Parteigenossenschaft Württembergs dazu verurteilt bleiben soll, ein Blatt zu lesen, das ihren Anforderungen nicht entspricht, es finanziell in der Hauptsache zu unterhalten, aber nichts dazu sagen zu dürfen. Wir verlangten, durch eine Preßkommission Einfluß auf das Blatt zu gewinnen. Sollte die Preßkommission aber den Wunsch der Stuttgarter erfüllen, dann mußte sie auch so zusammengesetzt sein, daß nicht die Genossen der ländlichen Bezirke die des Industriebezirks majorisieren konnten. In der Parteiversammlung vom 4. August wurde die Forderung der Stuttgarter dahin präzisiert, daß die Preßkommission aus neun Mitgliedern bestehen solle, wovon drei gemeinsam vom Landesvorstand und Landesausschuß und sechs von der Parteigenossenschaft Groß-Stuttgarts gewählt werden sollten. Es war vorauszusehen, daß bei dem Uebergewicht, das die ländlichen Delegierten durch ein ungerechtes Delegationssystem auf der Landesversammlung haben, und durch die einseitige Information, die diese Bezirke durch die revisionistischen Genossen erhielten, die fast ausschließlich vom Landessekretariat auf Agitation geschickt wurden — ich sage, es war vorauszusehen, daß die Landesversammlung den Wünschen der Stuttgarter nicht günstig gestimmt sein werde. Zur Kennzeichnung des Delegationssystems weise ich darauf hin, daß Mitgliedschaften bis zu 100 einen Delegierten haben, und daß auf die große Spanne zwischen 101 und 499 Mitgliedern ein zweiter Delegierter kommt. (Hört! hört!) Dieser ungerechte Modus führt dazu, daß 49 Delegierte aus Orten von 6—20 Mitgliedern auf der Landesversammlung im ganzen 723 Mitglieder hinter sich hatten, während Groß-Stuttgart mit seinen mehr als 8000 Mitgliedern nur 43 Delegierte hatte. (Zuruf: Das ist ein Skandal!) Deshalb brachten die Stuttgarter einen Antrag ein, der den Mitgliedern des Industriegebietes das ihnen nach ihrer Zahl zukommende Gewicht in der Preßangelegenheit verleihen sollte ... Dieser An-

trag wurde glatt abgelehnt... Dem Faß den Boden schlug aber der **Antrag Göring** aus, den vier Redakteuren der „Tagwacht" Keil, Roßmann, Westmeyer und Krille zu kündigen. Das war erstens ein Eingriff in die Rechte der noch zu wählenden Preßkommission. (Sehr richtig!) Weiter aber, wenn wir berücksichtigen, daß Keil durch sein Reichstags- und Landtagsmandat und durch die zugesicherte ständige Mitarbeit an der „Tagwacht" hinreichend versorgt war, und daß Roßmann für das neu zu gründende Blatt in Ulm in Aussicht genommen war, stellte sich dieser Antrag Göring als eine nackte Maßregelung von Westmeyer und Krille dar. (Sehr richtig!) ... dann wurde der Antrag Göring angenommen, trotz des Abmahnens der Genossen Dietz und Ebert. Halten wir uns das alles vor Augen und machen wir uns noch den sehr gravierenden Umstand klar, daß der dritte Teil der Landesversammlung, 102 Delegierte, nur 328 „Tagwacht"-Leser repräsentierten (Hört! hört!), während das Groß-Stuttgarter Industriegebiet 12 700 „Tagwacht"-Leser hat, so wird dieser Umstand noch viel gravierender. (Sehr richtig!) Und wir müßten doch jede Selbstachtung verloren haben, wenn wir uns das hätten gefallen lassen ..." (S. 312 ff.)

Dietz:

„Parteigenossen! Ich habe mich zum Antrag 74 gemeldet, um Sie zu ersuchen, den Antrag, wie er gedruckt vorliegt, anzunehmen unter Ablehnung jeder Debatte. Eine Debatte würde kein klares Licht in die Dinge bringen können, denn man hat in Württemberg nicht nur 16 Stunden auf der Landesversammlung, sondern vielleicht 100 Stunden und mehr die Angelegenheit diskutiert, und sie ist nicht gefördert, sondern so weit gebracht worden, daß sie vor dem Parteitag erscheint. Daher ist es am klügsten, den Antrag, wie er von der Genossin Duncker und 101 Genossen eingebracht ist, anzunehmen und von jeder Debatte abzusehen. (Lebhafter Widerspruch.) Darüber hat der Parteitag zu beschließen, ob er debattieren will. (Lebhaftes Sehr richtig!) ..." (S. 316.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Dietz „unter Beifall angenommen. Ebenso Antrag 74. (Große Bewegung.)" (S. 319.)

Hildenbrand (S. 319):

„Die unterzeichneten württembergischen Mitglieder des Parteitages haben zu dem Antrag Westmeyer, Duncker, Zetkin und Genossen folgende Erklärung abzugeben:

Die württembergische Landesorganisation ist ernstlich bemüht, die in ihrer Mitte bestehenden Differenzen zu schlichten. Die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen des ganzen Landes ist von dem festen Willen erfüllt, den persönlichen, die Parteimitarbeit schädigenden Streitigkeiten ein Ende zu machen, ohne damit die geordnete Austragung sachlicher Meinungsverschiedenheiten zu unterbinden. Will der Parteivorstand die württembergische Landesorganisation in diesem Bemühen unterstützen, so wird das zweifellos von allen Parteigenossen Württembergs einmütig begrüßt werden. Die württembergische Landesorganisation wird wie bisher auch künftig im Sinne und Geiste der Gesamtpartei arbeiten und bedarf daher nach dieser Richtung keiner besonderen Weisungen. Deshalb weisen die Unterzeichneten namens der von ihnen vertretenen württembergischen Parteigenossen den durch den Wortlaut des Antrages Westmeyer und Genossen erweckten Anschein, als arbeite die württembergische Landesorganisation bisher nicht im Sinne und Geiste der Gesamtpartei, als eine beispiellose Behauptung mit Entschiedenheit zurück.

K. Hildenbrand (1. württemb. Wahlkreis), G. Fischer (2. württemb. Wahlkreis), G. [illegible] (3. württemb. Wahlkreis), Chr. Renz (4. württemb. Wahlkreis), K. Trost (5. württemb. Wahlkreis), J. Kurz (6. württemb. Wahlkreis), W. Benz (14. württemb. Wahlkreis), W. Keil, Mitglied des Reichstags."

Dem Chemnitzer Parteitag **1912** berichtete der Parteivorstand:

„Die seit einigen Jahren in Württemberg herrschenden Parteistreitigkeiten haben den Parteivorstand schon vielfach in Anspruch genommen. Die Vorgänge auf dem vorjährigen Landesparteitag veranlaßten den Jenaer Parteitag, den Parteivorstand mit erneuten Verhandlungen zu beauftragen. Diese sind denn auch gleich nach dem Parteitag aufgenommen worden. ... Es handelte sich dabei hauptsächlich um den Einfluß der Stuttgarter Parteiorganisation auf die prinzipielle und taktische Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" und um die Besetzung ihrer Redaktion. Auf einer am 2. Oktober v. J. stattgefundenen Konferenz, an der Landesvorstand, Preßkommission, Stuttgarter Parteileitung und Vertreter des Parteivorstandes teilnahmen, wurde Uebereinstimmung darüber herbeigeführt, daß die Neubesetzung der Redaktion der Landesvorstand gemeinsam mit der Preßkommission vorzunehmen habe und dabei den berechtigten Wünschen der Stuttgarter Parteigenossen Rechnung getragen werden solle. Der neuen Redaktion solle zur Pflicht gemacht werden, die Richtlinien innezuhalten, die der Parteitag von 1905 für die Haltung der Parteipresse einstimmig in der Resolution 155 festgestellt hat. Die Besetzung der Redaktion erforderte noch mehrfache Verhandlungen; schließlich verständigten sich Landesvorstand und Preßkommission auch darüber. In der Ende Juli dieses Jahres stattgefundenen Generalversammlung der Stuttgarter Parteiorganisation wurde im Vorstandsbericht erklärt, daß man mit der politischen Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" zufrieden sei ..." (S. 9.)

Siehe auch die Artikel „Göppingen", „Organisationsstatut".

Zarismus.

In Magdeburg **1910** wurde nach Begründung durch Bromme-Lübeck folgender Antrag angenommen:

84. Lübeck: „Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, die Regierung wegen der immer häufiger vorkommenden russischen Grenzübergriffe zu interpellieren, was sie zu tun gedenkt, um für die Zukunft die Mißgriffe der zarischen Soldateska zu verhindern."

Siehe auch die Artikel „Finnland", „Massenstreik".